Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Abgehalten in Jena
vom 10. bis 16. September 1911

sowie

Bericht über die 6. Frauenkonferenz am 8. und 9. September 1911 in Jena

Berlin 1911
Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H.
(Hans Weber, Berlin)

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bonn
Bibliothek

X 1275

Programm
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Beschlossen auf dem Parteitage zu Erfurt 1891

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.

4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.
7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Truckſystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Organisation
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Beschlossen auf dem Parteitage in Leipzig 1909

Parteiangehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehört jede Person, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ist.

Gliederung.

§ 2. Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstagswahlkreis der Sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreis wohnende Parteigenosse als Mitglied anzugehören hat. Umfaßt ein Ort mehrere Reichstagswahlkreise, so kann die Zugehörigkeit zu den einzelnen Wahlkreisorganisationen mit deren Zustimmung örtlich geregelt werden. Erstreckt sich der Reichstagswahlkreis über mehrere Orte, so kann an jedem Ort ein Ortsverein des Sozialdemokratischen Vereins gebildet werden.

§ 3. Die Sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden sowie zu Landesorganisationen zusammen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt, diese Statuten dürfen nicht mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei im Widerspruch stehen und sind innerhalb einer Woche dem Parteivorstand einzureichen. In gleicher Frist haben die Vorstände ihre Wahl dem Parteivorstande mitzuteilen.

§ 4. Organisationen, denen weibliche Mitglieder angehören, müssen diesen eine Vertretung im Vorstand gewähren. Die weiblichen Vorstandsmitglieder haben im Einvernehmen mit dem Gesamtvorstand vornehmlich die Frauenagitation zu betreiben.

§ 5. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen überlassen. Der monatliche Mindestbeitrag muß jedoch für männliche Mitglieder 30 Pf. und für weibliche Mitglieder 15 Pf. betragen. Mindestens 20 Proz. der erhobenen regelmäßigen Mitgliederbeiträge sind an die Zentralkasse abzuführen. Der Parteivorstand kann den Wahlkreisen mit Zustimmung des Vorstandes der Bezirks- oder Landesorganisation einen über 80 Proz. dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung überlassen.

Berichterstattung.

§ 6. Das Geschäftsjahr für alle Parteiorganisationen läuft vom 1. Juli bis 30. Juni. Die Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Vereine haben alljährlich bis zum 15. Juli dem Parteivorstand Bericht zu erstatten. Der Bericht ist nach einem Fragebogen des Parteivorstandes zu geben und muß mindestens enthalten Angaben über Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Zahl der im Wahlkreise organisierten Parteigenossen, die Höhe des von den Mitgliedern erhobenen Parteibeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreise verbliebenen Gelder.

Den gleichen alljährlichen Bericht über ihre Tätigkeit und die Verwendung der ihnen vom Parteivorstande überwiesenen Gelder haben die Vorstände der Bezirksverbände und Landesorganisationen zu erstatten.

Parteitag.

§ 7. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach Maßgabe der Mitgliederzahl. Es können gewählt werden: In Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder ein Delegierter, bis 3000 zwei, bis 6000 drei, bis 12 000 vier, bis 18 000 fünf und über 18 000 sechs Delegierte. Die Vertretung richtet sich nach der vom Parteivorstand auf Grund der nach § 5 abgeführten Beiträge festgestellten Mitgliederzahl. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.
2. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Nur beratende Stimme haben auch die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteiinstitutionen.

§ 8. Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Anwesenden erforderlich.

§ 9. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstande einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, oder kann in dem vom Parteitag bestimmten Ort der Parteitag nicht tagen, so hat der Parteivorstand gemeinsam mit der Kontrollkommission den Ort zu bestimmen.

§ 10. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vorher mit der vorläufigen Tagesordnung im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden. Diese Veröffentlichung ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei dem Parteivorstande einzureichen, der sie spätestens drei Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen hat.

§ 11. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten.
2. Die Bestimmung des Ortes, an dem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
6. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 12. Ein außerordentlicher Parteitag ist einzuberufen:

1. auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes;
2. auf einstimmig gestellten Antrag der Kontrollkommission;
3. auf Antrag von mindestens 10 Vorständen der Bezirks- oder Landesorganisationen.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem nach Ziffer 2 oder 3 gestellten Antrage stattzugeben, so ist der Parteitag von den Antragstellern zu berufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 13. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vorher im Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung veröffentlicht werden.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 7 und 8).

Parteivorstand.

§ 14. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird vom Parteitag bestimmt. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, den Schriftführern und drei Beisitzern, unter denen eine Vertreterin der Genossinnen sein muß. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl der Vorsitzenden, des Kassierers, der Schriftführer und der Vertreterin der Genossinnen erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf die die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Die Wahl der übrigen zwei Beisitzer erfolgt durch die Kontrollkommission.

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstituierung vorzunehmen und sie im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen.

§ 15. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes vorzeitig aus, so hat die Kontrollkommission eine Ersatzwahl vorzunehmen.

§ 16. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen, deren Höhe durch den Parteitag festgesetzt wird.

§ 17. Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstande oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

§ 18. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 19. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen der Organisation eines Wahlkreises und dem Bezirksverband oder der Landesorganisation ergeben.

Bei wichtigen, die Gesamtpartei berührenden Fragen hat der Parteivorstand die Vorstände der Bezirks- oder Landesorganisationen gutachtlich zu hören, oder eine Konferenz ihrer Vertreter zu veranstalten.

Kontrollkommission.

§ 20. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz für Beschwerden über den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern. Die Wahl erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 21. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts", Berliner Volksblatt.

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teiles zu veröffentlichen.

§ 22. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheiden die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe eine Stimme hat.

Ausschluß.

§ 23. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht. Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn es durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse seiner Parteiorganisationen oder des Parteitages das Parteiinteresse schädigt.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet der Vorstand der zuständigen Bezirks- oder Landesorganisation.

Der Ausschluß darf nur von einer Parteiorganisation (Orts- oder Wahlkreisorganisation) mit Zustimmung des Angeschuldigten auch vom Vorstand der Parteiorganisation beantragt werden. Die Zustellung des Beschlusses und dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Bezirks- oder Landesvorstand.

§ 24. Gegen die Entscheidung des Vorstandes der Bezirks- oder Landesorganisation können die Beteiligten innerhalb vier Wochen nach Zustellung des Beschlusses beim Parteivorstand die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragen.

Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen. Je drei Beisitzer wählt der Angeschuldigte und die antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Angeschuldigte angehört. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.

Unterläßt es der Angeschuldigte, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist, die mindestens vier Wochen betragen muß, Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Parteivorstand.

§ 25. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten die Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung muß spätestens vier Wochen nach Zustellung des Urteils dem Parteivorstand eingereicht sein.

§ 26. Der Ausschluß aus der Partei in Fällen des § 23 Abs. 1 darf nur im Wege des vorstehend festgesetzten Verfahrens erfolgen.

Alle Instanzen sind berechtigt, sofern sie nicht dauernden Ausschluß aus der Partei aussprechen, auf zeitweise Ausschließung von Vertrauensämtern zu erkennen und Rügen zu erteilen. Auch gegen diese Entscheidungen steht den Beteiligten das Recht der Berufung zu.

Das Recht der Organisationen, auch ohne Ausschlußantrag eine Untersuchungskommission gegen ein Mitglied einzusetzen, wird durch vorstehende Bestimmungen nicht berührt.

§ 27. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Wiederaufnahme.

§ 28. Der Antrag auf Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen ist an den Vorstand der Bezirks- oder Landesorganisation des Wohnorts des Ausgeschlossenen zu richten. Vor der Entscheidung ist die Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, zu hören.

Gegen diese Entscheidung steht dem Antragsteller sowohl wie der Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung ist so zeitig beim Parteivorstand anzumelden, daß sie mit den übrigen an den Parteitag gestellten Anträgen veröffentlicht werden kann.

Abänderung der Organisation.

§ 29. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, die die §§ 10 und 13 vorschreiben, veröffentlicht worden sind.

Eine Abweichung von der letzten Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens drei Viertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

§ 30. Die neuen Bestimmungen im § 5 treten am 1. April 1910 und die übrigen Bestimmungen dieses Statuts am Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Tagesordnung des Parteitages

Sonntag, den 10. September 1911, abends 7 Uhr:

Vorversammlung

Konstituierung des Parteitages. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission. Wahl der Beschwerde-Kommission.

Montag, den 11. September 1911 und folgende Tage:

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes. Berichterstatter: H. Müller, F. Ebert.
2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: A. Kaden.
3. Parlamentarischer Bericht. Berichterstatter: A. Geck.
4. Die Reichsversicherungsordnung. Berichterstatter: Hermann Molkenbuhr.
5. Die Reichstagswahlen. Berichterstatter: A. Bebel.
6. Die Maifeier. Berichterstatter: W. Pfannkuch.
7. Sonstige Anträge.
8. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Sitzungszeit des Parteitages:
vormittags von 9 bis 1 Uhr, nachmittags von 3 bis 7 Uhr.

Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

Dietz-Stuttgart — Leber-Jena.

Schriftführer:

Linchen Baumann-Altona	Doernke-Hannover	Schmitt-München
Bischoff-Altona	Feldmann-Langenbielau	Stubbe-Hamburg
Bittorf-Berlin	Schiebel-Leipzig	Sidow-Brandenburg

Mandatsprüfungs-Kommission:

Bühler-Niederbarnim	Knieriem-München	Frau Matschke-Berlin
Paul Hoffmann-Hamburg	Landsberg-Magdeburg	Poller-Kiel
Kinkel-Göppingen	Ludwig-Hagen	Schrader-Hannover

Beschwerde-Kommission:

Bartels-Altona	Hoffmann-Elberfeld	Rauch-Hildesheim
Frau Blase-Mannheim	Husemann-Bochum	Ryssel-Leipzig
Groger-Teltow-Beeskow	Nimmerfall-München	Schaumburg-Hamburg

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Jena 1911.

Allgemeines.

Je mehr sich in Deutschland die politische und die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung entwickelt, desto eifriger schreien ihre erbitterten Gegner, die Scharfmacher der Schwerindustrie und die mit dieser verbündeten Junker, nach Ausnahmegesetzen wider die staatsbürgerliche Gleichberechtigung heischende Arbeiterklasse. Solange es nach Auffassung der Industriefeudalen noch Zeit ist, soll der sich in gesetzmäßigen Bahnen rapid vollziehende Vormarsch des klassenbewußten Proletariats mit den Machtmitteln des modernen Staates aufgehalten werden. Fast täglich werden Staatsanwalt und Polizei hier und dort aus dem reaktionären Lager zum Kampf wider die sozialdemokratische Gefahr aufgerufen. Bei besonderen Anlässen pflanzen sich die Rufe nach einer Rückkehr zur Bismarckschen Gewaltpolitik im Lager der Reaktion von Posten zu Posten fort. So betrieb die Preßmeute der Junker und Kapitalisten eine wilde Hetze gegen Partei und Gewerkschaften, als vom 26. September vorigen Jahres ab einige Tage die Moabiter Unruhen die Oeffentlichkeit beschäftigten. Die Scharfmacher glaubten, daß jetzt die günstige Gelegenheit zur Propaganda von Ausnahmegesetzen gegen die Sozialdemokratie, von Streik- und Zuchthausgesetzen gegen die Gewerkschaften gekommen sei. Die Philister sollten durch Verbreitung schauerlicher Tartarennachrichten in eine Stimmung versetzt werden, wie sie 1878 nach den Attentaten noch mit Erfolg erzeugt werden konnte. Aber der Schlag ging daneben. Nach den wochenlang dauernden Verhandlungen vor der Strafkammer und dem Schwurgericht war die Polizei die eigentliche Verurteilte.

Die gerichtlichen Feststellungen über die massenhaft vorgekommenen schweren Verfehlungen von Polizeibeamten haben allerdings auf die preußische Staatsregierung keinen Eindruck gemacht. Nicht nur Herr von Jagow deckte die Polizei, sondern auch Herr von Bethmann-Hollweg. Der Reichskanzler gab der Polizei am 13. Dezember im Reichstage das öffentliche Anerkenntnis, „daß die Polizei in Moabit ihre Pflicht getan hat".

Ueber eins wurde sich die Reichsregierung trotzdem klar: Moabit gab nicht die zur Einigung aller bürgerlichen Parteien wider die Sozialdemokratie gesuchte Wahlparole ab. Die Organe der Scharfmacher und nach ihnen die kleinsten Kreisblätter im Lande draußen hatten wochenlang gelogen: „Moabit ist der Anfang der Revolution!" „Die Unruhen sind von den organisierten Arbeitern vorbereitet!" „Die sozialistischen Jugendorganisationen haben ihre Leute zu den Krawallen kommandiert!" „In Parteikneipen haben

über Arbeitswillige Fehmgerichte stattgefunden!" „Rote Petroleusen haben brennende Lampen nach Schutzleuten geworfen!" „Die Reformationskirche wurde erstürmt!" und ähnliche verlogene Schauermärchen mehr. Die sozialdemokratische Partei hat gemeinsam mit den Gewerkschaften diesen Schlag pariert. Die Hetze der Scharfmacher verfing nicht, nachdem das Land durch Versammlungen und Flugblätter über den wahren Sachverhalt aufgeklärt worden war.

Die Scharfmacher versuchten dann die Aufläufe, die auf dem Wedding nach Differenzen in einer dortigen Fleischerei entstanden waren, und die Krawalle, die sich in Bremen beim Straßenbahnerstreik abgespielt hatten, für ihre Zwecke auszunützen, aber umsonst. Das deutsche Volk war genügend gewarnt durch die Ergebnisse des gerichtlichen Austrags der Moabiter „Revolution".

Der Partei und den Gewerkschaften hat die verlogene Ausschlachtung der Moabiter Vorgänge durch Junker und Scharfmacher nichts geschadet, sondern im Gegenteil genützt.

Die sozialdemokratische Partei hat in der Agitation wider die Scharfmacherhetze neue Mitglieder und neue Abonnenten für die Parteipresse geworben. Um die Angriffe der Kreisblätter unwirksam zu machen, mußte bis ins letzte Dorf im entferntesten Winkel über Moabit geredet werden und hier war nach der Abwehr gegnerischer Angriffe Gelegenheit gegeben, zum Angriff überzugehen. Es war um so notwendiger, die Bevölkerung über die Sünden der Regierung und der bürgerlichen Parteien aufzuklären, als es lange zweifelhaft war, ob der 1907 gewählte Reichstag ein normales Ende finden würde. Bereits im Herbst vorigen Jahres rüsteten alle Parteien, als ob der Wahlkampf im Frühjahr stattfinden würde. Erst Ende März gab die Regierung zu erkennen, daß noch eine Herbstsession stattfinden und daß die Wahlen erst Mitte Januar 1912 vorgenommen werden sollten. Infolgedessen wurde der außerordentliche sozialdemokratische Parteitag, der für den Fall vorzeitiger Wahlen vorgesehen war, hinfällig.

Die Stimmung der Bevölkerung war der sozialdemokratischen Partei andauernd günstig, wie die Nachwahlen zum Reichstag und zu den Einzellandtagen bewiesen. Die schweren Lasten, die die sogenannte Reichsfinanzreform der Bevölkerung auferlegte, die Verteuerung des Fleisches und des Brotes durch die Zölle und die sonstigen im Interesse der Agrarier getroffenen Maßnahmen haften fest im Gedächtnis der Massen, die nach einer Abrechnung mit ihren schwarzblauen Bedrückern lechzen. Die von der Regierung und den rechtsstehenden Parteien freigebig gespendete „Aufklärung" über den Wert und die günstigen Wirkungen der letzten Reichsfinanzreform haben die in erster Linie zum Zahlen verurteilten Armen und Aermsten nicht im geringsten umstimmen können. Der schlichte Mann aus dem Volke beurteilt die Wirkung der Finanzreform und der Zollpolitik danach, wie sie auf seinen Geldbeutel wirkt und stellt einen Vergleich an, wie sie auf den Geldbeutel der Besitzenden wirkt.

Neben der Reichsfinanzreform stand die Reichsversicherungsordnung im Vordergrunde des politischen Interesses. Der Reichstag erledigte das umfassende Werk in einer skandalösen Art. Die Vertreter der Mehrheitsparteien schwiegen sich im allgemeinen aus und nur bei einigen besonders wichtigen Anlässen zwang ihr böses Gewissen die Schweiger zu einer Antwort auf die scharfen Angriffe von sozialdemokratischer Seite. Die Reichsversicherungsordnung sollte unter allen Umständen durchgedrückt werden, damit die bei den Zollkämpfen von 1902 versprochene Witwen- und Waisenversicherung eingeführt werden konnte. Die hierzu beschlossenen Bestimmungen

der Reichsversicherungsordnung sind eine grausame Verhöhnung der Arbeiterwitwen und -waisen, die um das Versprechen von 1902 geradezu betrogen werden. Die geringen Vorteile, die die Reichsversicherungsordnung den Versicherten brachte, werden von schwerwiegenden Nachteilen aufgewogen und sind vor allem verkuppelt mit einem Raube des Selbstverwaltungsrechts der in den Krankenkassen Versicherten. Dieses gelungene Attentat auf wohlerworbene Rechte hat die Industriearbeiterschaft zu scharfen Protesten gegen diese Gesetzesmacherei herausgefordert.

Die preußische Wahlrechtsbewegung wurde zweimal durch Veranstaltung von Demonstrationsversammlungen fortgesetzt. Das erste Mal, als die Regierung in der Thronrede zur Eröffnung des preußischen Landtags die Wahlrechtsfrage totschwieg, das zweite Mal, als die Regierung durch die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion gezwungen wurde, in Elsaß-Lothringen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht einzuführen.

In der inneren Politik hat die Regierung nichts geleistet, was ihr bei den kommenden Wahlen Erfolg versprach. Das hat sicher mit dazu beigetragen, daß die Reichsregierung unter Ausnützung der Fehler, die von Frankreich und Spanien durch Bruch der Algecirasakte gemacht worden waren, dazu überging, Frankreich und England am 1. Juli durch Entsendung eines Kreuzers nach Agadir zu provozieren. Das hatte eine wesentliche Verschärfung der internationalen Situation zur Folge und förderte in Frankreich die Hetzereien der Chauvinisten und in England die der Jingos. Auch in Deutschland beherrschte die Marokkokrise zu Anfang des Sommers die öffentliche Meinung, und die Konservativen und Nationalliberalen wollten das Volk von den Vorgängen der inneren Politik ablenken, indem sie es in einen Taumel nationaler Begeisterung zu hetzen und seinen Appetit auf ein Stück Marokko zu reizen versuchten. Die sozialdemokratische Partei steht gegen dieses frivole, selbst vor Kriegsdrohungen nicht zurückschreckende Treiben der bürgerlichen Parteien in der schärfsten Opposition. Der deutsche Arbeiter, der deutsche Handwerker und der deutsche Bauer haben an der Erwerbung eines Teiles von Marokko oder gar an in den Tropen liegenden Kompensationen kein Interesse. Das deutsche Volk hat für Deutschost- und Südwestafrika soviel Opfer an Gut und Blut gebracht, daß es ihm nicht nach Opfern für Marokko gelüstet. Für die Sozialdemokratie bleibt es bei der alten Parole: Keinen Mann und keinen Groschen für Kolonialabenteuer irgendeiner Art. Das klassenbewußte Proletariat der beteiligten Länder wird seine Augen offen halten, denn die wegen Marokko hervorgerufene Krise ist nur eine Episode in den Interessenkämpfen der Kapitalistenklassen der verschiedenen Nationen. Die imperialistische Politik des nach neuen Absatzmärkten gierigen modernen Kapitalismus kann jeden Tag in Asien oder Afrika neue Situationen schaffen, die zum Weltkriege führen.

* * *

Dem Parteivorstand überwiesene Anträge.

Der Antrag 87 verlangte vom Parteivorstand die Herausgabe eines Maifeier-Flugblattes. Anfang April wurde in Ausführung dieses Antrages das Flugblatt: „Auf zur Maifeier!" versandt. Die im Antrag 98 verlangten Frauenversammlungen fanden im Oktober vorigen Jahres statt und wurde zur Agitation für diese Versammlungen das Flugblatt: „Schafft billiges Fleisch und Brot" herausgegeben.

In den Anträgen 4 und 32 wurde Agitationsmaterial über die sozialpolitischen Gesetze, Militarismus, Finanzreform, Trustpolitik usw. verlangt. Durch unsere 16seitigen sozialdemokratischen Flugschriften, durch die „Partei-

Correspondenz" und durch das Düsseldorfer sozialdemokratische Bureau wurde eine Menge solchen Materials geliefert. Für den Reichstagswahlkampf sind einige weitere Broschüren mit einschlägigem Material in Vorbereitung. Handbücher über die Reichsfinanzreform und die preußische Wahlreform sind erschienen und das in Arbeit gegebene Handbuch über die Reichsversicherungsordnung wird im übrigen dem im Antrag 32 Gewünschten Genüge leisten. Eine im Antrag 33 angeregte Broschüre, die eine Zusammenstellung von Urteilen über die Klassenjustiz enthalten sollte, haben wir nicht herausgegeben. Die „Partei-Correspondenz" enthält auf diesem Gebiete ein reichhaltiges, sich ständig vermehrendes Material, das nur gesammelt zu werden braucht. Eine 16seitige Broschüre über das Thema: „Warum mußt Du Sozialdemokrat sein?" (Antrag 5) haben wir in Auftrag gegeben.

Die „Partei-Correspondenz" wird bereits seit Jahren in einem Exemplar an die Vorsitzenden der Ortsvereine abgegeben, wodurch Antrag 83 sich erledigt.

Durch die im April erfolgte Verlegung des Parteibureaus nach dem Hause Lindenstr. 3 wurde den Wünschen des Antrages 8 (Vereinigung des Vorstandsbureaus mit dem Zentral-Frauenbureau) entsprochen.

Der Herausgabe einer selbständigen Modezeitung (Antrag 25) bezw. einer Modebeilage der „Gleichheit" (Antrag 26) konnte der Parteivorstand in diesem Jahre nicht nähertreten. Die Frage wurde vertagt, weil umfangreiche Vorarbeiten nötig sind. Nach den Reichstagswahlen soll der Plan einer Modezeitung eingehend erörtert werden.

Die Herausgabe einer Montagsausgabe des „Vorwärts" wurde vom Parteivorstand und der Preßkommission des „Vorwärts" abgelehnt, weil die Schaffung eines Montagsblattes zurzeit ohne Erhöhung des Abonnementspreises nicht möglich gewesen wäre.

Die Erledigung des Antrages 6, der Sonderbestimmungen für invalide Mitglieder verlangt, muß den Kreisorganisationen zugewiesen werden, die schon in vielen Orten hierüber Beschlüsse gefaßt haben.

Zu Antrag 18 ist zu bemerken, daß sich die Zusammensetzung der Jugendausschüsse zu gleichen Teilen aus Vertretern der Partei, der Gewerkschaften und der Jugendlichen bewährt hat und deshalb für eine allgemeine Aenderung kein Bedürfnis besteht. Wenn an einem Orte eine Verständigung aller Beteiligten über eine anderweitige Zusammensetzung des Ausschusses erfolgt, so steht diesem nichts im Wege.

Zur Gründung einer Versicherung der Kolporteure der Parteipresse (Antrag 69) hat der Parteivorstand keine Schritte unternommen. Die in dem Antrag als Beispiel herangezogene „Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten" ist bekanntlich keine Gründung der Gesamtpartei, sondern wurde seinerzeit auf Initiative der Angestellten ins Leben gerufen.

Eine Geschäftsführerkonferenz fand im Berichtsjahre nicht statt, so daß die im Antrag 71 angeregte Frage keine aktuelle Bedeutung bekam. Wenn wieder eine Geschäftsführerkonferenz stattfinden wird, soll Vertretern der Organisationen Gelegenheit gegeben werden, die Wünsche der Geschäftspersonale vorzutragen.

Die Impffrage, die Steuerfrage und die Agrarfrage hat der Parteivorstand in diesem Jahre nicht auf die Tagesordnung des Parteitages gesetzt, weil dieser Parteitag, der im Zeichen des Reichstagswahlkampfes steht, zur Erörterung dieser Fragen nicht geeignet erschien, während die Reichsfinanzreform bei dem Punkt Reichstagswahlen, soweit das nötig ist, mit zur Erörterung kommen wird.

Unerfüllbar war der Wunsch des Antrages 104, nach welchem die Drucklegung der Parteitagsreferate vier Wochen vor dem Parteitage stattfinden sollte. Das mag bei wissenschaftlichen Kongressen im allgemeinen möglich sein, bei unseren Parteitagen aber nur selten. Bei der Tagesordnung des diesmaligen Parteitages kam die vorherige Drucklegung der Referate bei keinem Punkte der Tagesordnung in Frage, ausgenommen beim Geschäftsbericht, wo der gedruckte Bericht vorher veröffentlicht wird.

* * *

Organisation.

Wie kläglich die gerade im letzten Jahre gegen uns geführte Hetze der Gegner fehlschlug, zeigt am besten die Mitgliedersteigerung der Parteiorganisation, an der erfreulicherweise alle Agitationsbezirke beteiligt sind. Im Vergleich zum Vorjahre ergibt sich folgender Mitgliederstand:

1910	Mitgliederzahl	720 038
1911	„	836 562
	Zunahme . .	116 524

Das ist die höchste Mitgliederzunahme, die die Partei bisher in einem Jahre zu verzeichnen hatte. Sie beträgt 16,18 Proz. gegen 13,69 Proz. im Vorjahre. An der Zunahme sind die männlichen Mitglieder mit 91 473 und die weiblichen mit 25 051 beteiligt. Im Vergleich mit den bei den letzten allgemeinen Reichstagswahlen abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen beträgt die Mitgliederzahl 25,66 Proz., gegen 22,09 Proz. im Vorjahre.

Aus der umstehenden Tabelle ist zu ersehen, wie sich die Mitglieder auf die einzelnen Agitationsbezirke verteilen. Dabei ist jedoch zu beachten, daß die bisher zum Bezirk Breslau gehörenden Wahlkreise: Creutzburg-Rosenberg, Oppeln und Leobschütz nun dem Bezirk Kattowitz zugeteilt sind, während der Wahlkreis Glogau, der früher zum Bezirk Görlitz gehörte, dem Bezirk Breslau angegliedert wurde.

In 11 Bezirken beträgt die Zahl der Parteimitglieder mehr als 30 Proz. der sozialdemokratischen Reichstagswähler, und zwar: Hamburg 43,05, Leipzig 40,93, Lübeck 40,67, Nordbayern 39,51, Schleswig-Holstein 39,42, Nordwest 38,89, Thüringen II 33,56, Oestliches Westfalen 31,96, Dresden 31,05 und Altenburg 30,15.

Die Zahl der Wahlkreissekretäre beträgt 75.

In den dem Bericht am Schluß beigefügten Tabellen über die Beitragsabführung ist zum ersten Mal auch die Mitgliederzahl der Wahlkreisorganisationen aufgeführt. Fünf Wahlkreise haben über 20 000 Mitglieder, und zwar: Hamburg III 33 644, Berlin VI 30 584, Teltow-Beeskow 29 611, Leipzig-Land 28 690, Berlin IV 24 170.

Parteiorganisationen bestehen in 383 Reichstagswahlkreisen. Eingerechnet sind dabei die Wahlkreise Montjoie-Schleiden-Malmedy, Erftkreis-Heinsberg-Geilenkirchen, Siegburg-Waldbroel, Adenau-Cochem-Zell, Wittlich-Bernkastel und Daun-Prüm-Bitburg, die zum sozialdemokratischen Verein Obere Rheinprovinz zusammengeschlossen sind. In folgenden Reichstagswahlkreisen besteht keine Parteiorganisation, doch sind dort Vertrauensleute der Partei vorhanden: Warendorf-Beckum-Lüdinghausen, Falkenberg-Grottkau, Frankenstein-Münsterberg, Gnesen-Meseritz-Bomst, Wreschen-Pleschen, Buck-Kosten, Krotoschin, Stallupönen-Goldap-Darkehmen, Sensburg-Ortelsburg, Heiligenbeil-Pr. Eylau, Allenstein-Rössel. Keinerlei Verbindung hat die Partei mit den Wahlkreisen: Pr. Holland-Mohrungen, Angerburg-Lötzen und Schrimm-Schroda.

Agitationsbezirke	Zahl der Wahlkreise, die zum Bezirke gehören	Zahl der Ortsvereine	Mitgliederzahl der Parteiorganisation 1910 überhaupt	1910 weibliche	1911 überhaupt	1911 weibliche	Mitgliederzunahme in Prozenten	Verhältnis der Mitgliederzahl zu den letzten Reichstagswahlen in Prozenten
Ostpreußen	17	20	5663	962	7312	1105	29,12	16,34
Westpreußen	13	35	2582	303	3583	670	38,77	17,98
Groß-Berlin	8	80	101191	12766	111021	16947	9,71	26,87
Brandenburg	18	186	22894	2294	25540	2810	11,55	19,64
Pommern	14	88	9626	881	10406	1286	8,10	17,20
Posen	15	25	1073	79	1302	101	21,34	20,00
Breslau	13	49	14136	1886	17270	2321	22,17	26,63
Görlitz	6	58	6868	853	8204	1320	28,83	21,71
Oberlangenbielau	7	69	9398	1367	11517	2225	22,55	24,73
Kattowitz	9	24	1397	212	1840	209	31,71	10,99
Magdeburg	8	99	18972	2650	21411	3660	12,86	22,84
Halle a. S.	8	132	18752	3422	20248	3698	7,98	24,19
Erfurt	4	35	4543	610	5757	831	26,72	19,71
Schleswig-Holstein	10	108	39743	5765	44687	7147	12,44	39,42
Hannover	12	143	27538	4141	30193	4731	9,64	29,88
Oestl. Westfalen	9	105	9289	572	10755	633	15,78	31,96
Westl. Westfalen	8	186	20086	4257	21247	4460	6,04	20,24
Oberrhein	19	57	10653	903	11317	1013	6,23	19,08
Niederrhein	14	138	28635	4614	36067	5628	25,96	17,75
Saargebiet	3	8	516	36	778	96	50,78	19,94
Frankfurt a. M.	11	181	19633	2013	23211	2675	18,22	25,43
Kassel	6	80	4033	133	4949	58	6,82	15,06
Nordbayern	21	269	36340	1868	40357	2850	11,05	39,51
Südbayern	21	110	21071	1613	25439	2291	20,73	28,93
Pfalz	6	121	9688	444	9822	419	1,91	23,68
Dresden	9	119	37411	2862	45804	4131	22,43	31,05
Chemnitz	7	208	22208	956	25256	1451	13,72	20,30
Leipzig	4	101	31452	4548	37011	5821	17,67	40,93
Zwickau	3	69	7579	709	12456	2300	64,35	22,14
Württemberg	18	300	21246	650	27766	1589	30,69	23,93
Baden	14	193	14524	454	19098	1371	31,49	20,45
Hessen	9	239	17070	1099	19803	1520	16,01	25,72
Mecklenburg	7	61	7395	1001	8712	1232	17,81	17,50
Thüringen I	5	94	5270	400	6417	563	21,76	17,04
„ II	3	64	8169	1221	9712	1439	18,89	33,56
Sachsen-Altenburg	1	36	4914	628	5757	747	17,16	30,15
Gotha	1	50	2419	319	2505	195	3,56	15,57
Oldenburg-Ostfriesl.	5	37	6652	1165	7889	1327	18,60	28,49
Braunschweig	3	58	8518	1428	10223	1706	20,02	27,48
Sachsen-Meiningen	2	46	2895	210	2970	241	2,59	16,61
Anhalt	2	21	6770	2097	8269	2603	22,14	29,92
Hamburg	3	3	43225	5044	48598	5895	12,43	43,05
Nordwest	5	41	20745	2759	24456	3576	17,89	38,89
Lübeck	1	6	3720	368	4708	560	26,56	40,67
Elsaß-Lothringen	15	64	3536	155	4919	242	39,11	6,03
Zusammen	397	4216	720038	82642	836562	107693	16,18	25,66

Die Polnisch-sozialistische Partei Deutschlands hat nach dem Bericht des Vorstandes der P. P. S. in 12 Reichstagswahlkreisen mit 42 Ortsvereinen 2085 Mitglieder. Im Vergleich mit dem Vorjahre verteilt sich die Mitgliederzahl wie folgt:

	1910	1911
Bezirk Oberschlesien	1578	1353
„ Westfalen	201	230
„ Hamburg	145	220
„ Posen	151	120
„ Bremen	69	80
„ Berlin	51	45
„ Leipzig	—	37
Zusammen	2195	2085

Jugendausschüsse bestehen an 454, Bildungsausschüsse an 410 und Kinderschutzkommissionen an 136 Orten.

Im November tagte in Berlin eine Konferenz der Vorstände der Bezirks- und Landesorganisationen, die sich mit der Errichtung des Rheinisch-Westfälischen Bureaus, der Agitation unter den Binnenschiffern, der Maifeier und der Unterstützung der Parteischüler beschäftigte. In allen Fragen wurde völlige Uebereinstimmung erzielt.

Mit Ausschlußanträgen nach § 23 des Organisationsstatuts hatten sich 22 Bezirksvorstände in 106 Fällen zu beschäftigen. Davon wurden 55 Sachen durch Ausschluß, 23 durch Rüge, 14 durch Vergleich, 6 durch vorherigen Austritt und 2 durch Ablehnung der Anträge erledigt. Nicht erledigt sind 6 Sachen.

Berufungen in Ausschlußsachen sind in 15 Fällen an uns gerichtet worden. Je 3 Fälle wurden durch Ablehnung der Ausschlußanträge und zeitweise Ausschließung von Vertrauensämtern und je 2 durch Ausschluß, Rüge und Vergleich erledigt. In der Schwebe sind noch 3 Fälle.

* * *

Frauenbewegung.

In dem kurzen Sonderabschnitt, den der Vorstandsbericht über die Frauenbewegung an den Parteitag liefert, ist es natürlich nicht möglich, ein umfassendes und gründliches Bild von dem geistigen Leben und der praktischen Wirksamkeit der weiblichen Mitglieder der Partei zu geben. Sollte das geschehen, müßte sehr vieles, was in dem allgemeinen Vorstandsbericht gesagt ist, in modifizierter Form wiederholt werden. Denn in allen Aktionen der Gesamtpartei steckt natürlich auch immer mehr oder minder ein Stück Arbeit ihrer weiblichen Mitglieder. Die gleiche grundsätzliche Auffassung, das gemeinsame Kampfesziel und die einheitliche Organisation für Männer und Frauen der Arbeiterklasse, die in der Sozialdemokratie ihre politische Vertretung sehen, bedingen das. Und unser lebhafter Wunsch ist es, daß diese Arbeitsgemeinschaft zu einer immer größeren und innigeren werde, zum Nutzen der Frauen und der Gesamtbewegung.

Was wir in der Rubrik „Frauenbewegung" berichten, sind die Mittel und Wege, die ausfindig gemacht und angewendet wurden, um die Ideen des Sozialismus den proletarischen Frauenmassen nahezubringen. Ihrem Verständnis angepaßt, ihnen die wirtschaftlichen und politischen Tagesfragen in sozialistischer Beleuchtung zu zeigen; sie für die politische Organisation zu gewinnen und sie zur bewußten Mitarbeit zu bilden und zu erziehen. Kurzum,

was wir berichten, sind die Maßnahmen, die bezwecken, die sozialistische Frauerbewegung in immer höherem Maße zu einem integrierenden Teil der Allgemeinbewegung zu machen.

Im verflossenen Geschäftsjahr war es zunächst die drückende Lebensmittelteuerung, insbesondere die enorm hohen Fleischpreise, die den Vorstand veranlaßten, eine allgemeine Agitation unter den Frauen anzuregen, die sich zu einer Protestaktion gegen die Zoll- und Liebesgabenpolitik gestaltete. Ein leichtverständliches Flugblatt, mit dessen Herausgabe der Vorstand gleichzeitig einem Parteitagsbeschlusse nachkam, leitete die Agitation wirksam ein.

Angeregt ward ferner, beim Kampf gegen die Reichsversicherungsordnung zur besonderen Agitation unter den Frauen die Frage des Mutter- und Säuglingsschutzes und die der Witwen- und Waisenversicherung zu behandeln. Die Rücksichtslosigkeit und Brutalität, mit der die bürgerlichen Parteien die Interessen der proletarischen Mütter und Kinder bei der parlamentarischen Behandlung dieser Fragen mit Füßen traten, hat eine ungeheure Erbitterung in der proletarischen Frauenwelt erzeugt.

Einem Wunsche der internationalen Frauenkonferenz zu Kopenhagen folgend, arrangierte die Partei am 19. März den ersten sozialdemokratischen Frauentag: eine wuchtige sozialdemokratische Kundgebung für das Frauenwahlrecht, die eine wirksame Förderung durch die Generalkommission erhielt.

Da auch Oesterreich, Dänemark und die Schweiz am gleichen Tage eine Kundgebung veranstalteten, ward sie zum Ausdruck internationaler Solidarität und wirkte um so anfeuernder und begeisternder auf alle Teilnehmer. Durch eine Reihe von Artikeln, die vom Frauenbureau monatelang vorher an die Parteipresse und vom Arbeiterinnensekretariat an die Gewerkschaftspresse gesandt wurden, durch die Veröffentlichungen der „Gleichheit" und durch ein anfeuerndes Flugblatt, das allgemein zur Verbreitung kam, ward der „Frauentag" sorgfältig vorbereitet. Der durchweg glänzende Verlauf der Veranstaltungen in allen Teilen des Reiches lohnte vollauf die aufgewandte Mühe. Die sozialdemokratische Programmforderung: „Volles Bürgerrecht der Frau", die zwar bei allen Wahl- und Wahlrechtskämpfen, im Parlament und unter den Massen des Volkes propagiert wurde, war mit dieser Kundgebung in den Mittelpunkt der Agitation gerückt und die proletarischen Frauenmassen traten als bewußte Träger dieser Forderung in den Vordergrund. Der Frauentag legte Zeugnis ab von der hohen politischen Reife weiter Kreise proletarischer Frauen und er ward zu einem wirksamen Mittel zur politischen Erweckung und Schulung indifferenter Frauenmassen.

Die sozialdemokratische Partei, die durch die Veranstaltung des Frauentages erneut bewies, wie ernst es ihr ist mit dem Kampf um Frauenrechte, hat durch diese Demonstration nicht unwesentlich an Stärke und Werbekraft zugenommen. Die Zahl der neuen Mitglieder, die der Tag brachte, war nicht klein, und das Vertrauen proletarischer Frauenkreise, das erworben, gestärkt und neu belebt ward, ist noch mehr wert.

Die von der Redaktion der „Gleichheit" herausgegebene Wahlrechtszeitung, die zahlreiche Beiträge von bekannten Genossen und Genossinnen des In- und Auslandes enthielt, wird weiter zur Erkenntnis der Wichtigkeit und Bedeutung des Frauenwahlrechts beitragen.

In einer einheitlichen Resolution, die allerorts zur Annahme gelangte, ward der Rechtsanspruch der Frau auf volles Bürgerrecht nachgewiesen und die Notwendigkeit seines Besitzes für den politischen Kampf, für die Eroberung der politischen Macht und die Sozialisierung der Gesellschaft dargelegt. Gleichzeitig wurden Frauen und Männer zum energischen Kampf für das Frauenwahlrecht aufgerufen.

Bei dem Verfassungskampf in Elsaß-Lothringen und dem Wahlrechtskampf in Preußen ist in den Parlamenten und bei der Agitation grundsätzlich und mit allem Nachdruck auch um das Frauenwahlrecht gestritten worden.

Der Kinderschutz, die Beteiligung der Frauen am politischen Kampf, die geplante Milchverteuerung an verschiedenen Orten und anderes mehr waren Fragen, die zum Anlaß der politischen Agitation unter den Frauen benutzt wurden. Auch sonst haben sich die Frauen an allen Aktionen in steigendem Maße beteiligt.

Im ganzen hat das Frauenbureau für 46 Agitationstouren und für eine große Zahl Einzelversammlungen Referentinnen vermittelt. Zum Frauentag war es unmöglich, alle Wünsche nach Referentinnen zu erfüllen. Es mußte auf die Kräfte am Orte verwiesen werden. Durchweg war der Erfolg der Agitation, auch in organisatorischer Beziehung, ein guter.

Eine vom Parteivorstand angeregte Hausagitation unter den Frauen hatte sehr gute Erfolge. Leider haben eine ganze Anzahl von Orten der Anregung nicht Folge gegeben. Dabei ist die Hausagitation und die Einberufung und Abhaltung kleiner Bezirksversammlungen zur Gewinnung neuer Mitglieder ein gutes Arbeitsgebiet auch für solche Genossinnen, die sich sonst für die öffentliche Agitation noch nicht sicher fühlen.

Der Erfolg der Agitation zeigt sich in der Zahl der weiblichen Mitglieder. Ihre Zahl stieg von 82 642 im Jahre 1910 auf 107 693 im Jahre 1911, also eine Zunahme von 25 051.

Der schriftlichen Agitation unter den Frauen widmen sich unsere Parteizeitungen erfreulicherweise in zunehmendem Maße. Eine ganze Anzahl unserer Genossinnen liefern, zum Teil auf unsere Anregung, den Zeitungen kleine Beiträge, und auch das Frauenbureau hat bei allen wichtigen Anlässen Artikel und Notizen geliefert und auch einen Teil der Kalender mit Beiträgen versehen. Flugblätter sind bei verschiedenen Anlässen verbreitet. Das Flugblatt zur Agitation gegen den Fleisch- und sonstigen Lebensmittelwucher ist in 612 000 Exemplaren bezogen und in vielen Bezirken nachgedruckt. Ein Flugblatt, welches der Propaganda für den Mutter- und Säuglingsschutz diente, ist in 408 000 Exemplaren zur Verbreitung gelangt, und ein anderes, welches zur Agitation für die Witwen- und Waisenversicherung diente, in 432 000 Exemplaren. Das Frauenwahlrechts-Flugblatt ist in sehr vielen Bezirken nachgedruckt und von der Zentrale in 2 460 000 Exemplaren geliefert worden. Die Wahlrechtszeitung erzielte eine Auflage von 108 000 Stück. Außerdem ist in mehreren Bezirken auch in diesem Jahr noch wieder das Flugblatt: „An die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse" gedruckt und zur Agitation verwendet.

Für die Genossinnen wurde vom Parteivorstand eine Broschüre: „Die Frauen und der politische Kampf" herausgegeben. Die Agitationsbroschüren: „Die Frauen und die Reichstagswahlen", die der Agitation unter den Indifferenten dienen soll, und: „Zur Frage des Mutter- und Säuglingsschutzes" haben eine gute Verbreitung gefunden. Die Redaktion der „Gleichheit" hat die Berichte an die internationale Frauenkonferenz in Broschürenform herausgegeben, die viel zur Agitation verwendet werden.

Die Diskussions- und Leseabende bürgern sich erfreulicherweise immer mehr ein und erfreuen sich einer steigenden Sympathie. An den meisten Orten leisten sie auch recht Beachtenswertes zur theoretischen und

praktischen Schulung der Genossinnen. Die kleinen Kataloge empfehlenswerter Schriften, die das Bureau zusammengestellt und empfohlen hat, sind sehr oft gefordert worden.

Ein Leitfaden für die Ausgestaltung der Leseabende ist kürzlich hergestellt. In 105 Orten sind Leseabende eingerichtet.

Unter der Leitung des Frauenbureaus ist für die weiblichen Funktionäre Berlins ein Kursus eingerichtet, der bezweckt, ihr theoretisches Wissen zu bereichern und zu vertiefen, ihnen Anleitung zu geben zum Aufbau eines Vortrages und sie zu lehren, wie die nötige Literatur zum Studium einer bestimmten Frage am leichtesten aufzufinden ist. Die beiden absolvierten Kurse und ein dritter in Rixdorf haben sehr gute Erfolge gezeitigt, was nur möglich war, weil die teilnehmenden Genossinnen bereits jahrelang an den Leseabenden sich beteiligt, sich ein gutes positives Wissen angeeignet und sozialistisch denken gelernt hatten.

Die Referentinnen nahmen in steigendem Maße das Frauenbureau in Anspruch, wenn sie Material über bestimmte Fragen wünschen. In allen Fällen konnte bisher den an uns gerichteten Wünschen entsprochen werden.

Die Mitarbeit der Genossinnen ist durchweg gut. In 570 Orten sind Frauen als Vorstandsmitglieder tätig. Leider gibt es noch eine ganze Anzahl Orte, die bis heute noch nicht den § 4 des Organisationsstatuts (Wahl eines weiblichen Vorstandsmitgliedes) durchgeführt haben. Die Genossinnen sollten mehr auf die Durchführung dieser Statutenbestimmung dringen. Auch sind in einer Anzahl von Bezirksleitungen noch keine weiblichen Mitglieder. Es ist dringend notwendig, das nachzuholen. Für die Agitation unter den Frauen können und sollen sie wichtige Anregungen geben und ihre Erfahrung nutzbar machen. Als gut und wirksam hat es sich erwiesen, die Genossinnen möglichst zu allen Arbeiten in der Organisation und für sie heranzuholen. Es sollte das überall geschehen. Besonders empfehlenswert für die Gewinnung neuer Mitglieder und neuer Abonnenten ist es, wenn in jeder Propagandaversammlung eine Gruppe von Genossinnen die Aufnahme neuer Mitglieder organisiert, daß möglichst für jeden Tisch eine Genossin zur Stelle ist, die, ausgerüstet mit Bleistift und Aufnahmescheinen, die Aufnahmen sofort vollziehen kann. Frauen lassen sich am liebsten und am leichtesten von Frauen aufnehmen, und der erzielte Erfolg spornt die Genossinnen zu neuer Tätigkeit und erhöht ihre Freude an der gemeinsamen Arbeit.

Die Kinderschutzkommissionen entfalten in immer höherem Maße eine sehr segensreiche Tätigkeit. An 135 Orten haben wir gegenwärtig solche Kommissionen. An manchen Orten werden von unserer Kommission weit mehr Gesetzesübertretungen festgestellt, als von der Polizei und der Gewerbeinspektion zusammen. Trotzdem wird ihre Tätigkeit nur in einem, im württembergischen Fabrikinspektionsbericht vom Jahre 1909, lobend erwähnt. Nachdem in den Orten, die bereits mehrere Jahre eine Kinderschutzkommission besitzen, die Mitglieder sich gut eingearbeitet haben, kann man ihrer Tätigkeit ein weiteres Ziel stecken. Im Bericht vom vorigen Jahre wiesen wir bereits darauf hin, daß die Kinderschutzkommissionen Hand in Hand arbeiten müßten mit Lehrern und Lehrerinnen, mit den Armen- und Waisenkommissionen, besonders wenn es sich um Kindermißhandlungen und -Verwahrlosungen handelt; daß sie mit den Gemeindevertretern, den städtischen Kinderfürsorgeämtern und den weiblichen Polizeiassistentinnen in Verbindung treten müßten. Mehrfach ist das auch geschehen. In Zukunft wird es außerdem notwendig werden, das gewonnene Material propagandistisch zu verwerten, um die gesetzliche Entwickelung des Kinderschutzes vorwärts zu treiben und auch um an der Hand des Materials für eine Reihe notwendiger kommunaler Einrichtungen Propaganda zu machen.

Der Parteivorstand hat das Frauenbureau beauftragt, in einer Broschüre die bisherigen Ergebnisse der Tätigkeit der Kinderschutzkommissionen zu besprechen und einen Ausblick für ihre weitere Tätigkeit zu geben. Die Arbeit liegt jetzt vor. Sie bespricht die Kindererwerbsarbeit und ihre schädlichen Folgen, die Arbeit als Erziehungsmittel, die Kinderschutzgesetzgebung in Deutschland und ihre bisherige Wirksamkeit, die Gründung der Kinderschutzkommissionen und ihre bisherige Tätigkeit und die weiteren Aufgaben der Kinderschutzkommissionen. Als Anhang ist das Kinderschutzgesetz, die kinderschützenden Bestimmungen der Gewerbeordnung und eine übersichtliche Zusammenstellung der wichtigsten Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes beigegeben. Hoffentlich trägt die kleine Arbeit dazu bei, die weitere Tätigkeit der Kommissionen zu fördern und einem Teil der Arbeiterkinder eine freundlichere Kindheit schaffen zu helfen.

Die Errichtung und die Tätigkeit von Beschwerdekommissionen hat das Frauenbureau auch im Berichtsjahr zu fördern gesucht. Desgleichen sind die tätigen Genossinnen überall bemüht gewesen, die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiterinnen zu unterstützen. Zahlreiche Frauenversammlungen haben in den verschiedenen Orten zum Kampf der Bäcker Stellung genommen und sich verpflichtet, sie nach besten Kräften zu unterstützen, indem sie nur Brot nehmen aus Bäckereien, die ihren Arbeitern die gestellten Forderungen bewilligten.

* * *

Jugendbewegung.

Die erfreulichen Fortschritte der proletarischen Jugendbewegung haben die Reaktion in nicht geringe Aufregung versetzt. Man setzt alle Hebel in Bewegung, um die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen vom Kampfe ihrer erwachsenen Klassengenossen fernzuhalten. Unter Führung der Regierung und unterstützt mit öffentlichen Geldern hat sich die bürgerliche Jugendbewegung mehr und mehr zentralisiert. Ihre Mittel sind vielfach ähnliche wie die unserigen. Mit Jugendheimen, Bildungsbestrebungen, Unterhaltungsveranstaltungen und Körperpflege versucht man die Jugend von unseren Bestrebungen fernzuhalten. Alle Machtmittel des Klassenstaates, der Bureaukratie, die Schule, die Kirche und militärische Anstalten, werden in den Dienst der bürgerlichen Jugendbewegung gestellt. Außerdem führen Polizei und Gerichte auf Grund des reaktionären Jugendparagraphen des Vereinsgesetzes einen heftigen, unausgesetzten Kampf gegen die proletarische Jugend.

Trotz alledem macht die proletarische Jugendbewegung gewaltige Fortschritte. Die Zahl der Abonnenten der „Arbeiter-Jugend" hat sich von 45 000 auf 65 500 vermehrt. Die Leser der „Arbeiter-Jugend" verteilen sich auf 474 Orte.

Die Zahl der Orte mit Jugendausschüssen ist von 360 auf 454 gestiegen. An die Zentralstelle für die arbeitende Jugend haben die Ausschüsse von 188 Orten über ihre Tätigkeit im letzten Jahre berichtet. Die Zentralstelle wird darüber einen besonderen Bericht herausgeben. Jugendheime bestehen in 130 Orten. Davon verfügen 99 über einen Raum, 21 über 2, 6 über 3, 2 über 4 und 2 über 5 Räume. Die Einrichtung der Jugendheime ist fast überall vervollkommnet worden. Die Aufwendungen dafür sind teilweise recht erheblich. Die Gesamtausgabe für diese Jugendheime beträgt 44 091,79 Mk.

Ueber die von den Jugendausschüssen getroffenen Bildungsveranstaltungen gibt folgende Aufstellung Auskunft.

Art der Veranstaltung	Zahl der Veranstaltungen	Teilnehmer		Zusammen
		Jugendliche	Erwachsene	
Einzelvorträge . . .	1612	47 840	5 988	53 828
Vortragsreihen . . .	70	5 833	1 763	7 596
Unterrichtskurse . . .	68	1 072	145	1 217
Künstl. Darbietungen	303	22 293	14 491	36 784
Museumsbesuche . . .	266	5 149	662	5 811
Festlichkeiten	615	—	—	—
Ausflüge	2240	—	—	—

Die Jugendausschüsse hatten eine Gesamteinnahme von 91 815,40 Mk. und eine Gesamtausgabe von 82 815,34 Mk.

Die Bildung von Bezirksleitungen der Jugendausschüsse ist leider immer noch nicht überall durchgeführt. Zur besseren Durchführung der Aufgaben und Förderung einheitlicher Bestrebungen ist die Schaffung von Bezirksleitungen aber dringend notwendig. Die baldige Nachholung des Versäumten ist um so mehr erwünscht, als die Zentralstelle beabsichtigt, in diesem Spätjahr eine Konferenz der Bezirksleitungen zu berufen.

Die Zentralstelle ist mit der Herausgabe der Broschüre „Die bürgerliche Jugendbewegung" einem lebhaften Wunsche begegnet. Die Schrift informiert über die gegnerische Jugendbewegung, besonders über den Zusammenschluß sämtlicher Interessentengruppen des Klassenstaates zum gemeinsamen Kampf gegen die proletarische Jugendbewegung. Die Schrift, die für unsere Jugendarbeit von größter Bedeutung ist, erschien in einer Auflage von 5000 Exemplaren. Von der Zentralstelle ist eine weitere Broschüre „Der gesetzliche Arbeiterschutz" herausgegeben worden. Die Schrift stellt die gesetzlichen Bestimmungen des Jugendschutzes zusammen und leistet den Jugendausschüssen bei ihrer Tätigkeit auf diesem schwierigen Gebiete gute Hilfe; sie erschien in einer Auflage von 8000 Exemplaren. Das ebenfalls von der Zentralstelle herausgegebene Flugblatt: „Der Kampf um die Arbeiterjugend" ist in einer Auflage von 1 347 000 Exemplaren hinausgegangen. Außerdem sind die früher herausgegebenen Flugblätter vielfach verlangt worden. Das „Jugend-Liederbuch", von dem 50 000 Exemplare abgesetzt sind, ist umgearbeitet und erweitert in Neuauflage erschienen. Das Heftchen „Anleitungen für Veranstaltungen zur körperlichen Ausbildung der arbeitenden Jugend" hat gute Aufnahme gefunden. Unter dem Titel: „Gehörst Du zu uns?" erscheint demnächst eine zur Agitation besonders geeignete Broschüre.

Die Netto-Ausgaben der Zentralstelle betragen 14 507,28 Mk., wovon 9988,57 Mk. auf die „Arbeiter-Jugend" entfallen.

* * *

Agitation.

Im Berichtsjahre wurde die Agitation gegen die Reichsversicherungsordnung gemeinsam mit den Gewerkschaften fortgesetzt. Den Agitatoren wurde vor Beginn der 2. Plenarberatung Material über den damaligen Stand der Reichsversicherungsordnung zur Verfügung gestellt und zur Massenagitation gegen diesen arbeiterfeindlichen Gesetzentwurf wurde ein Flugblatt: „Nicht Arbeiterschutz, sondern Arbeitertrutz" herausgegeben, das

in der Osterzeit vor den Protestversammlungen verbreitet wurde. Nach Annahme der Reichsversicherungsordnung erschien zur Widerlegung der klerikalen Schwindeleien ein Flugblatt: „Das Zentrum und die Reichsversicherungsordnung."

Gemeinsam mit den Gewerkschaften wehrte sich die Partei in ganz Deutschland im Oktober vorigen Jahres in imposanten Kundgebungen gegen die infame Hetze der Scharfmacher, die für die Moabiter Krawalle Partei und Gewerkschaften verantwortlich machen wollten. Den uns Fernstehenden wurde in einem Flugblatt über die Moabiter Vorgänge die Wahrheit gesagt.

Ferner erschien ein Flugblatt zur Agitation für die Maifeier.

Ueber das Agitationsmaterial, das für die Frauen herausgegeben wurde, gibt das Kapitel „Frauenbewegung" Auskunft.

Die Agitation gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht wurde von der Landeskommission der preußischen Sozialdemokratie und dem Parteivorstand gemeinsam betrieben.

Am Schlusse des Berichtsjahres beherrschte die Marokkofrage die internationale Situation. In Preußen fanden Anfang Juli Volksversammlungen statt, in denen die Kernfragen der inneren und der äußeren Politik, die preußische Wahlrechtsfrage und die Marokkokrise behandelt wurden. Im übrigen Deutschland wurden besondere Versammlungen abgehalten, in denen das Proletariat keinen Zweifel darüber ließ, daß die Massen sich heute nicht mehr von skrupellosen „Staatsmännern" für kapitalistische Profitinteressen in nationale Begeisterung hetzen lassen.

Die „Partei-Correspondenz" brachte zu allen schwebenden Fragen Agitationsmaterial. Sie erscheint jetzt in einer Auflage von 4350 Exemplaren. Ihre Redaktion wurde verstärkt, weil die mit der „Partei-Correspondenz" verbundene Registratur ausgebaut werden mußte. Damit das in der „Partei-Correspondenz" enthaltene reichhaltige Material noch bessere Verwendung finden kann, erscheint demnächst ein Generalregister der bisher erschienenen fünf Jahrgänge. Ferner wird seit Beginn dieses Jahres das gegnerische Flugblattmaterial systematisch bearbeitet. Bisher wurden in Erwiderung gegnerischer Angriffe 25 Flugblätter verfaßt und den Organisationen zur Verfügung gestellt.

Das im vorjährigen Vorstandsbericht angekündigte „Sozialdemokratische Bureau für Rheinland-Westfalen" wurde am 1. Februar in Düsseldorf eröffnet. Das Bureau unterstützt durch Herausgabe von Agitationsmaterial und Pressenotizen die Genossen in ihrem Kampfe gegen das Zentrum und gegen die scharfmacherischen Bestrebungen der Schwerindustrie.

Die Agitation unter den Landarbeitern hat gute Fortschritte gemacht. Der Landarbeiterverband hat in allen Gauen Deutschlands festen Fuß gefaßt und zählt zurzeit in 382 Gruppen über 12 000 Mitglieder. Zur besseren Agitation unter den Binnenschiffern wurden Vorkehrungen zur Regelung der Beitragszahlung getroffen und Werbematerial zur Verfügung gestellt. Ein Binnenschifferkalender wurde in einer Auflage von 50 000 Exemplaren verbreitet. Auch für die Eisenbahner, unter denen die bürgerlichen Parteien mit Hilfe der Behörden besonders intensiv werben, wurde Agitationsmaterial ausgegeben. Der preußische Eisenbahnminister hat die Eisenbahner durch eine Bekanntmachung vor der Annahme dieses Materials gewarnt und die Verbreiter des Materials mit Entlassung bedroht.

Das angekündigte Handbuch über „Die Finanzreform von 1909 und die bürgerlichen Parteien" erschien im September. Ein Handbuch über die Reichsversicherungsordnung wird im Herbst erscheinen. Das

Handbuch über die „Wahllügen" wurde ergänzt und ist in Neuauflage in Druck gegeben. Das Wahlhandbuch ist in Vorbereitung und wird Anfang Herbst erscheinen.

In der Serie sozialdemokratische Flugschriften, die ohne Umschlag das Tausend zu 10 Mk. abgegeben werden, wurde Nr. 5: „Die Sozialdemokratie und das Heer" durch neues Zahlenmaterial ergänzt. Neu erschienen sind „Lebensmittelwucher und Warenteuerung", „Beamtenschaft und Sozialdemokratie" und „Die indirekten Steuern und Zölle, wer sie zahlt und wem sie nützen". Eine Broschüre über die Reichsversicherungsordnung wird im September erscheinen.

Agitationskalender wurden in Agitationsbezirken herausgegeben, wobei in Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Posen, Bez. Langenbielau, Kattowitz, Nassau, Bez. Oberrhein, Mecklenburg aus Mitteln der Gesamtpartei Zuschuß geleistet wurde.

Monatsblätter werden für die ländliche Bevölkerung in 16 Agitationsbezirken herausgegeben. Ein dänisches Agitationsblatt geben die Genossen Schleswig-Holsteins heraus. Unsere Genossen in Elsaß-Lothringen lassen in französischer Sprache „Feuilles d'Alsace-Lorraine" erscheinen. Wochenblätter erscheinen in den Bezirken Westpreußen, Oberrhein, Kassel, Anhalt und Bayern.

Welche umfassende Tätigkeit die Gesamtpartei durch Abhaltung von Versammlungen und unentgeltliche Verbreitung von Flugblättern, Broschüren und Kalendern im ganzen Reiche entfaltet hat, darüber gibt die Tabelle auf Seite 27 Auskunft. Die sozialdemokratische Partei konnte in allen Bezirken das politische Leben so wirksam beeinflussen, weil die Parteigenossen ihre Kraft und ihre Zeit der Partei bereitwilligst zur Verfügung stellten. Auf der Mitarbeit der Masse der Parteigenossen beruht die Stärke der sozialdemokratischen Partei.

* * *

Reichstagswahlen.

In der Zeit vom 1. August 1910 bis 31. Juli 1911 fanden neun Nachwahlen zum Reichstage statt. In allen Fällen war der bisherige Inhaber des Mandates verstorben. Von den Verstorbenen gehörten drei zur Zentrumspartei, zwei waren Antisemiten und je einer gehörte zur nationalliberalen, polnischen, konservativen und sozialdemokratischen Partei. Wir behaupteten das Mandat für Berlin IV und gewannen Zschopau-Marienberg von den Antisemiten und Frankfurt-Lebus von den Nationalliberalen. Die Nationalliberalen verloren Frankfurt und gewannen das Mandat in Immenstadt durch die Unterstützung unserer Genossen in der Stichwahl. Die Konservativen verloren Labiau-Wehlau an den Freisinn. Das schließliche Ergebnis der Nachwahlen war, die Sozialdemokraten gewannen zwei und die Freisinnigen ein Mandat, während das Zentrum, die Konservativen und die Antisemiten je ein Mandat verloren.

Das Gros der liberalen Wähler hat das Mandat in Gießen der Parole der fortschrittlichen Führer zum Trotz den Antisemiten zugeschanzt. Dieses schmachvolle Verhalten eines wesentlichen Teils der liberalen Wähler zeigt, wie wenig Verlaß auf die Masse der Liberalen ist, auch wenn die Parole lautet: „Wider den schwarzblauen Block." Ganz zu schweigen von den Nationalliberalen, die in der Stichwahl den Antisemiten gewählt hatten, der sie vorher als eine Schurkenpartei beschimpft hatte.

Die Stimmenzahlen der Nachwahlen beweisen, daß der Umschwung, der mit Annahme der Steuergesetze im Jahre 1909 eintrat, auch die Kreise ergriffen hat, die nun zu wählen hatten. Der schwarzblaue Block hat in allen Kreisen Stimmenverlust. Jedoch hatten auch wir in einem Kreise, in Berlin IV, einen

Agitationsbezirke	Versammlungen		Verbreitet wurden:	
	Mitglied.	Oeffentl.	Flugblätter	Agitationskalender und Broschüren
Ostpreußen	151	78	525250	66650
Westpreußen	296	94	229800	53570
Groß-Berlin	731	602	10560420	143300
Brandenburg	1428	526	1246900	280415
Pommern	541	210	506500	74050
Posen	148	59	77100	2900
Breslau	462	278	1340000	60000
Görlitz	397	170	49000	87800
Oberlangenbielau	449	222	239760	63150
Kattowitz	258	86	49500	72600
Magdeburg	784	341	836225	147375
Halle a. S.	783	240	402500	100750
Erfurt	343	133	148600	25100
Schleswig-Holstein	1089	321	1708910	103175
Hannover	711	379	956004	127500
Oestl. Westfalen	766	134	168220	88335
Westl. „	1806	237	1162700	162250
Oberrhein	793	210	453500	109200
Niederrhein	1911	351	1959720	209700
Saargebiet	40	23	89000	2500
Frankfurt a. M.	1487	486	465150	55000
Kassel	317	203	70000	900
Nordbayern	2163	846	792600	64873
Südbayern	1091	542	1035500	20410
Pfalz	958	323	104000	—
Dresden	1379	454	1356600	112500
Chemnitz	1363	433	810300	21000
Leipzig	957	391	495750	95665
Zwickau	656	197	463600	20000
Württemberg	3028	1235	346600	4950
Baden	1851	548	296200	8700
Hessen	1511	858	361760	20050
Mecklenburg	483	213	217800	116800
Thüringen I	549	180	226000	59300
„ II	537	283	215450	44000
Sachsen-Altenburg	361	90	100000	3200
Gotha	622	110	20500	40000
Oldenburg-Ostfriesland	358	106	180000	250
Braunschweig	358	161	179000	23000
Sachsen-Meiningen	132	95	19000	5900
Anhalt	271	69	89000	—
Hamburg	232	173	2592000	52000
Nordwest	504	192	503000	73400
Lübeck	62	28	70300	18800
Elsaß-Lothringen	509	253	310700	8865
Zusammen	35626	13163	33525719	2849888

Stimmenrückgang von 12 148 Stimmen. Hier wirkten verschiedene Umstände zusammen, wovon wohl der bedeutendste der Umstand war, daß kein eigentlicher Wahlkampf stattfand. Weil der Kreis zu unserem sichersten Besitz gehört, hatten die Liberalen und Konservativen darauf verzichtet, Kandidaten aufzustellen. Nur Zentrum und Polen traten mit eigenen Kandidaten auf. Durch das Fehlen eines liberalen und eines konservativen Kandidaten war auch den kleinen Beamten, die nicht katholisch waren, die Teilnahme an der Wahl erschwert, weil aus deren Teilnahme an der Wahl geschlossen werden konnte, sie hätten den Sozialdemokraten gewählt. Eine ganz unerwartete Erscheinung war die Abnahme der eingeschriebenen Wähler. Während sonst die Zahl der Wähler rapid stieg, ist plötzlich ein Umschwung eingetreten. 1903 waren 115 851 Wähler vorhanden, deren Zahl 1907 auf 134 082 gestiegen war. In der Zeit von 1905 bis 1910 ging die Einwohnerzahl des Kreises von 527 454 auf 517 814 zurück und damit sank die Zahl der eingeschriebenen Wähler von 134 082 auf 130 698. Es waren also 3384 Wähler weniger im Kreise als 1907. Während Singer bei der Hauptwahl 61 Stimmen von je 100 eingeschriebenen Wählern und 75,6 von 100 abgegebenen Stimmen erhalten hatte, erhielt Genosse Büchner 54,5 von 100 eingeschriebenen Wählern, aber 96,3 von 100 abgegebenen Stimmen. Ging auch die Zahl der Stimmen der Gegner von 26 458 auf 2655 zurück, so kann man diesen Rückgang nicht als Umschwung in der Stimmung der Wähler bezeichnen, weil die Liberalen und Konservativen darauf verzichtet hatten, ihren Anhängern Gelegenheit zu geben, an der Wahl teilzunehmen.

Will man die Wahlresultate als Grundlage für die Beurteilung der Entwickelung der Parteien nehmen, dann muß man Berlin IV ausscheiden, weil hier der Rückgang der Stimmen der Gegner von diesen absichtlich herbeigeführt ist.

Anders stand es in den übrigen Kreisen, dort tobte der Wahlkampf in ähnlicher Schärfe wie bei der Hauptwahl. Nur in den Kreisen, die wie Warburg und Allenstein-Rössel sicherer Besitzstand des Zentrums sind, war eine schwächere Wahlbeteiligung. In den acht Kreisen, also ohne Berlin IV, sank die Zahl der gegnerischen Stimmen von 146 838 auf 126 072, während unsere Stimmenzahl von 35 756 auf 45 616 stieg. Stellt man die Einzelresultate im Vergleich zu den Resultaten der Hauptwahl, dann gibt es folgendes Bild:

Wahlkreis	Hauptwahl 1907			Nachwahlen in der Zeit vom 1. August 1910 bis 31. Juli 1911		
	Abgegebene Stimmen	für Sozialdemokraten	Prozent	Abgegebene Stimmen	für Sozialdemokraten	Prozent
Zschopau-Marienberg	26 033	11 281	43,3	24 179	14 831	61,34
Frankfurt-Lebus	30 434	12 388	40,7	28 695	14 319	49,99
Stichwahl	30 001	12 191	40,7	31 420	15 796	50,3
Warburg-Höxter	16 916	437	2,6	12 021	579	4,8
Buk-Kosten	23 586	—	—	22 149	46	0,2
Labiau-Wehlau	16 525	3 179	19,2	16 443	3 708	22,55
Allenstein-Rössel	21 544	76	0,4	18 430	349	1,9
Immenstadt	24 651	1 999	8,1	26 262	3 803	14,5
Gießen	22 905	6 396	27,9	23 509	7 976	33,92
Stichwahl	—	—	—	24 197	11 619	48
Berlin IV	108 497	82 039	75,6	72 516	69 891	96,34
Summa bei den Hauptwahlen	291 091	117 795	40,46	244 204	115 507	47,34

In den letzten drei Berichtsjahren berichteten wir über 37 Nachwahlen, deren Gesamtergebnis folgendes war:

Berichtsjahr	Zahl der Wahlkreise	Bei der Hauptwahl 1907		Bei Nachwahlen	
		Abgegebene Stimmen	für Sozialdemokraten	Abgegebene Stimmen	für Sozialdemokraten
1909	14	346 490	55 637	305 296	55 634
1910	14	390 505	112 510	366 838	138 837
1911	9	291 091	117 795	244 204	115 507
Summa	37	1 028 086	285 942	916 338	309 978

Bei den 37 Nachwahlen hatten die Gegner einen Stimmenverlust von 135 787 Stimmen, während wir einen Gewinn von 24 036 Stimmen hatten. Unser Anteil stieg von 27,8 auf 33,8 von je hundert der abgegebenen Stimmen. Diese erfreuliche Erscheinung muß für uns ein Ansporn zur gesteigerten Anstrengung sein. Sicher ist, daß die Gegner mit großer Sorge in die Zukunft blicken. Diese Wahlresultate sind die notwendige Folge ihrer politischen Tätigkeit. Sie werden aber in dem bevorstehenden Wahlkampf einen Kräfteaufwand entfalten, der jede Anstrengung, die wir in der Vergangenheit erlebt haben, bedeutend übertrifft. Wir sind allein auf unsere Kraft angewiesen und müssen darum unsere Organisation so ausbauen, daß sie ausreicht, auch den stärksten Gegner niederzuringen

* * *

Wahlrechtsbewegung.

Wie die Regierungsvorlage zur Abänderung des in Preußen geltenden Dreiklassenwahlunrechts am 27. Mai v. J. ein verdientes, unrühmliches Ende fand, ist im vorjährigen Bericht des Parteivorstandes eingehend geschildert. Die neue Session des preußischen Landtags wurde am 10. Januar dieses Jahres eröffnet. Ueber das Wahlrecht stand in der Thronrede kein Wort. Die Regierung schien nicht gewillt zu sein, das Versprechen zweier Thronreden einzulösen, obwohl die Beseitigung der Dreiklassenschmach bereits in der Thronrede vom 28. Oktober 1908 als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart bezeichnet worden war. Bei der Etatsberatung gelang es, die so schweigsame Regierung zum Reden zu bringen. Herr von Bethmann Hollweg glänzte zwar durch Abwesenheit, aber seine rechte Hand, der einst gemaßregelte Kanalrebell und derzeitige Polizeiminister von Dallwitz, suchte das Verhalten der Regierung zu rechtfertigen. Herr von Dallwitz hielt die Einbringung einer neuen Vorlage zurzeit für zweckwidrig, da die Parteien ihre Stellung nicht geändert hätten und eine neue Vorlage deshalb keine Aussicht auf Annahme hätte. Er wollte abwarten bis die Gegensätze unter den bürgerlichen Parteien, die sich seit den Debatten über die Reichsfinanzreform und die preußische Wahlrechtsvorlage so stark verschärft hatten, sich wieder abgeschliffen hätten. Herr von Dallwitz verlangte eine neue politische Situation als Vorbedingung für die Einbringung einer neuen Wahlrechtsvorlage. Diese Verhöhnung der Massen, die dringend den Ersatz des reaktionären preußischen Wahlrechts durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht verlangten, beantwortete das preußische Volk mit imposanten Wahlrechtsversammlungen, die am Sonntag, den 15. Januar, in ganz Preußen stattfanden und die bewiesen, daß der Wahlrechtskampf des preußischen Volkes mit der Verscharrung des Bethmannschen Wahlrechtswechselbalgs von 1910 nicht erledigt

ist. Die Polizei war gegen die Wahlrechtskämpfer mobilgemacht, sie bekam aber keine Gelegenheit zur Arbeit a la Moabit.

Im preußischen Abgeordnetenhause hatte die Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei ihren Wahlrechtsantrag wieder eingebracht. (Die sozialdemokratische Fraktion hat nicht die nach der Geschäftsordnung erforderliche Stärke zur Einbringung selbständiger Initiativanträge.) Die Mehrheitsparteien verschleppten die Beratung des freisinnigen Antrags bis zum Schlusse der Session. Am liebsten hätten sie die Beratung des Antrages überhaupt verhindert und der Präsident von Kröcher leistete ihnen in diesem Bestreben jede erdenkliche Hilfe. Aber damit kamen die Wahlrechtsfeinde diesmal nicht durch. Eine neue politische Situation war durch die Annahme des elsaß-lothringischen Wahlgesetzes durch den Reichstag geschaffen. Das unausgesetzte Drängen der sozialdemokratischen Fraktion des Landtags zwang die bürgerlichen Parteien Farbe zu bekennen und so kam der freisinnige Wahlrechtsantrag endlich am 27. Juni zur Beratung. Die Regierungsvertreter, an der Spitze der preußische Polizeiminister, verließen bei Beginn der Beratung den Saal. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion geißelte in schärfster Weise das Verhalten der Regierung und der Mehrheitsparteien, die den Preußen selbst das Landtagswahlrecht versagen, das den Einwohnern der Reichslande jetzt gewährt worden sei. Die Mehrheitsparteien führten eine unwürdige Komödie auf, die die Konservativen mit dem Präsidenten von Kröcher abgekartet hatten. Als es zur Abstimmung über die einzelnen Teile des Wahlrechtsantrags kam, stimmten die Konservativen gegen ihre Ueberzeugung aus „taktischen" Gründen für das gleiche Wahlrecht, um durch Annahme des gleichen Wahlrechts den nationalliberalen Gegnern des gleichen Wahlrechts den Antrag unannehmbar zu machen. Die konservativ-nationalliberale Mehrheit lehnte in der Gesamtabstimmung den Antrag dann auch ab. Das gleiche Manöver führte zur Ablehnung des Antrags auf Neueinteilung der Wahlkreise, so daß überhaupt nichts Positives zustande kam. Daß bei Erörterung einer der „wichtigsten Aufgaben der Gegenwart" diese widerliche Komödie möglich war, daran tragen die Nationalliberalen die Schuld, die für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen nicht zu haben sind.

Am folgenden Tage wurde das Abgeordnetenhaus nach Hause geschickt, nachdem alle Versuche, eine beschlußfähige Sitzung zustandezubringen, gescheitert waren. Während früher von reaktionärer Seite die Arbeitsfähigkeit des Dreiklassenparlaments rühmend hervorgehoben wurde, mußte nach dieser blamablen Schlußsitzung selbst Herr von Zedlitz „den fortschreitenden Niedergang der Leistungsfähigkeit des Abgeordnetenhauses" zugeben. Herr von Kröcher aber, der durch seine Parteilichkeit und Ungerechtigkeit so manche aufreizende Szene heraufbeschwor, will abdanken.

In der ersten Juliwoche nahmen die Massen in Preußen zu der neuen politischen Situation Stellung und der riesige Besuch der Demonstrationsversammlungen hat den Herrschenden gezeigt, daß es in Preußen keine Ruhe geben wird, bis die Dreiklassenschmach restlos getilgt sein wird. Nachdem die Einwohner der Reichslande aufgehört haben, Bürger zweiter Klasse zu sein, wird das preußische Volk sich diese staatsbürgerliche Degradierung nicht mehr lange gefallen lassen.

Die nächste Gelegenheit mit den Gegnern des freien Wahlrechts abzurechnen, sind die Reichstagswahlen. Die Konservativen, das Zentrum, die Nationalliberalen, werden bei den Reichstagswahlen sich wegen ihrer Haltung in dieser preußischen Frage zu verantworten haben. Denn die Frage des

preußischen Wahlrechts ist unter all den Fragen, die die Politik des Deutschen Reichs berühren, die wichtigste.

In Mecklenburg ist die Wahlrechtsfrage gleichfalls immer noch nicht erledigt. Die Ritterschaft hat am 9. Dezember 1909 die von der Regierung vorgelegte Karikatur einer zeitgemäßen Wahlrechtsvorlage abgelehnt und die Großherzöge haben ihrer damals proklamierten Drohung: „Bei Verhandlungen im Reichstage würde die Regierung ihren bisherigen Standpunkt gegenüber einem Eingreifen des Reiches nicht aufrecht erhalten können" keine Taten folgen lassen. Die Regierung versuchte unter der Hand eine Einigung mit den Ständen. Auf dem Malchiner Landtage wurden die „kommissarisch-deputatischen" Verhandlungen über die Verfassung wieder aufgenommen. Die Regierung legte ein neues Monstrum einer Wahlrechtsvorlage vor, nach welcher 92 Abgeordnete von ständischen Gruppen gewählt werden sollten. Davon sollten allein 24 Abgeordnete der Ritterschaft, 7 dem ländlichen Großgrundbesitz, 12 dem ländlichen Kleingrundbesitz und 2 der Landwirtschaftskammer (die noch nicht existiert) zugeteilt werden. Die Wahl der Abgeordneten sollte teils direkt, teils indirekt bei öffentlicher Stimmabgabe vollzogen werden. Auch das Pluralwahlrecht und die Dreiklassenwahl war für die Wahl eines Teils der Abgeordneten vorgesehen. Mit dieser Vorlage hatte die Regierung vor der Ritterschaft abgedankt. Den Rittern genügte jedoch dieses Opfer noch nicht. Die Regierungsvorlage wurde abermals abgelehnt. Am 24. März wurde der Landtag geschlossen. Der Großherzog „beklagte es tief, daß es die Stände nicht vermocht hätten, über die hochwichtige Vorlage zur Verfassungsreform zu einer den Interessen des Landes entsprechenden Einigung zu gelangen" und behielt sich „freieste Entschließungen" vor. Inzwischen haben die Ritter im Juli in Rostock einen allgemeinen Ritterschaftskonvent abgehalten und ihre die Massen aufreizenden Forderungen gestellt, in denen es u. a. heißt: „Ausschluß allgemeiner Wahlen, zu welchen die breite Masse der Bevölkerung zugezogen wird." So denken sich die Ritter die Erfüllung des großherzoglichen Versprechens vom 4. März 1907, das eine zeitgemäße Umgestaltung der Verfassung in Aussicht stellte. Das mecklenburgische Volk wird den Rittern klarmachen müssen, daß eine Verfassungsrevision, die an dem Erbvergleich von 1755 nur wenig ändern würde, im 20. Jahrhundert ein Unding ist. Die Reichstagswahlen bieten dazu die beste Gelegenheit.

In Braunschweig haben die Justizkommission des Landtages und das Ministerium über einer Wahlrechtsvorlage gebrütet. Der Wahlrechtswechselbalg der Kommission wurde im Februar im sogenannten Landtage des Herzogtums verhandelt. Die Debatten bewiesen, daß die Wahlrechtsvorlage eine Folge der machtvollen Demonstrationen der um staatsbürgerliche Gleichberechtigung ringenden Arbeiterschaft war. Die Regierung hat zugegeben, daß im Lande „eine tiefgehende politische Bewegung, welche sich wiederholt bis zu einer die öffentliche Ordnung ernstlich bedrohenden Auflehnung gegen die Staatsgewalt gesteigert habe", vorhanden ist. Und wie soll dieser Erregung der Massen gesteuert werden? Der in diesem Jahre zu wählende Landtag, der auf Grund des bestehenden reaktionären Dreiklassenwahlsystems in geheimer Abstimmung gewählt wird, soll das neue Wahlrecht schaffen und dann aufgelöst werden. Das neue Wahlgesetz soll an der Dreiklassenwahl festhalten, ebenso wie die privilegierten Stände ihre 18 Abgeordneten behalten sollen. Jede Klasse soll ihre Abgeordneten direkt wählen, so daß wir im Höchstfalle nur 12 Abgeordnetenmandate erhielten, wenn wir überall die dritte Klasse erobern würden. Den bürgerlichen Parteien würden 42 Mandate reserviert

werden. Die braunschweigische Bevölkerung wird die diesjährigen Landtagswahlen trotz der Ungunst des bestehenden Wahlrechts zu einem erneuten wuchtigen Proteste gestalten gegen das bestehende reaktionäre Wahlgesetz und die ebenso reaktionären „Reform"pläne der herrschenden Kasten.

In Bremen wurde im Dezember in der Bürgerschaft der Antrag unserer Genossen auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen nach dem Verhältniswahlsystem verhandelt. Die Liberalen lehnten den Antrag ab.

In Hessen wird im Herbst zum erstenmal auf Grund des direkten Wahlrechts gewählt werden. Durch die Nachgiebigkeit der Mehrheit der 2. Kammer kam eine Einigung der beiden Kammern über das Wahlgesetz zustande. Der ersten Kammer wurde entscheidende Mitwirkung bei der Gestaltung des Budgets und aller Gesetze eingeräumt. Die Hessen erhalten im Gegensatz zu den übrigen Süddeutschen nicht das gleiche Wahlrecht, sondern die aus Nationalliberalen, Bündlern und Klerikalen bestehende Landtagsmehrheit hat dem über 50 Jahre alten Wähler eine Alterspluralstimme zugebilligt. Diese Mehrstimmen fälschen bei den Wahlen den Volkswillen. Im übrigen sind wahlberechtigt alle Personen männlichen Geschlechts, die zur Zeit der Wahl das 25. Lebensjahr vollendet haben, wenigstens drei Jahre im Großherzogtum wohnen, seit einem Jahr die hessische Staatsangehörigkeit besitzen und seit dem Beginn des Rechnungsjahres, in dem die Wahl vorgenommen wird, zu einer direkten Staats- und Gemeindesteuer herangezogen sind.

Alle 3 Jahre scheidet die Hälfte der 58 Abgeordneten der 2. Kammer aus.

Bei der Neueinteilung der Wahlkreise, die wegen der Vermehrung der Mandate um 8 vorgenommen wurde, suchte man in raffinierter Weise zukünftigen Wahlerfolgen der Sozialdemokratie nach Möglichkeit entgegenzuwirken. Den Nationalliberalen und dem Zentrum soll dieser Schritt auf dem Wege zur „Verpreußung" Hessens nicht vergessen werden. Der Wahlrechtskampf gegen das reaktionäre Pluralwahlrecht wird mit der im Herbst stattfindenden Landtagswahlkampagne eröffnet werden.

In Schwarzburg-Rudolstadt brachte die Regierung eine Vorlage über die Abänderung des Wahlrechts der Höchstbesteuerten ein. Die Höchstbesteuerten sind die Wähler mit mindestens 120 Mk. jährlichen Staatssteuern. Sie wählen vier Abgeordnete. Der Steuersatz für die Höchstbesteuerten sollte auf 300 Mk. erhöht und dadurch sollten soviel Besitzende in die allgemeine Wählerklasse abgeschoben werden, daß eine sozialdemokratische Landtagsmehrheit verhindert würde. Der Plan der Regierung scheiterte an der Obstruktion unserer 7 Genossen, die den Sitzungssaal verließen und den Landtag damit beschlußunfähig machten. Die Regierung vertagte darauf den Landtag.

In Elsaß-Lothringen fanden zwei Tage vor dem Wiederzusammentreten des Reichstags Massenversammlungen mit darauffolgenden Straßendemonstrationen statt. Die dem Reichstage zugegangene Regierungsvorlage hatte durch ihre Verpreußungstendenzen und die beabsichtigte Einführung des Pluralwahlrechts die Bevölkerung in die größte Erregung versetzt. In Straßburg, Colmar, Mülhausen, St. Ludwig, Gebweiler und in anderen Orten versammelten sich die Massen am Sonntag, den 8. Januar, zu wuchtigen Protesten gegen das unter preußischem Drucke ausgearbeitete Verfassungsmachwerk. Die Behörden hatten die Straßendemonstrationen, die nach den Versammlungen stattfanden, genehmigt. Die Straßendemonstrationen nahmen allerorts einen glänzenden Verlauf. Die elsässische und preußische Scharfmacherpresse hatte umsonst gegen die Behörde gehetzt. Die Bevölkerung der Reichslande hatte sich laut und deutlich für das freie Wahlrecht und für die republikanische Verfassung ausgesprochen.

Die Verhandlungen im Reichstage waren sehr langwierig. Die Regierung mußte das Verfassungswerk zustande bringen, nachdem sie am 6. Mai das wegen seiner Cliquenpolitik berüchtigte Notabelnparlament nach Hause gesandt hatte. Sie konnte, da den Konservativen die reaktionäre Regierungsvorlage noch zu liberal war, ohne die Sozialdemokratie nichts ausrichten. Der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gelang es, die beiden Altersstimmen der Regierungsvorlage auszumerzen, so daß Elsaß-Lothringen im Herbst zum erstenmal nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht wählen wird. Das allgemeine Wahlrecht ist allerdings insofern eingeschränkt, als es die Wahlberechtigung der Reichsangehörigen von einem dreijährigen Aufenthalt im Lande und einem einjährigen in der Gemeinde abhängig macht, ausgenommen für die öffentlichen Beamten, Lehrer und Kirchendiener, die bereits nach einjährigem Aufenthalt das Wahlrecht erwerben. Hingegen ist es ein Fortschritt, daß die Wahlen an einem Sonntag stattfinden müssen und daß zur Sicherung des Wahlgeheimnisses Normalurnen vorgeschrieben sind. Die sozialdemokratische Fraktion hat vergebens versucht, die Vorlage entsprechend ihren programmatischen Wahlrechtsforderungen zu verbessern. Nachdem es ihr nicht gelungen war, das kaiserliche Vetorecht, die Einschränkung des Budgetrechtes und die Einführung eines Oberhauses zu verhindern, hat die sozialdemokratische Fraktion schließlich dennoch den beiden Gesetzen über die Verfassung der Reichslande und die Wahlen zur zweiten Kammer zugestimmt, weil die Beseitigung des infamen Pluralwahlrechts und der Sieg des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts dem elsaß-lothringischen Volke einen besseren Kampfboden für die weitere Verbesserung der Verfassungsverhältnisse gewährt und weil die Durchsetzung dieses Wahlrechts für die Wahlrechtskämpfe in den übrigen Bundesstaaten die größte Bedeutung hat.

* * *

Landtagswahlen.

Allgemeine Landtagswahlen fanden im Berichtsjahre nur in Reuß j. L. statt. In dem geschlossenen Landtag, der am 30. September 1907 gewählt war, saßen drei Genossen. Bei den Wahlen im November 1910 brachten unsere Genossen 7476, 2000 Stimmen mehr, auf und eroberten fünf von den elf zur Wahl stehenden Mandaten. Im sechsten Kreise kam Genosse Drechsler in die Stichwahl, unterlag dann aber den vereinigten Gegnern. Durch den Tod des Genossen Fiedler wurde eine Nachwahl nötig, in der dann Genosse Fischer mit 636 gegen 538 Stimmen gewählt wurde.

Von den Nachwahlen zum preußischen Landtag sind nur zwei von bemerkenswerter Bedeutung für die Partei. Der Landtag hatte das Mandat für Berlin IV, wo der freisinnige Abgeordnete Kreitling 1908 mit 273 gegen 181 sozialdemokratische Stimmen gewählt war, für ungültig erklärt. Bei den erforderlichen Urwahlen wurden in der ersten Klasse 2, in der zweiten Klasse 30 und in der dritten Klasse 115 Sozialdemokraten gewählt. Wir hatten einen Gewinn von 21 Wahlmännern. Bei der Abgeordnetenwahl wurde der Freisinnige mit 245 gegen 194 sozialdemokratische Stimmen gewählt.

Von besonderem Interesse war der Wahlkampf in Breslau. Dort galt es, einen Kampf mit dem schwarz-blauen Block durchzuführen. 1908 hatten Zentrum und Konservative sich geeinigt, eine Mehrheit von Wahlmännerstimmen erreicht und die Mandate geteilt. Nun war der Zentrumsmann Zische gestorben. Wieder marschierte der schwarz-blaue Block geschlossen auf. Bei den am 22. November stattgefundenen Ersatzwahlen eroberten

unsere Genossen 19 Wahlmänner, 84 mehr als durch Umzug oder Tod in Wegfall gekommen waren. Insgesamt verfügten unsere Genossen durch diesen Zuwachs über 356 Wahlmänner. Die erste Wahl ergab im Vergleich mit der Hauptwahl von 1908 folgendes Resultat:

	1908	1910
Zentrum und Konservative . .	844	820
Sozialdemokraten	308	355
Liberale	479	473

Während der schwarz-blaue Block 1908 im ersten Wahlgang gesiegt hatte, hatte nun eine Stichwahl stattzufinden. Bei dieser stimmten unsere Genossen für den Freisinnigen, wodurch dieser 839 Stimmen erhielt, während der Zentrumsmann es nur auf 824 Stimmen brachte. Nach der Wahl richtete der Vorstand des freisinnigen Wahlvereins ein Dankschreiben an unsere Genossen.

Der Landtag hat das Mandat des Dr. Ehlers für ungültig erklärt und es hat also wieder eine Nachwahl in Breslau stattzufinden.

Eine Anzahl guter Erfolge erzielten unsere Genossen in Bayern. Am 30. April fanden Nachwahlen in den Zentrumsbezirken Rosenheim und Straubing statt. In Rosenheim stieg die Zahl unserer Stimmen von 1065 im Jahre 1907 auf 1841, während die Zentrumsstimmen von 6259 auf 5928 zurückgingen. Noch schlimmer erging es dem Zentrum in Straubing. Hier sank seine Stimmenzahl von 5350 auf 4116, während die Stimmen für unsere Genossen von 276 auf 1096 stiegen. Diese Erfolge blieben aber erheblich zurück hinter dem Erfolge in Frankenthal. Dort hatten die bürgerlichen Parteien, Zentrum, Bündler und Liberale, 1907 zusammen 7382 Stimmen gegen 3013 sozialdemokratische Stimmen aufgebracht. Bei der Nachwahl 1911 ging die Zahl der bürgerlichen Stimmen auf 5101 zurück, während unsere Stimmen auf 4717 stiegen. Die Mehrheit der bürgerlichen Stimmen sank dadurch von 4369 auf 384.

Vier Nachwahlen fanden in Sachsen statt, wobei wieder der ganze Widersinn des Pluralwahlrechts in grelle Beleuchtung gerückt wurde. Im fünften Leipziger Wahlkreis beteiligten sich 9236 Wähler, von diesen wurden 21 998 Stimmen abgegeben, wovon bei der Hauptwahl 7712 Stimmen auf Genossen Bammer entfielen und 14 286 sich auf die Gegner verteilten. Bei der Stichwahl wählten 9434 Wähler, wovon 4744 für Genossen Bammer und 4623 für die Gegner stimmten, 67 Wähler gaben ungültige Stimmen ab. Die 4744 Wähler, die für Genossen Bammer stimmten, hatten aber nur 7790 Stimmen, während die 4623 gegnerischen Wähler 14 442 Stimmen abgaben. Obwohl unser Genosse die Mehrheit der Wähler für sich hatte, hatte er doch nur wenig mehr als ein Drittel der Stimmen.

Im 44. ländlichen Kreis, Plauen, erhielt Genosse Meier 2153 Stimmen, während ein konservativer Landwirt 5414 Stimmen bekam.

In Bautzen-Land, welches zu den sichersten Kreisen der Konservativen gehört, wurde der konservative Kandidat mit 7223 Stimmen gewählt, während Genosse Kraut 831 Stimmen erhielt. Hier hatten unsere Genossen im Vergleich zur Hauptwahl einen Verlust von 554 Stimmen.

Günstiger verlief der Wahlkampf im 23. ländlichen Wahlkreise. Dort hatten 1909 schon 2798 Wähler mit 4053 Stimmen für Genossen Möller und 2086 Wähler mit 5605 Stimmen für den freikonservativen Kandidaten gestimmt. Bei der Nachwahl waren Konservative, Nationalliberale und Freisinnige mit eigenen Kandidaten aufgetreten. Es kam zu einer Stichwahl zwischen dem Konservativen und unserem Genossen Möller. Bei der Stichwahl traten die Nationalliberalen geschlossen für den Konservativen ein, während

ein Teil der Freisinnigen für unseren Genossen stimmte. Ohne Pluralwahlrecht wäre unser Genosse schon im ersten Wahlgang gewählt worden, denn es stimmten von 4914 Wählern 2875 für Genossen Möller. Bei der Stichwahl wurden für Genossen Möller 5379 und für den Konservativen 5174 Stimmen abgegeben. Mit Möller zieht der 26. Genosse in den sächsischen Landtag ein.

In Württemberg haben unsere Genossen das Mandat des verstorbenen Genossen Schäffler glänzend behauptet. Genosse Schäffler war 1906 im zweiten Wahlgang in Heilbronn-Amt mit 2972 gegen 2271 Stimmen, die auf einen Bauernbündler fielen, gewählt worden. Jetzt siegte Genosse Horning im ersten Wahlgang. Auch dort zeigte sich der Zug nach links. Das Stimmenverhältnis im ersten Wahlgang war im Vergleich mit dem Resultat von 1906 wie folgt:

	1911	1906
Sozialdemokratie	3022	2383
Bauernbund	1024	1268
Volkspartei	1388	1048
Zentrum	544	525

Auch bei einer Nachwahl in Leonberg erzielten unsere Genossen einen schönen Erfolg. Hier waren zwei Wahlgänge nötig, weil im ersten Wahlgang eine absolute Mehrheit nicht erzielt wurde. Vergleicht man die beiden Wahlgänge vom Mai dieses Jahres mit dem Resultat von 1906, so zeigt sich folgende Entwickelung:

		erste Wahl	zweite Wahl
	1906	1911	1911
Sozialdemokraten . . .	1584	2106	2564
Bauernbund	2870	2424	2809
Volkspartei	1107	1799	1423

Da bei der zweiten Wahl derjenige als gewählt gilt, der die meisten Stimmen erhalten hat, war der Bauernbündler gewählt.

In Braunschweig war einmal Genosse Dr. Jasper durch Zufall in den Landtag gewählt. Sein Mandat wurde für ungültig erklärt. Der Streit um dieses Mandat dauerte bis November 1910. Jetzt wurde ein Dr. Thiemann für gewählt erklärt, der 55 Wahlmännerstimmen erhalten hatte. 37 Wahlmänner stimmten für den Genossen Dr. Jasper und 7 Stimmen waren ungültig.

In Meiningen fand in dem Bezirk Steinach-Lauscha eine Nachwahl statt. Unser verstorbener Genosse Karl Weigelt hatte den Kreis im Landtage vertreten. 1909 wurde Karl Weigelt mit 1853 gegen 862 gegnerische Stimmen gewählt. Bei der Nachwahl am 23. März 1911 erhielt Genosse Viktor Weigelt 1867 Stimmen, während sein Gegenkandidat es nur auf 760 Stimmen brachte.

Im Herzogtum Gotha fand ebenfalls ein Wahlkampf um ein Mandat, welches wir besaßen, statt. Genosse Piegra wurde mit 568 gegen 387 Stimmen gewählt. Unsere Stimmenzahl stieg um 32, während die Gegner 36 seit der vorigen Wahl einbüßten.

In der Mandatsziffer ist seit dem Vorjahre insofern eine Aenderung eingetreten, als Reuß j. L. zwei und Sachsen ein Mandat gewonnen haben. Für den verstorbenen Genossen Borgmann hat eine Nachwahl noch nicht stattgefunden. Wir besitzen demnach in den Landtagen von 19 Bundesstaaten 188 Abgeordnete, und zwar in

Sachsen	26	Bremen	16
Bayern	21	Württemberg	16
Hamburg	20	Lübeck	12
Baden	20	Sachsen-Meiningen	9

Coburg-Gotha	8	Oldenburg	4
Schwarzburg-Rudolstadt	7	Sachsen-Weimar	4
Sachsen-Altenburg	7	Schaumburg-Lippe	1
Preußen	5	Lippe	1
Hessen	5	Anhalt	1
Reuß j. L.	5		

* * *

Gemeindewahlen.

In Baden fanden die Gemeindewahlen zum ersten Male unter dem neuen Gemeindeverfassungsgesetz statt, das die Dreiklassenwahl bestehen ließ, aber an Stelle der Zwölftelung des alten Gesetzes die Sechstelung zur Grundlage der Klasseneinteilung machte. Es wählen jetzt in der 1. Klasse 1/6, in der 2. Klasse 2/6 und in der 3. Klasse 3/6 (nach dem alten Gesetz 9/12) der Wahlberechtigten. Außerdem brachte das Gesetz den Proporz für die Wahlen der Stadtverordneten und der Stadträte. Die Wahlen fanden unter weit stärkerer Wahlbeteiligung statt, eine Folge des neuen Gesetzes. Die Einführung des Verhältniswahlsystems verhinderte es, daß wir in den Industriestädten die ganze dritte Klasse eroberten und in Pforzheim und Karlsruhe konnten wir in der zweiten Klasse unter dem Proporze nicht so viel Mandate erobern, als wir in der dritten Klasse einbüßten. Hingegen kam das neue Wahlrecht in den weniger industriellen Städten der Sozialdemokratie zugute, wo bisher zumeist nur durch Kompromisse Wahlerfolge zu erzielen waren. So hatten wir z. B. früher in Freiburg 4 Stadtverordnetenmandate, jetzt haben wir deren 16 und zudem diese aus eigener Kraft. Außerdem ebnete das neue Wahlrecht der Partei den Weg in den Stadtrat, von dem die Sozialdemokratie jetzt durch das Zusammenwirken der Gegner nicht mehr ausgeschlossen werden kann.

In Leipzig wurde am 6. Juli auf dem Rathause über eine Vorlage des Magistrats verhandelt, die die Einteilung der Wahlkreise und Wahlkreisbezirke für die dritte Abteilung der Stadtverordnetenwahlen betraf. Durch diese Einteilung sollten sozialdemokratische Wahlerfolge erschwert werden. Unsere Genossen verlangten die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Gemeindewahlen unter Zugrundelegung des Verhältniswahlsystems. Die gegnerische Mehrheit lehnte das ab und nahm die Magistratsvorlage an. Während der Verhandlungen waren das Rathaus und die Zugänge zum Rathause von einem Heere von Polizisten besetzt. 10 000 Arbeiter protestierten in der inneren Stadt durch imposante Straßenkundgebungen gegen die Entrechtung der Arbeiterschaft und die den Volkswillen fälschende Wahlkreisgeometrie. Das Massenaufgebot von Polizei verstärkte nur den Eindruck der gelungenen Demonstration.

In Mannheim beteiligten sich unsere Genossen zum ersten Male an den Wahlmännerwahlen zur Kreisversammlung für Mannheim-Stadt. Der Erfolg war ein glänzender. Die Sozialdemokratie eroberte 578 Wahlmänner, die Liberalen brachten es nur auf 83. Von 26 Wahldistrikten wurden 23 gewonnen. 6 sozialdemokratische Abgeordnete zogen in die Kreisversammlung ein. Die Wahlbeteiligung hatte durch das Eingreifen der Sozialdemokratie seit der letzten Wahl von 600 auf 5000 zugenommen.

In den Kommunallandtag für den Regierungsbezirk Wiesbaden wurde von dem Magistrat und den Stadtverordneten der Stadt Frankfurt a. M. mit 75 bezw. 72 von 79 Stimmen zum ersten Male zwei Genossen gewählt. Die sozialdemokratische Fraktion hatte entsprechend ihrer Stärke 6 Sitze verlangt, die Fortschrittler wählten aber nur zwei Genossen.

In Offenbach a. Main gelang es unseren Genossen nach einem Wahlkampf von beispielloser Schärfe zu siegen. Den Gegnern nutzte ihre gehässige, persönliche Kampfesweise nichts. Die Sozialdemokratie hat damit wieder die Mehrheit im Offenbacher Stadtverordnetenkollegium. Die Wahlbeteiligung betrug über 85 Proz.

Im Geraer Gemeinderat besitzt die Sozialdemokratie die Zweidrittelmehrheit, nachdem bei den diesjährigen Gemeinderatswahlen zu den 11 Genossen, deren Mandat noch weiterläuft, 15 Genossen zugewählt worden sind.

Der Rixdorfer Wahlrechtsraub wurde im vorjährigen Bericht behandelt. Inzwischen hat sich der Bezirksausschuß erneut mit dem gesetzwidrigen Vorgehen des Rixdorfer Magistrats beschäftigt und auch die am 15. Juli 1910 offengelegte Wählerliste für ungültig erklärt. Das Oberverwaltungsgericht hat in der Sitzung vom 2. März das Urteil des Bezirksausschusses über die im Sommer 1909 ausgelegte Liste bestätigt und diese Wählerliste für ungültig erklärt. Der Rixdorfer Magistrat ist also selbst bei den preußischen Verwaltungsgerichten mit seinen im Interesse des Besitzbürgertums unternommenen Plänen zur Entrechtung der Arbeiterschaft abgeblitzt.

In der zweiten hessischen Kammer wurde der Ministerpräsident Ewald wegen Nichtbestätigung von sozialdemokratischen Beigeordneten zur Rede gestellt. Ewald erklärte, daß das Ministerium für die Bestätigung des Beigeordneten Eißner in Offenbach seinerzeit die Verantwortung übernommen habe. Inzwischen habe sich aber vieles geändert. Auf dem Magdeburger Parteitag habe die Sozialdemokratie offen die republikanische Parole für die Reichstagswahlen ausgegeben. Diese Aeußerungen des hessischen Ministerpräsidenten zeigen, wie preußisch die Regierungsgrundsätze in Hessen bereits geworden sind, wo die Klerikalen Arm in Arm mit antisemitischen Bündlern und Heylschen Nationalliberalen jede Maßregel decken, die die verfassungsgemäß zugestandene Gleichheit der Staatsbürger aufhebt.

Am 4. Mai beschloß eine in Stuttgart tagende Versammlung der organisierten Genossen von Groß-Stuttgart die Beteiligung an der Oberbürgermeisterwahl durch Aufstellung eines eigenen Kandidaten. Die Stuttgarter Parteileitung und die Vertrauensmännerversammlung hatten der Versammlung folgende Entschließung vorgelegt:

„Die Vertrauensmännerversammlung spricht sich für eine eigene Parteikandidatur aus. Unter der Voraussetzung, daß der Kandidat die für jeden Genossen geltenden Parteitags- und Organisationsbeschlüsse grundsätzlicher Art auch für sich als bindend erachtet, spricht sich die Versammlung für die Kandidatur Dr. Lindemann aus."

Zu dieser Resolution erklärte Genosse Dr. Lindemann u. a., daß die Parteibeschlüsse, soweit sie ihm bekannt seien, kein Hindernis für die Uebernahme einer Kandidatur seien, daß eine genaue Prüfung der lokalen Organisationsbeschlüsse ihm aber gezeigt habe, daß mit ihnen die Ausübung eines Postens als Oberbürgermeister unmöglich sei, daß er volle Freiheit in der Ausübung der Repräsentationspflichten, namentlich auch im Verkehr mit der Krone als Vorbedingung für die Ausübung des Amtes betrachte. Nach eingehenden Erörterungen wurde die Resolution der Parteileitung und der Vertrauensleute mit 387 gegen 199 Stimmen abgelehnt. Es gelangte dann folgende Resolution mit 451 gegen 115 Stimmen zur Annahme:

„Die Parteiversammlung hat nach der bisherigen Wirksamkeit des Genossen Dr. Lindemann und nach seinen heutigen Ausführungen das Vertrauen zu ihm, daß er stets im Sinne unserer Bestrebungen und Forderungen tätig sein wird; sie stellt Lindemann als Kandidaten für die Stadtvorstandswahl auf und wird mit aller Energie für dessen Wahl eintreten."

Der Parteivorstand wurde von dem Ergebnis der Versammlung telegraphisch in Kenntnis gesetzt. Der Parteivorstand hat darauf erwidert, daß er gegen die Kandidatur Lindemanns nichts einzuwenden habe, aber erwarte, daß Genosse Lindemann im Falle seiner Wahl die Grundsätze der Partei und die Beschlüsse der Parteitage beachte. Von dieser Entscheidung wurde sofort auch dem Genossen Lindemann Mitteilung gemacht.

In Württemberg werden die Stadtvorstände von der Stadtbürgerschaft in direkter Wahl gewählt. Die Stuttgarter Genossen stellten eine Parteikandidatur für die Oberbürgermeisterwahl auf, weil sie glaubten, daß die Wahl eines sozialdemokratischen Oberbürgermeisters unter den gegebenen Verhältnissen den Interessen des Proletariats förderlich wäre. Das war das gute Recht der Stuttgarter Genossen, wenn auch andererseits nicht verhehlt werden soll, daß einem sozialdemokratischen Oberbürgermeister in der Ausübung seines Amtes die größten Schwierigkeiten entstanden wären, weil er in Stuttgart im Magistrat und im Bürgerausschuß einer bürgerlichen Mehrheit gegenübergestanden hätte. Jedoch diese Sorgen waren verfrüht. Die Gefahr eines sozialdemokratischen Sieges bei der Oberbürgermeisterwahl, bei der die relative Mehrheit entschied, rüttelte die bürgerlichen Parteien zu äußerster Kraftanstrengung auf. Die Volkspartei zog zwar ihren Kandidaten nicht zurück. Aber die Volksparteiler wählten in hellen Haufen den nationalliberalen Kandidaten, der mit 18 154 Stimmen siegte. Die Volkspartei vereinigte nur 3360 Stimmen auf ihren Kandidaten, während Genosse Lindemann 12 278 Stimmen erhielt. Die Wahlbeteiligung betrug 86 Proz. Das Klassenbewußtsein des Bürgertums hatte sich bewährt. Der „Württembergische Staatsanzeiger" triumphierte, weil Stuttgarts Bürgerschaft „den politischen Ruf der württembergischen Hauptstadt vor dem Reiche gerettet" habe. Der „Württ. Staatsanz." stellte mit Genugtuung fest, daß das Bürgertum die Entscheidung selbst getroffen und sich nicht auf das Eingreifen der Staatsregierung und der Krone verlassen habe. Der Minister v. Pischek wurde wegen dieses Artikels des „Staatsanz." am 23. Mai im Landtag zur Rede gestellt und der Redner unserer Fraktion kennzeichnete die Haltung der Regierung mit den Worten: „Die Regierung hat gezeigt, daß sie ein Organ des Klassenstaates ist."

Trotzdem der eigentliche Wahlkampf ein sehr kurzer war — die Proklamierung der Parteikandidatur erfolgte erst 8 Tage vor dem Wahltage — hat die Partei den Wahlkampf in straffer Geschlossenheit geführt und seit den Bürgerausschußwahlen im Dezember vorigen Jahres 2059 neue Wähler gewonnen.

Mit der Bürgermeisterwahl hatten sich auch unsere Genossen in Höhscheid bei Solingen ernstlich zu befassen, wo wir im Gemeinderat die Mehrheit haben. Eine Konferenz der Gemeindevertreter des Stadt- und Landkreises Solingen lehnte es ab, eine Parteikandidatur für diesen Posten aufzustellen. Unter den preußischen Verhältnissen ist diese Haltung richtig. In Preußen würde die Wahl sozialdemokratischer Bürgermeister nur den Charakter einer Demonstration haben. Ein sozialdemokratischer Bürgermeister würde nicht in sein Amt eingeführt werden, sondern die Stelle würde nach wiederholter zum gleichen Ergebnis führender Wahl von einem der Regierung genehmen Assessor besetzt werden.

Mit welchem Erfolge unsere Genossen in die Gemeindevertretungen und Magistrate in den einzelnen Agitationsbezirken eingedrungen sind, darüber gibt die Tabelle auf Seite 39 Auskunft.

Im letzten Jahre ist die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter von 7729 auf 8910 gestiegen.

Agitationsbezirke	Vertreter der Partei in Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen Zahl der Städte	Vertr.	Landg.	Vertr.	im Magistrat, Stadtrat und Gemeindevorstand Zahl der Städte	Vertr.	Landg.	Vertr.
Ostpreußen	2	6	1	1	—	—	—	—
Westpreußen	1	6	5	6	—	—	—	—
Groß-Berlin	11	133	87	238	—	—	—	—
Brandenburg	25	105	65	182	—	—	1	2
Pommern	4	22	16	32	—	—	—	—
Posen	—	—	2	3	—	—	—	—
Breslau	3	18	44	81	—	—	—	—
Görlitz	4	13	36	89	—	—	—	—
Oberlangenbielau	2	7	60	163	—	—	—	—
Kattowitz	—	—	2	5	—	—	—	—
Magdeburg	12	66	41	80	—	—	—	—
Halle a. S.	15	42	56	113	—	—	—	—
Erfurt	4	11	21	60	—	—	—	—
Schleswig-Holstein	16	50	68	168	—	—	1	1
Hannover	2	5	33	81	—	—	—	—
Oestl. Westfalen	12	45	46	91	—	—	—	—
Westl. "	5	11	66	130	—	—	—	—
Oberrhein	2	7	3	5	—	—	—	—
Niederrhein	25	117	21	49	—	—	—	—
Saargebiet	—	—	1	3	—	—	—	—
Frankfurt a. M.	11	57	73	196	—	—	9	10
Kassel	4	15	38	102	—	—	—	—
Nordbayern	22	76	46	104	4	8	3	3
Südbayern	4	22	2	4	1	5	—	—
Pfalz	16	104	51	184	?	?	19	23
Dresden	12	43	333	787	—	—	—	—
Chemnitz	27	116	173	464	1	1	—	—
Leipzig	13	62	111	219	—	—	—	—
Zwickau	11	41	70	130	1	1	—	—
Württemberg	31	123	124	380	17	59	22	44
Baden	27	253	115	1162	5	18	15	58
Hessen	8	48	142	431	1	1	—	—
Mecklenburg	7	37	—	—	—	—	—	—
Thüringen I	17	58	26	61	—	—	1	1
" II	8	53	37	167	—	—	1	1
Sachsen-Altenburg	9	49	21	105	—	—	—	—
Gotha	4	28	32	130	—	—	7	7
Oldenburg-Ostfriesland	5	44	11	52	1	2	—	—
Braunschweig	6	28	46	87	—	—	—	—
Sachsen-Meiningen	3	4	3	5	—	—	2	2
Anhalt	13	54	29	78	—	—	—	—
Hamburg	1	3	16	41	—	—	—	—
Nordwest	4	28	42	125	—	—	—	—
Lübeck	—	—	4	14	—	—	2	2
Elsaß-Lothringen	2	5	16	38	—	—	—	—
Zusammen	410	2015	2240	6646	31	95	83	154

Maifeier.

Wenn die Beteiligung an der Maifeier auch nicht so groß wie im Vorjahre war, wo die Maifeier auf einen Sonntag fiel, so war doch eine so starke Beteiligung zu verzeichnen, wie noch nie an einem Wochentage. Das meldeten übereinstimmend die Berichte aus Nord- und Süddeutschland. Die Gegner, die da glaubten, daß die Maifeier tot sei, erlebten das Gegenteil.

Die diesjährige Maifeier hat bewiesen, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai in viel stärkerem Maße durchgeführt werden kann, als manche Pessimisten glaubten. Das deutsche Proletariat wird am 1. Mai 1912 den Beweis liefern, daß der Maifeiergedanke marschiert.

In Preußen blieben die Behörden ihrer alten Polizeipraxis treu und suchten die Maifeier durch ein Verbot der Maiumzüge zu beeinträchtigen. Sie erreichten damit das Gegenteil. Die Beteiligung an der Maifeier wurde durch die aufreizenden Verbote gesteigert. Die Verbote wurden mit „Gefahr für öffentliche Ordnung und Sicherheit" begründet. Das widerspricht dem Reichsvereinsgesetz. Tatsächlich hat das Oberverwaltungsgericht auch in einigen Fällen die vorjährigen Verbote der Maifeierumzüge für ungesetzlich erklärt. Aber was nutzt es, wenn reichlich ein halbes Jahr später eine derartige richterliche Entscheidung letzter Instanz gefällt wird? So wurden z. B. die Polizeibehörde in Brackwede und der Amtsvorsteher von Poppenbüttel bei Hamburg durch das Oberverwaltungsgericht wegen ihrer vorjährigen Verbote des Maiumzugs zurechtgewiesen, weil sie für die behauptete Gefährdung der Ordnung und Sicherheit keine Gründe tatsächlicher Art anführen konnten. In anderen Fällen, z. B. für Magdeburg und Köln, wurde das Verbot der Polizei für gerechtfertigt erklärt, obwohl auch hier in den lokalen Verhältnissen keine Tatsachen begründet sind, die nach dem Willen des Gesetzgebers ein Verbot rechtfertigen könnten. Hatte doch die Magdeburger Polizei ursprünglich den Maiumzug für 1910 genehmigt und erst auf Eingreifen des Ministers die Genehmigung rückgängig gemacht.

Ein klassisches Beispiel für die Auffassung der Polizei ist die Begründung des diesjährigen Verbots des Halleschen Maifeierumzugs, in dem es u. a. heißt:

> „Es muß auf den demonstrativen Charakter der geplanten Veranstaltung und darauf Rücksicht genommen werden, daß in einer Stadt von über 180 000 Einwohnern, wie in der Bevölkerung jeder Großstadt, notorisch zahlreiche Elemente vorhanden sind, die ausgesprochene Neigung zu Skandalen und Widersetzlichkeiten gegen die öffentlichen Sicherheitsorgane haben und nur auf die Gelegenheit solcher Veranstaltungen warten, um ihrer Neigung zu frönen. Unter diesen Umständen kann die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und den Schutz des Rechtsfriedens der Allgemeinheit bei Zulassung des Maiumzuges nicht übernommen werden."

Ueber diese Art der Begründung wird im Reichstage bei Behandlung des Themas: „Polizei und Reichsvereinsgesetz" noch ein kräftiges Wort zu sagen sein. Bei den imposanten Umzügen und Massenspaziergängen, die am 1. Mai in Dresden, Chemnitz, Leipzig, Bremen, Hamburg, Stuttgart, München, Braunschweig, Mannheim usw. stattfanden, hat nirgends der Janhagel der Großstadt die Demonstrationen der klassenbewußten Arbeiterschaft gestört. Daß es in Preußen nicht anders wäre, haben die Wahlrechtsdemonstrationen des vorigen Jahres zur Genüge bewiesen.

Auf Grund der Leipziger Maifeierbeschlüsse ist in den meisten Bezirken zwischen Partei und Gewerkschaften eine Vereinbarung über die Bildung eines gemeinsamen Bezirksfonds zustandegekommen. In diese Fonds fließen die Tagesverdienste, die die feiernden Angestellten und Arbeiter für den 1. Mai abliefern, und die Ueberschüsse der Maifeierveranstaltungen. Ferner werden in den meisten Agitationsbezirken Maimarken ausgegeben, von denen die Genossen, die am 1. Mai arbeiten, eine bestimmte Anzahl entnehmen. Daß Partei und Gewerkschaft die Maifeier gemeinsam vorbereiten, hat sich als durchaus zweckmäßig bewiesen.

In einer Reihe kleinerer Orte fanden in diesem Jahre wieder Maifeiern am Sonntag vor dem 1. Mai statt. Das ist nach den Leipziger Beschlüssen unzulässig und muß für die Zukunft vermieden werden. Die Maifeier muß am 1. Mai stattfinden.

* * *

Parteipresse.

Die Zahl der täglich erscheinenden Parteiblätter hat sich gegen das Vorjahr um 6 vermehrt. In Württemberg erscheint seit dem 1. Oktober v. J. die „Freie Volkszeitung" für Göppingen und seit dem 1. Juni d. J. die „Eßlinger Volkszeitung" für Eßlingen. Beide sind zunächst Kopfblätter des Stuttgarter Parteiorgans. Auch der seit Mitte September erscheinende „Volksbote" für Zeitz ist vorerst ein Kopfblatt des Halleschen Volksblattes, ebenso wie die „Flensburger Volkszeitung", die seit 1. April erscheint, ein solches der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung". Unsere Zeitzer Genossen haben inzwischen eine eigene Druckerei errichtet, in der sie ihr Blatt seit dem August d. J. herstellen. In Freiburg erscheint seit dem 1. Juli in eigener Druckerei die „Volkswacht". Gegen den neuen Streiter im badischen Oberlande machten die Dekane der Kapitel des Verbreitungsbezirks die Geistlichkeit mobil, die gleichzeitig von den Kanzeln herab Propaganda für die katholische Presse treiben sollten. So wurde die allgemeine Aufmerksamkeit auf das neue Blatt gelenkt. Auch die Lörracher Genossen lassen seit dem 1. Juli die bisher wöchentlich erscheinende „Volkszeitung" täglich erscheinen. Ein neues Wochenblatt geben unsere Danziger Genossen unter dem Titel „Volkswacht" seit Ende September heraus.

Die Partei besaß am Schlusse des Berichtsjahres 81 Tageszeitungen, die in 61 Druckereien hergestellt werden. Die Revision der Parteigeschäfte, die zu der Gesamtpartei finanzielle Beziehungen haben, erfolgte bisher im Nebenamte. Seit Mitte Februar werden diese Revisionen im Hauptamte ausgeführt. Der bisherige Revisor ist gleichzeitig technischer Gutachter des Parteivorstandes für Druckerei- und Presseangelegenheiten.

Ueber die der Parteipresse aus der Zentralkasse geleisteten Zuschüsse gibt der Kassenbericht Auskunft.

In dem Sozialdemokratischen Pressebureau wurde die Stelle eines vierten Redakteurs geschaffen. Die Parteipresse hat nach dem im Vorjahre aufgestellten Finanzplane 32 000 Mk. zu den Kosten des Pressebureaus zu zahlen. Der für das Pressebureau aufgestellte Finanzplan hat sich bewährt. Ueber den Zuschuß der Zentralparteikasse, der nach dem Voranschlag auf 10 000 Mk. angesetzt ist, gibt der Kassenbericht Auskunft. Sowohl von Parteiblättern als auch von Gewerkschaften wurde mehrfach gewünscht, daß das Pressebureau Berichte über die Generalversammlungen der Gewerkschaften bringen möchte. Das war nach den bei Gründung des Bureaus festgelegten Grundsätzen ursprünglich nicht Aufgabe des Presse-

bureaus. Versuchsweise wurden während der diesjährigen Generalversammlung des Verbandes der Metallarbeiter durch den Gewerkschaftsredakteur des Pressebureaus ein größerer und ein kleinerer Bericht für die Parteipresse aufgenommen. Ueber das Ergebnis dieses Versuchs soll auf einer im September stattfindenden Redakteurkonferenz diskutiert werden, bevor in dieser Angelegenheit weitere Schritte unternommen werden.

Pressebureau.

1. Juli 1910 — 30. Juni 1911.

	Juli—Sept. 1910	Okt.—Dez. 1910	Jan.—März 1911	April—Juni 1910	Summa
Einnahmen:	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Aus d. Hauptkasse erhalten	7300,—	5600,—	11700,—	8500,—	33100,—
Im Umlageverfahr. erhob.	7445,—	11510,05	7023,60	14050,50	40029,15
Rückvergütung d. Telephongebühren	840,50	1287,14	1064,10	989,50	4181,24
Sonstige Einnahmen	—	4,65	—	4126,45	4131,10
Summa	15585,50	18401,84	19787,70	27666,45	81441,49
Ausgaben:					
Gehälter	5648,79	4938,95	6114,86	7009,02	23711,62
Korrespondenten	3701,10	3749,56	3059,50	3783,91	14294,07
Telephongebühren	844,—	1205,75	985,—	696,83	3731,58
Telegrammgebühren	51,30	2,90	44,05	0,65	98,90
Portis	675,69	634,10	685,74	623,11	2618,64
Laufende Ausgaben	884,50	1433,40	2121,01	3101,37	7540,28
Kranken- u. Invalidenversf.	162,58	123,87	182,70	198,56	667,71
Diverse	180,20	129,20	93,05	570,86	973,31
An die Hauptkasse	1000,—	6600,—	5600,—	11500,—	24700,—
Summa	13148,16	18817,73	18885,91	27484,31	78336,11

Bilanz:

Die Zentralkasse hat an die Kasse des Pressebureaus gezahlt . . . . . 33 100,— Mk.
Und hat für das Pressebureau direkt verauslagt . . . . . 5 467,70 „ 38 567,70 Mk.

Die Zentralkasse hat vom Pressebureau an Rückzahlungen erhalten . . . . . 24 700,— Mk.
Und für den gewerkschaftlichen Nachrichtendienst . . . . . 4 000,— „ 28 700,— „

So daß ein tatsächlicher Zuschuß von geleistet wurde. 9 867,70 Mk.

* * *

Ueber den Stand des „Vorwärts", der „Neuen Zeit", des „Wahren Jakob" und der „Gleichheit" geben folgende von der Kontrollkommission geprüfte Jahresabrechnungen Auskunft:

Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben des „Vorwärts".

1910/1911.

	Juli-September 1910		Oktober-Dezember 1910		Januar-März 1911		April-Juni 1911		Summe	
A. Eingänge:	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
Abonnementsgelder durch die Expedition	294233	—	315189	65	331375	80	323511	10	1264309	55
Abonnementsgelder durch die Post	15059	90	16357	85	17188	—	16795	20	65400	95
Inseraten-Einnahme	110750	45	162492	25	158817	80	161308	25	593368	75
Ueberschuß aus dem Broschürenverkauf durch die Expedition	—	—	6921	40	—	—	—	—	6921	40
Speditionen	—	—	12260	80	20283	35	22712	35	55256	50
Gesamt-Einnahme	420043	35	513221	95	527664	95	524326	90	1985257	15
B. Ausgänge:										
Diverse Unkosten: (Miete, Zeitungsabonnement, Porto für Kreuzbänder, Gebühren für Ueberweisungen, Porto und Depeschen der Redaktion, Telephon, Steuern, Beleuchtung, Redaktionsboten, Schreibutensilien, Formulare 2c.)	20176	30	21420	80	18912	15	31217	80	91727	05
Mitarbeiter:										
Politik	12414	10	9120	15	8201	10	7388	35	37123	70
Soziales u. Gerichtliches	2125	60	4403	85	3159	50	1977	30	11666	25
Gewerkschaftliches	2061	—	2486	90	1762	55	3485	50	9795	95
Versammlungen	598	50	345	90	748	85	224	20	1917	45
Lokales	2501	—	3041	45	2408	90	2521	15	10472	50
Vorort	878	75	1473	40	1304	05	1065	50	4721	70
Feuilleton	3719	15	4321	75	3704	75	3988	40	15734	05
Redakteure	17517	45	17431	15	17059	90	18039	90	70048	40
Depeschen u. Parlamentsberichte	930	—	930	—	930	—	930	—	3720	—
Neue Welt	16853	—	17455	50	19001	50	19051	—	71861	—
Gehälter der Expedition	7312	10	7321	45	6766	80	7856	85	29257	20
Gerichtskosten	325	40	692	35	1928	10	1653	85	4599	70
Redaktionsbibliothek	266	25	227	85	267	65	128	30	889	55
Speditionen	—	—	17186	10	30368	15	19920	—	67474	25
Druckrechnung	316385	30	364731	85	360520	40	347052	80	1388690	35
Gesamt-Ausgabe	403563	90	472589	95	477044	35	466500	90	1819699	10
Gewinn	16479	45	40632	—	50620	60	57826	—	165558	05
wie oben unter A	420048	35	513221	95	527664	95	524326	90	1985257	15

Der Gesamt-Ueberschuß beträgt Mk. 165 558,05.

Revidiert und richtig befunden

Berlin, den 3. August 1911.

Otto Braun. Klara Zetkin. Kaden. Brühne.
Bock. Ernst. Timm.

Der Abonnentenstand des „Vorwärts" betrug am 1. Juli 1911 157 000 gegen 122 000 im Vorjahre.

„Die Neue Zeit".

1. Januar — 31. Dezember 1910.

		Mk.	Pf.
A. Eingänge:			
Abonnements netto		58 346	75
B. Ausgänge:			
Satz, Druck, Stereotypie		18 978	39
Papier		9 396	01
Buchbinder		3 876	37
Redaktion		12 200	—
Mitarbeiter		12 492	11
		56 942	88
Gewinn-Saldo		1 403	87
		58 346	75

Der Abonnentenstand betrug Ende 1909 . . . . 9 000
Ende 1910 . . . . 9 800
1. Juli 1911 . . . . 10 500

„Der wahre Jakob".

1. Januar — 31. Dezember 1910.

			Mk.	Pf.
A. Eingänge:				
Abonnements			331 479	46
Inserate			37 078	98
			368 558	44
Ab für Expedition und Verwaltungskosten		64 497,65		
„ „ Remittenden		7 844,42	72 342	07
			296 216	37
B. Ausgänge:				
Satz, Druck, Stereotypie, Falzen			100 030	15
Papier			102 936	78
Reproduktion			13 309	21
Redaktion			11 800	—
Mitarbeiter, Zeichnungen			27 798	18
			255 874	32
Gewinn-Saldo			40 342	05
			296 216	37

Der Abonnentenstand betrug Ende 1909 . . . . 250 000
Ende 1910 . . . . 286 000
1. Juli 1911 . . . . 307 000

„Die Gleichheit".

1. Januar — 31. Dezember 1910.

		Mk.	Pf.
A. Eingänge:			
Abonnements netto		76 386	18
B. Ausgänge:			
Satz, Druck, Stereotypie, Falzen		22 776	45
Papier		25 964	40
Redaktion		7 400	—
Mitarbeiter		5 972	22
Drucksachen, Internationale Frauenkonferenz		1 033	60
		63 146	67
Gewinn-Saldo		13 239	51
		76 386	18

Der Abonnentenstand betrug Ende 1909 . . . . 82 000
Ende 1910 . . . . 85 000
1. Juli 1911 . . . . 94 500

* * *

Buchhandlung Vorwärts.

In dem Geschäftsjahr vom 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911 hat die Buchhandlung Vorwärts über folgende Neuerscheinungen zu berichten:

Von der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek" wurden folgende Hefte neu herausgegeben: Heft 24, „Die Hygiene der Arbeiterwohnung" von Hugo Hillig (10 000); Heft 25, „Die Parasiten des Menschen" von Dr. H. Lipschütz (10 000); Heft 26, „Die Krankheiten des Ohres, der Nase und des Rachens" (10 000); Heft 27, „Sport und Arbeiter" von Dr. Silberstein (10 000); außerdem wurden verschiedene Hefte, insgesamt 63 000 nachgedruckt.

In der Serie „Sozialdemokratische Flugschriften" sind neu erschienen: „Lebensmittelwucher und Warenteuerung" (185 000); „Beamtenschaft und Sozialdemokratie" (85 000); „Die indirekten Steuern und Zölle, wer sie zahlt und wem sie nützen" (145 000); von der im Vorjahr erschienenen Flugschrift „Die Sozialdemokratie und das Heer" wurden 211 000 Exemplare nachgedruckt.

„Die sozialdemokratische Gemeindepolitik" wurde um ein Heft vermehrt: Heft 11, „Das Fortbildungsschulwesen" von J. Bruhns (3500), während Heft 1 in erweiterter Form neu aufgelegt wurde (3500).

Protokolle wurden herausgegeben: „Protokoll des Parteitages in Magdeburg" (30 500); „Protokoll des Internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen" (11 000); „Protokoll der Gemeindevertreterkonferenz Groß-Berlins" (2950).

Zur Unterstützung des preußischen Wahlrechtskampfes erschien: „Wahlrecht und Dreiklassenparlament" (2000).

„Sozialistische Theaterstücke" gelangten neu zur Ausgabe: Wittich, „Ulrich von Hutten" (1000).

Der „Arbeiter-Notizkalender 1911" erschien in einer Auflage von 25 000 Exemplaren. Das „Jugendliederbuch" wurde in 50 000 Exemplaren gedruckt. Zum Andenken Reuters wurde eine Reuter-Nummer (25 000) herausgegeben. Die „Maizeitung" erreichte eine Auflage von 400 000 Exemplaren.

Als Gesetzesführer erschien: „Kirchensteuer und Kirchenaustritt in Preußen" von Dr. S. Rosenfeld (5000). Der „Führer durch das preußische Einkommensteuergesetz" von Wissell wurde nachgedruckt (5000).

Die „Kulturbilder wurden fortgesetzt durch: „Geschichte der Revolutionen" von Dr. A. Conrady. Die Auflage der Hefte schwankt zwischen 8000 und 13 000. Außerdem sind noch folgende Schriften herausgegeben worden: Schillers Werke in 3 Bänden mit einem Vorwort von Fr. Mehring (10 000); „Erweckt", Roman von A. Ger (4000); „Der Geist der Unzufriedenheit" von Brand (1000); „Preußischer Kommiß" von A. Winnig (10 000); „Von unten auf" von Franz Diederich (10 000); „Gedichte" von Clara Müller-Jahnke (1500); „66 Prologe" von E. Preczang (3500); Lange, „Die Arbeiterfrage" (3000), Ciccotti. „Der Untergang der Sklaverei im Altertum" (1600); „Die Reichsfinanzreform von 1909 und die bürgerlichen Parteien" (3000); „Die deutschen Arbeiterkonsumvereine" von Paul Göhre (1000); „Sozialismus und Genossenschaftsbewegung" von Gertrud David (3300); „Deutsche Geschichte", 2. Teil, von Fr. Mehring (5000); „Polizeispitzeleien und Ausnahmegesetze 1878—1910" von E. Ernst (10 000); „Taktische Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie" von Karl Kautsky (5000); „Moabit, ein Bild polizeilicher Willkürherrschaft" (35 000); „Volksentrechtung und Polizeiwillkür" (12 750); „Soziale Reform und Arbeiterfreundlichkeit" (20 000); „Der gewerbliche Arbeiterschutz für Jugendliche" von Robert Schmidt (8000); „Die bürgerliche Jugendbewegung" von Karl Korn (5000).

In neuer Auflage wurden noch folgende Schriften herausgegeben: Marx, „Klassenkämpfe in Frankreich" (3000); Kautsky, „Der Weg zur Macht" (5000); Bebel, „Unsere Ziele" (3500); Liebknecht, „Wissen ist Macht" (3500); Kautsky, „Soziale Revolution", Teil 1 und 2 (5000); Rühle, „Die Volksschule, wie sie sein soll" (5000); David, „Referentenführer" (3000); Kautsky und Schoenlank, „Grundsätze und Forderungen" (121 000); Programm und Organisationsstatut (15 000); Lasinsky, „War Jesus Gott, Mensch oder Uebermensch?" (3000); Göhre, „Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde" (7000); „Die Erhöhung der Zivilliste" (85 000).

Der Abonnentenstand der Wochenschrift „In freien Stunden" hat sich nicht wesentlich geändert. Als Neuerung wird den Abonnenten halbjährlich ein Kunstblatt gratis gegeben. Zur Ausgabe gelangte: „Ruisdael, Flußlandschaft mit Windmühle" und „Ruisdael, Bewegte See bei aufziehendem Gewitter". Die Auflage betrug bei beiden je zirka 36 000 Exemplare.

Die „Kommunale Praxis" hatte für die Zeit vom 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911 folgendes Ergebnis:

a) Eingänge:

Abonnements	Mk. 26 712,20	
Inserate und Beilagen	„ 107,62	
Postüberweisungsgebühren	„ 29,40	
	Mk. 26 849,22	
Zuschuß der Buchhandlung Vorwärts	„ 1 709,62	Mk. 28 558,84

b) Ausgänge:

Redaktion	Mk. 5 429,02	
Mitarbeiter	„ 5 907,33	
Druck und Buchbinderei	„ 14 405,70	
Expedition und Agitation	„ 2 805,29	
Remittenden	„ 11,50	Mk. 28 558,84

Am 30. Juni betrug der Abonnentenstand 2907.

* * *

Parteischule.

Die Parteischule hielt im Berichtsjahre ihren fünften halbjährigen Kursus in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. März ab. Leider betrug die Teilnehmerzahl in diesem Kursus nur 24, da die Gewerkschaften von den für sie freigehaltenen 10 Plätzen nur 4 besetzt hatten. Es waren wieder wie in früheren Jahren die Verbände der Bergarbeiter und Maurer, die je 2 ihrer Mitglieder auf die Parteischule entsandt hatten. Unter den 24 Parteischülern waren 2 Genossinnen.

Der Lehrplan war im wesentlichen der gleiche wie in früheren Jahren. Geschichte und Nationalökonomie standen im Vordergrund. Der geschichtliche Unterricht erforderte im ganzen 294 Stunden, von denen 96 auf die deutsche Geschichte und die Parteigeschichte (Lehrer: Dr. Franz Mehring), 74 auf die Geschichte des Sozialismus, 102 auf die Geschichte der gesellschaftlichen Entwickelung und 22 auf die materialistische Geschichtsauffassung (Lehrer: Heinrich Cunow) entfielen. Wirtschaftsgeschichte und Nationalökonomie (Lehrer: Dr. Rosa Luxemburg) beanspruchten zusammen 238 Stunden. Auf das Arbeiterrecht (Lehrer: Artur Stadthagen) kamen 74, auf Naturerkenntnis (Lehrer: Emanuel Wurm) 40, auf Strafrecht und Strafvollzug (Lehrer: Rechtsanwalt Dr. Hugo Heinemann) 22, auf das Erfurter Programm (Lehrer: Emanuel Wurm) 14 Stunden. Den formalen Unterrichtsfächern (Lehrer: Heinrich Schulz) waren insgesamt 104 Stunden eingeräumt, und zwar dem Deutschunterricht (Grammatik, Aufsatz- und Stillehre) 80, den Redeübungen 16 und der Zeitungstechnik 8 Stunden. Der bisherige Lehrer für Bürgerliches Recht, Genosse Dr. Kurt Rosenfeld, war wegen Arbeitsüberhäufung von dem Lehramt zurückgetreten; das wichtigste in seinem Unterrichtsfache hat Genosse Heinemann mitbehandelt.

Die Verwaltungsarbeiten haben sich vermehrt, da ein Teil der Arbeiten, die früher von den Parteischülern selbst erledigt wurden, zur Entlastung der Parteischüler von der Schulleitung übernommen worden sind. Die Korrespondenz verzeichnet an Eingängen 58 Karten (gegen 37 im Vorjahre), 244 Briefe (55), 19 Drucksachen (1), 41 Pakete (2), 3 Geldsendungen; an Ausgängen 97 Karten (41), 539 Briefe (235), 86 Drucksachen (37), 1 Paket (2), 14 Geldsendungen (5).

Zur Erledigung der Schulangelegenheiten haben fünf Konferenzen stattgefunden; davon fand eine gemeinsam mit dem Parteivorstande und eine gemeinsam mit den Schülern statt.

Die Schüler, das Lehrerkollegium und der Parteivorstand waren auch in diesem Jahre von dem Ergebnisse des Kursus in vollem Maße befriedigt.

* * *

Bildungsausschuß.

(Fünfter Jahresbericht 1910/11).

a) Organisatorisches.

Der vorige Jahresbericht des Bildungsausschusses sprach die Erwartung aus, daß die organisatorische Entwickelung der Bildungsarbeit sich in der Richtung einer planmäßigen Gliederung nach der Maßgabe der Gliederung der Parteiorganisation entfalten möge. Diese Erwartung ist im verflossenen Geschäftsjahre erfüllt worden. Fast in allen Orten Deutschlands, in denen es die moderne Arbeiterbewegung zu leistungsfähigen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen gebracht hat, sind im Verlaufe der letzten Jahre örtliche Bildungsausschüsse gegründet worden;

wo sie noch nicht bestehen, haben die berufenen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen die Bildungsaufgaben im Sinne des Bildungsausschusses in die Hand genommen. Als nächste Stufe der Entwickelung macht sich jetzt überall das Bedürfnis geltend, die zerstreuten örtlichen Bildungsausschüsse zu größeren und leistungsfähigeren Verbänden zusammenzufassen. Den nächsten natürlichen Zusammenschluß bildet der Reichstagswahlkreis, den nächstgrößeren der Agitationsbezirk oder Landesteil.

Seit ungefähr zwei Jahren bestand bereits eine organisatorische Zusammenfassung von Bildungsausschüssen in Gestalt einer Zentralkommission für Rheinland-Westfalen. Man hatte das Tätigkeitsgebiet aber zu groß bemessen, es erstreckte sich über drei Agitationsbezirke. Die Zentralkommission konnte deshalb die hohen Erwartungen nicht erfüllen, die man auf sie gesetzt hatte. Die Genossen der beteiligten Bezirke entschlossen sich daher, die Zentralkommission wieder aufzulösen und dafür den einzelnen Bezirken zu empfehlen, für sich Bezirksbildungsausschüsse einzusetzen, die sich wiederum auf Wahlkreisbildungsausschüsse stützen. Der Agitationsbezirk der oberen Rheinprovinz hat dieser Anregung bereits entsprochen und einen Bezirksbildungsausschuß mit dem Sitze in Köln eingesetzt.

Ein ähnlicher Ausschuß ist im Frühjahr in Magdeburg eingesetzt worden, nachdem zuvor auf einer Konferenz der Gewerkschaftskartelle der Provinz Sachsen und Anhalt unter Mitwirkung der Parteiorganisationen seine Zweckmäßigkeit geprüft und anerkannt worden war. Für Frankfurt a. M. und die benachbarten Wahlkreise ist ein Bezirksausschuß mit dem Sitze in Frankfurt am Main gegründet worden, für die Provinz Brandenburg haben die politischen Vertretungen der Wahlkreise und die in der Provinz vorhandenen Gauverbände der Gewerkschaften einen gemeinsamen Bezirksausschuß mit dem Sitze in Berlin geschaffen. Für Thüringen und für Groß-Berlin sind Bezirksbildungsausschüsse im Entstehen begriffen.

Es liegt im Interesse der gemeinsamen Bildungsarbeit, wenn auch in den anderen Landesteilen und Agitationsbezirken eine Zusammenfassung der örtlichen Bildungsausschüsse vorgenommen wird. Man vermeide aber, diese rein organisatorische Zweckmäßigkeitsfrage mit finanziellen Fragen zu belasten. Die Finanzierung der Bildungsarbeit muß Sache der örtlichen Bildungsausschüsse sein, soweit es sich um ihre örtlichen Veranstaltungen handelt. Sache des Wahlkreises ist die Finanzierung der im Interesse des ganzen Kreises getroffenen Maßnahmen. Der Bezirksbildungsausschuß ist lediglich eine Art Zweckverband, der daher mit bescheidenem Etat arbeiten kann. Ihm brauchen im wesentlichen nur Porto- und ähnliche Ausgaben zur Last zu fallen.

Man vermeide ferner, den Bezirksbildungsausschüssen bevormundende Vollmachten einzuräumen. Das Dekretieren und Schablonisieren ist bei der Bildungsarbeit vom Uebel; zu den Anregungen von außen her muß stets das selbsttätige Interesse der einzelnen Organisationen und des einzelnen Genossen hinzukommen, wenn die Anordnungen Erfolg haben sollen. Die Schaffung von Bezirksbildungsausschüssen muß stets in enger Fühlung und durch Zusammenarbeit mit den gewerkschaftlichen Faktoren und mit den Wahlkreis- und Bezirksorganisationen der Partei erfolgen.

Eine erfreuliche Unterstützung hat die Tätigkeit des Bildungsausschusses durch den letzten Gewerkschaftskongreß erhalten. In den Thesen, die der Kongreß einstimmig angenommen hat, wird den Gewerkschaften nachdrücklich empfohlen, sich an den örtlichen Bildungsausschüssen zu beteiligen und deren Arbeit zu unterstützen. Zwar hat der Bildungsausschuß auch schon bisher stets großen Wert darauf gelegt, daß die Gewerkschaften in den örtlichen Bildungsausschüssen mitarbeiten, es hat sich daher fast durchgehends die Praxis eingebürgert, daß die Gewerkschaften die Hälfte der Sitze der Bildungsausschüsse besetzen; aber es fehlte bisher noch die formelle Anerkennung dieser Mitarbeit durch die oberste Instanz der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

In einigen Städten ist es den Bildungsausschüssen auch gelungen, finanzielle Unterstützung aus kommunalen Mitteln zu erhalten. In Frankfurt a. M. erhält der Bildungsausschuß jährlich 1000 Mk., in Apolda (Sachsen-Weimar) 100 Mk., in Delmenhorst (Oldenburg) 300 Mk.

Der Geschäftsverkehr des Bildungsausschusses nimmt von Jahr zu Jahr in erheblichem Maße zu. Bei der Geschäftsstelle sind 218 lokale Bildungsausschüsse (gegenüber 187 im Vorjahre) gemeldet. Doch beschränkt sich der Verkehr der Geschäftsstelle nicht auf die Bildungsausschüsse, sondern sie steht mit zahlreichen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen regelmäßig oder aus bestimmten Anlässen in Verkehr. An Postsendungen sind eingegangen: 1281 Briefe (gegen 1264 im Vorjahre), 839 Karten (553), 622 Drucksachen (519), 189 Pakete (148), 120 Geldsendungen (0), 8 Telegramme (5). In der gleichen Zeit gingen aus: 2009 Briefe (1012), 472 Karten (402), 2056 Drucksachen (4177), 152 Pakete (142), 101 Geldsendungen (7), 6 Telegramme (9).

b) Die statistische Erhebung 1910/11.

Dem Parteitagsbeschlusse gemäß hat der Bildungsausschuß auch in diesem Jahre wieder eine statistische Erhebung über die Tätigkeit der örtlichen Bildungsausschüsse veranstaltet.

Insgesamt wurden 427 Fragebogen (gegen 362 im Vorjahre) an 403 (341) Orte verschickt. In einigen Orten, in denen noch keine Bildungsausschüsse bestehen, sind die Fragebogen an geeignete Organisationen geschickt worden, so in Berlin an die Arbeiterbildungsschule, an die Freie Volksbühne und ähnliche Vereine. Zurückgekommen sind 283 (249) Fragebogen aus 269 (240) Orten.

Es bestehen Bildungsausschüsse in 218 (187) Orten; hiervon sind von den örtlichen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen gemeinsam 191 (172) eingesetzt. 75 Bildungsausschüsse waren zugleich Jugendausschüsse. Für 72 Bildungsausschüsse bestand eine organisatorische Verbindung auf der Grundlage der Wahlkreise oder Bezirke.

Es haben 177 (138) Orte über ihre Einnahmen genaue Mitteilung gemacht, die Summe ihrer Gesamteinnahmen beträgt 573 868,68 (475 515) Mk.; über ihre Ausgaben teilen 183 (150) Bildungsausschüsse genaue Zahlen mit, die Gesamtsumme der Ausgaben beträgt 517 072,42 (508 566,92) Mk.

Daß die Einnahmen die Ausgaben übertreffen, wie die vorstehenden Zahlen zeigen, ist eine Erscheinung, die neuerdings in der Regel auch bei den einzelnen Bildungsausschüssen festzustellen ist. Es ergibt sich daraus, daß die Arbeiter jetzt noch bereitwilliger als früher für die Bildungsveranstaltungen ihre Groschen ausgeben; ferner darf man aus der Tatsache schließen, daß die Veranstaltungen jetzt stärker besucht werden als in früheren Jahren. In der Gesamtsumme der Einnahmen befindet sich auch der Gesamtbetrag der Zuschüsse, die die örtlichen Bildungsausschüsse von den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen erhalten haben. Es haben 98 (69) Orte über ihre Zuschüsse Angaben gemacht; die Gesamtsumme beträgt 87 232 (64 393,85) Mark. 46 (83) Orte erhielten Unterstützung nach dem jeweiligen Bedarf.

In 177 (151) Orten wurden 345 (285) Vortragskurse mit 2879 Vorträgen und 45 873 (36 644) Teilnehmern abgehalten. Die Verteilung der

Kurse auf die einzelnen Wissensgebiete und die Zahl der Teilnehmer ergibt die folgende Tabelle. Da nicht alle Orte Angaben über die Zahl der Teilnehmer gemacht haben, bleiben die Zahlen hinter der Wirklichkeit zurück.

Wissensgebiet	Zahl der Kurse	Zahl der Vorträge	Zahl der Teilnehmer
Nationalökonomie	37 (67)	345	3520 (9669)
Wirtschaftsgeschichte	11 (16)	81	838 (2299)
Geschichte (allgemeine)	37 (40)	307	3529 (3310)
Parteigeschichte	11 (6)	78	2476 (530)
Literatur und Kunstgeschichte	6 (3)	142	827 (590)
Sozialismus	19 (11)	118	2749 (1268)
Erfurter Programm	77 (28)	543	9800 (2922)
Politik, Verfassung	11 (3)	46	1526 (239)
Bürgerliche Parteien	27 (1)	109	4639 (178)
Gewerkschaftsbewegung	9 (7)	63	803 (358)
Genossenschaftsbewegung	3 (—)	11	195 (—)
Sozialpolitik	15 (17)	150	658 (1557)
Rechts- und Gesetzeskunde	7 (8)	54	782 (1061)
Naturwissenschaft	43 (47)	250	12854 (11101)
Erziehung	1 (—)	4	20 (—)
Rede und Stillehre	6 (5)	78	864 (416)
Elementarfächer *	25 (23)	500	298 (833)
	345	2879	45873

Aus 141 (132) Orten wird über 870 (562) wissenschaftliche Einzelvorträge berichtet; aus 5 Orten wird mitgeteilt, daß im ganzen 12 Führungen durch Museen stattgefunden haben.

Trotz des allgemeinen Fortschrittes der Bildungsbewegung ergibt die Erhebung einen kleinen Rückgang der künstlerischen Veranstaltungen. Es ist dies zweifellos eine Folge der Mahnung des Bildungsausschusses in seinem vorigen Winterprogramm, wonach Veranstaltungen künstlerischer Art in dem bevorstehenden Winter mit Rücksicht auf die kommende Reichstagswahl zugunsten belehrender Veranstaltungen zurücktreten müßten. Es berichten 178 (174) Orte über 520 (532) künstlerische Veranstaltungen. Hiervon waren:

a) Dichterabende: Busch, Freiligrath, Goethe, Hans Sachs, Henckell, Heine, Liliencron, Reute (14 mal), Seume, Tolstoi, moderne Dichter, russische Dichter; insgesamt 54 (97) Abende.

b) Musikalische Veranstaltungen: Beethoven-, Schumann-, Wagner-, Wolf-Abende; Vokal- und Instrumentalkonzerte, Violin- und Liederabende; insgesamt 151 (135) Veranstaltungen.

c) Rezitations- und Kunstabende ohne bestimmtes Programm (Rezitationen, Lieder zur Laute, Balladen, Bunte Abende, Münchener Scharfrichter, humoristische und politisch-satirische Abende); insgesamt 211 (180) Abende.

d) Feiern in künstlerischem Rahmen: März- und Maifeiern, Jugend-, Frühlings-, Sommer-, Herbst- und Winterfeste, Weihnachtsfeiern; insgesamt 27 (42) Veranstaltungen.

*) Deutsch, Rechnen, Stenographie, Buchführung.

e) Lieder- und Märchenabende für Kinder 11 (12).

f) Lichtbildervorträge 64 (59).

g) Verschiedenes 2 (7).

Ueber Volksvorstellungen und Theaterabende berichten 126 (118) Orte und zwar verzeichnen sie insgesamt 720 (727) Vorstellungen. Die Erhebung hat versucht, über die Preise für die Vorstellungen nähere Angaben zu erhalten Die erhaltenen Zahlen lassen sich statistisch aber noch nicht zusammenfassen. Der niedrigste Preis, der bei einer Vorstellung bezahlt wurde, betrug 50 Mk. bei 180 Plätzen, der höchste 1100 Mk. bei 1600 Plätzen. Der Einheitspreis für die Besucher schwankt zwischen 10 Pf. im Minimum und 1,30 Mk. im Maximum. Die vom Bildungsausschuß herausgegebenen Einführungen wurden in 30 Orten benutzt.

In 82 (106) Orten wurden Jugendschriften- und Wandschmuckausstellungen veranstaltet.

In 217 (200) Orten befinden sich Zentralbibliotheken; außerdem berichten noch 55 (58) Orte über 379 (377) Einzelbibliotheken.

c) Die wissenschaftlichen Wanderkurse.

Die wissenschaftlichen Wanderkurse bilden nach wie vor den wichtigsten Teil der Tätigkeit des Bildungsausschusses. Sie haben sich nach mehrjähriger Probe so bewährt, daß sie sowohl in den alten Orten stets wieder verlangt als auch fortwährend von neuen Orten gewünscht werden. Die Wanderredner des Bildungsausschusses sind in allen Gegenden Deutschlands tätig, im äußersten Osten, in Ost- und Westpreußen, und ebenso im äußersten Südwesten, in Baden und im Elsaß; sie üben ihre Tätigkeit mit Erfolg in Großstädten, wie Breslau, Kiel, Düsseldorf, in denen ohnehin ein reiches Bildungsleben flutet, ebenso aber auch in kleinen und entlegenen Ortschaften auf den Höhen der Gebirge. Wird ein wissenschaftlicher Kursus in Großstädten zum Rückgrat der ganzen Bildungsarbeit des Winters und trägt er zur Zusammenfassung der mancherlei sonstigen Anregungen bei, so wird ein Wanderkursus in einem kleinen Orte sehr oft zum ersten starken Anstoß, um die Geister überhaupt in Bewegung zu bringen und das Interesse für planmäßige Bildung zu wecken.

Daß die örtlichen Bildungsausschüsse im allgemeinen bereitwillig den Winken und Anregungen des Zentralbildungsausschusses folgen, zeigt auch die Erhebung über die Wanderkurse. Wir hatten im vorigen Winterprogramm den Bildungsausschüssen den Rat gegeben, bei den wissenschaftlichen Kursen im Hinblick auf die kommenden Reichstagswahlen solche zu bevorzugen, die möglichst unmittelbar die sozialistische Erkenntnis vertiefen und das Verständnis für den theoretischen und praktischen Teil des Erfurter Programms vermehren. Aus der statistischen Erhebung über die Wanderkurse sowohl als auch aus den weiter oben mitgeteilten Zahlen der allgemeinen Erhebung ergibt sich, daß dieser Rat fast allgemein befolgt worden ist.

Der neue Zahlungsmodus, den der Bildungsausschuß im Einverständnis mit dem Parteivorstand eingeführt hat, und der im vergangenen Jahre zum ersten Male zur Anwendung gelangte, hat sich im allgemeinen gut bewährt. Nur in Ausnahmefällen bedurfte es energischer Mahnung zur Einsendung der fälligen Beträge. Von der Vergünstigung für finanzschwache Orte, die Gesamtkosten durch Erlaß des Honorars zu vermindern, haben viele Orte Gebrauch gemacht. Der Erlaß wurde in jedem Falle von der Befürwortung durch den zuständigen Bezirks- oder Landesvorstand abhängig gemacht. Es hat sich jedoch ergeben, daß es zu Ungerechtigkeiten führt, wenn entweder das volle Honorar gezahlt werden muß oder das volle Honorar erlassen wird; es ist zweckmäßiger, die Höhe der Ermäßigung nach der Leistungsfähigkeit der ein-

zelnen Orte abzustufen. In Zukunft werden die Bezirksvorstände zu ermessen haben, ob den finanzschwächeren Orten ihres Bezirks ein Teil oder der ganze Betrag des Honorars erlassen werden soll.

Für die statistischen Feststellungen über jeden einzelnen Wanderkursus hat der Bildungsausschuß im verflossenen Jahre zum ersten Mal einheitliche Erhebungsmaterialien angewendet. Die verschiedenen Formulare haben sich im allgemeinen bewährt, die statistischen Ergebnisse sind zuverlässiger geworden als in früheren Jahren und auch im allgemeinen prompter eingegangen.

Aus den statistischen Feststellungen über die Wanderkurse teilen wir einige der wichtigsten Ergebnisse mit.

Ueber die behandelten Stoffgebiete, die beteiligten Orte und die Zahl der Teilnehmer an den einzelnen Orten gibt die folgende Zusammenstellung Aufschluß:

Der Kursus über das Erfurter Programm wurde behandelt vom Genossen Duncker in 16 Kursen (128 Vorträgen) vor 2398 Teilnehmern, und zwar in Arnstadt (104 Teilnehmer), Bayreuth (183), Breslau (751), Döbeln (49), Gießen (55), Gotha (72), Leisnig (43), Liegnitz (178), Mannheim (81), Nürnberg (332), Saalfeld (49), Schwenningen (45), Stuttgart (57), Waldenburg (190), Waldheim (45), Würzburg (164). Genosse Rühle behandelte das gleiche Thema in 16 Kursen (128 Vorträgen) vor 2699 Teilnehmern, und zwar in Apolda (86), Bautzen (124), Bernburg (116), Braunschweig (283), Dessau (200), Eisleben (92), Jena (335), Königstein (52), Köthen (79), Meuselwitz (106), Mügeln (246), Schwerin (307), Weimar (57), Wetzlar (103), Wismar (365), Wurzen (148). Vom Genossen Borchardt wurde das gleiche Thema behandelt in 14 Kursen (65 Vorträge) vor 1389 Teilnehmern, und zwar in Albrechts (44), Bernau (57), Bromberg (162), Danzig (272), Elbing (98), Goldlauter (124), Graudenz (95), Jastrow (47), Ludwigsburg (39), Marienwerder (47), Posen (246), Suhl (75), Tegel (31), Thorn (74). Von anderen gelegentlich beschäftigten Rednern wurde das Thema in 11 Kursen (65 Vorträge) vor 1396 Teilnehmern behandelt, und zwar in Bitterfeld (77), Hemelingen (104), Luckenwalde (138), Potsdam (126), Rathenow (124), Salbke (168), Stendal (225), Tangermünde (202), Trebbin (87), Uelzen (52), Velten (93).

Insgesamt wurde das Erfurter Programm behandelt in 57 Kursen (386 Vorträgen) vor 7882 Teilnehmern.

Ueber volkswirtschaftliche Grundbegriffe trug Genosse Duncker in 6 Kursen (48 Vorträgen) vor 893 Teilnehmern vor in Duisburg (156), Hagen (112), Hanau (239), Heilbronn (86), Krefeld (59), Neumünster (241). Genosse Rühle behandelte das Thema in 6 Kursen (48 Vorträgen) vor 1199 Teilnehmern, und zwar in Düsseldorf (264), Elberfeld (199), Essen (175), Fechenheim (79), Höchst (194), Lübeck (288).

Die Geschichte des Sozialismus bis zum Kommunistischen Manifest behandelte Genosse Duncker in 2 Kursen (16 Vorträgen) vor 490 Teilnehmern in Flensburg (188) und Kiel (302).

Ueber die Theorien und Programme der bürgerlichen Parteien in Deutschland sprach Genosse Borchardt in 10 Kursen (81 Vorträgen) vor 653 Teilnehmern, und zwar in Bramsche (32), Finsterwalde (78), Frankfurt a. O. (169), Guben (68), Kottbus (35), Luckenwalde (72), Melle (36), Osnabrück (77), Sommerfeld (42), Tegel (44).

Den historischen Materialismus behandelte Genosse Borchardt in 5 Kursen (15 Vorträge) vor 407 Teilnehmern in Bramsche (42), Melle (126), Osnabrück (94), Quakenbrück (61), Stettin (84).

Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert wurde von einem gelegentlich beschäftigten Redner in 2 Kursen (20 Vorträgen) vor 130 Teilnehmern behandelt, und zwar in Voxhagen (90), Friedrichshagen (40).

Naturwissenschaftliche Vorträge mit Lichtbildern wurden vom Genossen Graf abgehalten über Die Geschichte unserer Erde: 18 Kurse (73 Vorträge) mit 3423 Teilnehmern, und zwar in Adlershof (271), Benshausen (60), Chemnitz (276), Gelsenkirchen (123), Gevelsberg (56), Glauchau (92), Goldlauter (145), Lichtenberg (268), Limbach (306), Meiningen (45), Remscheid (330), Schwelm (391), Steglitz (271), Stützerbach (163), Suhl (106), Tegel (343), Wittenberge (107), Zella (70); über: Vom Urtier zum Menschen 15 Kurse (91 Vorträge) mit 5349 Teilnehmern in Bielefeld (224), Breslau (1496), Brieg (300), Dortmund (276), Essen (133), Haynau (243), Herford (140), Liegnitz (616), Minden (195), Neustadt (222), Nowawes (344), Rixdorf (446), Recklinghausen(?), Strehlen (428), Striegau (230). Ein anderer Redner sprach über die Abstammung des Menschen in 5 Vorträgen vor 649 Teilnehmern in Berlin (6. Wahlkreis).

Insgesamt hielten Kurse ab Duncker: 24 (24) Kurse mit 192 (192) Vorträgen und 3781 (3556) Teilnehmern; Rühle: 22 (24) Kurse mit 176 (192) Vorträgen und 3898 (4924) Teilnehmern; Graf: 33 (33) Kurse mit 164 (161) Vorträgen und 9226 (11453) Teilnehmern; Borchardt: 29 (42) Kurse mit 111 (137) Vorträgen und 2449 (4447) Teilnehmern; gelegentlich beschäftigte Redner: 14 Kurse mit 90 Vorträgen und 2175 Teilnehmern.

Zusammen wurden 122 (128) Kurse mit 733 (682) Vorträgen abgehalten, an denen 21 529 (24 360) Personen, darunter 2759 (1775) Frauen, teilgenommen haben.

Nach dem Alter gruppierten sich die Teilnehmer wie folgt: 15—20 Jahre waren alt 2358 (1882) Teilnehmer; 21—30 Jahre 7595 (7502) Teilnehmer; 31—40 Jahre 5885 (6102) Teilnehmer; 41—50 Jahre 1845 (1879) Teilnehmer; über 50 Jahre 592 (603) Teilnehmer. Ueber die übrigen 3254 Teilnehmer liegen keine Altersangaben vor.

Die Abrechnung des Bildungsausschusses über die Wanderkurse stellt sich wie folgt:

Einnahme:		Ausgabe:	
Von den Orten	16 477,80 Mk.	An Honoraren	15 019,— Mk.
Aus der Zentralkasse .	8 750,— „	„ Diäten	6 470,— „
Diverse	64,30 „	„ Fahrgeld	2 513,65 „
		„ Gepäck	867,40 „
		„ Lichtbilderutensilien	257,15 „
		Diverse	50,— „
Summa . . .	25 292,10 Mk.	Summa . . .	24 677,20 Mk.

Es verbleibt somit ein Bestand von 614,90 Mk.

Ueber den Verkauf der Literatur, die den Teilnehmern der Kurse von den Wanderrednern empfohlen wurde, liegen in diesem Jahre zum erstenmale genauere Angaben vor. Von den 121 Kursen berichten 55 über die Zahl der verkauften Schriften, und zwar wurden bei 11 277 Teilnehmern 11 584 Schriften umgesetzt. Ueber den Preis der verkauften Schriften allein machten 6 Kurse mit 1165 Teilnehmern Angaben, und zwar haben sie für 469,70 Mk. Schriften bezogen. Hierbei kommt in Betracht, daß den Orten bei Gesamtbezug von den Verlegern in der Regel erhebliche Preisermäßigungen gewährt werden.

Von den 55 Kursen, die über die Zahl der verkauften Schriften berichten, machten 52 Kurse mit 7760 Teilnehmern nähere Angaben über die Schriften im einzelnen. Es befanden sich unter den 7828 Schriften:

Kautsky-Schoenlank, Grundsätze und Forderungen, 1500; Braun, Ziele und Wege, 990; Duncker, Volkswirtschaftliche Grundbegriffe, 587; Parvus, Ideenkampf gegen den Sozialismus, 350; Lassalle, Arbeiterprogramm, 301; Marx, Das Kommunistische Manifest, 273; Danneberg, Das Erfurter Programm, 234; Marx, Lohnarbeit und Kapital, 218; Engels, Von der Utopie zur Wissenschaft, 218; Liebknecht, Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen, 212; Rühle, Volksschule I und II, 198; Parvus, Arbeiterschaft und Unternehmertum, 194; Bebel, Die Sozialdemokratie und das Heer, 194; Kampffmeyer, Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturentwickelung, 178; Marx, Lohn, Preis und Profit, 176; Wurm, Finanzgeschichte des Deutschen Reiches, 159; Kautsky, Der Weg zur Macht, 158; Kautsky, Die soziale Revolution I und II, 145; Kautsky, Erfurter Programm, 115; Lassalle, Die indirekten Steuern, 106.

Außerdem wurden noch zahlreiche Schriften in weniger als 100 Exemplaren verkauft.

Es läßt sich hier zum ersten Male zahlenmäßig feststellen, was wir in den früheren Kursen bereits als erfreuliche Nebenwirkung der Wanderkurse erwähnten: daß sie das Lesebedürfnis und das Interesse am Erwerb wertvoller Schriften lebhaft anregen. Der Bildungsausschuß wird in Zukunft den Schriftenvertrieb noch planmäßiger als bisher organisieren.

Es ist von Interesse, eine Uebersicht über die gesamten Kurse zu erhalten, die der Bildungsausschuß in den vier Jahren ihres Bestehens eingerichtet hat. Es haben stattgefunden:

1907/08	44	Kurse	mit	323	Vorträgen	und	5493	Teilnehmern,	darunter 200 Frauen
1908/09	57	„	„	419	„	„	8969	„	„ 666 „
1909/10	128	„	„	682	„	„	24360	„	„ 1775 „
1910/11	122	„	„	733	„	„	21529	„	„ 2759 „
Zus.:	351	Kurse	mit	2157	Vorträgen	und	60351	Teilnehmern,	darunter 5400 Frauen

An diesen 351 Kursen waren 197 Orte beteiligt und zwar: Adlershof (1mal), Albrechts (2), Altenburg (3), Apolda (2), Arnstadt (2), Aschersleben (1). Bant (2), Bautzen (1), Bayreuth (1), Benshausen (1), Berlin (2), Bernau (3), Bernburg (2), Bielefeld (2), Bitterfeld (1), Bochum (1), Borghagen (1), Bramsche (2), Brandenburg (2), Braunschweig (3), Bremen (4), Bremerhaven (2), Breslau (5), Brieg (1), Bromberg, (1), Buer (1), Bunzlau (1). Chemnitz (3). Danzig (2), Delmenhorst (1), Dessau (3), Döbeln (2), Dortmund (3), Duisburg (2), Düsseldorf (2). Eisleben (1), Elberfeld-Barmen (4), Elbing (2), Elmshorn (1), Emden (2), Erfurt (2), Essen (4), Eßlingen (1). Fechenheim (2), Feuerbach (1), Finsterwalde (2), Flensburg (4), Frankenberg (1), Frankfurt a. M. (2), Frankfurt a. O. (1), Freiburg i. Schl. (3), Friedrichshagen (1). Gelsenkirchen (2), Gersdorf (1), Gevelsberg (1), Gießen (1), Glauchau (2), Gmünd (1), Goldlauter (8), Göppingen (2), Gößnitz (1), Gotha (2), Graudenz (1), Greiz (1), Groß-Ottersleben (1), Guben (2). Hagen (2), Halle (3), Hanau (2), Hannover (2), Harburg (2), Hartha (1), Haynau (3), Heilbronn (2), Hemelingen (2), Herford (2), Herten (1), Hildesheim (2), Hirschberg (1), Höchst (2). Jastrow (1), Jauer (1), Jena (2), Ilmenau (1), Iserlohn (1). Kannstatt (1), Kassel (2), Kiel (4), Kiel-Garden (1), Kleinosieda (1), Königsberg i. Pr. (1), Königstein (1), Köpenick (2), Koswig i. A. (1), Köthen (2), Kottbus (2), Krefeld (2), Krimmitschau (2). Landeshut (1), Langenbielau (2), Langendreer, (1), Leisnig (1), Lichtenberg (1), Lichtenstein (1), Liegnitz (5), Limbach (3), Lübeck (2), Luckenwalde (4), Lüdenscheid (1), Ludwigsburg (1). Magdeburg (2), Mannheim (1), Marienwerder (1), Meerane (1), Meiningen (1), Melle (2), Meuselwitz (3), Minden (2), Mittweida (1), Mügeln (1). Neiße (1), Neumünster (4), Neu-Ruppin (1), Neustadt i. Schl. (2), Nowawes (2), Nürnberg (2), Offenbach (2), Oldenburg (2), Osnabrück (3), Pfungstadt (1), Plauen (3), Plettenberg (1), Posen (1), Potsdam (1), Prenzlau (1). Quakenbrück (1). Rathenow (4), Recklinghausen (2), Remscheid (1), Reutlingen (1), Rixdorf (4), Ronsdorf (1), Roßlau (1), Rostock (1). Saalfeld (1), Sagan (1), Salbke (2), Solingen (2), Sommerfeld (2), Suhl (3). Schmölln (2), Schöneberg (1), Schwelm (1), Schwenningen (1), Schwerin (2). Steglitz (1), Stendal (1), Stettin (1), Streckau (1), Strehlen (2), Striegau (4), Stuttgart (3), Stützerbach (1). Tangermünde (1), Tegel (5), Teuchern (1), Thorn (1), Trebbin (1), Tuttlingen (1). Ulm (1), Uelzen (1), Unna (1). Vegesack (2), Velten (1), Werden (1). Wählitz (1), Waldenburg (4), Waldheim (1), Wanne (1), Wattenscheid (1), Weimar (4), Weißenfels (2), Werdau (2), Wetzlar (1), Wiesbaden (2), Wms (1), Wismar (3), Witten (2), Wittenberge (1), Würzburg (1), Wurzen (2). Zeitz (2), Zella (2), Zerbst (1), Zipsendorf (1), Zuffenhausen (1), Zwickau (2).

d) Sonstige Arbeiten.

Der Bildungsausschuß hat im vergangenen Winter keine neuen Verzeichnisse für Jugendschriften und Wandschmuck herausgegeben sondern nur Nachträge zu den alten. Im Herbst dieses Jahres werden dagegen wieder neue und erheblich erweiterte Ausgaben der Verzeichnisse erscheinen. Da bei der zunehmenden Größe der Verzeichnisse, die in der Natur der Sache liegt und sich nicht vermeiden läßt, ihre Brauchbarkeit für die unmittelbare Propaganda erschwert wird, soll in Zukunft neben den großen für einige Jahre berechneten Ausgaben alljährlich ein kürzerer Auszug besonders billiger und guter Jugendschriften erscheinen. Das große Verzeichnis ist in Zukunft mehr für Bibliothekare, Buchhandlungen und andere Interessenten bestimmt.

Für künstlerische Veranstaltungen wird der Rat und die Hilfe des Bildungsausschusses nach wie vor viel in Anspruch genommen. Obwohl sich die Verhältnisse auf diesem wichtigen Gebiete der Bildungsarbeit merklich gebessert haben, so laufen doch noch immer sehr viele unschöne und unkünstlerische Dinge unter. Es wird den Bildungsausschüssen erneut empfohlen, sich in Zweifelsfällen vor Abschluß einer künstlerischen Verpflichtung mit Sachverständigen oder mit dem Zentralbildungsausschuß in Verbindung zu setzen.

Die Einführungen in Dramen und Opern, die der Bildungsausschuß seit einer Reihe von Jahren herausgibt, haben leider keinen rechten Erfolg gehabt. Obwohl bei einer Umfrage über den Wert der Einführungen von einer Reihe von Bildungsausschüssen sehr günstige Urteile zurückkamen, hat sich der eigentliche Zweck der Einführungen doch nicht recht durchgesetzt. Zum Teil liegt es daran, daß die Einführungen trotz ihres billigen Preises noch zu teuer sind; ferner sind sie in weiten Kreisen der Genossen ziemlich unbekannt; in größeren Orten aber sorgt man durch eigene Einführungen oder durch die Hilfe des Parteiorgans dafür, daß die Besucher von Volksvorstellungen den nötigen literarischen Wegweiser erhalten.

Der Bildungsausschuß hat sich auch mit der Frage der Kinematographentheater beschäftigt. Es läßt sich nicht bestreiten, daß diese Theater in großen und kleinen Städten eine wichtige Rolle im Vergnügungsprogramm der Arbeiter spielen. Hunderttausende von Arbeitern, Arbeiterfrauen und Arbeiterkindern besuchen allabendlich die kinematographischen Vorführungen und lassen die teils heiteren, teils sentimentalen, teils grausigsensationellen und leider nur zum ganz kleinen Teil auch belehrenden Bilder auf sich wirken. So sehr der Kinematograph zurzeit noch vorwiegend im Dienste der Sensation und der Unkultur steht, so sehr kann er bei richtiger

Behandlung und Benutzung zu einem wichtigen Mittel der Aufklärung werden. Der Bildungsausschuß empfiehlt daher den örtlichen Bildungsausschüssen, sich mit den Kinematographenbesitzern ihrer Stadt in Verbindung zu setzen, um gute Sondervorstellungen in dem Theater selbst oder in einem geeigneten Saale zu erhalten.

Mit der Zentralstelle für die arbeitende Jugend steht der Bildungsausschuß wie bisher in ständiger guter Fühlung.

* * *

Der Bildungsausschuß hofft, daß auch das fünfte Jahr planmäßiger Bildungsarbeit, über das er den Parteigenossen Rechenschaft abzulegen hat, dazu beitragen wird, die theoretische Erkenntnis der deutschen Arbeiterklasse zu vertiefen und ihre Lust und Kraft zu praktischer Tätigkeit zu beflügeln. Der Bildungsausschuß erwartet von den zahlreichen Genossen und Genossinnen, die durch die Bildungsarbeit der letzten fünf Jahre Anregung und Förderung erfahren haben, daß sie im bevorstehenden Wahlkampfe daraus die richtige Nutzanwendung ziehen.

* * *

Der Kampf der Behörden gegen die Arbeiterbewegung.

Was es mit den seinerzeit vielgerühmten Segnungen des „liberalen" Reichsvereinsgesetzes auf sich hat, beweist der Kampf der Behörden gegen die Arbeitervereine. Besonders auf dem platten Lande geht vielerorts der Polizeikampf gegen die sozialdemokratischen Vereine und Gewerkschaften in einer Weise weiter, als ob das alte preußische Vereinsgesetz der schlimmsten Reaktionszeit noch in Kraft wäre und nie ein Reichsvereinsgesetz erlassen worden sei. Mit Hilfe einiger Entscheidungen der Verwaltungsgerichte hat sich eine Judikatur herausgebildet, die sich fast gar nicht von der alten Praxis unterscheidet. Mit Baupolizeiverordnungen, mit Verordnungen über die Zehnuhrpolizeistunde für öffentliche Versammlungen, mit zu erwartenden Ruhestörungen, mit dem Mangel an überwachenden Beamten, mit weitherzigen Auslegungen des Begriffs „öffentliche Versammlungen" und ähnlichen dem Reichsvereinsgesetz widersprechenden Begründungen werden der Abhaltung sozialdemokratischer Versammlungen dieselben Schwierigkeiten gemacht wie früher und damit ist das Vereinsrecht den Arbeitern illusorisch gemacht. Wenn das noch nicht hilft, werden Saalabtreibungen versucht, obwohl eine Behörde, die Säle abzutreiben versucht, sich des Amtsmißbrauchs schuldig macht. Bildungsveranstaltungen, deren Veranstalter Parteigenossen waren, versuchte man an einigen Orten für politisch zu erklären. Betriebsbesprechungen der Gewerkschaften wurden zu öffentlichen Versammlungen gestempelt. Aber nicht nur auf dem platten Lande, selbst in Großstädten versuchten die Polizeibehörden das alte „Recht" auf dem Verwaltungswege wieder einzuführen. In Hannover z. B., wo unsere Parteigenossen seit Erlaß des Reichsvereinsgesetzes mit der Polizei einen erbitterten Kampf um die von der Regierung zugesagte loyale Handhabung des Gesetzes führen, drang die Polizei in eine geschlossene Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins ein und löste sie auf, als der Vorsitzende dagegen Einspruch erhob. Während das Schöffengericht und die Strafkammer die polizeiliche Ueberwachung als nicht gerechtfertigt erklärten, entschied das Oberlandesgericht in Celle zugunsten der Polizei, weil der sozialdemokratische Verein „kein in sich abgeschlossener Kreis innerlich miteinander verbundener Personen" sei. 20 000 Genossen protestierten an einem Abend in 46 Bezirksversammlungen gegen diese Polizei- und Gerichtspraxis. Noch schlimmer liegen die Verhältnisse in Halle a. Saale, wo die Polizei gleichfalls das Ueberwachungsrecht in den Mitglieder- und Distriktsversammlungen des sozialdemokratischen Vereins ausüben will. Die Hallesche Polizei ist städtisch und der Oberbürgermeister ein Anhänger des Kommunal-Freisinns. Im Reichstage werden die Regierung und die Liberalen über diese dem Sinne des Gesetzes schroff widersprechenden, an den Belagerungszustand erinnernden Polizeipraktiken noch zur Rede gestellt werden.

In Chemnitz wurden die Genossen Heilmann und Meyer wegen vorsätzlicher und absichtlicher Beleidigung des Kaisers und des Königs von Sachsen, begangen durch zwei Artikel der „Volksstimme", in nichtöffentlicher Verhandlung zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Ebenfalls wegen Beleidigung des Kaisers, begangen durch einen Artikel im „Hafenarbeiter", wurde Genosse Lindow von der Hamburger Strafkammer zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen eines Artikels über die Erhöhung der preußischen Zivilliste schickten die Königsberger Richter die Genossen Marckwald auf vier Monate und Linde auf sechs Wochen ins Gefängnis. Sie sollten angeblich sämtliche preußischen Prinzen beleidigt haben. Diese Urteile zeigen, mit wie wenig Recht die Liberalen behaupten, daß die Aenderung der Majestätsbeleidigungsparagraphen, die in der Zeit des Bülowblocks vorgenommen wurde, als bedeutende liberale Errungenschaft anzusehen sei.

In Danzig hat am 1. Juni 1911 ein Gerichtsassessor in einer Gerichtsverhandlung, die seinerzeit im Falle Rosen mit aller Schärfe zurückgewiesene Verleumdung, daß für Sozialdemokraten der Eid nicht bindend sei, wieder aufgewärmt. Es war selbstverständlich, daß Sozialdemokraten daraufhin den Herrn Assessor wegen politischer Befangenheit als Richter ablehnten, und zwar im ersten Falle bereits mit Erfolg. Der Herr wurde dann auch nach einer Zivilkammer versetzt.

Die Parteipresse wurde vielerorts fortgesetzt verfolgt und die Redakteure wurden mit hohen Geld- und schweren Gefängnisstrafen belegt. Am stärksten ist dieses Verfolgungssystem in Halle a. S. ausgebildet. Vom 1. April 1910 bis 1. April 1911 mußte das „Hallesche Volksblatt" allein 10 248,09 Mk. für Geldstrafen und Gerichtskosten opfern. Und ähnlich ist die Justiz von Königsberg und Breslau bis Dortmund und Düsseldorf unserer Presse auf den Fersen. Dazu kommt, daß immer wieder den inhaftierten Redakteuren das Recht auf Selbstbeschäftigung streitig gemacht wird. In einigen Fällen hatten Beschwerden Erfolg. Im Gefängnis zu Lingen wurde dem Genossen Mehlich jedoch hartnäckig eine angemessene Selbstbeköstigung verweigert. Er muß Sprengstoffhülsen anfertigen. Diese Art Gefängnisfolter steht im Widerspruch zu der Bundesratsverordnung vom 28. Oktober 1897 über den Strafvollzug, nach der bei der Beschäftigung auf den Bildungsgrad und die Berufsverhältnisse Rücksicht zu nehmen ist. Auch im thüringischen Gefängnis zu Ichtershausen wurde dem Genossen Pfeuffer die Selbstbeschäftigung verweigert. In anderen Fällen, in denen Selbstbeschäftigung gewährt wurde, hat man die Selbstbeköstigung und das Tragen eigener Kleidung abgelehnt. Das sind Vergünstigungen, die so vielen wegen schwerer Eigentumsvergehen verurteilten Stützen der bürgerlichen Gesellschaft gewährt wurden. Auch ein Beitrag zur Verfassungsphrase von der Gleichheit vor dem Gesetz.

In Halle, Frankfurt a. M., Hannover, Berlin, Schweidnitz, Neumünster, Breslau, Remscheid, Essen, Elberfeld, Magdeburg und an anderen Orten wurden wegen der Wahlrechtsdemonstrationen und damit zusammenhängenden angeblichen Beleidigungen der Polizei durch die Presse zahlreiche Genossen zum Teil zu hohen Strafen verurteilt.

In den beiden Prozessen wegen der Moabiter Unruhen, deren politische Ausschlachtung eingangs des Berichts behandelt ist, wurde erwiesen, daß die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften an der Inszenierung der Krawalle nicht im geringsten beteiligt waren. Der Moabiter Fall lag sehr einfach. Bei einem in der Großstadt alltäglichen Lohnkampfe hatte die Polizei für den bestreikten Unternehmer und seine zum Teil aus den zweifelhaftesten Elementen bestehende Streikbrechergarde Partei genommen. Als berittene Schutzleute Kohlentransporte der bestreikten Firma Kupfer u. Co. begleiteten, kam es zu Menschenansammlungen, bei denen der durch halbwüchsige Jungen verstärkte Janhagel Ulk und Radau machte. Die Polizei zog blank und hieb wahllos auf Beteiligte und Unbeteiligte ein. Die Bevölkerung des Berliner Stadtteils Moabit wurde durch das unerhörte Vorgehen der Polizei zu Demonstrationen geradezu herausgefordert. Es kam zu neuen „Ausschreitungen". In den gerichtlichen Verhandlungen vor der Strafkammer und dem Schwurgericht wurden von einer großen Anzahl von Zuschauern unter deren Eid schier unglaubliche Ausschreitungen von Schutzleuten festgestellt.

Gewiß wurden nach wochenlangen Verhandlungen vor der Strafkammer und dem Schwurgericht schließlich eine Anzahl der bei den Krawallen Verhafteten zu Strafen bis zu 8½ Jahren Gefängnis verurteilt. Aber in den Augen der unabhängigen öffentlichen Meinung war weit über die Kreise der sozialdemokratischen Partei hinaus in diesen Prozessen die Polizei die Verurteilte. In der schriftlichen Urteilsbegründung sah sich der im ersten Moabiter Krawallprozeß wirkende Gerichtshof gezwungen zu erklären:

> „Es handelt sich nicht um vereinzelte Mißgriffe von Beamten, sondern das Gericht hat die Ueberzeugung gewonnen, daß dies in einer größeren Anzahl von Fällen, insbesondere durch grundlose Beleidigungen und vielfach durch Schläge geschehen ist."

Und einer der Verteidiger der Angeklagten war in der Lage festzustellen, daß von etwa 100 Zeugen — und die Gesamtzahl der vernommenen Zeugen ging in die Hunderte — 218 einzelne Fälle von Mißhandlungen und Brutalitäten aller Art bezeugt worden seien. Darunter waren viele Fälle, deren Kenntnisnahme jedem ehrenhaften Menschen vor Zorn und Scham das Blut ins Gesicht treiben mußte.

Am schwersten liegt der Fall Herrmann. Bis heute sind die beiden Mordbuben noch nicht gefunden, die am Abend des 27. September den Arbeiter Herrmann, der auf der Suche nach seinem Sohne war, in der menschenleeren Wiclefstraße überfielen und ihn derart mit ihren Säbeln mißhandelten, daß der völlig unschuldige Mann an den Folgen dieser viehischen Mißhandlung starb.

Der Parteivorstand erließ am 28. März eine Bekanntmachung, nach der demjenigen 2000 Mk. Belohnung zugesichert wurden, der die erwähnten Verbrecher zu nennen oder so genau zu bezeichnen vermochte, daß ihre strafrechtliche Verfolgung möglich wird. Leider hatte diese Bekanntmachung bis jetzt noch keinen Erfolg. Die Staatsanwaltschaft sucht in dem „Verfahren wider Unbekannt" weiter nach den Schuldigen.

In Ausübung gewerkschaftlicher Tätigkeit wurden über eine Reihe Genossen unerhört hohe Strafen verhängt. So wurde der Gewerkschaftsbeamte Fröhlich vom Schwurgericht Köln in einem Landfriedensbruchprozeß zu zwei Jahren 7 Monaten Gefängnis verurteilt, obwohl die achttägige Verhandlung für jeden, der die moderne Arbeiterbewegung kennt, die Unschuld Fröhlichs ergab. In diesem Prozeß wurde gegen 15 Angeklagte auf insgesamt 23 Jahre und 2 Monate Gefängnis erkannt. Aehnlich schwere Verurteilungen wurden in den Bremer Krawallprozessen erzielt. Dort war es bei der Beförderung angeworbener Streikbrecher zu Aufläufen gekommen. Die Verhandlungen über das Bremer „Moabit" ergaben, daß die Justiz zum großen Teil Unorganisierte getroffen hatte, die über das Auftreten der Streikbrecher und das Einschreiten der Schutzleute in Erregung versetzt wurden und dann Exzesse verübten, wie sie Angehörige der studentischen goldenen Jugend sehr oft verübt haben, ohne mehr als eine sehr milde Strafe dafür zu empfangen. Es würde zu weit führen, wenn wir auf die großen Landfriedensbruchprozesse in Naumburg (gegen Weißenfelser Schuhmacher), in Kottbus (gegen 13 Holzarbeiter 74 Monate Gefängnis) usw. an dieser Stelle näher eingehen wollten.

In Essen wurde nach viertägiger Verhandlung am 8. Februar das am 17. August 1895 gefällte Urteil wider Schröder und Genossen endlich korrigiert. Die zu 18½ Jahren Zuchthaus Verurteilten wurden im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen. Nachdem der Kronzeuge des ersten Prozesses, der Gendarm Münter, als ein moralisch verkommenes Subjekt entlarvt worden war, mußte selbst der Staatsanwalt für nichtschuldig plädieren. Die so spät Gerechtfertigten haben ihre schweren Zuchthausstrafen abgebüßt und keine Macht der Welt kann das wieder gut machen, was sie unschuldig gelitten haben. In diesem politischen Tendenzprozesse konnte dank der rastlosen Bemühungen der Verteidigung nach 15 Jahren ein offenbarer Akt der Klassenjustiz formell wieder gut gemacht werden. Aber dieser Fall steht allein da. Wieviele Opfer einer ebenso schlimmen Klassenjustiz starben nach standhaft ertragenen Leiden, ohne daß ihre Unschuld amtlich anerkannt und der Makel der ungerechten Verurteilung von ihnen genommen wurde.

Ueber Genossen, die für die Partei und Gewerkschaften tätig waren, wurden von deutschen Gerichten im Berichtsjahre insgesamt 26 Jahre, 1 Monat, 2 Wochen, 4 Tage Gefängnis und 32 609 Mk. Geldstrafe verhängt.

* * *

Internationales.

Der internationale Sozialistenkongreß in Kopenhagen fällt in unser Berichtsjahr. Wir sehen von einer Würdigung seiner Arbeiten an dieser Stelle trotzdem ab, weil der Magdeburger Parteitag bereits den mündlichen Bericht über die Kopenhagener Verhandlungen entgegengenommen hat. Die treffliche Arbeit, die in Kopenhagen zum Nutzen der Arbeiterinternationale geleistet wurde, wird diesem Kongresse ein gutes Andenken sichern. Nach dem Kongreß fanden in Hamburg und Frankfurt a. M. riesig besuchte Versammlungen statt, in denen die Führer der ausländischen Bruderparteien zu den deutschen Arbeitern über die Einheit und Geschlossenheit der klassenbewußten Arbeiter aller Länder redeten. In Frankfurt a. M. wurde den Genossen Jaurès und Vandervelde das Reden in ihrer Muttersprache verboten. Unsere Genossen sprachen dann unter dem stürmischen Beifall der versammelten Massen deutsch. Ein ungeheures Polizeiaufgebot stand gegen diese Friedensdemonstration bereit und in den Kasernen waren außerdem die Truppen zusammengezogen. Dieses Aufgebot staatlicher Macht wirkte auf die 80 000 Teilnehmer so eindringlich, wie keine Rede wirken kann.

Am 10. Dezember fand in der Alberts Hall in London eine große Friedensdemonstration statt, an der über 20 000 Personen teilnahmen. Im Auftrag des Parteivorstandes sprach neben den Genossen Keir Hardie, Macdonald, Jaurès, Vandervelde und Vaillant Genosse Molkenbuhr. Dieses Riesenmeeting für den Völkerfrieden machte in England einen starken Eindruck.

Aus Belgien besuchten zwei Deputationen von Gewerkschafts- und Parteifunktionären im März und im Mai Berlin und einige andere Industriestädte. Die Deputationen hielten sich eine Woche in Berlin auf und studierten eingehend das Leben der modernen Arbeiterbewegung. Beim Besuche der einzelnen Institutionen wurden ihnen Vorträge über die Entwickelung und den Stand der Parteieinrichtungen gehalten. Die beiden Besuche unserer belgischen Kampfgenossen boten reichliche Gelegenheit zur Anknüpfung neuer herzlicher Beziehungen zu der Bruderpartei unseres Nachbarlandes.

Durch die Auflösung des **österreichischen** Abgeordnetenhauses waren die Genossen in Oesterreich plötzlich zu einem äußerst scharfen Wahlkampfe gezwungen. Wir haben ihnen 30 000 Mk. Beihilfe zu den Wahlkosten geleistet. Wir freuen uns herzlich darüber, daß unsere Genossen den schweren Wahlkampf so glänzend bestanden haben. Es gelang unseren Genossen bei diesen Wahlen, die ganz im Zeichen des Klassenkampfes standen, ihre starke Position in der österreichischen Volkskammer zu behaupten. Besondere Freude empfanden wir über die Zertrümmerung der christlichsozialen Herrschaft in Wien, die eine Folge der Wahlsiege der Wiener Sozialdemokratie war.

Den Parteigenossen **Rumäniens** haben wir für ihren Wahlkampf 2000 Frank zur Verfügung gestellt. In Rumänien muß die Sozialdemokratie ihre Kämpfe unter ausnahmegesetzlichen Zuständen führen. Die Kandidaten wurden verfolgt und zum Teil ausgewiesen. Leider gelang es unseren Genossen nicht, ein Mandat zu erobern.

Die Organe der russischen, polnischen und lettischen Sozialdemokratie haben wir im Berichtsjahre mit 2000, 2000 bezw. 8000 Mk. unterstützt. Für diese Blätter war die Hergabe einer solchen Unterstützung eine dringende Hilfe neben den großen Opfern, die im Lande selbst gebracht werden müssen.

An das **Internationale sozialistische Bureau** in Brüssel zahlt die deutsche sozialdemokratische Partei **jährlich** 2500 Frank.

* * *

Unsere Toten.

Der Tod hat in diesem Jahre in die Reihen unserer Vorkämpfer große Lücken gerissen. Die Zahl der Alten, die unter dem Sozialistengesetze, den Schergen des Bismarckschen Gewaltregiments trotzend, Gut und Freiheit opferten, wird immer geringer. Fast keine Woche vergeht, in der nicht aus dieser oder jener Stadt der Tod eines Veteranen aus der Heldenzeit der deutschen Sozialdemokratie gemeldet wird. Wir können die Namen jener Braven nicht alle hier aufzählen und müssen uns damit begnügen, einigen wenigen, denen es vergönnt war, ihre reichen Kräfte in besonders hervorragendem Maße in den Dienst der Arbeiterklasse zu stellen, einige Gedenkzeilen zu widmen.

Die kleine sozialistische Landtagsfraktion Preußens verlor am 16. April in **Hermann Borgmann** ihren Führer. Nur 55 Jahre zählte der scheinbar in der Vollkraft seines Wirkens stehende Hüne, als ihn ein tückisches Leiden aus einer Tätigkeit riß, die besonders in der Berliner Kommunalverwaltung an Erfolgen reich war. Anfangs der 80er Jahre hatte Borgmann bereits in seiner sächsischen Heimat für Partei und Gewerkschaft gewirkt und als der Gemaßregelte 1888 seinen Wohnsitz nach Berlin verlegte, stand er da bald im Vordergrunde der Bewegung. Als 1908 die ersten sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in Berlin gewählt wurden, war Borgmann unter ihnen und ein neues reiches Tätigkeitsfeld tat sich ihm auf. Leider nur auf so kurze Zeit.

Schwer traf die sozialistische Frauenbewegung und die Gewerkschaftsbewegung Deutschlands am 8. Januar der Tod der Genossin **Emma Ihrer**. Im Jahre 1857 in Glatz geboren, entstammte sie kleinbürgerlichen, strengkatholischen Kreisen. Ihr reger Geist sprengte die Fesseln heimatlicher Ueberlieferung, als sie anfangs der 80er Jahre nach Berlin kam. Hier gründete sie 1891 das erste Blatt der Genossinnen: „Die Arbeiterin", den Vorläufer der „Gleichheit". Ihr Ruf als Organisatorin und Agitatorin war in alle deutschen Gaue gedrungen und die Genossen riefen Emma Ihrer, wenn es galt, die Arbeiterinnen zu wecken und aufzurufen zum Anschluß an die gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitsbrüder und -schwestern. Viel zu früh schied Emma Ihrer aus unseren Reihen, in denen sie ihres ausgezeichneten Charakters wegen allgemein in außerordentlichem Maße geehrt und geachtet war.

Wenn Genossin **Julie Bebel**, die am 22. November in Zürich starb, auch öffentlich nicht hervorgetreten ist, so verdient sie doch auch an dieser Stelle dankbare Erwähnung. Diese kluge, treue und herzensgute Frau hat seit 1866 in schweren und guten Zeiten die Sorgen ihres Gatten redlich geteilt. Welchen unschätzbaren Wert gerade eine solche Frau für den in ständigen Kämpfen stehenden Führer der Sozialdemokratie hatte, das hat Genosse Bebel in seinen Lebenserinnerungen selbst geschildert.

Erst 54 Jahre alt erlag in Hamburg am 28. September Genosse **Albert Röske** schweren inneren Leiden. In der Tischlerbewegung war Röske von Jugend auf tätig. Von 1890 ab war er Expedient, dann Redakteur erst der „Neuen Tischler-Zeitung" und dann der „Holzarbeiter-Zeitung". Von 1896 an gehörte er auch der Generalkommission der Gewerkschaften an, bis diese 1903 nach Berlin verlegt wurde. Als 1905 die Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung" nach Stuttgart übersiedelte, blieb Röske in Hamburg, wo er erst als Gauleiter der Holzarbeiter, dann als Parteisekretär und zuletzt als Redakteur des „Bauhilfsarbeiter" sein reiches Wissen in den Dienst der Arbeiterbewegung stellte. Neben seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit war Röske schon unter dem Sozialistengesetz für die Partei tätig. 1904 wählten die Hamburger Arbeiter den erprobten Parteigenossen in die Bürgerschaft, wo er für die Arbeiterschaft eine fruchtbringende Tätigkeit entfaltete.

In Hamburg starb am 29. November Genosse **Heinrich Bürger**, der in jungen Jahren wegen seiner sozialdemokratischen Gesinnung von der Postverwaltung und dann auch von der Eisenbahnverwaltung gemaßregelt worden war. Der Eisenbahnerverband wählte den in Fachfragen bewanderten Genossen später zu seinem Vorsitzenden und zum Redakteur des „Weckruf". Diese Tätigkeit brachte ihm 3 Monate Gefängnis ein. Seit 1901 war Bürger im Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter tätig. Bürger hatte in einem wechselvollen Leben seinen politischen Idealen große Opfer gebracht, als er, erst 43 Jahre alt, einem qualvollen Leiden erlag.

Nach 26jähriger Tätigkeit als Berichterstatter im „Hamburger Echo" verschied am 20. Dezember in Hamburg Genosse **Fritz Steinfatt** im Alter von 53 Jahren. Als „Landvogt" regelte Steinfatt während des Sozialistengesetzes den Generalvertrieb des „Sozialdemokrat" für den Norden. Er wurde 1887 in den Geheimbundsprozeß Fichtner und Genossen verwickelt und nach monatelanger Untersuchungshaft zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, nach deren Verbüßung er ausgewiesen wurde. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes ging Steinfatt nach Hamburg zurück, wo er, solange die Kräfte es ihm erlaubten, der Partei seine Dienste widmete.

Unermüdlich in der Agitation war in Westfalen und in den lippischen Fürstentümern **Heinrich Klingenhagen**, der im Alter von 52 Jahren in Bielefeld am 11. Dezember einem Lungenleiden erlag. Von Beruf Tabak-

arbeiter hatte er jahrzehntelang seine ganze Kraft in den Dienst der Partei gestellt, weshalb die Genossen des östlichen Westfalen ihn bei Gründung ihrer Bezirksorganisation als Sekretär nach Bielefeld beriefen. Auf schwer zu beackerndem Boden hat er in seiner westfälischen Heimat das Menschenmöglichste für die Partei geleistet.

Bereits in den 60er Jahren hatte Louis Cohn an der Breslauer Arbeiterbewegung teilgenommen, wenn auch als Demokrat Jacobyscher Richtung. Unter dem Sozialistengesetz half er nach Kräften den verfolgten Genossen und Mitte der 80er Jahre schloß er sich der sozialdemokratischen Partei auch formell an, nachdem er eine einjährige Gefängnisstrafe abgesessen hatte, die ihm eine Denunziation wegen angeblicher Majestätsbeleidigung verschafft hatte. Als der 89jährige zu Grabe getragen wurde, störte die Breslauer Polizei die Beerdigung, indem sie harmlose Kranzschleifen abschnitt und dem Genossen das Wort entzog, der dem Toten am offenen Grabe den letzten Scheidegruß widmen wollte. So quittierte die Polizei dem Toten dafür, daß er fünf Jahrzehnte lang die preußische Reaktion bekämpft hatte.

In einem Anfalle von Schwermut setzte am 18. Mai der 70jährige Heinrich Stolle in Meerane seinem Leben ein Ziel. Rastlos war Stolle unter dem Sozialistengesetz für die Partei tätig. 1889 sandte ihn bereits der 36. ländliche Wahlkreis in den sächsischen Landtag, aus dem ihn der Wahlrechtsraub wieder vertrieb. Bei der vorjährigen Landtagswahl unterlag er mit 300 Stimmen im 14. städtischen Wahlkreise seinem liberalen Gegner. Er wäre sonst der Senior der neuen Fraktion geworden.

Die reußische Sozialdemokratie verlor in Louis Fiedler, der 61jährig am 8. Mai in einer Chemnitzer Heilanstalt starb, einen ihrer ältesten Führer. Seit den 70er Jahren war er für die Partei tätig und bereits 1882 wurde er in Gera in den Gemeinderat gewählt. Von 1898 bis 1904 und seit 1910 hatte er im reußischen Landtag Gelegenheit für die Interessen des Proletariats zu wirken, dessen ärmsten Schichten er entstammte.

Am 20. Januar erlag Karl Weigelt in Steinach im Alter von 51 Jahren einer langwierigen Krankheit. Unter den elend entlohnten Heimarbeitern des Thüringer Waldes verbreitete er unermüdlich das Evangelium des Sozialismus und ihr Vertrauen berief ihn dann in den Gemeinderat, in den Kreisausschuß und seit 1897 auch in den Meininger Landtag. Der Tod erlöste ihn von langem Siechtum.

Nach langen, schweren Leiden starb am 4. April in Stuttgart Jakob Stern im Alter von 67 Jahren. Er war ursprünglich jüdischer Theologe, gab aber seine Stellung als Rabbiner auf, weil er der Enge der Dogmen entwachsen war. Unter dem Sozialistengesetz war er der Prediger und Führer des Stuttgarter Freidenkervereins, der damals der Sammelpunkt der Parteigenossen war. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes fand Stern in Stuttgart und Württemberg ein erweitertes Tätigkeitsfeld, das er fleißig beackerte. Noch größer war sein Einfluß als Schriftsteller. Er schrieb seit langen Jahren Leitartikel über die sozialistische Theorie in einer Anzahl Parteizeitungen und verfaßte einige weitverbreitete Propagandaschriften, in denen sich strenge Wissenschaftlichkeit mit populärer Darstellung wirksam paarten. Als die sozialdemokratische Partei ihr jetziges Parteiprogramm vorbereitete, arbeitete Stern einen eigenen Programmentwurf aus. Auch auf philosophischem Gebiete hat Stern eine Reihe wertvoller Arbeiten veröffentlicht und unter anderem den Arbeitern die Philosophie Spinozas gemeinverständlich erläutert. In dem besten Sinne des Wortes gehörte Stern zu den geistigen Führern der deutschen Arbeiterklasse.

Im Schwarzwald, wo er nach einjährigem Siechtum vergeblich Heilung gesucht hatte, starb am 20. November der Genosse Wilhelm Schäffler im Alter von 54 Jahren. Er stand seit Mitte der achtziger Jahre an der Spitze der Heilbronner Arbeiterbewegung und gehörte auch zu den Mitbegründern des Holzarbeiterverbandes. Im Heilbronner Gemeinderat und im württembergischen Landtage, dem er seit 1902 angehörte, hat Schäffler, solange es seine Kräfte erlaubten, treu und gewissenhaft im Interesse des Proletariats gearbeitet.

Am 17. Januar erlag der Nestor der deutschen Arbeiterbewegung, Gabriel Löwenstein, im Nürnberger Krankenhause, 85 Jahre alt, einer Lungenentzündung. Der „alte Gaber" hatte als freiheitsbegeisterter Jüngling sich in seiner Heimat bereits 1848 an der demokratischen Bewegung beteiligt und aus ihrem Ausgange gelernt, daß die Sache der Demokratie nur noch in den Reihen der Arbeiterschaft ernsthafte Kämpfer fand. Als 1868 auf dem Nürnberger Arbeitertage zwischen den Anhängern der Arbeiterbevormundung und den Verfechtern einer selbständigen Klassenpolitik die reinliche Scheidung vollzogen wurde, da führte Löwenstein neben Bebel den Vorsitz und stand auf seiten der Mehrheit, die dann 1869 die sozialdemokratische Partei Eisenacher Richtung gründete. 1871 gehörte Löwenstein zu den Mitbegründern des „Fürther Demokratischen Wochenblattes", aus dem sich nach wiederholten Namensänderungen die „Fränkische Tagespost" entwickelte. In den siebziger Jahren war er auf den sozialdemokratischen Parteitagen regelmäßig Delegierter und half mit seinem klugen Rat beim Aufbau der Parteiorganisation. Als 1893 die Nürnberger Genossen unter dem alten Wahlgesetz zum ersten Male die vier Nürnberger Landtagsmandate eroberten, war Löwenstein einer ihrer Erwählten. Bis 1905 gehörte er dem Landtage an, wo ihm seine reichen Kenntnisse in Kommunalfragen besonders auf diesem Spezialgebiet eine erfolgreiche Tätigkeit ermöglichten. Auf kommunalem Gebiete war er jahrzehntelang in Nürnberg und Fürth der unerbittlichste Kritiker der freisinnigen Rathauswirtschaft. Noch als 73jähriger Greis mußte er auf 2½ Monate ins Gefängnis gehen, weil er Rathausgrößen nach Ansicht der Gerichte zu scharf angepackt hatte. In den letzten Jahren mußte Löwenstein sich aus gesundheitlichen Rücksichten eine größere Zurückhaltung auferlegen. Er konnte das im Bewußtsein, in einem langen Leben unter schweren Opfern Großes geleistet zu haben.

Am 30. Juli riß der Tod den Genossen Fritz Düvell aus unserer Mitte. Er stammte aus Bremen und war ursprünglich Lehrer. In jungen Jahren war er schon Mitarbeiter an der Parteipresse. Seine gediegenen Kenntnisse und sein großes Talent kamen jedoch erst zur Geltung, als ihn die Dresdener Genossen in die Redaktion ihres Blattes beriefen, der er acht Jahre angehörte. Zu Anfang dieses Jahres wurde D. nach Berlin in das Pressebureau berufen. Aus dieser neuen Tätigkeit riß ihn ein tückisches Leiden, das in wenigen Wochen zum Tode führte. Das Andenken Düvells wird besonders auch bei den Jugendlichen, deren Bestrebungen er seine pädagogischen Talente gerne zur Verfügung stellte, in Ehren gehalten werden.

Einen unersetzlichen Verlust hatte das Proletariat am 31. Januar durch den Tod Paul Singers. An seiner Bahre trauerten nicht nur die deutschen Arbeiter, sondern die Sozialdemokraten aller Länder. Wurde Singer doch von den Proletariern aller Länder als der beste Präsident internationaler Kongresse anerkannt. Auf den internationalen Kongressen in Amsterdam 1904 und in Kopenhagen 1910, wo er beide Male durch Krankheit am Erscheinen verhindert war, wurde sein Fehlen schmerzlich empfunden. Durch den Tod dieser markanten Persönlichkeit ist eine Lücke in unsere Reihen gerissen, die

sobald nicht ganz ausgefüllt werden wird. Singer war ein Bahnbrecher auf dem Gebiete sozialdemokratischer Gemeindepolitik. Die Schilderung seiner Tätigkeit auf diesem Gebiete würde allein ein dickes Buch füllen. Ebensoviel Raum würde die Schilderung seiner parlamentarischen Tätigkeit in Anspruch nehmen. Er war einer der schlagfertigsten Parlamentarier des Deutschen Reichstags. Das wurde neidlos von allen Parteien anerkannt. Wir müssen uns an dieser Stelle damit begnügen, auf Singers Tätigkeit im inneren Dienst der Partei hinzuweisen. Als echte Kämpfernatur trat er dann als Sozialdemokrat an die Oeffentlichkeit, als viele frühere Sozialdemokraten ihre Gesinnung verleugneten, weil es mit Gefahren verbunden war, sich als Anhänger der Partei zu bekennen, die Bismarck mit dem Sozialistengesetz und allen Machtmitteln des brutalen Polizeistaates verfolgte.

Schon bald nach seiner Wahl in den Reichstag wurde er in den Fraktionsvorstand und damit in die Parteileitung gewählt. So stand er an hervorragenden Platz in den vordersten Reihen der Geächteten und Verfolgten.

Was in seiner Macht stand, bot er auf, um den Arbeitern Waffen im Befreiungskampf zu liefern. Er half, als Kampforgan den Züricher „Sozialdemokraten" zu schaffen. Er war der Gründer unseres jetzigen Zentralorgans, damals „Berliner Volksblatt", jetzt „Vorwärts".

Sein hervorragendes Können bewies er immer als Vorsitzender auf den Parteitagen. Seit St. Gallen hat die deutsche Partei nur zwei Parteitage abgehalten, auf denen Singer durch Krankheit verhindert war, den Vorsitz zu führen. Als Singer zum ersten Male im Jahre 1887 in St. Gallen den Vorsitz führte, da erklärten die älteren Genossen, die unseren unvergeßlichen August Geib als Vorsitzenden gekannt hatten, daß wir in Singer einen vollen Ersatz hätten. Auf allen Parteitagen nach dem Fall des Sozialistengesetzes, mit Ausnahme von Bremen und Magdeburg, sahen wir, wie Singer als Vorsitzender mit erstaunlichem Geschick die größten Schwierigkeiten überwand. Mit der Geschäftsführungsroutine allein hätte kein Mensch diese Aufgabe so glänzend bewältigen können. Die Stärke seiner Präsidententätigkeit beruhte darauf, daß kein Gegenstand auf den Parteitagen erörtert wurde, bei dem Singer nicht mit ganzer Seele beteiligt war. Die Liebe zur Sache gab ihm die Kraft und das Geschick, die Fernstehende als Routine bewunderten.

Mit welcher Liebe, Hingebung und Begeisterung sich der Verstorbene dem Dienst der Partei widmete, konnten nur diejenigen voll erkennen, die in täglicher Kleinarbeit mit ihm arbeiteten. Nichts, was im Interesse der Bewegung getan werden mußte, erschien ihm unbedeutend. Und die Art, wie er alle Fragen behandelte, enthüllte den bewundernswerten vornehmen Charakter.

Für ihn gab es nur den Lebenszweck, die Bewegung vorwärts zu bringen zu ihrem Ziele: Die Befreiung der Arbeiter von jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung.

Ein rastloser, gewaltiger Kämpfer ist ins Grab gesunken. In dankbarer Bewunderung blickt das Proletariat auf dieses tatenreiche Leben zurück und gelobt, weiter zu kämpfen, wie dieser edle Mensch Zeit seines Lebens kämpfte, bis sein Ideal erreicht und die Arbeiterklasse von politischer und ökonomischer Unterdrückung befreit sein wird.

* * *

Kassenbericht.

Der Kassenabschluß ist sehr günstig. Die allgemeinen **Einnahmen** sind allein um 390 430 Mk. höher als im Vorjahre. Darunter befinden sich allerdings mehrere hohe außerordentliche Zuwendungen. Aber auch die in dieser Rubrik verbuchten Beiträge der Organisationen sind infolge der Mitgliedersteigerung und der besseren Pflichterfüllung gegen die Zentralkasse erheblich höher. Zu berücksichtigen ist dabei jedoch, daß große Restbeiträge aus dem Vorjahre abgeführt worden sind. Wesentlich höher sind auch die Einnahmen aus dem Darlehens- und Zinskonto. Unter den vermischten Einnahmen befinden sich 24 700 Mk. Rückzahlungen des Pressebureaus und 4000 Mark Einnahmen aus dessen gewerkschaftlichem Nachrichtendienst.

Die **Ausgaben** sind gegen das Vorjahr um 81 622 Mk. gestiegen, trotzdem die Ausgaben für Unterstützungen, die im vorigen Jahre infolge der Beihilfe für den Koalitionsrechtskampf der schwedischen Arbeiter besonders hoch waren, um 65 545 Mk. niedriger sind. Die Ausgaben für allgemeine Agitation erscheinen nur deshalb niedriger, weil die früher darunter aufgeführten Ausgaben für den Bildungsausschuß nun besonders aufgeführt sind. Von den Ausgaben des Bildungsausschusses sind 8750 Mk. für Wanderkurse aufgewandt worden. Die erheblich gestiegenen Ausgaben des Darlehenkontos sind, abgesehen von zwei kleinen Posten, ausschließlich für Parteigeschäfte erforderlich gewesen. Die „Partei-Correspondenz" hat wegen der erfolgten Erweiterung dieser Einrichtung erheblich höhere Ausgaben verursacht. Neu sind die Ausgaben für das Rheinisch-Westfälische Bureau, das am 1. Januar d. J. seine Tätigkeit aufnahm. Die Ausgaben für die Parteischule setzen sich aus folgenden Einzelposten zusammen: Einmalige persönliche Ausgaben für Schüler 1682 Mk., einmalige persönliche Ausgaben für Lehrer 366 Mk., Monatsgelder für Schüler 18 840 Mk., Gehälter für Lehrer 11 040 Mk., Miete, Beleuchtung, Reinigung usw. 3735,50 Mk., Sonstige Ausgaben 4462,62 Mk.

Die Preßunterstützungen verteilen sich wie folgt:

Aachener Ausgabe der „Rheinisch. Zeitung"	Mk.	3 000,—
„Augsburger Volkszeitung"	„	1 500,—
„Casseler Volksblatt"	„	4 319,95
„Danziger Volkswacht"	„	1 202,40
„Gazeta Robotnicza"	„	13 200,—
„Königsberger Volkszeitung"	„	9 600,—
„Krefelder Volkstribüne"	„	4 640,—
„Lüdenscheider Volksstimme"	„	5 000,—
„Mainzer Volkszeitung"	„	1 500,—
„Mülhauser Volkszeitung"	„	12 718,50
„Nordhäuser Volkszeitung"	„	1 000,—
„Freie Presse", Straßburg i. E.	„	8 400,—
Sozialdemokratie Rußland	„	2 002,50
Sozialdemokratie Lettlands	„	3 000,—
Sozialdemokratie Russisch-Polen	„	2 000,—
Summa	Mk.	71 083,35

In welchem Umfange die einzelnen Agitationsbezirke Beiträge an die Zentralkasse geleistet und Zuwendungen daraus erhalten haben, ergibt sich aus der Aufstellung auf Seite 68.

Die gesamten Einnahmen und Ausgaben verteilen sich auf die einzelnen Konten wie folgt:

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse

vom 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911.

A. Einnahmen.

Im Monat	Insgesamt	Von den gesamten Einnahmen entfielen auf: Allgemeine Einnahmen	Darlehns-Konto	Zinsen	Ueberschuß des „Vorwärts"	Ueberschuß der Vorw.-Buchhandlung	Ueberschuß des „Wahren Jakob", d. „Neuen Zeit" u. „Gleichheit"	Nordische Wasserkante, E. V. Z.	Vermischte Einnahmen
1910	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Juli	91408,34	47598,41	6128,30	6027,13	31652,95	—	—	—	1,55
August . . .	49148,87	29898,87	16300,—	—	—	—	—	—	2950,—
September .	34367,32	29217,32	5000,—	150,—	—	—	—	—	—
Oktober . .	178727,—	77267,48	—	338,75	16479,45	—	15000,—	65000,—	4641,32
November .	65782,14	49101,94	11000,—	3630,20	—	—	—	—	2000,—
Dezember .	55542,02	52901,05	2000,—	253,32	—	—	—	—	387,65
1911									
Januar . . .	132582,79	68566,56	7000,—	172,50	40632,—	—	—	10014,57	6197,16
Februar . .	53130,52	51827,27	30,—	1084,75	—	—	—	—	188,50
März	78812,31	67587,21	6030,—	195,10	—	—	—	—	—
April	199237,17	133160,64	9700,—	29078,55	—	—	15000,—	5000,—	7297,98
Mai	134784,56	73450,29	8330,—	12,—	50620,60	—	—	—	2321,67
Juni	289338,58	231062,37	1500,—	6102,—	—	40000,—	—	—	10674,21
	1357761,62	911639,41	73018,30	47044,30	139385,—	40000,—	30000,—	80014,57	36660,04

1357761,62 Mk.
Bestand am 30. Juni 1910 70062,34 „
1427823,96 Mk.

B. Ausgaben.

Im Monat	Insgesamt	Von den gesamten Ausgaben entfielen auf: Allgemeine Agitation	Wahl-Agitation	Darlehns-Konto	Prozessunterstützungen	Unterstützungen	Prozess- und Gefängniskosten	Gehälter und Verwaltung	Presse-Bureau	Partei-Correspondenz	Württemb.-Westdeutsch. Bureau	Bildungs-Ausschuß	Parteischule	Archiv	Vermischte Ausgaben
1910	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Juli . .	34879,50	13049,15	96,—	1500,—	5879,05	306,30	149,70	3950,30	3100,—	3215,40	—	1411,10	1270,60	695,—	256,40
August .	33253,60	10905,85	3029,—	10000,—	2500,—	230,—	678,—	3724,45	—	525,—	—	1256,50	—	375,—	29,80
Septem.	108287,73	26352,64	5300,—	55000,—	8300,—	905,—	1121,—	3837,89	4355,20	1025,—	—	1140,—	584,—	825,—	42,—
Oktober	52673,06	26010,15	2200,—	1540,80	3858,40	412,—	—	5887,26	2520,—	2847,50	—	1180,50	5422,70	671,50	122,25
Novemb.	75086,58	36681,25	2000,—	7500,—	8400,—	280,—	2312,93	3167,80	2500,—	765,—	—	2032,—	8841,45	325,—	281,15
Dezemb.	59451,96	30050,95	—	10945,16	7500,—	435,—	670,—	2871,—	600,—	725,—	—	1670,75	3581,60	440,—	12,50
1911															
Januar	72945,81	36057,26	—	2450,—	6898,30	180,—	188,50	5801,55	4162,50	3568,60	2285,37	2369,75	8204,75	602,20	177,03
Februar	49308,88	14174,50	3125,85	12950,—	1500,—	280,—	66,40	3567,45	4400,—	1975,—	3754,34	836,—	1500,—	325,—	854,34
März . .	85484,08	21713,45	3000,—	22872,40	8800,—	465,—	900,—	4049,83	4010,—	1425,—	6600,—	2690,—	7810,95	425,—	122,45
April . .	84186,79	18690,85	300,—	41865,—	7561,60	194,—	201,80	4869,05	3920,—	1235,—	2000,—	2287,80	8,—	645,—	408,69
Mai . .	120880,31	15820,90	40040,40	35158,55	5886,—	430,—	—	7758,06	4500,—	4139,40	3284,55	1183,10	1520,90	816,95	291,50
Juni . .	120792,18	38949,53	—	46692,09	4000,—	565,—	431,50	9084,58	4500,—	1618,36	11100,—	1239,40	1431,17	1082,24	98,31
	897180,48	288456,48	59091,25	248474,—	71083,35	4682,30	6719,83	59169,72	38567,70	23064,26	29024,26	19296,90	40126,12	6727,89	2696,42

897180,48 Mk.
Ausgabe für Kapitalanlage 491017,26 „
Kassenbestand am 30. Juni 1911 39626,22 „
1427823,96 Mk.

Berlin, den 3. August 1911.

Revidiert und richtig befunden:

Fr. Brühne. W. Bock. O. Braun. E. Ernst. A. Geck.
A. Kaden. J. Timm. C. Zetkin.

Agitations-Bezirke	Zahl der zum Reichstag abgegebenen Wahlkreise	Beiträge geleistet Mk.	Zuwendungen erhalten Mk.	Im einzelnen als: Allgemeine Agitation Mk.	Wahlagitation Mk.	Unterstützung Mk.	Prozeßkosten Mk.	Darlehen Mk.	Presse Mk.
Ostpreußen . .	17	2312,89	23534,20	9634,20	4300	—	—	—	9600,—
Westpreußen . .	13	1678,24	11280,45	11280,45	—	—	—	—	—
Groß-Berlin . .	8	187000,—	—	—	—	—	—	—	—
Brandenburg .	18	11930,92	8229,06	1229,06	7000	—	—	—	—
Pommern . . .	14	6802,92	10740,90	10446,90	—	—	144,—	150,—	—
Posen	15	423,62	7431,95	6821,95	200	410	—	—	—
Breslau	18	6778,64	8155,95	7536,45	48	330	241,50	—	—
Görlitz	6	3482,21	3734,20	3734,20	—	—	—	—	—
Oberlangenb. .	7	4935,18	5989,70	5989,70	—	—	—	—	—
Kattowitz . . .	9	906,55	14151,90	13981,90	—	—	170,—	—	—
Magdeburg . .	8	14602,68	4592,70	4592,70	—	—	—	—	—
Halle	8	6889,11	2692,95	2652,15	—	—	—	40,80	—
Erfurt	4	2448,31	4774,90	3061,90	—	—	713,—	—	1000,—
Schlesw.-Holst.	10	32693,52	9160,50	9160,50	—	—	—	—	—
Hannover . . .	12	16593,04	3259,10	3259,10	—	—	—	—	—
Oestl. Westfalen	9	6000,98	6517,05	5517,05	—	—	—	—	—
Westl. Westfalen	8	11698,52	11377,95	8377,95	—	—	—	3000,—	—
Frankfurt . . .	11	13484,58	9710,75	8960,75	—	750	—	—	—
Kassel	6	2959,48	5807,40	2579,65	—	30	—	—	3197,75
Oberrhein . . .	19	4605,96	34819,20	11819,20	—	—	—	20000,—	3000,—
Niederrhein . .	14	24320,75	67214,05	6690,85	—	—	—	52883,20	7640,—
Saargebiet . .	3	187,43	2325,45	2325,45	—	—	—	—	—
Bayr. Ges.-P. .	—	—	18000,—	18000,—	—	—	—	—	—
Nordbayern . .	21	24020,18	7323,15	7323,15	—	—	—	—	—
Südbayern . .	21	14677,06	31604,85	2604,85	—	—	—	27500,—	1500,—
Pfalz	6	5771,35	2357,33	2357,33	—	—	—	—	—
Dresden	9	37082,16	1183,15	333,15	—	—	850,—	—	—
Chemnitz . . .	7	17595,58	3859,85	3830,85	29	—	—	—	—
Leipzig	4	30100,—	13,85	13,85	—	—	—	—	—
Zwickau	3	6955,52	3674,40	3674,40	—	—	—	—	—
Württemberg .	18	16995,42	2869,90	2869,90	—	—	—	—	—
Baden	14	6543,13	3989,48	3232,55	—	200	556,93	—	—
Hessen	9	7954,61	12150,15	4350,15	4800	—	—	1500,—	1500,—
Meckl.-Schwer.	7	5329,25	8112,20	8112,20	—	—	—	—	—
Thüringen I . .	5	2352,88	5230,90	5030,90	—	—	200,—	—	—
II .	3	4481,54	3872,35	3805,95	—	—	66,40	—	—
Sachs.-Altenbg.	1	3240,70	—	—	—	—	—	—	—
K.-Gotha	1	1252,97	—	—	—	—	—	—	—
Oldenburg . . .	5	5056,48	3324,40	3324,40	—	—	—	—	—
Braunschweig .	3	5470,04	2710,70	2710,70	—	—	—	—	—
S.-Meiningen .	2	1335,96	687,45	537,75	—	—	149,70	—	—
Anhalt	2	3093,81	71,30	71,30	—	—	—	—	—
Hamburg . . .	3	104000,—	—	—	—	—	—	—	—
Nordwest	5	19909,86	59744,80	1728,80	—	—	3021,—	55000,—	—
Lübeck	1	3373,60	—	—	—	—	—	—	—
Elsaß-Lothr. . .	15	1700,22	30102,70	6617,70	—	—	217,—	3000,—	20268,—
P. P. S. . . .	—	943,60	19450,—	6250,—	—	—	—	—	13200,—

Mitgliederzahl der Wahlkreisorganisationen und Uebersicht der seit dem Parteitag in Magdeburg eingegangenen Partei-Beiträge.

1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911.

Organisationen	Mitgliederzahl am 30. Juni 1911 überhaupt	weiblich	Restbeiträge Mk.	Juli bis Sept. 1910 Mk.	Oktober bis Dez 1910 Mk.	Jan. bis März 1911 Mk.	April bis Juni 1911 Mk.	Summa Mk.
Ostpreußen.								
Memel-Heidekrug	194	18	86,73	—	—	34,86	—	71,59
Labiau-Wehlau	345	2	23,08	—	—	44,33	—	68,31
Königsberg-Stadt	3939	950	667,54	—	—	748,32	—	1415,86
„ -Land-Fischhausen	1074	109	123,10	—	—	157,25	—	280,35
Heiligenbeil-Pr.-Eylau . .	12	—	—	—	—	—	—	—
Braunsberg-Heilsberg . .	33	1	4,68	—	—	7,06	—	11,74
Pr.-Holland-Mohrungen .	10	—	—	—	—	—	—	—
Osterode-Neidenburg . . .	75	5	8,89	—	—	14,22	—	23,11
Allenstein-Rössel	14	—	—	—	—	—	—	—
Rastenburg-Gerdauen . . .	167	—	24,49	—	—	19,20	—	43,69
Tilsit-Niederung	562	16	63,08	—	—	88,60	—	151,68
Ragnit-Pillkallen	442	4	41,26	—	—	36,39	—	77,65
Gumbinnen-Insterburg . .	286	—	39,58	—	—	—	—	—
Stallupönen-Goldap . . .	15	—	—	—	—	51,81	—	91,39
Angerburg-Lötzen	2	—	—	—	—	—	—	—
Oletzko-Lyck	180	—	18,02	—	—	21,18	—	40,10
Sensburg-Ortelsburg . . .	12	—	—	—	—	—	—	—
Einzelmitglieder	—	—	18,18	—	—	19,24	—	37,42
Ostpreußen total	7312	1105	1070,43	—	—	1242,46	—	2312,89
Westpreußen.								
Elbing-Marienburg	691	155	56,49	—	75,70	79,27	88,78	300,24
Danziger-Niederung-Höhe	469	77	11,28	—	12,24	54,57	43,94	122,03
Danzig-Stadt	1519	331	191,24	—	227,72	193,09	243,72	855,77
Neustadt-Karthaus	26	—	4,—	—	6,80	4,—	4,16	18,96
Berent-Pr.-Stargard . . .	40	—	1,48	—	—	1,60	7,58	10,66
Stuhm-Marienwerder . . .	110	11	11,53	—	20,64	11,67	10,89	54,73
Rosenberg-Löbau	20	—	—	—	6,72	1,82	1,—	9,54
Graudenz-Strasburg . . .	223	47	32,80	—	31,20	33,24	29,54	126,78
Thorn-Kulm	236	13	13,44	—	10,20	9,96	13,73	47,33
Schwetz	38	—	7,36	—	8,—	3,78	6,26	25,40
Konitz-Tuchel	30	—	6,56	—	4,80	4,32	2,56	18,24
Schlochau-Flatow	66	7	10,20	—	6,67	10,68	9,86	37,41
Deutsch-Krone	115	29	10,20	—	13,52	13,32	14,11	51,15
Westpreußen total	3583	670	356,58	—	424,21	421,32	476,13	1678,24

Organisationen	Mitgliederzahl am 30. Juni 1911 überhaupt	weiblich	Restbeiträge Mk.	Juli bis Sept. 1910 Mk.	Oktober bis Dez. 1910 Mk.	Jan. bis März 1911 Mk.	April bis Juni 1911 Mk.	Summa Mk.
Groß-Berlin.								
Berlin I	1015	123	*	*	*	*	*	1522,70
„ II	5295	548	*	*	*	*	*	11673,98
„ III	2701	312	*	*	*	*	*	6895,12
„ IV	24170	3755	*	*	*	*	*	44962,66
„ V	2115	255	*	*	*	*	*	3804,40
„ VI	30584	4169	*	*	*	*	*	66084,92
Teltow-Beeskow-Charlottenburg	29611	5251	*	*	*	*	*	35841,82
Nieder-Barnim	15530	2534	*	*	*	*	*	16464,40
Groß-Berlin total	111021	16947	*	*	*	*	*	187000,—
Brandenburg.								
Westprignitz	551	59	—	—	42,58	—	49,24	91,82
Ostprignitz	110	11	—	—	12,80	9,20	—	22,—
Ruppin-Templin	582	55	—	—	—	—	—	—
Prenzlau-Angermünde	612	61	38,60	—	77,33	65,10	58,33	239,36
Oberbarnim	949	124	146,54	—	143,22	142,18	145,96	577,90
Potsdam-Osthavelland	2859	282	361,90	—	440,08	391,60	455,18	1648,76
Brandenbg.-Westhavelland	4824	615	—	—	742,06	765,48	803,20	2310,74
Zauch-Belzig-Luckenwalde	2885	280	434,22	—	385,75	419,58	448,45	1688,—
Arnswalde-Friedeberg	214	20	—	—	—	—	—	—
Landsberg-Soldin	929	81	131,02	—	98,52	—	152,18	381,72
Königsberg Nm.	410	19	71,12	—	—	—	—	71,12
Frankfurt-Lebus	1878	361	214,88	—	—	—	747,96	962,84
Ost- und Weststernberg	300	10	—	—	—	27,80	6,—	33,80
Züllichau-Krossen	612	71	75,68	—	—	88,66	85,12	244,46
Guben-Lübben	1393	106	—	—	202,12	196,84	209,02	607,98
Sorau-Forst	2223	240	372,—	—	350,32	367,08	368,48	1457,88
Kottbus-Spremberg	2328	144	—	—	—	200,—	400,—	600,—
Kalau-Luckau	1881	271	252,08	—	240,88	237,48	262,10	992,54
Brandenburg total	25540	2810	2098,04	—	2735,66	2906,—	4191,22	11930,92
Pommern.								
Anklam-Demmin	126	—	42,24	—	17,82	18,30	15,84	94,20
Ueckermünde-Wollin	1063	75	182,09	—	—	—	370,77	552,86
Randow-Greifenhagen	4038	664	972,68	—	512,07	604,59	585,60	2674,94
Stettin-Stadt	2217	315	592,08	—	319,80	354,42	478,16	1789,46
Pyritz-Saatzig	78	—	18,88	—	4,02	13,44	8,70	44,99
Naugard-Regenwalde	85	2	17,60	—	13,42	11,10	—	42,12
Greifenberg-Kammin	75	6	25,11	—	13,80	12,—	13,80	64,71
Stolp-Lauenburg	137	4	27,56	—	17,10	15,48	15,12	75,26
Bütow-Rummelsburg	60	—	16,20	—	7,50	6,—	6,—	35,70
Kolberg-Köslin	523	35	154,80	—	71,04	58,35	69,90	354,09
Belgard-Dramburg	90	3	9,02	—	7,50	6,—	6,60	29,12
Neustettin	80	3	18,—	—	7,50	8,10	8,10	41,70
Stralsund-Rügen	1095	108	176,62	—	176,92	145,71	147,57	646,82
Greifswald-Grimmen	739	71	147,21	—	84,48	85,89	89,37	406,95
Pommern total	10406	1286	2400,04	—	1252,97	1339,38	1810,53	6802,92

Organisationen	Mitgliederzahl am 30. Juni 1911 überhaupt	weiblich	Restbeiträge Mk.	Juli bis Sept. 1910 Mk.	Oktober bis Dez. 1910 Mk.	Jan. bis März 1911 Mk.	April bis Juni 1911 Mk.	Summa Mk.
Posen.								
Stadt und Kreis Posen	300	23	22,33	—	—	45,66	56,44	124,93
Samter-Obornik	97	3	—	—	—	18,32	11,89	30,21
Meseritz-Bomst	5	—	—	—	—	—,82	—	—,82
Buk-Kosten	3	1	—	—	—	—	—	—
Rawitsch-Gostyn	126	30	7,88	—	—	—	10,95	18,83
Fraustadt-Lissa	34	—	—	—	—	3,26	2,48	5,74
Schrimm-Schroda	—	—	—	—	—	—	—	—
Wreschen-Pleschen	6	—	—	—	—	—,66	—	—,66
Krotoschin-Koschmin	6	—	—	—	—	1,32	—	1,32
Adelnau-Ostrowo	51	—	—	—	—	6,40	8,22	14,62
Czarnikau-Kolmar-Filehne	271	24	—	—	—	57,45	49,80	107,25
Wirsitz-Schubin	68	3	—	—	—	14,85	12,65	27,50
Bromberg	321	17	—	—	—	33,95	53,63	87,58
Inowrazlaw-Strelnow	11	—	1,14	—	—	—	2,54	3,68
Gnesen-Wongrowitz	3	—	—	—	—	—,48	—	—,48
Posen total	1302	101	31,35	—	—	183,17	208,60	423,62
Breslau.								
Goldberg-Hainau-Liegnitz	2457	424	220,34	—	239,54	280,80	265,76	1006,44
Guhrau-Steinau-Wohlau	61	6	5,94	—	4,38	9,60	4,44	24,36
Militsch-Trebnitz	341	30	20,58	—	24,20	30,18	15,72	90,68
Gr.-Wartenberg-Oels	188	23	12,16	—	15,40	25,10	—	52,66
Breslau-Land	3387	563	316,86	—	337,96	348,30	365,78	1368,40
Breslau, Ost und West	9075	1112	—	—	1150,50	1183,40	1221,36	3555,26
Ohlau-Nimptsch	688	57	51,10	—	62,—	76,34	79,86	269,30
Namslau-Brieg	523	23	52,72	—	59,12	42,74	87,44	242,02
Neustadt	199	48	19,50	—	17,06	20,14	17,36	74,06
Falkenberg-Grottkau	—	—	—	—	—	—	—	—
Neiße	146	14	10,60	—	12,16	8,40	—	31,16
Glogau	205	21	12,—	—	15,—	16,—	21,30	64,30
Breslau total	17270	2321	721,30	—	1937,32	2041,—	2079,02	6778,64
Görlitz.								
Görlitz-Lauban	4512	1024	383,96	—	431,42	462,56	500,14	1778,08
Rothenburg-Hoyerswerda	1127	38	99,55	—	86,20	138,10	178,92	502,77
Sagan-Sprottau	752	104	70,82	—	81,22	92,28	103,90	347,72
Löwenberg	120	5	33,—	—	22,—	18,—	14,—	87,—
Bunzlau-Lüben	970	100	93,99	—	85,77	90,48	99,63	369,87
Grünberg-Freystadt	723	49	83,36	—	81,95	105,96	125,50	396,77
Görlitz total	8204	1320	764,18	—	788,56	907,38	1022,09	2482,21
Oberlangenbielau.								
Reichenbach-Neurode	2656	249	201,96	—	262,12	303,34	287,90	1055,32
Glatz-Habelschwerdt	128	2	4,96	—	6,76	6,40	9,40	27,52
Frankenstein-Münsterberg	—	—	—	—	—	—	—	—
Waldenburg	3388	1016	319,65	—	416,64	437,—	460,68	1633,97
Schweidnitz-Striegau	2842	461	294,30	—	349,77	399,27	411,15	1454,49
Landeshut-Jauer	1718	480	100,—	—	116,45	149,92	172,—	538,37
Hirschberg-Schönau	785	67	43,77	—	89,57	58,58	83,59	225,51
Oberlangenbielau total	11517	2225	964,64	—	1191,31	1354,51	1424,72	4935,18

Organisationen	Mitgliederzahl am 30. Juni 1911 überhaupt	weiblich	Restbeiträge Mk.	Juli bis Sept. 1910 Mk.	Oktober bis Dez. 1910 Mk.	Jan. bis März 1911 Mk.	April bis Juni 1911 Mk.	Summa Mk.
Kattowitz.								
Kosel-Gr.-Strehlitz	117	—	8,16	—	3,90	14,63	17,58	44,27
Gleiwitz	141	16	11,40	—	13,38	15,—	17,70	57,48
Beuthen-Tarnowitz	684	94	74,82	—	85,47	88,01	95,58	343,88
Kattowitz-Zabrze	579	73	69,93	—	67,74	69,38	69,84	276,89
Pleß-Rybnik	60	—	7,56	—	8,70	7,73	9,12	33,11
Ratibor	156	26	17,91	—	18,42	19,50	21,21	77,04
Kreuzburg-Rosenberg	28	—	5,24	—	4,02	4,30	4,26	17,82
Oppeln	57	—	6,54	—	6,06	8,28	8,64	29,52
Leobschütz	48	—	7,26	—	2,28	9,80	7,20	26,54
Kattowitz total	1840	209	208,82	—	209,97	236,63	251,13	906,55
Magdeburg.								
Salzwedel-Gardelegen	429	95	—	—	88,29	—	—	88,29
Osterburg-Stendal	1028	178	202,10	—	209,30	203,—	211,60	826,—
Jerichow I und II	3433	530	—	—	571,45	625,49	1488,45	2685,39
Magdeburg	6246	915	—	—	1345,13	1367,85	1419,66	4132,64
Wolmirstedt-Neuhaldensleben	1660	282	—	—	323,98	326,26	369,28	1019,52
Wanzleben	2468	450	300,—	—	300,—	300,—	450,—	1350,—
Aschersleben-Kalbe	3844	718	689,—	—	694,80	717,20	759,30	2860,30
Oschersleben-Halberstadt	2303	497	385,84	—	431,63	—	873,07	1690,54
Magdeburg total	21411	3660	1576,94	—	3964,58	3539,80	5521,36	14602,68
Halle.								
Torgau-Liebenwerda	1290	286	—	—	—	—	232,—	232,—
Schweinitz-Wittenberg	448	62	—	—	—	—	100,—	100,—
Bitterfeld-Delitzsch	2450	150	281,52	—	300,72	423,—	457,82	1463,06
Halle und Saalkreis	6116	801	—	—	1200,—	—	3008,32	4208,32
Mansfelder See- und Gebirgskreis	2044	1036	—	—	—	—	254,19	254,19
Sangerhaus.-Eckartsberga	490	22	—	—	—	—	—	—
Merseburg-Querfurt	2247	258	631,54	—	—	—	—	631,54
Naumburg-Zeitz	5163	1033	—	—	—	—	—	—
Halle total	20248	3698	913,06	—	1500,72	423,—	4052,33	6889,11
Erfurt.								
Nordhausen, Grafschaft Hohenstein	1470	159	374,59	—	—	194,55	70,62	639,76
Heiligenstadt-Worbis	48	—	5,10	—	4,35	6,60	—	16,05
Mühlhausen-Langensalza	1109	152	132,40	—	60,60	141,40	158,10	492,50
Erfurt-Schleusingen	3130	520	—	—	300,—	400,—	600,—	1300,—
Erfurt total	5757	831	512,09	—	364,95	742,55	828,72	2448,31
Schleswig-Holstein.								
Hadersleben u. Flensburg	2025	268	358,66	—	398,34	390,—	413,60	1560,60
Schleswig-Eckernförde	971	123	149,58	—	178,30	183,38	189,14	700,46
Tondern-Husum	321	26	49,60	—	86,12	37,04	55,20	177,96
Itzehoe-Steinburg-Dithmarschen	2079	248	323,76	—	397,62	398,26	396,19	1515,83

Organisationen	Mitgliederzahl am 30. Juni 1911 überhaupt	weiblich	Restbeiträge Mk.	Juli bis Sept. 1910 Mk.	Oktober bis Dez. 1910 Mk.	Jan. bis März 1911 Mk.	April bis Juni 1911 Mk.	Summa Mk.
Ottensen-Pinneberg	10401	1572	719,80	—	2400,—	800,—	4632,06	8551,86
Kiel	13609	2457	2228,66	—	2421,84	2488,84	2597,24	9736,58
Altona und Lauenburg	13524	2247	2237,39	—	2300,—	2240,—	2375,—	9172,39
Oldenburg-Neustadt	486	31	178,56	—	97,28	69,—	128,36	473,20
Fürstentum Lübeck	1280	175	194,08	—	233,74	205,98	170,84	804,64
Schleswig-Holstein total	44687	7147	6460,09	—	8463,30	6812,50	10957,63	32693,52
Hannover.								
Osnabrück-Bersenbrück	1049	95	—	—	—	297,52	—	297,52
Melle-Diepholz	125	—	39,07	—	—	45,14	—	84,21
Nienburg	449	34	46,32	—	—	—	131,24	177,56
Hannover-Linden	18532	3202	—	—	—	4000,—	6800,—	10800,—
Hameln	2694	380	369,11	—	—	882,85	—	1251,96
Hildesheim	1891	276	—	—	—	608,90	—	608,90
Einbeck-Osterode	947	102	313,08	—	—	—	352,71	665,79
Göttingen	803	166	112,—	—	—	171,—	—	283,—
Goslar-Zellerfeld	696	110	154,58	—	—	172,66	104,65	431,89
Gifhorn-Zelle	1374	235	—	—	—	482,—	484,60	966,60
Lüchow-Uelzen	382	15	73,30	—	—	92,60	—	165,90
Lüneburg	1251	116	—	—	400,—	300,—	159,71	859,71
Hannover total	30198	4731	1107,46	—	400,—	7052,67	8032,91	16593,04
Bielefeld.								
Minden-Lübbecke	1143	60	—	—	—	224,46	335,25	559,71
Herford-Halle	1962	14	314,20	—	—	—	—	314,20
Bielefeld-Wiedenbrück	6170	508	—	—	—	2306,80	1972,—	4278,80
Paderborn-Büren	9	—	—	—	—	—	—	—
Warburg-Höxter	17	—	—	—	—	—	—	—
Lippstadt-Brilon	83	3	—	—	—	—	—	—
Bentheim-Lingen	7	—	—	—	—	—	—	—
Schaumburg-Lippe	363	7	68,08	—	—	85,81	—	153,89
Lippe-Detmold	1001	41	203,48	—	—	231,40	259,50	694,38
Bielefeld total	10755	633	585,76	—	—	2848,47	2566,75	6000,98
Dortmund.								
Dortmund-Hörde	9073	1655	1373,—	—	1109,35	1045,80	1718,30	5246,45
Bochum-Gelsenkirchen	5525	1434	902,75	—	1044,23	1050,28	1128,42	4129,65
Borken-Recklinghausen	2267	719	—	—	267,—	300,—	350,—	917,—
Hamm-Soest	2372	547	287,70	—	288,93	302,58	310,80	1190,01
Arnsberg-Olpe	209	8	47,54	—	—	—	—	47,54
Münster-Coesfeld	272	24	—	—	30,33	30,—	31,52	91,85
Tecklenburg-Steinfurt	141	15	37,84	—	—	38,18	—	76,02
Lüdinghausen-Warendorf	588	58	—	—	—	—	—	—
Dortmund total	21247	4460	2652,82	—	2739,84	2766,84	3539,02	11698,52
Hessen-Nassau.								
Höchst-Usingen	3874	271	250,—	—	250,—	900,—	619,34	2019,34
Wiesbaden-Rheingau	1514	65	—	—	—	—	—	—

Organisationen	Mitgliederzahl am 30. Juni 1911 überhaupt	weiblich	Restbeiträge Mk.	Juli bis Sept. 1910 Mk.	Oktober bis Dez. 1910 Mk.	Jan. bis März 1911 Mk.	April bis Juni 1911 Mk.	Summa Mk.
Limburg-Diez	192	—	—	—	—	—	—	—
St. Goarshausen	264	59	—	—	—	—	—	—
Dillenburg-Oberwesterwald	51	—	—	—	—	—	—	—
Frankfurt a. M., Stadt	7952	762	253,16	—	1471,70	1582,30	1634,—	4941,16
Marburg	177	12	18,—	—	—	—	41,40	59,40
Fulda	102	3	—	—	—	—	—	—
Wetzlar-Altenkirchen	351	28	—	—	—	89,58	—	89,58
Siegen-Wittgenstein	323	24	26,10	—	23,58	18,54	—	68,22
Hanau-Gelnhausen Orb.	8411	1456	1516,59	—	1504,58	1715,49	1629,62	6366,28
Hessen-Nassau total	23211	2675	2063,85	—	3249,86	4305,91	3924,36	13543,98
Hessen-Kassel.								
Rinteln-Hofgeismar	367	—	127,86	—	—	—	—	127,86
Kassel-Melsungen	3482	38	502,82	—	650,66	633,54	625,98	2413,—
Fritzlar-Homberg	115	—	28,58	—	—	—	—	28,58
Eschwege-Schmalkalden	835	20	249,06	—	—	—	—	249,06
Hersfeld-Rotenburg	130	—	28,02	—	—	—	—	28,02
Waldeck-Pyrmont	70	—	12,96	—	—	—	—	12,96
Hessen-Kassel total	4949	58	949,30	—	650,66	633,54	625,98	2959,48
Oberrhein.								
Köln, Stadt und Land	6205	588	800,—	—	—	800,—	1000,—	2600,—
Aachen-Land	510	35	57,—	—	69,30	86,80	66,96	280,06
„ -Stadt	513	39	—	—	96,62	102,12	95,86	294,60
Düren-Jülich	70	3	—	—	—	—	15,—	15,—
Bergheim-Euskirchen	73	—	—	—	16,—	15,50	18,50	50,—
Rheinbach-Bonn	304	31	49,—	—	50,—	44,—	—	143,—
Mülheim-Wipperfürth	2639	215	—	—	498,66	490,70	—	989,36
Neuwied	71	7	14,88	—	14,54	16,26	14,38	60,06
Koblenz-St. Goar	174	13	—	—	—	20,—	20,—	40,—
Kreuznach-Simmern	132	23	—	—	—	—	—	—
Mayen-Ahrweiler	50	—	—	—	—	—	13,22	13,22
Kreis und Stadt Trier	131	11	—	—	—	—	28,—	28,—
Fürstentum Birkenfeld	358	46	—	—	—	—	67,76	67,76
Schleiden-Malmedy (Verein obere Rheinprovinz)								
Heinsberg-Erkelenz (Verein obere Rheinprovinz)								
Siegkreis-Waldbröel (Verein obere Rheinprovinz)	87	2	—	—	—	—	24,90	24,90
Adenau-Cochem (Verein obere Rheinprovinz)								
Wittlich-Bernkastel (Verein obere Rheinprovinz)								
Daun-Prüm-Bitburg (Verein obere Rheinprovinz)								
Oberrhein total	11317	1013	920,88	—	745,12	1575,38	1364,58	4605,96
Niederrhein.								
Lennep-Mettmann	3950	595	450,—	—	668,48	—	1397,36	2515,84
Elberfeld-Barmen	6011	826	900,—	—	1000,—	1200,—	2500,—	5600,—
Solingen	3954	366	569,91	—	743,11	715,71	791,05	2819,78
Düsseldorf, Kreis u. Stadt	5484	997	—	—	907,30	1003,30	1185,50	3096,10

Organisationen	Mitgliederzahl am 30. Juni 1911 überhaupt	weiblich	Restbeiträge Mk.	Juli bis Sept. 1910 Mk.	Oktober bis Dez. 1910 Mk.	Jan. bis März 1911 Mk.	April bis Juni 1911 Mk.	Summa Mk.
Essen	4877	1042	—	—	900,21	971,08	1087,78	2959,07
Mülheim-Ruhr, Duisburg	4023	823	596,80	509,73	—	679,88	864,68	2651,09
Moers-Rees	626	130	—	—	62,85	81,36	160,92	305,13
Cleve-Geldern	75	—	14,60	—	19,10	15,14	—	48,84
Kempen	187	1	—	—	25,74	31,20	—	56,94
M.-Gladbach	453	67	128,02	—	66,30	—	141,71	336,03
Krefeld, Kreis u. Stadt	1549	166	259,30	—	279,18	279,88	350,91	1169,27
Neuß-Grevenbroich	470	63	—	—	—	—	—	—
Hogen-Schwelm	3487	480	539,43	—	565,05	663,21	654,56	2422,25
Altena-Iserlohn	921	72	—	—	104,09	110,44	125,88	340,41
Niederrhein total	36067	5628	3458,06	509,73	5341,41	5751,20	9260,35	24320,75
Saargebiet.								
Saarburg-Merzig	—	—	—	—	—	—	—	—
Saarbrücken	630	80	—	—	70,43	93,60	—	164,03
Ottweiler-St. Wendel	148	16	—	—	—	—	23,40	23,40
Saargebiet total	778	96	—	—	70,43	93,60	23,40	187,43
Nordbayern.								
Amberg	270	4	26,46	—	30,60	41,64	33,12	131,82
Neumarkt	103	6	14,52	—	14,76	10,68	13,68	53,64
Neustadt a. Waldnab	493	41	43,74	—	48,60	55,14	55,74	203,22
Hof	2517	378	229,95	—	280,59	283,24	318,60	1112,38
Bayreuth	2439	108	322,17	—	358,50	352,66	355,04	1388,37
Forchheim	733	19	72,96	—	73,20	87,90	90,10	333,16
Neumburg v. W.	66	—	—	—	15,66	—	6,60	22,26
Kronach	792	12	88,59	—	98,98	103,30	94,10	384,97
Bamberg	1076	36	98,10	—	108,51	112,71	128,79	448,11
Nürnberg	18440	1470	2963,29	—	3040,79	3178,90	3370,45	12553,43
Erlangen-Fürth	5806	352	807,66	—	866,46	908,56	894,42	3477,10
Ansbach-Schwabach	1732	90	229,02	—	223,56	255,12	259,16	966,86
Eichstätt	150	1	19,74	—	22,56	22,20	23,70	88,20
Dinkelsbühl	282	3	41,16	—	39,30	39,84	43,32	163,62
Rothenburg o. T.	170	3	17,70	—	21,78	22,56	23,58	85,62
Kitzingen	328	—	23,04	—	21,84	25,08	38,34	108,30
Neustadt a. S.	274	3	21,45	—	39,39	41,73	38,04	140,67
Schweinfurt	1332	70	176,82	—	169,38	195,30	193,16	734,66
Würzburg	2240	240	243,48	—	248,64	287,42	321,82	1101,36
Aschaffenburg	924	14	69,63	—	111,50	132,38	129,12	442,63
Lohr a. M.	190	—	28,08	—	27,42	26,88	27,72	110,10
Nordbayern total	40357	2850	5537,56	—	5862,02	6183,30	6467,60	24020,18
Südbayern.								
München I u. II	16237	1372	2221,46	—	2626,88	2619,19	2884,61	10351,64
Aichach	905	95	112,48	—	121,92	114,98	116,70	466,08
Ingolstadt	272	6	33,66	—	40,08	42,12	34,74	150,60
Wasserburg	133	—	3,42	—	6,18	6,84	10,74	27,18
Weilheim	793	14	35,30	—	52,20	86,32	116,16	289,98
Rosenheim	1786	421	176,42	—	150,76	141,24	170,88	639,30

Organisationen	Mitgliederzahl am 30. Juni 1911 überhaupt	weiblich	Restbeiträge Mk.	Juli bis Sept. 1910 Mk.	Oktober bis Dez. 1910 Mk.	Jan. bis März 1911 Mk.	April bis Juni 1911 Mk.	Summa Mk.
Traunstein	544	15	24,60	—	65,06	62,04	56,28	207,98
Landshut	494	4	21,32	—	64,20	56,14	65,28	206,94
Straubing	205	1	16,76	—	11,58	13,98	19,98	62,30
Passau	164	2	8,44	—	19,50	19,14	23,10	70,18
Pfarrkirchen	106	2	30,60	—	9,48	16,14	12,30	68,52
Deggendorf	88	1	8,18	—	9,84	7,86	11,70	37,58
Kelheim	16	—	3,18	—	—	3,—	—	6,18
Augsburg	1546	232	326,—	—	231,30	251,82	262,44	1071,56
Donauwörth	90	—	6,26	—	8,52	8,28	5,40	28,46
Dillingen	158	1	1,50	—	8,46	8,70	8,82	27,48
Illertissen	352	20	42,64	—	35,66	26,76	29,46	134,52
Kaufbeuren	200	6	18,60	—	20,64	24,24	23,64	87,12
Immenstadt	706	68	72,46	—	80,70	77,82	113,98	344,96
Regensburg	644	31	107,52	—	111,48	84,14	95,36	398,50
Südbayern total	25439	2291	3270,80	—	3673,94	3670,75	4061,57	14677,06
Pfalz.								
Speier-Ludwigshafen	5364	320	860,58	—	—	1644,53	845,—	3350,11
Landau	1422	22	168,12	—	—	421,38	213,12	802,62
Germersheim	325	—	25,23	—	—	76,12	41,88	143,23
Zweibrücken-Pirmasens	1452	42	172,32	—	—	333,90	222,86	729,08
Homburg	268	—	28,44	—	—	106,08	38,70	173,22
Kaiserslautern	991	35	135,90	—	—	290,06	146,54	572,50
(Extra-Beitrag 0,59)	—	—	—	—	—	—	—,59	—,59
Pfalz total	9822	419	1390,59	—	—	2872,07	1508,69	5771,35
Dresden.								
Zittau	1334	49	304,32	—	—	300,—	200,—	804,32
Löbau	1612	51	971,64	—	—	400,—	400,—	1771,64
Bautzen	1216	26	373,40	—	—	496,—	—	869,40
Dresden, Neustadt	10957	1018	—	—	2000,—	1500,—	2500,—	6000,—
„ Altstadt	4696	449	—	—	—	—	3600,—	3600,—
„ Land	15552	1706	—	3500,—	6000,—	3000,—	4000,—	16500,—
Meißen	5128	460	1750,—	—	—	1560,—	2560,—	5870,—
Pirna	4256	343	1266,80	—	—	—	—	1266,80
Freiberg	1053	29	200,—	—	—	200,—	—	400,—
Dresden total	45804	4131	4866,16	3500,—	8000,—	7456,—	13260,—	37082,16
Chemnitz.								
Roßwein-Döbeln	2300	91	—	—	—	—	500,—	500,—
Mittweida	3798	94	—	—	600,—	600,—	1200,—	2400,—
Chemnitz	9054	521	—	—	4000,—	—	6000,—	10000,—
Glauchau-Meerane	2981	244	—	—	200,—	200,—	400,—	800,—
Stollberg-Schneeberg	3651	421	—	—	—	500,—	500,—	1000,—
Zschoppau	1489	47	—	—	—	—	1400,—	1400,—
Annaberg	1983	33	—	—	—	—	1495,58	1495,58
Chemnitz total	25256	1451	—	—	4800,—	1300,—	11495,58	17595,58

Organisationen	Mitgliederzahl am 30. Juni 1911 überhaupt	weiblich	Restbeiträge Mk.	Juli bis Sept. 1910 Mk.	Oktober bis Dez. 1910 Mk.	Jan. bis März 1911 Mk.	April bis Juni 1911 Mk.	Summa Mk.
Leipzig.								
Oschatz	2235	459	—	—	300,—	—	300,—	600,—
Leipzig, Stadt	4263	589	—	500,—	500,—	500,—	500,—	2000,—
„ Land	28600	4429	—	6000,—	6000,—	7000,—	8000,—	27000,—
Borna	1823	344	—	—	—	—	500,—	500,—
Leipzig total	37011	5821	—	6500,—	6800,—	7500,—	9300,—	30100,—
Zwickau.								
Zwickau	5450	1186	731,96	—	—	760,—	2000,—	3491,96
Reichenbach	2902	591	—	—	—	—	—	—
Plauen	4104	523	929,73	—	—	1000,—	1537,83	3467,56
Zwickau total	12456	2300	1661,69	—	—	1760,—	3537,83	6959,52
Württemberg.								
Stuttgart	8659	543	985,36	—	1835,44	1607,60	1825,79	6254,19
Cannstatt	4903	285	711,89	—	766,60	870,05	942,55	3291,09
Heilbronn	2450	150	195,80	—	—	291,83	—	487,63
Böblingen	1353	3	167,71	—	174,60	198,20	199,72	740,23
Eßlingen	2948	161	451,81	—	544,95	536,58	576,06	2109,40
Reutlingen	880	53	125,22	—	71,47	76,70	—	273,39
Calw-Nagold	680	—	101,73	—	132,20	—	234,34	468,27
Freudenstadt	406	16	180,25	—	46,33	76,72	63,86	367,16
Balingen	1258	15	178,92	—	193,92	196,89	211,59	781,32
Göppingen-Gmünd	2104	322	—	—	296,55	369,27	385,49	1051,31
Backnang-Schwäb.-Hall	363	18	42,03	—	61,74	70,07	77,21	251,05
Crailsheim-Künzelsau	90	—	14,04	—	—	13,14	—	27,18
Aalen-Ellwangen	143	3	17,82	—	16,26	26,40	33,18	93,66
Ulm-Geislingen	1158	18	174,42	—	162,54	154,00	225,69	716,71
Laupheim-Ehingen	19	—	1,47	—	4,92	3,36	2,—	11,75
Biberach-Leutkirch	145	—	11,70	—	—	—	3,48	15,18
Ravensburg	173	2	13,10	—	—	—	21,46	34,56
Hohenzollern	34	—	8,14	—	—	5,18	8,02	21,34
Württemberg total	27766	1589	3381,41	—	4307,52	4496,05	4810,44	16995,42
Baden.								
Konstanz-Meßkirch	500	40	40,—	—	20,—	35,56	40,76	136,22
Bonndorf-Donaueschingen	477	31	66,—	—	—	134,37	76,68	277,05
Neustadt-Schopfheim	506	14	81,48	—	—	—	—	81,48
Breisach-Lörrach	414	—	—	—	—	—	141,58	141,58
Freiburg-Waldkirch	815	134	—	—	91,68	83,16	83,58	258,42
Ettenheim-Lahr	388	25	—	—	—	36,38	65,22	101,60
Kehl-Offenburg	435	—	65,16	—	—	65,49	70,71	201,86
Baden-Bühl-Rastatt	476	40	66,18	—	51,94	51,93	45,36	215,41
Durlach	2842	157	271,05	—	321,64	421,59	402,21	1416,49
Karlsruhe-Bruchsal	2249	267	181,96	—	254,49	333,27	312,—	1081,72
Mannheim	7208	584	650,—	—	—	500,—	1100,—	2250,—

Organisationen	Mitgliederzahl am 30. Juni 1911 überhaupt	weiblich	Restbeiträge Mk.	Juli bis Sept. 1910 Mk.	Oktober bis Dez. 1910 Mk.	Jan. bis März 1911 Mk.	April bis Juni 1911 Mk.	Summa Mk.
Heidelberg	1384	79	219,20	—	—	—	112,50	331,70
Bretten-Eppingen	350	—	10,—	—	—	—	30,—	40,—
Adelsheim-Buchen	74	—	—	—	—	—	10,—	10,—
Baden total	19098	1871	1651,03	—	739,75	1661,75	2490,60	6543,13
Hessen.								
Gießen-Nidda	1000	50	72,60	—	—	154,40	—	227,—
Friedberg-Büdingen	2378	199	—	—	—	—	377,20	377,20
Alsfeld-Lauterbach	90	2	7,80	—	—	—	45,—	52,80
Darmstadt-Gr.-Gerau	3015	145	393,60	—	440,40	466,08	445,41	1745,49
Offenbach-Dieburg	8600	600	1570,62	—	—	—	2307,66	3878,28
Erbach-Bensheim	883	27	—	—	—	—	—	—
Worms-Heppenheim	954	123	51,—	—	109,50	118,50	143,25	422,25
Bingen-Alzey	447	57	10,—	—	—	—	38,80	48,80
Mainz-Oppenheim	2436	317	802,79	—	300,—	300,—	300,—	1202,79
Hessen total	19803	1520	2408,41	—	849,90	1038,98	3657,32	7954,61
Mecklenburg.								
Hagenow-Rehna	727	68	290,83	—	—	122,90	—	413,73
Schwerin	1834	302	588,30	—	248,37	231,87	299,31	1367,85
Parchim-Ludwigslust	671	52	68,80	—	50,60	50,—	—	169,40
Malchin-Waren	607	95	230,75	—	76,98	—	182,91	490,64
Rostock-Doberan	3187	549	474,03	—	—	—	1431,31	1905,34
Güstrow-Ribnitz	954	83	265,87	—	—	—	345,17	611,04
Mecklenburg-Strelitz	732	83	194,08	—	58,62	57,39	61,16	371,25
Mecklenburg total	8712	1232	2112,66	—	434,57	462,16	2319,86	5329,25
Thüringen I.								
Weimar I	1686	261	164,58	—	—	446,20	365,80	976,58
„ II (Eisenach-D.)	1243	126	—	—	—	100,—	100,—	200,—
Schwarzburg-Rudolstadt	1735	64	—	—	—	—	630,30	630,30
„ -Sondershausen	985	38	98,54	—	130,44	—	131,34	360,32
Coburg	768	74	—	—	—	104,82	80,86	185,68
Thüringen I total	6417	563	263,12	—	130,44	651,02	1308,30	2352,88
Thüringen II.								
Reuß ä. L.	1389	235	—	—	—	—	715,09	715,09
Reuß j. L.	5087	831	—	—	—	1000,—	1143,45	2143,45
Weimar III (Reuß.-Jena)	3236	373	—	—	—	—	1623,—	1623,—
Thüringen II total	9712	1439	—	—	—	1000,—	3481,54	4481,54
Sachsen-Altenburg.								
Altenburg	5757	747	—	—	—	—	3240,70	3240,70
Sachsen-Altenburg total	5757	747	—	—	—	—	3240,70	3240,70

Organisationen	Mitgliederzahl am 30. Juni 1911 überhaupt	weiblich	Restbeiträge Mk.	Juli bis Sept. 1910 Mk.	Oktober bis Dez. 1910 Mk.	Jan. bis März 1911 Mk.	April bis Juni 1911 Mk.	Summa Mk.
Gotha.								
Gotha	2505	195	876,25	—	—	—	376,72	1252,97
Gotha total	2505	195	876,25	—	—	—	376,72	1252,97
Oldenbg.-Ostfriesland.								
Oldenburg, Stadt	1419	418	153,85	—	177,35	172,55	190,34	694,09
Varel u. Aurich (2. oldenb. und 2. hann. Kr.)	4793	791	694,10	—	716,34	738,75	1821,80	3970,99
Delmenhorst	1020	70	108,80	—	51,20	101,20	130,70	391,40
Leer-Emden	657	48	—	—	—	—	—	—
Oldenburg-Ostfriesl. total	7889	1327	956,25	—	944,89	1012,50	2142,84	5056,48
Braunschweig.								
Braunschweig, Stadt	8279	1569	1050,25	—	1020,73	1198,88	1200,33	4470,19
Helmstedt	1116	132	132,10	—	138,80	135,98	153,44	560,32
Holzminden	858	85	82,59	—	92,55	124,74	139,65	439,53
Braunschweig total	10223	1706	1264,94	—	1252,08	1459,60	1493,42	5170,04
Sachsen-Meiningen.								
Meiningen-Hildburghaus.	378	2	—	—	29,88	39,72	53,84	123,44
Sonneberg-Saalfeld	2592	239	150,—	—	354,84	405,25	302,43	1212,52
Sachsen-Meiningen total	2970	241	150,—	—	384,72	444,97	356,27	1335,96
Anhalt.								
Dessau-Zerbst	4814	1571	485,—	—	—	485,05	1220,01	2190,06
Bernburg-Ballenstedt	3455	1032	—	—	—	397,83	505,92	903,75
Anhalt total	8269	2003	485,—	—	—	882,88	1725,93	3093,81
Hamburg.								
Hamburg I	7036	713	—	—	9000,—	3000,—	5000,—	17000,—
„ II	7918	799	—	—	5000,—	5000,—	5000,—	15000,—
„ III	33644	4383	—	—	27000,—	16000,—	14000,—	57000,—
„ Landesorganisat.	—	—	—	—	—	—	15000,—	15000,—
Hamburg total	48598	5895	—	—	41000,—	24000,—	39000,—	104000,—
Nordwest.								
Bremen	11325	1909	4259,09	—	—	4600,78	—	8859,87
Verden-Hoya	1446	132	930,62	—	—	—	—	930,62
Harburg	6085	612	1417,50	—	—	2344,88	2384,25	6146,61
Stade-Bremervörde	2526	417	202,84	—	—	—	1204,—	1406,64
Geestemünde-Neuhaus	3074	506	633,92	—	—	576,—	1356,20	2566,12
Nordwest total	24456	3576	7443,77	—	—	7521,66	4944,43	19909,86

Organisationen	Mitgliederzahl am 30. Juni 1911 überhaupt	weiblich	Restbeiträge Mk.	Juli bis Sept. 1910 Mk.	Oktober bis Dez. 1910 Mk.	Jan. bis März 1911 Mk.	April bis Juni 1911 Mk.	Summa Mk.
Lübeck.								
Lübeck	4708	560	752,—	—	843,60	863,50	914,50	3373,60
Lübeck total	4708	560	752,—	—	843,60	863,50	914,50	3373,60
Elsaß-Lothringen.								
Altkirch-Thann	31	—	—	—	5,08	—	7,—	12,08
Colmar	265	27	—	—	—	—	—	—
Mülhausen i. Els.	1435	103	—	—	298,38	—	858,12	656,50
Schlettstadt	181	7	—	—	—	—	—	—
Gebweiler	150	8	14,72	—	14,92	14,56	29,30	73,50
Rappoltsweiler	210	—	9,12	—	—	21,22	—	30,34
Erstein-Molsheim	251	2	13,04	—	19,28	28,62	29,34	90,28
Straßburg, Stadt	1006	44	—	—	—	—	487,08	487,08
„ Land	527	18	209,20	—	—	—	75,48	284,68
Zabern	5	—	—	—	—	—	—	—
Saargemünd-Forbach	182	13	7,52	—	9,72	5,92	—	23,16
Hagenau-Weißenburg	138	3	—	—	—	—	—	—
Diedenhofen-Bolchen	187	6	—	—	—	—	20,—	20,—
Saarburg-Salzburg	10	1	—	—	—	—	—	—
Metz	341	10	22,60	—	—	—	—	22,60
Elsaß-Lothringen total	4919	242	276,20	—	347,38	70,32	1006,32	1700,22
Beitrag der P. P. S.	2085	?	—	234,30	253,34	232,20	223,76	943,60

Sonstige Beiträge.

Ort oder sonstige Bezeichnung	Juli bis Septbr. 1910 Mk.	Oktober bis Dezember 1910 Mk.	Januar bis März 1911 Mk.	April bis Juni 1911 Mk.	Summa Mk.
Argentinien, Hennig	—	—	15,—	15,—	30,—
Berlin, Diverse	1109,75	1677,65	3011,25	75301,27	81099,92
Bern, P. L.	200,—	150,—	150,—	150,—	650,—
Butzbach i. H., 7 u. 5 Mk.	22,—	6,—	—	—	28,—
Beelitz	—	20,—	—	—	20,—
Bromberg	—	70,39	—	—	70,39
Brüssel	—	—	68,—	—	68,—
Braunschweig, J. K.	—	—	—	3,—	3,—
Cottbus	1,85	—	—	—	1,85
Cöln a. Rh., Reg. W.	60,—	60,—	60,—	60,—	240,—
Cöpenick, Ch. Block	—	—	5,—	—	5,—
Essenberg	5,—	—	—	—	5,—
Esch a. Alzette	—	—	4,60	—	4,60
Falkenberg, Oberschl.	23,—	14,10	10,50	27,—	79,60
Firenze	10,—	—	10,—	—	20,—
Frankfurt a. M., H. F.	—	—	5,—	—	5,—
Goldbeck	10,—	—	—	15,—	25,—
Gütergotz	—	—	—	8,—	8,—
Hamburg-Binnenschiff.	—	—	—	58,80	58,80
Leisnig	—	45,—	—	—	45,—
M. W.	4,—	—	—	—	4,—
Mann im Mond	—	—	—	80000,—	80000,—
Niederschöneweide	5,—	—	—	—	5,—
Nordische Wasserkante	—	60000,—	—	—	60000,—
Neustadt i. Oberschl.	—	—	—	3,50	3,50
Plauen i. Vogtl., E.	2,70	—	—	—	2,70
Reinickendorf	—	—	18,40	—	18,40
Sangerhausen	100,—	—	—	—	100,—
Stuttgart	—	9,—	—	—	9,—
Sybba, Kr. Lyck	—	30,—	—	—	30,—
Spandau	—	—	6,—	—	6,—
Stralsund	—	—	—	5,20	5,20
Toluca (Mexiko)	250,—	1,—	—	—	251,—
Ueberschuß Gründungsgeld	—	—	—	41081,20	41081,20
Vorwärts-Buchhandlung	—	—	—	40000,—	40000,—
Vorwärts-Ueberschuß	31652,95	16479,45	40682,—	50620,60	139385,—
Wahre Jacob, Neue Zeit u. Gleichheit	—	15000,—	9985,43	15000,—	59985,43
Wüstenbrand a. Ch.	—	—	—,65	—	—,65
X. Y. Z.	—	5000,—	10014,57	5000,—	20014,57
Zinsen a. d. Marxismus	—	10000,—	—	15301,14	25301,14

Die Tätigkeit der Reichstagsfraktion.

Der im Zeichen der „Hottentottenpaarung" geborene Reichstag trat am 22. November 1910 zur letzten Sitzungsperiode zusammen, zwei Wochen später, als man erwartete. Niemand ahnte, daß ihm nochmals eine Vertagung von den Göttern beschieden sei. Das Gebilde von Bülows Hand, entartet zum erzreaktionären Bruderbund des Junkertums und der geeinigten Klerisei aller Schattierungen, trug schon damals das hippokratische Gesicht. Es war ein Reichstag, der keine Berechtigung mehr hatte, aber dennoch gegen die Mehrheit des wahlbetrügerischen Plebiszites von 1907 schaltete und waltete unter dem Protektorate des neuen Kanzlers Bethmann Hollweg, des Philosophen von Hohenfinow.

Seit Jahr und Tag im Amte, zu welchem der Herr auch den Verstand gibt, blieb dieser Kanzler der „gottgewollten Abhängigkeit" immer noch das verschleierte Bild. Durch seine Schweigsamkeit entzog v. Bethmann Hollweg dem deutschen Volke die Kenntnis eines Regierungsprogrammes des fünften Kanzlers. Das politische Bild war seit den Wahlen total geändert. Herr v. Bülow genießt den Ruhestand in Rom, die römische Klerisei drängte sich an Stelle der Liberalen im Reichstage nach der Regierungskrippe und die Kaiserliche Majestät hatte die Bülowsche Erklärung, daß die Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte nicht mehr gefährdet sei, nicht aufrechterhalten.

Die Herrschaft des schwarz-blauen Blockes war eine empörende Usurpation. Eine energische Gegenbewegung der übrigen bürgerlichen Elemente blieb aus; in einem wahrhaft konstitutionellen Lande wäre gegen dieses Trugbild einer Volksvertretung sturmgelaufen und ihr die Lust zu einem Diebeshandwerk auf die Taschen des Volkes mit flammendem Proteste ausgetrieben worden. Dazu reicht es nicht bei der deutschen Bourgeoisie.

Die Nachwahlen verkündeten mit ihrer flammenden Zeichenschrift und mit den bis in die Gefilde der ostpreußischen Ritterschaft unaufhaltsam vordringenden Erfolgen des oppositionellen Geistes die gärende Unzufriedenheit in immer breiteren Schichten des deutschen Volkes. Jeder neue sozialdemokratische Erfolg wirkte auf das schuldbeladene Ritter- und Priestergeschlecht wie das Menetekel der babylonischen Sage auf das seinem Schicksal verfallene Blutsaugergelage. Die Volksaussaugungspolitik begann wegen der rapiden Preissteigerung aller Existenzmittel die ganze Volksfeindlichkeit des herrschenden Systems zu beleuchten. In dieses Walten einer wachsenden Unzufriedenheit drang das Echo der Königsberger Kaiserrede, in welcher das Selbstbewußtsein des ungeschwächten persönlichen Regimentes ein Siegeslied über die Regungen demokratischer Gelüste des deutschen Volkes sang. Die Sozialdemokratie ausgenommen, hatte keine Fraktion des Reichstags standgehalten, um die namens der gesamten Wählerschaft geforderten konstitutionellen Sicherungen gegen die Willkür der herrschenden Gewalten

und ihrer Diplomatie zu erkämpfen und dem Reichstage in seinem eigenen Hause die für eine Volksvertretung unerläßlichen Garantien gegen eine Kamarilla-Despotie zu verschaffen.

Den „schwarz-blauen Block" — oder auch „Schnapsblock" — wie die sekundäre Konstellation zum Unterschied vom „Hottentottenblock" bezeichnet ist — ergriff die Lust der Verzweiflung, die Herrscherzeit der absoluten parlamentarischen Gewalt bis an das selige Ende des Reichstages auszunützen.

Moabit! In diesem Zeichen zogen sie im November heran die Todfeinde der Sozialdemokratie zu ihren gewohnten parlamentarischen Sitzen. Die rettende Genialität der preußischen Jagow-Polizei schwebte den schwankenden Gestalten mit der belebenden Losung entgegen: Ausnahmegesetze gegen die verbrecherische Sozialdemokratie, die zu Moabit den Hütern der kapitalistischen Gesellschaft den Krieg erklärt und ein Blutbad unter den Stützen der Throne und Altäre angestiftet habe. Und es gab anfangs keine bürgerliche Partei, die nicht an einer rüden Hetze gegen die politische und gewerkschaftliche Bewegung des organisierten Arbeitervolkes teilgenommen hatte, ehe im Tempel der dritten Strafkammer des Moabiter Justizgebäudes der berauschende Wahn zerstört wurde.

Gegen die Sozialdemokratie den Rest der Session auszunützen, die Vertreterin des arbeitenden Volkes Zug um Zug auf dem parlamentarischen Kampfplatze zu schädigen und mit allen Künsten der Beredsamkeit und der parlamentarischen Regie eine täuschende Wahlagitation und einen fortgesetzten Volksbetrug zu betreiben, dazu sollte die Gelegenheit vor der Wahlschlacht ausgenutzt werden. Es galt, dem Volksunwillen über die unerträglich gewordene Steuerlast und wucherische Aussaugung entgegenzuarbeiten mit dem Terrorismusschrecken und mit dem Blendwerk beispielloser Arbeiterfreundlichkeit, wozu die Reichsversicherungsordnung in erster Reihe als Mittel dienen sollte.

Stolzen Schrittes zog die sozialdemokratische Fraktion mit ihrem aus den Nachwahlen verstärkt hervorgegangenen Aufgebot in das hohe Haus ein. Auf den Tisch des Parlamentes legten sie, den Junkern und Frommen zum Trutze, die Interpellationen über die Fleischnot und die kaiserliche Rede zu Königsberg. Eine stimmungsvolle Ouvertüre! Und in den Weihnachtsferien benützte die Fraktion die blamabeln Kanzlerreden als wirksamstes Propagandamittel.

Der neue zweite Vizepräsident kam am 24. November zustande. Infolge des Konkurses im Hottentottenblock trat der feudale Genossenschafter Prinz Hohenlohe aus dem Reichstagspräsidium aus. Es kam bei der Erkürung des Nachfolgers zu einem präsidierenden Kleeblatt Schwerin-Löwitz, Spahn, Schultz; der letztere, ein preußischer Landrichter reichsparteilicher Observanz, half durch seine Bereitwilligkeit den Knappen des Kanzlers zuletzt aus einer schweren Not, wobei ein Teil der Nationalliberalen, charaktervoll wie immer, den Junkern die staatsrettende Hilfsstellung leistete, während der Rest mit den freisinnigen Exhottentotten ein Stück unbeschriebenes Papier abgaben. Auf den Kandidaten Schultz fielen 186 von den 243 abgegebenen Stimmen. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte für den Genossen Singer. Mit Herrn Georg Schultz erhielt der Glöcknerstuhl einen echt junkerlichen Bekämpfer der Redefreiheit, gegen dessen Praxis einmal (Fall Severing) an den Reichstag Beschwerde eingelegt wurde.

Das Trifolium auf dem Großglöcknerstuhl ist eine Personalunion, würdig des parlamentarischen Tiefstandes unter der Herrschaft des schwarz-blauen Regimes. Als der Reichstag sein vierzigjähriges Dasein feiern konnte, gedachte das Präsidium dieses parlamentarischen Jubeltages

in einer so matten und würdelosen Weise, als ob es sich um eine nebensächliche Geschäftlichkeit handle. Dafür wurde der 90. Geburtstag des Prinzregenten im Bayernland zu einer pompösen Demonstration des Reichstages benutzt.

* * *

Die Fleischnotinterpellation.

Gegen den „Segen der hohen Lebensmittelpreise" machte die Sozialdemokratie sofort Front, als die Zöllner zu neuen Brandschatzungen wieder beisammen waren. Die Reichsregierung ließ der Volksvertretung durch das Kaiserliche Gesundheitsamt zwei Statistiken unterbreiten. In der einen mußte das Ergebnis der Fleischbeschau einem jeden den Schluß nahelegen, daß es mit den agrarischen Behauptungen von dem eingeführten „ekelerregenden" Fleisch ein Schwindel der Zöllner ist. Die Denkschrift über die Fleischproduktion innerhalb der Reichsgrenzen ließ erkennen, in welch besorgnisvoller Ausdehnung allerlei Seuchen mit dem einheimischen Viehstande aufräumen. Dennoch müht sich die Denkschrift mit dem irreführenden Beweisgange von der Nichtexistenz oder nur flüchtigen Erscheinung einer Fleischnot ab, um die agrarische Aushungerungspolitik nicht anzutasten. Deshalb lautete das Stichwort des Reichsgesundheitsamtes für die bürgerlichen Zöllner also:

„Ebensowenig wie die bestehende Fleischteuerung zu einer Fleischnot bisher geführt hat, ebenso kann im Hinblick auf die vorstehend dargelegten Gründe zurzeit von einer vorhandenen oder drohenden Unterernährung des deutschen Volkes im allgemeinen die Rede sein."

Genosse Emmel führte namens der Interpellanten den Nachweis, daß neben der allgemeinen Erhöhung des Weltmarktpreises auf die künstliche Steigerung der Lebensmittelkosten einwirken: die Steuergesetzgebung zur Schonung der besitzenden Klasse, die Grenzsperrung gegen die Fleischeinfuhr, die Ausfuhrbegünstigung und Aufhebung des Identitätsnachweises beim Getreide, die Futterzölle usw. Mit rechnerisch zutreffender Unterlage belegte Emmel die volkswirtschaftliche Folgerung aus dieser Aushungerungspolitik: ökonomischer Ruin unter der großen Volksmasse auf der einen, rapid anwachsende Bereicherung der großagrarischen Junker, Fürsten, Adeligen auf der anderen Seite.

Namens der angeklagten Freibeuter entgegnete der badische Kleinbauer Rupp aus dem konservativen Zöllnerlager, daß es im Deutschen Reich keine Fleischnot, nur einen „Fleischnotrummel" gäbe, das heißt, eine sozialdemokratischerseits erfundene Hetze gegen die Agrarier zur Wahlmache.

Der Reichskanzler, der den Weg in das „hohe Haus" der Nachbarschaft noch nicht gefunden, sandte außer seinem Geschäftsführer Delbrück den neuen preußischen Landwirtschaftsminister, den Sohn des berühmten v. Schorlemer aus echtem Zentrumsstamme vor, der indessen von den Freunden seines Vaters mit kühlem Schweigen aufgenommen wurde, während die Linke jeden Satz unfreiwilliger Komik in seiner Jungfernrede mit ironischer Heiterkeit belohnte. Dem Staatssekretär Delbrück bereiteten die Freisinnigen die schmerzliche Erinnerung, daß er einstmals als Oberbürgermeister ein überzeugter Gegner dieser Aushungerungspolitik war. In seiner nicht beneidenswerten Situation als christkatholischer Einsegner dieser Wucherpolitik suchte der Zentrumsabgeordnete Trimborn die sozialdemokratische Bekämpfung des unersättlichen Agrariertums dadurch zu diskreditieren, daß er aus den „Sozialistischen Monatsheften" schutzzöllnerische

Stilübungen der Mitarbeiter Calwer und Schippel erwähnte. Dieses Lockmittel zur Täuschung der westländischen Industriearbeiter wurde aber wertlos gemacht durch die Erklärung des Genossen Emmel, welcher namens der Fraktion diese Zeitschrift als gänzlich unmaßgeblich für die Partei bezeichnete. Genosse Hildenbrand zerstörte die Vorwände, hinter welche sich die Regierung und ihre Zöllnermehrheit verschanzt hatten, mit dem Hinweise auf Süddeutschland, wo in städtischen Schlachthöfen ausländisches Vieh zur Zufriedenheit der Verwaltungen und ohne Gefahr für die Gesundheit zur Schlachtung kam, weil der Viehstand in Frankreich, Holland und Dänemark von der Seuchengefahr verschont war. Die Qualität des Fleisches lasse nichts zu wünschen übrig.

Es frommte aber gegen die Gewaltpolitik der Schwarzblauen keine Wahrheit und keine Logik; der Staatssekretär Dr. Delbrück stellte triumphierend fest, daß die Mehrheitsparteien den Standpunkt des Reichskanzlers billigen. Von der Notlage der Volksmasse könne nicht gesprochen werden. So blieb alles beim alten, trotz der zweitägigen Debatte.

Bekanntlich wurde später auch in Süddeutschland die Verwendung ausländischen Schlachtviehes untersagt. Von norddeutschen Märkten bezogenes Vieh schleppte dann die Maul- und Klauenseuche nach den Stallungen im deutschen Süden, während man als weitere Folge in vielen Gegenden des Reiches eine Zunahme der Roß- und Hundeschlachtungen feststellen konnte.

Der für uns verlorene Kampf gegen die Fleischnot und Grenzsperre muß auf der Wahlstatt des allgemeinen, direkten Wahlrechtes zur endgültigen Entscheidung gebracht werden unter dem Feldgeschrei: Nieder mit der Wucherpolitik gegen das Leben des arbeitenden Volkes!

* * *

Gegen die Kaiserrede und den Absolutismus.

Die sozialdemokratische Interpellation kam am 26. November zur Verhandlung; begründet wurde sie vom Genossen Lebebour. Mit gespannter Aufmerksamkeit folgte der Reichstag der wuchtigen Anklage gegen den Bruch der dem Volke im November 1908 durch den Bülowschen Kanzlermund garantierten verfassungsmäßigen Rechte.

Die Rechte hob ihren Ritterschild vor das persönliche Regiment; aber auch das Zentrum und der Liberalismus bis zu den ordensgeschmückten „Demokraten" der Wiemer und Eickhoff bemühten sich dafür, daß durch die Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation „das Ansehen und die Bedeutung der Krone keinen Schaden erleide", deren Aktien bekanntlich bei der Rebellion vom November 1908 sehr schlecht standen. Damals forderte der Zionswächter des Zentrums namens des deutschen Volkes, daß der Reichskanzler dem Kaiser gegenüber mit aller Willenskraft die staatsrechtliche Verantwortlichkeit zur Geltung bringe. In das junkerliche Getöse gegen die Ueberproduktion an majestätischen Reden mischte sich vor drei Jahren das antisemitische Hallali und der liberal-freisinnige Landsturm hob die Schwerter zum Himmel, die Verfassung gegen den Kaiser zu schützen. Die Garantien Bülows beruhigten die künstliche Erregung.

Dann kam die Kaiserrede in Königsberg. Eine bürgerliche Gesellschaft, welche ernsthaft die „heiligen Rechte der Nation" wahren möchte, hätte müssen die sofortige Einberufung des Reichstages fordern. Sie wagte aber nicht, davon zu sprechen. Die Impotenz des Liberalismus trat bei der Bassermannschen Eiertanzrede anläßlich der Beratung der sozialdemokratischen Interpellation wieder einmal in ihre gewohnten Rechte und auch

der tapfere Schwabendemokrat v. Payer verwahrte sich trotz seiner heftigen Anklage wider den geisternden Absolutismus nachdrücklich gegen den entsetzlichen Verdacht, in der Bekämpfung des persönlichen Regimentes mit den Plänen der ehrlichen Demokratie sozialistischer Republikaner gemeinsame Sache zu haben.

Das Zentrum verzieh die Fußtritte der Hottentotten, es kapitulierte mit dem brüderlich vereinigten Bürgertum vor dem Absolutismus, um dem Besucher der Beuroner Klostermönche den Vasalleneid zu leisten in dem Kampf mit Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiterschaft.

Genosse Lebebour hatte darüber keinen Zweifel gelassen, daß die Bülowschen Garantien eine Volkstäuschung waren und daß ein Reichstag dieses Schlages alles andere denn ein Hort für Volksrechte ist. Nur eine republikanische Staatsform garantiere das demokratische Selbstbestimmungsrecht des Volkes. Der ungekrönte Junkerführer forderte Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterbewegung und befahl der Reichsleitung, Zeit und Mittel dafür geeigneterweise auszuwählen.

„Die Fortbildung des Allgemeinen Rechts" lautet der Titel, welchen die „Kreuzzeitung" über diese geplanten Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterschaft setzen will. Sie formuliert die künftige Arbeit also:

„Aber einmal in nicht zu ferner Zeit muß der Weg gefunden und auch gegen einen widerstrebenden Reichstag bis zu Ende gegangen werden, denn das Ziel liegt klar vor Augen: Die Wiederherstellung der persönlichen Freiheit unserer Bürger und Arbeiter auf staatsbürgerlichem, religiösem und wirtschaftlichem Gebiete gegenüber der sozialdemokratischen Gewaltherrschaft."

Genosse David hatte eine dankbare Arbeit, als Schlußredner die kanzlerische Scharfmachergarde auf ihrer Retirade vor den heiligen Gelöbnissen von 1908 zu brandmarken und in die Hinterlist der volksverräterischen Scharfmacherpolitik des herrschenden Schnapsblockes zu leuchten. Unser Redner bezeichnete es als eine der Verewigung durch den Kinematographen werte Situation, als Herr v. Heydebrand soeben in seiner Rede an den Reichskanzler diesem Befehle erteilte, wie wenn Bethmann das Instrument des Junkers wäre.

Wie vor drei Jahren, stand auch jetzt die Sozialdemokratie vereinzelt im Kampfe für die Beseitigung des Absolutismus durch ein parlamentarisches System. Selbst die Freisinnigen widersprachen damals schon unserer Forderung, eine Reichskanzler-Verantwortlichkeit in die Verfassung aufzunehmen; und der Abg. Wiemer bezeichnete es als Erpresserpolitik, wenn ein Parlament sein Steuerbewilligungsrecht zur Erzwingung verfassungsmäßiger Rechte benütze, wie dies der Genosse Singer gefordert hatte. Die damaligen Anträge zur Erweiterung der Volksrechte sind alle in der erweiterten Verfassungskommission erwürgt und begraben worden. Die kapitalistischen Gruppen im Reiche benützen den Absolutismus zur Förderung ihrer Klasseninteressen. Es zeigte sich bei diesen parlamentarischen Uebungen, daß die Beseitigung des Absolutismus im Deutschen Reiche dem Sieger über den Kapitalismus vorbehalten bleibt.

* * *

Die Erhebung von Schiffahrtsabgaben.

Auch dieses Lieblingsprojekt der Agrarier sollte der ihnen gefügige Reichstag noch vollenden. Der Block für die neuen Reichssteuern dürfte nicht zögern, den einzelnen Bundesstaaten die Möglichkeit zur Einführung indirekter

Landessteuern zu verschaffen, um die Flußregulierungen damit zu bestreiten. Da bei den Abgaben insbesondere der Transport ausländischen Brotgetreides auf den drei bedeutendsten deutschen Stromgebieten in Betracht kommt, gewähren die Schiffahrtsabgaben einen erhöhten Zollschutz und eine weitere Verteuerung aller zu Wasser transportierten Waren. Also eine Begünstigung der von schnapsduftigen Liebesgaben und gewinnbringenden Ausfuhrscheinen schon reich beglückten Agrarier auf Kosten der Industrie und des konsumierenden Volkes.

Der Gesetzentwurf hatte trotz des ursprünglichen Widerspruchs einzelner Bundesstaaten (Sachsen, Baden, Hessen, Thüringen) die einstimmige Befürwortung des Bundesrates erhalten. Gegen die Schiffahrtsabgaben spricht sich der Artikel 54 der Reichsverfassung aus; auch sind die Verträge mit Oesterreich und Holland sowie mit der Schweiz über den Verkehr auf der Elbe und dem Rhein nicht mit solchen Zöllen vereinbar.

Die deutschen Agrarier machten von der Gestaltung dieses reaktionären Machwerkes ihre Zustimmung zum preußischen Kanalgesetz abhängig.

Als Ende November die erste Lesung des Gesetzes vor sich ging, behandelten der vom preußischen Eisenbahnminister v. Breitenbach begleitete Reichskanzler und seine schwarz-blauen Assistenten aus dem „hohen Hause" diese wirtschaftspolitische Schwierigkeit mit kurzen Phrasen; dagegen ging der sozialdemokratische Fraktionsredner, Genosse Frank, mit der ganzen Schärfe, zu welcher solch ein widerwärtiges Intrigenspiel herausforderte, gegen diese neueste Abart der Zollpolitik vor, die in den Denkschriften der sächsischen und badischen Regierungen als geeignet zur wirtschaftlichen Schädigung weiter Kreise Deutschlands gekennzeichnet worden war. Die mit einer groben Verfassungsverletzung eingeführte Vorlage diene nicht zum Ausbau deutscher Ströme, sondern der deutschen Wucherpolitik. Bei diesem Anlasse machte der Minister v. Breitenbach das Geständnis, daß die Mosel- und Saarkanalisation deshalb keine Beachtung finde, weil dieses größte, sowie das oberschlesische Industriegebiet sich dagegen ausgesprochen haben. Auch er dozierte gegen uns nach den „Sozialistischen Monatsheften", die dann von unserem Genossen Lehmann abgeschüttelt wurden. Schippels Artikel, die nicht parteioffizielle Aeußerung eines Eingängers, sei vom Minister nur unvollständig, d. h. bis zu der Stelle zitiert worden, wo Schippel eine Abschwächung seiner Stellung gab.

Genosse Lehmann erklärte, daß unsere Fraktion die Vorlage einstimmig ablehne. Die bürgerlichen Parteien boten in dieser Frage das Bild einer erbärmlichen Zerrissenheit und gegenseitigen Feindschaft im eigenen Fraktionslager. Interessant waren die Ausführungen unseres Genossen Stolle über die schädigenden Wirkungen der Schiffahrtabgaben auf die kleine Landwirtschaft und die arbeitende Bevölkerung, zuletzt auf die gesamte Industrie.

Der Gesetzentwurf ist aus der Kommission noch nicht an das Plenum gekommen, erfuhr aber dort eine Abänderung in wesentlichen Punkten.

* * *

Das Gesetz zur Bekämpfung der Kurpfuscherei

ist am 30. November zur ersten Beratung gelangt, wobei der Genosse Zietsch die Stellung der Fraktion kennzeichnete. Es ist keine Parteifrage, ob man sich durch Aerzte oder Naturheilkundige im Krankheitsfalle behandeln lassen will. Ein seit 40 Jahren aufgehobenes Gesetz, das nur approbierten Personen die Heilpraxis gestattete, konnte die Regierung nicht hervorholen, um etwa die tatsächlichen Mißstände damit zu bekämpfen, die auf dem Gebiet der sogenannten Kurpfuscherei und des Geheimmittel-Schwindels sich entwickelt haben. Die Beschränkung der Kurfreiheit würde dem Wunsche der Mediziner entsprechen, aber das tatsächliche Uebel nicht treffen. Welchen Umfang die Kurpfuscherei angenommen hat, lehren folgende Angaben der Gesetzesvorlage. In Berlin sind die „Kurpfuscher" von 28 im Jahre 1879 auf 1349 im Jahre 1907 angewachsen; in Preußen von 1898 bis 1907 von 2404 auf 6873; in Sachsen von 432 auf 1207 innerhalb 32 Jahren. In ganz Deutschland werden rund 12 000 solcher Personen gezählt. Es sollen von 1888 bis 1901 nachweisbar 1 724 000 Bücher, von „Kurpfuschern" verfaßt, auf den Markt geworfen worden sein. Ein einziger Heilkundiger soll eine Million Exemplare seines Buches abgesetzt haben. Das Geheimmittelgeschäft nahm — teilweise auch unter ärztlichem Protektorat — einen enormen Umfang an. Im Interesse der Allgemeinheit unterstützt die sozialdemokratische Fraktion diejenige Tendenz des Gesetzes, welche die zum Betrug und zur Schädigung des Volkes geschaffenen Uebelstände beseitigen will, ohne jedoch die persönlichen Rechte zu verletzen.

Da die Regierungsvertreter und einige Aerzte die Freiheit des Heilgewerbes bekämpften, hob Genosse Stücklen noch einmal die Gefahren hervor, welche entstünden, wenn man sich in der Sache gesetzgeberisch nicht streng an die Unterdrückung der anerkannten Schäden des Kurpfuschertums halten wollte.

In der Kommission waren die Vertreter der Sozialdemokratie erfolgreich bemüht, die gefährlichen Schärfen des Gesetzentwurfes auszumerzen. Wahrscheinlich kommt es in diesem Reichstage nicht mehr zu einer Erledigung der Vorlage.

* * *

Winzergesetz gegen die Rebschädlinge.

Bei der zweitägigen Beratung der von bürgerlicher Seite eingebrachten Interpellation kam es auch zu einer allgemeinen Aussprache über die wirtschaftliche Existenz der Winzer oder Rebbauern. Es beteiligten sich daran die Genossen Huber, Geck und Lehmann. Die für die Bekämpfung der so verheerend auftretenden Rebschädlinge, insbesondere des Sauerwurmes notwendigen Maßregeln darf nach unserer Meinung die Rebbauern finanziell nicht in der bisherigen Weise weiter belasten, da diese Leute ohnehin durch die Zoll- und Steuergesetzgebung der Regierungsparteien eine sehr erschwerte Existenz haben. Der Krieg gegen die Rebenfeinde muß aus Mitteln der Allgemeinheit bestritten werden, wie beim Viehseuchengesetz; das Reich steht gegenüber den Bundesstaaten mit seinem Kostenzuschuß von 1000 Mark jämmerlich da, das für den Militarismus gleich Milliarden bereit hat und für die Versorgung der preußischen Junker, zu deren Liebesgabenklasse die Masse der mittleren und kleinen Winzer im Westen und Süden des Reiches nicht gehören, die ständig durch Mißernten geschädigt werden. Das Reich überläßt die Sorge und den Kampf gegen diesen „inneren Feind" den betreffenden Einzelstaaten. Die Aufmerksamkeit anderer europäischer Länder für die Verwendung amerikanischer Reben, deren Pflanzung wegen ihrer Reblaussicherheit in Deutschland verboten ist, gefällt auch in deutschen Winzerkreisen, die trotz aller Bestrafungen mit eigenen Kulturversuchen vorgehen. Wie unter den französischen Winzern, herrsche auch unter den deutschen eine gärende Mißstimmung.

Einige Zeit nach dieser Aussprache veranstaltete die Reichsregierung einen wissenschaftlichen Vortrag im Reichstagsgebäude, welcher den heutigen Standpunkt der Bekämpfung der Rebschädlinge darlegte.

* * *

Reichshaushalts-Entwurf für 1911/12.

Anforderung in Einnahme und Ausgabe
2 924 945 730 Mk.
(mehr 51 900 000 Mk.)

und zwar im ordentlichen Etat
2 389 724 627 Mk. an fortdauernden und
318 095 306 „ an einmaligen Ausgaben sowie
2 707 819 913 „ an Einnahmen,

im außerordentlichen Etat
217 125 817 Mk. an Ausgaben und
217 125 817 „ an Einnahmen.

Der flüssig zu machende Kredit zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben soll betragen: 97 991 412 Mk.

Dazu einmalige Ausgaben: 73 328 231 Mk., 4 177 056 Mk. (Friedenspräsenz); außerordentl. Etat 23 689 400 Mk. (mehr 1 200 000 Mk.)

Für die Verwaltung des Reichsheeres wurden im ordentlichen Etat angefordert 710 850 550 Mk. (mehr 4 044 903 Mk.), dazu anläßlich des neuen Friedenspräsenzgesetzes 3 727 441 Mk.

Einmalige Ausgaben: 181 990 985 Mk.
Außerordentl. Etat: 109 059 917 Mk.

Für die Marine-Verwaltung sind angefordert im ordentlichen Etat: 167 212 854 Mk. (9 878 337 Mk. mehr).

Für den allgemeinen Pensionsfonds im ordentlichen Etat 153 798 446 Mk. (mehr 1 774 568 Mk.).

Einmalige Ausgaben: 5 390 311 Mk.

Für die Reichsschuld (Verzinsung und Tilgung) 280 251 819 Mk. (darunter 89 500 000 Mk. für Tilgung), mehr im ganzen 61 050 596 Mk.

Für das Reichskolonialamt
im ordentlichen Etat 2 889 504 Mk.
einmalige Ausgaben 19 616 529 „

Für das Reichsamt des Innern
im ordentlichen Etat 89 043 767 Mk. (mehr 6 400 000 Mk.)
einmalige Ausgaben 1 799 400 „

Für das Reichsschatzamt
im ordentlichen Etat 201 361 235 Mk. (weniger 24 600 000 Mk.)
einmalige Ausgaben 3 950 043 „

Für die Reichspost- und Telegraphenverwaltung
im ordentlichen Etat 643 730 369 Mk. (mehr 19 300 000 Mk.).

Für die Reichseisenbahnverwaltung
im ordentlichen Etat 101 927 330 Mk. (mehr 600 000 Mk.)
einmalige Ausgaben 8 198 175 „

Für den Haushalt für die Schutzgebiete
im ordentlichen Etat . . . . . 83 483 030 Mk.
im außerordentlichen Etat . . . . . 39 142 500 „
Summa . . . 122 625 530 Mk.

Im Wege des Kredits wurden angefordert 38 950 847 Mk.

Aus dem Voranschlag der Einnahmen für 1911.

Zölle, Steuern und Gebühren.

Zölle		688 291 000 Mk.
Tabaksteuer		14 549 000 „
Zigarettensteuer		25 814 000 „
Zuckersteuer		151 919 000 „
Salzsteuer		58 250 000 „
Branntweinsteuer		163 476 000 „
Essigsäureverbrauchsabgabe		641 000 „
Schaumweinsteuer		10 876 000 „
Leuchtmittelsteuer		8 963 000 „
Zündwarensteuer		15 778 000 „
Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier		123 462 000 „
Spielkartenstempel		1 852 450 „
Wechselstempelsteuer		17 190 000 „
Reichsstempelabgaben von:		
A. Wertpapieren		49 000 000 „
B. Kauf- usw. Geschäften		15 430 000 „
C. Lotterielosen:		
a. für Staatslotterien	36 605 500 Mk.	
b. für Privatlotterien	8 330 000 „	
Zusammen		44 935 500 „
D. Frachturkunden		14 994 000 „
E. Personenfahrkarten		19 600 000 „
F. Erlaubniskarten für Kraftfahrzeuge		2 352 000 „
G. Vergütungen an Mitglieder von Aufsichtsräten		4 410 000 „
H. Schecks		3 724 000 „
J. Grundstücksübertragungen		43 700 000 „
Zuwachssteuer		13 000 000 „
Erbschaftssteuer		39 000 000 „
Statistische Gebühr		1 536 950 „
Summa I		1 482 741 900 Mk.
Gegen die Bewilligung im Vorjahre mehr		45 670 845 „

Von der Reichspost 734 161 600 Mk. (mehr 41 000 000 Mk.).
Von der Reichseisenbahn 128 893 000 Mk. (mehr 6 500 000 Mk.).
Matrikularbeiträge 212 001 700 Mk. (weniger 16 500 000 Mk.).

* * *

Die Generaldebatte zum Etat.

Im Wald und auf der Heide schoß der Chef der Reichsregierung als Gast der Majestäten auf Hasen und Hühner, als am 9. Dezember der Reichstag die Regierung zur Rechenschaft über die innere und äußere Reichspolitik vorgeladen hatte. Die bürgerlichen Parteien ließen sich diese Hochschätzung des Parlamentes geduldig bieten. Genosse Scheidemann kennzeichnete diese Bevorzugung der „Sausagd" als eine Mißachtung der Volksvertretung. Unser Redner schilderte vorzüglich mit seinem lebhaften Rednertemperament die große Sündenschuld der herrschenden Gesellschaft an dem finanziellen Bankerottsystem, das aus der fortdauernden Wettrüstungs- und Weltmachtspolitik entstand und trotz der vom Schatzsekretär Wermuth so kunstvoll ausgestatteten Zahlen seiner Wirtschaftsbilanz weiterwuchert. Ein Reich,

das etwa 98 Proz. seiner Nettoeinnahmen diesem kriegerischen Wahne opfert, dabei durch eine raffinierte Zöllnerei das arbeitende Volk ausbeutet und die besitzende Klasse schont, muß es sich gefallen lassen, daß die wenigen Versprechungen von der Regierung unerfüllt bleiben, die zur Linderung der schwersten Not, z. B. jener der Veteranen, der aktiven Soldaten, gemacht wurden.

„Die vielen Versprechungen, die in Preußen-Deutschland gemacht worden sind den Volke in seiner Gesamtheit, einzelnen Gruppen und Berufsschichten, gleichen feinstem Porzellan; aber die Politik, die Sie getrieben haben, ist eine einzige große Scherbenkiste, eine Scherbenkiste voll gebrochener Versprechungen, ein Scherbenkiste voll gebrochener Ehrenworte." Nach Anführung nicht gehaltener Versprechungen, angefangen von der Witwen- und Waisenversicherung bis zur Wahlrechtsreform in Preußen, fuhr unser Redner fort: „Ich habe nur ganz oben aus der Kiste einige Kleinigkeiten herausgenommen. Wenn wir tiefer hineingreifen würden, fänden wir noch eine ganze Masse Porzellanscherben aus der Königlichen Porzellanmanufaktur, die alle geschmückt sind mit dem edlen preußischen Wappentier. Infolge des Bruches geht ein großer Riß durch das Wappentier quer durch Leib und Flügel; heil geblieben sind nur die Krallen und der große preußische Schnabel." — Dem nimmersatten Junkertum, „menschgewordenen Habgier, Frechheit und Brutalität", vermag das Reich keinen Wunsch abzuschlagen. Genosse Scheidemann kündete erneute Forderungen der Sozialdemokratie für die Unterstützung brotlos gewordener Tabak- und Zündholzarbeiter an; er bezeichnete die Säuberung des Reichstages von der Junkerherrschaft als das nächste Ziel unserer Partei, wozu in erster Reihe die Eroberung des freien Wahlrechtes für Preußen dienen müsse.

Am 10. Dezember erschien dann auch der Kanzler-Philosoph v. Bethmann Hollweg im Reichstag. Nach einer Lobpreisung der „bewährten" Finanzreform rühmte er die Erhabenheit seiner Regierung über den Parteien und verleugnete gleich Petrus die innere Neigung zu seiner politischen Dienstherrschaft vom schwarz-blauen Block. Und die bürgerliche Linke bekräftigte durch Beifall ihren Aberglauben an diese Irrlehre. Das philosophierende Werkzeug der besitzenden Klasse eroberte sich dann die Sympathien aller unserer Gegner, indem der Kanzler eine neumodische, intensive Bekämpfung der Sozialdemokratie — ohne auffällige Ausnahmegesetze, etwa beim Krankenkassenabschnitt der Reichsversicherung — als die wichtigste Aufgabe seiner Regierungskunst bezeichnete. Zum neuesten Vernichtungsschlage gegen uns ausholend, machte Samson Bethmann ein Kraftanlehen bei der Firma Jagow, beim Moabiter Prozeß. Unsterblichkeit im beschämenden Sinne gewähren die Kanzlerworte:

„Ich bin der Ansicht, daß die Sozialdemokratie moralisch mitverantwortlich ist an den Exzessen von Moabit."

Ueber die auswärtige Politik wußte v. Bethmann Hollweg in seiner Kampfeslust nur die lautere Friedensliebe seiner Regierung und Dienstherrschaft zu versichern.

Auf die reichsverbändlerische Anklagerede des Kanzlers, die die Richter des Moabiter Prozesses gegen die Angeklagten zu beeinflussen geeignet war und als tendenziöser Eingriff in ein schwebendes Gerichtsverfahren allgemein aufgefaßt wurde, vermochten die Herren um Bassermann und Wiemer nicht die Antwort eines Liberalen zu geben; sie frohlockten innerlich über die vortreffliche Wahlparole.

An einer anderen Stelle aber, im Gerichtssaale zu Moabit, wurde Bethmann, der philosophierende Kanzler, auf die Anklagebank gesetzt;

die Rechtsanwälte Heine und Heinemann, als Verteidiger der angeschuldigten Arbeiter, erhoben vor der Lieberkammer die Anklage gegen den höchsten Beamten des Reiches. Bekanntlich kam der Gerichtshof in der Urteilsbegründung des Moabiter Prozesses zu einer Feststellung, durch die der parlamentarischen Anklagerede des Reichskanzlers eine niederschmetternde Blamage zuteil wurde, denn diese Feststellung war eine glänzende Rechtfertigung der Sozialdemokratie gegenüber der verruchten kanzlerischen Anschuldigung.

Zur Empörung aller redlich Denkenden führte die Nachricht, daß zahlreichen Beamten der Berliner Schutzmannschaft nach der Kanzlerrede Ordensauszeichnungen verliehen wurden; noch schärfer wurde die Entrüstung des Volkes angestachelt durch die Lobrede, welche der Berliner Polizeipräsident v. Jagow auf die Moabiter Schmach vor versammelter Mannschaft hielt, zumal bei einem Festessen.

Ausnahmegesetze gegen die Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft sollte die systematisch eingeleitete Tragödie von Moabit im Parlamentsschoße zeitigen. Die Verantwortung für die in Berlin zur Erscheinung gekommene Volksmißstimmung trägt jedoch die für die volksfeindliche Reichspolitik verantwortliche Stelle, tragen die Protektoren der Fleischnot und allgemeinen Teuerung, der politischen Entrechtung des preußischen Volkes, das durch ein Dreiklassenwahlrecht verhindert ist, dem Raub der Reichen am kargen Lebensunterhalt des Arbeiters Einhalt zu gebieten.

„Das deutsche Volk fühlt am eigenen Leibe, was Sie für Gesetze gemacht haben," rief unser zweiter Etatsredner, Genosse David, dem Kanzler und seiner schwarz-blauen Ritterschaft zu, die Gefahr der Aushungerungspolitik für das deutsche Volk in einer fesselnden dreistündigen Rede kennzeichnend. Dem Reichskanzler setzte unser Redner grausam zu mit der Bewertung des staatserhaltenden Lockspitzeltums bei den durch die Regie der „Geheimen" gestalteten Exzessen, durch den Hinweis auf die Unterdrückung der Wahrheit mit Hilfe des Verbotes an die verdächtigen oder beschuldigten Polizeibeamten, vor Gericht zeugeneidliche Aussagen zu machen. Auch die das internationale Ansehen Deutschlands schädigende „Friedenspolitik der gepanzerten Faust" wurde schonungslos gekennzeichnet durch Davids Rede gegen Goliath Bethmann. Und was wußte der verlegene Reichsverbändler auf dem Kanzlerstuhl zu entgegnen? Im Gefühle seiner moralischen Vernichtung blieb die „Perle eines Reichskanzlers" bei der Methode verstockter Sünder nach dem System Puttkamer. Er rief uns zu:

„Im übrigen ist es ganz gleichgültig, ob die in Moabit Angeklagten verurteilt oder freigesprochen werden. Die moralische Mitschuld der Sozialdemokratie an den Moabiter Vorgängen steht fest."

Eine Erregung von seltener Tragik folgte. Genosse Frank konnte noch als dritter Redner der Fraktion zum Wort kommen, da ein Schlußantrag mit einer Stimme Mehrheit — die im letzten Augenblick der Genosse Leber abgab — abgewiesen worden war. Frank kennzeichnete die letzte Kanzlerphrase als ein rhetorisches Rückzugsgefecht in der Moabiter Sache; das kanzlergeneigte Zentrum wurde an das Attentat des Kullmann erinnert, für dessen Tat Bismarck die „Ultramontanen" verantwortlich machte zu Kulturkampfzwecken. Damals rief Graf Ballestrem dem Bismarck ein „Pfui" zu. Heute findet das Zentrum kein Wort der Abwehr gegen eine solche Art des politischen Kampfes. Die monarchische Gesinnung könne in der deutschen Arbeiterschaft nicht gefestigt werden durch die Tatsache, daß die ausnahmegesetz-

lichen Tendenzen auch einem Wunsche des Kaisers entspreche und daß die feierlichen Versprechungen der Krone für eine Aenderung des preußischen Wahlrechtes, für eine wahrhafte Witwen- und Waisenversicherung nur ein unerfülltes Wort blieben. Die nächsten Wahlen müssen den Weg zur Demokratisierung Deutschlands ebnen; das zu verhindern, gelingt nicht dem heutigen Nachfolger des Blut- und Eisensystems, dem „System von Gummi und Blech".

* * *

Konservative Handwerkerhilfeleistung.

Es geschah am ersten Schwerinstage, als just die Schreckenspost aus Labiau-Wehlau in das konservative Gebein fuhr, daß der erzreaktionäre Pauli-Potsdam den konservativen Handwerkerrettungsantrag begründete. Die Wählerflucht der Bürgerkreise sollte gehemmt werden durch verlockende Sirenentöne über die Liebe der Blockbrüder zum Mittelstande, gegen dessen Niedergang gesetzliche „Maßregeln" gefordert wurden. Die Bänke der „Retter" auf der Rechten waren verlassen. Genosse Brühne kennzeichnete als berufsmäßiger Handwerker mit positiven Beweisen die Unterdrückung des Mittelstandes und die unverschämte Verteuerung der Rohstoffe des Handwerkes durch die reaktionäre Gesetzgebung. — Gegen eine nicht von der Sozialdemokratie, sondern von der herrschenden gesetzgeberischen Macht und von der großkapitalistischen Produktion geförderte Notlage der Kleinhandwerker nützten keine Zwangsinnungen mehr, keine Befähigungsnachweise und keine Vorstöße gegen die Gewerbefreiheit. Die deutschen Handwerker müßten mit Hilfe des Wahlrechtes einen anderen Reichstag schaffen helfen, der sie von der allerschlimmsten Ausbeutung durch die herrschende Klasse befreie.

* * *

Vorgehen gegen die Zündwarensteuer.

Eine freisinnige Interpellation bot am 10. Dezember 1910 uns Gelegenheit, nochmals gegen das Gift der sogenannten Finanzreform Beschwerde zu erheben, nachdem die sozialdemokratische Fraktion schon in der Kommission für die Beratung der Wertzuwachssteuer vergebens die Aufhebung der Zündwarensteuer gefordert hatte. Nicht genug, daß die Regierung die Ausbeute von 25 Millionen Mark Streichholzwucherzinsen mit Geizhalswonne festhält, sie ist auch lüstern nach einer kräftigen Besteuerung der industriellen Erzeugnisse, die als Ersatzmittel in den Handel kommen. Daß mit alleiniger Ausnahme der Sozialdemokraten alle Parteien an dem Zustandekommen der Streichholzsteuer die Mitschuld tragen, stellte der Bündlergeneral Hahn in einem Hahnenkampf mit seinem nationalliberalen Bündlerkonkurrenten fest.

Nach dieser Feststellung der Vaterschaft eines so niederträchtigen Volksschädlings hatte Genosse Schöpflin die dankbare Aufgabe, über das Elend in der Zündholzindustrie und unter der Arbeiterschaft einen instruktiven Unterricht zu erteilen, wozu auch Fabrikanten die Lehrmittel lieferten, selbst gegen ihre nationalliberalen Brüder, die auf eine Monopolisierung hinarbeiten, außerhalb des Parlamentes aber als Gegner ihres Geschöpfes sich aufspielen.

Für die Zündholzarbeiter wie für die Tabakarbeiter, deren Notlage infolge der schnapsblödlichen Finanzreform in einem Beharrungszustand blieb,

konnte die sozialdemokratische Fraktion erst im Verlaufe der Budgetberatung mit hilfebegehrenden Anträgen vorgehen. Denn schleunige Anträge zur Erzielung einer Reichsunterstützung sind nach der Geschäftsordnung nicht gestattet. Weiteres ist beim Etat mitgeteilt.

* *

„Hie Brotwucher, hie Gottesgnadentum!"

Lautete der Titel der im Frankfurter „Volksstimmen"-Verlag erschienenen Broschüre des Genossen Wendel, „König Heydebrand", der in seiner Reichstagsrede in der tendenziösesten Weise Wendels Worte zitierte, um das königsmörderische Streben der Sozialdemokratie zu beweisen, machte den Staatsanwalt mobil, der, gehorsam dem Winke, den Anklagegaul sattelte und sich bei der Verfolgung Wendels die verdiente Abfuhr holte.

Genosse Scheidemann kennzeichnete in seiner Etatsrede dies bösartige Fälschungstreiben des aristokratischen Junkerführers so einschlagend, daß er sich dabei einen Ordnungsruf verdiente. Im Verlaufe der Voruntersuchung kam denn auch die Anklagebehörde zur Einsicht, daß sie sich vom königlichen Zensor v. Heydebrand in eine sehr blamable Gastrolle zur Beschützung der gekrönten Häupter treiben ließ. Es endete die Farce gleich dem Hornberger Schießen.

* * *

Das Arbeitskammergesetz

kam am 5.—7. Dezember 1910 zur Fortsetzung seiner 2. Lesung in jene schwüle Atmosphäre, in welcher die Scharfmacherrotte unter der Führung des Königs Heydebrand und des Grafen Westarp ihr belästigendes Unwesen trieb. Die Ausbeuterautorität verlangt von der ihr tributpflichtig gemachten Bethmann-Regierung die Zurückweisung einer jeden Förderung des Arbeiterrechtes. Die Gamp und Dirksen hassen jede gesetzliche Vertretung der Arbeiterschaft und finden dafür immer einiges Verständnis bei den ehemaligen Hottentottenblockbrüdern vom nationalliberalen Kapitalismus. Eine Mehrheit, bestehend aus Nationalliberalen, Freisinnigen, Zentrum, Christlichsozialen und Polen, stellte sich auf den Boden des Delbrückschen Regierungsentwurfes. Diese Hilfstruppe sprach ihre Bereitwilligkeit aus, über sozialdemokratische Verbesserungsanträge wegen der Arbeitersekretäre und Eisenbahner mit sich reden zu lassen.

Zur grundlegenden Wahrung der Arbeiterinteressen hatte die sozialdemokratische Fraktion eine besondere gesetzliche Ausgestaltung der zu erstrebenden Organisation vorgelegt, wodurch der Regierungsentwurf die unerläßlichen Verbesserungen erhalten sollte. Es handelte sich vor allem um die Forderung eines Reichsarbeitsamtes (daneben territoriale Arbeitsämter) mit weitgehenden Befugnissen zur Regelung des Arbeitsverhältnisses, wobei die Zulassung der Arbeitersekretäre, dieser berufensten Vertreter der Arbeiterschaft, als selbstverständlich vorausgesetzt wurde. Die bürgerlichen Parteien lehnten aber den sozialdemokratischen Antrag, der das Reichsarbeitsamt forderte, allgemein ab; es blieb beim § 1 der Kommissionsbeschlüsse, der lautet:

„Für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines Gewerbszweigs oder mehrerer verwandter Gewerbszweige sind auf fachlicher Grundlage, soweit nach dem Stande der gewerklichen Entwickelung ein Bedürfnis besteht, Arbeitskammern zu errichten. Die Arbeitskammern sind rechtsfähig."

In dem arbeiterfreundlichen Bestreben, möglichst alle Arbeiterkategorien zur Arbeitskammer heranzuziehen, forderte die sozialdemokratische Fraktion die Gleichstellung der Eisenbahnarbeiter mit den übrigen Berechtigten.

Unsere weitgehendste Fassung fand nur noch bei den Polen Zustimmung; gegen die konservativen Parteien, die Nationalliberalen und eine Mehrheit des Zentrums wurde durch Hammelsprung der Kommissionsvorschlag zum § 7 angenommen:

„Als Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Sinne herrschender Bestimmungen gelten auch die Arbeitnehmer und Arbeitgeber der Fabriken und Werkstätten der Eisenbahnen."

Auch in der Bekämpfung der Zulassung der Arbeitersekretäre (beim § 13), wobei der Nationalliberale Horn-Reuß als freiwilliger Regierungskommissar amtete, hatte die obengenannte Konstellation kein Glück. Es fand sich eine noch größere Mehrheit für die von unseren Genossen mit großem Eifer verteidigte Auffassung. Die ständig mit der Vertretung der Arbeiterinteressen sich befassenden Sekretäre besitzen neben ihren Kenntnissen und Erfahrungen noch den Vorzug, daß sie wegen ihres Eintretens für den von den Unternehmern gehaßten Arbeiterschutz in der Kammervertretung nicht gemaßregelt werden können. Mit 199 gegen 111 Stimmen erhielt die Regierung ihre Niederlage durch die Fassung des § 13 nach dem Kommissionsbeschluß; leider bleibt darin auch die von uns bekämpfte Ziffer 3, welche lautet:

„Wählbar sind diejenigen Wahlberechtigten, die in dem der Wahl vorangegangenen Jahre für sich oder ihre Familie Armenunterstützungen aus öffentlichen Mitteln nicht empfangen oder die empfangene Unterstützung erstattet haben."

Damit werden die von der Krisis betroffenen Arbeiter unverschuldeterweise rechtlos gemacht.

Die übrigen Bestimmungen behielten die Kommissionsfassung. Unsere Forderung, die Kosten der Arbeitskammern auf das Reich zu übernehmen, die Reichsbetriebe der Marine auch unter das Gesetz zu stellen, die Rechte der Arbeitskammerverwaltung zu erweitern u. a., wurden abgelehnt.

Für diese wichtigen Rechte der Arbeiterschaft kämpften von der Tribüne des Reichstages die sozialdemokratischen Abgeordneten Legien, Bömelburg, Molkenbuhr, Severing, Hoch, Hue und Schmidt.

Die Regierung wehrte sich deshalb so gegen die Teilnahme der Staatsbetriebsarbeiter an den Arbeitskammern, weil die Männer des Vertrauens dort Beschwerden vorbringen können zur Informierung der Oeffentlichkeit über die Zustände in den staatlichen „Musterbetrieben". Bald nach der zweiten Lesung veröffentlichte der Zentrumsdemagoge Erzberger im „Tag" einen den Wünschen der Regierung entgegenkommenden Artikel.

* * *

Die kleine Novelle zum Strafgesetzbuch und die Lex Wagner.

Um die für Volksaufklärung und Arbeiterschutz kämpfende Presse zu knebeln, bringt diese Novelle eine drakonische Verschärfung der Strafbestimmungen über öffentliche Beleidigung. Es sind Geldstrafen bis zur Höhe von 20 000 Mk. vorgesehen. Diese Gefahr für die Preßfreiheit ist versteckt hinter einigen mildernden Bestimmungen der Bestrafungen der Hausfriedensstörung, des Arrestbruches und Mundraubes; nebenbei stehen Verschärfungen der Bußen für Tierquälerei, Mißhandlung der Kinder und altersschwachen Personen. Außerdem

sucht die Novelle den im Kampfe gegen die Arbeiterklasse so oft mißbräuchlich angewandten § 253 des Strafgesetzbuches zu ändern. Die vorgeschlagene Aenderung würde erzielen, daß künftig zwar Arbeitgeber vor einer Verfolgung wegen Erpressung bei Aussperrungen, Boykotts usw. noch sicherer als heute wären, nicht aber Arbeiter bei Androhung von Streiks usw.

In der Kommission waren in erster Lesung die Vorschriften über Preßknebelung angenommen, in zweiter Lesung jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt.

Bei der zweiten Lesung im Plenum des in 10 Nummern formulierten Gesetzentwurfes entspann sich eine längere Debatte bei der Nr. 3, die boshafte Tierquälerei bestraft wissen will. Die Kommission hatte zu dieser Nummer als Einfügung vorgeschlagen: „Landesrechtliche Bestimmungen, welche in die rituellen Vorschriften einer Religionsgesellschaft über das Schlachten von Tieren eingreifen, sind unzulässig." Es war diese Vorschrift erforderlich, um dem insbesondere in Sachsen gemachten Versuch entgegenzutreten, unter dem Vorgeben, einer Tierquälerei entgegenzutreten, aus antisemitischen Gründen den orthodoxen Juden das Schächten zu verwehren. Die Schächtfrage kam auch im Plenum zur Debatte. Genosse Frohme benutzte diesen Anlaß, um die rohen Menschenquälereien in öffentlichen Anstalten, durch christliche Vorgesetzte und die Tierfolter der Pferderennen und der nimrodischen Hetzjagden zu brandmarken. Die von der Kommission gemachten Vorschläge gelangten im Plenum zur Annahme. Die Abstimmung erfolgte unter großer Unruhe des Hauses. Der Präsident brachte dann einen Antrag Wagner u. Gen. auf teilweise Wiederherstellung der Preßknebelungsvorschriften der Regierungsvorlage zur Abstimmung. Der Antrag gelangte mit geringer Mehrheit zur Annahme. In der nächsten Sitzung protestierte unsere Fraktion gegen die frivole Ueberrumpelung. Es war unserem Redner vom Präsidium erklärt worden, die Sitzung würde nach Erledigung der Schächtfrage vertagt werden. Der Antrag Wagner war kurz vor Schluß der Sitzung eingebracht, aber bei der Abstimmung noch nicht zur Verteilung gebracht. Weder der Berichterstatter noch der Antragsteller hatten das Wort genommen. Bei der großen Unruhe des Hauses und der leisen Stimme des Präsidenten war auf unserer Seite und, wie festgestellt wurde, auch bei den Freisinnigen nicht gehört worden, um was es sich handle. Auch das Zentrum war bei der Abstimmung zunächst sitzen geblieben und hatte sich erst auf einen Wink Gröbers erhoben. Unsere Genossen suchten nunmehr einen in der Kommission bereits gestellten Eventualantrag, der die Presse in Wahrnehmung berechtigter Interessen schützen und dem Zeugnisverweigerungsrecht der Beamten seine gefährlichsten Giftzähne ausbrechen sollte, zur Beratung zu stellen. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte entschied sich die Mehrheit des Reichstages jedoch gegen die Zulässigkeit der Beratung, weil durch die Beschlußfassung über Ziffer 4 die Materie der Beleidigungen in zweiter Beratung erledigt sei. In der dritten Beratung wird es nötig werden, den durch frivole Ueberrumpelung in das Gesetz gebrachten Vernichtungsanschlag gegen die anständige Presse wieder zu beseitigen. Auffällig ist, daß das Zentrum diese Rute gegen die gesamte Arbeiter- und Gewerkschaftspresse zur Züchtigung eines großen Teils seiner eigenen Wählerschaft binden half.

Im Laufe der weiteren Beratung fand unser Antrag, das Schutzalter im Mißhandlungsparagraphen (Lex Breithaupt) auf 18 Jahre hinaufzusetzen, Annahme.

Wegen der Bestrafung des Bettelns traten unsere Genossen Frank, Frohme und Stadthagen für die mildeste Behandlung ein und forderten die Einschaltung folgenden Grundsatzes im § 361: Bettel aus Not bleibt

straflos. Der vom Zentrumsmann Gröber amendierte sozialdemokratische Antrag gelangte mit kleiner Mehrheit gegen den Hottentottenblock zur Annahme.

Sofort versagte aber die ganze bürgerliche Gesellschaft, als der von Stadthagen mit vorzüglichen Argumenten begründete Antrag gegen die mißbräuchliche Anwendung des Erpressungsparagraphen (§ 253) beraten wurde; auch das Zentrum erkannte an, welches Unrecht bisher der gewerkschaftlichen Bewegung dabei zugefügt wurde. Allein es begnügte sich mit der Regierungsvorlage.

Abgelehnt wurden unsere Anträge, Plakate zu politischen Zwecken gegen vexatorische Strafverfolgungen zu schützen, sowie Landarbeiter und Gesinde in gleiche Rechtslage mit den Industriearbeitern zu bringen.

* * *

Die zweite Beratung des Gerichtsverfassungsgesetzes

fiel in die Zeit, in welcher der Moabiter Prozeß seine hohen Wellen schlug. Der Reichskanzler und der preußische Justizminister konnten wegen ihrer Versuche, die Justiz zu beeinflussen, jetzt vor den Schranken des Reichstages zur Rechenschaft gezogen werden. Genosse Heine, der tapfere Rechtsbeistand der Moabiter Angeklagten, besorgte diese Prozedur gegen Bethmann und Befeler gründlich, wobei ihm Genosse Stadthagen kräftig sekundierte, während die beiden abwesenden Angeklagten durch den juristischen Staatssekretär Lisco verteidigt wurden. Der Reichstag wurde ein Tribunal des Volkes zur moralischen Verurteilung der Berliner Polizei und ihrer durch Abwesenheit sich kennzeichnenden hohen Protektoren, denen die Eröffnung des jetzigen Strafgerichts angesagt war. Es war ein Tag der Volksjustiz über das russisch-borussische System Jagow und seiner mordenden Barbaren.

Die Zulassung zum Vorbereitungsdienst (als Richter, Rechts- oder Staatsanwalt) ist heute stark in das Belieben der Verwaltung gestellt. In Preußen wird der Nachweis eines Vermögens gefordert, auch sind in einigen Fällen Referendare vom Vorbereitungsdienst wegen ihrer politischen Gesinnung ausgeschlossen. Unsere Fraktion verlangte Schutz hiergegen durch Anträge, die besagten: 1. Die Zulassung zur Vorbereitung für den Justizdienst darf nicht vom Nachweis eines Vermögens oder Einkommens abhängig gemacht werden; 2. ebensowenig von der politischen oder konfessionellen Gesinnung oder Betätigung; 3. die Entfernung aus dem Vorbereitungsdienst darf nur auf Grund eines Disziplinargesetzes erfolgen. — Nur der erste Antrag gelangte zur Annahme.

Die Unabhängigkeit des Richterstandes sollte nach den Bemühungen der sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder, wobei auch aus den Reihen des Freisinns, der Polen und des Zentrums teilweise mitgewirkt wurde, eine Förderung erfahren. Die vom Genossen Stadthagen begründeten drei Anträge bezweckten eine Sicherung der Richter gegen dienstliche Maßregelung und Pensionierung wider ihren Willen (z. B. wegen ihrer Gesinnung), sowie eine Vorbeugung gegen das Strebertum. Unser Redner schilderte dabei die Gefahr der Disziplinargerichte. Ohne eine Bemerkung von bürgerlicher Seite und unter dem Schweigen der Regierung fielen die Anträge unter den Tisch. Es erhob sich auch kein Abgeordneter der bürgerlichen Linken für denjenigen sozialdemokratischen Antrag, der konsequenterweise das Kriegs- und Standrecht dem Grundsatze unterstellen wollte, daß niemand vor ein Ausnahmegericht gestellt werden dürfe. **Die Vorgänge in Moabit legten die Empfehlung dieser Rechtssicherheit nahe.**

Ein von unserer Seite gestellter Antrag, in Strafsachen nur ständig angestellte Richter (keine Hilfsrichter) zu verwenden, gelangte zur Annahme.

Als Genosse Zietsch gegen die Beschränkung der Geschworenengerichtszuständigkeit (z. B. für Verbrechen im Amte) Verwahrung einlegte, ließ der antisemitische Abgeordnete und Richter Graef seinem Unmut über das Volksrichtertum freien Lauf, worauf ihm Genosse Heine, belohnt mit einem Ordnungsruf, an dem Essener Meineidsprozeß und an traurigen Beispielen beamtenrichterlicher Klassenjustiz zeigte, wie manchmal die tendenziöse Einwirkung staatsanwaltschaftlicher Ankläger deutsche Richter zu verhängnisvollen Urteilen verleitete.

Auch für die Verhandlung der Preßprozesse vor den Schwurgerichten traten unsere Redner Heine, Zietsch und Stadthagen ein.

Die Zuziehung des Laientums zu den Strafkammern als Gerichte der ersten und der Berufungsinstanz — eine Frage, welche innerhalb des Zentrums und der Nationalliberalen Spaltungen hervorrief —, befürwortete Genosse Stadthagen. Der sozialdemokratische Antrag fordert auch für die Berufungsinstanz eine Besetzung der Strafkammer mit Laienrichtern (4 Schöffen und 1 Richter), wobei vorausgesetzt ist, daß bei der Ziehung der Geschworenen und Schöffen die Bevölkerungsklassen in weitester Ausdehnung zu berücksichtigen sind. Heftiger als die Redner am Regierungstische tobte der Zentrumsmann Wellstein, ein preußischer Richter, gegen die Laienrechtsprechung.

Durch Annahme eines Antrages der Fortschrittlichen Volkspartei (175 gegen 145 Stimmen) wurde nach Verwerfung der von uns beantragten Einteilung bestimmt, daß neben zwei Richtern noch drei Schöffen auch die Kammer der Berufung bilden sollen.

Angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag, daß im fachgelehrten Dreimännerkollegium bei den Schwurgerichten keine Assessoren sitzen sollen.

Die Ueberweisung der Preßdelikte an die Geschworenen verlangte ein von den Genossen Stücklen und Stadthagen begründeter Antrag vergebens.

Die Lehrerschaft sollte nach der Meinung der Regierung und der Mehrheit der Kommission vom Geschworenendienste ausgeschlossen werden, wogegen im Anschluß an die aus Lehrerkreisen nachträglich eingegangenen Petitionen auch unsere Genossen Stadthagen und Frohme protestierten. Die bürgerlichen Herrschaften wurden bei diesem Anlasse, wo es sich um keine materielle Besserstellung der Lehrerschaft handelte, auf einmal allesamt lehrerfreundlich, und der agrarische Rückschritt raufte sich aus lauter Wahlpropaganda mit dem bürgerlichen Fortschritt um den höchsten Grad der Auszeichnung für ihre Lehrer- und Schulfreundlichkeit.

Nicht so liebenswürdig war der Reichstag jedoch den Frauen gegenüber, deren Zulassung zum Schöffenamte — die Dienstboten sind in den vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen mit feudaler Ueberhebung besonders gekennzeichnet, wie Genosse Frohme die Entrechtung charakterisierte — abgelehnt wurde. Sie sind nicht einmal zu den Jugendgerichten zugelassen.

Das gleiche Schicksal ereilte die grundsätzliche Forderung, die Wahl der Schöffen auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes nach dem Proporz vor sich gehen zu lassen.

Die zweite Lesung der Strafprozeßordnung steht noch aus. Ob sie in der Herbstsession erfolgen wird, ist fraglich.

* * *

Friedrich Bibliothek Bonn

Die Wertzuwachssteuer

ist ein Stück Finanzgesetz, das von der sozialdemokratischen Fraktion neben der Reichsvermögens- und Einkommensteuer als Ersatz indirekter Steuern vertreten wird. Als der Schnapsblock 1909 noch vorher die Erhöhung der Stempelabgabe auf Grundstücksübertragungen (4 Proz. des Kaufpreises) eingeführt hatte, wurde regierungsseitig für eine spätere Wertzuwachssteuer (bei einem Ergebnis von mindestens 20 Millionen) die Ermäßigung des (die kleinen Besitzer am schwersten belastenden) Stempels in Aussicht gestellt. Wiederum ein trügerischer Wahn. Der neue Schatzsekretär Wermuth will trotz der halben Milliarde neuester Steuern auf die erhöhte Stempelabgabe nicht mehr verzichten. Der Herr ging in der Brüskierung der Volksvertretung so weit, daß er unter den Einnahmen des neuen Etats neben dem Reichsstempel auch die noch gar nicht bewilligte Zuwachssteuer zur Balancierungskunst verwendete. Die paar Millionen, die die Zuwachssteuer bringen soll, im ersten Jahre 13 bis 15, in dem folgenden 22 bis 25 Millionen Mark, bilden geradezu die Grundlage, ohne die der Etat schlechterdings nicht ins Gleichgewicht zu setzen ist.

Der seit April 1910 in der Kommission lagernde Entwurf des Zuwachssteuergesetzes ist in seiner Form von den sozialdemokratischen Abgeordneten für unannehmbar erklärt worden; es kommt darauf an, zu verhüten, daß diese für den Großgrundbesitz, für die Güterschlächter, faulen Spekulanten usw. zu münzende direkte Abgabe nicht auf die große Masse der Mieter abgewälzt werden kann. Der erhöhte Wert der Liegenschaften kann einen Teil dieser Bodenrente privater Eigentümer an die Allgemeinheit abtreten; zur Förderung einer volkstümlichen Wohnungspolitik (Bekämpfung wucherischer Grundstücksspekulation) muß bei der Besteuerung auf die örtlichen Verhältnisse abgehoben werden; die Wertzuwachssteuer eignet sich in erster Reihe für das kommunale Gebiet. Es waren unsere Genossen Südekum und Brühne, welche als Kommunalpolitiker gegen die mißbräuchliche Verwendung der Wertzuwachssteuer zu einer rein fiskalischen Geldmacherei auftraten. Der Sozialdemokratie gegenüber suchten die Schwarz-Blauen die agrarischen Bodenrentner zu schützen, während die Nationalliberalen der städtischen Bodenspekulation nicht wehe tun wollten. Es sollen steuerfrei bleiben alle Verkäufe bebauter Grundstücke im Werte unter 20 000 Mk., unbebauter Flächen im Werte von 5000 Mk., falls des Verkäufers Jahreseinkommen 2000 Mk. nicht überschreitet.

Ein von Widersprüchen wimmelndes Gebilde kam als Werk der Kommissionsberatung in die zweite Lesung, in welcher es zu einer skandalösen Paragraphensammlung durchgepeitscht wurde. Die Situation verschlimmerte sich noch dadurch, daß die Regierung kein Hehl daraus machte, wie notwendig die Erträgnisse dieser verpfuschten Wertzuwachssteuer gebraucht werden für die Festlegung der neuen Militärvorlage auf fünf Jahre. Und die neuen Blockbrüder, welche den Erfolg ihrer großartigen Finanzreform nicht genug rühmen konnten, suchten in der Zuwachssteuer eine dem Fiasko vorbeugende Reserve.

Es war bei der heillosen Verwirrung in den Fraktionen der bürgerlichen Parteien unmöglich, grundsätzliche Verbesserungsvorschläge durchzusetzen.

In seiner Jungfernrede verteidigte Genosse Göhre den sozialdemokratischen Antrag, der in dem grundlegenden § 1 wenigstens den Regierungsentwurf wieder herstellen wollte; es sollte demnach von der allgemeinen Besteuerung des Wertzuwachses nur abgesehen werden, wenn der Steuerbetrag keine 20 Mk. erreicht. Der Regierungsentwurf setzt erst bei Grundstückswerten von

20 000 Mk. ein, die Konservativen wollen zur Grenze von 30 000 hinaufgehen, um etwa acht Zehntel aller ländlichen Grundstücke vor dieser Besteuerung zu sichern. Um die zweckmäßige Verwendung dieser Steuererträge gesetzlich festzulegen, forderte der Redner der sozialdemokratischen Fraktion die Einfügung einer dahin zielenden Bestimmung: die Steuer dient zur Veteranenfürsorge oder zur Aufhebung lästiger indirekter Steuern. Es liefen zwei Dutzend Abänderungsanträge ein; die Blau-Schwarzen bekämpften insbesondere die vorgeschlagene Rückwirkung auf das Jahr 1910, wobei der seit 1885 entstandene Wertzuwachs anzurechnen wäre. Das Zentrum wollte die Grundstücksbesitzer mit weniger als 2000 Mk. Jahreseinkommen von der Zuwachssteuer befreien. Genosse Göhre wies nach, daß davon die Groß grundbesitzer, welche bekanntlich eine sehr niedrige Einschätzung ihres Einkommens durchzusetzen vermögen, wieder profitieren würden.

Bei der totalen Zerfahrenheit der bürgerlichen Parteien suchte der Schatzsekretär Wermuth die bürgerlichen Herzen mit der Notlage der Kriegsveteranen zu erweichen. Genosse Südekum deckte die wahre Absicht der Rechten in einer scharf einschneidenden Rede auf. Er will dieses agrarische, verpfuschte Gesetz lieber ganz verschwinden sehen, das Graf Westarp trotz der flehentlichen Beschwörungsrede Wermuths immer noch agrarischer ausgestaltet haben wollte. Nach dreitägigem Kampfe sind alle Abänderungsanträge gefallen; es wuchs ihre Zahl bei den folgenden Paragraphen auf etwa 100 an. Genosse Zietsch mußte energisch gegen einen Nationalliberalen vorgehen, welcher unter der Maske der Arbeiterfreundlichkeit die Profitsache der Bergherren vertreten hatte. Unser Redner ironisierte aber auch den Schatzsekretär wegen dessen verlegener Verschwiegenheit, wenn wir für die Regierungsvorlage eintreten. Mit Wonne läßt sich Herr Wermuth das Eintreten der Sozialdemokraten für die etwas günstigeren Bestimmungen der Regierungsvorlage gefallen, besonders als Brühne beim § 12 die den Gemeinden zugedachten Vorteile festzuhalten bemüht war. Von Heydebrand bis Wiemer wird den Kommunen aber kein Pardon gegeben. Es folgt Verschlechterung auf Verschlechterung; der Schatzsekretär sieht mit Entsetzen, wie auch ihm die Millionenfelle davonschwimmen.

Wie bei dem Erbschaftsgesetz wurde auch hier die Steuerfreiheit der Landesfürsten und der Landesfürstinnen gefordert, die aber in der Kommission nicht glückte. Deshalb sprangen die Junker im Plenum den „Trägern der Souveränität" zu Hilfe, wobei der getreue Diener Seiner Majestät, Herr Wermuth, fechtend an ihrer Seite stritt, vom preußischen Finanzminister Dr. Lentze lebhaft unterstützt.

Ein preußischer Säckelmeister verschmäht Steuern! Das war eine famose Gefechtsstellung für unsere Genossen Binder, Brühne, David und Göhre, welche die Befreiung der mit Reichtümern gesegneten Fürsten von der Wertzuwachssteuer als einen Unfug bezeichneten, der dem unter Lasten erstickenden Volke die Energie zum Ermannen gegen den Block der Junker und Pfaffen verschaffen müsse. Genosse Göhre berief sich auf die Reichsverfassung, die keine Steuerfreiheit Derer von Gottes Gnaden kennt und deshalb die fürstlichen Grundstücksspekulanten ebenso zur Abgabe eines Teiles ihres müheloſen Profites verpflichtet, wie alle beutefreudigen Untertanen. Ein Freisinniger erblickt in der Fürstenhinzuziehung sogar eine Befestigung des monarchischen Gefühles, während Genosse David die Steuerbefreiung, die ebenso wie die Schiffahrtsabgabe eine Verfassungsverletzung darstelle, als geeignet zur Ausbreitung republikanischer Ideen erklärte.

In zwei Sitzungen des Plenums ist die Steuerpflicht der Landesfürsten und -fürstinnen beschlossen worden. In der dritten Lesung wurde im § 80 diese Steuerpflicht in eine Steuerfreiheit umgewandelt. Ebenso ist für dieselben gekrönten Häupter eine Freiheit hinsichtlich der Reichsstempelabgabe (§ 68) anerkannt. Für diese Befreiung trat derselbe Nationalliberale ein, der vorher der Steuerpflicht zugestimmt hatte; ihm graute vor einer Erhöhung der Zivillisten unseres Gottesgnadentums. Das Zentrum ging im Befreiungseifer so weit, daß es auch diejenigen Abgaben der Standesherren, welche an Stelle der Wertzuwachssteuer nach § 68 des Zuwachssteuergesetzes bezw. § 89 des Reichsstempelgesetzes zu entrichten sind, von ½ auf 30 Jahre im voraus auf 1/90 im Jahre ermäßigt. Also über die Hälfte weniger zur Schonung der großen Fideikommißbesitzer! Diesen Handel machte das Zentrum hinter den Kulissen mit den Regierungskommissaren.

Im weiteren Verlaufe der zweiten Lesung trieben es die von den Liberalen unterstützten Schwarz-Blauen immer toller mit der Verschleppungstaktik durch Abänderungsanträge.

Wiederum kamen die Veteranen zu kurz. Wir forderten zur Beuteteilung, daß von dem Steuerertrag 60 Proz. an die Gemeinden, 10 Proz. an die Bundesstaaten, aber nur 30 Proz. an das Reich abgegeben werden, von letzteren 6 Millionen nur für Veteranen. Den total versagenden bürgerlichen Parteien wurde von unseren Genossen Binder, Böhle, Brühne, Göhre, Leber und Südekum das Patriotenzeugnis gehörig ausgestellt.

Es blieb bei der Verteilungsart: 50 Proz. dem Reich, 10 Proz. den Bundesstaaten und 40 Proz. den Gemeinden. Der Zentrumsmann Trimborn wollte die Festungen mit einem besseren Raubanteil (60 Proz.) beehrt haben. Und ein konservativer Kriegervereinler behauptete, die Veteranen würden eine von der Sozialdemokratie bewilligte Beihilfe entrüstet ablehnen.

Alle für die Städte günstigeren Anträge (einschließlich der Veteranenfürsorge) fielen gegen eine agrarische Mehrheit.

Am siebenten und letzten Tage der zweiten Beratung rettete dieselbe Mehrheit ein anderes Privilegium der Fürsten. Im § 56 werden die Landesfürsten und Standesherren befreit von den für Fideikommisse vorgesehenen Abgaben als Ersatz für die Zuwachssteuer.

Zum Schluß erwürgten sie noch unter tosendem Lärm den vom Genossen Brey begründeten sozialdemokratischen Antrag, an die Einführung der Zuwachssteuer die Abschaffung der Zündholzabgabe zu knüpfen.

Die dritte Lesung sollte dieses gegen die Städte gerichtete, der Schonung der Großagrarier geweihte Werk des Schnapsblockes und der Nationalliberalen noch schlimmer formen. Es wurde hinter den Kulissen dafür vorgearbeitet.

* * *

Es war die letzte parlamentarische Tat unseres unvergeßlichen Fraktionsführers Singer, als er am 20. Januar einen tückischen Plan der Reaktionäre vereitelte. Ihren Gelüsten gefällig beabsichtigte Vize Spahn, durch eine Gesamtabstimmung über den § 22 des Zuwachssteuergesetzes die Fürstenbesteuerung wieder in Frage zu stellen, weil die Gegner jetzt eine zufällige Mehrheit zu haben glaubten. Singers geschäftsordnungskundiger Widerspruch fand Zustimmung bei den meisten Parteien. Das war unseres lieben Paulus letzte Rede. Des anderen Tages befiel unseren Führer eine Lungenentzündung, die seinen Tod herbeiführte.

* * *

Eine Grenzsperre gegen die Kapitalzirkulation.

An einem Schwerinstage im Februar verhandelte der Reichstag über die Interpellation des Grafen Kanitz und seiner agrarischen Wächter vor dem Giftbaum der Börse. Die Erscheinung im modernen Staate, welche im internationalen Ausbeutungsprozeß der kapitalistischen Gesellschaft ein Hin- und Herfluten des Geldes und der Wertpapiere über die Grenzen der Länder und die Meere aufweist, beunruhigt die den Industriellen darob neidischen Agrarier; sie können den internationalen Kapitalverkehr nicht hindern, wollen ihn aber etwas eindämmen oder regulieren durch eine Art Quarantänestelle. Die Zulassung ausländischer Börsenpapiere soll reichsamtlich an einer gesetzlichen Zentralstelle entschieden werden. Es gingen die Redner des Zentrums und der Antisemiten in der strengsten Tendenz mit dem konservativen Grafen gleichen Schritt, während die Regierung und die anderen Parteien für einen Schutz des Geldmarktes gegen unlautere Spekulationen eingenommen sind. Unser Fraktionsredner Frank erkannte in der kapitalistischen Geldzirkulation, dieser Phase der Entwickelung des Weltverkehrs, eine gewisse Garantie gegen Kriegsgelüste; die internationale Tendenz des Kapitalumflusses entspreche der kapitalistischen Weltordnung. Genosse Frank verwies übrigens auf die Vorliebe der Agrarier für fremde Arbeiter, desgleichen auf die industrielle Syndikatspolitik, welche deutsche Produkte (Kohle und Eisen) billiger an das Ausland abgibt. Unsere Partei erstrebe als zeitgemäßes Hilfsmittel vorbeugender Art die Errichtung eines Reichsaufsichtsamtes für das Bankwesen. Ein öffentliches Interesse fordere das Ueberwachen unserer großen privaten Geldinstitute, von denen auch das Reich übers Ohr gehauen werde. In den Aktienbanken seien etwa acht Milliarden, in den Berliner Großbanken etwa vier Milliarden Mark investiert.

Nach siebenstündiger Debatte wurde die Beratung abgebrochen — ad calendas graecas.

* * *

Die zweite Lesung des Etats.

Die hohe Achtung der Regierung des Deutschen Reiches vor ihrer Volksvertretung zeigte sich auch beim Beginn der zweiten Lesung des Etats. Einer von den Reaktionären eingeführten Gewohnheit gemäß stellt man nicht das Ressort des Reichskanzlers voran, um die Erörterung über die innere und äußere Politik des Reiches in einleitender Großzügigkeit vorgehen zu lassen. Die Ouvertüre geschah mit dem Reichsmarineamt. Weder v. Bethmann Hollweg, noch ein Vertreter des auswärtigen Amtes ließ sich sehen, obgleich der berufene Leiter der Reichspolitik Kenntnis davon hatte, daß bei der Beratung des

Marine-Etats

stets von allen Rednern auf die auswärtige Politik eingegangen wird. Dafür bekam Großadmiral v. Tirpitz von den Schnapsblockrednern die gehorsamsten Komplimente wegen der Flottenpolitik vorgetragen unter Ausfällen gegen die Sozialdemokratie. Genosse Ledebour bekämpfte das kulturschädliche Wettrüsten mit der Forderung eines internationalen Uebereinkommens zur Abrüstung und zur Beseitigung des Seebeuterechtes.

Die rosenölige Laune des Marineministers v. Tirpitz wandelte sich in eine „nachdrückliche Protestlerei“ um, als unser Redner auch die neueste sozialisten-

feindliche Wahlrede des Prinzen Heinrich mit seiner beißenden Ironie behandelte.

Auf eine nationalliberale Tirpitz-Hymne folgte die Philippika des Genossen Noske gegen die Entziehung der Heizerzulagen, deren vollständige Wiedergewährung von unserer Fraktion beantragt, aber mit 162 gegen 155 Stimmen vom Plenum abgelehnt wurde. Es sollen nur 400 000 statt 720 000 Mk. eingestellt werden. Gegenüber der Tirpitzschen Philosophie, daß die „Unzufriedenheit dann aufhört, wenn es von zuständiger Stelle befohlen wird," zeigte Genosse Noske an empörenden Beispielen aus der neuen Praxis, welche bestialischen Mißhandlungen an Blaujacken verübt wurden.

Genosse Hue begründete unseren Antrag, welcher den Abschluß von Lieferungsverträgen nur mit solchen Firmen zulassen will, welche in einem Tarifverhältnisse mit ihren Arbeitern stehen; dabei verwies er auf Mißstände im Kruppschen Kanonenkönigreich, welches in den letzten drei Jahren von 96 Millionen Gewinn allein 46,8 Millionen an die Familie Krupp ablieferte. Unser Antrag wurde mit 240 gegen 101 Stimmen angenommen.

Auch der Genosse Severing geriet mit dem Marineminister in einen heftigen Konflikt durch die kritische Betrachtung der Arbeiterzustände auf den Werften, insbesondere wurde der Wilhelmshavener Torpedodirektor Isendahl an den Pranger gestellt.

Genosse Bebel hielt eine temperamentvolle Rede, um zwei liberale Gegner abzustrafen, die als Ankläger gegen einen Wilhelmshavener Konsumverein aufgetreten waren; es müßte sich Schultze-Delitzsch im Grabe herumdrehen, könnte er wahrnehmen, wie heute der entartete, rückständige Liberalismus die ehemaligen genossenschaftlichen Ideale mit Füßen tritt.

Zu den zum Marineetat eingekommenen Petitionen beantragte die sozialdemokratische Fraktion eine Resolution, wonach die Forderung der Marinetechniker auf Anerkennung ihres Koalitionsrechts dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen sei. Nachdem Genosse Noske die Resolution mit dem Hinweis auf die Berechtigung der Techniker zur Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen begründet, wurde sie gegen die Rechte und die Nationalliberalen angenommen.

* * *

Kiautschou, der berühmte „Platz an der Sonne", gab bei der Beratung des Marineetats wieder Veranlassung zu Märchenerzählungen für große Kinder. Der nationalliberale Görcke bereitete seine Rede eines Abends durch Lichtbilder-Zauberkünste im Reichstagssaale vor. Namens unserer Fraktion zeigte Noske, was für Potemkinsche Dörfer man dem Reichstag vorstelle. Ueber 100 Millionen kostet uns Kiautschou seit einem Dutzend Jahren; jetzt fordert die Regierung wieder einen Zuschuß von 8 Millionen für rein militärische Zwecke; also über 5000 Mk. pro Kopf der dort angesiedelten Deutschen, wovon jeder hier als Rentner leben könnte. Dabei stellt der Ertrag unseres dortigen Handels noch nicht einmal eine Verzinsung des Aufwandes dar!

Der kostspieligen 50-Millionenhafen Tsingtau kennzeichnet Genosse Ledebour als einen bei ernsthaften Komplikationen mit den immer ungemütlicher werdenden Chinesen unhaltbaren Platz; seine handelspolitische Bedeutung ergibt sich aus der Tatsache, daß ganze 116 000 Mark in einem Jahre nach Deutschland ausgeführt wurden. Ein Abkommen mit China unter Verzicht auf Kiautschou wäre eine wahrhaft patriotische Tat, welche uns die Chinesen — ein Volk von 400 Millionen — zu wirtschaftlichen Freunden machen würde. Die bei der Besitzergreifung unterstellten Voraussetzungen seien nicht eingetroffen. Eine von den Gegnern zitierte abweichende Meinung unseres Genossen Ed. Bernstein stehe in der sozialdemokratischen Partei vereinzelt da, die von Anfang an die Erwerbung bekämpfte. Die Entwickelung unseres Handels hänge von der Tüchtigkeit des deutschen Handelsstandes, nicht von kostspieligen Hafenbauten an fremden Gestaden ab. Die Politik der Unterdrückung und Beraubung anderer Völker widerspricht einem echten Nationalgefühl.

* * *

Die Justizetats-Beratung

brachte dem gesetzten Vertreter der preußisch-deutschen Klassenjustiz einige Tage des bittersten Mißvergnügens. Genosse Frank begann seine Angriffe gegen die Regierung mit der charakterisierenden Feststellung, daß bei der Vorbereitung des Strafgesetzbuch-Entwurfes kein Vertreter der Arbeiterklasse in die Kommission berufen wurde. Letztere machte deshalb ganz gefährliche Experimente — namentlich mit dem Hochverratsparagraphen — um durch infame Bestimmungen die oppositionelle Agitation mittels Verhängung schwerer Gefängnis- und Zuchthausstrafen zu hemmen. Eine Art Auferstehung der alten Umsturzvorlage sei beabsichtigt, wobei aber ein gewisser Jagow, wenn er die Verbrechen der Polizei verherrlicht, unverfolgt bleiben wird. Jede Ankündigung eines Streiks oder Boykotts seitens der Arbeiter könnte aber als „Drohung" bis zu 2 Jahren Gefängnis bestraft werden. Das berüchtigte deutsche Patent auf den dolus eventualis soll in der Rechtsprechung eine bleibende Stätte erhalten. Durch die Abschaffung des Kanzelparagraphen wird die Kirche befreit, durch Hintertüren kann das Unternehmertum sich vor der Bestrafung wegen der Arbeiterschikanierung retten. Zur doppelten Buchführung der deutschen Rechtsprechung folgendes Beispiel:

Von den fünf verantwortlichen Redakteuren der Breslauer „Volkswacht" ist in den letzten vier Jahren bestraft einer mit 1 Jahr 1 Monat Gefängnis, einer mit 1 Jahr 2 Monaten und 1200 Mk. Geldstrafe, einer mit 7 Monaten und 1500 Mk. Geldstrafe, einer mit 3 Monaten und 400 Mk. und der fünfte mit 4½ Monaten und 2000 Mk. Geldstrafe und neun Prozesse schweben noch. Dabei ist die Sprache der „Volkswacht" keineswegs verletzend.

Gegen bürgerliche Blätter, welche denselben Artikel bringen, geht die Justiz nicht vor.

Auch an den Bemühungen zur Vernichtung der Jugendorganisationen zeigte Genosse Frank das Fortwuchern der Kabinettsjustiz des alten Absolutismus und die zunehmende Vergötterung der Polizei, die straflos ausgeht sogar bei von ihr verübten Verbrechen. Wie anders aber bestimmte die französische Verfassung von 1793: „Gegen eine Behörde, die gesetzwidrig handelt, ist der Aufstand Recht und Pflicht des Volkes."

Ein zweiter sozialdemokratischer Ankläger, Genosse Stadthagen, erhob sich, um in mehrstündiger Rede die preußisch-deutsche Klassenjustiz in ihrem kulturfeindlichen Treiben zu kennzeichnen, wobei Vizepräses Spahn diese sozialdemokratische Anklage einzuschränken bestrebt war.

Welch traurige Folgen die Art und Weise unseres heutigen Strafvollzuges haben kann, zeigt der tragische Fall der Witwe in Scharley in Ober-

schlesien. Die Mutter dreier Sprößlinge wurde wegen Schulversäumnis eines ihrer Kinder mit einem Tage Haft bestraft. Während der Haft hat die bedauernswerte Frau ihren Tod gefunden in einem Raum, der in keiner Weise zur Vollstreckung von Haftstrafen geeignet war. Der Fall in Scharley wird aber keine ausreichende Sühne finden.

Stadthagen zeigte die Verfolgung politisch unangenehmer Gegner an dem Feldzuge des preußischen Kultusministeriums gegen sozialdemokratische Turnlehrer; den beschönigenden Redensarten aus dem gegnerischen Lager wußte unser Redner mit einem unwiderlegbaren reichhaltigen Beweismaterial zu dienen, wobei besonders auf die milde Bestrafung hingewiesen wurde, wenn es sich um Angeklagte aus den Kreisen der „besseren" Welt, z. B. um S. M. Bonner Studenten, handelt. Andererseits haben die der besitzenden Klasse angehörenden Geschworenen des Essener Meineidsprozesses gegen Arbeiter ein Urteil gefällt, das nun als ein schweres Justizverbrechen, hervorgegangen aus glühendem Parteihaß, in der Geschichte gebrandmarkt ist. Die Majestät des Schutzmannes, die dort das schauderhafte Verhängnis verschuldete, bleibt heute noch in den Gerichtssälen unberührt, jeder Polizist wird als Zeuge höher bewertet als hundert anständige Arbeiter. Im Moabiter Prozeß ist die Ermordung des Arbeiters Herrmann ein neuer Schulfall von der Ohnmacht des berufenen Anklägers gegenüber der Polizeigewalt. Genosse Stadthagen holte sich dabei einen Ordnungsruf des Vizepräsidenten nach den Worten: „Der Staatssekretär hat dafür zu sorgen, daß die sich häufenden Brutalitäten und Verbrechen der Polizeibeamten verfolgt werden. Was nützt denn eine Strafrechtsreform, wenn wir in einem Polizeistaat leben, wo der Schutzmann das unbeschränkte Recht hat, den Säbel nach Willkür zu gebrauchen. Die Schande, die Schmach, die auf jeden fällt, der sich zu Mördern gesellt und Mörder begünstigt, der Polizeipräsident, der Ministerpräsident. . . ."

Schließlich ermahnte Stadthagen den Staatssekretär, es möge gegen die Mörder vorgegangen werden, aber nicht gegen Leute, die nichts begangen haben.

Die Entgegnungen des Herrn Dr. Lisco waren sehr matt; unserem letzten Redner antwortete er nur: „Nachdem der Herr Präsident dem Abg. Stadthagen einen Ordnungsruf erteilt hat, habe ich in der Sache nichts mehr zu sagen."

* * *

Die Beratung der neuen Militärvorlage.

(Quinquennat.)

Der Militäretat für 1911 hat drei Hauptposten:

1. Fortdauernde Ausgaben	710 850 550	Mk.
2. Einmalige „	73 328 231	„
3. Pensionen	101 880 728	„
Summa . . .	886 059 509	Mk.

Rechnet man die Kosten des Marine- und Militäretats dazu, so kommen wir nahe an die Milliarde heran; Militär und Marine verschlingen alles, was das deutsche Volk durch die Zollasten aufbringen, durch Abgaben auf Genuß- und Lebensmittel sich am Leibe abhungern muß.

Die Festlegung der Friedenspräsenz erfolgt wieder auf 5 Jahre (Quinquennat). Ihr Entwurf verlangt die Erhöhung der Mannschaftszahl in den fünf folgenden Jahren um 10 875 Mann; im Jahre 1915 soll das deutsche Heer die Zahl von 515 321 „Gemeinen", Gefreiten und Obergefreiten betragen. Im nächsten Jahre wird die Zahl der Mannschaften von 504 496 auf 507 253, die Zahl der Unteroffiziere von 85 226 auf 88 292 wachsen, und zusammen mit den Offizieren, Aerzten usw. 626 732 betragen, d. h. im allgemeinen um 5479 gewachsen sein. Die Mehrausgaben sollen im Militäretat des nächsten Jahres 8 831 921 Mk. betragen, im Pensionsfonds mehr um 1 328 888 Mk. Die einmaligen Ausgaben sollen sich in diesem Quinquennat auf 82,4 Millionen belaufen. Die durch die neue Vorlage entstehenden fortdauernden Ausgaben beziffern sich auf 21 813 979 Mark, die einmaligen Ausgaben auf 82 419 033 Mark. Die neue Militärvorlage kostet also dem deutschen Volke in Wirklichkeit

104 233 012 Mk.

Die Gesamtausgaben für das Reichsheer betragen pro Jahr in Millionen Mark:

1872	1877/78	1888/89	1898	1908	1910	1911
316	375	695	633	755	808	815

Die Gesamtausgaben für das Landheer sind also seit 40 Jahren um 155 Proz. gewachsen.

Und die Friedenspräsenzstärke des Heeres betrug in den Jahren

1872	359 000	Mann	1900	600 516 Mann
1881	449 257	„	1905	609 758 „
1887	491 825	„	1910	621 253 „
1891	511 675	„	1911	626 732 „
1894	584 548	„		

Sie wuchs um 75 Proz., während die Bevölkerung nur um 50 Proz. gewachsen ist. Und dabei darf man nicht vergessen, daß seit dem Jahre 1897 die Flotte zirka 3 Milliarden Mark gekostet hat, daß auch in diesem Jahre der Marineetat um mehr als 16 Millionen gewachsen ist und 458 263 756 Mk. beträgt.

Um für diese neuesten Opfergaben an den Moloch Stimmung zu machen, mußten kapitalistische Soldschreiber des profitlüsternen Unternehmertums aus militärischen Kreisen diese Forderungen als unzureichende jammern, mit dem Hinweise auf die Rüstungen unserer Nachbarn in Rußland und Frankreich. Letzteres bleibt aber mit seinen 39 Millionen Einwohnern an Soldatenaufgebot weit hinter Deutschland zurück, und in Rußland steht bei den miserablen wirtschaftlichen und finanziellen Zuständen jede Heeresreform auf dem Papier.

Zu dem erwähnten Termin soll die deutsche Armee bestehen aus 634 Bataillonen Infanterie, 510 Eskadrons Kavallerie, 592 Batterien Artillerie, 48 Bataillonen Fußartillerie, 29 Bataillonen Pionieren, 17 Bataillonen Verkehrstruppen und 23 Bataillonen Train.

An die finanzielle Deckung hat man dabei ernsthaft nicht gedacht. Herr Wermuth rechnete leichtfertig mit der Wertzuwachssteuer, die er noch nicht hatte. Es bleibt bei der alten Melodei: neue Schulden! Der Kriegsminister phantasierte von „reichlicher zur Verfügung stehenden Einnahmen". Daneben läßt die Begründung erkennen, daß noch vor Ablauf der fünf Jahre neue Forderungen wahrscheinlich sind. Das hängt vor allem von der künftigen Zusammensetzung des Reichstages ab. Uebrigens kommt die Regierung auch ohne Genehmigung des Parlaments zu ihrer Sache. Von den

jetzt angeforderten 112 Maschinengewehrkompagnien soll schon vorher etwa die Hälfte ins Leben gerufen worden sein aus den Mitteln des Fonds für „Versuche im Waffenwesen". Der Reichstag muß dann zur vollendeten Tatsache sein untertänigstes Ja sagen.

Der Kampf gegen das internationale Uebel des Militarismus, der die Stütze der kapitalistischen Gesellschafts- und „göttlichen" Weltordnung bildet, kann nur von der Sozialdemokratie geführt werden, die anderen Parteien sind Beschützer jener kapitalistischen Gewaltherrschaft und der daran interessierten Dynastien.

Bei der zweiten Beratung des Militäretats im Reichstag (Ende Februar) gab ein Zentrumsmann dem neuen Kriegswerk seinen „christlichen" Segen und alle Vertreter der übrigen militärfrommen Parteien, auch jene mit der freisinnigen Bügelfalte des Reserveoffiziers, sprachen dazu ihr segnendes Amen.

Genosse Stücklen erörterte den oben skizzierten grundsätzlichen Widerspruch der Sozialdemokratie in ausführlicher Rede zum Aerger aller Hurrapatrioten, welche den neuen Geldsack ohne jede Kritik hinaustragen wollten. Die etwa 150 Millionen dieser nunmehr zweitgrößten Militärvorlage bedrücken die Volksmassen, welche mittels indirekter Steuern geschröpft werden, noch entsetzlicher; etwa 23 Mk. müssen wir jetzt dafür pro Kopf der Bevölkerung aufbringen, während England seine Militärlasten mit direkten Steuern auf Einkommen, Vermögen und Erbschaften aus den Taschen der Reichen und Wohlhabenden tilgt. Seit 1872 sind über 23 Milliarden für das Landheer und 5 Milliarden für die Marine, im ganzen also über 28 Milliarden für die Rüstung ausgegeben. Im gleichen Zeitraum hat das Reich über 5 Milliarden Schulden gemacht. Die Einnahmen des Reichs, die im wesentlichen aus Zöllen, indirekten Steuern und Stempelabgaben bestehen, betrugen in derselben Zeit nur 24½ Milliarden, die gesamten Schulden sind fast allein für die Forderungen von Heer und Marine gemacht. Da muß man immer wieder fragen, wo bleiben die Kulturaufgaben?

Woher soll die Fürsorge für die Veteranen, woher das Geld für die Witwen- und Waisenversicherung kommen? In der finanzpolitischen „Animierstube" Budgetkommission hatten die Hurrapatrioten förmlich zum Fordern neuer Mittel gedrängt; nur mit Rücksicht auf die kommenden Wahlen zügelten die bürgerlichen Parteien ihren Chauvinismus etwas; der Gedanke der Abrüstung, der Herabsetzung der Dienstzeit, der Schaffung einer Volkswehr hat in den bürgerlichen Köpfen keine Rast. Die mörderischen Maschinengewehre scheinen manchen ein Mittel gegen den „inneren Feind", gegen die Arbeiterschaft, welche mit unerträglichen Lasten, mit rechtlicher Ausnahmestellung und mit der Militärdiktatur gesegnet ist bis zur — Verzweiflung.

Genosse Noske benutzte einen interessanten Zwischenfall im Zentrumsturm, um die geriebene Roßtäuscherpolitik der Schwarzen zu kennzeichnen. Abgeordneter Heim, der bayerische Bauerndoktor, der oft mit dem frommen Generalstab in bitterster Fehde lebt, erklärte, gegen die Vorlage stimmen zu wollen. Er behandelte auch besonders den Vorgang in der Budgetkommission, wo zweierlei Kostenaufstellungen der Militärvorlage zur Kenntnis gekommen sind. Weil auch selbst die Bauern langsam über die stetig steigenden Militärausgaben zu räsonieren beginnen, jammerte Herr Heim über die schwer belastete Landwirtschaft. Deshalb stellte Genosse Noske fest, daß das Zentrum als Regierungspartei die Militärvorlage gehorsamst und ergeben bewilligt, aber bei dem unwissenden Volke mit der Heim-Rede seinen christlichen Bauernfang treiben wird.

Noske erhielt dann einen Ordnungsruf, als er die unehrlichen, verlogenen Broschürentiraden des Reichswahrheitsmarschalls v. Liebert gegen den Abg. Bebel beim richtigen Namen nannte. Unser Redner lenkte die Aufmerksamkeit auf die auffallende Erscheinung, daß der Zentrumsabgeordnete General Häusler, der früher für Reformen, z. B. Verkürzung der Dienstzeit, eintrat, jetzt zum Schweigen verurteilt ist. Dieser jetzt mit dem Papagenoschloß versehene Fachmann, der sonst die schärfste militärische Kritik übte, saß als einziger Zentrumsbruder an Heims Seite. Noske schloß mit der Perspektive: „Gibt es etwas Törichteres, den Millionen von Sozialdemokraten zu sagen, ihr dürft euch totschießen lassen, aber gleiches Recht habt ihr nicht. Aber Sie werden sich mit der Tatsache abfinden müssen, daß wir vier Millionen geworden sind, und die Stellung und Stimmung der Sozialdemokratie wird bei jedem künftigen Kriege sehr zu beachten sein."

Die Abstimmung ergab bei 11 Enthaltungen die Annahme des Quinquennates mit 248 gegen 63 Stimmen. Dagegen waren mit der sozialdemokratischen Fraktion die Polen, der Däne, die Zentrumsleute Heim, Häusler und der Elsässer Will. Enthalten haben sich zehn bayerische Zentrumsleute und der Elsasser Delsor. Alle anderen Elsaß-Lothringer haben gefehlt. Geschlossen für die Vorlage haben gestimmt die Parteien der Rechten und die beiden liberalen Parteien, also der alte Bülow-Block. Daß tatsächlich das Zentrum auch völlig militärfromm geworden ist, beweisen gerade die spärlichen Ausnahmen. Die dritte Lesung fand ohne jede Diskussion ihre Erledigung.

* * *

Die Militäretats-Debatte

gab der sozialdemokratischen Fraktion wieder Gelegenheit, das ganze Sündenregister der uniformierten Verwaltung aufzudecken. Genosse Noske beklagt die Verweigerung der von uns seit Jahren geforderten Lohnverbesserung für die Mannschaften, die bei den enorm verteuerten Nahrungsmitteln immer noch den 22 Pfennigsold der Bettler haben und sich trösten müssen mit den Heizern der Marine, denen die Zulage gestrichen worden ist. Die erstrebte Versorgung der Militäranwärter in den Krankenkassen hängt mit der Hetze gegen die Arbeiterverwaltung zusammen. Statt mit einer planmäßigen körperlichen Ausbildung der Jugend beschäftigt man sich im Kriegsministerium mit ihrer hurrapatriotischen und sozialistenhetzerischen Erziehung. Auch den Offizieren wird die Lektüre vorgeschrieben, wie das Verbot des „Simplicissimus" zeigt; dabei bleibt aber der beleidigende Ton im Kasernenrevier erhalten. Der Militärboykott, die Saalabtreiberei, die Lieferung der Soldaten zur Streikbrucharbeit beweisen immer wieder die politische Parteilichkeit des Kriegsministeriums.

Noske bringt dann drakonische Urteile der Militärgerichte zur Sprache, kritisiert die Gesinnungsschnüffelei beim Militär und schließt mit den Worten: „Wir entziehen uns dem Vaterlande nicht, wenn wirklich einmal ein auswärtiger Feind drohen sollte, aber dem volksfeindlichen Militarismus gegenüber gibt es für uns nur eine Parole: Krieg bis aufs Messer."

Der vom Genossen Noske erwähnte Angstmeier-Erlaß des Generals v. Bissing wird vom Kriegsminister v. Heeringen in seiner parlamentarischen Kriegervereinsrede in burschikoser Weise als eine Art Theorie eines Belagerungszustandes ausgegeben, der nur für Aufstände gedacht sei; es sei

der Passus der Verhaftung der sozialdemokratischen Abgeordneten im Falle einer Mobilmachung wieder ausgemerzt worden.

Da sich die Debatte immer mehr zu einer Attacke gegen die Sozialdemokratie entwickelte, griff Genosse Stücklen in den Kampf ein, um den Militarismus und seine kulturwidrigen Zustände noch mehr Spießruten laufen zu lassen: „Nach unserer Meinung gibt es kein gemeineres Verbrechen, als die Mißhandlung Wehrloser. Wenn das Offizierkorps wirklich ein besonders feines Ehrgefühl besäße, müßte es selbst dafür sorgen, daß die brutalen Mißbraucher der militärischen Gewalt ausgemerzt werden."

Ueber das zu Weihnachten in Baden verteilte antimilitärische Flugblatt sagt Stücklen, der Verfasser könne nur ein Wahnsinniger oder ein Lockspitzel sein, der von jener Seite gedungen wurde, von welcher aus das „Soldatenbrevier" stammt. (Bekanntlich hat sich diese Vermutung durch die Untersuchung bestätigt; es hat ein verschrobener Mensch eine kleine Partie solcher Zettel in der Schweiz drucken lassen.)

Der Kriegsminister, der nicht das parlamentarische Talent seines Vorgängers v. Einem besitzt, machte seine Sache auch diesmal recht ungeschickt; dabei gab er gutmütig sein Bedauern darüber kund, daß die Beförderung jüdischer Soldaten zu Offizieren am antisemitischen Geiste der Offizierkorps scheitere.

Ein dritter sozialdemokratischer Redner, Schöpflin, mußte auf die Schanzen, als der nationalliberale Osann, dessen Partei damals im preußischen Abgeordnetenhause gerade von den Junkerstallstiefeln mit Tritten übel zugerichtet wurde, sich zum Sprachrohr dieser Sippschaft im Reichstag machte und der Sozialdemokratie infamerweise unterstellte, daß es ihr nicht um die Abstellung der von ihr behaupteten schlimmen Zustände, sondern um die Lust am Skandal zu tun sei. „Wir geben gerne unser ungeheures Agitationsmaterial preis," entgegnete unser Genosse, „wenn die Nationalliberalen die von uns aufgedeckten Uebel abstellen." Dahin gehört auch die verfassungswidrige Behandlung der Juden bei der Justiz und beim Militär, während den junkerlichen Adelssprossen ein reiches Rebekkchen oft das Wappen vergolden muß. Genau so verfassungswidrig ist der Bissingsche Erlaß, für welchen dieser schneidige General vielleicht noch Beförderung zu erwarten hat. Schöpflin schloß mit den Worten: „Der Kriegsminister sagt uns, er mißbillige die Soldatenmißhandlungen. Wohl aber werden seine Ausführungen im Lande und in den Kasernen so verstanden werden, daß er die Soldatenmißhandlungen nicht so scharf mißbillige, wie sein Vorgänger. Gerade im Interesse des deutschen Heeres, dessen Ansehen im Auslande durch die ungenügend bestraften Soldatenmißhandlungen sicher nicht gewinnt, sollte der Kriegsminister darauf bedacht sein, das Heer von den Leuten zu befreien, die so bestialische Untaten begehen."

Nach dem dreitägigen Treffen konnte sich Herr v. Heeringen etwas aus der Gefechtslinie zurückziehen; er sandte seinen Departementsdirektor, General Wandel, vor die Front. In den folgenden fünf Sitzungen nahmen viele sozialdemokratische Redner bei den einzelnen Kapiteln das Wort. Genosse Kunert griff das sächsische Kriegsministerium an wegen der Verwaltung verschiedener geheimer Fonds, deren ungesetzlicher Verwendung durch Ueberführung in die Reichskontrolle entgegengetreten werden müsse. Zubeil behandelte die Klagen der Zivilmusiker über die militärische Konkurrenz, Hengsbach trat für menschenwürdige Behandlung der militärischen Untersuchungsgefangenen ein, Geck für die zur Uebung eingezogenen Lehrer und Zahntechniker.

Eine lebhafte, erregte Verhandlung knüpfte sich an die Mitteilung von den Spandauer Schießübungen auf Leichen, deren Richtigkeit nicht bestritten werden konnte. Gegenüber der Regierung und den bürgerlichen Parteien, als deren sachverständiger Generalredner der freisinnige Doktor Mugdan die wissenschaftliche Bedeutung dieses Spieles betonte, vertraten unsere Genossen Noske, Frank und Zietsch den Standpunkt der Kultur. Sie betonten, daß die Militärverwaltung sich hüten würde, mit den Leichen „besserer" Leute derartige Experimente vorzunehmen. Aus angeblicher Achtung vor dem entseelten Körper verweigert man in Preußen die Leichenverbrennung, aber Proletarierleichen durch Kugeln zerfetzen zu lassen, das erlaubt die christlich preußische Regierung. Sämtliche bürgerlichen Parteien übten sich förmlich im Beifallsgetöse, wenn ein Redner gegen die sozialdemokratische Kritik sich wendete, zur größeren Ehre des Christentums.

* * *

Genosse Albrecht beschäftigte sich als Fachmann mit der Geldverschwendung in den Bekleidungsämtern. In einem Amt mit 800 Arbeitern sind drei Stabsoffiziere, fünf Hauptleute, ein Rendant, fünf Inspektoren, ein Unterinspektor und siebzehn Unterbeamte angestellt. Dazu kommen noch 17 Handwerksmeister, so daß bei 300 Arbeitern 60 Aufsichtspersonen mitwirken. Tausende Arbeiter würden brotlos, wenn es nach dem Wunsche eines Zentrumsmannes ginge, der solche Arbeiten in Strafanstalten hergestellt haben will. Die Einrichtungen der großen Betriebe verdienten Anerkennung, sie seien den Heimarbeiten vorzuziehen und müßten noch weiter ausgebaut werden. Vom Genossen Böhle wurden die Ausführungen ergänzt. Er kam später wieder in einen heftigen Streit mit dem Kriegsminister wegen der vorjährigen kritischen Behandlung der Straßburger Militärwerkstätten. Herr v. Heeringen hält die Kritik für unzutreffend, weil die Arbeiter ihre volle Zufriedenheit unterschriftlich bekundet hätten. Böhle bestritt die Beweiskraft derartiger Zwangsbeurkundungen.

Selbst die edle Turnerei verursachte eine Debatte, wobei eine Resolution der Freisinnigen für die deutsche Hurraturnerschaft, gegen welche sich Genosse Schöpflin wandte, durchfiel. Genosse Noske ärgerte die Ostelbier mit einer Röntgenstrahlenbeleuchtung ihrer skandalösen Bereicherung an den Remonten.

Zum Schluß kam es bei der Besprechung der Militärarbeiterverhältnisse zu schweren Debatten mit den „christlichen" Abgeordneten. Die früheren Bemerkungen Hues über die Arbeiterwohnungen im Königreich Krupp veranlaßten den Christlichsozialen Behrens zu einer Verlästerung der Sozialdemokratie und zur Bekämpfung der uneingeschränkten Koalitionsfreiheit der Staatsarbeiter. Genosse Zubeil, der wieder für die Arbeiter des Spandauer Betriebes eintrat, und sein Kollege Hue, welcher namens der Fraktion die Uebertragung geschäftlicher Aufträge an nur tariftreue Firmen empfahl, spannten den christlichsozialen Arbeiter-„Zertreter" und Kruppschen Vertreter fest in das Joch und begründeten die sozialdemokratische Resolution, zu welcher auch die Genossen Hoch und Keil sprachen. Letzterer bemerkte: „Die Zeit wird kommen, wo auch die Heeresverwaltung sich damit abfinden muß, daß in ihren Betrieben die Arbeiter sich offen zur Sozialdemokratie bekennen, wie es in den übrigen Staatsbetrieben bei uns im Süden bereits der Fall ist, — ich betone das, wenn auch dem Kriegsminister die Haare darüber zu Berge stehen."

Unsere Resolution wurde abgelehnt; sie war gleichlautend mit jener, die beim Marineetat mit großer Mehrheit angenommen worden war. Die Grundsatzlosigkeit des Zentrums strahlte hierbei in vollem Glanze.

* * *

Am siebenten und letzten Tag kam es zur Auseinandersetzung über die

Veräußerung des Tempelhofer Feldes.

Im vorigen Jahre verkaufte der preußische Kriegsminister ohne Genehmigung des Reichstags einen Teil des dem Fiskus gehörigen Tempelhofer Feldes an die Gemeinde Tempelhof, hinter der eine sehr einflußreiche Bauspekulantengruppe steht, die durch Bebauung des verkauften Teiles ein Riesengeschäft machen wird. Der abgeschlossene Verkauf wirbelte viel Staub auf. Die Regierung stützte sich bei der Veräußerung auf ein Gesetz vom 25. Mai 1873 und auf die Tatsache, daß seit Bestehen des Reichs der Fiskus zahlreiche Grundstücke, ja ganze Festungsgelände verkauft habe, ohne daß jemals der Reichstag vorher gefragt oder von ihm später deshalb Monita erhoben wurden.

Ueber diesen Verkauf hatte schon in der Budgetkommission eine lange Beratung auf Grund sich widersprechender Gutachten der Staatsrechtslehrer stattgefunden. Durfte dieses Reichsfiskal durch den Kriegsminister ohne Zustimmung des Reichstages verkauft werden und hat man bei dem Geschäfte das öffentliche Interesse genügend gewahrt? Die Beantwortung dieser grundsätzlichen Fragen übernahmen die Genossen Richard Fischer und Ledebour, nachdem die militärfromme bürgerliche Gesellschaft wieder vollständig versagt hatte. Unsere Redner beriefen sich für die Notwendigkeit der Reichstagszustimmung auf das Etatsgesetz und die angeordnete nachträgliche Genehmigung bereits eingeleiteter Kaufverträge. Das jetzige Geschäft diene nur fiskalischen Zwecken und beachte nicht die Rücksichten auf Gesundheit und Wohlfahrt des Volkes. Wenn gegenüber der Berliner Stadtverwaltung, welche die Leidtragende ist, nicht mit Offenheit verfahren wurde, so spielt auch der Umstand mit, daß durch das schmähliche Dreiklassenwahlrecht eine für das Allgemeininteresse begeisterte Vertretung unmöglich ist. So haben jetzt bei der Erwerbung gewisse Spekulanten ihre Hände im Spiel, denen der kaiserliche Geschäftsfreund und Tafelgetränklieferant nicht fernstehen soll. Mit der Annahme einer die Regierung zu nichts verpflichtenden Resolution, in der ein Gesetzentwurf über die Einnahmen und Ausgaben des Reiches gefordert wird, salvierten sich die Kommis der Bauspekulanten. Eine freisinnige Resolution, die von der Regierung forderte, sie solle eine Verständigung zwischen Berlin und Tempelhof fördern, wurde abgelehnt.

* * *

Der Reichspostetat,

dessen „einnehmender" Charakter äußerlich vorteilhaft absticht von den anderen Ressorts, führte wieder zu lebhaften Szenen. Staatssekretär Kraetke steht dem Parlament mit jener Gelassenheit gegenüber, die hinter einer dicken Haut wohl verwahrt ist, aber doch zuweilen versagt. Der Staatssekretär stützt sich auf die gefüllte Kasse, kokettiert mit den wachsenden Ueberschüssen seines fiskalischen Geschäftsbetriebes und pflegt als angebeteter Kapitalist, der die Gelder für den Kriegsgott eintreiben hilft, im Verkehr mit der parlamentarischen Vertretung der misera contribuens plebs in militärischer

Kürze zu verhandeln. Er lächelte jetzt gelassen über die Beschwerden der Zentrumsredner wegen der Dienst- und Besoldungsverhältnisse der Postbeamten und -bediensteten; weiß Herr Kraetke doch, daß ohne den Segen der Priester des schwarz-blauen Blockes nichts von dem geschehen konnte, was jetzt nur zu wahlagitatorischen Zwecken kritisiert wird.

Die sozialdemokratische Fraktion brachte ihre Kritik an dem System Kraetke durch die Genossen Eichhorn und Zubeil vor. Wir bekämpfen, wie Eichhorn darlegte, den postalischen „Kraetkezismus", weil er die Reichspost immer mehr zu einer Maschinerie für Erzielung hoher Ueberschüsse auskonstruiert, während dieses Verkehrsinstitut der Allgemeinheit doch gefunden Grundsätzen moderner Kultureinrichtungen dienen, seine Angestellten ausgiebig ernähren und seine werbende Kraft nur auf das Notwendigste eines Saldo-Vortrages einrichten soll. Im jetzigen Etat werden 17 000 Unterbeamte in „gehobenen Dienststellen" angeführt mit einem Gehalt von 1400 bis 2100 Mk., 47 586 Unterbeamte mit einem Gehalt von 1100 bis 1700 Mk., 101 Postschaffner beim Post-Zeitungsamt mit 1200 bis 1700 Mk. und 25 000 Unterbeamte der Landbriefträgerklasse mit 1100 bis 1400 Mk. Insgesamt betragen die Gehälter dieser 89 687 Beamten 126 625 374 Mk., so daß sich ein Durchschnitt von 1434 Mark ergibt. Dazu kommen die Wohnungsgeldzuschüsse, die für diese Beamten 150 bis 480 Mk. betragen. Gehälter von 1100 Mk. bedeuten bei den gegenwärtigen Preisen des Lebensunterhaltes Hungerlöhne.

Als kulturelle Forderungen der nächsten Zeit bezeichnen wir die Einführung des 10-Pfennig-Portos für den Weltverkehr (Versuch mit Amerika), die Wiederherstellung des billigen Ortsportos für die Postkarte, Portoermäßigung für kleine Geldanweisungen. Eine kleinliche fiskalische Unduldsamkeit wurde Kraetkes Vorgehen gegen private Besorgungsinstitute (Messenger Boys) genannt, von welcher die Postverwaltung noch manches lernen kann, um ihren Monopolbetrieb zu verbessern. In der Personenfrage wird der alte bureaukratische Standpunkt der Post viel zu langsam geändert; es bleibt den unteren und mittleren Beamten immerhin erschwert, auf Grund ihrer praktischen Kenntnisse und gut geleisteten Arbeiten emporzusteigen. Vielfach wird Aufsichtspersonal in überflüssiger, schädlicher Weise verwendet. Die Koalitionsfreiheit der Postbeamten existiert immer noch nicht, von ungerechten Maßregelungen der Unterbeamten liegen abscheuliche Fälle vor. Dagegen vernachlässigt die Verwaltung sehr die Pflichten der sozialen Fürsorge. Die Wünsche der Oberpostassistenten bezüglich ihrer Endgehälter sind wohlberechtigte, es bedarf aber einer allgemeinen Revision der Besoldungsordnung wegen der unzureichenden Bezüge der beim Tarif ungerecht behandelten Unterbeamten.

Eine dahingehende Resolution hat die sozialdemokratische Fraktion eingebracht. Für die Lage dieser Beamtenkategorie konnte besonders Genosse Zubeil interessantes Material vorbringen, der dann auch die flagrante Verletzung des Briefgeheimnisses zur Sprache brachte, worauf Genosse Lehmann das Kraetkesche Sündenregister noch ergänzte.

Er bewies dem Staatssekretär durch einen Vergleich mit bayerischen Verhältnissen, daß wir in mancher Beziehung rückständig sind, z. B. hinsichtlich der Barfrankierung. Die Handelsstadt Mannheim entbehrt eines Postscheckamtes, die Bayern legten eines nach Ludwigshafen und nutzen die Notlage der Mannheimer Geschäfte aus. Auch im Zeitungsversand (Boten oder Pakete) ist der alte Zopf noch nicht beseitigt. Beim Telephon- und Telegraphendienst werden Damen aushilfsweise beschäftigt und mit Ar-

beiten überbürdet, um Personal zu sparen. Beim Wohnungsgeldzuschuß kommen Ungerechtigkeiten vor, z. B. in Wiesbaden und Vororten. Lehmann schließt sich dann der von Zubeil vorgetragenen Beschwerde an gegen die Mannheimer Polizeibehörde, welche durch Adressenübermittelung an die Polizei einen Bruch des Postgeheimnisses beging.

Allen Angriffen, auch denen des Freisinnigen Struve, begegnete der Staatssekretär entweder mit einer gereizten Derbheit oder er hüllte sich in tiefes Schweigen über die ihm unangenehmen Tatsachen. Noske empfahl, diesem „unsozialsten aller unsozialen oberen Reichsbeamten" das Gehalt zu verweigern. Schließlich gerieten sich die schwarz-blauen Brüder heftig in die Haare bei dem demagogischen Streit um die Frage, ob Junker oder Pfaffe die Postbeamten bei der Besoldungsreform am schlimmsten betrog.

Die sozialdemokratische Resolution wurde mit 162 gegen 139 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt, die fortschrittliche Resolution, welche eine Ausgleichung der unbeabsichtigten Härten verlangt, mit den Stimmen der Linken, der Polen und Antisemiten angenommen.

Der bürgerliche Stimmenfang-Antrag, der sich nur auf die Oberpostassistenten bezieht, wurde vorher gegen 55 Stimmen unserer Fraktion und einiger Bürgerlicher gutgeheißen. Ebenso wurde ein von Lehmann begründeter sozialdemokratischer Antrag abgelehnt, der die Beobachtung der Tarifverträge mit Arbeitern durch die Lieferanten der Postverwaltung erstrebt. Auch dabei trat wieder die Gleichgültigkeit der Rechten und des Zentrums gegenüber den Arbeiterinteressen zutage.

Genosse Böhle wünschte für Straßburg eine Vermehrung des Beamtenpersonals und tadelt die Propaganda der Metzer Verwaltung für den Flottenverein. Noske kennzeichnet die unzureichende Bezahlung der Telegraphenarbeiter im Kraetkeschen „Musterbetriebe", in welchem durch die Hungerlöhne schon mancher Postbediensteten zum Verbrechen getrieben wurde.

Eine zahme Resolution Wiedeberg, welche den Verkehr der Arbeiterausschüsse mit der Oberpostdirektion platonisch regeln will und eine Pensionskasse der Arbeiter empfiehlt, ist gegen die Stimmen der Konservativen gutgeheißen worden.

Für die patriotischen Ostmarkenzulagen stimmte der Bülow-Block.

So hofft nun die herrschende Klasse auf den 72 Millionen-Ueberschuß, den Herr Kraetke verlockend anpries. Mit der Verbilligung des Verkehrs ist es nichts, und die zahlreichste Beamtenkategorie des Reiches, in deren Reihen die Unterbeamten bittere Not leiden wegen verteuerter Nahrung und Wohnung, können weiter hoffen und harren auf eine Verbesserung. Die Postbeamten müssen durch die Erkenntnis der Wahrheit dazu kommen, den herrschenden Parteien ihr Vertrauen zu entziehen und das beschämende Wort Kraetkes zu widerlegen: „Jedenfalls haben die Unterbeamten den Herrn Zubeil nicht gewählt." Würde es nach dem Willen der Sozialdemokratie gehen, dann hätte der heutige Staat nicht nötig, die Arbeitskräfte seiner Postbeamten in dieser trostlosen Manier auszubeuten. Fort mit dem blutsaugenden System des Militarismus, weg mit den grausamen Lebensmittelzöllen und ungerechten indirekten Steuern, und heran mit der direkten und progressiven Besteuerung der Vermögen, des Einkommens, der Erbschaften! Nur um die Stimmen der oberen Postassistenten sich zu sichern, plädierten die bürgerlichen Parteien für eine Gehaltserhöhung; bei den Unterbeamten hielt die Beamtenliebe des Schnapsblockes nicht mehr stand.

Herr Kraetke in seiner freien Wohnung bei 80 000 Mk. Gehalt und 14 000 Mk. Repräsentationskosten, sein Unterstaatssekretär mit 20 000 Mk., seine Direktoren mit 14 000 bis 17 000 Mk. Gehalt werden Zubeil nicht wählen. Das müssen jene Beamten tun, welche das Rätsel zu lösen haben, wie man mit 1100 Mk. Gehalt eine Familie ernähren soll.

* * *

Der Etat für Sozialpolitik.

(Reichsamt des Innern.)

Wie wenig ernsthaft Regierung und bürgerliche Parteien es mit der sozialpolitischen Erörterung im Reichstage nehmen, zeigt sich schon äußerlich. Spät (am 11. März) kommt der Etat des Reichsamtes des Innern zur zweiten Lesung, der doch der gesamten Finanzwirtschaft des Reiches die Richtung vorzeigen müßte; so rasch wie möglich will man darüber wegkommen. Denn es herrscht, wie der Redner des regierungsfähigen Zentrums, Abg. Pieper, bestätigte, in den gesättigten Kreisen eine „soziale Ermüdung". Dem Missionar der Glabbacher Präparandenschule fiel die Aufgabe zu, dieser sozialpolitisch ermüdeten Regierung und Reichstagsmehrheit einen mit Arbeiterwohlfahrtsrezepten reichgespickten Wunschzettel vorzulesen, um billige Wahlreklame für die schwarze Firma des Lebensmittelwuchers zu treiben. Dann hobelte der konservative Tischlermeister Pauli den Mittelstand zünftig zurecht. Genosse Fischer wies die Piepersche Lobpreisung unserer Sozialpolitik zurück und rekapitulierte die sozialpolitischen Arbeiten dieses Reichstages, deren Fortführung in der Thronrede uns zum Trutze so pomphaft angekündigt wurde. Nach Posadowskys Sturz kam Theobald von Bethmann Hollweg als Staatssekretär gegen arbeiterfreundliche Sozialpolitik, der mit dem Zehnstundentag, mit der Ausdehnung der Sonntagsruhe, mit dem Arbeitskammergesetz und der Reichsversicherungsordnung anreizte, aber wenige und höchst arbeiterfeindliche Taten den hohen Versprechungen folgen ließ. Das zu Anfang der Session oppositionslustige Zentrum forderte für seine schönklingenden Wünsche endlich einmal greifbare Vorlagen. Als es dann bei der Finanzreform den Arbeitern die Steuerlasten aufgebürdet hatte, ging das Zentrum ins Regierungslager über und damit jedem Arbeiterschutz kampflos aus dem Wege. In den vier Jahren kam das Gefühl der sozialpolitischen Ermüdung auch über das Zentrum; es hilft sogar an Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiter herumdoktern, indem es, z. B. in Bayern, Arbeiter mit sozialdemokratischer Gesinnung nicht im Staatsdienste dulden will. So treibt das Zentrum, dessen Abgeordneter Giesberts die sozialdemokratischen Arbeiter als Brüder bezeichnete, die Inquisition der Gesinnung. Was mag der Arbeiterstand auch von einer Partei erwarten, deren bischöflicher Protektor zu Regensburg, Herr Henle, Anno 1910 den Grundsatz verkündete: Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben!?

In das hohe Lied von der aufsteigenden Konjunktur stellte die Regierung die Strophe von dem 4 Milliardensegen jährlichen Ueberschusses im deutschen Erwerbsleben. Daraus müßte gefolgert werden, daß unsere Industrie die Mittel zur Durchführung der Sozialpolitik aufbringen kann. Solche Beträge für die Arbeiterversicherung berechnen die Unternehmer nach den Worten eines konservativen Reichstagsabgeordneten auf dem Unkostenkonto als Lohnteil mit höchstens ½ Proz. des Jahresumsatzes, ohne daß es deshalb eines großen Geschreis erfordert. Die Krankenversicherung kostet pro Versicherten 7,55 Mk., die Unfallversicherung 8 Mk. pro Kopf, die Alters- und Invaliden-

versicherung 5,80 Mk., also im ganzen kommen pro Jahr auf jeden Versicherten zirka 21,35 Mk., das macht auf den Tag berechnet ganze sieben deutsche Reichspfennige. Und wenn wir die Industrie und die Landwirtschaft besonders betrachten, so macht es in der Industrie 12 Pf., in der Landwirtschaft 5 Pf. pro Kopf.

Wie präsentieren sich die Opfer der Arbeiter gegenüber diesen Geldbeträgen? In einem einzigen Jahre sind bei den Unfällen 9363 Personen zu Tode gekommen, 1108 sind dauernd Krüppel geworden; die Verunglückten hinterließen 6272 Witwen und 13 388 Waisen. Dennoch sind Konservative und Zentrum bemüht, das Gesetz für Unfallverhütung umzuwandeln in ein Gesetz gegen Unfallverhütung. Besonders hoch ist die Zahl der Unfälle an landwirtschaftlichen Maschinen. Von den 21 022 Unfällen, von denen Arbeiterinnen über 16 Jahre betroffen wurden, entfallen auf die Landwirtschaft 18 236, wie unser Etatsredner mitteilte.

Beide genannten Parteien bekämpften in der Reichsversicherungskommission die sozialdemokratische Forderung, dem Reichsversicherungsamte die Befugnis zum Erlaß der Schutzvorrichtungen zu gewähren.

Bei dem inniglichen Verhältnis des Zentralverbandes der Industriellen zur Regierung mußte die große Gewerbeordnungsnovelle untergehen; es paßt nicht zur jetzigen Herrenparole, „die Gewerkschaften niederzukämpfen und zu vernichten". Wenn das Brechen der Macht unserer gewerkschaftlichen Organisationen den bürgerlichen Parteien und der Regierung nicht in dem erstrebten Maße gelang, verdankt es die Arbeiterschaft den Sozialdemokraten. Mit der Verstärkung unserer politischen Macht bei den nächsten Reichstagswahlen schützen sich die deutschen Arbeiter am besten gegen die Gewaltstreiche der Unternehmer.

Der Reichsparteiler Linz forderte — da der Staatssekretär Dr. Delbrück auf Fischers scharf gezielte Angriffe noch schwieg — den Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien gegen „den Despotismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften"; es sei das Recht eines Unternehmers, zu proklamieren, er beschäftige keinen sozialdemokratischen Arbeiter. Später ergriff der Staatssekretär doch das Wort, um dem Abgeordneten Fischer die vielen dem Reichstag von oben zugegangenen sozialpolitischen Vorlagen als einen Beweis der nirgends erreichten Regierungsfürsorge für das Arbeiterwohl zu bezeichnen. Andere Leute schließen aber aus dem vielen beigebrachten Flickmaterial auf einen sehr prekären Zustand des deutschen Arbeiterschutzes. Herr Delbrück will eine Regelung der Tarifverträge mit der Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine verknüpfen, die dann mit ihrem Vermögen haften würden. Das erinnert an die Methode der Preßerdrosselung mit der auf 20 000 Mk. erhöhten Geldstrafe für Beleidigungen.

Genosse Hoch gab dem Staatssekretär Delbrück die Antwort auf dessen Lobgesang. Dem Arbeiterkammergesetz widerstrebt die Regierung, weil die Arbeitersekretäre zugelassen sind, und die Gewerbeordnungsnovelle enthalte nur noch, was der Zentralverband gnädigst genehmigte. Nur 2 Millionen stehen für die Förderung der Kleinwohnungen zur Verfügung, weil nach den Worten des Zentrumsführers, der 141 Millionen für eine neue Heeresvorlage übrig hat, nicht mehr Geld vorhanden sei. (Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der eine halbe Million mehr, also 2 500 000 Mk., forderte, ist abgelehnt worden.) Bei den Fragen, welche die Arbeitsverhältnisse der Bureauangestellten, die Konkurrenzklausel, den Fortbildungsschulzwang usw. betreffen, versagte die Regierung; dagegen verfolgt ihre Polizei die proletarischen Jugendorganisationen unter

offener Verhöhnung von Gesetz und Recht, während die „christlichen" ungehindert ihre Politik treiben dürfen. Arbeiter der Staatsbetriebe werden durch einen verfassungswidrigen „Terrorismus" von den Konsumvereinen abgehalten; Lehrer werden gemaßregelt, weil sie in eine Versammlung gehen, worin ein Sozialdemokrat spricht. Wie bei der Witwen- und Waisenversicherung hat der Reichstag auch bei der Privatbeamtenversicherung total versagt. Zur Entwickelung des Großkapitals führt Genosse Hoch an: Die Riesenbetriebe haben sich seit der Gewerbe- und Betriebszählung von 1895 bis zu der von 1907 von 208 mit 408 776 Arbeitern und 552 741 Pferdestärken auf 385 mit 987 467 Arbeitern und 1 812 172 Pferdestärken vermehrt; während die Zahl aller Betriebe um 10,6 Prozent gewachsen sind, sind die Riesenbetriebe um 85,1 Proz. gewachsen. Die Arbeiterschaft im ganzen ist um 43,3 Proz. gestiegen, die in den Großbetrieben um 141,6 Proz. Die Zahl der Pferdestärken um 130 Prozent, die in den Großbetrieben um 231,5 Proz. Was das bedeutet, zeigt sich in der Vereinigung des Geldes in den Großbanken und in der Vereinigung der Riesenbetriebe zu Kartellen. Die Berliner Großbanken arbeiten mit einem Kapital von fünf Milliarden, die Deutsche Bank hatte im letzten Jahre einen Umsatz von 112 Milliarden. Auch der deutsche Mittelstand kommt nach und nach zum Verständnis und beklagt den Schaden, welchen die Selbstsucht der Agrarier, der industriellen Kartelle und der Hochschutzzollpolitik dem Volke zufügt. Die Arbeiterschaft vermag alle feindseligen Anschläge des Scharfmachertums zu vereiteln, je geschulter, intelligenter und sittlich gefestigter das Proletariat ist. Sie wird durch Beseitigung des Kapitalismus das neue Kulturwerk der Volksbefreiung vollenden trotz alledem.

Von den verlegenen Worten, welche der Staatssekretär Dr. Delbrück zu seiner Rechtfertigung vorbrachte, sei der Originalität wegen verewigt, daß er den Arbeitern empfahl, dem heutigen selbstlosen „uneigennützigen deutschen Staat" für die hohe Kultur dankbar zu sein. Man war einen Augenblick im Zweifel, ob der Lobredner noch mit seinen Füßen auf preußischem Boden stehe, dessen schauderhafte Kultur nachher ein polnischer Pfarrer an Beispielen der Arbeiterausbeutung und -entrechtung so drastisch schilderte, daß es jedem Menschenfreund kalt den Buckel hinaufging. Der Staatssekretär senkte sein Haupt und — — schwieg.

Genosse Sachse übernahm es, dem heißen Bemühen Giesberts, eines leichtfertigen Zitatenkünstlers, entgegenzutreten, die Gewerkschaften gegen die sozialdemokratische Partei aufzuhetzen. Die Arbeiterfreundlichkeit seiner Partei will der Zentrumsredner selbst aus Bebels Mund vernommen haben. Die M.-Gladbacher Verrenkungsschule vermag aber nicht, die Aufmerksamkeit vom Tigerkampf im christlichen Gewerkschaftslager, worin sie sich per „Räubersynode" titulierten, abzulenken; Bebel hat, wie wir alle, die völlige Unabhängigkeit der Arbeiter außerhalb der Betriebe gefordert, was nicht mit dem vom bayerischen Zentrum verlangten Ausschluß der Sozialdemokraten aus dem Eisenbahndienst und mit der bischöflichen Knechtsparole zusammenstimmt. Der Zwist im christlichen Lager entstand mit dem Bemühen der Organisationsleiter, die Arbeiter dem Unternehmerlager dienstbar zu machen, also sie zum Verrat zu verlocken. Sachse erinnert die Bürgerlichen an das Boykottsystem des Hefesyndikats, an den Terrorismus des Kalisyndikats, an denjenigen etlicher nationalliberaler Unternehmer in Bochum und an den allerschrecklichsten Schrecken des Bundes der Landwirte; heute gehören die schwarzen Listen zu den gemeinsten Hauptwaffen des Arbeitgeberterrorismus. In Schlesien ist ein mit Kindern gesegneter Knappschaftsältester gemaßregelt worden, weil er die Wahl zur Vertretung seiner Kollegen angenommen hatte.

Auch gegen den Beruf der armen Hausierer hilft das Zentrum kämpfen; der antisemitische Bäckermeister Nieseberg macht die Politik der Brotverteuerung mit und bildet sich ein, Volksvertreter zu sein.

Ein einheitliches Reichsbergrecht fordert die sozialdemokratische Fraktion, vor allem den gesetzlichen Achtstundentag, die Einführung der Grubenkontrolleure. Die Ergebnisse der Untersuchungen über die Knappschaftsverhältnisse müßten gedruckt und jedermann zugänglich gemacht werden; die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter unter Tag soll verboten werden. Zur Kassenwahl wird das gleiche und geheime Wahlrecht gefordert. Die entstehenden Kosten sind leicht aufzubringen. Der Staatssekretär möge seine Aufmerksamkeit auch den Realabgaben zuwenden; die grundbesitzenden Fürsten und Grafen ziehen Unsummen aus ihrem Besitz; die Familie Arenberg allein hat in einem einzigen Jahre 1 393 000 Mk. erhalten.

Die Kohleneinfuhrzölle, die von der rheinisch-westfälischen Kohlenindustrie verlangt werden, sind schon deshalb nicht notwendig, weil unsere Kohleneinfuhr sinkt, unsere Kohlenausfuhr steigt. Außerdem würde durch einen Kohlenzoll die schlesische Kohlenindustrie stark geschädigt werden.

Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt.

Genosse Schmidt regt an, daß die Bauberufsgenossenschaften besondere Schutzmaßregeln, besondere Rüstungen bei dem gefährlichen sogenannten „über die Hand mauern" erlangen. Den Arbeitern liegt selbstverständlich nicht an der geringen Rente, sondern an der Verhütung der Unfälle überhaupt. Einige Bauberufsgenossenschaften haben solche Vorschriften erlassen, das Reichsversicherungsamt sollte für ihren allgemeinen Erlaß sorgen.

Aus der Spezialberatung seien einige Wichtigkeiten erwähnt. Unter dem vielversprechenden Titel „Fürsorge für vorübergehend Arbeitslose" verlangte eine konservative Resolution die Unterstützung des „Vereins für innere Kolonisation". Genosse Severing nahm dazu Stellung. Bei einer auch uns sympathischen Sache kämen wir nicht um bestimmte Kautelen für die richtige Verwendung der Reichsmittel herum. Durch Einschränkung der Rüstungsausgaben sind reichliche Mittel zu beschaffen.

Genosse Geck befürwortet die Eingabe der deutschen Lehrerschaft wegen Errichtung eines Reichsschulmuseums neben den schon bestehenden Provinzinstitutionen.

Genosse Metzger tritt mit aller Entschiedenheit der Einführung eines Fischzolles entgegen. Die arbeitende Bevölkerung hat wegen der agrarischen Verteuerung des Fleisches ein Interesse an billiger Fischnahrung. Dagegen fordert Metzger eine Seeschiffskontrolle, wie sie der Reichstag bisher vergebens erstrebte, unterstützt von allen Seefahrern. Die geradezu bedenklichen Verhältnisse veranschaulicht Metzger an den Unfällen der Dampfer „Palermo", „Genua" und „Savona" einer Hamburger Reederei, wobei 65 Seeleute umkamen. Wenn man bedenkt, daß in den zehn Jahren von 1897 bis 1906 nicht weniger als 860 deutsche Seeschiffe untergegangen sind und dabei 2185 Seeleute nebst 61 Passagieren ihr Leben eingebüßt haben, so muß man die Notwendigkeit einer schärferen Aufsicht ohne weiteres anerkennen. Nicht an Vorschriften der Kontrolle fehlt es, wohl aber an der Handhabung, um die Profitgier der Unternehmer im Zaume zu halten. In skandalöser Weise brachte es gegenüber der bisherigen einstimmigen Forderung des Reichstages ein Regierungsvertreter über sich, die Zustände als nicht beklagenswerte hinzustellen und selber den Reedereivertreter zu spielen, wo es sich um größeren Schutz für die Gesundheit und das Leben Zehntausender handelt.

Genosse Schwartz teilte mit, daß die Bemannung oft wichtiger ist als das Alter der Schiffe. Er sei auf einer „alten Dame gefahren, die 65 Jahre zählte" und noch durchaus leistungsfähig war. Zu wenige und meist zu junge Leute würden bei der Besatzung verwendet; die Ausbildung sollte mehr auf den Kauffahrteischiffen, statt auf der Kriegsmarine geschehen. Die Seeleute selber müssen an der Schiffskontrolle beteiligt sein.

Genosse Molkenbuhr fertigte den Ministerialdirektor v. Jonquières wegen dessen Unkenntnis der Dinge tüchtig ab. Bei all der Wasserbegeisterung, die bei uns vorhanden ist, wird die Seeschiffahrt von der Gesetzgebung doch recht stiefmütterlich behandelt. Nach dem Untergang der „Deutschland" wurde der vor die englischen Geschworenen gestellte Kapitän zwar freigesprochen, aber die Geschworenen sprachen gleichzeitig aus, daß die besten zur Berechnung der Distanz bekannten Mittel, sowie die besten Vorrichtungen zum Herablassen der Boote sich nicht an Bord befunden hätten. Hätten wir damals schon ein Seeamt besessen, so wäre der Kapitän nach englischem Recht vor das deutsche Seeamt gestellt worden, und damals wurde das Seeamt geschaffen mit in der Absicht, solche blamablen englischen Urteile zu verhindern. Wir fordern staatliche Kontrolle über die Sicherheit der Schiffe, im Interesse von Leben und Gesundheit der seefahrenden Bevölkerung.

* * *

Das Reichsgesundheitsamt

ist eine Abteilung des Reichsamts des Innern. Die sozialdemokratische Fraktion ließ bei der diesjährigen Beratung durch den Genossen Zietsch in einem ausführlichen Vortrage die Proletarierkrankheit, die Tuberkulose, behandeln. Die Angaben über die Krankenziffer schwanken zwischen 800 000 und 1 300 000. Während das Reich Hunderte von Millionen für den Militarismus ausgibt, sind in den Etat ganze 100 000 Mk. eingestellt zur Erforschung der Tuberkulose. Mehr als vom Reich geschieht von den Einzelstaaten und den Gemeinden, und besonders von den Krankenkassen und Versicherungsanstalten, die auch Heilbehandlung gewähren. Sehr charakteristisch ist es, daß das Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose seine Haupteinnahmen aus einer Lotterie bezieht. Vom Reiche hat es in den fünf Jahren von 1905 bis 1909 300 000 Mk. erhalten, während es aus der Lotterie 1,6 Millionen Mark Einnahmen erzielte. Die verschiedenen Anstalten zur Bekämpfung der Tuberkulose verfügten im Jahre 1910 über 13 160 Betten; was bedeutet das gegenüber einer Krankenziffer von 1 300 000! Als Ursache der Schwindsucht kommen ja hauptsächlich ungenügende Ernährung, schlechte Wohnungsverhältnisse und ungesunde Zustände an den Arbeitsstätten in Frage; die Tuberkulose ist eben nach übereinstimmender Ansicht aller Forscher in erster Linie eine Gewerbekrankheit, eine Berufskrankheit. Von allen Krankheiten der Arbeiter sind 33⅓ Proz. tödlich verlaufende Tuberkulose. Nach den Feststellungen des Professors Sommerfeld ist in der landwirtschaftlichen Bevölkerung unter den Sterbefällen der Prozentsatz der an Tuberkulose Verstorbenen 15,8, im Handel und Verkehr 24, in der Industrie 34,9. Mit je stärkerer Staubentwickelung die Arbeit verbunden ist, um so größer ist die Gefahr der Tuberkulose. Besonders gefährdet sind die Glasschleifer, deren durchschnittliches Lebensalter nur 42 Jahre beträgt. Am allerschlimmsten liegen die Verhältnisse für die Porzellanarbeiter. Dr. Lagner hat im Selber Bezirk festgestellt, daß sieben Zehntel aller Porzellanarbeiter an Erkrankungen der Atmungsorgane sterben. Während bei der Bevölkerung im

allgemeinen 28,4 Proz. der Sterbefälle auf Tuberkulose fallen, sind es bei den Porzellanarbeitern 67,2. Die Todesfälle an Altersschwäche sind für die allgemeine Bevölkerung ein Drittel aller Fälle, für die bürgerliche Bevölkerung ein Fünftel, für die Arbeiter ein Sechstel und für die Porzellanarbeiter ein Neununddreißigstel. Eine wesentliche Ursache liegt auch in dem starken Vordringen der Frauenarbeit in den Porzellanfabriken; hier hat sich die Zahl der arbeitenden Frauen von 1895 bis 1907 von 11 800 auf 22 500 vermehrt, also fast verdoppelt, während die Zahl der männlichen Arbeiter nur von 29 000 auf 39 000 gestiegen ist. Die Frauen und Mädchen werden in den Porzellanfabriken zum Teil mit den schwersten Arbeiten beschäftigt. Genosse Zietsch geht auf die Arbeitsverhältnisse, Lohnfragen usw. genauer ein und zeigt, daß der Unternehmergewinn aus diesen armen Arbeitern bis zu 35 Proz. Dividende herausschlägt. Schlechte Kost, Wohnräume, geringe Löhne, lange Arbeitszeit, terroristische Unterdrückung der um bessere Lebensstellung kämpfenden Arbeiter ist die Signatur.

Genosse Lehmann begründete unsere Resolution, welche eine grundsätzliche Anmeldepflicht aller Fälle gewerblicher Vergiftungen fordert. Er wünscht eine strengere Beachtung der Bundesratsverordnung über die Bleifarbenverwendung. Auch gegen die unbegründete Absperrung der Grenze zur Unterbrechung der französischen Schlachtviehseinfuhr findet Lehmann eine scharfe Kritik. Unser Antrag wurde angenommen.

* * *

Reichsversicherungsamt.

Von den Versicherungsanstalten sind 447,4 Millionen Mark für „Wohlfahrtseinrichtungen überhaupt", darunter 116 Millionen zu 3 Proz. für Zwecke, deren genaue Bezeichnung der Genosse Sachse wünschte.

Genosse Sachse wies auf den skandalösen Zustand hin, daß die schlesische Landesversicherungsanstalt dem Fürsten Pleß zu einem billigeren als sonst üblichen Zinsfuß Geld zum Bau von Beamtenhäusern gegeben hat. Daß dieser Mißbrauch mit den Versicherungsgeldern öffentlich angenagelt wurde, war der Regierung sehr fatal. Ein Geheimrat mußte die Erklärung abgeben, daß die Landesanstalten angewiesen worden sind, nicht unter 3½ Proz. Zinsen Gelder auszuleihen.

Als eine Musteranstalt für Rentenentziehung kennzeichnete Genosse Sachse wieder die schlesische. Im Reiche ist von 1903 bis 1910 ein Rückgang der „festgesetzten Invalidenrenten" um 38 203 — eine erschreckende Zahl! — zu verzeichnen; dagegen wuchs das Vermögen der Versicherungsanstalten um 400 Millionen Mark, auf 1¼ Milliarden. Wie in Schlesien, so gingen auch in Brandenburg die Rentenbewilligungen um die Hälfte und mehr im Jahre zurück. Entsprechend vermehrt sich die Zahl der Berufungen gegen die Entziehungsbescheide. Es wird rigoros bei der Rentengewährung und -entziehung verfahren. Der Krebsgang der Sozialpolitik tritt hier deutlich hervor.

Genosse Schmidt betonte das Interesse der Arbeiter an Vorschriften der Unfallverhütung beim „Ueber-die-Hand-mauern". Genosse Severing zeigt, daß die Grundsätze der Kaiserl. Kanalamtsbroschüre „Arbeiterwohlfahrt beim Kaiser-Wilhelm-Kanal" in der Praxis sehr wenig bemerkbar sind.

* * *

Die Dresdener Hygieneausstellung und die Gewerkschaften

brachte beim Reichsgesundheitsamt der Genosse Zietsch in Erwähnung, nachdem er die Ursachen der Tuberkulose dargelegt. Der praktischen Beteiligung der Gewerkschaften an der Veranstaltung in Dresden arbeiteten die Unternehmer entgegen aus Furcht vor einem Anschauungsunterricht, der ein Stück sanitärer Unkultur unseres Militär- und Klassenstaates in das richtige Licht gesetzt haben würde, während die Unternehmer doch nur die Lichtseiten der Heimarbeit zeigen wollten. Die Unternehmer schlugen vor, alles Aufzustellende einer Jury aus Arbeitern, Arbeitgebern und Unparteiischen zu unterbreiten; als aber die Arbeiter als Unparteiische die Herren v. Berlepsch und Professor Francke vorschlugen, winkten die Unternehmer ab. Wegen dieses Nichtwollens der sächsischen Unternehmer- und Regierungskreise waren die Vertreter der Arbeiterschaft genötigt, ihre Mitwirkung zurückzuziehen. Der Präsident des Reichsgesundheitsamtes hat die Hygiene für ein neutrales Gebiet erklärt, auf dem in der Regel ein erfreuliches übereinstimmendes Mitarbeiten der verschiedenen Parteien erfolge. Bei der sächsischen Regierung sind seine Worte nicht auf fruchtbaren Boden gefallen. Doch wird das keine besondere Eigentümlichkeit der sächsischen Regierung und der sächsischen Unternehmer sein, auch weitere Kreise der Unternehmerschaft sind eines Sinnes mit ihnen; ihnen ist es ein Greuel, die Arbeiter mitarbeiten zu sehen, um die Schäden der Industrie aufzudecken, und bei ihrem arbeiterfeindlichen und gesundheitschädigenden Treiben haben die Unternehmer immer das volle Verständnis der Regierung gefunden. Was sich in Dresden gezeigt hat, die Brüskierung und Ausstoßung der Arbeiter bei einem solchen Unternehmen, ist nur in Deutschland möglich. In Belgien hat man die Heimarbeitausstellung der Arbeiterschaft überlassen; man vertraute ihrer Erfahrung, ihrer Objektivität und ihrem heiligen Ernst, daß sie nur das zeigten, was wahr ist, und die Arbeiterschaft hat bewiesen, daß sie ernstlich bemüht ist, mitzuarbeiten an der Bekämpfung der Schäden, die wie ein fressendes Krebsleiden die Volksgesundheit verwüsten. Die Dresdener Hygieneausstellung aber zeigt schon von Anfang an den moralischen und intellektuellen Bankrott der Unternehmerschaft durch ihre Unvollkommenheit. In Deutschland kann nie etwas Ordentliches zustande kommen, wenn die Arbeiter in solcher Weise von der Mitarbeit ausgeschlossen werden.

Der Staatssekretär Dr. Delbrück war nicht bereit, auf die Angriffe sich zu äußern. Später wurden die Mitglieder des Reichstages eingeladen, per Extrazug sich nach Dresden zu begeben. Die sozialdemokratische Fraktion beteiligte sich nicht daran.

* * *

Gegen die Abonnentenversicherung

wandte sich eine vom Reichstag angenommene Resolution des Zentrums, welche den Nationalliberalen zu radikal war, von der sozialdemokratischen Fraktion aber befürwortet wurde. Genosse Schwartz, der die zweifelhafte Natur einer solchen bei der anständigen Presse verschmähten Reklame betonte, kennzeichnete dabei die Zentrumsmoral mit dem doppelten Boden. So griff z. B. in Freiburg i. B. ein Zentrumsblatt, um sich der Konkurrenz eines jüngeren Zentrumsblattes zu erwehren, zu dem Mittel der Abonnentenversicherung. Auch das Blatt des Herrn Giesberts, die „Essener Volkszeitung", betreibt das Versicherungsgeschäft. Vollständig frei von solchen Manövern hält sich nur die sozialdemokratische Arbeiterpresse.

Bei diesem Anlaß trat Genosse Stolle für die Verstaatlichung der großen Versicherungsgesellschaften ein, von denen einige durch die Kartellierung riesenhafte Gewinne verteilen.

* * *

Das Kanalamt

hat in einer Denkschrift arbeiterfreundliche Grundsätze zur Schau getragen, die aber, wie Genosse Severing bewies, so wenig befolgt werden wie im Betriebe des Militär- und Marineamts. Um recht geringe Löhne zu zahlen, lockt man unter trügerischen Vorspiegelungen fremde Arbeiter herbei, gewährt dagegen einheimischen ausgesperrten Arbeitern keine Aufnahme. Lohnreduzierungen wurden zur Weihnachtszeit vorgenommen. An frischem Trinkwasser mangelt es und an der wirksamen Bekämpfung des Alkoholismus.

* *

Der Witwen- und Waisentrost.

Zum Frühlingsanfang beeilte sich die bürgerliche Mehrheit des Reichstages, einen Wortbruch gesetzlich festzulegen. Der § 15 des Zolltarifes von 1902 sah für die armen Leute, die jetzt mit dem Hungertarif noch mehr gepeinigt werden sollten, eine vom bösen Zentrumsgewissen vorgeschützte winzige Witwen- und Waisenversicherung vor, die am 1. April 1911 ins Leben treten sollte. Diese Lex Trimborn blieb ein papiernes Nichts, und jetzt werden die an der Nase herumgeführten Proletarier auf den 1. Januar 1912 vertröstet. Dieses Experiment wurde gemacht gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und Polen. Ein Kollegium über die Geschichte dieser Hinterbliebenenversicherung, welche schon 1899 vom Freiherrn v. Stumm im Reichstag zum Antrag an die Regierung erhoben worden ist, las der Genosse Molkenbuhr zur Kennzeichnung einer wahrhaftigen Hanswurst-Sozialpolitik des Zentrums.

Zunächst versprach der Zentrumsabgeordnete Herold, daß die Mehrerträge der gesamten landwirtschaftlichen Zölle für die Hinterbliebenenversicherung angesammelt werden sollten. Dann schränkte der Zentrumsabgeordnete Trimborn durch seinen ersten Antrag in der Kommission dieses Versprechen ein und verlangte, daß nur die Mehrerträge aus den Zöllen für Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Vieh, Fleisch, Butter, Eier, Käse, Mehl und sonstige Mühlenprodukte für die Hinterbliebenenversicherung angesammelt würden. Das Zentrum ging so weit, weil es nicht auf die Annahme des Antrages rechnete. Aber wider Erwarten fand der Antrag eine Mehrheit, und da verschlechterte der Abgeordnete Trimborn im Plenum selbst, ohne jeden äußeren Anlaß, seinen Antrag, indem er die Erträge aus Gerste, Hafer, Butter, Eier und Käse aus dem Antrag herausstrich und statt „Mehrerträge" setzte „Mehrerträge pro Kopf der Bevölkerung", wodurch dem Reich bei der steigenden Bevölkerungszahl steigende Einnahmen gesichert wurden. Im Etat finden wir die sehr schöne Ueberschrift: „Zur Kapitalansammlung behufs Erleichterung einer Witwen- und Waisenversicherung". Dann folgt erste Spalte für 1911: Gedankenstrich. Für 1910: Gedankenstrich, mithin mehr: Gedankenstrich, mithin weniger: nochmals ein Gedankenstrich. Diese vier Gedankenstriche sind das große erfüllte Versprechen des Zentrums für die Witwen und Waisen. Auf diese vier leeren Rubriken verweist man die Witwen und Waisen.

Daß Mittel leicht aufzubringen waren, zeigt Genosse Molkenbuhr an folgendem Beispiele: In den Jahren 1909 und 1910 hat das Reich für die Einfuhrscheine über 200 Millionen Mark bezahlt, mehr wie für die Witwen und Waisen angesammelt ist. Früher rechnete die Gladbacher Meinungsfabrik in ihren sozialpolitischen Flugblättern vor, daß bis zum Jahre 1910 400 Millionen Mark angesammelt sein würden, diese würden 14 Millionen Zinsen ergeben, und dazu käme eine weitere Ansammlung von 66 Millionen jährlich, so daß damit eine Hinterbliebenenversicherung ohne Beitrag der Arbeiter eingeführt werden könnte.

Ferner bleibt auch unerfüllt, was im § 15 des Zolltarifgesetzes versprochen wurde; denn von 2½ Millionen Witwen werden nur 150000 eine Rente erhalten; außerdem werden 56 Millionen Mark an Beiträgen erhoben, denen eine überaus geringe Rente gegenübersteht.

* * *

Der Kalikorruptionsfonds vor dem Reichstage.

Noch kein Jahr bestand erst das Reichsgesetz betreffend den „Absatz von Kalisalzen", und schon verbreitete es einen widerwärtigen agrarischen Geruch. Man verdankt der Sozialdemokratie die Bestimmung, daß die Regierung (bei der vorjährigen raschen Durchpeitschung des Gesetzes) zu einer Buchung und verantwortlichen Rechtfertigung über diejenigen Gelder dieses Fonds verpflichtet worden ist, die den Produzenten (60 Pf. für jeden Doppelzentner) abgenommen werden „zur Förderung des Absatzes der Kalisalze".

Was allgemein gemunkelt wurde, sprach der Münchener Professor Soxleth mit kecker Zunge aus: Der Bund der Landwirte hat seine Finger unsäuberlich dazwischen und schmiert mit Kaligeldern die ganze Maschinerie seiner agrarischen Volksauswucherungsorganisation. Und richtig gestand der Säckelmeister des Reiches, der in seiner Etatsabrechnung nur lakonisch geschrieben hatte: vom Kaliabsatz 4800000 Mk. eingenommen und ebensoviel ausgegeben, macht glatte Bilanz — gestand Herr Wermuth die Geschäftsgenossenschaft der schnapsblöcklichen Schnapphähne unumwunden ein. Ein Stipendium von 179000 Mk. erhielt bis Ende 1910 die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft und 57000 Mk. sackte der Bund der Landwirte, 50000 Mk. der Westfälische Bauernverein ein. Alles zu dem Zweck, für den Kalidünger überall Reklame zu schreien. Also eine den notleidenden Agrariern zugedachte erweiterte Liebesgabenpolitik! Der Münchener Professor, der in der Agrikulturwissenschaft eine Autorität ist, zeigte der deutschen Landwirtschaft viel dringendere Aufgaben als die marktschreierische Kalipropaganda, die gar nicht nötig ist, wenn man die Preise für die im Erdboden gefundenen Salze mäßig hält und sie nicht in eine zu den Produktionskosten ganz horrende Höhe hinauftreibt.

Als Ende März die Kalidebatte an zwei Tagen den Reichstag beschäftigte, forderte die sozialdemokratische Fraktion, daß diese Kaliabgaben ganz in die Reichskasse fließen und zu sozialpolitischen Zwecken verwendet werden sollen. Dafür fanden sich in der Zeit der schoflen Veteranen- und Witwenbehandlung nur 88 Stimmen im Reichstage. Sogar die zahme freisinnige Resolution, welche die Zuführung dieser propagandistischen Silberlinge an politische Organisationen verboten haben wollte, ist mit 197 gegen 130 Stimmen abgelehnt worden. Der Schnapsblock hielt auch an dieser Liebesgabe mit Zähnen und Nägeln fest. Das ist ihm ein Fressen für den Reichstagswahlfonds!

In Wirklichkeit wird sich die Einnahmesumme aus Kaligeldern viel höher belaufen, da indessen der Kaliabsatz für 1911 von der Verteilungsstelle schon

auf 9 019 400 Doppelzentner festgelegt wurde. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte deshalb, als Bruttoeinnahme 5 420 000 Mk. einzustellen; unsere Vertreter in der Kommission vermochten von der Regierung keine präzise Antwort zu erhalten auf die Frage, ob außer diesen hochschutzzöllnerischen, agrarkonservativen Vereinen auch andere Personen oder Vereine, z. B. Landarbeiterorganisationen, Konsumgenossenschaften für ihre Kalipropaganda solche klingenden Beihilfen erhalten können?

Eine rechtzeitige Herabsetzung der Preise und ein nur auf fiskalische Ausbeute beschränkter Zuwachs der Produzenten würde, wie Genosse Hue ausführte, die ungesunde Gründerei und starke Ueberproduktion verhindert haben. Mit diesem nationalen Schatz eminenter volkswirtschaftlicher Bedeutung treibt das Syndikat eine gewagte Gründerspekulation und verschleudert durch die höchst merkwürdigen Verträge die um 40 Proz. gestiegenen Ueberschüsse an den Bund der Landwirte und an die großen Organisationen, während andere leer ausgehen. In der Kommission kennzeichnete der Zentrumsabgeordnete Heim dieses Bestreben als Vergewaltigung der kleinen Bauernschaft durch Zusammenschluß der großen Einkaufsgenossenschaften; es geschieht vor den Augen der Regierung, welche den Schutz der Kleinen versprochen hatte; jener Abgeordnete prägte die Titulaturen „Schmiergeld" und „Korruptionsfonds". Tatsächlich blieb die Behauptung unwiderlegt, daß aus den Propagandageldern parteipolitische Wanderredner bezahlt, Zuwendungen an parteipolitische Zeitungen gemacht worden sind. Der Bund der Landwirte ist eine parteipolitische Organisation, wie er bei den Wahlen beweist. Aber die Regierung, die fortgesetzt die proletarischen Jugendorganisationen verfolgt, weil sie angeblich politisch sind, nimmt den Bund der Landwirte als unpolitisch. Die freien Gewerkschaften werden als sozialdemokratisch bezeichnet, aber der Bund der Landwirte soll beileibe nicht eine konservative Parteiorganisation sein, der Bund der Landwirte, dessen Führer ganz offen die Beeinflussung der Reichsgesetzgebung als Bundeszweck proklamieren. Aus dem „Korruptionsfonds" wird unter Kontrolle des Reiches eine hochschutzzöllnerische Organisation unterstützt, die mehr als einmal die Wirtschafts- und Handelspolitik der Regierung bekämpft hat. Das erinnert wahrhaftig an russische Zustände, an russische Korruption. Das Zentrum hat in der Kommission alle Anträge, die gerade auf Zuwendungen an die Kleinen hinausliefen, abgelehnt.

Die Sozialdemokraten glaubten, für das Gesetz stimmen zu können, weil es Verbesserungen für die Arbeiterschaft vorsah. Aber es wurde versäumt, in das Kaligesetz Bestimmungen zugunsten der Tarifverträge aufzunehmen. Trotz des glänzenden Aufschwungs der Kaliindustrie sind daher die Löhne der Kaliarbeiter stabil geblieben. Und wenn dann die Arbeiter versuchen, sich auch einen Anteil an dem zunehmenden Nationalwohlstand zu sichern, dann holen die Unternehmer, wie wir es in Moabit gesehen haben, mit Revolvern und Knütteln bewaffnete Hintzegardisten herbei, dann greift die Polizei ein, dann fällen die Gerichte solche Blutурteile, wie ein solches nun erst wieder in Köln gegen Fröhlich und Genossen gefällt worden ist. Solche Urteile müssen aufreizend wirken, um so mehr, als sie im grellen Widerspruch stehen zu der Art und Weise, wie die Angehörigen der herrschenden Klassen mit Glacéhandschuhen angefaßt werden. Es ist eine heilige Pflicht des Reiches, für die Arbeiter der Kaliindustrie in ausreichenderem Maße zu sorgen, als es im Gesetz vom vorigen Jahre geschehen ist. Und die Pflicht des Reichstages ist es, auf die Erfüllung dieser Pflicht des Reiches zu dringen.

* * *

Beim Kolonialetat

lehrte der Verlauf der Beratung, daß die bürgerliche Opposition auch auf diesem Gebiete leidenlahm und zahm geworden ist. In der Ruhmseligkeit ging der Zentrumsredner Erzberger voran. Dieser Herr regte bekanntlich im vorigen Jahre die Besteuerung der südwestafrikanischen Gesellschaften zur Deckung der Kriegskosten an, die ein Drittel des ganzen Landes vom Reiche als Geschenk erhielten. Die Dernburg, Lindequist und Genossen protestierten kolonialpatriotisch gegen diese Anregung zu einer direkten Besteuerung der Kolonialausbeuter. Doch mußte auf Verlangen des Reichstages eine Denkschrift ausgearbeitet werden. Diese hat nun unfreiwillig ein interessantes Material gegen die Kolonialfexerei geliefert; sie zeigt nämlich an der Geschichte der Kolonialmächte, welche schauderhaften Opfer die Kolonialpolitik überall und von jeher forderte, wie in allen Fällen das Mutterland die Lasten der Kolonisation nicht von sich abwälzen konnte und wie von einer Deckung der Kriegskosten durch die Kolonisten gar keine Rede sein kann.

Somit lehrt die Denkschrift demjenigen, der die in ihr enthaltenen Ziffern vernünftig deuten kann, wie moralisch begründet der Kampf der Sozialdemokratie gegen die kolonialpolitische Volksausplünderung ist. Die dem Arbeiterstande durch indirekte Steuern abgepreßten Milliarden werden in den ewig lüsternen Rachen des Marinismus, der kolonialen Eroberungspolitik geopfert und geraten dann in die Taschen der dem Moloch dienenden Geldaristokratie, ob sie als Finanzkapitalisten die Zinsen einsacken oder als Kolonialliefexanten den Rahm abschöpfen, während der Staat sich von einem Kolonialkrieg in den anderen stürzt.

Genosse Ledebour betonte unsere grundsätzliche Ablehnung der deutschen Kolonialpolitik. Wir verlangen für die bestehenden Kolonien eine möglichst gute Verwaltung. Eine menschenwürdige Behandlung der Eingeborenen und Arbeiter verlangen wir in erster Reihe. Unser Redner besprach den Streik der schwarzen Arbeiter in Südwestafrika bei der Firma Orenstein u. Koppel (Bahnbau), die einen Vertrag mit ihnen abschloß, der gegen die guten Sitten verstieß. Das Ende der Sache war, daß eine Reihe Schwarze teils getötet, teils verwundet wurden. Der Staatssekretär behauptet nun, die Untersuchung habe weder die Firma noch die Offiziere belastet. Das ist eine nicht zutreffende Auffassung. Und wie kommt man dazu, sich mit militärischer Macht in die Lohnstreitigkeiten zu mischen! Ein Mitglied der Kommission hat das Gemetzel gerechtfertigt mit der angeblichen Bedrohung und Beschimpfung der deutschen Uniform. Das ist ein charakteristischer Beitrag zu der militärischen Verseuchung unserer herrschenden Klassen und paßt vortrefflich zu dem neuerdings aufgebrachten Begriff der Putativ-Notwehr, das heißt Notwehr gegen einen nur vermeintlichen Angriff. Der Reichstag hat schon mehrmals eine Resolution angenommen, die die Ausstattung der Eingeborenen mit so viel Land fordert, als nötig ist, damit sie ihre gewohnte Wirtschaftsweise, d. h. die Viehzucht, fortsetzen können. Der Bundesrat hat dieser Resolution nicht zugestimmt, unter der Vorgabe, daß die Eingeborenen kein Vieh mehr haben, also auch kein Land nötig haben. Also zuerst nimmt man den Eingeborenen das Land und verbietet ihnen, Vieh zu halten, und dann erklärt man, daß sie ohne Vieh kein Land mehr brauchen. Staatssekretär Dernburg scheint diese Beraubung der Eingeborenen für so selbstverständlich gehalten zu haben, daß er gar keine weitere Erklärung dieses eigentümlichen Verfahrens für nötig hielt. Der jetzige Staatssekretär versucht wenigstens so etwas wie eine Rechtfertigung. Er sagt, nur den Eingeborenen sei die Vieh-

haltung verboten, denen sie nicht vom Gouverneur gestattet ist. Ein wunderbarer Schluß: Es ist nur verboten, was nicht gestattet ist. Die gleichgültige Haltung des Freisinns gegenüber der wichtigen Frage des Eingeborenenschutzes finde ich sehr sonderbar. Es ist wahrlich nicht angebracht, über die unterjochten, mißhandelten Eingeborenen frivole Bemerkungen zu machen. (Vizepräsident Dr. Schulz: Sie dürfen Abgeordneten nicht vorwerfen, daß sie frivole Bemerkungen machen!) Wir protestieren dagegen, daß man die Eingeborenen Südwestafrikas zu willenlosen, wehrlosen Objekten rücksichtsloser Ausbeutung macht. Wir verlangen, daß die Grundsätze der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit auch gegenüber den Eingeborenen der deutschen Kolonien befolgt werden!

Sodann ergänzte Genosse Noske die speziell über Südwestafrika gemachten Ausführungen Ledebours durch einen Ueberblick über die anderen Kolonien, wobei auch er sein Hauptaugenmerk auf den Schutz der Eingeborenen gegen Ausbeutung und Vergewaltigung richtete. Besonders scharf rügte er das barbarische Strafsystem, das sich durch die ständige Zunahme der Prügelstrafe auszeichnet und das die ganz an mittelalterliche Rechtsauffassung gemahnende Todesstrafe für Diebstahl im Rückfall vorsieht. 10 000 Mark geben wir pro Kopf der Eingewanderten aus; der Handel ist minimal gegenüber dem deutschen Gesamthandel; ein großer Teil der Einfuhr stammt zudem aus England. Möge das Volk vor Schwindelunternehmungen behütet werden, die sich an die Sportnamen Burggraf zu Dohna usw. knüpfen. Unsere Agrarier bleiben nur so lange Kolonialpatrioten, als sie keine Konkurrenz zu befürchten haben. In Togo haben die Eingeborenen den Anspruch auf Gleichberechtigung mit den Weißen erhoben. Die Rechtlosigkeit der Neger steht in scharfem Gegensatz zu der englischen Methode der Eingeborenenbehandlung. Höchst bedauerlich ist es, daß selbst ein Freisinniger wie Herr Goller der reaktionären Auffassung huldigt, daß die Neger nur dazu gut sind, auf den Farmen und Plantagen für die Weißen zu rackern. Zur Sühne für den Tod eines Offiziers wurden drei Rädelsführer hingerichtet, außerdem noch 200 Eingeborene zusammengeschossen. Den Eingeborenen sollte das Bestreben nach einer besseren Bildung durch Schulbauten gefördert werden. Ein Pater teilt mit, daß die gesamte Kindergeneration gefährdet ist infolge der Ueberarbeit, der die Regierung tatenlos zusieht. Die Schnapseinfuhr ist in den Kolonien zwar zurückgegangen, dafür hat zugenommen die Einfuhr schlechten Kunstweins, der für teueres Geld an die Eingeborenen verkauft wird. Um Arbeitskräfte für die Pflanzer zu beschaffen, wendet die Regierung Zwangsmaßnahmen gegen die Neger an. Immer können noch wegen Verlassens der Arbeit drei Monate Ketten verhängt werden. Man ist so weit gegangen, Buschleute regelrecht für die Arbeit einzufangen. Die Neger sind direkt Sklaven, die gezwungen sind, für die Weißen zu arbeiten. Zu dieser Versklavungspolitik gehört auch, daß in den Kolonien noch nach Noten geprügelt wird. Der Staatssekretär will dieses Prügelrecht sogar jedem Weißen übertragen. Die Hängekultur in unseren Kolonien ist direkt eine Schande. Es bedeutet direkt einen Rückfall in die Barbarei vergangener Jahrhunderte, wenn Neger wegen Diebstahls, noch dazu am Tage vor Weihnachten, gehängt worden sind. Wir Sozialdemokraten protestieren mit aller Entschiedenheit dagegen, daß der Galgen als eine Art Wahrzeichen deutscher Kultur hingestellt wird. In 5799 Fällen ist im letzten Jahre noch geprügelt worden. Diese Prügelkultur lehnen wir Sozialdemokraten ab und wollen ihr gegenüber die Grundsätze der Menschlichkeit und Geselligkeit zum Siege verhelfen.

In der Spezialberatung fanden die beiden sozialdemokratischen Redner wiederholte Veranlassung gegen die gesamte bürgerliche Vertretung ins Zeug zu gehen wegen der schändlichen Ausbeutung und Verfolgung des eingeborenen Elementes in den Kolonien; der Gouverneur von Ostafrika, v. Rechenberg, verfiel bei den Pflanzern in Ungnade, weil er ihre Ausbeuterinteressen in die Schranken wies. Zum Schluß wurden an die Kolonialverwaltung folgende Fragen gerichtet, welche Herr v. Lindequist unbeantwortet ließ.

Gedenkt die Kolonialverwaltung die Verordnungen aufzuheben, durch die die am Aufstand beteiligten Eingeborenen, also die Hereros und einige Hottentottenstämme, in völlige Abhängigkeit von den Farmern gebracht werden? Wird das Verbot der Haltung von Großvieh aufrechterhalten bleiben?

* * *

Die Verwaltung der Reichseisenbahnen

stand Ende März zur Debatte und bot, wie immer, unseren Genossen Böhle und Emmel genügenden Stoff, für das Personal und die Arbeiterschaft einzutreten. Auch in den Reichslanden existiert in der Praxis kein Koalitionsrecht der Arbeiterschaft in den Staatsbetrieben, die ein Spielball der Willkür vorgesetzter Behörden ist. Die Lohnerhöhung, soweit eine solche überhaupt erfolgte, wird hinfällig gemacht durch Herabsetzung der Akkorde.

Wie Böhle berechnete, spart die Verwaltung am Arbeiter 4½ Pf. pro Tag. Zu der Zuschußkasse der Verwaltung müssen die Arbeiter die Hälfte der Beiträge zahlen. Werden sie aber nach zehn- oder zwölfjähriger Dienstzeit entlassen, haben sie keinen Anspruch auf Pension und auch nicht einmal auf Rückbezahlung eines Teils der eingezahlten Beiträge. Besonders schlecht sind die Verhältnisse der Güterbodenarbeiter in Straßburg. Dort ist das Akkordsystem umgewandelt in ein Prämiensystem. Bei 12—13stündigem Nachtdienst und 30 Ueberstunden haben Arbeiter 128 Mk. verdient, in stillen Monaten 83—120 Mk. Die Arbeiter haben Einführung der neunstündigen Arbeitszeit und Erhöhung des Tagelohns auf 4,20 Mk. verlangt; das ist abgelehnt worden. In einer Petition wird von diesen Arbeitern ein Anfangslohn von 3,20 Mk. verlangt und 4,20 Mk. als Endlohn. Auch die dreitägige Karenzzeit bei Krankheitsfällen sollte abgeschafft werden. Kommen die Arbeiter dadurch in Not und reichen ein Unterstützungsgesuch ein, so dauert es oft wochenlang, ehe sie überhaupt Bescheid erhalten. Durch eine Verfügung wurden die Arbeiter vor der Lektüre des Fachorgans „Der Eisenbahner" und sozialdemokratischer Zeitungen gewarnt und mit Entlassung bedroht, falls sie es doch täten. Dabei bemerkte der betreffende Obmann, wegen Diebstahls würde keine Entlassung erfolgen. Auf der anderen Seite hat die Verwaltung Geld übrig, um Sudelschriften des Reichslügenverbandes gegen die Sozialdemokratie unter den Arbeitern zu verbreiten. 35 Proz. der Arbeiter haben noch 2,40 Mk. bis 3 Mk. Tagelohn. Der gewaltige Lohn von 3,90 Mk. wird von den Wagenputzern erst nach 15 Dienstjahren erreicht; die Rottenarbeiter erhalten nach 15 Jahren sogar erst 3,50 Mk. Die Werkstattarbeiter haben im vorigen Jahre ein Durchschnittseinkommen von 1221 Mark gehabt, die Rottenarbeiter gar nur von 874 Mk., dabei betrug die Durchschnittszahl der Familien fünf Köpfe.

Im Gegensatz zum Antrag der Budgetkommission sollen die Petitionen der Arbeiter und Unterbeamten nach dem Antrage der sozialdemo-

kratischen Fraktion eine bessere Behandlung finden, was jedoch abgelehnt wird, weil wieder für solche dringenden Bedürfnisse kein Geld vorhanden sei.

Gegen die Bespitzelung der Eisenbahnarbeiter in ihren neutralen Vereinssitzungen durch höhere Beamte erhob Genosse Emmel heftigen Widerspruch, ohne jedoch zu erreichen, daß der Eisenbahnminister v. Breitenbach das Verwerfliche dieses russischen Systems anerkannte, wenn schon er für das Ungenügende der Entlohnung der Arbeiter einiges Verständnis verriet. Schließlich forderte Genosse Emmel, daß der Minister seine Mißbilligung über das Verhalten des Beamten ausspricht, der einen Diebstahl milder beurteilte als die Betätigung sozialdemokratischer Gesinnung.

Etwas unangenehm berührt war Herr v. Breitenbach von der patriotischen Schneidigkeit jenes Beamten; er sprach seine Mißbilligung darüber aus, daß die beiden Fälle in einen Kausalnexus (d. h. ursächlichen Zusammenhang) gebracht worden seien. Wohlgemerkt, er mißbilligte nur die Nebeneinanderstellung; er mißbilligte aber nicht, daß bei Diebstahl eine Wiederanstellung zwar möglich sei, beim Lesen einer sozialdemokratischen Zeitung aber nicht. Mit der verschiedenartigen Behandlung solcher Sünder ist er also einverstanden. Auch ihm erscheint es als ein Kapitalverbrechen, wenn ein Arbeiter eine sozialdemokratische Zeitung liest.

Genosse Stolle wünscht eine größere Selbständigkeit und Energie des Reichseisenbahnamtes gegenüber den Verwaltungen in den einzelnen Bundesstaaten. Angesichts der Eisenbahnunfälle müsse die lange, anstrengende Dienstzeit des Fahrpersonals kritisch betrachtet werden. Eine Dienstzeit über acht Stunden dürfte das Reichseisenbahnamt nicht dulden. Ebenso müßte es gegen die Kilometergelder und die Kohlenprämien beim Lokomotivpersonal einschreiten, die zu einer Ungleichheit der Entlohnung und zu einer gegenseitigen Konkurrenz der Beamten führen, die der Sicherheit des Verkehrs nicht förderlich sein kann. Die Eisenbahndirektion Halle hat einen Ukas an ihre Arbeiter erlassen, der ihnen die Zugehörigkeit zum Deutschen Transportarbeiterverband verbietet. Das sind ja wahrhaft russische Zustände; wir verlangen, daß dem Arbeiter sein Koalitionsrecht gewahrt bleibt. Der Präsident des Reichseisenbahnamtes, Wackerzapp, hält die Dienstzeit für nicht zu lang.

Genosse Leber kennzeichnet die Zustände in den thüringischen Kleinstaaten, wo ebenfalls die Knebelung Trumpf ist. Auch dort wird die Lektüre und der Versammlungsbesuch der Eisenbahnarbeiter überwacht; freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter werden aus dem Eisenbahndienst herausgedrängt. Höchst drakonisch sind die Bestimmungen über Verspätungen usw.; eine Verspätung von fünf Minuten wird mit dem Abzug eines vollen Stundenlohnes bestraft.

* * *

Die Lex Gröber.

Der § 44 der Geschäftsordnung ist bekanntlich im Jahre 1902 bei der Zolltarifdebatte auf Antrag des Zentrumsabgeordneten Gröber zu einer Guillotine für die Redefreiheit der Minorität eingerichtet worden. Wenn ein Abgeordneter des Reichstags zur Geschäftsordnung reden will, kann ihm das Wort nach freiem Ermessen des Präsidenten erteilt werden; die gnädig gewährte Redezeit beträgt aber dann höchstens 5 Minuten. Nachdem diese russische Bestimmung ihren Zweck zur Rettung des Zolltarifes unter Graf

Balleſtrems Vorsitz erfüllt hatte, ist sie allmählich in Vergessenheit geraten. Als eines Märztages die bürgerlichen Parteien mittels Debatten zur Geschäftsordnung einen heftigen Streit unter sich ausfochten, erhob sich nach einer Rede Gröbers der Abgeordnete Bebel, um auf die Geschichte des § 44 satirisch aufmerksam zu machen. Er sagte: „Herr Gröber hat seinen eigenen Antrag mißhandelt, denn er hat volle 9 Minuten gesprochen. Und Freiherr v. Gamp, der mit Herrn Gröber den Antrag gestellt hatte, hat in seiner ersten Rede sogar 15 Minuten gesprochen, also dreimal solange, als es zulässig ist, denn eine Ausnahme darf der Präsident nicht gestatten. Nachdem in so eklatanter Weise durch die Antragsteller selbst erwiesen ist, daß der § 44 der Geschäftsordnung unhaltbar ist, wird meine Fraktion bei erster Gelegenheit den Antrag auf Wiederherstellung des alten Zustandes einbringen, und wir erwarten, daß die Herren Gröber und v. Gamp unserem Antrag dann zustimmen werden."

Dazu ist allerdings der Schnapsblock-Reichstag nicht geeignet.

* * *

Der Betrieb im Reichstage

kam Anfang April beim Etat des Hauses zur Sprache. Unsere Fraktion nahm sich durch die Ausführungen des Genossen Geck der Arbeiter und Angestellten des Reichstages an, welche bei der eilfertigen Durchpeitschung des Etats und der Gesetzesvorlagen in ihrer Arbeitskraft ungebührlich ausgenützt werden. Auch die Volksvertreter leiden unter der Hast der schnapsblöcklichen Gesetzesfabrikation. Gegen die profitsüchtige Monopol-Speiseanstalt und eine von derselben vorgenommene Kellnermaßregelung wandte sich Geck. Ferner forderte er Erleichterungen für die weiblichen Arbeitskräfte im Reichstage und eine günstigere Regelung des Sommerurlaubs der etatsmäßigen Angestellten.

Auch Genosse Ledebour verurteilte die übermäßige Hetzarbeit der ausgedehnten Sitzungen. Das jetzige Diätengesetz führt zu einer Schädigung des Parlamentarismus. Das Budget kommt zu spät in den Reichstag, wodurch die regierende Bureaukratie die Kritik in raffinierter Weise unterbindet. Die Geschäftsordnung bedarf im nächsten Reichstag einer gründlichen Verbesserung.

* * *

Beim Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei,

der am Schlusse der Finanzberatung stand, kam es zu einer denkwürdigen Verhandlung über die auswärtige Politik. Die sozialdemokratische Fraktion lockte den Reichskanzler vor die Front durch eine Aufforderung an die Reichsregierung, sie

„möge im Hinblick darauf, daß die französische Deputiertenkammer und das englische Unterhaus die Bereitwilligkeit zu Rüstungsbeschränkungen ausgesprochen haben, sofort Schritte tun, um eine internationale Verständigung über die allgemeine Einschränkung der Rüstungen in Verbindung mit der Abschaffung des Seebeuterechts herbeizuführen."

Die Begründung dieser Motion durch den Genossen Scheidemann war eine lichtvolle Darlegung der verworrenen internationalen Situation unter dem völkerfeindlichen Machtspruche der imperialistischen

Schacherpolitik. Gegen die unverhüllten Tendenzen des Absolutismus, der das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht anerkennt, wagt die bürgerliche Vertretung nicht mehr anzukämpfen. Die internationale Sozialdemokratie, die verbrüderte Arbeiterschaft aller Länder verurteilt den Krieg als ein Verbrechen, das der Kapitalismus an der Menschheit begeht, um seine Profitrate zu erhöhen.

Die russische Revolution verursachte eine Verschiebung der Welllage; der geschwächte Barbar Rußland wirft sich in die Arme der Germania. Diesen Bund verabscheuen die Sozialdemokraten; die preußischen Junker begrüßen dagegen die Allianz mit dem Hort der grausamsten Reaktion. Kommt Rußland wieder zu Kräften, dann werden Deutschland und Oesterreich die Leidtragenden sein. England gereichte das Bündnis mit Rußland auch nur zum Nachteile. Wir werden durch die Zarenpolitik sehr geschädigt in China, das nur in der Entwickelung zu einem modernen Staate dem Interesse der deutschen Industrie begegnen könnte. Ueberhaupt verliert bei allen nach freiheitlicher Ausgestaltung strebenden Ländern und Nationen das Ansehen Deutschlands durch diese Russenfreundschaft. Der englisch-deutsche Gegensatz wird noch gefördert durch unsere Bagdadbahn-Politik. England behauptet sich als Seemacht an erster Stelle; es hatte 888 Millionen im letzten Flottenetat. Die Zahl seiner Schlachtschiffe richtet sich, wie Hauptmann Schubert sagt, nach der deutschen Flottenliebhaberei; diese ist geradezu eine internationale Gefahr. Jedes der europäischen Kulturvölker seufzt unter der furchtbaren Last seiner militärischen Rüstungen, welche die herrschende Klasse nur dem arbeitenden Volke aufbürdet, um sich an der Kriegsindustrie zu bereichern.

Genosse Scheidemann zitierte den Ausspruch des englischen Ministers Grey, daß nur durch eine innere Revolution die Umwandlung kommen kann. Das sagt der Minister eines Landes, in welchem Einkommensteuer erst bei einem Einkommen von 3200 Mk. bezahlt wird und in dem eine starke Erbschaftssteuer besteht. Er ist also der Ueberzeugung, das englische Volk würde sich nicht gefallen lassen, was das deutsche Volk sich in seiner unendlichen Schafsgeduld gefallen läßt. Vor 40 Jahren schon schrieb die „Vossische Zeitung", die Lasten sind kaum zu ertragen, und damals betrugen die Militär- und Marinelasten 300 Millionen Mark. Heute dagegen 1543 Millionen. Die Bevölkerung hat nur um 47 Proz. zugenommen, die Lasten für Heer und Marine um mehr als 500 Proz. Und überall, in Italien, in Oesterreich ist es dasselbe.

Vor zwei Jahren wurde ein ähnlich formulierter Antrag hier abgelehnt — nur ein einziger bürgerlicher Abgeordneter erhob sich für ihn mit uns —, er wurde mit der Begründung damals abgelehnt, er sei nicht zeitgemäß. Jetzt fällt dieser Einwand fort; nachdem in England und Frankreich ähnliche Resolutionen beschlossen sind, müssen wir die Hände ergreifen, die sich über den Kanal und über die Vogesen uns entgegenstrecken. Das englische Unterhaus bedauert in seiner Resolution die Notwendigkeit des Fortbestehens der Rüstungen und würde eine internationale Vereinbarung über die Beschränkung der Rüstungen willkommen heißen. In der französischen Kammer wurde der Antrag unserer Freunde, die Regierung solle mit Deutschland und England in Vorberatungen über die Einschränkung der Rüstungen treten und solange soll die Spezialberatung über die Forderungen zum Bau neuer Panzerschiffe ausgesetzt werden, zwar abgelehnt, aber ein Drittel der Abgeordneten hat sich doch für den Antrag erhoben und mit überwältigender Mehrheit wurde dann eine Resolution angenommen, die

Regierung möge sich bemühen, im Einverständnis mit den befreundeten und verbündeten Mächten die gleichzeitige Einschränkung der Rüstungen auf die Tagesordnung der nächsten Haager Konferenz zu setzen. Wir Sozialdemokraten sind stolz darauf, daß wir die ersten waren, die den Gedanken der Friedenspropaganda in die Massen hineingetragen haben, daß der internationale Kongreß in Paris im Jahre 1889 mit der Einsetzung des 1. Mai eine große Kulturtat vollbracht hat. Die friedliche Stimmung in dem jetzt von der proletarischen Klasse sehr beeinflußten Frankreich müssen wir als Hebel für eine internationale Verständigung benutzen. Wir haben für Frankreich und für die große französische Revolution die denkbar weitgehendsten Sympathien. Ein Bündnis Deutschlands und Frankreichs würde uns auch England nähern und Frankreich vom Zarismus ablösen. Es würde einen Kristallisationspunkt bilden, an den sich auch die kleinen Staaten anschließen würden. Eine auswärtige Politik, wie wir Sozialdemokraten sie für richtig halten, kann nur gemacht werden, wenn die arbeitenden Klassen den herrschenden Einfluß gewonnen haben; die Voraussetzung dessen, was wir wollen, ist, daß Europa und in erster Linie Deutschland demokratisiert wird. Wer dem widerstrebt, trägt die Verantwortung für die Kriegsgefahren, die aus dem Konkurrenzkampf des Kapitalismus entstehen. Mit dieser Verantwortung ist auch die Mehrheit des Hauses belastet, wenn sie unsere Vorschläge ablehnt.

Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg beantwortete die sozialdemokratische Anfrage mit einem schroffen Nein! Nach seiner Meinung gibt es heute keine dynastischen Kriege mehr, sondern nur solche, die das Empfinden des Volkes verlangt. Erwünscht wäre ihm ein Gegengewicht gegen unverantwortliche Preßtreibereien zur Irreleitung des Volksempfindens. Der Kanzler kennt aber keines, wie er auch „keine brauchbare Formel", keinen Vorschlag für das Friedensproblem kennt. Es müßte eine Art Rangordnung aufgestellt werden, in die jede Nation nummernmäßig mit ihrer zugehörigen Einflußsphäre eingetragen werde. Vielleicht könne es so gemacht werden, wie es bei den industriellen Syndikaten geschieht. Er müsse es aber ablehnen, ein solches Formular zu entwerfen. Er führte weiter aus:

„Bei einer vorbereitenden Enquete würde mir jede Nation antworten, daß sie die Stellung in der Welt beansprucht, welche der Gesamtsumme ihrer nationalen Kräfte entspricht, und daß ihre Streitkräfte diesem Anspruch entsprechend abgemessen werden müssen. Ich würde jedenfalls für Deutschland keine andere Antwort geben. . . . Jeder Versuch allgemeiner internationaler Abrüstung müßte meines Dafürhaltens immer wieder an der Frage der Kontrolle scheitern. Ich halte jegliche Kontrolle für absolut undurchführbar, und der Versuch dieser Kontrolle würde zu nichts anderem führen als zu fortgesetztem gegenseitigen Mißtrauen."

Ebenso unmöglich erscheint dem Kanzler die Einsetzung eines Schiedsgerichtes; man könne aus dem Leben der Nationen die ultima ratio (den Krieg) nicht ganz wegstreichen.

„Zur Friedfertigkeit gehört Stärke. Es gilt noch immer der alte Satz, daß der Schwache eine Beute des Starken werden wird. Will oder kann ein Volk für seine Rüstung nicht mehr so viel ausgeben, daß es sich in der Welt durchsetzen kann, dann rückt es eben in das zweite Glied, dann sinkt es in die Rolle des Statisten zurück. Es wird immer ein anderer, ein Stärkerer da sein, der bereit ist, seinen Platz in der Welt einzunehmen. Wir Deutschen in unserer exponierten Lage sind vor allem darauf angewiesen, dieser rauhen Wirklichkeit

unerschrocken ins Gesicht zu sehen. Nur dann werden wir uns den Frieden und unsere Existenz erhalten."

So verkündete also der Kanzler die unbegrenzte Herrschaft des Absolutismus in der Angelegenheit über Krieg und Frieden, über Glück und Unheil ganzer Völker, so förderte v. Bethmann Hollweg die Idee des wahnsinnigen Rüstens. Und in dem rückgratlosen Reichstage nahmen die bürgerlichen Parteien diese Demütigung des Volkes widerspruchslos, ja mit beipflichtender Geste hin; nur der schwäbische Fortschrittler Haußmann wollte nicht Mitschuldiger an einer auswärtigen Politik des eisernen Faustrechtes sein.

Devot wie ihre Parlamentarier nahm auch die bürgerliche Presse die kanzlerische Absolutismusrede hin; selbst ein Teil der fortschrittlichen Zeitungen bedauerte nicht die Tatsache, sondern nur die Offenheit, mit der der Kanzler seine Ansichten weithin verkündigte.

Genosse Frank antwortete namens der Sozialdemokratie. So kleinlich, ängstlich und kurzsichtig könne eine Weltfriedensfrage in keinem Parlament behandelt werden. Es sei eine Unwahrheit, wenn jemand behaupte, daß die Volksstimmung gegen den Frieden ist. Alle Völker wollen ihn, insbesondere sind die Arbeiter Friedensfreunde; bei einem Mindestmaß demokratischer Staatseinrichtungen vermöge jedes Volk die Abrüstungsvereinbarung zu kontrollieren.

Genosse Frank kam weiter auf die elsaß-lothringische Verfassungsfrage, auf die preußische Wahlrechtsfrage und auf die Sicherung des allgemeinen Wahlrechts im Reiche zu sprechen; dann verweist er den Reichskanzler auf einen Artikel des Wochenblattes „Aktion", worin in einer Besprechung mit konservativen Politikern, der auch der Kanzler beigewohnt haben soll, der Regierung die Verpflichtung auferlegt worden wäre,

„bei irgendeiner Gelegenheit eine Verwickelung mit auswärtigen Staaten herbeizuführen, um eine günstige Wahlparole zu schaffen".

Ein solches Spiel wäre das schwerste Verbrechen am Volke; sei die Finanzreform so vortrefflich, wie ihre Anhänger behaupten, wozu bedürfe es dann noch einer verbrecherischen Wahlhilfe durch internationale Verwickelungen? Sei das Moabiter Gerichtsurteil nicht geeignet als Wahlflugblatt? Für die Arbeiterschaft bleibe die Wahlparole, daß an Stelle einer versprochenen Sozialpolitik Ausnahmegesetze treten. Was mit der einen Hand gegeben werde, werde mit der anderen genommen. Kleine Diebstähle sollen nur noch gering bestraft werden, dafür solle die Arbeiterpresse geschurigelt werden; die Berufung werde gegeben, dafür sollten die Rechte der Verteidigung beschränkt werden; die Witwen- und Waisenversicherung solle kommen, dafür sollten die Arbeiter die Selbstverwaltung verlieren; also überall für einen Schritt vorwärts zwei zurück.

Des Reichskanzlers Antwort blieb aus; an seiner Stelle mußte der konservative Graf Westarp die republikanische Sozialdemokratie bekämpfen und nochmals diese der Mitschuld am Moabiter Blutvergießen zeihen. Abgeordneter Haußmann empfahl eine fortschrittliche Resolution, die nicht, wie die sozialdemokratische, vom Reichskanzler die Initiative zu Abrüstungsverhandlungen forderte, sondern nur — recht platonisch! — ein Entgegenkommen wünscht, wenn etwa andere Staaten die Initiative ergreifen sollten. Genosse Ledebour verlangte Abstimmung über das Gehalt des Reichskanzlers, damit die Abgeordneten, die sich überzeugt hätten, daß der Reichskanzler unfähig sei, seine Politik zu vertreten, dies durch Abstimmung zum Ausdruck bringen können. Unser Genosse erhielt einen Ordnungsruf, dem Kanzler wurde natürlich sein Gehalt gegen die Stimmen der Sozialdemokratie bewilligt.

Bei der Abstimmung über die Abrüstungsresolutionen wurde die sozialdemokratische gegen unsere Stimmen abgelehnt, die der Fortschrittlichen Volkspartei dann gegen die Stimmen der Rechten und eines Teils des Zentrums angenommen.

* * *

Der Etat des Auswärtigen

konnte, wenn es noch eines weiteren Beweises bedurfte, die ganze kulturwidrige Erbärmlichkeit der heutigen bürgerlichen Versumpfung im Reiche und seiner Volksvertretung darlegen, die sich eine Politik ohne einen verantwortlichen Kanzler trotz aller schlimmen Erfahrungen gefallen läßt. In der Debatte, die nur kurze Zeit dauerte, wußte Genosse David dem neuen Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter eine interessante Anregung zu geben. Nachdem unser Redner dem Rechtsempfinden für die Unabhängigkeit Finnlands und dem Abscheu gegen das geplante Verbrechen an diesem Volke namens der deutschen Sozialdemokratie einen kräftigen Ausdruck verliehen hatte, schilderte er ausführlich die Schicksale österreichischer Staatsangehöriger, die im Personenzug durch Deutschland nach Holland und von da nach London reisen wollten. Sie wurden an der Grenzstation Rheine von Polizeibeamten angehalten, weil sie in keiner Kontrollstation des Norddeutschen Lloyd gewesen waren; sie mußten ihre Barschaft ausliefern, und da sie sich nicht bereit erklärten, eine Karte des Norddeutschen Lloyd zu lösen und über Bremen zu fahren, wurden sie über Passau an die österreichische Grenze zurückgebracht.

Dies Verfahren charakterisiert David als eine Beraubung und als eine Freiheitsentziehung. Der Reichskanzler solle sich doch einmal fragen, wie denn diese Dinge, wenn im österreichischen Parlament zur Sprache gebracht, auf das Volksempfinden Oesterreichs wirkten. Wenn der Staatssekretär ein Mann sei, werde er in diese die Ehre und das Ansehen der Nation schwer schädigende Polizeiwirtschaft mit einem Donnerwetter dreinfahren.

Der Staatssekretär wich der Antwort mit dem Vorwande aus, es sei eine preußische Angelegenheit, worüber vorläufig keine Auskunft gegeben werden könne.

Darauf fragte Genosse David: Werden Handels- und Freundschaftsverträge von Preußen oder vom Reiche abgeschlossen? Das Reich ist es sich schuldig, darauf zu sehen, daß die polizeiliche Praxis der Einzelstaaten sich nicht störend in seine auswärtigen Beziehungen einmengt

* * *

Gegen die Zöllner und Pharisäer.

Bei dem Etat der Zölle (Anfang April) zog unser Fraktionsredner Scheidemann gegen die Hungerpeinigung des Volkes zu Felde. Er zeigte an der Statistik, welche unglaublichen Scherereien seit 1906 für den Verkehr die Entscheidungen über den Zolltarif brachten. Die Entscheidung verursacht im einzelnen Fall oft mehr Kosten, als der ganze Zoll beträgt.

Im Etat ist festgestellt, daß die Einnahmen der Zölle 680 Millionen Mark betragen. Sie bilden ja nur einen ganz bescheidenen Teil dessen, was das

deutsche Volk an Zöllen wirklich bezahlen muß. Finanzzölle fließen in die Reichskasse, die Schutzzölle aber fließen zum größten Teil in die Taschen der Interessenten, bei den Kornzöllen also in die Tasche der Großgrundbesitzer. Professor Brentano hat festgestellt, daß die Gesamtbelastung durch den Roggen-, Weizen-, Gersten- und Haferzoll 988 Millionen Mark betrug, wovon nur 108 Millionen in die Reichskasse kamen, dagegen in die Taschen der Großgrundbesitzer 880 Millionen. Also nur ein Neuntel dessen, was das Volk bezahlt, steht hier in den Einnahmen, achtmal soviel bezahlt es an die Agrarier. Dazu kommen dann noch die Ausfuhrprämien, die Liebesgaben, die ermäßigten Eisenbahntarife, die Grenzsperren und vor allem das famose System der Einfuhrscheine. 1894 gelang es den Agrariern, den Identitätsnachweis aus der Welt zu schaffen und das Volk dadurch um so mehr zu belasten. Mit den Einfuhrscheinen wurden 1894 erst 6,7 Millionen Mark beglichen, im Jahre 1900 war die Zahl bereits auf 22 Millionen gestiegen, im Jahre 1905 auf 38 und 1910 auf 111 Millionen. Das ist eine ungeheuerliche Belastung, und durch dieses Mittel ist das Geld, das für die Witwen und Waisen bestimmt war, durch die unersättlichen Agrarier in ihre Säckel geflossen.

Sodann haben die Fleischzölle die Ernährung des Volkes ebenfalls um tausende Millionen Mark verteuert, also Fleisch und Brot allein sind mit 2 Milliarden belastet. Pro Kopf beträgt die Belastung des Volkes durch Zölle für Fleisch und Brot allein schon 30,77 Mk., das macht für eine Familie etwa 150 bis 160 Mk., so wird die jährliche Gesamtbelastung einer Familie durch die Zölle auf mindestens 300 Mk. zu schätzen sein. Da die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung ein Einkommen von weniger als 900 Mk. hat, so ergibt sich, daß die Masse des Volkes mit einer Einkommensteuer von 33⅓ Proz. getroffen wird. Bei dem Einkommen von 10 000 Mk. macht diese Belastung nur 3 Proz. aus; also dem Reichen werden nur 3 Proz., dem Armen 33 Proz. für die Erhaltung des Heeres und der Marine genommen. Diese ganzen Zölle nützen den Großgrundbesitzern. Gewiß bekommt auch der kleine Bauer für seinen Doppelzentner mehr, aber die Zölle verteuern nicht bloß, was er verkauft, sondern auch, was er zukauft; die Großen haben den Nutzen und die Kleinen müssen mitbezahlen. Dann sagen die Zöllner, die Zölle sind nötig zum Schutz der nationalen Arbeit. Dabei lassen sie die Arbeit verrichten von billigen ausländischen Arbeitern und verkaufen nach dem Auslande billiger und bewilligen sich Ausfuhrprämien. Ihr Schutz der nationalen Arbeit gipfelt in dem Wort: „Im Notfall führen wir Kulis ein." Mögen dem deutschen Michel endlich die Schuppen von den Augen fallen!

Genosse Lehmann ergänzte Scheidemanns Ausführungen durch eine Kritik der Schnapsliebesgabe, durch welche eine Anzahl Kleinbrenner schwer geschädigt worden ist. Es ist um so schlimmer, als es sich durchweg um Leute handelt, die Produkte verarbeiten, welche schon von der Brausteuer getroffen werden. Das ist eine von den Unstimmigkeiten, von welchen die ganze Reichsfinanzreform wimmelt. Warum wird nun kein Gebrauch gemacht von den Vollmachten, die dem Bundesrat zugunsten der kleinen Brennereien erteilt worden sind?

Die wiederholt gestellte Frage blieb wiederum unbeantwortet.

Darauf beleuchtete Genosse Stolle die Wirkung der Einfuhrscheine, durch welche die Reichskasse in drei Monaten einen Verlust von 11 Millionen erlitt, die für die Witwen- und Waisenversicherung in Betracht kämen. Genau so werde die Wirkung bei den geplanten Schiffahrtsabgaben sein. Die Zollabfertigung der Kleie schädigt die kleinen Landwirte.

* * *

Für die Tabak- und Zündholzarbeiter

trat die sozialdemokratische Fraktion beim Etat des Reichsschatzamtes ein. Der Zentrumsmann Erzberger hatte die Debatte eingeleitet, indem er ausführte:

„Für die arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter sind bereits 6 Millionen Mark verausgabt, 2 Millionen mehr als ursprünglich vorgesehen war. Es kann keine Rede mehr sein von irgendwie beträchtlicher Arbeitslosigkeit in der Tabakindustrie. Ganz im Gegenteil. Daher muß der sozialdemokratische Antrag als rein agitatorisch bezeichnet werden, wenn es auch in dieser und jener Gegend noch Tabakarbeiter geben mag, die infolge des Tabaksteuergesetzes beschäftigungslos sind."

Das war Wasser auf des Schatzmeisters Mühle gelenkt; Herr Wermuth bestritt die Notwendigkeit besonderer Fürsorge; in einzelnen Notfällen würde er einzugreifen bereit sein.

Darauf begründete Genosse Geyer den sozialdemokratischen Antrag, in den Etat 1 Million einzustellen für die arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter und 400 000 Mk. für die Zündwarenarbeiter. Daß die Not der Tabakarbeiter noch sehr groß ist, hat auch der christliche Tabakarbeiterverband anerkannt. Eine ganze Reihe von Fabriken haben noch im März ihre Betriebe geschlossen; an einem Ort allein sind 300 Arbeiter arbeitslos geworden. Die Arbeitslosigkeit wäre noch viel größer, wenn nicht viele Unternehmer große Arbeitszeitbeschränkungen bis auf halbe Tage statt der Arbeitsentlassungen eingeführt hätten. Dadurch haben die Arbeiter natürlich große Lohnausfälle, und nur der Fiskus hat den Nutzen davon, indem er weniger Unterstützungen ausbezahlen muß. Die Arbeiter haben auf Grund des Artikel 2 des Tabaksteuergesetzes Anspruch darauf, daß sie mindestens auf zwei Jahre hinaus unterstützt werden. Wenn die vorgesehenen Mittel nicht reichen, müssen eben neue eingestellt werden. Die Regierung aber hat statt dessen eine starke Kürzung der Unterstützungen vorgenommen, als die ersten Millionen aufgebraucht waren. In der rigorosesten Weise werden Unterstützungsgesuche abgewiesen auf Grund der neuen Ausführungsbestimmungen. Wenn die Arbeiter betteln gehen, dann bekommen sie ebensoviel Unterstützung zusammen. Unsere traurige Steuergesetzgebung nötigt dazu, die aus einer Steuer gewonnenen Mittel wieder zur Schadloshaltung der Geschädigten zu verwenden. Die Schuld, daß die Dinge so gekommen sind, liegt an der Mehrheit des Reichstages, die das Tabaksteuergesetz gemacht hat. Wenn nun aber einmal 50 Millionen mehr durch die Steuer gewonnen sind, so kann es nicht darauf ankommen, 10 Millionen den Geschädigten zugute kommen zu lassen.

Genosse Brey erinnert daran, wie den Zündholzarbeitern die Unterstützung ausdrücklich versprochen wurde. Man darf doch nicht Steuergesetze schaffen, die den Arbeiter ins Elend treiben, und sich dann nicht weiter um ihn kümmern. Die Arbeiterorganisationen sind zu der Erhebung nicht herangezogen worden, sonst hätte man sicherlich feststellen müssen, daß nicht 25, sondern weit über 1000 Arbeiter arbeitslos wurden, daß in allen Fabriken Feierschichten eingeführt wurden und jetzt noch bestehen. Wie sehr die Zündholzindustrie leidet, geht auch aus zahlreichen Berichten der Handelskammern hervor.

Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt, die nationalliberale Resolution, wonach die Mehrheit des Reichstages den Geschädigten noch Hilfe gewähren will, wird angenommen. Abgenommen werden außerdem

zwei von der Budgetkommission beantragte Resolutionen, im Interesse der Sparsamkeit im nächstjährigen Etat einheitliche Bestimmungen über die Dienstwohnungen der Reichsbeamten und der Offiziere zu treffen und zu prüfen, weshalb die Bauten der Reichsbetriebe stets erheblich teurer sind als Privatbauten.

* * *

Von den Rechnungsprüfungen.

Wie unverantwortlich mit den Steuergroschen des Volkes in dem Kolonialbudget gewirtschaftet worden ist, erfuhren wir aus den Enthüllungen bei früheren Plenardebatten über die unkontrollierbaren Kolonialrechnungen. Als auch jetzt wieder unser Genosse Noske auf die unverantwortliche Geldverschleuderung im afrikanischen Kolonialparadiese hingewiesen hatte, bekam die Regierung, welche eine Abhilfe der bekannt gewordenen Uebelstände zusicherte, vom Zentrum und den Liberalen teilweise Schutz; sie mußten sich von unseren Genossen sagen lassen, daß die sogenannten Informationsreisen, zu welchen die Regierung nach bloßem Gutdünken auf Reichskosten Abgeordnete heranzieht, mit dem parlamentarischen System unvereinbar sind.

Dahin sind auch die Ostmarkenreisen zu rechnen, die auf Reichskosten von einzelnen Mitgliedern bakatistischer Parteien unternommen wurden.

Die Regierung schwieg zu dieser kitzlichen Sache.

* * *

Ein bekehrter Zentrumsmodernist.

Dem Auftreten des bayerischen Zentrumsabgeordneten Dr. Heim, der sich durch die Vermittelung der polnischen Fraktion einen Platz in der Budgetkommission zur Teilnahme an der Kalidebatte verschaffte, brachte der Reichstag bei der Plenarverhandlung ein großes Interesse entgegen. Wollte doch der zürnende Bajuvare die moralische Stäupung an den Protektoren des „Schmierfonds" auch auf das regierungsparteiliche Zentrum ausdehnen. Aber der Doktor begnügte sich damit, einen einzigen aus der Mitte seiner Fraktion herauszugreifen. Den alten kleinen Herrn des himmlischen Namens Seraph fixierte Heim mit seinen wilden Augen, als er die Anklage erhob: „Es ist ein frommer, ein christlicher Mann, der alle Unwahrheiten gegen mich schleuderte, obschon sie ihm als solche bekannt waren." Der Kollege, gegen dessen in einigen Zentrumsblättern erschienenen Angriffe der Redner seine persönlichen Hiebe austeilte, tat, als ob es ihn nichts angehe, was sein Fraktions- und Landtagskollege gegen einen Zentrumsschriften öffentlich vorträgt. Es machte den Eindruck, als habe der Märtyrer-Abgeordnete es übernommen, gleich einem Winkelried die Lanzen Dr. Heims in seinem kleinen Märtyrerleib aufzufangen, zur Schonung des Zentrus, dem der Bauerndoktor wegen des „Korruptionsfonds" den Garaus machen wollte. So endete die inszenierte Tragödie wie eine Posse, dank den Bemühungen des Regisseurs, Graf Oppersdorf, der mit seinem Fraktionskollegen Dr. Heim lange in der Wandelhalle des Reichstages konferiert und — wie ein zeitgemäßes Bonmot meinte — ihm den Modernisteneid abgenommen hatte.

* * *

Die Impffrage.

Von den vielen Arbeiten, welche die Petitionskommission erledigt, gelangen nur wenige zur Besprechung im Plenum. Das wichtige Volksrecht, direkt bei dem Reichstage in eigenen Angelegenheiten vorstellig zu werden, wird immer wirkungsloser, weil das Zusammendrängen der Reichstagsgeschäfte keine Zeit zur Besprechung der Petitionen im Plenum gestattet. Die Petitionskommission ist sehr ernsthaft vorstellig geworden bei dem Bureau des Reichstages, um etwas mehr Beachtung im Rahmen der Tagesordnung zu finden. Da die Regierung das Bedürfnis hatte, zu der lebhaften Agitation der Impfgegner wieder einmal sich im Parlament auszusprechen, wurde den Anträgen zur Abänderung des Impfgesetzes die Ehre einer Diskussion erwiesen. Innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion sind die Meinungen in der Frage geteilt, da sie keine politische Parteifrage ist. Während die Impfgegner eine Beseitigung des Impfzwanges erstreben, gehen andere Anträge zunächst nur auf eine gründliche Nachprüfung der Impffrage hinaus. Die Kommission war über eine Petition der erstgenannten Forderung zur Tagesordnung übergegangen; deshalb entstand eine lebhafte Gegenbewegung durch petitionierende Impfgegner. Die meisten Abgeordneten unterstützen die Forderung, daß durch Aufnahme einer Gewissensklausel in das Gesetz eine Befreiung vom Impfzwang vorgesehen werden soll, falls — wie z. B. in England — Eltern, Vormünder oder der Impfling die Vornahme der Impfung mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können.

Genosse Sachse vertrat gegenüber dem liberalen Abgeordneten Dr. Arning den Standpunkt der Impfzwang-Befreiung; er stimmt den Aerzten zu, welche die beste Bekämpfung der Pocken in einer richtigen Ernährung des Volkes und in hygienischen und sozialen Verbesserungen erblicken (gute Wohnungsverhältnisse, Bäder usw.); wie bei der Pest hätten auch hier die Gesetze der Reinlichkeit die besten Erfolge gegen die Epidemie gehabt. Genosse Sachse will kein Verbot der Impfung, sondern nur die Beseitigung des Gewissenszwangs; auch die Petitionen sollen zur Berücksichtigung überwiesen werden, welche eine staatliche Entschädigung der durch die Impfung Geschädigten verlangten.

Der Regierungsvertreter, Obermedizinalrat Dr. Kirchner, machte längere Ausführungen für die obligatorische Impfung und wünschte, daß der Reichstag über alle Forderungen der Impfgegner zur Tagesordnung übergeht.

Bei der wiederholten Beratung im Monat Mai wurden alle Anträge zur Abänderung des Impfgesetzes durch Annahme des Kommissionsantrages (Uebergang zur Tagesordnung) hinfällig.

* * *

Die Bäckereiverordnung

führte Anfang Mai wieder zu einer erregten Debatte. Eine Petition der Hausbesitzer und Bäckermeister gegen angebliche Schädigungen führte in der Kommission den Beschluß herbei, der Regierung eine möglichst schonende Handhabung der Verordnung zu empfehlen. Genosse Binder vertrat im Plenum den sozialdemokratischen Antrag, der den Uebergang zur Tagesordnung forderte. Binder zeigte, wie sittlich notwendig die Vorschriften zur Schaffung anständig eingerichteter Arbeitsräume sind, und wie rücksichtsvoll bisher die Behörden bei dem Vollzug vorgegangen sind. Die Bäcker haben heute noch das Recht, ihre Gesellen 82 Stunden in der Woche zu beschäftigen, d. h. werktäglich 12 Stunden und am Sonntag 10 Stunden.

In den Wohnungsverhältnissen der Bäckergesellen sind unstreitig in den letzten anderthalb Jahrzehnten einige Fortschritte erzielt worden. Das

ist nicht zum wenigsten dem Vorgehen Bebels zu verdanken, der die grauenhaften Zustände enthüllt hat, wie sie vor der Bäckereiverordnung herrschten. Die bürgerlichen Parteien, wie namentlich das Zentrum und die Fortschrittliche Volkspartei, sollten daher nicht die Hand zu einer Abschwächung der Verordnung bieten.

Die Erwähnung der Verdienste der Bebelschen Broschüre lockte den antisemitischen Bäckermeister Rieseberg zu einem Angriff auf Bebel heraus.

Genosse Bebel belehrte dann den Angreifer über die Entstehung der im Jahre 1890 erschienenen Broschüre; die grauenhaften Zustände veranlaßten damals Bebel, zur Feder zu greifen. Er führte aus:

„Ich konnte feststellen, daß in der weitaus größten Mehrzahl der Bäckereien eine tägliche Arbeitszeit von 13, 15, 16, ja 20 Stunden das ganze Jahr hindurch bestand, und daß den Arbeitern während des ganzen Jahres kein einziger Sonntag gegönnt wurde. Die Arbeitsräume waren in so scheußlichen Zuständen, daß man es sich kaum vorstellen kann. Ebenso mangelhaft waren die Wohnräume. Die Bäckerwäsche wurde alle Jahre einmal gewechselt usw. usw. In einer ganzen Reihe von Bäckereien herrschte der Zustand, daß, wenn der Bäckergeselle des Abends für die Nachtarbeit aufstand, die Dienstmädchen sich in das Bett hineinlegen mußten. Es wurde mir keine Unrichtigkeit nachgewiesen; vielfach ergaben sich die Zustände noch viel schlimmer. Wenn die kleineren Existenzen schwer zu kämpfen haben, so ist das nicht bloß im Bäckereigewerbe, sondern überall der Fall, das ist eine Folge der großindustriellen Entwickelung. Die günstigsten Arbeitsbedingungen herrschen nicht in den Kleinbetrieben, sondern in den Großbetrieben. Gehen Sie nur in die Bäckereibetriebe der Konsumvereine, da werden Sie ihr blaues Wunder erleben. Dort herrscht achtstündige Arbeitszeit, es wird in drei Schichten gearbeitet; vor Beginn der Arbeit nimmt jeder Bäcker ein Bad; zur Arbeit bekommt er einen frischgewaschenen Anzug geliefert. Wenn Herr Rieseberg auf den Fall im Betriebe eines sozialdemokratischen Bäckermeisters in Düsseldorf hinweist, so sind wir Sozialdemokraten die ersten, die eine solche Schweinerei auf das schärfste verurteilen."

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

* * *

Die Arbeitszeit in Putzgeschäften.

Einen Erfolg verzeichnete unser Antrag, über eine Petition zur Tagesordnung überzugehen, in der die Verlängerung der Arbeitszeit in den Putzgeschäften an den Samstagabenden verlangt wird. Die Kommission hatte Berücksichtigung beantragt. Die Genossen Albrecht und Brühne wiesen nach, daß die Arbeiterinnen in Putzgeschäften sowieso in schlimmer Lage sich befinden. Man solle ihnen den geringfügigen Schutz, den die Gewerbeordnung ihnen jetzt gewährt, nicht verkümmern. Bei der Abstimmung wurde dann auch der sozialdemokratische Antrag angenommen.

* * *

Für ein Reichstheatergesetz

sprach namens der Fraktion der Genosse Geck, der insbesondere die Gefahren schilderte, denen das weibliche Bühnenpersonal ausgesetzt ist. Das Fortschreiten der Organisation der Schauspieler ist eine Hauptbedingung zur Erreichung einer guten Gesetzgebung, für welche die wieder einmal am Bundesratstische fehlende Regierung kein Interesse zeigt.

* * *

Antiqua oder Fraktur?

Die Forderung einer Petition, der lateinischen Schrift in dem Schulunterricht eine zeitgemäße Gleichberechtigung einzuräumen, ist von der Petitionskommission einstimmig gutgeheißen worden. Im Plenum entwickelte sich aber eine heftige Debatte, da die Konservativen der Sache eine hurrapatriotische Seite verliehen. Genosse Geck vertrat den Kommissionsbeschluß und setzte den Patrioten durch eine beißende Satire heftig zu. Die Antisemiten beantragten den Uebergang zur Tagesordnung über die Petition. 85 Stimmen erhielt der Antrag, 82 lehnten ihn ab. Das Haus war also beschlußunfähig.

* * *

Reichs-Urnen.

Es handelt sich nicht um die Leichenverbrennung, sondern um die Reichstagswahl und die Sicherung des Abstimmungsgeheimnisses. Dem Verlangen nach einheitlichen Wahlurnen will die Regierung zunächst ohne Aenderung des Gesetzes auf dem Verordnungswege zu entsprechen versuchen. Es wurde mitgeteilt, daß den Behörden die Sorge dafür auferlegt wird, „daß als Wahlurnen nicht Gefäße verwendet werden, die durch ihre Beschaffenheit zu Mißbräuchen Veranlassung geben, und daß auch sonst das Wahlgeheimnis gewahrt werden soll." Die Junker werden nach dieser platonischen Verordnung wenig fragen. Es muß das Wahlgeheimnis gesetzlich gesichert werden unter Strafandrohung. Dazu hat sich die Regierung nicht verstanden. Genosse Frank sagte in seiner Rede gegen den Reichskanzler:

„Das Modell einer Wahlurne, das von allen Parteien angenommen wurde, ist von der Regierung verworfen worden, weil die Sicherheit, die es bietet, nicht weit genug ginge, und nach dem Grundsatz: Alles oder nichts! wolle man lieber gar keine Sicherheit des Wahlgeheimnisses, als eine unvollkommene. Möge der Reichskanzler den Wählern nur bald Gelegenheit geben, ihren Dank für die Leistungen der Regierung zu erweisen. Denn was der Reichstag auch noch fertig bringen mag, es wird den gleichen Stempel tragen wie seine bisherigen Leistungen. Die Arbeiter müssen für kleine Vorteile mit Verlust von Rechten und Freiheiten zahlen."

* * *

Die dritte Lesung des Etats

erfolgte am 3. und 4. April. Die Regierung und ihre Bewilligungstruppe wollten ohne Sang und Klang die Beute einheimsen. Die Sozialdemokraten widersetzten sich der Erniedrigung einer Volksvertretung zur Wertlosigkeit. Genosse Ledebour wies in seiner Verabschiedungskritik auf die Ungesetzlichkeit des Zustandes hin, daß der Etat am 1. April noch nicht fertiggestellt ist. Die Regierung rufe das Parlament zu spät ein, verzögere die Vorlage des Reichshaushaltes und beraube so das Volk immer mehr des Rechtes der Kontrolle und Umgestaltung der Finanzwirtschaft. Zu diesem Anarchismus bietet die bürgerliche Mehrheit die Hand. Die Schlußprämie (1000 Mk.) des Diätengesetzes, das einer Aenderung auf der Grundlage wirklicher Anwesenheitsgelder bedarf, bildet eine Anreizung zur schnellsten Durchpeitschung der letzten Arbeiten.

Unsere Stichwahltaktik besprechend, sagte Ledebour, wir Sozialdemokraten entscheiden uns bei der Auswahl des „kleineren Uebels" immer für diejenige Partei, die mit uns noch am entschiedensten Opposition macht.

Das hat nun bei der Zentrumspartei aufgehört, die ihre Heim und Häusler in den Hintergrund stellt und die „wandlungsfähigeren Schlangenmenschen" als Regierungsinstrumente vorschiebt. Mit dem Proporz muß dem Stichwahlübel begegnet werden; man kann Wahlkreise mit etwa 5 Abgeordneten einrichten; der Verteilung der 400 Sitze müßte das Ergebnis der jeweiligen Volkszählungen unterliegen. Unsere jetzige Einteilung entspricht der Volkszählung von 1864; die Regierung ignoriert systematisch, daß die Verfassung auf je 100 000 Einwohner einen Reichstagsabgeordneten fordert. Die Sozialdemokraten können unmöglich auf die Stimmzählung verzichten, um sogenannte „falsche Stichwahlen" zu vermeiden. Wir handelten töricht, wenn wir uns durch irgendwelche Gegenwartsstimmung verleiten ließen; jede Wahl bedeutet für die Sozialdemokratie über den Augenblickserfolg hinaus eine Etappe für künftige Wahlerfolge. Das Verhalten der Freisinnigen gegenüber der Sozialdemokratie bei der Gießener Wahl erklärt Ledebour für einwandfrei. Kommen die Freisinnigen aus eigener Kraft in die Stichwahl mit einem Reaktionär, so können sie mit Sicherheit auf unsere Hilfe rechnen.

Dem abwesenden Reichskanzler hielt Genosse Ledebour das Törichte der „Unteroffiziersidee" vor, die Staaten in eine Rangordnung einzuteilen behufs Prüfung der Abrüstungsmöglichkeit. Unser Redner wies auf die kapitalistischen Strömungen hin, die zum Kriege führen könnten, und leitete gerade daraus die Notwendigkeit der Rüstungseinschränkungen ab. Auch die wirtschaftliche Entwickelung dränge dahin. Der Wirtschaftsmacht der Vereinigten Staaten, die durch den Vertrag mit Kanada, der den Beginn der Abtragung der Hochschutzzollmauern bedeute, neue Stärkung erfahre, werde nur ein einheitliches Wirtschaftsgebiet der Vereinigten Staaten Europas gewachsen sein. Möge die Gegner diese Idee mit ebensolchem Abscheu erfüllen wie unsere Bekenntnis zur Republik, ihre Bekämpfung werde doch nur dieser Idee neue Anhänger zuführen.

In knappen Strichen entwarf dann Ledebour ein Bild der internationalen Kulturpolitik, deren Träger die Sozialdemokratie sei, die als solche die Verpflichtung habe, gegen die Greuel in den Gefängnissen des Zaren wie gegen die Justizmorde in Japan zu protestieren. Indem wir diese Kulturpolitik treiben, schloß Ledebour seine zweistündige Rede, steuern wir unserem Endziel zu: der Ueberwindung des Kapitalismus durch die sozialistische Gesellschaft.

In der Spezialdiskussion schenkten unsere Genossen den ferienbedürftigen bürgerlichen Parteien die Ruhe nicht. Genosse David zerstörte gründlich, selbst unter dem Beifall aus anderen Fraktionen, die falschen Ausreden und beschönigenden Darstellungen über die blamable Drangsalierung österreichischer Reisenden in Deutschland.

Scharf geriet auch Ledebour an den Staatssekretär wegen der Ausweisung des Russen Montag.

Beim Reichsamt des Innern begründete Genosse Hengsbach die sozialdemokratische Resolution betreffend eine Ergänzung der bundesrätlichen Verordnung über den Arbeiterschutz in der Großindustrie. Darin sind folgende Forderungen erhoben:

Erstens muß die Dauer der täglichen Arbeitszeit im allgemeinen festgesetzt werden. Zweitens ist für die in den Feuerbetrieben beschäftigten Arbeiter angesichts der Natur dieser Arbeit die achtstündige Schicht vorzuschreiben. Drittens ist durch präzisierte Vorschriften dafür zu sorgen, daß die Pausen innerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit einzuhalten sind. Viertens verlangen wir die Einschränkung der Ueberzeitarbeit,

da noch Arbeitsschichten von 14, ja 16 Stunden vorkommen. In derselben Richtung bewegen sich unsere fünfte und sechste Forderung auf strengste Durchführung der zum Schutze der Arbeiter erlassenen gesetzlichen Bestimmungen und auf durchgreifende Vorschriften über die sanitäre Einrichtung der Arbeitsräume, die Errichtung von Wasch- und Badeanstalten, Ankleide- und Speiseräumen.

Genosse Hengsbach verweist auf die Notwendigkeit, der Gewerbe- und Fabrikinspektion auch Kontrolleure aus der Arbeiterschaft beizugeben. Durch Beseitigung der über 12 Stunden hinausgehenden Arbeitszeit ließen sich hunderttausende Arbeitsloser einstellen. Die Dividenden der Großindustriellen beweisen, daß die Unternehmer noch nicht unter der sozialen „Last" zusammenbrechen. Das Zentrum, das früher diese Arbeiterforderungen unterstützte, treibt jetzt Verschleppungspolitik. Die sozialdemokratische Fraktion beantragt ferner die Vorlegung eines Gesetzentwurfes über die Pensionskassen in den industriellen Werken. Es geschieht ein bitteres Unrecht, wenn Arbeiter, die ihr Leben lang Kassenbeiträge bezahlten, nachher der Ansprüche verlustig gehen.

Auch Genosse Sachse kennzeichnete die Arbeiterpolitik des Zentrums, das jetzt nur eine Denkschrift, statt einer Durchführung des Arbeiterschutzes fordert. Dadurch wird insbesondere der Hüttenarbeiterschutz verschleppt.

Auch Genosse Molkenbuhr beteiligte sich an der Debatte.

Die sozialdemokratischen Resolutionen wurden abgelehnt, die Zentrumsresolution (Denkschriftsantrag) angenommen.

Beim Militäretat mußten von der Regierungsbank aus die Angriffe des Genossen Kunert auf die schwarzen Fonds teilweise als berechtigt anerkannt werden. Genosse Zubeil nahm sich wieder der Zivilmusiker an, die unter der militärischen Konkurrenz schwer leiden. Die Genossen Albrecht und Noske hatten nochmals wegen der Militärwerkstätten einen Kampf auszufechten.

Genosse Leber protestierte gegen die schlechte Behandlung der Soldaten einer Kompagnie des Weimarschen Regiments.

Als Genosse Severing die Werft-Informationsreisen und ihre lobende Bewertung im Regierungsorgan „Marine-Rundschau" geißelte, kam es zu einem heftigen Intermezzo mit dem Staatssekretär v. Tirpitz, wobei Vizepräsident Schultz unseren Redner mit zwei unzulässigen Ordnungsrufen bedachte, weil Severing sich gegen verlogene Artikel jenes aus Reichsmitteln unterhaltenen Organes verwahrte. Der Vize meinte, man dürfe ein Organ des Marineamtes nicht der Verlogenheit zeihen. Auch Noske kam mit dem Präsidium in einen Konflikt.

* * *

Die gekürzte Heizerzulage

erfuhr bei diesem Anlasse eine sehr scharfe Kritik. Gegen unseren, auch von freisinniger Seite unterstützten Antrag auf Wiederherstellung der Heizerzulage stellte sich das Zentrum auf die Seite des ablehnenden Marineministers, um diese geplagten Arbeiter um die paar Pfennige Mehrlohn zu bringen. Die Empörung, welche im Reiche über die skandalösen Beschlüsse des Reichstages herrscht, wird sich, sagte Noske, gegen die Mehrheit der Volksvertretung wenden. Da erhob sich der berühmte Abgeordnete v. Oldenburg, um die Unzufriedenheit mit dem klassischen Worte des Großadmirals aus der Welt zu schaffen:

„Wenn Unzufriedenheit vorhanden ist, so hat sie aufzuhören, wenn es von oben befohlen wird. Das war ein Wort, wie wir es gern von dieser Stelle hören."

Bei der namentlichen Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag auf Wiederherstellung der Heizerzulagen mit 162 gegen 116 Stimmen bei zwei Stimmenenthaltungen angenommen. Dafür hat die Linke, die Wirtschaftliche Vereinigung und ein erheblicher Teil des Zentrums gestimmt; dagegen die Konservativen, die Reichspartei, die Polen und ein großer Teil des Zentrums.

* * *

Beim Reichsschatzamt trat Genosse Böhle für die Besserstellung der Zollbeamten, Genosse Schöpflin für die Veteranenbeihilfe ein.

Genosse Hengsbach sprach über die Eisenbahnmißstände in Duisburg und die Postmängel in Hamborn. Eichhorn brachte andere postalische Beschwerden vor, wobei ihn Zubeil unterstützte.

Der Etat wurde in der Schlußabstimmung gegen die Sozialdemokraten bewilligt.

* * *

Die Reichsversicherungsordnung.

Das Einführungsgesetz.

Die Ouvertüre zu den großen Verhandlungen dieser Schlußtagung bildete die erste Lesung des Einführungsgesetzes, dessen Bestimmungen schon die schlimmen Pläne der Regierung erkennen ließen: es wird vorgegeben, daß unberechtigte Verträge schon abgeschlossen seien zwischen Kassenverwaltungen und Kassenbeamten, weshalb eine allgemeine Neuregelung vorzunehmen sei, wobei „ungeeignete" Beamte durch neue ersetzt werden müßten.

Genosse Hoch erfüllte die dankenswerte Aufgabe, der Katze die Schelle anzuhängen: es handelt sich um den Raub wohlerworbener Arbeiterrechte und um Verhängung eines Ausnahmegesetzes. Dabei leistet wieder das Zentrum als Regierungspartei Hilfe und verbreitet längst widerlegte Lügennachrichten über angeblich in böswilliger Absicht gemachte Verträge. Es handelt sich darum, Angestellte ohne Entschädigung entfernen zu können, während man für die Steuerfreiheit der Fürsten sich sogar auf „staatsrechtliche" Gründe beruft. Dabei ist die Leistungsfähigkeit der Krankenfürsorge und das Selbstverwaltungsrecht der Kassenmitglieder gefährdet. Es kommen Beamte in Betracht, die zum Teil schon 20 Jahre in ihrer Stellung sich vorzüglich eingearbeitet haben, die sich vor Vergewaltigung schützen wollen. Als im Jahre 1907 ein derartiger Vertrag bekanntgegeben wurde, hatte weder die Regierung, noch sonst jemand etwas dagegen einzuwenden. Von den schweren „Mißständen" in den Krankenkassen ist trotz krampfhaften Suchens nichts Stichhaltiges vorgetragen worden; die Broschüre des „Reichsverbandes" steht unter jeder Kritik.

Genosse Hoch zeigt die Verlogenheit an einigen Stichproben. Die „Arbeitervertreter" des Zentrums, die Abgeordneten Becker und Giesberts, die noch voriges Jahr so arbeiterfreundlich taten, machten jetzt die ganze Entrechtung der Krankenkassen mit. Schon seit 1900 sammelt man Material für dieses Gesetz; schon Fürst Bülow hat ein solches Ausnahmegesetz in Aussicht gestellt; heute will man behaupten, der Vertrag von 1906 zwischen den Kassen und ihren Angestellten sei die Veranlassung dieses Vorgehens! Man schützt Fehler vor, wie sie überall vorkommen, nicht zum wenigsten bei Berufsgenossenschaften und bei Ministern, um den Kassen ihren Stab von Beamten zu nehmen, den sie sich unter Mühen und Opfern aufgezogen haben. Mitten im Sozialistengesetz hat der Reichstag nicht gewagt, den Arbeitern das Recht auf Verwaltung ihrer Kassen abzusprechen, und Herr v. Bötticher, der damalige Staatssekretär, erklärte, daß man die Versicherung auf die wertvollen Vorarbeiten aufbauen müsse, die die freien Hilfskassen geleistet haben. Jetzt aber will man an die proletarische Selbstverwaltung der Kassen heran: man will den Arbeitermassen die Beamten nehmen, zu denen sie Vertrauen haben, man will ihnen gerade die Versicherungsform verekeln, die ihnen ans Herz gewachsen ist. Weil sich zu dieser Herabdrückung der Leistungen nicht Beamte hergeben, die Ehre im Leibe haben und die das Vertrauen der Arbeiter besitzen, darum will man den Kassen Militäranwärter aufzwingen, die im Tone des Kasernenhofs zu Arbeitern reden und mit völliger Verständnislosigkeit an soziale Fragen herantreten. Die Arbeiter werden es sich merken, wie leicht die sogenannten staatserhaltenden Parteien und mit ihnen die Regierung über wohlerworbene Rechte hinwegschreitet, wenn es sich um Erfüllung scharfmacherischer Wünsche handelt. Wir aber werden alles tun, was in unseren Kräften steht, um dieses Attentat auf die Arbeiterklasse zu vereiteln.

Genosse Schmidt bezeichnet die Bestimmung einer Prüfung des Verhältnisses zwischen Gehalt und Befähigung als eine Ausnahmebestimmung, weil nur gegen Sozialdemokraten davon Gebrauch gemacht werden wird. Er entgegnet dem Staatssekretär Delbrück:

„Auf dem Krankenkassenkongreß, der soeben in Berlin tagte und von 1586 Delegierten beschickt war, die 6 879 000 Mitglieder vertreten, war die Regierung nicht vertreten. Sie hätte auf die Einladung antworten können: „Wir sind beim Zentralverband deutscher Industrieller engagiert, und da hat es keinen Zweck, zu Euch zu kommen". Weshalb denn die Ausrede, kein Vertreter hätte Zeit. Sagen Sie doch offen und ehrlich, wir brauchen Eure Informationen nicht, wir kennen Eure Wünsche, wir können ihnen aber nicht nachkommen, weil es der Zentralverband deutscher Industrieller nicht erlaubt, und die Verbindung mit ihm uns wertvoller ist als die mit den Krankenkassen."

Das Gesetz ging an die Versicherungskommission.

Das Einführungsgesetz ist dann in zweiter und dritter Lesung mit der Versicherungsordnung zusammen erledigt worden.

* * *

Die Aufhebung des Hilfskassengesetzes.

Auch sie steht im Zusammenhang mit der Reichsversicherungsordnung. Die Regierung will eine Vollmacht haben, durch Unterstellung der Hilfskassen unter das Amt für Privatversicherung einen größeren Einfluß auf die Hilfskassen auszuüben. Man verdeckte die Absicht mit dem guten Zwecke, die Schwindelkassen zu bekämpfen.

Genosse Stadthagen hob diese versteckte Tendenz an das Licht: Die Behörde will die Möglichkeit haben, Vereinen, deren politische, religiöse oder wirtschaftliche Tendenzen zu bekämpfen der Staat Anlaß hat, die Genehmigung zur Gründung von Hilfskassen zu verweigern oder ihnen das Lebenslicht auszublasen. An dem Bestehen der Schwindelkassen fällt eine Mitschuld

auf die Regierung; sie hat unsere Presse verfolgt, als letztere gegen den Schwindel loszog. Das Zentrum ist auch hier mit der Benachteiligung der Gewerkschaften durch diese Aufhebung der Selbstverwaltung einverstanden. Es muß versucht werden, in der Kommission noch Kautelen in das Gesetz zu bringen, welche etwas Schutz gewähren gegen die Gelüste des Zentralverbandes deutscher Industrieller, die darauf hinzielen, polizeitüchtige Rendanten, wie z. B. den Moabiter Mörder des Arbeiters Hermann, in die Verwaltung zu bringen.

Genosse Stadthagen wurde während seiner Rede von einem schweren Leiden befallen, das zu einer Operation und mehrwöchentlichem Aufenthalte Stadthagens im Krankenhause führte.

Genosse Ledebour ging in der Diskussion noch auf gegnerische Einwendungen ein.

Der Entwurf ging an die Versicherungskommission.

* * *

Der Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Schweden.

Hier zeigte es sich, wie die Hochschutzzöllnerei von 1902 ein Hindernis ist zum Abschluß günstiger Uebereinkommen mit fremden Staaten. Die bei der Vorbereitung des Vertrags mitwirkenden deutschen Unterhändler besaßen nicht die Fähigkeit, zu verhüten, daß Deutschland den kürzeren zog. Unsere Situation gestaltete sich schon deshalb recht schwierig, weil Deutschland auf die Einfuhr schwedischer Rohprodukte (Erze) angewiesen ist, und andererseits bei dem Verkauf der deutschen industriellen Erzeugnisse gegenüber der großen Konkurrenz auf ein Entgegenkommen günstiger Art hinwirken soll.

Genosse v. Vollmar, der nach einer langen Zeit der Erkrankung wieder so weit genesen ist, daß er den Verhandlungen des Reichstages anwohnen kann, schilderte als Fraktionsredner dieses sehr unschöne „Meisterstück" unserer Diplomatie, welche nur mit Sachverständigen aus Schutzzöllnerkreisen operierte und ganz unter dem Einflusse der rheinisch-westfälischen Hüttenbarone stand.

Es spielt hierbei der Zoll auf die Pflastersteine eine Rolle, für welchen das Zentrum eintritt, weil es sich auf irreführende Angaben deutscher Unternehmer stützt, die sich schon durch schmutzige Inlandskonkurrenz befehden. Die organisierte Arbeiterschaft, welche von einer fachmännischen Presse über alle volkswirtschaftlichen Faktoren unterrichtet ist, hat eine andere Stellung. Die große Steinarbeiterorganisation verlangt in allererster Linie, daß niedrige Eisenbahnfrachten eingeführt, daß keine Schiffahrtsabgaben geschaffen werden. Sodann verlangen sie, daß ein besserer rationeller Betrieb eingeführt wird. Endlich fordern sie zur Beseitigung der schlechten Löhne einen Tarifvertrag. Sie wollen gleich uns keinen Zollkrieg. Wir werden dem Vertrage unsere Zustimmung geben; wir wollen aber in eine solche schädliche und unwürdige Zwangslage nicht mehr kommen. Nordamerika hat bereits den ersten Schritt getan zum Abbau des Hochschutzzollsystems. Es ist die höchste Zeit, daß auch Deutschland sich von dem Wege des sich gegenseitigen Absperrens der Nationen abkehrt und dahin wirkt, daß Europa wieder zu einem vernünftigen Systems des Güteraustausches gelangt.

Bei der Schlußberatung des Vertrages im Plenum hat Genosse Scheidemann unseren Standpunkt gegenüber den Pflastersteinzöllnern wiederholt. Er hielt insbesondere dem Zentrum vor, daß es jetzt bei den Pflastersteinen sein arbeiterfreundliches Herz wieder entdecken möchte, das bei der Einführung der Lebensmittelzölle, bei der Tabak- und Zündholzsteuer abhanden kam.

Die Kommission empfahl neben der Zustimmung zum Vertrage eine Resolution, welche die Beseitigung oder wesentliche Ermäßigung der Gebühren für Beeren-Lesescheine in den fiskalischen Forsten fordert, und eine zweite, welche die Eisenbahnausnahmetarife in den einzelnen Bundesstaaten zugunsten der Hartsteinindustrie mit möglichster Beschleunigung auszubauen verlangt.

Genosse Kuntze vertrat eine sozialdemokratische Resolution, welche sich gegen jede Gebührenerhebung für das Beerensammeln in fiskalischen Forsten wendet. Mit einer Ermäßigung ist blutarmen Leuten nicht gedient. Nicht nur Frauen und Kinder, sondern auch erwachsene Männer gehen in den Wald zum Beerensuchen — ein Beweis für die paradiesischen Zustände auf dem Lande. Im Wahlkreise des Redners wurde in mehreren Wäldern das Beerensuchen verboten, weil man die Dörfer schikanieren wollte, in denen sozialdemokratische Stimmen abgegeben waren. Das ist bezeichnend für die agrarische Gehässigkeit.

Der Handelsvertrag ist nach der Kommissionsvorlage genehmigt. Unsere Resolution wurde abgelehnt.

* * *

Sonstige Gesetzentwürfe,

die keine großen Debatten hervorriefen, sind noch angenommen:

Der Gesetzentwurf betreffend die Schiffsmeldungen bei den Konsulaten des Deutschen Reiches;

das in Brüssel 1910 abgeschlossene Uebereinkommen über das Seerecht;

der Niederlassungsvertrag mit der Schweiz;

das Uebereinkommen mit Japan;

das Kolonialbeamtengesetz;

der Gesetzentwurf über die Beseitigung von Tierkadavern.

Die Novelle zum Zündwarengesetz

bewies, wie miserabel die Arbeit der schnapsblöcklichen Steuermacherei ist. Den Fabrikanten wurde auf 5 Jahre hinaus eine Schutzfrist gegen die Konkurrenz gewährt; sie wollen jetzt mindestens 15 Jahre, um höhere Preise zu erzielen. Die Regierung gewährt 10 Jahre und will durch Herabsetzung des Jahreskontingentes den Verbrauch und Gewinn regulieren; dann folgt sicher ein Gesetz für die Besteuerung der Zündersatzmittel. Die Regierung wurde durch die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion auf Unterstützung der geschädigten Proletarier mehrfach an ihre Pflicht erinnert, aber sie kümmert sich ebensowenig um das Elend, das durch die Steuer über die Arbeiter gebracht worden ist, wie die Parteien des Schnapsblocks, die mit dafür verantwortlich sind.

Der schweizerische Niederlassungsvertrag

gab unserem Genossen Stadthagen, der als Rekonvaleszent wieder munter auf der parlamentarischen Kampfstätte erschienen war, zu Bemerkungen Anlaß, welche die Androhung eines Ordnungsrufes durch den Vizepräsidenten Schultz eintrugen. Stadthagen hatte die auswärtigen Klagen über die offenbare Verhöhnung internationaler Verträge durch die preußische Regierung erwähnt. Die Verordnungen zu den Legitimationskarten sind Verletzungen des Reichsrechts und der Reichsverfassung, da die Bestimmungen über die Niederlassungen ausschließlich Sache des Reiches sind. Unter solchen Umständen können wir Sozialdemokraten dem Vertrag nicht zustimmen. Zwei bis drei Millionen nimmt die Privatgesellschaft

„Feldarbeiterzentrale" dafür ein, daß sie gesetzwidrig ausländische Arbeiter mißhandelt, um Streikbrecher gegen die deutschen Arbeiter heranzuziehen. Man will eine Hintzegarde, diese Siebenmonatskinder, gegen die deutschen Arbeiter zur Verfügung haben.

Der sozialdemokratische Antrag, eine Kommissionsberatung vorzunehmen, wurde abgelehnt.

Der Vertrag wird gutgeheißen.

* * *

Vom Patentgesetz.

Die notwendige Abänderung dieses Gesetzes ist dem künftigen Reichstage vorbehalten. Der vorgelegte Entwurf bezweckt nur die Aenderung des § 2 des Patentgesetzes, um einen Zwang zur Patentausführung zu ermöglichen. Die Fraktion stimmte dem Kommissionsentwurf zu, den der Genosse Geck als einen Notbehelf bezeichnete, für den aber auch Arbeiter sich ausgesprochen haben. Dem Patentamt sind mit Zustimmung des Reichstages Hilfsmitglieder zugewendet worden.

* * *

Das Diätengesetz,

welches die Tagegelder der Reichstagsabgeordneten (700 Mk.) für die am 10. Oktober zusammentretende Herbstsession (Oktober-November) festsetzt, gab dem Genossen Bebel Veranlassung, gegen die schäbige, kleinliche Begründung zu protestieren, welche die Regierung dieser Vorlage voransetzte. Bebel meinte, es sei eine der dringendsten Aufgaben des neuen Reichstags, eine gründliche Reform des Gesetzes durchzuführen. Der überhastete Geschäftsgang des Reichstags bringe eine unverantwortliche Zerstörung der Gesundheit der wirklich dauernd im Reichstage tätigen Abgeordneten und der Angestellten des Hauses mit sich. Die Hauptschuld daran trage das Diätengesetz.

* * *

Der Bundesstaat Elsaß-Lothringen.

Die Verfassung Elsaß-Lothringens als selbständiger Bundesstaat ist in dem Gesetze, das 40 Jahre auf sich warten ließ, auf die Basis eines demokratischen Wahlrechts gestellt. Was Preußens Volk begehrt: nicht länger Deutsche zweiter Klasse zu sein, das gewährte der preußische Ministerpräsident v. Bethmann als Kanzler den Elsaß-Lothringern. Das ist der Todesstoß für die Infamie des preußischen Dreiklassenwahlrechtes, zu dessen Beseitigung die Kampfeslust der Arbeiter eine weitere Waffe erhielt. Die ursprüngliche Vorlage der Regierung hatte mit dem Vorschlag eines Pluralwahlrechtes (Altersstimmen) der alten Feindschaft gegen das allgemeine, gleiche Wahlrecht dienstbar sein wollen. Den Junkern war der ganze Entwurf ein Greuel; das Zentrum und der Liberalismus wollten auf dem Boden der Pluralität das Wahlrecht konstruieren. Im Zentrumssturm herrschte eine große Zersplitterung, da ein Teil auf die Seite der Konservativen neigte und die elsässische Nationalistengruppe der klerikalen Partei die Herrschaftsinteressen des einheimischen Bürgertums gegenüber dem lästig empfundenen deutschen Regiment wahren wollte.

Die Freikonservativen (nur die kleine Gruppe Dirksen) waren bereit, dem Gesetze zuzustimmen, wenn der Sprachenparagraph eingefügt würde.

So hatte die Regierung, der, nachdem der Kaiser sich in Straßburg für die Gewährung einer Verfassung verbürgt und den elsässischen Landesausschuß heimgeschickt hatte, an dem Zustandekommen derselben sehr viel gelegen war, schlechte Aussichten für eine Majorität. Die Sozialdemokratie, deren Kommissionsvertretung der Staatssekretär auch zu der Besprechung über die Möglichkeit einer Verständigung einlud, hätte unter Umständen für das Scheitern der Vorlage ausschlaggebend sein können; sie konnte aber nur bei der Voraussetzung eines gleichen und direkten Wahlrechts für die Zweite Kammer der Sache nähertreten.

Es gelang ihr, das Altersprivileg fernzuhalten; leider blieb die Wohnsitzklausel als eine vexatorische Schädigung der Arbeiterschaft zurück. Das Wahlrecht ist an einen dreijährigen Aufenthalt in den Reichslanden geknüpft, nur bei Religionsdienern, Lehrern und Beamten in öffentlicher Stellung genügt die einjährige Dauer des Aufenthaltes. Die Sozialdemokratie war der Meinung, daß ein Wohnsitz von einem Jahr für alle genügend sei. Sehr hart wird insbesondere die Arbeiterschaft von der vexatorischen Bestimmung betroffen, daß der Wahlberechtigte einen Ortswohnsitz von mindestens einem Jahre nachzuweisen hat. Einen Vorzug bedeutet immerhin die Bestimmung, daß die Wahl an einem Sonntag stattfindet. Die reaktionärsten Einrichtungen der befestigten kaiserlichen Gewalt über die Reichslande, des Zweikammersystems blieben in der Verfassung. Unsere Genossen hatten in der Kommission gefordert, daß die Regierungsgeschäfte durch einen vom Landtag aus seiner Mitte gewählten Regierungsausschuß besorgt werden. Also die republikanische Verfassung.

Die Plenarberatung begann am 24. Mai. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte die Einführung des Frauenwahlrechts und Herabsetzung des Wahlberechtigungsalters von 25 auf 20 Jahre. Ferner sollen alle Wähler wahlberechtigt sein, die seit mindestens einem Jahre (Kommission: drei Jahre mit Ausnahmen für Beamte, Religionsdiener und Lehrer) ihren Wohnsitz in Elsaß-Lothringen haben. Ferner will der Antrag die vorgesehene Gemeindewohnsitzklausel von einem Jahre ersetzen durch die Bestimmung, daß das Wahlrecht ausgeübt werden soll in der Gemeinde, wo der Betreffende am Tage der Aufstellung der Wählerlisten seinen Sitz hat.

Genosse Emmel bezeichnete in der Begründung unserer Anträge die Ausgestaltung des Wahlrechts als die Bedingung unseres Verhaltens zum Gesetz. Leider versagt man dem Volke den Proporz, weil es angeblich „noch nicht reif dafür sei". Das sagen die elsässischen Nationalisten, die mit dem Wahlrecht nur ihre eigene Macht aufrechthalten wollen. Gar keine Berechtigung hat im Gesetz die Gemeindewohnsitzklausel. Durch den Beschluß der Kommission werden nur die betroffen, die gezwungen sind, häufiger umzuziehen, es ist eine rein schikanöse Bestimmung.

Genosse Böhle vertrat in längerer Rede unsere Stellung zur Verfassungsfrage. Der Artikel I wurde mit 200 gegen 112 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen.

Kein einziger Regierungsvertreter nahm Stellung zu den sozialdemokratischen Anträgen. Der Reichskanzler hatte sich wiederum, wie an anderen Tagen, wenn Sozialdemokraten sprachen, aus dem Hause entfernt.

Sämtliche Abänderungsanträge wurden abgelehnt; alle bürgerlichen Parteien stimmten gegen dieselben. Für die Streichung der Wohnsitzklausel war außer den Sozialdemokraten auch ein Teil der Fortschrittler.

Ueber den § 3, der nach Beseitigung des Pluralwahlrechts in der Kommissionsfassung nur noch lautete: „Jeder Wahlberechtigte hat eine Stimme", fand eine namentliche Abstimmung statt. Der Paragraph wurde mit 261 gegen 47 Stimmen (meist Konservative) angenommen. Die übrigen Bestimmungen des Gesetzes fanden unverändert Annahme, darunter befindet sich auch eine zur Einführung obligatorischer Urnen.

Dadurch, daß die Sozialdemokraten für die Bundesratsstimmen Elsaß-Lothringens eintraten, ist dieser Paragraph der Verfassung nicht gefallen; ferner wurde durch unsere Abstimmung beim Sprachenparagraph d.. Möglichkeit zu einer Mehrheitsbildung für das Gesetz geschaffen. Genosse Bebel begründete die Stellung der Fraktion zum Sprachenparagraphen (24b); der bestehende Zustand in Elsaß-Lothringen, der nichts zu wünschen übrig läßt, soll jetzt kodifiziert werden. Sonst würde auch die Stellung der Sozialdemokratie eine andere sein. Der preußischen Regierung würden wir für Schleswig oder Posen eine solche Bestimmung nicht anvertrauen; die Polen werden bekanntlich in bezug auf ihre Muttersprache am gewalttätigsten behandelt. Es ist aber unmöglich, daß in Elsaß-Lothringen eine Ausschließung der französischen Sprache aus der Schule oder sonstwo verfügt werden kann; der Landtag würde Protest gegen die Regierung erheben, sogar die Erste Kammer. Der § 24b wurde nach der Kommissionsfassung mit 219 gegen 101 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen; 2 Stimmen sind ungültig.

In der dritten Beratung verlas Genosse Frank namens der Fraktion eine Erklärung, welche die Gründe dafür enthält, weswegen die Sozialdemokraten trotz aller Bedenken für die Verfassung und für das Wahlgesetz stimmen.

„Die sozialdemokratische Fraktion bedauert lebhaft, daß es ihr nicht gelungen ist, für Elsaß-Lothringen eine ihren Forderungen entsprechende demokratische Verfassung zu erringen. Die Uebertragung der Staatsgewalt auf den Kaiser und die Errichtung einer Ersten Kammer stehen im Widerspruch mit den Wünschen der Mehrheit der Elsaß-Lothringer, deren Interessen wir hier vertreten haben. Auch die Aufenthalts- und Wohnsitzbedingungen, an welche die Ausübung des an sich demokratischen Wahlrechts geknüpft wurde, sind Rückständigkeiten, deren energische Bekämpfung und deren Beseitigung unser Ziel bleiben wird, wir haben aber das Vertrauen, daß das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, das die verbündeten Regierungen nicht mehr versagen konnten, die Kraft haben wird, den Willen des elsaß-lothringischen Volkes auch gegen Erste Kammer und Kaisergewalt durchzusetzen, und wir sind überzeugt, daß die Rückwirkung der Einführung dieses Wahlrechts auch auf die anderen in dieser Beziehung zurückgebliebenen Bundesstaaten nicht wird aufgehalten werden können."

Beide Gesetze werden bei der namentlichen Schlußabstimmung verbunden; es stimmen 211 Abgeordnete dafür, 93 (Konservative, wirtschaftliche Vereinigung, ein kleiner Teil der Reichspartei, die Polen und die klerikalen Elsässer, ausgenommen Dr. Vonderscheer) dagegen, 7 enthalten sich der Stimme. Von der sozialdemokratischen Fraktion verließen sechs Genossen vor der Abstimmung den Saal, weil sie eine Zustimmung nicht mit ihrer Ueberzeugung vereinbaren konnten.

Die Reichsversicherungsordnung

krönte vor der Vertagung des Reichstages dessen arbeiterfeindliches Wirken. Sie charakterisiert sich als ein Ausnahmegesetz schlimmster Art. Gegen dessen entrechtende Tendenz boten unsere Fraktionsgenossen sowohl in der langen und anstrengenden Zeit der Kommissionsberatung (120 Sitzungen), als auch in den Tagen der mit Sturmeseile vorgenommenen Durchpeitschung der nahezu 1800 Paragraphen im Plenum ihre ganze Kraft auf, ohne auch nur eine wesentliche Milderung der Entrechtung durchzusetzen. Hier trat uns eine geschlossene Phalanx der bürgerlichen Gesellschaft, des geeinigten Unternehmertums entgegen. Der schwarz-blaue Block entschwand von der Bühne, eine gesellschaftliche Interessenkoalition mit gemeinsamer Haftpflicht, ein Entrechtungsgroßblock trieb sein grausames Spiel der Arbeitervergewaltigung, ohne viele Worte zu verlieren. Willig unterwarf sich die Bourgeoisie der Regie der schwarzen Regierungspartei, um ein Werk mit der Kaltblütigkeit des Scharfrichters zu vollenden, das selbst von dem Kölner Kongreß der christlichen Gewerkschaften schon als ein Attentat auf die Arbeiterrechte gebrandmarkt worden war. Es fehlt an dieser Stelle der Raum, um den Inhalt dieser Reichsversicherungsordnung zu schildern und die Situationen des parlamentarischen Kampfes zu kennzeichnen, den die sozialdemokratische Fraktion isoliert gegen das gesetzgeberische Ungetüm in den Maitagen führte. Es gingen bereits aus Parteikreisen gedruckte Arbeiten über das Ausnahmegesetz hervor, eine weitere ist im Erscheinen begriffen und zur Massenverbreitung bestimmt.

Es wird der Regierung und ihrem parlamentarischen Gefolge nicht gelingen, das krönende Werk der deutschen Sozialreform als ein volkstäuschendes Zaubermittel im Reichstagswahlkampfe zu verwerten. Das deutsche Proletariat, das mit seinen Protestresolutionen vergebens vor der Entrechtung warnte, wird die erste Gelegenheit zum Widerspruch benützen und nicht ruhen, bis diese soziale Ausnahmegesetzgebung gegen die Arbeiterschaft dem Bismarckschen Sozialistengesetz nachgefolgt sein wird.

Anträge.

Tagesordnung des Parteitages.

1. Breslau: Als besonderen Punkt auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen: „Die auswärtige Politik Deutschlands".

2. Schwarzburg-Sondershausen: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Wahlrechtsfrage in sämtlichen deutschen Bundesstaaten".

3. Zeitz-Weißenfels: Das Referat Bebels über die „Reichstagswahlen" anschließend an den parlamentarischen Bericht folgen zu lassen.

4. Teltow-Beeskow: Auf die Tagesordnung des Parteitages in Jena die „Auswärtige Politik" zu setzen und den Parteivorstand ersuchen, einen Referenten hierfür zu bestellen.

5. Berlin IV: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Der preußische Wahlrechtskampf".

6. Stuttgart: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Marokkopolitik".

7. Bremen: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Sozialdemokratie und Imperialismus".

8. Bremen: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Jugendbewegung".

9. Essen: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Impffrage".

Agitation.

10. Breslau I. Guhrau: Der Parteitag wolle beschließen: In Anbetracht der außerordentlichen Schwierigkeiten bei der Agitation die politisch zurückgebliebenen Wahlkreise finanziell energischer zu unterstützen, und zum Wahlkampf in die schlesischen Wahlkreise auch Reichstagsabgeordnete als Redner senden zu wollen.

11. Göppingen: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, eine rege Agitation gegen den Militarismus und für den Völkerfrieden bei jeder gegebenen Gelegenheit zu entfalten, und bedauert, daß der Parteivorstand nicht das Marokkoabenteuer dazu benutzt hat, um die Initiative zu einer umfassenden, einheitlichen Aktion der Partei für den Weltfrieden zu ergreifen.

12. Berlin IV: In jedem Bezirk der einzelnen Wahlvereine Deutschlands ist eine planmäßige Landagitation auf verwandtschaftlicher Grundlage einzurichten, und zwar dergestalt, daß die Parteigenossen angehalten werden, die Adressen ihrer auf dem Lande lebenden Verwandten den Bezirksführern oder deren Vertretern mitzuteilen.

Die so gewonnenen Adressen sind dann im Auftrage der Verwandten zu bearbeiten und später den zuständigen Landagitationskommissionen zu überweisen, um denselben als Stützpunkt für ihre weitere örtliche Agitation zu dienen.

13. Stuttgart: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, für den bevorstehenden Wahlkampf eine Agitationsbroschüre herauszugeben, in der das Verbrechen, das die bürgerlichen Parteien und ihre Regierung während der letzten Legislaturperiode am Volke begangen haben, gebührend gekennzeichnet wird.

Organisation.

14. 8. und 10. schlesw.-holst. Kreis: Im § 7 des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird unter 1. der letzte Satz, welcher lautet: „Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein", gestrichen.

15. Frankfurt a. M.: Der Parteivorstand wird beauftragt, schnellstens eine Zentrale zu schaffen, die die Aufgabe hat, die Parteigeschäfte regelmäßig zu besuchen und für deren geschäftliche, organisatorische Fortschritte besorgt zu sein. Die Institution ist ähnlich gedacht, wie solche von den deutschen Genossenschaften durch ihre Verbandsrevisoren bereits geschaffen ist.

16. Nürnberg: Der Parteivorstand hat sofort eine Instanz im Anschluß an das Pressebureau zu schaffen, die eine bessere, billigere und schnellere Herausgabe von Agitations- und Aufklärungsflugschriften und Broschüren ermöglicht.

17. Köslin-Kolberg: Der Parteitag wolle dahin wirken, die Parteibeiträge vorläufig nicht zu erhöhen.

18. Hamburg III, Distrikt Eilbeck: Der Parteitag möge beschließen, daß mit der Bekanntgabe der Tagesordnung zum Parteitag zugleich der Bericht des Parteivorstandes veröffentlicht wird.

19. Berlin I: Die der Partei und damit dem Parteivorstande aus der Entwickelung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse erwachsenden Aufgaben machen eine Verstärkung der Parteileitung erforderlich. Aus diesem Grunde ist die Zahl der Sekretäre zu vermehren.

20. Göppingen: Falls die Kräfte des Parteivorstandes zur Bewältigung seiner Aufgaben nicht ausreichen, wolle der Parteitag eine Vermehrung der Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes eintreten lassen.

21. Niederbarnim: Der Parteivorstand ist mit Rücksicht auf die immer größer werdenden Aufgaben der Gesamtpartei um drei Sekretäre zu verstärken.

22. Königsberg und Bremen: Der Parteivorstand ist mit Rücksicht auf die immer größer werdenden Aufgaben der Gesamtpartei um zwei Sekretäre zu verstärken.

23. Stuttgart: Der Parteitag beschließt: Ueberall dort, wo das Bedürfnis vorhanden ist und es die Umstände gestatten, sind die lokalen Bildungsausschüsse in eine Arbeiterbildungsschule umzuwandeln, die ihre Tätigkeit möglichst auf alle das moderne Arbeiterleben berührenden Gebiete auszudehnen hat.

Jugend-Agitation.

24. Resolution. Berlin II, IV und Teltow-Beeskow: Der Parteitag begrüßt die Fortschritte, die die proletarische Jugendbewegung trotz der Bekämpfung durch Staat und Kirche gemacht hat. Er bestätigt aufs neue die Wichtigkeit dieses jungen Zweiges der Arbeiterbewegung und macht es allen Parteigenossen zur Pflicht, ihre Söhne und Töchter für die Veranstaltungen der Jugendausschüsse zu interessieren, sie zum Lesen der „Arbeiter-Jugend" zu veranlassen und auf den Arbeitsstätten für die freie Jugendbewegung zu agitieren.

Angesichts der Tatsache, daß die neue, von staatlicher Seite ausgehende Jugendbewegung durch Veranstaltungen und Gründungen von Vereinen im Anschluß an die Fortbildungsschule fortwährend größeren Einfluß auf die schulentlassene Arbeiterjugend gewinnen will, beschließt der Parteitag:

„Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands hat eine planmäßige Agitation durch Veranstaltung von Versammlungen, Herausgabe von Flugschriften und Broschüren in die Wege zu leiten. Die Zentralstelle hat den in der Jugendbewegung stehenden Funktionären durch stete Versorgung mit Agitationsmaterial und durch besondere Hinweise auf wichtige Geschehnisse innerhalb der gegnerischen Jugendbewegung sowie durch Erörterung organisatorischer, agitatorischer und pädagogischer Fragen Anweisung und Anleitung für die Erledigung ihrer Arbeiten zu geben. Die Parteipresse hat mehr als bisher die Bekämpfung der Jugendbewegung zu schildern und über die Arbeit der Jugendausschüsse zu berichten."

25. Stuttgart: Der Parteitag möge beschließen: Um eine gründliche Aufklärungsarbeit unter der proletarischen Jugend Deutschlands durchzuführen, hat die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands Wanderredner bereitzustellen und entsprechende Agitationstouren anzuregen und eventuell auszuführen.

26. Bremen: Der Parteitag möge beschließen: Der Zentralbildungsausschuß wird aus Delegierten der Provinzial-, Distrikts- oder lokalen Bildungsausschüsse zusammengesetzt.

Maifeier.

27. Lübeck: Der Parteitag möge beschließen, unsere Delegierten im Internationalen Bureau haben dahin zu wirken, daß die Maifeier auf die Tagesordnung des nächsten Internationalen Sozialistenkongresses gesetzt wird.

28. Dessau, Hagen, 73 Genossen in Kottbus, Forst, der Gautag von Nordbayern und des 18. sächs. Wahlkreises: Der Beschluß des Nürnberger Parteitags über den Antrag 90, betreffend die Ablieferung des Tagesarbeitsverdienstes am 1. Mai, ist aufzuheben.

29. 11., 12., 13., 14. und 16. sächsischer Wahlkreis: Der Beschluß 90 des Parteitages in Nürnberg ist aufzuheben.

Sollte der Parteitag diesem Antrage nicht zustimmen, dann ist der Beschluß 90 so zu fassen:

Die Angestellten der Gewerkschaften, der Partei und sonstiger Arbeiterorganisationen, die Angestellten und Arbeiter der Genossenschaften und der privaten Betriebe sowie die selbständigen Gewerbetreibenden, die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sind und die am 1. Mai die Arbeit ohne Lohneinbuße ruhen lassen, sind verpflichtet, neben etwaigen Beiträgen zu dem Bezirksmaifonds zugunsten der Maiausgesperrten eine Mark pro tausend Mark Jahresarbeitsverdienst an den Bezirksmaifonds abzuführen. Fällt der 1. Mai auf einen gesetzlichen Ruhetag, dann ist kein Anteil vom Jahreseinkommen abzuführen.

30. Hamburg III, Distrikt Hamm: Gegen alle diejenigen Mitglieder, die sich weigern, den Beschluß des Nürnberger Parteitages, Antrag 90, nachzukommen, ist das Ausschlußverfahren einzuleiten.

Presse und Literatur.

31. Berlin I: Den „Vorwärts" während der Reichstagswahlagitation auch abends erscheinen zu lassen.

32. Lübeck: Der Parteitag spricht die Erwartung aus, daß der Vorwärts-Verlag seine wohlfeilen Schriften noch mehr verbilligt, um sie den weitesten Kreisen zugänglich zu machen. Vor allem sollten populärer geschriebene Agitationsbroschüren für die Landbevölkerung veröffentlicht werden. Die als Kulturbilder bezeichneten — in letzter Zeit mit sehr zweifelhaften Illustrationen geschmückten — Sammelwerke sind nicht weiter zu fördern.

33. Hamburg II: 1. Der Parteitag beschließt, den Parteivorstand zu ersuchen, seinen Einfluß auf den Verlag Vorwärts dahin geltend zu machen, daß den Bildungsausschüssen für Unterrichtszwecke die im Verlag Vorwärts erscheinenden Schriften mit einem möglichst hohen Rabatt geliefert werden, ähnlich wie der Dietzsche Verlag in Stuttgart für solche Zwecke seine Schriften abgibt.

2. Die Parteiverlage dahin zu beeinflussen, daß eine Sammlung billiger Monographien aus den Gebieten der Gesellschaftswissenschaften herausgegeben werde. Es wäre wünschenswert, diese Monographien als neue Bände der „Kleinen Bibliothek" bei Dietz in Stuttgart erscheinen zu lassen oder als Ersatz für die teuren, der Arbeiterschaft wenig förderlichen „Kulturbilder" des Vorwärts-Verlages.

34. Niederbarnim: Der Parteitag möge beschließen: Das illustrierte Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt" ist in besserer Ausstattung herzustellen.

35. Hamburg III, Distrikt Uhlenhorst: 1. Der Parteitag möge Mittel und Wege finden, um die Illustrationen der „Neuen Welt" besser zu gestalten. Sollte dieses technisch nicht möglich sein, dieselben gänzlich wegzulassen.

2. Den „Wahren Jakob" bildlich und satirisch besser auszugestalten und den Umfang der Annoncen wesentlich einzuschränken.

36. Der Gautag Nordbayerns: Der Parteivorstand ist zu beauftragen, die „Kommunale Praxis" zu einem billigeren Preise abzugeben, damit die Gemeindevertreter mehr als bisher in der Lage sind, die „Kommunale Praxis" zu abonnieren.

37. Der 11. und 14. sächsische Wahlkreis: Den Kreisvereinen oder sonstigen Organisationen, die an ihre weiblichen Mitglieder die „Gleichheit" gratis liefern, den Bezugspreis von 6 auf 4 Pf. pro Exemplar zu ermäßigen.

38. Breslau-Stadt. Der Sozialdemokratische Verein Breslau beantragt, vom Parteitag in Jena die Herausgabe einer populär gehaltenen Agitationsschrift zu fordern, worin das Verhältnis der Sozialdemokratie zum landwirtschaftlichen Kleinbesitz dargelegt wird. Eine solche kurzgefaßte Schrift ist deshalb nötig, weil wir noch zahlreiche ländliche Agitationsdistrikte haben, in denen neben den Landarbeitern auch die kleinen Bauern und Stellenbesitzer gewonnen werden müssen. Gerade diese beiden letzten Gruppen, die aus

wirtschaftlichen Gründen viel mehr zu uns, den Besitzlosen, gehören, werden in Wahlzeiten aber von den konservativen und liberalen Wortführern des kapitalistischen Großgrundbesitzes als dessen natürliche Bundesgenossen reklamiert und dementsprechend gegen die Sozialdemokratie aufgehetzt. Eine solche Schrift müßte neben einer überzeugenden Darstellung der schädlichen Wirkungen unserer Agrarzollpolitik auch für den ländlichen Kleinbetrieb eine kurze, klare Erläuterung unserer Programmforderung der Bodenverstaatlichung enthalten.

39. Hamburg III, Distrikte Harvestehude, Barmbeck, Rothenburgsort: 1. Wir ersuchen den Parteivorstand, seinen Einfluß auf den Verlag Vorwärts dahin geltend zu machen, daß den Bildungsausschüssen für Unterrichtszwecke die im Verlag Vorwärts erschienenen Schriften mit einem möglichst hohen Rabatt geliefert werden, ähnlich wie der Verlag Dietz in Stuttgart für solche Zwecke seine Schriften mit 50 Proz. Rabatt abgibt.

2. Wir ersuchen den Parteivorstand, die Parteiverlage dahin zu beeinflussen, daß eine Sammlung billiger Monographien aus den Gebieten der Gesellschaftswissenschaften herausgegeben werde, ähnlich den Sammlungen „Göschen", „Aus Natur und Geisteswelt", „Wissenschaft und Bildung". Zur Behandlung müßten unter anderem gelangen mit besonderer Berücksichtigung des 19. Jahrhunderts: Deutsches Wirtschaftsleben, Landwirtschaft, Bankwesen, Handwerk, Welthandel, Deutscher Handel, Dampfmaschine, Elektrizität, Verkehrswege, Eisenbahnen, Schiffahrt, Kriegswesen, Berufsstatistiken, Bauern und Landarbeiter, soziale Theorien, Zeitungswesen, Verfassungsgeschichte, Revolutionen, Reichsgründung, aus der Geschichte der Religion oder des Christentums, aus der Literaturgeschichte, philosophische Systeme, aus der Geschichte früherer Jahrhunderte und anderer Völker.

Es wäre wünschenswert, diese Monographien als neue Bände der „Kleinen Bibliothek" bei Dietz in Stuttgart erscheinen zu lassen oder als Ersatz für die teuren, der Arbeiterschaft wenig förderlichen „Kulturbilder" des Vorwärts-Verlages.

40. Stuttgart: Der Parteivorstand wird beauftragt, für eine bessere, künstlerisch und literarisch höher stehende Ausgestaltung des „Wahren Jakob" Sorge zu tragen.

41. Hamburg I, 40. Bezirk: Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu veranlassen, die namentlichen Abstimmungen im Reichstage dem gesamten Volke zu unterbreiten. Vielleicht in einer Broschürenform mit Erläuterungen der Gesetze in kurzgefaßter Weise, sowie die Abgeordneten durch Reihenfolge anzuführen, welche für und welche gegen das Gesetz gestimmt haben, damit die Wähler wissen, wie der Abgeordnete, dem sie ihre Stimmen gegeben haben, gestimmt hat. Dieses muß einheitlich über das ganze Reich geschehen.

42. Hamburg III, Distrikt Hamm: Dem Parteivorstand wird dringend empfohlen, sein Augenmerk mehr auf die Illustrationen der „Maizeitung", „Neue Welt" und „Neuer Welt-Kalender" zu legen.

43. Der 23. sächsische Wahlkreis drückt den Wunsch aus, daß die „Neue Welt" öfter Erzählungen von der Art bringen möge, wie der Roman „Erweckt" war, und daß diese Erzählungen zu billigen Preisen in Buchform herausgegeben werden, damit auf diese Weise eine Literatur entsteht, die in sozialistischem Sinne auf Geist und Gemüt der arbeitenden Jugend wirkt und ihr Denken veredelt. Es empfiehlt sich, solche Literatur der Arbeiterjugend bei festlichen Gelegenheiten wie: Geburtstagen, Konfirmations- und Weihnachtsfeiern usw. zu schenken. Die Genossen des 23. sächsischen Wahlkreises haben mit diesem Verfahren in der Bekämpfung der Schundliteratur gute Erfolge erzielt.

44. Harburg: Der Parteitag wolle beschließen: Das Pressebureau ist dahin auszubauen, daß eine Institution geschaffen wird, die die Aufgabe hat, der Parteipresse über wichtige Tagesereignisse, die von agitatorischer Bedeutung sind, passende Illustrationen durch Lieferung von Platten oder Matern zu übermitteln. Die Platten und Matern müssen für Rotationsdruck geeignet sein. Die entstehenden Kosten werden wie bisher durch das Pressebureau prozentual verrechnet.

45. Hannover: Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, entsprechend dem Beschlusse des Breslauer Parteitages, die Herausgabe der „Sammlung agrar-politischer Schriften der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" recht bald in die Wege zu leiten.

Parlamentarisches.

46. Paul Wildegans, Berlin VI: Der Parteitag möge die Forderungen der Impfgegner anerkennen und die Fraktion im Reichstage beauftragen, durch Stellung von Anträgen die Forderungen der Impfgegner zu unterstützen.

Die Forderungen der Impfgegner lauten: 1. Gründliche Neuuntersuchung der Impffrage, mit Zuziehung der gleichen Anzahl von Impffreunden und Impfgegnern, entsprechend dem schon 1896 gefaßten Beschlusse des Reichstags; 2. Achtung der Wissens- und Gewissensbedenken der Eltern und der Impflinge selbst (zweite Impfung der Schüler, dritte der Rekruten). 3. Im Falle der Ablehnung von 1 und 2 Entschädigung der durch die Impfung Geschädigten. 4. Neue Fassung des Impfgesetzes vom Jahre 1874 zur Vermeidung des Wirrwarrs der Rechtsprechung und zur Feststellung, daß damals ein Impfzwanggesetz nicht beabsichtigt worden ist.

47. Danzig: Der Parteitag möge die Fraktion beauftragen, nach Zusammentritt des Reichstages sobald wie möglich eine Interpellation einzubringen, in der die ungesetzliche Handhabung des Vereinsgesetzes durch die Behörden besonders in Preußen aufgerollt wird.

48. München I und II: Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, im Reichstage unverzüglich einen Antrag auf Abänderung und Ergänzung der Reichsverfassung in folgender Richtung einzubringen:

„Unter Aufnahme der bereits gestellten Anträge die konstitutionell-demokratischen Forderungen des Erfurter Programms (Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, Volkswehr, Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung, Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege) in die Reichsverfassung zugleich als Verfassungsbestimmung eine Reichskriegssteuer auf hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften einzuführen, die im Falle eines Krieges mit dem Tage der Mobilmachung in Kraft tritt."

49. Kassel-Melsungen: Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Kassel-Melsungen ersucht den Parteitag zu Jena, folgende Resolution zu der seinigen zu machen und die Reichstagsfraktion zu beauftragen, sofort nach Zusammentritt des Reichstags im Sinne dieser Entschließung zu wirken:

Die allgemeine Lebensmittelteuerung im Reiche hat schon jetzt eine Höhe erreicht, die die größten Besorgnisse erwecken muß in bezug auf Leben und Gesundheit der werktätigen Massen unseres Volkes in Stadt und Land.

Der künstlichen Verteuerung der Lebens- und Futtermittel durch indirekte Steuern, Zölle, Grenzsperren, das System der Einfuhrscheine und andere Bestimmungen haben sich infolge anhaltender Dürre als natürliche Preissteigerungsmittel hinzugesellt die Mißernten im Reiche.

Im Interesse des notleidenden Volkes, namentlich auch im Interesse der Kleinbauern und Viehzüchter, die jetzt die Gemeingefährlichkeit der nur den Großen in der Landwirtschaft nützlichen Zölle auf Lebens- und Futtermittel so schwer empfinden müssen, verlangt die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Kassel-Melsungen:

1. Aufhebung der Zölle auf Getreide, Futtermittel, Schlachtvieh und Fleisch.

2. Aenderung der Bestimmungen des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes, durch die die Einfuhr von frischem und zubereitetem Fleisch schikanös erschwert oder gänzlich unmöglich gemacht wird.

3. Oeffnung der Grenzen zur Einführung von Schlachtvieh unter Aufrechterhaltung unerläßlicher Vorsichtsmaßnahmen zur Verhütung von Seuchenein schleppung.

50. Resolution zur Marokkofrage. Die Unterzeichneten beantragen, der Parteitag wolle beschließen:

1. Angesichts des schnell zunehmenden Bedarfs der Kulturvölker an tropischen und subtropischen Nutzstoffen;

2. angesichts der tatsächlichen Unfähigkeit vieler tropischer und subtropischer Völker, die von ihnen bewohnten Gebiete schon jetzt in Einklang mit den Bedürfnissen der internationalen Verkehrswirtschaft zu verwalten und zu entwickeln;

3. angesichts der großen und dauernden Gefährdung des Weltfriedens durch eine ungeregelte, wesentlich von Sonderinteressen einzelner Kapitalistengruppen bestimmte Expansionspolitik der Kulturstaaten;

4. angesichts aber auch der handgreiflichen Gefährdung der Lebensinteressen des deutschen Volkes und namentlich der deutschen Arbeiterklasse durch die rücksichtslosen kolonialpolitischen Monopolbestrebungen der herrschenden Klassen in Frankreich und England

erklärt der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie:

1. Die deutsche Sozialdemokratie betrachtet es nach wie vor als ihre wichtigste Aufgabe auf dem Gebiete der internationalen Politik, im Verein mit den ausländischen Bruderparteien für einen friedlichen und dauernden Ausgleich internationaler Interessengegensätze einzutreten.

2. Ein solcher Ausgleich ist aber nur möglich, wenn keine einzelne Nation in der kolonialen Versorgung einen monopolistischen Vorsprung für sich beansprucht und keine sich vom friedlichen Wettbewerb mit gleichen Chancen gewaltsam ausgeschlossen sieht.

3. Der Ausgleich der einander widerstreitenden kolonialpolitischen Interessen der Kulturvölker könnte entweder in der völligen Aufhebung aller einzelstaatlichen Monopole und Vorzugsstellungen zugunsten gemeinschaftlicher Verwaltung und Erschließung kolonialer Gebiete bestehen oder durch eine proportionale Verteilung der ausländischen Einflußgebiete nach Maßgabe ihres wirtschaftlichen Wertes und der Versorgungsbedürfnisse der Besitzerstaaten herbeigeführt werden.

4. Solange eine Verständigung auf einer dieser Grundlagen nicht erreichbar ist, wird sich die deutsche Sozialdemokratie im Verein mit den übrigen Teilen des deutschen Volkes allen Versuchen anderer Kolonialmächte widersetzen, ihre bereits unverhältnismäßig wertvollen Einflußgebiete unter systematischer Nichtachtung der deutschen Wirtschaftsbedürfnisse durch weitere Besitz- und Vormachtausdehnung immer noch mehr einseitig zu vergrößern;

denn dadurch würde der Spielraum der deutschen Volkswirtschaft unerträglich eingeengt und der kulturelle Aufstieg der deutschen Arbeiter gehemmt oder von den unkontrollierbaren Zufälligkeiten ausländischer Wirtschaftspolitik abhängig gemacht werden.

5. Soweit die deutsche Diplomatie kein anderes Ziel verfolgt, als die Nichtbeachtung deutscher Wirtschaftsinteressen durch die englische und französische Diplomatie zu verhindern, soweit ihr Vorgehen also nur der Verteidigung berechtigter Gesamtinteressen des deutschen Wirtschaftslebens dient, soweit hat die deutsche Sozialdemokratie keinen Grund, ihre Oppositionsstellung aus der inneren auch auf die äußere Politik der Regierung zu übertragen.

Max Maurenbrecher. Hulda Maurenbrecher.
Gerhard Hildebrand, Solingen.

Sonstige Anträge.

51. Parteitag Sachsen-Altenburg: Der Parteitag wolle beschließen, in Zukunft soll bei Unglücksfällen usw., bei denen allgemeine Sammlungen vorgenommen werden, die Partei selbst Sammlungen vornehmen, um nicht wieder, wie in Rabbod, die Groschen der Arbeiter der bürgerlichen Gesellschaft zur Verfügung zu stellen.

52. Niederbarnim: In Erwägung, daß bisher die für die Gewerkschaften reservierten Sitze der Parteischule nicht voll ausgenutzt wurden, wird der Parteivorstand beauftragt: Um eine volle Besetzung der Schule zu erzielen, in Zukunft etwa freibleibende Sitze anderweitig besetzen zu lassen, wenn sechs Wochen vor Eröffnung des Kursus die volle Schülerzahl nicht angemeldet ist.

53. Berlin IV: Der Parteitag ruft den Parteigenossen erneut und auf das dringendste den Beschluß des Leipziger Parteitages in Erinnerung, wonach die organisierten Arbeiter aufgefordert werden, den Schnapsgenuß zu unterlassen

54. Stuttgart: Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, dafür zu sorgen, daß künftig in der Parteipresse Schnapsinserate nicht mehr aufgenommen werden.

55. Bremen: Der Soz. Verein Bremen bedauert, daß der Parteivorstand es nicht für nötig gehalten hat, in eine allgemeine Aktion gegen den Marokkorummel einzutreten. Die Versammlung ersucht den Parteitag, dafür Sorge zu tragen, daß der Parteivorstand in Zukunft solche wichtige, die ganze zivilisierte Welt in Aufregung setzende Fragen nicht so gleichgültig behandelt.

56. Verbandsgeneralversammlung Groß-Berlin:

Resolution: „Die Verhandlungen über die Genossenschaftsfrage und die einstimmige Annahme des Antrages über das Genossenschaftswesen auf dem Magdeburger Parteitag haben endlich die langersehnte Regelung des Verhältnisses zwischen Partei und Konsumgenossenschaften gebracht. Klar und scharf wurde hervorgehoben, daß die Arbeiter die Hauptträger der Konsumgenossenschaftsbewegung sind und daß diese bemüht sein müssen, diese Bewegung mit sozialistischem Geiste zu erfüllen, damit auch die Konsumvereine als Waffen im proletarischen Emanzipationskampfe Anwendung finden können.

Das setzt aber auch voraus, daß die leitenden Männer der Konsumgenossenschaftsbewegung dieser energischen Willenskundgebung der imposanten

Masse politisch organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen nicht entgegenarbeiten und diesen Willen durch so widerliche Zerrbilder von Neutralität, wie sie der Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine Heinrich Kauffmann gezeichnet hat, geradezu verhöhnen. Die Tatsache, daß die Aeußerungen Kauffmanns bisher in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" unwidersprochen blieben, spricht dafür, daß der Generalsekretär in führenden Kreisen nicht isoliert dasteht.

Der Parteitag wendet sich mit aller Schärfe gegen diesen Neutralitätsfanatismus und erhebt energischen Widerspruch. Er spricht aber auch gleichzeitig aus, daß eine Wiederholung solcher Aeußerungen nur dann ausbleiben kann, wenn durch massenhaften Eintritt der Genossen und Genossinnen in die Konsumvereine und rege Anteilnahme an der Bewegung derselben die Möglichkeit geschaffen wird für die Ausbreitung sozialistischen Geistes in den Konsumvereinen.

Nur dann können die tiefen Gegensätze zwischen Masse und Führer verschwinden und die auf dem Magdeburger Parteitag und dem Internationalen Kongreß in Kopenhagen ausgesprochenen Erwartungen in Erfüllung gehen."

Berufungen gegen Schiedsgerichtsurteile.

57. 1. Henschelt-Danzig-Stadt. 2. Hoppe-Berlin VI.

Tagesordnung des nächsten Parteitages.

58. Köln-Stadt und Land: Auf die Tagesordnung des Parteitages 1912 zu setzen: Die Privatbeamten und die Sozialdemokratie.

Ort des nächsten Parteitages.

59. Solingen, Distrikt Mengenberg: Der nächste Parteitag ist in Solingen abzuhalten.

60. Dessau: Den nächsten Parteitag in Dessau abzuhalten.

61. 16. sächs. Wahlkreis: Den nächsten Parteitag in Chemnitz abzuhalten.

Nachträglich eingegangene und während der Verhandlungen gestellte Anträge.

62. Magdeburg und Wolmirstedt-Neuhaldensleben: Auf die Tagesordnung des Parteitags die auswärtige Politik zu setzen.

63. Magdeburg: Der Parteivorstand wird beauftragt, für die Folge alle Leitsätze (Resolutionen), die er in Gemeinschaft mit den von ihm bestellten Referenten über Fragen prinzipieller oder taktischer Natur dem Parteitag zur Beschlußfassung vorzulegen gedenkt, spätestens mit der Veröffentlichung der übrigen Anträge im „Vorwärts" den Parteiorganisationen zur Vorberatung zu unterbreiten.

64. Der Mansfelder Kreis: Den Parteivorstand um zwei Mitglieder zu vermehren.

65. Dortmund: Der Parteitag wolle beschließen, der Arbeiterschaft zu empfehlen, am Tage der Reichstagswahl die Arbeit ruhen zu lassen.

66. Düsseldorf: Der Parteitag wolle beschließen, zur Förderung der sozialen Gesetzgebung eine ständige sozialpolitische Abteilung einzurichten, diese dem Parteivorstand anzugliedern und zu diesem Zwecke den Parteivorstand um einige Genossen zu erweitern.

67. Düsseldorf: Um die Frauen zur intensiven Mitarbeit zu befähigen, wolle der Parteitag beschließen, daß seitens des Parteivorstandes Unterrichtskurse zu diesem Zwecke eingerichtet werden.

68. Düsseldorf: Der Parteitag ersucht den Parteivorstand, nach den Wahlen eine große Propaganda für unsere Forderung, das Erziehungswesen betreffend, zu arangieren.

69. Trabinger-Karlsruhe: Der Parteitag beschließt, daß ohne Zustimmung der örtlichen Organisation keine Klubs und Sonderorganisationen gegründet werden oder bestehen dürfen. Da, wo zu Bildungszwecken besondere Vereinigungen und Zusammenkünfte notwendig sind, sind solche nur im Rahmen der Parteiorganisation zulässig.

69a. Sozialdemokratischer Verein in Kiel: Der Parteitag ersucht die Zentralstelle für die arbeitende Jugend, die Errichtung eines Ratgebers und Korrespondenzblattes für die Jugendausschüsse in Erwägung zu ziehen, in dem den in der Jugendarbeit tätigen Genossen Anregungen und Aufklärung über die Jugendarbeit gegeben werden.

70. Parteivorstand: Resolution zur Reichstagswahl. Der Parteitag erwartet, daß, soweit es noch nicht geschehen sein sollte, die Parteigenossen in allen Wahlkreisen, in denen die Partei Anhänger besitzt, unverzüglich die Vorbereitungen zur Reichstagswahl treffen, um selbständig in die Wahl einzutreten.

Der Parteitag erwartet weiter, daß die Parteigenossen die Wahlagitation gründlich ausnutzen, um sowohl neue Mitglieder für die Parteiorganisation, wie neue Abonnenten für die Parteipresse zu werben.

Insbesondere muß die Wahlagitation auch für Erlangung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts im Sinne des Parteiprogramms für die Wahlen zum Landtag in Preußen wie in den Staaten, die das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht noch nicht besitzen, ausgenutzt werden.

Wo nach dem Ausfall der Hauptwahlen die Parteigenossen bei engeren Wahlen eine Entscheidung zwischen gegnerischen Kandidaten zu treffen haben, dürfen sie nur demjenigen Kandidaten ihre Stimmen zuwenden, der sich verpflichtet:

1. für Aufrechterhaltung des bestehenden Wahlrechts für den Reichstag;
2. gegen eine Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts und des Koalitionsrechts;
3. gegen eine Verschärfung der sogenannten politischen Paragraphen des Strafrechts;
4. gegen ein wie immer geartetes Ausnahmegesetz;
5. gegen jede Erhöhung oder Neueinführung von Zöllen auf die Verbrauchsartikel der großen Masse;
6. gegen jede Neueinführung oder Erhöhung indirekter Steuern auf Verbrauchsartikel der großen Masse

einzutreten und zu stimmen.

Der betreffende Kandidat ist zu ersuchen, seine Erklärung vor Zeugen oder schriftlich abzugeben.

Stehen in der engeren Wahl zwei Kandidaten, die beide bereit sind, die aufgestellten Bedingungen zu erfüllen, so ist der Liberale dem Nichtliberalen vorzuziehen.

In jedem anderen Falle ist strikte Stimmenenthaltung zu proklamieren.

71. Parteivorstand: Resolution zur Marokkoangelegenheit. Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Jena erhebt auf das nachdrücklichste Protest gegen jeden Versuch, einen männermordenden Krieg zwischen Kulturvölkern, wie sie das französische, englische und deutsche sind, hervorzurufen, der notwendig ein Weltkrieg werden müßte und mit einer allgemeinen Katastrophe enden würde.

Die Bestrebungen einer großkapitalistischen Clique, in Marokko festen Fuß zu fassen, um es um so wirkungsvoller kolonialpolitisch auszubeuten und dafür Gut und Blut des deutschen Volkes in Anspruch zu nehmen, unter der verlogenen Vorgabe, „daß die Ehre und die Interessen der Nation" dieses erfordern, weist der Parteitag als bewußte Fälschung der Tatsachen und schamlose Heuchelei zurück.

Die einzigen, die hüben und drüben an dieser Verhetzung verschiedener Kulturvölker ein Interesse haben, sind neben den Kolonialpiraten die Chauvinisten zu Wasser und zu Lande, deren Handwerk der Krieg ist, die nach Avancement und Auszeichnung dürsten, und die Fabrikanten und Lieferanten von Kriegsmaterial aller Art, die durch den Krieg ungeheure Gewinne in die Tasche stecken auf die Gefahr hin, daß Hunderttausende von Menschen in diesen Kämpfen zugrunde gehen, Millionen in Not und Unglück gestürzt werden.

Nur den seit vielen Jahren betriebenen Hetzereien der interessierten Kreise ist es zu danken, daß Mittel- und Westeuropa wiederholt in einen Zustand kriegerischer Unruhe versetzt wurden. Diese Beutemacher versuchten dabei die Reichsregierung in die Rolle des gefügigen Handlangers zu drängen, damit sie die Wehr- und Volkskraft der Nation ihren Interessen opfere. Der Grad, in dem ihnen dieses gelang, zeigt, wie sehr die heutigen Regierungen nur der Verwaltungsausschuß für die Interessen der besitzenden Klassen sind.

Der Parteitag weist mit Empörung diese dem Volke gemachten Zumutungen zurück und erwartet, daß insbesondere die deutsche Arbeiterklasse jedes mögliche Mittel anwendet, um einen Weltkrieg zu verhindern.

Der Parteitag fordert die sofortige Einberufung des Reichstags, damit der Volksvertretung Gelegenheit gegeben wird, ihre Meinung zu äußern und den volksfeindlichen Machinationen entgegenzutreten.

72. Frauenkonferenz: Aus Anlaß der außergewöhnlich hohen Lebensmittelpreise sind zur Zeit der Eröffnung des Reichstages öffentliche Frauenversammlungen einzuberufen, um den Frauen Gelegenheit zu geben, einen Massenprotest gegen den Lebensmittelwucher durch Steuern und Zölle wie durch die Preistreibereien der Großkapitalisten und Agrarier zu erheben und die Aufhebung der Lebensmittelzölle und Oeffnung der Grenzen zu fordern. Diese Massenaktion gibt zugleich Gelegenheit, den Frauen die Ursachen der jetzigen Notlage weiter Kreise des arbeitenden Volkes darzulegen und sie zum organisierten Kampf dagegen aufzurufen.

Die Aktion ist wirksam durch die Presse und durch ein populär gehaltenes Flugblatt vorzubereiten.

73. Quarck und Genossen: Der Parteitag beschließt:

1. zwei weitere Parteisekretäre anzustellen;
2. zwecks Beratung einer Reorganisation des Parteivorstandes und der Kontrollkommission unter Zuziehung des Parteivorstandes eine 21gliedrige Kommission zu wählen, die dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten hat.

74. Westmeyer und 105 Genossen: Der Parteitag nimmt mit Bedauern Kenntnis von den jüngsten Vorgängen in der württembergischen Landesorganisation. Er beauftragt den Parteivorstand, mit dem württembergischen Landesvorstand und mit der Stuttgarter Parteileitung in Verbindung zu treten, um die Entwicklung der Partei in Württemberg im Sinne und Geiste der Gesamtpartei und ihrer Beschlüsse zu sichern.

75. Resolution zur Jugendagitation: Der Parteitag protestiert auf das entschiedenste gegen die Verfolgung der proletarischen Jugendbewegung durch Polizei, Schulaufsichtsbehörde und Justiz.

Um so unerhörter sind diese Verfolgungen, als sie angeblich die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen vor der Berührung mit politischen Angelegenheiten bewahren, in Wirklichkeit aber die Arbeiterjugend der bürgerlichen Jugendbewegung zutreiben sollen und damit eine offenbare politische Beeinflussung der Arbeiterjugend im sogenannten staatsfreundlichen Sinne darstellen.

Der Parteitag warnt die Genossen und Genossinnen allerorts vor den heuchlerischen Bestrebungen der bürgerlichen konfessionellen und interkonfessionellen Jugendfreunde, insbesondere vor den mit einer Million Mark unterstützten Maßnahmen der staatlich preußischen „Jugendpflege". In mannigfaltigen und äußerlich harmlosen Formen, besonders im Anschluß an die Fortbildungsschule, sollen nach dem Wunsche der preußischen Regierung „Lehrer, Aerzte, Geistlichen, Richter und Anwälte, Landwirte, Gewerbetreibenden, Ingenieure und Offiziere", und zwar „ohne nach außen irgendwelches Aufsehen davon zu machen", die Erziehung der Jugend im „vaterländischen Geiste" fördern.

Der Parteitag hält es für seine Pflicht, die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen vor dem Eintritt in irgendwelche bürgerliche Jugendvereine und vor der Teilnahme an irgendwelchen bürgerlichen Jugendbestrebungen zu warnen. Er fordert zugleich alle erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen auf, die proletarische Jugendbewegung mit allen Mitteln zu unterstützen.

76. Jena: Der Parteitag möge beschließen, die Zentralstelle für die Arbeiterjugend zu beauftragen, in der Zentrale einen besonderen Jugendsekretär zur Erledigung der Arbeiten für die Jugend anzustellen.

77. Resolution der Reichstagsfraktion: Die Reichstagsfraktion wird beim Zusammentritt des Reichstags den Reichskanzler sofort über die Teuerung interpellieren. Sie unterbreitet dem Parteitage die nachstehende Resolution:

Der Parteitag fordert zur Bekämpfung der verhängnisvollen Teuerung aller Lebensmittel von der Reichsregierung sofortige Suspension der Zölle auf Lebens- und Futtermittel, Oeffnung der Grenzen unter Aufrechterhaltung der notwendigen veterinärpolizeilichen Vorsichtsmaßregeln für den Verkehr ausländischen Viehes und Fleisches, Aufhebung des Systems der Einfuhrscheine.

Der Parteitag fordert von den Landesregierungen Ermäßigungen der Eisenbahntarife für den Verkehr mit Nahrungsmitteln und Futtermitteln aller Art.

Der Parteitag fordert von den Gemeinden Veranstaltungen zur Uebernahme der Produktion und des Verkehrs mit Nahrungsmitteln zunächst in einem solchen Umfange, daß eine Beeinflussung der Preisbildung durch die Gemeinden gesichert ist.

Der Parteitag ruft alle Parteiorganisationen zu energischer Agitations- und Organisationsarbeit auf, um der Sozialdemokratie neue Anhängerscharen zuzuführen und sie für die bevorstehenden Kämpfe, namentlich auch auf dem Gebiete des Zoll- und Steuerwesens, zu stärken. **Der Parteitag fordert alle Männer und Frauen auf, sich den politischen Organisationen der sozialdemokratischen**

Partei anzuschließen.*) Desgleichen wird eine nachdrückliche Werbearbeit für die aufklärende sozialdemokratische Presse empfohlen.

Der Parteitag ermahnt alle Arbeiter, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen, um in dieser Zeit maßloser Preissteigerungen für alle notwendigen Bedarfsartikel die Abwehrkraft der Berufsorganisationen zu stärken und die Gewerkschaften in den Stand zu setzen, die notwendigen Lohnerhöhungen zu erzwingen.

Endlich fordert der Parteitag die Massen des Volkes zum konsumgenossenschaftlichen Zusammenschluß auf.

78. Klara Zetkin und 26 Genossen: Der Parteitag anerkennt die Notwendigkeit, dem Ausbau der Parteisekretäre erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken, entsprechend dem gesteigerten Leben der Partei und seinen vermehrten Anforderungen an diese Institute. Als Mittel zum Zweck erachtet er neben der materiellen Besserstellung der leitenden Sekretäre die gute technische Ausgestaltung der Sekretariate und die Anstellung weiterer Kräfte. In Bezirken, wo es von Bedeutung ist, daß breite proletarische Frauenmassen agitatorisch erfaßt und den Organisationen ihrer Klasse zugeführt werden, sollte außer dem leitenden Sekretär eine Sekretärin nötig sein.

79. Bernstein und Genossen: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird ersucht, im Reichstag einen Antrag einzubringen, wonach die Reichsregierung verpflichtet werden kann, in Fällen internationaler Verwickelungen den Reichstag einzuberufen und die gewählte Volksvertretung über die Verhandlungen mit den auswärtigen Regierungen unterrichtet zu halten.

80. Liebknecht: Resolution: Der Parteitag nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den neuen Attacken des eidbrüchigen Zarismus gegen das finnische Volk. Er brandmarkt die unter dem Vorwande strategischer Notwendigkeiten begonnene Zerstückelung Finnlands als einen Akt unverhüllter Vergewaltigung, durch den die russische Regierung ihre bisherigen Infamien gegen das finnische Volk noch übertrumpft.

Der Parteitag spricht der tapferen finnischen Bruderpartei und dem gepeinigten finnischen Volke im Namen des kämpfenden deutschen Proletariats seine herzlichen Sympathien aus und das Gelöbnis der Unterstützung in den schweren Kämpfen, die das finnische Volk, geführt von dem finnischen Proletariat, gemeinsam mit dem russischen Proletariat zur Niederwerfung des Zarismus durchzukämpfen hat.

81. Bernstein: Der Parteivorstand möge, wenn möglich noch vor den Reichstagswahlen die Herausgabe einer Broschüre veranlassen, welche gegenüber den Bestrebungen, England und Deutschland zu verhetzen, die großen gemeinsamen Interessen der arbeitenden Klassen beider Länder an der Erhaltung und Festigung der friedlichen Beziehungen zwischen ihnen darlegt und das Falschspiel der Hetzer aufdeckt.

82. Amendement zur Resolution 71 (Marokkoangelegenheit): Die Unterzeichneten beantragen folgende Einschaltung in die Resolution über die Marokkoangelegenheit:

1. Nach dem ersten Passus der Resolution hinzuzufügen: Sowie er gegen jeden Krieg protestiert, der zur Unterjochung der barbarischen und halbbarbarischen Völker durch die kapitalistischen Staaten führt.
2. Im dritten Passus, im ersten Satz, nach den Worten: „Die Einzigen, die hüben und drüben an dieser Verhetzung verschiedener Kulturvölker" hinzuzufügen: und an der Unterdrückung und Ausbeutung der Eingeborenen (ein Interesse haben).

*) Der fettgedruckte Satz ist auf Beschluß des Parteitages eingeschaltet.

3. Nach dem vierten Passus der Resolution hinzuzufügen: Ferner aber ist es gerade das Wettrüsten zu Wasser und zu Lande, das, unter dem Vorwand der Sicherung des Friedens betrieben, in Wirklichkeit selbst früher oder später zum Ausbruch eines Weltkrieges führt. Für die über der Kulturwelt jetzt schwebende Kriegsgefahr sind also in erster Linie diejenigen Klassen und Parteien verantwortlich, die den Rüstungswahnwitz unterstützen, vor allem die Partei des konservativen Junkertums und des Zentrums, ferner aber auch die liberalen Parteien, die jede Opposition gegen den Militarismus aufgegeben haben.
4. Im fünften Passus den ersten Satz so zu gestalten: Der Parteitag weist mit Empörung nicht nur alle Kriegshetzereien zurück, sondern auch jede auf dem Wege des diplomatischen Länderschachers erzielte Vergrößerung des Kolonialbesitzes Deutschlands.

Rosa Luxemburg. Gustav Hoch. Klara Zetkin.

Protokoll.

Vorversammlung.

Sonntag, den 10. September 1911, abends 7 Uhr.

Zum zweitenmal öffnet Jenas prächtiges Volkshaus der Vertretung des klassenbewußten Proletariats Deutschlands seine gastlichen Pforten. Ein reges und fröhliches Treiben herrscht schon seit den ersten Nachmittagsstunden in den Straßen der alten Musenstadt. Jeder Zug bringt neue Scharen von Delegierten. Noch liegt heller Sonnenschein auf den Straßen, als es bereits zum Volkshaus zu strömen beginnt. Ein herzliches Willkommen begrüßt von einer Ehrenpforte herab die Ehrengäste der Jenenser Arbeiterschaft. „Durch Kampf zum Sieg" meldet stolz eine zweite Inschrift der Ehrenpforte. Eine Stunde vor Beginn der Vorversammlung sind die Tribünen des prächtigen Saales bereits gefüllt und immer neue Scharen von Arbeitern und Arbeiterinnen drängen nach.

Der Saal entspricht in seiner schlichten Vornehmheit der einfachen Größe, die dem Monumentalbau des Volkshauses seinen auszeichnenden Charakter verleiht. Durch farbige Fenster flutet ein mild abgetöntes Licht hinein. Die gewölbte Decke verstärkt den harmonischen Eindruck. Im Hintergrunde der geräumigen, mit geschmackvoller Eleganz geschmückten Rednertribüne steht die Statue der Freiheitsgöttin, ihr zu Seiten die Büsten unserer verewigten Führer Liebknecht und Singer, der vor nunmehr sechs Jahren an eben dieser Stelle die Verhandlungen leitete. Vom Vordergrund der Rednertribüne schauen Lassalle und Marx auf das Gewimmel im Saale herab. Gegenüber der Rednertribüne hängt ein symbolisches Bild, den Sieg der Freiheit verherrlichend. Es trägt als Inschrift das alte Motto der bürgerlichen Revolution Frankreichs, die stolzen Worte: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, die heute das kämpfende Proletariat mit neuem Inhalt gefüllt hat.

Und immer voller wird der Saal. Die Begrüßungen, das Händeschütteln nimmt kein Ende. Alt bewährte Kämpen feiern ihr Wiedersehen; neue jugendliche Kräfte werden begrüßt. Vertreter der ausländischen Bruderparteien nehmen an Ehrentischen Platz. Plötzlich ertönt ein Händeklatschen am Eingang des Saales. Blitzschnell pflanzt es sich fort. Der ganze Saal ruft Beifall und von den Tribünen hallt er wieder. Bebel ist erschienen, und in der Ovation, die es ihm bereitet, ehrt das Proletariat das gewaltige Stück Parteigeschichte, das sich in der ehrwürdigen Gestalt verkörpert.

Die Bruderparteien des Auslandes haben schon zum Eröffnungsabend ihre Vertreter entsendet. Die Parteileitung der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich vertritt Abg. Genosse Schäfer, die deutschen sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten Genosse Glöckel, die niederösterreichische Landesparteivertretung Genosse Grassinger-Wien, die tschecho-slawische Sozialdemokratie ist durch Genossen Dr. Soukop-Prag, die tschechische Sozialdemokratie durch Genossen Stein-Wien vertreten. Die geeinigte französische Partei hat den Genossen Bracke-Paris, die Sozialdemokratische Föderation Englands den Genossen Quelch, die belgische Bruderpartei den Genossen van der Smissen, die russische Sozialdemokratie den alten Genossen Axelrod-Zürich entsendet. Für die Sozialdemokratie Hollands ist Genosse Ankersmit, für die Bruderpartei Serbiens und Bosnien-Herzegowinas Genosse Topalowic anwesend. Die Parteileitungen Norwegens und Dänemarks haben brieflich die Nichtentsendung eines Vertreters entschuldigt und dem Parteitag die besten Wünsche übermittelt.

Punkt 7 Uhr abends betreten die Genossen des Arbeitergesangvereins Jena die Bühne, um mit dem herrlichen Volkschor aus dem Schlußakt von Richard Wagners „Meistersingern von Nürnberg", mit dem Morgenruf „Wach' auf, es nahet gen den Tag" die schönste Eröffnung, die sich der Parteitag wünschen kann, zu geben. Als der rauschende Beifall, den die vortreffliche Wiedergabe des Chors gefunden, verklungen ist, ergreift das Wort als Sprecher der Jenenser Parteiorganisation:

Genosse Reichstagsabgeordneter **Leber**: Parteigenossinnen und Genossen! Ich heiße Sie im Namen der Jenaer Parteigenossen, der Arbeiterschaft Jenas überhaupt, im Namen der thüringischen Sozialdemokraten aufs herzlichste willkommen. Zum zweiten Male darf ich Sie in diesem von Ernst Abbe erbauten Volkshaus begrüßen. Ich bin in den letzten Tagen und heute wiederholt gefragt worden, wie es möglich ist, daß wir diesen Raum ungehindert benutzen können, trotzdem der Erbauer dieses Hauses heute nicht mehr lebt. (Bewegung.) Ich kann darauf nur antworten mit einigen Sätzen aus einer Rede, die an dieser Stelle der Professor Szapski am 1. November 1903 gehalten hat. Er war ein guter Freund Abbes und einer seiner besten Mitarbeiter. Als dieses Haus 1903 der Oeffentlichkeit übergeben wurde, führte er aus: „Willkommen sein soll uns jeder, jede Vereinigung, jede Person, die von diesem Raum Gebrauch machen wollen, nur, um in irgendwelcher Weise, auf irgendwelchem Gebiet in einem großen Kreise zu wirken; willkommen jede politische Richtung, die hier für ihre Ideen Anhänger werben will. Ihnen mit in erster Linie soll diese luftige Halle eine Freistatt sein, die jedem Unterkunft bietet, der sich innerhalb des gesetzlich und sittlich Zulässigen bewegt. Die Ueberzeugung, daß im Kampfe der Geister nur geistige Waffen erlaubt sind, daß die Anwendung jedes anderen Machtmittels nur Erbitterung erzeugen und moralische Vergiftung hervorrufen kann, diese Ueberzeugung soll in diesem Raume unzweideutig begründet und betätigt werden." (Bewegung.)

Als diese Worte in die Oeffentlichkeit hinausgingen, da litten gerade wir in Jena schon jahrelang unter dem Lokalmangel. Nun sagten wir uns aber, jetzt wollen auch wir einmal die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in Jena begrüßen. Wir stellten an den Parteitag in Bremen den Antrag, den nächsten Parteitag im Jahre 1905 in Jena abzuhalten, und dank der Unterstützung des Genossen Bebel durften wir Sie damals in Jena begrüßen. Diesmal brauchten wir nicht erst einen Antrag zu stellen. Der Parteivorstand hat uns eines schönen Tages mitgeteilt, daß der Parteitag 1911 in Jena abgehalten werden soll, und wir haben dem freudig zugestimmt. Wir werden uns

dieses ehrenvollen Auftrages würdig und der damit verbundenen Arbeit in jeder Weise gewachsen zeigen. (Bravo!) Gestatten Sie mir, den Begrüßungsworten noch einige Worte deshalb hinzuzufügen, weil Jena nicht stehengeblieben ist, wie so verschiedene Orte im Thüringerland, sondern sich in der Bevölkerungszahl kolossal entwickelt und eine Einwohnerschaft von über 40 000 erreicht hat. Jena ist nicht mehr die kleine Universitätsstadt, sondern 2000 Studenten sind hier immatrikuliert und außerdem bestehen zwei weltbekannte Riesenbetriebe, die heute annähernd 5000 Arbeiter und Angestellte beschäftigen. Aber in demselben Maße, wie sich die Stadt Jena entwickelt hat, dieses „alte närrische Nest", wie Goethe einst sagte, hat sich auch die Jenaer Arbeiterbewegung entwickelt. (Lebhaftes Bravo!) Ich habe damals im Jahre 1905 mit Begeisterung Ihnen mitteilen können, daß wir schon vor sechs Jahren eine politische Organisation hatten, die über 600 Mitglieder zählte. Wir waren damals stolz darauf und blickten mit Befriedigung auf das Jahr 1890 zurück, in dem diese Organisation mit einigen Genossen gegründet wurde. Es war ein Fortschritt, dessen wir uns nicht zu schämen brauchten. Heute können wir noch mit anderen Zahlen aufwarten. Unsere politische Organisation ist von 600 auf 2000 Mitglieder gestiegen. (Beifall.) Wir sind also nicht müßig gewesen. Wir haben allen Arbeitern, die als Industriearbeiter hier zugezogen sind, begreiflich gemacht, daß sie sich uns anschließen müssen. Das ist auch im weitesten Maße geschehen. Damals konnten wir auch auf eine gewerkschaftliche Organisation von über 1700 Mitgliedern blicken. Heute zählen die gewerkschaftlichen Organisationen in Jena über 5000 Mitglieder. (Beifall.) Die Jenaer Arbeiter haben sich durch das Wachstum der Organisationen Einrichtungen schaffen können, die dafür sorgen, daß diese Organisationen sich weiter entwickeln und ständig wachsen. Im Jahre 1905 konnte ich nicht mitteilen, daß wir in Jena oder im dritten weimarischen Wahlkreise eine eigene Presse hatten. Was das zu bedeuten hat, in einem Wahlkreise mit so ausgeprägter ländlicher Bevölkerung ein eigenes Blatt zu gründen, das werden diejenigen Parteigenossen wissen, die unter ähnlichen Verhältnissen zu arbeiten haben. Aber wir haben es gewagt! Mit Hilfe der Leipziger und Geraer Genossen haben wir am 1. Oktober 1906 die „Weimarische Volkszeitung" ins Leben rufen können. Aber der Kampf war kein leichter. Die Gegner haben uns das Leben so sauer wie möglich gemacht. Im Jahre 1907 am 25. Januar bei den Reichstagswahlen haben wir eine Stimmenzahl von 2734 erreicht. Heute haben wir in Jena über 3000 Abonnenten der „Weimarischen Volkszeitung". Also auch in dieser Beziehung haben wir eifrig gearbeitet und alles versucht, unsere Presse überall einzuführen.

In derselben Weise haben sich auch in der letzten Zeit die Wahlen vollzogen. Wir waren 1905, als der Parteitag hier stattfand, im Jenaer Gemeinderat noch nicht vertreten. Wir haben uns ein Jahrzehnt bemüht, Parteigenossen hineinzubringen. Es war uns aber nicht gelungen. Dann vor fünf Jahren ist es bei einer Nachwahl möglich gewesen, den ersten Sozialdemokraten in die Jenaer Stadtverordnetenversammlung hineinzuwählen. Dann wurden es zwei. Heute sind wir neun Mitglieder bei dreißig Plätzen im Gemeinderat. (Beifall.) Wir haben auch in dieser Beziehung mit den Gegnern die Probe aufs Exempel gemacht, und zwar bei einer Nachwahl am 29. Dezember 1910. Diese Probe beweist, wie die Wahlen im November dieses Jahres ausfallen werden. Damals schied einer unserer Parteigenossen durch Wegzug aus dem Gemeinderat aus. Es mußte eine Nachwahl stattfinden. Unsere Gegner gaben sich die allergrößte Mühe, um den Sitz an sich zu reißen. Sie haben sich koaliert von den Demokraten bis hinauf oder herunter zum Reichsverbande. Wir haben sie trotzdem besiegt.

Unser Kandidat erhielt 1881 Stimmen, und ein Hofschlächtermeister, der schon jahrelang im Gemeinderat gesessen hatte und dann durchgefallen war, kam nur auf 1333 Stimmen. Die Gegner sind jetzt der Auffassung, daß die nächsten allgemeinen Wahlen zum Gemeinderat, die im November d. J. stattfinden, uns auf der ganzen Linie den Sieg bringen werden, so daß wir im Gemeinderat die Mehrheit erlangen werden. (Beifall.) Sollte das geschehen, dann werden wir uns auch diesen neuen Aufgaben gewachsen zeigen. Wir werden allerdings viele Arbeiten übernehmen müssen, die wir in einem vielleicht nicht guten Zustande vorfinden.

In ähnlichem Sinne vollzogen sich auch die Wahlen zum sachsen-weimarischen Landtage. Im Jahre 1909 haben wir im ganzen Großherzogtum unter einem neuen Gesetz gewählt. Aber was will das bedeuten, wenn damals die Liberalen in Gemeinschaft mit der Reaktion im weimarischen Landtage ein Gesetz zusammengeschmiedet haben, das verlangt, daß derjenige, der wählen will, erst die Staatsangehörigkeit erwerben muß und dann in einem Orte das Ortsbürgerrecht. Dabei kostet dieses Ortsbürgerrecht in den größeren Gemeinden dem einzelnen 10 bis 15 Mk. Nun war es notwendig, unsere Genossen zu überzeugen, daß sie trotz alledem das Bürgerrecht erwerben mußten. Und als 1909 die Landtagswahlen stattfanden, da haben wir auch die alte Universitätsstadt Jena erobert. Es war den Spießbürgern nicht angenehm, und besonders deswegen, weil auf der gegnerischen Seite der Sammelkandidat, der bekannte liberale Verlagsbuchhändler Dr. Fischer, stand. Unser Kandidat erhielt 1782 Stimmen, der Sammlungskandidat 1425. Auch diesen Wahlkreis haben wir erobert, und zwar, das kann ich ohne weiteres aussprechen, für immer.

Nun sind auch auf anderen allgemeinen Gebieten Veränderungen vor sich gegangen. Ich konnte ihnen 1905 in kurzen Worten von der Stellungnahme des Professors Abbe zu allen politischen Fragen mitteilen. Ich konnte Ihnen sagen, daß er, wenn er auch kein eingeschriebenes Mitglied der sozialdemokratischen Partei war, er doch immer, wenn es sich darum handelte, die Reaktion zu bekämpfen, Schulter an Schulter mit uns stand und immer den Kampf wieder von neuem aufnahm. (Bravo!) Auch in dieser Beziehung ist es anders geworden mit denjenigen Leuten, mit denen wir mehr wie zehn Jahre zusammen gekämpft haben. Sie haben die Demokratie schmählich im Stich gelassen. (Hört! hört!) Sie haben sich nicht gescheut, bei den Wahlen mit dem Reichsverbande zusammenzugehen. (Erneutes Hört! hört!) Es gibt kaum einen zweiten Ort in ganz Deutschland, wo man solche Erfahrungen mit Demokraten, Freisinnigen, Liberalen, gleichviel wie sie sich nennen, gemacht hat wie wir. Ich weiß, daß bei den nächsten Wahlen diese Frage eine Rolle spielen wird. Aber Sie können gewiß sein, daß es für uns schwer halten wird, mit solchen Politikern zusammenzustehen und sie irgendwie herauszuhauen, wenn sie der Hilfe bedürfen.

Nun sind wir ja nicht nur bei uns in Jena und im dritten weimarischen Wahlkreis, sondern überhaupt bei uns in Thüringen, wenn ich so sagen soll, schöne raus. Von unseren 15 thüringischen Wahlkreisen werden wir — hier will ich etwas sagen, was vielleicht nicht eintreffen mag —, aber wir werden jedenfalls im ersten Ansturm die Hälfte und sogar die große Hälfte dieser 15 Wahlkreise erobern, und dann bei den Stichwahlen (Heiterkeit) — da haben ja allerdings nicht wir zu entscheiden, aber da haben die Liberalen Farbe zu bekennen. Es ist Heiterkeit bei Ihnen ausgebrochen. Aber wie liegen denn die Dinge? Nun, bei dem dritten Punkt der Tagesordnung werden wir ja darauf zu sprechen kommen, aber daß das eintrifft, was ich gesagt habe, dazu werden unsere thüringischen Parteigenossen beitragen.

Nun gestatten Sie mir noch einige Worte zur Tagesordnung. Als der Parteitag 1905 in Jena stattfand, hatten wir eine außerordentlich wichtige Tagesordnung zu erledigen. Wir haben anderthalb Tage verwendet auf die Maifeier. Es dürfte bekannt sein, daß dem Kongreß der Gewerkschaftskongreß in Köln vorausgegangen war und daß da von einigen Delegierten über die Maifeier in einer Art gesprochen wurde, die der Parteitag nicht unbeantwortet lassen durfte. Daher verwendeten wir anderthalb Tage darauf. Dann haben wir den Grundstein gelegt zu unserer jetzigen Organisation und außerdem haben wir uns anderthalb Tage mit dem politischen Massenstreik beschäftigt. Sie wissen, er hat auch Opfer bei uns in Jena gefordert, die Genossin Luxemburg hat sich damals bei dieser Gelegenheit drei Monate Gefängnis geholt, und es war nicht möglich, sie davon zu befreien. Obwohl sie die Strafe abgebüßt hat, gebessert in gutem Sinne hat sie sich nicht. (Heiterkeit.) Es hat der weimarischen Polizei nichts genutzt, daß sie unsere verehrte Genossin drei Monate hinter Schloß und Riegel gesteckt hat. Es wird allgemein behauptet, die Tagesordnung sei diesmal nicht so bedeutend. Aber ich glaube, wir werden alle Punkte, die auf der Tagesordnung stehen, so erledigen, daß die deutsche Arbeiterschaft und auch die außerdeutsche mit unserer Arbeit zufrieden sein kann. Wir wollen auf diesem Parteitage keine Waffen schmieden für unsere Gegner, sondern wir wollen Waffen schmieden für uns selbst. Es ist in diesem Sommer ja still gewesen und es hat sich niemand so recht herausgetraut, zur Tagesordnung Stellung zu nehmen; aber in den letzten Wochen hat sich das Bild geändert; man hat an dem und jenem herumgemängelt, und es kann sein, daß auch versucht wird, auf diesem Parteitag Stimmung für irgendwelche Anschauung zu machen. Nun, ich will mich darüber nicht auslassen; das ist nicht meine Pflicht. Aber sie wissen, daß ja in der letzten Woche in Stuttgart ein „Feuerchen" angezündet ist und wir werden uns auch damit zu beschäftigen haben, und ich glaube, daß alle diese Angelegenheiten, die ich nur kurz gestreift habe, zur Zufriedenheit der deutschen und der außerdeutschen Arbeiterschaft erledigt werden. Wir werden die Marschroute für die Arbeiterschaft angeben, dann wird sie mit fliegenden Fahnen als eine siegreiche Phalanx in die schöne, herrliche Zukunft marschieren. (Lebhafter Beifall.)

Das Wort ergreift hierauf

Bebel (mit lebhaftem Beifall und Hochrufen begrüßt): Verehrte Versammlung! Es ist in der neueren Geschichte der Partei, die ich vom Fall des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 datieren möchte, allerdings noch nicht dagewesen, daß wir an ein und demselben Orte zweimal einen Parteitag abhalten. Es ist das erstemal, daß dies in Jena geschieht, und wir haben ja gehört, daß die Jenenser Genossen auf diese Ehre sehr stolz sind. Für uns waren sehr einfache Gründe maßgebend. Da man auf dem vorigen Parteitag noch nicht wissen konnte, wann die allgemeinen Reichstagswahlen sind, ja sogar mit einer frühzeitigen Auflösung des Reichstags rechnen mußte, wurde dem Parteivorstand die Vollmacht erteilt, aus eigener Initiative über den Ort des nächsten Parteitages zu entscheiden. Als nun die Frage an uns herantrat, welchen Ort wir wählen sollten, haben wir uns gesagt, besser und hübscher und angenehmer als in Jena, kann es eigentlich nirgends sein. (Sehr richtig!) Es hat uns vor sechs Jahren hier sehr gut gefallen, und insbesondere haben uns diese prachtvollen Lokalitäten, in denen der Kongreß tagte, damals alle gefangen genommen. Wir waren alle damit einverstanden, daß wir niemals ein schöneres Kongreßlokal gehabt haben. (Sehr richtig!) Wem die Jenenser, wem insbesondere die Jenenser Arbeiter es zu danken haben, daß dies Haus gebaut wurde, das hat schon der Vorredner

auseinandergesetzt. Wir haben uns über diesen Mann auch schon vor sechs Jahren hier geäußert, und ich selbst konnte mit Genugtuung darauf hinweisen, daß Abbe mir sehr nahe gestanden ist, daß ich öfter mit ihm zusammengekommen bin, kurz, daß ich ihn von innen und außen kennen gelernt zu haben glaube und wohl sagen kann: einen menschenfreundlicheren, wohlwollenderen und bescheideneren Menschen habe ich niemals kennen gelernt. (Zustimmung.) Der Mann hat Großes geschaffen, er hat die sehr bedeutenden Mittel seines Geschäftes, die sonst anderswo unter Aktionäre und Teilhaber verteilt werden, verwendet zu einer Stiftung, selbstverständlich unter Zustimmung aller Beteiligten, die in Jena ungemein viel Großes und Schönes geschaffen hat: neben diesem Lokale die Volksbibliothek. Auch die Universität hat reiche Zuwendungen bekommen, die sie niemals bekommen haben würde, hätte nicht das Zeißsche Geschäft die Mittel geliefert. Kurz, Abbe hat nach jeder Richtung hin gezeigt, daß er ein ganzer Mann war, und es war alle Zeit sein Grundsatz — das habe ich selbst aus seinem Munde gehört —: will man ein echter Demokrat sein, dann muß man soziales Empfinden haben und überall mit der Tat vorangehen. (Lebhaftes Bravo!) Ich bin überzeugt, daß Vorgänge, wie sie uns heute Genosse Leber geschildert hat, daß die ehemaligen Demokraten mit der äußersten Rechten Hand in Hand gehen, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen, unter Ernst Abbe niemals möglich gewesen wären, jedenfalls hätte er auf das entschiedenste solche Bestrebungen bekämpft. (Sehr richtig!) Freilich, wir wissen aus eigener Erfahrung und kraft der Anschauung, die wir über die Triebfedern von Volksbewegungen haben, daß ein einzelner, mag er eine noch so hervorragende Stellung einnehmen, Strömungen, die mit Macht hervortreten, in letzter Linie nicht zu meistern vermag, und so kann es wohl sein, daß auch Abbe an dem Widerstand, den er unter seinen ehemaligen Freunden gefunden hätte, gescheitert wäre.

Wir haben in der Eröffnungssitzung vor sechs Jahren eine Reihe Fragen erörtert, die durch ein eigenartiges Zusammentreffen wenigstens teilweise auch heute wieder im Vordergrunde des Interesses stehen. In erster Linie war es die Marokkofrage. Das Jahr 1905 war es bekanntlich, in dem der deutsche Kaiser seine merkwürdige Reise nach Tanger unternahm, er hielt hier eine Rede, in der er versicherte, er werde für die volle Freiheit und Unabhängigkeit des Staates und des Sultans, des damaligen Abdul Asis, allezeit eintreten. Kaiserliche Reden sind schon oft Gegenstand von Erörterungen gewesen, und wir haben es erleben müssen, daß das, was damals vom Kaiser in Aussicht gestellt wurde, sich im Laufe der nächsten Jahre in Luft aufgelöst hat. Bereits das Jahr 1906 brachte die Algeciraskonferenz, an der alle europäischen und amerikanischen Staaten teilnahmen. Die Konferenz sollte, wie die Diplomaten meinten, die Grundlage schaffen, um für die Zukunft eine Stabilität der Verhältnisse in Marokko zu garantieren. Auch das ist nicht eingetreten, die Algecirasakte liegt seit Jahren zerrissen am Boden, und einer derjenigen Faktoren, die am meisten dazu beigetragen haben, ist das Deutsche Reich selbst. Denn die Vereinbarungen, die Deutschland und Frankreich 1909 bezüglich der inneren Lage Marokkos getroffen haben, stehen mit sehr wesentlichen Punkten der Algecirasakte in Widerspruch. (Sehr richtig!) Aber keiner der Beteiligten störte sich an dieser Verletzung der Akte. Die Marokkowirren sind weitergegangen, sie haben zu verschiedenen Zeiten Europa in mehr oder weniger große Aufregung versetzt, in die größte Aufregung in diesem Sommer, als das deutsche Kriegsschiff „Panther" in Agadir landete. (Sehr wahr!) Es ist nicht meine Aufgabe hier, einen Vortrag über die Marokkoangelegenheit zu halten. Das wird im Verlaufe des Parteitages geschehen, denn es versteht sich von selbst,

daß eine Frage, die so wichtig geworden ist, wenn sie es auch ihrer inneren Natur nach nicht zu sein brauchte, daß eine Frage, die so alle Welt in Aufregung und Atem gehalten hat, wie die Marokkofrage, und bis zu einem gewissen Grade heute noch in Aufregung hält, die uns zeitweise hart an einen europäischen Krieg herangeführt hat — ich sage, es ist selbstverständlich, daß eine solche Frage auch von der Vertretung der deutschen Arbeiterklasse behandelt werden und der Parteitag dazu Stellung nehmen muß. (Lebhafte Zustimmung.)

Eine andere Frage, die ich damals im Namen des Parteivorstandes erörterte, betraf die russische Revolution. Das Jahr 1905 war das Jahr des eklatanten Ausbruchs der russischen Revolution, es war das Jahr, in dem sie ihren Zenit erreichte. Man hat mir damals vorgehalten: es scheint, Du hast keine große Hoffnung von der russischen Revolution! Ich habe erklärt: O ja, Hoffnung habe ich, aber die Hoffnung, die in erster Linie die Revolutionäre haben, und die in zweiter Linie ein Teil unserer Genossen daran knüpfen, die teile ich nicht, obgleich ich selbstverständlich der russischen Revolution den denkbar größten Erfolg wünsche! Nun, leider hat mein Pessimismus recht behalten. Es ist nicht richtig, wenn jetzt behauptet wird, die russische Revolution sei spurlos verschwunden, sie habe keine Erfolge aufzuweisen gehabt. Ich habe schon damals an anderer Stelle gesagt, die russische Revolution wird ähnlich ausgehen, wie die deutsch-preußische Revolution 1848/49. Wie damals ein neues Preußen kam, wenn auch nicht das, was die Revolution gewollt hat, aber doch ein anderes Preußen, wie es vor 1848 bestanden hat, genau so ist es mit Rußland ergangen. Kein Zweifel, so traurig, so entsetzlich die Zustände in Rußland noch heute sind, das Land ist ein anderes wie vor 1905. Die russische Revolution auf der einen Seite, die Niederlagen in Japan, auf der anderen Seite, haben auch den Zaren und seine Schildhalter genötigt, der modernen Zeit innerhalb gewisser Grenzen Rechnung zu tragen.

Wir sehen, daß Rußland eine sogenannte Volksvertretung hat, und daß in dieser Volksvertretung — was nach 1849 in Preußen unmöglich gewesen wäre — sogar eine Reihe von Arbeitervertretern, von Sozialdemokraten, sitzen. Allerdings bietet das Zarentum alles auf, um die revolutionären Elemente niederzuhalten. Mit der ganzen Barbarei, der ganzen Grausamkeit und Roheit, deren das Moskowitertum von jeher politischen Gegnern gegenüber fähig war, kämpft es seit Jahren gegen die Angehörigen politisch verdächtiger Parteien. Tausende sind den Kriegsgerichten zum Opfer gefallen, Zehntausende aufs Schafott geschleppt, Hunderttausende in die Verbannung oder Gefängnisse geschickt. Aber mag auch das Zarentum kämpfen wie es will, trotzdem wird die revolutionäre Bewegung in Rußland Fortschritte machen, sie bekommt vielleicht Hilfe von einer Seite, an die heute noch kein Mensch denkt, oder richtiger gesagt, zu denken wagt. (Sehr gut!)

Wir haben auf diesem Parteitag eine Reihe wichtiger Fragen zu beantworten. Es ist nicht richtig, daß die Tagesordnung dieses Parteitages an Bedeutung hinter der des Parteitages von 1905 zurücksteht. (Sehr wahr!) Wir haben Fragen zu erörtern, die jedenfalls noch im Laufe der weiteren Entwickelung dem deutschen Volke eine ganze Reihe harter Nüsse zu knacken geben. (Sehr richtig!) Mit dem Verlauf, den die Marokkokrisis in Europa speziell durch das Eingreifen Englands genommen hat, hat die ganze europäische Situation ein total anderes Gesicht bekommen, ist mit einem Schlage eine ganze Reihe von Gedanken und Bestrebungen, die noch vor einigen Monaten auch uns als Partei im Reichstage beschäftigten, sozusagen weggeblasen worden. Die Frage der Abrüstung und was damit zusammenhängt,

wird uns künftig nicht mehr trennen. Die ist beseitigt. Nicht Abrüstung heißt künftig für das bürgerliche Europa die Losung, sondern Aufrüstung zu Wasser und zu Lande. Wir werden von jetzt ab erst recht einem Zustande entgegengehen, der meiner Ueberzeugung nach nur noch mit einer großen Katastrophe enden kann und enden muß. (Bewegung.)

Die Konsequenzen waren mir von vornherein klar, nachdem die bekannten Vorgänge in England sich ereigneten. Die wenn auch nur indirekte Antwort darauf war die Kaiserrede in Hamburg, in der er davon sprach, er glaube, die Hamburger seien darin einig, daß die deutsche Seerüstung weiter gestärkt werden muß. Die Hamburger Bourgeoisie war in Deutschland die letzte, die für die großen Flottenvorlagen sich begeisterte. (Sehr richtig!) Wer die Stimmung in den 90er Jahren des vorigen und zu Anfang dieses Jahrhunderts in Hamburg studiert hat, der hat nichts von Begeisterung gemerkt, weil sich das Bürgertum Hamburgs, die Exporteure und Bankiers sagten: wenn es zum Treffen kommt, wir haben zuerst die Kosten zu tragen. (Sehr wahr!) Die Hamburger Kaufleute verstehen zu rechnen und haben politische Einsicht genug, als daß sie sich auch nur im mindesten darüber täuschen könnten. Für mich steht unzweifelhaft fest, daß wir eine neue Flottenvorlage bekommen, mag man es noch so sehr abzustreiten versuchen. Ich rate Euch, Parteigenossen, bleibt dabei und erinnert Euch: als im Frühjahr 1899, nachdem im Herbst des Vorjahres die erste große Flottenvorlage angenommen war, ich im Reichstage den Staatssekretär v. Tirpitz aufforderte, zu antworten, ob es wahr sei, daß eine neue große Flottenvorlage in Aussicht stehe, Tirpitz schwieg, auch auf erneute Interpellation. Endlich wurde er in der Budgetkommission vom Zentrum zur Rede gestellt und er erklärte, daß niemand daran denke — und sieben Monate später war sie da! (Bewegung und Zustimmung.) Und als bei den letzten allgemeinen Wahlen, zur Wahl des Hottentottenreichstags 1907, es für jeden, der die Lage beurteilen konnte, absolut sicher war, daß dem neuen Reichstage gewaltige Steuervorlagen vorgelegt werden würden, hatte die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" die Stirn, drei Tage vor der Wahl, wo ihr niemand mehr antworten konnte, zu erklären, die Verbündeten Regierungen dächten gar nicht daran, mit einer Steuervorlage vor den Reichstag zu treten. Na, und das Jahr darauf haben wir die Bescherung gesehen. (Heiterkeit und Sehr richtig!) Die offiziösen Blätter können leicht etwas ableugnen, dagegen geben sie gerade über die wichtigsten Angelegenheiten keine Aufklärung (Sehr gut), und die „dummen Massen", so rechnet man, würden den Ableugnungen schon glauben. Man wird auch jetzt ableugnen, trotz aller Agitationen des Flottenvereins! Ich erinnere ferner daran, als es sich 1908/09 um die damals neueste Flottenvorlage handelte, die Nationalliberalen in der Kommission verlangten, daß drei Gattungen älterer Kriegsschiffe ausgemerzt würden, weil sie nicht mehr genügend kriegstüchtig seien und sie durch moderne Dreadnoughts ersetzt werden müßten. Da wagte Herr von Tirpitz nicht, den Nationalliberalen entgegenzutreten, aber auch nicht, ihr Verlangen zu unterstützen. Er sagte nur, woher die Mehrheit und das Geld nehmen? Beim letzten Quinquennat haben sich wieder die Nationalliberalen bitter beschwert, daß die Regierung so wenig forderte, in Frankreich wären bedeutend höhere Mittel bewilligt worden als angefordert waren. Das gleiche Verlangen wurde von einer Reihe nationalliberaler und konservativer Zeitungen gestellt. Es ist so sicher, wie zweimal zwei vier ist, daß im Laufe der Jahre, für die der nächste Reichstag gewählt wird, entsprechende Vorlagen, zugleich aber auch wieder neue Steuervorlagen kommen werden. (Sehr wahr!) Denn trotz der 450 Millionen

neuer Steuern reichen die Mittel nicht, um die neuen und nächsten Mehrkosten decken zu können. Schon gegenwärtig bot der Schatzsekretär alles auf, um zu verhüten, daß über die Forderungen nicht hinausgegangen werde.

In dieser Situation nun haben wir die gewaltige Preissteigerung fast aller Lebensbedürfnisse. (Sehr richtig!) Wahrscheinlich werden weite Kreise unserer ärmeren Bevölkerung im nächsten Winter eine Art Hungersnot durchmachen müssen. (Hört! hört!) Die Preissteigerung wird mehr und mehr wachsen. Schon heute sind viele Millionen Deutscher nicht mehr imstande, sich ausreichend zu ernähren. (Zustimmung.) Sie können das nicht mehr kaufen, was zum Aufbau ihres Körpers und zur Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit als Arbeiter und Arbeiterinnen notwendig ist. Das wird sich ohne Zweifel im Laufe der nächsten Zeit bedeutend verschlimmern, und wenn nun die Frage kommen wird, wo sollen die neuen Steuern her, dann wird allerdings die Partei — und dafür haben Sie bei den Reichstagswahlen zu sorgen — energisch zu erklären haben: nun mögen einmal die Reichen in den Beutel greifen, deren Reich das Reich ist. (Stürmische Zustimmung.)

Die Teuerung verschwindet auch nicht mehr. Die Preise gehen zwar leicht in die Höhe, aber sehr schwer wieder herunter. Und ist man einmal an hohe Lebensmittelpreise gewöhnt, dann werden die Verkäufer und Produzenten jeden Widerstand gegen eine Verbilligung leisten, und dann wird für das Deutsche Reich die sehr ernste Frage der Lebensmittelpreise in den Vordergrund treten. Wir müssen die Oeffnung der Grenzen, die Herabsetzung der Zölle, die Einfuhr fremden Fleisches und Viehes, die Aufhebung der Einfuhrscheine, die Beseitigung der Futtermittelzölle usw. fordern. In dem Augenblick aber, wo es uns, unterstützt von der ungeheuren Masse des Volkes, gelingt, eine oder die andere dieser Forderungen durchzusetzen, hat das Reich ein erhöhtes Defizit, weil das Reich doch auf den indirekten Steuern und Lebensmittelzöllen aufgebaut ist. (Lebhaftes Sehr richtig!) Und dann muß das Reich an die Klassen heran, die Steuern und die nötigen Kosten aufbringen können. Wird aber erst einmal die Bourgeoisie recht scharf zur direkten Besteuerung herangezogen, dann schweigen alle ihre Flöten, dann hört ihr Patriotismus für Militär- und Flottenrüstungen auf. (Heiterkeit.) Als Miquel 1890 sein neues Steuerprogramm mit der Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer vorlegte, seufzte sofort die „Kölnische Zeitung", und erklärte, es könne einmal Zeit werden, die monarchistischen Ueberzeugungen zu revidieren. (Hört! hört! und Heiterkeit.)

Soweit ging man damals, genau wie man auch jetzt wieder in der Opposition gegen die kaiserliche Politik zum äußersten bereit ist. Ich meine also, wir haben ein großes Maß von Aufgaben, das erledigt werden muß, und zwar unter allen Umständen erledigt werden muß. Auch an Zeichen der Zeit für die Situation fehlt es nicht. Es ist charakteristisch, daß die englischen Arbeiter, die so lange scheinbar sich gefügt und geduckt hatten und von Streiks kaum noch etwas wissen wollten, in diesem Sommer die große Arbeitseinstellung hervorriefen, die ganz England in den tiefsten Tiefen aufgerührt hat. Das sind Zeichen der Zeit, die zeigen, woher und wohin der Wind weht und daß ähnliches auch in anderen Staaten vorkommen kann, wenn das Seil zu straff gespannt wird. Nun droht man mit Ausnahmemaßregeln, mit der Verschärfung des Strafgesetzes, — auch Punkte, über die wir noch zu reden haben werden. Nun, wir haben in den 48 Jahren, in denen die Sozialdemokratie existiert, schon mehr ausgehalten und in letzter Instanz hat es uns immer genützt. (Sehr richtig!) So wird es auch weiter geschehen. Die einzelnen sind schwer geschädigt worden, viele sind zugrunde gerichtet, viele sind frühzeitig ins Grab gesunken, aber die Bewegung ist immer vorwärts gegangen, die hat keine Macht der Welt aufhalten können, mochte man was immer für Mittel anwenden. Und so wird es auch jetzt kommen. (Lebhafter Beifall.)

Nun noch ein Wort zu dem, was der Vorredner sagte. Er meinte, in den letzten Wochen sei eine gewisse Unzufriedenheit gegen den Parteivorstand bemerkbar geworden. Jawohl, Parteigenossen, ein Teil von Euch ist mit seiner Agierung unzufrieden (Heiterkeit) und findet, daß sie nicht das gemacht habe, was sie soll und meint, daß man da ein Feuer hinterher machen und sie vorwärts schieben muß. Nun, wir vom Parteivorstand haben das auch alles gesehen und sind gespannt darauf, was bei diesen Klagen herauskommen wird. Wir werden uns auch unserer Haut wehren, darüber besteht kein Zweifel. Aber wir wollen gern zugeben, daß es ein Zeichen von Lebenskraft ist, wenn die Partei sich rührt und nicht mit allem einverstanden ist. Es kommt ja auch anderweit vor, daß eine Regierung manchmal zu bequem wird, das geschieht nicht bloß bei der Sozialdemokratie (Heiterkeit), anderwärts wohl noch häufiger. Im großen und ganzen aber waren Sie ja immer mit uns zufrieden, Sie haben uns ja immer wiedergewählt. Aber lassen wir es auf die Probe ankommen, kritisiert, macht Verbesserungsvorschläge — wenn es wirklich Verbesserungen sind, werden wir sie gern annehmen. Das wäre eine schlechte Parteileitung, die meinte, man müsse immer nur am Alten festhalten. Deswegen sind wir ja eine demokratische Partei, damit wir uns aussprechen und damit dann die Mehrheit entscheide, und wenn entschieden ist, haben wir so, wie wir früher zusammen gearbeitet haben, zusammen weiter zu arbeiten. Denn großen Kämpfen gehen wir entgegen, darüber wollen wir uns nicht täuschen. Dem Leber möchte ich sagen: „Lieber Freund, nur nicht so optimistisch." (Heiterkeit.) Das ist ein taktischer Fehler; schon mancher General hat geglaubt, den Sieg in der Tasche zu haben, und hat nachher durch seine Vertrauensseligkeit ganz gehörige Ohrfeigen bekommen.

Also tüchtig gearbeitet, fest zusammengeschlossen, und dann auf zum Kampf, auf zum Sieg! (Stürmischer Beifall.)

Bebel betritt nochmals die Tribüne und erklärt: Ich glaubte schon, mit meiner schönen Rede sei alles erledigt. (Heiterkeit.) Das ist aber durchaus nicht der Fall. Wir müssen uns noch konstituieren. Ich erkläre zunächst, daß der Parteitag eröffnet ist. Dann bitte ich um Vorschläge für den ersten und zweiten Vorsitzenden.

Groger-Nixdorf schlägt die Genossen Dietz und Leber vor.

Da sich Widerspruch dagegen nicht erhebt, erklärt Bebel die beiden Genossen als Vorsitzende gewählt.

Dietz übernimmt den Vorsitz.

Auf Vorschlag des Genossen Lipinski-Leipzig werden zu Schriftführern gewählt: Linchen Baumann-Altona, Bischoff-Altona, Bittorf-Berlin, Doernke-Hannover, Feldmann-Langenbielau, Schiebel-Leipzig, Schmitt-München, Sidow-Brandenburg, Stubbe-Hamburg.

Vorsitzender Dietz: Das Bureau hat sich konstituiert und dankt für das Vertrauen, das Sie ihm erwiesen haben. Es wird bemüht sein, die Verhandlungen unparteiisch zu führen. Ich kann nicht umhin, Parteigenossen, an dieser Stelle noch des Genossen Singer zu gedenken (der Parteitag erhebt sich von den Plätzen), dessen Tod in diesem Jahre uns alle mit aufrichtiger Trauer erfüllt hat. Am heutigen Tage wird sie um so tiefer sein, da wir ihn nicht mehr in unserer Mitte finden, an dem altgewohnten Platze, von wo er die Geschäfte des Parteitages mit bewährter Sicherheit und Ruhe leitete. Von allen Parteitagen seit dem Falle des Sozialistengesetzes war Singer der Vor-

sitzende; ausgenommen sind zwei, an denen er, durch Krankheit verhindert, nicht teilnehmen konnte. Aber auch während seiner Krankheit ist er stets mit großem Interesse den Verhandlungen gefolgt. Er hat mit der Kritik und der Anerkennung nicht zurückgehalten und Zustimmung da gegeben, wo sie ihm am Platze zu sein schien. Wir danken ihm daher übers Grab hinaus noch für alles, was er in selbstloser hingebender Weise für die Partei geleistet hat. Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen von den Sitzen erhoben, ich konstatiere das.

Ich kann mitteilen, daß Genosse Gerisch endlich von der schweren Krankheit genesen ist und höchstwahrscheinlich in den nächsten Tagen sein Amt im Parteivorstande wieder einnehmen wird. (Beifall.)

Auf Vorschlag des Genossen Dr. Laufenberg-Hamburg werden in die Mandatsprüfungskommission gewählt: Bühler-Niederbarnim, Paul Hoffmann-Hamburg, Kinkel-Göppingen, Knieriem-München, Landsberg-Magdeburg, Ludwig-Hagen, Frau Matschke-Berlin, Poller-Kiel, Schrader-Hannover.

Die Beschwerdekommission setzt sich auf Vorschlag des Genossen Schmitt-München aus folgenden Genossen zusammen: Bartels-Altona, Frau Blase-Mannheim, Groger-Teltow-Beeskow, Hoffmann-Elberfeld, Husemann-Bochum, Nimmerfall-München, Rauch-Hildesheim, Ryssel-Leipzig, Schaumburg-Hamburg.

Vorsitzender Dietz: Wir treten jetzt in die Tagesordnung ein. Widerspruch gegen die Geschäftsordnung erhebt sich nicht. Sie ist also angenommen. Wir kommen jetzt zur Tagesordnung des Parteitages. Dazu liegen verschiedene Anträge vor. Der Antrag 3 verlangt, das Referat Bebels über die Reichstagswahlen anschließend an den parlamentarischen Bericht folgen zu lassen. Ich bitte Sie, das dem Bureau zu überlassen. Bebel will sein Referat möglichst an einem Morgen halten. Wir müssen also eine gewisse Freiheit für die Festsetzung des Tages haben. Damit ist der Parteitag einverstanden.

Einige weitere Anträge beschäftigen sich mit der auswärtigen Politik Deutschlands. Der Antrag 1 will als besonderen Punkt auf die Tagesordnung setzen: Die auswärtige Politik Deutschlands. Im gleichen Sinne sind gehalten die Anträge 4, 6, 7 und 62.

Bebel: Parteigenossen, ein Referat über die gesamte auswärtige Politik Deutschlands hier zu beschließen und zu verlangen, daß der Referent im Laufe des Parteitages darüber einen Bericht gibt, ist ein Ding der Unmöglichkeit. (Zustimmung.) Diese Frage muß sehr gründlich behandelt werden, und wer ein solches Referat bekommt, der hat ein schweres Stück Arbeit zu erledigen. Das kann man nicht ohne weiteres durch einen Beschluß hier verlangen. Die wichtigste Frage, die uns hier in bezug auf die auswärtige Politik Deutschlands beschäftigt, ist zweifellos die Marokkofrage, mit der ja auch eine Reihe von anderen Fragen der auswärtigen Politik in Verbindung steht. Der Parteivorstand hat schon vor Wochen darüber verhandelt, er hat bei Personen angefragt, ob sie bereit wären, das Referat zu halten. Es war niemand dazu bereit. Da habe ich erklärt: Gut, wenn es nicht anders geht, dann will ich bei meinem Referat über die Reichstagswahlen auch die Frage der Marokkopolitik mit behandeln, die ja mit anderen Fragen in naher Beziehung steht. Damit war der Parteivorstand einverstanden. Wenn aber hier jemand ist, der ein Referat über die Marokkofrage übernehmen will, dann verzichte ich mit Vergnügen darauf, selbst darüber zu sprechen. Sollte das nicht der Fall sein, dann muß ich wohl oder übel in meinem Referat die Frage behandeln. (Beifall.)

Müller-Breslau: Nach dieser Erklärung ziehen wir unseren Antrag 1 zurück. Es wird sich wohl niemand finden, der diese Frage besser behandeln kann als Bebel.

Darauf werden auch die Anträge 4, 6, 7 und 62 zurückgezogen.

Der Antrag 2 wird nicht genügend unterstützt.

Auch der Antrag 5 findet nicht genügende Unterstützung, ebenso der Antrag 8.

Antrag 9 wird vorläufig zurückgezogen mit dem Bemerken, daß die Impffrage auf dem nächsten Parteitage eingehender behandelt werden soll.

Vorsitzender Dietz: Damit ist die Frage der Tagesordnung erledigt. Es bleibt bei der vorgeschlagenen Tagesordnung. Die Verhandlungen sollen stattfinden von morgens 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 7 Uhr.

Genügend unterstützt ist noch folgender Antrag Bernstein eingegangen: Der Parteitag möge das Bureau beauftragen, am Denkmal Ernst Abbes als Zeichen der ehrenden Anerkennung des hochherzigen Stifters des Volkshauses Blumen niederlegen zu lassen.

Eduard Bernstein: Nach den schönen Worten, die wir von Bebel und Leber über den Stifter des Volkshauses gehört haben, bedarf es keiner Begründung des Antrages. Wir sagen hier in diesem herrlichen Gebäude, das Ernst Abbe für alle Parteien errichtet hat. Draußen vor dem Gebäude steht das Denkmal, das die Stadt, in der er gewirkt hat, ihm errichtet hat. Das allerwenigste, was wir tun können, ist, daß der Parteitag in Anerkennung dieser hochherzigen Auffassung und zum Ausdruck der Empfindungen, die ihn beseelen, eine Anzahl Blumen niederlegen läßt, damit es von unserer Seite geschmückt wird.

Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft.

Schluß 8½ Uhr.

An die geschäftlichen Verhandlungen schloß sich ein Kommers mit reichhaltigem musikalischen und gesanglichen Programm an, der die Delegierten noch lange mit den Jenenser Parteigenossen in fröhlicher Stimmung vereinte.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 11. September 1911. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender Dietz eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr und fordert die Mandatsprüfungskommission und die Beschwerdekommission auf, sich zu konstituieren. Er macht weiter Mitteilung davon, daß eine Reihe von Begrüßungsschreiben und Telegrammen eingegangen sind, unter anderem von der dänischen Sozialdemokratie, von den Sozialdemokraten in Petersburg, von der Jüdischen Arbeiterpartei in Litauen, Polen und Rußland, von der ausländischen Gruppe der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, von der norwegischen Arbeiterpartei, der englischen Independent Labour Party, von der Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei der Schweiz usw.

Vorsitzender Dietz erklärt weiter: Außerdem haben wir eine Reihe lieber Gäste hier zu begrüßen, die das Ausland delegiert hat. Wir wünschen, daß die Parteigenossen mit einem guten Eindruck von der Stärke und der Einigkeit der deutschen sozialdemokratischen Partei wieder in ihre Heimat zurückkehren mögen. (Lebhafter Beifall.) Delegiert sind von Oesterreich Anton

Schäfer und Dr. Viktor Adler, von Niederösterreich Grassinger. Von der tschecho-slawischen Sozialdemokratie ist Dr. Soukop-Prag erschienen, die tschechische Sozialdemokratie ist durch Stein vertreten. Frankreich ist vertreten durch den Genossen Bracke, Belgien durch Vandervelde, die sozialdemokratische Föderation Englands durch den Genossen Quelch, die serbisch-bosnische Bruderpartei durch den Genossen Topalowic, die russische Sozialdemokratie durch Axelrod.

Es folgen Begrüßungsansprachen.

Dr. **Soukop** von der tschecho-slawischen Sozialdemokratie: Der freundlichen Einladung Ihrer Parteileitung gerne folgend, hat mich der Exekutivausschuß der tschecho-slawischen Sozialdemokratie in Oesterreich beauftragt, den Parteitag der ältesten und größten sozialdemokratischen Partei der Welt im Namen des organisierten klassenbewußten und internationalen tschechischen Proletariats zu begrüßen. Die tschecho-slawische Partei gedenkt mit Dankbarkeit alles dessen, was sie von der deutschen Sozialdemokratie, diesem großen Reservoir von Wissen, theoretischer Erkenntnis und praktischer Erfahrung, gelernt hat und ununterbrochen noch lernt. Heute sind es gerade 40 Jahre her, als die Lassallesche Bewegung die ersten Funken nach Böhmen geworfen und die besten und klarsten Köpfe des tschechischen Proletariats ergriffen hat. Vor 40 Jahren wurde das erste tschechisch-sozialdemokratische Parteiblatt begründet, und heute, nach vier Dezennien, ist die Partei nach schweren Mühen und Arbeiten zu der größten politischen Organisation des tschechischen Volkes emporgewachsen. Das, was wir geworden sind und wie wir gewachsen sind in der Organisation, in den Methoden des Klassenkampfes, in der internationalen Solidarität usw., das alles sind wir zum großen Teile durch das große Vorbild des bewunderungswürdigen Emanzipationskampfes der Massen des deutschen Proletariats jenseits der schwarzgelben Schranken geworden. Kommt jemand zu uns, so wird er in der kleinsten Hütte eines klassenbewußten Proletariers die Namen und Bilder von Marx und Lassalle, von Engels, Liebknecht und Paul Singer finden. Es ist deshalb selbstverständlich, daß die Verhandlungen dieses Parteitages auch für uns von einer eminenten Wichtigkeit sind, und daß diese Verhandlungen von unserer ganzen Partei mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt werden.

Entschuldigen Sie, wenn ich das Bedürfnis fühle, auf diesem Platze auch ein Wort über Dinge zu sagen, die das bisherige Zusammenarbeiten der internationalen Sozialdemokratie in Oesterreich schwer beeinträchtigen. Ich spreche hier im Namen der Partei, die meiner Ansicht nach weit über die Grenzen Oesterreichs diffamiert ist. Wer die Geschichte der Partei kennt, der muß meiner bescheidenen Ansicht nach den Worten Adlers im letzten Kampfe zustimmen, daß die tschechische Sozialdemokratie eine durch und durch proletarische, in hundert schweren Kämpfen erprobte Partei ist, die sich mit Recht rühmt, eines der stolzesten Bataillone der internationalen Armee zu sein. In den letzten Jahren sehen wir leider die Degradation dieser Partei in der Internationale als eine nationalistische, als eine separatistische und als eine im Internationalismus minderwertige Partei. Ich wage zu behaupten, daß uns hier ein schweres Unrecht geschieht, das wir nicht verdienen. Es ist selbstverständlich hier nicht der Ort dazu, wo wir über rein österreichische, interne Parteiprobleme Vorträge halten können. Aber Ihnen gegenüber, deren Arbeit wir hoch schätzen und deren Urteil uns nicht gleichgültig ist, muß ich erklären: Wir sind keine Nationalisten, wir sind auch keine Separatisten, sondern wir sind internationale Sozialdemokraten, so, wie wir es seit vier Dezennien immer waren. Die Sache ist nicht so primitiv, wie man sie sich vorstellen könnte. Es ist gewiß nicht denkbar, daß die Tausende und Hunderttausende des tschechischen Proletariats, die die Sache der internationalen Sozialdemokratie 40 Jahre ununterbrochen und ehrlich hochgehalten haben, und die ihr in den Reihen des tschechischen Volkes zum großen Siege verholfen haben, nun mit einem Schlage aufgehört haben, sozialdemokratisch zu denken und zu handeln. Wir fordern, daß überall in Oesterreich, wo das Bedürfnis besteht, das Kind in der Schule die Muttersprache sprechen kann, die es versteht, und in der es sich am leichtesten die elementaren Kenntnisse aneignen, kann, um für das Leben gut gewaffnet zu sein. Das ist nicht nur ein Gebot der modernen Pädagogik, sondern ein rein proletarisches Interesse. Wir wünschen auch, daß im Verkehrsleben ein Arbeiter überall, wo seine Sprache landesüblich ist, sich auch in dieser Sprache überall orientieren kann. Auch das ist ein rein proletarisches Interesse. Wenn wir wünschen, daß das Recht dem Proletarier in seiner Sprache gesprochen wird, so ist das nicht nur die höchste Maxime der modernen Straf- und Zivilprozeßordnung, die Maxime der Unmittelbarkeit und Mündlichkeit, daß der Mensch, der gerichtet werden soll, seinen Richter versteht, es ist ein rein proletarisches Interesse, daß der Mensch da, wo über seine materiellen und ideellen Güter verhandelt wird, sich auch vollständig verteidigen kann. Das ist unser Nationalismus; darauf bestehen wir und können nicht anders und identifizieren uns hier mit August Bebel, der in einem Artikel zum Stuttgarter Parteitag ausgesprochen hat: „Die Aufgabe der Arbeiterklasse aller Kulturländer ist eine nationale und internationale. Indem sie innerhalb der eigenen Nation, des engeren Heimatlandes für die Durchführung von Maßregeln und Einrichtungen kämpft, die ihre Lebenslage verbessern, höhere Kulturbedürfnisse zu befriedigen ermöglichen und schließlich die Gleichberechtigung und soziale Gleichstellung aller ermöglichen, muß sie auf internationalem Gebiete die gleichen Bestrebungen durchzuführen suchen, weil sie sich dadurch allein die Dauer der Verbesserungen im eigenen Heimatlande erst garantiert und sichert. National und international sind also keine Begriffe und Bestrebungen, die sich gegenseitig ausschließen, sondern sie ergänzen sich gegenseitig." Natürlich, Parteigenossen, sind bei der praktischen Durchführung dieser Probleme Schwierigkeiten und Differenzen vorhanden, weil die innere Entwickelung Oesterreichs, der Kampf der Nationen um den Staat noch lange nicht finalisiert und durch das allgemeine Wahlrecht noch nicht zum Ende gebracht wurde.

Wir sind, Parteigenossen, aber auch keine Separatisten. Wir wollen uns separieren nur von dem Unverstand, mit dem unabänderliche Tatsachen bei uns begriffen werden. Aber die Absicht einer Separation von der Internationale oder von unseren deutschen Brüdern in Oesterreich uns zuzuschieben, ist ein Unding. Wir werden, Parteigenossen, in der deutschen Presse, speziell in Deutschland, diffamiert, wir werden als diejenigen hingestellt, die die Wirren in die österreichische Sozialdemokratie hineingetragen und die die Lebenskraft des österreichischen Proletariats gelähmt haben. Tatsache ist, daß in Oesterreich fast alle gewerkschaftlichen Organisationen auseinandergegangen sind in dem Sinne, daß sich selbständige Gewerkschaften gebildet haben und daß der Kopenhagener Kongreß nicht imstande war, diesen Prozeß aufzuhalten oder eine Revindikation herbeizuführen. Das alles aber sind Symptome einer schweren Krisis, die in Oesterreich der Internationale beschieden ist und die überwunden werden muß. Wir sind zu stark und zu schnell gewachsen. Die Partei hat das allgemeine Wahlrecht erobert und ist mit einem Schlage zu einer parlamentarischen Macht mit etwa 80 Mandaten geworden. Eine große Reihe von Fragen, an denen die Partei früher vorübergehen konnte, sind lebendig geworden und rufen nach Lösung. In

Oesterreich sind zwei Parteien vorhanden, die tschechische und die deutsche. In der Art ihrer Ausdehnung liegt die Zukunft in Oesterreich. Wir haben, Parteigenossen, schwer beklagt, daß einer der hervorragendsten Männer der deutschen Sozialdemokratie und ein Träger der Wissenschaft in diesen Kampf eingetreten ist, wobei er das erste Gebot der Objektivität und Kritik fallen gelassen hat. Ich glaube, mit Brandfackeln und Kriegsproklamationen wird man nichts ausrichten können da, wo nur Ruhe und Objektivität Heilung bringen können. Und kann die österreichische Internationale nicht als eine mathematische Einheit existieren, so kann sie doch weiter bestehen als eine Konföderation, in der große Einheiten zusammengefaßt werden. Und wenn die ruhig denkenden Männer der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich die Ueberzeugung gewinnen werden, daß die stramme Zentralisation in Oesterreich, speziell was die tschechische Sozialdemokratie anlangt, ein Ding der Unmöglichkeit ist, so bleibt nur ein technisches Problem, das zu lösen nicht unmöglich ist. Auch in der Gewerkschaft wünscht das tschechische Proletariat nur so viel Bewegungsfreiheit, als unbedingt nötig, und so viel Vertrauen verdient es schon, daß es im Moment der Gefahr alles aufbieten wird, um der gemeinsamen Sache des Proletariats zum Siege zu verhelfen. Das tschechische Proletariat ist dasselbe geblieben, wie seit vierzig Jahren, nur die Methoden des Kampfes haben sich geändert. Das tschechische Proletariat hat vor kurzem einen Kampf bestanden, der ohne Beispiel in der Geschichte ist. Die gesamte Bourgeoisie hatte sich zu einem vernichtenden Schlage organisiert. Aber wir haben den Schlag pariert und das behauptet, was wir früher erobert haben. Aber die Zeiten sind zu ernst, nicht zu einem Bruderkampfe dürfen wir rufen, sondern zu einer Aussöhnung zwischen den Brüdern, die miteinander kämpfen müssen. In keinem Staate gibt es so viele verwickelte Probleme wie in Oesterreich, in keinem werden auch so viele Ansprüche an die Vernunft und Ruhe des Proletariats gestellt, und ich habe keinen heißeren Wunsch, als daß wir in Oesterreich Bahnen wandeln, die uns zu dem Ziele führen, auf dem nächsten internationalen Parteitag in Wien der ganzen Welt beweisen zu können, daß das österreichische Proletariat nicht nur in den Zeiten des Sturmes und Dranges, sondern auch in den Zeiten der positiven Arbeit immer auf der Höhe gestanden hat und stehen wird. In diesem Sinne begrüße ich Ihren Parteitag und wünsche Ihren Verhandlungen den besten Erfolg.

Stein-Wien (tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei Oesterreichs): Sehr verehrte Parteigenossen und Genossinnen, als eine Art Verkörperung des österreichischen Jammers komme ich hierher als Vertreter der von der Not der Verhältnisse geschaffenen politischen Organisationen der zentralistischen internationalen tschechischen Sozialdemokratie Oesterreichs. Ich bin nicht hierher gekommen, um Klagen zu erheben, denn zum Klagen fühlen wir uns viel zu stark, da wir auf den Beschlüssen des Kopenhagener Kongresses und den bewährten sozialistischen Prinzipien fußen. Wir sind auch nicht hierher gekommen, um irgendwelchen Sentimentalitäten nachzugehen, sondern Ihnen zu sagen, daß wir aus Ihren Verhandlungen, aus der Geschichte Ihrer Partei neue Kraft schöpfen und mit Leidenschaftlichkeit und Ausdauer den schweren, leidvollen Kampf für die Erhaltung der einheitlichen internationalen gewerkschaftlichen Organisationen in Oesterreich führen wollen, und uns bemühen, soviel an uns liegt, eine einheitliche Partei in Oesterreich zu erreichen. Wir hoffen, daß wir aus den Verhandlungen Ihres Parteitages, der nicht bloß eine der jährlichen Revuen der deutschen Sozialdemokratie, sondern die Einleitung eines triumphalen Wahlfeldzuges werden soll, wiederum neue Anregungen und neuen Mut gewinnen werden.

In diesem Sinne begrüße ich Ihren Parteitag und wünsche Ihnen besten Verlauf. (Lebhaftes Bravo!)

Dr. Adler-Wien (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Im Namen der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich begrüße ich Sie. Sie sind zu diesem Parteitag zusammengetreten in einem geschichtlich entscheidenden Moment, in einer Zeit der größten Erregung, in einer Zeit, wo alle Interessen unseres Lebens auf dem Spiel stehen, wo jeder Nerv in uns auf das größte gespannt ist. Wir haben eine herrliche Kultur! In diesem Moment ist unser großes herrliches Deutschland, sind unsere großen herrlichen Reiche in ganz Europa bedroht von Krieg, Hungersnot und Pestilenz, als ob noch alles so wäre, wie vor vielen hundert Jahren. Wir haben alle die Empfindung, daß mit der Abnahme der Fähigkeit der herrschenden Klassen, die Welt zu beherrschen, das Proletariat die Fähigkeit gewinnen muß, entscheidend einzugreifen. Wir haben alle das Bewußtsein, daß der eigentlich wichtige geschichtliche Prozeß dort vorgeht, wo das Proletariat in allen Ländern langsam, langsam, aber mit wachsender Stärke und Intensität Kraft ansammelt, um die Geschicke der Welt in die Hand zu nehmen. Die heute herrschen, stehen, obwohl sie alle Macht in Händen haben, der Hungersnot wehrlos gegenüber und ebenso dem Kriege, wir wissen nicht in diesem Moment, ob sie ihn werden hindern können. Parteigenossen, Sie haben wohl alle mit mir das Gefühl, daß dieser Parteitag, der die beste Kraft des deutschen Volkes repräsentiert, die unsere Hoffnung, die unsere Zukunft ist, daß dieser Parteitag, indem er die Arbeit vorbereitet, die der Macht des Proletariats einen kräftigen politischen Ausdruck geben soll, das Wichtigste vollziehen wird, was heute zu tun ist. — Ich komme aus Oesterreich, aus dem Lande der tragischen nationalen Konflikte, und wenn Sie hier einen kleinen Ausschnitt davon zu hören bekommen haben, so bitte ich Sie, nicht allzu weitgehende Schlüsse aus diesen Konflikten zu ziehen. Parteigenossen, wir deutsche Sozialdemokraten in Oesterreich, die von Euch getrennt sind nur durch die Grenze, durch sonst aber gar nichts, die mit Euch geboren wurden, die mit Euch gewachsen sind, haben wohl das schwerste und komplizierteste Geschäft, das je einer Sozialdemokratie zugedacht war. Ich bin darin mit meinem Vorredner einverstanden, daß hier nicht der Ort ist, um unsere Schmerzen vor Sie zu bringen, um Fragen zur Entscheidung, auch nur zur Beurteilung zu bringen, an denen wir uns jahraus, jahrein abplagen müssen. Das eine Wort möchte ich Ihnen aber doch sagen: Wenn es sich in dem Kampfe, der sich leider innerhalb und zwischen den einzelnen nationalen Organisationen in Oesterreich nunmehr entsponnen hat, nur um die nationalen Forderungen handeln würde, die Ihnen Genosse Soukop entwickelt hat, das Recht des tschechischen Proletariats auf tschechische Schulen, auf tschechisches Amt, dann würde dieser Konflikt nicht existieren. (Vielfaches Sehr richtig!) Mehr will ich darüber nicht sagen. (Bravo!) Wir haben den Kampf bei uns auszufechten, und seien Sie überzeugt, wir fühlen die Kraft in uns, trotz dieser Widerwärtigkeiten und trotz dieser furchtbaren Konflikte die Verantwortung voll zu tragen für die Geschicke des Proletariats aller Zungen in Oesterreich. (Bravo!)

Und nun lassen Sie mich Ihnen kurz danken für die Hilfe, die Sie uns wieder bei den letzten Wahlen haben angedeihen lassen, wie Sie es ja immer getan haben, und wie Sie es hoffentlich auch wieder tun werden. (Heiterkeit.) Man kann nicht vorsichtig genug sein. (Erneute Heiterkeit.) Sie wissen, wir haben einen schweren Wahlkampf geführt, ungefähr unter denselben Verhältnissen, wie Sie das letztemal. Auch haben wir so was wie einen blauschwarzen Block gehabt, nur wissen Sie, in Oesterreich sind die Blöcke nicht so fest, wie bei Euch. (Heiterkeit.) Und wenn wir

auch in den Industriegegenden, in den Sudetenländern sehr ernst damit zu rechnen hatten, daß die Klassengegensätze sich endlich in einem Grade zugespitzt haben, daß darüber selbst die österreichische Gemütlichkeit Gott sei Dank zum Teufel gegangen ist (Heiterkeit und Sehr gut!) —, wenn wir also da Mandate verloren, allerdings zugleich unsere Stimmenzahl ansehnlich vermehrt haben, so haben wir, wie Sie wissen, in Wien einen Teil dieses schwarzblauen Blocks, wenigstens den schwarzen Teil davon (Heiterkeit), ordentlich besiegt. (Bravo!) Wenn das liberale Bürgertum auch mit davon profitiert hat — das ist ja immer so, die Arbeit machen wir —, so war es doch kein Kompromiß, wie ich den Genossen sagen möchte, die sich noch darüber im Zweifel befinden. Es war keine Abmachung, es wurden keine Bedingungen gestellt, wir haben kein Wort geredet, sondern wir haben, ohne ein Wort mit denen zu sprechen, die davon profitiert haben, daß wir so stark wurden, die zum Teufel gejagt, die uns am zuwidersten waren. (Sehr gut!)

Nun, Parteigenossen, möchte ich aber nicht, daß das Bild von Euch allzusehr überschätzt wird. Ein guter Teil vom Bürgertum, das mit uns da gesiegt hat gegen die Klerikalen, ist bereit, mit den Klerikalen wieder uns zu besiegen (Hört! hört!), und Sie dürfen sich darunter nicht etwa den strammen Liberalismus im alten Sinne vorstellen. Das wissen wir ganz genau, es ist eine Schicht, die bereit ist, zu jedem Verrat an ihren angeblich heiligsten Gütern zu jeder Stunde. (Zuruf: Ganz wie bei uns.) Das hindert uns nicht, gegen diejenigen, die die Allmacht hatten, die die politische Gewalt hatten und mißbrauchten, loszugehen. Aber die Feinde unserer Feinde — das will ich hier ausgesprochen haben — sind noch lange nicht unsere Freunde. (Sehr gut!) Ich sage Ihnen das, damit Sie unsere nächsten Wahlen, die vielleicht sehr bald kommen können, verstehen. Wenn es wieder dazu kommt, dann werden die jetzigen Sieger — sie heißen sich Nationalverband, was Ihnen ja auch so ein bißchen vertraut klingen mag (Heiterkeit) — der Feind, der Klassenfeind, der konsolidierte Klassenfeind, der von Tag zu Tag mehr bewußte Klassenfeind des Proletariats sein. Dieser Kampf steht vor uns, diesen Kampf werden wir zu führen haben, und wir müssen ihn führen in einer Zeit, wo nächst der Kriegsgefahr die furchtbarste Not heute schon — ich weiß nicht, wie es in Deutschland ist — aber bei uns in Oesterreich heute schon in jeder Familie sich geltend macht, in einem Grade, wie wir, soweit ich zurückdenken kann, nicht erlebt haben. (Bewegung.) Demgegenüber natürlich steht, genau wie bei Euch, die agrarische Festigkeit der Grundsätze, die, mag auch alles verhungern, auch noch kein Schwein hereinlassen will (Hört! hört!), und steht Ohnmacht und Schwäche der Regierungen. Und so steht wahrscheinlich bevor, daß nächst der großen Erregung, die der Hunger mit sich bringen muß, das Proletariat gezwungen sein wird, da man ihm billige Lebensmittel nicht verschaffen kann, den Kampf um höhere Löhne mit um so größerer Intensität zu führen. Das steht uns bevor; wie weit es für Deutschland zutrifft, weiß ich nicht. Und nun werden Sie begreifen, Parteigenossen, mit welchem Schmerz wir gerade in diesem Moment organisatorische Schwierigkeiten in unserer gewerkschaftlichen Organisation sehen, nun werden Sie begreifen, was für uns in diesem Moment mehr wie je die Einheit der Gewerkschaft bedeutet, die Frage, um die sich heute alles in der Arbeiterschaft Oesterreichs dreht. (Lebhafter Beifall.)

Und nun will ich Sie nicht länger aufhalten. Ich wünsche Ihnen Glück zu Ihrer Arbeit, ich wünsche Ihnen Glück zu dem neuen großen Kampf, der Ihnen bevorsteht, und ich wünsche uns, daß wir so wie von je so auch ferner in engster Solidarität und Freundschaft bleiben mit der von uns so geliebten deutschen Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.)

Axelrod (Vertreter des Auslandskomitees der russischen Sozialdemokratie): Werte Genossen und Genossinnen! Im Auftrage der ausländischen Zentralbehörde der sozialdemokratischen Partei Rußlands überbringe ich Ihnen die herzlichsten Grüße und Glückwünsche zu Ihren Beratungen und zu Ihrem bevorstehenden Wahlkampf. (Bravo.) Gleichzeitig habe ich Ihnen zu danken für die Lehren, die Sie uns bis jetzt erteilt haben, wenn wir sie auch — das muß ich offen gestehen — nicht immer voll in die Praxis umgesetzt haben. Die deutsche Sozialdemokratie war seit jeher unsere Lehrmeisterin, in gewissem Sinne verdankt ihr unsere Partei selbst ihr Dasein. Das ist keine Uebertreibung. Aber in der neuesten Phase der Entwickelung unserer Partei müssen wir erst recht von der deutschen Sozialdemokratie lernen, und zwar in noch viel höherem Grade als früher. In der vorrevolutionären Periode konnte die Entwickelung unserer Partei vor sich gehen, wenn wir uns auch die allgemeinen Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus aneigneten und in primitiver Weise in unserer Praxis sie anwendeten. Nun sind wir in eine Periode eingetreten, wo wir unsere Praxis konsequent und nach allen Richtungen hin auf der Praxis der taktischen Grundsätze der internationalen Sozialdemokratie aufbauen müssen. Und in dieser Beziehung ist ja gerade die deutsche Sozialdemokratie vorbildlich.

Vielleicht wird mancher von Ihnen denken: Was für eine neue Phase macht denn die russische Sozialdemokratie jetzt durch, die Bewegung ist ja halb tot? Dem gegenüber betone ich, daß gerade unter dem konterrevolutionären Regiment unsere Partei große Fortschritte gemacht hat. Nach außen treten sie allerdings nicht in großen, blendenden Tatsachen und Ereignissen hervor. Aber sie sind doch von großer prinzipieller Bedeutung. Die konterrevolutionäre Periode ist zugleich eine Uebergangsperiode in der Entwickelung der russischen Sozialdemokratie; sie trennt zwei von Grund aus verschiedene Epochen in der Entwickelung unserer Partei. In der ersten Epoche, die ihrem Ende naht, war das russische Proletariat geistig, kulturell und politisch noch so rückständig und zu ihrem Beginn numerisch so schwach, daß sogar seine Existenz, als die einer selbständigen Klasse mit sonderen Interessen von der revolutionären Intelligenz geleugnet wurde. Und es mußte noch theoretisch bewiesen werden, daß auch in Rußland die Arbeiter schon eine besondere Klasse bilden, die eine große historische Mission sogar in unserer bürgerlichen Revolution zu erfüllen hat. Es fehlten überhaupt noch die historischen Vorbedingungen für die Bildung einer lebensfähigen wirklichen Arbeiterpartei. Der eigentliche Träger der russischen sozialdemokratischen Bewegung war die revolutionäre Intelligenz, und die russische Sozialdemokratie war eine Organisation dieser Intelligenz für die Propaganda und Agitation unter den Arbeitern. Die Arbeiter selbst aber waren nur das Objekt der Erziehung und Bevormundung seitens der sozialdemokratischen Intelligenz.

Die Revolution gab einen mächtigen Anstoß der geistigen und politischen Entwickelung des russischen Proletariats, sie rief auch ins Leben die notwendigsten objektiven Voraussetzungen für die Bildung einer wirklichen Arbeiterpartei in Rußland. Und die langjährige Tätigkeit der sozialdemokratischen Intelligenz hatte ihrerseits zur Folge, daß die im Sterben begriffene Epoche der Entwickelung unserer Partei der konterrevolutionären Periode ziemlich weite Kreise vom sozialdemokratischen Geiste erfüllter Arbeiter als Erbschaft hinterlassen hat. Die Elite dieser Arbeiterkreise ist es nun, die in der konterrevolutionären Periode alle ihre Kräfte darauf konzentrierte, die Errungenschaften der Revolution — unter dem schrecklichen Druck eines brutalen reaktionären Regierungssystems — zur Entwickelung der organisatorischen und politischen Selbstbetätigung ihrer Klasse auszu-

nutzen. Auf diese Weise bereitet sich jetzt eine neue Epoche im historischen Leben der russischen Sozialdemokratie vor, aus einer revolutionären Organisation der Intelligenz wird sie sich bald in eine wirkliche Klassenorganisation des Proletariats umwandeln.

Unsere Partei ist jetzt allerdings desorganisiert und das wirkt auch dezentralisierend auf unsere gesamte Arbeiterbewegung. Und es ist leider nicht nur die brutale Macht der konterrevolutionären Regierung daran schuld, auch unsere Partei selbst ist dafür mehr oder weniger verantwortlich. Nicht etwa in dem Sinne, daß rein persönliche Momente die Hauptwurzel der Schwäche unserer Partei im gegenwärtigen Moment sind. Sie liegen tiefer — nämlich in den früheren Entwickelungsbedingungen der russischen Sozialdemokratie. Die Epoche ihrer langjährigen Entwickelung auf einen historischen Boden, welcher nicht vorbereitet war für eine wirklich proletarische sozialdemokratische Bewegung, hinterließ uns nicht nur eine positive, sondern auch eine negative Erbschaft, nämlich gewisse Traditionen, taktische und organisatorische Gewohnheiten, die im unversöhnlichen Gegensatz zu den neuen Aufgaben und Bedürfnissen der Partei und der Arbeiterbewegung stehen. In diesem Gegensatz wurzeln unsere inneren Streitigkeiten und Wirren, welche ein so großes Hindernis zur Vereinheitlichung der zersplitterten Elemente unserer Arbeiterbewegung sind.

Um Ihre Zeit nicht länger in Anspruch zu nehmen, muß ich der Versuchung widerstehen, Ihnen Tatsachen vorzuführen, in welchen die bedeutenden, epochemachenden Fortschritte unserer sozialdemokratischen Arbeiterbewegung unter dem konterrevolutionären Regime am deutlichsten sich äußern. Ich kann nur mit Sicherheit sagen, daß die Zeit, wo die russische Sozialdemokratie als eine wirkliche Arbeiterpartei auf der politischen Arena aufmarschieren wird, nicht mehr fern ist. In wenigen Jahren wird unsere sozialdemokratische Arbeiterschaft als eine selbständige politische Macht einen ehrenvollen Platz in den Reihen der internationalen Sozialdemokratie einnehmen. Und um zur Lösung der Aufgaben, die mit dieser Umwandlung organisch verbunden sind, zu gelangen, müssen wir viel gründlicher als früher Ihre Taktik verfolgen — entsprechend unseren Verhältnissen. Wenn Sie noch dazu in Betracht ziehen, daß auch wir bald einen Wahlkampf haben werden, daß die Neubelebung der Streikbewegung und eine Reihe anderer Erscheinungen auf eine herannahende neue revolutionäre Periode hindeuten, so werden Sie wohl begreifen, welche spezielle Bedeutung für uns Eure jetzigen Beratungen haben. Ich begrüße Sie zum Schluß nochmals und wünsche Ihnen beste Erfolge.

Bracke-Frankreich: Es ist nicht das erstemal, daß ich die Freude genieße, der deutschen Sozialdemokratie den brüderlichen Gruß der französischen Sozialisten zu überbringen. Manches Gesicht sehe ich hier wieder, das ich schon in Lübeck kennen gelernt habe, als noch der unvergeßliche Singer den Vorsitz führte. Ein besonderes Glück aber ist es für mich, der Bote Ihrer Brüder aus Frankreich hier in Jena zu sein, wo nun zum zweiten Male der Parteitag stattfindet. Im Jahre 1905 zeigten Sie dem internationalen Proletariat, wie der Begriff des Massenstreiks aus dem Reiche anarchistischer Träume auf den Boden der Tatsachen zu übertragen ist, so daß daraus eine zweckmäßige Waffe im Kampfe um die politische Macht wird. Der heutige Parteitag findet vor den Wahlen statt, in einer Zeit auswärtiger Verwickelungen. Da muß das Proletariat der verschiedenen Völker gegen den Imperialismus im Interesse des Weltfriedens protestieren. Gegenüber den Kapitalisten und ihren Interessen, die sich in der Marokkofrage um den Profit streiten, bin ich beauftragt, Ihnen zu sagen, daß das französische

Proletariat mit dem deutschen Proletariat durch die intimsten Solidaritätsgefühle verbunden ist. (Lebhafter Beifall.) Es weiß sich eins mit dem deutschen Proletariat und mit der ganzen Internationale, mit der ganzen Arbeiterpartei. (Erneuter Beifall.) Wir werden mit Ihnen allen zusammen arbeiten, um die kapitalistische Festung zu sprengen und damit für immer die Gefahr der Konflikte und der Kriege zu beseitigen. Glück auf denn! Hoch der Parteitag! Hoch die deutsche Sozialdemokratie! Hoch die internationale Arbeiterpartei! (Stürmischer Beifall.)

Quelch-London: Ich komme hierher, um Euch die brüderlichen Grüße der sozialdemokratischen Partei Großbritanniens zu überbringen, um Euch deren Mitgefühl und Teilnahme bei der gewaltigen Aufgabe, die Ihr zu leisten habt, auszusprechen, sowie die tiefe Bewunderung für die Arbeit, die Ihr schon geleistet habt. Wir in England haben unsere eigene, besondere Arbeit zu leisten, unsere eigenen, speziellen Schwierigkeiten zu bekämpfen und zu überwinden, und unsere eigenen Aufgaben in der internationalen Bewegung. Wir sehen aber mit Stolz und Befriedigung die großartigen Fortschritte und Leistungen unserer deutschen Brüder, an deren Siegen wir uns freuen, deren Niederlagen wir beklagen, und deren Verluste wir betrauern. Wir sind uns dessen, was wir unseren deutschen Genossen verdanken, wohl bewußt, des Beleuchtens und der Führung, die sie uns verliehen haben. Die Namen von Marx und Engels sind unter englischen Sozialdemokraten wenigstens ebenso bekannt und hochgeschätzt als unter deutschen. Wir erinnern uns mit Stolz daran, daß sie als wahre Internationale, Vaterlandslose ein Heim und eine Zufluchtsstätte in England gefunden haben und in England ebensoviel für ihre monumentale Arbeit sich aneigneten als von dem Lande ihrer Geburt. Auch uns hat der Tod unseres unvergeßlichen Paul Singer schwer betroffen.

Ihr versammelt Euch hier zu einem Zeitpunkt, der für die internationale Sozialdemokratie äußerst wichtig ist. Es hat Krisen gegeben, Gerüchte und Vorahnungen von Konflikten zwischen den Großmächten Europas. Die geheime Diplomatie und die kapitalistischen Interessen haben die Beziehungen der Großmächte zueinander getrübt. Ich erkläre hier möglichst nachdrücklich im Namen der sozialdemokratischen Partei Englands, daß wir mit Euch vollkommen einig sind in der Verurteilung dieser geheimen Diplomatie und dieser kapitalistischen Interessen. Wir erklären, daß keiner der Streitpunkte einen Gegenstand des Zankes im internationalen Proletariat bilden kann, daß nichts auf dem Spiele steht, was des Blutes eines einzigen deutschen, französischen oder englischen Proletariers wert ist. (Lebhafter Beifall.)

Eine solche Zusicherung unsererseits sollte angesichts unserer bisherigen Tätigkeit kaum nötig sein; angesichts der Hartnäckigkeit, mit der wir den Chauvinismus und Imperialismus in England von jeher bekämpfen, angesichts unserer Agitation gegen den Burenkrieg und der Unterstützung, die wir der nationalistischen Bewegung in Indien und Aegypten immer zuteil werden lassen. Diese Zusicherung scheint aber geboten infolge von Mißverständnissen und Mißdeutungen einer auf unserer Jahreskonferenz angenommenen Resolution. Jene Resolution wurde von unseren Feinden und auch von einigen Freunden so aufgefaßt, als stellten wir uns damit im Falle irgendwelcher Streitfragen zwischen den europäischen Mächten an die Seite der Chauvinisten und Imperialisten. Das Gegenteil ist richtig. Die Resolution sprach sich ausdrücklich gegen den Imperialismus und Militarismus sowie gegen die Ausdehnung der Rüstungen aus. Sie tat dies, während sie die Notwendigkeit anerkannte, unter den obwaltenden Umständen eine für die nationale Verteidigung ausreichende Flotte zu erhalten.

Dadurch ist unsere Erklärung gegen den Imperialismus und die Rüstungen nach unserer Ansicht nicht abgeschwächt, sondern vielmehr gestärkt worden. Wir als Sozialdemokraten sind weder Antinationalisten noch Imperialisten, sondern Internationalisten. Wir glauben an die nationale Autonomie und an die internationale Föderation. Während wir daher bereit waren, selbst bei beträchtlicher persönlicher Gefahr das Recht der Buren geltend zu machen, für die Verteidigung ihrer Autonomie zu rüsten und zu kämpfen, konnten wir vernünftigerweise dasselbe Recht England nicht verweigern noch irgendeiner anderen Nation. Wir wollten aber nicht etwa der herrschenden Klasse Großbritanniens unsere Unterstützung bei irgendeinem Streitpunkt zusagen, den sie mit der herrschenden Klasse eines anderen Landes haben mag. Wir betrachten Britannien als eine Seeräubermacht, die mit Beute übersättigt ist, und die ängstlich bemüht ist, irgendeinen Teil ihrer mit Unrecht erworbenen Güter zu verlieren, und die durch diese Angst in die schädlichsten Bündnisse mit dem reaktionären Despotismus hineingetrieben wird. Das britische Proletariat hat kein Interesse daran, der herrschenden Klasse Britanniens das Eigentum an dieser Beute zu bewahren und diese schädlichen Bündnisse zu verteidigen. Es gibt keinen Sozialdemokraten in England, der einen Finger erheben oder einen Groschen bewilligen würde, um die Integrität des mit Blut und Verrat gefestigten britischen Reiches aufrecht zu erhalten. Wenn das ganze Proletariat Großbritanniens von diesen Gefühlen beseelt wäre, so wäre ein Krieg infolge dieser Konflikte absolut unmöglich. Wie die Sache nun aber liegt, sind wir eine Minorität. Wir können nur alles tun, was in unserer Macht steht, um dem Volke die Wahrheit einzuschärfen, daß kein wahrer Grund für irgendwelchen Hader zwischen den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder vorhanden ist. Ihre Interessen sind die gleichen. Der Feind ist nicht in irgendeiner anderen Rasse oder Nation zu erblicken, sondern im internationalen Kapitalismus. In dieser Propaganda haben wir die allgemeine Zustimmung unserer Arbeiterklasse gewonnen, in der Theorie, wenn nicht in der Praxis, und wenigstens mit dem Resultat, daß die vor kurzem gehaltene kriegerische Rede unseres „pazifistischen" Schatzkanzlers Lloyd George fast allgemeine Verurteilung fand außerhalb der chauvinistischen und imperialistischen Kreise.

Jedenfalls dürfen sich die deutschen Genossen auf die britischen Sozialdemokraten verlassen. Bei irgendwelchen internationalen Komplikationen werden sie ihre Pflicht erfüllen und alles tun, was in ihrer Macht steht, um den Frieden zu sichern. Ich persönlich bedauere, daß wir während dieser Krise keine Gelegenheit hatten, mit Euren Vertretern die Lage zu besprechen und gemeinsame Maßnahmen zu beschließen. Ein europäischer Krieg wäre das größte Unglück für die Arbeiterklasse und die internationale Sozialdemokratie. Keine Anstrengung unserseits sollte gespart werden, um ein solches Unheil abzuwenden. In der Zuversicht, daß Ihr von denselben Gefühlen durchdrungen seid und von derselben Hoffnung für die Zukunft beseelt seid, danke ich Euch für die freundliche Aufnahme hier und beglückwünsche Euch zu Eurem Parteitag. Ich wünsche der großen deutschen Sozialdemokratie den besten Erfolg für ihre Arbeiten für das deutsche Volk und für die internationale Sozialdemokratie. Es lebe die Internationale! (Lebhafter Beifall.)

Ankersmit (Vertreter der holländischen Partei): Werte Genossen! Bei der langen Reihe der Gäste, die der deutschen Mutterpartei ihre Aufwartung machen, glaube ich in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich mich kurz fasse. Ich möchte also nur das große Interesse, das die holländische sozialdemokratische Partei der deutschen Sozialdemokratie immer bewiesen hat, hier bekunden und als Ausdruck dafür andeuten, daß meine Partei mich hierhergeschickt hat, um Ihren Verhandlungen beizuwohnen und darüber unseren Arbeitern Bericht zu erstatten, die jederzeit den Verhandlungen der deutschen Partei und ihrer Parteitage mit größter Gespanntheit folgen. Ich möchte Ihnen einen guten Parteitag wünschen, nicht nur für Ihre eigene Partei, sondern für die ganze Internationale. (Lebhafter Beifall.)

Vandervelde (Vertreter der belgischen Partei, spricht französisch, seine Ausführungen werden von der Genossin Zetkin übersetzt): Genossinnen und Genossen! Als Delegierter der sozialistischen Arbeiterpartei Belgiens überbringe ich die Grüße des belgischen Proletariats. In der Armée der internationalen Sozialdemokratie repräsentiert Belgien nur ein verhältnismäßig kleines Land, aber innerhalb dieses Landes ist die sozialdemokratische Arbeiterpartei bemüht, immer mehr an Kraft und Stärke zu gewinnen, und bei diesem Bemühen zur äußeren und inneren Entwickelung hat die belgische Sozialdemokratie, haben die belgischen Gewerkschaften, Anlehnung, Anfeuerung und Nachahmung suchend, immer nach Deutschland hinübergeblickt. Sie sind vor allem erfüllt von Bewunderung für die festgefügte einheitliche Organisation, welche die Bewegung der deutschen kämpfenden Arbeiterklasse kennzeichnet. Sie sind auch erfüllt von Bewunderung für die freigewollte und angenommene Disziplin, mit welcher die von den Organisationen gegebenen Richtlinien befolgt werden. Und sie sind weiter von Bewunderung erfüllt für die unwiderstehliche Energie, mit welcher das deutsche Proletariat seine Ueberzeugungen aus der Theorie in die Praxis umgesetzt hat. Von diesen Gedankengängen geleitet sind erst kürzlich Delegationen der belgischen Arbeiterpartei und der belgischen Gewerkschaften in Deutschland gewesen, und sie haben nach ihrem Heimatlande zurückgebracht eine reiche Ernte von neuen Erkenntnissen und praktischen Erfahrungen, die unzweifelhaft ihren befruchtenden Wert für die politische und gewerkschaftliche Entwickelung in Belgien haben werden.

Ich bin nicht nur hergekommen, um den Ausdruck brüderlicher Sympathie und höchster Anerkennung für die deutsche Sozialdemokratie hierher zu bringen, sondern ich bin auch hergekommen, um von Ihren Beratungen und Ihren Beschlüssen neue Anregungen, neue Kenntnisse, neue Erfahrungen zu gewinnen und mit nach Hause zu nehmen. Ich habe die Ueberzeugung, daß die Beratungen, daß das Werk dieses Parteitages über die Grenzen Deutschlands hinaus auch auf die Entwickelung in Belgien von Einfluß sein wird, wo die Sozialdemokratie, das organisierte Proletariat, ebenfalls dem organisierten Kapitalismus im Kampfe gegenübersteht, einem Kapitalismus, der um so gefährlicher ist, als er sich einstweilen noch mit schönen prinzipiellen Phrasen zu schmücken vermag, und der auch deshalb um so gefährlicher ist, weil er nicht ein Proletariat sich gegenüber hat, das sich der Schule und Kenntnisse der deutschen Arbeiter zu erfreuen hat, sondern das infolge der Rückständigkeit der Schulverhältnisse in Belgien, der Aufklärung und Organisation durch die Sozialdemokratie große Schwierigkeiten entgegensetzt.

Die deutsche Sozialdemokratie schickt sich gegenwärtig an, dem Kapitalismus im Deutschen Reiche bei den nächsten Wahlen einen Riesenkampf ohnegleichen, eine Entscheidungsschlacht zu liefern; ich bin überzeugt, daß in diesem Kampfe die Solidarität des belgischen Volkes mit dem deutschen sich bewähren wird. Ich wünsche dem deutschen Parteitag zu seinen Arbeiten und zu seinen Beschlüssen im Hinblick auf den sicheren Erfolg des bevorstehenden Riesenkampfes viel Glück. (Lebhafter Beifall.)

Topalowic (Vertreter für Serbien und Bosnien): Ich komme weit von hier, aus den Balkanländern. Es ist zum erstenmal der Fall, daß ein Orientale auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie erscheint. Schon

dies ist ein Zeichen dafür, daß sich auf dem Balkan neue Kraft entwickelt hat, daß die sozialistische Internationale in eine neue Festung tief eingedrungen ist. Die Idee des Sozialismus hat auf dem Balkan einen so festen Boden gefunden, daß ihre Träger heute freudig und würdig ihren älteren Brüdern die Hände drücken können. (Bravo!) Es ist Ihnen bekannt, daß die Balkanhalbinsel politisch zerspalten ist. So hat die europäische Diplomatie die Dinge eingerichtet, um jeden Teil unfähig zum selbständigen Leben zu machen, aber fähig, um Pandurendienste den verschiedenen Großmächten zu leisten. Selbst auf die Gefahr, der hohen Diplomatie verhaßt zu werden, beachten wir Sozialdemokraten diesen Statusquo gar nicht. Wir haben auf Grundlage derselben ökonomischen Entwickelung, derselben politischen und ökonomischen Bedürfnisse eine sozialistische Einheit im Balkan geschaffen, und es ist unseren gemeinsamen Bemühungen überall gelungen, die größten Fortschritte zu machen. In dem durch den Klerikalismus verseuchten Kroatien zählen wir heute bis zehntausend gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiter. (Bravo!) In dem Kolonialgebiet Bosnien und der Herzegowina scharen sich um die Fahne der Sozialdemokratie über zehntausend Arbeiter und Arbeiterinnen. (Bravo!) Derselbe Fall ist in Griechenland. In Serbien zählen unsere Organisationen über 20 000 Mitglieder. In Bulgarien haben die sozialdemokratischen Kandidaten bei den letzten Parlamentswahlen 40 000 Stimmen auf sich vereinigt. (Bravo!) Eine rege Bewegung besteht auch in Rumänien, wo das wilde junkerliche Regiment von dem russischen Zaren gelernt hat, wie man die proletarische Bewegung behandeln soll. Auch in der Türkei gibt es zurzeit etwa 50 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und in allen Städten sind lokale sozialistische Gruppen gegründet. Das jungtürkische Militärregiment unterdrückt mit eiserner Faust jede politische Betätigung im Lande überhaupt. Aber trotzdem ist es uns durch die mühsame Geheimarbeit, die Anfertigung von Zeitungen und Flugschriften auf dem Boden von Serbien und Bulgarien gelungen, auch in der Türkei überall vorwärts zu dringen. Wie Sie aus diesen Angaben sehen, sind die ersten 150 000 Sozialdemokraten im Balkan schon da. Und gelingt es unseren Bemühungen, auch in der Türkei, wo zurzeit über eine Million Arbeiter unter dem Joche des Kapitalismus fronden, eine einheitliche Partei zu gründen, so seien Sie sicher, die Lösung der Orientfrage wird nicht im Sinne des russischen Absolutismus, nicht im Sinne des europäischen Großkapitalismus erfolgen, sondern im Sinne des revolutionären Sozialismus. (Bravo!) Unsere Zukunft liegt in der wirtschaftlichen Entwickelung unserer Gegenden. Wir leiden nicht nur unter dem Druck des einheimischen Kapitalismus, sondern auch unter den kolonialpolitischen Maßnahmen der europäischen kapitalistischen Großmächte. (Hört! hört!) Nicht nur, daß dadurch die schnelle wirtschaftliche Entwickelung unserer Gegenden gewaltig gehemmt wird, sondern unsere Länder stehen immer in Gefahr, von dem großen kapitalistischen Ungeheuer verschlungen zu werden. In Zukunftsausblicken haben wir nur einen Beschützer in der Welt: das ist der prinzipielle Gegner jeder Kolonialpolitik und jeder Unterdrückung, das ist das sozialistisch geschulte internationale Proletariat. (Bravo!) Wir sind Ihnen dankbar als unserem Lehrer in der Gegenwart, denn unsere ganze politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Bewegung, unsere Presse, unsere Literatur ist nur ein Abbild von dem, das wir bei Ihnen gefunden haben. Wir sind Ihnen aber auch dankbar als unserem Beschützer in der Zukunft. Wir werden Ihnen dadurch danken, daß wir auch den letzten Mann in die Reihen der Klassenkämpfer einführen werden. Wir werden Ihnen dadurch danken, daß wir alles tun, was die sozialistische Internationale, was der Generalstab der nächsten sozialen Revolution von uns fordert. Wenn unsere Patrioten, unsere Nationalisten kriegslustig sind, so sind wir Sozialdemokraten revolutionslustig. Sollte die große Tat der Befreiung des Proletariats zur Wahrheit werden, bevor wir nach dem Grade der ökonomischen Entwickelung imstande sind, tätig mitzuwirken, so seien Sie sicher: Wir werden nicht bloß im Geiste mit Ihnen gemeinsam sein, wir werden, uns als Ihre Vorposten betrachtend, die Grenzen der jungen sozialen Republik überwachen und werden alles, was wir haben, zu ihrem Gelingen einsetzen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dietz: Ich glaube im Sinne des Parteitages zu handeln, wenn ich unseren Gästen den Dank ausspreche für die herzlichen Glückwünsche, die sie uns überbracht haben. Wir wollen hoffen, daß die Wünsche und Erwartungen, die sie auf die deutsche Sozialdemokratie gesetzt haben, in Erfüllung gehen werden. (Bravo!)

Der Parteitag tritt hierauf in die Tagesordnung ein:

Geschäftsbericht des Parteivorstandes.

Berichterstatter H. Müller-Berlin: Werte Genossinnen und Genossen! Es ist mir nicht möglich, auf jedes einzelne Kapitel des gedruckten Berichts einzugehen. Ich will mich vielmehr auf eine Reihe von Ergänzungen beschränken, da ich ja außerdem noch die Aufgabe habe, die Angriffe zu widerlegen, die in letzter Zeit gegen den Parteivorstand erfolgt sind. Aus dem gedruckten Berichte ersehen Sie, daß das lebhafte politische Treiben des verflossenen Jahres den günstigsten Einfluß auf die Organisationsverhältnisse und die Agitation in der Partei gehabt hat. Wir haben in diesem Jahre einen außerordentlich starken Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Während im Jahre 1907 nur 16,5 Proz. unserer Wähler organisiert waren, ist die Zahl diesmal auf 25,6 Proz. emporgeschnellt. Es darf freilich nicht vergessen werden, daß in dieser Zeit die Frauenbewegung einen großartigen Aufschwung genommen hat, daß also, wenn wir nur die Männer in Parallele ziehen, der Prozentsatz kein so großer ist. Aufgabe der kommenden Wahlagitation wird es sein, dafür zu sorgen, daß die Zahl der neuen Mitglieder so groß wird, daß das Prozentverhältnis zu den Wählern weiter in diesem Maße steigt. Wir müssen auf die Million organisierter Genossen kommen. Die 163 438, die noch daran fehlen, müssen bei den kommenden Kämpfen für die Partei gewonnen werden. (Bravo!) Neben der Frauenbewegung hat insbesondere die Jugendbewegung einen großartigen Aufschwung genommen. Das Nähere ersehen Sie aus dem Bericht der Zentralstelle der arbeitenden Jugend Deutschlands, der eine Reihe wichtiger Einzelheiten enthält und neue Ziffern über den Stand der Bewegung bringt. Die Jugendbewegung der deutschen Sozialdemokratie ist noch verhältnismäßig jungen Datums. Erst der Nürnberger Parteitag hat sich damit befaßt, und wir haben in diesen drei Jahren Erfolge erreicht, wie sie selbst viele Optimisten damals nicht erwartet hatten. (Sehr richtig!) Allerdings haben wir durch unsere Tätigkeit auch die Gegner der proletarischen Jugendbewegung mobil gemacht. Alle jene Faktoren, die, bevor wir uns um die Jugend kümmerten, für die Arbeiterjugend nichts übrig hatten, werden jetzt aufgeboten gegen die Arbeiterjugend und geben Mittel her für die Bekämpfung der sozialdemokratischen Jugendbewegung. Ja selbst das preußische Dreiklassenhaus hat eine Million Mark zur Verfügung gestellt, damit die staatlich organisierte Jugendpflege unserer Jugendbewegung entgegenarbeiten kann. Selbstverständlich werden wir uns dadurch nur anspornen lassen, noch mehr zu tun für die Aufklärung und Ausbildung der Arbeiterjugend. (Bravo!) Wir haben die Aufgabe, nicht nur die Lücken auszufüllen, die die Schul-

bildung der Arbeiterjugend, die die Armenschule durchlaufen hat, enthält, sondern wir haben auch die Aufgabe, jene Schulweisheit zu korrigieren, die auf geschichtlichem und auf naturwissenschaftlichem Boden der Jugend in der heutigen Schule eingepflanzt wird. Wir haben selbstverständlich unsere Tätigkeit genau den Gesetzen angepaßt, die der Klassenstaat geschaffen hat, um unsere Tätigkeit zu hindern, und auch hier sehen die Gegner bereits, daß unter der Gesetzmäßigkeit unsere Bewegung Fortschritte macht und daß die Gesetzmäßigkeit es ist, die tötet. (Sehr gut!) Ich will über die Judikatur gegen die Jugendbewegung nicht reden, weil sie noch im Fluß ist, und weil man noch nicht weiß, bis zu welchen Konsequenzen diese Justiz gehen wird. Sie wissen, daß der Reichskanzler an die Verbündeten Regierungen ein Zirkular erlassen hat, um sich zu unterrichten über die Tätigkeit der Arbeiterjugend in den einzelnen Bundesstaaten, und um zu erwägen, was demgegenüber geschehen kann. Aber man beschränkt sich nicht darauf, zu verhindern, was von uns beabsichtigt ist, sondern man sucht mehr und mehr mit allerhand Lockmitteln die Arbeiterjugend einzufangen für die Zwecke der herrschenden Klassen. Ja in einigen Städten hat man sogar eine militärische Organisation der Jugend mit Hilfe der Militärbehörden ins Leben gerufen. Man glaubt, daß die Jugend dadurch untauglich gemacht wird für die Ziele der Sozialdemokratie, und daß man damit jenen Kadavergehorsam hervorrufen kann, der nach Ansicht militärischer Fachleute das beste Soldatenmaterial schafft. Man hat sogar Jugendliche schon zu Gefreiten ernannt, ihnen goldene Litzen gegeben, um das militärische Bewußtsein der Jugend zu wecken und sie abzuhalten von der Berührung mit der klassenbewußten Arbeiterschaft. Wir zweifeln nicht, daß es nicht gelingen wird, mit solchen Mitteln die Jugend einzufangen. Weder mit der Peitsche noch mit dem Zuckerbrot wird den Bestrebungen der klassenbewußten Arbeiterjugend Einhalt geschehen können. (Sehr richtig!) Im Gegenteil, die Folge davon wird sein, daß Partei und Gewerkschaften noch mehr als bisher die Jugend der klassenbewußten Arbeiter deren Veranstaltungen zuführen werden. (Sehr wahr!) In dieser Beziehung wird noch viel gesündigt und der einzelne kann hier viel tun, damit wir noch ganz andere Erfolge erzielen. Die besten Erfolge wird diese Kleinarbeit zeitigen.

Wir müssen ja mehr und mehr eine riesige Kleinarbeit leisten, nicht nur in der Jugendbewegung, sondern auch in der allgemeinen Parteibewegung. Sie haben die Zahlen unserer Kleinarbeit in dem gedruckten Bericht vor sich, aber diese Zahlen sind zum Teil noch zu niedrig gegriffen. Aus einigen Bezirken wurde uns nachträglich mitgeteilt, daß weit mehr Flugblätter, Kalender und dergleichen verbreitet wurden; solche Irrtümer können am besten vermieden werden, wenn die Fragebogen, bevor sie an den Parteivorstand gesandt werden, von den Bezirksorganisationen gesammelt und durchgesehen werden, damit event. Zusätze und Korrekturen gemacht werden können. Die intensive Kleinarbeit ist um so notwendiger, als auch die Gegner sich in immer steigendem Maße dieser Kleinarbeit widmen. Ich will heute keinen Vergleich ziehen zwischen der Tätigkeit des Volksvereins für das katholische Deutschland und der unserigen, sondern ich will einmal auf den Bund der Landwirte hinweisen, der im vorigen Jahre nicht weniger als 10 840 Versammlungen vorbereitet hat, darunter 930 Wahlversammlungen, und der 113 Beamte beschäftigt, die die Aufgabe haben, für seine Ziele zu wirken. (Hört! hört!) Demgegenüber können sich unsere Zahlen sehen lassen, und wir können die feste Zuversicht haben, daß wir auch diesen Bestrebungen ein Paroli bieten werden. (Sehr richtig!) Unsere Bruderparteien freuen sich immer über die intensive Kleinarbeit, die in Deutschland geleistet wird. Diese mannigfaltige Tätigkeit ist nur möglich, weil wir neben der stark durchgeführten Zentralisation auch ein reges geistiges Leben in den einzelnen Bezirksorganisationen haben. Es wäre der größte Fehler, wollte man in allen Bezirken reglementieren. (Sehr richtig!) Dieser Fehler ist in Deutschland vermieden worden und so ist es gekommen, daß unsere Massen in freiwilliger Disziplin zusammen mit den Führern, mit den Bezirksvorständen und der Zentralverwaltung diese große Arbeit für die Partei leisten. Darauf beruht die Macht unserer Organisation, die Intensität unserer Agitation und die Wucht unserer Aktionen. Neben dieser allgemeinen Aktion sind wir in Deutschland in den letzten Jahren immer mehr dazu übergegangen, für die spezielle Agitation etwas zu tun. Wir haben den Anfang gemacht mit der Agitation für die Binnenschiffer. Wir haben einen Kalender herausgegeben, der in 50 000 Exemplaren in den Stromgebieten verteilt wurde, und wir haben Einrichtungen getroffen, daß die Schiffer in den Hafenplätzen für die Sozialdemokratie gewonnen werden und ihre Beiträge abführen können. Dieser Schifferkalender ist keine vorübergehende Erscheinung, sondern er wird dauernd die Schiffer an uns fesseln und mit den Zielen der Partei und der Gewerkschaften bekanntmachen. Auch das hat die Gegner natürlich mobil gemacht, und namentlich die Pastoren warnen die Schiffer vor uns.

Wie für die Schiffer, haben wir auch für die Eisenbahner Spezialflugblätter herausgegeben. Auch diese haben die Behörden auf den Plan gerufen und auf Veranlassung des preußischen Eisenbahnministeriums sind Anschläge in den Werkstätten erfolgt, die das Personal vor diesen neuen Drucksachen der Sozialdemokratie warnten. Der preußische Eisenbahnminister hat neulich Anlaß genommen, in einer Standrede den Eisenbahnern klarzumachen, daß sie sich mit solchen Dingen nicht abgeben dürfen. Aber alle Angst der preußischen Zentralbehörde vor dieser Agitation für die Eisenbahner wird die Herren von dieser Agitation nicht befreien. Wir werden Mittel und Wege finden, an die Eisenbahner heranzukommen.

Wir werden ferner die besonders günstige Gelegenheit benutzen, in den Reihen der technischen Angestellten für die Sozialdemokratie zu werben. Die technischen Angestellten sind besonders enttäuscht über die Art, in der ihre Interessen bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung von den bürgerlichen Parteien verraten wurden, und bei der Beratung des Privatbeamtenversicherungsgesetzes wird es wahrscheinlich nicht anders zugehen. Wir haben Vorsorge getroffen, daß eine Broschüre für die Handlungsgehilfen und technischen Angestellten vor den Wahlen rechtzeitig erscheinen wird.

Aus dem Bericht ersehen Sie, daß auch die Landarbeiterorganisation gute Fortschritte gemacht hat. Nicht weniger als 382 Ortsgruppen dieser Gewerkschaft sind in Deutschland vorhanden. Diese Gruppe von Arbeitern hat in Preußen das Streikrecht nicht, und das weist sie besonders darauf hin, sich politisch zu betätigen und sich bekannt zu machen mit den Aktionen, die die politische Vertretung der Arbeiter, die Sozialdemokratie, im Reichstag und in den Landtagen im Interesse der Landarbeiter unternommen hat. Die Zusammenarbeit von Partei und Gewerkschaft für den Landarbeiterverband war in vielen Bezirken eine gute, wie überhaupt im allgemeinen das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften in den letzten Jahren ein gutes gewesen ist.

Immer mehr wird eingesehen, daß beide Bewegungen nicht gegeneinander zu arbeiten haben, sondern miteinander und füreinander im Interesse des klassenbewußten Proletariats. Welche Fortschritte hierin gemacht sind, zeigt deutlich ein Blick auf die Verhandlungen des Jenaer Parteitages vor sechs Jahren über die Maifeier. Da haben einige Redner geäußert, daß sich unsere Gewerkschaftsbewegung dem englischen Trade-Unionismus zu nähern scheine,

daß eine wachsende Entfremdung zwischen Partei und Gewerkschaft eintreten würde. Diese Befürchtungen haben sich nicht bestätigt und werden sich um so weniger bestätigen, als wir gesehen haben, wie auch die englischen Arbeiter kampfbereit dem Kapitalismus gegenüberstehen. Die Arbeiter Englands haben jetzt im Feuer des Klassenkampfes in einer Weise exerziert, wie es viele noch vor wenigen Jahren nicht für möglich gehalten hätten. Also auch hier sind die Differenzpunkte geringer geworden.

Selbstverständlich tauchen hier und da Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaft auf, und wir haben uns in letzter Zeit auf diesem Gebiet eingehend mit solchen Differenzen zu beschäftigen gehabt, ich meine die Debatten, die hervorgerufen wurden durch die Veröffentlichung unseres sogenannten „Geheimzirkulars" durch ein bürgerliches Blatt Sachsens. Ich will mich darüber nicht entrüsten. Das Zirkular halte das Licht nicht zu scheuen. Wir geben überhaupt keine Geheimzirkulare heraus. Wir haben keinen Anlaß dazu, sondern wir haben in den Mitteilungen an die Organisationen immer nur unterschieden zwischen Zirkularen, die für die Oeffentlichkeit bestimmt sind und solchen, die nicht ohne weiteres für die Oeffentlichkeit bestimmt sind. Bei dem Betriebe, wie er sich in den modernen Organisationen mit ihrer Vielgestaltigkeit nötig macht, läßt es sich nicht vermeiden, daß auch nicht für die Oeffentlichkeit bestimmte Zirkulare herausgegeben werden. Es wäre ganz unzweckmäßig, alles das, was den Organisationsleitern mitgeteilt wird, ohne weiteres durch die Presse auch der gesamten Oeffentlichkeit zu übergeben. Nun bleibt freilich der Streit darüber, ob es zweckmäßig gewesen ist, ein solches Zirkular herauszugeben. Als wir über dieses Zirkular beraten haben, nachdem die Generalkommission der Gewerkschaften sich an uns gewandt hatte, haben wir diese Zweckmäßigkeitsfrage selbstverständlich eingehend geprüft, und es ist ein allgemeiner und ein spezieller Grund gewesen, der uns veranlaßt hat, auf dem Wege des Zirkulars vorzugehen. Der allgemeine Grund war der, daß wir glaubten, in der jetzigen politischen Situation sei wirklich kein Bedürfnis vorhanden, eine große Debatte über das Thema „Gewerkschaften und Parteipresse" hervorzurufen, und der spezielle Grund war der, daß bereits seit langem beabsichtigt war, alles damit Zusammenhängende in einer Konferenz der sozialdemokratischen Redakteure zu besprechen. Schon am 22. März haben wir ein Zirkular an die Redaktionen herausgegeben, worin über eine Reihe die Gewerkschaftsinteressen berührender Fragen Mitteilung gemacht war, namentlich auch über die Behandlung schwebender Lohnkämpfe in der Presse, und worin es hieß: daß das Recht auf Kritik der Parteipresse in keiner Weise genommen werden soll, sondern daß nur für beide Teile unangenehmen Polemiken nach Möglichkeit vorgebeugt werden soll. Im übrigen würden diese Fragen auf die Tagesordnung der diesjährigen Redakteurkonferenz gesetzt werden. Zugleich hatten wir am 24. Mai bereits mitteilen lassen, daß die Redakteurkonferenz im September stattfinden sollte, so daß auch dieses bekannt war, wenn es vielleicht auch hier und da vergessen wurde, weil mehrere Monate darüber hingegangen waren. Daß die Konferenz vom Mai bis zum Herbst hinausgeschoben wurde, lag daran, daß vorher ausprobiert werden sollte, ob das sozialdemokratische Pressebureau die Berichterstattung über die Generalversammlungen der Gewerkschaften übernehmen könne.

Wir haben bei der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes bekanntlich einen solchen Versuch gemacht. Der Versuchscharakter wurde ausdrücklich betont. Nach den Erfahrungen, die man dabei machen würde, sollte eventuell weiteres nach Anhörung der Redakteure beschlossen werden. Nun ist in der Debatte über dieses Zirkular gesagt worden, daß unsere Anschauungen in bezug auf die Resolutionen von Mannheim und Jena den Gewerk-

schaften gegenüber in diesem Falle nicht zutreffend seien. Das ist besonders in der Protesterklärung der rheinisch-westfälischen Blätter behauptet worden. Diese dort niedergelegte Anschauung ist durchaus irrig. In der Mannheimer Resolution heißt es ausdrücklich, daß beide Organisationen in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und gegenseitiges Zusammenwirken angewiesen sind. Und wenn dieses Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft nach Auffassung der Generalkommission durch Polemiken beeinträchtigt wird, wie sie sich gegen die Gauvorsteherkonferenz des Buchdruckerverbandes richteten, so hat die Generalkommission wohl das Recht, an uns heranzutreten. Wir mußten der Sache nähertreten und sehen, was zu tun war, um Gehässigkeiten in solchen Polemiken zu vermeiden. Die Jenaer Resolution besagt, daß gegen gehässige, die persönliche und Parteiehre verletzende Arten der Diskussion der Parteitag Einspruch erhebt und der Parteivorstand beauftragt wird, dagegen zu wirken. Nun hat man gesagt, daß diese Resolution nur auf die Parteidiskussionen zutrifft, nicht aber auf das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft. Ich glaube, daß niemand bei der Beschlußfassung über diese Jenaer Resolution an diese Auslegung gedacht hat (Sehr richtig!), sondern daß es als selbstverständlich erachtet wurde, daß diese Grundsätze auch für Polemiken gegenüber den Gewerkschaften gelten. Aber selbst, wenn das unzutreffend wäre, auch dann wäre die Art der Polemik, wie sie von den beiden zitierten Parteiblättern geführt worden ist, ganz entschieden zu verurteilen. Denn wir haben bisher in dem Kampfe der Meinungen innerhalb der Partei und gegen andere Parteien die Grundsätze aufrechterhalten, die schon in dem Statut der Internationale von 1864 niedergelegt wurden und die 1891 in Erfurt ganz ausdrücklich bestätigt wurden, wonach Wahrheit, Recht und Sitte die Grundlagen sein sollen für das Betragen allen Mitmenschen gegenüber ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntnis und Nationalität. Diese Grundsätze der alten Internationale sind niemals verleugnet worden. Deshalb hätte man auch nicht kommen und in persönlicher, gehässiger Weise eine Funktionärversammlung so angreifen dürfen. Ich glaube nicht, daß irgend jemand diesen Ton der Angriffe rechtfertigen wird.

Nun wurde allerdings erklärt, daß auch in der Gewerkschaftspresse Aeußerungen laut geworden sind, die mindestens ebenso stark gegen diese Resolution verstoßen, und die ebenso scharf verurteilt werden müssen. Das gebe ich ohne weiteres zu. Wir haben in jener gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes und der Generalkommission auch diese Dinge besprochen und mit aller Entschiedenheit darauf hingewiesen, daß in der Gewerkschaftspresse Aeußerungen geschehen sind, die die allerschärfste Rüge verdienen. Ich will nur darauf hinweisen, daß es zum Beispiel in einem Berichte aus Essen in Nr. 87 des „Korrespondent" heißt: „Pfui Teufel über solches Demagogengeschmeiß! Diese Drachentöter mit dem Strohhalm aus beiden Lagern scheinen anstatt des Kopfes mit Verstand eine Konservenbüchse mit Dörrgemüse auf den Schultern zu tragen, die beim Klange des Wortes Buchdruckerverband wild zu rasseln beginnt." Das stellt alles in den Schatten, was in der Parteipresse gesagt worden ist. Ich bedaure es außerordentlich, daß solche Aeußerungen gefallen sind. Angesichts eines solchen Tones kann man sich nicht wundern, wenn auch von der Gegenseite über die Schnur gehauen wird.

Nun wurde weiter behauptet, daß wir mit unserem Zirkular die Absicht gehabt hätten, der Parteipresse in Gewerkschaftsfragen einen Maulkorb umzuhängen und daß wir damit die Unabhängigkeit der Parteipresse antasten wollten. Wer unseren Verhandlungen beigewohnt hat, der kann feststellen, daß davon ganz und gar nicht die Rede sein kann. Wir haben mit aller Entschiedenheit den Standpunkt vertreten, daß die Freiheit der Kritik der Partei-

presse gewährleistet werden muß, soweit sie sich in anständigen Formen hält. Wo würden wir auch hinkommen, wenn wir anders verfahren würden. Wir würden dann zu dem Zustande kommen, daß die Parteipresse schlechter gestellt wäre, als die Gewerkschaftspresse, weil diese sich das Recht nicht hat nehmen lassen, auch in solchen Situationen ihre Meinung zu äußern. Ich erinnere an die bekannten Artikel der „Holzarbeiter-Zeitung" beim Scherlkonflikt. Wir können aber der Parteipresse nach dieser Richtung hin gar keine Vorschriften machen, weil ja die einzelnen Parteiorgane die Publikationsorgane der örtlichen gewerkschaftlichen Organisationen sind. Es ist gemutmaßt worden, daß eventuell auf der kommenden Redakteurkonferenz Beschlüsse gefaßt werden sollen, die die Rechte der Parteipresse beschneiden. Das kann schon deshalb nicht der Fall sein, weil wir immer daran festgehalten haben, daß alle diese Konferenzen keine Beschlüsse zu fassen haben, sondern nur der Aussprache und Verständigung dienen sollen. Es besteht keine Veranlassung, von diesem Grundsatz abzugehen. Genosse Kautsky hat in der „Neuen Zeit" ausgeführt, daß wir auf eine schiefe Ebene kämen, wenn wir anfingen, die Parteipresse zu zensurieren. Ja, so liegen doch die Verhältnisse nicht. Wir haben in den letzten Jahren schon mehr wie einmal, wenn uns ein Parteigenosse um ein Urteil über Angriffe ersuchte, die von Parteiblättern gegen ihn gerichtet worden waren, die betreffenden Blätter zensurieren müssen. Etwas Bequemeres gäbe es für die Parteileitung natürlich nicht, als in solchen Fällen sagen zu dürfen, wir sind nicht in der Lage, ein derartiges Urteil abzugeben. Wir haben das bisher nicht getan und glaubten damit im Sinne der Parteigenossen zu handeln. Das sogenannte Geheimzirkular war durchaus nicht ein Zirkular, das aus dem Handgelenk heraus erlassen wurde, sondern der Parteivorstand hat genau erwogen, was in dem vorliegenden Falle zu tun war. Er hat nur die Jenaer Resolution zur Grundlage der Rügen genommen. Wir haben auch erst veranlaßt, daß in der Erklärung der Generalkommission die beiden Parteiblätter, die sich durch diesen gehässigen Ton ausgezeichnet haben, mit Namen genannt wurden, damit nicht andere in falschen Verdacht kamen. Das Ganze war wohl überlegt. Es haben mehrfache Beratungen darüber stattgefunden, wie es überhaupt eine Legende ist, daß solche Dinge gemacht werden, ohne genügend vorbereitet zu sein.

Alle die Angriffe, die in der letzten Zeit gegen uns gerichtet wurden, weil wir angeblich nicht die Zeit gehabt hätten, etwas zu tun, beruhen auf unrichtigen Voraussetzungen. Soviel Zeit ist immer da, um ein Zirkular, ein Flugblatt oder einen Aufruf herauszugeben. Die Zeit spielt da absolut keine Rolle.

Damit möchte ich nun übergehen zu den Angriffen, die gegen den Parteivorstand wegen seiner Tätigkeit oder angeblichen Untätigkeit in der Frage des Marokkokonflikts erhoben worden sind. Wir haben Ihnen die darüber geführte Korrespondenz im Druck vorgelegt*), und Sie können sich danach selbst ein Urteil bilden über das, was der Parteivorstand bei den Verhandlungen hierüber getan hat. Ich will auf die Einzelheiten dieser Korrespondenz, die Ihnen nun vorliegt, zunächst nicht eingehen, sondern nur feststellen, daß es nicht richtig ist, wenn behauptet wird, der Parteivorstand habe in dieser Frage wochenlang nichts getan und andere Länder hätten in ganz anderer Weise die Arbeiterbewegung gegen die Kriegshetzer aufgeboten. Wie lagen die Dinge? Die deutsche Regierung entsandte am 2. Juli den „Panther" nach Agadir und verschärfte dadurch die internationale Situation ganz ungeheuer. Wir hatten kurz vorher eine Sitzung der preußischen Landeskommission gehabt, und dort wurden Wahlrechtsversammlungen über ganz Preußen angeordnet, die an

*) Diese Korrespondenz ist im Anhang am Schluß des Protokolls abgedruckt.

die Verabschiedung der elsaß-lothringischen Verfassung anknüpfen sollten. Es war nun ganz selbstverständlich, daß in allen diesen Versammlungen neben der preußischen Wahlrechtsfrage die inzwischen wider Erwarten akut gewordene Marokkofrage Gegenstand der Verhandlung gewesen ist. In den Versammlungen in Berlin und in allen größeren Städten wurden auch Resolutionen angenommen, die nicht nur der preußischen Wahlrechtsfrage, sondern auch Marokko galten. Auch in den anderen Bundesstaaten, für die ein Anlaß zur Veranstaltung solcher Versammlungen wie in Preußen nicht verlag, wurden vielfach Versammlungen wegen der Marokkofrage abgehalten. Die Korrespondenz zeigt weiter, daß wir die internationalen Vorgänge sehr eingehend verfolgt haben. Bebel war in Holland, in der nächsten Nähe des Internationalen sozialistischen Bureaus, mit dem er in ständiger Fühlung stand. Er berichtete uns über seine Aussprache mit dem Sekretär des Internationalen sozialistischen Bureaus. Wir haben also dieser Frage unsere volle Aufmerksamkeit geschenkt, wenn wir auch nicht alle Nachrichten, die in die Presse lanciert wurden, so ernst genommen haben, wie das vielleicht einzelne taten; so zum Beispiel die Nachricht von dem Ultimatum, die nachher mit Recht von der „Leipziger Volkszeitung" als „Sensatiönchen" verspottet wurde. Am 9. August hatte der Vorstand seinen Aufruf erlassen. Er hatte in den Wochen vorher mehreremal beraten, ob jetzt der geeignete Zeitpunkt für eine Agitation über das ganze Land bis in das kleinste Dorf hinein gekommen sei. Denn darüber waren wir uns im Vorstande klar, daß die Marokkofrage nicht so bald von der Tagesordnung verschwinden wird, und daß ihr schon deshalb nicht ausgewichen werden kann, weil ja unsere Gegner gerade aus der Marokkokrise ihre nationale Wahlparole gewinnen wollen, ähnlich wie bei den Hottentottenwahlen. Wir waren uns klar, daß etwas geschehen soll und muß, nur der Zeitpunkt, w a n n etwas über das ganze Reich hin zu geschehen habe, war Gegenstand der Beratung. Man nahm dabei allerdings an, daß über die konkreten Absichten des Auswärtigen Amtes früher etwas verlautbar würde, als tatsächlich geschehen ist. Als dann in einem Moment, wo die Situation zunächst wieder friedlicher erschien, unsere bürgerlichen Parteien in ihren offiziösen Organen in unerhörtester Weise Kriegshetze betrieben, da sagten wir uns, daß jetzt der geeignete Zeitpunkt gekommen sei, um gegen diese hetzerische Tätigkeit ein Gegengewicht zu schaffen. Vorher hatten einige alldeutsche Blätter, die zu den rheinisch-westfälischen Panzerplattenfabrikanten Beziehungen haben, allein in diese Kerbe gehauen, aber damals machte selbst die parteioffizielle nationalliberale Korrespondenz diese Scharfmachereien mit. Der geeignete Zeitpunkt war also gekommen, und ich kann feststellen, daß unser Aufruf im ganzen Reiche von den besten Folgen begleitet war. Nicht nur in den Industriegegenden und Großstädten, sondern auch auf dem flachen Lande ist Aufklärung über die Marokkofrage, wie sie im Interesse und zu den Zwecken der Sozialdemokratie notwendig war, gegeben worden. Sofort nach Erlaß des Aufrufs haben wir auch das notwendige Material beschafft, um jene Kreise sozialdemokratisch aufzuklären, die nicht in unsere Versammlungen kommen und unsere Zeitungen nicht lesen. Wir haben das Flugblatt schreiben lassen, das Ihnen allen gewiß bekannt ist. Wir haben für dieses Flugblatt keinen besseren, geeigneteren Parteigenossen gewußt, als unseren Genossen Kautsky. Wir hatten uns allerdings auch darin getäuscht (Heiterkeit), wie der weitere Verlauf der Debatte über das Flugblatt gezeigt hat. (Erneute Heiterkeit.) Es ist dem Flugblatt vorgeworfen worden, daß es nicht den notwendigen Ton treffe usw. Ich will nicht alles wiederholen, was in jenem Artikel der „Leipziger Volkszeitung" stand. Unsere Absicht mit dem Flugblatt war, den Leuten, die bisher nur aus der Kreisblatt- oder Generalanzeigerpresse etwas über

Marokko und die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge der Marokkokrise gehört hatten, Aufklärung zu bringen, und es war für jene breiten Massen berechnet, die in unsere Versammlungen nicht zu bringen sind. Als wir das Manuskript des Flugblattes hatten, waren wir im Parteivorstand überzeugt, daß für diesen besonderen Zweck ein besseres Flugblatt kaum geschrieben werden konnte. Ich will nicht viele Worte verlieren darüber, was sich dann abgespielt hat. Ich kann feststellen, daß die Partei, soweit sie sich in Presse und Versammlungen mit diesen Vorgängen beschäftigt hat, einmütig abgelehnt hat, die Art und Weise, wie die „Leipziger Volkszeitung" und Rosa Luxemburg vorgegangen sind, zu billigen. Unter keinen Umständen darf es während einer Aktion gestattet werden, mag man das Flugblatt für noch so schlecht halten, in solcher Weise vorzugehen. Ich glaube, es genügt, wenn ich unterstreiche, was die einmütige Auffassung der Partei hierüber ist.

Es ist uns gesagt worden, seht einmal, wie in Spanien und Frankreich schon in der ersten Juliwoche Protestversammlungen abgehalten worden sind. Demgegenüber genüge das nicht, was in Deutschland geschehen ist. Aber auch in Deutschland wurde bereits im Juli, nicht nur in der Presse, sondern auch in Versammlungen für den Frieden und gegen den Krieg agitiert, und die ganze Marokkofrage wurde aufgerollt. Aber wenn einmal schon eine Parallele gezogen werden soll zwischen dem, was zur Aufklärung und Abwehr in der Marokkokrise getan worden ist in Deutschland und in den anderen Ländern, die hieran beteiligt sind, so können wir Deutsche ohne Ueberhebung feststellen, daß in keinem Lande so viel getan worden ist, wie im Deutschen Reiche. Wir können das um so ruhiger feststellen, als uns die ausländischen Bruderparteien ihre Bewunderung ausgesprochen haben über die großen Aktionen, die wir jetzt in der Marokkokrise gehabt haben. (Ein Zuruf: Jetzt!) Ich erinnere an die ungeheure Beteiligung bei der Demonstration im Treptower Park, in Leipzig und in anderen Großstädten. Die Massen sind da in einer Weise in Aktion getreten, die bei den Organisationsverhältnissen anderer Länder nirgends zu beobachten war. Aber nicht nur unsere Einzelaktionen halten den Vergleich mit den anderen Ländern aus, sondern es ist auch nirgendwo eine so intensive, in die Breite gehende Agitation getrieben worden, wie wir sie uns im Deutschen Reiche leisten können, weil wir in alle Gegenden hineinkommen und in der Lage sind, überall für unsere Ideale wirken und gegenüber Kapitalismus und Imperialismus die Ziele der Sozialdemokratie propagieren zu können. Wir brauchen uns also durchaus nicht zu verstecken, sondern im Gegenteil, wir können stolz sein auf das, was wir im Deutschen Reiche geleistet haben.

Es ist behauptet worden, daß noch mehr und manches noch früher hätte geschehen können. Es wird wahrscheinlich hierüber noch hier in der Debatte gestritten werden. Daß der Vorstand sich bei dieser Gelegenheit seiner Aufgabe nicht gewachsen gezeigt habe, können wir nicht zugeben. Es sind eine Reihe von unzutreffenden Einzelheiten bekanntgegeben worden. Beispielsweise wurde in dem Artikel, den Genosse Kautsky, wie ich überzeugt bin, in der besten Absicht zum Parteitage geschrieben hat, gesagt, daß es vorkommen könne, daß gerade in kritischen Situationen nur ein Vorstandsmitglied auf dem Bureau anwesend sei. Daß zufällig einmal nur einer auf dem Bureau ist, wenn sich vielerlei zusammendrängt, das kann vorkommen und wird auch noch vorkommen, wenn der Vorstand verstärkt werden sollte; aber, und darauf kommt es an, stets sind von den neun Mitgliedern des Vorstands mindestens fünf in Berlin gewesen, und sie konnten jederzeit zu einer Sitzung zusammenberufen werden. Gerade an dem Tage, wo Molkenbuhr den bekannten Brief geschrieben hat, war er nicht allein auf dem Bureau, sondern es war noch ein Kollege anwesend.

Bebel hat gestern als ein Zeichen der Gesundheit einer Partei die Kritik erwähnt und zur Kritik an dem Vorstand aufgefordert. Ich kann das nur unterstreichen. Gerade hier auf dem Parteitag ist die Gelegenheit gegeben, Auge in Auge Kritik am Parteivorstand zu üben, und wir sind die letzten, die irgendwie dagegen empfindlich sind. Wir können aber nicht zugeben, daß wir unsere Aufgaben vernachlässigt haben. Es wird in dem von Kautsky geschriebenen Artikel auch ein Satz zitiert, den Pfannkuch auf der sächsischen Landeskonferenz in Meißen gesprochen hat, daß der Parteivorstand nicht immer in der Lage gewesen sei, das tun zu können, was er gewollt habe. Aber im folgenden Satz hat Pfannkuch ausdrücklich erklärt, nach dem Bericht der „Leipziger Volkszeitung": „So erkläre ich doch, daß Versäumnisse von ihm (dem Parteivorstand) auf keinem Gebiete gemacht sind." Dadurch wird doch das, was aus dem ersten Satz eventuell herausgelesen werden könnte, ausdrücklich wieder aufgehoben. Was Pfannkuch hier sagte, ist nicht nur seine Privatansicht, der gesamte Parteivorstand teilt die Auffassung, daß Versäumnisse nicht gemacht worden sind. Es ist auch nie der Fall gewesen, daß ein Mitglied des Parteivorstandes wichtige Entscheidungen im Namen der Partei getroffen hat. Im Gegenteil, wir haben nie diesem Ressortpartikularismus gehuldigt und niemals die Dezernentenwirtschaft so weit getrieben, daß im Namen der Partei ein Dezernent eine bestimmte Frage zu entscheiden gehabt hätte. Immer sind alle wichtigen Dinge der gemeinsamen Beschlußfassung des Vorstandes unterbreitet worden. Selbstverständlich werden Kleinigkeiten, die im laufenden Geschäftsverkehr erledigt werden können, nicht erst der Sitzung vorgelegt, wie zum Beispiel, wenn ein Bezirk 5000 Flugblätter unentgeltlich verlangt. Genosse Dittmann hat im „Vorwärts" gefordert, daß der Vorstand mindestens zwei Sitzungen in der Woche abhalte. Wir haben in der Zeit der regen politischen Arbeit, im Winter, während der Parlamentstagung, wo häufig wichtige Fragen plötzlich auftauchen, die die Parteileitung interessieren, zwei Sitzungen in der Woche als Norm festgehalten. Allerdings können wir vielfach während der Parlamentsferien, oder im Sommer, wenn nichts Besonderes vorfällt und keine wichtigen politischen Ereignisse eintreten, mit einer Sitzung ganz gut auskommen. Was die Frage der Ressorts anbetrifft, die auch in diesem Artikel behandelt wird, so ist es selbstverständlich, daß das, was hier gewünscht wird, soweit es augenblickliches Bedürfnis ist, entweder bereits durchgeführt oder im Keime da ist. Wir haben von den dort genannten zwölf Ressorts heute schon neun, nur werden diese neun Ressorts nicht von je einem Sekretär verwaltet, sondern es sind mehrere Ressorts in einer Hand vereinigt. Die Entwickelung hat gebieterisch diese Einrichtung gefordert. Der Vorschlag Dittmanns ist nichts Neues, sondern die Genossen Quarck, Keil und Kautsky haben früher ähnliche Vorschläge, teilweise unter Hinweis auf die Organisationen der Bruderparteien des Auslandes, gemacht.

Nun ist die Frage aufgetaucht: Ist der Parteivorstand überlastet oder ist er bei seiner jetzigen Zusammensetzung imstande, die für die Partei notwendige Arbeit zu leisten? Wir haben alle die Geschäftsverteilung im Vorstande betreffenden organisatorischen Fragen in den letzten Jahren unter dem Vorsitz unseres unvergeßlichen Paul Singer behandelt und immer das, was uns als notwendig erschien, in die Praxis umgesetzt. Wir haben es für notwendig gehalten, die Mitglieder des Vorstandes soviel als angängig von mechanischen Hilfsarbeiten zu entlasten und diese Hilfsarbeitern zu übertragen, die natürlich nur unter Aufsicht und Kontrolle des Parteivorstandes arbeiten. Verantwortlich ist selbstverständlich nur der Parteivorstand. Wir haben nicht weniger als drei Hilfskräfte im Bureau, und wir hatten bereits,

bevor diese Debatten losgingen, beschlossen, einen vierten, der vor seiner Militärzeit bei uns war, wieder zu engagieren. Weiter haben wir dem Parteivorstand einen technischen Gutachter für die Parteipresse angegliedert, ohne daß er Sitz und Stimme im Parteivorstand hat. Wir halten es nicht für angängig, daß im Vorstand einer Kampfpartei die Dezernenten technischer Ressorts überwiegen, sondern wir müssen dazu übergehen, neben dem Vorstand Kräfte heranzuziehen, die solche Arbeiten unter Verantwortung des Vorstandes erledigen. Man darf aber dabei nicht außer acht lassen, daß sich in gewisser Beziehung die Arbeiten des Parteivorstandes verringert haben. Wir kriegen mehr und mehr eine Menge Kleinigkeiten vom Halse, mit denen wir uns früher beschäftigen mußten. Je mehr wir draußen die Bezirksorganisationen ausbauen, je mehr die einzelnen Wahlkreise wegen der gestiegenen Mitgliederzahl zur Anstellung von Beamten übergehen müssen, um so mehr schreiben Leute, die Rat suchen, nicht an den Parteivorstand in Berlin, sondern sie wenden sich an ihre Bezirksvorstände. Allerdings ist im letzten Jahre, wenn auch unserer Auffassung nach nichts Notwendiges vernachlässigt wurde, doch die Arbeit der im Bureau beschäftigten Personen sehr groß gewesen. Das lag daran, daß Gerisch von seiner langwierigen Krankheit noch nicht genesen war und daß wir infolgedessen seine Arbeit in Vertretung mit zu übernehmen hatten. Einen Teil der Arbeiten seines Ressorts hat Gerisch auch während des letzten Jahres erledigt. Er befindet sich jetzt auf dem Wege der Besserung und es ist zu hoffen, daß er bald einen großen Teil seiner Tätigkeit wieder aufnehmen kann. Schon bevor die Debatten über die Vermehrung der Sekretäre einsetzten, haben wir uns mit der Frage der Verstärkung des Parteivorstandes beschäftigt, und wären diese Anregungen nicht gekommen, so wären wir an den Parteitag herangetreten und hätten ihn gebeten, die Zahl der Sekretäre um einen zu vermehren. Nun ist aber gewünscht worden, daß der Parteivorstand um zwei Sekretäre vermehrt werde. Wir halten einen Sekretär für genügend, wenn aber die Mehrheit zwei für notwendig hält, so wird das durchaus kein Streitpunkt zwischen uns und dem Parteitag sein.

Es ist dann weiter gesagt worden, daß die Parteileitung nicht in der nötigen Fühlung mit den Massen draußen sei. Gerade hierzu muß konstatiert werden, daß wir in den letzten Jahren mit unseren Bezirken viel mehr in Fühlung gewesen sind als jemals früher. Wir haben die wichtigen Fragen des Parteilebens mit unseren Bezirkssekretären erörtert. Das Protokoll über diese Verhandlungen erweist das. Wir haben auf der letzten Konferenz der Bezirksvorstände auseinandergesetzt, was alles für die nächste Zeit beabsichtigt war, und wir haben mit Freuden konstatieren können, daß die Bezirkssekretäre mit allem, was wir vorgeschlagen haben, einverstanden waren, daß man geradezu gesagt hat, daß der Parteivorstand ein Füllhorn ausschütte, und daß man bezweifelte, ob das alles ausgeführt werden könnte, was der Parteivorstand anregte. Wenn Sie das Protokoll vornehmen, werden Sie sehen, daß alles, abgesehen von einigen Dingen, die mit der Reichstagswahl im Zusammenhang stehen und naturgemäß noch nicht erledigt sein können, auch ausgeführt wurde, so daß wir ausgeführt haben, was wir in der Sitzung mit den Landesvorständen und den Bezirksvorständen versprochen hatten. Mehrfach sind wir im Laufe der Jahre im Gegenteil gebeten worden, nicht soviel Zirkulare herauszugeben, weil die Bezirke nicht alles das ausführen können, was in diesen Zirkularen von ihnen verlangt wird. Namentlich trifft das für solche Bezirke zu, in denen Mangel an Kräften herrscht.

Wir haben ferner auf Grund der besonderen organisatorischen Verhältnisse, die in Preußen bestehen, zur Besprechung der Wahlrechtsfrage die

Landeskommission zusammengehabt, die aus den Delegierten der einzelnen Bezirke zusammengesetzt ist, die uns über die Stimmung in den Bezirken unterrichtet haben, so daß eine Fühlung zwischen der Parteileitung und der Masse der Parteigenossen in Preußen vorhanden war, wie in den früheren Jahren nicht; und alles, was auf diesem Gebiete geschehen ist, ist in Uebereinstimmung mit den Delegierten geschehen, die schon für Preußen eine Art erweiterter Ausschuß neben der Parteileitung sind.

Weiter haben wir im Gegensatz zu der Gepflogenheit der früheren Jahre dieses Jahr der Kontrollkommission, die vierteljährlich einmal zum Revidieren der Bücher und Kassen zusammentritt, vor dem Beginn ihrer Arbeit durch ein Mitglied des Parteivorstandes einen Vortrag halten lassen über alle wichtigen Dinge, die die Parteileitung im vorhergegangenen Quartale beschäftigt hatten. Auch hier haben wir nur einmal Einwendungen gehabt, wo einzelne Mitglieder der Kontrollkommission meinten, es sei nicht früh genug etwas geschehen. Das betraf die Marokkofrage, wo man meinte, es hätte zur Aufklärung der Parteigenossen früher mehr geschehen müssen. Doch befände sich die Angelegenheit noch in einem Stadium, daß auch da noch nichts verpaßt sei.

Wer die Verhältnisse in der Parteileitung kennt, muß ohne weiteres zugeben, daß noch niemals, seit die Partei besteht, so viel Anregungen gekommen sind, und so viel neue Institutionen geschaffen wurden, wie seit den letzten Wahlen. Wir haben uns nicht damit begnügt, daß die Organisationen ausgebaut und Mitglieder herangeholt wurden, sondern auch die Institutionen sind gegründet und ausgebaut worden, die dafür sorgen sollen, daß eine Vertiefung der Parteigrundsätze bei den neugewonnenen Massen eintritt. Was auf diesem Gebiete geschehen ist, konnten Sie in den letzten Jahren verfolgen; der Bildungsausschuß hat eingehend Bericht erstattet und aus diesem Bericht ersehen Sie, daß nicht weniger als 60 351 Personen an den von ihm eingerichteten Kursen teilgenommen haben, so daß hier etwas geleistet ist, was für uns in der Zukunft von großem Vorteil sein wird. Genosse Schulz hat über die Parteischule einen eingehenden Artikel in der „Neuen Zeit" veröffentlicht, so daß ich nicht näher darauf einzugehen brauche. In 5 Jahren wurden 141 Parteischüler ausgebildet. Viele von Ihnen werden vor Kenntnis dieses Artikels nicht gewußt haben, daß so viele Parteischüler in verantwortlichen Stellungen in der Partei und in der Gewerkschaft stehen und ihre Kenntnisse im Interesse der Arbeiterschaft verwerten. Ich habe ferner eingangs erwähnt, welche Fortschritte im Zusammenwirken mit den Gewerkschaften die Jugendbewegung gemacht hat. Die „Arbeiter-Jugend" hat bereits einen Abonnentenstand von 65 000 gegen 25 600 vor zweiundeinhalb Jahren.

Weiter ist das sozialdemokratische Pressebureau begründet und ausgebaut worden. Wie notwendig diese Einrichtung war, zeigt sich an der Gründung immer neuer Tagesblätter. Als seine Einrichtung 1907 zur Debatte stand, hatten wir 65 sozialdemokratische Tageszeitungen, deren Zahl jetzt auf 81 angewachsen ist. In neuester Zeit haben wir Beratungen gepflogen, inwieweit durch Einrichtung des Auslandsdienstes die Parteipresse in ihrem Bestreben der Aufklärung der Massen durch das Pressebureau noch mehr gefördert werden kann. Es ist dann das im vorigen Jahre angekündigte sozialdemokratische Bureau für Rheinland und Westfalen gegründet worden. Es sind nicht weniger als 20 024 Mk. für diesen Zweck ausgegeben worden, eine Summe, die manchem als hoch erscheinen mag, die uns aber nicht zu hoch erscheint, weil gerade dort die Gegner mit den reichlichsten Mitteln arbeiten, weil dort das raffiniert arbeitende Bureau des katholischen Volks-

vereins in Tätigkeit ist. Wir haben weiter im letzten Jahre die „Partei-Correspondenz" ausgebaut. Wir sind dabei, eine neue Registratur für sie zu schaffen. Wir haben das Inhaltsverzeichnis der letzten 5 Jahre herausgegeben und haben im letzten Jahre eine besondere Abteilung zur Abfassung von Broschüren und Flugblättern eingerichtet. Sie hat schon soviel Material auf den Markt geworfen, daß schon gesagt wurde, man könne das gar nicht alles lesen. Wir sollten mit diesem reichen Segen einhalten.

Das alles sind Institutionen, die zum großen Teil der Abwehr gegnerischer Angriffe dienen. Wir haben aber auch Positives für unsere Ziele geleistet, damit in weiteste Kreise hinein immer mehr Aufklärung darüber getragen wird, was die Sozialdemokratie eigentlich will. Auch auf diesem Gebiete gilt das Wort, daß die beste Waffe der Hieb in der Offensive ist.

Wir können nicht zugeben, daß wir in den letzten Jahren irgend etwas versäumt haben, was zur Ausbreitung unserer Parteigrundsätze geschehen mußte. Wir können nicht zugeben, daß wir etwas versäumt haben, was nach den vorhandenen Mitteln und Kräften für die Ausrüstung unserer Organisationen hätte geschehen könne. Wir müssen bestreiten, daß uns irgendein Vorwurf gemacht werden kann, nicht diejenige Initiative entfaltet zu haben, die zur Befruchtung unseres Parteilebens notwendig ist. Es müßte merkwürdig zugehen, wenn während der kommenden großen Kämpfe, nicht nur der Wahlkämpfe, sondern auch der Massenaktionen, diese reiche Tätigkeit der sozialdemokratischen Parteileitung und der Parteigenossen im Lande draußen der Partei nicht reiche Früchte bringen würde. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß wir auch in dem letzten Jahre alles dasjenige getan haben, was notwendig ist, um unsere Siege vorzubereiten und um dahin zu wirken, daß sobald als möglich die Arbeiterklasse von dem Doppeljoche der politischen und ökonomischen Knechtschaft befreit wird. (Beifall.)

Ueber Kasse und Presse

berichtet

Ebert (vom Parteivorstand): Der Kassenbericht des Parteivorstandes hat in der gesamten Partei eigentlich nur freundliche Aufnahme gefunden, so daß ich mich auf notwendige Ergänzungen beschränken kann. Wir haben wiederholt dargelegt, daß die Finanzgebarung der Partei erheblichen Schwankungen unterworfen ist. Im vergangenen Jahre ließ der Kassenabschluß manches zu wünschen übrig. Der diesjährige Abschluß dagegen ist ein durchaus günstiger. Unsere Gesamteinnahmen sind um 422 352 Mk. höher als im vorigen Jahre. Sie stiegen von 953 409 auf 1 357 761 Mk. Das ist die höchste Einnahme, die die Partei bisher in einem Jahre zu verzeichnen hatte. Die Steigerung der Einnahmen ist in der Hauptsache auf die erhöhte Einnahme aus den Beiträgen zurückzuführen. Wir haben in diesem Jahre an Beiträgen der Organisationen 691 975 Mk. eingenommen. Das sind 207 550 Mk. mehr als im vergangenen Jahre. Diese erhebliche Steigerung der Einnahmen aus Organisationsbeiträgen zeigt, daß die innere Festigkeit und die Leistungsfähigkeit unserer Organisationen ganz erheblich gewachsen sind. Die Zahl der Wahlkreisorganisationen, die ihre Pflicht gegen die Parteikasse erfüllt haben, ist im letzten Jahre wiederum erheblich gestiegen. Im vergangenen Jahre hatten 335 Wahlkreise Beiträge an die Zentralkasse abgeführt, in diesem Jahre waren es 362. Darunter war sogar ein Wahlkreis, der über eine Vereinsorganisation noch nicht verfügt. Nach Abschluß unserer Jahresabrechnung haben dann noch 10 weitere Wahlkreisorganisationen ihren Beitrag für das vergangene Geschäftsjahr abgeführt. Es sind das: Ruppin-Templin 100 Mk., Arnswalde-Friedeberg 76 Mk., Sangerhausen-Eckartsberga 100 Mk., Naumburg-Zeitz 3800 Mk., Paderborn-Büren 4,85 Mk., Warburg-Höxter 7,55 Mk., Lippstadt-Brilon 28,02 Mk., Bentheim-Bingen 3,25 Mk., Wiesbaden-Rheingau 1000 Mk., Reichenbach i. V. 1908,25 Mk. und Leer-Emden 473,48 Mk. Bei etwas weniger Lässigkeit hätten auch diese Wahlkreise ihre Beiträge so rechtzeitig abführen können, daß wir sie ebenfalls in die Tabelle aufnehmen konnten. Wenn den Kreisen dadurch irgendwelche Verlegenheiten bereitet sind, so haben sie das selbst verschuldet. Es ergibt sich danach, daß von den bestehenden 383 Wahlkreisorganisationen 371 Beiträge an die Zentralkasse abgeführt haben. Nur 12 haben dieser Pflicht nicht genügt. Diese 12 Kreise verteilen sich so, daß einer auf den Bezirk Oberrhein, einer auf den Niederrhein, einer auf das Großherzogtum Hessen, vier auf Frankfurt a. M. und fünf auf Elsaß-Lothringen entfallen. Bei gutem Willen wäre jeder Wahlkreis in der Lage, die ihm auferlegte Beitragspflicht zu erfüllen. Aus der Tabelle geht hervor, daß selbst die ärmsten und kleinsten Wahlkreise ihrer Pflicht genügt haben. Es muß deshalb dringend verlangt werden, daß künftig alle Wahlkreisorganisationen ihrer Beitragspflicht nachkommen. (Sehr richtig!) Insbesondere die Bezirksvorstände möchte ich bitten, darauf ein wachsames Auge zu haben. In einigen Bezirks- und Landesorganisationen verfährt man so, daß die Wahlkreisorganisationen ihre Beiträge an den Bezirksvorstand abführen und daß diese dann die Beiträge an die Zentralkasse übermitteln. Wir haben mit dieser Einrichtung die allerbesten Erfahrungen gemacht. Dadurch werden unsere Geschäfte nicht unerheblich vereinfacht; die Beitragsabführung wird aber auch eine geordnetere. Zu klagen bleibt allerdings immer noch über die Höhe der abgeführten Beiträge. Die alte Unsitte, daß sich so mancher Wahlkreiskassierer bei Berechnung der Beiträge zuungunsten der Zentralkasse verrechnet, herrscht leider immer noch. (Heiterkeit.) Manchem Kassierer haben wir da nachhelfen müssen. Es muß Sorge getragen werden, daß endlich eine völlige Ordnung in unser Beitragswesen kommt, die einzelnen Kreise müssen voll ihrer Pflicht genügen. (Sehr richtig!) Nach § 5 des Statuts hat der Parteivorstand das Recht, gemeinsam mit den Bezirks- oder Landesvorständen Wahlkreisbeiträge zu ermäßigen. Wir haben von dieser Befugnis nur in ganz außerordentlichen und besonders gelagerten Fällen Gebrauch gemacht. Die Zahl der Wahlkreise, die sich auf diese Bestimmung beriefen und eine Kürzung oder einen Erlaß der Beiträge verlangten, war aber nicht sehr gering. Es sind das vielfach Wahlkreise, die an sich nicht zu den kleinen und armen zu rechnen sind (Sehr richtig!), wenn sie auch durch besonders ungünstige Verhältnisse einen schweren Stand haben. Hätten wir diesen Anträgen stattgegeben, dann hätten wir Konsequenzen geschaffen, die eine geordnete Beitragsabführung geradezu gefährdet hätten. Wir haben daher diese Anträge fast alle abgelehnt. Der Parteivorstand ist aber in allen solchen Fällen, besonders wo die Notwendigkeit nachgewiesen war, bereit gewesen, durch Erhöhung des Agitationszuschusses an den Bezirk oder Wahlkreis einen Ausgleich zu schaffen.

Der im Statut festgesetzte Mindestbeitrag hat sich erfreulicherweise fast überall durchgesetzt. Von den Wahlkreisen, die uns berichteten, haben nur zwei den Mindestbeitrag für männliche Mitglieder nicht eingeführt. Es ist das ein Wahlkreis aus dem Eulengebirge und ein Kreis aus dem allerdings weniger armen, aber für uns nicht sehr fruchtbaren Elsaß. Beide Kreise besitzen ganz junge und schwache Organisationen. Alle übrigen Kreise haben einen Mindestbeitrag von 30 Pf. monatlich für männliche Mitglieder eingeführt, 82 haben den 10-Pf.-Wochenbeitrag, 48 weitere erheben einen Beitrag von monatlich 40 Pf., 2 erheben monatlich 35 Pf., 3 erheben sogar 50 Pf. monatlich von den männlichen Mitgliedern. Der 10-Pf.-Wochenbeitrag, von dem bei

der letzten Aenderung unseres Organisationsstatuts viel die Rede war, setzt sich erfreulicherweise mehr und mehr durch. In den letzten Wochen hat die badische Landesorganisation auf ihrem Parteitag beschlossen, den 10-Pf.-Wochenbeitrag obligatorisch einzuführen.

Trotz der guten Entwickelung der Beitragsleistung der Organisationen machen die Beiträge doch nur 50 Proz. unserer gesamten Einnahmen aus. Die Partei ist also nach wie vor in hohem Maße auf besondere Zuwendungen angewiesen. Darin beruht die große Schwankung unserer Finanzgebarung. Die sonstigen Einnahmen sind zu einem erheblichen Teil freiwillige, zum Teil beruhen sie auf Ueberschüssen unserer Parteigeschäfte. Beide Quellen fließen aber sehr verschieden und dies beeinflußt unsere Finanzen ungemein. Will man den Stand und die Gebarung unserer Finanzen beurteilen, so darf man die Einnahmen aus sonstigen Beiträgen daher nur in bedingtem Maße in Rechnung stellen. Im letzten Jahre waren diese Einnahmen sehr hoch. Sie sind von 365 076 auf 528 669 Mk. gestiegen. Es ist das zurückzuführen auf eine eine ganze Reihe besonderer Zuwendungen, unter anderem befindet sich darunter auch das Vermächtnis unseres unvergeßlichen Singer. Bei dieser Gelegenheit ein Wort über eine Schenkung, die zur Zeit des Köllerkurses von einem Parteigenossen der Zentralkasse in Höhe von nominell 50 000 Mk. mit der Bedingung gegeben ist, daß diese Zuwendung als besonderer Fonds unter der Bezeichnung „Juliusturm" verwaltet werden soll und daß daraus Opfer polizeilicher und gerichtlicher Verfolgungen zu unterstützen seien. Bei Neuregelung unserer Finanzverwaltung ist nun im Einvernehmen mit dem Stifter beschlossen worden, daß der in diesem Fonds vorhandene Betrag dem allgemeinen Parteivermögen zugeführt werden soll. Da es sich dabei nicht um eine neue Einnahme der Partei handelt, geht das aus unserem schriftlichen Bericht nicht hervor. Die Kontrollkommission wird uns aber bestätigen, daß so verfahren ist.

Die Ausgaben der Zentralkasse sind um 81 622 Mk. höher als im Vorjahre. Die Steigerung der regelmäßigen Ausgaben ist aber in Wirklichkeit erheblich höher, denn wir hatten im vorigen Jahre Aufwendungen von über 60 000 Mk. infolge der schwedischen Aussperrung machen müssen. Dieser Ausgabeposten fällt in diesem Jahre fort, die regelmäßigen Ausgaben sind also ganz erheblich gestiegen. Müller hat schon darauf hingewiesen, daß die Parteileitung in den letzten Jahren eine ganze Anzahl neuer Institutionen geschaffen hat: die Parteischule, den Bildungsausschuß, die „Partei-Correspondenz", das Pressebureau, die Flugblattzentrale, das Rheinisch-Westfälische Bureau u. a. m. Diese Institute sind besonders im letzten Jahre erheblich ausgebaut und erweitert worden, infolgedessen die regelmäßigen Ausgaben erheblich gestiegen sind. Im Jahre 1900 betrug die Gesamtausgabe der Partei 286 800 Mk., 1905 waren es bereits 499 118, 1909 621 202, 1910 815 557 und 1911 897 180 Mark. Im nächsten Jahre werden die Ausgaben für das Rheinisch-Westfälische Bureau wahrscheinlich doppelt so hoch werden, auch die Ausgaben für die seit dem 1. Januar bestehende literarische Abteilung werden erheblich höher werden. Vor allem werden aber die bevorstehenden Reichstagswahlen ganz gewaltige Anforderungen an die Zentralkasse stellen. Wenn wir daher im letzten Jahre in der Lage waren, unsere Reserven um 490 000 Mk. zu verstärken, so war das nicht nur wünschenswert, sondern sogar notwendig. Nun ist die Partei auch finanziell so gerüstet, daß die Genossen auch in dieser Hinsicht mit vollem Vertrauen den kommenden Kämpfen entgegensehen können! (Bravo!) Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß künftig alles Heil von der Zentralkasse zu erwarten ist. (Heiterkeit.) Der alte Grundsatz: „Der Krieg muß den Krieg ernähren" muß auch in Zukunft zur Geltung gebracht

werden. Die Genossen müssen deshalb neben den sonstigen Vorbereitungen für die Reichstagswahlen auch die Sammlung von Geldern entschieden betreiben. Unser günstiger Kassenabschluß hat ja großes Aufsehen erregt, insbesondere hat er bei unseren Gegnern blassen Neid hervorgerufen, und die bürgerliche Presse, die sonst nur verächtlich auf die Arbeiter herabblickt, die täglich die Partei herunterreißt, hat ihren Parteifreunden dies günstige Ergebnis als ein Muster von Idealismus und Opferfreude vorgeführt und zur Nachahmung empfohlen. Unsere Genossen dürfen sich dadurch nicht täuschen lassen! Das kann für sie nur ein Ansporn sein, ihre Opferfreudigkeit künftig noch zu erhöhen. Täuschen wir uns nicht! Die Gegner sind auch am Werke, ihre finanziellen Kräfte nach Möglichkeit zu stärken. Der Dollar des Hansabundes und der Juliustürmer, die Kalischmiergelder des Bundes der Landwirte und der Rubel des Reichsverbandes werden bei den nächsten Wahlen eine große Rolle spielen. Aber wenn wir alle unsere Schuldigkeit tun, wenn die Hunderttausende von Genossen in ihrer Opferfreudigkeit nicht erlahmen, dann werden wir trotzdem frohen Mutes der Zukunft entgegengehen. (Bravo!)

Ueber die Finanzgebarung der Wahlkreisorganisationen sind uns 374 Berichte zugegangen. Dies Material haben wir statistisch verarbeitet. Die Tabellen geben auch einen sehr interessanten Einblick in die Finanzwirtschaft der Gesamtpartei. Wir haben sie dem schriftlichen Bericht nicht beigefügt, weil sowieso schon über die Länge des Berichts geklagt wird. Das Material ist aber auch nicht nach einheitlichen Grundsätzen gegeben und läßt sich daher nicht ganz einwandfrei statistisch verarbeiten. In bezug auf die einheitliche Gestaltung unseres Verwaltungsmaterials macht sich eine Entwickelung zum Besseren bemerkbar. Noch vor wenigen Jahren hatte fast jede Wahlkreisorganisation eine andere Art der Verwaltung. Heute hat bereits die größte Zahl unserer Bezirksorganisationen einheitliches Verwaltungsmaterial. Dreißig Bezirke haben einheitliches Verwaltungsmaterial für ihre Organisationen, und eine weitere Anzahl von Bezirken ist dabei, diese Einrichtung durchzuführen. In mehreren Bezirken allerdings ist davon noch nichts zu spüren, und gerade in diesen Bezirken hapert es noch sehr mit der Berichterstattung. Ich will diese Bezirke hier nicht rügen, möchte aber doch dringend bitten, daß sie endlich Maßnahmen treffen, um eine einheitliche Verwaltung durchzuführen. Wo das geschehen ist — ich darf da besonders auf Bayern hinweisen — hat man mit dieser Einrichtung die besten Erfahrungen gemacht. Wenn wir erst in allen Bezirken einheitliche Verwaltungen haben, dann können wir auch zu einer einheitlichen Regelung für das ganze Reich kommen, und erst dann sind die Unterlagen gegeben für eine einheitliche spezialisierte Statistik über die Finanzgebarung der gesamten Parteiorganisation.

Die Gesamteinnahmen der erwähnten 374 Wahlkreisorganisationen betrugen im letzten Jahre 3 732 757 Mk., darunter befinden sich Einnahmen aus Beiträgen von männlichen Mitgliedern 2 311 067, von weiblichen Mitgliedern 161 325 Mk., Zuschüsse von Bezirks- und Landesorganisationen 46 055 Mk. Die gesamten Ausgaben dieser Wahlkreisorganisationen beliefen sich auf 2 978 781 Mk., und zwar für Gemeindewahlen 65 792, für Landtagswahlen 14 772, für Reichstagswahl 32 597, für allgemeine Agitation und Bildungszwecke 737 593, für Straf- und Prozeßkosten 42 930, Beiträge an die Bezirks- und Landeskassen 398 306 Mk., sachliche und persönliche Verwaltungskosten 390 906 Mk. Am Schluß des Jahres hatten diese 374 Kreise einen Gesamtkassenbestand von 753 976 Mk. Berechnet man an der Hand der Berichte der Wahlkreise und der Zentralkasse die Einnahmen und Ausgaben der gesamten Parteiorganisation, so ergibt sich im letzten Jahre eine Einnahme von 4 468 605 Mk. und eine Ausgabe von 3 895 960 Mk.

Einige Worte über den Stand der Parteipresse. Nach den Berichten unserer Parteiblätter, einschließlich der „Gazetta Robotnicza", der Wochenblätter für Bayern und Danzig und der „Gleichheit", hatten wir am 30. Juli 1911 einen Abonnentenstand von 1 306 465. Gegen das vergangene Jahr ist das eine Zunahme von 146 449 Abonnenten der Parteipresse. Die Einnahmen aus Abonnements sind im letzten Jahre um 875 465 Mk. gestiegen, die Einnahmen aus Inseraten um 873 048 Mk. Es ist interessant, kurz auf den Entwickelungsgang der Parteipresse hinzuweisen. Im Jahre 1890 hatten wir 254 000 Abonnenten, 1899 waren es 400 000, 1906 schon 837 790, 1909 waren es 1 041 488, 1910 waren es 1 160 016 und 1911 sind es 1 306 465. Die Einnahmen aus Abonnements betrugen 1910 6 965 253 Mk., 1911 7 840 718 Mk. Die Einnahmen aus Inseraten betrugen 1910 4 980 254 Mk., 1911 5 853 302 Mk. Wir haben also neben den gewaltigen Fortschritten in der Parteiorganisation auch eine geradezu glänzende Entwickelung unserer Parteipresse in den letzten Jahren zu verzeichnen. Ich glaube, daß den an der Parteipresse tätigen Genossen und nicht zuletzt den Tausenden von Parteigenossen, die im Dienste unserer Parteiorganisation Tag für Tag unter erheblichen Opfern die Kleinarbeit für die Partei leisten, der besondere Dank und die Anerkennung der Partei ausgesprochen werden muß. (Beifall.) Bei den letzten Reichstagswahlen hatten wir einen Abonnentenzuwachs von 211 000 zu verzeichnen. Wenn überall bei den kommenden Kämpfen unsere Parteigenossen die Wahlbewegung mit einer systematischen und energischen Propaganda für unsere Parteipresse verknüpfen, dann werden wir im nächsten Jahre nicht nur 1½ Millionen Abonnenten erreichen, sondern kräftig auf die zweite Million losmarschieren. (Lebhafter Beifall.)

Den Bericht der Kontrollkommission erstattet

Kaden: Genossen und Genossinnen! Die Kontrollkommission hat einem seit Jahren geübten Gebrauche gemäß, der in den früheren Organisationsverhältnissen begründet war, in den letzten Jahren noch mit dem Parteivorstand zusammen eine mitleitende Tätigkeit ausgeübt und über alle wichtigen politischen und Verwaltungsmaßnahmen gemeinsam mit dem Parteivorstand beraten und Beschluß gefaßt. Sie bildete gewissermaßen mit dem Parteivorstand die Parteileitung. Diese Tätigkeit der Kontrollkommission ging über die ihr durch das Organisationsstatut zugewiesenen Befugnisse hinaus. Einige Vorkommnisse gaben der Kontrollkommission daher die Veranlassung, mit dem Parteivorstand über die Grenzen der gegenseitigen Rechte und Pflichten zu beraten, um für die Zukunft darüber Klarheit zu schaffen. In dieser gemeinsamen Beratung wurde Einverständnis darüber herbeigeführt, daß es bei dem derzeitigen Umfang der Verwaltungstätigkeit des Parteivorstandes für das gegenseitige Verhältnis förderlicher wäre, wenn die Kontrollkommission von jeder mitleitenden Tätigkeit absehe und sich darauf beschränkte, lediglich ihre in den §§ 14, 15 und 20 des Organisationsstatuts niedergelegten Rechte und Pflichten auszuüben. Danach hat die Kontrollkommission lediglich die Tätigkeit des Parteivorstandes zu kontrollieren und als Berufungsinstanz für Beschwerden über den Parteivorstand zu fungieren sowie die in §§ 14 und 15 des Organisationsstatuts übertragenen Wahlen zu vollziehen. Innerhalb dieser Grenzen hat die Kontrollkommission im Berichtsjahre ihre Tätigkeit ausgeübt.

Eine für das Zusammenwirken der Kontrollkommission und des Parteivorstandes förderliche Einrichtung wurde damit geschaffen, daß bei dem vierteljährlichen Zusammentreten der Kontrollkommission in einer gemeinsamen Sitzung der Parteivorstand zur Orientierung der Mitglieder der Kontrollkommission und um deren Tätigkeit zu vereinfachen, über alle wichtigeren Vorgänge im verflossenen Vierteljahr Bericht erstattet.

Weiter hielt es die Kontrollkommission für notwendig, zur zweckmäßigeren Erfüllung ihrer Aufgaben auf allen wichtigeren vom Parteivorstande veranstalteten Konferenzen sich durch eins ihrer Mitglieder vertreten zu lassen.

Durch den Tod unseres unvergeßlichen Paul Singer mußte die Kontrollkommission zu einer Ersatzwahl für den Parteivorstand zusammentreten.

Nach eingehender Erörterung kam die Kontrollkommission in Rücksicht darauf, daß der nächste Parteitag voraussichtlich früher tagen würde, zu dem Beschluß, von dem nach § 15 des Organisationsstatuts ihr zustehenden Wahlrecht keinen Gebrauch zu machen, die Wahl vielmehr dem nächsten Parteitag vorzubehalten.

Beschwerden über den Parteivorstand lagen der Kontrollkommission nicht vor.

Die Revisionstätigkeit der Kontrollkommission nimmt einen immer größeren Umfang an. Durch das stetige sehr erfreuliche Wachsen der Partei und der dadurch notwendig werdenden Einrichtungen, die Parteischule, Partei-Correspondenz, Pressebureau, Bildungsausschuß und ähnliches mehr, haben die Kassengeschäfte eine große Ausdehnung erfahren. Außer diesen mit der Verwaltungstätigkeit des Parteivorstandes enger zusammenhängenden Kassengeschäften hatte die Kontrollkommission auch noch die Bücher der naturgemäß sich auch immer weiter ausdehnenden Parteibetriebe wie Buchhandlung Vorwärts, „Kommunale Praxis" usw. zu revidieren. In Ausübung dieser umfangreichen Revisionstätigkeit wurde im Laufe des Jahres mit dem Parteivorstand auch eine Vereinbarung getroffen, die eine größere Vereinheitlichung und Vereinfachung der Kassenführung herbeiführen soll. Wegen des von Ebert erwähnten, unter der Bezeichnung „Juliusturm" geführten Fonds kann ich namens der Kontrollkommission bestätigen, daß wir bei der letzten Revision festgestellt haben, daß der Bestand des Fonds in Höhe von nominal 50 000 Mark dem allgemeinen Parteivermögen zugeführt worden ist.

Bei den Revisionen hat sich zu Beanstandungen kein Anlaß gefunden, es muß vielmehr hervorgehoben werden, daß die Geschäftsführung in allen Zweigen der Verwaltung wie auch in allen Betrieben in musterhafter Ordnung befunden wurde. Wir beantragen daher, dem Parteivorstand Decharge zu erteilen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Dietz:** Wir kämen jetzt zur Diskussion, und zwar gemeinschaftlich über den Geschäftsbericht des Parteivorstandes, den Bericht der Kontrollkommission und die Anträge, die zur Agitation und Organisation gestellt werden.

Nicht genügend unterstützt werden die Anträge 10 und 17. Der Antrag 13 wird zurückgezogen. Von den nachträglich eingegangenen und sonstigen Anträgen werden mit zur Diskussion gestellt 55, 63, 64 und 66.

Darauf werden die Verhandlungen um 1 Uhr auf nachmittags 3 Uhr vertagt.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Dietz** eröffnet die Sitzung kurz nach 3 Uhr.

Leber teilt mit, daß die thüringischen Wahlkreise während der Parteitagswoche eine ganze Anzahl von Versammlungen veranstalten und bittet die Parteitagsmitglieder und vor allem die Reichstagsabgeordneten, sich als Redner zur Verfügung zu stellen.

Dann wird in die Diskussion über den Geschäftsbericht des Vorstandes und die dazu vorliegenden Anträge eingetreten. Auf die Marokkofrage soll sachlich nicht eingegangen werden. Dieses Thema soll erst nach dem Referat Bebels verhandelt werden.

Rosa Luxemburg: Sie werden alle die kleine Schrift des Parteivorstandes erhalten haben, die sich speziell gegen meine Person richtet. Diese Schrift enthält eine Reihe schärfster Angriffe. Sie werden mir zugeben, daß die Verbreitung dieser Schrift von der höchsten Parteibehörde aus ein etwas ungewöhnliches Vorgehen ist. Ich schließe daraus auf eine ungewöhnliche Geistesverfassung unserer Parteiväter. (Oho-rufe!) Ich finde eine Bestätigung dieser ungewöhnlichen Geistesverfassung in dem Inhalt der Schrift selbst. Denn das erste, was nach einer aufmerksamen Lektüre dieser Schrift in die Augen springt, ist, daß meine Ankläger sich in der Eile des Gefechts nicht einmal Zeit und Mühe genommen haben, das in Frage stehende Objekt, das corpus delicti durchzulesen. Wenn Sie den Artikel der „Leipziger Volkszeitung" durchgelesen hätten, so könnten Sie unmöglich alle die Angriffe erheben, wie Sie es getan haben. Ich werde sie der Reihe nach Punkt für Punkt widerlegen. Der erste Vorwurf, der mir gemacht wird, ist der: „Weiter ließ sich die Genossin Luxemburg auch eine grobe Irreführung der Genossen zuschulden kommen, als sie den Brief des Genossen Molkenbuhr mit Weglassung des Anfangssatzes veröffentlichte und berichtete, der Brief enthalte offenbar die Meinung des Parteivorstandes." Es war also „eine grobe Irreführung" von mir, daß ich der Partei den Anfangssatz des Briefes Molkenbuhrs unterschlagen habe, worin klipp und klar gesagt wird, daß es sich nur um die Privatmeinung Molkenbuhrs handle und nicht um die Ansicht des Parteivorstandes. Sehen Sie nun nach, was in meinem Artikel „Um Marokko" am 24. Juli in der „Leipziger Volkszeitung" stand. Da hieß es: „Nur bei dem deutschen Parteivorstand die Anregung bezüglich der Marokkofrage keine Gegenliebe fand. Die Antwort wurde zwar nur von einem Mitgliede des Parteivorstandes als seine Privatmeinung mitgeteilt, doch haben sich offenbar die übrigen Mitglieder derselben angeschlossen, denn eine weitere Kundgebung von dieser Seite erfolgte nicht." Es ist also klipp und klar von mir gesagt worden, daß es sich nur um die Privatmeinung eines Vorstandsmitgliedes handelte, und die Behauptung des Parteivorstandes, ich hätte durch die Unterschlagung dieses Satzes mich einer groben Irreführung schuldig gemacht, ist eine Handlung, die ich vor lauter Verehrung vor unserer obersten Parteibehörde nicht näher bezeichnen will.

Zweite Tatsache: „Die Genossin Luxemburg unterschlug die Tatsache, daß auch der Genosse Bebel sich zu der Frage der Konferenz geäußert habe, und zwar, wie die gedruckten Briefe zeigen, die der Genossin Luxemburg bekannt waren, in zustimmendem Sinne." Also in zustimmendem Sinne zu dem Vorschlag, eine Sitzung des Internationalen Bureaus wegen der Marokkofrage abzuhalten. Wir haben die Anschuldigung gehört: ich „unterschlug" die Tatsache, daß Genosse Bebel sich zu der Frage geäußert, und zwar in zustimmendem Sinne geäußert hat. Was steht nun in meinem Artikel? „Das deutsche Mitglied des Internationalen Bureaus erklärte gleichfalls zunächst die Konferenz für nicht empfehlenswert und die geplante Zusammenkunft unterblieb aus diesem Grunde."

Ich habe also die Tatsache angeführt, allerdings ohne den Namen des Genossen Bebel zu nennen, wie ich überhaupt keine Namen genannt habe. Ich habe also die Tatsache nicht nur nicht „unterschlagen", sondern sie selbst ausdrücklich angeführt. Aber ich habe nicht angeführt, daß Bebel sich zustimmend geäußert hat. Wir wollen sehen, was Genosse Bebel selbst geschrieben hat. Es sind zwei Briefe von ihm vorhanden. In dem ersten heißt es: „Wie ich vernehme, soll in Bälde eine Konferenz des Internationalen sozialistischen Bureaus in Sachen der Marokkoaffäre stattfinden. Ich beabsichtige, wenn irgend möglich, an der Konferenz teilzunehmen." Dieser Brief ist vom 10. Juli. Es

folgt aber dann am 12. Juli, also zwei Tage nach dem Briefe Molkenbuhrs, ein zweiter Brief, worin es heißt: „Werter Genosse, die Marokkoaffäre hat neuerdings einen Charakter angenommen, daß mir zunächst eine Konferenz des Internationalen sozialistischen Bureaus nicht empfehlenswert erscheint."

Diese Erklärung soll jetzt, wie der Parteivorstand sagt, in zustimmendem Sinne aufgefaßt sein. Wenn mich meine Augen nicht trüben, so ist das ein ablehnender Sinn, aber ich wage nie, wenn der Parteivorstand etwas behauptet, es nicht zu glauben, da für mich als ein frommes Parteimitglied der alte Satz gilt: Wenn der Parteivorstand geredet hat: Credo quia absurdum — ich glaube, weil es absurd ist. (Heiterkeit.) Die dritte Behauptung ist, daß ich überhaupt den Brief des Genossen Molkenbuhr an das Internationale Bureau veröffentlicht habe. Damit hätte ich mich einer groben Indiskretion schuldig gemacht. (Bebel: Diese Meinung hat auch das Internationale Bureau.) Nun, im Eingang des Briefes des Genossen Molkenbuhr, der in der uns vorgelegten Korrespondenz abgedruckt ist, steht folgender einleitender Satz: „Vorläufig will ich meine persönliche Ansicht mitteilen, die ich auch am Dienstag in einer Versammlung ausgesprochen habe." (Hört! hört!) Es war also eine so hoch sekrete Sache, daß sie Molkenbuhr vor versammeltem Volke in Berlin erzählt hat. Es wird weiter in der Schrift des Parteivorstandes zur Begründung gesagt: „Sollen solche Verhandlungen zu einem gedeihlichen Abschluß führen, dann ist Diskretion Ehrensache für alle Beteiligten" und „diese Korrespondenz unter den Mitgliedern des Internationalen sozialistischen Bureaus, die eine Verständigung bezweckte, war daher ihrer Natur nach streng vertraulich". Man könnte meinen, ich hätte durch Veröffentlichung des Briefes von Molkenbuhr etwa die Verständigung des Internationalen Bureaus, die zu einem gedeihlichen Ende führen sollte, verhindert. Die Korrespondenz mit dem Internationalen Bureau war abgeschlossen am 12. Juli, mein Artikel erschien am 24. Juli, reichlich 12 Tage später und die große Aktion war längst abgeschlossen und leider nicht zu einem gedeihlichen Ende geführt. Gerade deshalb ist es notwendig, auf die Frage einzugehen, war es denn nötig, sie zu diesem ungedeihlichen Ende zu führen oder hätte man ihr noch eine andere Wendung geben sollen? Ich bestreite überhaupt nicht nur die Tatsache, daß es irgendwie eine Indiskretion eines Parteimitgliedes ist, sich in der Oeffentlichkeit kritisch mit den Handlungen des Parteivorstandes im Interesse der Partei zu befassen in Fragen, die die Lebensinteressen der Gesamtpartei berühren, sondern ich gehe weiter und sage: Der Parteivorstand hat sich einer Unterlassung seiner Pflicht schuldig gemacht, da er nicht selbst an uns herangetreten ist. Es war seine Pflicht, seine Korrespondenz zu veröffentlichen und der Kritik der Partei zu unterbreiten. Denn, ganz offen, es handelt sich doch nicht um Formalitäten, sondern um die große Frage, ob sich der Parteivorstand einer Unterlassungssünde schuldig gemacht hat oder nicht (Heiterkeit), ob er sich verspätet hat mit dem Auftrage, große Protestaktionen gegen den Imperialismus zu veranstalten oder nicht. Man sagt, ich hätte die Partei irre geführt, indem ich die Auffassung Molkenbuhrs als die Auffassung des Parteivorstandes ausgegeben hätte. Wenn die Auffassung Molkenbuhrs nicht die des Vorstandes war, ich nehme es nach der Erklärung an, dann frage ich, welche andere Auffassung hat Euch dazu geführt, daß Ihr nichts getan habt in der Zwischenzeit, wo etwas getan werden sollte? (Sehr richtig!) Rückt doch mit dem holden Geheimnis heraus, die vorgelegte Korrespondenz enthält nicht ein Wort einer anderen Erklärung. (Bebel: Mit dieser Schrift haben wir gar keine Erklärung abgegeben.) Meine große Sünde ist also, daß ich eine vielleicht verfehlte, aber an sich denkbare Auffassung zur Erklärung herangezogen habe, aus der ich mir die Handlungen resp. Unterlassungen des Parteivorstandes be-

greiflich zu machen suchte. Der Parteivorstand fühlt sich verletzt und indigniert, er gibt aber nicht die geringste Erklärung ab, weshalb er nichts getan hat. Ueberhaupt der Natur nach schließt diese ganze Angelegenheit jeden Begriff von Indiskretion aus. (Zustimmung und Widerspruch.) Der Parteivorstand ist nichts anderes als unser Beauftragter, er handelt für uns in unserem Namen, und wenn wir ihm sagen, er hat nicht das Richtige getan, dann steht es ihm nicht zu zu sagen: Das ist unsere diskrete Angelegenheit, mischt Euch nicht ein. Und war es denn so unwahrscheinlich anzunehmen, daß der Parteivorstand hier aus falschen Rücksichten auf die Reichstagswahlen sich von einer wirklichen Aktion hat zurückhalten lassen? Ist es das erstemal, daß wir eine solche Angelegenheit diskutieren? Ich bitte Sie, das Protokoll des Mainzer Parteitages nachzulesen. Damals standen wir mitten in der China-Krisis, auch damals hatte der Parteivorstand nicht im richtigen Moment die richtige Aktion hervorgerufen. Ist es denn so unwahrscheinlich anzunehmen, daß er mit Rücksicht auf die Reichstagswahlen auch diesmal die Aktion unterlassen hat? Hört man denn nicht seit Jahr und Tag auf Schritt und Tritt die Rücksicht auf die Reichstagswahlen als Grund für alles, was getan und unterlassen wird? Sogar der „Vorwärts" hat sich genötigt gesehen, dem Parteivorstand einen kritischen Vorwurf daraus zu machen, daß er sich zu sehr von Rücksichten auf die Reichstagswahlen leiten läßt. Ich würde Ihnen gern das Zitat verlesen, aber ich habe die Nummer des „Vorwärts" nicht hier, ich habe sie mir einrahmen lassen. (Heiterkeit.) Wenn der Vorstand nicht zugeben will, daß er eine Unterlassungssünde begangen hat, so haben doch die folgenden Tatsachen bewiesen, wie angebracht die Kritik war. Nicht nur, daß unsere Protestaktion sich verspätet hat, sind wir auch in eine ganz schiefe Lage gegenüber der Internationale geraten. (Lebhafter Widerspruch von Bebel.) Jawohl, in Berlin haben wir gefeiert als Vertreter des französischen Proletariats Syndikalisten, mit denen wir politisch nichts zu tun haben, und in Paris haben wir zusammen mit den Syndikalisten protestiert, und wir haben durch unsere Ungeschicklichkeit ausgeschaltet die berufenen Vertreter des Proletariats, mit denen wir fraternisieren sollten. Das läßt sich nicht bestreiten und ich muß mich wundern, daß der Parteivorstand, der ein so langes Sündenregister hat, hier mit Anklagen auftritt. (Lachen.) Eine Körperschaft, die so von Natur aus der Kritik ausgesetzt ist, sollte sich doch sehr hüten, ihren Kritikern den Vorwurf der Illoyalität zu machen. Im Gegenteil. Ich, die ich unseren Parteivorstand ja kenne, bin sehr weit entfernt von irgend solchen falschen Auffassungen oder Mißdeutungen, aber unsere Gegner könnten vielleicht auf die Idee kommen, daß dieser ganze große Donner und Blitz nur den Zweck hatte, abzulenken von den wirklichen Fragen, von der Frage, warum der Parteivorstand nicht auf der Höhe der Aufgaben war in der Aktion gegen den Imperialismus. . .

Vorsitzender **Dietz**: Die Redezeit ist längst zu Ende, ich habe Ihnen reichlich Zeit gelassen.

Rosa Luxemburg (fortfahrend): Ja, ich verteidige mich doch gegen solche Vorwürfe, daß ich glaube, Sie müßten mir noch ein paar Minuten schenken. (Bebel: Dann müssen aber auch alle anderen dies Recht haben!) Nun, dann will ich schließen. Ich wollte sagen, daß in der ganzen Marokkoangelegenheit der Parteivorstand nicht der Ankläger ist, sondern er ist derjenige, der sich vor allem vor uns verantworten muß für seine Unterlassungssünden. (Sehr richtig!) In einer wie unangenehmen Situation er war, das beweist ja am besten der Bericht des Genossen Müller. In meinem Leben habe ich noch nicht ein Bild einer so rührenden Hilflosigkeit gesehen. (Lachen. Bebel ruft: Na, na!) Deshalb nehme ich Eure Anschuldigungen nicht krumm, ich verzeihe Euch und gebe Euch den väterlichen Rat (Bebel: den mütterlichen Rat — große Heiterkeit): bessert Euch. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

Dr. **Lensch**: Ich bin in der seltenen Lage, mich zuerst gegen einen Vorwurf zu wehren, der gegen die „Leipziger Volkszeitung" erhoben ist. Es handelt sich darum, daß die Kritik des bekannten Marokkoflugblattes hier von Müller und auch in der Parteipresse als eine Handlung bezeichnet ist, die die Aktion der Partei deswegen besonders geschädigt habe, weil sie „mitten in die Aktion" gefallen sei. Dies Wort „mitten in die Aktion" ist ohne Frage ein außerordentlich populäres Argument, aber wenn man es genauer prüft, so wird man zugeben, daß es speziell in dieser Situation vollständig in sich zusammenfällt.

Schon die Tatsache allein ist nicht zu bestreiten, daß dieser Artikel die Aktion der Partei gegen die Marokkokrisis nicht geschädigt hat. Eine Woche nach diesem Artikel in der „Leipziger Volkszeitung" war ja die große Demonstration der Berliner Genossen, und wir sind alle einig, daß diese Aktion durch den Leitartikel in der „Leipziger Volkszeitung" nicht gelitten hat. Auch hat ja der Parteivorstand in seinen Manifesten gegen die „Leipziger Volkszeitung" und gegen die Genossin Luxemburg eine derartige Geringschätzung der Artikel, die in der Parteipresse erscheinen, gezeigt, daß er sagte: solange diese Sachen bloß in der Zeitung stehen, reagiere ich nicht darauf, aber als der Genosse Rosenfeld sie in der Versammlung erwähnte, war die Aktion so gefährdet, daß der Vorstand nunmehr während der Aktion darauf reagierte.

Was bedeutet überhaupt dieses Argument von der Kritik „während der Aktion"? Wir sind Sozialdemokraten, die immer in der Aktion sind, und wenn wir Kritik nur üben dürfen, wenn wir nicht in der Aktion stehen, dürfen wir überhaupt keine Kritik üben. Es ist auch nicht wahr, wie Genosse Müller es darstellte, als ob man in der ganzen Parteipresse nur einer Ansicht war über das Ungehörige dieses Artikels. Ich könnte auf mehrere Parteiblätter verweisen, so in Erfurt, Halle, Elberfeld, deren Haltung dieser Behauptung widerspricht. Sollte es dahin kommen, daß wir während der Aktion die Kritik unterdrücken, dann Parteigenossen, setzen Sie sich politische Schlafmützen in die Redaktionen der Parteipresse. Wir stehen bekanntlich immer im Kampfe. Es ist das Vorrecht eines Stubengelehrten, aber nicht eines politischen Kämpfers, darauf zu verzichten, während der Aktion Kritik zu üben an der Aktion der Partei. Ich erinnere daran, daß man in den letzten 1½ Jahren gegen die Kritik am Parteivorstand und an der „Neuen Zeit" immer wieder dasselbe Argument erhoben hat. Das geschah damals, als vor 1½ Jahren die Genossin Luxemburg über den Massenstreik polemisierte, und ebenso vor einem halben Jahre, bei der Kritik wegen der Abrüstungsfrage, hieß es: wir sind mitten in der Aktion. Muten Sie denn einem politischen Kämpfer zu, erst dann aufzustehen, wenn die anderen Leute sich schon zu Bette gelegt haben? Führt man dieses Argument logisch durch, daß man in der Aktion nicht kritisieren soll, so fällt überhaupt jede Kritik in sich zusammen. Wäre etwa am Sonntag oder am übernächsten Sonntag eine allgemeine Verbreitung des Flugblattes geplant gewesen, so hätte man vielleicht sagen können, das ist die Aktion, die wollen wir nicht stören. Dann hätte ich vielleicht mit mir reden lassen und gesagt, diese eine Woche wollen wir uns den Artikel noch verkneifen. (Heiterkeit.) Aber so steht es nicht. Es handelte sich um eine Stellungnahme des Parteivorstandes zur Politik des Imperialismus, und da war es selbstverständlich, daß der Parteipresse die Kritik freigegeben wurde.

Nun komme ich zu einem anderen Flugblatt in der Marokkoaffäre, dem Flugblatt, das hier verbreitet ist, und mit dem sich auch die Genossin Luxemburg schon beschäftigt hat, und wir müssen gestehen, dieses Marokkoflugblatt,

das den Vorzug genießt, vom Parteivorstand selber verfaßt zu sein, verrät keine glücklichere Hand als das erste. Ueber den Marokkoflugblättern des Parteivorstandes scheint ein ungünstiger Stern zu leuchten. Wenn man am Vormittag die Rede des Genossen Müller hörte, so hatte man die beruhigende Gewißheit, der Parteivorstand hat über die Marokkoaffäre „seine Akten in Ordnung". Seine Akten in Ordnung zu haben, ist ja ein sehr beruhigendes Bewußtsein. Aber es wäre auch sehr schön, wenn man daneben auch die politische Initiative in Ordnung hätte, und das ist es, was der Parteivorstand, und nicht bloß in letzter Zeit, so außerordentlich vermissen läßt. Genosse Müller erklärte ja, der Vorstand ist sich keiner Schuld bewußt und gibt nicht zu, irgend etwas versehlt zu haben. In diesem neuesten Marokkoflugblatt, wo die persönliche Verärgerung aus jeder Zeile dieses Flugblattes spricht, werden der Genossin Luxemburg die unerhörtesten Vorwürfe gemacht, Vorwürfe von Unterschlagung und anderen Dingen, so daß man meinen könnte, es müßte gegen sie wegen ehrloser Handlungen vorgegangen werden. Ich bewundere in dieser Situation, wo schon nachgewiesen ist, daß die sachlichen Argumente des Flugblattes nicht zutreffen, wo bewiesen ist, daß die „Leipziger Volkszeitung" nichts unterschlagen hat (Pfannkuch: Das Datum auch nicht!), auch nicht, daß es sich um eine Privatmeinung des Genossen Molkenbuhr handelte, ich bewundere, sage ich, den Mut, mit dem das Flugblatt davon spricht, sie „unterschlug" das und das, ihr Verfahren ist „illoyal", ein „geordnetes Parteileben würde unmöglich sein, wenn dieses Verfahren üblich werden würde". Ich bewundere diesen Mut des Parteivorstandes um so mehr — das sage ich dem Parteivorstand nach Leipziger Tradition direkt ins Gesicht —, weil er sich sagen mußte, daß gerade diese Schlußfolgerungen sich auch gegen den Parteivorstand selbst wenden können. Wenn er einer Genossin Unterschlagung und ähnliche Dinge vorwirft, und er sich im selben Augenblicke selbst nachweisen lassen muß — ich will keine scharfen Worte gebrauchen —, wie leicht er sich diese Argumentation gemacht hat, dann beneide ich den Parteivorstand nicht um die Leistung, die er hinter sich hat. (Unruhe.) Ich sage, nicht als subjektiv gewolltes, aber als objektives Ergebnis dieses Marokkoflugblattes haben wir nichts weiter als den Versuch, diese ganze Marokkodebatte, diese ganze Szenerie, über die wir uns beim Geschäftsbericht des Vorstandes zu unterhalten haben, auf ein falsches Gleise zu schieben. Hier handelt es sich nicht darum, ob die Genossin Luxemburg taktlos gewesen ist, ob sie unterschlagen hat oder sonst was, hier handelt es sich überhaupt nicht um die Genossin Luxemburg, sondern nur um die Frage: Hat der Parteivorstand in der Marokkofrage seine Pflicht erfüllt oder nicht? Das ist die Frage, die wir uns nicht verdunkeln lassen wollen. Die deutsche Sozialdemokratische Partei hat einen Anspruch darauf, zu wissen, welche Anschauungen in der Frage der Weltpolitik im Parteivorstande herrschen, sie hat ein Recht darauf, zu wissen, aus welchen Gründen diese Marokkoaktion nicht vorgenommen worden ist. Und da sage ich ganz offen, daß diese Veröffentlichung des Molkenbuhrschen Briefes, die man der Genossin Luxemburg oder der „Leipziger Volkszeitung" als Verbrechen auslegt, ein Verdienst gewesen ist. Wir müssen erfahren, nach welchen Anschauungen die imperialistische Politik im deutschen Parteivorstande betrieben wird. Die Anschauung Molkenbuhrs, die in diesem Briefe zum Ausdruck kommt, geht dahin, immer wieder Wahlrücksichten und nochmals Wahlrücksichten vorzuschieben, und von diesem Standpunkt aus die ganze Marokkoaktion zu behandeln. Dem gegenüber sage ich: Die Partei hat ein Recht darauf, zu diesen Anschauungen Stellung nehmen zu können. Das ist kein Privatbrief, den Molkenbuhr geschrieben hat. Als Mitglied des deutschen Parteivorstandes schreibt kein

Mensch Privatbriefe. (Widerspruch und Heiterkeit.) Gewiß! Die Vorstandsmitglieder sind neben ihrer politischen Tätigkeit als Vorstandsmitglieder auch Privatmenschen, aber in ihrer Stellung als Mitglieder des deutschen Parteivorstandes schreiben sie an auswärtige internationale Stellen keine Privatbriefe. (Bebel: Das ist ja lächerlich, sie können doch für ihre Person Privatmeinungen äußern!) Die Kritik bricht jetzt über den deutschen Parteivorstand herein. Das ist ein Vorgang, der im Parteiinteresse notwendig ist. Wir wollen uns darüber klar sein, daß jahrelang Zurückhaltung geübt wurde und daß sich im Laufe der Jahre soviel angesammelt hat, daß wir uns jetzt einmal sagen müssen: Jetzt müssen wir diese Rücksichten fahren lassen. (Vereinzelte Zustimmung.)

Dittmann-Solingen: Die Frage, die von den beiden Vorrednern hier behandelt worden ist, ist eine der wichtigsten Fragen, die überhaupt den Parteitag beschäftigen können. Es ist letzten Endes die Frage der Aktionsfähigkeit unseres Parteivorstandes in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung. Und es ist daher auch die Frage, ob es auf die Dauer bei dem gegenwärtigen Zustande in bezug auf die Zusammensetzung des Parteivorstandes so bleiben kann oder nicht. Das leitet hinüber zur Frage der Reorganisation der Parteileitung, die in den letzten Wochen in der Presse und in den Versammlungen im Lande überall besprochen worden ist. Ich kann leider darauf nicht eingehen, weil ich persönlich genötigt bin, zu einer anderen Frage zu sprechen. Das Blatt, in dessen Redaktion ich beschäftigt bin, die „Bergische Arbeiterstimme" in Solingen, gehört nämlich zu denjenigen Parteiblättern, denen die Ehre zuteil geworden ist, in dem berühmt gewordenen „Geheimerlaß" des Vorstandes mit Namensnennung gerüffelt zu werden. Und da bin ich doch wohl genötigt, mich mit diesen Dingen hier etwas näher zu beschäftigen, damit mir nicht der Vorwurf gemacht werden kann, ich hätte darauf geschwiegen, weil ich die Rüge des Parteivorstandes für berechtigt gehalten hätte. Auch diese Frage steht insofern in einer gewissen Parallele mit der Frage, die von der Genossin Luxemburg und dem Genossen Lensch behandelt worden ist. Alle beide zeigten, daß unsere Parteileitung sich in einer gewissen Abhängigkeit von der Zentralleitung der Gewerkschaften befindet. (Sehr richtig!) Es ist durch diese beiden Redner bereits darauf hingewiesen worden, daß die Gewerkschaften in Berlin es gewesen sind, die die Initiative zur internationalen Friedenskundgebung in Berlin ergriffen, und daß der Parteivorstand dabei, sagen wir drastisch, das fünfte Rad am Wagen gewesen ist. Und in der Frage des Geheimzirkulars liegen die Dinge so, daß der Parteivorstand sich direkt von der Generalkommission hat schieben lassen. Der Ausdruck ist nicht zu kraß, ich werde den dokumentarischen Nachweis führen. Es kann mir nicht einfallen, auf den Scherl-Konflikt selbst einzugehen und auf die sonstigen dabei in Frage kommenden Details. Unser Blatt, die „Bergische Arbeiterstimme", hat bis zur Veröffentlichung der Resolution der Gauvorsteher-Konferenz überhaupt keine besondere Stellung eingenommen, und wir wurden zur Stellungnahme erst durch folgenden Passus dieser Resolution veranlaßt: „Die Konferenz erblickt in der ungehörigen Art, in der einige sozialdemokratische Parteiorgane das Urteil des Tarifamts sowie die Stellungnahme des Verbandsvorstandes glossierten, einen neuen Beweis für die abfällige Beurteilung, deren sich die Buchdrucker seit Jahren von dieser Seite zu erfreuen haben. Sie bringt zum Ausdruck, daß eine solche Einmischung in interne Organisationsfragen nicht im Interesse der Arbeiterschaft liege und deshalb zurückgewiesen werden muß." In diesem Satze liegt nicht mehr und nicht weniger als das Verlangen, daß die Parteipresse sich überhaupt jeder Kritik an den Handlungen der leitenden Gewerk-

schaftsinstanzen zu enthalten habe. Und gegen ein derartiges Verlangen mußte die Parteipresse im Interesse ihrer Würde und im Interesse der Arbeiterklasse selbst Stellung nehmen. (Sehr richtig!) Es ist auch bezeichnend, daß die Aeußerungen, die später in dem Geheimzirkular und auch in der Erklärung der Generalkommission gerügt worden sind, nach dieser Resolution der Gauvorsteher gefallen sind, nicht vorher. Trotzdem ist aber diese Rüge an die Parteipresse bereits in der Resolution der Gauvorsteher enthalten gewesen. Der beste Beweis wohl, daß es sich nicht darum handelte, eine angeblich unsachliche Kritik zu treffen, sondern daß man jede Kritik der Parteipresse hat unterbinden wollen. (Sehr richtig!) Was war der Kern der Sache? Die „Holzarbeiterzeitung", eines der angesehensten Gewerkschaftsorgane, hat in einer ihrer letzten Nummern geschrieben: „Wir wollen doch die Standpunkte nicht verwischen. Es ist uns nicht eingefallen, das Tarifamt deshalb zu tadeln, weil es bemüht war, dem Tarif Anerkennung zu verschaffen. Hätte das Tarifamt nach gewissenhafter Prüfung entschieden, daß die Arbeiter tarifbrüchig geworden seien, dann hätten sie eben die Folgen ihrer Schuld zu tragen gehabt und es wäre schwerlich einem außerhalb des Verbandes Stehenden eingefallen, das Urteil zu kritisieren. Es ist ausschließlich jener Passus des Urteils, durch welchem der Unternehmer ermächtigt wurde, die Vertrauensmänner der Arbeiter zu maßregeln, der unsere Kritik herausfordert, und es bleibt uns noch heute unbegreiflich, wie geschulte Gewerkschaftler ein solches Vorgehen billigen können." Diese Bemerkung des Verbandsorgans der Holzarbeiter möchte ich den nach mir zum Worte gemeldeten Mitgliedern der Generalkommission Robert Schmidt und Legien zur ganz besonderen Beachtung empfehlen. (Sehr gut!) Das ist auch der Standpunkt, von dem aus die „Bergische Arbeiterstimme" Kritik geübt hat. Nach dem Geheimerlaß und dem Zirkular der Generalkommission mußte es scheinen, als ob die „Bergische Arbeiterstimme" den deutschen Buchdruckerverband „eine gelbe Streikbrecherorganisation" genannt hätte. Der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker" hat wochenlang Nummer für Nummer diese Behauptung aufgestellt und den Verbandsmitgliedern in sämtlichen Filialen dies suggeriert. Seit langem bringt er Artikel gegen die „Bergische Arbeiterstimme", gegen die „Freie Presse" in Elberfeld, gegen die „Essener Arbeiterzeitung" usw. Wollte man alle diese Spalten ausschneiden und zusammenkleben, es gäbe einen papiernen Lindwurm von der Länge dieses Saales — lauter Schimpfartikel gegen die Partei, vollgepfropft mit den saftigsten und knotigsten Ausdrücken, formale Beleidigungen, wie sie kein einziges Parteiblatt gegen eine Gewerkschaft überhaupt jemals gebraucht hat. (Zustimmung.) Die „Bergische Arbeiterstimme" hat vier Punkte festgestellt, von denen ihre Kritik ausgeht: 1. die tarifwidrige Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse, 2. die Maßregelung der Verbandsvertrauensmänner, 3. die Verfemung der gewerkschaftlichen Solidarität und 4. die Aufforderung der Verbandsleiter zum Streikbruch. Von diesem Standpunkt sind, dem Sinne nach, auch die „Holzarbeiterzeitung" und eine Reihe anderer Gewerkschaftsblätter ebenfalls ausgegangen. Die „Bergische Arbeiterstimme" hat gesagt: „wenn solche Handlungen, wie sie sich die leitenden Instanzen des Buchdruckerverbandes haben zuschulden kommen lassen, bisher von Hirsch-Dunckerschen, Christen, Gelben vorgekommen sind, so war die ganze Partei- und Gewerkschaftspresse einig in der Verurteilung dieser Vorgänge". Und in der Kritik, auf die es ankommt, da ist von uns gesagt: „Der Beschluß der Gauleiter-Konferenz wird in der ganzen freiorganisierten Arbeiterschaft jedenfalls lebhaftes Befremden und schärfste Verurteilung hervorrufen. Die Sprache dieses Beschlusses atmet den Geist eines unerträglichen Bureaukratenabsolutismus, der jede solidarische Handlung der

Mitglieder als Verbrechen brandmarkt und mit dem toten Buchstaben einen blinden Fetischkultus treibt. Das ist nicht die Sprache einer selbstbewußten freien und demokratisch verwalteten Arbeiterorganisation, die auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes steht, sondern die Sprache einer gelben Streikbrecherorganisation, die sich als Schutztruppe des Unternehmertums fühlt. Es ist nicht anzunehmen, daß die Mehrheit der Mitglieder des Buchdruckerverbandes diesen Beschluß billigt, so daß der Verband gerade in der Zeit der neuen Tarifrevision eine schwere innere Krisis durchzumachen haben wird, Dank dem Unverstand seiner führenden Elemente." (Die Redezeit ist abgelaufen, sie wird aber durch Zuruf verlängert. Bebel ruft: Für alle!) Die Sprache der Gauvorsteherresolution also, die Art, wie in ihr mit den Mitgliedern geredet wird, das hat die „Arbeiterstimme" gekennzeichnet. Aus der Gauvorsteherresolution klingt zweierlei heraus. Erstens eine Unterwürfigkeit nach der Unternehmerseite: „Zu Befehl, alleruntänigster Diener, Herr Kommerzienrat Büzenstein"; und andererseits ein barsches und herrisches: „Duck dich, kusch!" den eigenen Verbandsmitgliedern gegenüber. Diese Sprache ist das Empörende, das hat auch die Kritik der „Bergischen Arbeiterstimme" herausgefordert. Man kann sagen, sie sei scharf, schroff, kraß, aber sie war trotzdem eine durchaus sachliche Stellungnahme. (Glocke des Vorsitzenden.) Die Zeit gestattet es mir nicht mehr, darauf einzugehen. Ich muß deshalb abbrechen, aber ich bitte Sie, das eine im Auge zu behalten: es kommt darauf an, daß nicht durch die leitenden Instanzen der Gewerkschaftsbewegung ein Druck ausgeübt wird auf die Parteipresse, die notwendige Kritik an der Arbeiterbewegung, auch die notwendige Kritik an der Gewerkschaftsbewegung zu unterbinden. (Lebhafter Beifall.)

Oskar Hoffmann-Elberfeld: Als Mitglied der Redaktion der „Freien Presse" gehöre ich ja auch zu den Sündern, die die Polemik in einer Art geführt haben sollen, wie es unserer Sache nicht würdig sei. Man kann der „Freien Presse" nicht den Vorwurf machen, daß sie jemals die gewerkschaftlichen Interessen verletzt hätte; in der sachlichsten Form hat sie die Interessen der Arbeiter, speziell auch des Buchdruckerverbandes stets wahrzunehmen gewußt. Hier aber handelt es sich um einen Ausnahmefall, um einen Konflikt, der die ganze Arbeiterbewegung interessiert, und wir haben in der sachlichsten Form dazu Stellung genommen. Der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker" dagegen hat in der gröbsten Weise wochen- und monatelang gegen die „Freie Presse" und die Arbeiterpresse überhaupt Front gemacht. Es steht der Generalkommission nicht besonders schön an, in dieser Weise Kritik zu üben, zumal da Legien auf dem Dresdener Gewerkschaftskongreß selbst erklärt hat, daß man mit Seide keinen groben Sack näht. Es ist bezeichnend, daß man mit Rücksicht auf die politische Situation sachliche Kritik nicht mehr dulden will. Wundern muß man sich, daß der Parteivorstand jetzt erst zu einer solchen Maßnahme, wie es das Geheimzirkular darstellt, greift, wo doch der „Korrespondent" seit wer weiß wie vielen Jahren in der schärfsten Weise gegen die Arbeiterpresse polemisiert, in einer Weise, die manchmal unter jeder Kritik ist. Gerade in diesem Fall kann man die Rolle des Parteivorstandes nicht schön nennen. Die Generalkommission fühlt sich da in einer weit besseren Rolle, sie sucht die Interessen ihrer Beamten in jeder Form zu vertreten, aber der Parteivorstand desavouiert seine Parteipresse. Man kann doch nicht sagen, daß die Kritik nicht sachlich war. Selbst der „Korrespondent" sagt, daß die andere Parteipresse, die sich nicht so ausgedrückt habe, wie die „Bergische Arbeiterstimme", die „Freie Presse" usw., noch weit gefährlicher für den Buchdruckerverband sei. Da muß der Parteivorstand eine andere Sprache reden und von der Generalkommission ver-

langen, daß die Gewerkschaftsblätter das auch beachten. Wenn man weiter sieht, daß Döblin in den „Monatsheften" erklärt, die Gewerkschaftsbewegung müsse daher dringend fordern, daß verantwortliche Preßorgane den Gewerkschaften die Wahrung ihrer Aufgaben nicht erschweren, so haben wir das von der Gewerkschaftspresse noch viel mehr zu verlangen. Vor allen Dingen müssen wir die Unabhängigkeit der Parteipresse in jeder Beziehung verlangen.

Ledebour-Berlin: Ueber die letzten Fragen, die meine beiden Vorredner erörtert haben, will ich nur einige Worte sagen. Der Kern der berechtigten Beschwerden der Parteipresse — nicht des Parteivorstandes —, sondern der Parteipresse gegen den Vorstand, ist, daß er dieser Rüge seine Zustimmung gegeben hat, durch die nicht bloß der schlechte Ton der Parteipresse gerügt, sondern überhaupt die Kritik an der Gewerkschaftsbewegung unterbunden werden soll. (Zustimmung und Widerspruch.) Es ist darin ausdrücklich gesagt, daß die „Essener Volkszeitung" allerdings vorsichtig genug gewesen sei, im Ton nicht zu verstoßen, daß sie aber dem Sinne nach verletzende Kritik geübt habe, und das sei nicht zulässig. Es ist nicht bloß das Recht, sondern die Pflicht der Parteipresse, an allen Dingen öffentlich Kritik zu üben, die die Arbeiterbewegung berühren, und auch an Vorgängen, wo so gegen den Geist der Solidarität des Proletariats gesündigt ist, wie in der Angelegenheit der Buchdrucker. Nun zu der berechtigten Anklage gegen den Parteivorstand wegen seines Verhaltens in der Marokkoangelegenheit. Es hat sich hier niemand zu verteidigen außer dem Parteivorstand. Man hat der Genossin Luxemburg — ich habe das ja prophezeit — einen Strick aus der Veröffentlichung des Briefes zu drehen gesucht, man hat auch die wirklich unverantwortliche Uebereilung ausgenutzt, die sie mit der Kritik des Flugblattes geübt hat. Alles das wird jetzt benutzt, um den Kern der Frage zu vertuschen. Genossin Luxemburg hat mit mir sehr häufig in Konflikten gestanden, und wie ich die Genossin Luxemburg kenne, und wie ich mich kenne (Heiterkeit), werden wir im Laufe unseres hoffentlich noch recht langen Wirkens für die Partei noch öfter in Konflikt geraten. Aber das hält mich doch nicht ab, ausdrücklich zu erklären, daß, wenn es überhaupt jetzt in Deutschland zu großen Aktionen, zu großen Demonstrationen gegen den Krieg und die Kriegshetzer gekommen ist, nicht Müller, der hier den Glorienschein auf sich und seine Genossen herabzuwinden sucht, das Hauptverdienst daran hat, sondern die Genossin Luxemburg durch ihre Kritik. (Zustimmung, Widerspruch.) Wenn die Kritik nicht gekommen wäre, Genossen vom Parteivorstand, Sie säßen heute noch vergnügt da und hätten den Finger nicht gerührt (Heiterkeit bei den Mitgliedern des Parteivorstandes), ebenso vergnügt, wie Sie jetzt dasitzen. (Erneute Heiterkeit bei den Mitgliedern des Parteivorstandes. — Scholich-Breslau ruft: Ledebour wird es besser machen!) Weil ich weiß, daß man diese verwickelten Fragen hier nicht gründlich und vollständig erörtern kann, habe ich sie vorher im „Volksblatt für Halle" schriftlich niedergelegt.

Das Anklageflugblatt, das jetzt vom Parteivorstand gegen die Genossin Luxemburg veröffentlicht ist, das würde, wenn die Genossin Luxemburg nicht selbst den Brief vorher veröffentlicht hätte, die schwerste Selbstbezichtigung des Parteivorstandes sein. Was würde denn dabei herausgekommen sein, wenn, ohne daß eine Aktion nachträglich erfolgte, diese Geschichte in die Oeffentlichkeit gekommen wäre. Die Hauptsache ist: was von der Genossin Luxemburg publiziert wurde, folgte erst nach der vorherigen Veröffentlichung der grabierendsten Tatsachen. Ich habe in dem Halleschen „Volksblatt" die dokumentarischen Beweise dafür erbracht. Hyndman hatte schon im Frühjahr die schwersten Anklagen gegen den deutschen Parteivorstand er-

hoben, daß er nichts getan hat. (Zuruf vom Parteivorstand: Das stimmt nicht!) Ich habe auch nicht behauptet, daß Hyndman recht hat. (Bebel: Wozu dann die Anklage?) Aber der Parteivorstand wußte aus dem Vorgehen von Hyndman, aus seiner Anklage, daß der Parteivorstand auf die Anregungen nicht eingegangen sei, wie das im Auslande aufgefaßt und ausgenutzt wurde, und trotzdem ist er auf die abermalige Anregung nicht eingegangen, und der Vorsitzende der Federation in England hat dann auch wieder die Anklage gegen die deutsche Partei erhoben, daß sie die Aktion durchkreuzt hat, obwohl Frankreich, Spanien, England ihr mit Freuden zugestimmt haben. Sie sagen „vorläufig". Im Moment der Kriegsgefahr, wenn es sich um eine Aktion für den internationalen Frieden handelt, ist die Aktion sofort geboten. Da heißt es: jetzt oder nie. Das beweist uns ja auch, wie nachteilig die Ablehnung im Ausland gewirkt hat. Bei solchen Gelegenheiten gilt das Wort: der andere hört von allem nur das Nein. Das Nein hat das Ausland herausgehört, und das hat deprimierend gewirkt und das Ansehen der deutschen Partei im Auslande geschädigt. Wie damals Hyndman, wie ich gern glaube fälschlich, die Anklage gegen die deutsche Partei erhoben hat, so hat diesmal Macdonald, der Führer der Labour Party, ausdrücklich erklärt, als ihm seine nationalistische Erklärung im Parlament zum Vorwurf gemacht wurde: Die deutsche Partei tut ja nichts gegen den Krieg. Durch Ihr Nichtstun haben Sie im Ausland diesen Glauben erweckt, der nur ausgerottet werden kann dadurch, daß wirklich energisch vorgegangen wird. Nur dann kann der Anschein zerstört werden, daß die deutsche Partei entweder nicht wolle oder nicht wage, diejenigen internationalen Verpflichtungen zu erfüllen, die ihr aus ihrer Stärke erwachsen in dem Kampfe gegen die internationalen Unterdrücker. Eines der größten Probleme, deren Lösung der internationalen Sozialdemokratie noch harrt, ist die Frage, wie soll einem Kriege begegnet werden. Darüber, denke ich, sollte jeder Parteigenosse klar sein, daß es mit dem Handaufheben in einer Demonstrationsversammlung, und wenn es 200 000 Hände sind, mit Sympathiekundgebungen nicht getan ist. Die Frage ist zu erörtern, was zu geschehen hat. Auf die Einzelheiten will ich nicht eingehen. (Teilweise Heiterkeit.) Wir können nicht sagen, wir werden einen Generalstreik machen. Noch viel weniger aber können wir sagen, wir werden keinen Generalstreik machen. Aber wir müssen unter allen Umständen mit den Parteigenossen der fremden Länder uns verständigen. Das hätte längst eingeleitet werden müssen. Denn eine Aktion kann nicht von einem Lande allein ausgeführt werden, sondern nur von den Proletariern aller Länder muß gleichzeitig eine überwältigende Aktion ausgeführt werden, und bei der jetzigen Zerfahrenheit der Anschauungen der Sozialdemokraten der verschiedenen Länder ist die Einleitung einer solchen Aktion eben die Aufgabe vertraulicher Besprechungen unter den leitenden Genossen, Besprechungen, die sich vielleicht monatelang hinziehen werden, in denen alle Chancen der Entwickelung in den einzelnen Ländern zu erörtern sind. Als diese Aufgabe an den deutschen Parteivorstand herantrat, hat er sie leider nicht erkannt, sie nicht aufgenommen; er hat in dieser großen Situation versagt. Diese Situation kann jeden Augenblick wiederkehren, und deshalb ist es unsere Aufgabe, den Vorstand vorwärts zu treiben, um diese gegenwärtig größte und wichtigste Aufgabe des kämpfenden revolutionären Proletariats zu erfüllen. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Düwell-Berlin: Genosse Ledebour schloß mit der Aufforderung an die Parteigenossen, den Parteivorstand vorwärts zu treiben. Ich habe Anträge zu vertreten, die die Aktionskraft des Parteivorstandes stärken sollen. In seinem Bericht hat er bereits anerkannt, daß auch er eine solche Verstärkung

für notwendig halte. Die Antragsteller wollen allerdings weiter gehen, als Genosse Müller glaubte zugestehen zu sollen. Die Anträge sind aus der Erkenntnis erwachsen, daß mit der Entwickelung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet die Anforderungen an den Parteivorstand außerordentlich wachsen. Der erste Wahlkreis hat in seinem Antrag keine bestimmte Zahl genannt, weil man noch nicht weiß, ob die leitende Stelle, die durch den Tod des Genossen Singer frei geworden ist, in Zukunft amtlich oder ehrenamtlich besetzt werden wird. Der Antrag des Kreises Nieder-Barnim fordert die Anstellung von drei neuen Sekretären. Auch hier ist das Motiv gewesen, den Parteivorstand zu ergänzen, und die Kräfte der vorhandenen Personen nach Möglichkeit zu schonen. Wir stehen vor einem Wahlkampf, bei dem die Klassengegensätze wie noch niemals aufeinanderprallen werden. Bei diesem Kampf hat der Parteivorstand große Aufgaben zu erfüllen, und mit der Beendigung des Kampfes hören die erweiterten Aufgaben nicht auf. Die Interessengegensätze, die bei dem Wahlkampf diesmal eine noch nie dagewesene Rolle spielen werden, werden auch nach dem Wahlkampf in einem Ansturm auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet in die Erscheinung treten, und da sind an den Parteivorstand ganz außerordentliche Anforderungen zu stellen. Wenn man die Anträge rückschauend begründet, so muß man sagen, die Parteigenossen haben das Gefühl, daß, wenn der Vorstand in einer stärkeren Kopfzahl vorhanden gewesen wäre, vielleicht manche Differenzen, die im Laufe der Zeit erwachsen sind, nicht möglich gewesen wären; der Parteivorstand hätte dann ein wachsameres Auge auf die sich entwickelnden Differenzen und Meinungsverschiedenheiten haben und sie sicher oft schon im Keime ersticken können. Auch hat man hier und da das Gefühl gehabt, daß bei Bezirkstagen und sonstigen Veranstaltungen der Mangel an Personen im Parteivorstand die erforderliche Vertretung nicht erlaubt hat. Im Antrag 15 kommt zum Ausdruck, daß der Parteivorstand auch organisatorisch und politisch mit allen Parteiinstanzen einen viel engeren Konnex unterhalten soll. Schließlich kommt noch hinzu, daß der Kreis der Aufgaben des Parteivorstandes in Zukunft ein viel viel größerer werden wird. Nicht nur die Gegner werden stärker, auch unsere eigenen Reihen mehren und stärken sich. Auch unsere Parteipresse wird umfangreicher und stärker. Der Parteivorstand hat die Pflicht der Ueberwachung der Parteipresse in ihrer taktischen und prinzipiellen Haltung. Um diese Pflicht ausüben zu können, wären vielleicht ein oder zwei Personen nötig, die nichts anderes zu tun hätten, als sich dieser Aufgabe zu widmen, indem der eine Genosse die Haltung der Parteipresse, der andere ihre geschäftlichen Verhältnisse in seine Obhut zu nehmen hätte. Wenn das alles gemacht werden soll, dann ist zweifellos eine erhebliche Verstärkung des Parteivorstandes nötig. Wenn Müller bemerkte, der Parteivorstand würde auch zwei Sekretäre akzeptieren. (Bebel: Er muß annehmen, was beschlossen wird!) Nun, ich glaube, er würde es nicht unangenehm empfinden, wenn drei beschlossen würden. (Zuruf vom Parteivorstand: Warum nicht sechs?) Wenn der Parteivorstand es begründet, wird der Parteitag wohl auch sechs Sekretäre nicht ablehnen. Wir sind noch bescheiden und begnügen uns mit dreien. Bei dem Wachstum unserer Truppen müssen wir auch Generale haben, und deshalb bitte ich Sie, stimmen Sie den Anträgen zu.

Bebel: Ich werde nur auf einen Teil der gegen den Vorstand gerichteten Angriffe eingehen und zwar auf den rein politischen Teil. Das andere werden meine Kollegen im Vorstande, bezw. die Berichterstatter, erledigen. Ich habe mich zunächst mit der Sache Luxemburg zu befassen. Sie äußerte: es sei ein ganz ungewöhnliches Vorgehen, daß der Parteivorstand gegen sie beliebt habe. Das Vorgehen ist allerdings insofern ungewöhnlich, als vorher das Vorgehen

der Genossin Luxemburg sehr ungewöhnlich war. (Beifall.) Sie hat unser Vorgehen provoziert. Sie hat aus Verhandlungen, die entschieden vertraulicher Natur waren, sich erlaubt, bruchstückweise Veröffentlichungen zu machen, die alle Beteiligten als Indiskretion empfinden mußten. Und sie hat das in einer Weise getan, die mit der Wahrheit im Widerspruch steht. (Lebhaftes Hört, hört!) In der Konferenz, die ich am 30. Juli mit dem Sekretär des Internationalen Bureaus hatte, wobei auch diese Angelegenheit erörtert wurde, hat er mir gesagt, sie wären übereingekommen, künftig der Genossin Luxemburg als Mitglied des Internationalen Bureaus überhaupt keine Informationen mehr zu geben. (Beifall und Hört, hört!) Denn das sei nicht die erste Indiskretion gewesen. (Lebhaftes Hört, hört!) Ich habe darauf geantwortet: Tun Sie das nicht, darüber zu verhandeln ist Sache des Internationalen Bureaus. Nun hat die Genossin Luxemburg behauptet, sie habe sich eine unrichtige Darstellung der Dinge nicht zuschulden kommen lassen. Sie hat die Sache so dargestellt, als wenn sie in durchaus loyaler und korrekter Weise verfahren sei. Sie habe nur ausgeführt, daß wahrscheinlich die übrigen Vorstandsmitglieder sich der Ansicht Molkenbuhrs angeschlossen hätten. Das ist eine Vermutung, für die sie nichts als ihre eigene Meinung hat. Sie hat in dem Briefe Molkenbuhrs den ersten Satz weggelassen, in dem es heißt: „In einer Vorstandssitzung habe ich Ihren werten Brief noch nicht vorlegen können." Trotzdem erweckt sie in ihrem ganzen Artikel die Meinung, daß der Vorstand die Ansicht Molkenbuhrs teile. Sie schreibt klipp und klar: „Endlich kommt in der Stellungnahme des Parteivorstandes eine allgemeine Auffassung über den Wahlkampf zum Ausdruck, die uns nicht einwandfrei erscheint." Die Ansicht Molkenbuhrs wird also ohne weiteres als die des Parteivorstandes hingestellt. Wenn das nicht eine Verdrehung ist, dann gibt es überhaupt keine Verdrehungen. (Lebhafter Beifall.) Die Parteipresse, die natürlich nicht informiert war, hat dann zum Teil in dasselbe Horn gestoßen und Beschuldigungen gegen den Vorstand erhoben, die nicht berechtigt waren. Die Genossin Luxemburg hat weiter behauptet, daß Molkenbuhr und der Vorstand die Konferenz glatt abgelehnt haben. Sie konnte diese Behauptung nur aufstellen, weil sie den Schlußsatz unterschlagen hat. Sie druckt den ganzen Brief ab, läßt aber den ersten Satz und den Schlußsatz weg, in dem gesagt wird, daß wir vorläufig mit der Besprechung warten könnten. (Lebhaftes Hört, hört!) Molkenbuhr war also mit einer Besprechung im Internationalen Bureau einverstanden, er sagte nur: vorläufig könnten wir warten. Das ist der Schluß des Briefes. Da appelliere ich nun an den ganzen Parteitag, da appelliere ich an die ganze Partei und frage: hat die Genossin Luxemburg damit nicht eine ganz falsche Darstellung von der Sache gegeben? (Stürmische Zustimmung, Rufe: Es ist eine Niedertracht!) Sie hat die Haltung des Parteivorstandes vollständig falsch dargestellt. Sie hat nicht allein den Brief Molkenbuhrs mißhandelt, sie hat auch meine Auslassungen mißhandelt. Sie kommt darauf zu sprechen, daß ich am 10. Juli mitteilte, daß ich der geplanten Marokkokonferenz beiwohnen wollte. Sie behauptet dann, zwei Tage später hätte ich abgelehnt. Das ist einfach nicht wahr! (Hört, hört!) Ich habe vielmehr erklärt und zwar am 12. Juli, daß die Marokkofrage neuerdings einen Charakter angenommen habe, so daß mir zunächst eine Konferenz des Internationalen Bureaus nicht empfehlenswert erscheine. Ich erklärte, wir wollten einstweilen mit der Einberufung warten und unser Pulver nicht zu frühzeitig verschießen. Daraus macht die Genossin Luxemburg eine glatte Ablehnung. Das ist ein ungewöhnliches Verfahren. Sie hat auch wieder vollständig unterschlagen und verschwiegen, daß ich mit Huysmans zusammengekommen bin und darauf hingewiesen habe, daß er wohl selbst die inzwischen eingetretene Verschärfung des

Marokkokonfliktes nach der Rede Lloyd Georges erkannt habe. Er solle die Angelegenheit scharf im Auge behalten und, sobald sich die Notwendigkeit einer Einberufung des Internationalen Bureaus ergebe, nicht nur die Mitglieder der zunächst interessierten Staaten einberufen, sondern das ganze Bureau. (Hört, hört!) Denn die Frage sei eine internationale, und ein daraus entstehender Krieg würde jedenfalls ein Weltkrieg werden. Hier geht also die deutsche Vertretung allein weiter als alle anderen Vertreter, die in der Frage der Konferenz das Wort nehmen. Was verlangten die Franzosen und die Engländer? Nur eine Zusammenkunft zwischen Frankreich und Spanien, dann nachher eine Zusammenkunft zwischen England, Frankreich und Deutschland. Ich ging aber weiter und sagte: so kann das nicht gehen, die Frage ist international, darum muß das ganze Bureau zusammentreten. Ich habe mit Huysmans verabredet, daß die Eröffnung der Internationalen Konferenz durch eine große Demonstration in Brüssel eingeleitet werden sollte; das alles hat die Genossin Luxemburg nicht mitgeteilt. Ihre ganze Darstellung über das Verhalten des Parteivorstandes ist von A bis Z falsch oder mißverstanden worden. Das ist das allermindeste, was man darüber sagen kann. Nun hat sich Ledebour auf die dokumentarische Darlegung berufen, die er der Sache gegeben hat. (Ledebour: Wie das gewirkt hat!) Dann hätten Sie auch sagen müssen, daß die Sache schon verhandelt wurde, und welches Resultat die Verhandlung hatte. Davon hören aber die Leser nichts. In der Ausführung, die in der „Justice" enthalten sind, habe Hyndman die deutsche Partei angeklagt, man sei dreimal wegen Friedensdemonstrationen an sie herangetreten, hätte aber regelmäßig eine Ablehnung erfahren. Die Sache wurde zunächst in der Fraktion besprochen, wo Ledebour sie vorbrachte. Wir waren ganz verdutzt, wir, die Mitglieder des Internationalen Bureaus, hatten nicht mal von einer einzigen Anfrage etwas gehört. Wir erkundigten uns, erhielten aber keine Auskunft. Auch das Internationale Bureau hat uns erklärt: wir wissen nichts davon. Auch aus England konnten wir keine Antwort erhalten. Ich habe nun den Genossen Quelch gefragt, der heute den Verhandlungen beiwohnt und der derselben Organisation angehört wie Hyndman, und was kam dabei heraus? Zu einer Zeit, als die Marokkofrage gar keine Rolle spielte, hätten sie einmal an uns geschrieben, wir sollten eine gemeinschaftliche Friedensdemonstration machen, und die Deutschen hatten abgelehnt. Das war aber im November 1909. (Große Heiterkeit.) Ich weiß aber auch von dieser Sache nichts. Auch Molkenbuhr weiß nichts davon. Die ganze Geschichte schwebt in der Luft. Und auf Grund dieser Tatsachen erklärt Ledebour in vollem Brustton der Ueberzeugung und der Entrüstung: die Deutschen wollten nichts tun. Und doch haben wir überall unsere Pflicht getan. Wenn es eine Nation gibt, das sage ich ohne irgendeine andere verletzen zu wollen, die gegenüber der Internationale alle Zeit in erster Linie ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit getan hat, dann war es die deutsche Partei. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Es ist eine der schwersten Herabwürdigungen der eigenen Partei, wenn solche in keiner Weise begründeten Angriffe gegen uns erhoben werden. (Erneuter Beifall.) Alle Zeit haben wir unsere Schuldigkeit getan. Wir sind zum Beispiel materiell und finanziell für die Opfer der russischen Revolution eingetreten und haben eine halbe Million Mark dafür aufgebracht. Das ist weit mehr, als die ganze Internationale zusammen aufzubringen imstande war. (Beifall.) Ueberall haben wir ähnlich gehandelt. Die ganze Darstellung der Genossin Luxemburg ist durch und durch unrichtig. Daß diese Darlegung, die seit Wochen durch die Presse ging, große Aufregung verursachte, ist verständlich. Nun glaubt man mit dem Parteivorstande gründlich abrechnen zu müssen. Ich habe mich nur über eines gefreut, nämlich, daß Ledebour forderte, man müsse vertrauliche

Besprechungen abhalten. Vertrauliche Besprechungen? Die Genossin Luxemburg bringt auch die allervertraulichsten Besprechungen an die Oeffentlichkeit. (Heiterkeit.) Sie sind ja alles Genossen und Genossinnen, die in der Organisation erfahren sind. Nun frage ich Sie alle auf Ehre und Gewissen, ob nicht in jeder Organisation vertrauliche Zusammenkünfte und schriftliche Erörterungen stattfinden, die man vorläufig oder überhaupt verschweigt? (Sehr richtig!) Wie will denn der Vorstand mit den Landes- und Bezirksvorständen anders beraten? Wie würden wir uns wehren, wenn auf einmal die vertraulichen Zirkulare oder privaten Veröffentlichungen allgemein bekanntgegeben werden, weil das einem Querkopf so einfällt! (Lebhafte Zustimmung.) Die Landesorganisationen, die Bezirksorganisationen, die gewerkschaftlichen Organisationen müssen es ebenso machen. Wenn eine Gewerkschaft zum Beispiel in einen großen Kampf verwickelt ist, dann ist es absolut notwendig, daß die Verhandlungen streng vertraulich geführt werden. (Sehr richtig!) Soll das alles veröffentlicht werden, was da erwogen wird? Der ganze Verband würde dann in die Luft gesprengt werden. (Zustimmung.) Ueberlegt Euch das! Dann wißt Ihr, was Ihr von der Kampfesweise der Genossin Luxemburg zu halten habt. Sie hat es im vorigen Jahre mit Kautsky ebenso gemacht. Als er sich damals in den Streit mit ihr einließ, erklärte ich: Du hättest gescheiter getan, Deine Feder verrosten zu lassen. (Hört, hört!) Da nimmt sich die Genossin Luxemburg heraus, reine Privatbriefe Kautskys zu veröffentlichen. Das hat Kautsky natürlich mit vollem Recht als eine grobe Indiskretion angesehen. Von dem Augenblick an habe ich mir vorgenommen, nicht etwa, du willst nicht mehr an die Genossin Luxemburg schreiben — das geht nicht — aber du willst ihr nichts schreiben, wodon sie möglicherweise Gebrauch machen könnte. (Heiterkeit.) Das ist die Wirkung ihres Auftretens, das haben Sie erreicht, und das stimmt genau überein mit der Ansicht, die das Internationale Bureau von Ihnen hat. Ich war es, wie gesagt, der abriet, daß der Vorschlag ausgeführt würde.

Noch eins, man verlangt vom Parteivorstand immerfort Initiative. Ganz meine Meinung. Glauben Sie denn, ich wäre mit dem Parteivorstand immer zufrieden? (Große Heiterkeit.) Da irren Sie sich. Ich habe manchmal meinen Kollegen gesagt: seid nur froh, daß ich Euer Kollege bin. (Große Heiterkeit.) Wenn ich der nicht wäre, Euch ginge es schlecht. Die hätte ich ganz anders geschüttelt als Ihr alle. (Stürmische Heiterkeit.) Es ist auch eine ganz falsche Darstellung der Genossin Luxemburg, als sei der Parteivorstand der Meinung, er sei gewissermaßen eine sakrosankte Einrichtung, die man nicht kritisieren dürfe. Der Schlußsatz unseres Schreibens lautet ausdrücklich: „Es ist der Genossin Luxemburg gutes Recht, die Handlungen oder Unterlassungen des Parteivorstandes zu kritisieren; aber es sollte jedes Mitglied der Partei es unter seiner Würde halten, mit illoyalen Waffen und irreführenden Darlegungen einen Kampf zu führen." Ich möchte den Parteigenossen sehen, der es sich gefallen lassen würde, wenn man ihm sagte: Du darfst den Parteivorstand nicht kritisieren. Wir würden doch nicht die Partei sein, die wir sind, wenn wir so dumm wären, die Kritik zu verbieten. Selbstverständlich hat jeder Genosse das Recht zu kritisieren, ebenso wie es unser Recht ist zu antworten, wenn wir es der Mühe für wert halten. (Heiterkeit.) Aber die Kritik zu verbieten, fällt keinem ein, das ist in einer demokratischen Partei wie der unsrigen ganz unmöglich. Ich habe mich oft gewundert, daß Ihr so wenig an uns kritisiert, es ist viel mehr an uns zu kritisieren als Ihr glaubt, ich will Euch aber nicht alles sagen. (Große Heiterkeit.) Uns tut die Kritik nicht weh, wenn Sie glauben, man müsse uns vorwärts schieben, nun, wir lassen uns ganz gern schieben, vorausgesetzt, daß die Schiebung nach

der richtigen Seite hin geht, und daß wir von der Richtigkeit überzeugt sind. Sind wir davon nicht überzeugt, dann werden wir uns nicht schieben lassen. Also donnert weiter, über den Erfolg bin ich außer Zweifel. (Stürmischer Beifall.)

Grumbach-Kolmar: Da Bebel die Freundlichkeit hatte, zu schließen mit den Worten, donnert weiter, so werde ich trotz meines innigen Wunsches, dem Parteivorstand Liebenswürdigkeiten zu sagen, eine kleine Kritik üben. Ich werde mich dabei bemühen, weder etwas Illoyales zu tun, noch eine Indiskretion zu begehen. In der Kritik des Verhaltens der Genossin Luxemburg stimme ich vollkommen mit Bebel überein, obwohl ich nicht umhin kann zu erklären, daß ich die Art und Weise, wie der Parteivorstand in der Marokkosache vorging, nicht für richtig gehalten habe. Aber es ist sein gutes Recht, Fehler zu machen wie jeder andere, und wir haben das Recht, an der richtigen Stelle Kritik zu üben. Wie unvorsichtig der Parteivorstand in dieser Frage war, will ich Ihnen an einem Beispiel beweisen. Sie werden wissen, daß sowohl in Berlin als auch in Paris große Demonstrationen der deutschen und der französischen Arbeiter stattgefunden haben. An der Demonstration in Paris will ich Ihnen zeigen, welchen schweren Fehler die deutsche Partei gegen die französische beging. (Hört! hört!) Vor dieser Demonstration, die ausgegangen ist von der Confédération Générale du Travail, fand in Paris eine Demonstration statt, die von der französischen sozialdemokratischen Partei ausging. Zu dieser Demonstration wurde der deutsche Parteivorstand vom Nationalrat, das heißt von einem kleinen Kongreß der französischen Partei, telegraphisch aufgefordert, Delegierte zu schicken. Die Depesche wurde vier Tage vorher abgesandt, aber leider war es dem Parteivorstand durch eine Verkettung von Umständen, auf die ich nicht eingehen will und die ihn entschuldigen mögen, nicht möglich, einen Delegierten zu schicken. Bei der Demonstration der sozialdemokratischen Partei war der deutsche Parteivorstand vertreten durch eine sehr große Depesche, unterzeichnet von allen Parteivorstandsmitgliedern, die auch auf die 6000 bis 7000 Versammlungsbesucher den nötigen Eindruck hervorrief. Aber bei der Demonstration der Syndikalisten war er durch Delegierte vertreten. Und nun ergibt sich, angesichts der sehr komplizierten innerpolitischen Parteiverhältnisse Frankreichs, eine sehr seltsame Lage, die ich Ihnen an einem Beispiel, übertragen auf Deutschland, klarmachen will. Nehmen Sie an, die deutsche Generalkommission würde der deutschen sozialdemokratischen Partei nicht nur feindlich gegenüberstehen, sondern die Gewerkschaftsmitglieder auffordern, der sozialdemokratischen Partei fernzubleiben oder aus ihr auszutreten, und nun würden zwei Demonstrationen gemacht, eine von der sozialdemokratischen Partei und eine von der Generalkommission, und zu der von der Partei veranstalteten Demonstration würde die französische Partei nur ein Telegramm schicken, zu der Demonstration der Generalkommission dagegen, die die Sozialdemokratie aufs schärfste bekämpft, würde sie ihre namhaftesten Vertreter entsenden. (Hört! hört!) Es ist kein Vorwurf gegen den Parteivorstand, sondern eine Folge der sehr komplizierten Verhältnisse in Frankreich, daß es so war. Aber es ist zweifellos auch eine Folge einer gewollten oder ungewollten Unkenntnis der Verhältnisse in Frankreich, die sich der deutsche Parteivorstand nicht erlauben darf. Ich kann schon glauben, daß der Vorstand die gute Absicht hatte, wieder gutzumachen, was er gefehlt hatte, indem er keinen Delegierten zur Demonstration der Partei entsandte. Ich glaube, daß er von der guten Absicht beseelt war, zu zeigen, wie einig die Proletarier der beiden Nationen sind, und deshalb bin ich auch in der Beurteilung dieser Dinge sehr milde, soweit meine Jugend es mir erlaubt, gegenüber dem Parteivorstand milde zu

sein. (Heiterkeit.) Tatsache ist, daß das in Frankreich aufgefallen ist und daß die Syndikalisten das ausbeuten werden, und daß die Autorität der C. G. T. gestärkt wurde. Ich kann es mir kraft meiner Stellung, da ich nicht Beauftragter der französischen Partei bin, erlauben, das in aller Freundschaft zu sagen. Hätte Ledebour diese Frage nicht angeschnitten, dann hätte ich überhaupt nicht dazu gesprochen. Meiner Meinung nach muß diese Angelegenheit im Internationalen Bureau besprochen werden, und ich würde es sogar bedauern, wenn die französische Partei in einer Sitzung des Internationalen Bureaus nicht die Gelgenheit benutzen würde, in aller Ruhe und Sachlichkeit den Vertretern der deutschen Partei zu sagen: So etwas darf nicht wieder vorkommen. Andererseits hat die Erwähnung dieser Tatsache das Gute, daß die Schlußfolgerungen, die ein Teil der bürgerlichen Presse in Frankreich daraus gezogen hat, widerlegt werden können, und daß wir zeigen können, daß gewisse Maßnahmen des Parteivorstandes nicht bedeuten, daß er mehr auf seiten der Syndikalisten steht, daß er in der Frage der Marokkopolitik nicht lässig ist, sondern nur daß die Regierungen sich nicht gerichtet haben nach dem, was der Parteivorstand beschlossen oder nicht beschlossen hat. (Heiterkeit.) Molkenbuhr hat in seinem Brief an Huysmans geschrieben: „Würden wir uns vorzeitig so stark engagieren und selbst alle Fragen der inneren Politik hinter die Marokkofrage zurückstellen, so daß daraus eine wirksame Wahlparole gegen uns geschmiedet werden könnte, dann sind die Folgen nicht abzusehen." Ja natürlich, es ist unangenehm, wenn plötzlich im letzten Augenblick eine solche Frage auftaucht, aber wir können doch nicht verhindern, daß die Ereignisse selbst automatisch diese Frage in den Vordergrund rücken, und damals, als der Brief geschrieben wurde, am 8. Juli, war die Frage schon sehr brennend gewesen, das waren die gefährlichsten Tage der Marokkopolitik. (Zuruf: Alle Tage sind gefährlich! — Bebel: Aber Jaurès ist nach Amerika gereist!) Ich bedaure das. Ich gebe zu, daß Jaurès nach Schluß der Kammer nach Argentinien abgereist ist, auf Grund einer früheren Verpflichtung, die er vielleicht hätte lösen müssen angesichts der sehr gefährlichen Lage. Ich möchte noch einmal versuchen, liebenswürdig zu sein. (Bebel: Das waren Sie ja immer! — Heiterkeit.) Was ich gesagt habe, war kein Vorwurf, sondern nur die Aufrollung einer gewissen Seite der Marokkofrage, die sehr wichtig ist. Solche ungewollten Mißgriffe dürfen nicht mehr vorkommen, sondern wir müssen zeigen, daß die sozialistischen Parteien beider Länder solidarisch sind. (Bravo!)

Klara Zetkin: Wahrscheinlich stoße ich bei der Majorität auf Widerspruch, wenn ich das Folgende erkläre: Mein Eindruck von dem Vorgehen des Parteivorstandes und Bebels Rede ist der: die Parteigenossen haben das Recht, Kritik an den Aktionen des Parteivorstandes zu üben, wer aber dieses Recht gebraucht, läuft sehr leicht Gefahr, abgekanzelt und bestraft zu werden. (Widerspruch. — Zustimmung bei einem Teil der Delegierten. — Frohme: Da hört doch alles auf!) Ich kann mich den Behauptungen Bebels und den Auslassungen des Parteivorstandes nicht anschließen, so bestechend sie auch scheinen mögen, daß Genossin Luxemburg irrezuführen gesucht und die Meinung Molkenbuhrs als die des Parteivorstandes schlechtweg hinzustellen gesucht hat. Genossin Luxemburg hat ausdrücklich erklärt, daß der Brief die private Meinungsäußerung des Genossen Molkenbuhr sei. Wenn sie im weiteren Verlauf ihrer Ausführungen aus dem Brief Schlüsse auf die Haltung des Parteivorstandes gezogen hat, so hat sie nicht bloß ihre persönliche Vermutung ausgedrückt, sondern sie hat sich auf einen bestimmten Tatbestand gestützt. Dieser Tatbestand aber heißt die Untätigkeit des Parteivorstandes ungefähr während eines ganzen Monats. (Sehr richtig!) Vergessen wir nicht, daß der

Briefwechsel, auf den sich Bebel beruft, aus der ersten Hälfte des Juli stammt, während der Aufruf des Parteivorstandes zu Protestversammlungen erst am 9. August erfolgt ist. (Sehr wahr!) In der ganzen Zeit ist von seiten des Parteivorstandes auch nicht die kleinste Meinungsäußerung in der Oeffentlichkeit erfolgt, wie er sich zu der aus dem historischen Moment herausgewachsenen Aufgabe der Sozialdemokratie gegenüber dem deutschen Proletariat und der sozialistischen Internationale stellt. Bebel meint freilich, eine solche Stellungnahme sei nicht notwendig gewesen, über sie könne man nicht im Zweifel gewesen sein. Er beruft sich darauf, daß in seinem Brief ja ausdrücklich stand, daß nur zunächst von der Verständigung über die nötigen Schritte Abstand genommen sei. Ja das „zunächst" ist eben der springende Punkt für uns. (Sehr richtig!) Es handelte sich nicht darum, am Sankt Nimmerleinstag zu handeln, oder wenn die Hauptwelle der Bewegung verrauscht war, sondern sofort aktiv einzugreifen. (Sehr richtig!) Das ist der Punkt, auf den es uns ankommt, und alles Drehen und Deuteln ändert nichts daran, daß der Parteivorstand in der Angelegenheit nicht von Anfang an die nötige Entschiedenheit gezeigt hat. Dafür einen Beweis, selbst auf die Gefahr hin, daß man auch mir den Vorwurf der Indiskretion macht. Ich würde das Folgende nicht anführen, wenn Genosse Müller sich heute morgen nicht so breit und positiv über die Entschlossenheit des Parteivorstandes, in der Sache vorzugehen, geäußert hätte. Nachdem die beanstandeten Artikel in der „Leipziger Volkszeitung" erschienen waren, hatte die Kontrollkommission, die zufällig gerade zu der Zeit in Berlin war, eine gemeinsame Sitzung mit dem Parteivorstand. In ihr wurde auch die Frage dieser Artikel bezw. der Stellungnahme zum Marokkohandel angeschnitten. Wir hatten noch nicht alle betreffenden Artikel gelesen und konnten uns mithin nicht zu ihnen äußern. Die Mehrzahl der Mitglieder der Kontrollkommission war jedoch der Ueberzeugung, daß der Parteivorstand in der Sache selbst lässig gewesen sei, daß er hätte rascher zugreifen und entschiedener handeln müssen. (Ebert: Das ist nicht wahr, Sie haben selbst gesagt, es ist nichts versäumt!) Ich habe gesagt, es ist noch nicht zu spät, aber es ist reichlich spät. (Hört! hört!) Ich stelle fest, daß ein Teil der Mitglieder des Parteivorstandes derselben Meinung war (erneutes Hört! hört!); daß ein anderer Teil die Ansicht vertrat, es wäre klüger gewesen, bis jetzt abzuwarten, weil die Situation sich unaufhörlich ändere; daß andere Mitglieder der Ueberzeugung Ausdruck gaben, eine Protestaktion sei gewiß gut, wenn sie zustande käme, aber man wäre ja nicht ganz sicher, ob sie Erfolg hätte. Eine Einstimmigkeit in der Sache war nicht vorhanden. Es wurde uns erklärt, der Parteivorstand werde die Anregung der Kontrollkommission in Erwägung ziehen, eine Massenaktion durch Versammlungen und Flugblätter zu entfalten. Als Genosse Müller heute mitteilte, daß der Parteivorstand energisch und einheitlich in die Aktion eingetreten sei, hat mich das gefreut. Aber es ändert nichts an der Tatsache, daß zuerst, daß zu einem früheren Zeitpunkt diese Einmütigkeit und diese Entschiedenheit noch nicht vorhanden gewesen sind. Ich fühle mich verpflichtet, angesichts der Situation das hier festzustellen. (Sehr gut!) Meiner Ansicht nach ist es eine unabweisbare Pflicht für die Partei, dafür zu sorgen, daß ihre Beauftragten die Initiative gerade in einem solchen Moment ergreifen, der die deutsche Arbeiterklasse den schwersten Gefahren entgegenführen kann, und der daher die Sozialdemokratie vor die verantwortungsreichsten Aufgaben stellt. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist für die Partei bedeutend wichtiger als die Streitfrage um den sogenannten Fall Luxemburg, den man mit Unrecht in den Vordergrund geschoben hat. (Sehr richtig!) Die Situation war derart, daß wir sagen mußten, entweder kommt es zum Weltkrieg, oder es erfolgt eine

Steigerung des Rüstungswahnsinnes, und es tritt damit die Gefahr des Weißblutens der Nationen ein. Auf alle Fälle lag deshalb die Pflicht, die Notwendigkeit vor, in schnellster Weise tatkräftig die Massen zur Aktion aufzurufen. (Sehr richtig!) Das hat der Parteivorstand meiner Meinung nach etwas sehr nachträglich getan. Das müssen wir gerade auf diesem Parteitag offen aussprechen, der sich mit Fragen der inneren Organisation zu beschäftigen hat, die sich darum drehen, unseren Parteivorstand politisch aktionsfähiger zu machen. Unsere leitende Instanz muß so organisiert werden, daß der Parteivorstand in jedem Augenblick an der Spitze der Aktionen steht. Wenn wir aber diese Aktionsfähigkeit, wenn wir insbesondere den festen inneren Zusammenhang zwischen der Leitung der Partei und den Massen aufrechterhalten wollen, so müssen wir als das kostbarste, als das unantastbare Gut das Recht der freien Kritik auch an den Handlungen des Parteivorstandes aufrechterhalten. (Sehr richtig!) Denn aus der Kritik heraus wächst die lebendige Kraft, welche die Leitung in jedem Augenblick, in jeder verantwortungsreichen Situation in die Lage versetzt, führend an der Spitze vorangugehen. (Lebhafter Beifall.)

Robert Schmidt-Berlin: Es ist Ihnen bekannt, daß im Juli eine Anzahl französischer Gewerkschaftsführer nach Berlin kamen, um sich die Einrichtungen unserer Gewerkschaftsorganisationen anzusehen. Von dieser Seite wurde der Wunsch geäußert, auch in Berlin in einer großen Versammlung einmal zu Worte zu kommen. Da die Marokkofrage im Mittelpunkt des Interesses stand, lag es nahe, sich mit der Erörterung dieser Frage zu beschäftigen. Selbstverständlich konnten wir diesen Wunsch nicht ablehnen; wir taten in dieser Situation, was uns richtig erschien, wir verständigten uns mit der Parteileitung. Es ist also in Uebereinstimmung zwischen Gewerkschaften und Partei die Demonstration zustande gekommen. Nun wird gesagt, die Veranstaltung in Paris habe diesen Charakter nicht getragen, diese Veranstaltung sei nicht mit Zustimmung der Partei zustande gekommen. Das ist zum Teil richtig. Wir standen vor einer vollendeten Tatsache, als uns die französische Confédération du Travail bekanntgab, sie habe eine große Kundgebung in Paris veranstaltet, zu der sie die Generalkommission einlade. Wir haben uns in einer etwas unangenehmen Situation befunden, weil wir wünschten, daß solche Kundgebungen im Einverständnis mit der deutschen und französischen Partei stattfinden und haben von Anfang an an die französischen Gewerkschaften die Forderung gestellt, daß auch die französische Partei eingeladen werde. Gegen die Hinzuziehung der deutschen Partei wurde von französischer Seite nichts eingewandt. Wer aber die französischen Verhältnisse kennt, und Grumbach kennt sie, der weiß, daß es unter der gegenwärtigen Situation nicht möglich war, von den französischen Gewerkschaftsführern die direkte Einladung der französischen Partei zu verlangen. Wir standen also vor der Entscheidung der Frage: Sollen wir bei dieser Kundgebung, von der uns die Confédération du Travail sagte, daß bereits aus Spanien, England, Holland und Belgien die Zustimmung eingelangt sei, fehlen, weil die Partei in Frankreich nicht eingeladen ist? Wir haben uns gesagt, es würde nach außen hin bei der internationalen Verbindung, die die Gewerkschaften zueinander pflegen, einen außerordentlich unangenehmen Eindruck machen, wenn wir an dieser Frage die Beteiligung scheitern ließen. Wir haben uns ausdrücklich versichert, daß die französische Partei der Situation Rechnung getragen hat. Es ist uns versichert worden, daß die Partei in Frankreich der Sache sympathisch gegenüberstehe und die Kundgebung unterstütze. (Hört! hört!) Das gab uns die Beruhigung, daß wir auch eventuell unter diesen Umständen teilnehmen konnten. Wir haben

aber bei unserer Ankunft in Paris noch einmal darauf hingewirkt, daß die französische Partei eingeladen werde. Nach eingehenden Verhandlungen erreichten wir, daß auf unseren Wunsch die französische Partei eingeladen wurde, und sie war auch auf der großen Kundgebung in Paris vertreten. (Hört! hört!) Damit waren alle Schwierigkeiten beseitigt und ich glaube, Sie werden es verstehen, daß wir in einer solchen Situation nicht aufs neue Irrtümer und falsche Meinungen über die Stellung der deutschen Arbeiterbewegung zu solchen internationalen Kundgebungen aufkommen lassen konnten. Fragen der Kompetenz müssen nach meiner Ansicht in solchen Fällen zurücktreten. Auf der anderen Seite lag uns daran, das Verhältnis mit der französischen Gewerkschaftsbewegung enger zu knüpfen als bisher. Wir haben mit unserer Meinung nicht zurückgehalten, daß wir den lebhaften Wunsch hätten, das Verhältnis zur Partei in Frankreich besser zu gestalten, daß wir keine Freunde des Antiparlamentarismus seien und es im Interesse der Arbeiterbewegung liege, wenn Partei und Gewerkschaft in guter Beziehung zueinander stehen. Wir konnten natürlich nur einen Wunsch aussprechen, es lag uns fern, uns in französische Verhältnisse einzumischen. (Sehr richtig!) Es hat uns ganz angenehm berührt, daß wir hier von einer Seite, von der wir es gar nicht erwartet haben, von der Genossin Luxemburg (Heiterkeit), großes Lob für unsere Aktion eingeerntet haben. Auf der anderen Seite hat uns Ledebour einen Vorwurf aus den Beziehungen zu dem Syndikalismus (Heiterkeit) gemacht. Genosse Lensch kommt schließlich in einem Parteitagsartikel dazu, die alten Theoretiker in der Partei für überwunden zu erklären, jetzt gelte es zum Angriff, zur Praxis überzugehen. (Große Heiterkeit. Zuruf von Bebel: Wer älter ist als 50 Jahre, muß aus der Partei heraus! — Erneute stürmische Heiterkeit.) Das ist der Genosse Lensch, der Mann der neuen Praxis. (Abermals lebhafte Heiterkeit.) Ich bezweifle, daß die neue Praxis die rechte ist. Mit welchem Recht, frage ich, konnte aber Genosse Lensch sagen, der Parteivorstand möge seine imperialistische Politik begründen. (Hört! hört!) Es ist das der schwerste Vorwurf, der den Parteivorstand treffen kann. Darin hat Bebel recht: In der Partei und natürlich erst recht in ihrer Leitung kann von Imperialismus keine Rede sein, und es ist ein höchst bedauerlicher Zustand, daß es in unserer Organisation Männer gibt, die den Vorwurf hier erheben können, daß in unseren Kreisen imperialistische Neigungen vorhanden sind. Man mag über die Stellungnahme des Parteivorstandes urteilen wie man will, aber in der Auffassung bin ich sicher, daß der Parteivorstand mit uns allen imperialistische Bestrebungen der bürgerlichen Parteien entschieden abweist, und ich möchte doch bitten, in die Diskussion nicht diese Uebertreibung hineinzutragen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Aber es gibt eben eine Anzahl Parteiblätter, die seit Jahr und Tag immer und immer nur in der gehässigsten und kurzsichtigsten Weise unsere eigene Partei, unsere Taktik herunterziehen. (Sehr richtig!) Das verbittert den schweren Kampf, den wir durchzuführen haben, und ich glaube, es liegt im Interesse der Partei, daß hier einmal etwas mehr Zurückhaltung geübt werde. (Lebhafter Beifall und anhaltende Bewegung.) Ich hätte noch gern über den „Geheimerlaß" gesprochen, will aber keine längere Redezeit in Anspruch nehmen, über diese Dinge wird nachher mein Kollege Ledebour (stürmische Heiterkeit) — Legien sprechen.

Dr. Süßheim-Nürnberg: Ich bitte, den Anträgen auf Vergrößerung des Parteivorstandes zuzustimmen. Ueber die Notwendigkeit einer Ergänzung des Vorstandes besteht keine Meinungsverschiedenheit. Die Frage ist nur, um wieviel Mitglieder er verstärkt werden soll. Es muß dem Parteitag überlassen bleiben, ob er der Ansicht von Niederbarnim ist, daß drei neue Vorstandsmitglieder gewählt werden sollen, oder ob er, wie der Parteivorstand, nur ein neues Mitglied will. Unter den Delegierten dürfte Einstimmigkeit darüber bestehen, daß die Anträge Königsberg und Bremen auf Vermehrung um zwei Sekretäre durchaus das mindeste sind, was bei den vermehrten und wachsenden Aufgaben der Partei gefordert werden muß.

Ich glaube, daß gerade die Genossen von Königsberg durchaus richtig die Bedürfnisse der Partei nach dieser Richtung erkannt haben und bitte Sie, möglichst einmütig ihrem Antrag die Zustimmung zu geben. Die Notwendigkeit der fortwährenden Vermehrung der Sekretärstellen legt es nahe, sich auch mit der weitergehenden Frage zu befassen, ob nicht die Organisation des Parteivorstandes und der Kontrollkommission einer Neuregelung zu unterziehen ist. (Sehr richtig!) Schon jetzt ist in der Presse darüber geschrieben worden; es ist zu vermuten, daß darüber in den nächsten Monaten eine noch viel eingehendere Erörterung einsetzen wird. Die Aufgaben der Partei sind so groß geworden, daß die Frage der Neuorganisation des Parteivorstandes und der Kontrollkommission eingehend zu prüfen ist. Ich schlage vor, eine Kommission zur Prüfung dieser Frage einzusetzen, die dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten hat, ob und in welcher Richtung eine Neuorganisation am Platze ist.

Weiter habe ich den Antrag 16 von Nürnberg zu vertreten. Er entspringt dem Wunsche, unsere Waffen für die vermehrten Kämpfe zu stärken. Die Nürnberger Genossen verlangen, daß eine Instanz im Anschluß an das Pressebureau geschaffen wird, die eine bessere, billigere und schnellere Herausgabe von Agitations- und Aufklärungsflugschriften und Broschüren ermöglicht. Wir wissen ja alle, welche ungeheuren Anstrengungen unsere Gegner machen, Anstrengungen, die durch die Entwickelung der politischen und wirtschaftlichen Gegensätze im Laufe der nächsten Jahre sicherlich verdoppelt und verdreifacht werden. Nicht nur der Reichsverband, auch das Zentrum macht die ungeheuersten Anstrengungen, um seine Machtstellung zu behaupten. Nicht bloß Beichtstuhl und Kanzel werden in den Dienst dieser volksverräterischen Partei gestellt, sondern auch durch eine ungeheure Zahl von Flugblättern soll das Volk getäuscht werden. Es ist zu prüfen, ob nicht auch von uns an Agitation mehr hätte geschehen können, und ob unsere Waffen in Zukunft nicht verbessert werden können. Die Nürnberger Genossen meinen, daß dies der Fall ist. So hätte die Reichsfinanzreform eine ganz andere Ausnutzung erfahren können. Es genügt nicht, nach längerer Zeit ein Werk über sie herauszugeben, sondern ihr agitatorischer Wert hätte in Agitationsbroschüren ausgenutzt werden können. Ebenso liegt es mit der Reichsversicherungsordnung. Was ist denn in dieser Richtung von der Parteileitung geschehen? Man hört, es ist eine Schrift in Vorbereitung. Seit Wochen hätte sie schon in Massen verbreitet sein müssen; gerade die Reichsversicherungsordnung gibt uns Gelegenheit, die trügerische Rolle der bürgerlichen Parteien aufzudecken; die Anstrengungen der christlichen Arbeitersekretäre bei der Verteidigung der Haltung des Zentrums beweisen, daß hier ein wunder Punkt im Turme des Zentrums ist.

Auch zu teuer sind unsere Agitationsbroschüren, als daß sie für einen Massenabsatz in Betracht kommen. So kostet die Broschüre „Russische Gefängnisse" von Vera Fiegner, die 35 Seiten stark ist, 75 Pf., die 64 Seiten starke Broschüre über „Genossenschaften" von Gertrud David 50 Pf., der „Referentenführer" von Eduard David 1,50 Mk. Freilich sind sie durch die Organisationen billiger zu beziehen; sie sollten aber auch im Einzelverkauf billig abgegeben werden. Das Zentrum verbreitet seine „Soziale Volksbibliothek" zu 5 Pf. das Stück. 32 Nummern dieser Bibliothek sind bereits erschienen; von den letzten 7 befassen sich nicht weniger als 6 mit der Sozialdemokratie. Etwas Aehnliches muß auch uns möglich sein. Wenn auch der finanzielle

Erfolg der Broschüren dadurch in Frage gestellt werden sollte, so schadet es nichts, wenn bei der einen oder der anderen der Parteivorstand etwas zulegen muß. Deshalb habe ich mich sehr über die Ausführungen Eberts gefreut; ich hoffe, daß unser Antrag wenigstens nicht finanziellen Bedenken begegnen wird. Vor kurzem ist der „Zentrumswähler" herausgekommen, ein Buch von 318 Seiten, das für 60 Pf. abgegeben wird. Bei uns würde es wahrscheinlich viel teurer sein. Daß eine Verbilligung möglich ist, beweist die kleine Bibliothek von Dietz, bei der jedes Exemplar nur 50 Pf. kostet. Je billiger ein Buch ist, um so größer ist seine Verbreitung. Dann bitte ich noch um Beantwortung der Frage, wer denn den Preis der Broschüren festsetzt, die Vorwärtsbuchhandlung oder der Parteivorstand? Wir meinen, wenn einige besonders befähigte Schriftsteller an das Pressebureau angegliedert würden, so würde auch die Abfassung von Agitationsbroschüren schneller möglich sein, weil keine Verzögerung dadurch eintritt, daß der Parteivorstand erst Verbindung mit Schriftstellern suchen muß. Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, dem Verlangen der Nürnberger Parteigenossen Rechnung zu tragen.

Dr. **Quarck**-Frankfurt a. M.: Ich habe zunächst einer parteigenössischen Anstandspflicht zu genügen. Es ist hier die Nummer der „Erfurter Tribüne" vom 12. September 1911 verteilt worden mit einem Artikel über unseren ersten Kongreßtag. Darin ist gesagt: „Zum Vorsitzenden — —

Vorsitzender **Dietz**: Ich weiß nicht, was das mit unserer Tagesordnung zu tun hat und ich bitte Sie, hierauf nicht einzugehen. (Lebhafte Zustimmung.)

Dr. **Quarck**-Frankfurt a. M.: Ich bin von zwei Seiten gebeten worden, das zur Sprache zu bringen, und mir ist gesagt worden, Sie hätten Ihre Zustimmung dazu gegeben.

Vorsitzender **Dietz**: Das ist falsch, ich habe vielmehr ausdrücklich erklärt, daß ich meine Zustimmung dazu nicht geben kann.

Dr. **Quarck**: Ich befand mich also im Irrtum. Dann will ich an eine Aeußerung der Genossin Zetkin anknüpfen, Bebel habe wohl Kritik für erlaubt erklärt, sich aber eine solche Kritik verbeten, die den Parteivorstand an einem verwundbaren Punkt treffe. So habe ich das nicht aufgefaßt, was hier gegen die Kritik der Genossin Rosa Luxemburg gesagt ist. Ich darf es wohl kurz so zusammenfassen, und ich glaube auch im Sinne meiner Frankfurter Genossen zu sprechen, daß wir nicht wünschen, daß solche Mittel der Kritik verwendet werden, wie in diesem Fall. (Zustimmung.) Es sieht doch verdammt bürgerlichen und polizeilichen Methoden ähnlich, wenn vertrauliche Briefe eines Genossen gegen ihn ausgeschlachtet werden. Das wird nicht dazu beitragen, daß ein sachlicher Erfolg erzielt wird; vielmehr kann es die Stellung der Partei bei internationalen Konflikten nur verschlechtern. Solche Folgen sollte sich die Genossin Luxemburg vor Augen halten, dann wird sie wohl auf derartige Mittel verzichten. Nun gewiß, auch Homer schläft einmal. Der Parteivorstand mag bei der Marokkoaffäre nicht schnell genug gehandelt haben. Aber ich will doch eines anführen auch für den Brief von Molkenbuhr. Während eines vierzehntägigen Landaufenthalts, wo ich keine anderen als Kreisblätter zu sehen bekam, konnte ich konstatieren, daß jetzt bereits eintrifft, was Molkenbuhr gesagt hat, daß in jenen Blättern die Marokkoaffäre unter Zurückdrängung aller anderen Fragen auszuschlachten versucht wird (Sehr richtig!), so daß der Gesichtspunkt, den Molkenbuhr hervorgehoben hat, nicht als so falsch erscheint, wie man hier gemeint hat. Und zweitens: Sie, die Sie eine gewisse politische Inaktivität des Parteivorstandes kritisieren, haben Sie denn praktische Vorschläge zur Erhöhung der Aktivität des Parteivorstandes gemacht? Das vermisse ich. Ist denn die Vermehrung von Beamtenstellen eine Garantie

dafür, daß der Parteivorstand vor etwaigen Unterlassungssünden, die bei seiner Riesenarbeit vorkommen, gesichert wird? Sagen Sie doch offen heraus, ebenso wie ich, wir müssen wieder, wie in den Zeiten, wo Bebel, Liebknecht, Singer zugleich die politischen Führer und die politisch Verantwortlichen waren, statt eines Beamtenministeriums, eine Vereinigung der politisch Verantwortlichen an der Spitze der Partei finden. Das ist das Problem, und ich würde es begrüßen, wenn Bebel, wenn Molkenbuhr, der heute gerade seinen 60. Geburtstag feiert, in die von Süßmann angeregte Kommission sich hineinsetzen und uns helfen würden, von dem alten Zustand hinüber zu kommen in den neuen, der durch die Entwickelung geschaffen ist. Die Entwickelung hat es mit sich gebracht, daß die Besetzung des Parteivorstandes mit Sekretären nicht mehr genügt. Da handelt es sich gar nicht um einen Gegensatz von Revisionisten und Radikalen. Die, die draußen im Lande am besten gekämpft und sich bewährt haben, die gehören als Leiter an die Spitze. Die Form dafür zu finden, ist eine andere Frage. Daß das sehr schwierig ist, davon bin ich überzeugt. Aber die Partei, die schon so manches Problem gelöst hat, wird auch dieses lösen, und ich wiederhole, wenn gerade auch unsere alten Genossen zu dieser Lösung beitragen würden, würde uns das eine große Freude sein. (Bravo!)

Legien: Die Frage ist strittig, ob es wirksamer war, wenn zu der Zeit, in der Molkenbuhr den Brief schrieb, von dem Internationalen Bureau eine Zusammenkunft von Vertretern Englands, Frankreichs und Deutschlands veranstaltet worden wäre, oder ob das, was nachher getan, das wirksamere war. Nach meiner Ansicht ist es das letztere. Es ist bezüglich der Marokkoaktion alles geschehen, was geschehen konnte. Ich bin der Ansicht, daß die Aktion, wie sie sich schließlich vollzogen hat, viel wertvoller war, als wenn früher vom Internationalen Bureau eine veröffentlicht wäre. Aber es lohnt wahrhaftig nicht, diese Frage hier noch länger zu erörtern, ob die Aktion jetzt oder früher nachhaltiger gewesen wäre. Eine andere Frage ist allerdings die Handlungsweise der Genossin Luxemburg. Ich sehe ganz davon ab, ob dieser Brief gekürzt worden ist und ob entscheidende Stellen weggelassen worden sind. Dieser Brief ist der Genossin Luxemburg nicht als sozialistischer Schriftstellerin, oder als Mitglied der deutschen Partei, sondern als Mitglied des Internationalen Bureaus übermittelt worden. Und zwar ist sie dort nicht Mitglied für die deutsche Nation. Sie hat infolgedessen kein Recht, diesen Brief für eine schriftstellerische Arbeit und einen Zeitungsartikel zu verwenden. (Bebel: Sehr richtig!) Wir müssen feststellen, daß hier ein Mißbrauch getrieben worden ist. Wohin sollen wir kommen, wenn das zur Praxis wird? Vergessen Sie nicht, daß unsere Parteiorganisationen immer konzentrierter werden. Infolgedessen kann manches nicht ausgeführt werden wegen Mangel an Kraft und Zeit. Die ganzen Vorkommnisse in der Partei, die Auseinandersetzungen in den einzelnen Landesorganisationen nehmen die Kraft und Tätigkeit der meisten Parteivorstandsmitglieder tage- und wochenlang in Anspruch, und dann kommt man mit solchen Angriffen wegen eines angeblichen Fehlers, obgleich gar nichts versäumt worden ist. (Bebel: Der Meinung bin ich auch!) Die Art dieser Angriffe kann nicht zum Nutzen der Partei sein. (Beifall.) Das Verantwortlichkeitsgefühl wird mit dem Ausbau der Organisationen immer größer. Die Verhandlungen werden größtenteils einen internen Charakter tragen müssen. Wenn das nun üblich wird, was die Genossin Luxemburg hier getan hat, dann würden wir in der Aktionsfähigkeit der Partei recht bald Schaden leiden. Infolgedessen müssen wir die Handlungsweise der Genossin Luxemburg auf dem Parteitage mit aller Entschiedenheit zurückweisen. (Lebhafter Beifall.) Eine derartige Praxis darf unter Parteigenossen oder Genossinnen nicht üblich werden.

Bezüglich der Demonstration mit den Franzosen ist es nicht wahr, daß die Generalkommission dem Parteivorstand zuvorgekommen ist. Die betreffende Versammlung war schon im Jahre 1909, lange vorher verabredet, ehe man an Marokko dachte. Die Generalkommission hatte damals die französischen Gewerkschaftsführer eingeladen, um sie über die Einrichtungen und die Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften zu unterrichten. Nun fand der Besuch zu einer Zeit statt, als der Marokkorummel gerade größere Wellen schlug. Darum wollten die Franzosen in der Versammlung über die Kriegsgefahr sprechen, während sie nach der Verabredung über die französische Gewerkschaftsbewegung sprechen sollten. Es wurde ihnen erklärt, daß die Versammlung, wie es bei uns üblich sei, dann nur in Gemeinschaft mit der deutschen Sozialdemokratie stattfinden könne. In Berlin wurde nach dieser Versammlung über die Annahme der Einladung zu der von der Confédération zu veranstaltenden Friedensdemonstration beraten und da erklärte der Vorsitzende der Confédération, daß er auch den Vorstand der französischen Sozialdemokraten einladen werde. Daß dies zunächst nicht geschehen ist, dafür kann unser Parteivorstand nichts. Wenn wir aber die Confédération dann in der Besprechung in Paris genötigt haben, doch und zwar zum ersten Male die französischen Sozialdemokraten zu einer gemeinsamen Veranstaltung einzuladen, so ist das ein Schritt zum Näherkommen zwischen diesen beiden Organisationen. Daraus braucht man wiederum dem Vorstande keinen Vorwurf zu machen, wenn er nicht erklärte, er würde sich nur vertreten lassen, wenn die Demonstration gemeinsam veranstaltet würde, und sich mit der Zusage begnügte, daß die sozialdemokratische Partei Frankreichs nur eingeladen werden sollte.

Nun zum geheimen Zirkular. Dittmann sagte, der Parteivorstand befinde sich in Abhängigkeit von der Generalkommission. Sehr schmeichelhaft für die Generalkommission. Wenn aber jemals zwei Körperschaften loyal miteinander verhandelt haben, so gilt das von diesen beiden Organisationen. Wenn aber der Vorstand gewissermaßen in einzelnen Fragen unsicher wird, so liegt das an der Behandlung, die ihm von einem Teil der Parteipresse und von gewissen Delegierten auf dem Parteitage hier zuteil wird. (Sehr richtig!) Sehen Sie sich die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses an. Dort werden die Generalkommissionsmitglieder, denen man das Vertrauen geschenkt hat, nicht so behandelt, wie das hier dem Parteivorstand geschieht. (Hört! hört! und Zustimmung.) Wenn Sie das Gefühl haben, als fehle beim Parteivorstand etwas, dann schieben Sie es auf die Art der Polemik in der Presse und auf die Angriffe hier auf dem Parteitage. Was das Geheimzirkular anlangt, so wiederhole auch ich: Es hat völlig ferngelegen, der Parteipresse irgendwelche Vorschriften zu machen oder sie zu zensurieren. Ein Teil der Presse hat sich gegen den Beschluß der Gauvorsteherkonferenz des Buchdruckerverbandes gewendet. (Dittmann: Nur gegen die Sprache dieses Beschlusses!) Der Beschluß liegt vor und nicht die Sprache. Der Beschluß ist von der Gauvorsteherkonferenz gefaßt worden. Alles, was Sie dagegen gesagt haben, richtet sich gegen die Organisationsleitung. (Dittmann: Das ist ja Unsinn!) Wenn Sie solchen Unsinn schreiben, dann ist das nicht meine Schuld. (Große Heiterkeit. — Dittmann: Ich meinte Ihre Ausführungen.) Selbst der Gewerkschaftskongreß lehnte es ab, irgendeine Entscheidung in dieser Sache zu treffen. Er erklärte, dritte Stellen haben sich in dieser kritischen und so heiklen Angelegenheit des Urteiles zu enthalten bis die Organisationsinstanzen gesprochen haben. Es handelt sich tatsächlich um eine Angelegenheit, die für unsere gewerkschaftliche Aktionsfähigkeit und die Einheitlichkeit der Handlungen der einzelnen Organisationen, besonders des Buchdruckerverbandes,

von einschneidender Bedeutung sein wird. Glauben Sie, daß diese Gauvorsteherkonferenz in der Luft schwebt? Hinter ihr stehen die Mitglieder des Buchdruckerverbandes. Wenn man die Schwierigkeiten, in der die Organisation sich infolge dieses Konfliktes befindet, nicht kennt, dann soll man die Finger von solchen Schreibereien lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Generalkommission hatte beschlossen, im Interesse der Gewerkschaften mit aller Rücksichtslosigkeit gegen die Preßangriffe vorzugehen. Ein großer Preßkonflikt wäre entstanden. War das praktisch angesichts der Reichstagswahlen? Darum hielt sich die Generalkommission für verpflichtet, entsprechend der Mannheimer Vereinbarung dem Parteivorstande von dieser Absicht Kenntnis zu geben. Sie übermittelte ihm das, was sie veröffentlichen wollte. Der Vorstand erklärte aber: „Tut es nicht!! Wir bekommen sonst einen Riesenskandal. Wir glauben, wenn wir ein Zirkular an die Presse richten, dann wird die ganze Angelegenheit erledigt sein!" Nun kommen einzelne Delegierte und machen dem Vorstand Vorwürfe, obgleich er in der besten Absicht gehandelt hat. Auch die Gewerkschaftspresse hat sich in der Frage des Buchdruckerstreiks große Zurückhaltung auferlegt. Auch die „Holzarbeiter-Zeitung" hatte nicht das Recht zu ihrem Urteil, weil auch ihr die Unterlagen fehlten. Wir wenden uns entschieden gegen die Art, mit der man gegen die Gauvorsteherkonferenz vorging, wie man den Verband angriff. (Dittmann: Nicht den Verband!) Die Gauvorsteherkonferenz ist die Instanz, die in der strittigen Frage zuerst zu entscheiden hatte. (Dittmann: Das ist aber nicht der Verband!) — Dann ist es ja kein Wunder, wenn solche Differenzen zustande kommen, wenn derartige Redakteure in unseren Parteizeitungen sitzen, die nicht einmal mit den einfachsten Organisationsfragen vertraut sind. — Ich habe Ihnen in aller Kürze dargestellt, wie sich die Vorgänge vollzogen haben, aber Sie müssen gerade hiernach zu der Erkenntnis kommen, daß der Parteivorstand in diesem Falle entsprechend der Mannheimer Vereinbarung gehandelt und zweifellos den besten Willen gehabt hat, im Interesse der Partei zu handeln. Soweit ich die Tätigkeit des Parteivorstandes beurteilen kann, müssen wir ihm auf allen Gebieten dieses Zeugnis ausstellen, und es ist sehr unangebracht, in dieser Weise gegen den Parteivorstand zu operieren. (Lebhafter Beifall.)

Walther-Nürnberg: Im Parteibericht ist nur von drei Landtagswahlen in Bayern gesprochen. Die vierte Landtagswahl, die in Weißenburg, dürfte übersehen worden sein. In diesem rein agrarischen Wahlkreis ist unsere Stimmenzahl von 328 auf 1300 gestiegen. (Bravo!) Daß unsere Aussichten für die bevorstehenden Gemeindewahlen in Bayern günstige sind, beweist auch eine Ersatzwahl zum Gemeindekollegium in Erlangen, wo unsere Stimmenzahl von 160 auf 484 gestiegen ist. (Beifall.) Der Antrag von Berlin IV ist sicherlich ganz gut gemeint, und ich gebe ohne weiteres zu, daß er einen guten Kern enthält. Es ist aber nicht notwendig, jeden guten Gedanken, so wie er auftaucht, sofort zu einem Parteibeschluß zu stempeln. Der Antrag selbst wird von uns längst praktisch durchgeführt. Es gibt aber bestimmte Formen der Agitation, die von diesem Antrag nicht betroffen werden, deshalb ist es nicht gut, ihn zum Beschluß zu erheben. Ich hätte gewünscht, daß der Antrag Frankfurt von Quarck mit begründet worden wäre. Der Antrag kann nicht angenommen werden. Man müßte erst die Art der Ausführung kennen. Es bestehen doch in unseren Parteigeschäften ganz genau festgelegte Rechtsverhältnisse. In seiner jetzigen Form könnte der Antrag Mißtrauen erwecken. Die Vermehrung der Mitglieder des Parteivorstandes ist notwendig. Ich kann mich aber nicht entschließen, über das hinauszugehen, was der Parteivorstand selbst verlangt, und ihm ein viertel oder halbes Dutzend neue Sekretäre aufzuhalsen. Das Handbuch über die Reichsversicherungs-

ordnung sollte nicht wieder so spät wie das über die Reichsfinanzreform erscheinen. Wir brauchen das Material außerordentlich gegenüber der demagogischen Agitation des Zentrums. Den Nürnberger Antrag auf Verbilligung der Broschüren unterstütze ich. In der Marokkofrage muß ich mich gegen die Auffassung von Lensch wenden, daß wir doch immer an aktuellen Fragen interessiert sind und infolgedessen derartige Zwischenhandlungen der „Leipziger Volkszeitung" kommen könnten. Ich glaube, das darf nicht sein. Jede derartige Aktion würde sonst wirkungslos und unserem Protest der Eindruck genommen. Eine derartige Praxis darf nicht Usus werden.

Wels-Berlin: Die Ausführungen Legiens, die auf das Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft hinausgehen, finden wohl den ungeteilten Beifall der ganzen Partei. Ich betone, es ist eine zwingende Notwendigkeit, daß in allen Bezirken des Reiches das Zusammenarbeiten, wie es uns hier als zwischen Parteivorstand und Generalkommission bestehend geschildert wird, eintreten möchte. So werden eine ganze Reihe schiefer, falscher Auffassungen und Zwistigkeiten aus dem Wege geräumt werden. Nur dadurch kann man aber auch in gewerkschaftlichen Kreisen zur objektiven Kritik der Parteipresse kommen. (Sehr richtig!) Der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker" hat uns ja längst so sehr an seine Angriffe gewöhnt, daß sie kaum noch wirken. Der „Vorwärts" hat sich beim Scherlkonflikt zurückhaltend benommen, und er fand den ungeteilten Beifall des größten Teiles der Berliner Gewerkschaftler. Er prüfte erst objektiv, mußte aber als Berliner Organ im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung Stellung nehmen, und er tat dies gerecht und unter Berücksichtigung all der großen Schwierigkeiten, die in dieser Frage namentlich der Buchdruckerorganisation erwachsen sind. Trotzdem ist auch der „Vorwärts" mit anderen Blättern in einen Topf geworfen worden. Organisationsschädigende Kritik hat man gewiß nicht im „Vorwärts" gefunden. (Beifall.) Dem Antrag 12 von Berlin bitte ich Ihre größte Aufmerksamkeit zu widmen. Er zielt auf eine Landagitation, die sich die verwandtschaftlichen Beziehungen zunutze macht. Ich bin überzeugt, daß dieser Antrag sehr wohl der Beratung wert ist und in die Tat umgesetzt werden kann. Da er aber zur Verhandlung auf dem Parteitag selbst kaum geeignet ist, möchte ich Sie bitten, ihn dem Vorstand zur Prüfung und Beratung mit den Bezirkssekretären zu empfehlen. Genosse Lensch hat hier in seinen Angriffen gegen den Parteivorstand betont, daß er sich gegen die vom Parteivorstand geübte Unterbindung der Kritik wehren müsse. Ich habe die Ausführungen des Parteivorstandes lediglich so verstanden, daß er bestrebt ist, den Krakeel in der Partei, der von gewisser Seite immer wieder angefangen wird, vielleicht aus Originalitätssucht, vielleicht aus anderen Gründen zu verhindern. (Sehr richtig!) Dafür verdient der Vorstand nicht Tadel, sondern Unterstützung und Anerkennung des ganzen Parteitags. (Lebhaftes Bravo!) Wenn wir uns die politische Situation betrachten und die Kritik, die von Ledebour, Luxemburg und Zetkin an dem Parteivorstand geübt worden ist, dann müssen wir sagen, daß diese Kritik grundfalsch ist und ganz gegen die Grundsätze aller Kritik verstößt. Gewöhnlich übt man am sachkundigsten Kritik, wenn man das zu Kritisierende abgeschlossen vor sich hat. Es sind heute vier Wochen verflossen seit den Vorwürfen der Genossin Luxemburg und es zeigt sich jetzt, daß der Parteivorstand alle die Dinge damals richtig aufgefaßt hat, daß er vor allem die Agitation einsetzen und wirken ließ, die das Land in diesen Tagen in Leidenschaft brachte und die Bewegung über das ganze Land erstreckte. Diese Art der Agitation war die einzig richtige für Durchsetzung der Friedensidee im deutschen Volke. (Bravo!) Nach der Art und Weise, in der immer von der bestimmten Stelle (Heiterkeit) Kritik geübt wird

an allem, was geschieht (erneute Heiterkeit), macht diese Kritik auf mich absolut keinen Eindruck mehr. Ob Genossin Luxemburg oder Genosse Ledebour mit etwas einverstanden sind oder nicht, das ist mir schon längst ganz bour mit etwas einverstanden sind oder nicht, das ist mir schon längst ganz Tätigkeitsdrang Ledebours in der Marokkofrage? Wir in Berlin, die doch so eng beisammen sind, wir hätten doch Gelegenheit gehabt, von Ihnen vorwärts geschoben zu werden. (Heiterkeit.) Wir haben aber nichts davon gespürt. (Schallendes Gelächter.) Als die Marokkokrise einsetzte, da haben wir, ehe wir zu großen Demonstrationen schritten — daß wir die auch machen können, haben wir wohl zur Zufriedenheit der ganzen deutschen Arbeiterschaft bewiesen! (Sehr wahr!) — da haben wir uns an Ledebour mit der Aufforderung gewandt, einer Manifestation von Organisations wegen den Schwung nach vorwärts zu geben. Er sollte auf der Verbands-Generalversammlung von Groß-Berlin das Referat übernehmen. Darauf erhielten wir von ihm folgende aus der Erinnerung wiedergegebene schriftliche Antwort: „Ich kann das Referat nur unter der Bedingung übernehmen, daß ich an den Maßnahmen des Parteivorstandes Kritik üben kann. (Lachen.) Da Sie aber das voraussichtlich nicht wollen, schlage ich Ihnen den Genossen Däumig vor, der die Verhältnisse kennt." (Rufe: Aha! und Bewegung.) Als Ledebour heute hier die Fahne der Empörung erhob und Ihnen klarmachen wollte, daß durch die Versäumnisse des Parteivorstandes das Ansehen der deutschen Sozialdemokratie vor dem Auslande empfindlichst geschädigt sei, da mußte ich mir so vergegenwärtigen, daß das der Mann ist, der in Berlin nur dann über Marokko sprechen wollte, wenn er den deutschen Parteivorstand herunterholen kann. (Große Heiterkeit, Hört! hört! und Bewegung.) Die ganze Art der Kritik, wie sie da geübt wird, führt naturgemäß dazu, daß man ihr in der Partei immer weniger Gewicht beimißt. (Sehr richtig!) Ich lese da zum Beispiel in dem Begrüßungsartikel der „Leipziger Volkszeitung", wie die Leute, denen wir die wissenschaftliche Führung der Proletariermassen fast der ganzen Welt zu verdanken haben, wie der Vorkämpfer des Marxismus, Kautsky, erbarmungslos ins alte Eisen geworfen wird (Hört! hört!); da wird uns die Aufklärung, daß jetzt von der Theorie zur Praxis, von der Verteidigung zum Angriff übergegangen wird, und daß es kein Zufall sei, daß in der Abrüstungsdebatte die „Neue Zeit" total versage, wie es ebenfalls kein Zufall sei, daß sich als Verfasser des allgemeinen, als unzulänglich bezeichneten Flugblattes, das immer strenger verklagt werde, derselbe Kautsky herausstelle, der Leiter der „Neuen Zeit". Solche Erscheinungen — sagt man vorsichtig — seien Uebergangsepochen, und wer dies als Literatenkrakeel bezeichnen wolle, der verrammele sich selbst den Weg zum Verständnis der Situation. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Also, wer nicht derselben Meinung ist, wie der Genosse Lensch, der wahrscheinlich der Verfasser dieses Artikels ist, der verrammelt sich selbst den Weg zum Verständnis politischer Situationen. Na, das Verständnis des Genossen Lensch berechtigt ja zu den schönsten Hoffnungen! (Große Heiterkeit und Beifall.)

Molkenbuhr (beim Betreten der Rednertribüne mit langanhaltendem, brausendem Beifall und Händeklatschen begrüßt): Ich danke für die freundliche Begrüßung, die Sie mir zuteil werden lassen, aber ich glaube, es geschieht wesentlich aus dem traurigen Grunde, daß ich jetzt eben ein Schock Jahre meines Lebens vollendet, wovon ich allerdings zwei Drittel im Dienste der Partei verlebt habe. (Stürmischer Beifall.) Aber zur Sache. Daß der Parteivorstand auf diesem Parteitage strenge kritisiert werden würde, war schon lange vorauszusehen; nicht deshalb, weil wir uns irgendeiner Schuld bewußt waren, sondern weil das Wetterleuchten vorher ging. Wir konnten

es der „Leipziger Volkszeitung" gar nicht rechtmachen, was wir auch taten. Als das Pressebureau eine Vornotiz über die Tagesordnung des Parteitags veröffentlichte, gleich zeigte es sich, daß der Parteivorstand es verkehrt gemacht habe, es mußte etwas anderes sein. Man hätte nun glauben sollen, daß dieser Faden weiter gesponnen werden würde, aber da bekam die Genossin Luxemburg, die ja ein Teil einer Nation ist, die dem Internationalen Bureau angeschlossen ist, meinen Brief in die Hand. Das gab Gelegenheit zu neuen Angriffen. Der Vorwurf lautete: der Parteivorstand tut nichts! Wir gaben das Flugblatt heraus, und als es herauskam, da hatten wir wieder etwas Verkehrtes getan. (Lebhafte Heiterkeit.) Man konnte machen, was man wollte, es war immer verkehrt, immer nicht das, was die Genossin Luxemburg gewünscht hätte. Es ist ja das Recht jedes Genossen, Kritik zu üben, wie er will, und ich bin der letzte, der darüber einem Menschen Vorwürfe machen wollte; nur muß er sich gefallen lassen, daß man der Kritik eine Antikritik entgegensetzt. Ich will mich deshalb mit dem befassen, woran ich persönlich beteiligt bin. Genossin Luxemburg bekommt also den Brief, den ich an das Internationale Bureau geschrieben habe, in die Hand, und sie nimmt das zum Ausgangspunkt einer Kritik. Nun muß ich eins vorausschicken. Ich halte es immerhin für bedenklich, Briefe auszugeben als die ganze Meinung eines Menschen über irgendeine Frage. Briefe werden in der Regel nicht in der Weise geschrieben wie ein Artikel, wo man lediglich die ganze Sache behandelt, sondern jeder Brief wird geschrieben im Hinblick auf den Empfänger. (Sehr gut!) Und alles das, wovon man weiß, daß man mit dem Empfänger übereinstimmt, oder daß es ihm bekannte Tatsachen sind, übergeht man. Wenn man nun sagt, der Brief gebe die ganze Darstellung der Sache, dann muß das von vornherein ein schiefes Urteil werden. (Lebhafte Zustimmung.) Die Genossin Luxemburg konnte aber den Brief noch nicht so gebrauchen, wie er vorlag. Ich will höflich sein, sie mußte ihn, Lessing nennt es — korrigieren (Bewegung und Hört! hört!); sie mußte ihn korrigieren, und zwar nicht nur so, daß die beiden Sätze, die Bebel vorgetragen hat, nicht zum Abdruck kommen konnten, sondern es mußten auch noch Bestandteile von nicht untergeordneter Bedeutung beseitigt werden, nämlich das Datum. (Hört! hört!) Der Brief wurde geschrieben am 8. Juli, da möchte ich einmal die Artikel sehen, welche die Genossin Luxemburg und der Genosse Ledebour vor dem 9. Juli geschrieben haben. (Sehr richtig!) Am 8. Juli war die Marokkofrage eine ganz andere als vierzehn Tage später, und das geht ja auch aus dem Briefe von Huysmans hervor, der ja auch den eigentümlichen Passus enthielt von einer Zusammenkunft sozialistischer Delegierter Deutschlands, Frankreichs, Spaniens und selbst auch Englands. England war damals an der Marokkofrage noch nicht beteiligt. Aber erst durch seine Beteiligung wurde die Marokkokrise zu einer akuten Kriegsfrage für uns. (Sehr wahr!) Am 8. Juli dieses Jahres war die Marokkofrage für Spanien und Frankreich eine andere. Es war zu mehreren Konflikten zwischen Spanien und Frankreich in Marokko gekommen, und wenn damals die spanischen und französischen Genossen anfingen, Demonstrationen zu machen, so ist das begreiflich, weil zu jener Zeit es so schien, als ob es zu einem sehr ernsten Konflikt zwischen Frankreich und Spanien kommen sollte. Das deutsche Kanonenboot „Panther" lag allerdings schon 6 Tage im Hafen von Agadir. Was es da wollte, war wenigstens offiziell nicht bekanntgegeben. Es hieß, es soll deutsche Bürger schützen. Zu diesem Zweck läuft ja manchmal ein deutsches Kriegsschiff in einen fremden Hafen ein. Wenn wir auch annehmen konnten, daß hinter der Aktion bereits ein erheblicher Teil der Kapitalisten stand, die Raubzüge ausführen wollen, so hatten wir wenigstens keinen handgreiflichen Beweis, den wir als Grundlage einer Aktion benutzen konnten. Es waren lediglich Vermutungen, die wir aufstellen konnten. Später ist eine Aenderung eingetreten, die in bestimmter Form in die Oeffentlichkeit trat, und zwar am 21. Juli, als Lloyd George seine bekannte Rede hielt. Das war für die Genossin Luxemburg das wunderbare Fressen (Heiterkeit), daß sie den Brief nicht vor dem 21. Juli, sondern drei Tage danach veröffentlichte, als die Situation eine ganz andere war. (Aha!) Das Datum des Briefes hat man ja vergessen, mitzuteilen (hört! hört!), es war natürlich nicht beabsichtigt, derartige Kleinigkeiten wegzulassen! Gerade dadurch kriegt aber der Brief das eigenartige Aussehen, wodurch das Aufsehen hervorgerufen wurde. (Sehr richtig!) Hätte man nicht geflissentlich das Datum weggelassen und geflissentlich „korrigiert", wie ich noch einmal sagen will, dann wäre die Frage vielleicht doch auf der einen oder anderen Seite anders aufgefaßt worden. (Sehr richtig!) Nun wird uns der Vorwurf gemacht, daß wir nach der oder jener Richtung hin versagt hätten. Genossin Luxemburg sagt, der Brief kann nicht als vertraulich angesehen werden, denn Molkenbuhr schreibt selbst, daß er das, was im Briefe steht, auch in einer Versammlung gesagt hat. Natürlich, das habe ich auch, aber ich habe nicht nur das gesagt, was ich in dem Briefe schrieb, das ist nur ein Teil davon. (Hört! hört!) Ich kann hier nicht auf alles eingehen, ich sprach davon, daß man doch im Auslande nicht den ganzen Stand der Marokkofrage in Deutschland vor Augen habe. Meine Meinung bleibt, daß wenn wir unseren Gegnern Niederlagen bereiten wollen, es immer wieder darauf ankommt, die Sünden der inneren Politik in den Vordergrund zu schieben (Sehr richtig!) und mit unseren Grundsätzen zu agitieren. Nun zur Frage der Teilnahme an den internationalen Kundgebungen. An einer allgemeinen Friedensdemonstration im Dezember 1910 zu London haben wir teilgenommen. Es ist uns ein Vorwurf daraus gemacht worden, daß wir am 12. Juli an einer Demonstration in Paris, die von der französischen Partei veranstaltet war, nicht teilgenommen haben. Grumbach hat uns bereits erzählt, daß die betreffende Depesche vier Tage vorher abgesandt worden ist. An einem Sonntag, so daß sie eigentlich zur Kenntnis des Parteibureaus erst Montag morgens kam. (Zuruf: Das war noch Zeit genug!) Zwei von den vier Tagen waren also verflossen. Am 12. Juli war aber die Frage noch nicht in dem Maße akut, weil ja erst die Einmischung Englands am 21. Juli den Konflikt akut machte. Als Ende Juli die Franzosen bei uns waren, da wurde dies zu der Demonstration in Berlin ausgenutzt, und wir nahmen in Paris an der Demonstration teil, weil die Gefahr brennend war, und deshalb ließen wir die sonst nötigen Rücksichten in den Hintergrund treten. Wir sagten uns, es kommt darauf an, daß das Ausland sieht, daß die deutsche Sozialdemokratie immer dabei ist, für den Frieden zu demonstrieren, wenn für Deutschland die Gefahr einer kriegerischen Verwickelung besteht. Nach meiner Meinung haben wir gar nichts versäumt. Ob man früher oder später hätte beginnen sollen, darüber kann man ja verschiedener Auffassung sein. Ich will den Genossen gern das Recht geben, zu glauben, es hätte irgend etwas anderes geschehen können. Das eine möchte ich aber doch sagen, daß es meiner Meinung nach nicht ganz gehörig ist, wenn Briefe so ohne weiteres an die Oeffentlichkeit kommen. (Lebhafte Zustimmung.) Es sind manchmal Wendungen in Briefen, die nach einer anderen Seite hin beleidigend sein können. Es wird vielleicht einer abweichenden Meinung eine drastische Form gegeben, und unter Umständen kann die Veröffentlichung von Briefen die schlimmsten Folgen haben. (Sehr wahr!) Es ist bisher im Parteileben nicht Usus gewesen, daß derartige Briefe veröffentlicht worden sind. Wenn Genossin

Luxemburg sagt, es wäre die Pflicht des Parteivorstandes, derartige Briefe an die Oeffentlichkeit zu bringen (Heiterkeit), dann wäre gerade ich derjenige, der solche Taktik auf das heftigste bekämpfen würde. Wollten wir alle unsere Ein- und Ausgänge veröffentlichen, dann würde unsere ganze Tätigkeit lahmgelegt. (Sehr wahr!) Allerdings Leute, die nur recht viel Krakeel machen wollen, würden in solchen Briefen immer nur ein gefundenes Fressen haben. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Stubbe-Hamburg: Zu der Aktion in der Marokkoangelegenheit will ich nur bemerken, daß der Parteivorstand hätte früher aufstehen sollen. Hätte die Marokkokrise in den letzten Wochen sich auf das äußerste zugespitzt, dann wäre auch das Urteil über den Parteivorstand anders ausgefallen. Die inneren Einrichtungen des Parteibureaus sowie die Zusammensetzung des Parteivorstandes müssen so gestaltet werden, daß Fehler verhütet und eine gründliche Verbesserung gewährleistet werde. Sie werden sich erinnern, daß bereits im vorigen Jahre angeregt wurde, die Zahl der Parteisekretäre zu vermehren, nicht etwa deshalb, damit sie im Parteibureau unbeschäftigt sitzen, sondern weil die vermehrte Arbeit eine Vermehrung der Arbeitskräfte notwendig macht. Oder will man vielleicht bestreiten, daß die Arbeit auf dem Bureau sich nicht vermehrt hat? Der Vorstand hat sich mit der Anstellung von Hilfskräften geholfen. Das halte ich nicht für richtig. Wir haben nicht ein kaufmännisches Bureau, sondern in unserem Bureau sind die Arbeiten für eine kämpfende Partei zu erledigen, die zuverlässige Genossen erfordern. Wenn ich auch gegen die Zuverlässigkeit der Hilfskräfte nichts sagen will, so ist es aber doch ein Unterschied, ob auf dem Bureau junge Hilfskräfte oder von uns gewählte Sekretäre vorhanden sind. Durch Vermehrung der Arbeit hat auch eine Teilung der Arbeit eintreten müssen, so daß ein Sekretär die Arbeit des anderen nicht mehr übersehen kann. Das Amt des Vorsitzenden ist bis jetzt ehrenamtlich verwaltet worden, und wir sind wohl alle überzeugt, daß die bisherigen Vorsitzenden ihr Möglichstes getan haben. Die Geschäfte sind aber so gewachsen, daß das Amt des Vorsitzenden ehrenamtlich nicht mehr ausgeführt werden kann. Es handelt sich nicht nur um die Leitung der Sitzungen, sondern einer der beiden Vorsitzenden muß die Fäden des ganzen Parteibetriebes in der Hand haben. Im Nebenamt ist das nicht möglich. Nicht mit Schreibwerk soll der Vorsitzende auf dem Bureau beschäftigt werden, sondern er muß leitende Person sein, die zur gegebenen Zeit auch anregend wirken kann. Zur Erledigung dieser inneren Verwaltungsangelegenheiten und Ergänzung des Vorstandes hätte der Parteivorstand sich mit den Bezirkssekretären in Verbindung setzen sollen; das wäre um so mehr seine Pflicht gewesen, als die Kontrollkommission geglaubt hat, für die ihr statutenmäßig zustehende Ergänzung des Parteivorstandes nicht sorgen zu sollen. Da wäre es doppelte Pflicht gewesen, mit den Parteisekretären diese Frage zu beraten und nicht, wie es geschieht, die Angelegenheit unvorbereitet an den Parteitag zu bringen. Das halte ich für einen großen Fehler, denn die Aktionsfähigkeit hängt von der richtigen Besetzung des Parteivorstandes ab. Es ist erfreulich, daß der Parteivorstand erklärt hat, sich gegen die Vermehrung der Sekretäre nicht wehren zu wollen, im vorigen Jahre hat er sich mit Händen und Füßen dagegen gewehrt, trotzdem im vorigen Jahre die Verhältnisse schon ebenso lagen wie heute und die Sekretäre zu sehr belastet waren. Deshalb wäre es Pflicht gewesen, frühzeitig für die Vermehrung Sorge zu tragen, damit wir bei den kommenden Reichstagswahlen es nicht mit neuen, sondern mit eingearbeiteten Sekretären im Bureau zu tun haben.

Der hier auch schon erwähnte Antrag auf eine Herstellung billiger Broschüren ist wohl allen Anwesenden sympathisch, und sicherlich kann auch

auf diesem Wege manches getan werden. Der Vorstand wird ja in der Lage sein, anzugeben, daß viele billige Broschüren in der letzten Zeit herausgegeben sind. Mir scheint aber, daß der systematische Aufbau zur Weiterbildung dabei gefehlt hat. Wir werden deshalb diesem Antrage zustimmen, in erster Linie bitten wir Sie aber, dafür zu sorgen, daß das Parteibureau aktionsfähig wird.

Dißmann-Hanau: Der Parteivorstand hat uns ein erfreuliches Bild über die Entwickelung unserer Bewegung im Lande entrollt. Das nehmen wir gern entgegen. Wir wollen auch unsere ganze Kraft einsetzen, um die erste Million organisierter Arbeiter im nächsten Jahre zu erreichen. Wir müssen aber auch die Frage entscheiden, ob der Parteivorstand in der Marokkofrage auf dem Posten war. Nun ist gesagt worden, wir hätten selbst Demonstrationen veranstalten und nicht erst auf einen Aufruf der Zentrale warten sollen. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß bei unserer ganzen Organisation die Massen allmählich dahin gebracht werden, daß sie darauf warten, daß von der Zentralleitung der Ruf kommt. Eine allgemeine Massenaktion hat natürlich auch eine ganz andere Wirkung, wenn sie auf der ganzen Linie einheitlich ist, als wenn sie in Bruchstücken ihren Ausguß findet, heute hier, morgen dort. Wenn die Einheitlichkeit fehlt, dann verpufft die Aktion. Denken wir an die Erfahrungen, die wir mit unserer Aktion gegen die Reichsversicherungsordnung gemacht haben. Gerade dort haben wir die Höhe der Aktion nicht im wünschenswerten Maße erreicht. Es wird noch Gelegenheit sein, bei dem besonderen Punkte der Tagesordnung darüber zu sprechen.

Selbstverständlich müssen wir in solchen Fragen voraussetzen, daß die Zentrale zu gegebener Zeit im richtigen Moment zur Aktion aufruft, und wir haben dann dafür zu sorgen, daß im Lande der nötige Nachdruck dahinter gesetzt wird. Heute sind wir uns zweifellos über die Bedeutung des Marokkokonfliktes einig. Einer meiner Vorredner hat gesagt, die Verhältnisse auf dem Lande haben den Sätzen des Briefes von Molkenbuhr recht gegeben, daß die Gegner den Marokkorummel dazu benutzen würden, um in ihrem Sinne den Wahlkampf einzuleiten. Das stimmt. Nicht nur die Blätter der Alldeutschen gehen in dieser Weise vor, sondern wir können das bis tief in die sogenannten liberalen Kreise hinein seit einer Reihe von Wochen und Monaten beobachten. Aber da entsteht doch die Frage: Was machen wir? Sollen wir Gewehr bei Fuß stehen? Glauben wir, wenn unsere Gegner die Aufmerksamkeit der Massen von den Zuständen der inneren Politik ablenken, um eine ähnliche Stimmung zu erzeugen, wie 1907, daß wir dann dadurch, daß wir Gewehr bei Fuß stehen, die Situation in unserem Sinne gestalten können? O nein! Noch immer ist die beste Waffe der Hieb. Es herrscht wohl kein Zweifel darüber, daß keine Frage der letzten Jahre, weder die Reichsversicherungsordnung noch die Steuervorlagen noch selbst die Wahlrechtsfragen, die Massen mehr aufgepeitscht hat, als die Marokkofrage. Das beweisen uns alle Versammlungen. Mögen die Gegner in dieser Form weiter den Wahlkampf vorbereiten, wir haben keine Ursache, ihn zu fürchten. Wenn wir über den Marokkokonflikt sprechen, dann müssen wir die Affäre natürlich im Zusammenhange mit den gesamten Verhältnissen erörtern, so auch der innerpolitischen Situation. 1907 der Kolonialschwindel, dann folgten die neuen Steuern! Heute sind die Massen längst aufgepeitscht und wenn die Gegner dieselbe Stimmung wie 1907 zu erzeugen suchen, dann werden sie sich ganz gewaltig täuschen. (Sehr richtig!) Der Streit darüber, ob rechtzeitig eingegriffen ist, ist jetzt wohl genügend erörtert worden und Bebel hat ja selbst gesagt, daß der Parteivorstand bereit ist, sich vorwärts schieben zu lassen.

Müller hat heute morgen das Geheimzirkular erwähnt und treffend auch der Gegenseite gedacht, indem er einige Sätze aus dem „Korrespondent" für Deutschlands Buchdrucker verlesen hat. Wenn Parität beim Geheimzirkular gehalten worden, dann wäre sicherlich die Aufregung in keiner Weise vorhanden gewesen. (Sehr richtig!) Wäre das, was Müller heute morgen mündlich hinzufügte, bereits im Zirkular enthalten gewesen, dann wäre nach meiner Meinung ein großer Teil der Aufregung nicht entstanden. (Sehr wahr!) Es wird wohl von keiner Seite bestritten werden, daß wir besonders nach dem Beschluß von Mannheim alles daransetzen müssen, das einträchtigliche Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft zu fördern. Es wird hüben und drüben einmal über die Hutschnur gehauen, und der Stimmen sind bekanntlich nicht wenige, daß das auch im „Correspondenzblatt" der Generalkommission mal vorgekommen ist. Wenn man also glaubte, eine Mahnung an die Parteiredaktionen zu richten, dann hätte man in der Mahnung auch der anderen Seite gedenken müssen. Wir sind einig, das Zusammenarbeiten zu fördern, und am allermeisten in der Zeit, in der wir uns jetzt befinden. (Sehr wahr!) Im „Korrespondent" der Buchdrucker heißt es in einem Hinweis auf die verschiedensten Parteiblätter: „Man brachte zum Ausdruck, daß diese Parteiblätter stets angeben, Arbeiterinteressen zu vertreten, aber ihr ganzes Sinnen und Trachten gehe darauf hinaus, gegen die Buchdrucker und deren Verband Stellung zu nehmen und sie in oft wahnsinnigster Weise anzupöbeln, gerade wie es der „Gutenbergbund" (christlich-gelbe Buchdrucker-Gewerkschaft. Red. der V. A.) und sein Anhang tut." Wenn gesagt wird, man mache den Gewerkschaften keine Schwierigkeiten, dann müssen wir auch verlangen, daß der Partei in dem bevorstehenden Wahlkampf keine unnötigen Schwierigkeiten bereitet werden. (Sehr richtig!) Wenn wir das tun, und wenn dabei selbstverständlich auch die sachliche Kritik nicht gehindert wird, dann wird das der gesamten Arbeiterbewegung zum Vorteil gereichen. Wenn aus dem Geheimzirkular nach den mündlichen Darlegungen von Müller dieser Schluß allerseits gezogen wird, dann wird daraus wenigstens das eine Gute entstanden sein. Der Wahlkampf wie die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe der Zukunft zwingen uns, noch gemeinsamer und geschlossener und enger verbrüdert als bisher die Kämpfe zu führen. (Sehr richtig!) Das müssen wir auf allen Seiten jeden Augenblick im Auge behalten, und je mehr wir das beachten und je selbstverständlicher wir das von der Parteiorganisation sowie auch von der letzten Gewerkschaft finden, um so besser für die gesamte Arbeiterbewegung. In diesem Sinne wollen wir tätig sein. (Bravo!)

Die Debatte wird vertagt.

Ueber den Antrag 55 (Bremen) liegt ein genügend unterstützter Antrag auf namentliche Abstimmung vor.

Vorsitzender Dietz: Genosse Molkenbuhr vollendet heute sein 60. Lebensjahr. Ich glaube in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich ihm die herzlichsten Glückwünsche des Parteitages übermittele. (Lebhafter Beifall.)

Molkenbuhr: Meinen besten Dank für die Glückwünsche. Ich habe mein ganzes Leben, solange ich selbständig bin, im Dienste der Partei zugebracht. Ich befürchte nur, daß in Zukunft die Kräfte manchmal nicht mehr ausreichen werden, aber alle meine Kräfte werde ich demselben Dienst widmen, dem ich sie bisher gewidmet habe. (Lebhafter Beifall.)

Schluß 7 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 12. September 1911. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender Dietz eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr. Einige Begrüßungstelegramme werden zur Verlesung gebracht.

Dann wird in der Diskussion über den Geschäftsbericht des Vorstandes fortgefahren.

Dr. Laufenberg-Hamburg begründet den Antrag 18. Der Antrag wünscht, daß mit der Bekanntmachung der Tagesordnung zum Parteitag zugleich auch der Bericht des Parteivorstandes veröffentlicht wird. Ich glaube ja kaum, daß der Parteitag den Antrag annehmen wird, aber ich möchte im Interesse zumal derjenigen Orte, die stets frühzeitig mit den Beratungen zum Parteitage beginnen müssen, den Parteivorstand ersuchen, den Antrag in wohlwollende Erwägung zu ziehen. (Pfannkuch: Das geschieht immer!)

Nun zum sogenannten Geheimzirkular. Man versteht wohl, wenn in den Kreisen der Angestellten der Gewerkschaften Empfindlichkeit herrscht, wenn sie in dieser oder jener Frage, die ihnen vielleicht in den eigenen Reihen Schwierigkeiten macht, angegriffen werden. Aber es darf nicht verkannt werden, daß wir uns in einer Zeit großer wirtschaftlicher und damit auch organisatorischer Umwälzungen befinden. Da ist es unbedingt notwendig, daß die Parteipresse sich über die obschwebenden Fragen äußert und ebenso die Gewerkschaftspresse. Dieses Recht dürfen wir unter keinen Umständen verkümmern lassen. Speziell Legien gegenüber möchte ich bemerken, daß unter allen Umständen das Recht der Presse aufrecht erhalten werden muß, sich zur Sache, den Personen und ihren Beschlüssen zu äußern. Wenn nun die Ausführungen des Solinger Blattes angegriffen worden sind, so hätte auch ich gewünscht, daß dessen Redaktion eine andere Form des Ausdrucks gefunden hätte. Aber es darf doch auch nicht verkannt werden, daß die Stellung zur Tariffrage, wie sie die Gauvorsteherkonferenz der Buchdrucker eingenommen, im Westen seit langen Jahren seitens der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften zur Begründung der eigenen Daseinsberechtigung dient. Wenn nun der Parteivorstand glaubte, in diesem Falle eine väterliche Ermahnung an die Presse richten zu sollen, so glaube ich kaum, daß sie in Anbetracht der Umstände viel gefruchtet hat. Vor allem muß bei derartigen Ermahnungen die volle Parität gewahrt werden. Ich hoffe, daß auch die Vertreter der Generalkommission die Erkenntnis mit nach Hause nehmen, daß es notwendig ist, in dieser Weise zu verfahren, und nicht so, wie es der Parteivorstand getan hat.

Nun ist versucht worden, neben der Marokkoangelegenheit einen speziellen Fall Luxemburg zu konstruieren. Zweifellos hat sich die Genossin Luxemburg eine Indiskretion zuschulden kommen lassen, und Indiskretionen machen nach außen niemals einen hübschen Eindruck. Aber es handelt sich hier nicht allein darum, was sie, sondern mehr darum, was der Parteivorstand getan hat. Die Ausführungen des Genossen Bebel haben trotz ihrer geschickten oratorischen Einkleidung auf mich in einem Punkte einen peinlichen Eindruck gemacht. In demselben Augenblick, wo Bebel der Genossin Luxemburg Indiskretion vorwarf, hat er selbst über interne Vorgänge im Internationalen Bureau Mitteilung gemacht. (Lachen.) Es wäre dem Eindruck der Bebelschen Ausführungen dienlicher gewesen, wenn dies unterblieben wäre. War nun das Vorgehen der Genossin Luxemburg notwendig? Sie hat in Bebel selbst einen Eideshelfer gefunden, allerdings nicht in dem Bebel von gestern, sondern in dem Bebel vom letzten Sonntag. Ich erinnere an seinen

Hinweis auf die große und steigende Teuerung, seine Ausführungen über die Rüstungen, die kommenden Steuervorlagen, den Imperialismus, an seinen Hinweis, daß sich die Dinge so zugespitzt haben, daß sie nur in einem allgemeinen Zusammenbruch enden können. Diese Ausführungen waren sachlich die schärfste Zurechtweisung des Parteivorstandes in der Marokkofrage. (Widerspruch.) Mich freut das Eingeständnis Bebels, daß er selbst den Vorstand geschüttelt haben würde, wenn er nicht dessen Kollege wäre. Wenn nun Genosse Wels Arm in Arm mit Robert Schmidt das Jahrhundert in die Schranken fordert und wie die personifizierte Ueberzeugung Groß-Berlins nicht dick genug in die Backen blasen konnte, weil alles sich so herrlich erfüllt habe, während doch Bebel selbst den Parteivorstand sachlich preisgab (lebhafter Widerspruch), so ist man versucht zu sagen, der Himmel bewahre den Parteivorstand vor solchen Freunden und die Berliner Genossen vor solchem Wortführer. (Unruhe.) Die Frage der afrikanischen Häfen ist doch nicht jungen Datums; als die Entsendung des Kriegsschiffs nach Agadir erfolgte, mußte der Parteivorstand handeln. An der ganzen Entwicklung ist aber nicht allein der Parteivorstand schuld, sondern in gleichem Maße die Partei selbst. Wir müssen alles tun, um den Parteivorstand wieder aktionsfähiger zu machen. Darum stimme ich der Anregung Süßheims zu, zunächst eine Revisionskommission einzusetzen, die eventuell dem nächsten Parteitag Vorlagen macht. Ferner muß der Parteivorstand um mindestens zwei Sekretäre verstärkt werden. Auch einen besoldeten zweiten Vorsitzenden halte ich für notwendig. Wie immer die nächsten Wahlen ausfallen, auf jeden Fall wird die Partei in einer kritischen politischen Situation stehen. Darum müssen wir dafür sorgen, daß die Partei in diesem Augenblicke schlagfertig ist. Schlagfertigkeit der Partei aber ist in erster Linie Schlagfertigkeit des Parteivorstandes. (Beifall.)

Vorsitzender **Dietz** teilt mit, daß Antrag 73 eingegangen ist.

Richard **Fischer**-Berlin: Als ich gestern all die großen Männer auf jener Seite da (auf die Seite zeigend, wo die Genossen sitzen, die gestern gegen den Parteivorstand gesprochen haben) ihr Scheitlein hier heraufschleppen sah zu dem Scheiterhaufen, auf dem der Parteivorstand verbrannt werden soll, da fiel mir die bekannte Geschichte von den Negern ein, die ihren hölzernen Götzen immer prügeln, wenn er ihre Bitte um den nötigen Regen nicht erfüllt. (Heiterkeit.) Aber die Neger haben wenigstens den Vorzug, daß sie wissen, warum sie ihren Götzen prügeln. (Sehr gut!) Ich habe gestern in all den Reden nicht eine einzige Tatsache anführen gehört, die das Kesseltreiben gegen den Parteivorstand rechtfertigt. (Zustimmung und Widerspruch.) Freilich eine Wendung ist gefallen, die darüber vielleicht Klarheit gibt. Dittmann hat ja mit bekannter diplomatischer Schlauheit (Heiterkeit) einen Zipfel von dem Mantel abgehoben, unter dem die eigentlichen Motive verborgen sind. Er sprach von dem Parteivorstand „in seiner jetzigen Zusammensetzung". (Hört! hört!) Also, nicht was der Parteivorstand getan oder nicht getan hat, ist maßgebend, sondern seine Zusammensetzung. (Heiterkeit und Unruhe.) Es soll ein Parteivorstand zusammengesetzt werden von Dittmanns Gnaden. (Heiterkeit. Sehr gut! Große Unruhe!) Ich gratuliere der Partei. (Hoch: Das ist sachlich!) Mein lieber Hoch, ich kann ja begreifen, daß Ihnen das unangenehm ist, ich sage es aber. (Erneute große Unruhe und Heiterkeit.) Genossin Luxemburg hat freilich gestern nachmittag gemeint, ein Bild so vollendeter Hilflosigkeit wie Müller gestern am Schlusse seiner Ausführungen gegeben habe, habe sie noch nie gesehen. Ihre bekannte Bescheidenheit (Heiterkeit) war es jedenfalls, die sie verhindert hat zu sagen und zu sehen, daß sie selbst in der Tat ein Bild vollendeter Hilflosigkeit

an dem Tage gegeben hat, wo sie den Artikel von Kautsky zu Gesicht gekriegt hat (Heiterkeit und Unruhe), gegen den sie dann nur das hilflose Gestotter loslassen konnte: „Ja, wenn ich gewußt hätte, daß es Kautsky war, dann hätte ich die Finger davon gelassen." (Sehr gut! und große Unruhe.) Und auch gestern nachmittag, als sie aus der Abfertigung Bebels abermals sah, daß sie wieder daneben geraten hatte, sah sie nicht wie Salome aus, die triumphierend das Haupt Johannes brachte (Heiterkeit), was sie vor sich sah, war nicht der Kopf Molkenbuhrs. (Große Heiterkeit.) Nun haben freilich ihre Freunde alles getan, um den Vorwurf der Indiskretion und der Unwahrheit wegzuwischen. Es war bloß eine „kleine" Indiskretion, hat uns Lensch gesagt, die Indiskretion war notwendig und gerechtfertigt, meint Laufenberg. Aber das ist ja gerade das Gefährliche jeder Indiskretion, daß sie den anderen zwingt, mehr zu sagen, mehr zu enthüllen, als er vielleicht beabsichtigt hatte. (Sehr richtig!) Wer hatte denn ein ganz besonderes Interesse, das Wie und Was zu erfahren, das der Parteivorstand, das Internationale Sekretariat im Namen der internationalen Arbeiterschaft gegen den Krieg plane. (Sehr gut!) Ich glaube nicht, daß das die — Partei war. (Zuruf: Unsere Feinde!)

Es war auch nur eine „kleine" Unwahrheit, sagt die Genossin Zetkin in bezug auf die Entstellung der Molkenbuhrschen Darlegungen in der „Leipziger Volkszeitung". Genossin Luxemburg soll „nicht schlechtweg" die Privatmeinung Molkenbuhrs, die er ausdrücklich als solche bezeichnete, als Meinung des Parteivorstandes hingestellt haben. Ja, wenn man bei Feststellung der Wahrheit so subtile Unterscheidungen machen muß, wie schlechthin, schlechtweg und dergleichen, dann stinkt es gewöhnlich in der Fechtstube. (Große Heiterkeit!)

Man kann ja gewiß über die Frage geteilter Meinung sein, ob der Parteivorstand nicht besser getan hätte, seine Aufforderung an die Parteigenossen zu Demonstrationen früher zu erlassen. Aber zweierlei müssen wir uns da fragen: Ist etwas versäumt worden, und was? Und da möchte ich Tatsachen hören und nicht bloß Redensarten, wie bis jetzt. Wer hat denn all die radikalen Jeremiasse verhindert, ohne den Parteivorstand mit ihren Genossen am Ort solche Demonstrationen zu veranstalten? (Sehr gut!) Seit wann ist denn der Parteivorstand der Leithammel, hinter dem die Partei hermarschiert; wenn er nicht vorausläuft, laufen wir nicht nach! Das ist die Auffassung, die Sie vertreten. Am 2. Juli hat der „Panther" vor Agadir Stellung genommen und bereits am 4. Juli hat der „Vorwärts" an hervorragender Stelle in hervorragender Schrift aufgefordert, zum Protest gegen den Imperialismus, gegen das Treiben der Chauvinisten, zur Zeugnisablegung für die Freiheit und den Frieden, für die internationale Solidarität, gegen kapitalistische Völkerverhetzung und gegen koloniale Raubpolitik. Bloß das Wörtchen „Parteivorstand" steht nicht unter dem Aufruf. (Pfannkuch: Aber im Einverständnis mit dem Parteivorstand!) Ja selbstverständlich im Einverständnis mit dem Parteivorstand hat das Zentralorgan diese Aufforderung am 4. Juli, also zwei Tage nach der Agadiraffäre, erlassen. Wem es also um machtvolle Demonstrationen gegen den Krieg zu tun war, gegen diese Raubpolitik, der hatte Gelegenheit, sie vom 4. Juli ab zu machen. Wem es aber nur um Parteikrakeel zu tun war, der konnte wieder die Schlafmütze über den Kopf ziehen und warten, bis die Posaune des Parteivorstandes ihn erweckt. (Heiterkeit und Unruhe.) Man muß die Sachen chronologisch betrachten, dann fällt der ganze Vorwurf zusammen. Ledebour hat allerdings gestern in Anwesenheit des Parteivorstandes mit dem besseren Teil der Tapferkeit seinen Angriff auf den Parteivorstand auf die sittliche

Entrüstung über die Verschiebung der internationalen Konferenz beschränkt. Ich möchte gegenüber der Behauptung Laufenbergs zunächst feststellen, daß in dieser Frage Bebel in eigener Sache gesprochen hatte, solidarisch mit dem Parteivorstand, und nicht zur Verteidigung anderer Parteivorstandsmitglieder, wie Laufenberg es hinstellt. (Sehr richtig!) Also Ledebour erhebt den Vorwurf, daß die bekannte Konferenz nicht sofort an dem von den Anregern bestimmten Tage stattfand. Da ist doch die erste Frage die: sind denn die Gründe, die den Parteivorstand und den Genossen Bebel dazu geführt haben, die Konferenz hinausschieben zu lassen, nicht durch die Entwickelung der Dinge, durch die Tatsachen gerechtfertigt worden? Wenn man diese Frage stellt, ist sie natürlich auch schon beantwortet. Ledebour nennt freilich im Widerspruch mit der Wahrheit die Hinausschiebung jener Konferenz ein „Durchkreuzen der internationalen Verständigungsaktion". In dem Artikel des „Volksblatts für Halle" hat er mindestens ein halbes Dutzend mal diese Wendung wiederholt. An einer Stelle sagt er sogar, der Parteivorstand habe die internationale Verständigungsaktion zum Scheitern gebracht. (Zuruf: Stimmt auch!) Er erweckt also die Vorstellung, der Parteivorstand sei Gegner einer internationalen Verständigung des Proletariats aller Länder, denn sonst hat es doch keinen Sinn, zu sagen, man habe die Verständigungsaktion durchkreuzt, man habe sie zum Scheitern gebracht. Dann erhebt er den Vorwurf, der Parteivorstand habe das Ansehen der deutschen Sozialdemokratie geschädigt, der Parteivorstand wolle oder wage nicht, die internationalen Verpflichtungen zu übernehmen. Wenn dieser Vorwurf wahr ist, dann her mit den Beweisen und weg mit einem Parteivorstand, der so feige ist, daß er die internationalen Verpflichtungen nicht zu erfüllen wagt, oder so hinterlistig, daß er sie nicht erfüllen will. Hat man aber keine Beweise für solche ungeheuerlichen Vorwürfe, die tatsächlich das Ansehen der Partei schädigen, dann soll man mit solchem Geschwätz vom Parteitag wegbleiben. (Unruhe.) Der Parteitag hat das Recht, sich zu verbitten, daß persönliche Gehässigkeit und persönliche Wichtigtuerei hinter solche geschwollenen Redensarten (große Unruhe und Zustimmung, in der der Schluß dieses Satzes untergeht). Was wollte denn eigentlich Ledebour? Er sagt in seinem Artikel, eine „wirksame Aktion" werde nur möglich sein, wenn sie gleichzeitig und in gleichen Formen in allen beteiligten Ländern erfolgt. Gleichzeitig, in gleichen Formen in allen beteiligten Ländern! Wenn wir uns da nicht gegenseitig anlügen wollen, so ist das doch nichts anderes als das bekannte Getue von der gemeinsamen Anwendung des internationalen Generalstreiks beim Ausbruch eines Krieges, wogegen sich die deutsche Sozialdemokratie in Stuttgart und jüngst wieder in Kopenhagen gewandt hat. (Ledebour: Nein!) Die Protokolle darüber sind zur Hand. (Ledebour: Unwahr!) Und Ledebour selbst, der es als ein Durchkreuzen der internationalen Verständigungsaktion bezeichnet, wenn nicht an einem bestimmten Tage die Konferenz zusammentritt, schreibt in dem genannten Artikel, daß der internationale Kongreß in Kopenhagen erst jüngst wieder gezeigt habe, wie weit darüber die Meinungen auseinandergehen. „Wir können erst an eine internationale Aktion gegen den Krieg herantreten, wenn der gesamte politische Kampf der sozialistischen Parteien von dem nämlichen Grundgedanken beseelt ist." Erst dann kann man an die Aktion herantreten, die der Parteivorstand jetzt schon gefährdet und zum Scheitern gebracht hat, weil er nicht auf eine bestimmte Stunde die Konferenz einberufen hat. (Ledebour: Lächerlich!) Ja, gewiß, das ist lächerlich. (Heiterkeit.) Das ist ja meine Auffassung über das geschwollene Getue, hinter dem nichts steckt. (Lebhafter Beifall und große Unruhe.)

Ed. Bernstein-Teltow-Berlkow: Von Ledebour ist der englische Genosse Macdonald als Nationalist hingestellt worden. Er habe seine nationalistische Rede mit der Untätigkeit der deutschen Sozialdemokratie in der Kriegssache verteidigt. Macdonald ist nicht mehr Nationalist als der Genosse Hyndman, der jüngst in so scharfen Worten Befürchtungen aussprach, die man in England wegen der deutschen Flottenrüstungen hat. Wie damals gegen Hyndman, so sind jetzt auch die Vorwürfe gegen Macdonald im höchsten Grade ungerecht. Man darf die Schwierigkeit der Situation nicht übersehen, in welcher Macdonald sprach. Er mag das rechte Wort in dieser Situation nicht gefunden haben, aber im „Vorwärts" ist er in maßlos übertriebener Weise angegriffen worden — allerdings, wie ich ausdrücklich hinzufügen will, nicht von der Redaktion, sondern von ihrem Londoner Korrespondenten. Ein Teil der ausländischen Korrespondenten gerade unserer großen Parteiblätter scheint ihre Aufgabe zu verkennen. Statt objektive Berichte zu geben, beschimpfen sie die auswärtigen Parteien. Darüber wird vielleicht noch an anderer Stelle zu sprechen sein. Macdonald hatte gesagt, die deutsche Partei habe nichts getan, aber er hat ihr keine Vorwürfe gemacht und den Aufruf des deutschen Parteivorstandes, der erst kurz vor Redaktionsschluß bei der „Socialist Review" eintraf, hat er sofort noch in der gleichen Nummer abgedruckt.

Bei dem Geschrei gegen den Parteivorstand ward ich lebhaft an den Hirtenjungen erinnert, der so oft Wolf, Wolf rief, daß ihm niemand mehr glaubte, als wirklich der Wolf kam. Der Vorstand einer großen Partei darf erst eine Entscheidung treffen, wenn die Situation klar daliegt und nicht auf bloße Gerüchte hin. Zwei Tage, nachdem Molkenbuhr den angefeindeten Brief schrieb, schrieb auch Eduard Vaillant aus Paris: „Andererseits ist die Gefahr nicht so unmittelbar, daß diese Einberufung ohne Befragung der nationalen Parteien stattfinden müßte." Also eine nahe Gefahr lag in jenem Moment nicht vor, und dann ist es auch ein Unterschied, ob man Vorstand einer Dreimillionenpartei ist oder einer kleinen Partei ohne Einfluß. Mit dem, was der Vorstand der deutschen sozialdemokratischen Partei tut, übernimmt er eine große Verantwortung, was aber Leute tun, die Führer einer kleinen Partei sind, ist für ihr Land nur von geringer Bedeutung, und ich verstehe, daß Leute an der Spitze solcher kleinen Parteien das Bedürfnis haben, so oft wie möglich internationale Konferenzen zusammenzuberufen — sie werden moralisch dadurch gehoben. Aber Parteien, die eine wirkliche Macht hinter sich haben und deshalb eine ganz andere Verantwortung tragen, haben jenes Bedürfnis nicht. Die müssen sehen, in dem Moment zu handeln, wo die Sache klar ist. Und noch eins. Der Krieg kommt heute so schnell nicht, wenn er überhaupt kommt. Die Gefahr liegt meiner Ansicht nach weniger im Krieg — davor haben alle Regierungen Furcht —, die Gefahr liegt in der Kriegshetze und in ihrer Rückwirkung auf die innere Politik der verschiedenen Länder, und gerade, weil die Gefahr in der ganzen weltpolitischen Situation liegt, mußte auch der richtige Moment für die internationale Aktion des Proletariats gewählt werden. Nach der Richtung hin sind also die Vorwürfe durchaus unbegründet und keine auswärtige Partei tadelt die deutsche Sozialdemokratie deshalb, weil sie, als die Landung bei Agadir bekannt wurde, nicht schon für den nächsten Tag die Konferenz zusammenberufen hat. Aber wenn etwas die deutsche Partei im Auslande unbeliebt machen kann, so sind es die gehässigen Kritiken, die von einer ganzen Anzahl unserer Korrespondenten gegen die Bruderparteien geübt werden, und ich will hoffen, daß diesem Unfug endlich ein Ende gemacht wird. (Beifall.)

Bischaff-Altona:. Die Parteigenossen im 8. und 10. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreis waren allgemein der Meinung, daß der Parteivorstand nicht rechtzeitig auf den Plan getreten ist. Nach den Ausführungen von Bebel und Molkenbuhr kann man allerdings eine andere Ansicht erlangen. Der Antrag 14 zielt darauf ab, in unserem Organisationsstatut den Absatz des § 7 zu streichen, wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll möglichst eine Genossin darunter sein. Wir haben nicht die Absicht, den Genossinnen die Erlangung eines Mandats zu erschweren, aber es ist undemokratisch, für einen Teil der Mitglieder besondere Bestimmungen zu schaffen. Die Genossinnen, die sich rege an der Entwickelung der Partei beteiligen, kommen ohnedies in den Vordergrund und haben dadurch die Gelegenheit, ein Mandat zu erlangen. Wir haben den besten Beweis dafür in unserem Kreise. Wir haben schon jetzt zwei Genossinnen gewählt und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß einmal noch mehr Genossinnen gewählt werden. Schließlich könnte es auch einmal dahin kommen, daß man die gerechte Bitte stellen müßte, daß auch ein Genosse berücksichtigt werden soll. (Heiterkeit.) Andererseits gibt es jetzt schon Wahlkreise, die sich nicht an diese Bestimmung halten, aber weder der Parteitag, noch der Parteivorstand haben dazu Stellung genommen. Eine Bestimmung, die im Statut steht, muß aber eingehalten werden. Es herrschen aber verschiedene Auffassungen darüber und daher ist es besser, sie ganz wegzulassen. Eine solche Bestimmung mag notwendig gewesen sein, als die Frauen noch nicht der allgemeinen Parteiorganisation als gleichberechtigte Mitglieder angehört haben. Das sind sie aber seitdem geworden und deshalb bitte ich, unserem Antrage zuzustimmen.

Dittmann-Solingen: Ich verdanke es dem Entgegenkommen eines Parteigenossen, der mit mir in der Rednerliste getauscht hat, daß ich gegenwärtig noch einmal zu Worte kommen kann. Ich freue mich darüber besonders deshalb, weil ich dadurch dem Genossen Richard Fischer antworten kann. Er hat vorhin erklärt: Dittmann hat ja den Mantel gelüftet, indem er gesagt hat, es kommt bei der Kritik des Parteivorstandes nur darauf an, den Parteivorstand in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung zu treffen. Es ist richtig, daß ich den Ausdruck „in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung" gebraucht habe. Aber wer den Sinn meiner Worte nicht absichtlich verdrehen will (Sehr richtig!), der wird etwas anderes heraushören müssen, und besonders derjenige, der weiß, daß ich eine Woche vor dem Parteitage im „Vorwärts" in einem längeren Artikel auseinandergesetzt habe, weshalb nach meiner Auffassung der Parteivorstand in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung den Wünschen der Genossen im Lande nicht entspricht. (Sehr richtig.) Ich habe dort vor aller Oeffentlichkeit auseinandergesetzt, worin meines Erachtens diese Dinge begründet sind, und kein Mensch, der den Artikel objektiv gelesen hat, wird behaupten können, daß auch nur der Funke einer Animosität gegen irgendein Vorstandsmitglied darin enthalten wäre. (Sehr richtig.) Es sind durchaus sachliche Gründe in diesem Artikel für die Notwendigkeit der Reorganisation unserer Parteileitung enthalten. Alle Redner, die sich damit hier auf dem Parteitag beschäftigt haben, führten nacheinander Mann für Mann genau dieselben Gründe an, auch Müller vom Parteivorstand hat erklärt, daß die neuen Aufgaben, die der Partei zugewachsen sind, dazu führen müssen, auch den Parteivorstand entsprechend umzugestalten. Ich behaupte jedenfalls nicht zuviel, wenn ich sage, auch Richard Fischer hat den Artikel gelesen, er wußte also, was für eine Bedeutung der Ausdruck „der Parteivorstand in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung" in meinem Munde hat, wenn ich selbst hier nicht auch noch direkt gesagt hätte, daß eine allgemeine Reorganisation der Parteileitung notwendig ist, daß ich aber im Rahmen

der 10 Minutenrede nicht darauf eingehen könne, weil ich persönlich angegriffen war und mich zu anderen Dingen äußern mußte. Es liegt mir vollständig fern, mich irgendwie über das aufzuregen, was Richard Fischer hier gesagt hat. Ich sage nur, das war ganz Richard Fischer! (Lebhaftes Sehr richtig!) Damit ist alles gesagt, was zur Kritik überhaupt gesagt werden kann. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Ich will Ihnen an einer kleinen Einzelheit zeigen, wie ich mir die Reorganisation des Parteivorstandes denke. Ich habe gestern gerade über diese Dinge in eingehender Weise mit Auer-München gesprochen und er hat mir in sehr vielen Punkten recht gegeben, was er jetzt durch Kopfnicken bestätigt. Für unsere süddeutschen Freunde ist es von der größten Bedeutung, daß ein Sekretär des Vorstandes für Landesangelegenheiten eingesetzt werde, der in ständigem Konnex, schriftlich und persönlich mit den Landtagsfraktionen und Landesorganisationen der einzelnen Länder stehen und wissen muß, was für wichtige Gesetzesvorlagen in den Einzelparlamenten eingebracht werden. Er muß eine Zentralsammlungs- und Auskunftsstelle bilden für die einzelnen Landtagsfraktionen. Wo irgendwelche wichtigen Gesetze in den Landtagen zu erledigen sind, die neue Wege für die Partei erschließen könnten, da wäre es die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit des Sekretärs für Landesangelegenheiten im Parteivorstande, sich rechtzeitig mit den Fraktionen ins Benehmen zu setzen und kameradschaftlich über alle Möglichkeiten Rücksprache zu nehmen. Dadurch könnte verhindert werden, daß, wie es in den letzten Jahren öfters geschehen ist, plötzlich ein recht unangenehmer Eklat entsteht. Hätten wir einen solchen Sekretär für Landesangelegenheiten in den letzten Jahren im Parteivorstand gehabt, dann wären vielleicht manche der Differenzen, die die letzten Parteitage beschäftigt haben, überhaupt nicht oder doch nicht in so unangenehmer Form zutage getreten, wie dies leider der Fall gewesen ist. (Zustimmung.) In ähnlicher Weise denke ich mir die Dinge in bezug auf die Kommunalpolitik. Wer sich die Zusammenstellung der Kommunalprogramme in der uns hier überreichten Nummer der „Kommunalen Praxis" ansieht, der wird einsehen, daß hier ein ungeheures Arbeitsgebiet für einen Sekretär für Kommunalpolitik liegt. (Zustimmung.) Und ich meine, man hat wohl das Recht, in der Partei solche Ansichten aussprechen zu dürfen, ohne von vornherein verdächtigt zu werden (lebhafte Zustimmung), daß man irgendwelche persönliche Interessen vertrete oder persönliche Streberei betreibe. (Erneute Zustimmung.) Ich meine, so stehen die Dinge noch nicht, daß man nicht das Recht hätte, sich darüber zu äußern. (Ein Zuruf: Die Pflicht!) Jawohl, es ist Pflicht, das zu tun. Man wird mir nicht vorwerfen können, daß ich irgendwie verletzend in der Form gewesen wäre.

Ich verzichte darauf, auf Einzelheiten der Angelegenheit des Geheimzirkulars noch weiter einzugehen. Es ist um so dringender notwendig, daß die Parteipresse Kritik an den Maßnahmen der Gewerkschaften übt, als leider bei diesen im Laufe der letzten Jahre die Kritik in der Verbandspresse außerordentlich eingestellt worden ist. (Hört! hört!) In früheren Jahren hat man auch in den Gewerkschaften den Standpunkt vertreten, daß auch das Verbandsorgan unabhängig der Zentralleitung gegenüberstehen müsse, heute aber haben sich die Dinge vielfach so entwickelt, daß Verbandsvorstand und Verbandsorgan eine gemeinsame Politik verfolgen und diese Politik unter allen Umständen durchzusetzen suchen. Gerade dadurch entsteht vielfach die Rebellion unter den Mitgliedern der Gewerkschaften. Sie haben das Empfinden, nicht zum Wort kommen zu können, und gerade beim Buchdruckerkonflikt ist das wieder zutage getreten. Wochenlang hat der Buchdrucker-„Korrespondent" stets nur Artikel veröffentlicht, die dem Standpunkt

der Zentralinstanzen entsprachen. Die Buchdrucker haben in ihrer Masse Beschwerde erhoben, daß die Stimme der Opposition nicht zu Worte gekommen ist, und es wäre daher um so schlimmer, wenn auch in der Parteipresse solche Meinungsäußerungen unterdrückt würden. Es ist im Gegenteil die Pflicht der Parteipresse, sich auch mit den internen Angelegenheiten der Gewerkschaften zu befassen und rücksichtslos auszusprechen das, was ist. Nur dadurch kann verhindert werden, daß sich Explosionsstoff in den Gewerkschaften ansammelt, der dann einmal unliebsame Katastrophen im Gefolge haben kann. Es war außerordentlich kurzsichtig vom Parteivorstand, glauben zu wollen, daß es möglich sein würde, die ganze Angelegenheit geheim behandeln zu können. Der „Grundstein", das Verbandsorgan der Bauarbeiter, hatte bereits öffentlich den Parteivorstand aufgefordert, einzugreifen, der „Korrespondent" hatte sich angeschlossen und ebenso der Verbandsvorstand der Buchdrucker, der ja einen förmlichen Antrag an die Generalkommission gestellt hatte. Da konnte doch von Geheimbleiben keine Rede mehr sein. Das Eingreifen des Parteivorstandes wäre sehr bald öffentliches Geheimnis, mindestens im Buchdruckerverband, geworden, der Parteivorstand hätte sich sagen müssen, es ist nicht möglich, die Geheimhaltung durchzusetzen und er hätte seine Finger davon lassen sollen. — Aber ich will nicht weiter darauf eingehen und mich auch nicht aufregen über die Rede Legiens. Ich will nur das eine betonen, daß mich auch Legien in keiner Weise bekehrt hat und ich nach wie vor den Standpunkt vertrete, daß die leitenden Instanzen einer Gewerkschaft nicht mit dem Verbande identisch sind, nicht mit der Gesamtheit der Gewerkschaftsmitglieder, und wenn man die leitenden Instanzen kritisiert, so kritisiert man damit noch lange nicht alle Verbandsmitglieder und die Gesamtorganisation. Ein anderer Standpunkt führt zu dem absolutistischen Bekenntnis Ludwigs XIV.: „Der Staat bin ich." (Sehr gut!) Das ist die Konsequenz des Standpunktes von Legien. Dahin sollen wir es in Gewerkschaft und Partei nicht kommen lassen. Auch die leitenden Instanzen müssen der Kritik unterstehen und es gibt Situationen, in denen die Kritik an den Führern notwendiger ist als die an den Massen. (Beifall.)

Adolf Hoffmann: Legien erklärte gestern, eine Kritik des Parteivorstandes bezüglich des Geheimerlasses wäre hier nicht notwendig gewesen. Diese Kritik war aber nicht nur unser gutes Recht, sondern unsere Pflicht. Wenn der Parteivorstand in diesem Zirkular Licht und Schatten in der gehörigen Weise verteilt hätte, dann wäre viel Aufregung erspart worden und viele Worte wären hier überflüssig gewesen. Auch die Gewerkschaftspresse muß das halten, was man von der Parteipresse verlangt. Wir sind hier ohne Ausnahme alle der Meinung, daß Partei und Gewerkschaft zusammenarbeiten müssen. Aber auch jede Kritik ist berechtigt und notwendig, wenn sie sich in den Formen hält, daß ein Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft nicht unmöglich gemacht wird. Aber diese Formen müssen auch auf beiden Seiten gewahrt werden. Und wenn ein Rüffel notwendig wird, dann muß er auch nach der anderen Seite erteilt werden, weil man ja nachher nicht mehr weiß, welches Karnickel eigentlich angefangen hat.

Ich will auf die Marokkofrage an sich nicht eingehen, weil ich durch die Liebenswürdigkeit der Genossen im Reiche Gelegenheit genug habe, über Marokko zu sprechen, wenn ich dafür ein Bedürfnis habe. Nun hat man vielfach gesagt, die Kritik, die an dem Parteivorstande in dieser Frage geübt wurde, war nicht die richtige. Gewiß haben sich auch in der gestrigen Debatte die Genossen alle Mühe gegeben, den Rahmen der Parteigenössigkeit nicht zu überschreiten, und doch sind Dinge vorgekommen, die besser unterblieben wären. Da trifft aber das Wort des Dichters zu: „Wer nie zu weit gegangen, ging selten weit genug!" Und wenn die Kritik der Genossin Luxemburg und Ledebours angegriffen wurde, so dürfen wir uns doch darüber nicht täuschen, daß gerade sie es sind, die den Parteivorstand vorwärts geschoben haben. (Beifall.) Es ist im Parteivorstande ein Fehler begangen worden. Das müßte aber nicht unser August Bebel sein, wenn er nicht Solidarität bewahrt hätte und mit ganzer Kraft für den Parteivorstand eingetreten wäre, um ihn herauszuhauen. Das ist selbstverständlich. Ich erkenne auch die hohen Verdienste Molkenbuhrs um die Partei an. Ich brauche nur an das sozialpolitische Gebiet zu erinnern. Aber wir wissen auch, daß Molkenbuhr sich nicht leicht aufregt, daß er seine Ruhe bewahrt, daß er, wie der Berliner sagt, ein bißchen pomadig ist. (Heiterkeit.) Ich halte es sogar für sehr wertvoll, daß ein Mann im Vorstande ist, der seine Ruhe stets behält, der sogar sehr ruhig ist. Aber in dem Augenblick, wo er allein zu entscheiden hat, kann die Ruhe ein Hemmschuh werden. Dagegen müssen wir Vorsorge treffen. Denn es dreht sich oft bei Aktionen darum, daß schnell gehandelt wird, sonst wird viel verpaßt. Gewiß ist im vorliegenden Falle nichts verpaßt worden, aber es hätte auch anders kommen können. Nun weist Molkenbuhr in seinem Briefe auf die Rücksicht auf die Reichstagswahlen hin. Da bin ich entgegengesetzter Meinung wie er. Denken wir an die Dinge, die wir bei den sogenannten Karnevalswahlen 1887 und bei den Hottentottenwahlen 1907 erlebt haben. Gerade in bezug auf die indifferenten Wähler, die Heeresfolge leisten, weil die Massen über den Kriegs- und Kolonialrummel nicht genügend orientiert waren. Auch hinsichtlich der Marokkofrage müssen wir Vorbereitungen treffen, denn wir wissen nicht, was bei der kommenden Wahl daraus für eine Wahlparole gemacht wird. Darum müssen wir solche Gelegenheiten mit allen Mitteln ausnutzen. Notwendig ist eine Vermehrung des Parteivorstandes. Ein fest angestellter Vorsitzender würde ein Hemmnis werden. Er würde den weiten Blick für die politischen Fragen und Aktionen verlieren, wenn er mit Geschäften zu sehr überlastet wird. Die Mehrheit im Parteivorstande dürfen nicht die besoldeten Mitglieder haben. Wir müssen zur Erledigung der Frage der Reorganisation des Parteivorstandes die vorgeschlagene Kommission wählen. Das ist das wichtigste neben der Frage der Vermehrung des Parteivorstandes.

Vorsitzender **Dietz** macht darauf aufmerksam, daß die Redner nur zehn Minuten sprechen dürfen. (Heiterkeit.)

Dr. Liebknecht: Ich hoffe, daß diese freundliche Ermahnung auf meine Redezeit nicht angerechnet wird. (Heiterkeit.) Ich will mich nur mit dem Punkt Marokko befassen und einige Ergänzungen und Richtigstellungen geben. Als der „Panther" nach Agadir ging, erschienen sofort in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" und der „Konservativen Korrespondenz" jene wüsten Kriegshetzartikel, die überall berechtigtes Aufsehen erregten. Wenige Tage danach kamen bereits aus England und Frankreich offizielle Mitteilungen, wonach England unter keinen Umständen dulden würde, daß Deutschland einen Flottenstützpunkt an der nordwestlichen Küste Afrikas erwerben würde. Damit war die Situation schon Anfang Juli ganz klar, die Stellung Englands scharf markiert. Man brauchte nicht erst auf die Rede Lloyd Georges zu warten.

In Preußen traf der „Panther"-Bluff gerade in die neue Wahlrechtsbewegung, die durch den jämmerlichen Zusammenbruch des preußischen Abgeordnetenhauses angefeuert war. So trat der innerpolitische bonapartistische Verwirrungszweck der Affäre hier besonders aufdringlich zutage — was mag das Verständnis für Molkenbuhrs Haltung etwas erleichtern. Die Berliner Parteigenossen allerdings waren auf dem Plane. Sofort wurde nicht nur — wie Genosse Fischer hervorhob — im „Vorwärts" ein Aufruf erlassen, es wur-

den auch die Wahlrechtsversammlungen zu gleichzeitigen Friedensdemonstrationen ausgestaltet. Das muß zur Ehre der Berliner Parteigenossen gesagt werden; und von den Genossen im übrigen Deutschland gilt das gleiche: auch sie haben nicht auf den Aufruf des Parteivorstandes gewartet und auf die sogenannte Indiskretion der Genossin Luxemburg. Sie haben sich vielfach gerührt und gezeigt, daß sie den Ernst der Situation besser ergriffen hatten als der Parteivorstand.

Gerade der 9. August, an dem der Parteivorstand endlich seinen Aufruf erließ, war einer der unglücklichsten Momente in dieser ganzen Zeit für eine solche Veröffentlichung. Anfang August war der Kaiser in Swinemünde. Am 5. August erschien jenes Communiqué, das eine beruhigende Wirkung ausüben sollte und in gewissem Umfang ausübte. Just da kam der Parteivorstand mit seinem Aufruf. Das war eine Krähwinkelei, wie sie schlimmer bisher in der deutschen Partei noch nicht passiert ist. Man hat fast aufgeatmet, als nach kurzer Zeit die Sache sich wieder so heftig zuspitzte, daß diese zeitliche Inopportunität verwischt wurde.

Ueber die „Indiskretion" will ich mich nicht verbreiten. Ich kann mir aber vorstellen, daß sich jemand sagt: „ich kann nicht schweigen; die Situation ist zu ernst; es steht zu viel auf dem Spiel — wenn ich auch bedauere, daß die Sache in solcher Weise zur Sprache gebracht werden muß."

Es ist ein verkehrter Vorwurf, daß jede Kritik mitten in der Aktion vermieden werden müsse. Mitunter kann es notwendig werden, mitten im heftigsten Kampfe zu kritisieren. Die Art der hier geübten Kritik hat auch nicht hemmend, sondern voranpeitschend gewirkt. Sie hat gezeigt, daß die Masse der Parteigenossen mit viel größerem Eifer und größerem Interesse auf die Marokkoaffäre blickt, als gewisse leitende Stellen in der Partei. (Sehr richtig!)

Bebel hat darauf hingewiesen, daß die Partei durch Gewährung von Geldmitteln an die Bruderparteien, durch die Unterstützung der russischen Revolution, ihre internationale Gesinnung und Bereitschaft deutlich genug bekundet habe. Hier aber hat es sich um ernstere Dinge gehandelt, als um die Bewilligung von Geldmitteln. Das internationale Proletariat war vor Aufgaben von so ungeheurer revolutionärer Bedeutung gestellt, wie sie ihm noch nie gegenübergetreten waren.

Man möchte dem Genossen Müller vom Parteivorstand zurufen: Mensch, bekenne Deine Sünden. (Heiterkeit.) Wir wissen ja doch, wie mildernd ein Eingeständnis wirkt. Hätte der Parteivorstand zugegeben, daß Erhebliches versäumt worden ist, dann wäre die Kritik hier viel sanfter gewesen. Statt dessen konstruiert der Parteivorstand einen Fall Luxemburg und schlägt die Taktik ein, zu rufen: Haltet den Dieb.

Niemand hat gefordert, daß der Parteivorstand einen Massenstreik oder eine sonstige entscheidende Aktion sofort habe inszenieren sollen. Darum handelt es sich ganz und gar nicht. Das ist eine kleine Verschiebung. Er sollte nur mit dem Internationalen Bureau zusammenkommen. Das bedeutet noch längst nicht die Inszenierung eines Massenstreiks und noch längst nicht die Anwendung der äußersten und stärksten Machtmittel. Je weniger man aber über den Massenstreik und diese äußersten Mittel einig war, um so notwendiger war es gerade, zusammenzukommen. Ganz zu Unrecht hat Fischer behauptet, der Internationale Kongreß von Kopenhagen habe sich gegen den Massenstreik ausgesprochen. Er hat die Frage offen gelassen und nur abgelehnt, sich auf dieses Mittel festzulegen. Für den Parteivorstand galt also das Wort: „Du sollst in Deines Liebchen Kammer, nicht etwa in den Tod."

Es ist richtig, daß die „radikalen Jeremiasse" nicht verhindert waren, die von ihnen für nötig gehaltene Protestbewegung auf eigene Faust durchzuführen. Und sie haben das auch nach Kräften getan. Aber der Parteivorstand soll vor den Wagen und nicht hinter den Wagen gespannt sein. (Sehr richtig!)

Die hier geübte Kritik erscheint mir höchst erfreulich, mag sie auch zeitweise heftige Formen angenommen haben. Sie beweist, daß unsere Genossen in dieser bedeutsamen Frage keinen Spaß verstehen. Das ist von großer Wichtigkeit. Das besonders Wertvolle an dieser Debatte aber ist, daß wir trotz alledem die einheitliche Geschlossenheit des deutschen Proletariats in allen wesentlichen Punkten aus unseren Verhandlungen haben hervorleuchten sehen. Wir dürfen das Wichtigste nicht vergessen: daß trotz der Fehler, die begangen worden sind, die deutsche Partei und die Gewerkschaften noch niemals so geschlossen und so einig waren, wie gerade jetzt, und vor allem in der Marokkofrage. (Beifall.) Das sollen sich unsere Gegner gesagt sein lassen! Und wenn sie sich etwa einbilden, aus unseren heftigen Debatten auf Meinungsverschiedenheiten über die Stellung der Sozialdemokratie zur Marokkofrage schließen zu können, so irren sie sich gründlich. Solche Meinungsverschiedenheiten existieren nicht. Wir stellen fest, daß das ganze deutsche Proletariat wie ein einziger Mann in machtvoller Aktion gegen die Kriegshetzer geschlossen steht. (Beifall.)

Wozu noch viel über das Vergangene sinnieren. Laßt das Vergangene vergangen sein. Es hat ja zum Glück nichts Nennenswertes geschadet. Jetzt gilt es, frischauf in die Zukunft zu blicken, und dann mag kommen, was da will, ob Donnerkeil oder Wetterschlag, das kämpfende Proletariat wird sich bewähren. (Starker Beifall.)

Sassen-Berlin: Der Antrag 12 besagt, daß in jedem Bezirk der einzelnen Wahlvereine eine planmäßige Landagitation auf verwandtschaftlicher Grundlage eingerichtet werden soll. Und zwar so, daß die Parteigenossen angehalten werden sollen, die Adressen ihrer auf dem Lande lebenden Verwandten den Bezirksführern oder deren Vertretern mitzuteilen. Die so gewonnenen Adressen sind dann im Auftrage der Verwandten zu bearbeiten und später den zuständigen Landagitationskommissionen zu überweisen, um denselben als Stützpunkt für ihre weitere örtliche Agitation zu dienen. Der Antrag ist von der Erkenntnis getragen, daß in der Agitation auf dem Lande uns ganz andere Aufgaben erwachsen, wie in den Großstädten, und daher wollen die Antragsteller diese Agitation auf eine andere Grundlage stellen. Sie glauben mit dem Antrage das Richtige getroffen zu haben. Der Kostenpunkt dieser Agitation dürfte so gering sein, daß wir darüber nicht zu reden brauchen. Bei den Nachwahlen zum Reichstag ist bereits nach dieser Idee gearbeitet und sind die besten Erfolge damit erzielt worden. Ein Redner aus Nürnberg hat ja auch angeführt, daß in Süddeutschland diese Art der Agitation bereits in Gebrauch ist. Die Landarbeiter sind ja nur auf die Landratspresse angewiesen, in der sie nur Lügen und Verleumdungen über die Sozialdemokratie finden. Deshalb wollen wir versuchen, sie auf diese Weise aufzuklären und Bresche zu legen in den festesten Wall der Reaktion.

Göllner-Frankfurt a. M.: In die gegenwärtige Debatte paßt der Antrag 15, den ich zu begründen habe, nicht gut hinein. Frühere Parteitage haben den Antrag abgelehnt. Ein Teil des Antrages ist ja schon zur Durchführung gekommen, indem ein Genosse zur Geschäftsrevision bereits angestellt ist. Diese Tätigkeit soll weitergeführt werden. Die Fortschritte unserer Parteigeschäfte könnten durch einen erfahrenen Berater beschleunigt werden. So besonders im Inseratenwesen und dem gemeinschaftlichen Papiereinkauf. Beim Papiereinkauf könnten wir billigere Preise und für die in Papier-

fabriken beschäftigten Arbeiter Vergünstigungen erzielen. Die Genossenschaften sind uns auf diesem Gebiete vorausgeeilt. Alles drängt nach Zentralisation und unsere Parteigeschäfte überlassen wir den einzelnen Orten, bis man durch Fehler der Geschäftsleitungen zum Schaden der Partei und der Parteigeschäfte klug wird. — Einige Worte zur Buchdruckerfrage. Hier wäre unseren Redaktionen dringend Reserve zu empfehlen. Hätten sie in den neunziger Jahren in der Tariffrage schon auf dem Standpunkt gestanden, wie wir heute alle stehen, so wäre uns mancher Kampf mit den Buchdruckern erspart geblieben. Aehnlich liegen die Dinge auch gegenwärtig. Innere gewerkschaftliche Angelegenheiten soll man den betreffenden Instanzen selbst zur Entscheidung überlassen. — Ueber die Marokkofrage braucht man kaum noch zu reden. In Frankfurt haben wir nicht gewartet, bis der Parteivorstand gekommen ist, sondern haben große öffentliche Versammlungen veranstaltet und auch in den Bezirken die Genossen aufgeklärt. Aber man muß doch sagen, daß der Parteivorstand mit der Einleitung der Aktion vorsichtig vorgehen mußte, denn er trägt eine weit größere Verantwortung als die Genossen im Lande, und deshalb ist sein Vorgehen durchaus korrekt gewesen. Die kleine Gruppe, die den Angriff gemacht hat, dürfte wohl selbst eingesehen haben, daß sie nicht gut abgeschnitten hat. Wir sind ja noch jetzt mitten in der Aktion und haben in der Marokkofrage nichts versäumt. Wir stehen hier in der Wahlbewegung und werden da überall über die Marokkofrage sprechen müssen — schon unsere Gegner werden uns dazu zwingen. Die deutsche Sozialdemokratie hat stets auf allen Gebieten der internationalen Fragen ihre Schuldigkeit getan und wird es auch hier tun. (Bravo!)

Knauer-Sonneberg: Die scharfen Angriffe gegen den Parteivorstand sind von ihm und seinen Verteidigern noch schärfer zurückgewiesen worden. Aber wir Genossen draußen in der Provinz hatten doch das Empfinden, daß eine Aktion früher eingeleitet werden mußte. Wir hatten auch nicht das Empfinden, daß erst Rosa Luxemburg und die „Leipziger Volkszeitung" die Anregung dazu gegeben haben, sondern daß die Frage schon in vielen Orten diskutiert wurde, bevor der Brief des Genossen Molkenbuhr bekannt geworden ist. Freilich hatte er mit seiner Auffassung insofern etwas für sich, als in Marokko die Interessen der Gruppe Mannesmann und der Gruppe Krupp, beides deutsche Interessen, sich gegenüberstehen und dies wohl eine Garantie bot, daß es nicht zum äußersten kommen könnte. Molkenbuhr sagte, die Situation wurde erst ernster, als England Stellung nahm. Man kann auch der gegenteiligen Auffassung sein, denn gerade dadurch wurde den Kriegshetzern erst zum Bewußtsein gebracht, daß die Situation viel ernster ist als sie glaubten, und eben dadurch wurde meiner Auffassung nach eine große Gefahr beseitigt. — Genosse Wels hat sich ganz besonders gegen den Ton der Linken gewandt. Nun, die Redner der Rechten haben sich auch einen Ton angewöhnt, der nicht besonders schön war, namentlich der Genosse Wels. Man soll aber überhaupt nicht immer über den Ton jammern und heulen, wenn einmal ein kräftiges Wort gesagt werden muß. Ich wurde auch das Gefühl nicht los, als ob man zu wenig Wert auf die Meinung der Genossen in der Provinz legt, und daß in Berlin viel Durchschnittsware vorhanden ist. Wels Rede kam mir überhaupt vor wie eine Kandidatenrede. (Zuruf.) Ein Wort zum Geheimzirkular. Ebert hat gestern den Dank an die Genossen ausgesprochen, die in der Parteipresse sitzen, und dazu gehören doch auch die in so unerhörter Weise Angegriffenen. Die Freiheit der Presse muß unbedingt auch gegenüber den Angriffen aus Gewerkschaftskreisen gewahrt bleiben. War Anlaß zum Tadel, so mußte er nach beiden Seiten gerichtet werden. Man tut immer so, als ob die Genossen auf der rechten Seite allein Gewerkschaftler sind und

die gewerkschaftliche Taktik in Erbpacht genommen haben. Man soll doch nicht vergessen, daß die scharfen Angriffe aus gewerkschaftlichen Kreisen von Leuten ausgehen, die gar nicht Parteigenossen sind. (Sehr richtig!) — Die Handbücher, die herausgegeben werden, hätten jetzt bereits in den Händen der Vertrauensleute sein müssen. Ich bedauere auch, daß sie einen immer größeren Umfang annehmen. Eine sehr gut zusammengestellte Broschüre, die als Muster dienen könne, ist die Finanzgeschichte von Wurm.

Der Antrag 15 wird ja zweifellos angenommen werden. Ich habe schon auf dem Nürnberger Parteitag darauf hingewiesen, daß eine schärfere Kontrolle der Parteigeschäfte notwendig ist. — Noch eins. Ueber die eigentliche Agitation ist hier noch gar nicht gesprochen, und die Genossen draußen können verlangen, auch in dieser Richtung hier Direktiven zu bekommen, und deshalb wende ich mich dagegen, daß man von gewisser Seite erklärt, wie erst kürzlich ein süddeutscher Abgeordneter, daß wir mit Fortschrittlern und Nationalliberalen zusammengehen müssen. Dadurch wird uns der Kampf außerordentlich erschwert. Wir haben jetzt gegen die gesamten bürgerlichen Parteien in schärfster Weise vorzugehen und nicht etwa einem Großblock, wie er vielleicht in Württemberg und Baden gewünscht wird, das Wort zu reden. Die Liberalen und Fortschrittler in Thüringen sind besonders reaktionär und daher erst recht zu bekämpfen.

Rosa Luxemburg: Die politische Seite der Streitfrage, um die sich die Verhandlungen gestern und heute drehen, ist bereits so klargelegt, daß ich gern auf das Wort verzichtet hätte. Aber ich bin gezwungen, mich gegen die persönlichen scharfen Angriffe zweier Parteivorstandsmitglieder, der Genossen Molkenbuhr und Bebel, zu wenden. Molkenbuhr hat besonders als einen Beweis meiner teuflischen Bosheit hervorgehoben, daß ich bei der Veröffentlichung seines Briefes an das Internationale Bureau „geflissentlich" das Datum „unterschlagen" hätte. An dem Datum hing alles, der ganze Sinn und Inhalt des Briefes, denn das Datum hätte gezeigt, daß der Brief in völlig anderer Situation geschrieben war, als derjenigen, die erst nachträglich die Aktion des Parteivorstandes nötig gemacht hätte. Hätte ich gesagt, daß der Brief vor jener Rede des englischen Ministers Lloyd George geschrieben war, so hätte ich gezeigt, wie früh er geschrieben war, und damit wäre meine ganze Anklage in ein klägliches Nichts zusammengefallen. Molkenbuhr hat sich so festgeklammert an jene Rede Lloyd Georges, daß er gar nicht einsieht, daß seine Ausführungen nur dann einen Sinn hätten, wenn auch ich die Auffassung hätte, daß durch diese Rede die Situation erst geschaffen war, die die Aktion gegen die Kriegshetze nötig gemacht hätte. Aber das trifft ja eben gar nicht zu. Im Gegenteil, ich stehe heute wie damals — und ich glaube alle mit mir außer Molkenbuhr — auf dem Standpunkt, daß nicht diese oder jene Rede eines englischen Ministers, sondern die Tatsache der Absendung eines Kanonenbootes deutscherseits nach Agadir, d. h. ein tätlicher Eingriff des Deutschen Reiches in das Marokkoabenteuer, der gegebene Moment war, um eine Aktion gegen die Marokkogefahr zu entfalten. (Sehr richtig!) Molkenbuhr sagt freilich, er habe auch gewußt, daß bereits am 2. Juli Deutschland ein Kanonenboot geschickt habe, aber er fügte hinzu, was das Kanonenboot in den Gewässern von Agadir wollte, das wußte man nicht. Vielleicht dachte man im Parteivorstand, daß es hingeschickt sei, um Fischlein zu fangen. (Heiterkeit.) Ich bedauere diese harmlose Auffassung über so wichtige Vorgänge.

Nun zu Bebel. — Ich bedauere sehr, daß Genosse Bebel, der so sehr gegen Indiskretionen hier vorging, mit der ganzen ihm zu Gebote stehenden Schärfe, Lebhaftigkeit und Jugendfrische zugleich die Indiskretion verübt hat,

Ausführungen, die Genosse Huysmans in einem Privatgespräch mit Bebel über mich gebraucht haben soll, hier wiederzugeben. Es tut mir leid, daß ich auf die Worte eines Abwesenden scharf reagieren muß, es ist sonst nicht meine Gewohnheit, Abwesende anzugreifen, aber ich bin durch Bebel dazu gezwungen — Huysmans soll zu Bebel gesagt haben: (Bebel: Soll? er hat gesagt!) erstens, daß es nicht das erstemal sei, daß ich eine Indiskretion an Mitteilungen des Internationalen Bureaus verübt habe. Hat Genosse Huysmans das gesagt, was ich ja nicht weiß und nicht nachprüfen kann, so hat er eine Unwahrheit gesagt, eine aus der Luft gegriffene Behauptung aufgestellt, für die keinerlei Beweise zu erbringen sind. Weiter soll Genosse Huysmans die Absicht geäußert haben, mir zur Strafe für meine jüngst verübte Missetat nunmehr alle Mitteilungen des Internationalen Bureaus sperren zu wollen. Hat Huysmans das gesagt, dann hat er seine Kompetenzen weit überschritten. (Sehr richtig! Bebel: Das habe ich ja selbst gesagt!) Huysmans ist der angestellte Sekretär des Internationalen Bureaus, der unsere Arbeiten für uns erledigen muß und bis jetzt in dankenswertester Weise glänzend erledigt hat. Wer Mitteilungen vom Internationalen Bureau zu bekommen hat oder nicht, darüber kann Huysmans nicht befinden, sondern das Internationale Bureau, dessen Mitglied ich bin, und ich möchte das Bureau sehen, daß es wage würde, mir seine Mitteilungen zu sperren. (Lachen und Beifall.) Weiter hat Bebel eine neue Beschuldigung zu meinen früheren Sünden hinzugefügt, er hat gesagt, ich hätte „unterschlagen". (Bebel: Sehr richtig!) Sie wissen ja noch gar nicht, was ich sagen will, Genosse Bebel, beruhigen Sie sich, sitzen Sie ruhig (Lachen), Bebel hat gesagt, ich hätte eine „Unterschlagung" dadurch begangen, daß ich nicht erwähnt hätte, daß er die vorgeschlagene Sitzung des Internationalen Bureaus nur zunächst, nur vorläufig abgelehnt hätte. In meinem Artikel in der „Leipziger Volkszeitung" steht schwarz auf weiß: „Das deutsche Mitglied des Internationalen Bureaus erklärte gleichfalls zunächst... (Bebel: Davon haben Sie gestern kein Wort gesagt!) Ich habe das vorgelesen, Sie müssen eben zuhören und nicht immer durch Zwischenrufe stören. (Unruhe.) Ja noch mehr, ich habe nicht nur erwähnt, daß das „zunächst" abgelehnt war, sondern ich habe mich weit und breit darüber verbreitet, um nachzuweisen, daß das „zunächst" ganz anders aufgefaßt werden müßte. Ich sage in meinem Artikel weiter: „Die Ablehnung von deutscher Seite jedoch „zunächst" ist als eine Absage an die Idee überhaupt aufgefaßt worden." Wie man angesichts des Wortlautes meines Artikels behaupten kann, ich hätte „unterschlagen", daß die Ablehnung nur zunächst erfolgte, ist mir, um ein bekanntes Wort von Bebel zu gebrauchen, „ein psychologisches Rätsel". Bebel macht mir weiter einen Vorwurf daraus, daß ich nicht erwähnt habe, daß er in einer Besprechung mit Huysmans sich im Gegenteil sogar für einen weitergehenden Vorschlag ausgesprochen hat. Bebel hat aber selbst gesagt, daß diese Besprechung am 30. Juli stattgefunden hat, mein Artikel aber war schon am 24. Juli erschienen. Bebel, dem in seinem Leben, nicht von mir und meinen Freunden, sondern von anderer Seite, so oft vorgeworfen war, daß er als Prophet auftritt, darf mir doch keinen Vorwurf daraus machen, daß ich kein Prophet bin. (Heiterkeit. — Bebel: Das ist nur nicht der richtige Sachverhalt!) Bebel hat dann öffentlich erklärt, er habe sich vorgenommen, sich künftig in seinen Briefen an mich sehr in acht zu nehmen. Diese Vorsicht ist ganz überflüssig. Sie wissen, Genosse Bebel, ebensogut wie ich, daß die Briefe, die wir einander schreiben, gewöhnlich von vornherein nicht hinter den Spiegel zu stecken sind. (Große Heiterkeit.) Der Parteivorstand, namentlich Bebel, haben mit voller Macht aus ihrer Höhe als Jupiter auf mich die brennendsten Blitze und Donner herabgeschleudert, sie haben mich persönlich herunterzureißen gesucht, soviel sie konnten, aber ich habe schon jetzt eine Satisfaktion erlebt. Und das war während der Rede von Ihnen, Genosse Bebel. Haben Sie vielleicht gesehen, woher Sie den stürmischen Applaus bekommen haben? (Lachen.) Die applaudierenden Hände waren alle aus Bayern, Baden. (Große Unruhe, Zurufe: Ist das so schlecht? Unverschämtheit! Unerhört! Das ist die Einheit der Partei!) Es waren vor allem die Revisionisten (großes Gelächter und Zustimmung), jawohl, und das ist der Beweis dafür, daß es sich hier nicht um persönliche Angelegenheiten handelt, sondern um politische Fragen, um eine taktische Meinungsdifferenz, die hier auf meinem Rücken ausgefochten wird. Ich gönne Euch diese Lorbeeren aus dem Süden, die habt Ihr diesmal reichlich verdient. (Beifall und Zischen.)

Lebebour-Berlin: Von dem, was ich zu sagen hätte, ist vieles glücklicherweise überflüssig geworden durch die Ausführungen verschiedener anderer Redner, besonders durch Liebknecht, der einige sehr wichtige Tatsachen hier vortrefflich und klar dargelegt hat, die meine Stellung vollkommen rechtfertigen. Bebel hat sich gestern verleiten lassen, die Hauptsache seiner Polemik mit großer Entrüstung auf die sogenannte Indiskretion zu verschwenden, und er hat dann ebenfalls mit großer Entrüstung auch gegen mich polemisiert. Aber alles, was er gesagt hat, hat er indirekt selbst zurückgenommen durch seine Aeußerung: „Wenn ich auspacken wollte, dann kriegtet Ihr noch ganz anderes zu hören." Es ist ja ein durchsichtiges Manöver, am durchsichtigsten bei dem berühmtesten Manövriertaktiker unserer Partei, den Genossen Fischer, daß man Bebel vorschiebt, weil er an der Sache am wenigsten beteiligt ist. (Bebel: Ich lasse mich nicht vorschieben. Das ist eine Unverschämtheit, so etwas zu sagen!) Ich weiß nicht, ob im nächsten Rügebrief des Parteivorstandes künftig der Presse die Mahnung gegeben wird, sich in der Polemik mit Parteigenossen des Ausdrucks „Unverschämtheit" und nicht stärkerer Ausdrücke zu bedienen. (Bebel: Das ist aber die richtige Antwort, es gibt kein anderes Wort!) Sie sind, abgesehen von der brieflichen Korrespondenz mit dem Bureau in Brüssel an der ganzen Sache nicht beteiligt, und insofern ist es nicht richtig, daß gerade Sie als Wortführer des Parteivorstandes in der Verteidigung von Vorgängen aufgetreten sind, an denen Sie nicht beteiligt gewesen sind. (Zurufe: Bebel ist doch Vorsitzender!) Es ist ein durchsichtiges Manöver von Fischer gewesen, daß er sagte, Bebel ist mit dem Parteivorstand in dieser Sache identisch. Ich habe in meinem Artikel im Hallenser „Volksblatt" dem Parteivorstand nachgewiesen, daß er etwas Unwahres gesagt hat, ich bediene mich damit der Ausdrucksweise, die der Parteivorstand selbst in der Polemik gegen die Genossin Luxemburg gebraucht hat. Ich verlange ausdrücklich, daß die beteiligten Parteigenossen sich rechtfertigen darüber, daß sie bisher geschwiegen haben. Legien hat ausdrücklich wiederholt, daß zu der Pariser Versammlung die französische Partei eingeladen worden sei. Das ist nicht wahr, die Einladung ist nicht erfolgt an die französische Partei. Aber eine Anzahl von Parteivorstandsmitgliedern sind in den irrigen Glauben versetzt worden, daß das der Fall war, weil diejenigen Vorstandsmitglieder, die daran beteiligt waren, sie nicht informiert haben. In der Sitzung in der „Neuen Welt", an der Molkenbuhr teilgenommen hat, ist ausdrücklich festgestellt worden zwischen den deutschen Gewerkschaftlern und den französischen Syndikalisten, daß an eine Einladung der französischen Partei nicht gedacht werden könne. Ueber diese Abmachung hat Molkenbuhr dem Parteivorstand nachher überhaupt nicht Bericht erstattet. Erst mehrere Tage darauf hat der Parteivorstand durch Anfragen der Generalkommission davon erfahren. Auch Ebert hat die übrigen Parteivorstandsmitglieder nicht hinreichend unterrichtet. So konnte Wengels am 2. August zu mir kommen und auf meine ausdrückliche Erklärung: „Ich

kann aber nur an einer solchen Reise nach Paris teilnehmen, wenn ich die Sicherheit habe, daß die Veranstaltung gemeinsam ausgeht von der Partei und den Syndikalisten", ausdrücklichst und feierlichst erklären: „Sie können sich darauf verlassen, daß die französische Partei daran beteiligt ist. Ebert ist ein viel zu vorsichtiger Mann, als daß er sich darauf einlassen würde, wenn die Parteigenossen in Frankreich daran nicht beteiligt wären." Ebert ist sogar so vorsichtig gewesen, von der Tatsache, daß die französische Partei nicht eingeladen war, die übrigen Vorstandsmitglieder nicht zu unterrichten. Sie haben das erst am 8. August nach meiner Rückkehr aus Paris von mir erfahren. Diese erste Unterlassung kann man immer noch damit entschuldigen, daß das in der Hast vergessen sein konnte. Aber nicht zu entschuldigen ist es, daß der Parteivorstand durch irgend jemand — ich weiß ja nicht durch wen — am 4. August die Behauptung in die Presse schickte, die französische Partei sei eingeladen worden. Ebert, der die Verhandlungen geführt hat, mußte doch wissen, daß der Brief geschrieben ist, worin die Luxemburg der Unwahrheit bezichtigt wird. Was der Parteivorstand sagt, ist unwahr, nicht aber was Genossin Luxemburg gesagt hat. Und nachdem Sie am 8. August aus meinem Munde erfahren haben, daß die Einladung an die französische Partei nicht ergangen ist, ist bis zum heutigen Tage noch nicht einmal auch nur ein Wort der Entschuldigung gesagt. Es ist unmöglich, daß Ebert, der doch der Veranstalter der ganzen Sache gewesen ist, von jener Erklärung des Parteivorstandes nichts gewußt hat. Er hat aber nicht gesagt, Ihr habt Euch geirrt, sondern er hat die unwahre Behauptung in die Welt gehen lassen, und damit hat er sich selbst einer bewußten Unwahrheit schuldig gemacht. (Unruhe.)

Fischer hat behauptet, auf dem internationalen Kongreß in Kopenhagen hätte die deutsche Partei sich gegen die Anwendung des Massenstreiks im Falle eines Krieges erklärt. Das ist nicht wahr. Das kann niemand besser feststellen als ich, weil ich namens der Partei in der Kommission war und mit den Vertretern der anderen Nationen über diese Fragen verhandelt und nachher auf den Internationalen Kongreß darüber Bericht erstattet und die von uns vereinbarte Resolution begründet habe. Unsere Stellung war die: ob einmal der Massenstreik angewendet werden kann, das ist keine Sache, die wir jetzt schon positiv oder negativ durch einen Beschluß festsetzen können. Also genau derselbe Standpunkt, den ich gestern hier in meiner Rede vertreten habe. Aber wir konnten in jener Situation unmöglich gegenüber den Parteiverhältnissen und aus anderen Gründen einen bindenden Beschluß fassen. Weder hier noch in einer Resolution ist aber das gesagt worden, was Richard Fischer hier fälschlich behauptet, daß wir gegen die Anwendung des Massenstreiks gewesen sind. Das ist es ja gerade, weshalb ich so großen Wert auf diese Verabredung unter den Vertretern der Nationen gelegt habe, daß es notwendig ist, unter den Vertretern der sozialistischen Parteien der verschiedenen Länder über das, was in dieser ungeheuer wichtigen Frage zu tun ist, zu einer Abmachung kommen. Bebel erzählt, das einzige, worin er mit mir einverstanden sei, sei meine Erklärung, daß eine derartige Verhandlung natürlich diskret zu führen sei, und er glaubte, mich damit in Widerspruch zu setzen zu meinen früher geäußerten Worten, daß die sogenannte Indiskretion der Genossin Luxemburg eine entschuldbare sei. Das ist aber gar kein Unterschied, ich habe es selbst hervorgehoben. Im Prinzip war ja das, was die Genossin Luxemburg sagte, schon durch die englische Presse bekannt. Weiter handelte es sich in dem Briefe nur um eine Diskussion darüber, ob eine Konferenz einberufen werden solle. Aber wenn eine Konferenz zur Verständigung der Parteien der verschiedenen Länder einberufen ist, dann ist es selbstverständlich, und ich bin fest überzeugt, daß niemand im Saale, auch die Genossin Luxemburg nicht, da widersprechen wird — dann muß diese Verhandlung

diskret behandelt werden. Das ist der Unterschied, den ich selber hervorgehoben habe, und ich habe mich also in keiner Weise eines Widerspruchs schuldig gemacht. Wenn ich diese Frage angeschnitten habe, so deshalb, weil meiner Ueberzeugung nach es eine der wichtigsten Aufgaben für unsere und für alle sozialistischen Parteien ist, uns über diese Fragen zu verständigen und zu einem Beschluß zu kommen; daß wir uns in irgendeiner Form klar werden, was wir tun können, damit wir beim plötzlichen Ausbruch einer Krise gerüstet sind auf alles, was da vorkommen kann. Denn das eine ist die Hauptsache bei der ganzen Rederei darüber, ob einige Tage früher oder später hätte eingegriffen werden können, ob die Verständigungsaktion oder die Demonstrationen hinausgeschoben werden sollen: Hier ist gerüstet sein alles! Man muß jederzeit, gerade weil plötzlich aus heiterem Himmel eine Kriegsgefahr, eine Bedrohung des Weltkrieges über die Nationen hereinbrechen kann, gerüstet sein. Und mögen wir sonst mannigfach verschiedener Meinung sein, dafür muß gesorgt werden, daß auch die deutsche Sozialdemokratie in Gemeinschaft mit allen unseren Bruderparteien für alle Möglichkeiten gerüstet ist. (Beifall.)

Henke-Bremen: Wir haben eine lange Reihe von Rednern über den „Fall Luxemburg" gehört. Wie sind wir zu diesem Fall gekommen? Die Genossin Luxemburg soll nach dem Ausdruck Bebels unerhört in der Behandlung von Privatbriefen gehandelt haben. Ich bin in der Beurteilung des Gebrauchs solcher Briefe einer anderen Meinung als Bebel. Ich gebe ohne weiteres zu, was Molkenbuhr gestern über Briefe im allgemeinen sagte. In Briefen enthüllen wir oft unser Innerstes, und schon aus dem Grunde soll man mit Briefen auch sehr vorsichtig und vertrauenswürdig umgehen. Aber zwischen Briefen und Briefen muß doch auch ein Unterschied gemacht werden. Es handelt sich hier nicht um einen Brief Molkenbuhrs meinetwegen an eine Jugendliebe (Au! au!) oder um einen Brief, der sein Innerstes enthüllte, das er vor der Oeffetlichkeit nicht gern enthüllt sieht, sondern um einen Brief, der in einer Sache geschrieben war, die uns alle, die die gesamte Arbeiterschaft auf das innigste interessiert. Auf der einen Seite mußte sich nun die Genossin Luxemburg fragen, wie kann der Sache genützt werden durch den Gebrauch dieses Briefes, und auf der anderen Seite mußte sie sich all das fragen, was Bebel und Molkenbuhr bei ihr vermißt haben. Wenn sie dann lediglich im Interesse der Sache den Brief benutzt hat, so muß ich ihr in diesem Falle recht geben. Bei einem solchen Brief gibt uns das Interesse an der Sache das Recht, alle anderen formellen Bedenken, mögen sie auch sonst noch so wichtiger Natur sein, hintenanzusetzen. Wenn aus dem Gebrauch dieses Briefes ein „Fall Luxemburg" konstruiert werden soll, so wird sich später bei ruhigerer Ueberlegung herausstellen, daß dieser „Fall" in sich selbst zusammensinkt. (**Müller**-München: Ja, ja, Luxemburg ist gefallen! — Lebhafte Heiterkeit.) Genosse Müller, Sie sind schon öfter gefallen. (Erneute Heiterkeit.) Wenn die Genossin Luxemburg das Mißfallen der Genossen aus Bayern erregt hat, so begreife ich das. (Zustimmung bei den Süddeutschen.) Aber auch Sie, Genossen aus Bayern, Württemberg und Baden, haben öfter das Mißfallen anderer Genossen erregt. (Sehr richtig!) Nun wird viel von der „kleinen Gruppe von Genossen", die sich um die Luxemburg, Pannekoek scharen — Kautsky scheidet ja leider heute aus (Lachen. — **Bebel**: Ja, die Gruppe wird immer kleiner!) — wenn Sie (zu den Süddeutschen) seine Broschüre „Der Weg zur Macht" schon verdaut haben, dann wünsche ich Ihnen einen guten Appetit, dann werden Sie sich auch über die Luxemburg verständigen (**Bebel**: Dann werden wir auch die verdauen! — Heiterkeit.) — geredet und geschrieben. Ich bin überzeugt, daß die Tätigkeit gerade dieser Genossen, die in dieser Frage und in manchen

anderen, die jetzt in den Hintergrund gedrängt sind, den Parteivorstand kritisiert haben, genau so gut das Beste der Partei wollten, wie irgendein anderer in ihr. Was die Genossen mit dieser Kritik genützt haben, kann nicht heute entschieden werden, sondern wird sich erst in der Zukunft herausstellen. Nach meiner Auffassung ist das Wichtige an der ganzen Frage, die uns beschäftigt, das, daß diese kleine Gruppe den Nachdruck auf den Hinweis legt: wir gehen großen, gewaltigen Kämpfen entgegen. Wir sind, um mit Kautsky zu reden, in ein Zeitalter der Revolutionen eingetreten. (Frank-Mannheim ruft: Und der Katastrophen! — Heiterkeit.) Und in dieser Zeit kommt es darauf an, den Willen der Massen sprechen zu lassen und der Vollstrecker des Willens der Massen zu sein. Gewiß muß man dabei vorsichtig sein. Insofern hat Fischer recht, daß der Parteivorstand als Leitung einer Drei- und nächstens wohl Viermillionenpartei eine große Verantwortung hat und sich ihrer bewußt sein muß. Der Parteivorstand hat aber nicht nur die Verantwortung dafür, daß nicht zu früh losgeschossen wird, er hat auch die größere Verantwortung noch, dafür zu sorgen, daß er sich immer im innigsten Konnex mit dem Fühlen, Denken und Wollen der Masse hält. Das ist in der Marokkofrage anfänglich nicht der Fall gewesen. Den Eindruck haben wir ja nicht nur in Bremen gehabt. Was besagt demgegenüber die Briefgeschichte. Auch ein gewisser Engels hat einmal einen Brief veröffentlicht, der allerdings von einem Manne herrührte, der schon tot war. Der alte Liebknecht aber, gegen den sich der Marxsche Programm-Brief richtete, lebte noch. Und er hat die Veröffentlichung bitter genug empfunden. Engels hat damals mancherlei Rücksichten auf Liebknecht in den Hintergrund gedrängt, um lediglich der Sache zu dienen. Das hat auch die Genossin Luxemburg getan, die ich nicht weiter verteidigen will. Dessen bedarf sie nicht. Ich stehe aber auf ihrer Seite, und dafür will ich den Grund nennen. Gewiß soll der Vorstand nicht der Leithammel der Masse sein, aber er muß gleichwohl die Wege weisen, die die Masse zu gehen hat oder gehen will. Dann hat er richtig gehandelt und im Interesse der Partei. Man will den Vorstand mit dem Ausdruck „Leithammel" von uns abrücken. Der Vorstand soll von den anderen mit Beschlag belegt werden, die ihm heute näher stehen. (Hört! hört!) Es ist ja allerdings merkwürdig, daß der Vorstand heute eine Mehrheit für sich hat, die z. B. im vorigen Jahre noch nicht hinter ihm stand. (Hört! hört!) Die Dinge ändern sich, sie ändern sich aber wohl auch bis zum nächsten Parteitage wieder. Die Reorganisation des Parteivorstandes wird das schon bewirken. Wir wollen eine Reorganisation des Vorstandes nicht deswegen, weil wir der Meinung sind, daß unfähige, untüchtige, schlechte Genossen im Vorstande sind. Dann wären wir ja Esel gewesen, daß wir sie gewählt haben. Nein, das Maß und die Last der Arbeit ist im Vorstande für den einzelnen zu groß geworden. Die Kräfte müssen ergänzt und vermehrt werden. Es muß mehr Fühlung hergestellt werden zwischen der Spitze der Partei und der Masse, der der Vorstand vorstehen soll. Wenn der Vorstand hier ergänzt wird durch zwei Sekretäre, wenn er reorganisiert wird, wie wir es wünschen, dann werden im nächsten Jahre auf dem Parteitag diejenigen, die ihm heute in der Marokkofrage zur Seite stehen, nicht mehr hinter ihm stehen, sondern er wird wieder die alte Mehrheit haben, mit der er ja bisher zufrieden war, und die nur heute mal nicht hinter ihm steht und mit ihm nicht zufrieden sein kann. Uns Bremern und auch den Leipzigern sind böse Vorwürfe gemacht worden. Genosse Kautsky ist davon der Urheber. Er hat sich in einem Artikel in der „Neuen Zeit" so ausgelassen, als ob in Bremen die „Bürgerzeitung" und als ob die „Leipziger Volkszeitung" und die „kleine" verpönte Gruppe auf dem Wege zum Syndikalismus sei. Nach einem späteren Kommentar hat er, wenn ich nicht irre, uns nur warnen wollen. Er sagte, unser Weg münde aus im Syndikalismus.

(Widerspruch Kautskys.) Das darf uns keiner, das wird uns im Ernst auch Kautsky nicht zumuten, daß wir je Syndikalisten werden. Sonst müßten wir ja auch von Kautsky erwarten, daß er nächstens an der Seite Bernsteins stehen wird. Sein Vorwurf soll uns aber nicht schmerzen. Ich verehre Kautsky nach wie vor, aber mir gefällt neuerdings manches an ihm nicht. Die Folgen seiner erwähnten Auslassung gegen uns zeigen sich schon. So bringt die „Frankfurter Volksstimme" einen Artikel mit der Ueberschrift: „Die Anarcho-Syndikalisten an der Arbeit!" Genosse Quarck mag uns erklären, wie das Blatt zu dieser Albernheit kommt. Aber auch die neuesten Freunde des Parteivorstandes sind nicht überall mit ihm einverstanden. In der Rundschau der „Sozialistischen Monatshefte" weist z. B. Schippel darauf hin, daß unser größtes süddeutsches Parteiblatt nicht einmal den Aufruf des Vorstandes aus Anlaß der Marokkokrisis abgedruckt hat, obwohl es damit keine Verantwortung für den Inhalt übernahm. Schippel fügte hinzu, daß es bisher wohl kaum vorgekommen ist, daß Parteiblätter Anlaß nahmen, an einem Aufruf des Vorstandes so Zensur zu nehmen. Die nicht abgedruckte Stelle des Aufrufs lautet: „Die Sozialdemokratie ist eine konsequente Gegnerin des Imperialismus. Sie weist in Erinnerung der schweren Opfer an Gut und Blut, die das deutsche Volk bisher schon für die Kolonien in Asien und Afrika bringen mußte, jede Erweiterung des deutschen Kolonialbesitzes, auch durch irgendwelche Kompensationen, entschieden zurück. Neue Kolonien würden nur neue Lasten und Gefahren für das deutsche Volk bringen."

Diese Weglassung ist doch recht bezeichnend. (Glocke des Vorsitzenden.) Die Frage: Masse und Führer ist wieder aktuell geworden. Wenn ich auf der Seite der Pannekoek und Luxemburg stehe, so nicht deshalb, weil sie es sind, sondern weil sie wollen, worauf auch Lassalle in seinem Brief an Marx über die tragische Idee seines „Franz von Sickingen" hingewiesen hat. In diesem Briefe hebt er die große Bedeutung der Masse in allen revolutionären Kämpfen hervor. Lesen Sie diesen Brief nach und wir werden uns verstehen und vielleicht auch mit manchem wieder in Einklang kommen. (Beifall.)

Luise Zietz: Ich hatte mich nicht zum Wort gemeldet, um zur Marokkofrage zu reden, aber gegenüber der immer wiederkehrenden Behauptung, daß der Parteivorstand zu seiner Aktion erst durch die Angriffe der Genossin Luxemburg genötigt worden sei, stelle ich ausdrücklich fest, daß das unrichtig ist. Ich bin auch der Meinung, daß Liebknecht unrecht hat, wenn er sagt, der Parteivorstand sei mit seiner Aktion zu spät gekommen. Ich gehöre zu denjenigen im Parteivorstande, die allerdings gewünscht hätten, daß der Aufruf etwas früher erschienen wäre. Aber ich bin nichtsdestoweniger der Meinung, daß der Aufruf und die ganze Aktion deshalb noch nicht zu spät gekommen ist. Der Aufruf erschien, als in der alldeutschen Presse eine ganz unglaubliche Kriegshetze aufs neue einsetzte. Als Protest gegen diese Kriegshetze kam unsere Aktion. Der Parteivorstand hat lange vorher, ehe der Artikel der Genossin Luxemburg erschienen ist, Stellung zu der Marokkofrage genommen. Er war der ganz selbstverständlichen Ansicht, daß wir zu einer Protestaktion aufrufen müßten, und daß sie vor allen Dingen nicht nur in Versammlungen, sondern auch in der allgemeinen Verbreitung eines Flugblattes zur Aufklärung der Massen bis ins kleinste Dorf hinein bestehen müsse. Nur über den Zeitpunkt war man verschiedener Meinung. Wir waren uns im Vorstand sehr wohl bewußt, daß, nachdem die Anklagen der Genossin Luxemburg erschienen waren, es nach außenhin den Anschein erwecken konnte und würde, als ob wir dadurch vorwärts getrieben worden wären. Aber so wenig wie der Parteivorstand durch die Angriffe der Luxemburg vorwärts getrieben worden ist, ebensowenig durfte er sich davon abhalten lassen, das zu tun, was die Mehrheit des Parteivorstandes für richtig hielt. (Sehr richtig!)

Nun zum sogenannten Geheimerlaß. Es ist vor allen Dingen bemängelt worden, daß der Vorstand bei dem Rat an die politische Presse: in parteigenössischer Weise Differenzpunkte zum Austrag zu bringen, nicht die Parität gewahrt hat, indem er den Rat nicht auch an die Gewerkschaftspresse richtete. In unserer Sitzung wurde aber auch in der allerschärfsten Weise an den Auslassungen der Gewerkschaftspresse Kritik geübt, die wir nach Ton und Inhalt zu verurteilen hatten. In schärfster Weise wurde die Haltung des Buchdruckerorgans, des „Korrespondenten" kritisiert, Silberschmidt, der anwesend war, wird das bestätigen. In nachdrücklichster Weise wurde hervorgehoben, daß nicht nur in der jüngsten Zeit, sondern auch früher jahrelang vom „Korrespondenten" nicht Kritik geübt, sondern unsere Partei heruntergerissen worden ist. (Sehr richtig!) Das hat die allerschärfste Zurückweisung erfahren. Es wurde darauf hingewiesen, daß diese Angriffe uns bei unserer Aktion außerordentlich geschadet haben. Ich stelle fest, daß daraufhin ausdrücklich von dem Vertreter der Buchdrucker erklärt worden ist, daß, nachdem dieser Rat an die Presse gegeben worden war, es ganz selbstverständlich sei, daß der „Korrespondent" seine Angriffe gegen die Partei unterlasse und einstelle. Es wäre vielleicht gut gewesen, wenn diese Vorkommnisse erwähnt worden wären. (Sehr richtig!) Man mag das als eine Unterlassungssünde bezeichnen. (Sehr richtig!) Ich will das gar nicht verteidigen, aber Sie dürfen nicht den Eindruck haben, als ob der Vorstand nicht für das Interesse und das Recht der politischen Redaktionen eingetreten sei. Das ist in ausgiebigster Weise geschehen. Ich bin aber allerdings im Gegensatz zu Laufenberg der Meinung, daß Ratschläge des Parteivorstandes, die sich noch dazu auf Parteitagsbeschlüsse stützen, beachtet werden sollen. Es wäre ja sehr schlimm, wenn solche Hinweise, die etwas Gutes wollen, nicht beachtet würden. Ich bedauere, daß das Zirkular veröffentlicht und diskutiert worden ist, aber ich hoffe, daß man hüben und drüben nun etwas mehr in genössischem Sinne arbeiten wird. (Beifall.)

Dann habe ich noch zu Antrag 14 zu sprechen, der den Passus des Organisationsstatuts, daß, wo mehrere Delegierte zum Parteitag zu wählen sind, möglichst eine Genossin darunter sein soll, gestrichen wissen will. Ich bitte Sie dringend, diesen Antrag abzulehnen. Kaum zwei Jahre sind ins Land gegangen, seit das neue Organisationsstatut in Anwendung ist, und die Kommission, die es ausgearbeitet hat, hat sich in eingehender Weise mit der Frage beschäftigt, wie die Delegation der Frauen zu regeln ist. Sie wissen, früher hatten die Frauen das Recht, wenn in einem Kreise eine weibliche Delegierte nicht mitgewählt war, noch gesondert die Wahl vorzunehmen. Dies Recht, das aus den Verhältnissen herausgewachsen war, wünschten wir nicht in die neuen Verhältnisse übernommen. In der einheitlichen Organisation wünschten wir auch eine einheitliche Wahl der Delegierten. Wir waren uns aber sehr wohl bewußt, daß die Möglichkeit bestand, es würden viel weniger Frauen gewählt werden, und dieser Hinweis im Statut sollte eine Ermahnung der Genossen sein, bei der Delegiertenwahl die Frauen nicht zu vergessen, aber auch eine Mahnung an die Genossinnen, in stärkerem Maße von ihrem Recht der Delegation Gebrauch zu machen. Bischoff meinte, dieser Hinweis im Statut wäre nicht überall beachtet worden. Das wußten wir vorher. Es heißt ja, „möglichst" soll eine Genossin gewählt werden, wo mehrere Delegierte zu wählen sind. Eine zwingende Bestimmung ist das nicht. Ich wüßte aber nicht, wie diese Bestimmung zu einem Wirrwarr geführt haben sollte, und ich habe den Verdacht, daß unsere lieben Altonaer und Wandsbeker Genossen den Passus nur deshalb aus dem Statut herausheben wollen, weil sie zum Ausdruck bringen wollen, daß nicht nur eine, sondern mehrere weibliche

Delegierte gewählt werden könnten (Heiterkeit), denn sie haben die Liebenswürdigkeit besessen, in diesem Jahre zwei weibliche Delegierte aus einem Kreise zur Frauenkonferenz und zum Parteitag zu wählen. Wollten Sie mit dem Antrag zum Ausdruck bringen, daß das überall geschehen soll, so danke ich Ihnen für Ihre Liebenswürdigkeit. Den Parteitag aber bitte ich, den Antrag abzulehnen. (Großer Beifall und Heiterkeit.)

Dr. David: Diese anderthalbtägige Debatte ist ja reich an interessanten Momenten vom Standpunkt der inneren Parteigeschichte gesehen. Ob sie aber unter dem Gesichtspunkt der gegenwärtigen politischen Situation notwendig und nützlich ist, möchte ich stark bezweifeln. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wohl aus dem Gefühl heraus, daß ihr Vorstoß zu einem vollkommenen Schiffbruch für sie geführt hat, hat die Genossin Luxemburg versucht, das gestrandete Schiff dadurch wieder flottzumachen, daß sie den alten Trick anwandte, diese Debatte noch im letzten Moment in eine Richtungsdebatte umzuwandeln. Wenn es jemals nicht am Platze war, Richtungsdebatten und Richtungsgegensätze aufzuwerfen, so in der gegenwärtigen politischen Situation. Die Marokkofrage hat eine so ernste Bedeutung, daß es sich verbieten sollte, hier Gegensätze hineinzutragen, die nicht vorhanden sind. (Lebhaftes Sehr wahr!) Andere noch mögen die Behauptung der Genossin Luxemburg zurückweisen, daß die Zustimmung, die Bebel fand, nur von den süddeutschen und westdeutschen Genossen stammte; das ist einfach eine Entstellung der Tatsachen (lebhaftes Sehr richtig!), die weiteren Abstimmungen werden das ergeben. Besondere Verwahrung aber muß ich dagegen einlegen, daß die Genossin Luxemburg es für angebracht hielt, die süddeutschen Genossen zu disqualifizieren als Genossen zweiter Ordnung, deren Zustimmung oder Mißfallen minderwertig sei. Wir können ja nicht alle aus der Heimat der Genossin Luxemburg sein (stürmische Heiterkeit), aber wir beanspruchen als vollwertige Genossen angesehen zu werden und lassen uns dies Recht von ihr am wenigsten nehmen.

Wir haben die Ankläger gehört und die Rechtfertigung des Parteivorstandes. Die Ankläger geben selbst zu, es ist sachlich nichts versäumt worden, nichts von dem, was geschehen mußte, ist ungeschehen geblieben. Nun sucht man noch einen letzten berechtigten Kern der Anklage darin, daß man sagt, es hätte zeitiger geschehen müssen, man ist nicht früh genug aufgestanden. Genosse Liebknecht und Genossin Luxemburg haben noch einmal die Marokkovorgänge so dargestellt, als ob ein früheres Eingreifen des Parteivorstandes unbedingt notwendig gewesen wäre. Sobald der deutsche Kreuzer vor Agadir erschien, meinen sie, war der Moment gegeben, sofort zur Protestaktion überzugehen. Diese Auffassung kann ich nicht teilen. (Bebel: Sehr richtig!) Mit der bloßen Tatsache, daß ein Kreuzer dort landete mit der Motivierung, es geschehe zum Schutz deutscher Reichsangehörigen und mit der gleichzeitigen Erklärung der Regierung, man denke nicht an eine Besitzergreifung — und bis heute wird diese Erklärung von der Regierung aufrecht erhalten —, war noch nicht der Moment zu einer besonderen großen Protestaktion gekommen. Das hätte nur den Kriegshetzern ihr Geschäft erleichtert, indem es die künstliche Aufregung, die sie erregen wollten, auch unsererseits unterstützt hätte. Deshalb erfolgten natürlich doch überall, wo wir zu Worte kamen, in Versammlungen, in der Presse, die parlamentarischen Kundgebungen unserer Auffassung. Wo ist denn das ausgeblieben? Haben wir es je daran fehlen lassen? Seit Jahren und längst ehe die Marokkofrage wieder aktuell wurde, haben wir da je einen Zweifel gelassen, wie wir darüber denken, um Marokkos willen einen Weltbrand entfesseln zu lassen? Wenn eine solche Sache sich anspinnt, ist es nicht richtig, auf alle Sensations- und Schwindelnachrichten hin,

die Aufregung erregen sollen, sofort zu handeln. Es gibt Genossen, die meinen, für den Politiker gelte die Maxime des Onkel Bräsig, die Fixigkeit sei die Hauptsache; ich halte es für besser, die Habermannsche Maxime zu befolgen: Auf die Richtigkeit kommt es an. Und dazu gehört eine scharfe Prüfung und nüchterne Ueberlegung. Das müssen wir von dem Parteivorstand, dem Generalstab unserer Armee, verlangen, und da sehe ich nicht, daß darin irgendetwas versäumt ist. (Ledebour: Armer Parteivorstand! — Bebel: Unerhört!) Auf den Zwischenruf Ledebours gehe ich nicht ein, er richtet sich von selbst. Wir müssen von unserer Führung verlangen, daß sie eine Situation kalt prüft und nicht in hysterisch-nervöser Hast mit ihren Aktionen hineinpatscht.

Nun spricht man vom Recht der Kritik. Ich habe es gewiß genugsam in Anspruch genommen und bin der letzte, der es bei theoretischen und taktischen Fragen beschränkt sehen möchte. Aber dem Recht der Kritik steht eine Pflicht der Zurückhaltung gegenüber, wenn eine Demokratie sich in der Aktion befindet. Es ist stets eine verhängnisvolle Schwäche der Demokratie gewesen, wenn sie in kritischen Situationen sich in Kritik übte und sich dadurch innerlich selbst schwächte. Auf dem vorigen Parteitag in Jena ist gesagt worden, wir sollen aus der russischen Revolution lernen. Das eine wollen wir daraus lernen, daß man mitten im Kampf, bevor noch die Errungenschaften feststehen, die inneren Gegensätze zurückstellen und Geschlossenheit wahren muß. (Zuruf: Nürnberg!) Da handelte es sich nicht um eine Aktion dieser Art. Aber das Marokkoflugblatt war zum Beispiel der Teil einer Aktion und gerade die, die sich beschwert hat, die Aktion sei nicht frühzeitig und energisch genug erfolgt, hat es unternommen, diese Aktion dann zu durchkreuzen. (Bebel: Sehr wahr!)

Auf das Hochkomische dieses Intermezzos ist schon hingewiesen worden, darauf will ich nicht eingehen, Genosse Kautsky, wohl aber auf die praktischen Wirkungen. Es wird ein Flugblatt des Parteivorstandes im Lande von den Genossen verbreitet und dann kommt die gegnerische Presse, die Lokal- und Kreisblätter, und drucken aus der „Leipziger Volkszeitung" ab, daß das ein ganz oberflächliches, fades Gewäsch sei, ein kleinbürgerliches, prinzipienloses Elaborat. Meinen Sie denn, daß das geeignet ist, einer Protestaktion, die von uns unternommen wird, Energie und Stoßkraft zu geben. (Zuruf: „Monatshefte"!) Dieser Fall ist charakteristisch dafür, wie eine Aktion der Partei durchkreuzt wird. Ein solcher Fall ist noch nicht vorgekommen. (Erneuter Zuruf: „Monatshefte"!) In den „Monatsheften" wird wie in der „Neuen Zeit" die Theorie und Taktik kritisch beleuchtet, daß aber je eine Aktion der Partei von ihnen durchkreuzt wurde, das ist nicht wahr. Dieser Fall ist der erste derart, und er zeigt, wo die Kritik gefährlich ist.

Zum Schluß will ich das eine hervorheben, und da stimme ich mit dem Genossen Liebknecht überein. Wenn Zweifel hätten entstehen können, daß die Partei in der Marokkofrage, in der Abwehr der Kriegshetze, in der Hochhaltung der internationalen Solidarität nicht einheitlich und nicht geschlossen sei, so mag es ein immerhin begrüßenswerter Erfolg des Verlaufs der Debatte sein, daß jeder solche Verdacht als hinfällig erwiesen ist. Es galt als eine Selbstverständlichkeit, daß man sich auf die internationale Solidarität der deutschen Partei verlassen kann, daß man in der deutschen Partei stets mit allen Kräften die Geschäfte der chauvinistischen Kriegshetzer und Kriegsspekulanten, die Elemente, die aus Unverstand oder Profitsucht die Völker gegeneinanderhetzen, bekämpft hat. Das Mißliche dieser Debatte war es, daß künstlich Zweifel an dieser Selbstverständlichkeit erregt wurden, daß man sogar von imperialistischen Tendenzen sprechen konnte, die in der Parteileitung vorhanden seien. (Ledebour: Wer hat das getan?) Lensch hat das gestern von dieser Tribüne herab ausgesprochen. (Lensch: Das ist eine Verdrehung der Tatsachen!) Nun weiß ich ja, daß Lensch nicht ernst zu nehmen ist. Aber in dieser ernsten politischen Situation, die noch ernster werden kann, müssen wir betonen und aussprechen: In dieser Frage gibt es keine Richtungsunterschiede und keine Unterschiede zwischen Nord und Süd und West und Ost. Die Kriegsspekulanten und Kriegshetzer mögen es sich gesagt sein lassen, daß die Sozialdemokratie in dieser Beziehung einig ist, einig bis zum letzten Mann, alle Versuche abzuwehren, die Völker gegeneinanderzuhetzen und ihre Kulturarbeit zu vernichten. Im Interesse der Arbeiter, im Interesse des deutschen Volkes, im Interesse der Humanität und der Kultur werden wir geschlossen alle Versuche abwehren, die Völker in den Krieg zu treiben, sei es um Marokkos willen oder aus sonstigen kapitalistischen Interessen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Bebel: Ich bedauere, die Zeit des Parteitages, wenn auch nur kurz, in Anspruch nehmen zu müssen. Noch einmal zu sprechen, war nicht meine Absicht, aber die Reden der Genossin Luxemburg und des Genossen Ledebour zwingen mich dazu. Ich kann mir um so mehr längere Ausführungen sparen, als die Angriffe, die von jener Seite gegen den Parteivorstand und sein Verhalten gerichtet worden sind, von Genossen David, wie ich anerkennen muß, in ausgezeichneter Weise widerlegt worden sind. Ich muß auch erklären, daß ich bis auf einige Ausführungen, die nicht zur Sache gehören, mit allen seinen Ausführungen, die er über die Tätigkeit des Parteivorstandes und über die Marokkopolitik gemacht hat, voll und ganz mit ihm einverstanden bin (Bravo!), auf die Gefahr hin, daß mich Ledebour und Luxemburg in die Wolfsgrube der Revisionisten werfen. (Große Heiterkeit.) Als David einige Worte zur Rechtfertigung des Parteivorstandes sagte, rief Ledebour: „Armer Parteivorstand!" Das zeigt den Tiefstand seiner Auffassung. (Lebhafte Zustimmung.) Also, wenn ein Revisionist, mag er noch so richtig gesprochen haben, für den Parteivorstand eintritt, so ist das in Ledebours Augen eine Herabsetzung des Parteivorstandes. (Ledebour: Ja, die Argumentation!) Ich kenne Sie schon. (Sehr gut!) Ich bedauere es auch in Ihrem eigenen Interesse, daß Sie die Ausführungen Molkenbuhrs als Lüge charakterisiert haben. (Bewegung.) Der Genossin Luxemburg erwidere ich: Huysmans soll nicht nur gesagt haben, daß die Indiskretionen der Genossin Luxemburg das Internationale Bureau zur Vorsicht nötige, er hat es gesagt. (Hört!) Und ich begehe damit keine Indiskretion, denn er hat mir gesagt, es sei ihm sehr angenehm, wenn ich von dieser seiner Aeußerung Gebrauch machte. (Große Bewegung.) Aber ich stimme darin mit der Genossin Luxemburg überein, daß das Sekretariat des Internationalen Bureaus das Recht nicht hat, der Genossin Luxemburg oder anderen Mitgliedern Schriftstücke und Informationen vorzuenthalten. Ich habe schon gestern hervorgehoben, daß eine solche Frage nur in gemeinschaftlicher Sitzung des Bureaus entschieden werden kann. Ich glaube, damit ist die Sache klargestellt. Genossin Luxemburg hat mir des weiteren vorgeworfen, daß ich die Bezugnahme ihres Artikels auf mich ganz außer Betracht gelassen habe. Ich habe gestern in meiner Rede der Genossin Luxemburg gegenüber zwei Standpunkte vertreten. Der eine, soweit der Artikel in Frage kommt, war, daß ich mich ausschließlich mit ihrer Haltung zu dem Briefe Molkenbuhrs und ihren Folgerungen daraus befaßte, und in dem anderen Teil meiner Rede habe ich mich auf ihre Rede hier bezogen und auf das, was sie hier nicht gesagt hat. Den Artikel der Luxemburg in der „Leipziger Volkszeitung" kennt die Versammlung nicht. Was brauche ich also darauf Bezug nehmen? Aber Sie haben zur Genossin Luxemburg ge-

wendet) in Ihrer Anklagerede auf die Aktenstücke nicht genügend Bezug genommen, und deshalb war ich verpflichtet, auf meinen Brief vom 12. Juli hinzuweisen, worin ich die Einberufung einer Konferenz bei dem zunächst friedlichen Verlaufe der Angelegenheit nicht für nötig hielt, damit wir unser Pulver nicht zu früh verschießen. Ich habe weiter, und das will ich insbesondere für die weitere Oeffentlichkeit feststellen, wie aus den Aktenstücken hervorgeht, mich an das Internationale Bureau sofort gewendet, als England eingriff, mit dem Antrage, Stellung zu nehmen. Mehr konnte ich doch wohl in der Tat nicht tun. Man muß festhalten, welche Schwankungen die Marokkofrage in zwei Monaten durchgemacht hat, keine drei Tage war dieselbe Situation, immer wieder war sie anders. (Sehr richtig!) Als ich Huysmans sagte, seien Sie auf dem Posten, gehen Sie sofort vor, binnen drei Tagen muß das Bureau beisammen sein, da erwiderte er, das geht nicht, die Mitglieder sind über die ganze Welt zerstreut und alle wollen doch Nachricht von der Sitzung haben. Ich habe aber dringend zugeredet, alsdann mit möglichster Beschleunigung in der Sache vorzugehen. Ich habe damals auch geschrieben und gesagt, und das hat sich bis jetzt bestätigt, daß ich an einen Krieg nicht glaubte. Frankreich werde sich hüten, mit Deutschland wegen Marokko einen Krieg zu führen, bei dem es allein die Kosten zu tragen habe. (Hört! hört!) Der offenbar vorhanden gewesene Versuch der englischen Regierung, Frankreich in der Marokkofrage zu beeinflussen, sei außerordentlich bedauerlich. Wir haben uns im Reichstage und anderwärts öfter auf die Aeußerungen der englischen Minister über die Abrüstung berufen und nun hielt Lloyd George eine Rede, die sich ganz im Geiste der Chauvinisten bewegte und den Krieg als unter gewissen Umständen notwendig bezeichnete, genau so, wie es sein deutscher Kollege von Bethmann Hollweg im Reichstage tat. (Sehr wahr!) Eine andere Aeußerung der Genossin Luxemburg könnte den Eindruck erwecken, als ob wir beide eine besonders lebhafte und besonders gereizte Korrespondenz geführt hätten. Sie sprach davon, ihre Briefe könnte ich nicht hinter den Spiegel stecken. Diese Aeußerung mußte diesen Anschein erwecken. Parteigenossen! Wenn Sie meinen, daß dieses richtig sei, irren Sie sich gewaltig. (Hört! hört!) Unser beiderseitiger Briefwechsel war bis zum letzten Augenblick, ich glaube den letzten Brief haben wir vor 3 oder 4 Monaten gewechselt, durchaus freundlich. Wenn sie an mich schrieb, schrieb sie „lieber Genosse Bebel" und wenn ich antwortete, schrieb ich „Liebe Genossin Luxemburg". (Stürmische Heiterkeit.) (Bebel zur Genossin Luxemburg) Sie werden das mir wohl bestätigen. (Die Genossin Luxemburg nickt zustimmend. Erneute große Heiterkeit.) Aus diesen Anreden ersehen Sie schon, daß wir in der Tat ganz freundschaftlich miteinander verkehrt haben. (Abermals lebhafte Heiterkeit.) Freilich muß ich gestehen, die Anrede „liebe" kann ich künftig nicht mehr anwenden (schallendes Gelächter), nachdem, was heute vorgekommen ist. (Zur Genossin Luxemburg) Ich nehme an, das ist auch auf Ihrer Seite der Fall. (Wachsende Heiterkeit bemächtigt sich des Parteitages während der letzten Sätze des Redners.) Weiter hat die Genossin Luxemburg besonders den Vorwurf gegen mich erhoben, daß der Beifall, den gestern meine Worte fanden, nur von der revisionistischen Seite kam, also sie sagt damit etwas Aehnliches, wie der Zuruf Ledebours. Ich gebe Ihnen mein Wort, ich weiß nicht, von welcher Seite der Beifall kam. Wenn ich von der Tribüne herunterkomme, gucke ich immer schamhaft zu Boden. (Heiterer Beifall.) Ich bin überhaupt kein Mensch, der nach Beifall geizt, das glaube ich in meinem langen Leben bewiesen zu haben. (Sehr wahr!) Kein Zweiter in der Partei hat ja so oft gewagt, der Partei seine abweichende Meinung zu sagen, wie ich. Ich kann mich hier auf meine Vergangenheit berufen. (Bewegung.) Aber ist denn der Beifall der Genossen,

die sich Revisionisten nennen, weniger wert als der der radikalen Genossen? Wenn man nun sagt, ich hätte selbst zugegeben, ich wäre mit dem Vorstande noch ganz anders ins Gericht gegangen, wie hier die Redner, wenn ich ihm nicht angehörte, — ja, warum denn nicht? In meinem langen Leben habe ich leider mein Oppositionsbedürfnis durchaus nicht befriedigen können (große Heiterkeit) in Rücksicht auf die Parteileitung, und zwar weil ich von den 50 Jahren, die ich in der Partei stehe, 47 in der Parteileitung war oder ihr nahegestanden habe. Aber herumgeschlagen habe ich mich alle Zeit ehrlich. Wenn Ihr glaubt, es gehe zwischen uns immer still und friedlich zu, es sei stets alles ein Herz und eine Seele, i, fällt uns gar nicht ein. (Heiterkeit.) Weder haben sich andere etwas von mir gefallen lassen, noch ich von anderen. Aber wir waren schließlich immer freundschaftlich verbunden und es herrschte volle Harmonie und so wird es auch, solange ich noch die Ehre habe, im Parteivorstand zu sein, künftig bleiben. Darauf könnt Ihr Euch verlassen. (Beifall.)

Ledebour sprach davon, daß man mich vorgeschoben habe, um den Parteivorstand aus der Patsche zu helfen, in der er angeblich sitze; und zwar mich, der ich nach seiner Meinung doch von einer ganzen Reihe von Dingen nichts gewußt habe. Ich habe mich gegen den Vorwurf, vorgeschoben zu sein, durch den entsprechenden Zwischenruf bereits verwahrt. Ich kann zu meinem Bedauern den Zwischenruf nicht zurücknehmen. Es ist doch in der Tat ein sehr starkes Stück, einem Manne, der 50 Jahre in der Bewegung steht und 47 Jahre mit an der Spitze, zuzumuten, er lasse sich schieben, als habe er keine eigene Meinung. (Bewegung.) Ich hoffe, daß Ledebour niemals dieses Kompliment gemacht wird. (Sehr gut!) Es ist ja Mode geworden, von den Alten zu reden, die zur Leitung der Partei nicht mehr geeignet seien. (Heiterkeit.) Bringt doch einen Gesetzentwurf ein, daß künftig, wer über 50 Jahre alt ist, kein Amt mehr in der Partei bekleiden darf und pensioniert werden muß. Wenn schon Kautsky mit seinen 57 Jahren und Mehring mit seinen 62 senil sind, dann wird es vielleicht bald heißen, daß man schon mit 50 Jahren senil sei. (Heiterkeit. Müller-München: Mancher bringt die Senilität mit auf die Welt!) Es wäre also Zeit, einen Invalidenfonds zu schaffen, für den würde ich schließlich auch ein paar tausend Mark hergeben. (Stürmische, anhaltende Heiterkeit.) (Zu Ledebour, gegen den verschiedene heitere Zurufe gerichtet werden:) Sie kämen selbstverständlich auch unter die Invaliden, Sie sind ja auch bereits erheblich über 50 Jahre alt. (Erneute große Heiterkeit.)

Nun zur Stellung des Parteivorstandes gegenüber der französischen Partei in der Demonstrationsangelegenheit, die Ledebour als einen großen Fehler bezeichnet. Ich kann Ledebour die beruhigende Mitteilung machen, daß auf einen Brief des Parteivorstandes vom 18. August dieses Jahres vorgestern, am 8. September, die französische Partei Socialiste durch ihren Sekretär dem Parteivorstand geantwortet hat, daß sie durchaus anerkennen müsse, daß wir völlig korrekt gehandelt hätten und daß sie für das loyale Entgegenkommen danke, das der deutsche Parteivorstand zu allen Zeiten den französischen Genossen bewiesen habe. (Hört! hört!) Ledebour, der ja französisch versteht, kann den Brief einsehen. Vielleicht behauptet man aber, ich hätte den Brief in Paris bestellt, das würde mich bei den Anschuldigungen von jener Seite gar nicht wundern. Denn das gehört zu der Methode, in der man bisher gegen den Parteivorstand gekämpft hat. (Frohme: Das gehört zum System!) Ich schüttele dergleichen Verdächtigungen ab, ich vertraue auf den gesunden Sinn der Parteigenossen, die in ihrer übergroßen Mehrheit wohl wissen werden, auf welche Seite sie sich in dieser Frage zu stellen haben.

(Sehr gut!) Außerdem konstatiere ich, daß in jener Demonstrationsversammlung bereits der Abgeordnete Lavaud, also einer unserer Genossen, gesprochen hat. (Sehr richtig!) Von irgendwelcher Mißstimmung oder irgendwelchen Differenzen zwischen uns und den französischen Genossen kann also gar keine Rede sein.

Damit könnte ich schließen, ich bin aber genötigt, noch auf etwas anderes einzugehen. Ich habe am Sonntag in meiner Rede darauf Bezug genommen, daß die „Kölnische Zeitung" gelegentlich der Miquelschen Steuerreform gedroht habe, man werde unter solchen Umständen seine monarchischen Anschauungen revidieren müssen. Die Redaktion hat mir nun heute einen Brief geschrieben, worin sie bestreitet, daß der Inhalt ihres damaligen Artikels diesen Sinn gehabt habe. Sie bedauert, die betreffende Nummer nicht mitschicken zu können, da sie vergriffen sei, sie schickt mir aber einen Artikel, der sich gegen die „Kölnische Volkszeitung" richtet, die auch diese Anklage erhoben hatte. In diesem Artikel vom 31. Oktober 1908 führt sie aus, sie habe auf frühere Demokraten verwiesen, die anfingen, ihre monarchischen Auffassungen zu revidieren, also nicht auf die Nationalliberalen im ganzen. Ich hielt mich für verpflichtet, diesen Irrtum, der mir unterlaufen war, in loyaler Weise richtigzustellen. Die Presse wird für die Weiterverbreitung sorgen. Im übrigen habe ich zu der Sache nichts mehr zu sagen. (Lebhafter Beifall. Bebel ruft einigen süddeutschen Genossen, die ihm Beifall spenden, zu: Wolli Ihr wohl ruhig sein, Ihr Revisionisten! Stürmische Heiterkeit.)

Weber-Griesheim: Wir alle haben es peinlichst empfunden, daß, nachdem die Marokkofrage schon lange in der Presse diskutiert war, der Parteivorstand nicht Stellung dazu genommen hat. Aber wir sind die allerletzten, die dem Parteivorstand deshalb den Vorwurf der Vernachlässigung machen, wir glauben vielmehr, daß er die Lage richtig erkannt hat, obwohl er nach Meinung verschiedener Parteigenossen früher hätte eingreifen müssen. Gestatten Sie mir als Gewerkschaftler einige Worte über die Stellung der Parteipresse gegenüber den Gewerkschaften. Ich habe es immer freudig empfunden, wenn seitens der Parteipresse unseren Gewerkschaftsführern gezeigt wurde, wie das proletarische Klassenempfinden geweckt wird, anstatt es einzulullen. In den letzten Tagen hatte ich Gelegenheit, einmal das Kassenbuch und die Schriftmappe eines Turnvereins zu sehen und da konnte ich feststellen, daß ein großer Teil Gewerkschaftler dieses Vereins ein Bittgesuch an den Landrat gerichtet hatten um Staatsbeihilfe aus dem Reptilienfonds zur Bekämpfung der proletarischen Jugendorganisation. Da muß man sich doch fragen: Hat die Gewerkschaftspresse es verstanden, die proletarischen Massen zum Klassenkampf zu erziehen, hat sie alles getan, was notwendig ist, um das proletarische Gefühl in ihnen zu wecken? Weiter möchte ich darauf aufmerksam machen, daß die Agitationsbroschüren und Handbücher der letzten Jahre, die der Agitation dienen sollen, für die in Arbeit stehenden Genossen viel zu umfangreich sind. Diesen Genossen müßte etwas an die Hand gegeben werden, damit sie in der Lage sind, zu jeder Zeit den Gegnern schlagfertig zu antworten. Der Erklärung des Parteivorstandes betreffend die Anstellung von Sekretären bitte ich Sie, zuzustimmen. Ich bin zum ersten Male auf einem Parteitag, und ich muß sagen, es macht keinen guten Eindruck auf die Arbeiter, wenn sie sehen, wie zugespitzt die Diskussion hier geführt wird. Hunderttausende von Proletariern wünschen, daß die Diskussion in einem anderen Ton geführt wird. Die Partei wird davon nur Vorteil haben. (Bravo!)

Klara Bien-Berlin: Genossin Luxemburg hat gewissermaßen dem Vorstande vorgeworfen, er habe sich von der Generalkommission schieben lassen. Gestern haben wir aber doch dem Vorstande Beifall gespendet, weil er in

nähere Fühlung mit den Gewerkschaften getreten ist. Dittmann entrüstet sich über den Geheimerlaß. Es wäre besser gewesen, wenn man abgewartet hätte, bis die Organisationen zur Buchdruckerfrage Stellung genommen hätten. Ich bin Buchdruckereihilfsarbeiterin, und wir waren bei diesem Streik außerordentlich in Mitleidenschaft gezogen. Es wäre besser gewesen, wenn die Parteipresse sich mehr Reserve auferlegt hätte. Auch die Buchdruckereihilfsarbeiter und -hilfsarbeiterinnen haben eine Gauvorsteherkonferenz gehabt. Dort wurde dasselbe Resultat gezeitigt, wie in der Buchdruckerkonferenz. Die Parteipresse hatte die Pflicht, sich zu fragen, ob sie mit ihren Angriffen die Gewerkschaften nicht schädigte. Es war aber durchaus schädlich, weil wir im Buchdruckergewerbe vor einer Revision unserer Tarife stehen. Man schimpft auf den Verband der Buchdrucker, hat aber keine Veranlassung dazu. Ueberall, wo es galt, haben die Buchdrucker ihre Solidarität bewiesen. (Bebel: Sehr richtig!) Man hat die Buchdrucker außerordentlich befehdet, als sie den Tarifvertrag eingingen. Heute sehen wir das Schauspiel, daß alle Gewerkschaften die Tarifgemeinschaft anstreben. Sie ist nicht das Schlechteste, sie ist aber nur den Verbänden möglich, die gut organisiert sind und einen Machtfaktor bilden. In der Sache Scherl hätten sich die Parteiblätter zurückhalten müssen und warten sollen, bis die Gewerkschaften gesprochen hatten. Sie haben gesprochen. Die Vorstände sind zusammengetreten und haben ihre Meinung geäußert. Also ist die Sache für die Partei erledigt. (Beifall.)

Vorsitzender **Dietz** teilt mit, daß ein Antrag Zetkin eingegangen ist, den Antrag 11 wie folgt abzuändern: Der Parteitag bedauert, daß der Parteivorstand nicht früher energische Initiative zu einer umfassenden einheitlichen Aktion ergriffen hat, die die Massen über die Ursachen und die Tragweite des Marokkoabenteuers aufklärte und zu machtvoller Willenskundgebung für den Weltfrieden aufforderte.

Klara Zetkin: Der Antrag 11 ist im ersten Teile unberechtigt, im zweiten Teile trifft er aber nicht den Kern dessen, um was es sich handelt. Nach dem ersten Teil könnte es scheinen, als ob bemängelt würde, daß der Vorstand, daß die Partei nicht genügend zur Aufklärung über den Militarismus tue. Ein solcher Vorwurf wäre durchaus ungerecht. Der Vorstand und die Partei haben es an einer aufklärenden Agitation nicht fehlen lassen. Auch in der Marokkosache hat es der Vorstand nicht an der Initiative fehlen lassen. Wir bemängeln aber, daß diese Initiative nicht früher und energischer erfolgte. Genosse Fischer hat mit jener tiefen sittlichen Entrüstung und mit jener Anmut des Geistes, die zu seinen wesentlichen Charaktereigenschaften gehören und ihm so überaus wohl anstehen, sich gegen Genossin Luxemburgs „Indiskretion" gewendet. Trotz allem, was gesagt worden ist, steht aber nach meiner Ansicht das Interesse der lebendigen Partei über dem Rechte der toten Form. Und bei der „Indiskretion" ging es um das Interesse der Partei. Hand aufs Herz, Genossen: Sie alle, die sich über die „Indiskretion" entrüsten! Wäre Ihre Entrüstung gleich lebhaft, gleich stürmisch gewesen, wenn Genossin Luxemburg an die Veröffentlichung des Briefes statt einer Kritik eine Zustimmung und Verherrlichung des Verhaltens unseres Parteivorstandes geknüpft hätte? Sie werden sagen, auch dann hätten wir die „Indiskretion" verurteilt. Aber es hat dem Menschen zu allen Zeiten wie dem seligen Dänenprinzen noch nie an Gründen gefehlt, wenn er sich selbst beweisen will, daß er das Richtige getan habe. Genosse David hat uns Kritikern den guten Rat gegeben, unserer Verantwortlichkeit bewußt zu sein und nicht durch unzeitgemäße Kritik Aktionen der Partei zu stören. Ich hoffe, daß Genosse David den nationalliberalen sozialistischen roten „Monatsheften" (Heiterkeit) auch diesen Rat gibt. Nicht nur durch theoretisch-kritische Auseinander-

setzungen, nein, auch von den Männern der Praxis ist gerade von jener Seite die Aktion der Partei in wichtigen Momenten schon gestört worden. Ich erinnere an die Zustimmung zum Budget in Zeiten, wo die Sozialdemokratie gerade genug mit den Gegnern zu tun hatte. (Rufe: Aha!) Monatelang dauerten damals die Auseinandersetzungen. In einer Zeit, wo der Absolutismus herumgeht wie ein brüllender Löwe, wo wir den Kampf gegen das persönliche Regiment und das monarchische Prinzip zu führen haben, was geschieht da? In dieser Zeit beteiligen sich Genossen an höfischen Veranstaltungen, legen sie Gewicht darauf, sich vor allem als Träger zivilisierter europäischer Höflichkeit vor der Krone zu erweisen. Wird etwa durch Vorgänge dieser Art — bis herunter zur Anteilnahme von sozialdemokratischen Abgeordneten an dem Ministeressen in Stuttgart — die Aktionskraft der Partei gestärkt? (Sehr richtig! und Rufe: Na endlich!) Wenn man schon abrechnet, dann soll man auch nach beiden Seiten hin abrechnen. (Dr. Frank: Das ist Ihr Kampf gegen den inneren Feind!) War es wirklich gerechtfertigt, daß die Protestaktion der Partei erst einsetzte, als die Agitation der Alldeutschen die höchsten Wellen schlug? Mir scheint es: nein. Wir bekämpfen nicht nur die alldeutschen Kriegshetzer, sondern die Regierung, die imperialistische Kolonialpolitik treibt und im letzten Grunde das Instrument dieser Kriegshetzer ist. Ueber die Bedeutung dieser Kriegshetze und ihre Wirkung im Auslande konnte man nicht einen Augenblick im Zweifel sein. Wenn Genosse Molkenbuhr der Ansicht ist, daß das Datum seines Briefes uns zu einem anderen Urteil über die Haltung des Parteivorstandes hätte bekehren müssen, so fühle ich mich veranlaßt, ihm variierend zuzurufen: Gretchen, Du ahnungsloser Engel Du! (Heiterkeit.) Konnte jemand darüber im Zweifel sein, wie die Entsendung des Kanonenbootes „Panther" in England wirken mußte? In dem England, das vor der Festsetzung Deutschlands in Marokko zittert, weil diese seine Machtposition in Gibraltar erschüttern würde, das die zwei Wege nach Indien schützt. In England setzte die Kriegshetze gegen Deutschland sofort nach der Entsendung des „Panther" ein. Da war es unsere Pflicht, um so eher zur kraftvollen, einheitlichen Protestaktion zu schreiten, als wir ganz genau wußten, daß in England unsere Bruderparteien unter viel schwierigeren Verhältnissen wie wir in Deutschland für die Erhaltung des Weltfriedens eintreten mußten. Und die Hetze in England war nur das Pendant der Kriegstreibereien im eigenen Lande. Gewiß, es war noch nicht zu spät, als der Parteivorstand eingriff, es konnte noch vieles geschehen. Daß es aber nicht zu spät war, ist doch wahrhaftig nicht die Tugend und das Verdienst des deutschen Parteivorstandes gewesen. (Sehr richtig!) Niemand wußte von vornherein, daß es dann noch nicht zu spät sein würde. Es hätte auch anders kommen können. Wenn heute die Sonne auf uns herunterlacht, wenn nicht ein furchtbares Gewitter losbricht, ist das unser Verdienst? Ebensowenig ist es das Verdienst des Parteivorstandes, daß die Situation in dem Marokkohandel eine Wendung nahm, die aus unserer Versäumnis nicht einen großen Schaden entstehen ließ. Wir hatten aber noch einen besonderen Grund, sofort gegen die Entsendung des Kanonenbootes zu protestieren. Sie war erfolgt ohne die Zustimmung des Reichstags. Das ist ein neuer Beweis für die selbstherrliche Art und Weise, wie in Deutschland gewirtschaftet und gerade die ausländische Politik betrieben wird. Deshalb war es unsere Pflicht, so rasch wie möglich zu handeln. Nun ist gesagt worden, wir hätten wegen der Wahlen vorsichtig, zurückhaltend sein müssen. Gerade aber die Rücksicht auf die Ausnutzung des Marokkoabenteuers zu Wahlzwecken war der stärkste Ansporn für uns, sofort auf den Plan zu treten. Es gibt keine bessere Vorbereitung unseres Aufmarsches zu den nächsten Reichstagswahlen, als

wenn wir unter die breitesten Massen die Aufklärung über die geschichtlichen Zusammenhänge tragen, aus denen das Marokkoabenteuer naturnotwendig als reife Frucht hervorgewachsen ist. Dadurch beugen wir einer Ausnutzung zu Wahlzwecken vor. Wir Kritiker sind übrigens nicht — wie Genosse Fischer behauptete — klagende Jeremiasse gewesen. Wir haben nicht still gesessen und geweint, wir sind unter die Massen gegangen und haben damit gehandelt, soweit das uns möglich war. Die Protestbewegung ist vielerorts ohne die Initiative des Parteivorstandes und vor ihr ins Leben gerufen worden. Der Parteivorstand ist mit seinem Aufruf hinterher gehumpelt.

Mir ist die politische Unterlassungssünde des Parteivorstandes um so schärfer zum Bewußtsein gekommen, als dieser in seiner Eigenschaft als verwaltende Körperschaft sich in jeder Situation mit einer Umsicht, Besonnenheit und Energie betätigt hat, die das höchste Lob, die uneingeschränkte Anerkennung verdienen. Aber im Gegensatz dazu steht seine politische Inaktivität, die meiner Meinung nach — darin stimme ich mit Genossen Quarck überein — durch eine Reorganisation des Parteivorstandes behoben werden muß und nicht durch das provisorisch nötige, mechanische Mittel der Anstellung weiterer Sekretäre beseitigt werden kann. Wenn diese neue Etappe im Ausbau unserer Parteiorganisation von Auseinandersetzungen eingeleitet worden ist, so brauchen wir uns darob nicht zu bekümmern. Solche Auseinandersetzungen werden nicht ausbleiben, solange die Sozialdemokratie ein jugendfrischer Organismus bleibt. Von dem Tage an, wo sich die Entwickelung der Partei lediglich routinenmäßig auf bureaukratischem Wege vollziehen würde, von dem Tage hätten wir die Bekundung, daß die Sozialdemokratie anfängt, zu versteinern, zu verkrusten, daß sie altersschwach wird. Die Zusammenstöße der Meinungen sind das Zeugnis für das rastlose Vorwärtsdringen, die Kraft der Partei. Und wenn wir gelegentlich auch miteinander um die Erkenntnis der richtigen Mittel und Wege ringen, so hält uns das nicht ab, geschlossener und stärker als je zusammenzustehen, wenn es gilt, den gemeinsamen Feind zu schlagen. (Lebhafter Beifall.)

Auf Antrag von Lüth-Hamburg wird die Debatte geschlossen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Ledebour: Bernstein hat bestritten, daß meine Darstellung über das Verhalten des englischen Genossen Macdonald richtig sei, und zwar sowohl in bezug auf das, was ich seine nationalistische Anschauung genannt habe, als auch in bezug darauf, daß er nachträglich diese Ausführungen zu rechtfertigen gesucht hat mit dem Hinweis darauf, daß die deutsche Partei nichts tun wolle. Das hat er getan in einem Artikel oder einer Rede, die ich jetzt allerdings nicht vorlegen kann, und außerdem in einem Briefe an Longuet-Paris, den ich selbst von Longuet zu lesen bekommen habe. Darin heißt es: Die deutsche Partei will nichts tun. Bebel hat eine ganze Reihe persönlicher Angriffe gegen mich gerichtet. Er hat meine Darstellung, daß die deutsche Partei nicht dafür gesorgt habe, daß die französische Partei zu der Demonstration in Paris eingeladen worden sei, als unrichtig bezeichnet, da ja Lavaud in Paris gesprochen habe. Hätte Bebel meinen Artikel im „Volksblatt für Halle", gegen den er polemisiert hat, aufmerksamer gelesen, so würde er wissen, daß ich diese Tatsache sehr deutlich dargestellt habe, weil ich selber der Haupturheber der nachträglichen Heranziehung von Lavaud gewesen bin. Das exkulpiert den Parteivorstand Ebert aber nicht, denn diese Heranziehung erfolgte am Mittwoch, den 4. August. Als ich nach Paris kam — das kann ich durch Zeugen beweisen —, wußte die französische Partei überhaupt noch nichts von der Beteiligung der deutschen Partei, außer durch eine Annonce, auch die „Humanité" wußte nicht, daß wir an der Versammlung beteiligt sein sollten.

(Zurufe: Das sind doch keine persönlichen Bemerkungen!) Bebel fühlt sich gekränkt, daß ich den Ausdruck gebraucht habe, er sei vorgeschoben. Das sollte kein Tadel für Bebel sein, sondern für diejenigen seiner Kollegen, die ihn vorgeschoben haben. (Müller: Unwahr!) Wenn Bebel sich dagegen wehrt und sagt, er sei nicht geschoben, so ist das begreiflich. Es kann jedem passieren — mir ist das wahrscheinlich auch schon passiert —, daß man geschoben wird und es nicht weiß. (Lachen.) Du glaubst zu schieben, und Du wirst geschoben! Das ist etwas ganz Bekanntes, das kommt nur auf die Geschicklichkeit der Schieber an. (Heiterkeit.)

Lensch: David hat behauptet, ich hätte gestern erklärt, der deutsche Parteivorstand sei imperialistisch durchsetzt und durchseucht, mit anderen Worten, er betreibe eine kapitalistische, imperialistische Politik. Nach dem Protokoll habe ich gesagt: „Hier handelt es sich nicht darum, ob die Genossin Luxemburg taktlos gewesen ist, ob sie unterschlagen hat oder sonst was, hier handelt es sich überhaupt nicht um die Genossin Luxemburg, sondern nur um die Frage: Hat der Parteivorstand in der Marokkofrage seine Pflicht erfüllt oder nicht? Das ist die Frage, die wir uns nicht verdunkeln lassen wollen. Die deutsche sozialdemokratische Partei hat einen Anspruch darauf, zu wissen, welche Anschauungen in der Frage der Weltpolitik im Parteivorstande herrschen, sie hat ein Recht darauf, zu wissen, aus welchen Gründen diese Marokkoaktion nicht vorgenommen worden ist. Und da sage ich ganz offen, daß diese Veröffentlichung des Molkenbuhrschen Briefes, die man der Genossin Luxemburg oder der „Leipziger Volkszeitung" als Verbrechen auslegt, ein Verdienst gewesen ist. Wir müssen erfahren, nach welchen Anschauungen die imperialistische Politik im deutschen Parteivorstande betrieben wird." (Zurufe: Na also!) Aus den Zwischenrufen ersehe ich, daß David mir das Wort „betrieben" zum Vorwurf macht. Man muß doch einen Redner nach dem Sinn seiner Worte beurteilen. Wenn er mir unterstellt, ich hätte den Parteivorstand eine kapitalistische, imperialistische Verseuchung unterschoben, so weise ich das als eine Unterschiebung zurück; es ist mir nicht im Traum eingefallen, dem Parteivorstand einen solchen Vorwurf zu machen.

Robert Schmidt: Als Teilnehmer an der Pariser Kundgebung stelle ich nochmals fest, daß die Behauptung von Ledebour, der Parteivorstand habe auf die Einladung der französischen Partei verzichtet, unrichtig ist, daß im Gegenteil alles von uns getan ist, diese Einladung herbeizuführen und daß der Kontakt in Paris durch nichts anderes gestört wurde, wie durch das ungeschickte Auftreten von Ledebour. (Hört! hört!) Alle Teilnehmer, mit Ausnahme von Ledebour, der über die Vorverhandlungen gar nicht informiert war, sind nach Paris mit der Absicht gegangen, durch persönliche Rücksprache am Ort die Differenzen zu beseitigen und herbeizuführen, daß der französische Parteivorstand eingeladen wird. Das ist uns gelungen. Zu was denn dieser ganze Streit und die Rechthaberei, wenn nachher — nicht durch Ledebour, sondern durch das gemeinsame Wirken aller deutschen Delegierten — diese Differenzen beseitigt sind, und zwar, wie uns auch Vertreter des Parteivorstandes in Paris persönlich erklärt haben, zur Zufriedenheit der französischen Partei? Infolge unseres Verlangens und unserer Einladung ist schließlich auch ein Vertreter der französischen Partei auf der Kundgebung zu Worte gekommen.

Bebel: Ledebour hat nicht nur seine erste Behauptung, ich sei vorgeschoben, um den Vorstand aus der Patsche zu helfen, aufrechterhalten, sondern sie noch verschärft, durch die Erklärung, es komme auch vor, daß man geschoben wird, ohne es zu wissen, d. h. er hat mich als einen Menschen hingestellt, der unfähig sei, zu beurteilen, aus welchen Motiven heraus er aufgetreten sei. (Widerspruch von Ledebour.) Keiner meiner Vorstandskollegen hat gewußt, daß ich mich zum Worte melden würde oder gemeldet hatte; ich stand etwa als 20. Redner auf der Liste und das war mir unangenehm, weil ich fürchtete, nicht mehr zum Wort zu kommen. Ich habe das am Vorstandstisch auch geäußert, darauf war Molkenbuhr so freundlich, mir seine Stelle abzutreten, genau wie heute Wels aus eigener Initiative mir seinen Platz eingeräumt hat. Das ist der wahre Sachverhalt. Aber es scheint mir, daß Ledebour gar nicht mehr begreift, welche Bedeutung seine Worte haben. Ich kann nur sagen: An Taktlosigkeit übertrifft er alle Parteigenossen. (Unruhe und Zustimmung.)

David: Lensch macht mir den Vorwurf, ihm etwas unterschoben zu haben. Ich habe ausgeführt, daß in eine Sache, über die man gar keinen Zweifel erwartet habe, nämlich hinsichtlich der internationalen Solidarität und der Kriegsfeindschaft der Sozialdemokratie, Zweifel getragen worden seien. Als ich von dieser Seite (links) aufgefordert wurde, das zu beweisen, da erklärte ich, daß Lensch gestern dem Parteivorstand imperialistische Tendenzen vorgeworfen habe. Von Verseuchung sprach ich nicht. Das nennt Lensch eine Unterschiebung. In seinen Ausführungen, die er eben verlesen hat, fragt er, welche Stellung der Parteivorstand in der Marokkopolitik einnimmt. Ich hatte geglaubt, diese Frage sei höchst überflüssig, das wisse jeder Mensch innerhalb und außerhalb der Partei. Er fährt dann fort: „Wir müssen erfahren, nach welchen Anschauungen die imperialistische Politik im Parteivorstand getrieben wird." (Hört! hört!) Nun frage ich: Habe ich unterschoben, oder macht Lensch jetzt den Versuch, etwas wegzukratzen, was er gestern gesagt hat? (Sehr gut!)

Ledebour: Gegenüber Robert Schmidt stelle ich nochmals ausdrücklich fest — ich werde den Beweis dafür später schriftlich erbringen, um die Zeit des Parteitages nicht aufzuhalten —, daß die Generalkommission und der Parteivorstand, soweit er durch einzelne Personen dabei beteiligt ist, sich auf die Pariser Verhandlungen eingelassen haben, obwohl die Syndikalisten ausdrücklich erklärt hatten: „Wir können die Beteiligung der französischen sozialdemokratischen Partei nicht akzeptieren." (Molkenbuhr: Sie haben sie doch akzeptiert!) Ja, nachher in Paris, als diese für die französische Partei wenig angenehme Form gefunden wurde, um wenigstens den äußeren Schein zu wahren. Der Vertreter der Syndikalisten erklärte ausdrücklich: „Auf Wunsch der deutschen Delegation erhält jetzt Lavaud das Wort." Lavaud hat dann fünf Minuten gesprochen. Das ändert an der Anschuldigung und der Verantwortlichkeit der Generalkommission und des Parteivorstandes nichts.

Lensch: Ich behaupte, daß gestern kein Mitglied des Parteitages den Eindruck hatte, daß ich den Parteivorstand imperialistische Tendenzen oder die Durchführung einer kapitalistischen Politik vorgeworfen habe. (Zustimmung und Widerspruch.) Als heute vormittag der Bericht da war, da war man glücklich in der Lage, ein Sätzchen herauszufinden, das man nach einigem Bemühen eventuell so drehen konnte, als ob dem Parteivorstand vorgeworfen wird, er betreibe imperialistische Politik. Ich habe schon gesagt, wenn man einen Redner loyal interpretieren will, dann muß man ihn im Zusammenhange seiner Ausführungen nehmen, und wenn David sich nicht an das Wort „betreibt" klammern würde, sondern dafür das Wort „behandelt" setzt, dann lautet der Satz: „Wir müssen erfahren, nach welchen Anschauungen die imperialistische Politik im deutschen Parteivorstand behandelt wird." Niemand kann im Zweifel sein, daß das der richtige Sinn meiner Ausführungen ist.

Damit sind die persönlichen Bemerkungen erledigt.

Vorsitzender Dietz: Der Antrag 11 ist zurückgezogen, ebenso der Antrag 55. (Heiterkeit und Bravo!)

Genossin **Zetkin** (zur Geschäftsordnung): Ich habe zu erklären, daß die drei Anträge, die sich im wesentlichen decken, nur eine klärende Aussprache herbeiführen sollten. (Lebhafte Rufe: Ah, ah! bei den Süddeutschen und Gelächter.) Dieser Zweck ist ausreichender erreicht worden, als wir zu hoffen gewagt hätten. Deshalb ziehen wir die Anträge zurück. (Große Heiterkeit und Beifall bei einem großen Teil des Parteitages.)

Henke-Bremen (zur Geschäftsordnung): Ich muß die Worte der Genossin Zetkin ergänzen; nicht nur aus den von ihr angeführten Gründen wird der Antrag Bremen zurückgezogen, sondern (Zuruf von den Süddeutschen: Weil er abgelehnt wird! — Große Heiterkeit.) weil in den bisher gepflogenen Debatten, und besonders in den von 42 Genossen aus Berlin und Brandenburg unterstützten Antrag Auer zum Ausdruck kommt, daß die Reorganisation des Parteivorstandes allgemein gewünscht wird. Darin erblicken wir das, was wir erzielen wollten, und es genügt uns vollkommen (stürmische Heiterkeit bei einem großen Teile des Parteitags); im übrigen sind wir auch mit dem Resultat der Aussprache vollständig zufrieden. (Erneute große Heiterkeit.)

Es tritt die Mittagspause ein. Vor Beginn der Nachmittagssitzung soll der Kranz an dem Denkmal für Ernst Abbe niedergelegt und morgen eine gruppenweise Besichtigung der Zeißwerke vorgenommen werden.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Dietz** eröffnet die Sitzung.

Müller erhält das Schlußwort: Als heute morgen der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt wurde, wurde betont, daß das Pro und Kontra der wichtigen schwebenden Fragen genügend erörtert sei. Es ist auch nicht meine Absicht, auf alle diese Dinge noch einmal in breiter Weise einzugehen. Allerdings muß ich auf einige Punkte zurückkommen, um nochmals hervorzuheben, wie in der betreffenden Situation die Sachlage gewesen ist. Es ist behauptet worden, daß der Parteivorstand, soweit er in der kritischen Zeit in Berlin anwesend gewesen ist, gar nicht in der Lage gewesen wäre, genügende Fühlung mit seinen auswärts befindlichen Mitgliedern zu nehmen. Der Zweck der Uebung war ja, einen Gegensatz zwischen dem Genossen Bebel und den übrigen Parteivorstandsmitgliedern zu konstruieren. Ich kann feststellen, daß die in Berlin befindlichen und die auswärtigen Mitglieder in den letzten Jahren in keiner Frage in so innigem Kontakt gewesen sind, als gerade in der Marokkofrage. Es ist ja selbst ein Mitglied des Vorstandes in Holland gewesen, um mit Bebel über diese Frage zu konferieren. Was geschehen ist, ist mit dem vollen Einverständnis aller Vorstandskollegen geschehen. In der Sitzung der Kontrollkommission mit dem Parteivorstand hat ein Vorstandsmitglied allerdings mit Rücksicht auf die vorher stattgehabten Versammlungen betont, daß zu dieser Zeit gerade nicht der geeignete Moment sei, große Marokkoversammlungen über das ganze Reich zu machen. Dem ist aber auf das allerentschiedenste von den anderen Mitgliedern widersprochen worden. Es ist nicht erst auf Initiative der Kontrollkommission etwas geschehen, sondern der Parteivorstand war die ganze Zeit vorher darin einig, daß eine großzügige Agitation einzusetzen habe und daß man den günstigsten Moment aussuchen müsse, um eine allgemeine imposante Aktion zustande bringen zu können. Schon vor unserem Aufrufe war viel geschehen. Die Juliversammlungen hatten sich bereits neben der preußischen und elsässischen Wahlrechtsfrage mit der Marokkofrage beschäftigt. Wir haben für den Aufruf den Moment ausgewählt, als in

der Presse der bürgerlichen Parteien die große Kriegshetze losging. Nun wurde gesagt, die Kriegshetze sei schon früher losgegangen, dabei wurde auf die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" und die „Post" verwiesen. Das waren die Organe der Panzerplattenfabriken und der Interessentenkreise. Die offiziellen Blätter der bürgerlichen Parteien, die „Nationalliberale Korrespondenz" und die Zentrumspresse unterstützten die kriegerische Hetze der Alldeutschen erst später, in der Zeit, bevor wir den Aufruf veröffentlichten. Nun sollte die Aktion im ganzen Lande mit unserm Flugblatt eingeleitet werden. Es ist nun bestritten worden, daß die Angriffe auf das Flugblatt lähmend auf die Agitation gewirkt hätten. Es ist gesagt worden: Seht Ihr, nachdem der Artikel gegen das Flugblatt erschienen war, hat doch noch die große Berliner Demonstrationsversammlung stattgefunden. Daß die große Berliner Versammlung dadurch nicht beeinträchtigt werden würde, war selbstverständlich. Aber darauf kam es nicht an. Es kam darauf an, daß in die entlegensten Dörfer hinein ein Flugblatt verteilt werden sollte, über das ein so schlechtes Urteil von einem großen Parteiblatte gefällt worden war. Die bürgerlichen Blätter haben sich das gefundene Fressen natürlich nicht entgehen lassen. Weiter wurde gesagt: Was kann es schaden, wenn ein Blatt einen solchen Artikel bringt? Haben aber dann nicht alle anderen Blätter dasselbe Recht? Das würde ein hübsches Tohuwabohu geben, wenn mitten in einer Aktion alles heruntergerissen werden dürfte, was von leitender Stelle geschieht. Aufklärung über die Marokkofrage sollte unser Flugblatt geben. Diese Absicht ist durch die Angriffe der „Leipziger Volkszeitung" durchkreuzt worden. Ich möchte die Leitartikel sehen, die erschienen wären, wenn ein anderer Genosse so etwas gegen das Flugblatt geschrieben hätte. Mit welchen sensationellen Ueberschriften wäre man dann gegen den Verfasser losgezogen. Die Parteipresse hat es erfreulicherweise abgelehnt, ein solches Vorgehen zu verteidigen, weil sie in solchen Fragen der Organisation und Agitation Gott sei Dank keinen Spaß versteht. Fälschlicherweise ist nun behauptet worden, bei uns wäre weniger geschehen als in anderen Ländern, besonders in Frankreich und Spanien. Ich habe schon gesagt, man solle mir das Land nennen, wo mehr geschehen ist, wo das Land mehr in die Tiefe und Breite hinein aufgewühlt worden ist. Diesen Beweis ist man mir schuldig geblieben. Wenn das nun der Fall ist, dann verstehe ich nicht, warum der Parteivorstand als reuiger Sünder dastehen und Absolution verlangen soll. (Zustimmung.) Der Parteivorstand hat seine Pflicht vollkommen getan. Er hat für die internationale Situation mehr Verständnis bewiesen als seine Kritiker. Im übrigen ist das erfreulichste an der ganzen Geschichte, daß wir eigentlich zum Schluß wieder ganz einig sind. (Heiterkeit und Beifall.) Die beiden Bedauerungsanträge sind zurückgezogen worden und die Antragsteller haben erklärt, sie könnten es tun, weil sie zufrieden sind. Dazu kann ich Ihnen im Namen des Parteivorstandes erklären, daß wir sehr zufrieden mit dem Ausgange der Debatte sind. Damit ist die allgemeine Einmütigkeit der Partei wiederhergestellt. (Lebhafter Beifall.)

Nun zur französischen Demonstration im speziellen. Wie lagen die Dinge? Es kam eine Deputation der Confédération générale nach Deutschland, um Fühlung mit den deutschen Gewerkschaften zu nehmen. Sie kennen ja die politischen Ansichten der französischen Syndikalisten. Sie können begreifen, daß sie nicht allzuviel Bedürfnis hatten, mit der deutschen Partei in Fühlung zu treten. Sie haben nicht einmal unsere Parteieinrichtungen besichtigt. Wir hatten zunächst keine Veranlassung, mit ihnen in Verbindung zu treten. Da verschärfte sich gerade in jenen Tagen die Marokkokrisis sehr. In dieser Situation wurde angeregt, eine Friedensdemonstration zu veranstalten, die die deutschen Gewerkschaften ohne die deutsche Partei nicht veranstalten wollten.

In dieser Situation mußten wir mitwirken, und die Internationale ist uns dankbar gewesen, daß wir es getan haben. Im Anschluß an die Berliner Demonstration wurde eine ähnliche Demonstration in Paris angeregt. Nach Schluß der Berliner Versammlung wurde über die Möglichkeit der Pariser Demonstration geredet und über die Einladung der ausländischen Bruderparteien aus den an der Marokkofrage besonders beteiligten Ländern. Ich kann da im Einverständnis mit Ebert erklären, daß nicht die Rede davon gewesen ist, daß der Parteivorstand seine Zustimmung zur Nichteinladung der französischen sozialdemokratischen Partei gegeben hat. Die Versionen über jene Unterredung waren verschieden. Auch nachdem Ledebour bei uns gewesen war und Vortrag gehalten hatte über seine Pariser Erfahrungen, haben wir noch gehört, daß an jenem Abend in sehr entschiedener Weise die Einladung der französischen Partei verlangt wurde. Die Situation stand damals aber nicht so, daß von der Nichtbeteiligung der französischen Genossen absolut die Rede sein konnte. Alle Delegierten, die nach Paris gingen, hatten die Absicht, dort das nachzuholen, was noch zu tun war, damit die französische Bruderpartei eingeladen würde. Einer der französischen Genossen hatte es übrigens übernommen, das offizielle Organ der französischen Partei „L'Humanité" zu informieren, was er allerdings, wie später festgestellt wurde, unterlassen hat. Nun verlangt Ledebour, daß wir eine Berichtigung dessen bringen sollen, was der „Vorwärts" am 4. August in unserer Erklärung gebracht hat. Es ist damals weder absichtlich etwas Falsches behauptet worden, noch steht etwas Falsches in jener Notiz. Als die Notiz von der Beteiligung der französischen Genossen abgefaßt wurde, war man der Meinung, daß die Demonstration zusammen mit der französischen Partei stattfinden würde. Genosse Labaud, ein französischer Parlamentarier, hat tatsächlich auch daran teilgenommen und für die französische Partei gesprochen. Wozu also eine Berichtigung? Heute früh wurde gesagt, man solle mehr Gewicht legen auf die lebendigen politischen Kräfte und sich nicht so sehr an Formen halten. Wenn jemand auf diesem Parteitage auf Formen herumgeritten ist, mehr als jeder andere, so ist das in dieser Frage der Genosse Ledebour.

Uebrigens hat Genosse Bebel bereits am Vormittag darauf hingewiesen, daß über die ganze Affäre damals in eingehender Weise von uns mit dem Sekretariat der französischen Partei korrespondiert wurde, und daß die so freundliche Antwort des Genossen Dubreuihl so spät hier eingetroffen ist, liegt daran, daß er nicht auf eigene Hand antworten wollte, sondern eine Sitzung der „Kommission administrative permanente" abwartete.

Nun einige Worte zu dem, was zu unserm „Geheimerlaß" gesagt ist. Man fragte, warum der Vorstand nicht bloß die Parteiblätter in Solingen und Elberfeld, sondern auch das in Essen gerügt hat. Das ist nicht richtig. Aber allerdings war in der nichtveröffentlichten Erklärung der Generalkommission das Essener Blatt auch genannt worden, aber nicht wegen seiner gehässigen Schreibweise, sondern weil der Geschäftsführer am 13. Juli dem Tarifamt mitgeteilt hatte, daß in Essen ähnliche Differenzen im Betriebe gewesen seien wie in Berlin. Als dann die Redaktion am 10. August bei uns anfragte, ob auch sie getroffen werden solle, schrieb ich ihr postwendend zurück, sie falle nicht unter die Blätter mit gehässiger Schreibweise. Das ganze Zirkular hatte überhaupt weniger den Zweck, die beiden Parteiblätter zu rügen, als vielmehr im Sinne der Jenaer Resolution zu verhindern, daß solche Schreibweise noch weiter einreißt. Der Zweck war ein prophylaktischer, und es kann nicht die Rede davon sein, daß die Parteiblätter im Stich gelassen sind. Im Gegenteil sollten sie Gelegenheit haben, auf der Redakteurkonferenz ihren Standpunkt gegenüber der Generalkommission eingehend zu wahren.

Dann wurde von Walter gerügt, daß zwei bayerische Landtagswahlen in unserm Bericht nicht verzeichnet sind. Das ist richtig. In Zukunft kann man den Bericht in dieser Richtung vervollständigen. Als unrichtig ist ferner bezeichnet worden, daß dem Bildungsausschuß von der Stadt Frankfurt 1000 Mk. zur Verfügung gestellt seien. Dem Genossen Schulz war nicht mitgeteilt worden, daß der Magistrat den betreffenden Beschluß der Stadtverordneten beanstandet hat, und so ist eine kleine Unrichtigkeit hineingekommen.

Zu Stubbes Ausführungen über die Hilfsarbeiter bemerke ich, daß selbstverständlich nicht die Rede davon sein kann, irgendwelche verantwortungsvolle Arbeit von Hilfsarbeitern erledigen zu lassen. Es handelt sich da nur um mechanische und Rechnungsarbeiten, und man wird doch nicht zu dem Zustand vor zehn Jahren zurückkehren wollen, als die Vorstandsmitglieder selbst die Kuverts zu kleben hatten. Ferner wurde gesagt, der Vorstand sei bei verschiedenen Konferenzen nicht vertreten gewesen. Mir ist nur eine bekannt, bei der dies der Fall war, und da war das bereits delegierte Mitglied durch Krankheit in seiner Familie verhindert worden.

Zu dem Antrag 73, Quarck-Auer, der inzwischen hier verteilt wurde, habe ich mich in meinem einleitenden Referat, soweit er die Anstellung zweier neuer Parteisekretäre fordert, schon geäußert. Der ganze Antrag ist unter Mitwirkung des Parteivorstandes festgestellt, und es ist deshalb selbstverständlich, daß wir ihn akzeptieren. Wir sind gern bereit, die Frage der Reorganisation des Parteivorstandes und der Kontrollkommission in einer Kommission eingehend zu prüfen. Es kann in ihr dann eingehend die Frage der Notwendigkeit des besoldeten Vorsitzenden geprüft werden. Daß wir uns jetzt darauf festlegen, halte ich für falsch, weil dadurch auch die Zahl der Persönlichkeiten beschränkt würde. Es ist sehr wohl möglich, daß es geeignete Genossen für den Posten des ersten Vorsitzenden gibt, die nicht in der Lage sind, auf dem Bureau arbeiten zu können oder zu wollen. Wir hatten ja auch bisher nicht einen ersten und einen zweiten Vorsitzenden, sondern einfach zwei Vorsitzende, und es kann doch nicht so gedacht sein, daß etwa der besoldete Vorsitzende der eigentlich präsidierende ist und der andere sozusagen in die Ecke gestellt wird. Der Vorstand ist bisher ein Kollegium gewesen, in dem die Entscheidungen kollegial gefällt wurden, und der Vorsitzende hat keineswegs als „Chefredakteur" gewirkt. Alle diese Fragen können, wie gesagt, in der Kommission geprüft werden. Das Bedenken, daß in dieser Woche ein geeigneter Vorsitzender nicht gefunden werden könnte, kann ich nicht teilen. Das wäre in einer Dreimillionenpartei noch schöner.

Nun zu den Anträgen. Was der Antrag 12 bezweckt, eine planmäßige Landagitation auf verwandtschaftlicher Grundlage, haben wir in Preußen mit unserm Flugblatt zu den Landtagswahlen „Liebe Verwandte" erfüllt. Aehnlich könnte man bei den Reichstagswahlen vorgehen. Durch den Antrag 15, meinte Göllner, könne ein gemeinschaftlicher Papiereinkauf erzielt werden und zufolge der besseren Revision würden manche Parteigeschäfte Ueberschüsse abwerfen. Wir können doch keinen Druck auf alle Parteigeschäfte ausüben, sich revidieren zu lassen. Wir sind noch nicht auf dem Wege zu dem großen sozialdemokratischen Zeitungstrust der Zukunft, bei dem auch die Ueberschüsse aus allen Geschäften in die Zentral-Parteikasse geliefert werden müssen. Fest steht, daß wir auf Wunsch überall revidieren ließen, auch dort, wo die Geschäfte nicht in finanziellen Beziehungen zur Zentralkasse stehen. Die Frage der Zuschüsse zu letzteren wird stets genau geprüft. Antrag 18 verlangt, daß der Bericht des Parteivorstandes zugleich mit der Tagesordnung zu veröffentlichen ist. Das ist bei den augenblicklichen Verhältnissen, wo das Geschäftsjahr am 30. Juni schließt, undurchführbar. Antrag 63 wünscht, daß die Reso-

lutionen der Referenten früher zur Verfügung gestellt werden sollen. Verschiedentlich haben wir schon versucht, hierin reformierend zu wirken, und in einzelnen Fällen ist es uns auch gelungen, aber durch einen derartigen generellen Beschluß ist für alle Fälle in der Praxis so gut wie nichts getan. Der Antrag 16 wünscht, daß die Flugschriften der Partei schneller und billiger in den Verkehr kommen wie jetzt und daß sie besser bearbeitet sind. Mit dem Pressebureau hat eine solche Einrichtung nichts zu tun. Aber im Anschluß an die „Partei-Correspondenz" haben wir schon einen Genossen berufen, der die Flugschriften bearbeiten soll. Im Keime ist also schon vorhanden, was hier gewünscht wird. Und eine Erweiterung kann nach Bedarf eintreten. In bezug auf die Billigkeit können wir erklären, daß es unmöglich ist, die Flugschriften noch billiger abzugeben als es jetzt geschieht, soweit es sich wirklich um Flugschriften für die Massen handelt, die auf der Rotationsmaschine hergestellt werden. Süßheim führte an, der katholische Volksverein gebe die Flugschriften für 5 Pf. ab. Wir geben bei Massenabsatz an die Organisationen für 1 Pf. das Stück ab. Das ist der billigste Preis, der mir bekannt ist. Daß eine Broschüre, wie die der Genossin Vera Fiegner, „Russische Gefängnisse", nicht hierunter fällt, ist bei der kleinen Auflage selbstverständlich. Uebrigens haben wir soviel Material herausgegeben, daß von allen Seiten schon gesagt wird, es ist zu viel. Ich halte diese Klagen nicht für berechtigt, denn es handelt sich nicht darum, ob eine Flugschrift augenblicklich für einen Wahlkreis zu gebrauchen ist, sondern die Flugblätter und Flugschriften müssen da sein, um bei passender Gelegenheit Verwendung finden zu können. Außer unseren Flugschriften kommt auch noch das von den Landes- und Bezirksorganisationen herausgegebene Material in Betracht. Es kommt also tatsächlich eine ungeheure Menge von Material heraus. Bald nach dem Parteitag und vor den Wahlen werden wir selbstverständlich die Bezirks- und Landesvorstände nach Berlin zusammenrufen und alle diese Dinge, sowie alles, was vor den Wahlen zu besprechen ist, mit ihnen durchsprechen. Wir werden da für unsere Rüstung sorgen und trotz Marokkorummel und trotz der nationalen Wahlparole, nach der gesucht wird, werden wir für den kommenden Wahlkampf uns eine Rüstung schaffen, mit der die Sozialdemokratie den Kampf in Ehren bestehen kann. (Beifall.)

Es folgt die Abstimmung über die zur Agitation und Organisation gestellten Anträge. Der Antrag 12 wird dem Parteivorstand überwiesen, Antrag 14 abgelehnt, Antrag 15 dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen, Antrag 16 abgelehnt, Antrag 18 abgelehnt, Antrag 63 abgelehnt. Der Antrag 23 ist zurückgezogen. Der Antrag 73 wird angenommen.

Vorsitzender **Dietz**: Ich bin ersucht worden, hier festzustellen, daß die Beratungen dieser einundzwanzigliedrigen Kommission sich auch darauf zu erstrecken haben, daß sie, falls sich dies als notwendig erweist, auch das Organisationsstatut zu prüfen hat.

Es folgt die Beratung der zu Presse und Literatur gestellten Anträge. Unterstützt werden alle hierzu gestellten Anträge, außer Antrag 31.

Dr. Süßheim-Nürnberg begründet den Antrag 36: Die große Mehrheit der Delegierten kann mit dem Sinn und Zweck dieses Antrages ohne weiteres einverstanden sein. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter nimmt von Jahr zu Jahr wesentlich zu. Aufgaben von großer Bedeutung, schwierige Fragen harren unserer Genossen in den Gemeindevertretungen. Da ist der Besitz des nötigen Aufklärungsmaterials noch viel nötiger als in der politischen Agitation. Es ist dem einzelnen sonst schwer möglich, richtig vorzugehen. Erfreulicherweise haben wir im „Kommunalen Jahrbuch" und in der „Kommunalen Praxis" wertvolle Hilfsmittel, die aber noch zu wenig benutzt werden. Der Gautag Nordbayerns stellt seinen Antrag, damit die „Kommunale Praxis" noch weitere Verbreitung erfahre als bisher. Der Preis muß herabgesetzt werden. Wir würden damit einem Bedürfnis, namentlich der Gemeindevertreter auf dem Lande, entgegenkommen, denen der jetzige Preis zu hoch ist. Die Partei sollte keine Mittel scheuen, um der „Kommunalen Praxis" weitere Verbreitung zu sichern. Allzu leicht besteht für unsere weniger erfahrenen Gemeindevertreter die Gefahr, sich von momentanen Vorteilen verlocken zu lassen, auf Anschauungen der Gegner einzugehen. Die Tätigkeit unserer Vertreter in den Gemeinden muß geleitet sein von den Grundsätzen der Partei, die für Staat und Gemeinde gelten. Wiederholte Fehler und Mißgriffe mahnen zur genauen Befolgung unserer Grundsätze im Interesse fruchtbarer Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter.

Barthel-Lunzenau begründet den Antrag 37. Der 11. und 14. sächsische Kreis erheben 5 Pf. von den weiblichen Mitgliedern und liefern ihnen dafür die „Gleichheit". Da die Ortsgruppen 60 Proz. an die Kreiskasse abliefern, so wird dadurch gerade die „Gleichheit" gedeckt, und es bleibt nichts für die ländliche Agitation. Die beiden Kreise haben die Absicht, sich finanziell selbständig zu machen, und deshalb bitten wir, unsern Antrag anzunehmen. Um die ländliche Agitation fördern zu können, beantragen wir eine Herabsetzung entgehe der Hauptkasse eine Einnahme, aber da nun unser Finanzminister entgehen der Hauptkasse eine Einnahme, aber da nun unser Finanzminister von dem gutgefüllten Parteisäckel berichtet hat, dürfte diese verminderte Einnahme bei der Hauptkasse nicht sehr unangenehm empfunden werden.

Müller-Breslau motiviert den Antrag 38: Es ist unsere Aufgabe, in die kleinbäuerlichen Kreise einzudringen, deshalb beantragen wir die Herausgabe einer populären Schrift, worin das Verhältnis der Sozialdemokratie zum landwirtschaftlichen Kleinbesitz dargelegt wird, und zwar noch vor den Reichstagswahlen. Hier besteht in unserm Agitationsmaterial eine fühlbare Lücke. Da uns weiter die ländliche Agitation von den Junkern und Behörden erheblich erschwert wird, ist die Herausgabe dieser Schrift um so nötiger.

Ofsmann-Hamburg II führt zur Begründung des Antrages 33 aus: Unser Antrag ist aus dem seelischen Wunsch der Parteischüler entstanden. Der Vorwärtsverlag soll die Schriften an die Parteischüler ebenso billig abgeben, wie zurzeit schon der Verlag Dietz in Stuttgart. Da die Bildungsbestrebungen in der Arbeiterbewegung immer größeren Platz einnehmen, ist es nötig, daß der Vorwärtsverlag die Preise so ermäßigt. Die Parteischüler haben ja kein übriges Geld, und schon auf früheren Parteitagen sind ähnliche Anregungen gegeben worden. — Die vom Vorwärtsverlag herausgegebenen „Kulturbilder" sind große, unhandliche Werke und deshalb recht schlecht zu gebrauchen. An Stelle der „Kulturbilder" könnte eine große Anzahl von Schriften treten, die der Arbeiterschaft viel mehr Nutzen bringen, als die „Kulturbilder". Nehmen Sie daher unsern Antrag an.

Schwenk-Berlin: Antrag 34 ist scheinbar von untergeordneter Bedeutung. Er will aber auch dem Bildungsbedürfnis unserer Arbeiter Rechnung tragen. Die „Neue Welt" ist ein ganz vorzügliches Unterhaltungsblatt. Aber leider ist sie so ausgestattet, daß man sie nicht lange aufbewahren kann. Wenn uns entgegengehalten wird, daß schon eine besser ausgestattete Ausgabe der „Neuen Welt" existiert, so ist zu erwidern, daß diese Exemplare speziell bezahlt werden müssen, so daß die Masse der Arbeiter nichts davon hat. Wir wünschen, daß die Verbesserung der Ausstattung ohne Preiserhöhung, wie heißt, ohne daß ein Zuschlag zum Zeitungsabonnement bezahlt wird, geschehe. Freilich wird

dafür eine größere Summe erforderlich sein. Wenn wir aber bedenken, daß durch die bessere Ausstattung die „Neue Welt" weit mehr als jetzt aufbewahrt und das in ihr enthaltene Material dann immer wieder durchgearbeitet würde, so kann man sagen, daß sich auch größere Aufwendungen bezahlt machen werden. Ferner würden die Illustrationen auf besserem Papier mehr zur Geltung kommen, und es ist unsere Aufgabe, den Keim guten Geschmacks in den Proletariern zur Entfaltung zu bringen und nicht vollends zu ersticken.

Stelling-Lübeck begründet den Antrag 32: Unser Antrag deckt sich in gewissem Sinne mit den Anträgen, die bereits begründet sind, er weicht nur insofern davon ab, als wir wünschen, daß die Agitationsbroschüren zu dem billigen Preise nicht nur an die Bildungsausschüsse, sondern ganz allgemein abgegeben werden sollen. Obwohl ich nicht verkenne, daß ganz allgemein betrachtet im Vergleich zu der Arbeit die Preise nicht sehr hoch sind, muß ich doch sagen, daß für einzelne literarische Erzeugnisse ziemlich hohe Preise gefordert werden. Aber wir müssen mit unseren Broschüren immer weiter in das Volk eindringen, und dazu ist nötig, daß wir den vorwärtsstrebenden Proletariern auch die Möglichkeit geben, sie zu erwerben. Weiter wünschen wir die Herausgabe von populären Agitationsbroschüren für die Landbevölkerung, nicht nur für die Landarbeiter, sondern auch für die kleinen Bauern, die Häusler usw. Vierseitige Flugblätter in enger Schrift haben für diese Leute keinen Wert, sie werden nicht gelesen oder nicht verstanden. So schwer der Plan auch ist, aber der Versuch muß gemacht werden. Was den letzten Teil des Antrages 32 betrifft, so hatte schon der Vorredner darauf hingewiesen, daß die „Kulturbilder" ihren Zweck nicht mehr erfüllen. Die Illustrationen lassen außerordentlich viel zu wünschen übrig, man sollte sie deshalb beseitigen und geeigneteres Material an ihre Stelle setzen.

Zur Begründung des Antrages 44 erhält das Wort

Möller-Harburg: Wir wünschen eine Ausgestaltung des Pressebureaus dahingehend, daß allen Parteizeitungen auch Illustrationen zugänglich gemacht werden. In der größeren Parteipresse ist das bereits eingeführt, auch bei der Reichstagswahl wird so verfahren, und auch die bürgerliche Presse bringt Illustrationen, für die sich besonders die Landbevölkerung interessiert. Bei der Agitation sind wiederholt solche Wünsche geäußert. Die Möglichkeit, das auszuführen, ist gegeben, denn was bei der großen Presse möglich ist, muß auch bei der kleineren Presse möglich sein, man möge nur die Stelle schaffen, die die gebrauchten Matern sammelt und an die Parteipresse versendet, diese Stelle ist das Pressebureau. Wir haben in unserem Kreise dadurch, daß wir einige Nummern unserer Presse mit Illustrationen ausgeführt haben, die größten Erfolge erzielt. Die Kosten sind nicht so groß. Ich bitte den Parteitag, den Antrag einstimmig anzunehmen.

Vorsitzender **Dietz** teilt mit, daß seitens der Antragsteller gewünscht wird, den Antrag 43 dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Die Debatte über die Anträge wird verbunden.

Ebert: Es wird die Verhandlungen wesentlich abkürzen, wenn ich vorweg die Stellung des Parteivorstandes zu den einzelnen Anträgen darlege. Auf die Anträge, deren Ueberweisung vom Parteivorstand selbst gewünscht wird, brauche ich nicht näher einzugehen, es sind das alle Anträge außer 34 und 44. Zunächst aber ein Wort über den Antrag 36 betreffend die „Kommunale Praxis". Sie wissen alle, daß die „Kommunale Praxis" bisher ganz erhebliche Zuschüsse erfordert hat und auch heute noch jährlich eines ganz erheblichen Zuschusses bedarf. Dazu kommt, daß die Anforderungen an das Blatt

fortgesetzt steigen, so daß der Umfang erweitert werden muß, was natürlich mit erheblichen Mehrkosten verbunden ist. So wird jetzt beabsichtigt, die Korrespondenz wesentlich auszubauen und nach Landsmannschaften geordnet zu bringen. Es soll auch darauf geachtet werden, daß die Verhältnisse und die Bedürfnisse der kleinen Gemeinden mehr als bisher zur Geltung kommen. (Bravo!) Wir stehen dem Antrage wohlwollend gegenüber, aber große Versprechungen hinsichtlich der Verbilligung kann ich Ihnen nicht machen. Ich bitte Sie, ihn trotzdem zu überweisen. Was der Redner zur Begründung des Antrages 38 gesagt hat, dem kann ich ohne weiteres zustimmen. Seine Ausführungen wären noch besser gewesen, wenn er uns zugleich auch den Verfasser einer solchen Broschüre genannt hätte. Es ist ungemein schwierig, für die gewünschten Broschüren einen geeigneten Verfasser zu finden. Ich bitte, den Antrag zur Erwägung zu überweisen.

Dann zu den Anträgen, die eine Verbilligung der Literatur verlangen, die die Vorwärts-Buchhandlung herausgibt. Den Organisationen werden jetzt schon erhebliche Vorzugspreise gewährt, das fordert aber den Widerspruch der örtlichen Buchhandlungen heraus. Wir haben die Frage im Vorstand wiederholt behandelt und sind zu dem Entschluß gekommen, nach dem Parteitage eine eingehende Prüfung aller dieser Wünsche vorzunehmen. Auch die zu berufende Konferenz der Sekretäre und Geschäftsführer der Parteigeschäfte soll gehört werden. Wir wollen dann versuchen, den Vertrieb unserer Literatur einer Neuorganisation zu unterwerfen und dabei die Wünsche möglichst berücksichtigen. Es darf allerdings nicht verkannt werden, daß die technische Herstellung aus begreiflichen Gründen von Jahr zu Jahr teurer geworden ist, auch die Honorare sind gestiegen.

Antrag 34 wünscht eine bessere Ausstattung der „Neuen Welt", sie soll auf besserem Papier hergestellt werden. Das würde eine ungeheure Mehrausgabe verlangen. Würde das Papier genommen, das zur sogenannten besseren Ausgabe genommen wird, so würde die Herstellung pro Nummer 1450 Mark mehr kosten, das macht pro Jahr 180 000 Mk. Die Parteiblätter, die die „Neue Welt" beziehen, würden da erhebliche Schwierigkeiten machen. Wenn man uns durch einen Beschluß zwingen würde, so würde man die Existenz der „Neuen Welt" geradezu gefährden. Wir beabsichtigen aber, durch technische Neuerungen Einrichtungen zu treffen, daß die illustrative Ausstattung künftig wesentlich besser wird. Damit sind berechtigte Wünsche wohl erfüllt. Ich bitte, den Antrag abzulehnen.

Nun zum Antrag 44. Vom parlamentarischen Bericht werden heute schon Matern an die Parteipresse geschickt und von ihr verwendet. Von der letzten großen Demonstration sind auch die Aetzungen der Illustrationen den Parteiblättern zur Verfügung gestellt worden. Wir tun, was möglich ist. Wir bitten aber, den Antrag abzulehnen, weil er zu weit geht.

Vorsitzender **Dietz** teilt mit, daß ein Antrag eingegangen ist, sämtliche Anträge in bezug auf Presse und Literatur dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen.

Bérard-Hamburg: Als Repräsentant des Verlags der „Neuen Welt" kann ich nur bestätigen, was Ebert ausgeführt hat. Ich freue mich, daß anerkannt wird, daß sich die „Neue Welt" wesentlich zu ihren Gunsten entwickelt hat. Sie hat einen Redakteur, der mit großem Eifer und großer Aufmerksamkeit arbeitet. Die Beiträge werden auch anständig honoriert. Ueber den Inhalt läßt sich wohl nicht klagen. Vergleichen wir die „Neue Welt" mit ähnlichen bürgerlichen Blättern, so muß man feststellen, daß sie diese weit überragt. Ich gebe zu, daß die Illustrationen viel zu wünschen übrig lassen. Aber es

handelt sich um eine Auflage von 555 000, die in Hamburg und Berlin gedruckt wird. Wir wollten schon einmal die Auflage auf besserem Papier drucken lassen, aber es meldeten sich dafür nur 1515 Abnehmer. Es ist überflüssig, den erwähnten Antrag zu überweisen, es ist richtiger, ihn abzulehnen. Es ist bedauerlich, daß diese Frage hier immer wieder vorgebracht wird. Der Parteitag kann doch nicht über diesen Kleinkram entscheiden, da er die Verhältnisse gar nicht kennt, die ihm nur durch ein längeres Referat vorgeführt werden könnten, wofür es aber an der nötigen Zeit fehlt.

Dr. **Grabnauer**-Dresden: Ebert hat eine Angelegenheit nicht mitbesprochen, die mir doch sehr erwägenswert und dringend erscheint. Wir haben alle Veranlassung, die Gedanken, die in den Hamburger Anträgen 33 und 39 niedergelegt sind, soweit sie die Herausgabe von Monographien aus dem Gebiete der Gesellschaftswissenschaften betreffen, in Erwägung zu ziehen. Die Partei ist zwar an Literatur mannigfacher Art sehr reich geworden, wir haben neben den Agitationsschriften eine umfangreiche wissenschaftliche Literatur. Es fehlen uns aber fast vollständig solche Schriften, die geeignet sind, das sozialistische Wissen in populärer Weise an die breiteren Massen der Arbeiter heranzubringen. Unsere wissenschaftliche Literatur bleibt allzusehr auf kleine Kreise der fortgeschrittensten Parteigenossen beschränkt, aber an weitere Kreise der bildungsdurstigen Arbeiterschaft kommt sie nicht heran. Diese Lücke wird um so fühlbarer, seitdem wir in Bildungs- und Unterrichtskursen Anregungen zu weiterer Ausbildung geben. Da sind wir schwer imstande, den jung heranwachsenden Genossen genügend Auskunft zu geben, wenn sie fragen: wo sind die Bücher, in denen wir weiter lernen und uns über die verschiedenen, den Arbeiter interessierenden Gebiete des Wissens orientieren können. Auf den Gebieten der Wirtschaftsgeschichte, der politischen Geschichte, der Literaturgeschichte usw. fehlt es an handlichen Büchlein, die knapp und einfach, verständlich für den Arbeiter gehalten sind, die in erster Linie das Tatsächliche anschaulich zur Darstellung bringen, die aber auch im Preise den Verhältnissen des Arbeiters gerecht werden. Wir haben ja nicht einmal ein Buch über die deutsche Wirtschaftsgeschichte, wir haben keine Darstellung von der Entwicklung des deutschen Handels, des Verkehrswesens, des Handwerks, des Bank- und Börsenwesens usw. Ich empfinde es geradezu als einen ungeheuren Mangel, daß wir noch nicht einmal eine Parteigeschichte für die Masse der Arbeiter haben, denn die große vierbändige Geschichte von Franz Mehring stellt selbstverständlich große Anforderungen an die Arbeiter. Es fehlt eine Uebersicht über die Entwickelung der Arbeiterbewegung in Deutschland usw. Die naturwissenschaftlichen Fragen könnten wir ruhig der bürgerlichen Literatur überlassen, da wir darin es auch nicht besser machen können. Wir dürfen aber die Arbeiter nicht zwingen, in den für uns so wichtigen Fragen der Gesellschafts-, Geschichts- und Kulturwissenschaften zur gegnerischen Literatur zu greifen, weil wir nicht selbst die nötigen einfach gehaltenen Schriften haben. Die Bücher aus der Göschen- und Teubner-Sammlung, in denen solche Probleme behandelt werden, sind oft sehr reaktionär, konservativ oder nationalliberal gehalten. Es ist sehr zu bedauern, daß auch die Arbeiterschaft zu solchen Schriften zu greifen veranlaßt ist. Darum haben wir alle Veranlassung, diesen Unternehmungen von bürgerlicher Seite etwas von uns aus entgegenzusetzen. Das wird eine wichtige Aufgabe sein, mit der sich der Parteivorstand nach den Wahlen ernstlich beschäftigen möge.

Busold-Friedberg: Von Jahr zu Jahr häufen sich die Anträge, der Landagitation mehr Beachtung zu schenken. In dem Maße, wie sich die Abwanderung der Arbeiter aus den Großstädten nach dem Lande vollzieht, wird es

notwendig sein, die Landagitation eifriger zu betreiben. Gerade in meinem Wahlkreise hat es sich gezeigt, daß es möglich ist, unter den Kleinbauern Erfolge zu erringen. Den Antrag Breslau unterstütze ich, soweit er die Lieferung von weiterem Agitationsmaterial verlangt. Die Gelegenheit zur Agitation auf dem Lande ist jetzt so günstig wie noch nie. Die Kleinbauern merken jetzt, wie schädlich die Zollpolitik ist, und wie auch bei der Finanzreform ihre Interessen mit Füßen getreten worden sind. Ganz besonders bei der Schaffung der Reichsversicherungsordnung sind die Kleinbauern zugunsten des Großgrundbesitzes schmählich benachteiligt worden. Es gibt keinen Paragraphen dieses umfangreichen Gesetzes, der bäuerliche Fragen berührt, an dem sich dieses nicht nachweisen ließe. Ich erinnere an die Zulassung der kleinsten Betriebskassen mit 50 Mitgliedern auch nur an 2 Monaten im Jahre, an die Zulassung der Befreiung der Groß- und Mittelbauern mit ihren Arbeitern von den Landkrankenkassen. Dadurch hat man die Kleinbauern ausschließlich zu Trägern der Landkrankenkassen gemacht und ihnen die Lasten derselben auferlegt. Umgekehrt hat man das Wahlrecht zu diesen Kassen denen gegeben, die keine Beiträge zahlen, den Großbesitzern in den Kreistagen. Das alles muß den Kleinbauern noch vor den Wahlen zum Bewußtsein gebracht werden. Eine Aufklärungsschrift ist also dringend notwendig. Ein Verfasser muß gefunden werden. Wenn es heute nicht möglich ist, wird es nie möglich sein. Ich möchte Sie bitten, den Antrag Breslau dem Vorstande nicht zur Erwägung, sondern in dem von mir erwähnten Teile zur Berücksichtigung zu überweisen.

Stengele-Hamburg: Hoffentlich wird aus der vom Parteivorstande zugesagten Berücksichtigung eine Ausführung der Anträge, insbesondere der Hamburger, auch des negativen Teils. Die „Kulturbilder", die im offiziellen Vorwärtsverlag erscheinen, erfreuen sich — leider, muß man sagen — einer weiten Verbreitung. Sie sind in der sozialistischen Presse schon scharf kritisiert worden, aber der Verlag kümmert sich nicht darum. Vielleicht wird er weniger dickfellig sein, wenn der Parteitag in dieser Frage Stellung nimmt. Ich kritisiere in erster Linie nicht den textlichen Inhalt, sondern weise hier nur auf die Illustrationen hin. Jetzt, wo man überall gegen die Nick-Carter-Literatur auftritt, bringt ein sozialistischer Verlag in den „Kulturbildern" so merkwürdige, geradezu bluttriefende Illustrationen. Ich habe immer gefürchtet, es würde einmal von bürgerlicher Seite darauf hingewiesen werden. Die "Geschichte der Revolutionen" bringt geradezu eine Sammlung von Schinderstücken. Diese Bilder stehen zum größten Teil in gar keinem oder ganz losem Zusammenhang mit dem Inhalt und sind anscheinend nur gewählt worden, um das Auge eines Menschen mit niedrigem Geschmack und niedrigen Instinkten auf sich zu lenken. Es ist traurig, daß man auf dem Parteitage so etwas von einem Werk, das in einem offiziellen Verlag der Partei erscheint, sagen muß. Ich verweise auch auf die „Hohenzollern-Legende", wo die Bildnisse wohl sämtlicher preußischen Potentaten gebracht sind. Wozu soll das? Sollen sich die preußischen Genossen etwa eine Ahnengalerie der hochseligen Hohenzollern anlegen? Die ganze Sache macht den Eindruck, als ob ein Ramschlager ältester Schwarten an den Mann gebracht werden soll. Das ist unwürdig und muß unterbleiben.

Adolf Hoffmann: Ich möchte zu den Anträgen 34 und 35 sprechen. Ebert meinte, es wäre richtig, diese Anträge glatt abzulehnen, welcher Meinung auch der Genosse Bérard beistimmte, und ich muß gestehen, daß die Erfahrungen mit Ueberweisungen an den Parteivorstand wirklich nicht zu einer Wiederholung ermutigen. Die „Neue Welt" ist ja etwas besser geworden, wenn auch

selbst Bérard ausdrücklich erklärt hat, daß die Illustrationen viel zu wünschen übrig lassen. Es kann nicht bestritten werden, daß in Parteikreisen ein starkes Verlangen nach einem illustrierten Blatt vorhanden ist, deshalb sollen wir uns auch Mühe geben, ein solches Blatt unseren Genossen zu bieten. Grabnauer sagte sehr treffend, daß wir die breiten Massen unserer Anhänger nicht mit gegnerischer Literatur versorgen lassen sollten. Wohl auf keinem anderen Gebiete wird wohl so viel gegnerische Literatur gekauft wie gerade auf dem der illustrierten Zeitungen. Die „Berliner Illustrierte Zeitung" und die entsprechenden Blätter in anderen Städten existieren zum großen Teile dank ihrem Absatz unter den Arbeitern. Es wäre wohl möglich, vielleicht aber nicht als Unterhaltungsbeilage zur Tagespresse, eine selbständige illustrierte Zeitung zu schaffen. Da dies aber nicht durch Ueberweisung an den Vorstand gemacht oder ohne weiteres beschlossen werden kann, beantrage ich die Einsetzung einer neungliedrigen Kommission, die uns geeignete Vorschläge machen soll. Die Einwendung, daß die Masse nicht mal die 5 Pf. für besseres Papier der „Neuen Welt" aufbringen könnte, halte ich für vollständig hinfällig. Die Genossen, die jetzt 10 Pf. für die gegnerischen illustrierten Zeitungen ausgeben, werden viel lieber diese 10 Pf. für ein illustriertes Parteiblatt geben.

Ryssel-Leipzig: Die im Antrage 37 gewünschte Verbilligung der „Gleichheit" liegt lediglich in deren eigenem Interesse. Der Leipziger Bezirk liefert die „Gleichheit" den weiblichen Mitgliedern gratis. Dem 13. Kreis entstanden in den letzten drei Jahren inklusive der prozentual abzuführenden Beiträge an Parteivorstand und Bezirksvorstand jährlich 206—290 Mark mehr Ausgaben, als er an Beiträgen der Frauen eingenommen hat. Zur Agitation und anderen Kosten können deshalb die weiblichen Mitglieder nichts beitragen. Die Verbilligung der „Gleichheit" liegt aber im Interesse größerer Agitation, denn es sind nur sehr wenig Kreise vorhanden, die das Blatt ihren Mitgliedern gratis liefern. Wenn die „Gleichheit" pro Exemplar um 2 Pf. verbilligt würde, wäre es vielen Organisationen möglich, das Blatt obligatorisch einzuführen. Im ganzen Leipziger Agitationsbezirk wird auch die „Kommunale Praxis" gratis abgegeben. Im Interesse der Versorgung unserer Gemeindevertreter mit dem nötigen Material muß der Preis der „Kommunalen Praxis" ermäßigt werden, um dieselbe auch allgemein durch die Organisation unentgeltlich liefern zu können. Wenn gemäß Antrag 41 die Abstimmungslisten aus dem Reichstage unter den Massen verbreitet würden, so würde das bedeutend mehr wirken können, als manche einzelne in Broschürenform erschienene Rede. Den Abstimmungslisten müßte eine Fußnote zur Erklärung dieser oder jener Materie zum Verständnis der Haltung des betreffenden Abgeordneten und der Frage, um die es sich handelte, beigegeben werden.

Louise Zietz: Zu dem von Leipzig begründeten Antrag auf Verbilligung der „Gleichheit" habe ich folgendes zu sagen: Genosse Dietz als Verleger hat selbstverständlich ebensosehr wie wir alle daran Freude, wenn die „Gleichheit" immer mehr verbreitet wird, und vom Verlag ist alles geschehen und wird in Zukunft alles geschehen, um die „Gleichheit" möglichst billig an die Kreise abzugeben. Genosse Dietz hat mir nun soeben erklärt, daß die Ermäßigung von der Höhe der Auflage abhängt, die die Kreise beziehen. Der Verlag wird dem Parteivorstand eine Aufstellung über die Beziehung zwischen der Höhe des Absatzes und dem Preise übermitteln, der Vorstand wird sie an die einzelnen Kreise weiterleiten, um den billigeren Bezug zu ermöglichen. Damit wird der Wunsch der Leipziger erfüllt.

Bérard-Hamburg: Der Antrag Hoffmann bezweckt ja ganz etwas anderes als der Antrag 34. Hoffmann meint, es müßte doch sonderbar sein, wenn nicht

ein Blatt herzustellen wäre, das auch einwandfrei in bezug auf die Illustrationen ist und auf besserem Papier gedruckt für 10 Pf. abgegeben wird. Das wäre ja sehr erfreulich. Wenn das durchgehen würde, würden wir zeigen, daß wir auch etwas leisten können, und zwar Besseres, als die bürgerliche Presse. Aber Hoffmann irrt, wenn er meint, ein solches Blatt würde seine Abnehmer finden. Der Befürworter von Antrag 34 hat ja angeführt, wie schlecht unsere Parteigenossen gestellt sind, so daß sie auch noch nicht ein Blatt für 5 Pf. abnehmen können. Ich halte das für übertrieben, Hoffmann hat ganz recht, wenn er sagt, die bürgerliche Presse wird vom Proletariat unterstützt. Aber die besseren illustrierten Blätter der bürgerlichen Presse haben es natürlich sehr viel leichter, weil sie Inserate aufnehmen, und das wollen Sie nicht, und auch der Parteivorstand nicht. Als die „Neue Welt" Inserate hatte und dadurch Ueberschuß erzielte, wurde ja gegen die Inserate so gewütet, daß beschlossen wurde, sie wieder fallen zu lassen, und damit trat wieder das große Defizit ein. Ich würde mich freuen, wenn der Antrag Hoffmann angenommen würde auf Einsetzung einer neungliedrigen Kommission, die dem nächsten Parteitag Vorschläge zu machen hat. Sie können sich wohl denken, daß Fischer und ich als Geschäftsleiter lieber ein besseres Blatt herausbringen, an dem nicht so viel zu tadeln ist. Aber bei dem gegenwärtigen Preis können wir nichts Besseres liefern. Die Leser der „Neuen Welt" zahlen ja gar nichts dafür, und die Expeditionen weigern sich, auch nur 50 Pf. mehr für das Tausend zu zahlen.

Vorsitzender **Dietz**: Es ist folgender Antrag eingegangen:

„Der Parteitag beschließt, eine Kommission von neun Genossen einzusetzen, welche die Frage der Begründung eines selbständigen illustrierten Blattes vorzubereiten und dem nächsten Parteitag geeignete Vorschläge zu machen hat."

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Adolf Hoffmann-Berlin: Solange wir in unserer politischen Parteipresse Inserate aufnehmen und durch die Gestaltung der ganzen Verhältnisse dazu gezwungen sind, brauchen wir uns auch nicht zu scheuen, in ein solches Blatt Inserate aufzunehmen. Nur gegen eine Verpachtung der Inserate an eine Inseratenfirma würde ich mich wenden, und das ist wohl bei der „Neuen Welt" der Fall gewesen. Nehmen Sie den Antrag auf Wahl der Kommission an, das verpflichtet ja noch zu nichts. Die Kommission kann dann aber etwas Gutes schaffen, wodurch die bürgerlichen Blätter aus den Händen der Parteigenossen entfernt werden.

Die Diskussion schließt.

Ueber den Antrag, alle Anträge, die sich auf Presse und Literatur beziehen, dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen, wird als dem weitgehendsten zuerst abgestimmt.

Der Antrag wird angenommen, damit sind die übrigen Anträge zu diesem Punkte erledigt.

Es folgt der letzte Punkt des Vorstandsberichtes

Jugendagitation.

Hierzu gehören die Anträge 24, 25, 69a, 75 und 76.

Sämtliche Anträge werden genügend unterstützt.

Heinrich Schulz: Im Namen der Zentralstelle für die arbeitende Jugend möchte ich Sie bitten, die Anträge 24, 25 und 70 und auch den soeben eingebrachten Antrag uns zu überweisen. Der Antrag 25 ist eigentlich überflüssig, da die Zentralstelle schon jetzt derartige Agitationstouren veranstaltet. Wir werden auf diesem Wege weiterschreiten und erwägen, ob wir auch Wanderredner, ähnlich wie der Bildungsausschuß, entsenden können. Was der An-

trag Kiel will, ist schon öfters Gegenstand der Besprechungen der Zentralstelle gewesen. Wir haben uns bisher noch nicht entschließen können, ein Korrespondenzblatt herauszugeben, wir haben geglaubt, auf anderem Wege zu demselben Ziele zu gelangen. Ueberweisen Sie uns den Antrag, wir werden dann erneut die Anregung prüfen. Der Antrag 24 ist uns in seiner Tendenz durchaus sympathisch. Der erste Absatz deckt sich ja auch mit unserer Resolution, der zweite Absatz dagegen enthält einige bestimmt formulierte Aufträge, die wir schon aus einem formalen Grunde nicht ohne weiteres entgegennehmen können, denn die Zentralstelle der arbeitenden Jugend ist nicht ein Organ der deutschen Partei, sondern ein von der Partei und den Gewerkschaften gemeinsam eingesetztes Organ, dem außerdem auch Jugendliche über 18 Jahre angehören. Wir können also die uns hier gewordenen Aufträge nur der Zentralstelle vortragen und dort gemeinsam mit den Vertretern der Gewerkschaften und der Jugendlichen beraten. Außerdem geschieht das, was der Antrag wünscht, zum Teil schon heute. Daß wir stets neue Anregungen prüfen, und auch aus eigener Initiative weitergehen, ist selbstverständlich. Auch den Antrag auf Anstellung eines Sekretärs werden wir erneut prüfen, wie wir uns ja schon früher mit dieser Anregung beschäftigt haben. Es lassen sich derartige Wünsche nicht sofort erfüllen, es muß vor allem überlegt werden, ob die geeigneten Personen da sind.

Nun zu dem Antrage 75, worin wir Sie auffordern, gegen die Verfolgungen der Arbeiterjugend durch Polizei und Justiz zu protestieren. Dieser Protest muß immer wieder aufs neue von der deutschen Arbeiterklasse ausgesprochen werden, denn seitdem wir eine proletarische Jugendbewegung haben, hören die Schikanierungen im großen und kleinen nicht auf. Früher haben sich weder Staat noch Kirche noch sonstige hochmögende Herren und Damen um die Jugend gekümmert; für die Arbeiterkinder hat man eine recht kümmerliche Volksschule geschaffen und im übrigen überließ man die Jugend der Arbeiterklasse der Ausbeutung durch den Kapitalismus. Höchstens blühten im Schatten der Kirche einige Jünglings- und Jungfrauenvereine wie Veilchen im Verborgenen. Jetzt aber hat die bürgerliche Gesellschaft den Kampf um die Arbeiterjugend aufgenommen, und zwar nicht im Interesse der Arbeiterjugend, sondern im Kampfe gegen die Arbeiterklasse. Ueber alle konfessionellen, über alle politischen Gegensätze hinweg hat sich die bürgerliche Gesellschaft geeinigt, will sie alles mögliche tun, um die Arbeiterjugend von dem eigentlichen Wege, den sie beschreiten muß, zurückzuhalten, und sie wendet ganz raffinierte Mittel an, um die Jugend zu ködern. Während man in der Schule die Jugend durch Zwang, durch rücksichtslosen Drill im Sinne der herrschenden Klassen bearbeitet, wendet man gegenüber der schulentlassenen Jugend besondere Mittel an. Man sagt sich, man kann diesen jungen, zum Freiheitsbewußtsein erwachten Leuten nicht mit Zwang kommen, und so begegnet man ihnen äußerlich mit augenverdrehender Heuchelei, man gebraucht honigsüße Worte, während man etwas anderes im Schilde führt. In unehrlicher Weise redet man den jungen Arbeitern und Arbeiterinnen etwas anderes vor, als man eigentlich meint. Derartigen Bestrebungen entgegenzutreten, ist unsere Pflicht. (Sehr richtig.)

Man hat für diese Bestrebungen der herrschenden Klassen ein Wort gefunden, hinter dem man seine eigentlichen reaktionären Absichten versteckt. Das ist das Wort „staatsbürgerliche Erziehung". Diese ganze staatsbürgerliche Erziehung, so verschiedenartig sie auch deklariert wird, ist in ihrem innersten Kern nichts anderes als reaktionärer Jugendfang. (Sehr wahr!) Das ganze Wesen der staatsbürgerlichen Erziehung erhellt ein Wort des bekannten Münchener Stadtschulrats Kerschensteiner, des theoretischen und praktischen Vorkämpfers dieser neuen Bewegung. In seiner bekannten grundlegenden Broschüre schwingt er

sich zu dem interessanten Wort auf: „Die oberen Stände sind und bleiben die Erzieher des Volkes". Ich denke, auch diejenigen Genossen, die Kerschensteiner aus anderen Gründen, vielleicht wegen seiner zweifellosen pädagogischen Verdienste sympathisch gegenüberstehen, sollten nicht vergessen, daß er mit seiner staatsbürgerlichen Erziehung letzten Endes die Geschäfte der herrschenden Klassen besorgt. Die Arbeiterklasse muß sich für die Erziehung durch die „oberen Stände" bestens bedanken. (Lebhafte Zustimmung.) Wie die Reaktion diese Bestrebungen zum Fange der Jugend einschätzt, kann man daraus ersehen, daß sogar der preußische Staat, der, wenn er für die Volksschule einmal 1000 Mark mehr bewilligen soll, in unerhörter Weise knausert, neuerdings eine Million bewilligt hat, um die Jugendbewegung zu befruchten. Kultusminister, Handelsminister und andere Organe der Regierung haben außerdem durch Erlasse den Eifer der sogenannten „Jugendpflege" anzuregen gesucht. Man will die bürgerliche Jugendbewegung durch die Schule fördern. Vielleicht ist hier und da auch schon bei Ihren Kindern von Volksschullehrern versucht worden, die Schüler der oberen Klassen zu Jugendklubs zusammenzufassen. Man sucht ferner durch die Fortbildungsschule an die Jugendlichen heranzukommen, die Kirche wirft nach wie vor ihren Köder aus, und auch die Kasernen unterstützen neuerdings den preußischen Jugendfang. (Hört! hört!) Nicht nur, daß Offiziere und Unteroffiziere sich in seinen Dienst stellen, man stellt sogar die Kasernen bei Ausflügen der bürgerlichen Jugend den jungen Leuten nachts zur Verfügung. (Hört! hört!) Die Kriegsspielerei ist ein besonders beliebtes Mittel, mit dem man die Jugend einzufangen sucht. Auch der preußische Fortbildungsschulgesetzentwurf sollte bis zu einem gewissen Grade diesen Bestrebungen dienen.

Ich empfehle allen Genossen, die sich mit der Jugendbewegung beschäftigen — und ich wünschte, es wären möglichst viele —, daß sie sich den Erlaß des preußischen Kultusministers „betreffend Jugendpflege" anschaffen, sie können daraus manches für ihre Tätigkeit lernen. Der Erlaß ist eine Kollektivarbeit der preußischen Regierungsbureaukraten und einer Reihe zweifellos gewandter Pädagogen. Die Schulmänner geben den Ton, die Mittel und die Methoden an, durch die man die Arbeiterjugend fangen will, sie wissen es in geschickter Weise darzustellen, wie man an die Jugend herangehen, wie man sie behandeln muß, wenn man sie gewinnen will. Es steht aber ausdrücklich in dem Erlaß, daß Lehrer, Aerzte, Geistliche, Ingenieure, Offiziere sich an die Jugend heranmachen sollen, „ohne viel Aufhebens davon zu machen".

Mit welchen Mitteln will man an die Jugend herankommen? Man spekuliert auf ihren Freiheitsdrang, auf ihr Bedürfnis nach Selbstbetätigung, auf ihr Bedürfnis nach Vereinsmeierei. Während man die sozialdemokratischen Organisationen der Jugend rücksichtslos aufgelöst hat, begünstigt man die bürgerlichen. Durch Sport und Spiel, durch ihre Freude am Kampf und am Kriegsspiel will man die Jugend einfangen. Und alles dieses soll letzten Endes der Reaktion dienen, ist gegen die Arbeiterklasse gerichtet. Es ist zweifellos ein ganz geschicktes Vorgehen und wir dürfen erwarten, daß durch die Million, die sich jetzt anregend auf die freiwilligen Helfer ergießt, der Eifer dieser Leute lebhaft befördert wird. Alle strecken schon heute die Hände aus, um etwas davon zu erhalten.

Die konzentrierteste Heuchelei dieses Erlasses ist der einleitende Satz: „Die in den letzten Jahrzehnten erfolgte Veränderung der Erwerbsverhältnisse mit ihren nachteiligen Einflüssen auf das Leben in Familie und Gesellschaft, hat einen großen Teil unserer heranwachsenden Jugend in eine Lage gebracht, die ihr leibliches und noch mehr ihr sittliches Gedeihen auf das schwerste gefährdet." In diesem Satz ist in denkbar knappster Form die denkbar schärfste

Anklage gegen die heutige Gesellschaftsordnung ausgesprochen. Diese „schwerste Gefährdung" der Arbeiterjugend geschieht schon seit Jahrzehnten! Das gibt die preußische Regierung zu, wenigstens sagt es der preußische Kultusminister seiner preußischen Regierung mitten ins Gesicht: daß durch die soziale Entwickelung seit Jahrzehnten das sittliche und leibliche Wohl der Arbeiterjugend aufs schwerste gefährdet wird. Ist dem Herrn nicht zum Bewußtsein gekommen, was er mit dieser kühlen Konstatierung einer furchtbaren Tatsache der Regierung eigentlich antut? Und wenn in einem lichten Augenblick der Kultusminister zu dieser Erkenntnis gelangt ist, was tut der Herr dann zur Beseitigung des furchtbaren Notstandes? Leitet er eine große Hilfsaktion ein? Will er alle sozialpolitischen Maßnahmen, die die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten versucht hat, durchführen, um dadurch die Gefährdung der Arbeiterjugend zu verhindern? Das fällt ihm gar nicht ein. Der Herr bietet zur Hebung dieser Gefahr — eine Million! Eine Million für „Jugendpflege"! Das ist der blutigste Hohn auf die feierliche Einleitung dieses Erlasses. Die moderne Entwickelung hat allerdings nachteilige Einflüsse in übergroßem Maße für die Arbeiterjugend gehabt. Marx hat nachgewiesen, wie die kapitalistische Entwickelung in England von Anfang an in unglaublicher Weise die Kinder ausgebeutet hat. Ebenso ist es in Deutschland gewesen. Die ganze Entwickelung der kapitalistischen Industrie hat eine Unsumme von Kinderelend im Gefolge. Marx hat dafür das zutreffende Wort vom beihlehemitischen Kindermord geprägt. Was hat die Regierung bisher dagegen getan? Nichts Positives. Wohl aber hat sie die Arbeiterklasse, die diese Hebung in die Hand genommen hat, von jeher daran gehindert. So oft die Arbeiterklasse aus eigener Kraft sich dazu anschickte, ist ihr die bürgerliche Gesellschaft in den Arm gefallen. Unsere sozialpolitischen Anregungen hat sie nicht akzeptiert, die Bestrebungen der Gewerkschaftsbewegung sucht sie zu hindern, die politische Aufklärung will sie unmöglich machen, jeder neue Versuch der Arbeiterklasse, durch Demokratisierung der Verwaltung in Staat und Gemeinde aus dem heutigen Elend herauszukommen, wird von der Regierung unmöglich gemacht.

Einer der neuesten Versuche der Arbeiterklasse ist der, die schulentlassene Jugend auf den richtigen Weg zu führen. Auch das will man verhindern. Das darf sich die klassenbewußte Arbeiterschaft nicht gefallen lassen. Wohl sagen gerade wir Sozialdemokraten, daß die Kinder nicht unser persönliches Eigentum sind, daß wir nicht über sie verfügen können, wie über einen toten Gegenstand. Noch weniger aber wollen wir anerkennen, daß unsere Kinder etwa Eigentum des heutigen Klassenstaates sind, der heutigen herrschenden Gesellschaft. Gerade wir wollen die freie Selbstbestimmung der Kinder. Wir wollen sie urteilsfähig machen, damit sie selbständig entscheiden können. Wir lassen es den Jugendlichen vollkommen frei, welcher politischen Partei sie sich später anschließen wollen. Wir wissen nicht, ob sie zu uns kommen oder anderswo hingehen. Wir haben aber das Vertrauen zu unserer Sache, daß sie den Weg zu uns finden werden, eben wenn sie urteilsfähig geworden sind. Derselbe preußische Staat, der den Schwangerenschutz, den Wöchnerinnenschutz, die Säuglingspflege, die unentgeltliche Ernährung von Kindern und alle anderen wirksamen Mittel zur Linderung der Notlage verweigert, der die Kinder vom Mutterleibe an schädigt und sie um ihre natürlichen Rechte bringt, sucht auch noch durch die Vergewaltigung des kindlichen Geistes in der Kleinkinderschule, in der Volksschule, in der Fortbildungsschule sie um ihre gesellschaftlichen Rechte zu bringen. Jetzt sollen sie auch noch außerhalb der Schul-, der Lehr- und Arbeitszeit unter Kontrolle genommen werden. Sie sollen zu geistigen Krüppeln erzogen werden, wie sie die heutige herrschende Klasse wünscht. Wenn Ihnen die gerade, aufrechte Entwickelung aller Kinder

am Herzen liegt, wenn Sie bedenken, daß für unsere ganze Bewegung eine aufrechte, klarschauende Jugend notwendig ist, wenn Sie zugeben, daß wir die Pflicht haben, uns nicht nur unserer Väter würdig zu erweisen, sondern noch mehr unserer Enkel, dann nehmen Sie sich der Jugendbewegung mit allem Ernst an. Dann scheuen Sie keine Mittel, um die Organisation der Jugend auszubauen. Wenn die bürgerlichen Wölfe im Schafskleide sich an unsere Kinder und jungen Freunde heranmachen, dann jagen Sie diese Herren fort. Wenn diese Herren kommen und unsere Arbeiterjugend mit Zuckerbrot ködern wollen, dann weisen Sie ihnen die Tür. Warnen Sie auch die Jugend vor den Versuchen der falschen Freunde, sie an sich zu fesseln.

Wir müssen aber auch etwas Positives tun. Darum fordere ich Sie zugleich auf, die Jugendlichen, Ihre Kinder, die Lehrlinge, mit denen Sie arbeiten, die jungen Freunde, auf die Sie sonst Einfluß haben, auf die proletarische Jugendbewegung hinzuweisen. Machen Sie sie aufmerksam auf die Jugendausschüsse, weisen Sie sie hin auf die Jugendheime, auf die Vorträge und Vortragskurse, geben Sie ihnen Literatur in die Hand, die für die Aufklärung geeignet ist, führen Sie sie den geselligen Veranstaltungen zu, die wir für die Jugend einrichten, gehen Sie mit den Jugendlichen hinaus in die freie Natur, machen Sie mit ihnen Wanderungen, das wird Ihnen selbst das Herz stärken und wird für Ihre Anteilnahme an der Jugend, für Ihre Erkenntnis der jugendlichen Psyche von bleibendem Werte sein. (Bravo!)

Im übrigen wollen wir bei den Bestrebungen der bürgerlichen Auch- und Scheinjugendfreunde ruhig Blut bewahren. Wir haben gegenüber diesen scheinheiligen Freunden der Jugend gute Bundesgenossen. Auf unserer Seite ist das Recht, die Vernunft, die gesellschaftliche Notwendigkeit, und vor allen Dingen ist die Jugend selbst auf unserer Seite. In dem Erlaß, von dem ich gesprochen habe, ist auch die Rede von dem der heranwachsenden Jugend eigentümlichen Freiheitsdrang. Das ist eine ganz zutreffende psychologische Erkenntnis. Es steckt in der schulentlassenen Jugend, in den jungen Menschen vom 15. bis zum 25. Lebensjahr — hoffentlich auch noch später bis ins Alter hinein! — ein außerordentlich entwickelter Freiheitsdrang. Wir dürfen hoffen, daß er in Verbindung mit dem proletarischen Klasseninstinkt die Jugendlichen bewahren wird vor den Lockungen und Fallstricken der bürgerlichen falschen Jugendfreunde und daß er sie, wenn sie so weit sind, hineinführen wird in die Kämpferscharen des modernen Proletariats. (Lebhafter Beifall.)

Ratz-Kiel begründet den Antrag 69a: Trotz der erfreulichen Fortschritte, die wir in der Jugendbewegung zu verzeichnen haben, fehlt es an recht vielen Orten an für diese Bewegung geeigneten Kräften. Die Zentralstelle hat sich bisher nicht entschließen können, diesem Bedürfnis Rechnung zu tragen, wir wären sonst schon weiter. Deshalb beantragen wir, ein Korrespondenzblatt für die Jugendausschüsse herauszugeben, in dem den in der Jugendarbeit tätigen Genossen Anregung und Aufklärung über die Jugendarbeit gegeben wird. Genosse Schulz hat Ueberweisung zur Erwägung beantragt; ich will hoffen, daß die Zentralstelle dieses Organ einführt.

Höllein-Jena tritt für den Antrag 76 ein: Die trefflichen Ausführungen, die Schulz soeben gemacht hat, stimmen nicht überein mit den von ihm à priori abgegebenen Gutachten über die vorliegenden Anträge. Er hätte doch entsprechend dem Sinne seiner Rede sagen müssen, daß von seiten der Zentralstelle alles geschehen muß, um die proletarische Jugend möglichst schnell vorwärts zu bringen und zu uns zu führen. Der von uns geforderte Jugendsekretär der Zentralstelle hätte den Verkehr mit den einzelnen Jugendausschüssen im Reiche zu besorgen, alle Arbeiten zu verrichten, die glatt erledigt

werden sollen, kurz alle Angelegenheiten der Jugendbewegung zu leiten. Auch von den Bezirken Oberrhein und Niederrhein ist ein solcher Antrag gestellt worden. Sie haben heute gehört, wie unbedingt notwendig es ist, daß die jetzigen Sekretäre des Parteivorstandes entlastet werden, weil die Vielgestaltigkeit der ihnen übertragenen Geschäfte dazu drängt. Wir in Thüringen haben eine Reihe von Beschwerden zu erheben, daß die Korrespondenz mit dem, wenn man so sagen will, Geschäftsführer der „Arbeiter-Jugend" sich nicht so glatt abwickelt, wie es notwendig ist. Es ist ein Konflikt ausgebrochen zwischen dem Genossen Ebert und dem Vorsitzenden des Thüringischen Bezirksjugendausschusses. Der Vorsitzende hatte am 19. Juli nach Berlin geschrieben, um anzufragen, wie man sich dazu stelle, daß gelegentlich des Parteitages von den Jugendlichen hier eine Darstellung unserer und der gegnerischen Jugendbewegung den Delegierten vorgeführt werde. Darauf erfolgte keine Antwort. Am 29. Juli wurde abermals geschrieben, und erst am 3. August kam eine Antwort, die aber nicht klar war. Es wurde nur gesagt, daß eine Verbindung dieser Veranstaltung der Jugendbewegung mit dem Parteitag aus vereinsgesetzlichen Gründen nicht möglich sei. Es handelt sich aber nicht um eine Veranstaltung der Jugendbewegung, sondern die Ausstellung war berechnet auf die hier anwesenden Parteitagsdelegierten. Das hat mit dem Vereinsgesetz gar nichts zu schaffen. Am 10. August sind von hier aus Fragebogen an die Jugendausschüsse versandt worden. Da fand man rasch eine Antwort. Bereits am 12. August hat die Zentrale in Berlin einen Aufruf an die verschiedensten Jugendausschüsse im Reiche versendet, wonach das erbetene Material nicht eingeschickt werden sollte. Gleichzeitig traf auch ein Brief ein, worin der Jugendzentrale für Thüringen das Recht bestritten wurde, solche Erhebungen zu veranstalten. — Die Zentralstelle ist tatsächlich überlastet. Es gehören ihr an die Genossen Ebert und Müller vom Parteivorstand, Schulz vom Bildungsausschuß, Genossin Zietz vom Frauenbureau und von der Generalkommission die Genossen Schmidt, Legien und Sassenbach, sowie vier Jugendliche, wovon drei im Berufe tätig sind und einer in der Vorwärtsbuchhandlung angestellt ist. Alle diese Genossen sind mit Arbeit so überhäuft, daß sie selbst beim besten Willen nicht in der Lage sind, alle Geschäfte in dem Umfange zu erledigen, wie es notwendig wäre, wenn das eintreten soll, was Genosse Schulz als erforderlich bezeichnet hat. Wie arbeiten unsere Gegner? Die katholische Jugendbewegung hat über 100 Sekretäre; die evangelische hatte schon 1910 147 Sekretäre, die neutralen Jugendvereine haben eine ganze Reihe Beamte, Lehrer usw. freigestellt, damit sie sich nur der Jugendbewegung widmen können. Sie ersehen daraus, daß unser Antrag nicht etwa aus Uebermut gestellt ist, sondern um dem Bestreben der Jugendbewegung vorwärts zu helfen. Das Korrespondenzblatt haben wir so nötig wie das liebe Brot. Da sollte die Zentralstelle nicht erst lange Erwägungen anstellen. Diese Einrichtung muß unbedingt geschaffen werden, wenn wir auf der Höhe bleiben wollen. Das Korrespondenzblatt kann unmöglich mit der „Arbeiter-Jugend" verquickt werden, einmal aus pädagogischen Rücksichten, denn die Jugendlichen sollen nicht in der Zeitung lesen, was ihnen ihre Funktionäre vorzutragen haben, sondern was auf sie selbst berechnet ist und was ihnen direkt zugute kommen soll. Es ist auch nötig, daß endlich im ganzen Deutschen Reich Jugendbezirksausschüsse geschaffen werden. In Süddeutschland besteht überhaupt noch kein solcher Ausschuß; sie sind aber sehr notwendig, um die Fühlung mit ihren Bezirken einerseits und andererseits mit der Zentrale in Berlin aufrechtzuerhalten. Heute sind überhaupt erst 10 bis 12 Bezirksjugendausschüsse vorhanden, das ist für das ganze Reich entschieden zu wenig, um ersprießliche Arbeit zu leisten. Die Anstellung eines besoldeten Sekretärs für die Jugendbewegung ist unaufschiebbar. Eine Ueberweisung

dieses Antrages würde nur ein Begräbnis erster Klasse bedeuten; ich bitte deshalb, durch Annahme des Antrages zu bezeugen, daß Sie gewillt sind, die Jugendbewegung sofort und ausgiebig zu fördern. (Beifall.)

Helene Grünberg-Nürnberg: Vor drei Jahren auf dem Parteitag in Nürnberg wurde beschlossen, den bestehenden Jugendvereinen Rechnung zu tragen und der Resolution eine Deklaration dahin anzuhängen, daß der Betätigung der lokalen Jugendorganisationen nichts im Wege steht. Wir haben in Deutschland jetzt 454 Jugendausschüsse, die verschiedenartig zusammengesetzt sind. Es fehlt an einer Einheitlichkeit in der Verwaltungsform und das führt vielfach zu Verwaltungskämpfen der Jugendlichen. Wir sollten uns doch mit der Frage beschäftigen, ob wir nicht eine einheitliche Form für die Jugendagitation und Jugendausschüsse schaffen wollen. Wäre eine solche einheitliche Form vorhanden, so hätte die Jugendbewegung sicherlich noch bessere Fortschritte gemacht als wir zu verzeichnen haben. Und deshalb bitte ich Sie, sich mit dem Gedanken zu beschäftigen, daß hier eine Reorganisation vorgenommen wird. (Beifall.)

Dr. **Liebknecht**: Die proletarische Jugend seufzt unter einem Doppeljoch; es ist die Jugend des Proletariats, und die Jugend des Proletariats, die unter der kapitalistischen Ordnung besonders hart getroffen wird. Zu dem, was Schulz angeführt hat, kommt noch die kriminelle Seite der Sache hinzu. Die Statistik über die Kriminalität der Jugendlichen zeigt, daß die größte Zahl von Straffällen der Jugendlichen auf dem Gebiet der Eigentumsvergehen liegt, Diebstahl, Unterschlagung, dazu Bettelei, Landstreicherei und andere Notdelikte, die den Charakter sozialer Krankheitserscheinungen tragen; bei den weiblichen Jugendlichen steht daneben noch die entsetzliche Rubrik der Gewerbsunzuchtsdelikte, d. h. der Verfehlungen gegen die Polizeibestimmungen über die Kontrolle der Prostituierten. Da wird ein schier grauenhaftes Bild aufgerollt. Eine Regierung, die den Ernst dieser Frage nicht begreift, sondern ihn sogar zu verschleiern und den Kampf gegen diese Erscheinungen zu verwirren und zu unterdrücken sucht, der dient das Brandmal verbrecherischer Frivolität auf die Stirn gedrückt zu bekommen.

Wichtig ist, daß in dem Antrage 75 hinter dem Wort Polizei noch das Wort „Schulaufsichtsbehörden" eingeschoben wird. Diese Schulaufsichtsbehörden tragen in ganz infamer Weise zur Bekämpfung der Jugendlichen bei. Auf alte verstaubte Regierungsverordnungen, Kabinettsorders wird zurückgegriffen, Unterrichtserlaubnisscheine werden gefordert, auch wenn gar kein Unterricht erteilt wird, auch bei Unentgeltlichkeit und bis zum Alter von 21 Jahren. Was in dieser Beziehung vom preußischen Unterrichtsminister und den ihm untergeordneten Instanzen an Schikanen und Gesetzesverhöhnung geleistet wird, gehört zum Niederträchtigsten, was von der preußischen Regierung in ihrer langen Sündengeschichte geleistet ist. Bekannt ist, wie in Preußen bis zum heutigen Tage die Reichsgerichtsentscheidung gegen Weber und Wildung bewußt mißachtet wird. Schulz hat auf die verschiedenen Formen gegnerischer Jugendorganisationen hingewiesen und auf den Korruptionsfonds von einer Million, der in den diesjährigen preußischen Etat eingestellt ist. Ich will noch auf die Jugendwehren und Schülerschießkriegen hinweisen und auf die sogenannten Scouts, die man aus dem vielgehaßten Albion übernommen hat und die man jetzt umgetauft hat in Pfadfinder. Bei der letzten Kaiserparade wurde diesen lächerlichen Soldatenspielern, wie Sie wissen, Gelegenheit gegeben, ganz offiziell an der Paradeaufstellung teilzunehmen. Man sieht, wohin der Kurs geht. Auch durch Sportfexerei will man bei den Jugendlichen eine Stimmung erzeugen, die sie von dem großen proletarischen Kampfe abwendet. In Amerika und England erschwert diese Sportfexerei unseren Genossen die allgemeine Auf-

klärungs- und Organisationsarbeit ganz ungemein. Es ist das Heimtückische an dieser Art der Jugendbekämpfung, daß sie den Freiheitsdrang der Jugend ausnützt, um sie in die Sklaverei hineinzuführen, zu proletarischen Sklaven nach ihrem Willen zu erziehen. Es ist ganz selbstverständlich, daß alle diese krampfhaften Abwehrbewegungen der Regierung und der herrschenden Klassen von uns nur als ein ehrendes Zeugnis für die Wucht der proletarischen Jugendbewegung und für die Furcht der herrschenden Klassen vor ihr aufgefaßt werden. Wir müssen aber die jugendliche Abenteurerlust und den jugendlichen Freiheitsdrang auch für uns nutzbar machen; Duckmäuser können wir nicht gebrauchen. Freilich wollen wir das nicht tun durch militaristische Spielereien, nicht durch Kriegsspiele, wie etwa Deutsche und Franzosen; aber wir können die Kampflust sich austoben lassen in Spielen wie z. B. Sozialdemokraten und Gendarmen, wobei es natürlich schwer fallen wird, für die Partei der Gendarmen die nötigen Freiwilligen aufzutreiben.

Den herrschenden Klassen mag die Hoffnung schwinden, durch alle ihre Mittelchen uns die Jugend abwendig zu machen; „man hemmt uns, doch man zwingt uns nicht". Ja, man hemmt uns nicht einmal. Nie und nimmer hätte die Jugendbewegung so rasch eine solche einmütige Billigung in Partei und Gewerkschaften gefunden, wenn sie nicht so verfolgt worden wäre. So ist sie durch die infame Taktik ihrer Verfolger gefördert worden. Die herrschenden Klassen werden es erleben, daß alle ihre Wünsche und Hoffnungen zerschellen. Wir rufen ihnen zu: „e pur si muove" — und sie — die proletarische Jugend — bewegt sich doch! Die Jugend des Proletariats wird Sieger bleiben über alle ihre Feinde und die Scharen liefern, die dereinst die Kämpfe weiterführen werden, die jetzt von den Erwachsenen gefochten werden. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Dietz**: Genosse Liebknecht beantragt, im Antrage 75 in Zeile 3 hinter „Polizei" noch zu setzen: Schulaufsichtsbehörden.

Agnes Fahrenwald-Berlin: Genosse Schulz hat uns aufgefordert, kräftiger an der Jugendbewegung mitzuarbeiten. Ich füge den Wunsch hinzu, mit der proletarischen Erziehung nicht zu warten, bis die Kinder aus der Schule entlassen sind, sondern sie schon, sobald sie anfangen lernen zu begreifen, in die Bahnen zu lenken, die sie später zu gehen haben. Die herrschenden Klassen und und unsere Behörden werden dann die Millionen, die sie jetzt zur Bekämpfung der Jugendbewegung ausgeben, als überflüssig ausgegeben erkennen, und lieber für kommunale Zwecke verwenden. Sorgen wir also für eine noch größere Ausbreitung der Jugendbewegung. Wem die Jugend gehört, dem gehört die Zukunft. Im Namen von Berlin IV habe ich dann noch zu erklären, daß wir damit einverstanden sind, daß der Antrag 24 der Zentrale für Jugendbewegung überwiesen wird.

Schubert-Spandau: Wie weit die Behörden sich bereits den Bestrebungen des Ministeriums für die bürgerliche Jugendbewegung angepaßt haben, dafür nur ein Beispiel. In Potsdam liefert die Militärbehörde der Jugend bei ihren Spielen den markierten Feind und fährt mit ihrem Fuhrwerk diese Gegenstände bis an den Spielplatz. Auch in Spandau sind die Schüler organisiert und die Schulverwaltung verlangt von ihnen einen Beitrag von 10 Pf. Dieses Verlangen der Schulbehörde ist zweifellos ungesetzlich. Wahrscheinlich wird auch an anderen Orten die Schulbehörde zu solchen Mitteln greifen, die ungesetzlich sind und denen wir auf das entschiedenste widersprechen müssen.

Was in Spandau zu Sedan vorgekommen ist, spottet jedoch jeder Beschreibung. Dort hat man die Schulkinder aus den Spandauer Depots mit dem Gewehr 98 und mit Seitengewehren bewaffnet und Uebungen veranstaltet. Dagegen haben wir zu protestieren. Das zeigt deutlich, wohin der Weg führt,

aber nicht nur die Kinder unserer Gegner treiben diesen Rummel, sondern unsere eigenen Proletarierkinder beteiligen sich daran. Es ist Pflicht der Parteigenossen, darauf zu halten, daß wenigstens ihre Kinder von solchen Veranstaltungen ferngehalten werden. Auch die Gewerkschaftsmitglieder müssen in diesem Sinne tätig sein.

Ebert: Ich bedaure lebhaft, daß Höllein hier eine Differenz zur Sprache gebracht hat, die sich zwischen der Zentralstelle und der Bezirksleitung von Thüringen ergeben hat. Ich bedaure das aus taktischen Gründen. Es ist uns nicht, wie er es dargestellt hat, von der Bezirksleitung mitgeteilt worden, daß sie in Verbindung mit diesem Parteitage eine Ausstellung für die Propaganda der Jugendbewegung beabsichtige, sondern es ist in dürren Worten angefragt worden, was die Bezirksleitung in Verbindung mit dem Parteitag zur Propaganda der Jugendbewegung tun solle. Wir haben darüber gesprochen und aus taktischen Gründen empfohlen, eine derartige Veranstaltung nicht zu treffen. Auf diese Antwort, die sofort nach der Beschlußfassung erfolgte, ist eine Erklärung der Bezirksleitung zunächst nicht erfolgt. Erst am 10. oder 12. August erhielten wir eine Mitteilung, daß die Bezirksleitung doch eine derartige Veranstaltung treffen wolle. Zugleich wurde uns ein Zirkular und Fragebogen beigelegt, der an die gesamten Jugendausschüsse Deutschlands ging und die Einsendung von Material forderte. Das Material, das gefordert wurde, deckte sich zum großen Teil mit dem, das die Zentralstelle kurz vorher mit Hilfe eines umfangreichen Fragebogens von den Jugendausschüssen eingefordert hatte. Es war also die große Wahrscheinlichkeit gegeben, daß dasselbe Material, das von der Zentralstelle verarbeitet und dem Parteitag in Form eines eingehenden Berichtes vorgelegt werden sollte, auch noch von der Bezirksleitung in Jena eingeholt und verarbeitet werden würde, also zwei vielleicht sich widersprechende Berichte über eine und dieselbe Sache dem Parteitage vorgelegt worden wären. Das mußte verhindert werden. Dazu kamen organisatorische Gründe. Zirkulare und Umfragen, Einforderungen von Material, das für die allgemeine Jugendbewegung von Bedeutung ist, hat durch die Zentralstelle zu erfolgen, und die Bezirksleitung hatte kein Recht, die Zentralstelle hier einfach beiseite zu schieben. Wir haben über diese Angelegenheit gesprochen und daraufhin den Jugendausschüssen mitgeteilt, daß sie auf das Zirkular der hiesigen Bezirksleitung nicht reagieren sollen. So wird jede Zentralleitung verfahren müssen. Denken Sie sich, irgendeine Wahlkreisorganisation oder eine Bezirksleitung würde plötzlich durch Zirkular bei den Organisationen im Reich Material einfordern, um es auf dem Parteitag zur Kenntnis der Delegierten zu bringen! Das geht nicht, das ist Sache der Zentralleitung. (Sehr richtig!)

Noch ein paar Worte zur Jugendbewegung selbst. Ueber die Tätigkeit der Zentralstelle informiert Sie unser schriftlicher Bericht und auch Müller ist ja in seinem Bericht darauf eingegangen. Mit dem, was von den Genossen hier ausgeführt ist über die Notwendigkeit einer intensiven, nachhaltigen Propaganda unter der Jugend, sind wir völlig einverstanden. Von uns geschieht alles, was die Propaganda fördern kann. Nun ist es ganz klar, daß in einer so jungen Bewegung, in der das junge Element ausschlaggebend ist, es nicht an Wünschen, Anregungen und Forderungen fehlt, Forderungen, die sehr oft das überschäumende jugendliche Temperament erkennen lassen. Aber alle Anregungen sind von uns sachlich geprüft und alle wesentlichen Beschlüsse sind einmütig gefaßt worden. (Bravo!) Mit der Frage des Korrespondenzblattes hat sich die Zentralstelle wiederholt beschäftigt. Wir beabsichtigen die „Arbeiter-Jugend" nach der Richtung hin auszubauen, daß sie künftighin mehr Material bringt zur Schulung in der praktischen Jugendarbeit. Das sollte

man zunächst abwarten. Ob es dann noch notwendig ist, ein besonderes Mitteilungsblatt für die Jugendfunktionäre zu schaffen, wird die Erfahrung lehren. Die Zentrale wird diese Frage gern noch einmal prüfen. Mit der Sekretärfrage hat sich die Zentrale schon in der letzten Sitzung beschäftigt und beschlossen, sie auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen. Die Dinge müssen sich erst entwickeln. Es muß erst fester Grund vorhanden sein, ehe man weiterbauen kann. Die Arbeiten haben sich gehäuft, sie sind ganz erheblich angewachsen und wir wären Toren, wollten wir uns weigern, wenn die Notwendigkeit gegeben ist, einen Sekretär anzustellen. Also auch dieser Antrag wird gründlich geprüft werden. Im übrigen kann ich mich dem Appell der verschiedenen Redner nur lebhaft anschließen. In unserem Bericht ist schon gesagt worden, daß die Jugendausschüsse vielfach klagen, daß sie nicht die Unterstützung von den Erwachsenen erhalten, die wünschenswert und notwendig ist. Verkennen Sie nicht die Wichtigkeit der Jugendbewegung! Es ist ein Kampf, den wir führen, gegenüber der herrschenden Klasse, um unsere Jugend. Die Arbeiterjugend müssen wir uns sichern, die Bestrebungen der bürgerlichen Kreise, sie für ihre Zwecke zu gewinnen, müssen illusorisch gemacht werden. Das wird und muß gelingen, wenn jeder Genosse und vor allem jede Genossin die Jugendbewegung nach Möglichkeit fördert. Dem Amendement Liebknechts schließen wir uns an. Ich bitte Sie noch einmal, einmütig unsere Resolution anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Höllein-Jena (persönlich): Zu meinem größten Bedauern muß ich Ebert widersprechen; seine Daten stimmen nicht. Am 19. Juli schrieb der Jugendbezirksausschuß Thüringen nach Berlin. Wir bekamen keine Nachricht, darauf erfolgte das zweite Schreiben am 29. Juli, und erst am 3. August ist die Antwort eingetroffen, die mit keinem Wort eine Ablehnung dessen enthält, was man am 12. August inhibiert hat, und zwar in einer Form, die unbedingt verletzen mußte. Es mag sein, daß hier von seiten der Jugend ein Fehler gemacht worden ist; aber man brauchte deshalb nicht gleich so grobes Geschütz aufzufahren, wie es durch den Genossen Ebert geschehen ist.

Hierauf werden die Anträge 24, 25, 69a und 76 der Zentralstelle überwiesen.

Die Resolution 75 wird mit dem Amendement Liebknecht angenommen.

Damit sind alle Anträge zum Vorstandsbericht erledigt.

Dem Parteivorstand wird einstimmig Decharge erteilt.

Vorsitzender **Dietz**: Ich glaube im Namen des Parteitages unserem Vorstande und der Kontrollkommission sowie allen anderen Kommissionen, die in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand im verflossenen Jahre gearbeitet haben, Dank abstatten zu dürfen. (Lebhafter Beifall.)

Die weiteren Verhandlungen werden vertagt

Schluß 6¾ Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 13. September 1911. — Vormittagssitzung.

Leber eröffnet die Sitzung und verliest einige Begrüßungstelegramme.

Scheibe-Bochum: Nach den Zeitungsmeldungen von heute morgen hat der massenmordende Militarismus bei seinem Krieg im Frieden gestern ein ungeheures Unglück heraufbeschworen. Es sind bei dem Durchreiten der Elbe 11 Ulanen ums Leben gekommen. (Lebhaftes Hört, hört!) Ich schlage daher folgenden Antrag vor:

„Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie spricht den Hinterbliebenen der bei den sächsischen Manövern um Pirna am 12. dieses Monats ums Leben gekommenen elf Ulanen das tiefste Beileid und die innigste Teilnahme aus."

Diese Opfer des Kriegs im Frieden sollten eine neue Mahnung sein zum Kampfe gegen den Militarismus überhaupt. (Beifall.)

Klara Zetkin: Mir ist die traurige Aufgabe zugefallen, hier mitzuteilen, daß in England eine unserer besten und opferfreudigsten Genossinnen verstorben ist, die Genossin Macdonald, die Gattin unseres Freundes Macdonald. (Der Parteitag erhebt sich von den Plätzen.) Jahrzehntelang hat sie für die Partei, die gewerkschaftliche Organisation und die politische Aufklärung des englischen Proletariats gearbeitet. Mit Ueberzeugungstreue und Aufopferung ist sie im öffentlichen Leben tätig gewesen. Trotzdem ist nie die herzensgute und liebenswürdige Frau in ihr zugrunde gegangen, die wir alle, die wir mit ihr zu tun hatten, in ihr schätzen und lieben gelernt haben. Die deutschen Genossinnen insbesondere sind seit langen Jahren mit ihr als einer der Sekretärinnen, die mit uns korrespondierte, freundschaftlich verbunden gewesen. Ich möchte bitten, daß die Liebe und die Hochschätzung, die wir für sie gehabt haben, hier zum Ausdruck kommen.

Vorsitzender **Leber**: Ich stelle fest, daß das geschehen ist, indem sich die Delegierten von den Plätzen erhoben haben.

Der Antrag Scheibe wird einstimmig angenommen.

Es folgt der

Parlamentarische Bericht.

Berichterstatter Reichstagsabgeordneter **Geck**: Die Reichstagsfraktion erwartet, daß der Parteitag sein kritisierendes Talent, das er in den ersten Tagen hier betätigt hat, auch gegenüber der Reichstagsfraktion und ihrem Verhalten im Parlament anwenden wird. Es wird aber nicht notwendig sein, die Wogen der Beredsamkeit so hoch gehen zu lassen, wie am Anfang unserer Tagung. Wir glauben auch nicht, daß der Parteitag dazu kommen wird, einen Antrag anzunehmen, daß die Reichstagsfraktion verstärkt werden soll, um ihre Energie zu verstärken. (Heiterkeit.) Denn das geschieht durch die Wählerschaft selbst. Wir haben in der letzten Session acht neue Kollegen in unserer Mitte begrüßen können. (Beifall.) Das zeigt, daß die sozialdemokratische Propaganda, die nach 1907 ungeschwächt einsetzte, neue Erfolge erzielt hat. Die sozialdemokratische Stimmenzahl ist bei den Nachwahlen in imposanter Weise gewachsen. An diesem Erfolge der Gesamtpartei kann die Fraktion einen kleinen Anteil für sich in Anspruch nehmen. Sie war im Auftrage des deutschen Volkes dort auf dem Posten, wohin sie durch das allgemeine Wahlrecht berufen worden war. Unsere Parteigenossen haben an der Haltung der Fraktion im allgemeinen wenig auszusetzen, denn es liegt dem Parteitag bis jetzt noch keine Kundgebung vor, aus der man schließen könnte, daß die Fraktion

ihre Pflicht nicht erfüllt hätte. Dafür sind dem Parteitag aber vier Anträge vorgelegt worden, die vielleicht den Anschein erwecken können, als ob auf die Fraktion von außen her anregend eingewirkt werden müsse. Bestünde diese Absicht, wie ich nicht annehmen will, so wäre sie unnötig. Insbesondere ist es der Antrag 49 der Genossen aus Kassel-Melsungen, welche wünschen, daß die Reichstagsfraktion entsprechend dem jetzigen Notstande etwas tue, um so rasch wie möglich die Regierung zu lindernden Maßnahmen anzuspornen. Ich kann Ihnen versichern, Parteigenossen, daß die Fraktion es als selbstverständlich betrachtet, bei ihrem Wiederzusammentritt eine derartige Interpellation an die Regierung zu richten. Ich will Ihnen die Mitteilung machen, daß bereits ein Beschluß der Fraktion vorliegt und daß die Resolution in ihrer festgestellten Form im Verlauf des Vormittags dem Parteitag schon zur Stellungnahme unterbreitet werden wird. Die Genossen aus München I und II haben es für notwendig gehalten, der Fraktion zu raten, unverzüglich einen Antrag einzubringen, welcher sich auf die Abänderung und Ergänzung der Reichsverfassung bezieht. Parteigenossen, auch dieser Antrag rennt offene Türen ein. Er häuft zu dem vorhandenen Material, das in den Akten des Reichstages liegt, nicht einmal neues, ergänzt nur solches, das bereits vorhanden ist. Es ist das unglückselige Verhängnis, daß die Initiative des Volkes im Reichstag so gut wie getötet wird. Der Reichstag, der sich mit der Ausbeutung des Volkes beschäftigt, mit dem Steuerraub und Schuldenmachen, hat beinahe keine Zeit übrig, dem unmittelbaren Mitwirken des Volkes an der Gesetzgebung genügende Zeit zu widmen. Sie können versichert sein, daß die Reichstagsfraktion nach der Richtung der demokratischen Ausgestaltung unserer Verfassung, nach der sozialen Verbesserung unserer Zustände auch in dieser Session ihre Anträge eingebracht hat. In der Praxis ist es so gut wie unmöglich geworden, diese Initiativanträge im Reichstage zur Verhandlung zu bringen. Das geht nicht nur den Anträgen der sozialdemokratischen Fraktion so, unter diesem Verhängnis leiden auch die bürgerlichen Parteien; die letzteren machen sich freilich wenig daraus, denn ihre Initiative ist eine Täuschung propagandistischer Art, während die Initiativanträge der Sozialdemokratie sich auf unsere grundsätzlichen Verpflichtungen stützen.

Auch dadurch ist die Initiative des deutschen Volkes auf ein Minimum herabgedrückt, daß das Petitionsrecht so gut wie abgeschafft ist. Es besteht zwar formell, und zu Tausenden werden Petitionen an den Reichstag eingesandt; je intensiver der Rechtsraub am Volke wird, um so größer wird die Flut der Beschwerden. In der Kommission werden Tausende verhandelt und Hunderte werden an das Plenum verwiesen; sie dort zur Sprache zu bringen, ist fast unmöglich. Es ist so weit gekommen, daß die Petitionskommission mit einer Arbeitseinstellung gedroht hat, wenn das Präsidium des Reichstages nicht wieder einmal einen Tag zur Verhandlung der Volksinitiative gibt.

Wir können also den Genossen von München I und II sagen, was hier verlangt wird, ist längst getan. In der Geschäftsordnungskommission haben wir zwei Jahre lang den vergeblichen Versuch gemacht, die notwendigsten demokratischen Verfassungsänderungen bezüglich der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und des Interpellationsrechtes in Fragen innerer und äußerer Reichspolitik zu erreichen. Durch die Schuld der bürgerlichen Parteien ist alles in ein Nichts verpufft und der Reichstag befand sich in der Verfassungsfrage gegenüber einer Null.

Ich kann Ihnen auch mitteilen, daß die Fraktion in dem am 10. Oktober wieder zusammentretenden Reichstag eine Interpellation über das Marokkoabenteuer einbringen wird. Sie ist bereits beschlossen und wird sofort eingereicht.

Auch die Genossen von Danzig rennen mit ihrem Antrag 47 offene Türen ein. Die Fraktion hat schon im Verlaufe der letzten Session eine Interpellation wegen der ungesetzlichen Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes vorbereitet. Die Genossen des ganzen Reiches sind ersucht worden, alle die Tatsachen uns zur Kenntnis zu bringen, die ein parlamentarisches Vorgehen gegen die Polizeiverwaltungen auf Grund des Vereinsgesetzes rechtfertigen und unterstützen können. Ich möchte von dieser Stelle aus die Parteigenossen nochmals bitten, die Tatsachen des Widerspruches dem Genossen Albrecht, der mit der Sammlung des Materials und Begründung der Interpellation beauftragt ist, für die Fraktion einzusenden.

Parteigenossen! Der Fraktionsbericht zeigt Ihnen auch, daß die Frage der Impfung und der Impfgegnerschaft im Reichstage zur Verhandlung gekommen ist. Innerhalb der Sozialdemokratie herrschen bezüglich des Impfgesetzes und des Impfzwanges verschiedene Auffassungen. Wir sind uns darüber einig geworden, daß wir alle die Gewissensfrage respektieren, d. h. gestatten wollen, vom Zwange Abstand zu nehmen, wenn jemand es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann, seine Kinder impfen zu lassen. Der Antrag ist also unnötig.

Die Reichstagsfraktion hat alle Arbeiten und gesetzgeberischen Maßnahmen, die in der letzten Session vorzunehmen waren, im allgemeinen in größter Einmütigkeit erledigt. Es sind in der Fraktion wesentliche Differenzen nicht hervorgetreten. Die einzige Differenz ist, wie Sie wissen, bei der Lösung der elsaß-lothringischen Verfassungs- und Wahlrechtsfrage eingetreten, und sie war eigentlich taktischer Art. Der Fraktionsbericht sagt, was der Mehrheitsbeschluß der Reichstagsfraktion in dieser Sache war. Dieser Beschluß ist, wie bekannt, mit einer nicht gerade großen Mehrheit zustande gekommen. Die Minderheit war der Meinung, daß man wegen der feudalen und reaktionären Bestimmungen, die in der Verfassung stehen geblieben sind, gegen sie stimmen müßte. Wenn die Fraktion einstimmig darin war, daß es begrüßenswert und dem demokratischen Gedanken Rechnung tragend ist, das direkte und gleiche, wenn auch beschränkte Wahlrecht in das Gesetz hineinzubringen und ihm dadurch nach Preußen Bahn zu brechen, so war man doch auch der Auffassung, daß der Verfassung nicht zugestimmt werden könnte. Das Präsidium des Reichstages vereinigte aber beide Gesetze zu einem einzigen Abstimmungsakt. So war es möglich, daß die Fraktionsminderheit, wenn sie ihren Widerspruch gegen die Verfassung geltend machen wollte, nach ihrem Grundsatze abstimmen konnte. Eine Anzahl Parteigenossen trug deshalb der Fraktion die Absicht vor, sich der Abstimmung zu enthalten. Um nicht gegen die Fraktion zu stimmen und auch nicht durch Abgabe eines Enthaltungszettels zu demonstrieren, blieben sechs Fraktionsmitglieder der Abstimmung fern. Ich füge hinzu, daß das geschah, nachdem die Betreffenden es vorher in der Fraktion mitgeteilt und diese nichts dagegen einzuwenden gehabt hatte.

Im übrigen verweise ich auf den gedruckten Bericht der Reichstagsfraktion.

Der Reichstag tritt nun noch einmal zu einer kurzen, aber sehr bedeutungsvollen Session zusammen. Die politische Konstellation ist eine solche, daß nicht mehr der alte Hottentottenblock, noch sein Nachfolger, der Schnapsblock, besteht, sondern es ist der Entrechtungsblock von den konservativen Junkern bis zu den Nationalliberalen, und er bezieht Gäste auch aus der Fortschrittspartei. Dieser Entrechtungsblock wird noch einmal versuchen, im letzten Augenblick seiner Existenz die Entrechtungsarbeit fortzusetzen und seine volle Macht auszunützen, um Volk und Arbeiterschaft zu knebeln. Es steht noch eine Reihe von Vorlagen aus: die Justizgesetze, die Gewerbegesetznovelle, das Gesetz über die Heimarbeit, mit denen dieser volksfeindliche Reichstag dem arbeitenden Volke unendlichen Schaden zufügen, der Reaktion zu Triumphen

verhelfen kann. Aber ich glaube, es wird ihm nicht mehr möglich sein, alle geplanten Verbrechen am Volke auszuüben. Die sozialdemokratische Fraktion wird im letzten Augenblick auf dem Posten sein, um alle Mittel zu ergreifen, um die Fortsetzung der Entrechtung des Volkes zu verhindern. Die deutsche Sozialdemokratie ist gewillt, den letzten schweren Kampf aufzunehmen und zugleich für die Vorbereitungen der kommenden Reichstagswahlen zu arbeiten. Wenn dann Ende November die Parole ausgegeben wird, der Reichstag ist tot, so werden wir rufen: Es lebe der Wahlkampf! es lebe der Kampf gegen Volksentrechtung, gegen Ausbeutung, gegen Kriegshetze und Kriegsschrecken, gegen Hunger, es lebe der Kampf des Sozialismus gegen den Kapitalismus! Und mit dieser Parole werden wir aus dem Reichstage hinausziehen. Unsere Mandate sind erloschen, wir stellen uns unter die kämpfenden Soldaten des Proletariats und fechten unter der roten Fahne als Kämpfer:

Denn wo die rote Fahne weht,
Da kämpft das Volk ums Brot,
Da kämpft das Volk den Freiheitskampf,
Drum hoch die Fahne rot!

(Lebhafter Beifall.)

Von den zum parlamentarischen Bericht gestellten Anträgen werden die Nummern 47 und 49 zurückgezogen, 46 wird nichtgenügend unterstützt, 48 wird ausreichend unterstützt. Bei der Unterstützungsfrage für die Resolution 50 erhebt sich keine Hand. (Heiterkeit und Bewegung.) Weiter liegt vor der Antrag 72 der Frauenkonferenz und Resolution 77.

Stubbe-Hamburg: Wie aus dem Bericht der Fraktion zu ersehen ist, hat die Regierung in der Novelle zum Strafgesetzbuch eine Reihe von Verschärfungen beantragt, die sich ganz wesentlich gegen die Arbeiterpresse und Arbeiterorganisationen richten. Für öffentliche Beleidigungen sind Strafen bis zu 20 000 Mk. vorgesehen und eine Reihe weiterer Verschärfungen laufen darauf hinaus, die Stellung der Parteipresse sehr zu erschweren. Diese Verschärfungen waren von der Kommission abgelehnt, aber im Plenum hat der Abg. Wagner sie am Schluß einer Sitzung wieder eingebracht. Angeblich soll der neue Antrag Wagner nicht allen Mitgliedern des Reichstages bekannt gewesen sein, der Reichstag wurde überrumpelt. Die Dinge scheinen aber so zu liegen, daß wir darin eine Vernachlässigung erblicken müssen, wenn die Fraktion sich hat überrumpeln lassen. Unsere Abgeordneten mußten damit rechnen, daß die Reaktionäre die Gelegenheit wahrnehmen würden, die von der Regierung beantragten Verschärfungen wieder hineinzubringen. Das durften sie nicht aus den Augen verlieren, sie hätten abwarten müssen, ob nicht ein solcher Versuch gemacht wird. Das ist nicht geschehen. Aus dem stenographischen Bericht geht hervor, daß mehrere Abstimmungen in dieser Angelegenheit erfolgt sind und daß von keiner Seite, auch nicht von unseren Vertretern, ein Widerspruch erhoben ist. (Hört, hört!) Erst in der nächsten Sitzung erfolgte in einer Debatte zur Geschäftsordnung heftiger Widerspruch von unserer Seite und auch von anderer Seite, aber da war es zu spät. (Sehr richtig!) Unsere Abgeordneten müssen jetzt versuchen, in der dritten Lesung diese Bestimmungen wieder herauszubringen. Ob das möglich sein wird, dürfte sehr fraglich sein, denn solche Bestimmungen herauszubringen ist schwerer, als sie hineinzubringen. Es muß aufs schärfste verurteilt werden, daß unsere Abgeordneten nicht aufgepaßt und versucht haben, das zu verhindern. Ebenso bedauerlich ist es, daß nur zwei oder drei Parteiblätter darüber berichtet haben. Die Parteipresse durfte nicht so gleichgültig darüber hinweggehen, sondern sie hätte es scharf rügen müssen, daß unsere Abgeordneten nicht aufgepaßt haben. Ich lasse es dahingestellt, auf wen das zurückzuführen ist, aber wir haben mehrere

Redakteure, die gleichzeitig Abgeordnete sind, und es ist erklärlich, daß sie über die Unterlassungssünde in ihren Blättern nichts berichtet haben. (Heiterkeit.) Wir müssen das rügen, damit solche Vorkommnisse in Zukunft verhindert werden.

Dr. Südekum begründet die Resolution 77. Die Reichstagsfraktion unterbreitet dem Parteitag eine Resolution, in der sie ihn auffordert, gegen die Teuerung Stellung zu nehmen. Ich knüpfe an die Schlußworte Gecks an: das Volk schreit nach Brot. Wir leben in einer Zeit unerhörtester Preissteigerung. Sie werden nicht verlangen, daß ich durch eine Fülle von statistischem Material das noch einmal nachweise, was Sie alle wissen, was die übergroße Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse am eigenen Leibe so bitter empfinden muß. Nur über die Ursache dieser Erscheinung einige Worte.

Man hat behauptet, daß sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in den anderen europäischen, ja auch in den überseeischen Ländern eine starke Preissteigerung der Lebens- und Genußmittel in den letzten Jahren gezeigt hat. Das ist in einem gewissen Umfange zweifellos richtig — mag es mit der Wertminderung des Geldes zusammenhängen oder andere Ursachen haben. Aber nicht aus der Welt zu bringen ist die Tatsache, daß in Deutschland diese Preissteigerung bei weitem den höchsten Grad erreicht hat (Sehr richtig!), und daß die besondere Preissteigerung in Deutschland zurückzuführen ist auf Maßnahmen unserer Gesetzgebung, unserer Verwaltung, die wir zu bekämpfen willens und in der Lage sind.

Daher fordert die Resolution zunächst von dem Reiche eine Reihe von Maßnahmen, wie die Suspension der Zölle, die Oeffnung der Grenzen und die Aufhebung des Systems der Einfuhrscheine. Unsere Zölle sind durch Handelsverträge gebunden, und bevor nicht die Zeit dieser Handelsverträge abgelaufen ist, wird eine allgemeine Erörterung über die Umgestaltung unserer Handelspolitik nicht zu erreichen sein. Die vorgeschlagenen Maßnahmen richten sich aber auch in erster Linie gegen den akuten Notstand und sind von einer Art, daß sie sofort durchgeführt werden können. Trotz des Bestehens der Handelsverträge liegt es selbstverständlich in der Macht des Reiches, seine Einfuhrzölle zu ermäßigen oder vorübergehend oder ganz aufzuheben. Wir fordern die Aufhebung der Zölle auf Lebensmittel und Futtermittel und die Oeffnung der Grenzen für den freien Verkehr ausländischen Viehes und Fleisches. Selbstverständlich wollen wir uns gegen die Aufrechterhaltung notwendiger veterinärpolizeilicher Maßnahmen nicht wenden, wohl aber dagegen, daß diese Maßnahmen lediglich als Vorwand dienen, um im Interesse der deutschen Agrarier ausländisches Vieh und Fleisch von dem Markte in Deutschland fernzuhalten. Gegen berechtigte veterinärpolizeiliche Maßnahmen werden wir uns niemals wenden. Ebenso wie die Förderung des Kampfes gegen die Menschenseuchen unsere Aufgabe ist, ebenso ist die Förderung des Kampfes gegen die Viehseuchen unsere Aufgabe. Sie liegt durchaus im Interesse der weiteren Versorgung unserer Bevölkerung mit guten und genügenden Nahrungsmitteln. Aber weil und solange die Einrichtung veterinärpolizeilicher Grenzsperren lediglich ein aufgelegter Schwindel ist, solange bekämpfen wir diesen Schwindel. Unter der unerträglichen Hitze dieses Sommers sind die Felder verdorrt. Eine über alles Maß hinausgehende Kindersterblichkeit, besonders in den Großstädten und in den dicht bevölkerten Industriezentren, lehrt uns mahnend, daß die Lebenskräfte der Nation auf dem Spiele stehen, wenn ihr der Nahrungsspielraum künstlich weiter so verengt wird wie bisher. Während es die Aufgabe einer Regierung, die ja doch von sogenannten „Landesvätern" abhängt, sein sollte, für ihre „Landeskinder"

Nahrung und Brot zu besorgen, sinnen und trachten die deutschen Regierungen nur danach, der breiten Masse des Volkes die Nahrungsmittel zu verteuern. Im Interesse einer verschwindenden Minderheit von Grundbesitzern. Wo steht geschrieben, daß unser ganzes Volk den 25 000 ostelbischen Großgrundbesitzern und den paar hunderttausend mittleren und Großbauern tributpflichtig sein muß? Wo steht geschrieben, daß das Mark aus den Knochen des Volkes herausgezehrt werden darf im Interesse einer solchen verschwindenden Minderheit von Grundbesitzern? Freilich, die deutsche Regierung sagt in einer Kundgebung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", daß sie bereits ihr väterliches Auge auf den Notstand gerichtet habe, und daß sie bereits Maßnahmen zwar nicht getroffen habe, aber demnächst in Erwägung ziehen wolle. (Heiterkeit.) Es heißt da, daß alle Möglichkeiten zur Abhilfe eingehend erwogen worden sind. Es wird die hungernden Proletarier sehr trösten, daß diese eingehenden Erwägungen bereits angestellt worden sind. Aber es wird sehr wenig Zustimmung im Volke finden, daß die Regierung erklärt, es ließe sich wirklich nichts machen. Es wird weiter erklärt, daß sich „bedauerlicherweise" hier und da der Wunsch nach einer Aenderung unserer „bewährten" Handelspolitik rege. Nein, 99 Proz. der Bevölkerung haben nicht nur den Wunsch, sondern das brennende Verlangen, mit dieser fluchwürdigen Aushungerungspolitik reinen Tisch zu machen. Mit Ausnahme von den wenigen Palästen, in denen die Not nie einkehrt, braucht man in jedem Hause, in jeder Familie dringend eine Verbilligung der Nahrungsmittel. Ganz drastisch und treffend sagte darüber eine Frau: Früher, wenn man den Bedarf für die Familie kaufen wollte, tat man das Geld in das Portemonnaie und die Nahrungsmittel auf dem Markte in einen Korb. Heute müßte man einen Korb voll Geld nehmen und bekommt dafür kaum so viel Nahrungsmittel, um ein Portemonnaie damit zu füllen. (Sehr gut!) Die Regierung behauptet, kein Mittel der Abhilfe zu kennen. Das sagt eine Regierung, die durch das System der Einfuhrscheine die Teuerung in Deutschland absichtlich in unerhörter Weise verschärft hat. Dieses System der Einfuhrscheine, ursprünglich einmal zum Ausgleich der Getreideversorgung zwischen Ost- und Westdeutschland erdacht, hat sich nach der Aufhebung des Identitätsnachweises zu einem Mittel der Preissteigerung herausgebildet, das heute lediglich im Interesse der ostelbischen Großagrarier gehandhabt wird. In diesem Jahre der Teuerung wird deutsches Getreide nach dem Auslande gebracht und dort erheblich billiger verkauft als bei uns. Dieses System ist unauflöslich verknüpft mit jenem sozialpolitischen Schwindel des Zentrums, der Witwen- und Waisenversorgung durch den Mehrertrag der Getreidezölle nach dem Inkrafttreten des Zolltarifs von 1902. Die Mehrerträge sind beinahe restlos in die Taschen der Agrarier geflossen, während man die Witwen und Waisen mit den Bettelpfennigen der neuen Versicherung abgefunden hat.

Wir stellen unsere Forderungen aber auch an die Einzelstaaten, die die Verfügung über die Eisenbahnen haben, und fordern Ermäßigung der Tarife für Lebensmittel und Futtermittel aller Art. Die bisherige Herabsetzung kam nur Großgrundbesitzern und den reaktionär gekeiteten Genossenschaften landwirtschaftlichen Charakters zugute. Die Kleinproduzenten wie auch der Zwischenhandel wurden benachteiligt. Das ist wie mit der berühmten „Weißen Salbe". Man tut, als ob etwas geschehen ist, aber tatsächlich ist nichts geschehen. Zwischen diesen landwirtschaftlichen Genossenschaften und den Konsumvereinen, die wir fördern wollen, sind erhebliche Unterschiede. Jene erfreuen sich der Gunst der Regierung; sie haben das Recht, Handel zu treiben mit wem sie wollen, über den Kreis der Mitglieder hinaus. Die Konsumvereine aber werden durch Ausnahmegesetze auf dem Gebiete des Steuerwesens schikaniert und sind an den Kreis ihrer Mitglieder gebunden. Wie kommt man in den Eisenbahnverwaltungen dazu, den Zwischenhandel, der doch vom Standpunkte der bestehenden Wirtschaftsordnung aus völlig legitim ist, gegen die landwirtschaftlichen Genossenschaften zu benachteiligen, dadurch diesen den Zutreiber zu machen und zugleich die Wirkung der Frachtermäßigung gerade für die kleinen Viehhalter, die den größten Stock an Schlachtvieh aufziehen, illusorisch zu machen? Wir verlangen von den Einzelstaaten eine wirkliche allgemeine Herabsetzung der Tarife für Lebens- und Futtermittel aller Art.

Darüber hinaus wenden wir uns an die Gemeinden. Wir haben aus dem Bericht des Parteivorstandes gehört, in welcher bewunderungswürdigen Weise sich die Tätigkeit der Sozialdemokratie gerade auf dem Gebiete des Gemeindewesens entfaltet hat. Nun wohl, die 8000 Vertreter, die wir in den Gemeindestuben Deutschlands haben, haben die Verpflichtung, die Gemeinden zu Maßnahmen gegen die Not des Volkes aufzurufen. Wir fordern von den Gemeinden Veranstaltungen zur Uebernahme der Nahrungsmittelproduktion und -verkehrs für die Massen des Volkes. Es ist heute schon eine selbstverständliche Verpflichtung für die Gemeinden geworden, für den Bedarf der Bevölkerung an Wasser zu sorgen. Es wird nicht lange dauern, dann wird auch die Selbstverständlichkeit der Pflicht begriffen werden, daß die Gemeinde für das Brot ihrer Bevölkerung zu sorgen hat. Wenn wir uns heute bescheiden, nur solche Maßnahmen zu fordern, die eine Beeinflussung des lokalen Preises ermöglichen, so ist das das mindeste, was wir erwarten müssen. Wenn ich sage, es wird eine Selbstverständlichkeit werden, daß die Gemeinden für Brot sorgen, so ist das — wie ich gegen einen Zwischenruf bemerken möchte — nur ein Gesamtausdruck für Nahrungsmittel überhaupt; vor allem haben die Gemeinden auch die so bedeutungsvolle Versorgung mit Milch zu regeln.

Nun könnte man uns sagen, erwartet nicht zu viel von den Institutionen des heutigen Staates. Ganz gewiß sind wir die letzten, welche trügerische Hoffnungen solcher Art hegen. Darum fordert die Resolution alle Parteigenossen zur Werbetätigkeit für die politischen Organisationen auf, um sie für die Reichstagswahlen zu stärken. Denn der nächste Reichstag hat nach menschlicher Voraussicht über die neue Gestaltung unserer Handelspolitik, über die Zölle zu entscheiden. Da wird es sich zeigen, ob wieder ein Mann wie einst der alte Kardorff kichernd uns zurufen kann: „Was wollt Ihr denn eigentlich, der Reichstag ist eben in seiner Mehrheit agrarisch!", oder ob es uns gelingt, uns, die er als das „skrofulöse Gesindel des großstädtischen Proletariats" bezeichnete, die Zusammensetzung des Reichstages zu ändern und eine Mehrheit zustande zu bringen, die sich nicht in den Dienst des Großgrundbesitzes stellt, sondern ihre Aufgabe darin sieht, durch Stärkung der Produktions- und Konsumtionsfähigkeit die Volkskraft zur Entfaltung zu bringen. Unser Werberuf wird im ganzen Lande gehört werden, wenn ihn die Vertretung der deutschen Sozialdemokratie mit ihrem wuchtigen Nachdruck unterstützt.

Weiter fordern wir alle Arbeiter auf, sich den deutschen Gewerkschaften anzuschließen, einmal, um die Abwehrkräfte der Gewerkschaften zu steigern, dann aber, weil wir glauben, daß jede Gewerkschaft das Gefühl in sich hat: „Wir müssen weiter gehen mit unseren Forderungen, weil in unsere Hände das Schicksal des Volkes gelegt wird." Die Rasse würde verkümmern, wenn es nicht gelänge, die Einnahmen und Ausgaben der Familie in Einklang zu bringen, und das kann nur durch die Tätigkeit der Gewerkschaften ermöglicht werden.

Darüber hinaus fordern wir die Arbeiter zum konsumgenossenschaftlichen Zusammenschluß auf. Der Arbeiter als Konsument und Produzent hat letzten Endes die gleichen Interessen, so gegensätzlich sie auch manchmal im einzelnen erscheinen mögen. Wenn die Lebensmittelteuerung andauert, dann wird die Konsumkraft des Volkes für Industrieprodukte noch mehr herabgesetzt, und somit haben wir auch weiter erhebliche Arbeitseinschränkungen in der Industrie zu erwarten. Darüber ist sich jeder Gewerkschaftler klar.

Wir richten indessen den Blick nicht nur auf einzelne Maßnahmen, sondern auf den organisatorischen Aufbau des Volkes; wir richten den Blick auf das Endziel, das uns vorschwebt, auf die Abschaffung der Besitzunterschiede, die wir heute haben; wir richten den Blick auf die Aenderung des Produktionssystems, auf die Aenderung der Zustände, unter denen das Proletariat heute leidet. In diesem Sinne fordere ich Sie auf, einmütig der Resolution Ihre Zustimmung zu erteilen. (Lebhafter Beifall.)

Marie Juchacz-Rixdorf: Die Delegierten der Frauenkonferenz halten ganz besonders die Zeit kurz vor der Eröffnung des Reichstages für geeignet, um große Massenaktionen in den Reihen der proletarischen Frauen zu veranstalten, und fordern, daß etwa in der Zeit acht Tage vor der Eröffnung des Reichstages große Massenversammlungen einberufen werden, die wirksam durch die Presse und Verbreitung von Flugblättern vorbereitet werden. Wir befinden uns in einer Zeit der furchtbarsten Lebensmittelteuerung, und im Winter wird diese sich noch steigern. Das klang durch alle Reden auf dem Parteitag, von seiner Eröffnung an bis heute. Es kann nicht bestritten werden, daß, wenn große und weite Schichten des proletarischen Volkes unter dieser Teuerung leiden, die Frauen ganz besonders davon in Mitleidenschaft gezogen werden, nicht bloß körperlich, sondern auch seelisch, weil sie es sind, die vor der Unmöglichkeit stehen, ihre Kinder so zu ernähren, wie es im Interesse der menschlichen Gesellschaft notwendig ist. Es ist ihnen nicht möglich, ihren Pflichten als Mütter nachzukommen. Wir wollen den Frauen die Ursache davon erzählen; wir wollen sie aufklären darüber, daß die Gesellschaftsordnung es ist mit ihren kapitalistischen Einrichtungen, die über Tausende von Kinderleichen geht, um der Profitsucht Genüge zu tun.

Wir wollen auch in den ländlichen Orten, wo die Frauen unserer Bewegung noch so fremd gegenüberstehen, wo sie zum großen Teil noch selbst Viehproduzenten sind, ihnen klarmachen, daß die Oeffnung der Grenzen nur in ihrem eigenen Interesse liegt, daß sie nicht an den hohen Fleischpreisen ein Interesse haben, sondern an der Herabsetzung der Futtermittelpreise durch die Oeffnung der Grenzen. Die Folgen dieser kolossalen Volksausbeutung sind von tiefgreifendem Einfluß auf die ganze Nation. Durch die fortwährende Unterernährung des Volkes entstehen Krankheiten, mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit im Winter, die durch die geringere Kaufkraft des Volkes noch vermehrt wird, wird die Kinderarbeit immer mehr zunehmen. (Sehr wahr!) Es gibt noch immer ungeheuer große Schichten von Frauen, die für sich selbst so kolossal bedürfnislos sind, daß sie es fast gar nicht fühlen, unter wie menschenunwürdigen Bedingungen sie leben müssen. Auch denen müssen wir sagen, daß sie ganz andere Ansprüche an das Leben zu stellen haben. (Sehr richtig!) Im Interesse unserer ganzen Bewegung ist es notwendig, daß wir die Frauen mehr und mehr für uns gewinnen. Daß die Frauen in unseren Reihen notwendig sind, daß wir sie gebrauchen als Kämpferinnen, das haben Sie ja zum großen Teil schon eingesehen; in den Reihen der Männer bricht sich erfreulicherweise immer mehr und mehr die Ueberzeugung Bahn, daß die Frau für unsere Bewegung notwendig ist,

weil sie die Trägerin der Zukunft und die Erzieherin der Kinder ist. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Dietz** teilt mit, daß Antrag 79 eingegangen ist.

Eduard Bernstein: Unser Antrag fordert etwas, was unsere Partei schon längst und bei verschiedenen Gelegenheiten in der Presse und in Schriften vertreten hat und entschieden verlangen muß. Er will einen Bruch mit dem heutigen System der Geheimdiplomatie. Wir haben es seit Jahren bei den verschiedensten Gelegenheiten erlebt, daß die internationalen Verwickelungen ihre Zuspitzung gerade in den Zeiten erfahren, wo der Reichstag nicht versammelt ist, so daß die Diplomaten des Auswärtigen Amtes in jeder Hinsicht freies Spiel haben. Dieser Zustand steht aber in offenbarem Widerspruch mit den ganzen Verhältnissen des modernen Lebens und den Bedürfnissen der Völker. Er entspricht den alten Zuständen der geheimen Kabinettspolitik, wir aber wollen einen Bruch mit dieser Politik. Die Gefahren, die der bestehende Zustand mit sich bringt, haben wir ja jetzt im Augenblick erlebt und erleben wir noch. (Sehr richtig!) Ich habe hier ein Bild, das ein englisches Friedensblatt gebracht hat und das vielleicht am besten die augenblickliche Situation illustriert. Das Bild stellt eine Schaukel dar, auf der einen Seite ein preußischer, auf der andern ein französischer Soldat, die auf einem Totenkopf schaukeln; unten liegt eine Kanonenkugel, aus der Dünste emporsteigen, und darüber steht „Gerüchte". Das allerschlimmste, was geeignet ist, die Völker zu verhetzen, sind die unverbürgten Gerüchte, die verbreitet werden, um die Völker gegeneinander mißtrauisch zu machen. Es ist heute gar kein Mittel gegeben, in solchen kritischen Momenten die Regierung zu zwingen, vor das Volk zu treten. Ich will dem Referat von Bebel über die Marokkofrage nicht vorgreifen, aber eines ist nicht so bekannt, wie es sein sollte. Wir haben gehört von der verhängnisvollen Rede des englischen Ministers Lloyd George, aber wir wissen nicht, was ihr vorhergegangen ist im diplomatischen Verkehr. Das deutsche Volk, das englische Volk, das französische Volk, die Welt ist offiziell von nichts, was hierher gehört, unterrichtet. Keine Regierung hat es für nötig gehalten, die Aktenstücke zu veröffentlichen, auf die die Erklärung sich stützte, wir stehen vollkommen im Dunkeln, und diese Situation wird in Deutschland und anderen Ländern von den Hetzpatrioten ausgenutzt, um eine Stimmung zu schaffen, die für die Beziehungen der Völker im höchsten Grade gefährlich und verwerflich ist. (Sehr richtig!)

Was können wir demgegenüber tun? Es liegt ein Antrag vor, die Bestimmungen des Erfurter Programms: Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung und Erledigung internationaler Konflikte durch Schiedsgerichte in die Reichsverfassung zu übernehmen. Das ist ein guter Gedanke, aber dem Satz „Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung" steht nicht im Wege, daß die Volksvertretung erst einberufen wird, wenn der Krieg faktisch schon da ist. Dem will unser Antrag vorbeugen. Wir wollen, daß bei Komplikationen die Regierung angehalten werden kann, den Reichstag rechtzeitig einzuberufen, um dadurch eine Situation, wie sie heute besteht, unmöglich zu machen. Es muß früher gehandelt werden. Ich täusche mich darüber nicht, daß der Antrag wenig oder gar keine Aussicht auf Annahme durch den Reichstag hat. Aber das kann kein Grund sein, ihn nicht einzubringen, das kann kein Grund sein, unsere Forderungen nicht zu erheben. Im Gegenteil, wir müssen sie mit der größten Entschiedenheit vertreten. (Sehr richtig!) Diese ganze Situation hat uns deutlich vor Augen geführt, daß wir mit aller Agitation und Organisation, mit allen Reformen, die wir durchsetzen, noch nicht dahin gekommen sind, endlich einmal eine leidliche, mit den modernen Anforderungen und Bedürfnissen der Völker,

namentlich der Arbeiterbevölkerung zu vereinbarende auswärtige Politik zur Regelung internationaler Konflikte zu haben. (Sehr wahr!) Die können wir nur haben, wenn mit dem ganzen überlebten System der Kabinettspolitik gebrochen wird. Es gibt keine Frage zwischen den Nationen, die nicht ehrlich und offen diskutiert werden kann. Wir müssen durch unseren Antrag kundgeben, daß wir einen Bruch mit der alten Politik, daß wir eine Regelung internationaler Beziehungen haben wollen, die aufgebaut ist auf dem Grundsatz der Selbstbestimmung, der wirklichen Selbstregierung der Nationen und der vollen Oeffentlichkeit im Sinne der demokratischen Forderungen. (Lebhafter Beifall.)

Sachse: Wir haben in der Petitionskommission des Reichstages mit dahin gewirkt, daß die Petition der Impfgegner der Reichsregierung teils zur Berücksichtigung, teils zur Erwägung überwiesen werden sollte. Damals schon hat im Plenum Bebel erklärt, daß die Antragsteller aus unserer Fraktion die Anträge nicht im Namen der Fraktion gestellt haben. Ich habe auch heute den Antrag 46 in der Vorlage nicht mit unterstützt, weil ich mit den meisten Genossen auch der Meinung bin, daß man die Impffrage nicht zur Parteisache machen kann. (Sehr richtig!) Denn sonst würden morgen die Abstinenzler, übermorgen die Nichtraucher kommen und verlangen, daß ihre Bestrebungen zur Parteifrage gemacht werden. Das geht nicht. (Sehr richtig!) Aber ich konstatiere, daß wir mit der Nichtunterstützung des Antrages 46 durchaus nicht aussprechen wollen, daß wir samt und sonders Impffreunde sind. In der Hauptsache wird bekanntlich von den Impfgegnern selbst nicht die Abschaffung der ganzen Impfung verlangt, sondern nur die Freiheit für diejenigen, die die Impfung nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können oder schon üble Erfahrungen gemacht haben, daß solche Leute ihre Kinder nicht impfen lassen müssen. Es herrschen tatsächlich grauenhafte Zustände infolge des Zwanges zur Impfung. In Frankfurt hat ein Polizeibeamter Eltern, die sich weigerten, ihre Kinder impfen zu lassen, damit gedroht, daß er sie in Ketten legen lassen werde. (Hört! hört!) Auch die Rechtsprechung ist dabei schrecklich widerspruchsvoll, so daß es nötig wäre, ein klares Gesetz zu schaffen. Uebrigens erkennen selbst die Autoritäten der Impffreunde an, daß die Impfung nicht lange genug anhält, um einen wirklichen dauernden Schutz gegen die Pockenansteckung zu bieten. Sämtlichen Delegierten ist eine kleine Broschüre von Walter Rose eingehändigt worden, die Aussprüche von Autoritäten enthält. Manche dieser Autoritäten glauben, daß der Schutz zehn Jahre dauert, so auch der bekannte Professor Dr. Koch. Professor Dr. Strümpell-Erlangen gibt wieder fünf bis sechs Schutzjahre an, und ein Dr. Glogowski nimmt nur fünf Jahre an. Hätten diese Leute recht, dann wären wir also alle nicht gegen Ansteckung geschützt. Wir werden vor wie nach in der Reichstagsfraktion eine große Anzahl Genossen finden, die mit den Impfgegnern verlangt, daß nach englischem Muster auch bei uns die Gewissensklausel in das Gesetz aufgenommen werde. Obgleich die Impfklausel in England schon seit 8 Jahren besteht, hat man bis heute nicht nachweisen können, daß die Pocken überhand genommen hätten. Im Gegenteil, es gibt auch jetzt noch Jahre, wo weniger Pockenerkrankungen zu verzeichnen sind, als selbst vor der Einführung der Gewissensklausel. Ebenso ist eine klare Aenderung des Impfgesetzes nötig. In diesem Sinne sollte der Parteitag die Sache behandeln. Ich will zum Schlusse konstatieren, daß in der Partei nach wie vor eine große Zahl Impfgegner sind, die im Sinne des Antrages 46 weiterwirken werden bis das Ziel erreicht ist.

Wolf-Döhlen: Bei der letzten Impfdebatte im Reichstag hat Bebel ausgeführt, daß die Impffrage keine Parteifrage ist. So sehr ich Bebel verehre und seine Autorität schätze, so kann ich ihm doch in dieser Frage nicht zu-

stimmen. (Sehr richtig!) Wir haben tatsächlich nicht nur eine im Interesse der herrschenden Klassen tätige Staatskirche, sondern auch eine ebensolche Staatsmedizin. Ich berufe mich auf das, was Marx im Kommunistischen Manifest über den Mißbrauch der Wissenschaft durch die Bourgeoisie sagt. Wir haben nicht nur eine Staatsmedizin, sondern leider auch eine Klassenmedizin. Die Produktion und der Handel mit den Mitteln zur Bazillentötung dient nicht nur der Volksbeschwindelung, sondern die Bourgeoisie macht damit auch noch ein gutes Geschäft. So schlägt sie zwei Fliegen mit einer Klappe. Die großen Verdienste der Bazillentheorie verkenne ich aber nicht. Die Impfung ist jedoch ein Ausfluß all dieser Bestrebungen der Bourgeoisie, selbst die Medizin in ihren Dienst zu stellen. Krankheiten kann man nur heilen, indem man die Ursachen heilt. Die Sozialdemokratie als die geborene Bekämpferin dieser Gesellschaftsordnung, hat die Pflicht, gegen dieses Vorgehen der Bourgeoisie anzukämpfen. Gerade so, wie wir die Alkoholfrage zur Parteifrage gemacht haben (Zurufe vom Parteivorstand: Das ist sie heute noch nicht!), so wird die Partei wenigstens ihre Aufmerksamkeit der Impffrage schenken müssen. Die Sozialdemokratie ist die Trägerin der gegenwärtigen und zukünftigen Kultur. Sie muß also alle Kulturfragen in den Bereich ihrer Tätigkeit ziehen und daher auch die Impffrage. Das Reichsimpfgesetz beruht auf vollständig falschen Voraussetzungen, die Statistik gibt den wirklichen Tatbestand so wieder, wie es eigentlich nicht sein soll. So gibt z. B. Geheimer Obermedizinalrat Kirchner in seiner Schrift an, daß in Japan, wo der Impfzwang besteht, von 1905 bis 1907 niemand an Pocken gestorben sei, aber er verschweigt, daß 1908 18 000 Pockenerkrankungen vorgekommen sind und die Sterblichkeit 32 Proz. betrug. Denken sie an die Konsequenzen der Impfungen: wenn die Pockenimpfung die Pockenseuche verhindert, dann müssen wir konsequenterweise auch gegen die anderen Krankheiten impfen. Würden wir aber die Kinder gegen die verschiedenen Krankheiten impfen, dann würden sie bald aussehen, wie die gespickten Hasen und die Erwachsenen durch die Narben wie die tätowierten Indianer. Die Impfung steht im Widerspruch mit der harmonischen Entwickelung der Menschheit, die wir anstreben. Ich danke für eine Gesellschaft, wo die Menschen aussehen wie gespickte Hasen und tätowierte Indianer.

Stadthagen: Ich hoffe, daß auch diesmal, genau so wie auf früheren Parteitagen abgelehnt wird, die Impffrage zu einer Parteifrage zu machen. (Sehr richtig!) Die Konsequenz des Bildes von den gespickten Hasen und tätowierten Indianern würde sein, daß wir gegen alle Verhütungsmaßregeln von Krankheiten auftreten oder von Partei wegen beschließen würden, wie den Krankheiten entgegenzutreten ist. Der Herr Vorredner will doch, genau so wenig wie irgendein anderer, bei uns einen Zustand herbeiführen, wie er beispielsweise gegenüber der Cholera im Innern Rußlands und in einigen Bezirken Italiens besteht. Genau so wie die Alkoholfrage nicht Parteifrage ist, ebenso wie die Frage des Wassertrinkens eine höchst private Sache ist (Sehr richtig!), ebenso ist es auch die Impffrage. (Zustimmung.)

Dem Genossen Stubbe will ich die von ihm verlangte Aufklärung geben. Bei der Beratung der Strafgesetzbuchnovelle ist unter gröblichster Verletzung der Geschäftsordnung eine Ueberrumpelung noch nie dagewesener Art verübt worden und hierdurch für die Kritik, die öffentliche Kritik und die Presse besonders, überaus nachteilige Bestimmungen in das Gesetz in zweiter Lesung gekommen. Wenn uns nun Stubbe den Vorwurf macht, daß wir nicht diese Ueberrumpelung bemerkt und verhütet haben, so sind eben die Verhältnisse manchmal stärker wie der einzelne. So konnte es kommen, daß, so scharf unser Mißtrauen ist, doch durch eine nicht loyale Art und Weise des Vorgehens und

durch Verletzung der Geschäftsordnung eine Ueberrumpelung im Parlament stattfinden konnte. Die Beleidigungsparagraphen, um die es sich hier handelt, führen in der Strafprozeßnovelle die Ziffer 4. In der Kommission war es uns gelungen, ihnen das Schicksal der Niederstimmung zu bereiten. Als nun im Plenum des Reichstags die Ziffer 3 (Tierquälerei) beraten wurde, fragte Genosse Frohme beim Präsidium an, ob nach der Beratung der Tierquälerei Vertagung eintreten werde, sonst hätten wir einen Vertagungsantrag gestellt. Das Präsidium erklärte, ja, nach der Tierquälerei tritt Vertagung ein. (Heiterkeit.) Inzwischen war ein Antrag Wagner eingebracht, der eine teilweise Wiederherstellung des § 186 nach der Vorlage verlangte. Der Präsident hatte davon nichts mitgeteilt. (Hört! hört!) Der Antrag war bei uns nicht verteilt. Davon, daß er gestellt war, erfuhren wir nichts. Nun stellen Sie sich die Situation vor. Der Präsident hat eine außerordentlich leise Stimme. Gegen 6 Uhr abends nimmt jeder an, daß Vertagung eintritt, und da ist es begreiflich, daß man ihn bei der allgemeinen Unruhe überhaupt nicht mehr versteht. Der Präsident hat entgegen der Geschäftsordnung die Diskussion überhaupt nicht eröffnet, sondern er sagte nach dem stenographischen Protokoll: „Wir gehen über zur Ziffer 4. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung." Verstanden hat es niemand. (Zuruf: Auch auf der Rechten nicht!) Wir blieben also sitzen. Wenn der Präsident am nächsten Tage sagte: „Sie haben doch damit gezeigt, daß Sie richtig stimmen usw. (Heiterkeit), so ist das ein Hohn. Denn selbstverständlich bleibt sitzen, wer eine Aufforderung zur Abstimmung nicht gehört hat. Sonst sagt der Präsident, sowie bei Eröffnung der Diskussion über Ziffer 1: „Zur Eröffnung der Diskussion hat der Herr Berichterstatter das Wort. Er verzichtet usw." Bei Ziffer 4 ist der Berichterstatter gar nicht gefragt worden, ob er das Wort wolle. Er hat sich auch nicht gemeldet. Referent war der fortschrittliche Abg. Heckscher, der leider auch in der Kommission für die Verschärfung der Strafen gestimmt hat. Auch der Antragsteller ergriff das Wort nicht. Mir wurde am nächsten Tage gesagt, der Antragsteller Wagner sei zum Worte gemeldet gewesen, das Präsidium habe ihm aber abgewinkt. (Hört! hört!) Es lag eine glatte, unehrliche Ueberrumpelung vor. Die Genossen haben natürlich das Recht, das zu kritisieren. Aber wir können nichts dafür, daß wir Anträge, die uns nicht vorliegen, nicht sehen, daß wir ein Murmeln nicht verstehen können. Die Folge solchen ordnungswidrigen Vorgehens bei der Abstimmung wird sein, daß wir uns zu jeder Nummer eines Gesetzentwurfs zum Worte melden, wodurch natürlich die Geschäftsführung erheblich erschwert wird. Stubbe hat durchaus recht, wenn er meint, daß dieser ungeheuerliche Anschlag gegen freie Kritik und die Presse in der dritten Lesung bekämpft werden muß. Es ist an Stelle der 600 Mk. Höchststrafe bei einfacher Beleidigung 1000 Mk. gesetzt worden, bei öffentlicher Beleidigung aber ist die Möglichkeit geschaffen worden, die Höchststrafe an Geld von 1500 auf 10 000 Mk. und die Buße von 6000 auf 20 000 Mk. zu erhöhen. Außerdem wird ermöglicht, Geld- und Gefängnisstrafe nebeneinander zu verhängen. Damit wird natürlich die Kritik, insbesondere der kleinen Presse oft nahezu unmöglich gemacht. Es ist einer der ungeheuerlichsten Anschläge auf die Presse und der freien Meinung. Ich freue mich, daß Stubbe uns das Gewissen geschärft hat. Wir müssen tatsächlich absolut mißtrauisch sein. Schon hier hört man den Genossen Dietz manchmal nicht. Da ist es ganz unmöglich, einen Präsidenten im Reichstag zu hören, der überhaupt nur murmelt, und der murmeln will, um zu überrumpeln. Wir werden also schärfstes Mißtrauen üben. (Zustimmung.)

Zum Antrag 77 ist von Dr. Rosenfeld der Zusatzantrag gestellt worden, hinter den Worten „auf dem Gebiete des Zoll- und Steuerwesens zu stärken"

einzuschalten: „Der Parteitag fordert alle Männer und Frauen auf, sich den politischen Organisationen der sozialdemokratischen Partei anzuschließen."

Dr. Rosenfeld: Ich habe das soeben verlesene Amendement zum Antrag der Reichstagsfraktion gestellt, weil ich in dem Antrage eine Aufforderung an die großen Massen des Volkes zum Eintritt in die sozialdemokratischen Parteiorganisationen vermisse. Es ist eigentümlich, daß eine solche Aufforderung in einem Antrage der sozialdemokratischen Fraktion fehlt. In dem Antrag der Reichstagsfraktion wird zwar ausdrücklich aufgefordert zum Anschluß an die Gewerkschaften und an die Genossenschaften, aber ein gleicher Hinweis zum Anschluß an die politischen Organisationen der Sozialdemokratie fehlt. Das ist ein Schönheitsfehler, den ich durch mein Amendement beseitigen möchte. Die Resolution der Reichstagsfraktion zerfällt in drei Teile, der erste Teil enthält die Forderungen an die Reichs- und Landesregierungen sowie an die Gemeinden, der zweite die Aufforderungen an die Organisationen zur Agitations- und Organisationsarbeit, der dritte Teil wendet sich an die Massen des Volkes und fordert sie zum Eintritt in die Gewerkschaften und Genossenschaften auf. Der Eintritt in die Gewerkschaften ist wichtig, der Eintritt in die Genossenschaften ist wichtig, aber der Eintritt in unsere politischen Organisationen ist ebenso wichtig. Es ist wohl nur ein Versehen, daß in der Resolution der Fraktion nicht auch zum Beitritt in die politischen Organisationen ausdrücklich aufgefordert wird. Um aber alle Mißdeutungen auszuschließen, bitte ich, das Amendement anzunehmen.

Die Diskussion ist erschöpft.

Es folgt die Abstimmung. Antrag 48 wird angenommen, ebenso Antrag 72, dann das Amendement Rosenfeld zum Antrag 77, worauf Antrag 77 einstimmig angenommen wird. Auch Antrag 79 wird einstimmig angenommen.

Das Schlußwort fordert und erhält

Geck: Ich will in meinem Schlußwort, das ich mir angeeignet habe (Heiterkeit), nur auf einen Wunsch zurückkommen, der auch von Fraktionskollegen geteilt wird. Es handelt sich darum, in welcher Form in Zukunft die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion und überhaupt die Vorgänge im Reichstage der Parteigenossenschaft zur Kenntnis gebracht werden soll. Die Wünsche gehen dahin, daß man von der bisherigen Art der Berichterstattung absehen soll und eine Art Handbuch herausgeben möchte, in welchem das gesamte Material zusammengestellt ist, die Gesetze, die namentlichen Abstimmungen und auch der Inhalt wichtiger Petitionen. Es soll also nicht nur das, was durch die parlamentarische Arbeit, durch die Verhandlungen des Reichstages in die Oeffentlichkeit gelangt, sondern auch das, was durch die Uebelstände im bürgerlichen Parlament unterdrückt wird, der Kenntnis der Parteigenossenschaft zugeführt werden. Es genügt wohl, diesen Wunsch der künftigen Reichstagsfraktion zu unterbreiten und ebenso dem Parteivorstand, damit sie sich mit der Frage beschäftigen.

Es folgt der

Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Ihn erstattet

Hoffmann-Hamburg: Soweit die Mandatsprüfungskommission hat feststellen können, sind 405 Teilnehmer anwesend, 338 Delegierte der Wahlkreise, darunter 33 Genossinnen, 8 Vertreter des Parteivorstandes, 8 Mitglieder der Kontrollkommission, 36 Mitglieder des Reichstages, 1 vom Parteivorstand geladener Sachverständiger, 1 Vertreter der Hamburger Buchdruckerei, der Firma

Auer u. Co., 1 Vertreter der „Neuen Zeit", 1 Vertreter des „Wahren Jakob" und 11 ausländische Gäste. Bis auf zwei Fälle sind Proteste gegen die Gültigkeit der Mandate nicht eingelaufen, und die Mandatsprüfungskommission beantragt, abgesehen von diesen zwei Fällen, über die noch zu sprechen sein wird, alle anderen Mandate für gültig zu erklären. Von diesen beiden Fällen ist der eine sehr einfacher Natur. Er betrifft die Wahl eines Delegierten im zweiten weimarischen Wahlkreis. Dort hatte die Kreisgeneralversammlung beschlossen, mit Rücksicht auf die Kosten von der Entsendung eines Delegierten Abstand zu nehmen. Der Ortsverein Eisenach, der nach seiner Darstellung die größte Zahl Mitglieder zum Kreiswahlverein stellt, war mit diesem Beschluß nicht einverstanden und beschloß, auf eigene Kosten einen Delegierten zu wählen. Dagegen richtet sich der Protest des Kreisvorstandes mit der Begründung, daß das ein Verstoß gegen die Disziplin und das im Kreise geltende Recht sei. Er beantragt, das Mandat für ungültig zu erklären. Die Sache hat sich dadurch erledigt, daß der betreffende Delegierte aus freien Stücken zurückgetreten ist und als Gast an den Verhandlungen teilnimmt. Dadurch erübrigt sich die Beschlußfassung.

Die andere Angelegenheit kommt aus unserem parteipolitischen Winkel in Deutschland. Wir sind es ja seit Jahren gewöhnt, daß auf den Parteitagen uns immer eine Sache beschäftigt, die von dort her kommt. Diesmal handelt es sich um die Wahl der Delegierten im ersten württembergischen Wahlkreise Stuttgart-Stadt und Stuttgart-Land. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Am 26. und 27. August hatten auf Anordnung des alten Kreisvorstandes die Wahlen zum Parteitage stattgefunden. Am 30. August gab der neue Kreisvorstand, der inzwischen gewählt worden war, das Resultat dieser Wahl bekannt, und zwar in der „Schwäbischen Tagwacht", nachdem vorher schon das Stuttgarter Resultat publiziert worden war. Die Bekanntgabe lautete: „An der für die Delegiertenwahl zum Parteitag in Jena vorgenommenen Urabstimmung haben sich 2449 Genossen beteiligt. Stimmen haben erhalten die Genossen Hildenbrand 1458, Rapp 1436, Genossin Duncker 1280, Westmeyer 1177, Sämann 1123, Bullmer 1074, Beinkämpen 1004, Kummer 499, Schumacher 439.

Zu wählen waren 4 Delegierte, gewählt sind die Parteimitglieder Hildenbrand, Rapp, Frau Duncker und Westmeyer. — In der Aufstellung konnten nicht berücksichtigt werden wegen Nichterfüllung der in § 7 des Wahlreglements enthaltenen Bestimmungen die Ortsvereine Bothnang, Harthausen, Plattenhardt, Scharnhausen und Waldenbuch. Der Kreisvorstand."

Am 2. September, nachdem also dieses Resultat vom Kreisvorstande als das Ergebnis der Stuttgarter Wahl bekanntgegeben war, legte das städtische Komitee Stuttgarts gegen die Gültigkeit der Wahl beim Kreisvorstand Protest ein. Es wurde beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären und eine Neuwahl auszuschreiben. Es hieß in dem Protest: Die schweren Unregelmäßigkeiten in verschiedenen Ortsvereinen, Wahl bei einer Hochzeit in Bothnang, Abstimmung ohne Mitgliedsbücher, Versendung von präparierten Wahlzetteln in Tausenden von Exemplaren an die meisten Ortsvereine sowie an Nichtmitglieder geben uns begründete Veranlassung zur Stellung unseres Antrages. Auf Grund dieses Antrages ordnete der Kreisvorstand am 5. September eine Neuwahl für den 7. September an, mit der Begründung, die in dem Schreiben des städtischen Komitees von Stuttgart enthalten ist. Gegen diese am 7. September stattgefundene Wahl richtete sich nun der Protest von Scherm und Genossen. In diesem Protest wird dem Vorstand das Recht bestritten, eine Neuwahl anzuordnen, nachdem er das Wahlergebnis amtlich publiziert hatte. Die Umstände und Unregelmäßigkeiten, auf die

der Kreisvorstand sich bei der Anordnung der Neuwahl berufen hat, sind einmal jener Vorgang in Bothnang. Nach dem Schreiben eines dortigen Genossen war die Wahl auf Sonntag, den 27. vorgesehen, und sie sollte in der Zeit zwischen ½10 und ½1 Uhr stattfinden. Sie hat aber schon am Sonnabend abend eine halbe Stunde stattgefunden, angeblich in demselben Lokal, in dem gleichzeitig eine Hochzeit stattfand. Nun wird gesagt, daß man gar nicht einmal kontrollieren konnte, ob die an der Wahl teilnehmenden Personen auch wirklich Mitglieder gewesen waren, und daß bei einem Verein von 280 Mitgliedern der Vorsitzende bezw. der Wahlleiter gar nicht übersehen konnte, ob auch wirklich nur Mitglieder wählten. Allerdings wird diese Darstellung von dem Vorsitzenden bestritten. Sie ist uns auch von anderer Seite als unwahr dargestellt worden, wobei gesagt wird, daß der Vorsitzende ein Ehrenmann ist, der bestreitet, daß sich solche Unregelmäßigkeiten zugetragen haben. Der Kreisvorstand hat aber auf Grund dieser Vorgänge die Wahl kassiert. Weiter wird als Grund für die Kassierung angesehen die Versendung von gedruckten Wahlvorschlägen auf dem Landgebiet von Stuttgart und zum Teil auch in einzelnen Bezirken der Stadt. Es waren das gedruckte Wahlvorschläge, die nur vier Namen enthielten. Der gedruckte Zettel wies folgende Namen auf: Karl Hildenbrand-Stuttgart, Fritz Beinkämpen-Stuttgart, G. Sämann-Stuttgart und W. Rapp-Kemnat. Diese Zettel sind von irgendeinem Unbekannten nach dem Ortsverein des Landes gesandt worden. Es hat sich nicht feststellen lassen, von wem sie herrühren. (Heiterkeit.) Sie sind als Wahlvorschläge verbreitet worden. In einem Protest, der von einzelnen Maschinenmeistern aus Stuttgart unterschrieben ist, wird sogar erklärt, daß diese Zettel auch an Nichtparteigenossen gesandt wurden, die die Vorschläge dann verbreiteten. Auch noch ein anderer Wahlvorschlag wurde verbreitet und zwar ein hektographierter. Er wurde auch im Stadtbezirk verbreitet. Er enthielt die Namen Westmeyer, Bullmer, Frau Duncker und Rapp. In der Verbreitung solcher Wahlvorschläge erblickt nun der Kreisvorstand eine unberechtigte Beeinflussung der Wahl. Er ist der Ansicht, daß auf Grund dieser Beeinflussung ein verkehrtes Wahlresultat herausgekommen sei.

Diese Vorkommnisse in Verbindung mit noch einigen anderen Unzuträglichkeiten, die ja immer vorkommen werden und die ganz gewiß zu bedauern sind, ja, die sogar verwerflich sind, sind aber der Ausfluß der in Stuttgart herrschenden Streitigkeiten, die recht alten Datums sind, und die hoffentlich nicht die Einleitung zu den kommenden Reichstagswahlen bilden werden. (Sehr gut!) Die Mandatsprüfungskommission legte sich die Frage vor: Ist in der Verbreitung dieser Wahlvorschläge ein unzulässiges Moment zu erblicken, das so schwerwiegender Natur ist, daß daraus die Ungültigkeit hergeleitet werden muß? Die Kommission hat diese Frage verneint. (Zustimmung.) Ich selbst bin der Meinung, daß es unzulässig ist, und unter Parteigenossen nicht vorkommen sollte, wenn ein offizieller Stimmzettel nach dem Statut der Kreisorganisation zustande gekommen ist, daß dann einzelne, um ihren Willen durchzusetzen, noch besondere Wahlvorschläge verbreiten. (Sehr richtig.) Das sollte man vorher machen bei der Aufstellung der Kandidatenlisten, aber nachdem die Liste aufgestellt ist, muß man solche Manipulationen unterlassen. Das könnte für die Zukunft zu ganz schweren Gefahren führen. Wir haben in Hamburg selbst die Erfahrung gemacht; wir geben dort bei den Bürgerschaftswahlen Stimmzettel heraus mit der Erwartung, daß die Parteigenossen den Vorschlägen zustimmen, und auch dort ist es vorgekommen, daß einzelne Wähler, die unsere Liste gewählt haben, ihre Stimmen auf einen oder zwei Kandidaten vereinigten. Wenn eine

solche Stimmenhäufung in der Partei einreißen sollte, dann könnte die Disziplin schwer gefährdet werden. (Sehr wahr!) Aber es fragt sich: haben wir das Recht, einem einzelnen Genossen zu verbieten, für bestimmte Personen, von denen er voraussetzt, daß sie die geeigneten sind, eine Agitation zu betreiben? Das geschieht auch heute schon, vielleicht in anderer Form, indem man sagt: ich schlage Dir vor, den und den zu wählen. Hier hat man Wahlvorschläge auf das Land geschickt, gewiß kein schönes Moment, aber man kann den Genossen nicht das Recht absprechen, eine solche Agitation zu betreiben, wenn es auch zu bedauern ist. Ist das aber richtig, so folgt daraus, daß dies Moment nicht so schwer war, um deshalb die Wahlen für ungültig zu erklären. Dazu kommt, daß ja auch von anderer Seite eine solche Wahlbeeinflussung ausgeübt ist; was dem einen recht ist, muß dem andern billig sein. Also gegen diese am 7. September stattgefundene Wahl richtet sich der Protest. Die Kommission erklärt unter Verurteilung dieser Vorkommnisse: Nachdem der Kreisvorstand das Resultat der ersten Wahl publiziert hatte, stand ihm nicht das Recht zu, eine Neuwahl anzuordnen. (Sehr richtig.) Waren Genossen vorhanden, die mit den Vorkommnissen nicht einverstanden waren, so waren sie mit ihren Protesten an den Parteitag zu verweisen. Der Kreisvorstand aber hatte kein Recht, das von ihm erst offiziell bekanntgegebene Resultat zu verwerfen und eine Neuwahl anzuordnen. Die Kommission hat beschlossen, Ihnen zu empfehlen, die Anordnung des zweiten Wahlgangs als zu Unrecht erfolgt und infolgedessen die auf Grund dieser Wahlen ausgestellten Mandate für ungültig zu erklären. Dadurch wird der Zustand wieder hergestellt, wie er in der Publikation vom 30. August festgestellt ist. Es wären hiernach Hildenbrand, Rapp, Frau Duncker und Westmeyer gewählt. Nun richtet sich aber der Protest auch noch gegen die Wahl von Westmeyer, und zwar sollen 5 Orte, die bei der Feststellung des Wahlresultats nicht mitgezählt sind, die nach § 7 des Wahlreglements einzusendenden Stimmzettel nicht mit eingeschickt haben. Der § 7 des für den ersten württembergischen Wahlkreis geltenden Reglements sagt: „Ueber das Wahlergebnis ist sofort nach Schluß der Wahl auf dem den Ortsvereinen mit der Kandidatenliste zugehenden Formular ein Protokoll aufzunehmen, das von der Wahlkommission unterzeichnet und mit dem Vereinsstempel versehen nebst den Stimmzetteln an den Kreisvorstand einzusenden ist. Dieser stellt das Wahlresultat am 29. August zusammen, es müssen somit später eingehende Wahlprotokolle unberücksichtigt bleiben." Am 28. August hatte der Kreisvorstand in der „Schwäbischen Tagwacht" bekanntgegeben: „Wir machen die Ortsvereine aufmerksam, daß auch die abgegebenen Stimmzettel mit einzusenden sind, und wir ersuchen die betreffenden Ortsvereine, dies unverzüglich nachzuholen, damit das Resultat festgestellt werden kann." Die Stimmzettel sollten also bis zum 29. August in den Händen des Kreisvorstandes sein. Die erwähnten 5 Orte haben nun die Stimmzettel nicht beigefügt, einige sollen sie später eingeschickt haben, aber andererseits hatten auch zwei städtische Bezirke, Prag und Süden, den Zettel nicht eingesandt, obwohl der Kreisvorstand das Ergebnis dieser Bezirke bei seiner Zusammenstellung berücksichtigt hat. (Hört! hört!) Wenn auch das Resultat dadurch nicht verändert wäre — von den Kandidaten, die hier in Frage kommen, hatte Westmeyer 153 und Sämann 152 Stimmen erhalten — so war doch zu prüfen, ob es berechtigt ist, wenn man die ländlichen Orte nicht mitzählt, die städtischen Bezirke mitzuzählen. (Sehr richtig!) Nun sagt allerdings der Ortsverein Stuttgart, dies Recht haben wir uns vorbehalten, es ist entstanden dadurch, daß ein Mitglied des Ortsvereins Stuttgart früher auch dem Kreisvorstand angehörte, so daß der Ortsverein Stuttgart selbst seine Stimmzettel geprüft hat. Bei den Tausenden von Stimmzetteln ist es nicht bemerkt worden, daß die Zettel aus diesen beiden Bezirken fehlen. Sie sind der Meinung, daß das nicht als Moment in die Wagschale fallen kann. Die Gegenseite erblickt darin ein wichtiges Moment, sie sagt, wenn man die 5 Orte zuzählt, ist nicht Westmeyer, sondern Sämann gewählt. Die Mandatsprüfungskommission hat nun die Genossen Hildenbrand, Westmeyer und Bullmer darüber gehört, wie man die Sache früher gehandhabt habe, und da ist erklärt worden, daß man früher und auch noch im vergangenen Jahre das Schwergewicht nicht auf die Einsendung der Stimmzettel gelegt habe. Von anderer Seite ist das allerdings bestritten worden, hier steht Aussage gegen Aussage. Nun sagt die Gegenseite, die den Protest eingelegt hat, wenn der Kreisvorstand das Schwergewicht darauf gelegt hätte, daß dem Protokoll die Stimmzettel beigegeben sein müssen, dann würde er das sowohl in dem Zirkular, das er am 25. August an die Ortsvereine gesandt, als auch in dem gedruckten Protokollverzeichnis vermerkt haben. Dadurch, daß das nicht geschehen ist, sei erwiesen, daß man auf die Einsendung der Stimmzettel nicht das Schwergewicht gelegt habe, und auch in früheren Jahren habe man das Schwergewicht nicht darauf gelegt. Ich sagte schon, daß man im vergangenen Jahre die Stimmzettel nicht eingefordert hat, und daß auch aus zwei Bezirken von Groß-Stuttgart die Stimmzettel nicht eingefordert sind. Nun fragt es sich: waren die Protokolle richtig ohne die Stimmzettel oder war es ein absolutes Erfordernis, daß die Stimmzettel beigefügt wurden? Die Kommission sagt sich, das Ergebnis der Wahl ist weder beeinflußt worden durch die Versendung jener Wahlvorschläge, wenigstens nicht so, daß man daraus die Ungültigkeit der ganzen Wahl herleiten könne, noch liegt darin ein Mangel, daß einzelne Orte die Stimmzettel nicht eingesandt haben. Wenn der Kreisvorstand ein solches Gewicht darauf legte, durfte er das Resultat nicht publizieren, bevor er die Stimmzettel eingefordert hatte. (Sehr richtig!) Das hat er nicht getan, er hat vielmehr das Resultat publiziert, und erst, nachdem ihm weitere Unregelmäßigkeiten gemeldet waren, hat er eine Neuwahl angeordnet. Man muß also das Ergebnis aus den 5 Orten dem Resultat hinzuzählen, allerdings nicht aller Orte. Das Ergebnis der Wahl in Vaihingen, wo man am Sonnabendabend bei der Hochzeit gewählt und dann am Sonntag die Wahlzeit um eine halbe Stunde verkürzt hat, können wir nicht berücksichtigen. Wohl aber müssen wir die übrigen vier Orte einrechnen, und dann würde insofern eine Verschiebung eintreten, als dann die Genossen Hildenbrand, Sämann, Rapp und Frau Duncker gewählt wären, während die Mandate von Bullmer und Westmeyer für ungültig zu erklären wären.

Dr. **Liebknecht**-Berlin: Es ist zunächst die Frage aufzuwerfen, ob man mit Rücksicht auf die erfolgte Publikation des ersten Wahlresultats den Kreisvorstand nicht mehr für legitimiert halten kann, eine zweite Wahl anzuberaumen. Erst in zweiter Linie würde die Frage zu prüfen sein, ob ein materieller Grund zur Anberaumung einer zweiten Wahl vorgelegen hat. Ich weiß nicht, ob sich in bezug auf die erste formelle Seite der Sache auf den Parteitagen bereits eine klare Praxis herausgebildet hat. Ich halte es nicht für zweckmäßig, daß wir uns auf einen so rein formalistischen Standpunkt stellen und sagen, die einfache Publikation entzieht der Kreisorganisation jede weitere Disposition über die Mandate, und es ist damit sofort die ausschließliche Zuständigkeit des Parteitages gegeben.

Das würde ein Formalismus sein, der, wie mir scheint, der Sache nicht dienlich wäre. Es kann sich unter Umständen nach einer Publikation, die vielleicht voreilig gewesen sein mag, herausstellen, daß die Wahl in einer so

durchaus ungehörigen und dem Statut widersprechenden Weise stattgefunden hat, daß, wenn man ausschließlich und sofort dem Parteitag die Entscheidung überlassen wollte, der Wahlkreis offenbar unvertreten bleiben müßte, weil man zehn gegen eins verwetten kann, daß der Parteitag die Mandate für ungültig erklärt. Ich glaube, man muß vernünftig unterscheiden, und sich vergegenwärtigen, daß hier ja absolut nicht gewünscht wird, der Parteitag solle sich auf den Standpunkt stellen: „Wenn der Kreisverein eine zweite Wahl ausgeschrieben hat, muß der Parteitag sie mit Haut und Haaren schlucken", sondern der Parteitag soll selbstverständlich die Entscheidung darüber zu treffen haben, ob ein genügend schwerwiegender Grund zur zweiten Wahl vorgelegen hat oder nicht. Natürlich kann der Parteitag zu der Entscheidung kommen, daß ein solcher Anlaß nicht vorlag und daß die erste Wahl gültig ist. Der Parteitag soll die Entscheidung darüber haben, welcher von den Wahlgängen der maßgebliche ist. Ich meine, diesen Standpunkt können wir vertreten, ohne daß wir gefährliche Konsequenzen zu befürchten haben. Wenn wir uns auf diesen prinzipiellen Standpunkt stellen, so ist zu prüfen, ob ein genügender Anlaß vorgelegen hat, eine zweite Wahl auszuschreiben oder nicht; kommen wir zu dem Ergebnis, ein solcher Anlaß lag nicht vor, so gilt natürlich die erste Wahl. Kommen wir aber zu dem Ergebnis, der Vorstand hatte einen verständigen Grund zur Anberaumung der zweiten Wahl, so haben wir die Gültigkeit der zweiten Wahl anzuerkennen.

Nun liegt hier die Sache so. Es sind zwei Einwendungen gegen die erste Wahl erhoben worden, einer aus der Nichteinsendung der Stimmzettel und der zweite wegen der Unregelmäßigkeiten der Wahl in Bothnang. Die Stimmzettelfrage halte ich für eine Formalität, auf die nicht Gewicht zu legen ist. Es ist richtig, daß eine gründliche Prüfung der Wahl nur möglich ist, wenn die Stimmzettel vorliegen, und wenn die Formalität der Publikation so wichtig wäre, wie die Wahlprüfungskommission sagt, so würde man wohl sagen können, die Einsendung der Stimmzettel ist als Vorbedingung für eine gehörige Publikation wesentlich. Aber nachdem der Kreisvorstand in dem vorliegenden Fall nicht gewartet hat, bis die Stimmzettel eingegangen waren, hat er zum Ausdruck gebracht, daß die Stimmzettel diese Bedeutung nicht haben, und ohne für die Zukunft zu präjudizieren, meine ich, daß dieser Anfechtungsgrund als ausschlaggebend nicht angesehen werden kann.

Was die Vorgänge in Bothnang anlangt, so hat dieser Bezirk ungefähr 280 Stimmberechtigte. Abgegeben wurden für Sämann 73, für Westmeyer 31, etwa 90 verschiedene Personen haben gestimmt. Nun ist die Frage, ob die Bothnanger Wahl ungültig ist, und sodann, ob die Ungültigkeitserklärung des Bothnanger Resultates dazu führen muß, daß das Gesamtresultat in Zweifel gerückt wird. Zunächst stimme ich darin mit der Wahlprüfungskommission überein, daß die Bothnanger Wahl für ungültig erklärt werden muß. Die Unregelmäßigkeiten sind so erhebliche, daß über sie nicht hinweggegangen werden kann. Prüft man, ob diese Ungültigkeit das gesamte Resultat tangiert, so muß man auch dies bejahen. Das Ergebnis ist, daß etwa 200 Stimmberechtigte nicht gestimmt haben. Der Charakter der Unregelmäßigkeiten kann sehr wohl dazu geführt haben, daß eine größere Zahl von Stimmberechtigten nicht hat abstimmen können. Wir können nicht wissen, was die 200 getan haben würden, wenn die Unregelmäßigkeiten nicht stattgefunden hätten. (Heiterkeit.) Das ist eine ganz kühle und rechnerische Deduktion; in dieser Art pflegen auch die Wahlprüfungskommissionen in den Parlamenten zu entscheiden. Ueber diese Grundsätze kann ein Zweifel nicht stattfinden, es fragt sich nur, ob die Voraussetzungen, von denen ich ausgegangen bin, richtig sind.

Mit Rücksicht auf die Unregelmäßigkeiten in Bothnang ist also das Gesamtresultat in Zweifel gerückt, und damit ist es unmöglich, den ersten Wahlgang überhaupt aufrecht zu erhalten. Wenn man überhaupt nach der Publikation die Ausschreibung einer Neuwahl für zulässig hält, so ist die Ausschreibung im vorliegenden Fall als genügend begründet anzusehen. Die einzige Frage, die bei ruhiger Erwägung der Sache zu entscheiden ist, und die, wie ich zugebe, allerdings absolut nicht leichthin zu beantworten ist, ist die Frage: ob nach der Publikation eine Neuwahl ausgeschrieben werden kann. Die Gründe, die dafür sprechen, glaube ich genügend auseinandergesetzt zu haben, und ich glaube wohl, daß wir allen Anlaß zu Bedenken gegenüber dem Ergebnis der Wahlprüfungskommission haben.

Wird aber — das sei zum Schluß gesagt, — das Mandat von Westmeyer gestrichen, wird der Publikation solche formal bindende Kraft beigelegt, wie die Kommission will, so weiß ich nicht, wie Sämann nun einfach als gewählt angesehen werden kann. Ist die Publikation ein so formal bindender Akt, so ist es nicht möglich, ihn, der gar nicht publiziert ist, für gewählt zu erklären.

Stadthagen: Der unerquickliche Streit in Württemberg scheint, wie aus dem Vortrag von Stubbe hervorging, die Mandatsprüfungskommission bewogen zu haben, durch juristisch falsche Führung veranlaßt, einen Formalismus zu treiben, gegen den wir uns im Reichstag und bei uns ganz entschieden wehren müssen. Es kommt nicht darauf an, wie der Reichstag bei Wahlprüfungen urteilt. Sie wissen, wie häufig wird nicht bei ähnlichen Vorgängen wie hier in Bothnang im Reichstag erklärt, Wahlbeeinflussungen haben in dem Bezirk stattgefunden, der Sozialdemokrat hat 200, der andere 100 Stimmen bekommen, deshalb kassieren wir das ganze Ergebnis des Bezirks. Diese fällt zuungunsten der Sozialdemokratie aus, während die Kassierung der Wahl überhaupt das entgegengesetzte Resultat hätte. Vor einer ähnlichen Arithmetik sollen wir uns hüten. Worauf es uns ankommt, ist, daß der Kreis durch Delegierte vertreten ist und daß die Meinung des Kreises durch die Vertretung klar zum Ausdruck gekommen ist. Ich stimme der Wahlprüfungskommission zu, der Formalismus bei Ermittelung des Wahlergebnisses mit den Stimmzetteln ist mir geradezu unverständlich; ob der Wahlvorstand Stimmzettel hat oder nicht, und ob er das in seinem Reglement hat oder nicht, ist mir absolut gleichgültig. Es kann sich nur darum drehen, wie wirklich gestimmt ist. Es kommt hinzu, daß der Kreis unvertreten bleiben müßte, wenn solch Formalismus getrieben wird, falls eine Unregelmäßigkeit stattgefunden hat.

Ich gehe mit Liebknecht ganz konform, daß wir die Bothnanger 200 Stimmen abziehen müssen und auch die der Wähler, die beim Hochzeitsmahl ohne jede Legitimation gewählt haben. Das wesentliche für mich ist, daß wegen der Beschränkung in der Zeit etwa 200 nicht haben wählen können. Würde es sich nur um 10 handeln, so wäre das vielleicht gleichgültig, aber bei 200 bis 280 wissen wir nicht, wie diese Stimmen sich auf alle vier Kandidaten verteilt und das Wahlergebnis geändert hätten. Diese grobe Unregelmäßigkeit macht den Wahlgang dort ungültig. Und nun verstehe ich nicht den juristischen Formalismus, daß, wenn eine erhebliche Unregelmäßigkeit bei der ersten Wahl stattgefunden hat, man sagen soll, eine zweite Wahl darf nicht angeordnet werden, selbst wenn dadurch der Kreis unvertreten bleiben müßte. Ich bitte, das nicht in Parallele zu setzen mit einer Reichstagswahl. Es handelt sich hier allein um die Möglichkeit, daß der Kreis, seinem Statut entsprechend, eine gültige Wahl muß vornehmen können. Was ist denn das für ein Formalismus, daß man erklärt: in solchem Fall mag der Parteitag

nachher sagen, die Wahl ist ungültig und der Kreis dann unvertreten bleiben. Der Parteitag hat ja gewiß zu prüfen, ob die erste Wahl gültig ist oder nicht, diese Prüfung soll ihm nicht entzogen werden. Hält er sie für ungültig, erst dann kommt es auf den zweiten Wahlgang an. Hier liegt es nun so, daß die erste Wahl ungültig ist. Es kommt also auf den zweiten Wahlgang an, und der ist gültig gewesen. Es sind also gewählt die — die Namen weiß ich nicht, es kommt mir auch nicht auf die Namen an (Heiterkeit und Zurufe). Wir verlangen von den Bürgerlichen, sie sollen nach Gerechtigkeit gehen und hier werden solche Unterschiebungen gemacht; die sollten Sie unterlassen. Sind Sie der Meinung, daß die zweite Wahl unzulässig ist, so wären alle vier Mandate ungültig, und der Kreis bliebe dann unvertreten. Aber der zweite Wahlakt ist gültig. (Widerspruch.) Nun weiß ich nicht, ob die Hochzeitsfeier so gewesen ist, wie hier geschildert. Die Kommission muß darüber Beweis erheben, wir müssen die Sache in die Kommission zurückverweisen. (Heiterkeit.) Wenn hier etwas als Behauptung in dem Protest vorgetragen wird, so weiß ich noch nicht, ob das so stimmt. In unerhörter Weise haben die Hochzeiter Hochzeit gehalten (große Heiterkeit) und dadurch die anderen eine halbe Stunde oder eine Stunde ihres Wahlrechts beraubt. Das ist angeführt worden. Ob es so ist, darüber muß Beweis erhoben werden. Stubbe hat ja auseinandergesetzt (Zurufe: Hoffmann!), also Hoffmann hat auseinandergesetzt, warum die Kommission nicht glaubte, Beweis erheben zu müssen. Der Grund trifft nicht zu, weil solche bezirksweise Kassierung unrecht ist. Sollte die Wahl von Westmeyer nach Bewahrheitung der Behauptungen über Bothnang für ungültig erklärt werden, so muß auch die Wahl der anderen in der ersten Wahl Gewählten für ungültig erklärt werden. Dann ist die zweite Wahl entscheidend. Ich neige mich schon jetzt der Ansicht zu, daß die zweite Wahl das allein richtige Resultat darbietet. Ob eine solche anzuordnen war, ist in erster Linie Sache des Kreises. Wohin sollen wir kommen, wenn wir uns in die Wahlstreitigkeiten innerhalb der Kreise ohne Not hineinmischen. Wenn heute eine Generalversammlung Schulze für gewählt erklärt, dann aber die nächste sagt, das stimmt nicht, wir wählen noch einmal, und diese erklärt dann Müller für gewählt, so kann ich mich im Kreise gegen die zweite Wahl wenden, aber wir als Parteitag müssen die Meinung des Kreises, wenn sie innerhalb des Organisationsstatuts zum Ausdruck gekommen ist, achten. Gegen die Richtigkeit der zweiten Wahl sind hier Einwände nicht erhoben. Die Zulässigkeit, ja die Notwendigkeit der zweiten Wahl glaube ich Ihnen dargelegt zu haben. Ich bitte dringend, dem Antrag der Wahlprüfungskommission nicht zuzustimmen.

Landsberg-Magdeburg: Die Verhandlungen des Parteitages über die Gültigkeit angefochtener Mandate sind eine Art Erholungspause für die Leidenschaften der Parteitagsmitglieder. Die Frage der Gültigkeit von Mandaten ist keine Machtfrage, sondern eine Rechtsfrage. Dabei müssen die Leidenschaften schweigen, denn der Parteitag konstituiert sich als Gerichtshof, und als solcher hat er die Verpflichtung, ohne Zorn und Leidenschaft zu prüfen und zu richten. Es wird niemand hier die Neigung haben, das schlechte Beispiel des Deutschen Reichstages nachzuahmen, in dem sich die bürgerlichen Parteien als eine Art Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit zur Konservierung höchst anfechtbarer Mandate etabliert haben. Von meinem Standpunkt aus, daß die Leidenschaften zu schweigen haben, muß ich aber auf das schärfste Verwahrung einlegen auf den Vorwurf, den Stadthagen gegen die Mehrheit der Wahlprüfungskommission hier erhoben hat. (Stadthagen widerspricht.) Ich protestiere auf das schärfste dagegen, daß Stadthagen als Ursache des angeblichen

Formalismus der Kommission eine Animosität gegen Westmeyer bezeichnet hat. (Stadthagen: Das habe ich gar nicht gesagt.) Die Kommission ist mit einer der von ihr zu entscheidenden Fragen außerordentlich rasch fertig geworden, nämlich mit der Frage, ob der Kreisvorstand in Stuttgart berechtigt war, eine zweite Wahl auszuschreiben. Die Kommission hat einstimmig dem Vorstande dieses Recht abgesprochen. (Hört! hört!) Der Wahlvorstand hatte lediglich die Wahl vorzubereiten und zu leiten und das Ergebnis bekannt zu geben. Nachdem er das getan hatte, verlor er jede Berechtigung, an dem Ergebnis der Wahl noch etwas zu ändern. Er trat in die Reihen der Genossen zurück, und wenn er der Ansicht war, daß die von ihm selbst veranlaßte und zustandegekommene Wahl anfechtbar sei, so hatte er kein anderes Recht, als jeder andere Genosse, nämlich das, an den Parteitag heranzutreten und einen Protest vorzubringen. Von einem unerträglichen Formalismus dieser Stellungnahme kann keine Rede sein. Stellt sich der Parteitag auf einen anderen Standpunkt, dann läßt er sich ein materielles Recht, das er besitzt, eskamotieren, nämlich das Recht, die Legitimation seiner Mitglieder zu prüfen, das ihm im Artikel 8 des Organisationsstatuts gegeben ist. Liebknecht und Stadthagen wollen an die Stelle dieses Rechts des Parteitages das Wahlprüfungsrecht der Vorstände der Wahlkreise setzen. (Stadthagen: Das habe ich gar nicht gesagt, Sie scheinen schlecht zu hören!) Meine Ohren sind zwar nicht so lang, wie die Ihrigen, aber sonst ganz ausgezeichnet. (Heiterkeit.) Stadthagen will an die Stelle des § 8 die Diktatur der Wahlkreisvorstände setzen. Wenn man aber seinen Standpunkt einnimmt, dann fragt es sich: Liegen denn Unregelmäßigkeiten vor, die die Vernichtung der Wahl gestatteten? Die Verteilung von Wahlvorschlägen ist keine unzulässige Beeinflussung. Wenn zwei Richtungen sich gegenüberstehen, dann hat jede auch das Recht, für ihre Kandidaten Propaganda zu machen. Ebensowenig ist die Nichteinsendung von Stimmzetteln aus einzelnen Orten ein Kassationsgrund. Bleibt die Wahl in Bothnang. Sie war ungültig. Wenn nun Stadthagens Ansicht richtig ist, daß der Kreisvorstand diese Wahl kassieren durfte, so durfte er doch nicht den ganzen ersten württembergischen Wahlkreis noch einmal die Wahl vornehmen lassen. (Sehr richtig!) Die zweite Wahl ist also unbedingt ungültig und ebenso ist es die Wahl Westmeyers im ersten Wahlgang. Der Beschluß der Kommission ist wohl erwogen, durchaus begründet und steht im Einklang mit dem Organisationsstatut. Der Parteitag hat allen Anlaß, diesem Beschluß beizutreten. (Beifall.)

Ludwig-Hagen: Fragen Sie drei Juristen um eine Sache, und Sie werden drei Meinungen hören. (Lebhafte Zurufe: Vier! Große Heiterkeit.) Die Kommission hat einstimmig dem Kreisvorstande das Recht abgesprochen, eine zweite Wahl auszuschreiben. Wohin sollten wir auch sonst kommen? Dann würde man schließlich drei-, viermal wählen. Die Kommission war sich aber nicht in allen Fragen einig. Nachdem wir einstimmig die Ansetzung der zweiten Wahl für ungültig erklärt hatten, blieb uns nur noch die Prüfung der ersten Wahl übrig. Da war zunächst die Versendung der Wahlvorschläge von beiden Seiten. Von den gedruckten sind Tausende zur Versendung gekommen. Die Minderheit der Kommission, es waren vier Genossen, waren der Ansicht, daß zur Kontrolle der Kreisvorstand unter allen Umständen verpflichtet war, die Stimmzettel einzufordern, eben weil gedruckte Vorschläge hinausgegangen waren. Die vier Genossen verlangen daher, daß alle 5 Orte und Bothnang im Resultat zu streichen sind, aber auch die zwei Stuttgarter Bezirke sind zu streichen, weil sie ebenfalls keine Stimmzettel eingeschickt haben. Ich bitte den Parteitag, sich diesem Beschlusse anzupassen, die Wahl Bullmers für ungültig und das Mandat Westmeyers für gültig zu erklären.

Dr. Frank-Mannheim: Stadthagen hat Ihnen gesagt, es müsse vor allem der Wille des Kreises respektiert werden. Wenn Sie nun den zweiten Wahlgang für gültig erklären wollen, käme dann der Wille des Kreises zum Rechte? Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß von den 22 Landorten des Kreises beim zweiten Wahlgang nur zwei ihr Wahlrecht ausgeübt haben. (Hört! hört!) Die 20 anderen Orte haben überhaupt keine Urnen aufgestellt, sondern sich in öffentlichen Erklärungen gegen den zweiten Wahlgang verwahrt, indem sie von der gleichen Rechtsansicht ausgingen, die Ihnen heute die Kommission einstimmig vorgetragen hat. Auf Grund ihrer Kenntnis der Verhältnisse haben die Bewohner dieser 20 Orte schon damals die gleiche Meinung gehabt, wie die Kommission heute. An der zweiten Wahl hat sich nur ein Bruchteil der Genossen beteiligt. Diese Wahl kann also nicht den Willen des Kreises repräsentieren. Der zweite Wahlgang war zu Unrecht ausgeschrieben, der Wahlkreisvorstand hat seine Befugnisse überschritten. Es mußte verwirrend wirken, wenn der Vorstand zuerst das Resultat publizierte und dann eine neue Wahl ausschrieb. Der erste Wahlgang ist also allein gültig. Nun ist auf die Verbreitung der Wahlvorschläge und die Nichteinsendung der Wahlzettel hingewiesen worden. Der Vorstand hat in seinem Zirkular ausdrücklich verlangt, daß die Protokolle eingesandt werden müßten. Mit keinem Worte ist erwähnt worden, daß zur Nachprüfung auch die Zettel einzuschicken sind. Das war vielleicht ein Fehler des Vorstandes, aber wenn der Vorstand selbst in seinem Zirkular der Einsendung der Zettel nicht die entscheidende Bedeutung beilegt, dann können Sie nicht sagen, die Nichteinsendung macht die Wahl ungültig. Sie müssen dem Antrage der Kommission zustimmen, die zweite Wahl für ungültig erklären, bei der ersten Wahl die Stimmen von Bothnang ausscheiden und diejenigen Genossen für gewählt erklären, die die Kommission vorschlägt. Stadthagen meint, man könne die Wahl von Bothnang nicht ohne weiteres für ungültig erklären; er möchte die Sache vertagen und Beweise über die Hochzeit erheben. (Heiterkeit.) Wir sind schon mitten in der Parteitagswoche, da muß es zu einer Entscheidung kommen. Entscheiden Sie so, wie die Kommission nach sorgfältiger Prüfung der Sachlage vorschlägt. (Beifall.)

Dittmann-Solingen: Auch ich bin der Meinung, daß diese Frage leidenschaftslos zu erledigen ist. Man hat lediglich zu prüfen, was recht ist, und ganz außer acht zu lassen, um welche Personen es sich handelt. Die erste Frage ist die: Welches ist der Zweck der ganzen Wahl? Das ist der, dem Kreis unter allen Umständen eine Vertretung auf dem Parteitage zu sichern. Der Kreisvorstand jedes Wahlkreises ist verpflichtet, die Interessen des Kreises nach innen und außen in jeder Richtung wahrzunehmen. Er hat also auch dafür zu sorgen, daß der Kreis auf dem Parteitage vertreten wird. Erfährt nun der Kreisvorstand nach der Publizierung des Wahlresultats, daß Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, die nach seiner Meinung eine Kassierung der Mandate zur Folge haben müssen, dann entsteht für ihn die Verpflichtung, Maßnahmen zu ergreifen, daß trotzdem der Kreis auf dem Parteitag vertreten wird. Zu diesem Zwecke hat der Kreisvorstand sehr wohl das Recht, eine zweite Wahl auszuschreiben. Das greift dem Recht des Parteitages, selbst die Mandate seiner Mitglieder zu prüfen, in keiner Weise vor. Der Parteitag prüft nicht nur die Gültigkeit der zweiten Wahl, er hat chronologisch zu verfahren. Er hat zu prüfen, ob die Gründe, die zur zweiten Wahl führten, ausschlaggebend sind oder nicht. Kommt er zu dem Ergebnis, daß die erste Wahl zu Unrecht kassiert worden ist, dann ist der zweite Wahlgang überflüssig und ungültig. Kommt er zu dem Ergebnis, daß die erste Wahl ungültig ist, dann ist der zweite Wahlgang zulässig. Dann handelt es sich darum, ob die Mandate gültig sind. Das

ist der Weg, der einzuschlagen ist. Alles andere ist Formalismus, Vergewaltigung des Willens der Parteigenossenschaft. Ich erinnere an die Praxis der Gewerkschaften. Gerade der Genosse Scherm hätte sich daran erinnern sollen, was in seiner eigenen Gewerkschaft Usus ist. Auf der letzten Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Mannheim kam ein ähnlicher Fall vor. Da war ein Werftarbeiter aus Hamburg gewählt worden, gegen den ein Ausschlußverfahren schwebte. Er ist übrigens aus der Prüfung gereinigt hervorgegangen. Nach dem Statut ruhten nun Rechte und Pflichten. Er wurde aber gewählt, und die Ortsverwaltung Hamburg erklärte den Mann für gewählt. Was hat aber der Zentralvorstand in Stuttgart getan? Er hat dem Mann keine Aufforderung geschickt, zur Generalversammlung zu kommen, sondern demjenigen, der nach ihm die meisten Stimmen erhalten hatte. (Zuruf: Die Sache war ganz anders!) Ich will damit nachweisen, daß auch die Gewerkschaften den Standpunkt Landsbergs nicht teilen. In unserem Falle berühren die vorgekommenen Unregelmäßigkeiten derartig das Wahlresultat, daß der ganze erste Wahlgang ungültig ist. Nun haben beim zweiten Wahlgange 20 Orte nicht gewählt. Warum? Weil sie von der „Schwäbischen Tagwacht" aufgefordert wurden, sich der Wahl zu enthalten. Man hat es sich also selbst zuzuschreiben, wenn man bei der zweiten Wahl nicht auf seine Rechnung gekommen ist. Das Resultat des zweiten Wahlganges ist gültig, und die in dieser Wahl gewählten Delegierten haben das Recht, am Parteitag teilzunehmen. (Beifall und Zurufe.)

Stadthagen: Die Differenz zwischen mir und Frank ist nicht sehr groß. Wir legen beide auf den Bothnanger Vorfall Gewicht. Ich komme aber zu einem anderen Ergebnis. (Heiterkeit.) Genosse Frank will über Bothnang keinen Beweis erheben. Einverstanden. Wenn die Bothnanger Stimmen, wie auch Frank will, für ungültig erklärt werden, dann sind aber nicht nur die Bothnanger Stimmen abzuziehen, sondern es ergibt sich dann die Ungültigkeit der Wahl überhaupt, weil die Bothnanger Stimmenzahl so erheblich ist. Den Genossen Landsberg möchte ich bitten, reinlicher zuzuhören. Es ist mir nicht eingefallen, der Kommission vorzuwerfen, daß sie animos gegen Westmeyer vorgegangen ist. Wer das von mir gehört hat, was ich gesagt habe, und nicht das, was ich seiner Ansicht nach vielleicht sagen sollte (Heiterkeit), der konnte mich nicht mißverstehen. Ich habe auch nicht eine Diktatur der Kreisvorstände gefordert. Im Gegenteil, das volle Recht des Parteitages muß bestehen bleiben, aber auch die Freiheit der Wahl des einzelnen Kreises. Ich stimme mit Frank darin überein, daß es auf die wahre Stimmung der Wähler ankommt. Bei dem zweiten Wahlgang ist durchaus zu tadeln, wenn entgegen der Organisation in einem Kreise, mag man sie zehnmal für nicht richtig funktionierend halten, zu sagen, Genossen, wählt nicht, kümmert Euch nicht um die Anordnung der Organisation! (Sehr richtig!) Wer einer solchen falschen Parole folgt, der hat sich selbst das Wahlrecht genommen. Die zweite Wahl ist der wirkliche Ausdruck der Willensmeinung der Wähler. Die Schwierigkeit der Entscheidung hängt meines Erachtens damit zusammen, daß im Statut der Württemberger eine Bestimmung fehlt, um Unregelmäßigkeiten einen Riegel vorzuschieben. Ueberall, wo Urwahlen stattfinden, sind solche Bestimmungen getroffen, so zum Beispiel muß im vierten Berliner Kreise ein Wahlprotest binnen 8 Tagen an den Kreisvorstand gerichtet werden, der zunächst darüber ordnungsmäßig zu entscheiden hat. Aber auch ohne solcher praktischen Vorschrift ist ganz selbstverständlich, daß, wenn eine ungültige Wahlproklamation stattgefunden hat, eine gültige Wahl wieder von dem gleichen Organ anberaumt werden muß. Nehmen Sie an, es wäre z. B. falsch gezählt worden,

dazu ist gar keine Animosität nötig, das kommt vor. Wollen Sie da sagen: der Wahlvorstand hat deshalb, weil er schon einmal das Ergebnis publiziert hat, nicht das Recht, es durch die Genossen korrigieren zu lassen? Was Sie, Genosse Landsberg, über Aenderung des Ergebnisses der Wahl durch den Vorstand gesagt haben, das hätten Sie als Jurist nicht sagen sollen. (Heiterkeit.) Das Ergebnis darf selbstverständlich nicht geändert werden. Dem Vorstand liegt nur die Feststellung des Ergebnisses ob. Konnte das richtige Ergebnis bei der ersten Wahl nicht festgestellt werden, so ist eben das richtige Ergebnis durch eine zweite Wahl zu ermitteln. Der Parteitag hat zu befinden, ob die zweite Wahl zu Recht angeordnet war. Wenn nein, dann hat er zu prüfen, ob gegen die Gültigkeit der ersten Wahl Bedenken bestehen. Auch ich meine, wie Frank, daß wir nicht erst eine lange Beweiserhebung vorzunehmen brauchen. In Bothnang sind sicher Unregelmäßigkeiten vorkommen, die die Ungültigkeit bedingen. 200 Wähler sind dort an der Wahl möglicherweise gehindert worden und es ist überhaupt mit der Wahl bei der Hochzeit da ganz komisch vorgegangen worden. Wenn Sie auch dieser Ansicht sind, dann müssen Sie folgern, daß die erste Wahl in vollem Umfange ungültig und daß das Resultat der zweiten Wahl gültig ist und ich bitte Sie, in diesem Sinne dem Antrag der Kommission entgegen zu entscheiden.

Hintze-Berlin: Die Sache ist völlig klar gelegt. Sowohl durch den Vertreter der Kommission, wie durch die nachfolgenden Diskussionsredner, die zum Teil die Frage noch unklarer gemacht haben, als sie schon bisher war. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich beantrage Schluß der Besprechung.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Hoffmann-Hamburg hat das Schlußwort: Ich habe versucht, die Sache frei von jedem Beiwerk zu schildern (Sehr gut!), um die Vorgänge allgemein verständlich zu machen. Ich weiß nicht, ob jetzt dadurch, daß unsere Herren Juristen in der Sache gesprochen haben, sie klarer geworden ist. (Heiterkeit.) Ich möchte Sie auch bitten, bei Ihrer Entscheidung einfach den gesunden Menschenverstand, aber nicht Juristenweisheit entscheiden zu lassen. (Heiterkeit.) Wir wollen diese klar und offen zutage liegende Frage nicht durch juristische Spitzfindigkeiten entscheiden. Dittmann beruft sich darauf, daß in den Gewerkschaften zunächst die Zentralvorstände die Stimmzettel prüfen. Nun, das ist doch hier geschehen. Der Wahlkreisvorstand hat das Resultat der am 26. und 27. stattgefundenen Wahl am 29. August geprüft und in der „Tagwacht" am 30. August das Ergebnis bekanntgegeben. (Sehr richtig!) Damit hat er getan, was die Gewerkschaftsvorstände ebenfalls tun. In diesem Falle ist eben der Wahlkreisvorstand gewissermaßen der Zentralvorstand. Wohin würde es führen, wenn wir den Grundsatz anerkennen würden, daß der Kreisvorstand, nachdem er das Resultat publiziert hat, nach 5 Tagen eine neue Wahl anordnen kann, weil ihm dann Unregelmäßigkeiten bekannt geworden sind? Das würde dazu führen, daß dann bei verschiedenen Wahlen, wo innere Zwistigkeiten sind, der Vorstand es immer in der Hand hätte, Unregelmäßigkeiten festzustellen und immer nach seinem Willen eine andere Wahl anzuordnen. (Sehr richtig!) Hier lag der Fall ebenfalls so. Am 30. August publizierte der Kreisvorstand das Ergebnis. Am 5. September beraumte er die Neuwahl an, die bereits zwei Tage später stattfinden sollte. Auch darin liegt eine Gefahr. Man sollte doch verhindern, daß innere Zwistigkeiten auch in die Wahlen hineingetragen würden. (Sehr richtig!) Ich bin gefragt worden, ob auch Wahlvorschläge als Stimmzettel abgegeben sind. Das ist nicht der Fall, einige Kollegen der Mandatsprüfungskommission haben festgestellt, daß nur offizielle Stimmzettel abgegeben sind. Daraus folgt doch, daß diejenigen, die gewählt haben, sehr wohl

wußten, was sie taten. Also auch da kann nach keiner Richtung hin von einer Beeinflussung die Rede sein. (Sehr richtig!) Im übrigen möchte ich den Stuttgarter Genossen und den Genossen des ersten württembergischen Kreises den Rat geben, dafür zu sorgen, daß die Zwistigkeiten aus der Welt geschafft werden. Ich könnte hier einen Brief verlesen, worin der Vorsitzende eines Ortsvereins schreibt, wir machen nicht mehr mit, am besten ist es, Ihr schreibt uns gar nicht mehr, Ihr braucht uns kein Material zu schicken, wir wollen mit Euch nichts mehr zu tun haben, wir bleiben für uns allein. (Hört! hört!) Soweit sind die Zwistigkeiten gediehen. Auf die Personen hat die Mandatsprüfungskommission natürlich keine Rücksicht genommen, sie hat sich nur von sachlichen Erwägungen leiten lassen. Die zweite Wahl aber darf auf keinen Fall für gültig erklärt werden, denn das würde zu unheilbaren Konsequenzen führen. (Sehr richtig!)

Liebknecht (persönlich): Es ist mir von Landsberg vorgeworfen, ich hätte die Ansicht vertreten, das Recht des Parteitages auf Prüfung der Legitimation seiner Mitglieder solle beschränkt werden. Im Gegenteil, ich habe das Recht des Parteitages aufrecht erhalten und nur die Ansicht vertreten, daß der Parteitag auch darüber zu entscheiden habe, ob vom Kreisvorstand mit Recht eine zweite Wahl anberaumt worden ist. Damit ist doch das Recht auf Prüfung der Legitimationen vollkommen gewahrt.

Vorsitzender Leber: Ich schlage vor, daß wir zunächst über den Antrag der Kommission auf Gültigkeitserklärung der Mandate von Hildenbrand Rapp, Sämann und Frau Duncker abstimmen. In zweiter Linie käme der Antrag Ludwig, die Wahlen von Westmeyer und Rapp für gültig, die von Bullmer für ungültig zu erklären.

Vorsitzender **Dietz**: Es ist noch ein Antrag Dittmann eingereicht worden. Allerdings war die Diskussion schon geschlossen, wir waren mitten in der Abstimmung. (Widerspruch.) Wenn das Bureau das erklärt, so gilt das. (Lebhafte Zustimmung.) Ich möchte auf das lebhafteste dagegen protestieren, daß meine Worte bezweifelt werden. (Erneute Zustimmung.) Mir ist der Antrag vom Schriftführer überreicht worden, als wir uns nach Schluß der Diskussion bereits in der Abstimmung befanden. (Dittmann: Ich bitte ums Wort! — Große Unruhe und Schlußrufe.)

Vorsitzender Leber: Ich habe Dittmann das Wort zu erteilen.

Dittmann: Parteigenossen! (Schlußrufe.) Ich habe einen Antrag eingebracht — (Ruf: Abtreten, während der Abstimmung gibt es das Wort nicht!)

Vorsitzender Leber: (Ich habe Dittmann das Wort zu erteilen.)

Dittmann: Ich habe meinen Antrag eingebracht, als sich der erste Redner meldete, um den Schluß der Debatte zu begründen, nicht aber als wir uns schon in der Abstimmung befanden. Genosse Dietz sagt, der Schriftführer habe ihm den Antrag erst während der Abstimmung überreicht. Es ist doch nicht mein Verschulden, wenn der Schriftführer dem Vorsitzenden den Antrag nicht gibt. Ich verlange, daß mein Antrag verlesen und daß darüber abgestimmt wird.

Schriftführer **Schiebel**-Leipzig: Ich will nur feststellen, daß Dittmann den Antrag eingereicht hat, als bereits Schluß der Debatte eingetreten war. (Hört! hört! — Dittmann: Nein, während der Begründung des Schlußantrages, also vor der Abstimmung.)

Stadthagen (zur Geschäftsordnung, wird, als er die Rednertribüne besteigt, mit Schlußrufen empfangen): Aber Sie leiten doch nicht, sondern unser Präsident. Sie müssen doch so viel Achtung vor dem Präsidenten haben, daß Sie einen Redner, dem er das Wort erteilt hat, auch sprechen lassen. Bleiben Sie

doch ruhig und mäßigen Sie Ihre Leidenschaft. Ich habe mich lediglich gemeldet, um vorzuschlagen, daß wir zunächst abstimmen über den Antrag der Kommission, ob das Mandat Westmeyers ungültig sein soll, und zweitens darüber, ob das Mandat von Bullmer gültig sein soll. Wir können doch hier nicht im Ramsch abstimmen.

Hoffmann-Hamburg zur Geschäftsordnung: Ich bitte Sie, so abzustimmen, wie wir in der Mandatsprüfungskommission abgestimmt haben. (Sehr richtig!) Zunächst darüber: Ist die Anordnung der zweiten Wahl zu Recht erfolgt? Bejaht der Parteitag diese Frage, dann sind ohne weiteres die Mandate der in der zweiten Wahl Gewählten als gültig zu erklären. Wird das verneint, so muß abgestimmt werden, ob das Mandat von Westmeyer aus der ersten Wahl gültig ist oder nicht. Dann haben wir Klarheit. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Parteitag schließt sich diesem Abstimmungsmodus an.

Die Anordnung der zweiten Wahl wird mit großer Mehrheit für ungültig erklärt.

Ebenso tritt der Parteitag mit großer Mehrheit dem Antrage der Mandatsprüfungskommission bei, die Mandate von Hildenbrand, Napp, Sämann und Frau Duncker für gültig, das Mandat von Westmeyer dagegen für ungültig zu erklären. (Das Mandat von Bullmer ist durch den ersten Beschluß für ungültig erklärt.)

Der Antrag Ludwig-Hagen, die Wahl von Westmeyer und Napp für gültig, die von Bullmer für ungültig zu erklären, ist dadurch erledigt.

Es tritt die Mittagspause ein.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Leber** eröffnet die Sitzung und stellt den Antrag 74 zur Verhandlung. Er teilt mit, daß dieser Antrag jetzt nicht mehr „Westmeyer und 105 Genossen" heiße, sondern „Duncker und 104 Genossen". (Heiterkeit.)

Frau **Duncker**-Stuttgart begründet den Antrag: Die Vorgänge, die sich auf der letzten württembergischen Landeskonferenz abgespielt haben, haben in weiten Kreisen der deutschen Parteigenossen berechtigtes Aufsehen erregt. (Zurufe württembergischer Delegierter: Das ist unwahr!) 56 Delegierte, die 8000 von 28 000 organisierten Genossen vertreten, haben demonstrativ die Landesversammlung verlassen, nachdem der von den Stuttgarter Genossen eingebrachte Antrag auf Schaffung einer Preßkommission zur Ueberwachung der prinzipiellen und taktischen Haltung der „Schwäbischen Tagwacht" abgelehnt worden war, und nachdem zweitens die Landesversammlung den Redakteuren Westmeyer und Krille, die die Anschauungen der Stuttgarter Genossen in der „Tagwacht" vertreten haben, die Kündigung ausgesprochen hatte. Diese Angelegenheit ist keine württembergische mehr, sie geht die Gesamtpartei an. Wir bringen sie deshalb vor das Forum des Parteitages. Die Differenzen, die die württembergische Partei erschüttern, sind dieselben Differenzen sachlicher und prinzipieller Art, die auch in der Gesamtpartei zum Ausdruck kommen. Wenn man die Vorgänge auf der württembergischen Landesversammlung verstehen will, dann muß man sich eine sehr merkwürdige Tatsache vor Augen halten, die den Schlüssel zum Verständnis der ganzen Situation bei uns in Stuttgart gibt. Es besteht nämlich die ganz anormale Tatsache, daß seit Jahrzehnten zwischen der Mehrheit der Stuttgarter Parteigenossen und ihrem Organ der schärfste Gegensatz in der politischen Auffassung besteht. (Keil: Das ist nicht wahr!) Woher ist dieser Gegensatz gekommen? Der Chefredakteur der „Tagwacht" ist rasch fertig mit seiner Antwort. Nach ihm handelt es sich nur um persönliche Anfeindungen von seiten des Stuttgarter Lokalredakteurs Westmeyer, der als Vorsitzender der Stuttgarter Parteiorganisation nach der Ansicht Keils die Parteigenossen in Stuttgart gegen ihn und seine Redaktionsführung aufhetzt. Diese Zurückführung des Gegensatzes auf Ursachen rein persönlicher Natur, wurde in Dutzenden von Parteiversammlungen versucht, und sie hat auch auf der letzten Landesversammlung gewissermaßen den Gedankengang und die Haltung der Mehrheit der Delegierten bestimmt. Gerade diese Auffassung, daß es sich nur um persönliche Angelegenheiten handelt, ist das größte Hindernis der Verständigung, das größte Hindernis einer friedlichen Erledigung der Differenzen. Um aber die sachlichen Gründe des Gegensatzes zwischen der Mehrheit der Stuttgarter Genossen und ihrem Organ verständlich zu machen, muß ich weiter ausholen.

Die „Tagwacht" war bis vor wenigen Jahren das einzige Parteiblatt Württembergs. Württemberg war ja noch bis vor kurzem das Land des Kleinbürger- und Kleinbauerntums. Im letzten Jahrzehnt hat aber eine außerordentlich rasche Entwickelung eingesetzt. Diese wirtschaftliche Umwälzung zeigt sich auch in der Parteientwickelung. 1907 hatten wir 18 000 organisierte Genossen in Württemberg, jetzt sind es 28 000. In Groß-Stuttgart hat sich die Entwickelung ebenso rasch vollzogen. 1907 waren es 4500 Genossen, 1911 sind es 8400. Diese Entwickelung hat sich jedoch nicht gleichmäßig über ganz Württemberg verbreitet, sondern es trat eine immer schärfere Differenzierung der sozialen Struktur in Württemberg ein. Das Industriegebiet Stuttgart mit den Städten Eßlingen, Göppingen und Gmünd, stellt jetzt mehr als die Hälfte der württembergischen Parteimitglieder. In den Städten spitzt sich natürlich der Klassengegensatz mehr zu. Die Genossen mußten von ihrem Organ erwarten, daß es dieser Entwickelung Rechnung trägt. Ich will nicht davon reden, was die „Tagwacht" früher war. Solange ich sie kenne, seit den letzten vier Jahren, kann man wohl sagen, daß die Redaktion offenbar den Glauben hatte, durch das Zurücktretenlassen der scharfen programmatischen Forderungen zum Ziele zu gelangen. Wenn man die Jahrgänge durchgeht, so ist, von den Festartikeln zum 1. Mai abgesehen, in einem ganzen Jahrgange kein Dutzend Artikel grundsätzlicher Art, keine klare und entschiedene Stellungnahme zum Staat, zur Monarchie, zur Kirche, zur Schule zu finden. Die „Tagwacht" mißt dem Parlamentarismus, dessen Bedeutung gewiß niemand unterschätzt (Rufe: Na, na!), ein unverhältnismäßig großes Gewicht bei und sieht ihre Aufgabe oft mehr in persönlicher Reklame für unsere Mandatare, als in der Betonung der Grundsätze, die sie zu vertreten haben. Ich erinnere an die Oberbürgermeisterwahl und an die Reklame, die für Genossen Lindemann gemacht wurde. Bei Besprechung politischer Ereignisse verfährt die „Tagwacht" oft recht oberflächlich und krittelt an den Personen herum, statt die sachlichen Zusammenhänge aufzudecken. Den Stuttgarter Arbeitern, denen die wirtschaftlichen Verhältnisse immer mehr Klassenkampflogik einpaukten, konnte diese geistige Kost nicht mehr genügen, und die Mißstimmung wurde daher immer größer. Die Genossen waren auch davor bewahrt, einer Ueberschätzung des Parlamentarismus zum Opfer zu fallen. Da war unsere württembergische Landtagsfraktion der beste Lehrmeister. Unsere Abgeordneten konnten in Stuttgart nicht die Autorität genießen wie auf dem Lande, weil man sie in Stuttgart besser kennt und ihre schwächliche Stellungnahme zu manchen Fragen immer vor Augen hat. Ich erinnere nur an ihre Zustimmung zu dem reaktionären Volksschulgesetz, an das mehrfache Zerfallen unserer Fraktion in mehrere kleine Fraktionchen, an die Budgetbewilligung, an das Friedrichshafener Frühstück, das Königshoch, das Ministeressen usw. (Lachen bei den württembergischen

Abgeordneten). Das alles forderte die Kritik der Stuttgarter Genossen in schärfster Weise heraus. Dazu kommt die nichtachtende Behandlung der Genossen, die Rechenschaft forderten. Diese Behandlung erreichte ihren Höhepunkt in der Versammlung vom 4. August, als Hildenbrand seine Teilnahme am Ministeressen verteidigte. Da rief Hildenbrand den aufgeregten Massen zu: „Empören Sie sich, so viel Sie wollen, ich rede nicht für Sie, ich rede zu meiner eigenen Beruhigung!" (Hört! hört!) Und nachdem er so bewiesen hatte, daß er sich aus der Brüskierung seiner Wähler nicht allzuviel mache, entschuldigte er sein Verhalten damit, daß ein Fernbleiben der Fraktion vom Ministeressen eine Brüskierung des Ministers gewesen wäre. (Hört! hört!) Die „Tagwacht" hat alledem gegenüber kein Wort der Kritik gefunden. Im Gegenteil, sie hat vertuscht und verteidigt. Keil hat mehrfach ausgeführt, daß er seine Aufgabe nicht in der Kritik führender Genossen sehe, oder, wie er auf der Landesversammlung erklärte: er habe keine Lust, die Fahne der Rebellion gegen seine Fraktionskollegen zu erheben. (Hört! hört! — Keil ruft: Das habe ich nicht gesagt!) Aus der Erkenntnis dieses Widerspruches heraus verlangen die Stuttgarter Genossen von ihrem Parteiorgan immer ungestümer grundsätzliche Aufklärung und schärfere Herausarbeitung des Klassenkampfstandpunktes. Es ist im Grunde derselbe Vorgang, wie er sich vor Jahren in Berlin vollzogen hat, wo die Parteigenossen auch nicht mit der Haltung des „Vorwärts" einverstanden waren. Den Berlinern ist der Einfluß auf das Organ durch die Preßkommission gesichert worden. Alle württembergischen Parteiorganisationen, die nur einigermaßen die Mittel haben, haben sich inzwischen eigene Organe geschaffen. 1908 haben wir das „Neckarecho" in Heilbronn bekommen, 1910 die „Göppinger Volkszeitung", 1911 ein Blatt in Eßlingen, und am 1. Oktober werden noch Reutlingen und Ulm mit einem Blatt auf den Plan treten. Die Genossen in diesen Orten haben eine Presse, die ihnen unterstellt ist, während die größte Parteigenossenschaft Württembergs dazu verurteilt bleiben soll, ein Blatt zu lesen, das ihren Anforderungen nicht entspricht, es finanziell in der Hauptsache zu unterhalten, aber nichts dazu sagen zu dürfen. Wir verlangten, durch eine Preßkommission Einfluß auf das Blatt zu gewinnen. Sollte die Preßkommission aber den Wunsch der Stuttgarter erfüllen, dann mußte sie auch so zusammengesetzt sein, daß nicht die Genossen der ländlichen Bezirke die des Industriebezirks majorisieren konnten. In der Parteiversammlung vom 4. August wurde die Forderung der Stuttgarter dahin präzisiert, daß die Preßkommission aus neun Mitgliedern bestehen solle, wovon drei gemeinsam vom Landesvorstand und Landesausschuß und sechs von der Parteigenossenschaft Groß-Stuttgarts gewählt werden sollten. Es war vorauszusehen, daß bei dem Uebergewicht, das die ländlichen Delegierten durch ein ungerechtes Delegationssystem auf der Landesversammlung haben, und durch die einseitige Information, die diese Bezirke durch die revisionistischen Genossen erhielten, die fast ausschließlich vom Landessekretariat auf Agitation geschickt wurden — ich sage, es war vorauszusehen, daß die Landesversammlung den Wünschen der Stuttgarter nicht günstig gestimmt sein werde. Zur Kennzeichnung des Delegationssystems weise ich darauf hin, daß Mitgliedschaften bis zu 100 einen Delegierten haben, und daß auf die große Spanne zwischen 101 und 499 Mitglieder ein zweiter Delegierter kommt. (Hört! hört!) Dieser ungerechte Modus führt dazu, daß 49 Delegierte aus Orten von 6—20 Mitgliedern auf der Landesversammlung im ganzen 723 Mitglieder hinter sich hatten, während Groß-Stuttgart mit seinen mehr als 8000 Mitgliedern nur 43 Delegierte hatte. (Zuruf: Das ist ein Skandal!) Deshalb brachten die Stuttgarter einen Antrag ein, der den Mitgliedern des Industriegebietes das ihnen nach ihrer Zahl zukommende Gewicht in der Preßangelegenheit verleihen sollte. Es wurde gefordert, daß auf Antrag von 15 Delegierten namentliche Abstimmung eintreten müsse, und daß dann die Abstimmung nach der Zahl der vertretenen Parteigenossen vorzunehmen sei. Dieser Antrag wurde glatt abgelehnt. Darauf wurde ein Kompromißantrag eingebracht, auf Anraten und nach Besprechung mit Genossen Ebert, der als Vertreter des Parteivorstandes dort war. Der Antrag ging dahin, daß eine Preßkommission gebildet werden solle nach dem Vorbild der Berliner Preßkommission, die gleichberechtigt mit dem Landesvorstand die prinzipielle und taktische Haltung der „Tagwacht" überwachen sollte. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Körperschaften sollte der Landesausschuß den Ausschlag geben. Die Preßkommission sollte aus sieben Mitgliedern bestehen, von denen vier von den Mitgliedern Groß-Stuttgarts und je eines von der Kreisgeneralversammlung des ersten, zweiten und vierten Reichstagswahlkreises gewählt werden sollten. Obwohl Genosse Ebert sich dafür ins Zeug legte, wurde der Antrag abgelehnt. Dagegen nahm die Landesversammlung einen anderen Antrag an, wonach die Wahl der sämtlichen sieben Mitglieder der Preßkommission auf den Kreisgeneralversammlungen der genannten drei Kreise erfolgen sollte. Das Delegationssystem zu den Kreisgeneralversammlungen ist aber ein ganz ähnliches, wie das zur Landesversammlung, es gibt den kleinen ländlichen Mitgliedschaften ein entschiedenes Uebergewicht. Eine derartige Preßkommission konnte, wenn wir sie mit der rein revisionistischen Neubesetzung des Landesausschusses und der überwiegend revisionistischen Zusammensetzung des Landesausschusses zusammenhalten, nur ein Messer ohne Klinge und ohne Griff für uns sein. Die radikale Minderheit mußte schon in der Annahme dieses Antrages eine Mißachtung ihrer berechtigten Forderungen erblicken. Dem Faß den Boden schlug aber der Antrag Göring aus, den vier Redakteuren der „Tagwacht" Keil, Roßmann, Westmeyer und Krille zu kündigen. Das war erstens ein Eingriff in die Rechte der noch zu wählenden Preßkommission. (Sehr richtig!) Weiter aber, wenn wir berücksichtigen, daß Keil durch sein Reichstags- und Landtagsmandat und durch die zugesicherte ständige Mitarbeit an der „Tagwacht" hinreichend versorgt war, und daß Roßmann für das neu zu gründende Blatt in Ulm in Aussicht genommen war, stellte sich dieser Antrag Göring als eine nackte Maßregelung von Westmeyer und Krille dar. (Sehr richtig!) Dazu kam, daß Westmeyer als Vorsitzender des Stuttgarter Ortsvereins der Fahnenträger der Stuttgarter Parteigenossen ist. Eine solche Behandlung konnten die Stuttgarter sich nicht gefallen lassen. Namentliche Abstimmung — abgelehnt. Preßkommission — abgelehnt. Kompromißantrag von Ebert — abgelehnt. Dann eine anderthalbstündige Rede von Keil, und Westmeyer konnte darauf nicht antworten. (Zurufe: Ein solcher Schwindel!) Ja, als Westmeyer dann zu einer persönlichen Bemerkung das Wort nehmen wollte, wurde er niedergeschrien und dann wurde der Antrag Göring angenommen, trotz des Abmahnens der Genossen Dietz und Ebert. Halten wir uns das alles vor Augen und machen wir uns noch den sehr gravierenden Umstand klar, daß der dritte Teil der Landesversammlung, 102 Delegierte, nur 328 „Tagwacht"-Leser repräsentierten (Hört! hört!), während das Groß-Stuttgarter Industriegebiet 12 700 „Tagwacht"-Leser hat, so wird dieser Umstand noch viel gravierender. (Sehr richtig!) Und wir müßten doch jede Selbstachtung verloren haben, wenn wir uns das hätten gefallen lassen. Und hätten wir uns gefügt, so hätte das auch nicht zum Frieden geführt, sondern der Krieg wäre in Permanenz erklärt worden. Das ganze Parteileben leidet unter den ungesunden Verhältnissen, die die Landesversammlung sanktioniert hat. Um des Friedens willen sehen wir uns genötigt, den einzigen Weg, der noch offen steht, zu beschreiten, und den Parteitag, die oberste Instanz der Partei, anzurufen. Wir

sind dazu berechtigt, denn wir vertreten in dieser Angelegenheit die Auffassung der Gesamtpartei, und auch der Vertreter des Parteivorstandes stand auf unserer Seite und erkannte unsere Forderung als berechtigt an. Wir verlangen selbstverständlich nicht, daß Sie in der Sache selbst entscheiden, das wäre nur möglich nach eingehender Prüfung. Wir fordern nur, daß der Parteivorstand mit dem württembergischen Landesvorstand und der Stuttgarter Parteileitung zusammentritt und die Sache prüft und schlichtet, damit endlich bei uns der Friede einkehrt, der notwendig ist, wenn wir geschlossen dem gemeinsamen Feind begegnen sollen. (Lebhafter Beifall und Rufe: Schöne Friedensrede!)

Dietz: Parteigenossen! Ich habe mich zum Antrag 74 gemeldet, um Sie zu ersuchen, den Antrag, wie er gedruckt vorliegt, anzunehmen unter Ablehnung jeder Debatte. Eine Debatte würde kein klares Licht in die Dinge bringen können, denn man hat in Württemberg nicht nur 16 Stunden auf der Landesversammlung, sondern vielleicht 100 Stunden und mehr die Angelegenheit diskutiert und sie ist nicht gefördert, sondern so weit gebracht worden, daß sie vor dem Parteitag erscheint. Daher ist es am klügsten, den Antrag, wie er von der Genossin Duncker und 104 Genossen eingebracht ist, anzunehmen und von jeder Debatte abzusehen. (Lebhafter Widerspruch.) Darüber hat der Parteitag zu beschließen, ob er debattieren will. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Ich stelle den Antrag, daß der Parteitag beschließen möge, von jeder Debatte abzusehen und den Antrag, wie er vorliegt, dem Parteivorstand zu überweisen.

Materiell will ich auf die Angelegenheit nicht eingehen, sondern nur einige Streiflichter darauf zu werfen suchen. Man hat mir vorgeworfen, daß ich als alter Parteigenosse nicht in der Lage war, die Sache an Ort und Stelle beizulegen. Sehen Sie sich einmal Viktor Adler an, der ist gewiß ein großer Diplomat und ein noch größerer Stratege, mit dem ich mich nicht messen kann und will. Aber auch er hat es nicht fertiggebracht, einen Ausgleich mit Böhmen herbeizuführen, er hat dem Unheil den Lauf lassen müssen. Wir haben auch in Deutschland und speziell in Württemberg einiges, was an Böhmen erinnert, und wenn der Streit in Böhmen einen für die Partei nicht erfreulichen Ausgang genommen hat, so haben wir doch das Zutrauen, daß in Deutschland ein solches Böhmen nicht aufkommen kann. Denn wir sind Manns genug, um ein solches Feuer zu ersticken.

Wenn der tschechische Proletarier ausruft:

Moji nepráteló jsou tvoji nepráteló;
Tvoji nepráteló jsou moji nepráteló.

so versteht der österreichische Proletarier das ohne weiteres.

Wenn aber der österreichische Proletarier ausruft: „Meine Feinde sind Deine Feinde und Deine Feinde sind meine Feinde", dann sagt Bruder Tscheche: „Nix daitsch, nix daitsch", er versteht das nicht oder will es nicht verstehen.

In Württemberg bestehen Unterschiede zwischen Nord und Süd. Es liegt das am Dialekt, am Temperament, an der Lebensweise und an der Entwickelung der Partei. Die Differenzen zwischen Stadt und Land sind daraus nicht schwer zu begreifen. Wenn man aber den Streit hier „geschmackvoll" einen Streit zwischen Radikalen und Revisionisten genannt hat, so trifft das nicht zu. (Lebhaftes Sehr richtig!) Der Streit ist vielmehr entstanden aus starken persönlichen Differenzen in der Redaktion der „Tagwacht". (Lebhaftes Sehr richtig!) Wenn solche persönlichen Differenzen

monate- und jahrelang dauern, ziehen sie immer weitere Kreise, und daher ist auch der Streit nicht einfach zu schlichten. Wir können ja „Strafbayern" nicht nach Württemberg schicken, aber wir können den Parteivorstand beauftragen, reinen Tisch zu machen. Das Land hat durch verschiedene Handlungen in Groß-Stuttgart die Besorgnis, man wolle ihm sein „Blättle" nehmen, wie man dort sagt, und das geben sie nicht zu. So ist der Streit von dem persönlichen Gebiet ab und dahin gedrängt worden, daß man im Lande fürchtet, Stuttgart wolle sich des Blattes bemächtigen. Die zu gründenden Lokalblätter bilden einen gewissen Grund auch für Groß-Stuttgart, einen stärkeren Einfluß auf das Hauptblatt zu gewinnen. Man hat gegründet und will noch weiter gründen und das kompliziert die Sache. Daß man gute Erfahrungen mit den Gründungen machen wird, möchte ich bezweifeln, an Gerisch werden wohl bald Anforderungen herantreten, Zuschüsse zu leisten.

Ich will hiermit schließen, denn näher auf die Sache einzugehen, hat keinen Zweck. Die Debatte würde endlos werden, würde tagelang dauern und am Ende wären wir so klug wie vorher. Nehmen Sie also den Antrag an und auch meinen Antrag, daß von jeder Debatte abgesehen und der Antrag dem Vorstand überwiesen wird. Ich bin fest überzeugt, wenn die nötigen Untersuchungen an Ort und Stelle angestellt werden, wird der Friede bald einziehen. (Lebhafter Beifall.)

Hildenbrand: Ich habe mich vor Tisch Dietz gegenüber einverstanden erklärt damit, diesen Antrag auf diese Weise zu erledigen, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß die Begründung des Antrages in einer Weise erfolgt, daß die württembergische Landesorganisation nicht im Interesse ihrer Ehre und Würde Protest zu erheben hat. Nach der Rede der Genossin Duncker würde ich es als Beleidigung der württembergischen Landesorganisation seitens des Parteitages ansehen, wenn er uns nicht die Gelegenheit geben würde, auf diese Begründung zu antworten. (Sehr richtig bei den Süddeutschen. Widerspruch bei der Mehrheit.)

Ebert: Auch ich bedauere, daß Genossin Duncker bei der Erörterung des Antrages die Vorgänge in Stuttgart und Württemberg materiell behandelt hat. (Dr. Frank: Und wie behandelt!) Ich will nicht darüber reden, inwieweit Genossin Duncker Unrichtigkeiten vorgebracht hat. Ich muß aber sagen, daß danach allerdings ungemein schwer das zu erzielen ist, was sie uns in ihrem Antrage vorschlägt. Wenn sie wollen, daß der Parteivorstand neue Vermittelungsversuche in Württemberg unternehmen soll, dann darf natürlich der Streit nicht verschärft werden. Der Parteivorstand darf bei seinen Verhandlungen auch nicht durch eine Entscheidung oder Willenskundgebung des Parteitages gebunden sein. Deshalb muß auch ich dringend bitten, von weiteren Debatten Abstand zu nehmen. (Widerspruch.) Wir haben die Sache in Württemberg eingehend behandelt und wenn ich Ihnen sage, daß der Sekretär des Landesvorstandes vor einigen Wochen zu einer objektiven Darstellung des Streitfalles allein drei Stunden gebraucht hat und daß auf dem letzten Parteitag nach einem Referat von 2 Stunden zu dieser Frage fast 2 Tage lang diskutiert wurde, dann können Sie sich denken, daß die Debatte ins Uferlose gehen würde, wenn wir sie eröffneten. So sehr ich also bedauere, daß Genossin Duncker abgewichen ist von einer formalen Begründung des Antrages, bitte ich Sie doch, im Interesse der Partei und der Möglichkeit, überhaupt Frieden schaffen zu können, von einer Debatte abzusehen. (Lebhafte Zustimmung.)

Richard Fischer: Es ist zweckmäßig, wie die Dinge liegen, von einer weiteren Erörterung abzusehen. Aber ich glaube, daß der Parteitag die

Verpflichtung hat, nach der Rede der Genossin Duncker einen von der Gegenseite das Wort zu geben. (Zustimmung und lebhafter Widerspruch.)

Keil: Ich bitte, dem Vorschlage Fischers zuzustimmen. (Nein, nein!) Sie haben vorhin voller Entrüstung Hört! hört! gerufen, als Ihnen vorgetragen wurde, daß auf der württembergischen Landesversammlung eine 1½stündige Anklagerede gehalten worden sei, daß man jedoch dem angeblich Angeklagten das Wort zur Verteidigung nicht gegeben habe. Diese Darstellung ist an sich falsch, ich kann jedoch jetzt nicht darauf eingehen. Sie wird in der gesamten Parteigenossenschaft Württembergs Anlaß zur hellsten Entrüstung geben. (Lachen.) Sie würden sich aber der größten Ungerechtigkeit schuldig machen, wenn Sie die Dunckersche Rede ohne ein Wort der Erwiderung lassen würden, wenn diese Rede ins Protokoll und in die gesamte Oeffentlichkeit kommen würde, ohne daß eine Antwort darauf gegeben werden kann. Die über die württembergische Landesversammlung in der norddeutschen Parteipresse verbreiteten Berichte waren so einseitig, verletzend und tendenziös, wie nur irgend möglich. (Zustimmung bei den Süddeutschen, Lärm bei einem Teil der Delegierten.) Schon aus diesem Grunde, aber auch mit Rücksicht auf den Charakter der Rede der Genossin Duncker ist es eine Forderung der Gerechtigkeit und Objektivität (Lachen) — Sie haben ja ganz falsche Darstellungen bekommen! — wenigstens einem der Redner, die eine andere Darstellung und eine Antwort geben wollen, das Wort zu erteilen. (Zustimmung. — Widerspruch.)

Knauer-Sonneberg: Der Parteitag kann sich, um den Schein irgendeiner Vergewaltigung zu vermeiden, einverstanden erklären, daß ein Redner der württembergischen Landesleitung zu Worte kommt. Er hätte sich auf die Aeußerungen der Genossin Duncker zu beschränken und nur darauf zu antworten, nicht aber die ganze Frage aufzurollen und stundenlang darüber zu reden.

Auer-München: Der Zweck des vorliegenden Antrages, so wurde uns mitgeteilt, sollte sein, Frieden zu stiften. Dazu ist die Rede der Genossin Duncker nun wirklich nicht angetan. (Sehr richtig!) Ich hätte den Antrag Dietz begrüßt, wenn er vor der Dunckerschen Rede gekommen wäre. (Lebhaftes Sehr richtig)! Nachdem nun eine Reihe der Dunckerschen Behauptungen von dem anderen Teil als unrichtig bezeichnet werden, müssen wir, um das Ansehen des Parteitags zu wahren, einem Vertreter der Genossen, die dies behaupten und angegriffen sind, die Möglichkeit einer Richtigstellung geben. Ich stelle den Antrag, Hildenbrand als Vertreter der württembergischen Landesorganisation das Wort zur Richtigstellung der Dunckerschen Unrichtigkeiten zu geben und dann Schluß der Debatte zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Dietz: Wenn Sie den Antrag Auer-Fischer annehmen, dann können Sie die Debatte nicht mehr aufhalten, denn ein Wort wird das andere geben. (Sehr wahr!) Auch die Genossen aus Württemberg werden bei besserer Ueberlegung einsehen, daß mit meinem Vorschlag der Sache am besten gedient ist. (Hildenbrand: Dagegen verwahren wir uns, wir stehen doch nicht unter Kuratel!)

Adolf Hoffmann (mit Rufen der Ungeduld empfangen): Ich will nur darum reden, damit Sie schneller zur Abstimmung kommen. (Große Heiterkeit.) Nach § 4 der Geschäftsordnung hat nach formalen Anträgen nur je ein Redner für und einer gegen das Wort. Wäre danach verfahren, dann wären wir schon bei der Abstimmung. Geben wir einem Redner von dieser Seite (nach dem Tisch von Hildenbrand, Keil, Frank usw. weisend) das Wort, so muß mindestens Genossin Duncker noch einmal reden.

Der Antrag Dietz wird unter Beifall angenommen. Ebenso Antrag 74. (Große Bewegung.)

Das Wort erhält zu folgender Erklärung

Hildenbrand: Die unterzeichneten württembergischen Mitglieder des Parteitages haben zu dem Antrage Westmeyer, Duncker, Zetkin und Genossen folgende Erklärung abzugeben:

> Die württembergische Landesorganisation ist ernstlich bemüht, die in ihrer Mitte bestehenden Differenzen zu schlichten. Die überwiegende Mehrheit der Parteigenossen des ganzen Landes ist von dem festen Willen erfüllt, den persönlichen, die Parteiarbeit schädigenden Streitigkeiten ein Ende zu machen, ohne damit die geordnete Austragung sachlicher Meinungsverschiedenheiten zu unterbinden. Will der Parteivorstand die württembergische Landesorganisation in diesem Bemühen unterstützen, so wird das zweifellos von allen Parteigenossen Württembergs einmütig begrüßt werden. Die württembergische Landesorganisation wird wie bisher auch künftig im Sinne und Geiste der Gesamtpartei arbeiten und bedarf daher nach dieser Richtung keiner besonderen Weisungen. Deshalb weisen die Unterzeichneten namens der von ihnen vertretenen württembergischen Parteigenossen den durch den Wortlaut des Antrages Westmeyer und Genossen erweckten Anschein, als arbeite die württembergische Landesorganisation bisher nicht im Sinne und Geiste der Gesamtpartei, als eine beweislose Behauptung mit Entschiedenheit zurück.

K. Hildenbrand (1. württemb. Wahlkreis), G. Fischer (2. württemb. Wahlkreis), G. Hitzler (3. württemb. Wahlkreis), Chr. Renz (4. württemb. Wahlkreis), K. Trost (5. württemb. Wahlkreis), J. Kurz (6. württemb. Wahlkreis), W. Benz (14. württemb. Wahlkreis), W. Keil, Mitglied des Reichstages.

David (zur Geschäftsordnung): Man hat mir das Wort zur Geschäftsordnung vorhin verweigert, obwohl ich mich in einem Zeitpunkt meldete, als noch keine Abstimmung in Frage kam. Man hat mir das Wort verweigert, nachdem es eine Reihe anderer Redner erhalten hatten, so daß also der vom Genossen Hoffmann angezogene Paragraph der Geschäftsordnung gar nicht in Betracht kommen konnte. Ich wollte das hier nur konstatieren. Es ist der zweite Fall von Vergewaltigung in dieser Angelegenheit. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen. — Lebhafter Widerspruch bei der Mehrheit, der der Redner beim Verlassen der Tribüne zuruft: Sie müssen wohl in dieser Sache ein sehr böses Gewissen haben!)

Es folgt der Antrag 69, der die genügende Unterstützung findet.

Ebert (zur Geschäftsordnung): Genosse Dietz hat vorgeschlagen, die Angelegenheit der Beschwerdekommission zur Prüfung zu überweisen. Es liegt darüber schriftliches Material vor, die Beschwerdekommission hat auch Gelegenheit, die beteiligten Genossen zu hören und uns später Bericht zu erstatten. Ich möchte Sie bitten, jetzt nicht in eine Diskussion einzutreten, sondern den Antrag ohne weiteres der Beschwerdekommission zu überweisen. (Zustimmung.)

Der Vorschlag wird ohne Debatte angenommen.

Es folgt Punkt 4 der Tagesordnung:

Die Reichsversicherungsordnung.

Referent **Molkenbuhr** beginnt unter großer Unruhe zu sprechen: Ich begreife ja, daß einige Unruhe in dieser Versammlung ist, zumal, da das Thema bereits zwei Parteitage beschäftigt hat und da wohl jeder Teilnehmer des Parteitages schon ein oder mehrere Reden darüber gehalten hat und vielleicht

auch in Zukunft noch halten wird. Es wird deshalb schwer sein, irgend etwas besonderes Neues zu sagen. Aber es ist dennoch nötig, daß derartige Fragen immer wieder erörtert werden und nicht von der Tagesordnung verschwinden. Gerade die Fragen der Arbeiterversicherung werden jederzeit Gegenstand der Beratung von Arbeiterkongressen sein, weil es darauf ankommt, die Interessen der Arbeiter nach dieser Richtung hin noch nachdrücklicher zu vertreten, als es bisher schon geschehen ist. Ich gebe zu, daß das Thema an sich trocken ist, daß man durch andere politische Fragen viel leichter Begeisterung hervorrufen kann, trotzdem müssen solche Fragen immer und immer wieder von Neuem erörtert werden, damit die Massen in Bewegung bleiben. Die Arbeiterversicherung ist ja in den letzten Jahren ein erheblicher Teil der Gesetzgebung nicht nur in Deutschland gewesen, sondern auch in Frankreich, Oesterreich und England, und wir können mit Fug und Recht sagen, daß der Einwand der Beeinträchtigung der Konkurrenzfähigkeit, der früher fast überall dagegen erhoben wurde, allmählich verschwinden wird, denn davon kann keine Rede mehr sein, wenn alle Staaten solche Gesetze haben.

Der Gedanke der Arbeiterversicherung geht in Deutschland von der Sozialdemokratie aus. 1878 war es Bebel, der im Reichstage eine einheitliche große Versicherungsanstalt forderte, in der sämtliche Unternehmer verpflichtet sein sollten, sämtliche Arbeiter gegen Krankheit, Unfall usw. zu versichern. Die Fraktion hat von jeher bei der Schaffung der Arbeiterversicherung mitgewirkt, und wenn wir uns heute die Anträge ansehen, welche 1883 bei Schaffung des Krankenversicherungsgesetzes, 1884 und in den folgenden Jahren bei der Schaffung der Unfallversicherungsgesetze, 1888 bei der Invalidenversicherung gestellt sind, so werden wir finden, daß diese Anträge auch heute noch die Grundlage unserer Forderungen bilden. Es stellte sich nun die Notwendigkeit zu größeren Aenderungen heraus. Man suchte früher nicht große Gedanken zu verwirklichen, sondern kleine Klagen zu beseitigen, und genau genommen waren die ganzen Versicherungsgesetze nur Versuche, zum Teil allerdings ganz gut gelungene Versuche. Aber es fehlte der ganzen Versicherung einmal der einheitliche Grundgedanke, und zwar nach jeder Richtung hin. In bezug auf den Kreis der Versicherten, die Art der Organisation, in bezug auf die Aufbringung der Mittel, in bezug auf die Rechtspflege, ging alles kunterbunt durcheinander. Man hätte glauben sollen, daß gerade hier die Reform zuerst ansetzen würde, zumal, da die Art der Organisation ungeheure Kosten verursacht und da man, sobald man an den weiteren Ausbau denkt, regelmäßig auf den Gedanken kommt, neue Organisationen zu schaffen, wie man das jetzt wieder an dem Gesetzentwurf über die Versicherung der Privatbeamten sieht. Dadurch wird die Frage der Versicherung immer komplizierter, und gleichzeitig gehen erhebliche Mittel verloren, welche im Interesse der Versicherten verwendet werden könnten. Wie oft sehen wir auch, daß da, wo die Versicherung eigentlich helfen sollte, nicht geholfen wird, weil noch ein ganz erheblicher Teil außerhalb der Versicherung steht. Sterben doch in Deutschland jährlich etwa 22 000 Leute an Unfällen, während nur 9 bis 10 000 als versicherte Unfälle in Frage kommen! Oder aber es handelt sich um Fälle, welche nicht als Versicherungsfälle angesehen werden, z. B. Unfälle auf dem Wege von oder nach der Arbeit, Gewerbekrankheiten und dergleichen. Dazu kommt, daß da, wo die Versicherungen ineinandergreifen sollen, der Anschluß sehr oft verpaßt wird. Es besteht ein solches kunterbuntes Durcheinander, daß es dringend notwendig gewesen wäre, einmal einen einheitlichen Grundgedanken zur Durchführung zu bringen. Was aber macht die Regierung? Sie bringt eine Vorlage, die umfangreich ist, sehr umfangreich, die aber trotzdem alles vermissen läßt, was notwendig ist, und die sich darauf beschränkt, etwas zu machen, was man bei

jedem Buchbinder gemacht bekommen kann, wenn man sich die verschiedenen Versicherungsgesetze zusammenbinden läßt und die verschiedenen Paragraphen fortlaufend numeriert. (Heiterkeit und Sehr gut!) Das sind die Leitmotive der sogenannten großen Reform. (Sehr richtig!)

Warum hatten die anderen Parteien ein so lebhaftes Interesse an dem Zustandekommen des Werkes? Sie wollten zur Wahl irgendein soziales Gesetz haben, auf das sie hinweisen können, wenn man ihnen ihre Sünden vorhält, die sie bei den neuen Steuergesetzen und bei verschiedenen anderen Anlässen begangen haben. (Sehr richtig!) Die ursprüngliche Vorlage beschränkt sich darauf, einen alten Gedanken des Grafen Posadowsky wieder aufzunehmen, nämlich Versicherungsbehörden zu schaffen, etwas mehr, wie seinerzeit Posadowsky mit seinen Rentenstellen wollte. Der Vorentwurf der Regierung hatte noch eine gewisse Selbständigkeit für die Versicherungsämter vorgesehen, aber die Selbständigkeit wurde wesentlich eingeschränkt, weil der erste Vorschlag auf erheblichen Widerstand bei den Unternehmern gestoßen war. Man wollte Versicherungsämter und Oberversicherungsämter, und wollte diese Behörden als Aufsichts- und Spruchbehörden für alle Versicherungszweige einführen. Daneben sollten allerdings schon wieder besondere Versicherungsämter für Staatsbetriebe sein. Die Krankenversicherung hatte man vorgeschlagen, erheblich auszudehnen, ein großer Teil der bisher Nichtversicherten, Landarbeiter, Dienstboten, Apotheker, Wanderarbeiter, Hausarbeiter sollten in die Versicherung einbezogen werden. Früher behauptete man immer, daß Landarbeiter und Dienstboten sich hierfür nicht eignen. Das war so lange, wie das Landesrecht billiger war als das Reichsrecht, aber nachdem das bürgerliche Gesetzbuch den Herrschaften einige Pflichten auferlegt hatte, war die Krankenversicherung der Dienstboten billiger als der bisherige Zustand. Dann aber sollte die Versicherung nicht etwa einheitlich sein, man wollte zwar die Gemeindekrankenkassen nominell beseitigen, aber an ihre Stelle die Landkrankenkassen setzen, man wollte Minimalzahlen für Betriebskrankenkassen schaffen und ebenso für die besonderen Ortskrankenkassen. Es wäre also ein erheblicher Teil der Kassen von der Bildfläche verschwunden, hätte man den Entwurf glatt angenommen. Dann aber wollte man auch die Selbstverwaltung erheblich einschränken, man sagte sich zugleich, wenn man den Arbeitern ihre Rechte rauben will, muß man ihnen auch Lasten abnehmen. Genau genommen bedeutete der Vorschlag der Regierung ja keine Halbierung, man räumte zwar Arbeitern und Arbeitgebern gleiche Rechte ein, aber man gab auch den Aufsichtsbehörden einen Einfluß, so daß unter Umständen eine Mehrheit gegen die Arbeiter immer vorhanden war. Im übrigen begnügte man sich damit, die Versicherungsgrenze auf 2000 Mark zu lassen, wo sie seit 1883 gewesen war, bei dem versicherten Durchschnittslohn auf 4 Mark, wo sie 1903 war, und bei dem wirklichen Lohn auf 5 Mark zu erhöhen. Dann wollte man freien Arzt und freie Heilmittel gewähren, wie bisher auch schon. Für die Neuversicherten sollten einige Minderleistungen gelten, die noch hinter den Leistungen zurückbleiben, die die bisherige Krankenversicherung bot. (Hört! hört!) In der Unfallversicherung hatte man ebenfalls eine geringe Ausdehnung auf einige Arten von Arbeitern, die bisher nicht versichert sind, man hatte auch eine andere Regelung in der Rentenfestsetzung vorgenommen. Die Invalidenversicherung wollte man ausdehnen auf einige Gruppen, wie Schauspieler und Musiker, und außerdem hatte man die Witwen- und Waisenversicherung. Durch die Halbierung der Beiträge wurde den Arbeitern ja etwas abgenommen, aber durch die Hinterbliebenenversicherung mußten sie wieder mehr bezahlen.

Wir Sozialdemokraten hatten keinen leichten Stand, unsere Marschroute war uns gegeben durch die Beschlüsse des Leipziger Parteitages. Nun ist es ja nicht ganz leicht, in einem Gesetzentwurf von 1754 Paragraphen alle Anträge unterzubringen, wir haben nicht weniger als 587 Abänderungsanträge stellen müssen, ja, wenn unsere Prinzipalanträge angenommen wären, dann wären wir vielleicht auf 2000 bis 3000 Anträge gekommen. Wir haben uns redliche Mühe gegeben, in der Kommission die Interessen der Arbeiter zu vertreten, aber wir stießen von vornherein auf einen erheblichen Widerstand. Das war vorauszusehen, weil ja die Parteien, die es sich zur Aufgabe gemacht hatten, die Interessen der Unternehmer zu vertreten, in der Mehrheit waren und gleich von vornherein mit einem geschlossenen Kartell auftraten. (Hört! hört!) Das waren die Konservativen und die Nationalliberalen, zu denen sich noch das halbe Zentrum gesellte. Auch die Freisinnigen gingen in manchen Fragen mit dem Block zusammen, so daß wir bei unseren Forderungen auf Erweiterung der Leistungen gegenüber den verletzten, kranken oder invaliden Arbeitern meist auf den geschlossenen Widerstand aller übrigen Parteien stießen. Eine ganz merkwürdige Rolle spielte dabei jene Partei, welche ja auch vorgibt, daß sie Arbeiterinteressen vertritt, nämlich das Zentrum. Die „Kölnische Volkszeitung" hat einen Artikel J. G. — wahrscheinlich Johannes Giesberts — veröffentlicht, worin es hieß: „Die Zentrumspartei war der Reichsversicherungsordnung gegenüber wie bei so vielen anderen Gelegenheiten in die Notwendigkeit versetzt, zuerst in den eigenen Reihen den Boden der Einigung zu finden. Sie ist nicht in der Lage, wie die Sozialdemokratie, einseitige Interessen vertreten zu können, in ihr sind nicht nur Leute vertreten, die aus der Reichsversicherungsordnung möglichst viel haben wollen, sondern auch die Kreise, die die Sache bezahlen müssen." (Hört! hört!)

Aber wer muß denn die Sache bezahlen? Indirekt und direkt doch immer die Arbeiterklasse. (Sehr richtig!) Das Zentrum gab zum Teil nicht nur seine eigenen Grundsätze auf, sondern es setzte sich auch in Widerspruch mit seiner Haltung bei der ersten Lesung. Damals war es der Abgeordnete Spahn, der über die Versicherungsämter sagte, er bedauere es, daß die Vorlage von dem Vorentwurf abgewichen sei, es sei aber Aufgabe der Kommission, nach der Richtung zu wirken, daß für die Versicherungsämter eine größere Selbständigkeit geschaffen wird. Spahn ging nicht in die Kommission, sondern er überließ das anderen, wahrscheinlich hat die Richtung Erzberger die Mehrheit erhalten, und daher kam es, daß Erzberger in Verbindung mit Gamp, Schickert und Horn einen Antrag einbrachte, der die Versicherungsämter beseitigte und sie dem Landrat unterstellte. (Hört! hört!) Aber auch die eigentlichen Sozialpolitiker des Zentrums, Hitze und Trimborn, haben den Entwurf verschlechtert, indem sie das Bestätigungsrecht beantragt haben. (Hört! hört!) Das hatte noch nicht einmal die Regierung gefordert. Selbstverständlich stießen sie sofort auf die Gegenliebe der Konservativen. Wahrscheinlich wird man in Zentrumsgegenden damit agitieren, daß man etwas mehr Leistungen in das Gesetz hineingebracht hat, aber merkwürdigerweise war es gerade ein Arbeitervertreter des Zentrums, der immer bange war, daß zu viel gegeben wird. (Hört! hört!) Das Stillgeld sollte nach der Vorlage in Höhe des halben Krankengeldes gewährt werden, aber Becker meinte, das sei etwas viel, und er beantragte, zu sagen, „bis zur Höhe", so daß man auch weniger geben kann. (Hört! hört!) Er war es auch, der die Klasseneinteilung der Lohnklassen in den Krankenkassen von der Zustimmung des Oberversicherungsamtes abhängig machen wollte, damit nicht schlecht entlohnte Arbeiter ein unverhältnismäßig hohes Krankengeld bekommen, und er setzte diese Einschränkung auch durch. Also gerade unter den sogenannten Sozialpolitikern und den Arbeitervertretern des Zentrums herrschte das Bestreben, den Versicherten nicht mehr zukommen zu lassen. Die Herren waren aber auch dagegen, daß die Zwergorganisationen beseitigt würden. Ein Zentrumsantrag wollte landwirtschaftliche Betriebskassen sogar zulassen, wenn nur 20 Versicherte da sind, das heißt, jedem großen Rübenbauer sollte das Recht gegeben werden, eine Betriebskasse zu gründen, wodurch die Versicherten geschädigt worden wären. Bei der ersten Beratung in der Kommission bestand zwar noch nicht das Kompromiß, das sich später bildete, aber trotzdem wurde eine ganze Reihe von Fragen, die für die Arbeiter von dem größten Interesse sind, gegen die Arbeiter entschieden. Man hatte zwar die Halbierung abgelehnt, aber das Zentrum war bereit, trotzdem die doppelte Mehrheit für die Wahl des Vorsitzenden und der Beamten einzuführen. Die Regierung sagte, die Arbeiter hätten mit ihrem Recht Mißbrauch getrieben, namentlich politischen Mißbrauch, aber es war merkwürdig, daß nicht nur in den Motiven keine konkreten Fälle angeführt wurden, sondern daß sich auch in der Kommission eine große Mundsperre bemerkbar machte, man hatte absolut keinen Beweis für diese Behauptung. (Hört! hört!) Die Regierung wollte möglichst Unteroffiziere in die Beamtenstellen hineinbringen, das war der leitende Gedanke. Das einzige Material, auf das sich diejenigen, die die Regierung unterstützen wollten, beriefen, war das bekannte Buch von Möller, das wir sofort widerlegen konnten, so daß man schließlich sagte, wenn auch neun Zehntel nicht zutreffen, sondern nur ein Zehntel, so genügt das doch, um den Arbeitern ihre Rechte zu rauben. (Hört! hört!)

Es kam freilich vor, daß eine Krankenkasse einen Vertrag geschlossen hatte, der vom Oberverwaltungsgericht für ungültig erklärt wurde. Das ist auch Behörden schon passiert. Aber nichtsdestoweniger sahen wir, daß dies das Steckenpferd war, auf dem man herumritt, um die Rechte der Arbeiter einzuschränken. Freilich waren auch einige materielle Verbesserungen gemacht worden. So war die versicherungspflichtige Einkommensgrenze von 2000 auf 2500 Mark heraufgesetzt, die Wöchnerinnenhilfe war ausgedehnt, bei der Anrechnung des Lohnes war derselbe von 4 auf 5 Mark heraufgesetzt, die Vollanrechnung des Einkommens bei der Unfallversicherung war von 1500 auf 1800 Mark heraufgesetzt, bei der Invalidenversicherung war die Kinderrente eingeführt worden. Während aber die Vorlage die Ausländer etwa gleichberechtigt machen wollte mit den inländischen Arbeitern, wurden hier wieder vielfache Durchbrechungen beschlossen, und ebenso wurden Einschränkungen bei der Unfallversicherung beschlossen. Und bei der Invalidenversicherung wurde ein Teil der Reichslasten auf die Versicherungsanstalten abgewälzt. Immerhin waren einige Verbesserungen in der ersten Lesung beschlossen. Aber zwischen der ersten und zweiten Lesung bildeten das Zentrum, die Nationalliberalen und die Wirtschaftliche Vereinigung ein Kompromiß, und beschlossen einen Teil der Verbesserungen wieder zu beseitigen und jede weitere Verbesserung abzulehnen. Niemals brachte man in Erfahrung, weshalb eine schon geschaffene Verbesserung abgelehnt wurde, die Gegner begannen schon damals mit dem Schweigen. Nach der zweiten Lesung kam es zu einer sogenannten Ausgleichslesung, in der die bekannte Erklärung Delbrücks abgegeben wurde, daß der Mutterschutz heraus müsse, und daß jede weitere Verbesserung vermieden werden müsse, weil sie ein Scheitern der Vorlage zur Folge haben würde. Deshalb gab der nationalliberale Horn die Erklärung ab, sie würden für die Aufrechterhaltung der Kinderrente eintreten, wenn das Zentrum die Versicherung abgebe, keine Verbesserungsanträge mehr zu stellen und auch für keine von anderer Seite gestellten zu stimmen. Noch nie ist einer Partei eine solche Zumutung gestellt worden. Aber das Zentrum beugte sich

unter diesen Vorschlag, nicht aus Furcht vor den Nationalliberalen, sondern weil es wußte, daß das ganze Kompromiß nur das verirat, was auch die Mehrheit des Zentrums wollte. Sie wollten keine Verbesserungen und ließen sich sehr gern zwingen, um vor ihren Wählern sagen zu können, wir sind ja zu unserer Stellungnahme gezwungen worden.

Nun die zweite Lesung im Plenum. Das war eine Komödie, wie sie wohl noch in keiner gesetzgebenden Körperschaft auf der ganzen Welt gespielt ist. Jene Kompromißparteien, die Nationalliberalen, die Konservativen, die Freikonservativen, die Antisemiten, das Zentrum, saßen geschlossen da und sagten nichts, stimmten aber jeden Verbesserungsantrag nieder. Wir hatten da er einen sehr schweren Stand, weil es ja keine Debatte gab und man nie einen Grund von den Gegnern hörte, warum sie so stimmten. Wir hatten einige arbeitsreiche Wochen, und die ganze Fraktion trat in einer Weise ein, daß wir sagen konnten, wohl bei keinem Gesetz ist sie so im Feuer gewesen, wie bei der Reichsversicherungsordnung. Auf der ganzen Front sind wir vorgegangen und haben unsere Verbesserungsanträge gestellt und sie ablehnen lassen. Für den Geschichtsforscher wird es ein eigentümliches Bild sein und er wird sich fragen, warum denn so ganz handgreifliche Verbesserungen, die fast gar nichts kosteten, ohne Debatte abgelehnt wurden, weil die Mehrheit es hinter den Kulissen beschlossen hatte.

Bei einigen Fragen kam es ja zur Debatte. So bei dem Wöchnerinnenschutz, wo der Zentrumsmann Frl und der Vertreter des Bundes der Landwirte, Hufnagel, noch eine Verschlechterung einbringen wollten. Ich will darauf nicht eingehen, denn Genossin Zietz wird ja den Antrag der Frauenkonferenz begründen. Zu einer weiteren Debatte kam es bei der Frage der Selbstverwaltung. Da haben wir gezeigt, daß es eitel Lug und Trug ist, wenn die Gegner behaupten, sie beschneiden die Selbstverwaltung wegen vorhandener Mißstände in Krankenkassen. Wir haben da gezeigt, welche Mißstände in den Betriebskassen herrschen, und daß da der Hebel anzusetzen ist, wenn man bessern will. Das geschah durch eine wuchtige Anklagerede des Kollegen Emmel. Dann kam die Debatte am nächsten Tag. Man muß bis in die Zeit der Debatten über das Sozialistengesetz zurückgehen, um ähnlichen Wutausbrüchen im Parlament zu begegnen, wie denen des Grafen Westarp. Merkwürdig klang es aus seinem Munde, daß seine Partei auf Reinlichkeit im öffentlichen Leben halten wolle, seine Partei, die nur davon existiert, daß die Landräte und die Polizei öffentliche Mittel zu agitatorischen Zwecken gebrauchen! Eine Partei, die bis 1895 unter der Führung Hammersteins gestanden hat, spricht von Reinlichkeit! Das beweist, daß es an sachlichen Gründen fehlte, wie auch unsere Redner Eichhorn, Schmidt, Fischer und Heine darlegten. Aber es war ein Toben der Gegner, sie wollten sich selbst berauschen, um sich zu sagen, sie haben einen Grund, den Arbeitern das Recht der Selbstverwaltung zu nehmen. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Weiter kam es zu Debatten bei der Frage der Herabsetzung der Altersgrenze. Da wird aller Wahrscheinlichkeit nach im Lande eine immer größere Rolle spielen der Umstand, daß der vorige Parteitag in Jena es abgelehnt hat, einen Antrag auf Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersversicherung einzubringen. Ich hatte damals den Antrag bekämpft aus dem einfachen Grunde, weil ich mir sagte, es ist besser, wenn der Betreffende Invalidenrente erhält als Altersrente. Damals waren die Invalidenrenten gerade im Steigen begriffen. Aber sehr bald setzte die Rentenjagd ein, die Invalidenrenten sind erheblich herabgesetzt, und da ist es angebracht, mit der Altersrente herabzugehen. Wir hatten zu dem Antrag noch den zweiten Grund, daß wir der Welt zeigen wollten, daß die gegnerischen Parteien es mit ihren sozialpolitischen Anträgen gar nicht ernst nehmen. Denn im Jahre 1907, bei Beginn der Legislaturperiode, hatten die Konservativen und die Freikonservativen die Herabsetzung der Altersgrenze beantragt, und die Nationalliberalen hatten auch dafür gesprochen und gestimmt, und jetzt, wo sie Gelegenheit bekamen, für ihren eigenen Antrag zu stimmen, haben sie mit Ausnahme einer Anzahl Nationalliberalen geschlossen dagegen gestimmt. Es ist elender Lug und Trug, wenn diese Herren behaupten, sie täten etwas für die Sozialpolitik. (Sehr richtig!)

Auf den eigentlichen Inhalt des Gesetzes will ich nicht eingehen. Aber auf eines will ich hinweisen, was der ganzen Reichsversicherungsordnung einen eigentümlichen Beigeschmack gibt, daß man nämlich im Einführungsgesetz das wieder ausgelöscht hat, was in der Reichsversicherungsordnung steht. Wahrscheinlich wird man sagen, vom 1. Januar 1912 an gibt man jedem Invaliden, der Kinder unter 15 Jahren hat, eine erhöhte Rente. Aber im Einführungsgesetz ist bestimmt, daß keiner diese erhöhte Rente bekommt, der schon Invalidenrente bezieht. Erst wer zukünftig Invalidenrentner wird, bekommt eventuell die erhöhte Rente. Weiter wird man sagen, es ist eine Witwen- und Waisenversicherung geschaffen. Nun frage man einmal, wie denn die Witwe heißt, welche die Rente bekommt. Man frage den, der davon redet, was denn die Witwe tun müsse, um für sich und ihre Kinder in den Genuß der Witwen- und Waisenrente zu kommen. Er wird nichts anderes sagen können als sie muß heiraten (Heiterkeit), ja, sie muß zunächst heiraten, und zwar einen Mann, der versicherungspflichtig ist, und wenn sie dann wieder Witwe wird und selbst invalide ist, kann sie die Witwenrente beziehen. Ist sie aber am 1. Januar 1912 Witwe, so bekommt sie keine Rente. Aber auch wenn sie Ehefrau eines Invaliden ist und sie wird nach zwei oder drei Jahren Witwe, so erhält sie ebenfalls keinen Pfennig. Früher hat das Zentrum behauptet, die Witwen- und Waisenversicherung solle ohne Beitragsverpflichtung gegeben werden, und jetzt sind die Beiträge in den oberen Klassen um 33⅓ Proz. erhöht und bringt auch die Beiträge in Anschlag, auf deren Zurückerstattung die Witwe jetzt Anspruch hat, und dafür gibt man ihr nicht etwa eine Rente, die ausreicht, sondern eine Rente von 50 Mk. Reichszuschuß und dazu 18 Mk., und für das erste Kind volle 9 Mk. und für jedes folgende Kind 1,50 Mk. für das ganze Jahr. Wenn man jemals von einer Verhöhnung des Volkes sprechen konnte, so war es hier der Fall. (Lebhafter Beifall.)

In der dritten Lesung wurden einige kleine Verbesserungen eingeführt, die Versicherungsgrenze wurde wieder auf 2500 Mk. erhöht, sonst blieb aber alles beim alten. Man sagte, die Mehrlasten seien so groß, daß sie nicht mehr getragen werden können. Man behauptete, daß, wenn unsere Anträge angenommen werden würden, daraus eine Mehrbelastung von 2053¾ Millionen Mark entstehen würde. Diese Behauptung wird vielleicht in der Agitation eine erhebliche Rolle spielen. Die Sache liegt so. Als wir in der Kommission die Anträge durchberaten hatten, wurde gebeten, mitzuteilen, welche finanzielle Wirkung die verschiedenen Anträge haben würden. Es wurde uns vom Reichsamt des Innern eine Denkschrift unterbreitet, in der mitgeteilt wurde, daß die ganzen Lasten etwas über 700 Millionen Mark kosten würden. Bei der dritten Lesung kam nun der Konservative Schickert mit den 2053 Millionen. Ich will Ihnen den Trick sagen, wie diese Steigerung entstand. Während man bei der ersten Rechnung die Jahresausgaben in Betracht zog, sind bei dem Rechenkunststück die Kapitalbeiträge eingesetzt worden. Deshalb schwellen z. B. Ausgaben von 28 Millionen in der Unfallversicherung auf 143 Millionen an. Auf diese Weise konnte man die höhere Summe herausrechnen. Mit solchen Mitteln operierten also unsere Gegner. Man kann die gegnerischen Agi-

katoren sehr leicht in Verlegenheit bringen, wenn man sie auffordert, die einzelnen finanziellen Wirkungen vorzurechnen. Aber das hat man noch gar nicht nötig. Man muß nur in den Vordergrund schieben, was der Grundgedanke der sozialdemokratischen Anträge war. Der war der, daß alle Versicherungsbedürftigen gegen Krankheit, Unfall, Invalidität usw. versichert werden sollen. Nun kann man sagen, daß eine erhebliche Mehrbelastung entstehen wird, wenn alle Leute versichert sind. Man kann aber nur von einer Mehrbelastung sprechen, wenn man nachweist, daß die Personen, die nicht versichert sind, ohne Versicherung nicht krank werden, nicht verunglücken und nicht invalide werden. Wir haben verlangt Krankengeld in Höhe des vollen Lohnes, wir haben verlangt, daß die Schwangeren, die Wöchnerinnen und diejenigen, die Mutter werden, Hilfe haben sollen, wir wollten die Unfallrente auf den vollen Lohn heben und die Witwenrente der durch Unfall Getöteten auf ein Drittel, wir wollten eine höhere Invaliden- und Altersrente durch Verdoppelung des Reichszuschusses, wir wollten höhere Steigerungssätze bei der Invalidenrente und Hinterbliebenenversorgung, und wir haben Invalidenrente gefordert schon dann, wenn die Erwerbsfähigkeit nur zur Hälfte verloren ist. Das ist dasselbe, was jetzt in dem kommenden Privatbeamtengesetz vorgesehen ist. Wir wollten die Witwenrente auf 20 Proz. des verdienten Lohnes festsetzen, so wie es im Unfallversicherungsgesetz ist, aber wir wollten keinem Menschen etwas geben, der nicht krank, verletzt oder invalid ist, wenn es sich nicht um Mutterschaft handelte oder der Verlust des Ernährers vorlag. Wir wollten keinem ohne Eintritt des Versicherungsfalles etwas geben, wir wollten nicht hinausgehen über das, was sie an Lohn haben. Wenn daraus eine Mehrausgabe von 2000 Millionen entsteht, dann geht daraus hervor, welch ungeheures Elend noch in jenen Kreisen vorhanden ist, die gegenwärtig als krank und verletzt von der kärglichen Rente leben müssen. (Sehr wahr!) Wir wollten die Lasten, die jetzt von den Unglücklichen getragen werden, auf die Allgemeinheit legen. Kostet es so viel, wie die Herren ausgerechnet haben, so sehen wir eben, wie jammervoll das Elend ist, unter dem die Leute zu leiden haben. Uebrigens hätten wir auch durch Annahme unserer Anträge höhere Einnahmen geschaffen. Es hätten höhere Beiträge geleistet werden müssen. Nun sagt man, die höheren Beiträge hätte die Industrie nicht tragen können. Das ist eine der beliebtesten Einwendungen, die die Kapitalisten machen, und die Minister sind ja von Amts wegen verpflichtet, diese Behauptungen zu glauben. Aber wie steht es damit? Man weist auf unsere Ausfuhr hin. Haben andere Länder nicht auch eine Arbeiterversicherung und Lasten darauf? Welch einen erheblichen Einfluß hat denn die Ausfuhr auf unsere Produktion? Man nehme die Ergebnisse der Gewerbe- und Berufszählung und nehme das Verzeichnis der Ein- und Ausfuhr in die Hand. Dann frage man bei jedem Beruf: Wieviel ist von dem, was geschaffen worden ist, ausgeführt worden. Da ist der gewerbliche Berufszweig: Bauhandwerker. Was ist ausgeführt worden? Kein Pfennig. Man kann feststellen, daß mehr als die Hälfte der Berufszweige auch nicht einen Pfennig ausführen. Diejenige Industrie, die am meisten ausführt, ist neben der Eisenindustrie die Baumwollindustrie. Sie konkurriert immer mit den Maschinen und Werkzeugen. Wieviel führt sie aus? Das können wir nachrechnen, weil das gesamte Rohmaterial in der Einfuhr zutage tritt. Wenn wir annehmen, daß durch einen Doppelzentner Rohbaumwolle 80 Kilogramm Fertigproduktionen hergestellt werden, dann werden ungefähr 14 Proz. der gesamten Baumwollproduktion im Durchschnitt der letzten 10 Jahre ausgeführt. Bei der Baumwolle sind nach der Zählung von 1907 zirka 40 Proz. unserer Textilarbeiter beschäftigt. Rechnet man, was die Unternehmer an Krankenkassenbeiträgen zahlen müssen, einen Prozent des Lohnes, rechnet man dazu die gesamten Beiträge zur Unfallversicherung und zur Invalidenversicherung, so sehen wir, daß in für 1000 Mk. ausgeführter Baumwollware ein Unternehmerbeitrag von 2,50 Mk. kommt. Das ist etwas, was gar nicht in Frage kommen kann, wenn man demgegenüber die kolossalen Preisschwankungen beim Einkauf des Rohmaterials stellt. Alle anderen Behauptungen sind Ausreden. Aber es ist nicht die einzige Ausrede der Kapitalisten gegen den Ausbau der Arbeiterversicherung. Gerade in Deutschland haben die Arbeiter nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, diese Frage nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden zu lassen. Gerade im nächsten Reichstag wird es eine der ersten Aufgaben sein, eine Reform der Reichsversicherungsordnung zu verlangen, ebenso die Verwirklichung unserer Anträge und die Beseitigung eines erheblichen Teiles der Verschlechterung. Während früher bei der Rechtsprechung die Vertreter gleichmäßig von den Arbeitgebern und den Arbeitern gewählt wurden, ist es jetzt anders geworden. Es wählen die Vorstände sämtlicher Kassen. Bei den Landkrankenkassen werden aber die Vorstände nicht von den Versicherten gewählt, sondern von der Vertretung des Gemeindeverbandes, in Preußen also vom Kreistag. Das ist aber eine Behörde, die von den Grundbesitzern gewählt ist. Da wählt also ein Teil der Vertreter mit, die von den Unternehmern direkt gewählt sind. So kommt es, daß von 36 Vertretern, von denen 18 Arbeiter und 18 Arbeitgeber sein sollten, 23 von den Unternehmern gestellt werden und nur 13 von den Arbeitern. Man sollte das gleiche direkte Wahlrecht einführen, wie an den Gewerbegerichten. Man könnte eine ganze Reihe anderer Fragen noch herausgreifen, aber eins ist besonders notwendig, daß ununterbrochen bei der Landagitation darauf hingewiesen wird, wie durch die Reichsversicherungsordnung die ganze Verhöhnung der Landarbeiter so recht in den Vordergrund gedrängt worden ist. Man muß die einzelnen Benachteiligungen der Landarbeiter zusammenstellen. Es gibt kein Mittel, womit man die Landarbeiter besser aufpeitschen kann, als gerade mit diesen Bestimmungen. Man muß nicht glauben, daß die Reichsversicherungsordnung ein langweiliges Thema ist. Gewiß, es ist schwierig, sich in die etwas krause Materie einzuarbeiten, aber jeder, der für die Arbeiterinteressen eintreten will, hat die Pflicht, sich mit derartigen Aufgaben zu beschäftigen. Wenn Sie sie erst einmal gründlich durchsehen, dann finden Sie, daß die Reichsversicherungsordnung, wie sie durch das Kompromiß geschaffen worden ist, ein Agitationsarsenal ist, wie wir in der ganzen Gesetzgebung kein zweites haben. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Louise Zietz: Im Namen der Genossinnen, im Interesse der gesamten proletarischen Frauen bitte ich um Annahme der Resolution zur Frage des Mutter- und Säuglingsschutzes, die ihnen gedruckt vorliegt.

Die sozialdemokratischen Frauen sind der Meinung, daß mit der parlamentarischen Erledigung der Reichsversicherungsordnung die Frage des Mutter- und Säuglingsschutzes noch lange nicht erledigt ist, daß wir vielmehr Sorge zu tragen haben, die Agitation für diesen Schutz auch fürderhin in den Mittelpunkt des Interesses und der Agitation zu rücken. Durch Annahme der Resolution wünsche ich Ihre Zustimmung zu unserer Auffassung, daß wir die unerhörte parlamentarische Behandlung, die just diese Frage von der bürgerlichen Mehrheit erfahren hat, nutzen wollen, um die Massen der proletarischen Frauen in Stadt und Land zum politischen Leben zu erwecken, sie einzureihen in das Kampfesheer der Sozialdemokratie, sie zu lehren, daß wir uns aus eigener Kraft an Reformen, an sozialer Fürsorge erzwingen müssen, was wir brauchen, um die Mütter und Säuglinge des Volkes ein wenig zu schützen vor dem zermalmenden Juggernautkarren kapitalistischer Ausbeutung;

was wir brauchen, um das Proletariat kampffähiger zu machen, die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu zertrümmern und die sozialistische an deren Stelle zu setzen.

Und ich wüßte neben der zur Hungersnot gesteigerten Teuerung keine Frage, die mehr geeignet wäre, den Proletarierinnen politisches Verständnis zu vermitteln, ihre Empörung wachzurufen, ihren Willen zur politischen Betätigung zu stärken, als diese.

Denn kaum je sind in so hohem Maße und mit so brutaler Rücksichtslosigkeit die Lebensinteressen der arbeitenden Schichten von den Vertretern des Besitzes mit Füßen getreten als hier.

Die Statistik beweist, daß durchschnittlich jährlich 50 000 Frauen infolge der Mutterschaft schwer erkranken und zeitlebens siech und krank bleiben; daß 10 000 Frauen im Wochenbett und davon 7000 an Kindbettfieber sterben. Das ist kein Wunder, wenn wir hören, daß allein im Königreich Preußen 128 822 Frauen ohne Hebammen und ärztliche Hilfe entbinden müssen. Die Zahl der Kinder, die im ersten Lebensjahr sterben, ist erschrecklich groß, es sind zirka 400 000. Die Statistik sagt uns leider nichts davon, wieviel Kinder im Mutterleibe hungern müssen, wieviel im Mutterleibe verkrüppeln, und wie viele im Mutterleibe bereits sterben. Das alles ist eine Folge davon, daß aus der Arbeitskraft der weiblichen Proletarier von seiten der deutschen Unternehmer blinkendes Gold gemünzt wird. Das ist eine Folge davon, daß durch unsere wahnsinnige Zoll- und Steuerpolitik die Lebensmittel in unerhörter Weise im Preise in die Höhe getrieben werden. Das ist eine Folge davon, daß die soziale Gesetzgebung nicht eine großzügige Fürsorge für die Arbeiterschaft gebracht hat, insbesondere nicht für die Mütter und Kinder des Volkes. Die Reichsversicherungsordnung ist im Gegenteil zu dem schlimmsten Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter geworden. Damit ist bewiesen, daß die vielen Opfer, die von seiten der Frau in ihrer Eigenschaft als Mutter gebracht werden, und die vielen Opfer an Kindern, Ungeborenen und Neugeborenen, keine unabwendbare Naturnotwendigkeit sind, sondern daß sie in den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen wurzeln. Es wäre also sehr wohl möglich gewesen, durch eine durchgreifende soziale Gesetzgebung Wandel zu schaffen, es hätte manches gemildert und gebessert werden können. Wenn wir uns auch sehr wohl bewußt sind, daß bei der kapitalistischen Produktionsweise die herrschende Gesellschaft niemals die Hand bieten wird, die allumfassende, notwendige Fürsorge für Mutter und Kind zu schaffen, weil sie durch ihr Klasseninteresse, durch ihr Ausbeutungsbedürfnis daran gehindert wird. Erst in einer sozialistischen Gesellschaft, wo der Dienst, der durch die Mutterschaft geleistet wird, richtig bewertet wird, wo man in den Kindern die Träger der Zukunft und den höchsten nationalen Reichtum sieht, ist diese Fürsorge möglich. Erst dann werden die Kinder und Mütter nicht mehr Kulturdünger sein, werden sie nicht wie heute zugrunde gehen, weil es das Profitinteresse des Kapitals so will. Aber der geringe Schutz, den wir in der Resolution heischen, wäre auch heute schon möglich.

Als Kaiser Wilhelm II. zur Regierung kam, da hieß es, daß man keine Opfer scheuen dürfe, um für die Mütter und Kinder des Volkes Sorge zu tragen. Jetzt haben wir eine andere Rede des Kaisers gehört. Als er in Hamburg war, hat er seine neben ihm sitzende Gattin gefeiert als eine Frau, die in ganz besonders hohem Maße ihre Pflicht als Mutter erfüllt habe. Er hat sie gewissermaßen als Muster einer pflichttreuen Mutter hingestellt und der Vertreter der Regierung desselben Kaisers, der so die Mutterpflichten und das Mutterglück feierte, der Vertreter dieser Regierung erklärte, daß die Versicherungsordnung für die Regierung unannehmbar werden würde, wenn die

Forderungen, die die Sozialdemokraten in bezug auf den Mutter- und Säuglingsschutz gestellt hatten, angenommen würden. (Lebhafte Pfuirufe.) Das war einer der schlimmsten parlamentarischen Skandale, die wir erlebt haben. In diesem Jahre hat sich auch die bekannte Rede des Kaisers in Königsberg gejährt, wo er über die Aufgaben der Frau im Hause und in der Familie gesprochen hat. Er sagte, die Frau solle sich um die Politik nicht kümmern. Wenn irgend etwas geeignet ist, den Frauen die Notwendigkeit von der Beteiligung am politischen Leben einzupauken, dann ist es die Behandlung, die die Frage des Mutter- und Säuglingsschutzes von der Mehrheit des Reichstages und den Regierungsvertretern erfahren hat. In der katholischen Kirche ist die Mutter Gottes heilig gesprochen. Man betet zu ihr. Und die Beamten derselben Kirche haben sich im Reichstage neben den übrigen Vertretern des Besitzes in ganz unerhörter Weise gegen den Ausbau des Mutter- und Säuglingsschutzes gewehrt. Der Konservative Hufnagel und der Zentrumsmann Irl haben beantragt, daß in den Landkrankenkassen überhaupt keine Fürsorge für Mütter und Säuglinge Platz greifen solle. Diese Forderung hat einen so lebhaften Protest hervorgerufen, daß die beiden Männer nicht etwa aus Liebe zu Müttern und Kindern des Volkes, sondern weil sie die Abrechnung bei den Reichstagswahlen fürchteten, ihren Antrag zurückzogen, aber einen neuen einbrachten, der wieder von einer ganzen Reihe von katholischen Geistlichen unterschrieben war, und der auch angenommen wurde. Danach erhält die Frau in den Landkrankenkassen im Falle der Mutterschaft nur für 4 Wochen eine Unterstützung und nicht für 8 Wochen. Die Leute, die also eigentlich auf Grund ihrer Stellung und auf Grund der Anschauungen, die sie ja sonst draußen propagieren, für den ausgedehnten Schutz für Mutter und Kind eintreten müßten, sie waren die ersten, die diesen Schutz verhindert haben. Allerdings sind es die Zentrumsmannen nicht allein gewesen, sondern von den Konservativen an, über die Nationalliberalen und das Zentrum hinweg, bis hin zu den Linksliberalen, mit wenigen Ausnahmen, sind die Vertreter des Besitzes aufgestanden und haben alle Anträge niedergestimmt, die die Sozialdemokraten im Interesse von Mutter und Kind gestellt haben. Das können wir in der Agitation gar nicht genug hervorheben. Diese Tatsachen müssen wir in populärer Weise unter die Massen bringen und bei der Agitation verwenden. Dann wird es uns möglich werden, neben den Männern die Millionen von Frauen, die das ganze Martyrium sozial ungünstig gestellter Mitglieder durchzukosten haben, die Hunderttausende, denen von ihrem Mutterglück nichts bleibt als ein paar Kindergräber, für uns zu gewinnen. Sie werden einsehen, daß sie damit eine Verbesserung der Entwickelungsmöglichkeiten ihrer Kinder sichern. Sie werden einsehen, daß es ein Verbrechen an ihren Kindern ist, wenn sie sich von unseren Reihen fernhalten. In Herz und Kopf aller dieser Frauen haben wir das heilige Feuer der Empörung anzufachen, es weiter zu schüren und zu sorgen, daß sich die proletarischen Frauen um die Fahne der Sozialdemokratie scharen und mit uns den Kampf führen gegen Ausbeutung und Unterdrückung und für eine wirksame Ausbreitung des Schutzes der Mütter und Säuglinge. (Lebhafter Beifall.)

Hoch: So groß die Entrüstung der aufgeklärten Arbeiter über den arbeiterfeindlichen Charakter der Reichsversicherungsordnung ist, so bin ich doch überzeugt, daß die arbeiterfeindlichen Bestimmungen dieses neuen Gesetzes in weiten Kreisen der Arbeiterschaft noch unterschätzt werden. Die Arbeiter haben das Selbstverwaltungsrecht in den Krankenkassen unter einem Manne wie Bismarck zur schlimmsten Zeit des Ausnahmegesetzes bekommen, und zwar deshalb, weil, wie der damalige Staatssekretär des Innern ganz offen erklärte, es unmöglich ist, die Krankenversicherung ohne die maßgebende Mitwirkung der Arbeiter

durchzuführen; die Krankenversicherung greift so weit in das Arbeiterleben ein, sie beeinflußt so sehr die wichtigsten Interessen der Arbeiter, der Arbeiterfrauen und Arbeiterkinder, daß hier eine bureaukratische Wirtschaft böses Blut machen und eine ungeheure Erbitterung hervorrufen muß. Epigonen jenes Mannes sind allerdings über diese Bedenken erhaben. Was damals Männer von ganz anderer Bedeutung als die heute an der Spitze der Sozialpolitik stehenden glaubten nicht durchführen zu können, ist für die jetzt maßgebenden Herren eine leichte Sache. Sie wollen es versuchen, mit ausgedienten Unteroffizieren und Offizieren die Krankenversicherung durchzuführen. Ich bin überzeugt, wenn diese Bestimmungen des neuen Gesetzes in Kraft treten und unsere Bureaukratie, angetrieben von rücksichtslosen Ausbeutern, sich daran macht, die Krankenversicherung nach ihrer Fasson zu behandeln, daß wir dann auf Schritt und Tritt die schlimmsten Konflikte bekommen werden, daß dann die Arbeiterinteressen bei jeder Gelegenheit auf das schwerste verletzt werden, empfindlicher als auf irgendeinem anderen Gebiete. Wenn die Not aufs höchste gestiegen ist, die Arbeiterfrau verzweifelt an dem Krankenlager ihres Mannes steht, dann stellt sich der ausgediente Unteroffizier als Krankenkontrolleur ein, der die Kranken anschnauzt, ob sie denn noch immer nicht gesund sind. Derartige Schikanen werden die Arbeiter immer mehr empören. Wenn unsere Gegner meinen, sie brauchen den Arbeitern bloß den maßgebenden Einfluß auf die Krankenkassen zu nehmen, um die Arbeiter unschädlich zu machen, so müssen wir ihnen zeigen, daß sich die Arbeiter nicht beiseite schieben lassen. Deshalb sorgen Sie, Parteigenossen und Genossinnen, dafür, daß allerorten sich unsere Genossen immer mehr um die Krankenkassen kümmern, daß sie überall die wenigen Rechte, die sie nach dem neuen Gesetze haben, ausnutzen, um die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Unsere Reichstagsfraktion hat mit aller Kraft dahin gestrebt, den Arbeitern so viel Rechte wie nur irgend möglich zu erhalten und ihnen auch in Zukunft Gelegenheit zu geben, stets von neuem einzusetzen, um die Arbeiterinteressen wahrzunehmen. Hier müssen die Genossen mit allem Nachdruck mitarbeiten, und zwar jetzt schon, bei der Neueinrichtung der Krankenkassen. Die Unternehmer sind bereits bei der Arbeit. (Sehr richtig!) Wie Sie aus der Arbeiterpresse wissen, sind aus den Kreisen der Betriebskrankenkassen Aufforderungen ergangen, daß die Unternehmer im Widerspruch zu dem Einführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung noch vor dem Inkrafttreten der neuen Gesetzesbestimmungen möglichst viele Betriebskrankenkassen einrichten sollen, um dem Gesetze ein Schnippchen zu schlagen. Die bürgerlichen Sozialpolitiker bedauern es und jammern, daß die Regierungen nichts dagegen tun können. In Wahrheit sind aber die Regierungen sehr wohl in der Lage, dieses ungesetzliche Vorgehen zu verhindern. Gegen die Arbeiter haben die bürgerlichen Parteien Ausnahmebestimmungen geschaffen, die schon am 1. August dieses Jahres in Kraft getreten sind. Die Unternehmer aber dürfen das Gesetz mißachten. (Sehr wahr!) Auch später müssen wir bei der Durchführung der Reichsversicherungsordnung praktisch mitarbeiten. So werden wir den herrschenden Klassen zeigen, daß der Arbeiterklasse das volle Selbstverwaltungsrecht auf die Dauer nicht vorenthalten werden kann. (Lebhafter Beifall.)

Molkenbuhr (Schlußwort): Ich hätte freilich eine längere Debatte erwartet, um die Oeffentlichkeit aufmerksam zu machen, mit welchen Mitteln die Gegner auch noch nach Schluß des Reichstages arbeiten. Mir wurde z. B. am 17. Juli das Zentrumsblatt „Der Beobachter am Main" zugesandt. Da ist berichtet, wie ein Zentrums-Arbeiterabgeordneter, Herr Schirmer, über die Tätigkeit des Zentrums referiert. Er behauptet, daß die Versorgung der verdienten Parteigenossen aus Krankenkassengeldern, die für die kranken Arbeiter bestimmt sind, so rücksichtslos betrieben wurde, daß 1906 ein Musterformular in Gebrauch kam, das die beglückten Parteipfründner mit Unabsetzbarkeit versieht, wie sie kein Staats-, Gemeinde- oder königlicher Beamter besitzt. 8000 sozialdemokratische Agitatoren sitzen an den Futtertöpfen (Heiterkeit) der von den Arbeitergroschen erhaltenen Kassen und beziehen zum Teil Gehälter, welche die Höhe der bayerischen Ministergehälter erreichen. (Heiterkeit.) Es war höchst interessant, wie Abg. Schirmer folgenden drastischen Fall erzählte: Ein sozialdemokratischer Kassenrendant Meyer in Essen (lebhaftes Hört! hört!) brachte 52 000 Mk. Krankengelder beiseite, da er nach der Reichsversicherungsordnung befürchten mußte, daß sein Gehalt von 9000 Mk. verkürzt werde. Mit den 52 000 Mk. Krankengeldern, die doch den Kranken gehören, wollte der rote Gemütsmensch (Heiterkeit) sein verkürztes Gehalt wieder auf die Höhe von 9000 Mk. bringen. So erzählte nach dem Zentrumsblatt der Abgeordnete Schirmer, der im Reichstag dabei gewesen ist, als festgestellt wurde, daß der betreffende Meyer nicht allein kein Sozialdemokrat ist, sondern, daß in der ganzen Essener Krankenkasse nur ein einzelner Arbeitervertreter im Vorstande sitzt. Alle anderen gehören zum größten Teile der Zentrums- und nationalliberalen Partei an. (Hört! hört!)

Schirmer hat in den nächsten Tagen erklärt, daß er nicht der Urheber der falschen Darstellung ist. Wahrscheinlich hat „Der Beobachter am Main" es dem München-Gladbacher Material entnommen.

Da kann man sich denken, was für Dinge die München-Gladbacher den untergeordneten Leuten mitgeben, die aufs Land hinausziehen. (Sehr wahr!) Unsere Genossen müssen sich mit dem nötigen Material, das in Hülle und Fülle schon jetzt zur Verfügung steht, versehen. Die Aschaffenburger Genossen hätten auch finden können, daß dieser Fall Meyer schon mehrfach besprochen war. Im Handbuch wird noch weiteres Material gegeben werden. (Auer-München: Hoffentlich wird es bald fertig!) Es wird dringend nötig sein, daß diejenigen, die auf Agitation gehen, sich auch für diese Dinge interessieren. Wenn Sie diese Fragen ganz eindringlich behandeln, so werden Sie bald sehen, daß das Interesse der Leute erheblich steigt. Wir können durch Erläuterung der Versicherungsgesetzgebung und der hier bestehenden Zustände noch große Eroberungen machen und ich glaube, auch die Arbeiter werden für unsere Forderungen auf diesem Gebiete eintreten, wenn sie erst genügend unterrichtet sind, was hier noch zu erreichen ist und was hier noch erreicht werden wird. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Die von der Frauenkonferenz beantragte Resolution über den Mutter- und Säuglingsschutz wird einstimmig angenommen.

Zu einer persönlichen Erklärung erhält das Wort

Keil: In dem Vortrag, den Genossin Duncker bei Beginn der Sitzung hielt, waren eine ganze Menge von persönlichen Angriffen auf mich enthalten. Es ist mir natürlich nicht möglich, im Rahmen einer kurzen Erklärung auf alle diese Einzelheiten einzugehen. Ich bitte Sie, mich nur zwei Minuten anzuhören, damit ich aus diesen rein persönlichen Angelegenheiten zwei Punkte herausgreifen und beleuchten kann. An diesen Beispielen können Sie dann überhaupt sehen, wie es mit den Darstellungen des Vortrags der Genossin Duncker steht. Genossin Duncker hat behauptet, ich hätte auf der Landesversammlung der württembergischen Sozialdemokratie eine anderthalbstündige Anklagerede gehalten, ohne daß dem Angeklagten die Möglichkeit zur Verteidigung gegeben worden wäre. Damit verhält es sich folgendermaßen und ich stelle das auch deshalb hier fest, weil die Wahrheit über diesen Punkt bis jetzt in keinem Parteiblatt nördlich des Mains zur Geltung gekommen ist,

Auf unserer Landesversammlung ist zunächst das kleine Broschürchen verteilt worden, das sie auch hier erhalten haben und das sich durchgängig mit meiner Person, teils rein persönlich, teils mit mir als dem Leiter des Stuttgarter Parteiblattes befaßt. Das war allein schon eine Anklagerede gegen mich, die eine Menge von Unwahrheiten enthielt, auf die ich leider, obgleich sie auch Ihnen unterbreitet worden sind, hier natürlich nicht eingehen kann. Wir kamen dann zum Punkt „Presse" und es wurde nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte beschlossen, den beiden im Gegensatz zueinander stehenden Redakteuren Keil und Westmeyer unbeschränkte Redezeit zu gewähren. (Hört! hört!) Der Vorsitzende Dietz ging mit mir davon aus, daß ich zuerst das Wort mit unbeschränkter Redezeit bekommen solle. Westmeyer verlangte nun das Wort, zunächst zur Begründung eines Antrages der Stuttgarter Organisation, und als die geschäftsordnungsmäßige Redezeit verstrichen war, unterbrach ihn der Vorsitzende und machte ihn darauf aufmerksam, daß die Redezeit abgelaufen sei. Darauf verlangte Westmeyer, jetzt entsprechend dem Beschluß der Landesversammlung, mit unbeschränkter Redezeit weitersprechen zu dürfen.

Genosse Dietz als Vorsitzender wollte das zunächst nicht zugeben. Es entspannen sich darüber längere persönliche Auseinandersetzungen. Schließlich willigte Dietz ein, dem entschiedenen Verlangen Westmeyers zu entsprechen und ihm jetzt schon, vor mir, das Wort mit unbeschränkter Redezeit zu geben. (Hört! hört!) Dann erst bin ich mit unbeschränkter Redezeit zu Worte gekommen, nicht zur Anklage, sondern zur Verteidigung gegen die beiden Anklageakte, die vorausgegangen waren. Wäre es nach meiner Erwartung und nach den Wünschen des Vorsitzenden Dietz gegangen, so wäre ich als erster Redner mit unbeschränkter Redezeit zu Worte gekommen und nach mir Westmeyer. Aber auf sein dringendes Verlangen ist Westmeyer als Ankläger vorangegangen und ich bin in der Verteidigung ihm gefolgt. Am Schluß der Debatte hat der Vorsitzende in vollständig loyaler Weise die Frage an die Landesversammlung gestellt, ob sie den beiden Hauptbeteiligten das Wort zum Schluß noch einmal geben wolle. Da die Versammlung schon anderthalb Tage dem Punkte gewidmet hatte und da Gefahr vorhanden war, daß die übrigen Punkte der Tagesordnung nicht zur Erledigung kommen würden und da beide Redner schon mit unbeschränkter Redezeit gesprochen hatten, so hat die Versammlung beschlossen, beiden das Wort nicht mehr zu geben. (Hört! hört!) Das ist die Wahrheit.

Der zweite Punkt ist die Behauptung der Genossin Duncker, die „Schwäbische Tagwacht" habe „seit Jahr und Tag" — sie sprach nebenbei von den vier Jahren, seit denen sie in Stuttgart ist — im Widerspruch mit den Anschauungen der Stuttgarter Parteigenossen gestanden. Die Wahrheit ist, daß seit den 16 Jahren, die ich in der Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht" beschäftigt bin, im vorigen Jahre, im Jahre 1910, zum ersten Male eine Debatte über die prinzipielle und taktische Haltung der „Schwäbischen Tagwacht" auf der Landesversammlung entstanden ist. Wahr ist, daß bis jetzt vor einem Jahr innerhalb der Redaktion prinzipielle Meinungsverschiedenheiten nicht geherrscht haben.

Das, Parteigenossen, ist nur ein Beispiel dafür, wie es mit der Richtigkeit der Behauptungen der Genossin Duncker steht. (Zuruf: War das eine Erklärung?)

Vorsitzender Leber: Sie haben die Erklärung gehört. (Zuruf: Das war eine Debatte!) Eine Debatte kann darüber nicht eröffnet werden.

Hierauf vertagt die Versammlung die weitere Verhandlung auf Donnerstag 9 Uhr. Schluß 5¾ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 14. September 1911. — Vormittagssitzung.

Die Tribünen sind überfüllt.

Vorsitzender Dietz eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr mit der Mitteilung, daß die Arbeiten des Parteitages so rasch gefördert worden sind, daß Aussicht besteht, daß sie am Freitagmittag beendet sind. Da es sich diesmal um eine schwierige Wahl handelt, bitte ich die Wahlvorschläge zur 21er Kommission sowie zum Parteivorstand möglichst bald einzureichen.

Einige Begrüßungstelegramme sind noch eingegangen.

Vorsitzender Dietz macht Mitteilung von einigen Aenderungen in der Marokko-Resolution des Parteivorstandes.

Auf der Tagesordnung stehen

die Reichstagswahlen.

August Bebel, mit stürmischem Beifall begrüßt, führt aus: Zunächst eine formale Bemerkung. Bekanntlich ist in der Vorversammlung am Sonntag der Parteitag übereingekommen, daß die Marokkofrage und die Frage der Reichstagswahlen in einem Referat zusammengefaßt werden sollen. Es hat sich allerdings bei näherem Zusehen herausgestellt und mir ist auch von mehreren Seiten derselbe Gedanke geäußert worden, daß es wohl am besten sein wird, wenn ich das Referat in zwei Teile zerlege, nämlich in die Frage der Reichstagswahlen und in die Marokkofrage. (Zustimmung.) Ich möchte aber zunächst die Marokkofrage behandeln, die uns ja im Augenblick am meisten interessiert. (Zustimmung.)

Die Marokkofrage.

Parteigenossen! Die Kolonialfragen haben in den letzten Jahrzehnten einen erheblichen Umfang in der öffentlichen Erörterung angenommen. Alle Großstaaten sind bestrebt gewesen, entweder die bereits besessenen Kolonialgebiete erheblich zu erweitern oder neue Kolonialgebiete sich anzueignen. Deutschland war bis in die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ein kolonialfreies Land, bis es endlich dem Drängen unserer Kolonial-Enthusiasten gelang, selbst einen Bismarck, der von der Kolonialpolitik nichts weniger als entzückt war, für sie einzunehmen, so daß er seine Zustimmung zu der Erwerbung der Gebiete in Afrika, zunächst Südwest-, dann Ostafrika und Kamerun gab. Es liegt auf der Hand, daß in dem Maße, wie derartige Expansionsbestrebungen in den verschiedenen Erdteilen der Welt sich bemerkbar machen, die rivalisierenden Nationen der Gefahr ausgesetzt werden, in allerlei Konflikte zu geraten. Denn wie auf dem ökonomischen Gebiete, auf dem Weltmarkte, die Konkurrenz überall die treibende Kraft ist und einer dem anderen mit allen möglichen Mitteln zuvorzukommen sucht, so ist nunmehr auch der Wettbewerb auf dem Gebiete neuer Kolonien in die Erscheinung getreten. Es liegen hierfür verschiedene Gründe vor. Zunächst will man neue Absatzgebiete für die eigenen Waren gewinnen, dann will man die Rohprodukte für den eigenen Markt erhalten. Drittens — und das spielt in Deutschland eine gewisse Rolle — will man für die Bevölkerung, da wir angeblich an Uebervölkerung in Deutschland leiden, einen Abzugskanal schaffen, wo sie ihrem Erwerbe nachgehen kann in weiterer Verbindung mit dem alten Vaterlande. Den Trieb der Bourgeoisie nach Kolonisation schildert das Kommunistische Manifest also: „Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Markt für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Ueberall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen .... Die Bourgeoisie

reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation." Die Zivilisation und das Christentum sind angeblich die Haupttriebfedern, die diesen Kolonialbestrebungen, diesem Suchen nach neuen Absatzmärkten unter Ausraubung fremder Völker zugrunde liegen. Nun, die Kolonialgeschichte, die wir in Europa vom Anfang des 16. Jahrhunderts ab datieren können, ist eine Geschichte, die mit Blut geschrieben und von Anfang bis zum Ende mit Verbrechen befudelt ist. (Lebhafte Zustimmung.) Man hat in dem Zeitraum dieser Jahrhunderte ganze Völker ausgerottet und alte blühende Kulturen vollständig vernichtet. (Zustimmung.) Man ist mit allen Mitteln, die die höhere Kultur und die Zivilisation an die Hand geben, gegen die eingeborenen Völker der fremden Länder vorgegangen, hat sie ausgeraubt, geknechtet, unterdrückt, vernichtet. (Sehr richtig!) Und wenn auch im Laufe der Jahrhunderte die Formen dieser Unterdrückung mit der Steigerung der Kultur milder geworden sind, so steht doch fest, daß noch bis heute Kolonialverbrechen aller Art eine große Rolle spielen. (Zustimmung.) Ob das katholische Frankreich, Spanien, Portugal, Italien oder das protestantische England, Holland und neuerdings Deutschland sich der Kolonialpolitik widmeten, ihrer aller Geschichte ist mit Blut und Verbrechen befudelt, und selbstverständlich haben die christlichen Geistlichen hüben und drüben alle diese Dinge im Namen des Christentums gutgeheißen. Wir selbst haben wiederholt Gelegenheit gehabt, im Reichstage in schärfster Weise Barbareien aller Art zur Sprache zu bringen. Das stärkste, was man sich an Barbareien erlaubt hat, ist bekanntlich im südafrikanischen Aufstand vorgekommen. Daß das unterdrückte, ausgebeutete, geknechtete Volk zur Empörung griff, war sein gutes Recht. (Sehr richtig!) Es war ihr Heimatland, ihr Vaterland, das die Hereros gegen die fremden Eroberer zu verteidigen suchten, und was man uns als die höchste Ehre anpreist, die Verteidigung des Vaterlandes, das wurde jenen als Verbrechen angerechnet. (Sehr wahr!) Wie man strafte, zeigt die Kriegführung durch den General von Trotha, der die Hereros nach dem sogenannten Sandfelde treiben ließ, wo sie an Zehntausende, Männer, Frauen und Kinder, im Sonnenbrande verhungerten und verdursteten (lebhaftes Pfui!) — ein Vorgang, der ein Schandfleck für Deutschland bleiben wird, solange es eine Geschichte geben wird. (Sehr richtig!) In den letzten Jahrzehnten hat die Kolonialpolitik Deutschlands und der anderen Staaten sich hauptsächlich auf Afrika geworfen. Man hat Afrika in eine Reihe von Kolonialgebieten für die verschiedenen Mächte Europas aufgeteilt. Insbesondere ist es Frankreich gewesen, das schon lange sein Augenmerk darauf richtete, die sozusagen vor seiner Nase liegende nordafrikanische Küste von Aegypten an bis zum äußersten Westende Marokkos in seine Macht zu bekommen. Während der französischen Revolution unternahm bekanntlich bereits Napoleon den berühmten Feldzug nach Aegypten, um Aegypten Frankreich botmäßig zu machen. Die Sache mißglückte, er mußte sich zurückziehen, aber Frankreich hat Nordafrika nicht vergessen und hat wiederholt den endlich geglückten Versuch gemacht, andere Länder der nordafrikanischen Küste sich zu unterwerfen. In erster Linie ist das mit Algier geschehen. Nach unendlichen Kämpfen, die ungeheure Opfer an Menschen und Geld kosteten, war es 1831 gelungen, Algier zu erobern und es scheinbar zu pazifizieren. Aber seine etwa 5 Millionen Einwohner erhoben sich wiederholt in Aufständen. Vor allem war es Ab del Kader, der mehrfach siegreich die französischen Truppen bis an die Küste zurücktrieb, bis er 1847 selbst in französische Gefangenschaft geriet, womit die französische Herrschaft endlich befestigt war. Aber auch später folgten hin und wieder Aufstände. Bis heute hat Frankreich für diese Kämpfe und die Eroberung des Landes 6000 bis

7000 Millionen Mark ausgegeben, ohne daß die Vorteile, die es aus Algier zog, auch nur entfernt den ungeheuren Geld- und Menschenopfern entsprochen haben. Unter den Menschenopfern befanden sich leider auch Zehntausende von Deutschen, die sich verleiten ließen, in die Fremdenlegion einzutreten und dort für fremde Interessen ihr Leben einsetzten.

Frankreich hatte aber sein Auge auch auf Tunis geworfen, und in der Tat gelang es ihm im Jahre 1881, die Schutzherrschaft über Tunis zu erlangen. Dadurch wurde es angereizt, auch in Marokko in gleicher Weise vorzugehen, was die anderen Staaten, die dort, wenn auch in beschränktem Maße, Handels- und Verkehrsinteressen wahrzunehmen hatten, veranlaßte, im Jahre 1881 zu einer Konferenz in Madrid zusammenzutreten, an der sich auch Deutschland beteiligte, und deren Resultat war, daß in bezug auf Marokko die offene Tür gelten und keine Nation besondere Vorrechte genießen sollte.

Aber das Drängen der französischen Kolonialkapitalisten und -gesellschaften hörte nicht auf. Der Naturreichtum Marokkos an Erzen aller Art, der große Reichtum weiter Bodenstrecken, die alle möglichen Fruchtarten in Hülle und Fülle erzeugen, kurz Ausbeutungsobjekte von ungeheurem Wert boten, veranlaßte namentlich die französischen Kolonialinteressenten, die Regierung unausgesetzt weiter zu treiben. Infolgedessen ist seit 1903 auch bei uns die Marokkofrage nicht mehr von der Tagesordnung verschwunden, und namentlich seitdem deutsche Kolonialgesellschaften in Marokko Fuß faßten. Es ist seitdem fast kein Jahr vergangen, in dem nicht der Reichstag mehr oder weniger große Debatten über Marokko gehabt hat.

Ein ganz neues Gesicht bekam die Frage im Jahre 1904 dadurch, daß es dem klugen Eduard VI. gelang, einen Friedens- und Freundschaftsvertrag mit Frankreich zu schließen, durch den er — woran England sehr viel lag — die unbestrittene Vorherschaft in Aegypten erlangte und dafür Frankreich freie Hand in Marokko und Nordafrika gewährte. Ende der sechziger Jahre hatte Frankreich mit ungeheuren Kosten den Suezkanal gebaut, England war darüber eifersüchtig, es erkannte sofort, daß der Kanal für seine materiellen und kriegerischen Interessen im fernen Osten Asiens ungeheure Vorteile biete, und es wandte nun alle Intrigen an, um die Mehrzahl der Suezkanalaktien in seine Hände zu bekommen, und so die Franzosen aus der Verwaltung des Kanals zu verdrängen. Aegypten unbestritten in ihre Gewalt zu bekommen, war naturgemäß das weitere Streben der Engländer, was eine Menge schwerer Reibungen zwischen England und Frankreich hervorrief. Endlich kam auf Betreiben Eduards VI. ein Vertrag zustande, durch den Frankreich konzedierte, daß England die Vorherrschaft in Aegypten erhielt, wofür andererseits England sich von seiner Vormachtstellung, soweit sie handelspolitisch in Frage kam, in Marokko zurücktrat und Frankreich dort und in ganz Nordafrika freie Hand ließ.

Bis dahin war der englische Handel weitaus überwiegend, er belief sich, wenn ich die Ziffern richtig im Gedächtnis habe, um jene Zeit auf etwa 100 Millionen Franken, der französische blieb weit dahinter zurück, er betrug nur etwa 30 Millionen Franken, und der deutsche Handel kam kaum in Betracht, er betrug nur etwa 6 Millionen Franken. Im Laufe der Jahre hat sich das allerdings geändert. Mit der Zurückziehung der Engländer aus Marokko ist ihr Handel nicht unerheblich zurückgegangen, er betrug im Jahre 1909 nur noch 57 Millionen, der französische Handel dagegen war von 30 auf 52 Millionen und der deutsche von 6 auf 14 Millionen gestiegen. Nun soll nicht bestritten werden, daß Marokko zu denjenigen Ländern gehört, die bei vernünftiger Wirtschaft einer großen Entwicklung fähig sind, daß, wenn in der Tat mit den geeigneten Mitteln, gegen die wir auch, wenn sie die rechten

wären, nichts einzuwenden hätten, die Kolonisation Marokkos betrieben würde, der Handelsverkehr gewaltig stiege und damit auch große Vorteile für Deutschlands Handel in Aussicht ständen. Das eine glaube ich aber in erster Linie postulieren zu müssen: wir Sozialdemokraten, die wir der ganzen Marokkopolitik, wie ich das später darlegen werde, feindlich gegenüberstehen und, wie sie jetzt betrieben wird, feindlich gegenüberstehen müssen, wir haben das natürliche Verlangen, daß Deutschlands Handel und Deutschlands industrielle Entwicklung unter den gleichen Bedingungen in Marokko sich vollziehen können, wie die jedes anderen Staates (lebhafte Zustimmung), daß also alle Staaten unter voller Gleichberechtigung in Marokko ihre Interessen verfechten dürfen, daß keine der anderen vorgezogen wird, keine ihre Stellung mißbraucht, um die anderen zurückzudrängen, wie man das ja — und das ist die Hauptursache des Konflikts — der französischen Regierung vorwirft, indem sie die Bestrebungen deutscher Interessenten, in Marokko Fuß zu fassen und dort Ausbeutungsinstitutionen zu schaffen, hintanzuhalten sucht. Es sind sehr verschiedene Kapitalistengruppen an diesen Ausbeutungsobjekten interessiert. Deutscherseits sind es vorzugsweise die Gebrüder Mannesmann und ihre Helfershelfer, auf französischer Seite ist es eine deutsch-französische Verbindung, die dasselbe erstrebt, es ist Thyssen, Bohlen-Krupp und noch ein drittes westfälisches Werk, ferner Schneider-Creuzot und eine große Handelsfirma in Rotterdam.

Diese beiden kapitalistischen Gruppen, deren Interessen sich in gewissem Maße gegenüberstehen, haben sich seit Jahren auf dem Boden Marokkos bekämpft und die Klagen, die die Gebrüder Mannesmann über ihre Behandlung durch die Franzosen glauben erheben zu dürfen, haben dann in Deutschland die Marokkofrage aktuell gemacht. Nach 1904 machte Frankreich, gestützt auf England, ernste Versuche, sich in Marokko festzusetzen, es allmählich unter seine politische Oberherrschaft zu bringen; und die Differenzen und Streitigkeiten, die hieraus entstanden, veranlaßten den deutschen Kaiser im Frühjahr 1905, die berühmt gewordene Reise nach Tanger zu unternehmen. Es war bisher noch nicht vorgekommen, daß der Monarch eines der stärksten Staaten der Welt, der ersten Militärmacht, in einer solchen Frage, die keinerlei Lebensinteressen für die deutsche Nation in sich schließt, eine Reise nach fernen Gebieten machte, um dort vor aller Welt zu bezeugen, daß sein Land auch dabei sein wolle, daß es sich nicht zurückdrängen lasse, daß er dafür eintrete, daß die Unabhängigkeit des Sultans und die Integrität seines Staates voll aufrecht erhalten werde. Daraus haben dann die Marokkaner in ihren phantasiereichen Gedankengängen mit einem gewissen Recht geschlossen, daß Deutschland gegebenen Falles bereit sein würde, mit Waffengewalt sie gegen die französischen Uebergriffe zu verteidigen. Wir haben uns im Reichstag mit aller Energie gegen diese Reise gewandt und erklärt: Selbstverständlich müssen die handelspolitischen Interessen Deutschlands nach jeder Richtung hin sichergestellt werden. Sie dürfen keine Benachteiligung erfahren, aber wir haben uns um die innere Entwickelung Marokkos nicht zu kümmern, das sind nicht unsere Interessen, und am allerwenigsten können wir zugestehen, daß es wegen dieser Dinge zu einem großen europäischen Konflikt kommt, der ungeheure Opfer an Menschen und Gut erfordern würde. Diese Ansicht beherrschte damals fast ganz Deutschland. (Sehr wahr!) Allerdings hatte die Tangerreise des Kaisers einen Vorteil: sie hat in der ganzen mohammedanischen Welt den Glauben erweckt, daß Deutschland der Schutzherr des Mohammedanismus sein wolle (Sehr richtig!), daß Deutschland mit diesem sympathisiere, daß es den Schutz, der jetzt Marokko versprochen wurde, gegebenenfalls auch den anderen mohammedanischen Mächten zuteil werden lasse. Die Auffassung wurde auch dadurch begünstigt, daß der deutsche Kaiser 1897 oder 1898 eine Reise nach

Konstantinopel unternahm, dem Padischah einen Besuch machte, ihm schöne Geschenke mitbrachte und solche von ihm in Empfang nahm. (Heiterkeit.) Damit war schon damals der Gedanke in der mohammedanischen Welt hervorgerufen, Deutschland ist unsere Schutzmacht, auf Deutschland können wir uns alle verlassen. Nun, der mohammedanischen Welt wird es in diesem Falle so ergehen, wie den Buren mit der berühmten Krügerdepesche (heitere Zustimmung) und einige Jahre vorher China im Frieden von Shimnoseki. Als China gegen Japan unterlag, und Japan diese Niederlage Chinas ausnutzen wollte, um die Mandschurei mit Port Arthur einzusacken, wurde es daran durch die Intervention Deutschlands, Frankreichs und Rußlands verhindert. Dieses Dazwischentreten zwang Japan, bedeutende Konzessionen an China zu machen und auf die Mandschurei und Port Arthur zu verzichten. Es verstand sich von selbst, daß von diesem Augenblick an Deutschland in gewaltigem Ansehen in China stand und daß damals China, wie später die Marokkaner, in dem deutschen Kaiser eine Art Schutzheiligen sahen. (Heiterkeit.) Drei Jahre später hat Deutschland die Rechnung präsentiert in der berühmten Pachtung von Kiautschou. Und im Boxeraufstand war es gerade der Weltmarschall von Waldersee, unter dessen Anführung die Deutschen in der Unterdrückung nicht nur des Boxeraufstandes, sondern auch noch bei manchem anderen in China in einer Weise gewütet haben, daß den armen Chinesen Hören und Sehen vergangen ist. (Sehr richtig!) Auch diese chinesische Illusion von deutscher Hilfe und deutscher Freundschaft ist gründlich zerstört worden.

Die Reise des Kaisers nach Tanger war also der Gegenstand heftiger Erörterungen von unserer Seite im Reichstage. In der Thronrede, mit der damals der Reichstag eröffnet wurde, nahm der Kaiser Bezug auf jene Reise. Es sei ihm darum zu tun gewesen, den Frieden aufrecht zu erhalten, nicht nur für unser Land, sondern überall in der Welt, soweit seine Macht reiche. Aber die Vorgänge, die sich an seine Reise geknüpft hätten, hätten ihm gezeigt, daß es denn doch notwendig sei, Deutschlands Heeresmacht zu verstärken. Darin klang die Sache aus. (Hört! hört!) Aber kein Wort davon, daß man in Marokko etwas Besonderes suchen wollte. Im Gegenteil, Fürst von Bülow erklärte am 6. Dezember 1905 im Reichstage ausdrücklich, nachdem er auseinandergesetzt, weshalb jene Aktion in Marokko unternommen wurde: „Also keine Gebietserwerbungen in Marokko, wohl aber Achtung vor den bestehenden Verträgen, Achtung unserer politischen Stellung zu Marokko als einem unabhängigen Staat, Achtung unserer wirtschaftlichen Gleichberechtigung in Marokko." Dieses „keine Gebietserwerbungen" müssen wir besonders im Auge behalten. (Sehr wahr!) Veranlaßt durch diese Tangerreise, kam die berühmte oder berüchtigte Algeciras-Konferenz, die vom 6. Januar 1906 bis Anfang April versammelt war. Die Diplomaten der verschiedenen Staaten, die an der Konferenz teilnahmen, haben diese Akte gemeinsam beschlossen, mit der sie glaubten, ein Meisterwerk geschaffen zu haben. Deutschland hatte, mit Ausnahme Oesterreichs, des „brillanten Sekundanten", alle Mächte der Konferenz gegen sich. Es trug keinen Gewinn davon. Allerdings hatten auch die anderen, namentlich die Franzosen, keine Ursache, sich besonders zu freuen. (Heiterkeit.) Der Hauptinhalt jener Akte war, daß Frankreich und Spanien als den nächstgelegenen und am meisten interessierten Mächten die Polizeigewalt in einer Anzahl Häfen Marokkos übertragen wurde. Es solle ferner eine Bank geschaffen werden, denn wo man auf Raub ausgeht, muß selbstverständlich zuerst eine Bank vorhanden sein (Heiterkeit), und durch Schulden, zu denen man dann die Staaten nötigt, bekommt man sie erst in die Gewalt. Ferner wurde festgesetzt, daß bei der Ausführung von Staatsarbeiten die Industriellen der verschiedenen Mächte in gleicher Weise zuzulassen seien und kein Unterschied

zugunsten der Unternehmer irgendeiner Macht gemacht werden solle. Die Gebrüder Mannesmann stützten sich darauf, daß sie von dem damaligen Sultan Abdul Asis angeblich eine durch Gesetz bekräftigte Konzession von Bergwerksrechten erlangt hätten. Sie forderten, daß diese Konzession in vollstem Umfange aufrechterhalten werde, was weder die Algeciras-Konferenz noch, als später diese Forderungen im Reichstage zur Erörterung kamen, die Reichsregierung anerkannte. Das hat in hohem Maße dazu beigetragen, die Dinge zu verschärfen. Mannesmann und Konsorten, die die großkapitalistischen Unternehmer in Rheinland-Westfalen hinter sich hatten, wollten mit aller Gewalt, daß diese sich auf, ich glaube, 50 000 Quadratkilometer, also fast auf eine Fläche so groß wie Süddeutschland, erstreckende Bergwerkskonzession voll aufrechterhalten werde. Die Algeciras-Konferenz beschloß dagegen, daß ein Berggesetz nach europäischem Muster geschaffen werde, das durch die diplomatische Vertretung der verschiedenen Mächte in Tanger bestätigt werden sollte, man war also nicht geneigt, die Auffassung der Gebrüder Mannesmann zu teilen.

Bald genug stellte sich aber heraus — wie es andernfalls die Deutschen ganz ebenso gemacht hätten, vielleicht nur energischer —, daß Frankreich alles aufbot, sich ganz Marokko politisch zu unterwerfen. Es entstanden Unruhen in Marokko. Parteigenossen, es ist sehr leicht, in einem solchen barbarischen Lande Unruhen anzuzetteln. Wenn der Marokkaner auch ein Barbar ist, so ist er doch für klingendes Geld sehr zugänglich, weil er keines hat. (Heiterkeit.) Ein goldenes Zwanzigfrankstück ist für ihn ein sehr bedeutender Wert, und wenn eine Macht an dem Entstehen von Unruhen interessiert ist, um den Vorwand zu Interventionen zu haben, dann wird sie mit der Anwendung von ein paar Hunderttausend oder ein paar Millionen Frank nicht zögern. (Sehr richtig!) Inwieweit das geschah, weiß ich nicht. Ich kann nur andeuten, daß es keine Kunst ist, nach Belieben Unruhen hervorzurufen in einem solchen Lande. Es kam die Besetzung von Udschda, die Beschießung von Casablanca unter einem ganz nichtigen Vorwand; die Franzosen wüteten barbarisch gegen die Stadt und ihre Einwohner. Es wurde schon damals in Deutschland eine Intervention verlangt. Die Algecirasakte liege zerrissen am Boden. In den Anfängen der Marokkofrage war übrigens in Deutschland die Frage aktuell, ob nicht Casablanca ein deutscher Hafen, eine deutsche Flotten- oder Kohlenstation werden solle. Diese Frage ist nachher verschwunden, ein Blick auf die Karte zeigt, daß gerade Casablanca der angreifbarste Ort im Falle eines Krieges gegen Deutschland gewesen wäre. Man mag das rasch begriffen haben und ist daher von dem Verlangen, Casablanca zu besetzen, zurückgekommen.

Mittlerweile wurde Abdul Asis von seinem Bruder Muley Hafid gestürzt. Eine Anzahl Stämme waren aber damit nicht einverstanden. Sie opponierten und griffen zur Gewalt. Kurz, die Dinge wurden in Marokko allmählich sehr ungemütlich. Nun glaubte die deutsche Regierung, noch ein besonderes Abkommen mit Frankreich treffen zu müssen, durch das nach ihrer Ansicht, in höherem Maße, als es durch die Algecirasakte geschah, die Interessen Deutschlands gegenüber denen Frankreichs gesichert wurden. Es sollte gleichsam eine Scheidelinie gezogen werden, nach der die Interessen der beiden Mächte auseinanderzuhalten seien. Das war der Vertrag vom 9. Februar 1909, das deutsch-französische Abkommen, das deklariert wird als Fortsetzung im Geiste der Algecirasakte, das sie aber vollständig zerriß. Dieses Abkommen ist außerordentlich wichtig, namentlich angesichts der Vorgänge, die sich in der Marokkofrage in neuester Zeit ereignet haben.

In diesem Abkommen erkennt Deutschland Frankreich gegenüber an, daß Frankreich besondere politische Interessen in Marokko wahrzunehmen habe, die

für Deutschland nicht in Frage kommen, andererseits erklärt Frankreich, daß es den wirtschaftlichen Unternehmungen Deutschlands und seinen industriellen nach keiner Richtung Abbruch tun wolle. Es schien also hüben und drüben voller Einklang zu herrschen. Im Reichstag waren die Vertreter aller bürgerlichen Parteien mit dem Abkommen einverstanden. (Hört! hört!) Der Reichskanzler Fürst Bülow führte aus, daß in beiden Ländern das Bedürfnis nach Beseitigung der Gegensätze hervorgetreten sei und sagte: „Sollten wir wirklich darauf ausgehen, in einem Lande, wo wir keine politischen Interessen haben und politische Interessen niemals beansprucht haben, Frankreich, das dort sehr natürliche und begreifliche Interessen besitzt, dauernd Schwierigkeiten zu bereiten?“ (Hört! hört!) Dem Vertrag hat der Reichstag seine Zustimmung gegeben, die Redner aller Parteien haben ihn begrüßt. Der Führer der Nationalliberalen, der Abgeordnete Bassermann, führte dabei unter anderem aus, gewiß würde man in Frankreich große Befriedigung über das Abkommen empfinden, der Vertrag werde aber auch segensreich für das deutsche und französische Kapital sein und dazu beitragen, beide Nationen einander näher zu bringen. Ich lege Gewicht auf diese Aeußerungen Bassermanns aus dem Jahre 1909, weil er nachher im Jahre 1911 eine davon stark abweichende Meinung vertreten hat. (Hört! hört!)

Nun, dieser Vertrag hat die Wirren in Marokko und die Unzufriedenheit der Großindustriellen nicht zur Ruhe gebracht. Insbesondere waren es die Gebrüder Mannesmann, die behaupteten, es werden ihnen auf Schritt und Tritt durch die französische Regierung Schwierigkeiten bereitet. Andererseits ist nicht zu bestreiten, daß dieser Vertrag Frankreich eine sehr günstige Position in Marokko einräumte. Frankreich habe politische Interessen in Marokko. Was heißt das? Das zu definieren, steht der Macht zu, welche diese politischen Interessen besitzen soll. In der Auslegung ihrer politischen Interessen kann sie bis zur Schutzherrschaft über Marokko gehen, wie in Tunis (Sehr richtig!), und es ist leicht möglich, daß die französische Regierung so weit gehen wollte. Aber dazu mußten Vorwände geschaffen werden. Die Ursachen hörten nicht auf, sie wurden sogar stärker und stärker, und wenn man den französischen Schilderungen glauben soll, war der Nachfolger von Abdul Asis, der Sultan Muley Hafid, ebenfalls in Gefahr, vom Throne gestürzt zu werden. Frankreich sei daran interessiert, daß dieses nicht geschehe. Was war also natürlicher, als daß die Franzosen den Marsch nach Fes antraten, angeblich, um den Sultan vor einem Teil seiner Untertanen zu schützen. (Heiterkeit.) Der Gedanke war wohl, sind wir erst dort, dann werden wir weiter sehen, und dann werden wir auch sehen, ob wir überhaupt wieder aus Fes herausgehen. (Heiterkeit.)

Dieses Vorgehen rief in Europa und speziell in Deutschland natürlich großes Aufsehen hervor. Man fürchtete, daß die Sache so gehen werde, daß Frankreich wie in Tunis die Macht in die Hände bekommen und dann von dieser Macht, wie in Tunis, auch rücksichtslos Gebrauch machen werde, indem es die Vertreter fremder Interessen benachteilige. Es wurde also deutscherund spanischerseits gegen dieses Vorgehen protestiert. Die Spanier entdeckten, daß sie ebenfalls sehr lebhaft in Marokko interessiert seien, und wenn jemand ein Recht darauf zu haben glaube, an der Ausbeutung und Beherrschung Marokkos mitzuwirken, so sind es die Spanier, denen es ja noch mehr als Frankreich vor der Nase liegt. Spanien hat allerdings nicht die Macht, Frankreich entgegenzutreten. Spanien trat aber in einer so entschiedenen Weise auf, im starken Mißverhältnis zu seiner Macht, daß man in Frankreich behauptete, dahinter stecke Deutschland. Im Juni 1911 erklärte Minister Cruppi in der französischen Kammer, die Franzosen seien nach Fes gegangen,

weil der Sultan sie gerufen habe (Heiterkeit), die Lage sei kritisch gewesen, der englische und deutsche Konsul hätten die Franzosen zu ihrem Vorgehen beglückwünscht, sie seien bestrebt, entsprechend der Algecirasakte nur die Handelsfreiheit aller zu schützen. Er stellte also die Vorgänge als unbedenklich dar. Anders unsere Alldeutschen. Diese begannen jetzt zu behaupten, die Rolle, die Deutschland in Marokko zugemutet werde, sei seiner unwürdig, das dürfe man sich nicht gefallen lassen. Wozu habe man die ungeheure Armee und die große Flotte, wenn man sie nicht gebrauchen wolle, die Ehre der Nation stehe in Frage und dergleichen mehr. (Hört! hört!)

Diese Anschauungen wurden in gewissem Sinne offiziell unterstützt, als am 1. Juli unversehens der „Panther" vor Agadir erschien und sich dort festlegte. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß man im Auswärtigen Amt zu Berlin sich vollständig bewußt war, was dieser Akt zu bedeuten hatte. Es war klar, daß weder Frankreich noch England dazu schweigen und sich dies gefallen lassen konnten.

Nun wird man sagen, was haben denn Frankreich und England für ein Recht, Deutschland das zu wehren. Gewiß, sie haben ebensowenig ein Recht, Marokko nach Gutdünken zu beherrschen, wie Deutschland das Recht hat, nach Agadir zu gehen. Aber bei solchen Fragen kommt es nicht auf das Recht an, sondern auf die Macht. Und nun sehen Sie sich einmal die Karte an. Agadir liegt im Südwesten Marokkos. Wenn von Deutschland ein Schiff dorthin will, muß es durch die Nordsee und den Kanal. Jedes deutsche Schiff auf dem Wege nach Agadir muß also zwischen den Küsten von Frankreich und England fahren und beide Staaten haben die Macht, jedes Vorgehen dorthin, wenn es zur Gewalt kommt, zu verhindern und zu unterdrücken. Ob Deutschlands Macht dazu ausreicht, das durchzusetzen, ist mir mehr als fraglich.

Daß aber, und das ist entscheidend, das Objekt, das in Frage steht, die ungeheuren Opfer an Blut und Gut, die seine Sicherung erfordert, nicht im entferntesten diese wert ist, das steht für uns alle unverrückbar fest. (Lebhafter Beifall.) Das ist das Entscheidende. Wir können uns ganz unmöglich auf eine so gewagte, unheilvolle, geradezu verrückte Politik einlassen (lebhafte Zustimmung), wie sie hier von den Alldeutschen und Kolonialphantasten verlangt wird. Diese Politik muß notwendigerweise zu einem Weltkrieg führen, wenn die Dinge auf die Spitze getrieben werden. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Als ich von der Landung des „Panther" in Agadir las, fragte ich mich: wie kommt man dazu? Was soll das bedeuten? Darauf wurde am 3. Juli offiziös eine Note veröffentlicht, in der es hieß, daß deutsche Firmen in Südmarokko in der Umgegend von Agadir von einer gewissen Unruhe über die Gärung unter der dortigen Bevölkerung erfaßt seien, daß sie deshalb bei der Regierung um Schutz gebeten hätten, den man ihnen nicht versagen könne. Deshalb habe man den „Panther" nach Agadir geschickt; sobald Ruhe und Ordnung in Marokko wieder hergestellt seien, solle das Schiff wieder den Hafen verlassen.

Wie war nun das Echo im Lager der Alldeutschen und Nationalliberalen? Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" schrieb: „Hurra! eine Tat. Endlich, nach mehr als 20 Jahren kommt Deutschland dazu, zu zeigen, daß es auch noch auf der Welt ist." (Hört! hört!) Weiter hieß es, daß, wenn man sich mit den Franzosen über die Aufteilung Marokkos (Hört! hört!) nicht verständigen könne, dann müsse der „Panther" in Agadir dieselbe Wirkung haben wie einst die Emser Depesche für den deutsch-französischen Krieg von 1870. (Hört! hört!) Ganz dieselbe böse Tonart haben eine ganze Reihe von bürgerlichen Blättern angeschlagen. Nun war mir das Folgende besonders auffällig: Anfang Juli meldete die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", daß eine Umfrage

unter den führenden Großindustriellen, nationalen Politikern, Männern der Wissenschaft und älteren Offizieren über die Marokkofrage veranstaltet worden sei. Diese hätten sich, und besonders die führenden Großindustriellen, in der Hauptsache für ein aktives Einschreiten in Marokko ausgesprochen, für einen Ausgleich, für eine Machtverschiebung zugunsten Deutschlands. (Hört! hört!) Hier haben wir also die Kriegshetzer. Das sind vornehmlich die Kreise, die die ganze Kriegshetze in Szene gesetzt haben, die eine ungeheure materielle Macht hinter sich haben, die eine ganze Reihe von Zeitungen und das Ohr der Reichsregierung haben. Und nun kam Ende Juli Herr Bassermann und redete auf einem Fest in Westfalen im Kreise Solingen-Lennep-Mettmann. Ich gebe offen zu, daß mich sehr überraschte, was er ausführte, nämlich, daß wir fernerhin nicht mehr in Marokko zurückstehen dürfen, daß wir verlangen müßten, daß uns eine Einflußsphäre gesichert werde, die unserem Ansehen und unseren Bedürfnissen entspräche. Er äußerte sich dann sehr schmeichelhaft über Kiderlen-Waechter und meinte, sehr wenigen Männern werde ein so großes Vertrauen entgegengebracht wie diesem. Bekanntlich gilt Herr von Kiderlen-Waechter in den Augen unserer Prozentpatrioten als ein zweiter Bismarck. Ich glaube, er glaubt das auch selbst von sich (Heiterkeit), obgleich Bismarck einen so dummen Streich, wie die Entsendung des „Panther" nach Agadir nie und nimmer gemacht hätte. (Hört! hört!) Ueber den Standpunkt Bismarcks in dieser Frage haben wir authentische Auskünfte. Als 1881 die Marokkofrage im Vordergrund stand, äußerte sich Bismarck dem Fürsten Hohenlohe gegenüber: „Lassen Sie die französische Regierung wissen, daß wir ihrem Vorgehen in Marokko kein Hindernis in den Weg legen." Und dem Fürsten Hohenlohe gegenüber erklärte er weiter: „Wir haben ein großes Interesse daran, daß Frankreich vom Rhein abgezogen wird, daß wir dort Ruhe und Frieden haben. Wenn Frankreich in Marokko engagiert ist, und es dort beschäftigt ist, muß es sehr viel Soldaten und Geld aufwenden, um Marokko unter die Fuchtel zu bringen; das kann uns nur nützlich sein." (Hört! hört!) Zur gleichen Zeit erklärte er dem französischen Gesandten in Berlin gegenüber, Frankreich solle nur in Tunis zugreifen, trotz Italien, Deutschland werde kein Hindernis bereiten. Als der französische Militärbevollmächtigte von Petersburg nach Paris reiste und dabei in Berlin einen Aufenthalt nahm, berichtete er in Paris von der außerordentlichen Freundlichkeit, mit der er vom alten Kaiser und von Bismarck empfangen worden sei. Bismarck habe ihm gesagt: „Wenn Sie in Tonking vorgehen wollen, wir haben nichts dagegen; ob Sie den Krieg zu Wasser und zu Lande führen, ist uns gleich. Machen Sie es, wie Sie es wollen; wir wünschen Ihnen viel Glück und sind ganz damit einverstanden. (Hört! hört!) So hat damals nach drei Seiten der schlaue Bismarck die französische Kolonial- und Weltpolitik zu engagieren versucht. Er hatte nicht unrecht. Was haben Tonking und Tunis Frankreich schon gekostet? Was wird Marokko erst kosten? Auf Jahrzehnte hinaus wäre Frankreich gar nicht in der Lage, irgendein entscheidendes Wort in Europa mitzusprechen, gegenüber Deutschland erst recht nicht, wenn es erst in Marokko festgelegt wäre. (Sehr richtig!) Ganz im Gegensatz zu seiner Anschauung vom Jahre 1905 und zu seiner Anschauung vom Jahre 1909 erklärt jetzt Herr Bassermann unter großem Beifall, es könne kein Gedanke daran sein, daß wir uns mit Kompensationen von Kolonien am Kongo oder in Kamerun oder wie sie heißen begnügen können für die wirtschaftlichen Interessen, die in Marokko auf dem Spiele stünden. Das war klar und deutlich. Das heißt, wir müssen in Marokko Kompensationen bekommen, wir müssen einen Teil in unsere Hände bekommen. Als ich das las, war ich einen Augenblick verdutzt; ich sagte mir, Herr Bassermann ist doch ein ver-

nünftiger Mensch (Heiterkeit — Zuruf: Nationalliberal!); aber das schließt doch nicht aus, daß man gescheit ist. (Große Heiterkeit.) Ich sagte mir, wie kommt Herr Bassermann jetzt zu einer solchen Sprache, auf welche Anregungen hin spricht er so? Er muß doch wissen, was für eine furchtbare Situation es für Deutschland und die Welt wird, wenn in der Weise vorgegangen wird, wie er verlangt. Er muß doch wissen, daß mit dem Versuch einer Festsetzung in Agadir notwendigerweise der Krieg zwischen England und Frankreich auf der einen und Deutschland auf der anderen Seite unausbleiblich heraufbeschworen wird. Und was der Krieg bedeutet, werde ich noch weiter klarlegen. Rasch genug wurde mir Aufklärung zuteil: Anfang August veröffentlichte die „Braunschweigische Landeszeitung" einen Artikel, worin sie in der schärfsten Weise gegen von Kiderlen-Waechter losging, worin sie behauptet, daß Herr von Kiderlen-Waechter in den nationalen Kreisen große Hoffnungen erweckt, daß man sehr auf ihn gebaut habe, er werde im Sinne der Wünsche der Alldeutschen handeln. (Hört! hört!) Aber plötzlich sei er wieder, nachdem der Kaiser von der Nordlandsreise zurückkehrte, zurückgehupft. Die „Braunschweigische Landeszeitung" führt aus: Von der Zeit an, wo der „Panther" nach Agadir gegangen, ließ Kiderlen-Waechter nach keiner Seite hin zweifeln, daß er ungefähr auf dem Boden der alldeutschen Forderungen steht (Hört! hört!), daß er, obwohl der Kaiser — der bekanntlich längere Zeit an der Küste Norwegens war — ihm nur aufgetragen hatte, nach einer ehrenvollen Lösung zu suchen, er unter allen Umständen auf den Erwerb von Südwestmarokko bestehen würde. (Hört! hört!) Nach dieser Richtung hin habe Kiderlen-Waechter zu jedem gesprochen, auf diesen Vorgang hin seien zirka ein halbes Hundert Redakteure, Politiker — wahrscheinlich also auch Herr Bassermann — in Berlin zusammengetreten (Hört! hört!) und hätten erklärt, daß sie ihrerseits bereit wären, diese Pläne von Kiderlen-Waechter zu unterstützen, auf die Gefahr eines Krieges hin. (Lebhafte Bewegung.) Nun, wir werden im Reichstage Herrn von Kiderlen-Waechter darüber zur Verantwortung ziehen. (Bravo!)

Daß England das Vorgehen Deutschland im höchsten Grade mißfiel, ist klar. Daher erklärte der englische Ministerpräsident, Herr Asquith, in einer sehr prononzierten Rede, mit der Entsendung des „Panther" nach Agadir sei eine durchaus neue Lage geschaffen; die marokkanische Frage sei an einem Punkt angelangt, wo sie in wachsendem Maße Schwierigkeiten und Unruhe hervorrufen werde. Er fügte hinzu, daß er zwar nicht an einen direkten Eingriff denke, er wolle aber konstatieren, wie England die Sache ansehe und gegebenenfalls handeln werde. Das war auch die Auffassung der englischen Presse, z. B. der „Daily News". Was würde aber für uns aus einer Besetzung Südwestmarokkos entstehen? Ungeheure Kosten, die beständige Gefahr von Aufständen im Hinterlande, wozu Frankreich sicher alles tun würde, und ständige Kriegsgefahr in Europa. Man muß sich fragen, wie können vernünftige Leute zu solchen Schritten kommen? Mag der Wunsch da sein, mag er tausendmal berechtigt sein, sich in Marokko festzusetzen, aber man muß sich auch im gewöhnlichen Leben oft liebe Wünsche versagen, weil sie nicht durchführbar sind. So geht es auch den Nationen. Will ich mir einen Wunsch erfüllen, so habe ich mich zu fragen: was kostet er, kannst Du die Kosten tragen? Und so frage ich auch, ob wir wegen eines Stückes Marokko die ungeheuren Kosten und all die Verantwortung, die damit verbunden ist, tragen können. (Sehr gut!) Ich bin überzeugt, daß der Umschlag, den die deutsche Regierung bald nach der Rückkehr des Kaisers von seiner Nordlandreise machte, bei Bassermann sehr eigenartige Gefühle auslöste, daß sein Gesicht sich erheblich verlängerte. (Heiterkeit.) Er ist gründlich blamiert

worden. Er hat vergessen, daß in Deutschland nicht allein die Hand voll Großkapitalisten zu reden haben, sondern daß auch hinter der nationalliberalen Partei zirka 1½ Millionen Wähler stehen, die in ihrer großen Mehrheit kleine Gewerbetreibende, Bauern und selbst Arbeiter sind, und man muß doch auch mal fragen, was denn die dazu sagen würden. Freilich, diese große Masse ist stumm, sie redet nicht, aber sie bekommt nachher um so mehr die Dummheiten der Führer zu kosten. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Mit jener Erklärung der „Braunschweigischen Landeszeitung" war mir auf einmal klar, wie die Dinge standen. Dazu kam, daß, während damals ein großer Teil der maßgebenden Presse nach der Landung des „Panther" schwieg — sie war zweifelhaft, offenbar wollte sie sich nicht engagieren; sie fürchtete, daß da etwas Böses herauskommen könne —, die Alldeutschen um so toller vorgingen und in der schlimmsten Weise zum Kriege hetzten. Offenbar hat dann nachher der Kaiser seinem Minister des Auswärtigen einen gehörigen Dämpfer aufgesetzt. (Sehr gut!) Wir werden im Reichstage vor allem festzustellen suchen, was denn Herr von Bethmann Hollweg bei der „Panther"-angelegenheit für eine Rolle spielte. (Sehr richtig!) Der „Panther" konnte doch nicht allein auf Befehl von Kiderlen-Waechter nach Agadir geschickt sein, auch Herr von Tirpitz konnte ihn nicht schicken, das konnte nur Herr von Bethmann Hollweg. Und nun wollen wir mal hören, was der vorsichtige Kanzler, der Philosoph, dazu sagte. (Heiterkeit und Sehr gut!)

In England erregte bekanntlich der Vorgang mit dem „Panther" ungeheures Aufsehen. Die „Deutsche Tageszeitung", die ganzen alldeutschen Blätter waren voll Zorn und Wut und ergingen sich in Artikeln, die förmliche Majestätsbeleidigungen enthielten. Genau so wie 1893 angesichts des russischen Handelsvertrages, wo aus den Kreisen der Männer von Besitz und Bildung und den Stützen der Nation Hunderte ja Tausende von Beleidigungen gegen Caprivi und den Kaiser geschleudert wurden. Jetzt ging es in derselben Weise los. Man braucht nur den Artikel von Harden in der „Zukunft" zu lesen, der direkt dem Kaiser droht, wenn er nicht den Mut zu einem Kriege habe, dann werde die Nation zugreifen und ihre Politik durchsetzen. Das heißt, Mäzchen Harden droht mit der Revolution (Heiterkeit), wobei er, wie ich hoffe, den Führer abgeben wird. (Große Heiterkeit.) Wenn es zum Kriege kommen sollte, so würde ich vorschlagen, daß aus diesen Kriegshetzern eine Brigade gebildet wird mit dem Titel „Brigade zur Rettung der Ehre des Vaterlandes" (Heiterkeit), und an der Stirn der Kopfbedeckung müßten die Worte stehen: „Retter des Vaterlandes". (Erneute Heiterkeit.) Diese müßten zunächst in die Schlacht: die hetzenden Redakteure und Abgeordneten, die hetzenden Großindustriellen, kurz, alle jene, die an der Kriegshetze beteiligt sind. Diese müßten in der Schlacht vorausgeschickt werden, um mit ihren doch meist ziemlich korpulenten Leibern (große Heiterkeit) zur Ehre des Vaterlandes das Feld zu decken. (Erneute große Heiterkeit.) Das würde uns imponieren. Aber ich bin überzeugt, daß diese Leute nicht nur nicht in den Krieg gehen, sondern es sich sogar sehr überlegen werden, ob sie im Kriegsfall die nötigen Millionen aus ihrer Tasche geben. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Nun hat die englische Regierung in recht fataler Weise den Alldeutschen Oberwasser gegeben. Ich habe schon bemerkt, wie England in dieser Frage vom englischen Standpunkt aus steht, aber sie durfte nicht so weit gehen und einen Beschluß fassen, der eine Parteinahme für Frankreich bekundete und einem Ultimatum an Deutschland verzweifelt ähnlich sah. (Sehr richtig!) Vor allen Dingen durfte nicht Herr Lloyd George, der bisher so eifrig die Friedensposaune geblasen, seine bekannte Rede halten, auf die ich hier nicht weiter eingehen will. Sie wissen, welche Wirkung diese Rede gehabt hat, haben

mußte. Freilich hat einige Tage danach Herr Asquith sich veranlaßt gesehen, zu dämpfen. Er hielt zwar nach wie vor seinen alten Standpunkt aufrecht, daß man alles aufbieten werde, um die Interessen Englands zu wahren, aber er erklärte zugleich, wenn außerhalb Marokkos Kompensationen zwischen Frankreich und Deutschland gefunden werden sollten, hätte England keinerlei Ursache, das zu verhindern oder sich in diese Dinge zu mischen, das sei allein Sache der beiden betreffenden Mächte.

Nun sind ja Verhandlungen eingeleitet worden. Daß sie in ihrer ganzen Breite nicht veröffentlicht werden, begreife ich. Wenn z. B. eine große Gewerkschaft einen Kampf auf Leben und Tod mit der Kapitalistenklasse zu führen hat, und es kommt, bevor man losschlägt, oder auch nachdem man losgeschlagen hat, zu Verhandlungen, so werden die Unterhändler hüben und drüben die Verhandlungen nicht vor der breiten Oeffentlichkeit erörtern, weil sie sich sagen, das könnte zu Erörterungen und Forderungen führen, die unsere ganze Stellung konterkarieren, sie könnten die Verhandlungen stören. (Sehr richtig!) Aber die Schweigepolitik, die man jetzt seit Wochen in der Marokkofrage von deutscher und französischer Seite beobachtet, müssen wir auf das Entschiedenste verurteilen. Dieses Schweigen können sich die Nationen nicht länger gefallen lassen. (Erneute Zustimmung.) Wir müssen wissen, was eigentlich in Frage steht. Die Grundzüge einer solchen Verhandlung hat ein Volk alles Recht, kennen zu lernen, denn es handelt sich schließlich doch um des Volkes Kopf und um des Volkes Beutel. (Lebhaftes Sehr richtig!) Es muß schon beizeiten hineinreden können, ob nicht zu weitgehende, nicht unvernünftige Forderungen gestellt werden, ob nicht etwas geschieht, was die Lage nicht verbessert, sondern verschlimmert. (Sehr richtig!) Dieses Verlangen ist dieses Mal schließlich von allen Parteien gestellt worden. Alle Parteien verlangen nach dem Reichstage; sie verlangen, daß Aufklärung gegeben wird, auch schon, bevor der Reichstag zusammentritt, durch die offiziöse Presse. Bis heute hat man hartnäckig geschwiegen. So entstanden notwendig falsche Gerüchte. Die Beunruhigung hat immer weitere Kreise ergriffen, weil das lange Zurückhalten verdächtig ist und weil man sich sagt, wäre man einig, so ginge man an die Oeffentlichkeit; wer weiß, was da herauskommt. Wir haben gelesen, daß ein Run auf eine Reihe von Sparkassen stattfand; wir haben weiter gelesen, daß einer der Direktoren der Deutschen Bank sich veranlaßt sah, den Staatssekretär Herrn von Kiderlen-Waechter aufzusuchen und ihm mitzuteilen: die Sache werde bedenklich; wenn die Entscheidung noch länger dauert, können wir für nichts garantieren. Der Direktor der Deutschen Bank wird freilich noch mehr gesagt haben. Er wird ihm gesagt haben: Herr Staatssekretär, wenn Sie es noch nicht wissen, will ich es Ihnen sagen: wenn das Publikum seine baren Depositen aus den Banken zieht, können wir das Geld schließlich nicht mehr zahlen, und wenn Sie meinen, daß wir nur mit deutschem Kapital arbeiten, dann täuschen Sie sich auch. Es stecken zwar 20 000 Millionen Mark deutschen Kapitals im Auslande in Unternehmungen aller Art, aber mehrere tausend Millionen Mark französischen Kapitals stehen auch in Deutschland. (Hört! hört!) Unsere Banken arbeiten in einem sehr bedeutenden Maße mit französischem Kapital. Ich habe in diesen Tagen von einem Manne, der den Dingen nahesteht, der lange Jahre in Bankgeschäften tätig war, der die Situation zu beurteilen vermag, einen Brief erhalten, worin es heißt: „Es scheint richtig zu sein, daß Kiderlen-Waechter am Samstagnachmittag einem Direktor der Deutschen Bank beruhigende Mitteilungen gemacht hat. Das war höchste Zeit, denn die deutschen Börsen sind in äußerst schlechter Verfassung im Gegensatz zu den französischen. Es zeigt sich jetzt sehr drastisch die Uebermacht der Franzosen auf diesem Gebiet; sie können die Ungewißheit

noch lange aushalten, wir nicht; die haben Geld wie Heu, wir aber haben wenig überflüssiges Geld und viele Schulden." (Hört! hört!) Das Wesentlichste ist, daß der deutsche Handel und die deutsche Industrie vielfach mit fremdem Kapital arbeitet. Das ist sehr erklärlich. Obwohl wir in den letzten 20 Jahren um 30 000 Millionen Mark reicher geworden sind, sind doch kolossale Kapitalien investiert. Die deutsche Industrie und der deutsche Handel haben eine ungeheure Ausdehnung erlangt. Große französische, englische und amerikanische Kapitalien sind in Deutschland angelegt, aber andererseits gehen deutsche Kapitalien ins Ausland, um dort angelegt zu werden. Ich spreche offen aus: vielleicht liegt die größte Gewähr für den Weltfrieden in dieser internationalen Verschickung des Kapitals. (Sehr richtig!) Diese Verschickung macht einen Krieg zu einer sehr gefährlichen Sache, hüben wie drüben, und es wäre heller Wahnsinn, wollte eine Regierung wegen Marokko die Dinge auf die Spitze treiben. (Sehr richtig!)

Unsere Haltung den marokkanischen Vorgängen gegenüber hat, wie vorauszusehen war, in gegnerischen Kreisen wieder das Geschrei von der sogenannten Vaterlandslosigkeit der Sozialdemokratie ausgelöst. Man hat auf unsere Haltung im Jahre 1870 hingewiesen; man behauptet ferner, die Sozialdemokratie gehe sogar damit um, im Falle eines Krieges einen Massenstreik zu inszenieren. Es fällt mir gar nicht ein, auch nur mit einem Wort auf diese Anklagen einzugehen. Ich habe dazu gar keinen Anlaß. (Sehr richtig!) Die Stellung der Partei im Falle eines Krieges ist von der Partei längst festgelegt worden, nicht erst heute und gestern. Diese Frage hat bisher fast auf allen internationalen Kongressen eine Rolle gespielt. In Zürich war es Nieuwenhuis, der neben einem Massenstreik einen Militärstreik befürwortete, aber er ist mit ungeheurer Majorität, von der deutschen Partei einstimmig, niedergestimmt worden. Wir haben dieselbe Frage später auf den internationalen Kongressen in Paris und Amsterdam erörtert. Zuletzt noch auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart. Auf allen diesen Kongressen ist klar und deutlich seitens der deutschen Partei gesagt worden: wir bedanken uns, uns auf irgend etwas festzulegen. (Sehr richtig!) Auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart insbesondere waren es die Franzosen von Hervé von der äußersten Linken bis hinüber zu Jaurès auf der Rechten, die verlangten, die Internationale müsse beschließen, sobald ein Krieg auszubrechen drohe, einen allgemeinen Massenstreik zu inszenieren. Ich hatte damals die Ehre, mit Haase und Vollmar in der sogenannten Militärkommission zu sein, die über diese Frage zu beraten hatte, und ich habe dort in der kategorischsten Weise erklärt, daß eine Resolution mit einem solchen Inhalt für uns Deutsche einfach unannehmbar sei (Sehr richtig!), daß es Verrücktheit von unserer Seite wäre, einer solchen Resolution zuzustimmen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wir konnten uns nicht verständigen. Die Sache wurde einer Subkommission überwiesen, der wir drei angehörten; wir gerieten dort abermals mit den Engländern und Franzosen in Konflikt.

Wir haben ausführlich nachgewiesen, warum es unmöglich sei, einer derartigen Resolution unsere Zustimmung zu geben. Und als man schließlich um jeden Preis einen solchen Beschluß durchsetzen wollte, habe ich namens unserer Delegation erklärt: Gut, es ist Eure Sache zu beschließen, beschließt, was Euch gut dünkt, aber wir Deutschen machen nicht mit! (Bravo!) Darauf hieß es: Ja, wenn ihr Deutschen in dieser Weise auftretet, dann geht es eben nicht, denn mit euch müssen wir uns schließlich doch verständigen. Und so wurden wir drei beauftragt, eine Resolution auszuarbeiten, und der Kommission vorzulegen. Die entscheidenden Sätze dieser Resolution finden Sie im Kongreßprotokoll über den Stuttgarter Internationalen Kongreß (Seite

65 und 66). Dort heißt es unter anderem: „Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die umfassende Tätigkeit des Internationalen sozialistischen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten, und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen!"

Der Inhalt dieser Resolution besagt also nicht, daß wir in allen Ländern in gleicher Weise vorgehen sollen, sondern er besagt, — und das ist der Unterschied zwischen uns und der Forderung der Franzosen und Engländer — daß es jeder Nation überlassen bleibt, in der Weise zu handeln, wie sie es für gut hält oder wie es möglich ist. Das ist die einzig richtige Formel. (Zustimmung.)

Von dem Gang der Dinge in einem großen Kriege macht man sich kaum eine rechte Vorstellung. Wie werden denn im Falle eines Krieges ungefähr die Dinge sich gestalten? Das ist sehr wichtig für die Beurteilung der wahrscheinlichen Situation. Im Jahre 1893, als die große Militärvorlage auf der Tagesordnung des Reichstages stand, und wir Opposition machten, und namentlich auf die furchtbaren Wirkungen eines großen Krieges hinwiesen, nahm der damalige Reichskanzler Caprivi das Wort. Caprivi war damals einer der ersten deutschen Generale. Er erklärte: Sobald Krieg wird, treten Heere in die Erscheinung, wie sie die Welt noch nicht gesehen, wie sie noch kein General kommandiert hat; wie der Ausgang ist, weiß kein Mensch; was Deutschland betrifft, so wird es am ersten Tage der Mobilmachung die gesamte kriegsfähige Mannschaft bis auf den letzten Mann einberufen. (Hört, hört!)

Das waren damals schon 4 Millionen Männer, heute würden es 4½ bis 5 Millionen sein, und wenn man den Landsturm zweiten Aufgebots mit einberuft — und das wird geschehen — dann sind es 5½ bis 6¼ Millionen Männer. (Hört, hört!) Das ist ein ganz kolossales Aufgebot. Dieses Aufgebot ruft eine förmliche Revolution in unseren gesamten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen hervor. Millionen von Arbeitern werden weggerufen von ihren Familien, die nichts mehr zu beißen und zu leben haben. (Lebhafte Zustimmung.) Hunderttausende von kleinen Gewerbetreibenden können ihren Bankrott ansagen, weil ihnen alle Mittel zur Fortführung ihrer Geschäfte fehlen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Kurse aller Wertpapiere erleiden einen Sturz, von dem wir jetzt nur eine ganz kleine Probe gehabt haben und durch den Zehntausende von wohlhabenden Familien zu Bettelleuten gemacht werden. (Sehr richtig!) Der Ausfuhrhandel stockt, unser gewaltige Welthandel wird unterbrochen. Zahllose Fabriken und gewerbliche Unternehmungen, soweit sie nicht für Kriegsbedarf arbeiten, kommen zum Stillstand. Arbeitslosigkeit und Verdienstlosigkeit an allen Ecken! Die Zufuhr der Lebensmittel hört ganz oder zum großen Teil auf. Die Preise der Lebensmittel erreichen eine unerschwingliche Höhe, obwohl sie heute schon kaum erschwinglich sind. (Hört, hört!) Das wird tatsächlich die allgemeine Hungersnot bedeuten. Was glaubt man denn, was aus einer derartigen Situation entsteht? Da schreien die Massen nicht nach Massenstreik (lebhafter Beifall), da schreien sie nach Arbeit und Brot (stürmische Zustimmung) — so liegen alsdann die Dinge. (Sehr wahr! Sehr richtig!)

Sie verlangen Arbeit und Brot, die mit Ausnahme der Industrien und Gewerbe, die direkt am Kriege interessiert sind, niemand ihnen bieten kann. Wer wird die Familien der Arbeitslosen unterstützen? Dazu ist kein Geld da. Die Kassen der Gewerkschaften stehen vor dem Bankrott (Sehr richtig!), sie können die verlangten Unterstützungen nicht leisten, auch die Gemeinden, auch der Staat und das Reich nicht, der Staat und das Reich, dem seine Armee und Flotte jeden Tag der Mobilmachung 45 Millionen Mark kostet (Bewegung. Hört, hört!), 1350 Millionen Mark in einem Monat. (Hört, hört!) Und nun stellen Sie sich den Krieg selbst vor, mit der ungeheuren technischen Entwickelung seit 1870, den Millionenheeren hüben und drüben, den Repetiergewehren, den Schnellfeuergeschützen, den Maschinengewehren, mit den modernen Sprengstoffen usw. (Sehr richtig! Zuruf: Luftschiffe!) Als vor einigen Jahren in Elsaß-Lothringen ein größeres Kaisermanöver unter dem Feldmarschall Grafen Haeseler stattfand, erklärte er am Ende: „Das Manöver war sehr schön, aber gefragt habe ich mich doch, wenn es ernst wird, wo bringen wir die Leichen unter, und vor allem, wo bringen wir die Verwundeten unter?" (Lebhaftes Hört, hört!) Parteigenossen: Alle diese Vorgänge werden eine Stimmung erzeugen, von der wir uns gar keinen Begriff machen können. Schon 1904 habe ich dem Reichskanzler Fürst Bülow gesagt, wenn ein großer Krieg kommt, steht die Existenz der bürgerlichen Gesellschaft auf dem Spiele. (Stürmische Zustimmung.) Und nicht wir sind es, die das herbeigeführt haben, sondern die Vertreter dieser bürgerlichen Gesellschaft (lebhaftes Sehr richtig!), die glauben, die bürgerliche Gesellschaft stützen zu müssen, sie allein tragen die Verantwortung für all das ungeheure Elend und die schrecklichen Folgen eines solchen Krieges. (Stürmische Zustimmung.)

Auch über die Aufbringung der Mittel habe ich mit Fachleuten gesprochen. Als 1870 der deutsch-französische Krieg ausbrach, forderte Bismarck vom Reichstage 120 Millionen Taler. Ich hatte damals mit Liebknecht die Ehre, im Reichstage zu sein. Wir enthielten uns der Abstimmung, warum ist bekannt. Diese 120 Millionen Taler wurden ausgeboten zu einem Kurse von 88 für das Hundert, so daß also, wer 100 Taler zeichnete, nur 88 zu zahlen hatte, und zugleich wurden 5 Prozent zugesichert. Und das Resultat? Statt der 120 Millionen Taler wurden nur 68 Millionen Taler gezeichnet. (Hört, hört!) Nun bin ich weit entfernt, die Zustände von damals mit den heutigen auf gleiche Stufe stellen zu wollen. Aber wie in Frankreich schon damals die Geldverhältnisse lagen, beweist, daß, als am 17. Juni von der französischen Kammer 700 Millionen Franken für den gleichen Zweck gefordert wurden, diese Summe von der französischen Börse und dem französischen Volk bis auf den letzten Heller aufgebracht wurde. (Hört, hört!) Jetzt würde es sich fürs erste um einen Betrag von mindestens 1500 Millionen Mark handeln. Nun haben wir ja das Goldhäuflein im Juliusturm (Heiterkeit), 120 Millionen Mark. Das würde gerade für drei Tage reichen. Nun kann man die Notenpresse in Bewegung setzen, und das wird auch geschehen. Man gewöhnt Euch ja schon jetzt an das Papiergeld. (Heiterkeit.) Aber die Deutschen sind in bezug auf Papiergeld etwas eigentümliche Leute (Heiterkeit), sie nehmen das Papiergeld nur, weil sie wissen, wenn sie es zur Kasse tragen, bekommen sie Gold dafür. Wenn aber im Kriegsfall die Papiermühle und die Notenpresse in Bewegung gesetzt werden, dann geht das Auswechseln in Gold nicht mehr. Es tritt der Zwangskurs ein, weil die Diskrepanz zwischen Papier und Gold zutage tritt. Ich habe das 1859 in Oesterreich erlebt. Als ich damals in meinem Patriotismus gegen Napoleon an den Rhein marschieren wollte (große

Heiterkeit) und kein Geld hatte, um von Salzburg bis zum Rhein zu kommen, und mein Vormund mir zur Reise sechs Taler schickte, inzwischen glücklicherweise der Friede gekommen war (Heiterkeit), habe ich mich in meiner Kurzsichtigkeit sehr gefreut, als ich für diese sechs Taler ungefähr zehn Taler in Papier erhalten konnte. (Große Heiterkeit.)

Wie es in Deutschland in einem ähnlichen Falle gehen wird, weiß man nicht. Ich habe es aber mit Genugtuung begrüßt — ich gestehe das —, als ich die Angst sah, die auf die Kriegsgerüchte hin entstand, und wie die Leute nach den Sparkassen stürmten. Da sagte ich mir, das ist euch da oben recht gesund (Heiterkeit), ihr habt dergleichen noch nicht durchgemacht. Wie viele von den heute Lebenden haben denn den Krieg von 1870 als urteilsfähige Männer erlebt? Wie sehr hat Bismarck sich vor einem zweiten Zusammenstoß mit Frankreich gehütet. Manche sprechen so leichthin von solchem Kriege, mit Frankreich, sagen sie, werden wir sehr schnell fertig. Urteilsfähige Militärs aber sagen, so leicht wie 1870 würden wir auf keinen Fall mit Frankreich fertig werden. Und wie schwer war es doch. Ueber all das, was damals das Heer und das Volk ertragen mußten, wird in den Büchern nicht berichtet. (Sehr richtig.) Wer die Not, das Elend, die Arbeitslosigkeit jenes furchtbaren Winters von 1870/71 durchgemacht hat, der verlangt niemals nach einer zweiten Auflage. (Lebhaftes Sehr richtig!) Und was kommt, wird unendlich schlimmer, gewaltiger sein und in keiner Richtung mit dem, was 1870 war, zu vergleichen sein. (Sehr wahr! Sehr richtig!)

Darum, Parteigenossen, fordere ich Sie auf, stimmen Sie einstimmig der Resolution zu, die ich Ihnen vorgelegt habe. Sache Ihrer Parteivertreter im Reichstage ist es, ihre volle Schuldigkeit zu tun und denen da oben zu sagen, was das Volk über sie und ihre Politik denkt. (Lang anhaltender, stürmischer Beifall.)

Vorsitzender **Dietz**: Eingegangen ist zur Marokkoresolution das Amendement Luxemburg. (Nr. 82 der Anträge.)

Rosa Luxemburg begründet den Zusatzantrag. Wir haben uns von der Erwägung leiten lassen, daß wir die Einschaltungen nicht deshalb vorschlagen, weil sie sich irgendwie von dem allgemeinen Inhalt der Resolution oder dem Sinn der Rede des Referenten entfernen, sondern im Gegenteil, weil sie sich ja vollkommen im Gleise dieser Gedanken bewegen. Sie sind aber andererseits notwendig, weil die vorgelegte Resolution diese uns sehr wichtig und wesentlich dünkenden Punkte unerwähnt gelassen hat. Es ist ja bekannt, man kann in einer Resolution nicht alles sagen, was sich über einen Gegenstand überhaupt sagen läßt. (Na also.) Warten Sie ab. Bei Resolutionen, die sich auf innere parteitaktische Fragen beziehen, ist die Diskussion und die Rede zur Begründung der Resolution als Kommentar zu ihr unbedingt notwendig und sie kann nur als solcher in Betracht gezogen werden. Hier aber handelt es sich um eine Resolution, die uns ein Leitstern in der Massenagitation gegen die bürgerliche Gesellschaft sein soll. Wir müssen in Betracht ziehen, daß nicht nur bürgerliche Blätter, sondern auch die Gewerkschaftsblätter zum Teil nicht die Diskussion, wohl aber die Resolution abdrucken werden, deshalb muß die Resolution mindestens als Grundlage für die Agitation ausreichen und deshalb alle wesentlichen Standpunkte der Sozialdemokratie zur Frage ausdrücken. Es sollen auch hier die Hauptpunkte angegeben werden, die unseren Rednern und unserer Presse richtunggebend sein müssen, damit in der Agitation auch alles ausgesprochen wird, was für die Sozialdemokratie von Wichtigkeit ist. Deshalb halten wir es für notwendig, daß gleich beim ersten Absatz, wo gegen einen Krieg zwischen den Kulturvölkern protestiert wird, gleichzeitig erklärt und deutlich ausgedrückt

wird, daß wir ebenso gegen einen Krieg gegen Nichtkulturvölker sind, was zwar für die Sozialdemokratie selbstverständlich ist, aber gerade deshalb ausgedrückt werden soll und muß. (Heiterkeit.) Vergessen wir nicht, daß z. B. in Marokko schon seit längerer Zeit ein Krieg gegen die eingeborenen Stämme geführt wird, gegen den wir uns genau so wenden müssen, wie gegen einen Krieg unter Kulturvölkern. Ferner ist unerwähnt geblieben, wohl nur aus Versehen oder in der Absicht, sich möglichst kurz zu fassen, daß wir gegen die Machenschaften kapitalistischer Cliquen in der Kolonialfrage nicht nur deshalb protestieren, weil sie so schädlich für die Interessen der Arbeiterklasse sind, sondern weil sie auch die vitalsten Interessen der Eingeborenen in den Kolonialländern beeinträchtigen. Ferner sind im Absatz 4 als einzige Ursache der Kriegsgefahr die Intrigen und die Spekulationssucht einiger großkapitalistischer Cliquen angeführt und es ist unerwähnt geblieben ein Standpunkt, der uns außerordentlich nützlich und wichtig ist in unserer allgemeinen Agitation gegen den Militarismus, daß nämlich die Rüstungen an sich eine gefahrdrohende Erscheinung sind, daß gerade durch das Wettrüsten die Kriegsgefahr nicht beseitigt, sondern noch gesteigert wird. In der Resolution fehlt auch der Zusammenhang zwischen der Marokkoangelegenheit und der allgemeinen Frage des Militarismus, die voneinander nicht zu trennen sind. Insbesondere halten wir es für notwendig, die Spitze der Resolution nicht bloß gegen diese paar kapitalistischen Cliquen zu richten, sondern gegen diejenigen politischen Parteien, auf denen die Verantwortung für die jetzige Kriegsgefahr und für die ganze Situation überhaupt lastet, gegen jene Parteien, die den Militarismus unterstützen, denn mit ihnen haben wir ja mehr und direkter zu tun, als mit jenen wenigen kapitalistischen Cliquen, die hinter den Kulissen Drahtzieher sind.

Und endlich ist es außerordentlich wesentlich, daß sich die Resolution in ihrer jetzigen Fassung ausschließlich gegen eine Kriegsgefahr wendet. Die Kriegsgefahr kann etwas bloß Vorübergehendes sein, es können aber Erscheinungen eintreten, die, ohne daß ein Krieg ausbricht, für uns genau so schädlich und gefahrbringend im allgemeinen Sinne sind: Das ist vor allem eine Vergrößerung des deutschen Kolonialbesitzes in friedlicher Weise, durch einen gewöhnlichen Diplomatenschacher hinter dem Rücken der Nation und ihrer gesetzgebenden Vertreter. Deshalb glauben wir, daß die von uns vorgeschlagenen Einschaltungen so wesentlicher Natur sind und andererseits sich so organisch und harmonisch an die Resolution anschließen, daß ihre Annahme unbedingt notwendig ist und daß sie uns erleichtern werden die Ausnutzung der vorliegenden Resolution als Grundlage für eine umfassende, die Massen ergreifende Agitation sowohl gegen die spezielle Marokkoaffäre, wie gegen den Militarismus und die Kolonialpolitik im allgemeinen. (Lebhafter Beifall bei einem Teil des Parteitages.)

Dr. **David** (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage, nicht in eine Debatte über das Referat Bebels einzutreten (Sehr gut!), sondern die von ihm vorgelegte Resolution ohne Debatte einstimmig anzunehmen. Sie hat uns einige Tage vorgelegen und ist nach allen Richtungen hin wohlüberlegt. Sie haben die Begründung durch Bebel gehört, und wenn jemals, so ist diesmal der gesamte Parteitag mit dieser Begründung vollkommen einverstanden. Er hat das schon durch seine Zustimmung kundgegeben. Es würde die Wirkung unserer Stellungnahme nach außen abschwächen, wenn irgendeine Diskussion eintreten würde. (Sehr wahr!) Die Wirkung kann nicht stärker sein, als wenn wir der Resolution einstimmig ohne Debatte unsere Zustimmung geben. Es würde aber unbedingt eine Debatte zur Folge haben müssen, wenn wir die Amendements mit in die Abstimmung hineinnehmen würden. (Sehr richtig!) Wir haben die Amendements nicht gedruckt vor uns, sie wurden uns nur

vorgelesen; das ist bei einer so wichtigen Entscheidung kein Verfahren, das wir verantworten können. (Sehr wahr!) Ich will nicht auf die Begründung durch Frau Luxemburg eingehen, aber wenn man hier so nebenbei damit zugleich die Kolonialfrage aufrollen zu können glaubt, so ist es unmöglich, daß das geschehen könnte ohne eine Diskussion, die nur geeignet wäre, den Eindruck unserer Marokkokundgebung in der gegenwärtig vorliegenden aktuellen Frage abzuschwächen. (Zustimmung.) Ich bitte Sie (nach links), sich die Abschwächung des Eindruckes unserer Kundgebung durch eine Diskussion zu vergegenwärtigen, und dann werden Sie ihre Anträge zurückziehen. Ich glaube, der Parteitag hat in seiner überwältigenden Mehrheit die Absicht, der Resolution Bebels ohne weiteres die Zustimmung zu geben. Das wird die denkbar kraftvollste Demonstration in der gegenwärtigen wichtigen und kritischen Situation der Weltpolitik sein. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dietz: Ich entnehme aus den Ausführungen Davids, daß er eigentlich den Schluß der Debatte beantragt. (Zustimmung.) Ich nehme dann des weiteren an, daß er für den Schluß der Debatte gesprochen hat. Ich erteile nunmehr dem Genossen Liebknecht das Wort gegen den Schluß der Debatte.

Dr. Liebknecht: Ich habe eben noch ein neues Amendement eingebracht. (Große Unruhe.) Es handelt sich um einen wichtigen Punkt, um eine Ergänzung der Resolution und eine Ergänzung des Bebelschen Referats. (Unruhe und Schlußrufe.) Ich vermisse in dem Bebelschen Referat fast jeden Hinweis auf die Aktion der deutschen Massen, was sie bereits getan haben und was sie an Demonstrationen und Aufklärungstätigkeit noch weiterhin zu tun haben. (Schlußrufe und Rufe: Das wissen wir schon selbst!) Es ist unbedingt notwendig, daß in der Resolution der Massen nicht vergessen wird. Es wird gar nicht von der gegenwärtigen Aktion gesprochen und nur allgemein auf ein späteres Stadium hingewiesen. Um dieser Resolution eine unmittelbare Wirkung nach außen hin zu geben, muß mein Amendement angenommen werden. Die Massen draußen müssen aufgerüttelt werden. Sie müssen zu lebhaften Demonstrationen und Aktionen gegen den Krieg aufgerufen werden. (Lebhafte Unruhe; Bebel ruft: Ist das zur Geschäftsordnung?) Wir können jetzt noch nicht Schluß der Debatte machen. (Widerspruch.)

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird mit großer Mehrheit angenommen. (Lebhafter Beifall.)

Bebel nimmt das Schlußwort: Ich habe sehr wenig zu sagen. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß die vorgeschlagene Resolution nicht alles enthält, was gesagt werden könnte. Ich bin mir auch sehr wohl bewußt, daß ich über die Marokkofrage statt anderthalb Stunden drei Stunden hätte sprechen können. Was aber in der Resolution fehlt, das haben die Genossen schon aus eigenem hinzugesetzt und werden es noch weiter tun. (Beifall.) Mir war nur darum zu tun, in aller Kürze die Hauptpunkte darzulegen, auf die es ankommt. Wenn der Parteitag die Resolution annimmt, dann spricht er deutlich aus, was er in der Frage getan hat, wie er denkt und was er weiter tun wird. (Stürmischer Beifall.)

Vors. Dietz: Wir kommen zur Abstimmung über die Resolution 71 und die vier dazu vorliegenden Amendements. (Lebhafte Zurufe: Die Amendements zurückziehen! — Bebel: Ach laßt sie doch!)

Die vier Amendements zu der Resolution des Parteivorstandes werden mit großer Mehrheit abgelehnt. Darauf wird die Resolution über die Marokkofrage (Nr. 71) einstimmig angenommen. (Anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Dietz: Wir kämen jetzt zum Referat Bebels über die Reichstagswahlen. Bebel bittet aber, jetzt erst die Maifeier vorzunehmen und dann sein Referat entgegenzunehmen.

Damit ist der Parteitag einverstanden.

Darauf tritt eine Pause von 10 Minuten ein.

Nach der Pause erhält das Wort zum Punkt

Maifeier

Pfannkuch: Parteigenossen und Genossinnen! Die Verhandlung über die Maifeier gehört ja zum eisernen Bestand der Tagesordnung unserer Parteitage, und das war bisher auch notwendig, da zeitweilig sehr verschiedene Auffassungen über die Art der Maifeier, wenn nicht zur Geltung kamen, so doch zur Geltung zu bringen versucht wurden. Nach der Beschlußfassung der internationalen Kongresse und nach den Beschlüssen unserer seitherigen Parteitage soll die Maifeier am 1. Mai stattfinden und ihre würdigste Art soll die Arbeitsruhe sein; doch ist hinzugefügt, daß die Arbeitsruhe dort durchzuführen ist, wo die Möglichkeit dazu ohne bedeutende wirtschaftliche Schädigung vorhanden ist. Vielfach gingen nun die Bestrebungen dahin, die Feier zwar am 1. Mai vorzunehmen, aber ohne Arbeitsruhe, und die Feier auf den Abend zu beschränken; andere Bestrebungen gingen dahin, die Feier nach den örtlichen und territorialen Bedürfnissen am Sonntag nach dem 1. Mai stattfinden zu lassen. Demgegenüber hat die Partei immer daran festgehalten, daß die Feier am 1. Mai durchzuführen und wenn möglich durch Arbeitsruhe zu erfolgen hat. Seit dem Nürnberger Parteitag ist in der Frage nach Aenderung der Maifeier Ruhe eingetreten. Es machen sich nicht mehr die Bestrebungen geltend, sie auf den Abend oder auf den Sonntag zu verlegen. Wir haben gesucht, das Unterstützungswesen für die infolge der Maifeier Ausgesperrten auf dem Nürnberger Parteitag zu regeln. In dem vorjährigen Parteitagsbericht über diesen Gegenstand ist darauf hingewiesen, daß in der Mehrheit der Bezirke, die eingerichtet sind, um einen Maifeierfonds zur Unterstützung der Ausgesperrten zu schaffen, Vorbereitungen hierfür getroffen sind. Diese Vorbereitungen sind weiter gediehen und in den einzelnen Bezirken haben die Parteigenossen die Fondsbildung vorgenommen, wenn er auch in vielen Fällen noch nicht eine solche Höhe angenommen hat, daß bei einer Aussperrung im größeren Umfange die Betroffenen vollauf befriedigt werden könnten. Aber diejenigen, die bisher gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai opponierten, sind seit der Verständigung auf dem Mannheimer Parteitag zwischen den Gewerkschaften und dem Parteivorstand von der Opposition zurückgekommen, und die Maifeier hat immer größeren Umfang und immer schönere Formen angenommen. Die Gewerkschaften haben die Unterstützung der Ausgesperrten anstandslos übernommen, und Schwierigkeiten sind durch die Unterstützung der Ausgesperrten nicht entstanden. Im vorigen Jahre fand die Maifeier an einem Sonntage statt, und, wie nicht anders zu erwarten, konnte berichtet werden, daß sie großartig ausgefallen war. Auch im diesjährigen Bericht konnten wir feststellen, daß, obgleich die Maifeier auf einen Montag fiel, sie durchaus nicht hinter der des Vorjahres zurückstand, sondern an Umfang und Zahl der Beteiligten zugenommen hat. Das ist mit darauf zurückzuführen, daß das Unternehmertum in Zeiten des wirtschaftlichen Aufstieges doch nicht so aussperrungslustig ist, wie in Zeiten der wirtschaftlichen Depression. Das sehen wir ja auch an dem Stand der gegenwärtigen Verhandlungen im Metallgewerbe; die Unternehmer überlegen es sich zwei- und dreimal, ob sie zu der angedrohten Aussperrung übergehen sollen. Wenn in den Unternehmerorganisationen nicht Verbandsbeschlüsse existierten, die die einzelnen Orts-

und Bezirksverbände zum Aussperren der am 1. Mai Feiernden nötigten, so würden zahlreiche Unternehmer die an der Maifeier Beteiligten nicht mehr aussperren, sondern in ruhiger Verhandlung sich mit ihren Arbeitern verständigen, so daß ein Hindernis für die Maifeier in den betreffenden Betrieben nicht vorhanden wäre. Wir können also aussprechen, daß die Maifeier an Umfang und Zahl der Beteiligung Fortschritte gemacht hat, und wir können weiter konstatieren, daß in den Branchen, in denen man früher die größten Befürchtungen für umfassende Aussperrungen der an der Feier Beteiligten hatte, heute ein System eingeführt ist, welches den Parteitagsbeschlüssen Rechnung trägt, d. h. daß festgestellt wird, wie weit die Feier ohne wirtschaftliche Schädigung der Feiernden ausgeführt werden kann, und wir können weiter konstatieren, daß die Verbandsleiter der Gewerkschaften durch Halten von Reden über die Arbeitsruhe am 1. Mai die Maifeier außerordentlich gefördert haben. Wir können also feststellen, daß heute über die Maifeier vollkommene Harmonie zwischen Partei und Gewerkschaften besteht, und daß beide Körperschaften alles daransetzen, die Maifeier zu fördern. Ich sehe, ein Genosse schüttelt den Kopf zu dieser Behauptung. Er hat vielleicht in seinem engeren Distrikt andere Erfahrungen gemacht (Sehr richtig!), aber im großen und ganzen und soweit die Leitung der Partei und Gewerkschaften in Frage kommt, besteht eine Meinungsverschiedenheit über die Maifeier nicht, und mit Freuden ist festzustellen, daß der Maifeiergedanke sich immer tiefer in die arbeitende Klasse Deutschlands einlebt und daß die Beschlüsse über die Maifeier immer mehr zur Geltung gebracht werden.

Nun einige Worte über die zur Maifeier gestellten Anträge. Anträge, wie auf früheren Parteitagen, zur Abänderung der Form der Maifeier, liegen diesmal nicht vor — eine sichere Bestätigung für das, was ich angeführt habe. Die Anträge richten sich gegen den Nürnberger Beschluß, der verlangt, daß die Parteigenossen, die in Betrieben arbeiten, in denen sie einen Verlust ihres Tagesverdienstes durch die Maifeier nicht tragen, an den in Bildung begriffenen oder den vorhandenen Bezirksfonds den Tagesverdienst abzuführen haben. Die Durchführung dieses Beschlusses hat zu verschiedenen Mißhelligkeiten geführt, meistens in den Betrieben, die der Partei unterstehen. Es ist darüber zu verschiedenen Anfragen an den Parteivorstand gekommen, und wir können auch hier nur wieder erklären, daß die in unseren Betrieben tätigen Parteigenossen die Verpflichtung haben, den Nürnberger Beschluß im vollen Umfange zu erfüllen, so lange er besteht. (Lebhaftes Sehr richtig!) Ob es richtig oder zweckmäßig ist, ihn aufzuheben, wie verschiedene Anträge verlangen, darüber enthalte ich mich im Einverständnis mit meinen sämtlichen Kollegen im Vorstand jeder Bemerkung. Sie könnte ja unter Umständen dahin gedeutet werden, ich wollte pro domo für den Parteivorstand reden, der doch mit unter die Kategorie der Angestellten fällt und froh wäre, wenn der Beschluß aus der Welt geschafft würde, damit er seiner Zahlungspflicht los und ledig würde.

Der Antrag 30 zielt darauf ab, der Parteitag soll aussprechen, daß gegen alle diejenigen, die sich weigern, dem Beschluß des Nürnberger Parteitages nachzukommen, das Ausschlußverfahren einzuleiten ist. (Sehr richtig!) Das ist heute schon Usus; man ist bloß innerhalb der Bezirksorganisationen wankelmütig geworden und hat geglaubt, nicht mit voller Schärfe gegen die, die gegen den Beschluß verstoßen, vorgehen zu sollen. Die Anfragen, die an uns über diesen Gegenstand gerichtet sind, wurden stets dahin beantwortet, daß selbstverständlich das Verfahren einzuleiten und durchzuführen ist. Eine andere Stellung konnte und kann der Parteivorstand ja gar nicht einnehmen.

Der erste Antrag von Lübeck verlangt, daß unsere Delegierten im Internationalen Bureau dahin wirken, daß die Maifeier auf die Tagesordnung des nächsten Internationalen Sozialistenkongresses gesetzt wird. Ich möchte Sie ersuchen, diesen Antrag abzulehnen. Bei der verschiedenartigen Stellung der verschiedenen Nationen zur Maifeier und ihrer Durchführung wird es außerordentlich schwierig, wenn nicht unmöglich sein, eine einheitliche Auffassung herbeizuführen. Aus Bebels Referat haben Sie gehört, wie schwierig es war, eine einmütige Auffassung über das Verhalten der Parteigenossen bei Kriegsgefahr in allen Kulturländern herbeizuführen. Genau so liegt es auf dem Gebiet der Maifeier. Aber es muß hier ausgesprochen werden: die deutsche Arbeiterklasse, organisiert in der deutschen Sozialdemokratie und in der deutschen freien Gewerkschaftsbewegung, nimmt es mit gefaßten Beschlüssen internationaler Kongresse sehr ernst (Sehr richtig!) und sucht sie bei jeder Gelegenheit nicht nur dem Sinne nach, sondern ich möchte sagen dem Wortlaut nach zur Durchführung zu bringen. Wir haben aber die Erfahrung gemacht, daß das bei anderen Nationen nicht der Fall ist. (Sehr richtig!) Man bekommt Sympathieerklärungen zu hören, aber in der Befolgung der Beschlüsse internationaler Kongresse besteht ein starker Unterschied zwischen anderen Nationen und der deutschen Arbeiterklasse. Da dies bis zur Stunde nicht anders geworden ist, und da wir alles zu vermeiden haben, was neue Reibungsflächen in die internationalen Beziehungen hineinträgt, so ist es besser, wo eine einheitliche Auffassung über einen Gegenstand noch nicht vorhanden ist, diesen Gegenstand ruhen zu lassen. Mit dem Fortschreiten des Gedankens der Maifeier werden die Verhältnisse in bezug auf die Befolgung der internationalen Beschlüsse sich auch bei anderen Nationen bessern, und sie werden in größerem Umfange und mit besserem Verständnis ebenso wie von der deutschen Arbeiterklasse zur Durchführung gebracht werden.

Im großen und ganzen können wir also mit den Fortschritten, die die Maifeier gemacht hat, zufrieden sein, und wir werden jedenfalls im nächsten Jahre auf dem Parteitage berichten können, daß wieder Fortschritte in der Verbreitung des Gedankens der Maifeier als einer Kundgebung der Arbeiterverbrüderung, der sozialpolitischen Auffassung und des Weltfriedens gemacht worden sind. Ich bitte deshalb unter Ablehnung des Antrages 27 dem Antrage 30 insoweit zuzustimmen, als der seitherige Zustand betreffend die Schaffung des Maifeierfonds durch den Antrag 90 des Nürnberger Parteitages aufrecht bleibt. Werden dahingegen andere Beschlüsse in Anlehnung an die Anträge 28 und 29 vom Parteitag gefaßt, entwickelt sich die Praxis der Rechtsauffassung der Parteigenossen im Sinne des Antrages 30, oder beschließt der Parteitag direkt die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses, dann erübrigt sich der Antrag 30 von selbst. Ich hoffe, daß auch aus Aeußerungen der Delegierten über die Entwickelung der Maifeier in ihren Bezirken nicht nur Fortschritte zu erkennen sein werden, sondern daß wir daraus auch die Erkenntnis gewinnen werden, alle Kräfte einzusetzen, um dem Gedanken der Maifeier zu der ihm gebührenden Verbreitung zu verhelfen. Der 1. Mai wird, wenn wir so arbeiten, künftig von der deutschen Arbeiterklasse einmütig als der Weltfeiertag angesehen werden, dessen würdigste Feier, die Arbeitsruhe, in steigendem Maße durchgeführt wird. Ich bin überzeugt, daß Sie diesem Gedanken zustimmen werden und daß auch die nächste Maifeier wieder den Beweis erbringen wird, daß die Wünsche und Erwartungen, die man in sie gesetzt hat, zur Verwirklichung kommen. (Beifall.)

Die zu diesem Punkte gestellten Anträge 27, 28, 29 und 30 sind sämtlich genügend unterstützt und stehen mit zur Debatte.

Lipinski-Leipzig begründet den Antrag 29: Als auf dem Parteitag in Nürnberg die Maifeier behandelt und über die Notwendigkeit einer Fürsorge für die Maiausgesperrten gesprochen wurde, erhob man den damaligen Antrag 90 zum Beschluß. Die Vereinbarungen selbst, die die Voraussetzungen für den Antrag 90 waren, sind erst später auf dem Leipziger Parteitag angenommen worden. Es geht auch aus der ganzen Formulierung des Antrages 90 hervor, daß er beschlossen wurde, während seine Voraussetzungen noch nicht bestanden. Dieser Beschluß hat zu lebhaften Auseinandersetzungen in den einzelnen Orten geführt. Wenn ein großer Teil der Parteiorte von dieser Frage nicht berührt wird, so nur deshalb, weil in den betreffenden Bezirken sehr wenige Personen vorhanden sind, auf die sich der Beschluß von Nürnberg beziehen würde. Der ganze Beschluß ist ein Gelegenheitsgesetz (Sehr richtig!), das zugleich ein Ausnahmegesetz der Partei darstellt. (Oho!) Dieser Beschluß weicht ab von der Grundauffassung der Partei. (Sehr richtig!) Die Partei ist bisher immer davon ausgegangen, daß Verpflichtungen, die geschaffen werden, sich auf die gesamte Mitgliedschaft erstrecken müssen, dann dürfen aber nicht kleine Teile der Parteimitgliedschaft herausgegriffen werden, sondern es müssen die Parteigenossen in ihrer Gesamtheit erfaßt werden. Bei dem Beschluß ist man von der Erwägung ausgegangen, daß dem Einwand begegnet werden sollte, die Angestellten der Partei und der Gewerkschaften könnten sehr leicht für die Arbeitsruhe am 1. Mai eintreten, weil sie gar nicht in ihrer Existenz gefährdet oder überhaupt benachteiligt würden. Deshalb hat man sie verpflichtet, einen Tagesverdienst abzuführen, damit zu dokumentieren, daß sie bereit seien, persönliche Opfer zu bringen. (Sehr richtig!) Man hat dabei übersehen, daß unter den Beschluß nicht nur die Partei- und Gewerkschaftsangestellten fallen, sondern eine ganze Reihe anderer in der Partei angestellter Personen, namentlich auch die Arbeiter der Parteibetriebe und die Arbeiter, die ebenfalls die Arbeitsruhe ohne Nachteil durchführen können. Der Beschluß ist lebhaftem Widerstand begegnet. Wenn man von der Auffassung abgehen will, daß die gesamte organisierte Arbeiterschaft für die Aufbringung der Mittel verantwortlich ist, und will man Extrabeiträge von kleineren Gruppen erheben, dann muß man diese in ihrer Totalität erfassen. (Zustimmung.) Nach dem Nürnberger Beschluß sind die Tagesverdienste an die Partei- und Gewerkschaftskassen abzuführen. Einzelne Angestellte führen darum ihren Anteil an die Gewerkschaftskassen ab. Das wollte aber der Beschluß nicht, daß Partei und Gewerkschaft auf diese Weise an Gehalt sparen, sondern es sollte ein Fonds für die Opfer der Maiausgesperrten geschaffen werden, dem die Gelder zufließen. (Sehr richtig!) Schon wegen dieser unglücklichen Fassung kann der Nürnberger Beschluß nicht aufrechterhalten werden. Soweit nun die eigentlichen Partei- und Gewerkschaftsangestellten in Frage kommen, haben wir wesentliche Differenzen nicht gehabt, aber in den Parteibetrieben und in den genossenschaftlichen Unternehmungen ist die Parteimitgliedschaft der Arbeiter nicht so ohne weiteres festzustellen, und da haben wir die größten Schwierigkeiten und Differenzen. Hätten wir z. B. nicht einen Kassierer eingestellt, der wochenlang die Beiträge eingehoben hat, so hätten wir den größten Teil der Summe überhaupt nicht erhalten. (Sehr richtig!) Was sollen wir nun mit den renitenten Genossen anfangen? Pfannkuch sagt, man könne dem Antrag 30 zustimmen, denn er decke sich mit der Praxis. Das bestreite ich. Nach § 23 des Organisationsstatuts kann die Ausschließung erfolgen, wenn durch beharrliche Zuwiderhandlung gegen Parteibeschlüsse die Parteiinteressen geschädigt werden. Durch Annahme des Antrages 30 würden Sie genau so ein Gelegenheitsgesetz schaffen, wie mit dem Nürnberger Beschluß, denn Sie würden damit das Organisationsstatut aufheben bezw. erweitern. Unter „beharrlich" kann man nur wieder holte Verletzung der Parteipflichten verstehen. Vor 3 Jahren haben wir den Genossen, die nicht zahlten, erklärt: Ihr dürft keine Ehrenämter mehr bekleiden. Darauf hat ein Teil bezahlt, ein Teil nicht. Aber ausschließen konnten wir die Nichtzahler nicht, sie hatten sich zwar geweigert, aber nicht beharrlich geweigert. In diesem Jahre nun haben einige von denen bezahlt, die vor 2 Jahren nicht bezahlt haben, aber einige von denen, die damals bezahlt haben, bezahlten diesmal nicht. (Heiterkeit.) Wir müssen den Genossen erst Gelegenheit geben, zu zeigen, ob sie sich denn auch beharrlich widersetzen wollen. Endlich kann man doch allenfalls einen Genossen oder ein halbes Dutzend ausschließen, wenn sie einen Beschluß verletzen, aber doch nicht Dutzende von Leuten eines großen Betriebes. Dadurch würde nicht nur der Streit in die Partei, sondern auch in die Betriebe hineingetragen werden. So wird durch den Nürnberger Beschluß der Konfliktsstoff nur vermehrt und weit mehr geschadet als genützt. Das sind die Erfahrungen, die wir in Leipzig mit der Durchführung des Nürnberger Beschlusses gemacht haben. Wir schlagen deshalb vor, ihn aufzuheben, wir haben aber damit gerechnet, daß der in Nürnberg vorgeschützte Gedanke, daß auch die Partei- und Gewerkschaftsgenossen zu treffen sind, auch weiter Ausdruck finden soll und haben deshalb einen Eventualantrag eingebracht. Unser Eventualantrag will die unklare Fassung des Nürnberger Beschlusses beseitigen. Wir wollen weitergehen und alle Personen zur Erfüllung ihrer Pflicht heranziehen, die jetzt noch nicht gefaßt werden können, wie die Mitglieder des Arbeiterturnerbundes, Radfahrerbundes und der Konsumvereine. Ich erinnere ferner an die freien Hilfskassen, an die Zuschußkassen, an die Angestellten in anderen Krankenkassen. Dann gibt es bereits auch eine große Zahl Arbeiter, die am 1. Mai nicht arbeiten und keine Lohneinbuße erleiden. Auch diese müssen erfaßt werden. Dann ist aber das Verlangen nach einem Tagesverdienst oftmals zu hart, die soziale Lage des einzelnen Arbeiters wird nicht berücksichtigt. Denken Sie an die Witwe mit mehreren Kindern, die Aufwartefrau im Konsumverein ist, von der man nun einen ganzen Tagesverdienst fordert. Denken Sie an den Arbeiter, der monatelang arbeitslos war und vielleicht gerade in der Zeit um die Maifeier einen Unterschlupf gefunden hat. Wenn wir in allen diesen Fällen rigoros vorgehen, dann schaffen wir nur Verbitterung. Darum nehmen Sie mindestens unseren zweiten Antrag an, der die soziale Lage berücksichtigt und heben Sie damit den unklaren Nürnberger Beschluß auf. Auch wir wünschen, daß der 1. Mai möglichst vollkommen durch Arbeitsruhe gefeiert wird. Wie falsch die Behauptung war, daß die Gewerkschaften bei dem früheren Zustand in ihrer Taktik beeinträchtigt werden, zeigt das Leipziger Beispiel. Dort besteht ein Maifonds von etwa 24 000 Mark. In diesem Jahre sind 395 Arbeiter für die Unterstützung in Frage gekommen. Es sind einige Hundert Mark Entschädigung gezahlt worden. Das belastet den Maifonds wenig. Dabei handelt es sich in Leipzig um 66 000 organisierte Mitglieder der Gewerkschaften. (Beifall.)

Ludwig-Hagen: Nach der sehr guten Begründung des Antrages auf Aufhebung des Nürnberger Beschlusses kann ich sehr kurz sein und dem Parteitag die Entscheidung überlassen. Ich bitte Sie aber dringend, sich nicht auf den Eventualantrag einzulassen. Er würde den Krieg nur erweitern und die Sache nicht vereinfachen. Seien Sie konsequent und heben Sie den Nürnberger Beschluß auf, damit wieder Friede in unsere Reihen hineinkommt. Es handelt sich um ein Ausnahmegesetz. Geben wir das ruhig zu; wir sind alle Menschen, und es kann auch einmal passieren, daß ein Parteitag einen Beschluß faßt, der nicht sehr glücklich ist. Wenn man das aber einsieht, dann soll man den Beschluß auch wieder beseitigen. Beantragt wurde dieser Beschluß seinerzeit von Frankfurt. Es war ein Gelegenheitsantrag. Auch in Nürnberg haben nach den

lebhaften anderen Debatten dann nur 20 bis 40 Delegierte dafür gestimmt. Freund Dorn konstatierte nach der Gegenprobe, bei der niemand dagegen stimmte, der Antrag ist angenommen; darauf allgemeines Gelächter, weil man wußte, daß der Antrag nicht durchführbar war. Durch die Aufhebung des Antrags werden wir der Maifeier nur nützen. Schaffen Sie uns freie Bahn in den Organisationen.

Henke-Hamburg: Ich möchte Sie bitten, alle Anträge zu diesem Punkte abzulehnen. (Sehr richtig!) Ich kann mich nicht der Ansicht von Lipinski anschließen, daß der Nürnberger Beschluß ein Ausnahmegesetz ist. Betrachten Sie doch, welche großen Opfer diejenigen, die den 1. Mai durch Arbeitsruhe begehen und der Gefahr der Maßregelung ausgesetzt sind, im Vergleich zu den Angestellten bringen, die am nächsten Tage wieder in Arbeit gehen können! Wenn wir das bedenken, dann müßten wir uns eigentlich schämen, hier zu beantragen, solche Opfer für die Zukunft nicht mehr bringen zu wollen. (Lebhafte Zustimmung.) Wären diese Anträge aus der großen Masse der Parteigenossen oder der Gewerkschaftler heraus entstanden, so ließe sich darüber reden. Aber sie kommen in der Hauptsache von denjenigen, die ihren Lohn an die Partei- oder die Gewerkschaftskasse abzuführen haben. (Widerspruch und Zustimmung.) In Hamburg steht die große Mehrzahl der Genossen auf dem Standpunkt, daß die Angestellten sehr wohl ihren Tagelohn abgeben können, weil sie wirtschaftlich dann immer noch besser gestellt sind als die übrigen Genossen. (Sehr richtig!) Lipinski hat mit großer Emphase darzustellen gesucht, wie einzelne in der Partei angestellte Personen, Witwen usw. trotz ihres niedrigen Einkommens den Tagelohn abführen müssen, und, wenn sie das nicht können, dadurch ein Streit innerhalb der Organisationen entfesselt würde. Es ist mir unverständlich, wie derartiges in großen Orten Deutschlands geschehen kann. (Sehr richtig!) Wir in Hamburg haben auch eine ganze Reihe von Personen mit einem sehr niedrigen Einkommen, und wir haben, wenn diese sich an uns gewandt haben, stets gesagt: Ihr Aermsten der Armen, seid davon befreit; wir verzichten auf Eure paar Pfennige. Das hat noch immer bei der großen Masse der Genossinnen und Genossen Verständnis gefunden. Würde man überall so handeln, so würde sich wohl niemand darüber aufregen. Der Eventualantrag Leipzig birgt dasselbe Unrecht in sich, wenn man von einem solchen überhaupt reden will, wie der heutige Zustand; das ist Jacke wie Hose. (Sehr richtig!) Wir haben in Hamburg mit dem Nürnberger Beschluß an sich sehr gute Erfahrung gemacht; wir haben im ersten Jahre, wo der Beschluß für uns praktische Geltung hatte, annähernd 11 000 Mark von Angestellten in der Partei, in Gewerkschaften und Genossenschaften als Tagelohn erhalten. Unter diesen befinden sich sogar eine ganze Reihe von Genossen, die wir nach keiner Richtung hin kontrollieren konnten, ob sie den Tagelohn abzuführen hatten. Für dies Jahr liegt der Abschluß noch nicht vor, aber so weit ich die Sache übersehen kann, haben wir wohl über 12 000 Mk. erhalten. Bei uns herrscht über diese Frage gar kein Streit. Ich möchte Sie deshalb bitten, es bei dem Nürnberger Beschluß zu belassen und so zu handeln, daß er zu allgemeiner Zufriedenheit durchgeführt wird. Bei uns haben gegen diesen Beschluß nicht diejenigen, die sich wirtschaftlich am schlechtesten stehen, genörgelt, sondern diejenigen, die am besten gestellt sind. (Lebhaftes Hört! hört!) Solche, die bis zu 12 000 Mk. Einkommen haben; dagegen andere mit 1500 oder 2000 Mk. Jahreseinkommen haben kein Wort gesagt. (Sehr richtig!) Lassen wir es bei dem Nürnberger Beschluß, und erziehen wir unsere Genossen dazu, daß sie auch im Interesse der Allgemeinheit Opfer bringen. (Stürmischer Beifall.)

Stelling-Lübeck: Ich verkenne nicht, daß für die Delegierten auf dem Nürnberger Parteitag gute Motive maßgebend gewesen sind, als sie dem Antrag 90 zustimmten, aber wenn der Beschluß zu Mißhelligkeiten und Differenzen innerhalb der Partei führt, dann sage ich: die Einheit der Partei steht mir höher. (Sehr richtig!) Davon, daß man sich der Verhandlung solcher Anträge schämen muß, kann gar keine Rede sein. Ein paar Worte zu unserem Antrag 27. Wenn die Voraussetzungen von Pfannkuch richtig wären, wenn in der Tat die Maifeier immer größere Dimensionen annehmen würde, dann würde ich sagen, unser Antrag ist unberechtigt, wir müssen ihn zurückziehen. Aber wir haben nicht die geringste Ursache, uns etwas vorzumachen. Gewiß, es ist richtig, daß ansehnliche Massen die Arbeit am 1. Mai ruhen lassen. Aber vergessen wir nicht, daß weit größere Massen in den Fabriken fronden, vergessen wir nicht, daß zum großen Teil die Arbeitsruhe gar nicht durchgeführt ist. Die Maifeierfrage muß einmal an der Stelle angeschnitten werden, wohin sie gehört, auf dem nächsten Internationalen Kongreß. Das Uebereinkommen zwischen Generalkommission und Parteivorstand ist nicht geeignet, der Maifeier den Weg zu ebnen, sondern der Katze den Schwanz stückweise abzuhacken. Die übergroße Mehrzahl von Ihnen steht ja im gewerkschaftlichen Leben. Sie wissen, was ich meine, und Sie werden mir recht geben. Wir haben uns in den letzten Jahren immer ziemlich vorgesehen, wir haben uns gehütet, Differenzen wegen der Maifeier heraufzubeschwören. Das haben wir müssen, weil bei größeren Aussperrungen die Mittel, die doch zum allergrößten Teil freiwillig aufgebracht werden sollen, nicht im entferntesten ausreichen. Das ist der Hemmschuh für die Arbeitsruhe am 1. Mai. Wenn man sagt, in den letzten Jahren sind die Aussperrungen geringer geworden, so übersieht man, daß in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges die Unternehmer ganz andere Maßnahmen ergreifen werden, und dann sitzen wir fest. Nun sagt Pfannkuch mit Recht, daß es in anderen Ländern manchmal nicht so genau genommen wird mit der Durchführung internationaler Beschlüsse wie in Deutschland, und daß es ratsam sei, Reibungsflächen zu vermeiden. Es kann aber gar nichts schaden, wenn auf dem Internationalen Kongreß die Frage angeschnitten wird, und wenn dann auch denjenigen, die in Paris mit solcher Begeisterung für den internationalen Weltfeiertag gestimmt haben, klargemacht wird, daß die internationalen Beschlüsse auch für sie gelten. (Sehr gut!) Meiner Meinung nach können sowohl die Anhänger als auch die bedingten Anhänger der Maifeier für unseren Antrag stimmen, zunächst einmal, um Klarheit zu schaffen darüber, inwieweit die Maifeier ausgebaut werden kann zu einem internationalen Weltfeiertag. Ist das nicht möglich, dann wird der Kongreß die weiteren Konsequenzen zu ziehen haben. Ich bitte Sie, unseren Antrag anzunehmen, nicht nur um eine Klärung herbeizuführen, sondern auch im Interesse der Maifeier selbst.

Peus-Dessau: Es ist kein Zweifel, daß sich für den Nürnberger Beschluß viel sagen läßt. Diejenigen, die in Parteistellungen sind, können natürlich besser feiern als die anderen, nicht nur deshalb, weil sie keinen Lohnausfall haben, sondern vor allem, weil sie nicht der Gefahr der Maßregelung ausgesetzt sind. Ich halte es nicht für richtig, daß der Parteivorstand sagt, wir können uns nicht dazu äußern, denn wir würden pro domo sprechen. Der Parteivorstand muß doch über den Verdacht erhaben sein, daß er wegen der lumpigen paar Mark keine Stellung nehmen kann. (Sehr richtig!) Es handelt sich hier überhaupt nicht um die Geldfrage, sondern um eine andere Auffassung von Gerechtigkeit. In Brandenburg zum Beispiel haben die Buchdrucker das Geld abgeführt, aber sie halten es nicht für gerecht, sie berufen sich auf ihren Tarif und sagen: sie können nicht dazu gezwungen werden. Das mag falsch

sein — ich bin selbst der Meinung. Aber was nutzt es uns denn, wenn wir nun infolge dieses Beschlusses alljährlich an allen größeren Orten den größten Stank und Knatsch haben? Das ist der Maifeier nicht würdig, und deshalb sollte man den Beschluß lieber aufheben. Wir sollen doch die Sache nicht so leicht nehmen. Gewiß, man kann die Genossen nicht sofort ausschließen, man wählt deshalb einen Ausweg und spricht ihnen die Fähigkeit ab, Ehrenämter zu bekleiden. Eigentlich haben wir ja gar keine Ehrenämter, sondern Arbeitsämter, und wir brauchen Genossen, die diese Arbeiten übernehmen. Ist es erfreulich, wenn unter Umständen ganze Kategorien von Arbeitern, zum Beispiel Setzer in Parteidruckereien nicht mehr mitarbeiten? Zwingen wir die Leute aber, ihren Lohn abzuführen, dann haben wir Konflikte, dann kommt es noch zu weit schlimmeren Differenzen mit dem Buchdruckerverband. (Sehr richtig!) Wir haben schon Buchdrucker gesagt: Dies Jahr bezahlen wir noch um des lieben Friedens willen, aber das nächste Jahr nicht mehr. Dazu kommt noch eins. Ist der Gastwirt, ist der Zigarrenhändler, ist der kleine Gewerbetreibende, der am 1. Mai nicht nur nichts verliert, sondern noch gewinnt, nicht auch verpflichtet, seinen Verdienst abzuführen? In dem Nürnberger Beschluß ist darüber nichts gesagt, und so haben wir denn statt des Erfolges nur Aerger und Verdruß. Wir haben in den zwanzig Jahren über die Maifeier schon so viel gezankt, daß wir keine Ursache haben, den Zank noch zu vermehren. (Sehr richtig!)

Ich würde den Eventualantrag auch nur als eine Abschlagszahlung für nützlich halten, aber im ganzen halte ich ihn allerdings nicht für nützlich, denn der Streit wird dadurch nicht aus der Welt geschafft werden. Die großen Geldsummen, die hier genannt worden sind, können in Großstädten auch durch lokale Abmachungen erreicht werden. Wenn wir den einzelnen Orten die Möglichkeit geben, in ihrer Weise am 1. Mai Geldbeträge aufzubringen, dann wird der Betrag nicht wesentlich hinter dem zurückbleiben, was jetzt erreicht wird, aber dann werden wir Frieden in der Partei haben und das ist notwendig. Unter denjenigen, die sich weigern, sind, so sagt man, Leute von 10 000 bis 12 000 Mk. Gehalt. Das kann sich nur beziehen auf die Direktoren der Großeinkaufsgesellschaft oder des Zentralverbandes in Hamburg. Die sind aber so erhaben, daß sie sich den Teufel um unsere Beschlüsse kümmern. Die zwingen sie nicht. (Ohorufe.) Die Herren sind mächtiger, als daß wir sie zwingen könnten. (Widerspruch.) Wollen Sie auch da den Zank heraufbeschwören, auch die Leute ausschließen und etwa aus ihrer Stellung bringen, dann kriegen sie es mit der ganzen Genossenschaftsbewegung zu tun. Das ist aber die Sache, um die es sich hier handelt, nicht wert. In Betracht kommen vielmehr die großen Massen im Buchdruckgewerbe, Lagerhalter, Bäckereiarbeiter usw., meist arme Würmer, auf deren Beiträge es wirklich nicht so sehr ankommt. Schaffen Sie den Nürnberger Beschluß ab, dann werden Sie den besten Erfolg insbesondere auch für die kommende Reichstagswahl herbeiführen. (Beifall.)

Lehmann-Dresden: Ich habe mich außerordentlich gefreut, als Genosse Pfannkuch sagte, daß den Bezirkskomitees schon heute Gelegenheit gegeben ist, nach dem Antrag Hamburg zu verfahren, und daß die Bezirkskomitees nur noch zu ängstlich seien. Ich werde mir dies nach Dresden mitnehmen. Ich freue mich weiter, daß Genosse Pfannkuch darauf hingewiesen hat, daß die Gewerkschaftsbeamten der Maifeier durch Veranstaltung von Vorträgen und Versammlungen mehr Schwung geben sollten. Ich möchte nur wünschen, daß das auch wirklich geschieht. Aber in Dresden haben wir traurige Erfahrungen machen müssen. Selbst Leute, die in der Arbeiterbewegung angestellt sind, haben am 1. Mai keine Versammlung abgehalten und sich auch noch um den

Beitrag herumgedrückt. Im vierten sächsischen Wahlkreis haben wir in unserer Versammlung beschlossen, diejenigen, die sich weigern, den Beitrag zu zahlen, auszuschließen, wir haben auch ein Ausschlußverfahren eingeleitet und an 41 Genossen geschrieben. Am andern Morgen erschien aber das Zirkular im „Dresdener Anzeiger", einem Blatt, das im Reichsverbandssinn redigiert wird, und zwar mit entsprechenden Glossen. (Lebhaftes Hört! hört!) Eine große Anzahl dieser Genossen hat dann bezahlt, einige aber weigern sich oder geben vor, sie hätten am 1. Mai arbeiten müssen, und das sind gerade Leute, die in der Arbeiterbewegung angestellt sind. Sie erklärten, sie hätten im Interesse ihres Verbandes tätig sein müssen. Einer schrieb sogar, man werde von ihm doch nicht erwarten können, daß er so gewissenlos sein würde, am 1. Mai die Hände in den Schoß zu legen. (Lebhaftes Hört! hört!) Wir erwarten vom Parteitag, daß er mit dieser Anschauung nicht einverstanden ist und bitten um Annahme des Antrages Hamburg III. (Beifall.)

Simon-Nürnberg: Ich habe gegen den Antrag in Nürnberg gestimmt, weil ich voraussah, daß er ein Kuckucksei sein wird, das in die Maifeier hineingelegt wird. Ich bitte Sie heute, den Nürnberger Beschluß wieder aufzuheben. Es gibt in den großen Städten gar keine Kontrolle darüber, wer feiert. Sie wissen, daß die Gewerkschaftsangestellten feiern, die Parteiangestellten und die in Konsumvereinen Angestellten, die können Sie alle fassen. Aber darüber hinaus hört Ihr Wissen auf. Wir haben die Tatsache gehabt, daß Gewerkschaftsbeamte erklärt haben, sie könnten nicht feiern, sie könnten ihr Bureau am 1. Mai nicht schließen, sie müßten die Unterstützungen auszahlen. In Magdeburg haben sich die Buchdrucker, bezw. das gesamte technische Personal mit wenigen Ausnahmen geweigert, den Beitrag abzuliefern. Was wollen Sie machen? Wollen Sie die Genossen ausschließen? Wenn Sie den Antrag auf Aufhebung des Nürnberger Beschlusses ablehnen, dann müssen Sie folgerichtig den Antrag Hamburg annehmen. Aber Sie müssen dann auch verantworten, was dann geschieht, ob die Maifeier gefördert wird, oder ob sie zu Grabe getragen wird. (Sehr richtig.) Auch in Nürnberg weigert sich eine Reihe von Genossen, den Beitrag zu bezahlen. Ihnen ist der Ausschluß angedroht worden. Mir graut aber vor der Durchführung. Weil ich nichts in die Partei hineinwerfen will, was uns auseinanderreißt, sondern weil ich will, daß die Partei auch in dieser Frage einig und geschlossen dasteht, deshalb trete ich für Aufhebung des Nürnberger Beschlusses ein. Es ist vorgekommen, daß in Nürnberger Gewerkschaftskreisen die Angestellten von ihrem Jahresgehalt den Durchschnitt pro Tag ausgerechnet haben, und da nicht ganze Pfennige herauskamen, haben sie die Pfennige zerhackt und uns die Stücke eingeschickt. (Lebhaftes Hört! hört!) Das ist eine Verhöhnung eines Parteitagsbeschlusses. Wir sollten nicht Beschlüsse fassen, die solche Zwistigkeiten in die Partei hineintragen. Weiter entsteht die Frage, wie es mit den Genossen ist, die als Wirte am 1. Mai sogar einen höheren Tagesverdienst haben. Die Schwierigkeiten sind groß auf diesem Gebiete. Wir kommen nicht zur Ruhe, wenn wir nicht den Nürnberger Beschluß aufheben. Wir müssen die Streitfälle aus der Welt schaffen. Die Sache ist dieses Streites nicht wert. (Beifall.)

Vorsitzender Dietz schlägt vor: Bebel hat den Wunsch ausgesprochen, daß sein Referat über die Reichstagswahlen erst morgen, Freitag, auf die Tagesordnung kommt. Wir haben heute morgen Gelegenheit gehabt, die wunderbare Frische Bebels zu bewundern. Er wird morgen dieselbe Frische zeigen, wenn wir ihm diese Pause lassen. (Beifall.)

Damit ist der Parteitag einverstanden und es tritt die Mittagspause ein.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender Dietz eröffnet die Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält **Lipinski**-Leipzig das Wort: Ich muß Ihnen mitteilen, daß ein alter Parteigenosse, Julius Röthing, gestern in Leipzig gestorben ist. (Der Parteitag erhebt sich von den Plätzen.) Er ist seit 1863 in der Partei tätig. Er hat die Agitation mit Lassalle und auch später mit der sozialdemokratischen Partei geführt. Obgleich manche Stürme über ihn hinweggebraust sind, hat er immer seine Pflicht getreulich erfüllt. Ich stelle fest, daß Sie sich zu seinen Ehren von den Plätzen erhoben haben.

Darauf wird in der Diskussion über die Maifeier fortgefahren.

Weiß-Potschappel: Pfannkuch hat darauf hingewiesen, daß die letzte Maifeier viel besser besucht war als die früheren. Er hat das auf die günstigere Konjunktur zurückgeführt. Es liegen aber noch andere Momente vor. Da ist vor allem die Initiative des Parteivorstandes und der Generalkommission in diesem Jahre und die Geschlossenheit zwischen Parteivorstand und Generalkommission, die besonders geeignet war, eine stärkere Beteiligung hervorzurufen. Wir wünschen, daß der Parteivorstand auch in nächster Zeit noch energischer für die Maifeier eintritt. Während oben Einigkeit herrscht, wird sie unten noch vielfach vermißt. Viele Führer der Gewerkschaften sind immer noch gegen die Maifeier. Selbst in einem großen Industrieetablissement, in der weiteren Umgebung von Dresden, wo man der Maifeier keine Schwierigkeiten bereitete, ist sie durch Gewerkschaftler verhindert worden, und als das erreicht war, rief der Führer: Gott sei Dank, die Vernunft hat gesiegt. Es ist nicht immer aus Gerechtigkeitsgefühl, wenn gegen den Nürnberger Beschluß gesündigt wird. Vielfach geschieht dies aus direkter Gegnerschaft gegen die Maifeier. Nichts ist der bürgerlichen Gesellschaft furchtbarer, als der Gedanke, eine einheitliche Organisation, die von einem einheitlichen Willen beseelt ist, vor sich zu haben.

Ich bin im Grunde gegen jede Beitragsleistung, weil ich gegen eine besondere Unterstützung der eventuell ausgesperrten Maifeiernden bin. Ist aber der Parteitag entgegengesetzter Meinung, so muß auch ein allgemeiner Maibeitrag erhoben werden.

Ich will mich nicht so weit versteigen wie unsere Juristen in der Juristerei anläßlich der Debatten über den Bericht der Mandatsprüfungskommission; aber mit dem gesunden Menschenverstand ist zu finden, daß eine prinzipielle Verweigerung der Parteitagsbeschlüsse einer beharrlichen Verweigerung gleichkommt.

Ich schrecke nicht davor zurück, um die Disziplin, die Grundlage unserer Organisation, aufrecht zu erhalten, die Disziplinbrecher auszuschließen. Die Arbeiterbewegung, die ihre jetzigen Führer emporgetragen, kann auch noch andere Kräfte hervorbringen. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Von Zwang kann keine Rede sein, wem es nicht mehr bei uns gefällt, dem steht es frei, aus unserer Organisation zu scheiden.

Lüth-Hamburg: Es scheint, daß sich auch die Genossen, die früher gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai waren, mehr und mehr damit ausgesöhnt haben, daß die Arbeitsruhe die beste Form der Maifeier ist. Nur der Antrag Lübeck scheint aus anderen Erwägungen hervorgegangen zu sein, denn sonst würde ja nicht gewünscht werden, daß sich der Internationale Kongreß abermals mit der Maifeier befasse. — Die Aufregung und Leidenschaft, in der besonders Simon und Peus gesprochen haben, verstehe ich nicht. Sie war einer besseren Sache würdig. Beide behaupten, daß es eine Spaltung der ganzen Organisation bedeutet, wenn wir den Nürnberger Beschluß nicht aufheben. Also, wenn die Angestellten der Partei und der Gewerkschaften am 1. Mai einen Tagelohn abliefern sollen, so wird dadurch die ganze Einheitlichkeit der Partei gefährdet! Wenn das Gefüge der Partei nicht besser ist, dann bangt mir vor der Zukunft und vor den Kämpfen, die wir noch führen sollen. (Sehr wahr!) Gewundert habe ich mich besonders, nicht über Peus, dessen Reden ich ja kenne, aber über Simon, den Führer einer Zentralgewerkschaft. Daß der so spricht, das ist doch stark. Genosse Simon, ein wenig Rücksicht hat man doch zu nehmen, oder will man die Partei schädigen? Eine Gefährdung der Partei ist von der Beibehaltung des Nürnberger Beschlusses keineswegs zu befürchten. Nichts Sachliches ist gegen ihn gesagt worden. Wir werden in Hamburg übrigens auch ohne den Antrag 30 sehr gut fertig. Da dieser Antrag gegen das Organisationsstatut verstößt, braucht er gar nicht angenommen zu werden. Wir können ihn aber nicht zurückziehen, weil er von einem Distrikt gestellt worden ist. Lehnen Sie alle Anträge ab und lassen wir den alten Zustand fortbestehen, sonst würde die Maifeier nur geschädigt werden.

Leinert-Hannover: Die Anträge auf Aufhebung des Nürnberger Beschlusses stehen im Gegensatz zur Auffassung der Maifeier durch die Genossen, die in Parteibetrieben nicht angestellt sind. (Sehr richtig!) Wie wollen Sie die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses rechtfertigen, wenn Sie draußen in den Versammlungen die Arbeitsruhe als die beste Form der Maifeier erklären. Die Parteigenossen, die sich den internationalen Beschlüssen bezüglich der Arbeitsruhe fügen, müssen dann mit Lohneinbußen rechnen, aber diejenigen, die aus den Beiträgen dieser Arbeiter in den Institutionen der Arbeiterklasse besoldet werden, die können nicht einmal einen Tagelohn abführen! (Sehr wahr!) Ich verstehe die Anträge einfach nicht. Von wem gehen sie denn aus? Sie sind sicher nicht von denjenigen Arbeitern gestellt, die den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern, diese Arbeiter gehen aber ein viel größeres Risiko ein, als die paar Mark, die der Arbeitslohn eines Tages ausmacht. (Sehr richtig!) Die ganze Frage ist überhaupt keine Rechtsfrage, denn wenn wir nach dem Recht fragen wollen, dann muß gerade der Beschluß hochgehalten werden. (Zustimmung.) Von einem Gegensatz zwischen dem Nürnberger Beschluß und dem Organisationsstatut usw. kann man gar nicht reden. Ich wundere mich, daß auch die Genossen, die sonst die größten Anforderungen in sozialrevolutionärer Tatkraft an die Genossen stellen, hier für die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses eintreten. (Zustimmung und Unruhe. Zurufe der Leipziger Delegierten: Peus!) Das sind dieselben Genossen, die den Massenstreik verlangen, damit in Preußen das allgemeine Wahlrecht eingeführt wird, und hier stellen sie Anträge, damit sie selber am 1. Mai den Tagelohn nicht abführen brauchen. Wie stimmt denn das überein mit ihrer neuen Praxis? (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit.) Der „Stank und Knatsch", von dem Peus sprach, ist nur den einzelnen Genossen zu verdanken, die ihn angefangen haben, die nicht bezahlen wollen. (Beifall.) Die Partei selbst hat damit nichts zu tun. Wenn wirklich ein Widerstand gegen den Nürnberger Beschluß besteht, dann fehlt es nur an dem guten Willen der Genossen, ihn zu besiegen. Durch entsprechende Aufklärung über den Beschluß werden sich auch die Härten bei seiner Durchführung abschleifen. Die Einheit der Partei soll von den paar Mark, die man am 1. Mai zu zahlen hat, abhängig sein? Dann müßte es um unsere Partei außerordentlich schlecht bestellt sein. (Sehr richtig!) Statt sich gegen den Beschluß aufzulehnen, sollte man den Genossen ein Beispiel der Disziplin

geben. (Sehr richtig!) Es ist hier gesagt worden, daß nach Aufhebung des Beschlusses mehr Mittel zusammenkommen würden als jetzt. Warum stoßen sich denn dann die Parteigenossen, die nichts zu riskieren haben, die in Parteibetrieben unter den besten Arbeitsverhältnissen arbeiten, an der Abführung dieser Beiträge? (Zuruf: Die wollen keinen Zwang!) Ach, keinen Zwang. Was heißt denn das? Unseren Beschlüssen hat sich doch stets jeder Genosse zu fügen, und wer es nicht tut, muß eben die Konsequenzen ziehen. Die Betreffenden wollen den Zwang nur nicht, wenn es gilt, Geld zu bezahlen. Es ist traurig, daß man so reden muß, so daß es aussieht, als wolle man sich bei der Masse der Parteigenossen in ein gutes Licht setzen. Das ist aber bei mir nicht der Fall. Ich habe meine Meinung stets vertreten, auch gegen große Mehrheiten und selbst gegen die Gesamtheit. Ich verwahre mich daher gegen den Vorwurf, daß es sehr leicht sei, für die Aufrechterhaltung des Beschlusses zu reden, weil man sich dadurch in ein gutes Licht bei der Masse setze. Ich wollte nur der Gerechtigkeit wegen feststellen, daß die Durchführung des Beschlusses nur an der Knickrigkeit mancher Genossen scheitert. Seine Aufhebung wäre beschämend für den Idealismus der Angestellten und auch der Arbeiter der Parteibetriebe. (Zustimmung.) Nicht nur im stillen muß das den angestellten Genossen beigebracht werden, sondern es muß auch durch die Macht der Organisation eingewirkt werden. Der Eventualantrag 29 scheint mir nur gestellt zu sein, um die bestehenden Schwierigkeiten ins Unendliche zu vermehren und durch die Häufung der Widerstände die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses zu erzielen. Dagegen müssen wir uns ebenfalls wenden. Lehnen wir daher die Anträge ab. (Lebhafter Beifall.)

Lipinski-Leipzig: Leinert hat sehr geschickt die Frage auf ein falsches Gleis geschoben. Was hat denn die Sache damit zu tun, ob die Antragsteller revolutionär oder revisionistisch sind? Meine Ausführungen deckten sich mit denen von Peus, es ist also keine Frage der Richtung, sondern der Organisation. (Sehr richtig!) Leinert sagt, die Parteigenossen, die gegen diesen Beschluß gehandelt haben, haben sich zu schämen. (Sehr richtig! Sie haben sich auch zu schämen!) Die erste Differenz, die wir bei der Durchführung des Beschlusses hatten, wurde von Gewerkschaftlern hervorgerufen. (Zuruf: Sind das keine Parteigenossen?) Es sind die Buchdrucker gewesen. (Zuruf: Sind die Buchdrucker keine Parteigenossen?) Die Sache liegt doch so, daß die Buchdrucker durch den gemeinsamen Arbeitsnachweis der Unternehmer und Arbeiter einzustellen sind und daß nach der Parteizugehörigkeit nicht gefragt werden kann. Wenn sie nach der Einstellung Parteimitglieder werden, sind sie höchstens Zwangsparteigenossen. Die paar Mark, die wir durch den Beschluß bekommen, wiegen die dadurch hervorgerufene Störung der Organisationsarbeit nicht auf. Die Differenzen entstehen auch von Organisation zu Organisation. Den Verkäuferinnen der Fleischverkaufsstellen des Konsumvereins Leipzig wurde gesagt, sie seien keine Handlungsgehilfen, sondern Fleischereiarbeiterinnen und gehören in den Fleischerverband. Die Streitfrage beschäftigte die Zentralvorstände der Gewerkschaften. Dann sagte man diesen Verkäuferinnen, die Beiträge würden von ihnen vom Fleischerverband erhoben, obwohl der Fonds doch ein gemeinsamer, von Partei und Kartell geschaffener ist. Die Gehilfinnen in den Konsumgenossenschaften wußten nicht, an wen sie zu bezahlen hatten, und haben infolgedessen gar nichts bezahlt. Die Anregung für den Antrag ist nicht von den Angestellten der Partei und Gewerkschaften ausgegangen, sondern die vier Kreise haben in den Versammlungen die Sache besprochen und den Antrag gestellt. Der Antrag ist also von denen ausgegangen, die die Schwierigkeiten bei der Durchführung kennen. Genosse Hense sagt, in Hamburg hätten sie auch mit denen, die nicht zahlen können, keine Schwierigkeiten gehabt, man habe ihnen auf Ersuchen die Zahlung erlassen. Sind denn Parteitagsbeschlüsse mit einem Armenbudget zu vergleichen? Wenn übrigens in Hamburg so bereitwillig bezahlt ist, warum liegt denn dann noch heute keine Abrechnung vor? Da kann es doch nur an der mangelnden Bereitwilligkeit zum Zahlen oder an der Säumigkeit der Organisation liegen. Nun zu dem Massenausschlusse; der ist ja nach dem Organisationsstatut gar nicht möglich. Auf dem Leipziger Parteitag hat Genosse Müller nach dem Protokoll, Seite 405, für die Durchführung der Beschlüsse zum Bezirksmaifonds ausgeführt, es sei wenig zweckmäßig, den einzelnen Bezirken die Möglichkeit zu geben, obligatorische Beiträge für die Maiausgesperrten auszuschreiben; das werde nur Streit in die Organisation bringen. Diejenigen, die solchen ausgeschriebenen Extrabeitrag nicht bezahlen, können und dürfen deshalb nicht aus der Partei und Gewerkschaft ausgeschlossen werden. (Hört! hört!) Wenn der Ausschluß nicht im Hintergrund steht bei der Nichtabführung eines von einem Bezirk beschlossenen Beitrages, so kann man das auch nicht für einen Beschluß des Parteitages verlangen. Denn beides sind Parteibeschlüsse. Auch kann man wohl einen oder ein halbes Dutzend ausschließen, wir aber hätten 300 Konsumvereinsangestellte ausschließen müssen, die unter denselben Voraussetzungen in die Partei kommen, wie die Buchdrucker, nämlich erst, wenn sie angestellt werden. Bei den in unserem Bezirk aufzubringenden Mitteln von etwa 140 000 Mk. kommt es auf den Betrag von 3600 Mk., den der Beitrag gebracht hat, gar nicht an, aber die ganze Streitfrage schaffen wir uns vom Halse, wenn wir den unklar gefaßten Beschluß beseitigen. Wie ist er denn zustande gekommen? Die Angestellten haben in Nürnberg gar nicht dagegen stimmen können, weil sie dann den Anschein erweckten, sie stimmen nur des zugemuteten Opfers wegen dagegen, und nur etwa 40 Delegierte haben dafür gestimmt. Die Partei soll soviel Einsicht haben, einen undurchführbaren unklaren Beschluß, oder einen, der gegen die gleichmäßige Belastung der Genossen verstößt, aufzuheben. (Sehr richtig!) Mir ist soeben mitgeteilt worden, daß die Lagerhalter in Hagen beschlossen haben, gar keinen Beitrag abzuführen. Sollen wir nun dort Krakeel anfangen, wie wir ihn in allen anderen Orten mit großen Parteigenossenschaften haben. Wenn wir die Schlagkraft der Partei davon abhängig machen, ob ein paar Mann Geld für die Partei abführen, so ist es schlecht um die Partei bestellt.

Sofie Ennenbach-Frankfurt a. M.: Ich möchte Sie bitten, alle Anträge abzulehnen, die die Aufhebung oder auch nur eine Abschwächung des Nürnberger Beschlusses herbeiführen wollen, und zwar lediglich wegen des Eindruckes, den das nach außen auf die Arbeiter machen würde. Das hiesige Parteiblatt hat vor einigen Tagen geschrieben, daß das Geld, was hierfür eingeht, nicht der Rede wert ist, und nicht im Verhältnis zu der Erbitterung steht, die unter den Genossen hervorgerufen wird. Aber daß deshalb überhaupt eine Erbitterung entstehen kann, ist außerordentlich bezeichnend. Das ist traurig (Sehr richtig!); es ist so viel von der Erbitterung der Angestellten gesprochen worden, wenn sie den Betrag abliefern sollen, aber viel zu wenig von der Erbitterung der übrigen Genossen, wenn sie ihren Tagesverdienst einbüßen sollen, während die Angestellten sich davon drücken wollen. (Sehr gut!) So faßt es der Arbeiter auf. Der Arbeiter, der gewöhnlich bedeutend schlechter gestellt ist als der Parteiangestellte, muß doch auch seinen Tagesverdienst abführen, und er setzt sich noch dazu der Gefahr der Maßregelung aus. Es ist ferner gesagt, die Angestellten müssen soviel freie Zeit im Dienste der Arbeiterbewegung opfern, und speziell am 1. Mai müßten sie schließlich noch

mehr arbeiten als sonst. Aber das trifft doch für die nichtangestellten Genossen, die in der Arbeiterbewegung tätig sind, ebenso zu. (Sehr richtig!) Wir alle, ob wir angestellt sind oder nicht, müssen natürlich Opfer an Zeit und Gesundheit bringen. Aber das tun wir aus Idealismus, dafür dürfen wir uns nicht bezahlen lassen. Wir dürfen keine Vergünstigung verlangen. (Lebhafte Zustimmung.) Es genügt auch nicht, daß der Angestellte pro tausend Mark Jahresverdienst nur eine Mark abliefern soll. Dem Arbeiter, der nur tausend Mark und in vielen Fällen noch weniger verdient, dem zieht der Unternehmer auch nicht nur 1 Mk. ab; so bitter es ihm ankommt, er muß seinen Tagesverdienst opfern. Wenn der Beschluß als undurchführbar bezeichnet ist, so weise ich darauf hin, daß, wenn ein Angestellter nach zweimaliger Aufforderung sich weigert, den Betrag abzuführen, die Voraussetzung der beharrlichen Weigerung gegeben ist. Wenn wir den Beschluß aufrecht erhalten wollen, so müßte es doch mit dem Teufel zugehen, wenn wir ihn nicht auch durchführen könnten. (Sehr richtig!) Wohin sollten wir denn in einer Millionenpartei kommen, wenn die Disziplin in den vordersten Reihen fehlt. (Sehr wahr!) Ich möchte Sie deshalb bitten, alle Anträge abzulehnen. (Lebhafter Beifall.)

Klupsch-Dortmund: Es wäre besser gewesen, wenn Genosse Hense-Hamburg seine Ausführung über die Zehntausend-Mark-Gehälter nicht gemacht hätte. (Sehr richtig!) Wo werden denn in der Arbeiterbewegung so hohe Gehälter gezahlt? (Zuruf: Großeinkaufsgesellschaft!) Solche Ausführungen sind nur geeignet, wieder neue Streitpunkte in die Bewegung zu werfen. Ebensowenig trifft es zu, daß wir uns lediglich deshalb mit der Frage beschäftigen, weil vielleicht einige Konsumvereinsangestellte sich weigern, ihren Tagesverdienst abzuführen. Wir Angestellte wünschen nicht die Aufhebung des Beschlusses, aber schwierig wird die Frage, weil unter den Beschluß auch diejenigen Arbeiter fallen, die in Parteigeschäften tätig sind. Wir haben ja gehört, daß bereits eine Anzahl Wahlkreise Ausschlußanträge angenommen haben. Auch bei uns ist das der Fall, wir konnten es nicht hindern. Wir sind uns aber noch nicht klar darüber, wie die Sache geregelt werden soll. Wenn nun die Buchdrucker ihren Tagelohn nicht abführen, dann will man sie ausschließen. Ist denn überhaupt die Bahn für den Ausschluß so ohne weiteres freigegeben? Ein Ausschluß kann doch nur erfolgen, wenn eine beharrliche Weigerung, Parteitagsbeschlüssen nachzukommen, vorliegt. In den Beschlüssen bezüglich der Arbeitsruhe ist wiederholt zum Ausdruck gebracht worden, daß jeder gewerkschaftlich oder politisch organisierte Arbeiter verpflichtet ist, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, sofern ihm wirtschaftliche Nachteile nicht entstehen. Die Buchdrucker können ja auch sagen, daß sie wirtschaftliche Nachteile haben. Diese Frage wird bei der Behandlung der Ausschlußanträge eine sehr wichtige Rolle spielen. Wenn wir die Buchdrucker ausschließen, so haben wir den Streit für immer in die Arbeiterbewegung hineingetragen, und zwar zunächst in unsere eigenen Betriebe. Heute können wir die Frage nicht durch einen Beschluß erledigen. Wir werden erst die gewerkschaftlichen Institutionen hören müssen. Ich schlage vor, daß wir die ganze Frage vertagen und sie dem Vorstand zur nochmaligen Prüfung unter Hinzuziehung der Generalkommission überweisen, damit er uns auf dem nächsten Parteitage Vorschläge macht. Die schwebenden Ausschlußverfahren müssen bis dahin ruhen.

Müller-Trier: Es würde einen schlechten Eindruck im Lande machen, wenn wir jetzt den Beschluß aufheben müßten. Es wird ja nichts weiter verlangt, als daß auch die Angestellten in gewiß bescheidener Weise bekunden, daß sie auch bereit sind, für die Maifeier ein Opfer zu bringen. Seinerzeit wollten die Frankfurter mit ihrem Antrage aber die Maifeier geradezu erdrosseln.

Es wäre eine ungeheure Schwäche, wenn wir die Verhöhnung der Parteitagsbeschlüsse, wie sie in dieser Frage durch Gewerkschaftler zutage getreten ist, dulden würden. Wir sollten heute einmütig bekunden, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai möglichst würdig begangen werden muß. Wir müssen nach Mitteln trachten, um einen Fonds zu schaffen, der die Opfer der Maifeier sichert. Wir stehen großen Schwierigkeiten gegenüber. Trotzdem muß der Beschluß durchgeführt werden. Wer in die Partei eintritt, muß sich auch den Beschlüssen fügen, selbst wenn er ein Buchdrucker ist. Wer das nicht will, der muß die notwendigen Konsequenzen ziehen. Ich bin daher für den Antrag 30. Es ist ein bedauerliches Zeichen, wenn wir in der Partei Tausende von Genossen haben, die Parteitagsbeschlüsse nicht durchführen.

Schubert-Spandau: Es handelt sich bei der Abführung des Tagesverdienstes vom 1. Mai keineswegs um eine Sonderbesteuerung, wie man hier immer behauptet. Wenn auch die Angestellten und die in den Arbeiterbetrieben beschäftigten Genossen veranlaßt werden, den Tagesverdienst abzuführen, so entspricht das nur dem Gerechtigkeitsgefühl den feiernden Arbeitern gegenüber, da sie doch keinerlei Maßregelungen zu gewärtigen haben, während doch die Arbeiter durch die Arbeitsruhe an diesem Tage oft ihre gesamte Existenz aufs Spiel setzen. Die Parteigenossen in Kottbus haben ausdrücklich erklärt, daß sie den Beitrag nicht leisten wollen. Sie haben uns vorgerechnet, was sie am 1. Mai für Aufwendungen haben, und daß dadurch ihr Tagesverdienst aufgebraucht wird. Auch die Parteigenossen in Brandenburg haben erklärt, sie wären auf Grund des Tarifvertrages verpflichtet, den Tagesverdienst nicht abzuführen. Die Disziplin ihrer gewerkschaftlichen Organisation verpflichte sie dazu, sich zu weigern. Wir verlangen für unsere Beschlüsse aber dieselbe Disziplin wie die Gewerkschaften. Wenn Gewerkschaftler behaupten, sie könnten am 1. Mai nicht feiern, weil die Arbeitslosenunterstützungen zu zahlen sind und sie ihr Bureau nicht schließen wollen, so richtet sich das von selbst; dann können sie die Unterstützungen doch einen Tag früher zahlen. Die Arbeiter im Lande würden es nicht verstehen, wenn wir den Beschluß jetzt aufheben wollten. Lehnen Sie alle Anträge ab, sonst gibt es noch mehr Zank wie bisher. Lassen Sie den Beschluß bestehen, dann werden wir unter den Parteigenossen eine noch größere Einheit erzielen.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Göllner-Frankfurt: Es ist gesagt worden, der Antrag sei gestellt, um die Maifeier überhaupt abzuschaffen. Eine solche Unterstellung weise ich aufs nachdrücklichste zurück. In Frankfurt hat ein Antrag auf Abschaffung der Maifeier noch nie Annahme gefunden.

Hense-Hamburg: Lipinski zog aus meiner Bemerkung, daß die Abrechnung von Hamburg noch nicht vorliegt, den Schluß, mit der Einkassierung der Tageslöhne stehe es bei uns wohl schlecht. Er hat offenbar keine Ahnung von dem Umfang der Maifeier in Hamburg. (Sehr richtig!) Die Genossen mit 12 000 Mk. Jahreseinkommen, von denen ich gesprochen habe, haben nicht jetzt, sondern vor zwei Jahren sich geweigert, die Beiträge abzuführen.

Simon-Nürnberg: Leinert imputiert denjenigen, die für die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses eintreten, als innere Ursache, sie wollten den Beitrag nicht bezahlen. Für mich und wohl auch für die übrigen, die hier gesprochen haben, weise ich das entschieden zurück.

Peus-Dessau: Mehrfach ist gesagt, man müsse sich schämen, daß Parteiangestellte für die Aufhebung des Beschlusses eintreten. Nachdrücklich will ich feststellen, daß wenigstens in Dessau von Parteiangestellten und deren Wünschen

keine Rede ist. Ich habe von Arbeitern gesprochen, die in Parteibetrieben tätig sind und die ich nicht als Parteiangestellte ansehe, und gerade in diesen Betrieben kommen die Schwierigkeiten vor.

Leinert: Gegenüber Simon habe ich nur zu sagen, ich habe nicht gesagt, diejenigen, die hier Anträge vertreten, weigern sich, die Beiträge zu bezahlen, sondern diejenigen, die draußen, um den Ausdruck von Peus zu gebrauchen, den Stank machen, sind es auch, die sich weigern zu bezahlen.

Das Schlußwort erhält

Pfannkuch: Ich konnte heute morgen feststellen, daß der Gedanke der Maifeier Fortschritte gemacht hat und die früheren verschiedenen Widerstände gegen sie in Anträgen zum Parteitag nicht mehr zum Ausdruck gekommen sind. Nach dieser Richtung ist von keinem Diskussionsredner ein Einwand erhoben worden. Meine Behauptung ist also richtig, die Maifeier macht Fortschritte und wird weitere Fortschritte machen.

Ein Redner legt es dem Parteivorstand nahe, so wie in diesem Jahre auch in Zukunft die Maifeier durch Herausgabe eines besonderen Flugblattes zu unterstützen. Ich kann im Namen des Parteivorstandes versichern, daß das geschehen wird.

Weiter sprach ich heute morgen davon, daß wir zu dem Antrag 90 nicht Stellung nehmen, weil wir sonst leicht in den Verdacht kommen könnten, pro domo zu sprechen. Wie recht ich damit hatte, haben die Ausführungen verschiedener Redner gezeigt.

Schon auf dem vorigen Parteitag in Magdeburg hat Kollege Müller darauf hingewiesen, wie der Nürnberger Beschluß zu Ungerechtigkeiten führt. Ich will es unterlassen, weiteres Material hinzuzufügen. Einerlei, wie der Parteitag entscheidet, die zu wählende Parteileitung wird nach Recht und Gewissen den Beschluß respektieren und, soweit es in ihrer Macht liegt, zur Durchführung bringen.

Ich habe mich gewundert, daß Lipinski, der doch die Organisationsbestimmungen genau kennt, der Meinung ist, der § 23 des Organisationsstatuts könne es hindern, daß auf Grund der Nichteinhaltung des Nürnberger Beschlusses ein Ausschlußverfahren gegen Parteimitglieder eingeleitet werden könne. Er interpretiert den Ausdruck „beharrlich" so, daß etwas, was in diesem Jahr vorgekommen ist, im nächsten oder vielleicht auch noch im zweitnächsten Jahr begangen werden müsse. Ich stehe ja wohl nicht in dem Verdacht, juristische Spitzfindigkeiten vortragen zu wollen, aber auch schon vor mir hat ein Genosse ausgeführt, daß man unter „beharrlicher Weigerung" auch etwas anderes verstehen kann. § 23 unseres Statuts kann sicherlich da angewendet werden, wenn sich Parteigenossen weigern, gemäß dem Nürnberger Beschluß den Betrag eines Tagesverdienstes an die zuständige Kasse abzuführen. Die zuständige Kasse ist weder die Partei- noch die Gewerkschaftskasse, sondern die der zuständigen Bezirkskommission, die eigens hierfür eingesetzt ist. Weigert sich ein Angestellter, seinen Pflichtteil zu entrichten, so hat sich die Kommission an die Parteiorganisation, der der Betreffende angehört, mit der Mitteilung der Weigerung zu wenden. Die Parteiorganisation wird den Betreffenden auffordern zu zahlen und wird ihm nahelegen, warum er das muß. Werden diese Gründe nicht anerkannt, oder Gegengründe geltend gemacht, so werden auch diese noch einmal gewürdigt, bei weiterer Weigerung aber, meine ich, liegt beharrliche Weigerung vor. (Sehr richtig!) Dann hat aber nicht der Parteivorstand und auch nicht die Bezirkskommission zu entscheiden, sondern die zuständige Parteiorganisation, der der Sichweigernde angehört, hat das Recht, ordnungsgemäß den

Antrag auf Ausschluß des Betreffenden zu stellen, und dann wird nach dem heutigen Stande unserer Rechtspflege zunächst die Bezirksorganisation, bezw. der Bezirksvorstand als zuständige Instanz zu prüfen haben, ob eine beharrliche Weigerung vorliegt. Wenn der Betreffende nicht mit der Entscheidung des Bezirksvorstandes zufrieden ist, dann steht ihm das Recht zu, die Einsetzung eines Schiedsgerichtes zu verlangen, und wenn dieses nach eingehender Prüfung findet, daß beharrliche Weigerung vorliegt, dann sehe ich kein Hindernis für einen Ausschluß.

Die Frage, ob nicht bei Maifeieraussperrungen überhaupt keine Unterstützung gezahlt werden soll, würde uns wieder in die Debatten führen, die erst zur Regelung und Ordnung des ganzen Unterstützungswesens geführt haben. Soweit die Unterstützungspflicht den Gewerkschaften oblag, hat sich meines Wissens keine geweigert, die statutengemäße Unterstützung zu zahlen. Wenn der betreffende Redner meinte, daß gerade ein solcher Idealismus der Parteigenossen die Unternehmer vor dem Aussperrungsterrorismus zurückschrecken lassen würde, so meine ich im Gegenteil, daß sie sich gegenwärtig nicht auf eine pro forma vorgenommene ein- bis dreitägige Aussperrung beschränken würden, wenn sie nicht wüßten, daß hinter ihren Arbeitern die Solidarität der Organisation steht, um ihnen den Lohnausfall zu ersetzen. Gerade das Unterstützungswesen, wie es jetzt geregelt ist, ist das beste Bollwerk gegen den Terrorismus der Unternehmer.

Ein anderer Redner hat ausgeführt, daß nach dem Tarif der Buchdrucker eingeschobene Feiertage bezahlt werden müßten. Das ist ganz selbstverständlich. Unsere Geschäfte bezahlen die Feiertage, darüber brauchen wir gar nicht erst zu reden. Aber die Geschäfte ziehen den Betrag eines Tagesverdienstes nicht ab, es steht im Ermessen der Parteigenossen, ob sie diesen Betrag zahlen wollen und sich damit als gute Parteigenossen zu deklarieren, oder die Zahlung zu verweigern und die Rechtsfolgen, die sich nach dem Organisationsstatut daran knüpfen, zu tragen.

Um einer Legendenbildung vorzubeugen, muß auch ich mich entschieden dagegen wenden, daß hier von Partei- und Gewerkschaftsangestellten gesprochen wurde, deren Gehalt 10 bis 12 000 Mark beträgt. Es soll nicht einmal der Anschein erweckt werden, als ob tatsächlich bei uns solche Gehälter bezahlt würden. Aus meiner Kenntnis der Dinge kann ich die Erklärung abgeben, daß Gehälter von 6000 Mark nur an drei oder vier Parteiangestellte in Redaktionen oder Parteigeschäften bezahlt werden. Ueber diesen Betrag hinaus wird in der ganzen Partei kein Gehalt bezahlt und soweit ich weiß auch in der Gewerkschaftsbewegung nicht. (Zuruf: Da erst recht nicht, nicht halb soviel!) Wenn solche Gehälter von der Großeinkaufsgesellschaft gezahlt werden, so ist das darauf zurückzuführen, daß dort Einrichtungen bestehen dürften, der Art, daß die Genossenschaftsmitglieder bisher über die Gehaltsfrage nicht mitzureden gehabt haben, sondern bestimmte Instanzen befugt und berechtigt sind, die Gehälter festzusetzen. Diese werden geglaubt haben, auch so hoch honorieren zu müssen, um entsprechend tüchtige Leute anzustellen. Es ist also eine Legende, daß in der Partei oder in den Gewerkschaften Gehälter von 10 bis 12 000 Mark gezahlt würden. Die Hälfte davon ist das Höchstmaß und dieses erhalten nur drei oder vier Personen in der gesamten Partei. (Lebhafte allgemeine Zustimmung.)

Glauben Sie nun, daß der bestehende Zustand länger ertragen werden kann und daß nach den Darlegungen über die Rechtsauffassung und Auslegung unseres Organisationsstatuts der Nürberger Beschluß von der Partei auch bis in die letzten Konsequenzen durchgeführt werden kann, dann haben

sie gegen die Anträge zu stimmen. Glauben Sie aber, daß die Ungerechtigkeiten, die unter dem gegenwärtigen Zustand vorhanden sind und teilweise noch umfangreicher sind, als sie hier in der Diskussion zutage getreten sind, erscheint Ihnen der jetzige Zustand als das größte Uebel, dann haben Sie die Anträge anzunehmen. (Beifall.)

Es wird abgestimmt.

Der Antrag 27 wird mit 153 gegen 139 Stimmen angenommen.

Antrag 28 wird mit 152 gegen 237 Stimmen abgelehnt. Das Resultat wird mit Beifall begrüßt.

Damit ist auch der erste Teil des Antrages 29 erledigt.

Der zweite Teil des Antrages 29 wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Vorsitzender **Dietz**: Der Antrag 30 ist zurückgezogen. (Verschiedene Delegierte rufen: Wir nehmen ihn wieder auf!) Der Antrag ist zurückgezogen, dabei muß es sein Bewenden haben. Ich kann es nicht gestatten, daß der Antrag wieder aufgenommen wird. (Widerspruch.) Dann müssen Sie schon bis zum nächsten Parteitag warten. (Heiterkeit.)

Ludwig-Hagen: Ich habe den Antrag auf namentliche Abstimmung mitunterzeichnet und ich muß erklären, daß der Parteitag durch Zurückziehung des Antrages irregeführt ist. (Sehr richtig!) Die Abstimmung würde anders ausgefallen sein. Das ist ein Unfug. (Unruhe und Zustimmung.)

Zietsch-Charlottenburg: Ein ganz Teil von Delegierten hat gegen den Antrag 28 nur in der Annahme gestimmt, daß ihnen Gelegenheit gegeben wird, dadurch den Nürnberger Beschluß konsequent durchzuführen. (Sehr richtig!) Es entspricht nicht der parlamentarischen Gepflogenheit, daß, nachdem in der Diskussion über einen Antrag so viel gesprochen ist, und nachdem man sich auf bestimmte Anschauungen festgelegt hat, nicht die Möglichkeit besteht, einen Antrag, der zurückgezogen wird, wieder aufzunehmen. Es ist illoyal, einen Antrag im letzten Augenblick vor der Abstimmung zurückzuziehen. (Sehr richtig!) Ich nehme den Antrag 30 wieder auf.

Vorsitzender **Dietz**: Die Wiederaufnahme des Antrages 30 kann ich nicht gestatten, es sei denn, daß Sie in einer späteren Zeit unter Zustimmung des Parteitages, vielleicht bei „Sonstigen Anträgen", diese Sache nochmals auf die Tagesordnung bringen. (Widerspruch.) Jetzt ist die Angelegenheit für den Parteitag erledigt.

Simon-Nürnberg: Es erscheint mir etwas ungewöhnlich, daß, wenn ein Antrag zurückgezogen wird, ein anderer ihn nicht wieder aufnehmen dürfen sollte. (Sehr richtig!) Es ist auch auf allen unseren Parteitagen bisher Gepflogenheit gewesen, daß zurückgezogene Anträge sofort wieder von anderer Seite aufgenommen werden konnten (Sehr wahr!), und das Bureau hat die Pflicht, die Unterstützungsfrage zu stellen. Wird der Antrag unterstützt, dann muß er zur Abstimmung gestellt werden. (Zustimmung.)

Lipinski-Leipzig: Die bisherigen Abstimmungen sind unter der Voraussetzung erfolgt, daß man bei einer späteren Abstimmung ein anderes Votum abgeben kann. Wenn also der Antrag zurückgezogen werden sollte, so hätte das vor der Abstimmung geschehen müssen. (Sehr richtig!) Ihn während der Abstimmung zurückzuziehen, wo man nicht mehr ein anderes Votum abgeben kann, ist unzulässig. (Sehr wahr!)

Adolf Hoffmann-Berlin: Ich kann mich den Ausführungen des Vorredners nur anschließen. Ist es unzulässig, einen Antrag nach Schluß der Debatte wieder aufzunehmen, dann muß es auch unzulässig sein, ihn nach Schluß der Debatte zurückzuziehen. (Sehr wahr!)

Krüger-Dresden: Ich mache darauf aufmerksam, daß, auch ohne daß wir einen Beschluß fassen, doch das Ausschlußverfahren wegen Verstoßes gegen den Nürnberger Beschluß eingeleitet werden kann.

Vorsitzender **Dietz**: Die Genossen, die vorhin gesprochen haben, sind im Irrtum. Der Antrag ist zurückgezogen. (Zuruf: Wann?) In dem Augenblick als wir uns in der Abstimmung befanden. (Ruf: Na also!) Ein Antrag kann bis zum letzten Augenblick zurückgezogen werden, es kann dann aber nicht ein Dritter kommen und ihn wieder aufnehmen. (Lebhafter Widerspruch.)

Emmel-Mülhausen: Von dem Augenblick an, wo ein Antrag unterstützt und zur Diskussion gestellt ist, kann ein einzelner Antragsteller ihn nicht mehr zurückziehen. Es muß doch auch denen, die den Antrag unterstützt haben, die Möglichkeit gegeben werden, ihre Meinung dazu zu sagen, denn sonst könnte der Parteitag in jedem Augenblick genasführt werden.

Stadthagen: Es müßten mindesten alle die, die den Antrag unterstützt und ihn dadurch zu dem ihrigen gemacht haben, ihn zurückziehen. Diese aber haben ihre Zustimmung jedenfalls nicht gegeben. Auch im Reichstage kann ein Antrag ausdrücklich von jedem anderen wieder aufgenommen werden. Es ist ja ganz klar, daß auch wir so verfahren müssen, denn soundso viele stellen einen Antrag nicht, weil er schon von anderer Seite gestellt ist, und es würde dann die wirkliche Meinung nicht zum Ausdruck kommen.

Vorsitzender **Dietz**: Es ist doch ganz unmöglich, daß ein Antragsteller sich mit allen denen, die seinen Antrag unterstützt haben, in Verbindung setzt. Daß die Zurückziehung eines Antrages zulässig ist, unterliegt keinem Zweifel. Zweifelhaft bleibt nur, ob ein Dritter einen im allerletzten Stadium der Verhandlungen zurückgezogenen Antrag wieder aufnehmen kann. Ein ähnlicher Fall ist bisher noch auf keinem Parteitag vorgekommen. (Hoch: Magdeburg!) Ach, Genosse Hoch, was Sie über Magdeburg sagen, stimmt nicht! Als Genosse Haase dort sagte, wir ziehen den Antrag auf namentliche Abstimmung zurück, weil wir die Zeit des Parteitages nicht unnütz in Anspruch nehmen wollen, da hat Genosse Hoch erklärt, dann nehme ich ihn wieder auf. Hätte der Antragsteller hier erklärt, ich ziehe den Antrag auf namentliche Abstimmung zurück, dann hätte ein Dritter ihn wieder aufnehmen können, kein Wort der Entgegnung wäre dann von mir gefallen. (Zuruf: Magdeburg!) In Magdeburg war es ganz anders. Sie werden mir nicht einen einzigen Fall aus der ganzen Parteigeschichte nennen können, wo ein Antrag, nachdem er zurückgezogen war, im letzten Moment wieder aufgenommen wurde. Ich will Ihnen aber entgegenkommen und den Parteitag fragen, ob er den Antrag 30 wieder aufnehmen will. Die namentliche Abstimmung ist dabei nicht einbegriffen. Ich frage also, ob der Parteitag es gestattet, daß Zietsch den Antrag wieder aufnimmt. Eine Diskussion über den Antrag selbst bliebe im Falle der Annahme des Antrages ausgeschlossen.

Der Parteitag erklärt die Aufnahme des Antrags 30 für zulässig.

Auf Antrag von Zietsch wird über den Antrag namentlich abgestimmt.

Vor der Abstimmung erklärt

Vorsitzender **Dietz**: Das hätten die Zurückzieher uns ersparen können. Dieses Vorkommnis wird Anlaß sein, unsere Geschäftsordnung einer sehr gründlichen Revision zu unterziehen. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Der Antrag 30 wird mit 279 gegen 101 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Mit Ja haben gestimmt: **Agnes, Albrecht, Andratschke, Anthes, Apel, Armbrust, Auer, Bartels, Baudert, Baumgärtel, Beckmann, Bender**-Elberfeld,

Wender-Preungesheim, Berger, Biniszkiewicz, Bischoff, Bittorf, Bock, Böhle, Braun, Brey, Büchelt, Büchner-Frankfurt a. O., Büchner-Berlin, Buchmann, Budde-Lüdenscheid, Budde-Berlin, Buhl, Bühler, Busold, Crispien, Dams, Demmer, Dickreiter, Diefenbach, Dietz, Diez, Dißmann, Dittmann, Dörnke, Donalies, Düwell, Duncker, Ebert, Edler, Eggen, Eichhorn, Eichler, Eilfen, von Elm, Engelhard, Ennenbach, Emmel, Erkrath, Ernst-Berlin, Ernst-Stettin, Ewers, Ewald, Faber, Fahrenwald, Fauth, Feldmann, Fischer-Cannstatt, Fliegner, Fresino, Fröhlich, Frohme, Galke, Geck, Gehl, Gehrmann, Giebel, Giermann, Göllner, Gölzer, Gogowsky, Gradnauer, Grauer, Groger, Große, Grümmer, Grünberg, Grütz, Günther, Haase, Hackelbusch, Hagen, Hartleib, Haupt, Haverkamp, Heinrich, Heller, Hengsbach, Auguste Hennig, Paul Hennig, Hermann Hennig, Hercht, Herzberg, Herzfeld, Hetzschold, Hierl, Hildenbrand, Hintze, Höllein, Hoch, Adolf Hoffmann-Berlin, Paul Hoffmann-Berlin, Paul Hoffmann-Hamburg, Hoffmann-Elberfeld, Hofrichter, Hopfe, Horlitz, Hörsing, Huber, Hunschede, Jäckel, Jaffke, Jakobsen, Jöchel, Jordan, Juchacz, Jungnickel, Kaden, Kahmann, Kaiser, Kinkel, Klupsch, Knauer, Knauf, Knoth, König, Kotzur, Krasemann, Krautze, Kröger, Krüger-Dresden, Krüger-Barmen, Kullmann, Kuntze, Kunert, Kurz, Langer, Laufenberg, Lange, Lau, Ledebour, Leinert, Leber, Lehmann-Dresden, Lemenzow, Legien, Leutert, Lepitz, Leven, Ley, Linde, Linder, Linke, Litzinger, Liepmann, Lippmann, Lüth, Lucke, Ludwig, Lutz, Luxemburg, Maas, Mack, Maier, Matschke, Metzger, Möller, Molkenbuhr, Müller-Trier, Müller-Tempelhof, Müller-Berlin, Müller-Karlshorst, Müller-Breslau, Nimmerfall, Nowagrotzki, Obermeyer, Oertel, Ostmann, Ott, Panzer, Pätzel, Pannekoek, Pauling, Pfannkuch, Pohl, Poller, Pohner, Prehm, Putz, Ratz, Rauch, Raute, Reitze, Reiwand, Ritter, Roth, Rudolph, Runge, Ruppenstein, Johanna Rühle, Otto Rühle, Rollwagen, Rosenfeld, Sämann, Sassen, Jos. Simon, Süßheim, Seger, Seige, Grete Simon, Sädler, Simmerl, Sidow, Seelmann, Siering, Schöpflin, Scholich, Scholz, Schüning, Schulz, Schuster, Schubert, Schumann, Schrader, Klara Schröder, Schroth, Schadow, Schallbruch, Schaumburg, Schluchtmann, Scheidemann, Schelz, Scheibe, Scheib, Schindhelm, Schmidt-Meißen, Schneppenhorst, Schwenk, Stadthagen, Starosson, Stegen, Stelling, Stengele, Steuber, Stöter, Stolle, Strobl, Stubbe, Strube, Thabor, Teubert, Thiele, Thierfelder, Tietze, Vesper, Voigt, Wackwitz, Wagner, Walter-Höchst a. M., Walther-Laufamholz, Weber-Halberstadt, Weiß-Potschappel, Wels, Wengels, Werner, Weyers, Woick, Wolf-Döhlen, Zetkin, Zimmer-Deuben, Zimmermann, Zyliegan, Zietz, Zietsch.

Mit **Nein** haben gestimmt: Barthel, Baumann, Benz, Bien, Blase, Brandenburg, Brückner, Brühne, Cohn, David-Berlin, David-Posen, Deichmann, Döhring, Drescher, Eberle, Engler, Faißt, Friedländer, Fuhrmann, Geyer, Göhre, Gottschalk, Grzesinski, de Haas, Häfner, Häußer, Heinze, Heitmann, Henke, Hense, Helmstädter, Hildebrandt, Hilpert, Hitzler, Karl Hoffmann-Herford-Halle, Hug, Husemann, Jasper, Jentzsch, Kaufmann, Keil, Kleefoot, Kley, Klose, Knieriem, Krug, Kupferschmidt, Landsberg, Leese, Lensch, Lehmann-Mannheim, Liebknecht, Lipinski, Maurer, Meier, Menzel, Michelsen, Mitz, Müller-Düsseldorf, Müller-Chemnitz, Müller-Zwickau, Nitsch, Oswald, Peus, Pollender, Quessel, Reich, Reißhaus, Renz, Ryssel, Sachse, Severing, Seel, Anna Simon, Silberschmidt, Schmitzler, Schäfer, Schröder-Berlin, Schiebel, Schmidt-Berlin, Schmitt-München, Schneider, Schwartz, Stockinger, Strobel, Sturmfels, Timm, Thöne, Töneböhn, Trost, Ulrich, Undeutsch, Uhlig, Weber-Griesheim, Wehle, Weiß-Eckernförde, Wicklein, Wolf-Dietharz, Wolf-Crimmitschau, Zenker, Zimmer-Johanngeorgenstadt.

Der Stimme **enthalten**: Klühs-Magdeburg.

Damit ist die Frage der Maifeier erledigt.

Vorsitzender **Dietz**: Ich komme Ihnen mit einem ungewöhnlichen Vorschlag. Bisher wurde die Vorschlagsliste für die Vorstandswahl ohne weiteres gedruckt und verteilt. Diesmal bin ich von verschiedenen Seiten ersucht worden, die Namen der Vorgeschlagenen zu verlesen, bevor die Liste verteilt wird.

Es handelt sich zunächst um die Vorschläge für den Parteivorstand. Als Vorsitzende werden vorgeschlagen August Bebel-Berlin, Fritz Ebert-Berlin und Hugo Haase-Königsberg. Davon sind zwei als Vorsitzende zu wählen.

Als Kassierer wird vorgeschlagen Albin Gerisch-Berlin.

Für die Schriftführer werden folgende Vorschläge gemacht: Braun-Königsberg, Ebert-Berlin, Molkenbuhr-Berlin, Hermann Müller-Berlin, W. Pfannkuch-Berlin, Rudolph-Frankfurt a. M., Scheidemann-Kassel. Davon sind sechs Schriftführer zu wählen.

Als Beisitzerin wird vorgeschlagen Luise Zietz-Berlin. Die beiden anderen Beisitzer werden nach dem Statut von der Kontrollkommission gewählt.

Für die Kontrollkommission werden folgende Vorschläge gemacht: Linchen Baumann-Hamburg, Bock-Gotha, Brey-Hannover, Brühne-Frankfurt a. M., Ernst-Berlin, Geck-Offenburg, Dr. Gottschalk-Königsberg, Hengsbach-Köln, Hildenbrand-Stuttgart, Kaden-Dresden, Löbe-Breslau, Stubbe-Hamburg, Timm-München und Klara Zetkin-Stuttgart.

Von diesen 14 Vorgeschlagenen sind 9 zu wählen.

Vorsitzender **Dietz**: Ich bin von Linchen Baumann ersucht worden, mitzuteilen, daß sie die Kandidatur ablehnt. Dieser Name ist also zu streichen.

Ebert: Zu meinem Bedauern ist trotz dringenden Abratens meinerseits mein Name auf die Vorschlagsliste für die Wahl der Vorsitzenden der Partei gekommen. Ich erkläre, daß ich unter keinen Umständen zur Wahl der Vorsitzenden kandidiere, vielmehr empfehle ich die Kandidatur Haase. Ich bitte deshalb, meinen Namen zu streichen. (Bravo!)

Legien: Es ist meines Wissens das erstemal, daß ohne erkennbare sachliche Gründe ein Genosse, der für einen der höchsten Ehrenposten der Partei vorgeschlagen wird, ablehnt. Meines Erachtens liegen in diesem Falle erkennbare sachliche Gründe wirklich nicht vor. Ebert hat, das dürfte allgemein bekannt sein, bei vollständig kollegialem Zusammenarbeiten mit den Kollegen im Bureau seit Jahren im Parteivorstande die Arbeiten gemacht, die in gewisser Beziehung einen im Parteibureau ständig tätigen Vorsitzenden zufallen würden. Ebert hat auf der anderen Seite, und das kommt als besonders wichtiger Umstand in Betracht, vielfach an den Verhandlungen über die nicht unerheblichen und zahlreichen Differenzen in den einzelnen Landesorganisationen teilgenommen, und es ist ihm gelungen, diese Differenzen beizulegen, mit Ausnahme des Stuttgarter Falles, wo ja eine Einigung vorläufig ausgeschlossen erscheint. Er hat nach dieser Richtung hin eine überaus glückliche Hand gehabt, und das ist es, was meines Erachtens in der gegenwärtigen Situation die Partei am dringendsten braucht. Gegenwärtig sowohl, wie vielleicht in der nächsten Zeit, wird es wesentlich darauf ankommen, daß wir den Posten eines Vorsitzenden mit einem Genossen besetzen, der nach der genannten Richtung hin ausgleicht, der bei Differenzen den nötigen Takt und ein gewisses Geschick bisher bewiesen hat. (Sehr richtig!) Infolgedessen scheint es mir unrichtig, daß Ebert verzichtet. Weiter soll eine Kommission von 21 Mitgliedern eingesetzt werden zur Reorganisation des Parteivorstandes. Unter diesen Umständen verfährt man,

so meine ich, richtig, wenn man zunächst diejenigen Genossen bei der Besetzung der Posten, hier des Vorsitzenden, in Aussicht nimmt und wählt, die bisher schon auf diesem Gebiet tätig und mit Erfolg tätig gewesen sind. Alle diese Gründe bewegen mich, an die Genossen, die die Absicht hatten, Ebert zu wählen, die Bitte zu richten, sich durch dessen Ablehnungserklärung bei der Abgabe ihrer Stimme nicht beeinflussen zu lassen. (Beifall.)

Vorsitzender **Dietz**: Ich habe Legien etwas weiteren Spielraum gelassen als sonst bei einer Geschäftsordnungsbemerkung, deshalb, weil die Umstände eigenartig sind. Ich gebe dem nächsten Redner zur Geschäftsordnung den gleichen Spielraum.

Lipinski-Leipzig: Der Parteitag hat beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die eine Reorganisation des Parteivorstandes vornehmen soll. Wenn der Vorschlag Legiens Anerkennung finden sollte, so würde das bedeuten, der Revision störend vorzugreifen, weil dann die Kommission von vornherein mit dem besoldeten Vorsitzenden rechnen muß. (Sehr richtig!) Da aber bei der ganzen Reorganisation eine Reihe von sachlichen und organisatorischen Fragen erwogen werden müssen, die es heute noch nicht vollständig klar erkennen lassen, ob ein besoldeter Vorsitzender bestellt werden soll, so halte ich es für richtig, daß der Parteitag die Kandidatur Ebert ausschaltet. Alle Eigenschaften, die Ebert angelobt worden sind, erkennen wir an, alle diese Eigenschaften kann er in seiner Tätigkeit als Sekretär betätigen, die Partei verliert dadurch seine Arbeitskraft und seine vermittelnde Tätigkeit nicht, wenn er auf seinem Posten als Sekretär verbleibt. Wenn der Parteitag dann durch die Reorganisation dazu gezwungen wird, zu entscheiden, ob ein besoldeter Vorsitzender angestellt werden soll oder nicht, dann hat er im nächsten Jahre vollständig freie Hand. Er wäre dann durch die Wahl Haases nicht gebunden. In keinem Fall aber können wir der reorganisatorischen Aufgabe der Kommission entgegentreten. (Beifall.)

Bebel: Legien hat recht, wenn er sagt, daß zum ersten Male in der Partei über einen Mann, der zu dem höchsten Amt vorgeschlagen worden ist, eine Diskussion entsteht, weil er die Kandidatur nicht annehmen will. Ebert habe ihm keine genügenden Gründe für seine Ablehnung gegeben. Es ist in erster Linie Sache von Ebert selbst, was er sagen will oder nicht. (Sehr richtig!) Wenn Ebert erklärt, ich nehme die Wahl nicht an, so bleibt es dabei. Damit ist selbstverständlich keinem Mitglied des Parteitages das Recht genommen, ihn trotzdem zu wählen. Will man eine Demonstrationswahl machen, so steht dem nichts im Wege. (Sehr gut!) Die Kandidatur Ebert ist heute nicht zum erstenmal aufgetaucht. Es ist schon einige Zeit nach dem Tode von Singer im Vorstand und in der Kontrollkommission darüber gesprochen worden und schon damals hat der Genosse Ebert auf das entschiedenste erklärt, daß er eine Wahl zum Vorsitzenden nicht annehmen würde, und dem ist entsprechend Rechnung getragen worden, insofern als man von seiner Kandidatur abgesehen hat. Nun hat Legien in einer für Ebert durchaus schmeichelhaften Weise hervorgehoben, welche Tätigkeit er ausgeübt habe und welche Stellung er im Parteivorstand einnimmt. Ich und meine übrigen Vorstandskollegen können nur voll und ganz in dieses Lob einstimmen, ich muß aber auf ausdrückliches Ersuchen von Genossen Ebert erklären, daß er seine Tätigkeit stets in voller Uebereinstimmung und in freundschaftlicher Aussprache mit den Vorstandskollegen ausgeübt hat und daß er es ablehnen müsse, daß ihm dies als besonderes Verdienst angerechnet wird. (Bravo!) Auf die Verhandlungen über die Kandidatur Haase will ich nicht eingehen, ich will nur, da ich selbst diese Verhandlungen gepflogen habe, erklären, daß Haase erst nach wiederholtem Ersuchen von meiner Seite und unter ausführlicher Begründung, warum ich und die Kollegen im Vorstand

seine Kandidatur wünschen, und nachdem er sich eine längere Bedenkzeit ausgebeten hat, zugesagt hat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Haase — ich hebe das vielleicht gegen seinen Willen hervor — mit der Annahme einer Wahl zunächst ein großes Opfer bringt. Er hat als Rechtsanwalt in Königsberg eine ausgezeichnete Praxis, die er selbstverständlich aufgeben muß. Er muß mit seiner Familie, die in Königsberg eingelebt ist, Königsberg verlassen, es werden ihm damit erhebliche finanzielle Opfer auferlegt. Trotzdem hat er sich auf mein wiederholtes Drängen schließlich bewegen lassen, eine Kandidatur anzunehmen, und in der weiteren Aussprache, die hier zwischen anderen Genossen und ihm stattgefunden hat, hat er auch erklärt, daß er es für seine selbstverständliche Pflicht halte, wenn er gewählt werde und sobald er in Berlin installiert sei, jeden Tag eine geraume Zeit auf dem Bureau zuzubringen, um sich dort über alle Eingänge zu informieren und mit den Kollegen freundschaftliche Beratungen zu pflegen, soweit das außerhalb der allgemeinen Vorstandssitzungen erforderlich sei. (Bravo!) Wir haben diese Zusage besonders freudig begrüßt, diese Einrichtung hat bisher nicht bestanden, sie kommt in hohem Maße dem Verlangen entgegen, daß ein Vorsitzender dauernd auf dem Bureau beschäftigt sein soll. Wir alle sind der Meinung, daß, wenn Haase täglich auch nur eine Stunde auf dem Bureau zubringt, so genügt das in vollstem Maße, um seinen Posten auszufüllen, was übrigens auch bei seiner außerordentlichen Gewissenhaftigkeit nicht dem geringsten Zweifel unterliegt. (Bravo!)

Ulrich-Offenbach: Wir verkennen die Gründe, die für die Kandidatur Haase sprechen, an sich nicht, aber da wir uns in einer Periode der Reorganisation befinden, sind wir der Meinung, daß wir ein starkes Stück Verantwortlichkeit auf uns laden, wenn wir jemand aus seiner bisherigen Situation herausnehmen. Wir halten es für weit richtiger, wenn wir uns zunächst einmal darüber klar werden, wie wir in Zukunft die Organisation gestalten wollen, weil wir dann weit leichter unsere Entschließungen fassen könnten, als wenn wir uns mit der Wahl von Haase in einer Richtung festgelegt hätten, die man vielleicht nicht beabsichtigt hat. Alles was zur Empfehlung von Haase angeführt ist, hat, von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, leider eine bedenkliche Seite (Sehr richtig! und Widerspruch), und deshalb wenden wir uns dagegen. Wenn ich die rein persönliche Seite mit ein paar Worten berühren soll, was unvermeidlich ist, so muß ich doch feststellen, daß ich und eine Reihe anderer Genossen zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß wir in Ebert einen besseren, einen zuverlässigeren Vorsitzenden hätten, hinsichtlich der ungeheuren Aufgabe, die Partei einheitlich zusammenzuhalten. Das ist eine Frage, die weit wichtiger ist, als alle persönlichen Rücksichten sonst. Es kann sich niemand anders geben, als er ist, es kann niemand anders sein, als er sich betätigt hat. Die Betätigung von Ebert bietet uns eine viel größere Sicherheit dafür, daß die Partei unter seiner Leitung zusammengehalten und vorwärts getrieben wird zum Segen der gesamten Arbeiterbewegung. (Sehr richtig!)

Bebel: Es ist ja Sache eines jeden einzelnen, wie er den Charakter der in Frage stehenden Personen beurteilen will. Ich möchte nur ausdrücklich erklären — und ich glaube, ich habe die volle Zustimmung von Ulrich dazu — daß er mit dem, was er hier über die Charaktere der beiden Genossen angedeutet hat, in keiner Weise sagen will, daß Haase minderen Charakters ist. (Ulrich: Da bin ich ganz Deiner Auffassung!) Ich konstatiere das nur, damit keine Mißverständnisse nach außen aufkommen. Was das andere betrifft, daß Haase nicht die erforderlichen Eigenschaften besitzt, die die Voraussetzung für das Zusammenhalten der Partei bilden, so weiß ich ja, wohin Ulrich mit dieser Bemerkung zielt. (Sehr gut!) Ich würde an seiner Stelle gar kein Bedenken getragen haben, das hier offen auszusprechen. Ich erkläre weiter, daß ich ein

derartiges Bedenken von Ulrich und seinen Freunden ganz natürlich finde, aber ich glaube, er zieht denn doch aus dem Verhalten von Haase auf dem Magdeburger Parteitag durchaus falsche Schlüsse. Jeder, der ihn näher kennt, weiß, daß er ein außerordentlich konzilianter Mann ist, dem an nichts weniger gelegen ist, als Differenzen hervorzurufen. (Sehr richtig!) Der Vorsitzende ist doch auch nicht die entscheidende Persönlichkeit im Vorstande, die solche Dinge auf eigene Faust versuchen könnte. (Sehr gut!) Er würde dann — das erkläre ich, der ich die Kandidatur Haase auf das entschiedenste befürworte, rund heraus — an mir den entschiedensten Gegner finden. Solche Befürchtungen gegenüber Haase sind aber absolut unbegründet. Indes, Ihr dort drüben werdet uns nicht überzeugen, und wir überzeugen Euch nicht. Wir legen endlich auch besonders Gewicht darauf, im Vorstand einen Juristen zu haben. Wir sind außerordentlich oft in der Lage, juristischen Rat einholen zu müssen, und Haase ist notorisch ein sehr tüchtiger Jurist. Während wir jetzt oft von außerhalb Rat holen müssen, wodurch eine Verzögerung eintritt, hätten wir im Falle der Wahl von Haase den richtigen Mann im Vorstande selbst. Das ist für mich und meine Kollegen ein sehr wesentliches Moment, das den Wert der Kandidatur Haase erhöht. (Sehr richtig!)

Damit ist die Besprechung der Kandidatenfrage erledigt.

Vorsitzender **Dietz**: Für die Einundzwanziger-Kommission sind seitens der Landsmannschaften im ganzen 21 Genossen vorgeschlagen. Die Hoffnung, daß weitere nicht vorgeschlagen werden, hat sich nicht erfüllt, indem Westfalen für sich ein besonderes Mitglied für diese Kommission beantragt und der Liste der Landsmannschaften noch den Namen Max König-Dortmund hinzugefügt hat. Es wäre aber auch denkbar, daß der Parteitag statt einer 21gliedrigen eine 22gliedrige Kommission wählt. Dann würden alle Differenzen ausgeglichen sein.

Lipinski-Leipzig beantragt, auch dem Industriegebiet Westfalen eine besondere Vertretung in der Kommission zu gewähren und deren Mitgliederzahl auf 22 zu erhöhen.

Diesem Antrag wird zugestimmt. Auf Antrag von **Bebel** wird nunmehr die 22er-Kommission per Akklamation gewählt. Sie besteht aus: E. Ernst-Berlin (Berlin), Otto Wels-Berlin (Brandenburg), Dr. Gottschalk-Königsberg (östliche Provinzen), Franz Feldmann-Langenbielau (Schlesien), Dittmann-Solingen (Ober- und Niederrhein), Leinert-Hannover (Hannover), Hoch-Hanau (Frankfurt a. M. und Kassel), Bartels-Altona (Holstein), Stubbe-Hamburg (Hamburg), Hennig-Halle (Sachsen), Simon-Nürnberg (Bayern), Auer-München (Bayern), Frank-Mannheim (Baden), K. Sindermann-Dresden (Sachsen), Lipinski-Leipzig (Sachsen), Hildenbrand-Stuttgart (Württemberg), Reißhaus-Erfurt (Thüringische Staaten), Haverkamp-Bremerhaven (Bremen und Oldenburg), Ulrich-Offenbach (Hessen), Böhle-Straßburg (Elsaß-Lothringen), König-Dortmund (Westfalen), Käte Duncker-Stuttgart (Frauen).

Hierauf erhält das Wort zu einer Erklärung

Eichhorn: Der Parteitag hat den Antrag 69, gestellt von Trabinger-Karlsruhe, der Beschwerdekommission überwiesen. Der Antrag verlangt, daß die in Baden entstandenen Diskutierklubs, deren einer sich Marxklub nennt, entgegen einem Beschluß des badischen Parteitags vom gegenwärtigen Parteitag für zulässig erklärt werden.

Ich habe hierzu folgende Erklärung abzugeben:

Die Gründung der Diskutierklubs erfolgte in der Absicht, mit Hilfe dieser Organisation auf die Durchführung der Beschlüsse des Parteitags zur

Budgetfrage in Baden hinzuwirken. Diese gute Absicht mußte indessen die Klubs zu Sonderorganisationen stempeln, die eine Einwirkung auf die Zusammensetzung der Verwaltungskörperschaften der Partei, auf die Tätigkeit der Kreisorganisationen usw. anstrebten und sich dadurch mit dem Organisationsstatut in Widerspruch setzen. So unbestritten das Recht der Genossen ist, sich auch außer dem Rahmen der Organisation über theoretische und wissenschaftliche Fragen zu verständigen, so wenig dürfen Neben- und Landesorganisationen bestehen. Mit telegraphischer Ermächtigung der Antragsteller ziehe ich deshalb den Antrag zurück.

Vorsitzender **Dietz**: Ich werde das der Beschwerdekommission mitteilen; damit ist die Angelegenheit erledigt.

Zu einer persönlichen Erklärung erhält das Wort

Genossin **Duncker**-Stuttgart: Keil hat gestern in einer persönlichen Erklärung meine Ausführungen in zwei Punkten zu widerlegen gesucht. Was den ersten anlangt, so stelle ich hier fest, daß Keil nur bestätigt hat, was ich gesagt habe. Es ist nämlich ganz gleichgültig, ob Westmeyer auf der württembergischen Landesversammlung mit oder ohne seinen Willen zuerst zu Worte kam. Tatsache ist, daß Westmeyer sich im Rahmen sachlicher Erörterungen bewegte, während Keil nachher die schwersten persönlichen Angriffe gegen ihn erhob. Tatsache ist ferner, daß, wie Keil in seiner Erklärung ja auch bestätigt hat, Westmeyer auf diese persönlichen Angriffe nicht mehr antworten konnte, weder im Rahmen des Schlußwortes noch in dem einer persönlichen Bemerkung, also genau wie ich gesagt habe.

Wenn Keil weiter behauptete, daß erst 1910 zum ersten Male eine Debatte über die prinzipielle und taktische Haltung der „Schwäbischen Tagwacht" auf der Landesversammlung entstanden sei, so beweist das nicht das geringste gegen meine Behauptung, daß die „Schwäbische Tagwacht" schon seit Jahr und Tag in Widerspruch mit den Anschauungen der Stuttgarter Parteigenossen steht. Denn ehe die Unzufriedenheit sich so weit verdichtet hatte, daß sie zu einer Debatte auf der Landesversammlung führte, ist sie natürlich schon längst in den Reihen der Genossen vorhanden gewesen. Die Unzufriedenheit der Stuttgarter Genossen mit der „Schwäbischen Tagwacht" datiert seit der Zeit, wo sie anfing, die opportunistische Politik der Mehrheit der Landtagsfraktion zu verteidigen, und sie ist in den letzten Jahren immer stärker in den Parteiversammlungen zum Ausdruck gekommen. Damit glaube ich festgestellt zu haben, daß Keil die Richtigkeit meiner Ausführungen in keiner Weise hat erschüttern können.

Vorsitzender **Dietz**: Die neu eingetretenen Delegierten von Stuttgart, Sämann und Rapp, ersuchen mich, sich im Protokoll dahin erklären zu können, daß sie gestern gegen den Antrag Duncker gestimmt haben würden, wenn sie da bereits anwesend gewesen wären.

Keil verlangt das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Vors. **Dietz**: Das Wort kann ich Ihnen jetzt nicht geben. (Große Unruhe und erregte Zwischenrufe bei der Mehrheit der württembergischen und badischen Delegierten.) Wenn Sie eine persönliche Erklärung abgeben wollen, müssen Sie sie vorher aufsetzen. So sind wir auch der Genossin Duncker gegenüber verfahren. (Hildenbrand: Das hätten Sie jetzt auch sagen müssen. Das ist einfach unerhört, ganze Organisationen zu beschimpfen! Erneute heftige Zurufe der oben bezeichneten Delegierten.) Ich habe gestern Hildenbrand das Wort zu einer Erklärung gegeben, die ohne Diskussion entgegengenommen wurde, das gleiche war später bei Keil der Fall, obwohl auch gestern der Ver-

such gemacht worden ist, eine Diskussion daran zu knüpfen. Ich kann Sie nur darauf verweisen, Ihre Erklärung schriftlich einzureichen. Eine Diskussion über „Erklärungen" ist unzulässig.

Leber teilt mit, daß es ausgeschlossen ist, den Parteitag morgen zu Ende zu führen. Das Marktfest findet daher wie geplant morgen nachmittag statt; heute abend geben die Jenenser Genossen den Parteitagsmitgliedern zu Ehren einen Konzertabend im „Volkshause".

Schluß der Sitzung nach ½7 Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 15. September 1911. — Vormittagssitzung.

Die Tribünen sind überfüllt.

Vorsitzender **Leber** eröffnet die Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Klara **Zetkin** mit, daß in New-York die Genossin Krey-Craner verstorben ist. (Der Parteitag erhebt sich von den Plätzen.) Sie war ein Kind des Volkes aus Deutschland und gehörte unter dem Ausnahmegesetz zu den ersten Frauen mit, die organisierend und agitierend unter die Massen des weiblichen Proletariats hinausgegangen sind. Sie wurde von den Stürmen des Ausnahmegesetzes nach New-York getrieben und gehörte dort zu den tätigsten und geachtetsten Agitatoren der deutschen Sozialdemokratie in den Vereinigten Staaten. Sie gründete dort nach deutschem Muster eine zentralisierte deutsche Frauenbewegung, die in bezug auf Grundsätze und Taktik auf dem Boden unserer Bewegung steht. Sie haben sich in Anerkennung der Verdienste der Genossin von den Plätzen erhoben. Ich stelle das fest.

Dann folgt das Referat über

„Die Reichstagswahlen".

August **Bebel**: Bevor ich auf mein Referat eingehe, bin ich genötigt, meinen gestrigen Ausführungen eine kleine Berichtigung zuteil werden zu lassen. Ich hatte anläßlich der Darstellung der Vorgänge auf dem Internationalen Kongreß zu Stuttgart bezüglich der Militärkommission angegeben, daß die Franzosen in ihren verschiedenen Fraktionen sich für den Massenstreik im Kriegsfalle erklärt hätten. Das war ein Irrtum von mir. Die Guesdisten haben sich in der Kommission auf das entschiedenste dagegen erklärt und haben schließlich für unsere Resolution gestimmt, und gleichzeitig die österreichischen Genossen unter Führung des Genossen Dr. Adler, die im gleichen Sinne stimmten. So wurde in der Subkommission mit 8 gegen 4 Stimmen die deutsche Resolution angenommen und schließlich mit großer Mehrheit im Plenum der Kommission und im Plenum des Kongresses.

Parteigenossen! Der im Januar 1907 gewählte Reichstag geht nunmehr seinem Ende entgegen, und wenn nicht alles täuscht und wenn nicht unerwartete Ereignisse eintreten, die eine Verschiebung der Wahlen aus irgendeinem Grunde herbeiführen, dürften die Wahlen in der ersten Hälfte des Januar, also in genau vier Monaten, stattfinden. Man will dann, wie ich aus guter Quelle höre, in der zweiten Hälfte des Januar die Stichwahlen vornehmen und glaubt, Anfang Februar, jedenfalls in den ersten Tagen desselben den neuen Reichstag berufen zu können.

Der jetzt bestehende Reichstag hat ein tragisches Geschick erlebt. Bekanntermaßen fanden die Hottentottenwahlen unter der Parole statt: Gegen Sozialdemokratie, Zentrum und Polen! Diese drei Fraktionen hatten bei der Abstimmung am 13. Dezember 1906 in der zweiten Lesung über eine geforderte Summe für den Kriegsetat für Südwestafrika sich dagegen erklärt und mit ein oder zwei Stimmen die Vorlage zur Ablehnung gebracht. Es war zweifellos, daß, wenn es zur dritten Lesung gekommen wäre — das hatte der Redner des Zentrums hinlänglich deutlich angezeigt —, die Position im Sinne der Regierung entschieden worden wäre. Aber es hatte sich mittlerweile im Reichstage eine Konstellation gebildet, die um jeden Preis den Bruch herbeiführen wollte, die auflösen wollte, weil man hoffte, daß man durch die Auflösung eine neue, der Regierung günstigere Zusammensetzung des Reichstages herbeiführen würde.

Und in der Tat gelang es. Ich habe vom Jahre 1867 an alle Wahlen zum Norddeutschen und Deutschen Reichstag mitgemacht, und ich muß sagen, so viel auch an Druck von Regierungsseite und von seiten der Unternehmer vorgekommen sein mag, ein solcher Druck, wie bei diesen Wahlen, ist noch niemals ausgeübt worden. (Sehr richtig!) Selbst zu Bismarcks Zeiten fand nicht ein Druck in ähnlichem Maße statt. Vom Minister bis zum Nachtwächter wurde alles gegen uns mobil gemacht, und so war der Erfolg, daß wir zwar einen Stimmenzuwachs von einer Viertelmillion Stimmen hatten, aber 36 Mandate verloren, daß wir von 79 bis auf 43 zurückgingen. Großer Jubel erhob sich, nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen internationalen bürgerlichen Welt. Die Hoffnung wurde ausgesprochen, die Sozialdemokratie sei jetzt unterdrückt und ihr Ende nahe. Als ich in einer der ersten Sitzungen des Reichstages das Schicksal des Hottentottenblocks, wie wir ihn nannten, charakterisierte und das Zitat brauchte:

„In den Ozean schifft mit tausend Masten der Jüngling,
Still auf gerettetem Kahn kehrt in den Hafen der Greis"

lachte alles und man rief mir zu, das treffe auf mich zu. (Heiterkeit.) Nun, die Dinge haben einen anderen, den von mir vorausgesagten Verlauf genommen. Der Hottentottenblock ist in Trümmer gegangen und sein Erzeuger, der Fürst Bülow, wandelt heute trauernden Herzens an den Ufern der Tiber, ihn schmerzt tief das Geschick, das ihn ereilte. (Heiterkeit.) Und sein anderes Ich, Herr Dernburg, hat es vorgezogen, ebenfalls zu scheiden. Er sitzt auf seiner Villa im Grunewald und wird weidlich geärgert durch unsere neuen Landsleute, die Schwarzen (Heiterkeit), die dort in einer Truppe Vorstellungen geben und ihm dabei nicht nur die Tagesruhe, sondern auch die Nachtruhe rauben. (Heiterkeit.) Ich habe ihm dieses Geschick ehrlich gegönnt. (Erneute Heiterkeit.)

Wer am 25. Januar 1907 in Berlin war, war Zeuge des maßlosen Jubels, der alle bürgerlichen Kreise erfaßte, als die Wahlresultate bekannt wurden. In ungeheuren Scharen zogen sie zum Fürsten Bülow, und obgleich keine Versammlung unter freiem Himmel anberaumt war, fand doch eine statt, in der Fürst Bülow eine Rede hielt. Und von da ging es zum Kaiser, der eine Ansprache hielt, in der er das bekannte Wort aus dem „Prinzen vom Homburg" zitierte:

„Was kümmert dich die Regel, nach der der Feind sich schlägt,
Wenn er nur nieder vor dir mit allen seinen Fahnen sinkt
Die Regel, die ihn schlägt, das ist die höchste.
Die Kunst jetzt lernten wir, ihn zu besiegen,
Und sind gewillt sie fürder auch zu üben."

Es kam auch hier anders. Die Auflösung des neuen Reichstages stand einen Augenblick in Frage, damals, als die Finanzreform des Fürsten Bülow abgelehnt wurde. Damals trat man an den Kaiser wegen der Auflösung heran, da soll aber der hohe Herr gesagt haben: „Ich trau mich nicht!" (Heiterkeit.) Er hatte gemerkt, daß mittlerweile die Stimmung eine total andere geworden war. Die Nachwahlen hatten gezeigt, daß die Sozialdemokratie nicht tot war, daß die Niedergerittenen lebten. Ein Sieg nach dem anderen wurde erfochten, wir eroberten mehr Mandate, als alle bürgerlichen Parteien zusammen, und heute stehen diese schlotternd vor der Aussicht, die ihnen die nächsten Wahlen bieten. (Heiterkeit. Sehr richtig!) Derselbe Jubel über den Ausfall der Januarwahlen herrschte in anderen Kreisen. Der katholische König von Sachsen erinnerte sich plötzlich eines Wortes des Protestanten Ulrich von Hutten. „Es ist eine Lust zu leben!" rief er aus. (Heiterkeit.) 1903, als von den 23 sächsischen Mandaten 22 von uns erobert wurden, klang es freilich ganz anders. König Eduard sandte telegraphische Glückwünsche an den deutschen Kaiser, der Kaiser von Oesterreich gratulierte ebenfalls, kurz, die Internationale der Fürsten nahm gegen die Internationale der Arbeiter Stellung. (Heiterkeit.) Und nun gar der Jubel im liberalen Lager! Jahrzehnte hatten die armen Schächer gekämpft, um endlich einmal ein bißchen Regierungsgunst zu erlangen. Endlich fing die Regierungssonne an, ihnen zu leuchten, Bülow war bereit, sie in den Hottentottenblock aufzunehmen — allerdings in eine sehr wunderbare Gesellschaft. Jeder vernünftige Mensch hätte sich sagen müssen, daß das eine Mißgeburt war, eine Zusammenschweißung von Elementen, die unmöglich zusammenhalten konnten, weil die Interessengegensätze viel zu groß waren. (Sehr richtig!) Der Bülowblock ist ja auch, wie vorauszusehen war, in die Brüche gegangen, an seine Stelle ist der schwarz-blaue Block getreten. Ganz mit Recht, denn der schwarz-blaue Block ist in Wahrheit homogen. Seine Elemente gehören ihrer inneren Natur nach zusammen. In der Zollpolitik, der Agrarpolitik, der Gewerbepolitik, der Steuerpolitik, der Verkehrspolitik, in Schul- und Kirchenfragen, in Militär- und Flottenfragen, im Kampf gegen Kunst und Wissenschaft besteht volle Gemeinschaft der Interessen und Anschauungen zwischen Zentrum und Konservativen. (Sehr richtig!) Diese gehören ihrer inneren Natur nach zusammen, und wenn sie erst jetzt zusammengekommen sind, so, weil die Ursachen, die seinerzeit den Kulturkampf traurigen Angedenkens hervorgerufen haben, verschwunden sind. Ich habe schon anfangs der siebziger Jahre, als der Kulturkampf entbrannte, in meiner Rede gegen das Jesuitengesetz gesagt: „Ihr werdet das Gegenteil erreichen von dem, was Ihr erreichen wollt, statt das Zentrum zu schwächen, werdet Ihr es stärken." Und in der Tat ist das Zentrum groß geworden nicht trotz des Kulturkampfes, sondern gerade wegen des Kulturkampfes. (Sehr richtig!) Der hat ihm erst die Massen zugeführt, und noch heute sehen wir, daß, wenn es die wankenden Massen wieder an seine Fahne fesseln will, es sofort die Kulturkampffahne hervorholt. Dann heißt es: die katholische Kirche ist in Gefahr, die Religion ist in Gefahr. Dann werden wieder die alten Schlagworte hervorgeholt, an die kein denkender Katholik mehr glaubt, und diejenigen, die die Fahne und diese Schlagworte hervorholen, erst recht nicht. (Heiterkeit und Sehr gut!) Denn sie wissen, daß die katholische Kirche sich heute in Deutschland außerordentlich mollig fühlt, und einzelne Führer des Zentrums haben auch offen erklärt, so gut, wie es uns im Deutschen Reich geht, geht es der katholischen Kirche nirgends. Man braucht ja nur auf das katholische Frankreich, auf das katholische Portugal, vielleicht auch auf Spanien hinzuweisen, um die Unterschiede zu erkennen. (Sehr richtig!) Nein, der sogenannte Kulturkampf ist ein für

allemal zu Ende, er wird wie gesagt nur ab und zu hervorgeholt, um die wankenden Massen wieder an die Fahne des Zentrums zu fesseln. Die Massen des Zentrums wanken in der Tat, womit ich nicht sagen will, daß der Sturz bald kommt, dazu ist das Zentrum zu fest, aber sein Verhalten im Reichstage und in den Landtagen wird in der weiteren Entwickelung zu seinem Sturz beitragen.

Wie sich nun die Dinge entwickelt haben und wie uns der schwarz-blaue Block heute als geschlossene Mehrheit des Reichstages gegenübersteht, ist es selbstverständlich, daß wir alles aufbieten müssen, um den schwarz-blauen Block zugrunde zu richten, um seinen Einfluß im Reichstage zu vermindern. (Sehr richtig!) Das Zentrum betreibt eine ganz widersprechende Taktik. Es ist die grundsatzloseste Partei, die es gibt. Es hat gar keine Prinzipien, es treibt die reinste Zweckmäßigkeitspolitik. (Sehr richtig!) Das Zentrum tut heute genau das Gegenteil von dem, was es gestern getan, wenn ihm das Vorteile bringt. Es tritt in Bayern im Bunde mit der Sozialdemokratie für das allgemeine Stimmrecht ein, es fordert in Baden das allgemeine Wahlrecht, und in Preußen und Hessen ist es der entschiedenste Gegner des allgemeinen Wahlrechts! (Hört! hört!) Seine einzelnen Glieder in den Staaten und Ländern richten sich ganz und gar nach dem Augenblick und seinen Möglichkeiten und Vorteilen, und man fragt gar nicht danach, ob Grundsätze und alte Anschauungen dabei mit Füßen getreten werden. (Sehr richtig!)

Das Bündnis des Zentrums mit der Sozialdemokratie in Bayern war so regelrecht abgeschlossen, wie es regelrechter nicht zwischen zwei Parteien abgeschlossen werden kann. (Hört! hört! und Sehr richtig!) Da aber nach der Natur der Entwickelung unserer inneren Verhältnisse sich das Zentrum in den nächsten Wahlen mit aller Vehemenz und mit all den schofles Mitteln, die ihm im reichlichsten Maße zur Verfügung stehen und die es ohne jede Gewissensskrupel anwendet, denn schließlich absolviert in der nächsten Beichte den einzelnen der Pfaff (Heiterkeit), wird es sich mit aller Kraft auf Euch (zu den bayerischen Delegierten) stürzen. Darum gilt es, an dieses Bündnis zu erinnern. Es war der gegenwärtige Erzbischof von München, der 1903 mit unserem inzwischen leider verstorbenen Genossen Franz Joseph Ehrhart im Dom zu Speyer und an möglichst ruhiger Stelle, unten in der Krypta bei den Kaisergräbern (Hört! hört! und Heiterkeit), die Vereinbarungen für die nächsten Landtagswahlen traf, die auch durchaus eingehalten wurden. Parteigenossen! In jeder Volksversammlung, in der Ihr dem Zentrum gegenübertretet, müßt Ihr ihm diesen Fall, den es nicht wegleugnen kann, unter die Nase reiben. Es sind heute noch Zeugen dafür da, wenn Versuche gemacht werden sollten, das Bündnis wegzustreiten. Der Erzbischof von München, Herr Bettinger, ist im Gegensatz zu 1903 heute einer der ärgsten Hasser der Sozialdemokratie. (Hört! hört! und Sehr wahr!) Nehmt diesen Vorgang wahr, nutzt ihn gründlich aus, die katholischen Köpfe müßten doch noch härter sein, als sie im allgemeinen sind, wenn sie nicht begreifen wollten, daß ein schnödes Spiel mit ihnen getrieben wird. (Sehr richtig! Sehr gut!)

In nachdrücklicher Weise aber muß ausgenutzt werden die Stellung des Zentrums zu den entscheidenden Fragen im Reichstage, zu den Lebensmittel- und Fleischzöllen, zu den Sperrmaßregeln, zu der ganzen agrarischen Politik, denen ein ganz wesentlicher Teil der Verteuerung der Nahrungsmittel zu danken ist, sowie zu den indirekten Steuern. Wie hat sich da das christliche Zentrum aufgeführt? (Sehr richtig!) Wir kämpfen für die Armen und Elenden, für die Mühseligen und Beladenen. Das sollte auch als angeblich christliche Partei das Zentrum tun, es wäre seine vornehmste Aufgabe. Vor Jahren schon habe ich im Reichstag einmal ausgerufen: Wenn Euer Christus einmal wiederkäme

und Mitglied des Reichstages würde, er würde nicht bei Euch im Zentrum, sondern bei uns, der Sozialdemokratie, seinen Platz einnehmen, weil sie die einzige Partei ist, die die rein menschlichen Grundsätze seiner Lehre vertritt. (Lebhafter Beifall.)

Das Zentrum hat alle Militär- und Flottenvorlagen unterstützt, und es benimmt sich jetzt wieder in der Marokkofrage aufs äußerste zweideutig. Da lese ich in einer Zeitung, daß der Abg. Trimborn vor einigen Tagen auf einer Katholikenversammlung in Koblenz erklärt hat, wenn die Ehre des Vaterlandes bedroht sei, wenn der Kaiser rufe, würden sie Gut und Blut einsetzen. Herr Trimborn hat gut reden, er ist alt genug, um nicht mehr dranzukommen, Gut und Blut einzusetzen. (Heiterkeit.) Aber was sind das für Manöver. Man glaubt, mit derartigen Mitteln auf die schwache Seite des Kaisers spekulieren zu können. Es ist ja jetzt überhaupt ein Buhlen in allen bürgerlichen Kreisen um die Gunst des Kaisers, daß einen ein wahrer Ekel erfassen muß. (Lebhaftes Sehr wahr!) Ich glaube, der Kaiser muß selbst derartige Empfindungen haben. Er muß eine wahre Menschenverachtung empfinden, wenn er das Pack ansieht, das sich an ihn heranbrängt und um seine Gunst wirbt. (Sehr gut!) Da ist kein einziger aufrechter Mann, der den Mut hat, seine Ueberzeugung zu sagen, die Wahrheit auszusprechen. Man kann im Bürgertum des ganzen Reiches mit der Laterne nach Männern von Entschiedenheit und Ueberzeugungstreue suchen, man wird keine finden. Das deutsche Bürgertum ist in den letzten Jahrzehnten an Charakter von Etappe zu Etappe immer tiefer gesunken. Auch die Liberalen, und trotz alledem — — sind wir schließlich in der Klemme, wenn wir bestimmen sollen, was wir bei den Stichwahlen tun sollen. (Sehr richtig!)

Würde das Zentrum ernstliche Sozialpolitik treiben, hätte es unsere Anträge unterstützen müssen, müßte es mit uns die Lebensmittelzölle bekämpfen. Mit Leichtigkeit kann nachgewiesen werden, daß die Anträge der Sozialdemokratie, die das Zentrum und andere bürgerliche Parteien in früheren Jahren entschieden bekämpft haben, von ihnen nach 10, 12, 14 Jahren selbst aufgenommen und unter der Firma „eigene Anträge" eingebracht wurden, weil auch das Zentrum durch die Entwickelung der industriellen Arbeiterklasse, auf die es namentlich in Rheinland und Westfalen in hohem Grade angewiesen ist, Rücksicht nehmen muß. Bismarcks Wort, das er, provoziert durch unseren Genossen Auer, am 26. November 1884 sprach: „Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe und sich nicht eine Menge vor ihr fürchteten, würden die mäßigen Fortschritte, die wir bisher in der Sozialpolitik überhaupt gemacht haben, auch nicht existieren" — das gilt heute noch genau so, wie damals. Auch das wollen die bürgerlichen Parteien wegstreiten, es sei nicht in dem Sinne gemeint gewesen, wie wir es auslegten. (Heiterkeit.) Es ist gar kein Zweifel daran möglich, daß es so gemeint war, man muß nur die Situation kennen, in der wir damals standen. Wie soll es auch anders ausgelegt werden können.

Und erst die Steuerpolitik des Zentrums! Die 450 Millionen neuer Steuern, die vor zwei Jahren die große Mehrheit des Reichstages bewilligte, sind ja in erster Linie dem christlichen Zentrum zu verdanken, das müssen wir mit aller Schärfe festhalten. Das Zentrum war es, das die Erbschaftssteuer und nachher die Nachlaßsteuer zu Falle gebracht hat. Die Liberalen waren auch bereit, dem Kanzler Bülow 500 Millionen neuer Steuern zu präsentieren, und zwar neben 400 Millionen indirekter 100 Millionen direkter Steuern, worunter hauptsächlich die Nachlaßsteuer. Das Zentrum hätte seiner ganzen Natur nach als christliche Partei die verdammte Pflicht und Schuldigkeit gehabt, für diese Steuern einzutreten. Ja, es hätte sogar die Pflicht gehabt, diese Hunderte von Millionen auf die Schultern der Wohlhabenden und Reichen und nicht auf die der Armen und Elenden abzuwälzen. (Sehr richtig!)

Das ist nicht geschehen. Im Gegenteil, es bot alles auf, um eine gerechte Steuerpolitik unmöglich zu machen. Das Zentrum hat Steuern gutgeheißen, die nachher die schwersten und verhängnisvollsten Folgen für ganze Industrien, ich erinnere nur an die Zündholz-, Tabak- und Brauereiindustrie, nach sich zogen, wodurch Zehntausende von Arbeitern auf Monate und Jahre brotlos gemacht wurden, eine Menge selbständiger Geschäftsleute bankerottierten. (Lebhaftes Sehr richtig!) Und wenn dann, wie es selbstverständlich ist, solche Steuern auch einen entsprechenden Ertrag ergeben, hat das Zentrum noch die Unverschämtheit, von dem Erfolg einer solchen Steuerpolitik zu reden, als wenn es nicht ganz selbstverständlich wäre, daß schließlich eine solche Masse drückender Steuern, die man dem Volke auferlegt, auch etwas einbringen! (Sehr wahr! Sehr richtig!) Selbstverständlich war hier das Zentrum nicht allein. Die Liberalen standen ausnahmsweise einmal in der Opposition, aber die Konservativen und die sogenannten Mittelstandspolitiker unterstützten, ganz gegen die Interessen des Mittelstandes, diese Steuerpolitik. (Sehr richtig!)

Diese Mittelstandspolitiker, diese Antisemiten sind auch diejenigen, die sich bei jeder Gelegenheit als Retter des Mittelstandes aufspielen, und alsdann alle Militär-, Flotten- und Kolonialvorlagen, mag die daraus erwachsene Belastung noch so groß sein, unbesehen hinnehmen; die angeblich das Kleinbürgertum retten wollen, und die in ihrer ganzen Zoll- und Steuerpolitik gerade dem Kleinbürgertum Lasten aufbürden, die es fast erdrücken. So wird die Rettung des Kleinbürgertums, des Kleingewerbes und Kleinhandels von jener Seite und dem Zentrum betrieben! Wunderbar ist nur das eine, daß die katholischen Arbeiter und die antisemitischen Kleinbürger nicht begreifen, welche Politik ihre Vertreter im Reichstage betreiben, wie sie gerade das Gegenteil von dem tun, was sie von Rechts wegen tun müßten. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Und nun der berühmte Erfolg. Der Etat von 1910 hat einen angeblichen Ueberschuß von 117 Millionen Mark gehabt. Darob große Freude in Israel! (Große Heiterkeit.) Da seht Ihr, was für einen Erfolg die Steuern gehabt haben, so schreit das Zentrum und seine Verbündeten, da seht Ihr, daß wir dem Volke nicht zu viel zugemutet haben und in welche gute Finanzlage das Reich kommt. Der Mann, der in Berlin am Reichssteueramt sitzt, der Reichsschatzsekretär Herr Wermuth, hielt sich verpflichtet, sofort zurückzupfeifen und zu erklären: Hallo, redet Ihr mir nicht von den guten Finanzen (Heiterkeit), das ist gar nicht der Fall; wir haben eine Masse Schulden zu decken, deren Zahlung wir übernommen haben, und trotz der 117 Millionen können wir nicht einen einzigen Pfennig für Schuldenzahlung aufbringen. (Hört! hört!) Hatte doch auch Herr Wermuth in seiner Etatsrede im Reichstag erklärt: „Meine Herren! Der Etat ist nur dadurch ins Gleichgewicht gekommen, und ohne daß wir größere Schulden aufnehmen mußten, als sie ohnehin im Etat gefordert werden, daß wir rund hundert Millionen, die von den verschiedenen Ressorts angemeldet wurden, gestrichen haben." (Lebhaftes Hört! hört!) Herr Wermuth hat also Abstriche in erheblicher Höhe von den Forderungen gemacht und gesagt: Nein, Kinder, Ihr müßt maßhalten (Heiterkeit), wenn wir später Geld haben, mit Vergnügen, vorläufig haben wir es nicht. Ob Sie es bekommen werden, darüber werden wir später reden. (Heiterkeit.) Mittlerweile sind Ereignisse eingetreten, die die Situation in dieser Hinsicht nicht verbessert haben.

Außer den neuen Steuern und Militärvorlagen hat das Zentrum auch die Flottenvorlage von 1909 mit Hurra-Hoch bewilligt. Bei dieser Gelegenheit stellten die Nationalliberalen in der Budgetkommission des Reichstages die Forderung, es sollten die Kriegsschiffe der Kaiser-, Wittelsbach- und Siegfried-

Klasse, die mehr oder minder durch die moderne Technik überholt seien, durch Neubauten ersetzt werden. Das hätte zwar eine ganz bedeutende Verstärkung der Flotte, aber auch ganz bedeutende Mehrausgaben erfordert. Wenn das Zentrum, die Liberalen und Konservativen — heute sind in dieser Beziehung alle bürgerlichen Parteien einig, solche Ausgaben zu bewilligen, weil sie angeblich im Interesse des Vaterlandes notwendig seien — bewilligen wollen, sollten sie es als Anstandssache ansehen, daß die Wohlhabenden und Reichen die daraus entstehenden Mehrkosten aus eigener Tasche bezahlen. (Sehr gut!) Denn ihre kapitalistischen Interessen sind es in erster Linie, die durch diese Rüstungen gestützt und unterstützt werden sollen. Würde Deutschland in einen Krieg verwickelt, würde Deutschland eine Niederlage erleiden, dann wären es die großen Massen, die leider abermals die ungeheuren Opfer zu bringen hätten. Was tragen denn die Herren zu den Lasten des Landes bei? Was zahlen sie an Kaffeesteuer — von der Branntweinsteuer gar nicht zu reden — was zahlen sie an Zuckersteuer, Getreidezöllen usw. im Vergleich zu ihrem enormen Einkommen? Wo sitzen denn die Millionäre und Milliardäre anders als gerade in den Kreisen, denen gar nicht genug gerüstet werden kann. Was aus dem Budget dieser Kreise in die Reichskasse fließt, ist gar nicht in Vergleich zu stellen mit dem, was der arme Arbeiter zu leisten hat, ja selbst der ärmste Arbeiter. (Sehr richtig!) Ihn treffen diese Lasten am schwersten. Je mehr Kinder er besitzt, je mehr Gottes Segen bei ihm eingekehrt ist, wie die Frommen sagen, um so mehr wird er bedrückt. (Heiterkeit und Beifall.) Hier zeigt sich die ganze Heuchelei der christlichen Parteien mitsamt der Kirche. Da hetzt z. B. ein Pfaffe in der „Evangelischen Kirchenzeitung" zum Kriege. Das betrachtet er offenbar als ein echt christliches Werk, so gehört es sich wohl für einen Diener der Kirche. Und kommt es dann zum Kriege, dann steigen die Geistlichen auf 50 000 Kanzeln in Deutschland und beten zu ihrem Gott, er möge den Deutschen den Sieg verleihen. Unglücklicherweise machen das die Franzosen, die Engländer, die Spanier ebenso (Heiterkeit), und da wir heute nicht mehr, wie zu den Zeiten der Griechen, der Römer, der Gallier oder Germanen nationale Götter haben, sondern einen einzigen internationalen Gott, da wir einen allgemeinen Christengott haben, so kommt dieser in die scheußlichste Verlegenheit, wem er denn eigentlich helfen soll. (Große Heiterkeit.) Denn wenn er dem einen hilft, sind die anderen wütend, daß er sie im Stich gelassen hat. (Heiterkeit.) Das ist ein Beweis dafür, wieviel wir in Wahrheit mit christlicher Heuchelei zu tun haben.

Wenn man alle diese Vorgänge bedenkt und beobachtet, wie in allen Ländern geheuchelt wird, muß man sagen: Solange die Menschheit besteht, hat es kein Zeitalter gegeben, in dem die Heuchelei und die Lüge zu einer solchen Herrschaft gelangt ist, wie in der heutigen Zeit. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich komme zum Militärquinquennat. Dieses ist bekanntlich in der letzten Session des Reichstags bewilligt worden und erfordert bis 1915 eine Mehrausgabe von 104 Millionen Mark. Man hat ohne großen Lärm diese Forderung gutgeheißen. Ich habe schon in meiner Eröffnungsrede angedeutet, daß auch bei dieser Gelegenheit die Nationalliberalen und die Konservativen sich bereit erklärten, mehr zu bewilligen. Sie erklärten, sie seien der Meinung, der Kriegsminister habe zu wenig gefordert. Sie machten es ungefähr so, wie es dieser Parteitag dem Parteivorstande gegenüber gemacht hat. (Heiterkeit.) Ihr habt dem Parteivorstand auch mehr bewilligt, als er haben wollte, doch das ist in der Ordnung. (Erneute Heiterkeit.) Aber im Reichstage lagen die Dinge anders. Man erklärte, man wolle dem Kriegsminister gern mehr bewilligen, er solle nur mehr fordern. Nun muß aber doch der Kriegsminister am besten wissen, was zur Schlagfertigkeit der Armee gehört, was notwendig

ist. Erst auf diese Erklärung hin ließ man von der unsinnigen Aufforderung ab, mehr zu verlangen.

Wir werden allerdings auf dem Gebiete der Militärverwaltung eine sehr wichtige Forderung zu stellen haben, die wir schon seit Jahren vertreten. Wir hatten bereits 1906 im Reichstage den Antrag gestellt, daß endlich den armen Kerlen, den gemeinen Soldaten, ihre täglichen 22 Pf. entsprechend erhöht würden. (Sehr gut!) Diese 22 Pf. Tagessold bestehen wohl schon seit bald einem Jahrhundert. Inzwischen sind gewaltige Umwälzungen in der Gesellschaft vor sich gegangen. Die Lebensmittelpreise, der Geldwert haben eine wahre Revolution durchgemacht. Man hat vom Unteroffizier aufwärts bis zum Generalfeldmarschall wiederholt zum Teil sehr bedeutende Gehaltsaufbesserungen gutgeheißen. Heute bekommt ein General so viel, daß, wenn der alte Wilhelm das erlebt hätte, er die Hände über den Kopf zusammenschlagen würde. (Heiterkeit.) Für die Gemeinen ist es bisher bei den lumpigen 22 Pf. pro Tag geblieben. Wir verlangten weiter, daß nicht allein der Sold erhöht werde, sondern daß den armen Kerlen auch die Kosten für das Putzzeug, das sie beim Eintreten ins Militär nötig haben, ersetzt würden. Das letztere ist bewilligt worden. 1908 haben wir aufs neue den Antrag auf Solderhöhung gestellt. Die Gemeinen, einschließlich der Spielleute, Oekonomiehandwerker usw. sollten im nächsten Etat eine entsprechende Solderhöhung erfahren. Der Antrag wurde abgelehnt. Auch da empfehle ich Ihnen bei der Wahl, wenn wieder von der Wehrlosmachung des Deutschen Reiches durch die Sozialdemokratie die Rede ist, darauf hinzuweisen, daß wir es gewesen sind, die den armen Teufeln die erforderliche Solderhöhung bewilligen wollten, die sie trotz unserer Bemühungen bis heute noch nicht erhalten haben. Aber dafür ist kein Geld vorhanden. Wenn man den Sold von 22 auf 32 Pf. erhöhen würde, was durchaus gerechtfertigt wäre, so würde das dem Deutschen Reiche 18 bis 20 Millionen Mark jährlich mehr kosten. Das ist den Herren zu viel, aber wenn es sich um große Verstärkungen im Heere und bei der Marine handelt, werden Hunderte und Tausende von Millionen bewilligt. Die Erhöhung des Soldes verdienen die gemeinen Soldaten am ehesten. Es sind zahlreiche Proletarier unter ihnen, die ihre Angehörigen in Not und Elend zurücklassen. (Sehr richtig!)

Als 1907 der Etat beraten wurde, hat Fürst Bülow auch zu der Frage Stellung nehmen müssen, welches Programm er habe. Er hat allerlei gemurmelt, was ein Programm sein sollte. Er erklärte unter anderem auch: ich denke an Ersparnisse durch Vereinfachungen in der Armee. Der Kriegsminister, der dicht daneben saß, wurde ein wenig bleich. (Heiterkeit.) Das hatte er wohl nicht für möglich gehalten, daß der Reichskanzler so etwas sagen konnte. Aber er brauchte keine Furcht zu haben. Fürst Bülow ist ein angenehmer Causeur, er hat das Wort von den Ersparnissen bei der Armee nur geprägt als Beruhigungspulver für die Liberalen. (Sehr richtig!) Selbstverständlich ist von Ersparnissen nicht die Rede gewesen. Es wurden sogar auf verschiedenen Gebieten, abgesehen vom Quinquennat, mehr oder weniger Mehrausgaben bewilligt. Das war allein schon bedingt durch die beständige Verteuerung der Lebens- und Futtermittel.

Sehen wir uns nun einmal die sogenannte Finanzreform in ihrer Totalität an. Fragen wir, was ihr finanzieller Nutzen war, dann entdecken wir, wenn wir genau zusehen, daß das gerade Gegenteil von dem, was damit beabsichtigt war, herausgekommen ist. (Sehr richtig!) Da sind zunächst die großen Mehrausgaben für die Armee für Futtermittel und die Bedürfnisse der Mannschaften. Ebenso bei der Flotte. Die Verteuerung der Lebensmittel durch die Finanzreform hat weiter zur Folge gehabt, daß die Gehälter der Beamten erhöht werden mußten. Der preußische Staat hat dadurch über hundert Mil-

lionen Mehrausgaben zu verzeichnen; beim Reiche sind es ungefähr 90 Millionen. Die Mehrausgaben übertragen sich natürlich auch auf die Einzelstaaten und Kommunen. Auch bei ihnen mußten die Beamtengehälter erhöht werden. Das sind also zusammengenommen hunderte Millionen von Mehrausgaben, die durch den dem Agrariertum gewährten Schutz, durch die Lebensmittelzölle usw. entstanden sind. (Zuruf: Die Zivilliste!) Gewiß, auch in der Zivilliste tritt die allgemeine Verteuerung zutage. Majestät erklärten ja, er könne mit 16 Millionen nicht mehr auskommen. (Heiterkeit.) Er erhielt 3½ Millionen mehr. Das war das schlagende Zeugnis für die Situation. Weiter sind Mehrlasten entstanden für die Krankenhäuser, die Waisenhäuser, die Siechenhäuser, die Gefängnisse und alle möglichen Anstalten, in denen der Staat oder die Gemeinden Tausende und Abertausende von Menschen zu schützen, zu ernähren oder zu sichern haben. Wenn man das alles zusammenrechnet und in Vergleich stellt zu dem, was bei der ganzen Finanzreform herausgekommen ist, dann entsteht für Reich, Staat und Gemeinden ein gewaltiges Defizit, aber kein Ueberschuß. (Lebhafte Zustimmung.)

Das ist doch eine geradezu kopflose Steuerpolitik. Man sollte es nicht für möglich halten, daß erlauchte Regierungen mit ihren Ministern und Geheimräten und 400 auserwählten Mitgliedern der Nation — ich habe mir allerdings nie eingebildet, daß diese die Creme der Nation seien, aber es sind doch die, die ausgewählt wurden — daß diese in ihrer Mehrheit einer Finanzreform das Wort reden, durch die schließlich das Gegenteil dessen erreicht wurde, was man von ihr erwartete. (Sehr richtig!) Schließlich die Stellung des Zentrums bei der Reichsversicherungsordnung, die wieder den Verrat am arbeitenden Volke zeigt. Auf einzelnes will ich nicht eingehen, darüber hat schon Molkenbuhr gesprochen, auch ist Ihnen darüber Material zugegangen und weiteres wird Ihnen noch zugehen. Ich will bei dieser Gelegenheit bemerken, daß das Reichstagswahlbuch im Laufe des Oktober an die Parteigenossen gelangen wird. Die Reform der Versicherungsgesetzgebung ist so, daß wir die erste Gelegenheit im neuen Reichstag werden ergreifen müssen, um eine Reform dieser Reform in Angriff zu nehmen, ja ich glaube, sogar die Regierungen werden genötigt sein, hierzu die Initiative zu ergreifen, weil sich herausgestellt haben dürfte, daß bei der Hast, mit der die Reichsversicherungsordnung geschaffen wurde, sie lückenhaft abgefaßt ist und einer Aenderung benötigt.

Es ist kein Zweifel, dem neuen Reichstage stehen eine Reihe wichtiger Aufgaben bevor. Daß eine neue Flottenvorlage in Aussicht steht, ist selbstverständlich. Der Kaiser hat in seiner bekannten Rede auf dem Fest des Hamburger Senats bereits Andeutungen gemacht, die eine neue Flottenvorlage in sichere Aussicht stellen. Als ich mir die Entwickelung der Dinge in der Marokkofrage ansah, als sich insbesondere herausstellte, wie England in der Frage dachte, sagte ich mir sofort, nun ist die neue Flottenvorlage fertig, nun haben unsere Wasserchauvinisten Oberhand, jetzt werden sie losgehen und behaupten, die deutsche Flotte sei der neuen Situation nicht gewachsen. Die Flottengesetzgebung des letzten Jahrzehnts hat sich allmählich als viel teurer herausgestellt, als man annahm. Im Jahre 1898 bei der ersten Flottenvorlage kostete ein großes Linienschiff noch 25 Millionen Mark, heute kostet ein Dreadnought 50 bis 60 Millionen Mark, genau das Doppelte (Hört, hört!); damals kostete ein erster Kreuzer 20 Millionen Mark, heute kostet ein Panzerkreuzer fast so viel wie ein Dreadnought, 45 bis 50 Millionen Mark. Auf allen Gebieten ist eine gewaltige Steigerung der Kosten zutage getreten, die selbstverständlich auch viel mehr Einnahmen erfordert.

Dazu kommt, daß in den letzten Wochen der französische Marineminister Herr Delcassé, bekanntlich ein „guter Freund" Deutschlands, bereits erklärte,

er gehe mit einem großen Plane der Reformierung der französischen Flotte um. Frankreich hat in den letzten Jahren, gestützt auf das englische Bündnis, geglaubt, es könne seine eigene Flottenentwickelung zurückhalten. Die Lasten, die das französische Volk für den Militarismus zu tragen hat, sind ja auch kolossal, sogar noch höher als in Deutschland, aber es wird den Franzosen leichter, weil sie ein reicheres Volk sind. Die Franzosen haben nicht die großartige industrielle Entwickelung durchgemacht wie wir, die französische Bevölkerung ist seit nahezu 40 Jahren stabil geblieben, aber Frankreich hat einen ungemein fruchtbaren Boden und die Franzosen sind ein sogenanntes Sparvolk. Das Zweikindersystem ist bei ihnen in allen Schichten durchgeführt, und bei dem Ueberfluß an Geld haben die französischen Staatsschulden einen so niedrigen Zinsfuß, mit dem der deutsche keinen Vergleich aushält. Das Geld ist im Ueberfluß vorhanden, und weil es im eigenen Lande mangels einer großen industriellen Entwickelung keine Verwendung findet, müssen die Kapitalisten ihre Millionen im Auslande unterbringen. Nun kündigte Herr Delcassé an, es werde der Kammer eine Flottenvorlage zugehen, es sei ihm geglückt, die Einrichtung für die Herstellung der Kriegsschiffe so zu vervollkommnen, daß er imstande sei, binnen zwei Jahren 12 Dreadnoughts fertigzustellen, und hoffe, innerhalb weniger Jahre die französische Flotte auf die Höhe der deutschen zu bringen. Was an dieser Renommage wahr ist, weiß ich nicht, es genügt, daß er eine Vorlage angekündigt hat, denn das ist ja alles Wasser auf die Mühlen unserer Marinepatrioten, und es wird nunmehr von dieser Seite alles getan werden, um neue Rüstungen herbeizuführen. Auch die Engländer werden weiter rüsten, das allgemeine Wettrüsten wird also weiter gehen. Ich habe gestern schon hervorgehoben, was das Ende vom Liede sein wird. Jeder denkende Mensch muß sich sagen: Wo soll das hinaus, wie kann das anders enden, ja wie soll das anders enden, als mit einer Katastrophe? (Sehr richtig! Sehr wahr!) Nun, mögen diejenigen, die an der Spitze der heutigen Gesellschaft stehen, mit den hinter ihnen stehenden Klassen in ihr Verderben rennen, wir haben keine Ursache, das zu bedauern. Es wird sich wieder einmal das alte Wort bewahrheiten: „Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit." (Sehr gut!) Man kann mit Engelszungen reden, nichts wirkt auf sie, sie bedenken nichts, wie mit eisernen Peitschen gezüchtigt treibt es sie in den Untergang hinein. Freilich bequem kommt den Herren in diesem Augenblick die Sache nicht. Man hat ja gewünscht, daß, wenn der jetzige Reichstag den Etat für 1912 auch nicht mehr beraten könne, die Regierung ihn doch wenigstens einbringen möge, damit man Kenntnis von seinem Inhalt bekomme und sehe, daß er keine besonderen Forderungen enthält. Es wäre nur eine Komödie, wenn das wirklich geschehe. (Sehr richtig!) Ich sagte auch einem Minister: Was ist denn damit erreicht, wenn Sie einen solchen Etat vorlegen? Es ist doch nur eine Attrappe, die keinen Wert hat, denn wer hindert Sie, nachdem dieser Etat bewilligt ist, sofort mit neuen Nachtragsforderungen zu kommen, von denen heute natürlich geschwiegen wird, von denen man die Wähler um keinen Preis etwas wissen lassen will. (Sehr richtig!) Es wird gehen genau wie 1907. Drei Tage vor der Wahl schreibt die „Nordd. Allgemeine" dreist, es sei nicht daran zu denken, daß die Regierung mit neuen Steuervorlagen komme, und ein Jahr danach war die Vorlage mit 450 Millionen Mark da. Aber wenn die Massen zu dumm sind und sich nasführen lassen, so ist das vorläufig nicht zu ändern. Wir jedenfalls werden versuchen, sie nach jeder Richtung hin aufzuklären. (Lebhafter Beifall.)

Die jetzige Teuerung — das müssen wir anerkennen — ist nicht bloß durch die Zölle und Steuern, sondern zum Teil auch namentlich in diesem Sommer durch Mißernten hervorgerufen. Aber einen Punkt haben wir dabei bisher

viel zu wenig berücksichtigt. Die Teuerung wird eine dauernde sein, die Preise werden zwar bei übergroßen Ernten zeitweise etwas heruntergehen, aber der Preis aller Lebensmittel wird auch in Zukunft ein so hoher sein, daß die kleinen Beamten, die Kleinbürger, und vor allem die Arbeiter dauernd unter der Teuerung zu leiden haben. (Sehr richtig!) Die Arbeiter werden aufs neue gezwungen sein, durch Lohnkämpfe Lohnerhöhungen zu erreichen, um einigermaßen das Loch auszugleichen, das die Teuerung in ihr Budget gerissen hat. (Sehr richtig!) Das mögen sich besonders die Unternehmer merken, die wieder Zollerhöhungen das Wort reden. Dieser Zustand zwingt die Arbeiter zu neuen Forderungen, zu neuen Kämpfen, die Arbeiter können mit ihren jetzigen Löhnen nicht mehr auskommen, und der Arbeiter begeht ein Verbrechen, der das erkannt hat und nicht sofort seinen Eintritt in die Gewerkschaft anmeldet. (Lebhafte Zustimmung.) Hier ist ihm die einzige Möglichkeit geboten, die Teuerung einigermaßen auszugleichen, wie andererseits der Konsumverein unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine notwendige Einrichtung ist. (Sehr wahr!) Die Arbeiter müssen den Konsumvereinen in Massen zuströmen, nicht nur weil sie hier etwas billiger kaufen, sondern vor allem, weil sie unverfälschte Lebensmittel erhalten. (Sehr wahr!) Die Verfälschung der Lebensmittel hat eine ungeahnte Höhe erreicht; würde hier einmal gründlich nachgeforscht, so würden erschreckende Dinge zum Vorschein kommen. (Sehr richtig!) Genau so wie die Arbeiterorganisationen Unternehmerorganisationen hervorgerufen haben, genau so hat das Unternehmertum sich bereits des Genossenschaftswesens bemächtigt, und insbesondere die Bauernschaft. Heute hat die Bauernschaft ein so entwickeltes Genossenschaftswesen, wie kaum ein anderer Beruf, und diese Organisationen werden nachdrücklich benutzt zur Lebensmittelverteuerung. (Sehr richtig!) Der Verkauf von Eiern, Butter, Käse, Milch und anderen Produkten geht in rapider Weise auf bäuerliche Genossenschaften über immer mit der Absicht, die Preise zu steigern, ja man will sogar die Viehzucht kontingentieren. (Hört, hört!) Wenn auf irgendeinem Gebiet eines Tages die Frage der Sozialisierung auftaucht, dann am ehesten bei der Landwirtschaft. (Lebhaftes Sehr richtig!) Ich bin überzeugt, sie ist auch dort am leichtesten durchzuführen. Dann die Bäcker- und Fleischerorganisationen, die Unternehmerringe. Die Fleisch-, die Brotpreise, die macht heute nicht mehr der einzelne Fleischer und Bäcker, die macht ausschließlich die Innung, die Organisation (Sehr richtig!), und hier wird dafür gesorgt, daß entsprechende Profite herauskommen. Jede Konjunktur, die eine Preissteigerung ermöglicht, wird gründlich ausgenutzt. Wo 5 oder 10 Prozent genügten, erhebt man 15 und 20 Prozent. (Sehr wahr!) Das ist ein sehr wesentliches Moment, das bei der Preissteigerung mitwirkt. Wir können natürlich nicht hindern und wollen nicht hindern, daß auch die Unternehmer Genossenschaften gründen, ebensowenig wie wir daran gehindert werden wollen. Aber dann ist es doppelt infam, daß dieselben Kreise die Arbeitergenossenschaften aufs heftigste bekämpfen und selbst in den Städten und auf dem Lande für ihre Unternehmerzwecke Genossenschaften organisieren. (Sehr wahr!) Die große Ungerechtigkeit dieses Verhaltens liegt auf der Hand. Auch hier werden wir mit aller Energie künftig vorgehen müssen.

Hierbei ist eines interessant. Der Kaiser hat neulich in Altona eine Rede gehalten, in der er besonders die Notlage der Landwirtschaft erwähnte, die durch die Ereignisse dieses Sommers herbeigeführt worden sei. Der Staat werde alles tun, um diese Notlage nach Möglichkeit zu beseitigen, erklärte er. Ich begreife den Standpunkt des Kaisers. Der Kaiser ist der größte Agrarier im Deutschen Reich, er steht der Landwirtschaft nahe, er kümmert sich um die Landwirtschaft, er kennt die Landwirtschaft. Also was ist natürlicher, als daß er

meint, diesem Stande müsse in besonderem Maße geholfen werden? Wie es aber den armen Schluckern, den Konsumenten der landwirtschaftlichen Produkte geht, darüber hat er kein Wort gesagt. (Hört, hört!) Deren Lage kennt er eben nicht, der Kaiser kann auch nicht alles wissen, das kann kein Mensch verlangen. (Heiterkeit.) Denn was hat der Kaiser für eine Ansicht von der Lage der Arbeiter? Für den deutschen Arbeiter ist gesorgt bis an sein Lebensende, äußerte er, er kann nicht in Not geraten, der hat die ständig gefüllte Kompottschüssel vor sich. (Heiterkeit.) Das wird dem Kaiser so gesagt, er glaubt es und spricht es aus, aber wahr ist es deshalb nicht. (Sehr richtig!) Gerade das Gegenteil ist wahr. (Lebhafte Zustimmung.) Niemand mehr als die Arbeiter — und hier trete ich auch zugleich für die kleinen Beamten und für die kleinen Gewerbetreibenden ein — leiden unter der herrschenden Teuerung. Und wenn irgend jemand Schutzmaßregeln braucht, dann sind es die Arbeiter, die kleinen Gewerbetreibenden und die unteren Beamten. (Lebhafte Zustimmung.) Deren Lage wird immer schlimmer. Ich sehe schon heute, selbst auf die Gefahr hin, wieder einmal bespöttelt zu werden, daß ich prophezeie: ich sehe schon heute die Zeit kommen, wo die Frage der Lebensmittelpreise die Hauptfrage für die ungeheure Mehrheit des Volkes wird. (Lebhaftes Sehr richtig!) Und dann wird es einen Sturm im deutschen Volke geben, daß die Lebensmittelzölle fliegen, ob die Herren wollen oder nicht. (Bravo! Sehr gut!)

So droht man jetzt schon wieder mit dem Verbot der Einfuhr von Geflügel. Die deutsche Landwirtschaft erzeugt eben nicht Geflügel genug. Ich habe auf Grund meiner Studien über landwirtschaftliche Verhältnisse die Ueberzeugung gewonnen, wenn alle Errungenschaften der modernen Agronomie auf das Land, den Landbau, die Landausnutzung angewendet werden, dann ist Deutschland imstande, auf eigenem Grund und Boden 100 Millionen Menschen zu ernähren. (Sehr richtig!) Dann braucht man kein Korn vom Auslande. Aber dazu gehört eine vollständige Revolutionierung der ganzen Landwirtschaft in bezug auf den Grund und Boden. (Erneute Zustimmung.) Es ist ein Unsinn, zu sagen, wir leiden an Uebervölkerung. Gar kein Gedanke! So lange noch Jahr für Jahr Hunderttausende von ausländischen Arbeitern nach Deutschland geschleppt werden, kann man davon nicht reden. (Lebhafte Zustimmung.) Auch die Statistik beweist, daß in den letzten 20 Jahren, trotz des Anwachsens der Bevölkerung die Auswanderung ganz erheblich zurückgegangen ist. (Hört, hört!) Man will der Masse, die die Dinge nicht beurteilen kann, Sand in die Augen streuen, als brauchten wir fremde Länder, um den Ueberschuß unserer Bevölkerung unterzubringen. Nein, wir können alle in Deutschland ernähren, bei richtiger Wirtschaft, und da sollen wir sogar nach Marokko zur Ansiedelung gehen, wo täglich die Sonne noch ganz anders auf unseren Schädel brennt, als in diesem Sommer bei uns. (Heiterkeit.) Ich glaube, wir haben diesen Sommer an der deutschen Sonne gerade genug gehabt und da sollen Deutsche millionenweise in Marokko sich wohlfühlen und unterkommen können. (Hört, hört!)

Was bedeutet das Verbot der Einfuhr von Geflügel? Man wird sagen, der Arbeiter hat keine Möglichkeit, sich dieses zu verschaffen. Stimmt leider, aber ich glaube, die Berliner in erster Linie werden mir bestätigen, daß die Gänse in Berlin für den Winter von kolossaler Bedeutung sind. Die Gänse sind in Berlin und den ostdeutschen Städten ein wesentliches Volksnahrungsmittel geworden; sie werden zu Preisen eingeführt, daß die Fleischer darüber schreien, denn Gänsefleisch kann billiger verkauft werden als Rindfleisch und anderes Fleisch. (Sehr richtig!) Die Gänseausschlachtung in Berlin hat sich derart entwickelt, daß jede Hausfrau ihr Pfund oder selbst ein halbes Pfund Gänsefleisch haben kann, wie ihr Pfund oder ihr Halbpfund Ochsenfleisch, und

wenn jetzt die Zufuhr von 1½ bis 2 Millionen Gänsen im Winter von Rußland her abgeschnitten wird, so bedeutet das für die Berliner und norddeutsche Bevölkerung eine abermalige gewaltige Verteuerung ihrer Lebenshaltung. (Sehr richtig!) Von diesem Gesichtspunkt aus muß man die Dinge betrachten. Aber wie mit Blindheit geschlagen rennt man in derselben Richtung immer weiter und sieht nicht, was die Folgen solcher Maßregeln für die Masse der Bevölkerung bedeuten. (Sehr richtig!)

Weiter haben wir im nächsten Reichstage die Vorlage des neuen deutschen Strafgesetzbuches zu erwarten. Das ist eine außerordentlich wichtige Sache für die Arbeiter. Ich setze voraus, daß die meisten von Ihnen das vorzügliche Referat gelesen haben, das Genosse Heinemann hierüber auf dem letzten Gewerkschaftskongreß in Dresden gehalten hat. Ich will mich nicht näher darüber auslassen. Die Rede ist im Verlage von Legien, also der Generalkommission, erschienen; ihre Anschaffung ist auf das dringendste zu empfehlen. Der Titel lautet: „Das Koalitionsrecht in Deutschland und der Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch." Wieweit wir bereits gekommen sind, wieweit die Reaktion bereits um sich gegriffen hat, dafür will ich Ihnen einige Sätze aus der Einleitung der Broschüre vorlesen. Es heißt da: „Vielmehr werden unter dem Anschein der notwendigen Bekämpfung lediglich gemeiner, von jedermann für strafwürdig angesehener Verbrechen die Tatbestandsmerkmale des Gesetzes heimtückisch so abstrakt, so unbestimmt und so inhaltslos gefaßt, daß jede oppositionelle, den herrschenden Klassen unangenehme politische oder gewerkschaftliche Betätigung bestraft werden kann. . . . (Hört! hört!) Einige im allgemeinen Teil des Entwurfs unleugbar vorhandene Fortschritte sollen auf dem Gebiet der politischen und sozialpolitischen Volksrechte mit den für ein Kulturvolk ungeheuerlichsten Rückschritten erkauft werden, die sogar die empörendsten volksfeindlichen Entwürfe, Zuchthausgesetz und Umsturzvorlage, weit hinter sich lassen. (Lebhaftes Hört! hört!) Diese Tatsache ist in der gesamten bürgerlichen Presse und Literatur bisher nicht mit der genügenden Schärfe gewürdigt worden. Ganz im Gegenteil; dem Entwurf folgen auf der abschüssigen Bahn auch Männer, die an sozialpolitischer Einsicht die Bureaukratie turmhoch überragen. Vier Professoren, von denen drei der internationalen kriminalistischen Partei angehören — Professor Liszt gehört dazu — haben einen Gegenentwurf veröffentlicht, der ebenfalls den herrschenden Klassen eine Reihe der schärfsten Waffen gegen die Ausübung des Koalitionsrechtes liefert. Und doch nennt sich die internationale kriminalistische Vereinigung: die soziologische Schule." (Bewegung. Hört! hört!)

So weit also sind wir gekommen, daß die fortgeschrittenste juristische Schule Strafbestimmungen in das Gesetz aufnehmen will, die die Ausübung des Koalitionsrechtes für ganze Arbeiterschichten unmöglich machen.

Sie sehen, unsere Genossen im künftigen Reichstag stehen sehr wichtigen und einschneidenden Aufgaben gegenüber; denn daß sie sich mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft mit Füßen und Händen gegen einen solchen Gesetzentwurf wehren werden, ist selbstverständlich.

Dann noch ein weiterer sehr wichtiger Punkt. Es ist selbstverständlich, daß man jetzt noch nicht übersehen kann, was alles in 5 Jahren kommt. Daß aber bei der Stimmung der Konservativen und des Zentrums, wenn diese wieder im Reichstage die Mehrheit haben, die unheilvollsten Dinge für die deutschen Arbeiter herauskommen, steht fest. Von 1912 oder 1913 an haben wir uns mit dem neuen Zolltarif zu beschäftigen. (Hört! hört!) Die Handelsverträge mit anderen Nationen laufen in den Jahren 1914, 1915 und 1916 ab; wir werden also dieselben Kämpfe zu führen haben, die wir 1902 so glänzend führten. Und abermals kommen die Agrarier und verlangen die Wiedereinführung erhöhter Zölle. (Hört! hört!) Wir stehen selbstverständlich auf dem entgegengesetzten Standpunkt. Mit aller Macht der kraftvollsten Agitation müssen wir gegen die neue Zollvorlage Sturm laufen. Wir müssen alles, aber auch alles aufbieten, damit die Massen in Bewegung kommen, damit wir den nötigen Hinterhalt für den Kampf im Reichstage bekommen und auf die große Bewegung der Massen hinweisen können. (Sehr richtig! Sehr gut!)

Dann haben wir nach Vorgängen in der letzten Zeit auch die große Wahrscheinlichkeit, im Laufe der nächsten Jahre einen Ovambokrieg in Südwestafrika zu bekommen, d. h. eine zweite, aber viel schlimmere Auflage des Hererokrieges. Daß wir die Ovambos in ihren Niederlassungen nicht beherrschen, ist ein großer Schmerz unserer Kolonialleute. Sie möchten um jeden Preis die Ovambos sich untertan machen, die tüchtige Arbeiter sind, zugleich aber auch tapfere Leute, die überdies in einem Lande wohnen, das für sie die Verteidigung leicht macht. Auch dafür haben wir in der letzten Zeit Symptome, die auf die Möglichkeit eines Krieges hindeuten. Und daß eine teilweise Erwerbung in Afrika, die in den Verhandlungen mit Frankreich eine Rolle spielen soll, auch nicht sehr zur Beruhigung beiträgt, steht fest. Es wird jetzt geschrieben, daß die Franzosen 10 Millionen Frank jährlich für das Land südlich des Kongo ausgeben. Aber wenn wir erst dort eingerückt sind, werden sich ganz andere Summen ergeben.

Weiter ist es selbstverständlich, daß wir die Frage des Dreiklassenwahlrechts im Wahlkampfe zu erörtern haben. Auch darauf will ich nicht weiter eingehen. Wir wissen, wie die bürgerlichen Parteien dazu stehen, wie insbesondere das Zentrum auch hier Heuchelei treibt. In den 70er Jahren, unter Windthorst, trat das Zentrum noch offen für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht im preußischen Landtage ein. Heute ist es längst davon abgekommen. Man sagt zwar im Zentrum, wir geben das allgemeine Wahlrecht nicht preis, wir wollen es, aber wir können es vorläufig nicht haben und deshalb tun wir nichts dafür. Das ist doch keine Stellung für eine Partei, die etwas erreichen will. Wo kämen wir hin, wenn wir so folgern wollten. (Sehr richtig!) Erreichen kann eine Partei nur etwas, wenn sie agitiert, wenn sie die Massen aufklärt, sie in Bewegung bringt, wenn man mit einem Wort eine große Volksbewegung entfacht. (Sehr richtig!) Es ist doch ein Widersinn, daß die Preußen ein schlechteres Wahlrecht haben sollen als unsere Süddeutschen in Bayern, Württemberg, Bayern und neuerdings auch in Elsaß-Lothringen, in dem nunmehr das allgemeine Wahlrecht mit unserer Hilfe eingeführt worden ist. (Sehr richtig!) Es ist doch ein starker Widerspruch, daß derselbe Reichskanzler, der für Elsaß-Lothringen das allgemeine Wahlrecht annehmen mußte, wenn er die Verfassung überhaupt haben wollte, sich auf der anderen Seite hinstellt und erklärt, für Preußen sei dieses Wahlrecht unangebracht, dort müsse die gottgewollte Abhängigkeit der unteren Klassen aufrechterhalten bleiben. (Hört! hört!) Die elende Rolle, die in dieser Frage das Zentrum und die liberalen Parteien spielen, ist uns allen bekannt. Mit dieser reaktionären Haltung dem Wahlgesetz gegenüber steht die Haltung des Zentrums zum Fortbildungsschulgesetz, zum Leichenverbrennungsgesetz, zur Borromäusenzyklika, zum Modernisteneid und seine wachsende Intoleranz auf allen Gebieten im Einklang. Dem allen gegenüber müssen wir im nächsten Wahlkampf Zähne und Nägel daransetzen, um möglichst große Erfolge zu erzielen. Ich habe schon am Sonntag auf Lebers Bemerkungen geantwortet: seid nicht zu optimistisch! (Sehr richtig!) Wenn einer Optimist ist, so bin ich es. Wenn es aber zum Kampfe kommt, da bin ich es vielleicht auch — aber was ich im Innern denke, sage ich nicht, das soll keiner von uns sagen — wir müssen vielmehr den Kampf so führen, als könnten wir unterliegen. Wir

müssen natürlich den Gedanken an Sieg in den Massen wecken, aber wir dürfen uns nicht sozusagen mit Siegeshoffnungen vollsaugen. (Sehr richtig!) Und neben einer möglichst großen Zahl von Mandaten müssen wir möglichst viel Stimmen erwerben; insbesondere gilt das auch für die Wahlkreise, in denen wir absolut sicher sind zu siegen. Gerade diese Wahlkreise müssen den großen Zuwachs an Stimmen, den der Bevölkerungszuwachs ihnen gebracht hat, gründlich ausnutzen. (Sehr richtig!) Wir müssen den Wahlkampf auch benutzen, um der Parteipresse auf die Strümpfe zu helfen; wir müssen neue Organisationen schaffen, neue Genossen werben. Wenn man unsere Frauen zum Vergleich heranzieht, so haben sie prozentual ganz anders gearbeitet wie unter uns die Männer. 120 000 Genossen mehr haben wir im letzten Jahre bekommen, das ist eine sehr respektable Zahl, mehr als doppelt soviel, als die ganze süddeutsche Volkspartei bei den Wahlen 1907 bekommen hat, und die bürgerliche Presse ist entsetzt über diesen Zuwachs. Ich bin aber nicht zufrieden damit, es sind viel zu wenig; denn der Zuwachs bedeutet, daß von den 700 000 Genossen, die wir hatten, nur je 5 Mann im ganzen Jahre einen Genossen gewonnen haben. Das ist doch nicht in der Ordnung. (Heiterkeit.) Bringen wir es zunächst mal dahin, daß im nächsten Jahre je zwei Genossen einen neuen werben, dann haben wir wenigstens 200 000 neue Mitglieder und rücken über die Million hinaus. Und dann müssen wir verlangen, daß j e d e r Genosse im Jahr einen neuen bringt, dann geht es vorwärts. (Lebhafter Beifall.) Dann fällt den Gegnern das Herz in die Hosen. Und, Parteigenossen, das können wir erreichen! Wir müssen nur wollen! Wollen muß der Mensch.

Die Parteipresse hat zwar sehr erfreuliche Fortschritte gemacht, wir haben nicht nur eine ganze Anzahl neuer Abonnenten bekommen, es sind auch neue Blätter ins Leben gerufen worden. Aber das reicht noch lange nicht hin. Wir müssen viel, viel mehr haben. In jeder Versammlung müssen Vorkehrungen getroffen werden, daß neue Mitglieder sich einschreiben können. (Sehr richtig!) In jeder Versammlung müssen neue Abonnenten gewonnen werden, muß dafür gesorgt werden, daß die Besucher wissen, wie und wo sie sich einschreiben und abonnieren sollen. In den Tausenden von Wahlversammlungen, die wir nunmehr abhalten werden, können wir sehr Erhebliches gewinnen. (Sehr richtig!)

Wahrscheinlich werden wir, wie es immer geschah, in einer großen Zahl von Wahlkreisen zu Stichwahlen kommen, bei denen unser Kandidat nicht in Frage steht, und ferner zu solchen, in denen unser Kandidat in Frage steht. Bei diesen letzteren wird — täuschen wir uns darüber nicht — der ganze bürgerliche Klüngel gemeinsam gegen uns marschieren. (Lebhaftes Sehr richtig!) Das ist so selbstverständlich, daß ich kein Wort darüber verliere. Aergert Euch nicht, wenn Ihr seht, daß die Liberalen den Konservativen gegen uns wählen. Liberale und Konservative stehen sich viel näher, als die Liberalen gegen uns stehen. Sind sie doch alle von einem Bein und einem Fleisch. Sollte sich das ändern, so wäre das die erste angenehme Erfahrung, die ich in meinem Leben auf diesem Gebiete machte. Ich würde mich darüber freuen, aber ich glaube nicht daran.

Nun sind die Forderungen, die der Parteivorstand bei engeren Wahlen, bei denen wir ausfallen, den Genossen empfiehlt, dem gegnerischen Kandidaten vorzulegen, wenn er auf unsere Stimmen rechnet, sehr bescheiden, vielleicht so bescheiden, daß mancher von Ihnen den Kopf schüttelt. (Sehr richtig!) Ja, sehr richtig! Aber ich wäre froh, wenn wir die Kandidaten überall auf das bekämen, was wir verlangen. Haltet Euch vor Augen, es kommt nicht darauf an, was wir erreichen wollen, sondern was wir erreichen können. Entweder stellen wir Forderungen, die ein bürgerlicher Kandidat noch bewilligen kann,

oder wir verzichten überhaupt darauf, uns an Stichwahlen, bei denen nur Gegner in Frage kommen, zu beteiligen. Aber erfahrungsmäßig nützt das nichts, die Wähler laufen dennoch in Massen zur Wahl. Man muß eben die Psychologie der Massen kennen. Am Wahltage geht es ihnen wie den Kavallerieypferden, wenn sie die Trompete hören. Wir haben Erfahrungen gemacht, wohin wir mit unserer Stimmenthaltung gekommen sind. Wir haben mit der Enthaltung elend Schiffbruch gelitten und wollen nicht abermals solche Fehler machen.

Wir haben früher schwerere Forderungen gestellt und dann erlebt, daß in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen diesen nicht gefolgt werden konnte. Darum stellen wir jetzt mäßige Forderungen, die bei ehrlichem Willen erfüllt werden können. Da ist zunächst die Forderung der Aufrechterhaltung des bestehenden Wahlrechts. Parteigenossen, wenn die Hauptwahlen glücklich für uns ausfallen und wir ein erhebliches Mehr an Stimmen bekommen, dann werden Sie ein Hasenrennen erleben, das bei den bürgerlichen Parteien nach rechts hin stattfindet. (Sehr richtig!) Das wird bei ihnen einen gewaltigen Schrecken hervorrufen und die Frage wird bei ihnen entstehen: Können wir bei einem solchen Zustand der Dinge der Sozialdemokratie weiter das Feld überlassen? Ich betrachte diese allgemeinen Wahlen gewissermaßen als eine Wasserstandsmarke. Man befindet sich auf einer Insel, die also von Wasser umgeben ist. Die Zahl der Wahlrechtsstimmen zeigt den Wasserstand an. Das Wasser wächst und wächst. Mit jeder Wahl wird die Insel kleiner und enger. Nun stellt Euch die Situation der herrschenden Klassen vor. Sie sagen sich: wenn das so weiter geht, ertrinken wir! (Heiterkeit.) Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß in einer solchen Situation sie zu den verzweifeltsten Mitteln greifen, um uns zu schädigen. Darauf müssen wir gefaßt sein und deshalb vorbeugen. Es gehört sich also, daß wir die Bedingung stellen, daß das Wahlrecht nicht verschlechtert wird. Wer diese Bedingung nicht unterschreibt oder nicht in anderer Weise Gewähr dafür gibt, darf nicht unterstützt werden. Weiter muß er sich gegen eine Beschränkung oder Verschlechterung des Vereins- und Versammlungsrechtes und des Koalitionsrechtes erklären. Was auf diesem Gebiete vorliegt an Klagen, spricht so deutlich für diese Verpflichtung, daß wir froh sein müssen, wenn wir das, was wir haben, aufrechterhalten. Leider ist nicht daran zu denken, daß wir das erlangen können.

Ferner muß der Kandidat sich erklären gegen eine Verschärfung der sogenannten politischen Paragraphen des Strafrechts, gegen ein wie immer geartetes Ausnahmegesetz, gegen jede Erhöhung der Zölle auf die Verbrauchsartikel der großen Masse, gegen jede Neueinführung oder Erhöhung indirekter Steuern auf Verbrauchsartikel der großen Masse. Den Kandidaten auf eine Herabsetzung zu verpflichten, würde uns nicht in allen Fällen gelingen. Wir müssen leider zufrieden sein, wenn der Kandidat unsere Forderung akzeptiert.

Parteigenossen! Ich kann Ihnen nur dringend raten: Bescheiden Sie sich in dieser Richtung. Und dann kommt schließlich die Frage: wie handeln wir, wenn zwei Kandidaten, die in engerer Wahl stehen, beide die aufgestellten Bedingungen erfüllen wollen? Da sind wir der Meinung, daß wir den liberalen Kandidaten dem Nichtliberalen vorziehen. Was ich damit sagen will, weiß jeder nach meinen Ausführungen.

Damit bin ich zu Ende. Sie sehen, daß die nächsten Reichstagswahlen mit die wichtigsten sind, die wir jemals durchgekämpft haben, daß für die Sozialdemokratie, für die deutsche Arbeiterklasse sehr viel auf dem Spiele steht. Von jetzt ab ist es unsere verdammte Pflicht, sozusagen den Kriegszustand zu erklären. Jetzt heißt es: Alle Mann auf die Posten! Alle Mann an die Arbeit! (Stürmischer Beifall.) Wenn wir vier Monate hindurch Tag für Tag, Nacht

für Nacht, emsig arbeiten und alle unsere Schuldigkeit tun, wenn wir alle nach jeder Richtung hin unsere Kraft einsetzen in den Dienst der allgemeinen Sache, dann müßte es doch sehr sonderbar zugehen, wenn wir dann nicht ein ganz anderes Resultat zu verzeichnen hätten, ein viel freundlicheres, als am 25. Januar 1907. (Lebhafte Zustimmung.) Darum auf, Parteigenossen! Auf zum Kampfe! Vorwärts! Durch! (Stürmischer Beifall.)

Zur Diskussion stehen die Resolution 70 und die Anträge 65 und 81.

Zu Antrag 65 ist ein Amendement Scheibe-Bochum eingegangen. Danach soll es in diesem Antrage statt „der Arbeiterschaft" heißen: „den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei".

Eduard Bernstein (zur Begründung des Antrages 81): Die ausländischen Beziehungen des Deutschen Reiches werden im kommenden Wahlkampf von größter Bedeutung sein, sie haben ja auch schon bei den letzten Wahlen eine entscheidende Rolle gespielt. Die herrschenden Parteien werden das Aeußerste aufbieten, um die Empörung der Wählermassen durch Aufrollung auswärtiger Fragen abzulenken, namentlich durch den Hinweis auf das Verhältnis zwischen dem Deutschen Reiche und England. Die Englandfrage ist zu einer Hauptfrage der deutschen Politik geworden. Tatsächlich hat in der letzten Zeit die nationalistische Presse in Deutschland weit schärfer gegen England agitiert und gehetzt als selbst gegen Frankreich. England wird dem deutschen Volk als das Truggespenst vorgehalten, das Deutschland bedroht und zu den äußersten Rüstungen nötigt. Immer mehr verbreitet sich die Idee in den Köpfen, daß der Zusammenstoß mit England kommen müsse. Die verkehrtesten und zugleich auch die verderblichsten Ideen finden in bezug auf diese Frage immer weitere Verbreitung, obgleich sie im Widerspruch stehen mit allen Tatsachen des modernen Wirtschafts- und Verkehrslebens der Völker. Es wird den Leuten einzureden versucht, der Zusammenstoß mit England sei unvermeidlich. Diese Idee findet nicht nur bei den Nationalisten, sondern bis weit in die bürgerliche Linke hinein immer willigere Aufnahme, ja sogar noch darüber hinaus.

In allen möglichen Formen wird die Vorstellung propagiert, daß England das Fortschreiten der deutschen Industrie nicht ertragen könne, daß diese für England immer gefahrvoller werde, und daß England daher mit Notwendigkeit danach streben müßte, den deutschen Handel, der die Produkte der deutschen Industrie über die Erde verbreitet, zu zerstören oder wenigstens zu untergraben. Diese wahnsinnige Idee findet Glauben, weil es heute mit dem ökonomischen Wissen leider noch sehr schlecht bestellt ist. Die Zerstörung des deutschen Handels durch England ist eine Unmöglichkeit. Was würde denn ein Krieg in dieser Hinsicht nützen? England kann die deutschen Arbeiter nicht aus der Welt schaffen, nicht die deutschen Kohlengruben, die Eisenhütten und Textilfabriken, und ebensowenig die der anderen Staaten, die doch auch der englischen Industrie Konkurrenz machen. Sie ist ferner unnötig, denn die deutsche Wirtschaftspolitik sorgt selbst dafür durch Verteuerung des Lebens in Deutschland, dieses als Konkurrenten ungefährlich zu machen. Man denkt auch nicht an den deutsch-englischen Handel, der von Jahr zu Jahr steigt und der heute schon fast 2000 Milliarden Mark jährlich ausmacht. Er besteht nicht nur in der Ausfuhr Deutschlands nach England, sondern auch in der Ausfuhr Englands nach Deutschland. Aber mit je abenteuerlicheren Behauptungen jene Propaganda arbeitet, um so mehr Glauben findet sie, und so wird der Boden für die Hetzpolitiker geebnet. Diese allein wären ja nicht imstande, das deutsche Volk aufzuregen, denn wer liest die „Post", die „Tägliche Rundschau" und ähnliche Blätter? Sie wären ohnmächtig, wenn nicht dank der Halbheit der großen bürgerlichen Presse jene falsche und verderbliche Auffassung in weiten Kreisen Widerhall fände. Wir müssen das

auf das energischste bekämpfen. Dazu hat das so sehr angegriffene Flugblatt des Parteivorstandes schon ein Stück beigetragen. Das erkenne ich gern an. Aber ich glaube, Rosa Luxemburg beruhigen zu können: Es gibt auch in dem Flugblatt Sätze, die ich nicht unterschreibe. Kautsky steht noch nicht neben Bernstein. (Heiterkeit.)

Das Flugblatt hat das große Verdienst, statt allgemeiner Schlagworte Tatsachen zu setzen. Dagegen hat die bürgerliche Presse, auch die liberal-demokratische, in der letzten Krise mit sehr wenigen Ausnahmen vollständig versagt, teils aus Feigheit und Schwäche, teils aus Nachgiebigkeit gegen offiziöse Mitteilungen, ein Teil aber auch infolge Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse. Der ausländische Pressedienst läßt außerordentlich zu wünschen übrig. Unsere Presse hat ja versucht, besser zu arbeiten, aber es ist noch nicht genug geschehen. Als die Hetze hier von neuem losging und als die Hetzpatrioten alle möglichen angeblichen englischen Preßstimmen verbreiteten, als die bürgerlichen Blätter aber außerordentlich wenig davon brachten, was die Gegenstimmen in England sagten, da hätte unsere Presse in die Lage versetzt werden müssen, neben dem, was unsere englischen Parteigenossen, was die englischen organisierten Arbeiter sagten, schrieben und beschlossen, die großen englischen Blätter zu zitieren, von denen viele sich vernünftiger äußerten als die Masse unserer deutschen bürgerlichen Organe. Richtig wäre es gewesen, die Presse der großen englischen Industriezentren sprechen zu lassen, wie den „Manchester Guardian", den „Bradford Observer" und ähnliche Zeitungen, Blätter, die viel wichtiger sind als ein Teil der Londoner Lokalpresse. Daraus hätte man ersehen, daß auch in England ein starker Widerstand gegen die Verhetzung der Nationen mit all ihren Wirkungen, den Rüstungen, der Teuerungsgefahr usw. vorhanden ist. Wir müssen diese Elemente stärken. Wir müssen zur Unterstützung unserer Agitation im deutschen Volke auch den Auslandsdienst organisieren, wir müssen die Existenzbedingungen der Nation aufzeigen, — zeigen, wie in beiden Nationen diese Bedingungen die Notwendigkeit ergeben, daß die Arbeitermassen im weitesten Sinne des Wortes, nicht nur allein die Lohnarbeiterklasse, sondern auch ein großer Teil der Gewerbetreibenden und der Industriellen, am Frieden und nur am Frieden interessiert sind. In überzeugender Weise kann diese wichtige Tatsache nur in einer Broschüre zum Bewußtsein gebracht werden, die uns im Wahlkampf, darüber hinaus aber auch bei den später nicht ausbleibenden Verwickelungen außerordentlich große Dienste leisten wird. (Beifall.)

Klupsch-Dortmund begründet den Antrag 65: Parteigenossen! 1907 haben die Genossen in einer ganzen Reihe von Kreisen nicht daran gedacht, daß ihnen die Kreise verloren gehen könnten. Vor solchen Enttäuschungen müssen wir uns im nächsten Wahlkampf zu bewahren versuchen. Die Voraussetzung für einen guten Ausfall der Wahlen ist ihre gute Vorbereitung, und dazu bedürfen wir ungezählter Kräfte für die Wahlarbeit. Der Reichsverband sowie auch das Zentrum — letzterem werden die christlichen Gewerkschaften ungeheure Dienste leisten — werden alles einsetzen, um einen Aufschwung der Sozialdemokratie zu verhindern. Die christlichen Gewerkschaftsführer haben ja schon offen ausgesprochen, daß sie bei der nächsten Wahl mit den Scharfmachern Hand in Hand gehen wollen, um uns die Mandate zu entreißen. Es wird den christlichen Gewerkschaftsführern kein Mittel zu schlecht sein, ihr Ziel zu erreichen. Schon jetzt schieben sie die Schuld an der schlechten Gestaltung der Reichsversicherungsordnung der Sozialdemokratie zu. Das ist nur ein Beispiel dessen, was wir zu erwarten haben. Nun sind durchschnittlich 25 Proz. der sozialdemokratischen Reichstagswähler organisierte Parteigenossen. Die sind zunächst berufen, die Arbeit für die Reichstagswahl zu verrichten, aber selbst sie beteiligen sich ja nicht immer in der nötigen Weise. Wir in Dortmund-Hörde

hatten schon 1907 diesen Antrag durchgeführt und dadurch am Wahltage 4000 Parteigenossen zur Verfügung. Ein solch starkes Aufgebot von Kräften muß überall in den Dienst der Wahlarbeit gestellt werden. Aber auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen wir auf den Kampfplatz rufen, denn die Einschränkung des Koalitionsrechtes, die so oft angekündigt wurde, wäre gewiß die Folge eines nicht genügend imposanten Aufmarsches der arbeitenden Massen und einer nicht genügenden Stimmenvermehrung der Sozialdemokratie bei der kommenden Wahl. Durch die Ausführung unseres Antrages kommen wir auch unserer Programmforderung, daß alle Wahlen an gesetzlichen Ruhetagen stattfinden sollen, näher. Ich bitte Sie also, unserem Antrage Ihre Zustimmung zu geben.

Scheibe-Bochum: Wir haben kein Recht, die ganze Arbeiterschaft zur Arbeitsruhe am Wahltage aufzufordern, sondern nur die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei. In dieser Form ist der Antrag um so notwendiger, weil ja im Osten der amtliche Apparat den Konservativen, im Westen ungeheure Geldmittel den Nationalliberalen zur Verfügung stehen, die wir nur durch unseren Idealismus und durch eine große Armee freiwilliger Kämpfer bezwingen können. Der Kampf verroht immer mehr, je mehr unsere Gegner bezahlte Leute verwenden. Auch deshalb ist es notwendig, daß Männer in den Wahlkampf eintreten, die an ihm nur persönlich interessiert sind. Nachdem man für Elsaß-Lothringen den Sonntag als Wahltag eingeführt hat und auch in einer Reihe von Gemeinden danach strebt, und nachdem jüngst der christlich-soziale Parteitag Sonntagswahlen als Entheiligung erklärt hat (Heiterkeit), müssen wir im Sinne des von uns modifizierten Antrages tätig sein. Das Zentrum treibt eine Zickzackpolitik. Es hat sich in den christlichen Gewerkschaften eine besondere Hilfstruppe geschaffen. Unsere Badenser Genossen, die mit den Liberalen einen Block gegen das Zentrum geschlossen haben, werden die Augen nicht schlecht aufmachen, wenn ich ihnen verrate, daß seit Monaten im ganzen industriellen Westen eine Koalition zwischen den Nationalliberalen und dem Zentrum vorbereitet worden und daß sie jetzt zum Abschluß gekommen ist. Das Zentrum hat seit Monaten die christlichen Arbeiter aufgefordert, unter Umständen für die nationalliberalen Scharfmacher einzutreten. Bochum sollte uns entrissen und den Nationalliberalen erobert werden, dafür sollten die Nationalliberalen Köln sichern. Nun ist allerdings die Koalition zwischen Zentrum und Nationalliberalen bei den Hauptwahlen zunichte geworden, weil die Führer der christlichen Arbeiter erklärten, sie könnten ein solches Bündnis bei den Hauptwahlen den Arbeitern nicht vorschlagen. Nun haben aber die Werksbesitzer den Zentrumsführern den Daumen auf die Brust gesetzt. Und nun sollen die christlichen Gewerkvereinler für die Nationalliberalen im Ruhrbecken eintreten unter der Bedingung, daß von seiten der Werksbesitzer von der Gründung gelber Werkvereine Abstand genommen wird. (Hört! hört!)

Die christlichen Gewerkschaftsführer verkaufen also die Rechte der Gewerkschaften an die nationalliberalen Scharfmacher. Wir haben alle Kräfte aufzubieten, um dieses unglaubliche Vorgehen zunichte zu machen. (Beifall.)

Darauf wird in die

Diskussion über die Reichstagswahlen

eingetreten.

König-Dortmund: Der vom Parteivorstand vorgelegten Stichwahltaktik-Resolution können wir ohne Bedenken unsere Zustimmung geben. Sie entspricht der politischen Lage der Gegenwart, und enthält die Minimalforderung, die der bürgerliche Kandidat akzeptieren muß, wenn er unsere Unterstützung fordert. Genosse Bebel sagte: die Forderungen an die Bürgerlichen seien so

abgefaßt, daß sie von Nichtliberalen nicht anerkannt werden können. Nun, die schlauen Zentrumskandidaten werden im äußersten Notfalle auch die hier niedergelegten Bedingungen akzeptieren, um sie als einzelner notgedrungen zu halten, während die Zentrumsfraktion die in diesen Vertrag niedergelegten Forderungen skrupellos brechen wird. Das Zentrum hat nicht nur in Bayern, sondern auch bei uns in Westfalen mit der Sozialdemokratie Kompromisse abgeschlossen. Bei uns sogar schriftlich. Aus der politischen Situation heraus sind wir in den Wahljahren 1097 und 1908 für das Zentrum eingetreten. Heute aber, nachdem das Zentrum so viel Schuld trägt an der traurigen Lage der Arbeiterschaft, würde sich bei uns eine gewaltige Opposition erheben, falls wir vorschlagen würden, beim bevorstehenden Wahlkampf das Zentrum zu unterstützen. Wir vertreten das klassische Land, wo die Arbeitersekretäre des Zentrums gezüchtet werden. Die christlich-nationale Arbeiterfraktion des Reichstags, die Schiffer, Wiedberg, Becker sind in unserem Agitationsbezirk gewählt worden.

Nach unserer angeblichen Niederlage im Jahre 1907 machten sie den Arbeitern große Versprechungen. Gute, brauchbare Sozialgesetze sollten sie bekommen, denn die hindernde Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage sei überwunden, die Bahn sei frei für eine gesunde Sozialreform. Wir fragen nun: Was hat die christlich-nationale Arbeiterfraktion im Reichstage nach annähernd fünfjähriger Tätigkeit errungen? Nichts! Ein Volksverrat und Mißerfolg reihte sich an den anderen. Unter ihrer vielgepriesenen Tätigkeit wurde der Sozialminister Posadowsky fortgejagt, die verderbenbringende Reichsfinanzreform und die Arbeiterversicherungsordnung angenommen. Schade, daß letztere nicht sofort in Kraft getreten ist, denn sonst würden die Arbeiter schon jetzt die unheilvollen Wirkungen verspüren. Dadurch, daß nicht ein Aufrechnungsverbot in das Gesetz gekommen ist, werden z. B. die Bergarbeiter schwer geschädigt. Es ist mir mitgeteilt, daß der Knappschaftsverein bereits die Vorarbeiten getroffen hat, um statutarisch festzulegen, daß die Reichswitwenrenten aufgerechnet werden sollen auf die knappschaftlichen Witwenrenten. Das bedeutet für den Bergmann doppelte Beitragszahlung, aber nur einmaligen Rentenbezug. Der Bergmann ist also wieder einmal der Betrogene. Ja, im Versprechen, besonders vor der Wahl, war das Zentrum schon immer groß, gehalten hat es nichts. Besonders ist die Haltung der christlichen Arbeitersekretäre schwankend und zweideutig. Als das Zentrum bei der Knappschaftsnovelle so jämmerlich abschnitt, klagte die Arbeiterschaft die Führung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter an. Der christliche Sekretär Effert suchte sich in recht bezeichnender Weise herauszureden, indem er sagte: „Als Gewerkschaftler bin ich gegen das Knappschaftsgesetz, als Parteimann dafür." Nicht besser machte es Becker-Arnsberg. Als dieser Mann auf den großen Widerspruch in seiner Stellungnahme zur Arbeitervertretung in den Krankenkassen im Reichstage bei Beratung der Reichsversicherungsordnung und seinen Ausführungen auf dem christlichen Gewerkschaftskongreß verwiesen wurde, antwortete er: „Ich habe auf dem christlichen Gewerkschaftskongreß nicht als Zentrumsabgeordneter, sondern als Mitglied der christlichen Gewerkschaften gesprochen." So sehen die Herren bei Lichte betrachtet aus. Ich wiederhole daher nochmals mit allem Nachdruck: Die christlich-nationale Arbeiterfraktion des Reichstages hat nichts gehalten von dem, was sie versprochen, sie konnte es auch nicht, weil sie sich an den Rockschlippen der bürgerlichen Parteien hing.

Im Ruhrgebiet, wo durch die riesige wirtschaftliche Entwickelung die Vorbedingungen für die sozialistische Produktion am weitesten erfüllt sind, stehen sich Riesenheere in den Wahlkämpfen gegenüber; die Arbeiterschaft wird immer

sozialistischer. Um ihr die Siege streitig zu machen, kommt das Zentrum mit seinem Arbeiterheer wie ein rettender Engel dem Kapitalismus zu Hilfe. Das Fiasko, was die Christen auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet ertragen mußten, treibt sie wieder in die Arme der arbeitenden Kapitalisten. Sie kämpfen in ihrer Verblendung gegen ihre Arbeitskameraden. Sie werden im Wahlkampfe für die Kapitalisten kämpfen. Trotz alledem werden wir vorwärts kommen und siegen.

Wir werden den Wahlkampf mit aller Schärfe gegen die Führer der Christen führen und ihren Schwindel aufdecken. Indem sie das Zentrum unterstützen sind sie mitschuldig an dem Fehlen einer gründlichen Sozialreform, an Steuerdruck und Last und Volksentrechtung. Die christliche Arbeiterschaft werden wir aber nachdrücklichst darauf verweisen, daß sie für diejenigen Kandidaten stimmen muß, auf deren Banner geschrieben steht: Gegen die Kriegshetzer — für Brot und Volksrechte. Wir werden die denkenden christlichen Arbeiter schon bewegen mit uns zu stimmen gegen den gemeinsamen Feind, wir werden sie sammeln mit dem Dichterwort: Uns bindet die Liebe, uns bindet die Not zu kämpfen für Freiheit und Brot. (Beifall.)

Hartleib-Hannover: Die Verschärfung des Wahlkampfes können wir namentlich an der ungeheuren Masse von Flugblättern konstatieren. Aber je mehr Flugblätter an die Wähler verteilt werden, desto weniger werden sie gelesen. Die Flugblätter müssen so abgefaßt sein, daß ihr Inhalt den Wählern sofort in die Augen fällt. Am besten dürften sich illustrierte Flugblätter empfehlen, wie sie bereits bei den Wahlen der Jahre 1893 und 1907 und beim preußischen Wahlrechtskampf zahlreich von uns verteilt sind. Niemand wird in Abrede stellen, daß solche Flugblätter ihre Wirkung tun. Man geht wohl nicht fehl, daß der ungünstige Ausfall der Hottentottenwahlen in Sachsen auf die illustrierten Flugblätter des Reichsverbandes zurückzuführen ist. Wenn unsere Gegner mit illustrierten Flugblättern arbeiten können, dann haben die Sozialdemokraten um so mehr Material dafür. Wir brauchen nur einmal bildlich darzustellen, wie ein Arbeitsloser von Ort zu Ort geht, um Arbeit zu suchen, und dann im Chausseegraben verhungert, wie eine Familie sich aus Nahrungssorgen das Leben nimmt, wie alljährlich Hunderttausende von Säuglingen aus Mangel an Nahrung im ersten Lebensjahre sterben. Wenn wir das schildern und demgegenüber den Ueberfluß der Reichen darstellen, dann wollen wir doch einmal sehen, ob wir dadurch nicht eine günstige Wirkung erzielen, ob dann nicht die Wähler ihr Augenmerk darauf richten und ihre Stimme für die Sozialdemokratie abgeben. Gewiß wird es manchen Wahlkreisorganisationen an Kräften hierfür fehlen, aber die Gesamtpartei wird doch wohl die nötigen Kräfte besitzen, um solche Flugblätter herstellen zu lassen. Bei den nächsten Reichstagswahlen wird der Reichsverband noch mit ganz anderen Mitteln gegen uns vorgehen, als bei der letzten Wahl. Wollen wir unser Ziel erreichen, dann müssen wir dafür sorgen, daß die Massen zu Sozialdemokraten erzogen werden. Das wird um so leichter sein, als die bürgerlichen Parteien, abgesehen von ihrem Verhalten beim Wuchertarif, sich noch niemals solche Schandtaten gegen das arbeitende Volk haben zuschulden kommen lassen wie innerhalb der letzten Jahre. Sie haben alle Veranlassung, den Parteien, die so niederträchtig am erwerbstätigen Volke gehandelt haben, die Maske vom Gesicht zu reißen. Tun wir das mit Hilfe von bildlichen Darstellungen, dann werden wir auch Erfolge erzielen. (Bravo!)

Dümwell-Berlin: Ich möchte die Warnung des Genossen Bebel, sich den Kampf gegen das Zentrum nicht so leicht vorzustellen, noch etwas unterstreichen. Manch einer, der das Zentrum nicht kennt, wird sich verwundert fragen: wie ist es möglich, daß große Kreise des deutschen Volkes trotz der offensichtlichen

Verräterei des Zentrums dieser Partei noch Gefolgschaft leisten? Dafür müssen tiefere Gründe vorhanden sein, die Bebel ja schon skizziert hat. Mit der Theorie der dummen Kerle kommen wir aber beim Zentrum nicht aus. Wir haben es da mit einer Macht zu tun, die tief verankert im Gemüt des Volkes steckt. Daraus, daß wir in katholischen Staaten kein Zentrum haben, darf man nicht den Schluß ziehen, daß das Zentrum auch bei uns leicht zu überwinden wäre. Der Kulturkampf hat natürlich ein ganz besonders festes Band um das Zentrum geschlungen. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, daß Deutschland das Geburtsland des Protestantismus ist, daß in Deutschland der katholischen Kirche zum ersten Male eine Konkurrenzkirche entgegentrat. Wäre das katholische Volk so einsichtslos und so dumm, wie man nach seiner Haltung schließen könnte, so wäre die Sache für uns viel einfacher. Die Erklärung für sein politisches Verhalten liegt in seiner Psyche. Das Volk glaubt an das, was der Ultramontanismus, was die katholische Kirche lehrt. Die große Masse steht den sozialen und wirtschaftlichen Erscheinungen dieser Welt verständnislos gegenüber; sie weiß nicht, wie sie aus dem Elend herauskommen soll, und da greift sie nach dem, was die katholische Kirche ihr verspricht. Der katholische Arbeiter glaubt, weil das die einzige Möglichkeit ist, für die Mühseligkeiten und das Elend dieser Welt entschädigt zu werden. Diesen Glauben dem Volke durch einen Wahlkampf aus dem Herzen zu reißen, ist gar nicht möglich. Was wir dem Volke bieten, ist teilweise auch ein Wechsel auf die Zukunft. Genau so wie die katholische Kirche das Volk auf die Zukunft verweist, können auch wir sagen, daß das Ideal der Sozialdemokratie erst in der Zukunft verwirklicht werden kann.

Jahrzehntelang war das Zentrum im rheinisch-westfälischen Industriegebiet kapitalsfeindlich; hier war sein politischer Gegner der Machtinhaber. In Oberschlesien, wo die Zentrumsgrafen dominieren, trat das Zentrum nie kapitalsfeindlich auf. In Rheinland-Westfalen hetzte es mit den raffiniertesten Mitteln der Demagogie; für den katholischen Arbeiter wurde Liberalismus, Kapital und Gottlosigkeit ein Begriff. So hat das Zentrum die Massen an seine Fahne gefesselt, aber auf der anderen Seite treiben die wirtschaftlichen Verhältnisse die Arbeiter mehr und mehr in die Arme der Sozialdemokratie. Es besteht für das Zentrum jetzt die Gefahr, die Massen zu verlieren. Was soll es tun? Volkspolitik kann es nicht treiben, weil dann die besitzenden Kreise des Zentrums eine Revolution von oben beginnen würden, es muß also reaktionär sein und reaktionärer werden, und da schließt es mit den Konservativen einen Handel ab auf der Grundlage, daß es die wirtschaftlichen Interessen des Volkes preisgibt. Denselben Handel wird es auch mit der Großindustrie abschließen. Die Arbeiter werden den Großindustriellen als wehrloses Ausbeutungsobjekt ausgeliefert, das Zentrum bekommt dafür die Herrschaft über die Schule. Es war sehr charakteristisch, daß bei der Gründung des Hansabundes einer der einflußreichsten Großindustriellen erklärte, den Kampf gegen das Zentrum machen wir nicht mit. (Hört, hört!) Wenn wir die tieferen Ursachen der Zentrumsherrschaft untersuchen, dann werden wir auch verstehen die ungeheure Macht, die die katholische Kirche durch das Zentrum auf die katholischen Arbeiter ausübt, und diese ungeheure Macht zwingt uns, im Kampf gegen das Zentrum nicht nur energisch, sondern in gewisser Beziehung auch vorsichtig zu sein. Wir dürfen nicht mit dem Knüppel auf die Religion losschlagen, wir dürfen die katholischen Arbeiter nicht als dumme Kerle behandeln, wir müssen ihnen zeigen, daß das Zentrum mit der Religion nichts zu tun hat, und daß es infolge der wirtschaftlichen Entwickelung mehr und mehr eine reaktionäre volksfeindliche Partei wird. Wenn wir so den Wahlkampf führen, werden wir auch dem Zentrum Abbruch tun. (Bravo!)

Ein von Kramer gestellter, von Peus bekämpfter Schlußantrag wird abgelehnt.

Haupt-Magdeburg: Es ist eine sehr kitzliche Sache, vor der Hauptwahl schon zu bestimmen, wie man in der Stichwahl verfahren will. Solche Beschlüsse haben wir vor der Stichwahl schon öfter revidieren müssen. Der Passus in der Resolution: „Stehen in der engeren Stichwahl 2 Kandidaten, die beide bereit sind, die aufgestellten Bedingungen zu erfüllen, so ist der Liberale dem Nichtliberalen vorzuziehen" scheint mir zu schweren Bedenken Anlaß zu geben. 1903 sind die Freisinnigen in der Hauptwahl gänzlich ausgefallen, 1907 erhielten sie zwar einige Mandate in der Hauptwahl, aber nicht aus eigener Kraft, sondern durch ein unnatürliches Bündnis, das ein liberaler Mann selbst als solches zwischen Karpfen und Kaninchen bezeichnet hat. Auch jetzt sind Sie drauf und dran schon vor der Hauptwahl die Mandate und die Kandidaten auszutauschen und wir sollen uns jetzt schon festlegen, sie zu unterstützen. Das hat große Bedenken, denn der Liberale muß sein Benehmen schon in der Hauptwahl darauf einrichten, ob er in der Stichwahl unterstützt wird. Legen wir uns aber fest, so hat er das nicht nötig. Wir haben viele Kreise, in denen es auf des Messers Schneide steht, ob der Liberale oder der Sozialdemokrat in die Stichwahl gelangt. Legen wir uns nun in der bezeichneten Weise fest, so besteht die Gefahr, daß der Freisinnige die schmutzigsten Mittel anwendet, um den Sozialdemokraten aus der Stichwahl herauszubringen, und trotzdem müssen wir ihm nachher die Stimmen geben. Ich gebe dem Genossen Bebel zu bedenken, ob dieser Passus nicht ganz zu streichen ist oder durch einen anderen zu ersetzen ist, wonach derjenige Kandidat vorzuziehen ist, dessen Partei uns Gegenseitigkeit verbürgt.

Ein von Dickreiter-Altenburg gestellter Schlußantrag wird von Hintze-Berlin mit dem Hinweis bekämpft, man solle doch einigen Rednern noch Gelegenheit geben, auf die Frage der Stichwahlparole näher einzugehen und die von Haupt erhobenen Bedenken noch weiter auszuführen; Bebel habe sich wohl scharf gegen das Zentrum, nicht aber genügend scharf gegen die Liberalen gewendet.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Bebel (Schlußwort): Wenn Genosse Hintze bei seiner Befürwortung der Ablehnung des Schlußantrages hervorhob, daß ich zwar das Zentrum scharf angegriffen, nicht aber ebenso scharf die liberalen Parteien, so muß ich doch hervorheben, daß ich wiederholt auch auf die Haltung der liberalen Parteien bei den verschiedenen Vorlagen eingegangen bin und darauf hingewiesen habe, wie sie mit unseren übrigen Gegnern zusammen gestimmt haben. Ich will nicht bestreiten, daß man in einem einstündigen Vortrag nicht die ganze Situation nach allen Richtungen hin beleuchten kann. Aber so viel politische Erfahrungen haben wir alle, daß wir wissen, was wir von den Liberalen zu erwarten haben. Weiter muß ich mich gegen ein starkes Mißverständnis wenden. Genosse Haupt und mehrere andere Redner haben es so dargestellt, als wenn wir eo ipso für die Liberalen zu stimmen haben. Es ist aber in der Resolution nichts weiter gesagt, als das: stehen in engerer Stichwahl zwei Kandidaten, die beide bereit sind, die aufgestellten Bedingungen zu erfüllen, der Liberale dem Nichtliberalen vorzuziehen sei. Das ist doch sehr klar. Setzen Sie also z. B. den Fall, ein Liberaler und ein Zentrumsmann stehen in Stichwahl, bei der wir also ausscheiden. Wo wir selbst in Frage kommen, bieten wir selbstverständlich alles auf, um den Sieg an unsere Fahne zu heften. Nun sagt Haupt, dann wird der Liberale alles aufbieten, auch die schmutzigsten Mittel, um uns aus der engeren Wahl zu drängen. Glauben Sie, daß er das nicht so wie so tun wird? (Heiterkeit.) Die schmutzigsten Mittel anzuwenden, ist nicht sein gutes Recht; aber alles aufzubieten, um uns aus der Stichwahl zu werfen, das ist sein gutes Recht. Darin hat er ebensoviel Recht wie wir. Aber ich habe die Erfahrung gemacht, daß gerade diejenigen, die die niederträchtigsten und schmutzigsten Mittel anwenden, in der Regel sehr schlecht abschneiden. (Sehr richtig!) Ich glaube also, daß der Passus in der Resolution korrekt ist und die Befürchtungen, die dagegen erhoben werden, nicht zutreffen.

Ich habe weiter zu erklären, daß wir es als selbstverständlich erachten, daß, bevor die Entscheidung in den einzelnen Wahlkreisen getroffen wird, man sich mit den Bezirks- und Landesorganisationen und dem Parteivorstand in Verbindung zu setzen hat, und daß der Parteivorstand auch in diesem Falle wie früher als eine Art Zentralinstanz für ganz Deutschland besteht.

Nun möchte ich selbst eine kleine Aenderung an der Resolution vorschlagen. Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, daß es sich unter Umständen bei der Frage in Passus 5 der Resolution auch um neue Zölle handeln kann, und daß dabei besonders der Milchzoll in Frage kommen könnte. (Sehr richtig!) Deshalb schlage ich vor, den Passus 5 folgendermaßen zu fassen: „gegen jede Erhöhung oder Neueinführung von Zöllen auf die Verbrauchsartikel der großen Masse." Damit ist die vorhandene Lücke ausgefüllt.

Die Genossen in Dortmund haben beantragt, zu empfehlen, daß am Tage der Wahl die Arbeit ruhe. Ich bitte Sie, im Namen des Parteivorstandes diesem Antrag nicht zuzustimmen. Wir sind mit dem Inhalt desselben vollständig einverstanden. Aber wenn wir einen derartigen Beschluß fassen, besteht die große Gefahr, daß der Glaube erweckt wird, die Genossen müßten die Arbeit ruhen lassen. Dadurch können Konflikte mit den Arbeitgebern hervorgerufen werden und Ungelegenheiten aller Art entstehen, die wir in diesem Falle vermeiden möchten. Wo man glaubt, die Arbeit ruhen lassen zu können, mag es geschehen. Aber wir raten davon ab, einen derartigen Beschluß zu fassen.

Gegen den Antrag Bernstein habe ich nichts einzuwenden. Nach der Begründung halte ich es für sehr nützlich, wenn eine derartige Broschüre zur Aufklärung der Beziehungen Deutschlands und England geschrieben wird. Es wird ja möglich sein, eine solche herstellen zu lassen.

Nun eine Bemerkung gegen die „Weimarische Zeitung". Sie ist das amtliche Nachrichtenblatt für das Großherzogtum und bringt einen Artikel „Der Lebensnerv des deutschen Volkes" vom heutigen Tage, dem 15. September. Demselben ist als Motto vorausgesetzt: „Wir fordern die Beseitigung der Zölle, weil wir dem deutschen Reiche den Lebensnerv abschneiden wollen. August Bebel auf dem Parteitag in Jena 1911." (Hört, hört!)

Das Lügen fängt bereits sehr frühzeitig an und das Fälschen und Verleumden. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist eine ganz gemeine Fälschung und Verdrehung meiner Worte, deren sich die „Weimarische Zeitung" schuldig macht. Das ist eine doppelte Schande, wenn das Blatt als Amtsblatt sich zu einer solchen Fälschung herbeiläßt. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe gesagt, daß die Agrarzölle auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden könnten, daß sie, wenn nicht auf einmal, nacheinander fallen müßten, nach unserer Auffassung allerdings am liebsten gleich fallen sollten. Geschieht dieses, so kommt allerdings das Reich insofern in Verlegenheit, als bisher seine Haupteinnahmequelle die Zölle waren. Dadurch müsse es für andere Einnahmequellen sorgen, und zwar müsse es nach direkten Steuern gehen. So war mein Gedankengang. (Sehr richtig!) Es ist eine Schmach und Schande für den betreffenden Herrn, in der Weise, wie geschehen, zu berichten. (Lebhafte Zustimmung.)

Klupsch-Dortmund zieht den Antrag 65 zurück.

Der Antrag 81 wird angenommen. Die Resolution des Parteivorstandes (70) wird mit der von Bebel vorgeschlagenen Ergänzung einstimmig unter lebhaftem Beifall angenommen.

Reich-Hamburg schlägt vor, die Referate Bebels in Broschürenform herauszugeben.

Bebel: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Die Vorträge kommen in ausführlicher Weise ins Protokoll. Dann bekommen wir auch für die Wahlen so viel Material, daß ich nicht weiß, wie die Parteigenossen, die mit der Agitation betraut sind, das alles lesen und verdauen sollen. Außerdem ist der Ideengang meiner Referate für die Partei nichts Neues. Ein besonderer Abdruck erscheint mir deshalb nicht notwendig.

Der Antrag Reich wird abgelehnt.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Bebel (zur Geschäftsordnung): Es schwirren hier auf dem Parteitag allerlei Gerüchte. Mir ist von verschiedenen Seiten die Mitteilung zugegangen, daß ein Teil der Jenaer Studentenschaft, der hier anwesend ist, den Gedanken erörtert hat, ob er nicht in irgendeiner Form heute nachmittag das Marktfest stören könnte. (Lebhafte Rufe der Entrüstung.) Ich halte natürlich diese Gerüchte für einen Unsinn. Ich bin der Meinung, daß diese Studenten, die doch den besitzenden und gebildeten Klassen angehören, selbst bereits durch ihre Erziehung ein solches Maß von Bildung genossen haben müssen, daß sie sich schämen müßten, eine derartige Provokation hervorzurufen. (Stürmische Zustimmung.) Aber wenn es dennoch wahr sein sollte, was ich nicht für möglich halte, sollte in der Tat ein solcher Versuch gemacht werden, uns in unserem Vergnügen zu stören, na, dann lassen wir mit uns reden. (Heiterkeit.) Dann kann ich den Herren ankündigen, sie möchten sehr vorsichtig sein und ihren Buckel entsprechend wattieren. (Stürmische Heiterkeit.)

Vorsitzender **Leber**: Das Komitee hat gestern abend erfahren, daß die hier anwesenden Studenten und auch die, die in der Nähe wohnen, gestern abend im „Weimarischen Hofe" eine Sitzung abgehalten haben, um zu beraten, wie sie unser Fest stören können. (Lebhafte Pfuirufe.) Wir haben sofort Maßnahmen getroffen. Es ist mir mitgeteilt worden, daß die Herren schon einen Umzug arrangiert haben. Wir lassen uns aber nicht stören. Wir werden so handeln, wie es notwendig ist. (Lebhafter Beifall.)

Der Parteitag wendet sich der Beratung von Anträgen zu, die als

Sonstige Anträge

zusammengefaßt sind.

Die Anträge 26, 51 und 67 werden nicht genügend unterstützt.

Düwell begründet den Antrag 52: Die Gewerkschaften haben von ihrem Rechte, Plätze der Parteischule zu besetzen, nicht genügend Gebrauch gemacht. Es ist vorgekommen, daß die Hälfte der Plätze nicht besetzt war. Darum soll jetzt die Möglichkeit gegeben werden, freibleibende Plätze anderweitig zu besetzen.

Heinrich Schulz: Im Einverständnis mit dem Parteivorstand bitte ich, den Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. Es ist nicht richtig, daß die Hälfte der Plätze leer geblieben ist, freilich sind nicht alle besetzt worden. Dieser Umstand ist bereits von dem Lehrerkollegium der Parteischule erörtert worden.

Der Antrag wird dem Parteivorstand überwiesen.

Kupferschmidt-Berlin begründet den Antrag 53: Unser Antrag will den Leipziger Schnapsboykottbeschluß bekräftigen. Gerade bei den Reichstagswahlen ist es angebracht, den Schnapsboykott erneut durchzuführen, denn Leute, die

Schnaps trinken, die folgen nicht uns, sondern den Gegnern, und unsere Gegner verwenden, namentlich im Osten, den Schnaps nicht selten zur Wahlbestechung. Wir gewinnen gerade durch die Schnapsbekämpfung immer mehr Anhänger und die Frauen stimmen gerade diesem Kampfe besonders freudig zu. Was für entsetzliche Folgen hat doch der Schnapsgenuß, wie viele Tausende von Familien leiden furchtbar. Der Beschluß des Leipziger Parteitages hat den Schnapsjunkern schweren Abbruch getan, das muß aber noch besser werden. Der Schnapskonsum betrug pro Kopf 1908/1909 4,2 Liter Alkohol, nach dem Leipziger Beschluß aber 1909/1910 nur noch 2,08 Liter. (Bravo!) Wenn das so weiter geht, dann können wir es bald erreichen, daß an die Schnapsbrenner keine Liebesgaben mehr bezahlt werden können. Das ist auch eine indirekte Steuerverweigerung und ein nützliches Beispiel für die Jugend.

Der Antrag wird angenommen.

Zum Antrage 54 führt

Molkenbuhr aus: Es ist ja schon öfter auf dem Parteitage gewünscht worden, daß die Parteiblätter solche Inserate oder auch bestimmte Gruppen von anderen Inseraten nicht aufnehmen sollen. Aber auf einem Parteitag kann man das nicht beschließen. (Sehr richtig!) Was soll denn als Schnapsinserat gelten? Da sind die großen Warenhausanzeigen, welche eine große Einnahme der Parteipresse bilden und wo neben Wäsche, Teppichen, Gemüse usw. auch mal Rum oder Kognak verzeichnet steht. Was soll man da machen? Oder ein Parteigenosse macht bekannt, daß er eine Wirtschaft übernommen hat. Ist das ein Schnapsinserat, weil er doch in seiner Wirtschaft auch Schnaps verkauft? Wird der Antrag angenommen, dann wird es bald kein Parteiblatt geben, das nicht gelegentlich unabsichtlich gegen ihn verstoßen würde. Die Preßkommissionen in den einzelnen Orten können Bestimmungen treffen, welche Inserate aufgenommen werden sollen und welche nicht, aber mit einem solchen Parteitagsbeschluß ist da nichts zu machen. (Zustimmung.)

Der Antrag wird abgelehnt.

Zur Resolution 56 ergreift das Wort

Göhre: Der gedankliche Inhalt der Resolution weist deutlich auf das Problem hin, das gegenwärtig das wichtigste in der Genossenschaftsbewegung ist. Es wird charakterisiert durch die Tatsache, daß die Genossenschaftsbewegung, wie sie sich im Zentralverband deutscher Konsumvereine entwickelt hat, getragen wird zu neun Zehnteln von Arbeitermitgliedern, unter denen, wie auch der Generalsekretär Kauffmann es einmal konstatierte, wieder der größte Teil sozialdemokratische Arbeiter sind. Die Konsequenz dieser Tatsache ist, daß die Konsumvereinsbewegung selbstverständlich im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleitet und weiter gefördert werden muß. Das geschieht nach der Meinung auch eines großen Teiles der Mitglieder der Konsumgenossenschaften heute noch nicht oder nicht in wünschenswertem Maße. Hier liegt die Wurzel der Gegensätze, die gegenwärtig innerhalb der Bewegung bemerkbar sind. Wohl keiner in diesem Saale fordert, daß die schon geschichtlich gewordene Neutralität der Genossenschaften durchbrochen werden soll. Diese ist nicht nur durch die Gesetzgebung, sondern auch durch das eigene Interesse der Konsumgenossenschaften geboten. Keiner von uns wird also das Ansinnen stellen, daß die Genossenschaftsbewegung Parteipolitik treiben soll, am allerwenigsten in dem Sinne, daß der Sozialdemokratie wirtschaftliche Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen, wie in Belgien. Das ist bei uns auch nicht nötig, denn die Partei bringt genug aus eigener Kraft auf. Wir verstehen vielmehr unter Neutralität ein gutes nachbarliches Verhältnis zwischen den Genossenschaften und der übrigen Arbeiterbewegung, ein Verhältnis brüder-

licher Fühlungnahme in allen Fragen, die im gemeinsamen Interesse beider Teile erörtert werden müssen. Dafür haben wir ja bereits ganz exakte Vorbilder in dem Verhalten von Partei und Gewerkschaft, die ja mit Recht den Anspruch auf Neutralität ebenfalls erheben, und dann im Verhältnis von Sozialdemokratie, Gewerkschaftsbewegung und Konsumgenossenschaften in Oesterreich, wo ein solches nachbarliches, freundschaftliches, ja brüderliches Verhältnis schon besteht, obgleich Oesterreich unter der gleichen genossenschaftlichen Gesetzgebung steht, wie Deutschland. Dieser Grundsatz wird seitens der Leitung der Genossenschaftsbewegung, vor allem von dem Generalsekretariat in Hamburg, nicht eingehalten. Es sind eine Reihe von Anklagen gegen das Generalsekretariat aus unseren Reihen erhoben worden, die man in dem Ausdruck „Ueberneutralität" zusammenfaßt. Die Leitung der Genossenschaften meint freilich, Ueberneutralität gäbe es nicht, sondern nur Neutralität oder Nichtneutralität. Gut, das mag richtig sein. Aber so wie in Hamburg die Neutralität uns gegenüber aufgefaßt wird, bedeutet sie ein deutliches Abrücken von der sozialdemokratischen Bewegung (lebhafte Zustimmung, teilweiser Widerspruch) und ein ebenso ostentatives Hinneigen zu bürgerlichen Richtungen. (Erneuter Widerspruch.) Das ist meine Ansicht und die derjenigen, die den Antrag mit mir gestellt haben. Wir müssen Mittel und Wege finden, um das zu ändern, was am besten durch Befolgung der Resolution geschehen würde. Unsere Genossen in den Konsumvereinen müssen nicht nur als Mitglieder bei den Genossenschaften kaufen, sondern sie müssen auch zur Stelle sein und dahin wirken, daß die Konsumgenossenschaften im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleitet werden. Die Konsumgenossenschaften sind, das ist vielleicht das beste Erbteil aus der freisinnigen Zeit, in ihrer Organisation durch und durch demokratisch aufgebaut, dadurch ist das Mittel gegeben, daß jeder Genosse seiner Meinung Ausdruck geben kann. Im Augenblick ist durch Einbringung der Resolution genug geschehen, um die Oeffentlichkeit der Partei auf den hier bestehenden Konflikt aufmerksam zu machen, die Parteigenossen sind aufgerufen, sich damit zu beschäftigen. Das genügt uns zunächst. Ich bin deshalb beauftragt, die Resolution zurückzuziehen.

Engler-Freiburg (zur Geschäftsordnung): Ich will hier nur feststellen, daß ich es als illoyal betrachte (lebhaftes Sehr richtig!), eine derartige Rede zur Begründung einer Resolution zu halten und diese dann zurückzuziehen. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Die Bedeutung der Artikel Kauffmanns wird überschätzt und ich hätte es darum begrüßt, wenn man dem, was Göhre hier gesagt hat, in einer Debatte hätte entgegentreten können. (Zustimmung.)

Vorsitzender **Dietz**: Da die Resolution zurückgezogen und nicht wieder aufgenommen worden ist, ist die Diskussion geschlossen.

Es folgt Antrag 68.

Müller-Düsseldorf: Wir halten es für notwendig, daß unsere Programmforderung, Trennung der Kirche von der Schule und Trennung der Kirche vom Staat schärfer als bisher propagiert wird, und zwar deshalb, weil die bürgerlichen Parteien — nicht nur das Zentrum — mehr und mehr die Kirche in den Dienst ihrer Interessen stellen. Der Mainzer Katholikentag hat sich ja erst erneut dafür eingelegt, daß die Schule und das ganze Staatswesen unter den Einfluß der Kirche kommen soll. Auf dem Mainzer Katholikentag ist zum Ausdruck gekommen, daß das Zentrum es am liebsten sähe, wenn die Schule total verpfafft würde. Aus allen diesen Gründen ist es notwendig, unsere Forderung kräftiger zu propagieren. Wir können dabei gleichzeitig auch unsere allgemeinen Schulforderungen energischer betonen, um zu verhindern, daß die Jugend unter die Botmäßigkeit der Geistlichen fallen könnte. Wenn wir beantragt haben, erst nach den Wahlen in eine kräftigere Agitation einzutreten, so glauben wir doch, daß auch bis zur Wahl auf diesem Gebiet noch mehr als bisher getan werden kann. Wir halten es für außerordentlich notwendig, daß unser Antrag gerade im Hinblick auf den Kampf gegen das Zentrum, im Hinblick auf den Mißbrauch, den das Zentrum mit der Kirche treibt, angenommen wird. (Bravo!)

Heinrich Schulz-Berlin: Ich bitte Sie, auch diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. Seine Tendenz ist mir persönlich ja außerordentlich sympathisch, aber ohne weiteres können wir ihn nicht annehmen. (Sehr richtig!) Seine Ueberweisung an den Parteivorstand würde erneut eine Angelegenheit in Fluß bringen, die eigentlich von der Partei noch nicht erledigt ist. Die von der Genossin Zetkin und mir dem Mannheimer Parteitag vorgelegten Leitsätze über das Erziehungs- und Bildungswesen sind bisher immer noch nicht offiziell von der Partei beraten und angenommen worden. Es wäre deshalb sehr zweckmäßig, wenn diese Frage erneut auf die Tagesordnung eines Parteitages gesetzt würde. Dann könnte auch die von den Düsseldorfer Genossen gewünschte Aktion eingeleitet werden. (Sehr richtig!)

Der Antrag wird dem Parteivorstand überwiesen.

Die Nachmittagssitzung fällt aus. Die Parteigenossen von Jena haben zu Ehren der Delegierten für den Nachmittag ein Marktfest vorbereitet.

Vorsitzender **Dietz**: Wir haben morgen noch zu erledigen die Anträge Nr. 78 und 80, dann haben wir den Bericht der Beschwerdekommission und die Feststellung des Wahlergebnisses entgegenzunehmen und den Ort des nächsten Parteitages zu bestimmen. Wenn alles nach Wunsch geht, dürften wir gegen 11 Uhr mit unseren Arbeiten fertig sein.

Der Parteitag vertagt sich.

Schluß 1 Uhr.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 16. September 1911. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender **Dietz** eröffnet die Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Budde, daß er für den Antrag 80 gestimmt hat.

Bebel: Auf Grund meiner Angriffe gegen die „Weimarische Zeitung" ist mir ein längeres Telegramm zugegangen, worin die Redaktion erklärt, daß sie den mir zugeschriebenen Ausspruch, den ich ganz entschieden bestreite, dem Bericht einer als zuverlässig bekannten Korrespondenz, die an verschiedene bürgerliche und auch sozialdemokratische Blätter liefere, entnommen habe. Sie schreibt weiter: „Sollte es sich um eine Mystifikation handeln, woran wir nach Ihren gestrigen Worten nicht zweifeln, so müßten wir doch den Vorwurf absichtlicher Verdrehung zurückweisen. Den Wortlaut Ihres Vortrages werden wir noch veröffentlichen." Ich habe natürlich von dem, was ich gegen den Wortlaut der betreffenden Stelle gesagt habe, kein Wort zurückzunehmen. Nachdem, was mir mitgeteilt wird, ist ja allerdings eine absichtliche Verdrehung meiner Worte ausgeschlossen.

Darauf werden die noch nicht erledigten Anträge verhandelt.

Klara Zetkin begründet den Antrag 78. Ich bitte Sie dringend um Annahme des Antrages. Er kondensiert die Wünsche, die in unserer Frauen-

konferenz laut geworden sind. Er ist auch der Ausdruck meiner persönlichen Ueberzeugung, in der ich jedesmal bekräftigt worden bin, wenn ich zur Agitation ins Land hinausging. Unsere Parteisekretäre sind zweifellos sehr überlastet. Ihre Arbeit ist von außerordentlicher Bedeutung für die Ausdehnung und Kräftigung der Organisation und den Geist, der in ihr lebendig ist. Es sind nicht mehr die Zeiten, da die Parteisekretäre ihres Amtes mit der Hilfe von zwei, drei Notizbüchern walten konnten. Nein, jetzt müssen sie eine ausgedehnte bureaukratische Arbeit leisten. Sie sind mit agitatorischen und organisatorischen Aufgaben überlastet, müssen die Beziehungen mit der Genossenschaftsbewegung pflegen, Jugendbewegung, Frauenbewegung, Bildungsbewegung fördern, diese drei Zweige unseres Parteilebens, die von steigender Wichtigkeit werden. Alle Fäden der Parteiarbeit eines Bezirks laufen in den Händen der Sekretäre zusammen. Infolgedessen sind unsere Parteisekretäre nicht bloß viel und vielseitig beschäftigt, sie sind überbürdete Funktionäre. Das muß natürlich verhängnisvolle Folgen haben.

Die Kraft unserer tüchtigsten Genossen wird aufgerieben, ehe sie die Möglichkeit hatten, zur vollen Entfaltung ihrer Begabung zu kommen und das Maximum ihrer Leistungsfähigkeit im Dienste der Partei zu erweisen. Hinter den kleinen und oft kleinlichen Tagesgeschäften muß das Recht und die Pflicht zur Weiterbildung oft ganz zurücktreten. Und doch tut gerade diese bitter not, wenn die Sekretäre ihren Posten nicht bloß ausfüllen, sondern dem Interesse der Sozialdemokratie im höchsten Sinne nutzbar machen wollen. Wie ist es möglich, daß das Parteisekretariat zum Mittelpunkt des politischen, des geistigen Klassenlebens der Proletarier eines Bezirks wird, wenn der Sekretär außerstande ist, die neuauftauchenden Erscheinungen und Streitfragen beurteilen zu können, beraten von reichen Kenntnissen und einer gründlichen theoretischen Durchbildung? Zu der Belastung mit Berufsarbeit gesellt sich noch für manche Parteisekretäre — kinderreiche Familienväter — der Zwang zu schriftstellerischem Nebenverdienst. Eine Besserstellung unserer Sekretäre, die ihnen Muße und Frische zur regsten Anteilnahme am geistigen Leben der Partei sichert, würde manchen unerquicklichen Zügen in unseren Reihen vorbeugen. (Sehr richtig!) Dies sind die Erwägungen, die dafür maßgebend waren, daß der Antrag eingebracht wurde. Die Besoldung unserer Parteisekretäre entspricht nicht den Teuerungspreisen, steht auch in keinem Verhältnis zu den vielerlei verantwortungsreichen Aufgaben, die sie zu erfüllen haben. Warum sind die Parteisekretäre selbst nicht schon längst vor uns hingetreten und haben Besserstellung und Entlastung gefordert? Es ist schwer, in eigener Sache etwas zu verlangen. Ich habe weder die Absicht noch die Aussicht, je Parteisekretär zu werden. Ich habe auch keine Töchter und kann alle Eide schwören, daß ich es nie zur Schwiegermutter eines Parteisekretärs bringen werde. (Große Heiterkeit.) Es ist lediglich das Interesse der Partei, das mich veranlaßt, für unsere Beauftragten einzutreten. Mit der Kraft unserer Parteisekretäre wird Raubbau getrieben. Das will niemand von uns, und das schädigt die Zukunft unserer Bewegung. Darum müssen wir fordern: eine materielle Besserstellung der Parteisekretäre, eine bessere bureautechnische Organisation der Parteisekretariate, die Anstellung weiterer Kräfte in ihnen. Wir müssen aber auch verlangen, daß Frauen als Parteisekretäre angestellt werden. Wie erfolgreich Genossinnen in solchen Aemtern wirken, das zeigt die Tätigkeit des Frauenbureaus und die Tätigkeit des gewerkschaftlichen Arbeiterinnensekretariats.

Zwischen dem Sekretär und der Sekretärin würde sich eine Arbeitsteilung vollziehen, die der Bewegung im allgemeinen, der Entwickelung unserer Frauenbewegung im besonderen förderlich wäre. Die

Agitations- und Organisationsarbeit unter dem weiblichen Proletariat erhielte neue, stärkere Impulse und praktische Gelegenheiten, und arbeitend, wirkend könnte sich die Begabung und Tatkraft mancher Genossin kräftig und frei entfalten, die heute durch die Erwerbsfron im Dienste des Kapitals gehemmt wird, sich ganz für den Befreiungskampf des Proletariats einzusetzen. An Genossinnen, die den Aufgaben des Amtes gewachsen sind, fehlt es durchaus nicht. Wie notwendig die durch den Antrag gewünschte Förderung unserer Frauenbewegung ist, beweisen die Zahlen über die Zunahme der weiblichen Erwerbsarbeit. Es kann sich nicht um eine schematische Ausführung der hier gegebenen Anregungen handeln, da verschiedenartige Verhältnisse in Rücksicht gezogen werden müssen. Die Ausführung ist auch nicht nur Sache des Parteivorstandes, sondern auch der Organisationen draußen im Lande, die manchmal den angeregten Neuerungen weit unzugänglicher sind als der Parteivorstand, der von höherer Warte aus einen allgemeineren und weiteren Ueberblick besitzt. Gut wäre es, wenn — soviel es möglich ist — noch vor den Reichstagswahlen mit der Umsetzung der Anregung in die Praxis begonnen werden könnte. Auch das wäre ein Mittel, unsere Aktionsfähigkeit für den Kampf zu steigern. (Lebhafter Beifall.)

Ryffel-Leipzig: Dieser Antrag, der eigentlich nur ein Wunsch ist, kann nicht von hier aus, sondern nur in den einzelnen Kreisen erledigt werden. Eine größere Aussprache muß vorhergehen. Nicht nur um die technische Ausgestaltung handelt es sich, sondern auch um bessere Besorgung des Materials. Wenn gewünscht wird, daß auch Genossinnen angestellt werden, so ist das die heikelste Frage, die es gibt, es kann nur auf die Eignung, und nicht darauf ankommen, ob Mann oder Weib. Ich beantrage, da der Parteivorstand bereits wohlwollende Prüfung zugesagt hat, den Antrag der neueingesetzten Kommission zur Reorganisation zu überweisen.

Nachdem **Dittmann**-Solingen auf das Wort verzichtet hatte, wird der Ueberweisungsantrag angenommen.

Ein Antrag Lipinski auf authentische Erläuterung des gestern gefaßten Beschlusses über den Antrag 30 wird noch vor der Verlesung von dem Antragsteller mit folgender Erklärung zurückgezogen:

Lipinski: Ich habe den Antrag in Konsequenz des gestern gefaßten Beschlusses über den Antrag 30 gestellt. Der Parteivorstand erklärt mir jedoch, daß die Angelegenheit im letzten Augenblick zu großen Debatten führen würde. Er stellt in Aussicht, die Angelegenheit zu beraten. Unter diesem Gesichtspunkt ziehe ich den Antrag zurück.

Vorsitzender **Dietz**: Damit später keine Differenzen entstehen können, stelle ich fest, daß ein Antrag Lipinski nicht mehr vorliegt.

Die Resolution 80 begründet

Dr. Liebknecht: Die auf dem Magdeburger Parteitag angenommene Resolution gegen den Zarismus lautet im ersten Teil: „Der Parteitag wolle gegen die infame Vergewaltigung Finnlands durch den Zarismus protestieren, dem um seine Freiheit und sein Recht kämpfenden finnischen Volke seine brüderliche Sympathie aussprechen und ihm für diesen Kampf die opferbereite Unterstützung durch das klassenbewußte deutsche Proletariat zusichern." Bei der Erörterung dieser Resolution wurde einiges aus der Geschichte der Entrechtung Finnlands vorgetragen, beginnend mit jenem Zarenmanifest vom 15. Februar 1899, fortgesetzt durch das Journal des Ministerrats vom 2. Juni 1908, das Reglement vom Frühjahr 1909 und das Manifest vom 7. Oktober 1909 und beschlossen durch jenes niederträchtige „Gesetz" vom 30. Juni 1910, das die Autonomie Finnlands auf nahezu allen legislatorischen Gebieten voll-

ständig aufhob. Ich habe damals auch die Proteste erwähnt, die aus bürgerlichen Kreisen gegen diese Anschläge des Zarismus auf die finnische Freiheit erhoben wurden. Bereits 1899 haben sich eine Anzahl holländischer Rechtsgelehrter vom rein juristisch-staatsrechtlichen Standpunkt aus nachdrücklich gegen das Manifest vom 15. Februar 1899 gewandt. Auch nach den Vergewaltigungen, die sich seit 1908 Schlag auf Schlag folgten, haben bürgerliche Kreise im Interesse Finnlands öffentlich energisch Partei ergriffen. Es war Professor Rudolf Eucken in Jena, der in einem Artikel der „Frankfurter Zeitung" vom 17. Dezember 1909 den ersten Anstoß zu dieser neueren Protestbewegung gegeben hat. Am 25. Januar 1910 folgte eine äußerst scharfe „Erklärung" von 67 hervorragenden Vertretern der Wissenschaft und Kunst in Deutschland und Oesterreich.

Selbstverständlich haben diese Proteste keinen Erfolg erzielt. Die finnische Frage kann nicht als Rechtsfrage, sondern nur als Machtfrage entschieden werden. Nach der Behauptung gewisser Veröffentlichungen wurde durch das Fiasko eines russischen Unterhändlers, der die französische Regierung gegenüber jenen Protesten für die Finnlandpolitik Rußlands zu gewinnen suchte, die russische Regierung zu dem Beschluß veranlaßt, ihre Maßregeln äußerlich in „mildere" Formen zu kleiden. Nicht einmal das aber hat sich als vereinbar mit dem Wesen des Zarismus herausgestellt. Unmittelbar nach jenen Angriffen auf die finnische Freiheit und Selbständigkeit nach dem hoch- und landesverräterischen Staatsstreich der russischen Regierung gegen die vom Zaren beschworene Verfassung Finnlands, ist die bisherige Brutalität noch übertrumpft. In den letzten Monaten hat Rußland begonnen, Finnland zu zerfleischen. Bisher sind zwei Kirchspiele des Gouvernements Wyborg einverleibt und es ist bereits angekündigt, daß weitere folgen werden. Natürlich ist das nur der Anfang der Einverleibung ganz Finnlands. (Sehr richtig!)

Die „strategischen Notwendigkeiten", mit denen man die Einverleibung „rechtfertigt", sind nur ein ganz fadenscheiniger Vorwand, der überdies die Ungesetzlichkeit des Vorgehens gar nicht einmal zu bemänteln sucht. Diese empörende Gewaltpolitik ist einmal ein Akt der Furcht für die Zukunft, der Rache und des Hasses für die Vergangenheit und Gegenwart gegen jenes Finnland, das während der russischen Revolution und auch in der ersten Periode der Konterrevolution ein Asyl der revolutionären Kämpfer war, das eines der demokratischsten Wahlrechte der ganzen Welt besitzt, dessen starke Arbeiterbewegung auf einem außerordentlich hohen Niveau steht, wo die Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen 40 Proz. aller Stimmen erhielt und die zahlreichste sozialistische Fraktion der Welt im Landtag hat. In Finnland ist die Sozialdemokratie die Vorkämpferin und Leiterin der politischen Opposition gegen den Zarismus. Finnland ist so ein Pfahl im Fleische der russischen Reaktion. Dann aber ist Finnland auch ein eigenes Zollgebiet, das dem Handel der anderen Länder unter den gleichen Bedingungen geöffnet ist, wie dem russischen, und so folgt die russische Einverleibungspolitik auch aus dem Bedürfnis der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft Rußlands, Finnland als Markt für Rußland zu monopolisieren, das Ausland durch hohe Zollmauern davon möglichst auszuschließen.

Wenn wir all dies vor unserem Auge Revue passieren lassen, so wird niemand verkennen, daß das finnische Proletariat gerade auch im jetzigen Moment seiner Leidensgeschichte Anspruch darauf besitzt, daß die deutsche Sozialdemokratie, daß das ganze internationale Proletariat seine Solidarität mit dem gepeinigten finnischen Volk erklärt. (Bravo!)

Die Einverleibung der beiden Kirchspiele ist schon heute nicht das einzige. Unter Mißachtung der Abgeordnetenimmunität ist der Redakteur Genosse Airola verhaftet worden. Wir wären ja naive Kinder, wenn wir nicht wüßten, daß in Zeiten, wo es hart auf hart geht, die Abgeordnetenimmunität nichts ist, als ein Spinnwebefaden vor der Mündung einer geladenen Kanone; der Vissingsche Korpsbefehl hat uns gezeigt, daß in Deutschland ganz das gleiche in Aussicht genommen ist und bleibt, trotz der „Rücknahme" dieses Teiles des Korpsbefehls, von der es in der Oeffentlichkeit verlautet.

Es bedarf kaum der ausdrücklichen Feststellung, daß die Einverleibung auch durch das infame Entrechtungsgesetz vom 30. Juni 1910 nicht gedeckt ist. Dieses Gesetz betrifft nur die gesetzgeberische Selbständigkeit Finnlands in bezug auf die Regelung seiner normalen laufenden Angelegenheiten, darin ist aber der russischen Regierung nicht die Befugnis zugesprochen, über das finnische Staatsgebiet frei zu schalten und Teile Finnlands zu verschlucken.

Ist es nicht selbstverständlich, daß das finnische Volk sich regt gegenüber einer solchen Vergewaltigung? Wäre es nicht wert der russischen Knute, wenn es das über sich ergehen ließe, ruhig wie eine Herde von Schafen? Ja, Parteigenossen, es ist wahrlich nicht erstaunlich, daß in Finnland eine Protestbewegung entstanden ist, die bereits ernstere Konflikte im Gefolge gehabt hat. Daß diese Bewegung von der deutschen Sozialdemokratie mit aller Sympathie begrüßt wird, bedarf keiner besonderen Hervorhebung. Aber, daß dieser Kampf den russischen Reaktionären schwer im Magen liegt, das beweisen auch gewisse Veröffentlichungen in der deutschen Presse, speziell eine Veröffentlichung in der „Kreuzzeitung" vom 14. September dieses Jahres, die — ich erinnere an den bekannten Plan der russischen Regierung, ausländische Zeitungen mit russisch-offiziösen Artikeln zu füttern — ganz offenbar den Stempel des russischen Offiziösentums an der Stirn trägt. In dieser russisch-regierungsoffiziösen Note wird geklagt, daß es in Finnland wieder recht lebhaft zugeht. Wir beklagen das nicht. Das interessanteste ist aber eine Drohung, die sich am Schluß des Artikels findet: „Mit Rücksicht auf die Haltung der Finnländer auf das ursprüngliche Projekt zurückzugreifen und im Interesse der Sicherheit der Hauptstadt das ganze Gouvernement Wyborg der Reichsregierung zu unterstellen," womit zugleich eingestanden wird, daß jene „strategischen Rücksichten" nichts anderes sind als Rücksichten einer Strategie, die nicht dem Schutz gegen das Ausland gilt, sondern dem Schutz der russischen Zarenmeute gegen den Fortschritt und die Freiheit des russischen Volkes; daß Petersburg befestigt werden soll gegen künftige revolutionäre Stürme. Diese unerhörte Drohung wird natürlich nicht dazu beitragen, das Volk zu beruhigen, sondern im Gegenteil die Empörung und den Kampf zu schüren.

Sie wissen, daß deutsche Behörden sich nicht gescheut haben, unseren vorjährigen Parteitagsprotest zum Gegenstand einer staatsanwaltlichen Verfolgung in Deutschland zu machen. Man kann in der Tat für die deutsche Reaktion nichts Blamableres ausdenken, als daß sie unsere Protestaktion gegen den vorjährigen Zarenbesuch und gegen die Brutalisierung Finnlands zu einem solchen Angriff zu benutzen versucht. Wir wünschen ihr viel Glück zu diesem Streich. Ich habe keine Veranlassung, hier näher auf die Einzelheiten dieser glorreichen deutschen Hilfsaktion für „Väterchen" einzugehen, aber das ist sicher, daß wir nicht wert wären, von der Sonne beschienen zu werden, wenn wir uns durch derartige staatsanwaltschaftliche Feldzüge abhalten ließen, das zu tun und zu sagen, was wir für richtig halten. (Bravo!)

Unsere Sympathieerklärung hat nicht bloß eine platonische Bedeutung. Die finnische Frage kann nur als ein Teil der allgemeinen russischen Frage

gelöst, die finnische Freiheit nur mit der russischen Freiheit zugleich erkämpft werden durch Niederwerfung des Zarismus überhaupt. Die russische Arbeiterbewegung beginnt als Massenbewegung des Klassenkampfs mehr und mehr zu erstarken und selbst in bürgerlichen Kreisen Rußlands regt sich's von neuem erfreulich.

Es ist eine Pflicht der internationalen Solidarität und eine Konsequenz des Versprechens, das wir im vorigen Jahre in Magdeburg gegeben haben, auch jetzt wieder an die Seite unserer finnischen Genossen zu treten und mit ihnen zu rufen: Nieder mit dem Zarismus! Es lebe die Freiheit des finnischen Volkes! (Lebhafter Beifall.)

Die Resolution wird ohne Debatte angenommen. Damit sind alle Anträge erledigt.

Den

Bericht der Beschwerdekommission

erstattet

Rauch-Hannover: Der Beschwerdekommission sind drei Beschwerden unterbreitet worden. Der erste Fall betrifft den Dachdecker Adolf Henseleit-Danzig. Henseleit ist wegen ehrloser Handlung in Verbindung mit Gewalttätigkeit auf Antrag des sozialdemokratischen Vereins Danzig aus der Partei ausgeschlossen worden. Die Tatsache ist unbestritten. Das Schiedsgericht hatte, und das ist sonderbar, bedingungsweise nur eine Rüge erteilt und auf Ausschließung von den Vertrauensämtern bis zum 1. Januar 1903 erkannt. Da Henseleit die Bedingung nicht akzeptierte, erkannte es auf Ausschluß aus der Partei.

Die Beschwerdekommission ist einstimmig der Ansicht, daß Vergehen, wie sie Henseleit sich hat zuschulden kommen lassen, unweigerlich mit dem Ausschluß aus der Partei geahndet werden müssen. Sie beantragt: Der Parteitag wolle dem Urteil des Schiedsgerichts beitreten.

Der Parteitag stimmt ohne Debatte diesem Antrage zu.

Rauch-Hannover: Der zweite Fall betrifft den Friseur Gottfried Rebele in Augsburg. Rebele hatte, von dem inzwischen nach Argentinien ausgewanderten Genossen Greifenberg aufgestachelt, gegen den Genossen Rollwagen schwere Anschuldigungen ehrenrühriger Art erhoben (Meineid, Verleitung zum Meineid usw.) und von den Parteiinstanzen gefordert, Rollwagen zur Niederlegung der von ihm bekleideten öffentlichen Aemter zu veranlassen, anderenfalls er, Rebele, dem Staatsanwalt davon Mitteilung machen werde. Genosse Rollwagen beschritt, um Klarheit zu schaffen, den Klageweg. Vor Gericht erwiesen sich die Angaben Rebeles als der Grundlage entbehrend, und der Angeklagte nahm in einem zustande gekommenen Vergleich die erhobenen Vorwürfe mit Bedauern zurück, um sie aber bald darauf in einer Wirtschaft zu wiederholen.

Das eingeleitete Ausschlußverfahren gestaltete sich durch das Verhalten Rebeles außerordentlich schwierig. Die Geduld der Genossen wurde auf eine recht harte Probe gestellt. Dennoch glaubte man, dem Rebele eine goldene Brücke bauen zu müssen.

In dem Urteilsspruch heißt es darüber: Das Schiedsgericht sprach darauf aus, daß es bereit sei, von dem Ausschluß Abstand zu nehmen, wenn Rebele sich ausdrücklich verpflichtete, in Zukunft den Parteifrieden zu wahren, die persönlichen Angriffe gegen Parteigenossen, besonders Rollwagen, zu unterlassen und das Parteiinteresse in jeder Hinsicht über das persönliche Interesse zu stellen. Das Schiedsgericht beauftragte eines seiner Mitglieder, den Genossen

Gerling, in die Wohnung Rebeles zu gehen, ihm von dem Beschlusse Kenntnis zu geben und ihn zu ersuchen, zum Zwecke der Unterzeichnung einer entsprechenden Erklärung in die Sitzung des Schiedsgerichts zu kommen. Rebele lehnte trotz aller Ermahnungen Gerlings diese Erklärungen in allen Teilen ab, er erschien auch nicht mehr in der Sitzung des Schiedsgerichts.

Die Beschwerdekommission ist mit Ausnahme des Genossen Nimmerfall, der sich der Abstimmung enthalten hat, der Ansicht, das der Ausschluß des Rebele durchaus gerecht ist und beantragt, den erhobenen Einspruch zu verwerfen.

Der Parteitag stimmt dem Antrage ohne Debatte zu.

Rauch-Hannover: Der Genosse Hoppe, Geschäftsführer der Großeinkaufsgenossenschaft, Abteilung Berlin, hat, angeblich aus Verärgerung, den aus dem Geschäft ausgeschiedenen Angestellten wiederholt Zeugnisse ausgestellt, die an sich schon den Betroffenen das Fortkommen erschwerten. Er hat außerdem an Firmen telephonische Auskünfte erteilt, die mit den ausgestellten Zeugnissen nicht übereinstimmen. Das bürgerliche Gericht, das die Betroffenen angerufen haben, hat den Anträgen der Kläger auf Ausstellung neuer Zeugnisse entsprechend geurteilt. Von den Parteiinstanzen zur mündlichen Aussprache aufgefordert, hat Hoppe es vorgezogen, nicht zu erscheinen. Darauf wurde das Ausschlußverfahren anhängig gemacht mit dem Ergebnis, daß beide Instanzen, da ehrlose Motive nicht festgestellt werden konnten, auf „allerschärfste Rüge" erkannten. Die Parteiorganisation von Berlin VI hat Beschwerde erhoben, da nach ihrer Ansicht auf Ausschluß aus der Partei hätte erkannt werden müssen.

Die Beschwerdekommission ist der einstimmigen Ansicht, daß Genosse Hoppe durch das von ihm beliebte Verfahren einer Handlungsweise sich schuldig gemacht hat, die allein schon vom rein menschlichen Standpunkt betrachtet durchaus verwerflich ist, und die schon den härtesten Tadel verdient, wenn er sie als Angestellter eines Privatbetriebes begangen hätte. Als Angestellter eines genossenschaftlichen Unternehmens, als Parteigenosse, durfte er unter keinen Umständen so handeln, wenn auch nicht verkannt werden soll, daß Stellungen, wie die von ihm bekleidete, manchmal zu recht schwierigen Situationen führen. Verärgerung aber und Gereiztheit dürfen niemals dazu verleiten, seinen Mitmenschen das Fortkommen zu erschweren.

Trotz der Schwere des Vergehens, dessen Genosse Hoppe sich schuldig gemacht hat, beantragt die Beschwerdekommission, für dieses Mal Rücksicht walten und es bei dem Schiedsgerichtsurteile, also der allerschärfsten Rüge, bewenden zu lassen.

In der Diskussion nahm das Wort

Müller-Berlin VI: Das Schiedsgericht und auch das vom Parteivorstand eingesetzte Gericht haben die gegen Hoppe erhobenen Beschuldigungen als erwiesen betrachtet. Schwere Indizien sprechen auch dafür, daß er das eine unter Anklage gestellte Telephongespräch gehalten hat. Obgleich beide Instanzen erklärten, daß das Verhalten Hoppes kein parteigenössisches und zu verurteilen sei, weil Hoppe gegen Parteitagsbeschlüsse verstoßen hat, kommt es zu keinem Ausschluß. Die Handlungsweise des Hoppe war parteischädigend. Er muß also ausgeschlossen werden.

Der Parteitag stimmt dem Antrage der Beschwerdekommission zu.

Rauch-Hannover: Es haben sich noch einige Parteigenossen an den Parteitag gewendet, um den bereits erfolgten Ausschluß wieder rückgängig zu machen. Es handelt sich um vier Genossen, die den am 1. Mai verdienten Arbeitslohn gar nicht oder nur zum Teil abgeführt haben, angeblich aus Notlage usw. Sie wollen, daß der Ausschluß wieder aufgehoben wird. Die Kommission konnte

sich aber nicht weiter damit befassen, weil keinerlei Aktenmaterial vorhanden ist. Den Betroffenen ist auch das Urteil noch nicht zugestellt worden, denn das Schiedsgericht ist erst am 29. August zusammengetreten. Aus allen diesen Gründen möchten wir keine Stellung nehmen und können dem Parteitag empfehlen, nur dasselbe zu tun.

Der Parteitag ist einverstanden.

Damit ist der Bericht der Beschwerdekommission erledigt.

Es folgt die Verkündigung des Ergebnisses der Wahlen zum Parteivorstand.

Abgegeben sind 393 Stimmzettel. Gewählt sind zu Vorsitzenden Bebel-Berlin mit 390 und Haase-Königsberg mit 283 Stimmen. Außerdem hat erhalten Ebert-Berlin 102 Stimmen. Zum Kassierer ist gewählt Gerisch-Berlin mit 392 Stimmen. Zu Schriftführern sind gewählt Braun-Königsberg mit 373 Stimmen, Ebert-Berlin mit 379 Stimmen, Molkenbuhr mit 389 Stimmen, Hermann Müller-Berlin mit 370 Stimmen, Pfannkuch-Berlin mit 390 Stimmen, Scheidemann-Cassel mit 355 Stimmen. Außerdem hat erhalten Rudolph-Frankfurt a. M. 54 Stimmen. Als Beisitzerin ist gewählt Luise Zietz-Berlin mit 389 Stimmen. Für die Kontrollkommission sind gewählt Kaden mit 368 Stimmen, Bock mit 363 Stimmen, Ernst mit 361 Stimmen, Brühne mit 354 Stimmen, Timm mit 298 Stimmen, Geck mit 274 Stimmen, Klara Zetkin mit 264 Stimmen, Stubbe mit 261 Stimmen, Hengsbach mit 247 Stimmen. Außerdem haben erhalten Linchen Baumann 15 Stimmen, Brey 150 Stimmen, Dr. Gottschalk 50 Stimmen, Hildenbrand 138 Stimmen, Löbe 149 Stimmen.

Zum Vorsitzenden der Kontrollkommission ist Kaden gewählt.

Zu Beisitzern des Vorstandes sind gewählt Liepmann und Wengels.

Zu Mitgliedern des Bildungsausschusses sind gewählt: Eduard David, Hugo Heimann, Karl Korn, Franz Mehring, Adolf Müller, Heinrich Schulz, der als Geschäftsführer bestimmt ist, und Klara Zetkin.

Das Wort zur Begründung eines Antrages der Kontrollkommission erhält

Kaden: Parteigenossen und Parteigenossinnen! Die Berechtigung des Antrages der Kontrollkommission, den ich zu vertreten habe, werden Sie wohl ohne weiteres anerkennen, und ich kann mich daher kurz fassen. Durch die vorgenommenen Vorstandswahlen ist es zur Notwendigkeit geworden, auch die Gehaltsfrage der Sekretäre ins Auge zu fassen. Die Neugewählten müssen aus Stellungen ausscheiden, in denen sie sich materiell besser standen. Nun können wir den Gewählten schwer zumuten, sich in ihren Einkommensverhältnissen zu verschlechtern. Deshalb beantragt die Kontrollkommission, das Gehalt auf 5000 Mk. festzusetzen und diesen Beschluß auch auf die alten Sekretäre und den Kassierer auszudehnen, die jetzt 4500 Mk. beziehen. Ich bitte den Parteitag, den Antrag einstimmig anzunehmen.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Es folgt die Beratung des von Köln Stadt und Land zur Tagesordnung des nächsten Parteitages gestellten Antrages (Nr. 58). Zur Begründung erhält das Wort

Runge-Köln: Wir haben beantragt, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: „Die Privatbeamten und die Sozialdemokratie". Wir meinen nicht, daß die Sozialdemokratie für diese Schichten der Proletarier bisher nichts getan hat, aber wir haben uns gesagt, daß die Verhältnisse, unter denen diese Kategorie zu arbeiten hat, grundverschieden sind von denen der Handarbeiter, und daß daher auch die Art der Agitation eine andere sein muß. Weiter haben wir gesehen, daß bei der Beratung der Versicherungsgesetzgebung diesen Proletariern nicht gegeben ist, was ihnen gebührt, obwohl die bürgerlichen Parteien einen Wettlauf arrangiert haben, um sie einzufangen. Es kommt hier über die Million geistiger Arbeiter, wie ich sie nennen will, in Frage, und die Sozialdemokratie muß versuchen, ihnen klarzumachen, daß sie Proletarier sind, Ausgebeutete. Ich bitte Sie, unseren Antrag dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Dem wird zugestimmt.

Es folgt die Wahl des Ortes des nächsten Parteitages. Der Antrag 59 ist zurückgezogen. Es bleiben noch die Anträge 60 und 61.

Linke-Dessau bittet, den nächsten Parteitag in Dessau abzuhalten, wo es den Parteigenossen gelungen ist, das schönste und größte Gartenetablissement zu erkämpfen, das sich für die Abhaltung des Parteitages sehr eignet. In einzelnen Kreisen der Parteigenossen bezeichnet man Anhalt oder Dessau zwar als die humoristische Ecke (Heiterkeit), ich bitte Sie aber, sich von dieser irrigen Meinung nicht bestimmen zu lassen.

Zentsch-Chemnitz: Wir beantragen, den nächsten Parteitag in Chemnitz abzuhalten. Wir werden Sie dort in unserem eigenen „Volkshaus" begrüßen können. Bei einer Einwohnerschaft von zirka 300 000, darunter 28 000 gewerkschaftlich und beinahe 10 000 politisch organisierten Genossen werden Sie dort eine angenehme Aufnahme finden. Die Chemnitzer Genossen werden die Ehre zu schätzen wissen.

Hiermit schließt die Debatte.

Es wird beschlossen, den nächsten Parteitag in Chemnitz abzuhalten.

Vorsitzender **Dietz:** Damit sind die Geschäfte des Parteitages beendet. Wir haben jetzt die angenehme Pflicht zu erfüllen, unseren Jenenser Parteigenossen den herzlichsten Dank auszusprechen für die vielen Mühen und Arbeiten, die allein es ermöglichten, daß der Parteitag seine Geschäfte ordnungsmäßig erledigen konnte. Wir haben auch zu danken für die erhebende Empfangsfeier und die musikalischen Darbietungen am Donnerstag, die auf Stunden die Verhandlungen sehr angenehm unterbrachen. (Bravo!) Vor allem aber sei ihnen der Dank ausgesprochen für das originelle Marktfest, wie es ähnlich kaum in einer anderen großen Stadt des Deutschen Reiches gefeiert werden könnte. Die meisten Parteigenossen beneideten die Jenenser um das Maß der politischen Freiheit, das sie genießen. (Sehr wahr!) Das Marktfest hat nicht dazu geführt, Jena auf den Kopf zu stellen. (Heiterkeit.) Die Stadt steht heute, wie gestern, auf dem nämlichen Platze. Uns aber wird die Tagung in Jena stets in guter Erinnerung bleiben. (Lebhafter Beifall.)

Parteigenossen! Die Verhandlungen des Parteitages standen unter einem guten Stern. Sie sind so erledigt worden, daß wir alle mit den Ergebnissen zufrieden sein können. (Zustimmung.) Wenn hier und da Wünsche und Hoffnungen nicht erfüllt worden sind, so ist das verhältnismäßig leicht zu ertragen. Ist doch unser heißester Wunsch in Erfüllung gegangen, die Partei bei den herannahenden Kämpfen in geschlossenen Reihen zu sehen, beseelt von dem Mut und der Zuversicht, siegreich daraus hervorzugehen. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorstandsbericht hat uns gezeigt, daß die getroffenen Vorbereitungen derartig sind, daß sie den Sieg verbürgen; daß nichts unterlassen worden ist, was uns irgendwie in dem Glauben daran erschüttern könnte. (Beifall.)

Es ist bekanntlich unmöglich, es allen recht zu machen. Das hat der Parteivorstand in der Kritik seiner Tätigkeit erfahren müssen. Aber er hat auch die Genugtuung erhalten, daß der Parteitag einstimmig ihm sein Vertrauen aussprach für die zielbewußte Leitung der Parteigeschäfte. (Bravo!)

Sowohl der parlamentarische Bericht wie der Bericht über die Reichsversicherungsordnung, der dem ersteren ergänzend zur Seite trat, geben uns ein Bild von der inneren Kraft und dem Willen der Partei, unabläßig den Kampf für die Interessen des Proletariats und der nichtbesitzenden Klassen zu führen. Aber sie geben uns auch ein Bild von den Mächten, die sich dem Drängen des Volkes nach Freiheit, Brot und Bildung entgegenstemmen. Sie zeigen uns ganz deutlich, daß ein Paktieren mit diesen Mächten unmöglich ist, daß sie zu Boden gerungen werden müssen, wenn der Kulturfortschritt nicht gehindert werden soll. (Erneuter Beifall.) Die Richtlinien des Kampfes sind in der Resolution zum parlamentarischen Bericht niedergelegt, die in weiten Kreisen des deutschen Volkes mit wahrer Begeisterung entgegengenommen worden ist. Die Resolution atmet Kampf und Empörung gegen das blutsaugerische System der herrschenden Klassen und gegen die Unfähigkeit oder den bösen Willen der Regierung, der Not des Volkes abzuhelfen.

Einen Glanzpunkt unserer Verhandlungen bildeten die beiden Referate unseres greisen, aber jugendlich empfindenden Bebel. (Lebhafte Zustimmung.) Er hat den Finger in die Wundenmale unseres ganzen Gesellschafts- und Regierungssystems gelegt, und damit hat er nicht nur Deutschland, sondern der ganzen Welt einen großen Dienst erwiesen. (Brausender Beifall.) Sie weiß jetzt, wo die Friedensstörer sitzen, die mit dem Gut und Blut der Völker in unverantwortlicher Weise umgehen. Sie weiß aber auch, daß es nur eine Macht gibt, die dieses Treiben rücksichtslos kennzeichnet und bis aufs Messer bekämpft. Und diese Macht ist die Sozialdemokratie nicht nur Deutschlands, sondern die der ganzen Welt, die, wie keine andere politische Partei, ganze Arbeit machen will und ganze Arbeit machen wird. (Stürmische Zustimmungskundgebungen.)

Wir werden in den nächsten Tagen in der bürgerlichen Presse allerlei Betrachtungen lesen über unsere Verhandlungen. Sie werden vielfach nicht schmeichelhaft sein. Man wird ganz besonders auf unsere inneren Streitigkeiten verweisen und daraus den Schluß zu ziehen versuchen, daß es mit unserer Einigkeit nicht allzuweit her sei.

Wie wenig kennen die anderen Parteien, und besonders die liberalen Parteien, die Sozialdemokratie und ihr innerstes Wesen! Gerade in den Streitigkeiten offenbart sich unsere Stärke, denn sie sind der Ausfluß eines regen politischen Lebens in unseren Reihen und bilden in keiner Weise eine Störung unserer gefestigten Einigkeit. (Beifall.) Die Einigkeit der bürgerlichen Parteien, auch der Liberalen, ist dagegen höchst problematisch. Auf Schritt und Tritt kann man den Liberalen den Verrat an ihren Prinzipien nachweisen (Sehr wahr!) und ganz besonders ihr schwaches Rückgrat. Im Dienst der Freiheit gehen sie höchstens bis an die Knöchel ins Wasser und dann womöglich noch in wasserdichten Stiefeln (Heiterkeit), um sich nicht zu erkälten. (Erneute Heiterkeit.) Wenn der Demokrat Uhland einst sang:

Der Dienst der Freiheit ist ein schwerer Dienst,
Er trägt nicht Gold, er trägt nicht Fürstengunst,
Er bringt Verbannung, Hunger, Schmach und Tod,
Und doch ist dieser Dienst der höchste Dienst —,

so denken die aufrichtigen Liberalen fast ausnahmslos: es ist ein wahres Glück, daß wir es nicht mehr nötig haben; diesen Dienst besorgt jetzt die Sozialdemokratie! (Heiterkeit.) Und so ist es auch!

Parteigenossen! Der Parteitag hat uns auch eine Verstärkung unseres Vorstandes gebracht und eine Reorganisation unserer höchsten Behörde in Aussicht gestellt. Wünschen wir, daß diese Verstärkung in der Exekutive die daran geknüpften Hoffnungen und Erwartungen im vollsten Maße erfülle. Unsere Parteileitung steht vor einer schweren Aufgabe, die die Reichstagswahl mit sich bringen wird. Unterstützen wir sie mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften. Auch der Generalstab muß wissen, daß er ein zuverlässiges Heer hinter sich hat.

Und nun, Parteigenossen, vorwärts in den Kampf für die Rechte des Volkes! Nieder mit der Reaktion, nieder mit allen Gewalten, die sich der herannahenden neuen Gesellschaftsordnung entgegenstemmen. (Bravo!) Bekräftigen wir unseren unbeugsamen Willen, nicht zu rasten und zu ruhen, bis das hehre Ziel erreicht ist, durch ein dreifaches Hoch auf die sozialdemokratische Partei Deutschlands und die sozialdemokratische Bewegung aller Länder. Die Sozialdemokratie lebe hoch, hoch, hoch! (Die Delegierten haben sich erhoben, stimmen begeistert in das Hoch ein und singen die erste Strophe der Arbeitermarseillaise.)

Der Parteitag ist geschlossen. (Lebhafter Beifall.)

Schluß 10¾ Uhr.

Bericht

über die

6. Sozialdemokratische Frauenkonferenz in Jena.

Abgehalten am 8. und 9. September 1911.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Frauenbureaus:
   a) Agitation; b) Frauentag; c) Die Kinderschutzkommissionen. Berichterstatterin: L. Zietz.
   d) Die Leseabende; e) Die Beschwerdekommissionen. Berichterstatterin: O. Baader.
2. Die Frauen und die Reichstagswahlen. Berichterstatterin: K. Zetkin.
3. Die Frauen und die Gemeindepolitik. Berichterstatterin: K. Weyl.

Erster Verhandlungstag.

Freitag, den 8. September 1911. — Vormittagssitzung.

Im großen Saale des Gewerkschaftshauses trat die sechste Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands unter sehr zahlreicher Beteiligung zusammen. Auch viele männliche Delegierte, die schon zum Parteitag hier eingetroffen sind, nehmen an den Verhandlungen teil. Genossin Adelheid Popp aus Wien ist in Vertretung der deutsch-österreichischen Genossinnen erschienen und wird herzlich begrüßt. Für den Parteivorstand sind die Genossen Pfannkuch, Molkenbuhr, Liepmann und Wengels anwesend. Als Gast ist die bürgerliche Frauenrechtlerin M. Tauer erschienen.

Am Abend vorher hat eine geschlossene Sitzung stattgefunden, in der der Parteivorstand durch mehrere seiner Mitglieder vertreten war.

Um ½10 Uhr morgens wird die Konferenz eröffnet.

Genossin Zietz: Werte Genossinnen und Genossen! Im Auftrage des Parteivorstandes heiße ich Sie herzlich willkommen und erkläre unsere Konferenz für eröffnet. Sie ist die erste Tagung nach dem Zusammenschluß der proletarischen Männer und Frauen in gemeinsamer politischer Organisation, die uns das Reichsvereinsgesetz, so reaktionär es auch ist, ermöglicht hat. Nachdem wir uns also das politische Kampfesfeld erobert haben, gilt als nächstes Ziel die Eroberung politischer Waffen, die Eroberung des Frauenwahlrechts und damit des allgemeinen Wahlrechts auf breitester demokratischer Grundlage. Die Erkenntnis der Notwendigkeit, auch der Frau Waffen für den politischen

Kampf zu erobern, dringt in immer weitere Kreise. Dies beweisen die glänzenden Erfolge der Organisierung der proletarischen Frauen: beim Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes 29 000, heute 108 000 weibliche Parteimitglieder! (Bravo!) Es ist bekannt, welche Hemmnisse gerade die Agitation unter den Frauen zu überwinden hat. Schon in der Schule wird der junge empfängliche Geist des Kindes mit einem vielverschlungenen Gestrüpp falscher Anschauungen umgeben, die den Blick für die Orientierung über Welt und Leben trüben. Der junge Mann hat sowohl in der Schulzeit als insbesondere nachher viel mehr Gelegenheit, politisches Wissen zu erwerben, für das junge Mädchen ist häufig die Warnungstafel aufgestellt: „Für Mädchen schickt sich das nicht." Die verheiratete Frau hat die dreifache Arbeitslast der Haus- und Erwerbsarbeit und der Pflichten der Mutterschaft zu tragen. Sie führen zur Ueberbürdung der Frauen, sie knicken den Frühling des jungen Weibes und nehmen ihm die Kraft und Energie zum Widerstand. Dadurch, daß die Frau aber infolge der wirtschaftlichen Entwickelung vom Manne mehr und mehr unabhängig wird, empfindet sie den Druck des Kapitals schwerer und wird für den Kampf gegen die Ausbeutung leichter zu gewinnen sein. Die ökonomischen und politischen Zustände machen sich so sehr bis in die Familie hinein fühlbar, daß es eine schlechte Hausfrau sein müßte, die sich nicht um Politik kümmern wollte. (Zustimmung.) Der Erfolg unserer Tätigkeit tritt auch hervor in der Anteilnahme der Frauen an allen proletarischen Aktionen und in der Beschickung dieser Konferenz. Wir sehen hier neben einer ganzen Reihe von Genossinnen, die schon lange in treuer Waffenbrüderschaft mit uns den Kampf führen, viele junge, neue Gesichter, Kräfte, die die Arbeiterbewegung geboren hat. (Bravo!)

Wir treten in ernster politischer Zeit zusammen. Mit furchtbarem Druck lastet die Zoll- und Handelspolitik des Deutschen Reiches auf dem Volke. Infolge der Dürre erreichen gerade die Preise für Kartoffeln, Gemüse und Milch eine unerschwingliche Höhe. Die Not der Massen wird unerträglich. Eine Zunahme der großen wirtschaftlichen Kämpfe wird die Folge sein, das hat sich in England bereits gezeigt und in Frankreich ist es sogar zu Hungeraufständen gekommen. (Sehr richtig!) Die Reichsversicherungsordnung ist, statt zu einem Werke der sozialen Fürsorge, zu einem Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter gestaltet worden, unablässig rufen aber die Scharfmacher auch noch nach politischen Ausnahmegesetzen. Der Kampf gegen die Ausbeutung und die zunehmende Opposition der Massen sollen lahmgelegt werden. Der Marokkokonflikt zeigt uns die Folgen der herrschenden Kolonialpolitik, des Militarismus und Marinismus, die nicht nur außerordentliche materielle Opfer erfordern, sondern auch die Kriegsgefahr in Permanenz erhalten und die Reaktion im Innern stärken. (Sehr wahr!) Mit brennender Ungeduld erwarten wir alle, erwartet das gesamte Proletariat den Tag der Reichstagswahlen, wir hoffen von diesem Gerichtstag, daß er uns einen glänzenden Sieg bringen wird. Wir wollen da auch Abrechnung halten über die politische Entrechtung der Arbeiterklasse in Preußen und manchem anderen Bundesstaat. (Beifall.) Möge die Konferenz ein Spiegelbild des geistigen Lebens der proletarischen Frau geben und dazu beitragen, der Frauenbewegung kräftige neue Impulse zu geben! (Lebhafter Beifall.)

Als Vorsitzende werden gewählt Genossinnen Baader und Zietz. Genossin Zetkin hat die Wahl zur Vorsitzenden abgelehnt, da sie als Mitglied der Kontrollkommission an wichtigen Sitzungen teilnehmen muß. Zu Beisitzerinnen werden gewählt die Genossinnen Fahrenwald, Wackwitz, Blase-Mannheim, Pufe-Jena. Als Schriftführerinnen die Genossinnen Undeutsch-Magdeburg, Grünberg-Nürnberg, L. Baumann-Altona, Bollmann-Halberstadt.

Genossin Pufe-Jena begrüßt die Delegierten im Namen der Jenaer Genossinnen.

Genosse **Pfannkuch-Berlin**: Die Vorsitzende hat die Konferenz im Namen des Parteivorstandes eröffnet, und schon dadurch ist ausgesprochen, daß die Sympathie des Parteivorstandes Ihnen entgegengebracht wird, daß alles, was Sie verhandeln, das tiefste Interesse des Parteivorstandes besitzt und daß auch wir wünschen, daß Ihre Arbeiten nutzbringend für die Entwickelung der deutschen Sozialdemokratie als Glied der großen internationalen Völkerfamilie sein mögen. Daß ich das noch einmal ausspreche, kommt daher, daß nach dem Rezept gearbeitet wird: Doppelt genäht hält besser! (Heiterkeit.) Durch unsere Teilnahme an den Verhandlungen kommt auch zum Ausdruck, daß die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung fest begründet ist, daß es wohl Genossen und Genossinnen dem Geschlecht nach gibt, daß wir aber sonst nur Sozialdemokraten kennen. Die Einheit, die durch unser Organisationsstatut äußerlich zum Ausdruck gebracht wird, soll auch innerlich Seele und Leben bekommen, dazu mögen Ihre Verhandlungen beitragen, die beseelt sind von dem Geiste brüderlichen und schwesterlichen Zusammenarbeitens mit den Parteigenossen. Daß es Ihnen gelingen möge, auch auf dieser Tagung einen tüchtigen Schritt vorwärts zu marschieren, wünscht Ihnen der Parteivorstand von Herzen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzende Genossin **Zietz** teilt mit, daß als Vertreterin des Arbeiterinnensekretariats die Genossin Hanna, als Vertreterin der österreichischen Genossinnen die Genossin Popp aus Wien erschienen sind.

Genossin Popp: Genossen und Genossinnen! Ich kann leider nicht davon sprechen, daß es für die Sozialdemokratie Oesterreichs keine andere Organisation gibt, als die gemeinsame, nicht weil wir es nicht anders haben wollen, sondern weil unser Gesetz es nicht anders will. § 30 des österreichischen Vereinsgesetzes verbietet „Frauenspersonen" Mitglieder politischer Vereine zu werden. Freilich ist der Paragraph durch den Vorstoß der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten gefallen, aber noch hat das Herrenhaus nicht gesprochen, so daß der Beschluß noch nicht sanktioniert ist. Doch trotz aller Widerstände und Hemmnisse ist es uns gelungen, vorwärts zu kommen, und wenn ich auf der Frauenkonferenz in München noch erklären mußte, daß wir in Oesterreich gar keine politisch organisierten Frauen haben, kann ich heute berichten, daß es bei uns bereits 15 000 bis 17 000 politisch organisierte Frauen gibt. (Bravo!) Freilich nicht innerhalb eines Vereins, sondern nur in losem Gefüge. Auch unsere Arbeiterinnenzeitung hat heute bereits 24 000 Abonnenten. Auch eine Dienstbotenorganisation haben wir in Wien gegründet, die eine äußerst erfreuliche und vielversprechende Entwickelung nimmt. Die Genossin Zietz hat auf die Teuerung aller Lebensmittel hingewiesen. Wir können dasselbe Lied singen. Die Empörung und Verzweiflung darüber hat so weite Kreise erfaßt, daß es nur eines Wortes bedürfte, und Arbeiter und Arbeiterinnen wären bereit, alles zu unternehmen, um dagegen Stellung zu nehmen. Dazu kommt noch eine unerträgliche Teuerung aller Wohnungen. Da ist es nötig, daß die Frauen den Kampf nicht nur den Männern überlassen, wir müssen uns vielmehr bemühen, Aufklärung in die Reihen der Frauen zu bringen und sie aufzurufen zur Organisation. Wenn wir auch nicht sehr bald von Hunderttausenden organisierter Frauen werden sprechen können wie Sie, so hoffe ich doch, daß Ihre Beschlüsse auch anfeuernd und befruchtend auf unsere Bewegung wirken werden. Und in diesem Sinne begrüße ich Sie im Namen der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs. (Lebhafter Beifall.)

Zum ersten Punkt der Tagesordnung:

Geschäftsbericht des Frauenbureaus,

a) Agitation, b) Frauentag, c) Kinderschutzkommissionen, erhält das Wort als Berichterstatterin

Genossin Zietz: Genossen und Genossinnen! Nachdem in Nürnberg die Grundlage der gemeinsamen Organisationen vereinbart war, hat das Frauenbureau einen anderen Charakter bekommen. Früher war es die selbständig arbeitende Zentrale der proletarischen Frauenbewegung, nunmehr wurde es eine Unterabteilung des Parteivorstandes. Wir unterbreiteten dem Parteivorstand einen Arbeitsplan, der seine Billigung fand. Die Berichte über unsere Tätigkeit lagen in den einzelnen Jahren gedruckt den Parteitagen vor, ich brauche daher nur noch einmal kurz die großen Gesichtspunkte hervorzuheben. Nach dem Zusammenschluß richteten wir zunächst einen Aufruf an die Frauen, entsprechend dem Nürnberger Beschluß zu handeln und überall den Eintritt in die Parteiorganisation zu vollziehen. Wir versandten Fragebogen, um zu erfahren, wie weit das überall geschehen ist, und die Antworten gaben uns ein klares Bild von dem Stand der Frauenbewegung. Es zeigte sich, daß gerade in solchen Ländern, in welchen vor dem Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes die Frauen politisch nicht organisiert sein durften, in Braunschweig, in Mecklenburg, die Frauen sehr zahlreich den Organisationen beigetreten waren, also unser Arbeiten dort auch unter den früheren erschwerten Verhältnissen war nicht erfolglos gewesen. Leider müssen wir sagen, daß in Süddeutschland, wo der Bewegung schon früher nicht dieselben Hemmnisse entgegenstanden, die Bewegung nachhinkte. Die industrielle Entwickelung ist in Süddeutschland nicht so weit fortgeschritten, wie in Mittel- und Norddeutschland, und hat das Denken und Fühlen der Frauen daher nicht in dem gleichen Grade beeinflußt. Aber auch dort traten wir mit den Bezirksleitungen in Verbindung, und unsere Anregungen fielen auf fruchtbaren Boden. Daß wir mit einer Anzahl von Bezirksleitungen persönlich Rücksprache genommen haben, war von ganz besonders gutem Erfolge für die Agitation.

Die mündliche Agitation bestand nicht nur aus den 45 bis 48 Agitationstouren, die das Frauenbureau pro Jahr veranstaltete, sondern auch die Bezirke haben nicht wenige Agitationstouren veranstaltet. Wirksame Unterstützung bot ein Flugblatt, das gleich nach Nürnberg ausgegeben wurde und im allgemeinen die Notwendigkeit der politischen Betätigung der Frau darlegte, es wurde in 1½ Millionen Exemplaren verbreitet. Außer den Flugblättern des Frauenbureaus sind vielfach lokale Flugblätter verbreitet oder die Muster-Flugblätter nachgedruckt worden. Besonders zu nennen ist der Kampf gegen die Reichsfinanzreform und die Agitation, die an die Arbeiterinnen-Schutzbestimmungen der Gewerbeordnungsnovelle anknüpfte; sie war in Gemeinschaft mit der Generalkommission veranstaltet, und wir wünschen, daß dieses erfreuliche gemeinsame Arbeiten auch in Zukunft stattfinden möge. Besonders notwendig ist es, die weiblichen Mitglieder der Krankenkassen auf die Kassenwahlen aufmerksam zu machen, insbesondere jetzt unter der Reichsversicherungsordnung. Unsere Genossinnen müssen in den örtlichen Kartellen die Aufstellung weiblicher Kandidaten fordern. Auch die Wahlbewegung für die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ist zur Propagierung des Frauenwahlrechts auszunutzen. An dem preußischen Wahlrechtskampf haben wir uns äußerst lebhaft beteiligt. Kein Aufruf, kein Flugblatt, keine Resolution, in der nicht auch das Frauenwahlrecht gefordert wurde. In allen Referaten ist seine Notwendigkeit scharf und erschöpfend begründet worden. Ein eigenes Wahlrechtsflugblatt ist aber

leider nicht in der nötigen Anzahl angefordert worden, vielleicht, weil weniger besondere Frauenversammlungen als allgemeine Volksversammlungen stattgefunden haben. In Groß-Berlin wurde ein eigenes Frauenflugblatt für die Landtagsersatzwahlen verbreitet. Das in Magdeburg beschlossene Flugblatt gegen die Teuerung wurde in Massen verbreitet. Von außerordentlichem Erfolg begleitet waren die Versammlungen aus Anlaß der Reichsversicherungsordnung. Wenn die Reichsversicherungsordnung auch gesetzgeberisch erledigt ist, für uns ist sie agitatorisch noch lange nicht erledigt. (Lebhafte Zustimmung.) Nichts kann mehr die Frau davon überzeugen, daß keine Partei ihre Interessen vertritt als die Sozialdemokratie, als wenn wir den Frauen vorführen, wie die bürgerlichen Parteien ihre Interessen mit Füßen getreten haben. Die Regierung erklärte, daß die Annahme weitergehender Anträge in bezug auf Mutter- und Säuglingsschutz die ganze Reichsversicherungsordnung unannehmbar machen würde. (Hört! hört!) Das ist so empörend, daß wir es nicht oft genug wiederholen können. Hunderttausende Frauen müssen mit schmerzdurchwühltem Körper bis zum letzten Augenblick arbeiten, in Preußen müssen 128 000 Frauen ohne jede Hebammen- oder ärztliche Hilfe entbinden, und kurz darauf müssen sie, von der Not gepeitscht, wieder an die Arbeit gehen. Von allem Mutterglück behalten sie nichts übrig, als eine Anzahl Kindergräber auf dem Friedhof. (Bewegung.) Wenn wir den Frauen klarmachen: so haben die Bürgerlichen Eure Interessen vertreten, hättet Ihr alle in unseren Reihen gestanden, so hätten unsere Abgeordneten viel mehr durchsetzen können — glauben Sie nicht, daß das vielen die Augen öffnen wird? (Stürmische Zustimmung.) Darum müssen wir diese Agitation und die für eine wirksame Witwen- und Waisenversicherung immer wieder in den Vordergrund stellen. Hierbei haben wir namentlich des volksverräterischen Zentrums zu gedenken. Statt Witwen- und Waisenversicherung gibt es Witwen- und Waisenverhöhnung, der sie eine Witwen- und Waisenberaubung zugesellten. Das alles sind Fragen des praktischen Lebens, und ihre Behandlung muß dazu beitragen, daß die Frauen den Kampf mit uns führen für eine bessere Gegenwart und Zukunft. (Großer Beifall.)

Ihren Höhepunkt erreichte unsere Agitation in dem glänzend gelungenen ersten Sozialdemokratischen Frauentag am 19. März dieses Jahres. Das war nicht nur eine mächtige Kundgebung zugunsten des vollen Bürgerrechts der Frau, sondern vor allem wurde die alte sozialdemokratische Programmforderung mitten in den Vordergrund des Interesses gerückt und die Frauen selbst sind die Träger dieser Forderung gewesen. Ein eigenes Flugblatt wurde in 2½ Millionen Exemplaren verbreitet und die „Gleichheit" hat ein eigenes Wahlrechtsflugblatt mit Beiträgen bekannter Genossinnen des In- und Auslandes herausgegeben. In manchen Orten wurden Hunderte neuer Mitglieder am Frauentage gewonnen. Für die Zukunft muß die Mitgliederaufnahme noch besser organisiert werden. Der Frauentag hat gezeigt, daß die Frauen politisch reif geworden sind, er hat auch das Vertrauen der Frauenwelt in die Sozialdemokratie gestärkt. Den Frauen ist zum Bewußtsein gekommen, daß überall, wo die Fahne des Sozialismus entfaltet wird, für Frauenrecht und Frauenschutz gekämpft wird. (Bravo!) Die Mitarbeit der Genossinnen ist an manchen Orten musterhaft eingerichtet. Ich denke mir aber diese Mitarbeit nicht etwa so, daß die Beiträge der weiblichen Mitglieder von den Genossinnen und die der männlichen von den Genossen kassiert werden. Alle Arbeit soll gemeinsam sein. Nur die Agitation unter den Indifferenten muß infolge ihrer Rückständigkeit und mit Rücksicht auf die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse eine besondere sein, die anknüpft an Fragen, die das Interesse der Frauen in besonders hohem Maße in Anspruch nehmen.

Den Wünschen, öfter als bisher Artikel an die Parteipresse zu schicken, können wir nicht nachkommen, da wir doch noch andere Aufgaben haben. Die Genossinnen sind verpflichtet, auch an der örtlichen Parteipresse mitzuarbeiten. Wir haben auch die zur Agitation verbreiteten Kalender mit Beiträgen versorgt und diese stille Arbeit hat sicherlich auch ihre Früchte gebracht. Es ist die Anstellung weiblicher Parteisekretäre angeregt worden. (Lebhaftes Sehr richtig!) Diesem Wunsch soll nach den Reichstagswahlen nähergetreten werden. Daß weibliche Sekretäre sehr gut wirken würden, ist nicht zu bezweifeln. Die Erfolge der Agitationstouren könnten dadurch befestigt werden. Heute ist gerade die Wiedergewinnung der einmal verloren gegangenen Mitglieder sehr schwierig. Auch die Leitung der Leseabende erfordert an manchen Orten eigene Kräfte. Wir wollen in Zukunft noch mehr Agitationsmaterial ausgeben und natürlich stellt uns die Reichstagswahl vor besondere Aufgaben. Die kleine Broschüre: „Die Frauen und die Reichstagswahlen" ist bereits in 60 000 Exemplaren verbreitet und mindestens 10 000 Exemplare der Schrift: „Die Frauen und der politische Kampf" sind bereits bestellt. Während die erste Schrift der Agitation unter den Indifferenten dient, ist die letztere für die Genossinnen bestimmt. Eine weitere Flugschrift und die nötigen Flugblätter werden rechtzeitig zur Verfügung gestellt. Soviel über Agitation und Organisation.

Durch Beschluß der Bremer Frauenkonferenz sind die Kinderschutzkommissionen eingerichtet worden, die die Erwerbsarbeit von Kindern zu kontrollieren, gegen sie einzuschreiten und Material hierüber zu sammeln haben. Durch ein Zirkular des Vorstandes und der Generalkommission ist diesen Kommissionen empfohlen worden, zunächst durch gütliche Vereinbarung zu versuchen, Wandel bei Uebertretungen zu schaffen; wo das nicht hilft, dort solle man übergehen zu Anzeigen an die Gewerbeinspektion oder die Gewerbepolizei. Das Ziel muß sein, an die Stelle der Erwerbsarbeit der Kinder die Arbeitsschule zu setzen. (Sehr richtig!) Die Ergebnisse der Arbeit der Kinderschutzkommissionen sind auf Beschluß des Parteivorstandes von dem Frauenbureau bearbeitet worden. In dem Schlußkapitel dieser Broschüre, die wir Ihnen leider heute noch nicht vorlegen können, ist auch ein Ausblick auf die weitere Tätigkeit der Kinderschutzkommissionen gegeben. Sie sollen in Zukunft nicht nur die Einhaltung der Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes überwachen und der Kinderverwahrlosung entgegenarbeiten, sondern wo sie feststellen, daß die bittere Not der Eltern sie treibt, die Kinder in die Erwerbsarbeit zu schicken, sollen sie helfend eingreifen. Nicht nur Stiftungen soll man dazu in Anspruch nehmen, sondern unbedenklich auch die Armenverwaltung, denn es handelt sich in solchen Fällen nicht um ein demütiges Bitten, sondern um einen Rechtsanspruch. (Zustimmung.) Deshalb müssen die Kinderschutzkommissionen in engste Fühlung treten mit den Genossinnen und Genossen, die in der Armenverwaltung, in den Waisenkommissionen und als Stadtverordnete tätig sind. Weiter muß das gesamte Material, das die Kommissionen zutage fördern, auch agitatorisch nutzbar gemacht werden, damit an der Hand desselben auch unsere Forderungen an die Gemeinde, wie die Einführung von Schulspeisungen, von Kindergärten und Kinderhorten mit Nachdruck geltend gemacht werden. Diese Agitation wird auch die Entwickelung des Kinderschutzes in der Richtung zum Verbot jeglicher Erwerbsarbeit von Kindern bis zum vollendeten 14. Lebensjahre weitertreiben. Wo entsprechende kommunale Einrichtungen noch nicht bestehen, sollen Mitglieder der Kinderschutzkommissionen die Kinder der Genossen und Genossinnen um sich sammeln und an bestimmten Tagen in den Ferien mit ihnen ins Freie wandern und sie dort unter ihrer Aufsicht sich vergnügen und spielen lassen. Durch solche Tätigkeit werden die Genossinnen auch einen außerordentlichen Einfluß auf die Kinder und ihre Eltern gewinnen. Bei

einer weiteren Ausgestaltung der Kinderschutzkommissionen werden diese wesentliches leisten können bei dem Bemühen, den Kindern die Freude und die Freiheit der Jugend wiederzugeben und ihre Entwickelungsmöglichkeit zu fördern. Die Kommissionen werden ein gutes Stück Volkserziehung leisten können.

Durch den Anschluß der Frauen an die gemeinsame Organisation haben wir an Bewegungsfreiheit eingebüßt und manche Genossin, die in einer gut entwickelten Frauenbewegung tätig war, mag sich dadurch beengt fühlen. Aber wir haben dafür die Unterstützung der Gesamtorganisation und der gesamten Partei erhalten. Manche von uns angeregte Aktion konnten wir früher nicht ausführen, weil es an Mitteln und Kräften fehlte. (Sehr wahr!) Das ist anders geworden. Ich freue mich, daß wir gemeinsam mit den Genossen die Proletarierinnen heranholen und schulen wollen. Dadurch, daß die Autorität der Partei hinter uns steht, hat unsere Werbekraft zugenommen. Das zeigt sich in den Fortschritten der Frauenorganisation. Die Frauen haben es verstanden, sich innerhalb der gemeinsamen Organisation durchzusetzen, und wenn hie und da auch noch Reibungen und Konflikte entstehen, so ist es doch nur eine Frage der Zeit, daß sie verschwinden. Ich bitte Sie daher, auf dem begonnenen Wege fortzuschreiten, damit wir auf der nächsten Frauenkonferenz sagen können, wir haben viel glänzendere Fortschritte gemacht als in den ersten drei Jahren unseres Zusammenschlusses. (Beifall und Händeklatschen.)

Auf Antrag der Genossin Zetkin-Stuttgart wird sofort in die Diskussion über das Referat eingetreten.

Genossin **Rauhe**-Braunschweig: Auch nach dem Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes wird unsere Frauenbewegung in Braunschweig von der Polizei in der verschiedenartigsten Weise schikaniert: Versammlungen unter freiem Himmel werden verboten und Teilnehmerinnen an öffentlichen Versammlungen werden auf dem Nachhausewege sistiert und mit Strafmandaten bedacht. Der bürgerlichen Frauenbewegung werden die gleichen Hindernisse nicht bereitet. — Auch für Braunschweig ist von der Partei die Einrichtung von Diskutierabenden für die Frauen beschlossen. Ebenso ist eine Kinderschutzkommission gegründet.

Genossin **Fahrenwald**-Berlin: Aus der reichen Fülle des Materials, das die Genossin Zietz angeführt hat, will ich nur einige Punkte herausgreifen. Unsere Frauenbewegung ist groß geworden, doch hätte sie noch weit größer sein können, wenn der in den Versammlungen ausgestreute Same besser gepflegt würde. Die leitenden Genossen sind dazu nicht imstande und deshalb sollten auch weibliche Parteisekretäre angestellt werden. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wenn die Genossen uns auch ehrlich versprechen, für die gewonnenen Genossinnen Leseabende einzurichten, so können sie das nicht tun, weil sie überlastet sind. Auch ist es eine unleugbare Tatsache, daß die weibliche Agitatorin bei den Frauen mehr Erfolge aufzuweisen hat, wie der männliche Agitator. Die Frauen verstehen besser, ihre Geschlechtsgenossinnen an ihrem wirtschaftlichen Elend zu packen. Der Erfolg des Frauentages war ein guter; aber auch da ist in der Leitung verschiedentlich nicht richtig gearbeitet worden und auch das beweist die Notwendigkeit der Parteisekretärinnen. Auch dafür müßten die Parteisekretäre Sorge tragen, daß in jeder Versammlung eine genügende Anzahl von Probenummern der „Gleichheit" vorhanden ist.

Genossin **Evers**-Hannover: Mit der allgemeinen Beteiligung an dem Frauentage konnten wir zufrieden sein. Aber gerade dieser Frauentag beweist, daß an dem schlechten Besuch der Versammlung durch die Frauen lediglich die Genossen selbst schuld sind. Die Frauen, die ich nach dem Frauentage aufsuchte, um sie für die Organisation zu gewinnen, erklärten mir oft, dies sei die erste

Versammlung gewesen, die sie besucht hätten. Wie schädlich die geringe Aufklärung der Frauen ist, zeigte sich in Hannover bei dem großen Maurerstreik. Damals wurde eine Versammlung einberufen, um die Frauen darüber aufzuklären, daß sie die Männer zum Ausharren und nicht zum Gegenteil anfeuern müßten. An die Genossen also müssen wir appellieren, daß sie ihre Frauen nicht zurückhalten, sondern zum Besuch der Versammlungen anfeuern.

Genossin **Zetkin**: Von den vielen Resultaten des Frauentages, die hier besprochen worden sind, ist noch eins von besonderer Bedeutung hinzuzufügen. Der Frauentag hat durch seine Konsequenzen erwiesen, wie außerordentlich wichtig es im Interesse der proletarischen Frauenbewegung und der gesamten Sozialdemokratie ist, daß man den Genossinnen ein gewisses Recht der Initiative und eine gewisse Bewegungsfreiheit läßt, selbstverständlich im Rahmen der Organisation. Als es sich darum handelte, den Antrag auf Abhaltung des Frauentages in Kopenhagen einzubringen, standen so viele Genossen und Genossinnen diesem Antrag ablehnend gegenüber, daß er nicht namens der ganzen deutschen Delegation eingebracht werden konnte, sondern als von Einzelpersonen eingebracht gelten mußte. Die Befürchtungen, daß diese Aktion nicht zum Nutzen der allgemeinen sozialdemokratischen Bewegung durchgeführt werden könnte, sind glänzend widerlegt worden. Unser Auftreten hat nicht den schwächsten frauenrechtlerischen, eigenbrödlerischen Beigeschmack gehabt. Unsere Aktion war eine solche des aufgeklärten und organisierten Proletariats ohne Unterschied des Geschlechts. Der sozialdemokratische Frauentag ist ohne Zweifel die ernsteste und gewaltigste Kundgebung, die in den letzten Jahren für das Frauenwahlrecht überhaupt stattgefunden hat. (Sehr richtig!)

Die mit so viel Tamtam und Reklame veranstalteten Kundgebungen der Suffragettes in London machen nach außen hin gewaltigen Eindruck, aber sie haben niemals die innere Kraft und die politische Wirkung wie unser Frauentag, der gezeigt hat, daß der Kampf für das Frauenwahlrecht in Deutschland nicht nur und nicht in der Hauptsache von der Elite der bürgerlichen Frauenbewegung getragen wird, sondern daß er eine Massenerscheinung ist, die in der breiten Schicht der erwerbstätigen proletarischen Frauen ihre Kraft und Stärke besitzt. Je schwächer sich die bürgerliche Frauenbewegung erweist, eben als Reflexbewegung des schwächlichen bürgerlichen Liberalismus, die Forderung des gleichen Wahlrechts zum Siege tragen zu können, um so wichtiger ist es, daß wir dem ganzen weiblichen Geschlecht vor Augen führen, daß es in Deutschland nur eine Partei gibt und sogar eine das allgemeine Leben beherrschende Partei, die Sozialdemokratie, die konsequent und mit der höchsten Treue wieder und wieder für die Forderung eintritt, die eigentlich nur die Konsequenz des zu Ende durchgedachten Liberalismus ist. Wir lenken die Blicke aller mit zwingender Gewalt darauf, daß heute auch im Kampfe für die volle Gleichberechtigung der Geschlechter die Sozialdemokratie allein die Testamentsvollstreckerin des Liberalismus und Idealismus ist, der in der voraufgegangenen Periode vom Bürgertum vertreten wurde, und diese Lehre wird an der Oeffentlichkeit nicht spurlos vorübergehen. Weite Kreise des weiblichen Proletariats werden dadurch veranlaßt, sich um das Banner der Sozialdemokratie zu scharen. So segensreich aber auch die Wiederholung des Frauentages wirken wird, so möchte ich doch nicht, daß man sich von vornherein an ein bestimmtes Datum binden sollte. (Sehr richtig!)

Wir wissen nicht, wie die politische Situation bei den Reichstagswahlen sich gestalten wird und wann und unter welchen Formen eine Erneuerung des preußischen Wahlrechtskampfes eintreten kann, die auch alle Bundesstaaten, wo das allgemeine Wahlrecht noch nicht eingeführt ist, in Mitleidenschaft ziehen muß. Ueberlassen wir darum die Festsetzung des Tages jener Instanz, die bis-

her mit väterlicher Weisheit und väterlichem Wohlwollen unsere Bewegung unterstützt hat, nämlich dem Parteivorstand. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Genossin **Roth**-Hamburg: Wir sind mit unserer Mitgliederzunahme nicht zufrieden. 900 Mitglieder für Hamburg sind entschieden zu wenig. Die Broschüre der Genossin Zietz: „Mutter- und Säuglingsschutz" haben wir gratis verteilt. Der Frauentag brachte uns eine große Anzahl neuer Mitglieder. Der Kinderschutzkommission hat sich eine große Anzahl Genossinnen zur Verfügung gestellt, obgleich es schwer ist, die Genossinnen zu diesem sehr unangenehmen Posten heranzuziehen. Das Zusammenarbeiten der Genossen in Hamburg ist ein gutes, alles, was für die Agitation unter den Frauen notwendig ist, wird uns bewilligt.

Genossin **Seelinger**-Meiningen: Obgleich wir auch schon vor dem Reichsvereinsgesetz das Recht hatten, Frauen in politische Vereine aufzunehmen, sind ein gut Teil unserer Genossen noch heute der Meinung, daß die Frau es nicht nötig habe, sich um die politische Bewegung zu kümmern, und so war am Frauentage die erste Frauenversammlung seit 6 Jahren überhaupt. (Hört! hört!) Und das, obgleich doch Meiningen von der Heimindustrie durchseucht ist. Immerhin haben wir Fortschritte gemacht. Was mich bewogen hat, das Wort zu nehmen, ist, daß meiner Ansicht nach die Frauenwahlrechtszeitung ihren Zweck, der Agitation unter den indifferenten Frauen zu dienen, nur sehr unvollkommen ausführen konnte, weil sie zu viele und zu schwer verständliche Artikel enthielt. Darum möchte ich bitten, künftig bei Herausgabe einer solchen Zeitung eine andere Art der Aufmachung dafür zu wählen.

Genossin **Grünberg**-Nürnberg: Durch die Anstellung weiblicher Sekretäre würde die Frauenbewegung gewaltig vorwärts gehen. (Sehr richtig!) In Nürnberg hätte sich die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder in fünf Jahren nicht von 2000 auf 11 000 vermehrt und wir hätten nicht 1300 politisch organisierte Frauen, wenn nicht eine Sekretärin angestellt wäre. Je aufgeklärter die Frau ist, desto mehr Forderungen kann sie doch stellen und desto besser müssen die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterklasse werden. Der Frauentag ist bei uns glänzend, aber auf dem Lande weniger gut verlaufen. Auch in München war die Beteiligung nicht so groß. Die „Gleichheit" ist für die Referentinnen geschrieben, aber nicht für das Volk. Nicht der eigentliche Inhalt, sondern die Kinderbeilage hat die „Gleichheit" so außerordentlich beliebt gemacht. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Wenn irgend möglich, sollte Genossin Zetkin noch einmal umsatteln (große Heiterkeit) und die „Gleichheit" populärer schreiben. Der hohe Abonnentenstand ist durch die Abonnements der Gewerkschaften hervorgerufen. Es kommt aber nicht auf die Abonnentenzahl, sondern darauf an, daß die Zeitung gelesen wird! (Zustimmung.) Zur Tätigkeit der Kinderschutzkommission möchte ich auf die Armenpflege hinweisen. Uns gelang es durchzusetzen, daß für 100 Kinder, die im Nürnberger Armenhaus untergebracht sind und dort verwahrlosten, ein Kindergarten errichtet und eine Kindergärtnerin angestellt wurde. Die Aermsten der Armen werden wir für die Arbeiterbewegung nicht gewinnen können. Die Kinder aber können wir nach und nach erziehen und später können sie der Arbeiterbewegung zugeführt werden. (Lebhafter Beifall.)

Genossin **Duncker**-Stuttgart: Wenn wir in Süddeutschland in bezug auf die Frauenorganisation noch zurückgeblieben sind, so liegt das an den rückständigen wirtschaftlichen Verhältnissen. Immerhin sind wir in Stuttgart seit 1908 von 77 auf 500 Mitglieder gekommen und in Göppingen haben wir bei 500 männlichen 300 weibliche Mitglieder. Die kleinbürgerliche Rückständigkeit spielt hier auch noch eine große Rolle. Viele Frauen scheuen sich, in eine

öffentliche Wirtschaft zu gehen und es ist vorgekommen, daß Ehemänner ihren Frauen die Teilnahme an den Diskussionsabenden untersagten, wenn sie länger als bis 10 Uhr abends ausblieben. (Große Heiterkeit.) Zu dem Punkt Kinderarbeit beantrage ich namens der Stuttgarter Genossinnen die von uns eingebrachte Resolution. Bei uns in Stuttgart wird leider die „Tagwacht" noch vielfach durch Kinder ausgetragen. Wenn man an die Eltern herangeht, wird man auch noch grob abgewiesen. Wir müssen also zunächst intensive Aufklärungsarbeit leisten. (Bravo!)

Genossin **Wackwitz**-Dresden: Daß die Genossen uns nicht genügend Mittel zur Agitation zur Verfügung stellen, darüber kann ich nicht klagen. Wir müssen aber dafür sorgen, daß die Mitarbeit der Frauen selbst stärker wird und der Kreis derer, die sich an der Mitarbeit beteiligen, größer. Deshalb befürworte auch ich die Anstellung weiblicher Parteisekretäre. Wichtig ist auch die Mitarbeit der Presse. Wenn diese größer wird, wenn mehr Arbeiterinnen an der Arbeit in der „Gleichheit" sich beteiligen, wird diese auch populärer werden.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzende Zietz: Vor Eintritt in die Verhandlungen wollen wir unserer Toten gedenken. In den vergangenen drei Jahren, besonders im letzten, hat der Tod reiche Ernte unter den Genossen und Genossinnen gehalten. Unter den vielen, die er uns entrissen, gedenke ich besonders der Genossin Emma Ihrer, die eine Pionierin gewesen ist der Frauenbewegung und der allgemeinen gewerkschaftlichen Bewegung. Weiter bedauern wir den Verlust der Genossin Julie Bebel, die freilich innerhalb der Arbeiterbewegung nicht sehr hervorgetreten ist, aber die Berliner Genossen wissen, daß in jener Zeit, in der es noch schwer war, sich innerhalb der Arbeiterbewegung zu betätigen, es keine Veranstaltung der Frauen gab, in der Genossin Julie Bebel fehlte. Vor allem aber danken wir ihr für das, was sie innerhalb ihrer Familie getan und wodurch sie unserem Genossen Bebel erst die Möglichkeit gegeben hat, das für uns zu sein, was er uns war und ist. Schwere Verluste haben auch die Genossen in Augsburg und Mannheim erlitten und wir bedauern mit ihnen und so vielen anderen den Verlust aller derer, die, in der großen Oeffentlichkeit weniger bekannt, doch eifrig und pflichttreu gewirkt haben. Besonders möchte ich des Genossen Singer gedenken, der uns auf der vorigen Frauenkonferenz begrüßte und der stets bereit war, unsere Bewegung zu fördern. Ich bitte Sie, sich zum Gedächtnis unserer Toten von Ihren Plätzen zu erheben. (Die Versammelten ehren das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen.)

Begrüßungstelegramme sind von den Genossinnen aus Leipzig und Gera eingegangen.

Genossin **Ennenbach**-Frankfurt a. M.: Dem Antrag der Genossin Zetkin, den Frauentag in ganz Deutschland zu wiederholen, werden wir wohl alle zustimmen. Die Genossinnen der Städte, in denen durch diese Veranstaltung 300 bis 400 Genossinnen neu gewonnen wurden, sollten uns näheres über die Art ihrer Agitation mitteilen, damit auch wir anderen in ähnlicher Weise vorgehen. Zur intensiveren Agitation unter den Frauen werden wir in allen Urwahlbezirken neben den männlichen auch weibliche Funktionärinnen stellen. — Unsere Kinderschutzkommission in Frankfurt ist noch jung, hat aber doch schon recht gute Erfolge erzielt, sie hat auch schon weitergehende Aufgaben erfüllt und in den Ferien die Schulkinder täglich in den Wald geführt.

Genossin Ott-Hanau: Ueber den Zuwachs an Mitgliedern in ganz Deutschland werden wir uns wohl alle freuen. Ich habe aber doch wahrgenommen, daß er in erster Linie in den großen Städten erzielt ist. In den noch rückständigen ländlichen Wahlkreisen fehlt es an Sekretären. Wo die Anstellung eines zweiten Sekretärs notwendig wird, sollte man einen weiblichen anstellen. (Zustimmung.) In den Landorten werden wir außerordentlich schikaniert. So verbot ein Bürgermeister eine mangels eines Lokals auf einem Hof einberufene Versammlung, weil auf dem Hofe ein Haufen Steine läge und eine Leiter an einem Baum stände. (Heiterkeit.) Trotzdem kommen wir vorwärts, und werden um so schneller vorwärts kommen, je mehr es uns gelingt, auch die Männer für die Frauenbewegung zu interessieren.

Genosse Trinks-Karlsruhe: Nach dem neuen badischen Gemeindewahlgesetz müssen den Schul- und Armenkommissionen Frauen angehören. Die Schulung der Frauen ist deshalb bei uns wichtiger als in den Bundesstaaten, wo die Frauen noch nicht solche Rechte haben. Ich bin nicht für eine Aenderung des Inhalts der „Gleichheit", sondern dafür, daß von den Provinzial- oder Bezirksparteitagen Frauenbeilagen für die Tageszeitungen geschaffen werden. Die ausgezeichnete Kinderbeilage der „Gleichheit" könnte doch der Parteipresse beigelegt werden. Die Anstellung weiblicher Parteisekretäre ist mir durchaus sympathisch.

Genossin Blase-Mannheim: Im elften badischen Kreis ist die Zahl der weiblichen Mitglieder von 233 auf 584 Mitglieder gestiegen, was zumeist dem Kampf gegen die Teuerung und dem Frauentag zu verdanken ist. In Mannheim ist es uns gelungen, überall Einfluß zu gewinnen. Wir sind vertreten im Parteivorstand und im Jugendbildungsausschuß. Unsere Kinderschutzkommission hat vorzügliches geleistet, könnte jedoch noch mehr tun, wenn die Genossinnen mehr Zeit zur Verfügung hätten. Wir haben ferner ein Agitationskomitee von 35 bis 40 Genossinnen, welche mit freudiger Hingabe sowohl an unseren Arbeiten als auch in der Dienstbotenorganisation tätig sind. Baden hat nur deshalb eine einzige Genossin hierher delegiert, weil wir vor größeren Wahlbewegungen stehen. In ganz Baden ist die Zahl der weiblichen Mitglieder von 455 auf 1437 gestiegen. Auf dem badischen Parteitag, welcher vor 14 Tagen stattgefunden hat und von fünf weiblichen Delegierten besucht war, wurden in einer besonderen Sitzung die Richtlinien gegeben, wie in Zukunft gearbeitet werden soll. Wenn wir fernerhin (wie bisher) von den Genossen unterstützt werden, wird es mit der Frauenbewegung auch in Baden vorwärtsgehen.

Genossin Bollmann-Halberstadt: Alle Anregungen, welche die Diskussion für den Frauentag und die Agitation ergaben, unterstreiche ich. Die Klagen über die „Gleichheit", daß sie für einen Teil der Genossinnen zu schwer verständlich geschrieben sei, werden nie verstummen. Es kann nicht Aufgabe der Gleichheit sein, neugewonnene Genossinnen in die Ideen des Sozialismus einzuführen. Dies muß in den gesonderten Zusammenkünften geschehen. Die „Gleichheit" muß daher in ihrer jetzigen Art belassen werden. Es bleibt den dazu talentierten Genossinnen unbenommen, populäre Artikel an die „Gleichheit" einzusenden; Genossin Zetkin fordert ja immer zur Mitarbeit auf.

Genosse Scheibe-Bochum: Ich warne vor der Ueberschätzung von Parteisekretärinnen. Wichtiger erscheint mir die Anstellung von weiblichen Personen in den Arbeitersekretariaten. — Die „Gleichheit", die wir unseren 1500 politisch organisierten Frauen gratis lieferten, ist dem Bedürfnis der arbeitenden Frauen nicht angepaßt. Das geht daraus hervor, daß unsere Frauen selbst

in einer stark besuchten Versammlung beschlossen haben, das Obligatorium aufzuheben. — Eine passende Gelegenheit zur Agitation hat das Frauenbureau vorübergehen lassen: die Königsberger Rede Wilhelms II. Da konnte eingesetzt und die proletarischen Frauen konnten aufgerüttelt werden. Aber das geschah nur an einzelnen Orten. (Unruhe und Widerspruch.)

Vorsitzende Zietz: Ich muß richtigstellen, daß die Bochumer Genossinnen das Obligatorium der „Gleichheit" nur abgeschafft haben, weil ihnen vorgerechnet wurde, daß die Partei aus den Beiträgen der Frauen keinen Ueberschuß hat und deshalb das lebendige Interesse der Genossen an der Gewinnung neuer weiblicher Mitglieder erlöschen müsse. Die Frauen sollten dafür eine Frauenbeilage des „Bochumer Volksblatts" erhalten und die „Gleichheit" zu einem Vorzugspreise beziehen können. Die Königsberger Kaiserrede ist wahrhaft in der Agitation genug verwendet worden. (Lebhafte Zustimmung.) Dem Vorschlag, die Abhaltung von Frauentagen abhängig zu machen von einer Kaiserrede, muß ich widersprechen. Wir richten unsere Agitation nicht nach dem Redebedürfnis Kaiser Wilhelms II., sondern nach unseren eigenen Bedürfnissen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen; an einigen Stellen Unruhe.) Ich konstatiere, daß die männliche Seite am unruhigsten ist. (Lebhaftes Sehr richtig! und Heiterkeit.)

Genossin Simon-Bremen: Vor dem Zusammenschluß brachten wir es trotz aller fleißigen Arbeit nur auf 680 Mitglieder, nach dem Zusammenschluß haben uns die Genossen tatkräftig zur Seite gestanden, und wir sind jetzt auf 1920 Mitglieder angewachsen. Durch die Gratisgabe der „Gleichheit" haben wir ein tüchtiges Agitationsmittel in die Hände bekommen. Die Erfolge der Kinderschutzkommissionen in Dresden und Frankfurt erfüllen mich gewissermaßen mit Neid, denn bei uns in Bremen verbündet sich mit der Dummheit der Eltern die Polizei, die unserer Kommission alle möglichen Hindernisse in den Weg legt. Wir sind jetzt zur Reorganisation der Kommission geschritten und hoffen dadurch größere Erfolge zu erzielen.

Genosse Dittmann-Solingen: Genossin Zietz hat es vorzüglich verstanden, die Kochtopfrede von Scheibe zu vermöbeln. (Heiterkeit.) Die Entwickelung wird dahin führen, daß wir in einigen Jahren einen ganzen Stab weiblicher Sekretäre haben. Sie müssen nur immer ihre Anstellung fordern. Es muß auch im Parteivorstand ein weiblicher Sekretär sitzen. Heute ist eine der beiden Sekretärinnen des Frauenbureaus ehrenamtliches Parteivorstandsmitglied. Wäre diese Genossin einfach Sekretärin im Parteivorstand, dann hätten wir die nötige organisatorische Verbindung mit den Frauen im Lande. (Sehr richtig!)

Genossin Zetkin: Wäre die Frauenwahlrechtszeitung zur Agitation unter den Indifferenten bestimmt gewesen, dann würde Genossin Seelinger den Nagel auf den Kopf getroffen haben. Diesem Zweck sollten aber die einzelnen Flugblätter dienen. Die Frauenwahlrechtszeitung aber war für die Genossinnen und Genossen bestimmt, die auch der grundsätzlichen Aufklärung vielfach dringend bedürfen. Sie sollte außerdem ein historisches Dokument der Reife der führenden Genossinnen unserer Bewegung sein und damit der Elite des weiblichen Proletariats. Denn mit verschwindenden Ausnahmen waren alle Beiträge von Proletarierinnen geschrieben. Nun zu dem Lied gegen die „Gleichheit". Die „Gleichheit" ist mit ihren Beilagen organisch verbunden und sie können von ihr nicht losgelöst werden. Die Kinderbeilage ist nicht nur für die Kinder bestimmt, sondern soll auch für die noch Indifferenten zur Erweckung und zur Freude dienen. Auch die „Gleichheit" soll der Erweckung dienen, in der Hauptsache aber der Klärung der grundsätzlichen Auffassung und

der Vertiefung der Kenntnisse bereits geschulter Genossinnen. Wollten wir uns nach den Einwendungen von eben erst gewonnenen Genossinnen betreffs der „Schwerverständlichkeit" des Blattes richten, so müßten wir immer von vorn anfangen. (Sehr richtig!) Die Schulung der eben erst in unsere Bewegung Hineingezogenen ist Sache der lokalen Organisation und der lokalen Presse. Gestalten Sie die Lese- und Diskutierabende zu einem Organ der Schulung und Vertiefung aus! Warum schreibt Genossin Grünberg nicht die von ihr vermißten populären Artikel? (Heiterkeit.) Ich würde sie von ihr wie von jeder anderen Genossin mit Kußhand entgegennehmen. Kaum in einem anderem Blatt der Partei treten die Berufsschriftsteller neben den gelegentlich schreibenden Proletarierinnen und Proletariern so zurück, wie in der „Gleichheit". Aber auch die schreibenden Genossinnen schreiten in ihrer Entwickelung fort und schreiben dann nicht mehr so „populär" wie früher. Soll ich sie da von der Mitarbeit ausschließen? (Heiterkeit.) Ich habe nicht ein Amt, sondern eine Meinung, und danach gestalte ich die „Gleichheit". Paßt es Ihnen nicht, — ich klebe nicht am Amt. (Bewegung.) Zur Frage der Parteisekretariate befürworte auch ich, daß immer lauter der Ruf erhoben wird, durch Anstellung von Genossinnen die Parteisekretariate zu verbessern. Gegenwärtig wird ein Raubbau mit der Arbeitskraft der Parteisekretäre getrieben, dem die einzelnen sich aus Idealismus hingeben, den aber die Partei nicht dulden sollte. Die bessere Ausgestaltung der Sekretariate durch Anstellung von Genossinnen dürfen wir nicht unter dem Gesichtspunkt der Frage betrachten, was kostet es, sondern was bringt es ein. Deshalb, Genossinnen, sage auch ich: schreien wir, nicht um unserer Interessen willen, sondern im Interesse der Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Genossin **Agnes**-Düsseldorf: Auch wir haben in den letzten Jahren gute Erfolge gehabt, wir sind von 582 auf 999 am letzten Juni gestiegen und haben jetzt schon annähernd 1200 Genossinnen. Unsere Erfolge haben das Zentrum aufgescheucht, das nun auch eine politische Frauenorganisation gegründet hat, die bei der Wahl die Männer dem Zentrum zutreiben soll. Demgegenüber müssen wir mit aller Macht für die Aufklärung der Frauen sorgen. — Auch wir Düsseldorfer Frauen wünschen eine Wiederholung des Frauentages, der doch für uns von außerordentlichem Erfolge war. — Bei der „Gleichheit" habe auch ich oft das Empfinden, daß die neugewonnenen Frauen sie nicht verstehen können; darauf kann aber die „Gleichheit" nicht Rücksicht nehmen, sondern wir müssen die Neugewonnenen schulen und aufklären, damit sie die „Gleichheit" mit Interesse lesen und verstehen lernen.

Genossin **Schlomer**-Lübeck: Für den Frauentag können wir alle nur eintreten. Weiter wünschen wir, daß vom Frauenbureau regelmäßig Artikel an die gesamte Parteipresse versandt werden. Von der „Gleichheit" sollten wir noch eine kleinere Ausgabe veranstalten, in der die schwierigeren Artikel fortbleiben und für die Anfängerinnen kleine Einsendungen aus dem Leben der Arbeiterinnen gebracht werden. Es fehlt uns ein Frauenblatt im Sinne der „Wiener Arbeiterinnenzeitung". Durch die Anstellung weiblicher Parteisekretäre soll die Frauenbewegung einen neuen Ansporn erhalten; aber natürlich wird das nur langsam und allmählich gehen. — Mit Unmut sehen wir, daß selbst politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter ihre Kinder den Pfaffen in die Hand geben.

Ein Schlußantrag wird, nachdem sich die Vorsitzende Genossin Zietz namens des Bureaus gegen ihn ausgesprochen hatte, mit 29 gegen 25 Stimmen abgelehnt.

Genossin **Aubratschke**-Kiel: An den erfreulichen Fortschritten der proletarischen Frauenbewegung sind auch wir im siebenten schleswig-holsteinischen Wahlkreise beteiligt. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist im letzten Jahre von 1600 auf 2455 gestiegen, was in erster Linie der von den Genossinnen betriebenen intensiven Hausagitation zu danken ist. Zu dem glänzenden Verlauf des Frauentages hat beigetragen, daß in allen 7 Versammlungen, die am 19. März stattfanden, Frauen aus unserem Wahlkreise redeten. Sie sind durch die Kreisleitung mit Material ausgerüstet worden. Ich möchte dieses System allerorts zur Nachahmung empfehlen. Unsere Kinderschutzkommission arbeitet mit gutem Erfolg. Das Zusammenarbeiten mit den Genossen ist sehr gut und läßt uns für die Zukunft noch größere Fortschritte erwarten.

Genossin **Brandenburg**-Hamburg: Auch mir ist die Zunahme weiblicher Mitglieder für Hamburg nicht genügend. Dennoch haben wir keinen Grund, mit der Aufwärtsentwickelung unserer Frauenbewegung im letzten Jahre unzufrieden zu sein. Die Zahl unserer weiblichen Mitglieder ist von 5024 auf 5895, also um rund 900, gestiegen. Diese verhältnismäßig gute Zunahme im letzten Jahre haben wir hauptsächlich der Mitarbeit unserer Genossen zu verdanken. Wohl mit als Wirkung unserer vermehrten Frauenbildungsabende seit Januar d. J. setzt sich immer mehr die Einsicht von der Notwendigkeit, die Frauen zu organisieren, durch. Ein besseres, planmäßigeres Hand-in-Handarbeiten von Partei und Gewerkschaft wäre überall durchaus geboten. Oeffentliche Versammlungen, die für die Frauen arrangiert werden, muß man auch Frauenversammlungen nennen, nicht Volksversammlungen, denn sonst kommen in erster Linie die Männer. Durch ein noch besseres Mitarbeiten der Gewerkschaften könnten wir weitere Fortschritte an Mitgliedergewinn erzielen. Der Kinderschutz hat in Hamburg relativ günstige Erfolge zu verzeichnen. Die „Gleichheit" wünschen wir so weitergeführt, wie bisher. Die Frauen- und Kinderbeilage genügt durchaus zur ersten Erziehung der neugewonnenen Genossinnen. Die Frage der weiblichen Sekretäre muß lokal geregelt werden, da läßt sich kein Schema aufstellen. Z. B. in industriell stark entwickelten Gegenden würde anstatt einer Parteisekretärin eine Arbeitersekretärin mehr am Platze sein, die gleichzeitig die politische Agitation unter dem weiblichen Proletariat zu leiten hätte.

Genossin **Hennig**-Leipzig: Nur durch entsprechend frühe Agitation vor den Frauentagen ist die Mitgliedergewinnung möglich. Die alljährliche Wiederholung der Frauentage empfehle ich. In Kinderschutzangelegenheiten gehen wir nur im äußersten Falle an die Behörden. Der Staat, der das Heer ernährt, muß auch die Pflicht fühlen, die Schulkinder zu verpflegen.

Genosse **Jäckel**-Berlin: Wir Textilarbeiter haben wegen unserer zahlreichen weiblichen Mitglieder ein ganz besonderes Interesse an der Ausgestaltung der „Gleichheit". Das Lied, das die Genossin Grünberg hier gegen die „Gleichheit" gesungen hat, ist so alt, wie die sozialdemokratische Presse überhaupt. Dieselben Vorwürfe hat man einstmals gegen Lassalle, Bebel und Liebknecht erhoben. Die „Gleichheit" muß bleiben wie sie ist. Ich sage vielleicht nicht zu viel, wenn ich behaupte, Sie würden heute nicht hier sitzen und in dieser Weise debattieren können, wenn nicht die „Gleichheit" jahrzehntelang durch prinzipielle Arbeit gewirkt hätte. Im Grunde wird nicht gegen die „Gleichheit" im allgemeinen protestiert, sondern ihre Tendenz ist es, die vielen nicht paßt. (Sehr richtig!) Man hat auch die Gründung eines gewerkschaftlichen Frauenblattes angeregt. Ich bitte Sie, allen solchen Plänen Widerstand entgegenzusetzen und konstatiere ausdrücklich, daß der Vorstand des Verbandes der Textilarbeiter mit der Schreibweise und der Tendenz der „Gleichheit" ein-

verstanden ist. Die Redakteurin Zetkin soll nicht umsatteln, sondern recht fest im alten Sattel sitzen und weiterreiten auf dem alten Weg, und diejenigen, die uns im Wege stehen, werden wir überreiten. (Lebhafter Beifall. — Zuruf: Das gehört nicht hierher!)

Vorsitzende **Zietz**: Das hat das Bureau zu entscheiden.

Genossin **Baumann**-Altona: Der Bericht unserer Genossinnen im Frauenbureau läßt erkennen, daß die große Fülle von Anregungen, die von dort ausgegangen sind, unzweifelhaft ihr gut Teil zu dem Wachstum der weiblichen Mitgliederzahlen beigetragen haben. Unsere Bewegung ist in die Breite gegangen; es fehlt ihr allerdings noch an Tiefe. Das war aber anderwärts auch so. Alle hier gegebenen Anregungen sollen ja diesem Mangel abhelfen. Dazu dient auch die im Auftrage des Parteivorstandes erschienene Broschüre der Genossin Zietz: „Die Frauen und der politische Kampf." Zur Agitation unter den indifferenten Frauen ist die kleine Schrift: „Die Frauen und die Reichstagswahlen" besonders geeignet. Die letztere ist allen Genossinnen meines Wahlkreises zugestellt und sehr aufmerksam gelesen worden. Die erstere werden die Genossinnen noch erhalten. Wenn sie einen Blick in den Bericht des Parteivorstandes werfen, müssen Sie zugeben, daß Schleswig-Holstein unter Berücksichtigung seiner ökonomischen Struktur mit seinen über 7000 weiblichen Mitgliedern mit an erster Stelle in der Organisation steht. In meinem Wahlkreise ist die Zahl der „Gleichheits"-Abonnenten leider zurückgegangen. Um so nötiger ist eine intensive Agitation der Genossinnen für die „Gleichheit". Die Rednerin begründet den Antrag 72. Die Massenagitation gibt zugleich Gelegenheit, den Frauen die Ursachen der gegenwärtigen Teuerung darzulegen und sie zum Kampfe dagegen aufzufordern. Die Aktion ist zweckmäßig durch Flugblätter und die Presse vorzubereiten. (Lebhafter Beifall.) In Scharen würden die Frauen dann in unsere Versammlungen strömen. Wir würden sie der Organisation zuführen können und dadurch würden wir auch dahin kommen, daß Vorgänge, wie sie in Frankreich geschehen, vermieden werden: die Hungerrevolten, die schließlich doch zu nichts führen.

Genossin **Grünberg**-Nürnberg: Ich verwahre mich dagegen, daß meine Ausführungen so ausgelegt werden, als ob darin der Gegensatz radikal und revisionistisch zur Geltung kommen soll. Ich will, daß für die Frauen ein Blatt geschaffen werde, das sie verstehen und auch lesen. Da sollte man nicht von einer bestimmten Richtung reden. Ich bin Sozialistin. Solange ich lebe, werde ich für die Arbeiterinnen arbeiten und werde mir dieses Lebensziel von niemand verekeln lassen. Die Empfindlichkeit der Genossin Zetkin, wenn man ein Wort gegen die „Gleichheit" sagt, ist unangebracht. Kritik müssen wir uns alle gefallen lassen und sollen daraus lernen. Vielleicht fragt man einmal die Textilarbeiterinnen, ob sie die „Gleichheit" gelesen haben. Ich komme täglich mit den Arbeiterinnen zusammen und weiß, daß sie die „Gleichheit" nicht lesen, selbst die populären Artikel, die zuweilen in der „Gleichheit" stehen, werden nicht gelesen, sogar nicht von Genossinnen, die bei uns mitarbeiten, weil sie schon gewohnt sind, in der „Gleichheit" nur Dinge zu finden, die für sie keinen Wert haben, so daß sie das Blatt ohne weiteres beiseite legen. Machen wir uns doch kein X für ein U vor. Die „Arbeiterinnen-Zeitung" in Wien ist viel populärer geschrieben, und bei uns müßte es auch möglich sein, die weiblichen Kräfte zur Mitarbeit heranzuziehen. Wenn Genossin Zetkin von mir verlangt, ich soll die populären Artikel schreiben — nun einer kann nicht alles machen. Und wenn man sagt, überhaupt sollte man nicht in so beleidigender persönlicher Weise diskutieren, ja wenn wir unserer Meinung nicht freien Ausdruck geben könnten, dann wäre die Konferenz überflüssig, auf der wir uns doch nach allen Richtungen aussprechen wollen. Zur Frage der Arbeitersekretärinnen bemerke ich, daß überall weibliche Kräfte angestellt werden müssen, gleichgültig, ob es sich um Parteisekretariat, Arbeitersekretariat, Gewerkschaft oder Gauleitung handelt. Die Hauptsache ist, daß auch eine weibliche Kraft vorhanden ist.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Genosse **Scheibe**-Bochum: Ich stelle fest, daß das Obligatorium der „Gleichheit" in Bochum nicht aus finanziellen Gründen aufgehoben worden ist. Die bissige Bemerkung der Genossin Zietz über meine Aeußerung betreffs der Kaiserrede hat das umgedreht, was ich sagen wollte. Das konstatiere ich auch gegenüber Dittmann.

Genossin **Zietz**: Auf der maßgebenden Konferenz in Bochum wurde ausdrücklich erklärt, daß aus finanziellen Gründen die Frauenbeilage des „Volksblatt", die „Gleichheit", nicht mehr beigelegt wurde. Ein erst dieser Tage zugesandtes Zirkular des Parteisekretärs beweist dies. (Hört! hört!)

Genossin **Zetkin**: Es liegt mir durchaus fern, unserer Freundin Grünberg den Vorwurf ungenügender Tätigkeit für die „Gleichheit" zu machen. Ich weiß, daß ihre Mitarbeit ein Opfer bedeutet.

Referentin Genossin **Zietz**: Der Wunsch auf größere Berücksichtigung der Landorte ist in den Kreisversammlungen vorzubringen. Den Wünschen, an die Parteipresse mehr Artikel zu schicken, wollen wir gern nach Kräften entsprechen. Die Frage, wie die Genossinnen in die Kinderschutzkommission gewählt werden, ist eine Frage der örtlichen Organisationen und gehört nicht hierher. Sie erhalten demnächst eine Broschüre mit Anweisungen über die Aufgaben der Kinderschutzkommissionen und es wird dann Ihre Sache sein, unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse gemeinsam mit der örtlichen Parteileitung und dem Gewerkschaftskartell das Tätigkeitsgebiet der Kommission festzulegen. Das Mittel zur Mitgliedergewinnung ist die Einsetzung eigener nur damit betrauter Kommissionen. Eine Bemerkung der Genossin Brandenburg könnte leicht falsch verstanden und von der bürgerlichen Presse gegen uns ausgenutzt werden. Sie hat gesagt, die Genossinnen werden mehr Zwangsmitglieder sein. Auch die Männer sind zunächst Zwangsmitglieder. Ich kenne Genossin Brandenburg viel zu gut, als daß ich nicht wüßte, daß sie sagen wollte, daß die Frauen und Männer, die uns zuströmen, zunächst nur mit dem Gefühl bei uns sind und erst durch die Schulung überzeugte Sozialisten werden. Nicht wahr, Genossin Brandenburg, so war es wohl gemeint? (Zustimmung der Genossin Brandenburg.) Ich stelle fest, daß ich mich in Uebereinstimmung mit ihrer Aeußerung befinde. Genossin Grünberg hat nach der Modezeitung gefragt, die Genossinnen wünschten Schnittmuster und Anweisungen für Anfertigung von Kinder- und Frauengarderobe; dieses Verlangen sei ein sehr weitverbreitetes. Der Parteivorstand hat sich in seinem Bericht darüber geäußert. Vielleicht könnte zur Einführung in unsere Ideen ein eigenes Organ geschaffen werden, das einfach und populär geschrieben ist und den Wünschen nach Schnittmustern und Anweisungen über die Herstellung von Kindergarderobe entgegenkommt. Also keine Modenzeitung, wie irrtümlicherweise immer wiederholt wird. Es wird das Blatt durchaus kein Konkurrenzunternehmen der „Gleichheit" sein, sondern unseren Ideen Eingang verschaffen in Kreisen, die uns bisher unzugänglich waren. Diese Frage wird den Parteivorstand nach den Reichstagswahlen beschäftigen.

Zur Frage der Anstellung weiblicher Sekretäre hat sich der Parteivorstand prinzipiell zustimmend geäußert. Arbeiten wir unablässig für unsere Organi-

sation und wenn Sie Rat oder Beistand brauchen, denken Sie an Ihre Zentrale in Berlin. (Lebhafter Beifall.)

Nunmehr erstattet den zweiten Teil des Geschäftsberichtes des Frauenbureaus über

Leseabende und Beschwerdekommissionen

Genossin **Ottilie Baader:** Als nach dem Parteitage in Gotha im Jahre 1896 weibliche Vertrauenspersonen zur Betreibung der sozialdemokratischen Propaganda gewählt werden sollten, fehlte es an durchgebildeten Sozialistinnen. Wir predigten, was wir auch heute noch predigen: lest und lernt. So entstanden die Lese- und Diskussionsabende, in denen die Frauen die erste politische Ausbildung erhielten, politische Zeitungen und Broschüren lesen lernten. Und da, wo es an Kräften mangelt, muß dieser Weg auch heute beschritten werden. Die Werke unserer großen Vorkämpfer Engels, Marx, Lassalle, Bebel u. a. waren unser Lehrstoff. Unser Streben ging dahin, die Frauen mit den sozialistischen Lehren, dem sozialistischen Programm vertraut zu machen. Aus den Leseabenden mit ihren Diskussionen ist ein großer Teil unserer Rednerinnen hervorgegangen. (Sehr richtig!) Viele der Anwesenden haben auf den Leseabenden ihre ersten praktischen und politischen Kenntnisse erworben. Unter dem alten Vereinsgesetz war die einzige Möglichkeit für das Zusammenhalten der Genossinnen der Leseabend. So mühselig diese Agitation war, so notwendig war sie. Und deshalb wurden auch nach dem Zusammenschluß mit der Gesamtpartei die Leseabende als eine notwendige Einrichtung zur Schulung der Genossinnen anerkannt. Durch Mithilfe der Genossen erfolgte daher ihre weitere Ausgestaltung.

In Groß-Berlin finden gegenwärtig an dem einen dazu bestimmten Montag im Monat, der den Frauen vorbehalten ist, 108 Leseabende statt. Die Leiterinnen müssen es allerdings verstehen und sich dazu vorbereiten, die Teilnehmerinnen zur Diskussion anzuregen. Seit dem Zusammenschluß mit der Parteiorganisation werden diese Leseabende statt wie früher meist zweiwöchentlich jetzt vierwöchentlich abgehalten, doch sind sie dafür jetzt besser ausgestaltet mit Hilfe der Genossen. Zu den Leseabenden muß eingeladen werden und es muß eine Liste der Anwesenden geführt werden. So gewinnen wir auch die zur Durchführung von Aktionen erforderlichen Kräfte und deshalb müssen die Leseabende eine dauernde Erscheinung, nicht nur eine vorübergehende bleiben.

Wir haben den Genossinnen auf ihre Anfrage an manchen Orten schriftliche Auskunft gegeben, wie solche Leseabende einzurichten sind. Auch der Parteivorstand hat einen Leitfaden darüber herausgegeben, der Ihnen ja hier zugänglich gemacht wird. In Groß-Berlin sind die Leseabende naturgemäß besonders gut ausgestaltet worden und der Erfolg war ein überraschender. Die Arbeit für den Ausbau dieser Leseabende ist mühevoll und bringt nicht an die Oeffentlichkeit, aber sie ist auch lohnend. Ohne diese mühevolle Arbeit hätten wir nicht eine so gut ausgebildete Zahl von Rednerinnen und Agitatorinnen. Sorgen Sie also auch ferner dafür, daß diese gute, segensreiche Veranstaltung zur Ausbildung des weiblichen Proletariats an immer mehr Orten eingerichtet werde. (Beifall.)

Ueber die Beschwerdekommissionen der Arbeiterinnen habe ich nur wenig zu berichten. Sie werden ja zwar schon seit Jahren propagiert, sind aber doch noch nicht so entwickelt, daß schon ein eingehender Bericht über ihre Wirkung gegeben werden könnte. Schon im Jahre 1900 auf der Konferenz in Mainz wurde betont, daß die arbeitenden Frauen von ihrem Recht oft keine Vorstellung haben und deshalb sich vieles gefallen lassen, was sie bei Kenntnis der gesetzlichen Bestimmungen abwehren würden. Vielfach fürchten sie sich auch, ihre

Beschwerden bei der richtigen Stelle, beim Gewerbeinspektor, anzubringen. Deshalb sind in Berlin gemeinsam mit der Gewerkschaftskommission Beschwerdekommissionen eingerichtet. Die Gewerkschaften haben diese Aufgabe auch mehr und mehr in die Hand genommen. Es ist hauptsächlich eine gewerkschaftliche Aufgabe. Ueber den Fortschritt der Beschwerdekommissionen und ihre Wirksamkeit werden daher die Vertreterinnen der Gewerkschaften eine bessere und genauere Auskunft geben können als ich. Jedenfalls müssen sich die Arbeiterinnen auch dieser Einrichtung annehmen; denn auch sie ist geeignet, unsere Bewegung zu stärken und die Zahl unserer Streiterinnen zu vermehren. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf werden die Verhandlungen auf Sonnabend 9 Uhr vertagt.

Schluß 7½ Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Sonnabend, den 9. September 1911. — Vormittagssitzung.

Es wird in die Diskussion über den Punkt des Geschäftsberichts des Frauenbureaus:

Die Beschwerdekommissionen

eingetreten.

Genossin **Hanna:** Ohne die Mitwirkung der Arbeiter und Arbeiterinnen müssen die Arbeiterschutzgesetze wirkungslos bleiben; die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten reicht ja nicht aus, auch nur einmal im Jahre sämtliche Betriebe zu besichtigen. Von einer praktischen, amtlichen Kontrolle über die Durchführung der Bestimmungen der Arbeiterschutzgesetzgebung kann also gar nicht die Rede sein. Auch die Art der Kontrolle macht es unmöglich, daß die Beamten die Umgehungen der Bestimmungen erkennen; die Schäden eines Betriebes zu erkennen, ist eben nur den dort Beschäftigten möglich. Daher lassen viele Gewerbeaufsichtsbeamte es sich angelegen sein, die im Betriebe Beschäftigten zu befragen. Aber namentlich die Arbeiterinnen haben eine Scheu, wenn sie von Personen aus einer anderen Gesellschaftsklasse befragt werden, namentlich, wenn diese Personen amtliche Eigenschaft haben. Auch sind die Gewerbeaufsichtsbeamten nicht in der Lage, selbst bei erkannten Mißständen genügend auf Abhilfe zu dringen. Der wirksamste Schutz für die Arbeiter ist die Organisation; aber leider ist gerade von den Arbeiterinnen erst ein sehr geringer Prozentsatz organisiert und deshalb sind gerade in den Betrieben, in denen die Arbeiterinnen beschäftigt sind, die Verhältnisse am schlechtesten. Die Gesetzgebung erkennt einen besonderen Schutz für die Arbeiterinnen als notwendig an und hat für sie besondere Schutzbestimmungen erlassen. Um diesen Schutz auch in der Praxis zu gewähren, sind von uns die Beschwerdestellen eingerichtet. Wohl ist die Durchführung der Schutzbestimmungen Aufgabe der Gewerkschaften, aber nach Lage der Dinge sind die Gewerkschaften allein nicht dazu in der Lage. Die Beschwerdestellen sollen die Beschwerden den Gewerbeaufsichtsbeamten übermitteln, ohne jedoch die Namen der Beschwerdeführenden zu nennen, während die in den Beschwerdestellen tätigen Genossinnen natürlich mit ihrem Namen für die Richtigkeit der Beschwerden einstehen müssen. Aus diesem Grunde brauchen wir zur Entgegennahme von Beschwerden wirtschaftlich unabhängige Personen. Diese finden wir allerdings in den Arbeitersekretariaten; wir wollen aber den Arbeiterinnen Gelegenheit geben, alles sagen zu können, selbst Dinge, über die eine Frau nicht gern zu Männern

spricht. Deshalb haben wir empfohlen, die Entgegennahme von Beschwerden aus Arbeiterinnenkreisen weiblichen Personen zu übertragen, und dies ist der Grund, warum die Errichtung von Beschwerdestellen eine gemeinsame Angelegenheit der Gewerkschaftskartelle und örtlichen Parteiorganisationen geworden ist. Die Tätigkeit der Genossinnen in den Beschwerdekommissionen ist ganz besonders schwierig, denn sie sind meist nicht in der Lage, die Betriebe persönlich zu kontrollieren, und doch müssen wir unseren Stolz daran setzen, daß die Beamten konstatieren müssen, daß die von der organisierten Arbeiterschaft ihnen übermittelten Beschwerden den Tatsachen entsprechen. Oft kommt es vor, daß die Arbeiterinnen sich jahrelang Mißstände gefallen lassen. Kommt dann eine Differenz vor, dann sind sie verärgert und übertreiben in ihrer Beschwerde. Muß der Beamte auch nur in wenigen Fällen solche Uebertreibungen konstatieren, so ist sein Vertrauen zu der Mittelsperson geschwunden, und im Wiederholungsfall können wir ihn nur schwer veranlassen, den Betrieb auf die mitgeteilten Tatsachen hin zu kontrollieren. — In welcher Weise die Beschwerdestellen funktionieren, ist natürlich schwer zu sagen. Bis jetzt haben wir an 50 Orten in Deutschland solche Stellen errichtet, deren Tätigkeit noch nicht weit zurückreicht. Die meisten Beschwerden kamen aus Anlaß der Durchführung des zehnstündigen Normalarbeitstages, und vielfach kamen sogar Fragen von Arbeiterinnen, wie sie seine Durchführung verhindern könnten, weil sie von der Durchführung verminderten Verdienst fürchteten und im Anfang vielleicht auch hatten. Das ist bezeichnend für die ganze Lage der Arbeiterinnen. Mit dem Ausbau der Beschwerdeorganisationen werden wir zur Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen beitragen; wir werden aber damit auch den Organisationsgedanken unter den Arbeiterinnen verbreiten, und das ist die Hauptsache, denn der wirksamste Arbeiterschutz ist die Organisation der Arbeiterschaft. (Beifall.)

Genossin **Simon**-Brandenburg: Wir müssen die Beschwerde gegenüber der Gewerbeaufsicht decken, wenn man auch mitunter versuchen mag, von uns die Angabe zu verlangen, wer Beschwerde geführt hat. Vielfach wird den Arbeiterinnen von Meistern und selbst Unternehmern in schändlichster Weise nachgestellt. Ein solcher Fall, der uns zur Kenntnis kam, führte zur Bestrafung des Unternehmers mit 500 M. Geldstrafe, außerdem hatte er die ganzen Kosten zu tragen. Es ist aber notwendig, daß Beschwerden über solche die Moral schwer schädigenden Vorkommnisse erhoben werden, solange die Arbeiterin noch in der betreffenden Fabrik beschäftigt ist, nicht erst später.

Genossin **Rauhe**-Braunschweig: Selbst die Vertrauenspersonen in großen Fabriken wagen vielfach nicht, mit ihrem Namen in die Oeffentlichkeit zu treten. Die Arbeiterpresse kann durch Veröffentlichung der Beschwerden viel helfen.

Den

Bericht der Mandatsprüfungskommission

erstattet

Genossin **Agnes**-Düsseldorf: Es sind anwesend 75 Delegierte, davon 48 Frauen und 27 Männer. Der Parteivorstand ist vertreten durch die Genossin Zietz und die Genossen Molkenbuhr, Pfannkuch, Liepmann und Wengels, das Frauenbureau durch Genossin Baader, ferner ist anwesend als Redakteurin der „Gleichheit" Genossin Zetkin und als Gast Genossin Popp-Wien in Vertretung der deutschen sozialdemokratischen Frauen in Oesterreich. Wir beantragen, alle Mandate anzuerkennen. Genossin Duncker-Stuttgart ist ohne Mandat hier. Sie erklärt, rechtmäßig gewählt zu sein, und Genossin Zetkin hat es bestätigt. Da aber in Stuttgart das Mandat des Genossen Westmeyer beanstandet und deshalb eine nochmalige Wahl der Parteitagsdelegierten vorgenommen wurde, hat Genossin Duncker noch keine Nachricht, wie diese vorgestern abend vorgenommene Neuwahl ausgefallen ist. Ihr Mandat ist nicht beanstandet. Die Kommission empfiehlt Ihnen, auch dieses Mandat anzuerkennen.

Die Konferenz nimmt den Antrag der Kommission debattelos an.

Diskussion über die Leseabende.

Genossin **Grünberg**-Nürnberg: Wir dürfen in den Leseabenden nicht mit dem „Kapital" von Marx und dem „Erfurter Programm" anfangen; damit würden wir die Frauen vergraulen, statt sie zu fesseln. Ein solches Thema paßt nur für geschultere Genossinnen. Die Leseabende dürfen nicht mit anderen Veranstaltungen kollidieren.

Genossin **Zetkin**: Im Gegensatz zur Genossin Grünberg meine ich, es gibt gar keine hochstehenden oder niedrig stehenden Themata. Nicht der Inhalt macht eine Sache schwer oder leicht verständlich, sondern nur die Art der Behandlung. Es gibt keine schwerfällige und langweilige Theorie, wohl aber kann die Theorie schwerfällig und langweilig behandelt werden. Unsere Leseabende müssen den grundsätzlichen Teil unseres Programms zum Inhalt des Lehrstoffes machen, nur dadurch können wir revolutionäre Kämpferinnen für den Klassenkampf schulen. Aber darin stimme ich mit Genossin Grünberg überein: wir dürfen unsere Grundsätze nicht als blutleere, abstrakte Theorie bringen. Wir müssen sie gegenständlich, greifbar in der kapitalistischen Wirklichkeit zeigen. Damit machen wir sie begreifbar. Um so zu verfahren, müssen wir meines Erachtens „die Deichsel unseres Schulwagens" umdrehen. Wir sollten nicht mit der Vergangenheit beginnen, die weitab von der Gedankenwelt der meisten Proletarierinnen liegt und auch oft von den Lehrenden nur recht unvollkommen beherrscht wird; wir müßten zunächst auf dem Boden der Gegenwart bleiben. Damit werden wir aber auch die ungeschulten Proletarierinnen fesseln, denn natürlich dürfen wir unsere Darlegungen nicht schematisch an den Wortlaut des Programms anknüpfen. Wir müssen vielmehr seinen wesentlichen Inhalt den Genossinnen nahebringen an einem Material, das auch die einfachste Proletarierin beherrscht, weil es aus ihren eigenen Lebensbedingungen geschöpft ist. In jeder Stunde ihres Lebens erfährt sie ja die kapitalistische Wirklichkeit am eigenen Leibe. An diese Erfahrungen müssen wir anknüpfen, nicht aber mit abstrakten Erörterungen anfangen. Durch solchen Unterricht schaffen wir eine feste grundsätzliche Basis für die spätere Arbeit der Genossinnen auf politischem, gewerkschaftlichem und genossenschaftlichem Gebiet. Ueber das W i e des Unterrichts bemerke ich, daß wir mit dem System der Vorträge brechen und nach der Methode von Frage und Antwort unterrichten müssen. Wenn man durch einen Vortrag die Weisheit kübelweise den Genossinnen über den Kopf schüttet, fühlen sie sich entmutigt und fragen nicht. Wenn aber durch richtiges Fragen, Anknüpfen an das tägliche Leben der proletarischen Frauen, die Grundsätze an konkreten Erscheinungen entwickelt werden, wird jeder grundsätzliche Satz für sie ein Erleben, ein Finden und Entdecken. In dieser Weise erwecken wir nicht nur das höchste Maß der Aufnahmefähigkeit, sondern auch der dauernden und freudigen geistigen Mitarbeit mit dem Unterrichtenden. Was am besten die Genossinnen im Sozialismus schult, wird so gleichzeitig zum wirksamsten Mittel, sie zu selbstdenkenden, geistig mitarbeitenden Persönlichkeiten zu bilden, die die sozialistischen Lehren nicht nachsagen, vielmehr durchdringen. (Lebhafter Beifall.) In der Richtung auf dieses Ziel müssen wir auch unser Lehr- und Leitungspersonal schulen.

und diese Schulung will ich nach Kräften durch die „Gleichheit" zu unterstützen suchen. (Beifall.)

Genossin **Duncker**-Stuttgart: Nicht über die Notwendigkeit, sondern über Gegenstand und Methode der Leseabende haben wir heute zu reden. Auch ich bin der Anschauung, daß der grundsätzliche Teil unseres Programms im Mittelpunkt dieser Veranstaltungen zu stehen hat. Wenn in einem Artikel ausgeführt worden ist, daß man auch von der Behandlung der Kochkiste oder der Reformkleidung zum Sozialismus gelangen könnte, so müssen wir eine derartige Verkrümelung entschieden ablehnen. Die sozialistische Weltanschauung soll nicht Nebenprodukt, sondern Hauptprodukt unserer Aufklärungsarbeit sein. Ob man gleich bei den heutigen Wirtschaftsverhältnissen anfängt oder den chronologischen Gang einschlägt, das richtet sich nach der Vorbildung der Teilnehmerinnen des Diskussionskursus. Von anderen Dingen können meiner Auffassung nach nur zwei Fragen in den Kreis der Erörterung gezogen werden, die Erziehungsfragen und unsere Stellung zur Religion. Unsere Genossinnen sollen imstande sein, die Religion als etwas Gewordenes, Historisches aufzufassen und den durch den Schulunterricht angeregten Zweifelsfragen ihrer Kinder zu begegnen. Was nun die Methode der Leseabende angeht, so bin ich ein Gegner der einleitenden Referate. Je mehr dieses Referat die Zuhörer mit Gedanken überschüttet, desto schwerer kommt dann eine Diskussion in Fluß. Unsere grundsätzlichen Anschauungen sollen von Leiterin und Teilnehmerinnen in Frage und Antwort selbsttätig verarbeitet werden. Das hält die Aufmerksamkeit rege und macht die Gedanken zum inneren Eigentum, nicht zu etwas äußerlich Angelerntem. Wo man dafür geeignete Leiterinnen nicht hat, bleibt die gemeinsame Lektüre. Es wäre erwünscht, wenn die „Gleichheit" in jeder Nummer einen grundsätzlichen Artikel bringen würde; diese Artikel sollen untereinander im Zusammenhang stehen. Sie sollen dann absatzweise gelesen werden und aus ihnen der Gedankengang, die Disposition, herausgearbeitet werden. Auf diese Weise erziehen wir die Frauen zu selbsttätigem Denken. (Beifall.)

Genossin **Matschke**-Berlin: Der große Nutzen, den die Leseabende in Groß-Berlin gebracht haben, begründet es, daß die Leseabende eine dauernde Erscheinung bleiben müssen. Wir müssen uns allerdings dem Begriffsvermögen der Frauen anpassen, und wenn wir das Erfurter Programm vorführen, dann nicht den theoretischen entwickelungsgeschichtlichen Teil, sondern zuerst die Gegenwartsforderungen. Gerade diese sind den Frauen, die wir in den Volksversammlungen gewinnen, außerordentlich leicht begreiflich. Die Frauen verstehen sehr rasch z. B. das Wesen des Militarismus, des Marinismus und der Kolonialpolitik, deren Folgen sie täglich spüren. Unter den 108 Leseabenden, die allmonatlich in Groß-Berlin stattfinden, sind immer viele mit 100 Besucherinnen. Ich halte aber so stark besuchte Abende nicht für besonders nützlich.

Genossin **Reitze**-Vegesack: Die Durchführung der Leseabende wird, namentlich in den ländlichen Wahlkreisen, dadurch gehemmt, daß es an geeigneten Leitern und Leiterinnen fehlt. Denn vielfach sitzen in den verschiedensten Korporationen der Partei und Gewerkschaften ein und dieselben Personen, die alle Arbeiten der Organisation und Agitation zu erledigen haben. Meines Erachtens muß der Leiter oder die Leiterin der Diskussionsabende ein umfassendes Wissen besitzen, zum mindesten aber die Gelegenheit haben, sich für den zu behandelnden Gegenstand genügend vorzubereiten. Beide Voraussetzungen scheitern aber oft an der ausgedehnten Tätigkeit der in der Arbeiterbewegung tätigen Personen, die als Lehrkräfte in Betracht kommen könnten. Das ist auch der Grund, der die Genossinnen des 18. hannoverschen Wahlkreises

Veranlassung gegeben hat, Stellung zu dieser Frage zu nehmen. Orte nun, die durch Heranziehung geschulter Personen aus Nachbarkreisen den Mangel an Lehrpersonen beheben könnten, werden durch finanzielle Schwierigkeiten daran gehindert. Hier könnte vielleicht durch Wanderrednerinnen speziell für die Frauenfrage Wandel geschaffen werden. Ist doch auch die Teilnahme der Frauen an den Wanderkursen des Bildungsausschusses außerordentlich gestiegen.

Genossin **Fahrenwald**-Berlin: Die Leseabende in Groß-Berlin funktionieren so vorzüglich, daß wir nur öffentlich dem Frauenbureau und dem Parteivorstand für ihre Einrichtungen danken können. Wir brauchen keine Wanderprediger für die Leseabende. Die finanziellen Schwierigkeiten kann man beseitigen, wenn man den Leitern und Referenten, wie in Groß-Berlin, eine kleine Entschädigung, bei uns 1 Mk., gibt. Entgegen der Genossin Grünberg meine auch ich, daß in den Leseabenden sehr wohl das Erfurter Programm zu erörtern ist.

Genossin **Buchmann**-Niederbarnim: Als Vertreterin eines Landkreises kann ich den Frauen die Leseabende zur Belebung der Agitation nur empfehlen. Durch die Leseabende habe ich die Frauen in die Organisation bekommen; sie sind treu geblieben und unterstützen mich nun schon Jahre hindurch. Wir haben in unserem Landkreise im letzten Jahre 900 Mitglieder gewonnen, davon die Hälfte durch die Leseabende; die in ihnen planmäßig vorbereitete Agitation hat weit besser gewirkt als die Glanz- und Paradeversammlungen.

Genossin **Juchacz**-Rixdorf: Da naturgemäß die örtliche Parteileitung bei uns für die praktische Regelung dieser Arbeit nicht genügend Zeit hat, haben wir eine Kommission für die Leseabende eingesetzt, und das hat sich glänzend bewährt. Auf Anregung der Genossinnen Baader und Zietz ist in Berlin ein Kursus für die Leiterinnen der Leseabende von Groß-Berlin eingerichtet, und zwar mit sehr gutem Erfolg. Da wir nur vier Delegierte dorthin senden konnten, was für die Bedürfnisse Rixdorfs nicht ausreicht, hat unser Wahlvereinsvorstand einen ähnlichen Kursus eingerichtet. Nach Beendigung desselben haben wir mit seinen Teilnehmerinnen einen Musterleseabend eingerichtet, aus dem eine Reihe tüchtiger Kräfte hervorgegangen sind.

Genossin **Zietz**: Selbstverständlich bin ich mit der Genossin Zetkin darin einverstanden, daß wir nicht Sozialreformerinnen, sondern revolutionäre Klassenkämpferinnen erziehen müssen. Das haben wir auch in unserem Leitfaden zum Ausdruck gebracht, in dem es heißt, daß die Grundsätze und die Endziele der Sozialdemokratie zu lehren, und die Teilnehmerinnen an sozialistisches Denken zu gewöhnen sind. Dazu aber ist es nötig, daß sie den grundsätzlichen Teil unseres Programms kennen lernen. Im Gegensatz zur Genossin Zetkin bin ich jedoch der Meinung, daß der Entwickelungsgedanke den Genossinnen nicht nur en passant vermittelt werde, sondern es ist außerordentlich wichtig, sie historisch denken zu lehren, damit sie alles, was ist, als geworden begreifen und auffassen. Ob man da immer gleich mit dem System von Frage und Antwort beginnen kann, weiß ich nicht; nicht immer kann man bei dem Menschenmaterial, das wir haben, die dazu doch unbedingt notwendigen Vorkenntnisse voraussetzen. Aber was uns Genossin Zetkin in kurzen Strichen gezeigt hat, ist ja auch nur ein Ideal, das wir morgen jedenfalls noch nicht verwirklichen können. Die Genossin Grünberg erklärte es für unmöglich, Marx' „Kapital" zu behandeln. Ich glaube, das wird auch niemand vorschlagen. Im Leitfaden haben wir es als Literatur angegeben für diejenigen, die weiter studieren. Da übrigens Marx' „Kapital" hier als Schreckgespenst hingestellt wird, so will ich doch doppelt unterstreichen, was schon Genossin Duncker gesagt hat, daß der Teil des „Kapitals", welcher die historische Ent-

wickelung behandelt, so außerordentlich lebendig geschrieben ist, daß er für die einfachste Genossin verständlich ist. Der Genossin Matschke erwidere ich, daß der Vortragende nicht ein Universalwissen zu besitzen braucht, wohl aber muß er den Stoff, der behandelt wird, vollständig zu seinem geistigen Eigentum gemacht haben. Die Einrichtung von Wanderrednerinnen, die Genossin Reitze befürwortet hat, kann ich nicht empfehlen. Ueberhaupt ist die Einrichtung eine Frage der Praxis, deren Regelung von den örtlichen Verhältnissen abhängt. Wenn wir die hier vorgeschlagenen Anregungen nutzbar machen, so werden die Leseabende noch mehr wie bisher dazu beitragen, daß aus den Genossinnen, die aus dem Gefühl heraus zu uns gekommen sind, überzeugte Sozialistinnen, revolutionäre Klassenkämpferinnen werden. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird angenommen.

Genossin **Baader** (Schlußwort): Den trefflichen Ausführungen der Genossin Hanna über die Beschwerdekommissionen kann ich mich nur völlig anschließen. Ueber die vielseitige Diskussion, die an mein Referat über die Leseabende anschloß, bin ich außerordentlich erfreut. Ich bin immer der Meinung gewesen, die Genossin Zetkin hier vertreten hat: Die Theorie muß die Grundlage sein. An unserem Ziel müssen wir alle anderen Fragen messen. Durch fleißiges Weiterarbeiten werden wir dem Ziele näher kommen, das uns Genossin Zetkin geschildert hat. Hätten wir übrigens auf so hoch ausgebildete geeignete Leiter und Leiterinnen gewartet, wie Genossin Zetkin sie wünscht, dann stünden wir heute noch dort, wo wir vor 20 Jahren standen. (Sehr richtig!) Die Werke unserer großen Vorkämpfer waren unsere Lehrmeister. Geben wir alle das beste, was wir haben, und wenn wir auch Schlaf und Gesundheit opfern müßten; wir wollen alles tun, damit unsere Leseabende noch besseres leisten, als jetzt schon. Immer vorwärts, sei unsere Losung. (Lebhafter Beifall.)

Es folgt die Abstimmung über die zu den Berichten gestellten Anträge: Der Antrag Zetkin auf Wiederholung des Frauentages, der Antrag Baumann auf Veranstaltung von Frauenversammlungen anläßlich des Zusammentritts des Reichstages, die Resolutionen von Groß-Berlin zur Mutter- und Säuglingsfürsorge und Krankenkassenwahlen betreffend werden einstimmig angenommen. Die Resolution Groß-Berlin betreffend das Strafgesetzbuch wird nach kurzer Begründung durch Genossin Juchacz-Rixdorf, die Groß-Berliner Resolution über Kinderschutz und Fortbildungsschule nach kurzer Begründung durch Genossin Matschke-Berlin, die darauf hinweist, daß nach den Ermittelungen des Lehrers Agahd 325 000 Kinder in Deutschland trotz des Kinderschutzgesetzes beschäftigt sind, einstimmig angenommen.

Hierauf begründet

Genossin **Duncker**-Stuttgart die hierzu gestellte Resolution der Stuttgarter Genossinnen: Wir Sozialdemokraten halten die Arbeit für die Ehre und Aufgabe der Menschen. Deshalb sollen auch unsere Kinder zur Arbeit erzogen werden, aber nicht durch einseitige, geisttötende Erwerbsarbeit, sondern durch einen Handfertigkeitsunterricht, der sie möglichst zeitig mit den Grundlagen der verschiedenen Techniken bekannt macht. Ich bin auch der Anschauung, die Genosse Schulz in seinem Buche: „Die Schulreform der Sozialdemokratie" vertritt, nämlich, daß dieser Arbeitsunterricht eigentlich im Mittelpunkt des gesamten Lehrplanes stehen sollte. Da das aber in der nächsten Zukunft noch unerreichbar ist, begnügen wir uns vorläufig damit, die Einführung des Handfertigkeitsunterrichts als eines obligatorischen Lehrfaches neben den übrigen zu fordern. Die Frauen mögen darauf hinwirken, daß diese Forderung, die bisher nur in wenigen unserer Landes- und Gemeindeprogramme enthalten

ist, überall von unseren Vertretern in Landtagen und Kommunen aufs nachdrücklichste verfochten wird.

Genossin **Baumann**-Altona: Die Broschüre des Genossen Seidel aus Zürich: „Die Handfertigkeit als Grund- und Eckstein der harmonischen Erziehung" haben wir schon vor 15 Jahren in den Leseabenden durchgesprochen. Von der Notwendigkeit der Einführung des Handfertigkeitsunterrichts in den Schulen sind wir wohl alle überzeugt. Man bemüht sich jetzt ja auch schon vielfach darum, aber obligatorisch ist er wohl noch nirgends eingeführt. Bei uns in Hamburg hat ein Privatmann, Pralle, sich ganz besonders um die Einführung dieses Unterrichts verdient gemacht; seine Resultate zeigen, wie viele künstlerische Fähigkeiten in den Kindern vorhanden sind und geweckt werden können. Man fördert den Körper hierdurch nicht einseitig, sondern erreicht, wie Seidel mit Recht sagt, eine harmonische Durchbildung des Körpers und des Geistes.

Genosse **Scheibe**-Bochum: Der letzte Teil des zweiten Absatzes der Stuttgarter Resolution, welcher fordert, daß der Erwerbsarbeit von Kindern auch „in Parteibetrieben, vor allem aber beim Austragen der Parteipresse, unnachsichtlich entgegengetreten wird", ist überflüssig; denn Kinder unter 14 Jahren werden in Parteibetrieben nicht beschäftigt, und auch beim Austragen von Parteizeitungen dürfen sie nicht verwendet werden; es wäre ja traurig, wenn das an den einzelnen Orten nicht erreicht würde.

Vorsitzende Genossin **Zietz**: Die Genossin Duncker und das Bureau waren sich bereits einig, Ihnen die Streichung dieses Satzes zu empfehlen.

Genossin **Hennig**-Leipzig: Dem Stuttgarter Antrag kann man nur zustimmen. In Leipzig haben wir solchen Handfertigkeitsunterricht im Winterhalbjahr für Knaben in einigen Schulen, und die Jungens beteiligen sich mit großer Vorliebe und großem Erfolge daran. In erhöhtem Maße kann das aber nur geschehen, wenn die Kinder von der Erwerbsarbeit befreit werden. Die obligatorische Einführung dieses Unterrichts, und zwar für beide Geschlechter, würde auch dazu beitragen, die Erwerbsarbeit der Kinder einzuschränken, da ja für diesen Unterricht Zeit gewonnen werden müßte.

Genossin **Duncker**-Stuttgart: Mit dem Streichen der Worte „in Parteibetrieben" bin ich einverstanden, nicht aber damit, daß wir auch streichen sollen, daß beim Austragen der Parteipresse Kinder unter 14 Jahren nicht beschäftigt werden sollen. Die Stuttgarter Genossinnen, welche im Kampf gegen diese Beschäftigung der Kinder stehen, haben mich ausdrücklich damit beauftragt. Aus der Tatsache dieser Verwendung der Kinder kann man ja auch den Zeitungen keinen Vorwurf machen; diese geben die Blätter nicht direkt an die Kinder, sondern an die Frauen, und diese lassen ihre Kinder an der nächsten Straßenecke warten und übergeben ihnen dann die Zeitungen. Im Einzelfall mag es ja kein großes Unglück sein, wenn ein Kind mal in drei oder vier Häuser Zeitungen trägt; wir müssen uns aber hier auf den prinzipiellen Standpunkt stellen. (Sehr richtig!) Auch mache ich darauf aufmerksam, daß schon das Kinderschutzgesetz diese Verwendung von Kindern wenigstens unter 12 Jahren verbietet; aber selbst noch nicht schulpflichtige Kinder kann man Zeitungen austragen sehen. Sollen wir vielleicht warten, daß die Polizei dagegen einschreitet?

Die Diskussion ist erschöpft. Der Antrag Scheibe auf Streichung des erwähnten Teiles der Resolution wird gegen wenige Stimmen abgelehnt. Die Stuttgarter Resolution mit der erwähnten Aenderung wird gegen 2 Stimmen angenommen.

Es kommt nun folgender Antrag der Genossinnen Stuttgarts zur Verhandlung:

„Da die proletarische Frauenbewegung an Breite und Tiefe zunimmt und ihre Aufgaben dementsprechend fortwährend wachsen, da folglich die Tagesordnung der Frauenkonferenzen bisher immer so reichhaltig war, daß sie kaum erledigt werden konnte, ist es wünschenswert, daß von nun an die Frauenkonferenz alljährlich stattfindet."

Genossin Duncker-Stuttgart begründet den Antrag: Sollte der Antrag abgelehnt werden, so möchten wir wenigstens festgelegt sehen, daß die Pause nie mehr als zwei Jahre betragen darf.

Genossin Zietz: Ich bitte den Antrag abzulehnen. (Sehr richtig!) Jetzt nach dem Zusammenschluß ist es unnötig, daß wir jedes Jahr tagen. (Sehr richtig!) Sie würden mit dem Antrag versuchen, die Beschlüsse des Nürnberger Parteitages umzustoßen, wonach der Parteivorstand die Frauenkonferenzen nach Bedarf einzuberufen hat. Im vergangenen Jahre hatten wir die Internationale Frauenkonferenz, da wäre eine deutsche Konferenz nicht so stark besucht gewesen wie diese hier. Der Parteivorstand will durchaus nicht immer drei Jahre verstreichen lassen, sondern er hat das aus Zweckmäßigkeitsgründen einmal getan. Es muß auch mit den Finanzen der einzelnen Kreise gerechnet werden. Durch zu häufige Abhaltung von Konferenzen könnte unsere sonstige Tätigkeit leiden. Hätten wir den üblichen Turnus von zwei Jahren eingehalten, dann hätten wir in dem Jahre der Reichstagswahl keine Frauenkonferenz gehabt. Ich bin sicher, daß der Parteitag einen solchen Beschluß, wie ihn der Antrag Stuttgart fordert, nicht genehmigen würde. Halten wir lieber neben den Reichs-Frauenkonferenzen auch möglichst viele Bezirks-Frauenkonferenzen ab, z. B. im Anschluß an Bezirksparteitage oder für mehrere verwandte Bezirke zusammen.

Der Antrag der Stuttgarter Genossinnen wird gegen eine Stimme abgelehnt.

Unter großer Heiterkeit teilt Genossin Zietz mit, daß die „Jenasche Zeitung" über die Frauenkonferenz berichtet, daß fast alle Teilnehmerinnen in roten Blusen erschienen seien. (Keine einzige der Genossinnen trägt eine rote Bluse.)

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittagssitzung.

Ueber:

Die Frauen und die Reichstagswahlen

referiert

Genossin Zetkin: Genossinnen und Genossen! Wiederholt ist betont worden, daß mein Referat gleichsam eine Fanfare zum Kampf sein solle, daß die Beschäftigung der Frauenkonferenz mit der Frage der Reichstagswahlen vor allem Begeisterung für die Sache des Sozialismus, Empörung gegen die heutige kapitalistische Gesellschaft und Klassenherrschaft auslösen müsse. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, werden meine Ausführungen Sie enttäuschen. Ich meine, daß es nicht die Aufgabe einer Frauenkonferenz ist, in den Reihen der Genossinnen Empörung gegen den Kapitalismus und Begeisterung für den Sozialismus zu erwecken. Und unter den Proletarierinnen außerhalb unserer Reihen wird diese Aufgabe von der Tagesagitation geleistet, der die Zustände in wirksamster Weise vorarbeiten, den Boden bereiten. So lange die heutige gesellschaftliche Ordnung der Dinge besteht, muß die proletarische Frau unter dem Doppeljoch der sozialen Klassensklaverei und der sozialen Geschlechtssklaverei leiden. Sobald sie dessen bewußt wird, sobald ihr Menschentum sich kräftig regt, steckt ihr die Empörung gegen diese Ordnung und die Begeisterung für die sozialistische Gesellschaft gleichsam im Blute. Ich möchte sagen, von Natur aus werden wir Frauen dann zu Rebellinnen, zu Kämpferinnen. Es fehlt uns im allgemeinen nicht an leidenschaftlichem Gefühl und Begeisterungsfähigkeit, wohl aber viel zu oft an Klarheit und Bestimmtheit unserer Erkenntnisse, an dem Erfassen der Gesichtspunkte, von denen aus der politische Kampf mit seinen inneren Triebkräften und seinen Zusammenhängen erfaßt werden muß. Die Genossinnen in dieser Beziehung für den Reichstagswahlkampf zu rüsten, das muß meines Dafürhaltens die Aufgabe der Frauenkonferenz sein.

Die bevorstehenden Reichstagswahlen werden wahrscheinlich die Ufer des gewöhnlichen Ringens um Mandate zwischen den politischen Parteien übersteigen. Sie werden sich zu einer riesigen, wild aufgepeitschten Welle des Klassenkampfes zwischen den besitzenden und den ausgebeuteten Schichten des Volkes erheben. Die Gegensätze zwischen den verschiedenen politischen Parteien werden verschwinden hinter dem einen großen Klassengegensatz, der die Gesellschaft auseinanderreißt in Ausgebeutete und Ausbeuter. Kaum verhüllt durch politische Programme wird er in die Erscheinung treten. Darauf deutet jetzt schon der Kuhhandel hin, der zwischen den bürgerlichen Parteien um Mandate gegen die Sozialdemokratie im Gange ist. In Rheinland-Westfalen sehen wir die kirchengläubigen Zentrumsleute im Begriff, den Wahlbruderkuß mit den kulturkämpferischen, freimaurerischen Nationalliberalen zu tauschen. Warum das? Lediglich um die Sozialdemokratie niederzuzwingen. Nicht nur die Nationalliberalen suchen mehr Anschluß nach rechts, bei den Junkern und Junkergenossen, das tut auch der sogenannte „entschiedene" Fortschritt. Fortschrittliche Volksparteiler, „volle und ganze Liberale" mogeln mit nationalliberalen Schutzzöllnern, mogeln mit Konservativen, Zentrümlern, mit Antisemiten und anderen rückwärts gewandten Mittelständlern um Mandate. Aber noch eine andere bedeutsame Erscheinung zeigt, was wir zu erwarten haben. Unverhüllter, nackter als je zuvor werden in diesem Wahlkampf die großen wirtschaftlichen Unternehmerorganisationen eingreifen. Ich erinnere an die großkapitalistischen „Juliustürmer", die einen reichen Korruptionsfonds zusammengebracht haben — ihren Juliusturm —, aus dem Politiker ohne Unterschied der Richtung gespeist werden sollen, die die Unternehmerinteressen im Sinne der Scharfmacher im Gegensatz zu den Arbeiterinteressen vertreten und daher in erster Linie die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften zu bekämpfen haben. Denken wir ferner an die Rolle, welche der berüchtigte Zentralverband der Industriellen als Oberscharfmacher im politischen Leben spielt, an seinen beherrschenden Einfluß auf die Regierungskreise. Vergessen wir schließlich nicht die typische Entwickelung, die sich im Hansabund vollzogen hat. Gegründet zu dem Zwecke, gegen die Sturmflut der Schutzzöllnerei einen Damm zu errichten, hinter dem die Interessen des Handels der in ihrem Aufschwung durch Zollschranken gehemmten Industrien Schutz finden könnten, tritt an Stelle des entscheidenden Abwehrkampfes gegen die Parteien der scharfmacherischen Schutzzöllner immer mehr der Rückzug und die Konzentration nach rechts. Ein energischer Abwehrkampf könnte ja nur erfolgreich an der Seite der Sozialdemokratie, parallel mit ihr geführt werden. Das geht gegen den Strich der kapitalistischen Interessen, die auch der Hansabund vertritt. So proklamiert er lediglich noch den Kampf gegen die „Hochschutzzöllner", die „Ueberschutzzöllner", gleichzeitig aber auch den Kampf gegen die Sozialdemokratie. Stets

aber, wenn von bürgerlicher Seite der Kampf nach zwei Fronten, nach rechts und links, proklamiert wird, kehrt sich in Wirklichkeit die ganze Wucht der Schlacht gegen die Sozialdemokratie. Es sind auch die Felle dieser Hoffnung davongeschwommen, als ob das deutsche Bürgertum in dem Hansabund eine Interessenvertretung gefunden hätte, die im Geiste des alten, grundsätzlichen Liberalismus und seiner politischen Forderungen wirken würde.

So wird bei den Reichstagswahlen eine Kampfeswelle wider die Sozialdemokratie heranbrausen, die uns den alten Ruf erneuern läßt: „Feinde ringsum!" Angesichts dieser Situation fragen Sie vielleicht: was wird aus unserem Kampf gegen den schwarz-blauen Block? Ist seine Zertrümmerung nicht ein Gebot dringender politischer Notwendigkeit für das Proletariat? Und sind wir Frauen nicht in erster Linie verpflichtet, auf diese Zertrümmerung hinzuwirken, angesichts des Lebensmittelwuchers, den er auf die Spitze getrieben hat, der Verweigerung und Verpfuschung von Reformen, für die er die Hauptschuld trägt, der politischen Entrechtung, die für Frauen und Männer aufrechtzuerhalten und zu befestigen sein eifrigstes Bestreben ist? Selbstverständlich müssen auch wir alle Kräfte anspannen, auf daß die Sozialdemokratie den Bund der Heiligen und Ritter überwindet. Aber der Kampf für dieses Ziel darf die Kraft der Sozialdemokratie nicht erschöpfen. Die proletarischen Frauen haben im politischen Leben eine noch größere Rechnung einzufordern wie das männliche Proletariat. Dürfen wir aber die Hoffnung haben, daß ihnen ein konservativ-liberaler Block mehr geben würde als der schwarz-blaue? Die Vergangenheit straft solche Hoffnungen Lügen. Um das festzustellen brauchen wir gar nicht bis zum Verrat des deutschen Bürgertums an der Sache der Revolution von 1848 zurückzugehen. Erinnern wir uns der Aera des konservativ-liberalen Blocks, der durch die Hottentottenwahlen von 1907 würdig eingeleitet wurde. Er hatte seine Schatten vorausgeworfen bei den Kämpfen um den Zolltarif von 1902. Das Versagen der Nationalliberalen in diesen Kämpfen und die schwächliche Haltung der Linksliberalen — die Verschlechterung der Geschäftsordnung des Reichstages zur Knebelung der Minorität kam bekanntlich mit Eugen Richters Segen zustande — tragen mit die Verantwortung dafür, daß der Kaiser dem Reichskanzler Bülow die goldene Fürstenkette für das „Verdienst" verleihen konnte, dem deutschen Volke die eiserne Hungerkette des Zolltarifs angelegt zu haben. Könnten die proletarischen Frauen das vergessen, sie, welche am ersten und am stärksten unter der Verteuerung der Lebenshaltung leiden mußten, die als Folge davon auftrat und im Bunde mit der später einsetzenden Krise die härteste Not schuf? (Sehr richtig!)

Ueberspringen wir die folgenden Jahre, bei denen die Liberalen bis zu den Freisinnigen hinüber wieder und wieder bekundeten, daß sie die Träger einer großzügigen Politik sozialer und demokratischer Reformen weder sein konnten noch sein wollten. Bei den Hottentottenwahlen kehrten die liberalen Parteien die Wucht ihres Kampfes gegen die Sozialdemokratie, und Dutzende von Mandaten haben sie den reaktionären Händen ausgeliefert. Und wie Konservative, Antisemiten, Bauernbündler haben auch Nationalliberale und Linksliberale die schmutzigsten Waffen zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie aus dem schmutzigen Arsenal des berüchtigten Reichsverbandes bezogen. Das sind Tatsachen, deren wir eingedenk bleiben müssen, um uns vor trügerischen Illusionen zu bewahren.

Vielleicht meint man, die Proletarierinnen schuldeten trotz allem den Liberalen Anerkennung, ja eine gewisse Zärtlichkeit, und das im Hinblick auf das Reichsvereinsgesetz, das Kind der konservativ-liberalen Paarung. Wir wissen jedoch, daß wir das Reichsvereinsgesetz — soweit es für uns als Frauen einen Fortschritt bedeutet — weder der Regierung noch den Liberalen zu danken haben, sondern unserem eigenen zähen Kampfe. Es mußte gewährt werden, was nicht länger vorenthalten werden konnte. (Zustimmung.) Außerdem vergessen wir nicht, daß das Reichsvereinsgesetz den kämpfenden Proletarierinnen zusammen mit ihrer Klasse erhebliche Verschlechterungen gebracht hat. Da ist die sanktionierte Polizeiwillkür und Polizeigewalt zu nennen, da sind die engherzigen, reaktionär gefaßten und noch reaktionärer ausgelegten und gehandhabten Bestimmungen gegen das Recht der Jugendlichen, Bestimmungen, die die proletarischen Mütter in ihrem Streben und Hoffen treffen, ihre Kinder mit sozialistischem Geist zu erfüllen. Als Kämpferinnen des internationalen Sozialismus wehrt es uns, die notwendige Aufklärungs- und Organisationsarbeit an den fremdländischen Arbeitern und Arbeiterinnen zu leisten, die das Kapital zu vielen Tausenden als Schmutzkonkurrenten in das Land zieht. Bei dieser Arbeit handelt es sich um ein elementares Lebensinteresse des Proletariats, dessen Wahrung der Sprachenparagraph enge Grenzen zieht, der mit Hilfe der Liberalen, die Fortschrittler inbegriffen, Gesetz geworden ist.

Die sogenannte Reform des Majestätsbeleidigungsparagraphen — eine andere Errungenschaft des konservativ-liberalen Blockes — hat sich in der Praxis, wie vorausgesagt, als ein gehässiges Klassengesetz gegen die Presse, gegen den politischen Kampf des Proletariats erwiesen. Und wäre die Reichsfinanzreform, welche die zoll- und steuerpolitische Auswucherung der Massen aufs höchste steigert, uns nicht bei einem Haare als Werk des konservativ-liberalen Blocks beschert worden? 400 Millionen von den geforderten 500 Millionen neuer Reichseinnahmen waren auch die Liberalen bereit, aus dem schmalen Beutel der werktätigen Massen zu nehmen. Der Handel scheiterte nur daran, daß die Konservativen und Zentrümler nicht dafür zu haben waren, wenigstens die letzten hundert Millionen in Gestalt der Erbschaftssteuer aus dem wohlgefüllten Geldsack der besitzenden Klassen zu nehmen. An der Erbschaftssteuer mußten aber die Liberalen festhalten, um den schamlosen Raub an den Armen hinter einem Feigenblättchen zu verstecken. (Sehr wahr!)

Aber dürfen wir nicht wenigstens hoffen, daß der Liberalismus künftig aus der seitherigen Verbindung mit den Konservativen und anderen reaktionären Elementen gelöst wird, daß er Anschluß nach links, statt nach rechts suchen muß? Drängen in dieser Richtung nicht zwingende Klasseninteressen der Bourgeoisie, des Bürgertums an einer wirtschaftlichen und politischen Entwickelung, die nicht durch politische Ueberreste der feudalen Gesellschaft gehemmt werden sollte? Man könnte es meinen, denn solche Interessen sind unleugbar da. Wir müssen jedoch damit rechnen, daß der von ihnen geschaffene Gegensatz zu den Agrariern, zu Junkertum und Halbabsolutismus hinter den größeren Gegensatz aller besitzenden und ausbeutenden Klassen gegen die besitzlosen und ausgebeuteten Klassen zurücktritt. Die Interessen, welche die Liberalen zum Zusammengehen mit der Sozialdemokratie veranlassen sollten, verlieren an ausschlaggebender Stärke; sie zurückdrängend macht sich das Bedürfnis zum Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie geltend. Der Anschluß nach links vollzieht sich nur bei verhältnismäßig unbedeutenden Fragen; angesichts größerer, entscheidender sozialer und politischer Reformen setzt sich je länger je mehr der Zug nach rechts durch. Die liberalen Parteien handeln im Geiste eines Ausspruchs, den Björnson in „Ueber unsere Kraft" seinen Musterkapitalisten tun läßt: „Was wir an Freiheit verlieren" — gegen Junkertum und persönliches Regiment — „gewinnen wir an Macht" — gegen das Proletariat.

Wir haben in dieser Erscheinung nicht die besondere Schuld kurzsichtiger Führer vor uns, vielmehr das geschichtliche Los der Klasse. Je schärfer mit der

fortschreitenden Reife des Kapitalismus die Klassengegensätze zwischen der ausbeutenden Minderheit und den ausgebeuteten Massen werden, um so mehr muß der bürgerliche Liberalismus in Gegensatz zu der Sozialdemokratie als der politischen Sachwalterin des Proletariats geraten, in Widerspruch zu seiner eigenen Vergangenheit und seinem Programm. Die Klassenscheidung setzt sich mit wachsender Stärke in den politischen Parteien durch. Unaufhaltsam vollzieht sich der Abmarsch der Proletarier aus dem Lager des bürgerlichen Liberalismus in das der Sozialdemokratie. Die Nationalliberalen sind heute schon überwiegend die Partei der Großindustriellen, der Scharfmacher. Die Linksliberalen vertreten in erster Linie die Kreise der Handels- und Finanzkapitalisten. Die Kleinbürger und Kleinbauern — die wichtigsten sozialen Träger einer bürgerlichen Demokratie — ziehen sich von ihnen zurück, um ihr Heil, die Wahrung ihrer vom Kapitalismus bedrohten wirtschaftlichen Interessen, bei Antisemiten, Bauernbündlern und ähnlichen „mittelständlerischen" Gruppen zu suchen. Der vielgepriesene „neue Mittelstand" hat sich als Trugbild erwiesen. So wird der Liberalismus reaktionärer, arbeiterfeindlicher. Weniger und weniger ist er zu haben für Reformen, die die Gegenwartslage des Proletariats heben, die dieses für seinen Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und Herrschaft rüsten. Günstigstenfalls findet die kämpfende Arbeiterklasse in den Liberalen laue Freunde.

Das Schulbeispiel für diese Entwickelung der Dinge ist der preußische Wahlrechtskampf. Des muß gerade die Proletarierin eingedenk bleiben. Dieser Kampf geht auch um das gleiche Recht für Mann und Weib. Wie Konservative und Zentrümler, so haben aber auch die Liberalen aller Schattierungen dem weiblichen Geschlecht sein volles staatsbürgerliches Recht versagt. Und mehr noch. Wenn vom Frauenwahlrecht die Rede ist, zeigen auch die Linksliberalen Neigung, die Proletarierinnen durch die Einführung von Vorrechten für die besitzenden Damen um ihr Recht zu prellen. Ein Vorgang aus jüngster Zeit ist dafür lehrreich. Das preußische Abgeordnetenhaus hatte sich mit einer Reform der Rheinischen Gemeindeordnung zu befassen. Die Regierung wollte dem Beschluß des Herrenhauses entsprechend das Privileg der Besitzenden in den Gemeinden — zumal des Großgrundbesitzes — durch das Vorrecht der Grundbesitzerinnen vermehren, auch ihrerseits die Gemeindevertreter zu wählen. Die Fortschrittliche Volkspartei wollte diese Vorzugsstellung noch dadurch verstärken, daß die bevorrechteten Frauen auch das passive Wahlrecht erhalten, in die Gemeindevertretung gewählt werden sollten. Die Sozialdemokratie allein kämpfte für das volle kommunale Bürgerrecht aller großjährigen Frauen. Nicht einmal für das Prinzip des allgemeinen politischen Frauenwahlrechts sind die Linksliberalen bis jetzt im preußischen Wahlrechtskampf eingetreten. Wie sollten sie auch! Die Fortschrittliche Volkspartei hat bis heute noch nicht die Forderung gleichen politischen Rechts für beide Geschlechter in ihr Programm aufgenommen. (Hört! hört!) Je leidenschaftlicher die zielklaren Proletarierinnen ihr politisches Recht fordern, um sich seiner in ihrem Befreiungsringen als Waffe zu bedienen, um so weniger können sie es vergessen, daß der bürgerliche Liberalismus im Kampfe für die volle Demokratie versagt.

Wenn wir jedoch vom Zusammenbruch des Liberalismus, der bürgerlichen Demokratie reden, so dürfen wir eins nicht übersehen: Dieser Zusammenbruch vollzieht sich nicht nur innerhalb der liberalen Parteien, sondern nicht minder auch innerhalb des Zentrums. Damit müssen wir uns ausführlicher beschäftigen. Denn eine der brennendsten Tagesforderungen ist gerade für die proletarische Frauenbewegung, die Reichstagswahlen auszunutzen, um in den Kreisen der katholischen Proletarierinnen einzudringen und festen Fuß zu fassen. Wir

wissen ja, welch großen Wert das Zentrum darauf legt, diese mit Hilfe des Klerus und unter Mißbrauch der religiösen Ueberzeugung im Bann zu halten. Auch der Zweck ist bekannt: er ist ein rein politischer. Die Frau, der es nach der Ansicht der meisten Zentrümler nicht ansteht, sich um Politik zu kümmern, die Frau, die die Herren in politischer Unmündigkeit halten wollen, ist ihnen gleichwohl als politisches Werkzeug gut genug, den Mann für die Zentrumspolitik einzufangen, gegen die er zu rebellieren beginnt. (Zustimmung.) Das Zentrum hat in den überwiegend katholischen Gegenden des Reichs den liberalen Parteien die Bevölkerungsschichten entzogen, aus denen die bürgerliche Demokratie ihre Kraft saugt: Kleinbürger und Kleinbauern. Der „neue Mittelstand" hat ihnen dafür in keiner Weise Ersatz zu stellen vermocht, von anderen Gründen abgesehen schon numerisch nicht. Die Angestellten machten z. B. 1907 nach der Berufs- und Gewerbezählung knapp ein Siebzehntel der Berufstätigen aus. Das Aufkommen des Zentrums wurde so wie die Entwickelung der Sozialdemokratie auch eine Quelle der Schwächung des bürgerlichen Liberalismus.

Gewöhnlich erklärt man, das Zentrum sei eine kirchenpolitische Partei. Das stimmt heute nur, soweit es sich um den Deckmantel handelt, mit dem diese Partei die Massen über das Wesen ihrer Politik zu täuschen sucht. Diese Politik selbst aber ist ihrem Wesen nach heute agrarisch-großkapitalistisch. Ihre ausschlaggebende Richtung erweist das, trotz der mitlaufenden kleinbürgerlich-demokratischen, proletarisch-reformlerischen Unterströmungen. Das Spiel mit dem Deckmantel wird dem Zentrum dadurch erleichtert, daß die Kirche als soziale Institution mit beiden Füßen auf dem Boden des Privateigentums steht und ihre Aufgabe begreift, dieses zu schützen und die „Begehrlichkeit" der Massen zu zügeln. In seinen Anfängen jedoch wies das Zentrum starke oppositionelle Wesenszüge auf, die es begreiflich machen, warum es bürgerlich-demokratische und proletarische Schichten anziehen konnte. In ihm sammelten sich die Elemente, die sich wider die wirtschaftlichen Zustände, die der Kapitalismus schuf, als Betroffene, als Leidende auflehnten: Handwerker, Kleingewerbetreibende, Bauern, Arbeiter. In ihm sammelten sich auch die partikularistisch-demokratischen Opponenten gegen die politische Schöpfung der kapitalistischen Entwickelung: das Deutsche Reich unter der preußischen Pickelhaube, 1866 annektierte „Mußpreußen", kleinstaatliche Lokaldemokraten. Bismarck schweißte diese Elemente zur Partei zusammen, die auch die katholischen Großgrundbesitzer und Großkapitalisten aufnahm, indem er in Gestalt des Kulturkampfes mit der Junkerpeitsche tölpelhaft nach der katholischen Kirche schlug. Und damit tat er zugleich mehr, als daß er einte. In Gestalt des religiösen Bekenntnisses gab er der politischen Partei eine große Ideologie. Sie ermöglicht es dem Zentrum, seine politischen Parteigänger als katholische Gläubige von der Wiege bis zum Grabe zu erfassen und zu fesseln. (Sehr gut!)

Unterschätzen wir diesen Faktor nicht! In ihm beruht das Geheimnis der geistigen Macht des Zentrums über Massen, auch über hochstehende proletarische Massen in alten Kulturstätten, trotz allem politischen Verrat dieser Partei. In der Tat: wenn der politische Verrat an den wichtigsten Interessen des werktätigen Volkes töten könnte, so müßte das Zentrum längst für die katholischen Arbeiter tot sein. Aber obgleich diese Partei bei der Zoll- und Steuerfrage, bei Militär- und Marineforderungen der Regierung, bei Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung, beim Kampf für das gleiche politische Recht usw. die Bedürfnisse der Ausgebeuteten und Kleinen mit Füßen getreten hat, verfügt sie über einen stattlichen Heerbann proletarischer Wähler. Ja, das Zentrum ist heute noch die einzige bürgerliche Partei, die ohne wirtschaftlichen

und sozialen Zwang, dank geistiger Beeinflussung Arbeitermassen hält. Wie ist das möglich? Nur weil das Zentrum mit seiner religiösen Ideologie breite Massen ergreift. Mit ihr gibt es diesen eine feste, in sich geschlossene Weltanschauung, die über die kapitalistische Gegenwart mit ihrem Jammer für die Habenichtse hinausgreift, die im Alltäglichen als Lebensauffassung Herrschaft über das Sein und Tun des einzelnen gewinnt. „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein!" Am wenigsten die Klasse, der die im sittlichen Bewußtsein als soziales Unrecht empfundene Gesellschaftsordnung das Brot so knapp und so trocken zuschneidet. Die Massen bedürfen einer Ideologie, eines idealen Weltbilds, das ihnen ein „Endziel" zeigt: die Ueberwindung der sozialen Uebel, unter denen sie seufzen, den Ausgleich der sozialen Gegensätze und Ungerechtheiten. Aus diesem „Endziel" schöpfen sie die Kraft der Hoffnung, die Gegenwartsleiden zu ertragen und sich aus ihnen emporzuheben.

Auch die bürgerlichen Liberalen haben früher breitesten Volksmassen eine hohe Ideologie gegeben, eine einheitliche Weltanschauung, die über die Not und den Zwang der Zeit hinauswies auf ein „Endziel": die bürgerliche Ordnung, die sich aus dem Mutterschoße der feudalen Gesellschaft losrang. Die klassische Philosophie der Kant, Fichte, Hegel, Schelling usw. hat an ihr gezimmert, hat das „Endziel" als das Reich der Vernunft und Freiheit, als den Rechtsstaat, den geschlossenen „nationalen Handelsstaat" greifbar vor sich gesehen. Die klassische Kunst der Lessing, Schiller und Goethe hat die Weltanschauung des Liberalismus verklärt. 1848 hat sie ihre politische Formel in der einen unteilbaren schwarzrotgoldenen Republik erhalten. Jedoch mit der fortschreitenden Reife des Kapitalismus und seinen Triumphen hat die berückende liberale Ideologie ihre Verwirklichung in der häßlichen kapitalistischen Gegenwart gefunden. Ihr „Endziel" hat sich als die kapitalistische Ausbeutungsordnung enthüllt. Ihr „Endziel", soweit es sich um die nächste geschichtliche Entwickelungsstufe handelte, welche im Kampf gegen die herrschenden sozialen Stände der feudalen Gesellschaft — Adel, Geistlichkeit und absolutes Fürstentum — die Bourgeoisie als herrschende Klasse zur Macht emportrug. Soweit aber die liberale Ideologie über diese Entwickelungsstufe hinaus weitergeführt werden konnte, konsequent weiter geführt werden mußte — dem sich nun deutlich abzeichnenden weiteren geschichtlichen Werdegang entsprechend —, hat sie ihre Vollendung gefunden in der Ideologie des Sozialismus. Die Ideologie des Sozialismus mit ihrem „Endziel" ist die Ideologie der im Schoße des Kapitalismus sich entwickelnden sozialistischen Ordnung, ist die Ideologie des Proletariats, der Klasse, die historisch berufen ist, im Kampfe gegen die ausbeutenden und herrschenden Klassen der bürgerlichen Gesellschaft die Grundlagen jeder Klassenausbeutung und Klassenherrschaft aufzuheben. Infolge dieser Zusammenhänge erscheint heute den bürgerlichen Liberalen die große Ideologie des kämpfenden Bürgertums als überflüssig, ja schädlich. Verkörpert sie sich ja immer wieder in dem Gegensatz zwischen dem liberalen Programm und der Praxis der liberalen Parteien, gleichzeitig aber auch in der Praxis der Sozialdemokratie, insofern diese Partei die politische Testamentsvollstreckerin der bürgerlichen Demokratie sein und ihre Ziele weiterführen muß. (Sehr richtig!) So kommt es, daß den Liberalen im Grunde nichts verhaßter ist, als von Angesicht zu Angesicht mit der Ideologie des Liberalismus gestellt zu werden, so kommt es, daß sie den Massen keine Ideologie mehr zu bieten haben, die ihrem Empordrängen richtunggebende Zukunftsziele zeigt.

Das Zentrum gibt den von der Gegenwart bedrückten Massen eine Ideologie, aber diese unterscheidet sich wesentlich von der des Liberalismus und

Sozialismus. Sie ist nicht von dieser Welt. Sie kann nicht von ihr sein, weil das Zentrum auf dem Boden des Privateigentums, der bürgerlichen Ordnung steht. Auch sie muß für die Hoffnung der Massen nach einer sozial ausgleichenden Gerechtigkeit deren Blick perspektivisch in die Zukunft lenken wie der Sozialismus. Aber diese Zukunft liegt nicht auf der Erde, nicht in der Gesellschaft und ihrer Entwickelung, sondern jenseits der Wolken. Sie verlängert gleichsam die Entwickelungslinie über das Diesseits hinaus und läßt sie ihr Endziel erst in einem Jenseits finden. Das Zentrum setzt damit an die Stelle einer sozialen Ideologie, deren Inhalt den Massen Richtung und Ziel gibt, die religiöse Ideologie, welche Privatsache des einzelnen bleiben muß. Daher kann diese Ideologie nicht auf die Dauer proletarische Massen an das Zentrum fesseln.

Indem das Zentrum zum Zwecke der politischen Massentäuschung das Banner einer religiösen Ideologie voranträgt, setzt sich eine rückläufige Erscheinung durch. Friedrich Engels hat darauf hingewiesen, welchen bedeutsamen geschichtlichen Fortschritt es darstellt, daß in der großen französischen Revolution die verschiedenen sozialen Klassen ihre Kämpfe unverhüllt durch eine religiöse Verkleidung führten, als von wirtschaftlichen und sozialen Gegensätzen getriebene Kämpfe um die politische Macht. Das Zentrum aber deckt diese Gegensätze und die ihnen entsprechenden politischen Konsequenzen wieder mit einem religiösen Mantel. Im Gegensatz zu den anderen politischen Parteien, deren Gefolgschaft sich mehr und mehr unter dem Einfluß der wirtschaftlichen und sozialen Interessen bestimmter, abgegrenzter Bevölkerungsschichten rekrutiert, umfaßt es ohne Rücksicht auf solche Gegensätze große Kreise aller Klassen. Es ist eine Volkspartei im alten verschwommenen Sinne des Wortes. Man könnte sagen — natürlich mutatis mutandis, die nötigen Veränderungen vorausgesetzt — daß im Zentrum der Traum des Blocks von Bassermann bis Bebel nicht nur erfüllt, sondern überholt worden ist. Hier ist der Block von Bethmann Hollweg bis Bebel Wirklichkeit geworden. (Heiterkeit.) Das Zentrum umschließt alle, vertritt alle: von den Agrariern und großkapitalistischen Scharfmachern bis zu den ausgebeuteten Proletariern. Nur die religiöse Ideologie hat es vermocht, diese heterogenen Elemente zusammenzuhalten, wenn auch nicht ohne innere Reibungen. Und die müssen wachsen, je schärfer sich außerhalb des Zentrums, im wirtschaftlichen Leben der Gesellschaft, die Klassengegensätze zuspitzen. Mit dieser Entwicklung wird das Zentrum in steigendem Maße zu einer agrarisch-großkapitalistischen Partei ohne arbeiterfreundliche und demokratische Phrase. Die Tatsache setzt sich durch, daß ein politischer Block, der die Vertreter der gegensätzlichsten wirtschaftlichen, sozialen Interessen vereinigt, zur Fessel der demokratischen, der proletarischen Elemente wird. Die Unnatur, politisch alle Klassen zusammenhalten zu wollen, endet mit dem Triumph des großen Geldsacks und der Unterdrückung der Vertreter der Arbeiter, der kleinen Leute. Der Beweis dafür ist die Haltung des Zentrums in den Fragen des Militarismus, des Marinismus, der Kolonialpolitik, der Steuern und Zölle und insbesondere seine heuchlerisch verbrämte Arbeiterfeindlichkeit, die sich erst kürzlich wieder bei der Gestaltung der Reichsversicherungsordnung enthüllt hat. Die arbeiterverräterische Politik des Zentrums schließt sich nicht bloß mit der der Konservativen, sondern auch mit der der Liberalen zum Ringe zusammen. Darüber müssen wir klar sein, wenn wir uns vor Illusionen nach der einen Seite hin bewahren wollen, nach der anderen Seite hin sind solche heute angesichts der Politik des schwarz-blauen Blocks unmöglich. Die Werke dieser Politik sind dem Bewußtsein der Massen durch Notstandspreise, Reform- und Rechtsverweigerung eingebrannt.

Wollen wir die Kräfte verstehen, die uns zwingen, beim Reichstagswahlkampf unsere ganze Kraft zunächst den bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme entgegenzustellen, so müssen wir aus dem Reiche der Politik hinablauschen in das Reich des wirtschaftlichen Lebens. Die ausschlaggebenden treibenden Kräfte der Politik liegen in der Oekonomie. Die Verhältnisse des Deutschen Reiches stehen im Zeichen der rasch fortschreitenden kapitalistischen Entwickelung und Reife. Dafür einige charakteristische Belege. Die deutsche Roheisengewinnung stieg — in 1000 metrischen Tonnen — von 3470 im Jahre 1882 auf 12 875 im Jahre 1907. Deutschland ist damit an die zweite Stelle aller Roheisen gewinnenden Staaten gerückt, es hat England überflügelt, dessen einschlägige Produktion in dem angegebenen Zeitraum nur von 8716 auf 10 277 Tausend metrische Tonnen in die Höhe gegangen ist, und wird nur noch von den Vereinigten Staaten Nordamerikas mit einem Ertrag von 26 195 Tausend übertroffen. Auch der deutsche auswärtige Handel war bis 1907 mit einem Gesamtbetrag von mehr als 15½ Milliarden — Einfuhr und Ausfuhr zusammengerechnet — zum zweitstärksten aller Länder geworden, ihm geht nur der auswärtige Handelsverkehr Englands mit fast 20 Milliarden voran und ihm folgt der der Vereinigten Staaten mit noch nicht 14 Milliarden.

Es liegt auf der Hand, daß die großartige Entwicklung des Kapitalismus, die von diesen Zahlen gekündet wird, sich nicht vollziehen konnte ohne ihr Gegenstück: die Verschärfung der Klassengegensätze. Das wird durch die Berufs- und Gewerbezählung von 1907 und den Vergleich ihrer Ergebnisse mit denen der früheren statistischen Erhebungen erhärtet, ebenso auch wie eine andere Erscheinung von großer Tragweite. Deutschland hat aufgehört, ein agrarisches Land zu sein. Die landwirtschaftliche Bevölkerung des Reiches ist von 1882 bis 1907 bedeutend zurückgegangen, und zwar von 45,52 Prozent der gesamten Einwohnerschaft auf 28,67 Prozent, sie sank auch absolut, von 19,22 Millionen auf 17,68 Millionen. Die Bevölkerung dagegen, die von Industrie und Gewerbe — Bergbau und Bauwesen inbegriffen —, von Handel und Verkehr lebt, ist in dem gleichen Zeitraum von 45,53 Prozent der Gesamtbevölkerung auf 56,17 Prozent gestiegen, absolut von 20,58 Millionen auf 34,65 Millionen. Diese Zahlen kennzeichnen die agrarische Politik der Regierung und der herrschenden Parteien als ein Verbrechen an der Mehrheit der Bevölkerung. Sie ist das um so mehr, als sie nicht einmal der Gesamtheit der landwirtschaftlichen Bevölkerung zugute kommt, sondern nur einer kleinen Minderheit davon. Die angezogenen Erhebungen erweisen, daß auch in der Landwirtschaft die Entwicklung und Zuspitzung der Klassengegensätze zugenommen hat. Die Zahl der selbständigen Landwirte ist erheblich zurückgegangen. 1875 waren in der Landwirtschaft unter 100 Erwerbstätigen noch fast ein Drittel Selbständige: 30,98, 1907 dagegen wenig mehr als ein Viertel: 25,31. Die Arbeiter machen hier mit ihren 7,18 Millionen 73,69 vom Hundert der Erwerbstätigen aus. Vergegenwärtigen wir uns dazu die erdrückende Zahl der Kleinbauern und Zwergbesitzer, die kein Getreide und kein Vieh auf den Markt bringen können, vielmehr oft selbst kaufen müssen: so erscheint die Politik des Brot- und Fleischwuchers, der Liebesgaben an die Agrarier nackt in ihrer ganzen Gemeingefährlichkeit.

Auch in der Industrie und im Handel hat sich der gleiche Entwickelungsprozeß fortschreitender Proletarisierung vollzogen. Die Zahl der Selbständigen unter hundert Erwerbstätigen ist von 1895 bis 1907 gesunken in der Industrie von 24,90 auf 17,56; im Handel von 36,07 auf 29,11. Diese Zahlen aber stehen noch hinter der Wirklichkeit des vor sich gehenden Proletarisierungsprozesses zurück. Unter den Selbständigen sind nicht nur die große Menge wirtschaftlicher Scheinexistenzen gezählt, die nur Agenten, Verwalter, Schuldsklaven großer kapitalistischer Unternehmungen sind, sondern auch die sogenannten Hausgewerbetreibenden. Trotz allem läßt die amtliche Statistik die wachsende und ausschlaggebende soziale Bedeutung der Arbeiter — und rechnen wir ihnen die Angestellten hinzu — der Abhängigen überhaupt wuchtig zum Ausdruck kommen. Die Zahl der Arbeiter in Landwirtschaft, Industrie und Handel ist seit 1882 bis 1907 von 10,70 Millionen auf 17,83 Millionen gestiegen, ihr Anteil am Hundert der Erwerbstätigen in den drei Berufsgruppen von 60,07 auf 72,46. In der Industrie allein beträgt er 76,35. Ein Steigen in der gleichen Richtung weist die Zahl der Angestellten auf. Es ist keine Uebertreibung, daß heute in den unser Wirtschaftsleben beherrschenden drei Berufsgruppen einem Viertel Unabhängiger drei Viertel Abhängiger gegenüberstehen. Eine Einzelheit sei dabei besonders hervorgehoben, denn sie hat ihren Wert für unseren Wahlkampf. Betrachten wir die soziale Schichtung der Erwerbstätigen in Verbindung mit dem religiösen Bekenntnis, so sind vom Standpunkt der bürgerlichen Ordnung aus die Verhältnisse am ungünstigsten bei den Katholiken. Vom Hundert der katholischen Erwerbstätigen sind nur 21,05 Selbständige, die Arbeiter machen dagegen 75,52 aus. Diese Ziffern lassen den Verrat des Zentrums an den Interessen der werktätigen Massen scharf hervortreten. Die mitgeteilten Zahlen sind für uns sozialistische Frauen von hohem Interesse. Hinter ihnen steht die für unsre Arbeit wichtige Tatsache, daß die Zahl der Proletarierinnen gewaltig gewachsen ist, daß die Zahl der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen zugenommen hat, die unsere Agitation bei den Reichstagswahlen ergreifen und in Reih und Glied der Sozialdemokratie führen muß.

Die beleuchtete Richtung der wirtschaftlichen Entwickelung gibt uns Aufschluß über die Richtung der Politik. Sie läßt den Imperialismus, die eroberungstolle Weltmachtspolitik, zu einer Erscheinung werden, die je länger je mehr das politische Leben des Deutschen Reiches, wie aller kapitalistischen Staaten überhaupt beherrscht. Die angeführten Ziffern bekunden das Emporblühen des Kapitalismus. Emporblühen des Kapitalismus aber bedeutet Vervollkommnung und Entfaltung der Produktivkräfte, bedeutet steigende Produktivität der Arbeit, ein Anschwellen der erzeugten Güter und damit des Bedürfnisses nach einer Ausdehnung des Marktes, auf dem die kapitalistischen Unternehmer durch den Verkauf der Waren ihren Anteil von dem Mehrwert einsäckeln können, den die Proletarier schaffen. Allein diese Entwickelung vollzieht sich auf der Grundlage des Klassengegensatzes zwischen den Ausbeutenden und Ausgebeuteten, und er verhindert es, daß die Erweiterung des Absatzgebietes im Deutschen Reiche selbst gleichen Schritt hält mit dem Steigen der Produktion. Je mehr der Klassengegensatz sich verschärft — wie oben gezeigt wurde —, um so mehr werden die besitzenden und ausbeutenden Klassen durch die Entfaltung der Produktion gezwungen, Absatz im Auslande zu suchen. Nicht etwa, weil die Massen des Volkes in der Heimat alles haben, was sie bedürfen, von dem zu schweigen, was ihnen nach dem Grad der Kulturentwicklung gebührt, sondern weil sie dank der kapitalistischen Ausbeutung nicht zahlen können, nicht kaufkräftig sind. Die gleiche Entwicklung geht jedoch nicht nur in den alten kapitalistischen Ländern vor sich, sondern auch in den neuen, die der Kapitalismus selbst schafft. Es sind ja nicht nur Waren, die ausgeführt werden, vielmehr auch Arbeitsmittel, Arbeitskräfte, Kapitalien. So nistet sich die kapitalistische Produktion auf den entferntesten Punkten der Erde ein und vermehrt die Zahl der konkurrierenden Länder auf dem Weltmarkt. Es wächst der Gegensatz zwischen den ausbeutenden Klassen und Cliquen der einzelnen Staaten. Ihr Verlangen nach festen, gesicherten, abgeschlossenen ausländischen Absatzgebieten setzt sich in der Politik durch als das Streben nach Kolonialbesitz, der durch Zollmauern dem Wettbewerb anderer kapitalistischer Nationen entzogen wird. Die

Weltpolitik steht nicht mehr im Zeichen der offenen Türen, des Freihandels, des Friedens, sie wird Welteroberungs-, Weltmachtspolitik. Der Imperialismus ist da.

Ihn stärkt der Umstand, daß die Ausbeutenden und Regierenden ihre nationalen Gegensätze brauchen und mißbrauchen, um die Ausgebeuteten über den Klassengegensatz in der Heimat hinwegzutäuschen. Die Hetze gegen „den äußeren Feind", im Namen des Vaterlandes, soll diese blind für die Tatsache machen, daß ihr Feind im eigenen Lande steht, daß sie von den eigenen „Volksgenossen" ebenso rücksichtslos ausgeplündert werden, wie von etwa einfallenden Franzosen und Russen. Und noch ein weiterer Zusammenhang der Dinge fördert den Imperialismus. In dem gegenwärtigen Entwicklungsstadium der bürgerlichen Gesellschaft haben die Produktionskräfte eine Entfaltung erreicht, daß sie fortdauernd gegen ihre Fesseln rebellieren: gegen die kapitalistische Produktionsweise, gegen die bürgerliche Eigentumsform. Die ausbeutenden und herrschenden Klassen werden unfähig, ohnmächtig, das schöpferische Spiel dieser Kräfte dem kapitalistischen Mehrwert nutzbar zu machen. Es entfesselt alle wirtschaftlichen, alle sozialen Gegensätze der bürgerlichen Ordnung und droht diese selbst als ein Hemmnis zu sprengen. Indem der Imperialismus die Rüstungen zu Wasser und zu Lande fordert und wahnwitzig steigert — bis zum Weißbluten der Völker — erblicken die herrschenden Klassen in ihm ein Mittel, menschliche und sachliche Produktivkräfte lahmzulegen, zu vernichten. Nach dem österreichischen Professor Kobatsch verschwenden die europäischen Staaten jährlich 7 Milliarden für Rüstungen, weitere 6 Milliarden für die Verzinsung der Schulden, die zu Rüstungszwecken aufgenommen wurden, 5 Milliarden an Arbeitsausfall der aktiven Soldaten, die im leistungsfähigsten Alter aus Mehrern des gesellschaftlichen Reichtums zu bloßen Verzehrern werden müssen. So vervollständigt der Imperialismus das periodische Werk der Krisen. Auch in diesem Zusammenhange ist er die Rettungsplanke, an die sich die besitzenden Klassen klammern, um ihre Ausbeutungs- und Herrschaftsmacht zu erhalten. Der Reichskanzler sprach als Vertreter der ausbeutenden Klassen aller Nationen, als er den Anregungen auf Abrüstung ein starres Nein entgegensetzte.

So ist der Imperialismus eine geschichtliche Erscheinung, die gerade die proletarischen Frauen zu energischstem Widerstand herausfordern. Von dem Bewußtsein durchdrungen, daß die soziale Klassen- und Geschlechtsknechtschaft erst mit der Aufhebung des Privateigentums endet, daß nur jenseits der Kerkermauern dieser bürgerlichen Gesellschaft freies, harmonisches Menschentum für alle blüht: müssen sie gegen die Welteroberungspolitik kämpfen, die die Lebensdauer der kapitalistischen Ordnung zu verlängern bezweckt. Nicht weniger fordern die Gegenwartsfolgen solcher Politik die schärfste Abwehr heraus. Der Imperialismus bedeutet nicht nur Ausbeutung und Knechtung barbarischer und halbbarbarischer Völker. Der reaktionären Auslandspolitik entspricht eine gleich reaktionäre Heimatspolitik. Vergessen wir nicht die Wurzel, den Zweck des Imperialismus: Aufrechterhaltung und Festigung der kapitalistischen Ausbeutungs- und Herrschaftsgewalt! Seinem ganzen Wesen nach schlägt er die gepanzerte Faust auch dem heimischen Proletariat ins Gesicht. Und die Frauen der werktätigen Massen empfinden das schmerzhaft genug. Wenn die eroberungstolle Weltmachtspolitik einen Weltkrieg entzündet: dann sind es nicht nur die Söhne der Panzerplattenkönige, der Kanonenlieferanten, der großen Reeder, der Börsenjobber, der Edelsten und Besten, die ihre Knochen zu Markte tragen. Nein, eure Söhne, eure Gatten, eure Väter und Brüder werden es sein, deren Blut in Bächen den Boden rötet, deren Leichen sich bergehoch auftürmen. (Lebhafte Zustimmung.) Und wenn der Imperialismus Militarismus und Marinismus noch üppiger ins Kraut schießen läßt; wenn der Rüstungswahnsinn die Zoll- und Steuerlast bis zur Unerträglichkeit steigert, Teuerungspreise schafft, die nicht wieder zurückgehen: müssen dann nicht die Proletarierinnen die volle Bürde der Sorgen und Entbehrungen tragen? Des sollten namentlich die Mütter, die Hausfrauen eingedenk sein!

Der Imperialismus stärkt die Macht der Unternehmerorganisationen. Wozu das führt, wissen wir. Zu Preistreibereien, welche schon heute ihre Schuld an der Teuerung und Not haben. Jedoch besagt wachsende Macht der organisierten Ausbeuter auch noch ein anderes. Die Möglichkeit für die Herren, ihren Einfluß auf das politische Leben zu erhöhen und das so dringend notwendige Werk großzügiger sozialer Reformen zu hindern. Das beweist die Geschichte der Sozialreform in Deutschland all diese Jahre, das zeigt besonders eindringlich in jüngster Zeit das Geschick der Reichsversicherungsordnung. Das Fazit der imperialistischen Entwickelung ist also in der aufgezeigten Beziehung vermehrte wirtschaftliche Not und zähe Verweigerung des Reformrechts der werktätigen Massen. Diese können, diese dürfen sich mit diesem Stand der Dinge nicht widerstandslos abfinden. Je teurer die Lebenshaltung, je karger die Reformen, um so ausgedehnter, schärfer werden die gewerkschaftlichen Kämpfe. Die Arbeiterverbände stehen dann dem geschlossenen, zähesten Widerstand der machtvollen Unternehmerorganisationen gegenüber, die Scharfmacherorganisationen sind. Das Ringen wird nicht bloß um die Forderungen der Habenichtse gehen, fast mehr noch um die Existenz ihrer Gewerkschaften selbst. Die Hungerpeitsche und die dienstbaren staatlichen Gewalten sollen die Lohnsklaven ihres Koalitionsrechts berauben. Zu der Auslegung und Beugung der Gesetzestexte tritt das Verlangen nach Ausnahmegesetze gegen das organisierte, kämpfende Proletariat, tritt die Tendenz, das gemeine Recht zum gemeinsten Recht zu „reformieren". Denken wir an die drohende Gefahr, daß die bevorstehende Strafprozeßreform mißbraucht werden soll, um ein schändliches Ausnahmerecht gegen die gewerkschaftlich kämpfenden Arbeiter, gegen ihre Organisationen zu schaffen.

So greifen die Folgen der imperialistischen Politik fesselnd, verkümmernd auf das Gebiet der politischen Rechte über. Am stärksten muß das in dem zähen, tückischen Widerstand der herrschenden Klassen und ihrer Regierungen gegen die Verwirklichung der Demokratie, gegen die Forderung vollen, gleichen politischen Rechts zum Ausdruck kommen, wie sie in Deutschland mit dem preußischen Wahlrechtskampf das Proletariat immer mehr in den Vordergrund rückt. Imperialismus und Demokratie sind Gegensätze, die einander ausschließen. Die imperialistische Entwickelung schlägt so brutal den wichtigsten Lebensinteressen des Proletariats ins Antlitz, daß sie sich nur durchzusetzen vermag, wenn die breitesten Volksmassen entweder völlig stumpf, ohne eigenes, bewußtes, geschichtliches Klassenleben sind, oder aber politisch geknebelt. In allen Ländern hat der Imperialismus als Begleiterscheinung den Stillstand der demokratischen Entwickelung, das hartnäckige Widerstreben gegen sie gezeitigt. In allen Ländern geht er Hand in Hand mit der Stärkung der Regierungsgewalt, beziehungsweise mit der Stärkung des Monarchismus. Selbst in England, dem Mutter- und Musterland der bürgerlichen Demokratie, des bürgerlichen Parlamentarismus, hat der Imperialismus eine Renaissance des monarchischen Gedankens gezeitigt, wie sie noch vor 20 Jahren niemand zu träumen gewagt hätte. In Deutschland, wo wir es dank des schwächlichen Liberalismus nicht zur vollen bürgerlichen Freiheit, nicht zu einem machtvollen Parlamentarismus gebracht haben: bedeutet der Imperialismus die nackte Stärkung der persönlichen Regiererei. Ich erinnere an den Hunnenfeldzug nach China, an den Pantherſprung nach Agadir. Beide Male verstrickte die Regierung Deutschland in die Händel der Weltpolitik ohne die

Zustimmung des Reichstags, sie schob die gewählten Vertreter des deutschen Volkes, die Reichstagsabgeordneten, wie Schuljungen beiseite, die in den Ferien waren.

So begreift der Imperialismus alle Uebel, alle Infamien der kapitalistischen Klassenherrschaft in sich: Steigerung der wirtschaftlichen Ausplünderung der Massen durch schamlose Steuer- und Liebesgabenwirtschaft, durch Preistreiber- und Scharfmacherorganisationen; brutales Zurückdrängen der sozialen Reformarbeit und Verzicht auf die Lösung der Kulturaufgaben; Knebelung des politischen Rechts der Massen. Damit tritt diese Entwickelung der Dinge in unversöhnlichen Widerstreit zu den Interessen der proletarischen Frauen. Je gedrückter ihre Lage ist, um so bedeutsamer ist für sie alles, was dem wirtschaftlichen und politischen, dem kulturellen Aufstieg ihrer Klasse dient. Als doppelt, ja dreifach bedürfte haben sie ein zwingendes Bedürfnis nach durchgreifenden sozialen Reformen, als politisch Unmündige nach wirklich demokratischen Bürgerrechten. Und was sie heischen müssen, soll kein Almosen sein, das sie bestimmen könnte, ihren Frieden mit der bürgerlichen Ordnung zu machen, nein, eine Wegzehrung, die die Kraft des Proletariats für seinen Kampf um das sozialistische Endziel stärkt. (Lebhafte Zustimmung.) Daher die Notwendigkeit für sie, auch bei den Reichstagswahlen der Situation in Preußen eingedenk zu bleiben, die von dem Kampf um das Wahlrecht beherrscht wird, der in seinen Flanken die weitere Entwickelung zur Demokratie für ganz Deutschland trägt: das Ringen für das gleiche Wahlrecht aller Großjährigen ohne Unterschied des Geschlechts, für die Durchführung einer parlamentarischen, konstitutionellen Regierung, für die Republik. Mit den Erfolgen dieses Ringens können die Proletarierinnen hoffen, zu freien, gleichberechtigten Staatsbürgerinnen emporzusteigen, die gleich gerüstet wie ihre Klassengenossen die Schlachten des Proletariats mitschlagen. Als Todfeind müssen sie mithin den Imperialismus betrachten, dessen Politik sich dem geschichtlichen Aufstieg des Proletariats und seiner Befreiung entgegenstemmt. Die stockreaktionäre Politik des Imperialismus aber wird rasch in steigendem Maße zur einigenden Losung aller bürgerlichen Parteien. Wohl sind es einzelne Cliquen, die die Drähte der imperialistisch tanzenden Staatsmännlein ziehen, Cliquen, die den fettesten Rahm von der Schüssel der Kolonialabenteuer und Kriegshetzen schöpfen. Aber hinter ihnen stehen so gut wie einmütig die besitzenden Klassen, um den Imperialismus zu fördern, statt ihm zu wehren. Das spiegelt die bürgerliche Presse wider, das wird durch das Verhalten der bürgerlichen Parteien zu Heer- und Flottenforderungen bekräftigt. Die Zentrümler wie die „entschiedenen Linksliberalen" — ihre Schalmeienbläser auf bürgerlichen Friedenskongressen davon nicht ausgenommen — lassen sich heute an Bewilligungseifer für Kanonen, Panzerschiffe und Kolonialzwecke kaum noch von den Konservativen überbieten.

Im Banne der aufgezeigten Entwickelung steht die Situation, in der die Genossinnen sich am Reichstagswahlkampf beteiligen, die proletarischen Frauen um die Fahne der Sozialdemokratie sammeln müssen. Ihr Recht wie ihre Pflicht dazu ist in der veränderten wirtschaftlichen und sozialen Stellung des weiblichen Geschlechts fest verankert, wie in dem gewandelten Bewußtsein der Frauen, das die Folge davon ist. Auch die Frauen sind und werden in steigendem Maße in den Mahlstrom der kapitalistischen Wirtschaft gerissen. Die Berufs- und Gewerbezählung von 1907 weist eine gewaltige Ausdehnung, ein rasches Umsichgreifen der beruflichen Frauenarbeit auf. In der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches hat sich der Anteil der hauptberuflich Erwerbstätigen von 1882 bis 1907 erhöht, er ist von 38,99 vom Hundert auf 43,46 gestiegen. Was besagt diese Tatsache? Nicht nur — wie die Statistik ausweist —, daß die absolute Zahl der Dienenden zurückgegangen ist, sondern vor allem, daß die Familien der Werktätigen immer mehr auf den Verdienst der Frauen und der heranwachsenden Jugend angewiesen sind. 1907 gab es in Deutschland 9 492 881, beziehungsweise 10 035 705 weibliche Erwerbstätige im Hauptberuf — die Dienenden inbegriffen, dazu noch 3 396 600 nebenberuflich verdienende Frauen. Seit 1882 hat sich das Heer der hauptberuflich erwerbenden Frauen um fast 4 Millionen vermehrt, um 3 984 395, das ist um 93,95 Proz.

Dabei verdient ein Umstand unsere besondere Würdigung. Die Scheidung zwischen selbständigen Erwerbstätigen und Abhängigen, Ausgebeuteten hat sich in der Frauenwelt noch schärfer durchgesetzt wie bei den Männern. Während auf das Hundert männlicher Erwerbstätigen 67,21 Arbeiter kommen, sind bei den weiblichen Erwerbstätigen 84,12 vom Hundert Arbeiterinnen. Diese Zahlen müssen uns in der Seele brennen, müssen uns anspornen, unsere ganze Kraft einzusetzen für das bessere Los der ausgebeuteten Frauen. Diese Zahlen geben uns aber auch die freudige Gewißheit, daß unaufhaltsam das Heer der Kämpferinnen anschwellen muß, die Seite an Seite mit uns gegen die kapitalistische Ordnung anstürmen. Eine andere beachtenswerte Erscheinung. In der Landwirtschaft hat die Erwerbsarbeit der Frauen einen auffallend großen Umfang angenommen. Von 1895 bis 1907 ist in der Landwirtschaft die Zahl der Männer, welche hauptberuflich erwerbstätig sind, um 255 467 zurückgegangen, die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen im Hauptberufe aber um 1 775 132 gestiegen. Von allen Frauen, die einen Hauptberuf ausüben, um zu verdienen, sind fast die Hälfte — 4 528 286 — in der Landwirtschaft tätig, 45,83 Proz., während Industrie und Handel zusammen wenig mehr als $^3/_{10}$ davon beschäftigen. Unsere Wahlarbeit darf an dieser Sachlage nicht achtlos vorübergehen. Noch eine dritte wichtige Tatsache. Die Zahl der verheirateten Arbeiterinnen ist absolut und relativ stärker gestiegen, als die der ledigen, der geschiedenen und verwitweten. Ein herzerreißender Beweis das für die Not der ausgebeuteten Massen. Zwar haben die ledigen Arbeiterinnen von 1895 bis 1907 um 1 360 217 zugenommen, aber gemessen an der Zahl der weiblichen Erwerbstätigen überhaupt ist ihr Anteil damit von 57,68 auf 50,22 vom Hundert gesunken. 1907 wurden 451 590 verwitwete und geschiedene Arbeiterinnen mehr verzeichnet als 1895, trotzdem wies auch der Anteil dieser Gruppe weiblicher Erwerbstätiger einen relativen Rückgang auf: von 24,98 auf 20,38 vom Hundert. Die Zahl der verheirateten Arbeiterinnen, der Mütter, die der Erwerbszwang von den Kindern reißt, der Gattinnen, die ein Hauswesen zu versorgen haben, zeigt eine Vermehrung von 1 843 456, sie ist von 17,34 auf 29,40 vom Hundert aller weiblichen Erwerbstätigen gestiegen. Die Bedeutung dieser Entwickelung tritt noch klarer zutage, wenn wir das folgende Ergebnis der Erhebung von 1907 festhalten: der Anteil der weiblichen Bevölkerung an den Erwerbstätigen sinkt in der Altersgruppe von 25 bis 30 Jahren bedeutend, im Vergleich zu der vorhergehenden Altersgruppe, und er steigt nach dem 30. Lebensjahre der Frauen wieder sehr erheblich. Die Proletarierinnen wehren sich mithin soviel es nur geht dagegen, im Hauptberuf kapitalistisches Ausbeutungsobjekt, im Nebenamt Mutter zu sein, aber die Lebensnöte zwingen ihren Widerstand nieder, kaum daß die Kleinen das Säuglingsalter hinter sich haben, ja, oft noch während dieser Zeit. Das alles in einer Gesellschaft, in der den kämpfenden Frauen fortgesetzt gepredigt wird: die Frau gehört ins Haus, das Haus ist die Welt der Frau. (Zustimmung.)

Genossinnen, Genossen! Es ist nicht die Freude an trockenem Zahlenwerk, das mich veranlaßt hat, diese Ziffern anzuführen. Die mitgeteilten Zahlen geben uns bestimmte Lehren für die Arbeit, die wir bei den Reichstagswahlen zu

leisten haben. Diese Arbeit muß den Beweis erbringen, daß wir die eifrigsten Verfechterinnen der Interessen der erwerbstätigen Frauen sind. Ohne jedoch die uns dadurch zufallenden Aufgaben zu vernachlässigen, müssen wir unsere Tätigkeit verdoppeln, ja verzehnfachen, um auch die am häuslichen Herde schaltenden und waltenden Frauen der werktätigen Massen der Sozialdemokratie zuzuführen. Unsere Agitation unter den Hausfrauen muß weit intensiver, umfassender werden als bisher. Fehlt es uns etwa an Anknüpfungspunkten dafür? Mit nichten! Die bürgerliche Gesellschaft und insbesondere die Politik des schwarz-blauen Blocks wirft sie uns in Hülle und Fülle zu. Denken wir nur an die Vorgänge der letzten Zeit! Da ist die Lebensmittelteuerung, die Witwen- und Waisenverhöhnung, der unzulängliche Mutter- und Säuglingsschutz, der obendrein großen Schichten der Frauenwelt ganz versagt geblieben ist. Zeigen wir bei diesen Schändlichkeiten besonders die Rolle der Partei, die das Bild der Himmelskönigin und des Himmelskindes mit Edelsteinen und kostbaren Stoffen schmückt, sich aber nicht gescheut hat, vielen Zehntausenden bedürftiger Kreißender die Ruhe des Stalls von Bethlehem, ihren Kindlein das Stroh und die Windeln zu versagen. Militarismus, Marinismus, Wohnungs- und Schulnot usw. bieten ebenfalls treffliche Anknüpfungspunkte für unsere Agitation unter den Hausfrauen, den Müttern. Besonders wichtig ist es, daß wir die Lage zur Agitation unter den Landarbeiterinnen ausnutzen. Auch dafür haben uns die Herrschenden und Regierenden reichstes Material geliefert. Sie werden meiner Anregung beistimmen, daß Genossin Zietz, die auf der Mannheimer Frauenkonferenz über die Landarbeiterinnenfrage referiert hat, eine Broschüre abfaßt, die der Erweckung und Organisierung der ländlichen Proletarierinnen dient. Von großem Gewicht ist es ferner, daß wir unsere Agitation unter die katholischen Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen tragen. Im Hinblick auf diese bedeutsame und schwere Aufgabe sei an die vorausgegangenen Ausführungen über den Wert der Ideologie erinnert. Es genügt nicht, daß wir die katholischen Proletarierinnen bei ihren Gegenwartsinteressen packen, daß wir vor ihnen die konsequente, die treue Gegenwartsarbeit der Sozialdemokratie für das Wohl des werktätigen Volkes feststellen. Wir müssen ihnen auch eine großzügige Ideologie bringen, ein soziales „Endziel" zeigen, also den ganzen Sozialismus begreiflich zu machen suchen. Wollten wir darauf verzichten, es zu tun, die Gegner würden uns dazu zwingen, und wir brauchen die Auseinandersetzung mit ihnen auch darüber wahrhaftig nicht zu fürchten. Unsere geschichtliche Wertung des religiösen Bekenntnisses ist grundsätzlich weit geschieden von dem Urteil der vulgären Freidenkerei. Wir können den katholischen Proletarierinnen klarmachen, daß die weltliche Ideologie des Sozialismus zu leisten vermag, was die religiöse Ideologie des Christentums leisten sollte. Ihre geistig-sittliche Macht, ihre kulturelle Bedeutung ist verkörpert in dem geschichtlichen Aufstieg des Proletariats, das aus Nacht und Not ins Licht der Bildung und Freiheit drängt. Sie kann in jedem einzelnen lebendig das Höchste wirken. Die sozialistische Weltanschauung soll kein tönendes Erz sein, sie muß jeden einzelnen zu einer geistig, sittlich emporsteigenden Persönlichkeit erheben. Sie muß stark genug in uns sein, daß wir in unserer Brust, in unserem Leben den Kampf mit den dunklen Mächten der Vererbung, mit den feindlichen Gewalten des Milieus aufnehmen, so daß an jedem das Goethesche Wort sich bewahrheitet: „Wer immer strebend sich bemüht, den können wir erlösen." Von dem Bewußtsein des Wertes unserer erhabenen Ideologie durchdrungen, können wir getrost den Aufgaben des Wahlkampfes ins Auge blicken.

Es verlangt uns heiß danach, die Gunst der politischen Stunde zu einer gründlichen Abrechnung mit den herrschenden Klassen und ihrem Staate zu nutzen. Bei dieser Abrechnung — bei welcher der schwarz-blaue Block wahrlich

nicht zu kurz kommen kann — gilt es mehr denn je, die ganze Kraft in der Faust zum Schlage zusammenzuballen, wie uns Lassalle gesagt hat. Die Kraft der Faust wird jedoch um so größer und die Wucht des Schlages um so zerschmetternder sein, je reicher und blühender alle Lebensfunktionen des sozialdemokratischen Parteiorganismus sind. Der Reichstagswahlkampf kann nur dadurch gewinnen, wenn wir ihn vorbereiten durch die intensivste Betätigung auf allen Gebieten des proletarischen Klassenlebens, durch die kraftvollsten Aktionen, zu denen die Situation die Sozialdemokratie aufruft. Daher müssen wir auch schon von heute ab unsere besondere Aufgabe im Wahlkampf zu lösen beginnen und den Samen der sozialistischen Ideen unter die Massen der proletarischen Frauen mit vollen Händen ausstreuen. Die Lösung dieser Aufgabe gewinnt für das gesamte Proletariat an Bedeutung. Nicht bloß im Hinblick auf die nachgewiesene Ausdehnung der Frauenarbeit, vielmehr auch weil geschichtliche Entwicklungslinien künden, daß Massenbewegungen von steigender Tragweite für das proletarische Emanzipationsringen werden. So unschätzbar der parlamentarische Kampf ist — er allein reicht nicht aus, um die Entscheidungsschlacht des Proletariats für seine Befreiung zu schlagen, ja nicht einmal um die bitter nötige Besserung seines Loses in der Gegenwart durchzusetzen. Immer mehr muß er ergänzt und fruchtbar gemacht werden durch gewerkschaftliche und politische Massenkämpfe außerhalb der Parlamente. Solche Kämpfe aber können nur siegreich getragen werden, wenn auch die Frauen aufgeklärt und organisiert, ohne Furcht vor den größten Gefahren, zu den schwersten Opfern bereit, zielbewußten Teil daran nehmen. (Stürmische Zustimmung.)

Von der rastlosen Arbeit, dieses Ziel zu erreichen, lassen wir uns durch nichts und von niemand abhalten. Auch nicht etwa dadurch, daß uns ein Kaiser predigt, die Frau gehöre ins Haus, sie solle in der Stille des häuslichen Lebens wirken. (Heiterkeit.) Erst vor kurzem hat Wilhelm II. wieder den deutschen Frauen als Vorbild das häusliche Walten verherrlicht, wie es Fürstinnen durch Paraderitte als Chef „ihrer" Regimenter vor der Front der Truppen zu illustrieren pflegen. (Große Heiterkeit.) Das erinnert uns an die berühmte Königsberger Rede, die sich vor wenigen Wochen gejährt hat, und die sich ja nebenbei auch gegen das Hinaustreten der Frauen ins öffentliche Leben, zum Kampf für ihr Recht wendete. Wilhelm II. liebt es, sich für seine Ratschläge an die Nation auf seine allerhöchstseligen Vorfahren zu berufen, und so hat er auch seine Mahnung für die Frauen mit dem Hinweis auf das häusliche Walten seiner allerhöchstseligen Urgroßmutter Luise geschmückt. Ich will darauf nicht erwidern, indem ich seinem Bild von der Königin Luise das streng geschichtliche Porträt dieser Fürstin gegenüberstelle. (Sehr gut!) Unsere Antwort aber auf die wiederholte Mahnung des kaiserlichen Redners will ich an eine geschichtliche Erinnerung aus dem Leben der Königin Luise anknüpfen, die wir einem Junker verdanken, Ludwig von der Marwitz. Aus seinen Memoiren über Friedrich Wilhelm III. und Luise von Preußen erfahren wir, daß die Königin gelegentlich einen starken Drang hatte, sich um politische Angelegenheiten zu kümmern. Wie verhielt sich der königliche Eheherr dazu? Wir lesen es bei Marwitz: „Er wies sie hart zurück, holte einen Strickstrumpf, gab ihr den und sagte, dies sei ihr Geschäft, um das andere brauche sie sich nicht zu kümmern. . . . Aber sie zeigte sich als eine gute Ehefrau, sie kroch zum Kreuz, bat um Verzeihung, wurde zu Gnaden angenommen." Wilhelm II. mag gemäß dieser Tradition wähnen, daß die Frauen dem Beispiel des Zukreuzekriechens folgen werden. Das um so mehr, als die bürgerlichen Frauen in schwächlicher Weise gegen die Weisheit des Gottesgnadentums protestiert haben. — Nebenbei bemerkt: Philisterium und Absolutismus sind innerlich verwandt,

hier Gottesgnadentum eines Geschlechts, dort das Gottesgnadentum einer Familie. — Die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen haben in geziemender Untertänigkeit von dem schlecht unterrichteten Kaiser an den besser zu unterrichtenden Kaiser appelliert. Wir machen solche Hofgänge nicht mit, wir kriechen aber auch nicht zu Kreuze. (Stürmischer Beifall.) In uns ist die gewaltigste Ideologie lebendig, welche je des Lebens Not in ihrer Umarmung mit dem Geist stolzer Erhebung gezeugt hat. Die zeiten- und weltenumspannende Ideologie des Sozialismus, und sie bewirkt, daß wir sozialistischen Frauen von einer stolzeren Rasse sind als die Königinnen. Königinnen mögen zu Kreuze kriechen, sozialistische Frauen kriechen nicht zu Kreuze. (Stürmischer Beifall.) Sie kämpfen für den Umsturz der Gesellschaft, deren Ketten den Leib bedrücken, dem Geist die Flügel knicken; sie tragen Stein um Stein zum Aufbau der sozialistischen Ordnung bei. Und sie wissen, daß sie in diesem ihrem Tun unsterblich weiter leben. Wenn in ferner Zeit die Namen der meisten Fürsten längst vergessen sind — darunter auch der der allerhöchstseligen Königin Luise — dann werden wir in unseren Taten lebendig sein, mag heute auch keine von uns beim Aufbau genannt werden, mag dann auch das Gedächtnis an jede einzelne von uns verweht sein. In unserer Gesamtheit werden wir unsterblich sein als die sozialistischen Frauen, die inmitten des Winters der kapitalistischen Ordnung den Frühling des Sozialismus die Wege bereiten halfen. Wir werden weiterleben in dem großen geschichtlichen Werke des Proletariats, das wir auch bei den Reichstagswahlen mit aller Kraft fördern wollen. Wir werden weiterleben in dem Bau, an den wir unser Herzblut setzen: in dem Bau der sozialistischen Ordnung! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Auf Antrag der Genossin Pollender wird von einer Diskussion Abstand genommen.

Es folgt der letzte Punkt:

Die Frauen und die Gemeindepolitik.

Berichterstatterin **Klara Weyl**-Berlin: Wenn auch die Gemeinden heute als Verwaltungskörper der Klassenherrschaft unterstellt sind, ist es doch möglich, viel für das Proletariat herauszuschlagen. Deshalb ist es Pflicht unserer Genossen, überall danach zu streben, in möglichst großer Zahl in die Gemeindeverwaltungen hineinzukommen. Seit 15 Jahren bietet sich den Frauen in der Wohlfahrtsfürsorge der Gemeinden ein weites Tätigkeitsfeld. Da ist zunächst die Krankenfürsorge. Ob die Einrichtung der Krankenhäuser den modernen wissenschaftlichen Anforderungen entspricht, ob die Verpflegung gut ist, daran sind Männer und Frauen gleichmäßig interessiert. Da aber die Männer zumeist Krankenkassenmitglieder sind, die Frauen aber nicht, ist für uns die Frage der Kostenzahlung viel wichtiger. Man fürchtet die Armenunterstützung und gerade die stolzesten Arbeiter zögern bis zum letzten Augenblick, ihre Frau oder das Kind in das Krankenhaus zu schaffen. (Sehr richtig!) Um so notwendiger ist hier eine Reform. Die Fürsorge für Gebärende wird gerade durch die elenden Wohnungsverhältnisse zu einer Notwendigkeit. Die Mittel zur Unterstützung der Gebärenden müssen erhöht werden. Man geht bei der Sorge für die Säuglinge von dem Gesichtspunkt aus, daß die Pflege der Mutter und Selbststillen die beste Gewähr für die gute Entwickelung des Kindes sind. Die Fürsorge besteht vorwiegend in Erteilung ärztlicher Ratschläge, Gewährung von Stillprämien und Nährmitteln. Was wäre nun einfacher, als daß die Gemeinden die unzähligen Artikel an Wäsche, Kleidung usw. für ihre Anstalten, welche sie heute von Unternehmern beziehen, im eigenen Hause, in eigener Regie von jungen Müttern — bei kurzer Arbeitszeit — herstellen ließen. Den Müttern wäre die Möglichkeit gegeben, ihre Kleinen zu betreuen,

und die Gemeinden hätten keine besonderen Unkosten, denn sie würden den Unternehmergewinn ersparen. Aber von unseren bürgerlichen Mehrheiten wird so etwas sehr schwer zu bekommen sein, wenn es nicht unsere Gemeindevertreter immer wieder verlangen. Die Städte führen jetzt Heimstättenbehandlung für eben erst Genesene ein. Die Unterkunftsmöglichkeiten sind hier für Frauen aber viel geringer als für Männer. Infolge ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse können die Frauen häufig ihr Haus nicht verlassen. Darum müssen die Städte Hauspflege einrichten, die heute nur höchst unzureichend von der bürgerlichen Wohltätigkeit betrieben wird. Die Städte haben die Pflicht, den Kindern die Mütter zu erhalten, damit sie die Kleinen auch erziehen können. (Zustimmung.)

Viel wichtiger noch sind die Fragen, die unsere Kinder betreffen. Wie sehen doch die Kinderhorte aus, die in manchen Orten errichtet sind! Nur zu häufig sind sie errichtet von der Kirchengemeinde, die zuerst natürlich die Kinder ihrer frommen Schäfchen aufnehmen. Auf der 8. Konferenz der Zentrale für Jugendfürsorge ist festgestellt worden, daß allein in Berlin 75 000 Kinder der zeitweisen Unterbringung in Kindergärten bedürftig sind. Alle Berliner Kindergärten aber haben nur Raum für 7000 Kinder. (Hört! hört!) Und eine schlecht bezahlte Wärterin muß sich manchmal mit bis zu 130 Kindern plagen. (Hört! hört!) Alle die Summen, die für Säuglingsfürsorge ausgegeben sind, fallen ins Wasser, wenn die Fürsorge mit dem ersten Lebensjahr aufhört. Was die Gemeinden an Kinderfürsorge sparen, müssen sie später dreifach ausgeben an Kranken- und Siechenkosten. In manchen Kinderheimen werden die Kleinen auch noch erheblich ausgebeutet, und es kommt für sie an Schul-, Haus- und Erwerbsarbeit eine Arbeitszeit von 11 bis 13 Stunden täglich zusammen. (Hört! hört!) Die Strafstatistik zeigt, daß der weitaus größte Teil der jugendlichen Verbrecher sich zusammensetzt aus Jugendlichen, die schon als Kinder erwerbstätig waren, und zum anderen Teil aus Kindern, die ohne Aufsicht aufgewachsen sind. Die Schuleinrichtungen und die Schularztfrage sind jedenfalls für die Frauen sehr viel wichtiger als für die Männer. (Sehr richtig!) Wir fordern die Freiheit der Lernmittel, um die man heute Bettelgänge unternehmen muß. Straßburg und Mülhausen im Elsaß haben die Lernmittelfreiheit fast ganz, die Schweiz sogar völlig durchgeführt. Auf einen Berliner Schularzt kommen heute 4 bis 5000 Kinder. (Bewegung.) Und da soll er den Gesundheitszustand während der ganzen Schulzeit überwachen. Der Schularzt sollte eigentlich auch der Berater bei der Berufswahl sein. Gerade die so unendlich wichtige sexuelle Aufklärung unserer Jugend könnte doch von niemandem besser besorgt werden, als von der Frau oder dem Manne, die sich durch Jahre das Vertrauen der Kinder erworben haben. (Beifall.) Waldschulen für schwächliche Kinder gibt es heute erst in Charlottenburg, Dortmund und Elberfeld. Die Schulspeisung ist von Stadt wegen bisher nur in Mannheim eingeführt und doch sind nur 80 Proz. der Schulkinder gut ernährt, 14,8 leidlich und über 5,2 Proz. schlecht ernährt. In Berlin haben 14 000 Schulkinder und 5000 vorschulpflichtige Kinder kein warmes Essen und werden von den Volksküchen verpflegt. Ich habe eine Zeitlang in einer Schulspeisehalle mitgearbeitet. Viele kommen mit ihren vorschulpflichtigen Geschwistern auf dem Arm und wenn ihnen dies untersagt wird, antworten sie: „Mutter ist nicht zu Hause, wir müssen die Kleinen mitversorgen." Und dann bitten sie um einen möglichst großen Napf Essen. Man hat festgestellt, daß in 126 Schulen mit 195 000 Kindern 86 000 ohne Frühstück zur Schule kommen. Zuerst muß man die Kinder satt machen und dann erst können sie dem Unterricht folgen. In Berlin mußten 5000 Kinder wegen Unterernährung am Schulanfang zurückgestellt werden. (Hört! hört!) Durch

Kochunterricht in den oberen Klassen sollte den Mädchen Gelegenheit gegeben werden, sich Kenntnisse anzueignen, die ihnen im späteren Leben nützlich sind. Mit dem Kochunterricht ließe sich leicht die Schulspeisung vereinen. Ueber die Notwendigkeit der Schulbäder sind wir einig. Die Kinder der Proletarier, denen zu Hause Badegelegenheit fehlt, müssen im Interesse der Reinlichkeit und Gesundheitspflege in der Schule Gelegenheit zum Baden haben. An obligatorischen Fächern der Fortbildungsschule muß Gesundheits- und Haushaltungslehre angegliedert werden. Viele Männer meinen, daß für die Proletarierinnen es nicht wichtig sei, die Haushaltung kennen zu lernen; sie hätten später doch zu wenig Geld, um eine Haushaltung zu führen. Aber gerade deshalb müssen sie das Wirtschaftswesen kennen lernen, um die Gesundheit ihrer Familie zu erhalten. Auch als Konsumenten sind die Proletarierinnen stark an den städtischen Einrichtungen interessiert, namentlich in dieser Zeit des unerhörten Lebensmittelwuchers. Die Gemeinden haben die Pflicht, die Lebensmittelversorgung in die Hand zu nehmen. Bisher ist nur unzureichendes geleistet worden. Billige Arbeiterwohnungen müssen geschaffen werden. Bisher haben wir nicht einmal eine richtige Wohnungsinspektion. Die Rednerin gibt ein Bild des groß- und kleinstädtischen Wohnungselends.

Wie steht es nun angesichts dieser großen Aufgaben mit der Mitarbeit der Frau in den Gemeinden? 1909 waren 11 900 Frauen in der Kommunalwohlfahrtspflege beschäftigt, dagegen aber 33 800 Männer ehrenamtlich in der Armen- und Waisenpflege, und von den 11 900 Frauen waren nur in 53 Gemeinden Frauen in den oberen Verwaltungsbehörden. In der Waisenpflege sind die Frauen aber nur die Mithelferinnen der Männer. Sie sind gleichsam nur ein besserer Laufbursche, der die Recherchen zu machen hat. Nach einer Ministerialverordnung vom 10. April 1871 steht der Hinzuziehung der Frauen zu den Armendeputationen nichts im Wege. Sie haben hier gleiche Rechte wie die Männer. Auch in die Waisendeputation können sie gewählt werden, und zwar hier nur mit beratender Stimme. Unsere Waisenfürsorge erstickt geradezu in Bureaukratismus. Ein viertel bis ein halbes Jahr vergeht zuweilen, ehe die erste Recherche gemacht wird, und dann ist das Kind manchmal schon gestorben. Die Waisenfürsorge hat sich auch mit der Ueberweisung der Kinder in die Fürsorgeerziehung zu befassen. Hier wären Frauen erst recht am Platz, weil die Männer meist nicht das richtige Taktgefühl haben. Hätten Frauen zu bestimmen, so wären die Kinder nicht so lange in Mieltschin geblieben, nachdem die Vorgänge dort bereits bekannt waren.

In der Armenverwaltung hat die Frau zwar gleiche Rechte mit dem Mann, hier haben wir aber neben 5300 Männern nur 72 Frauen und eine Vorsteherin einer Armenkommission. Das war für die bürgerlichen Kreise etwas so Auffallendes, daß sie von den bürgerlichen Journalisten überlaufen wurde und die bürgerliche Presse ihr Bild brachte. Gerade in der Armenverwaltung zeigt die Frau viel mehr Weitsichtigkeit und Weitherzigkeit als der Mann. Frauen gehören auch in die Krankenhausdeputationen, überhaupt in alle wirtschaftlichen Verwaltungskörper.

In einzelnen preußischen Provinzen und in einzelnen Staaten hat die Frau ein aktives Wahlrecht; sie darf es aber nur durch einen Vertreter ausüben. Ein direktes Wahlrecht hat sie in der Stadt Travemünde seit 1861. Travemünde aber ist eine Fremdenstadt, wo das proletarische Bewußtsein nicht so stark entwickelt ist; daher hört man nicht, daß die Frau dort von ihrem Recht Gebrauch macht. Auch in den Landgemeinden Lübecks hat die Frau das aktive Wahlrecht und wir müssen dafür sorgen, daß sie davon Gebrauch macht. In verschiedenen auswärtigen Staaten sind mit dem aktiven Frauenwahlrecht sehr gute Erfahrungen gemacht, und ein ausländischer

Minister nannte vor kurzem Sidney in Australien die bestverwaltete Stadt der Welt und führte diese gute Verwaltung auf die starke Beteiligung der Frau an der Verwaltung zurück. Wenn die Reichsversicherungsordnung uns den Mutterschutz und den Säuglingsschutz schuldig geblieben ist, so haben wir allen Anlaß, für den Ausbau der kommunalen Einrichtungen zu sorgen. Auch in der öffentlichen Arbeit kommen wir mit diesen kleinlicheren Fragen der Kommunalpolitik einen Schritt vorwärts und stärken die Proletarierin zu dem großen Kampfe der Reichspolitik, bis wir hineinkommen in unsere Zukunftsideale. (Lebhafter Beifall.)

Genossin **Fahrenwald**-Berlin: Die Stadt Berlin hat 65 000 Mark für die Straßenausschmückung beim Besuch des dicken Königs Eduard von England ausgegeben, aber eine Wöchnerin wird im Winter am sechsten Tage nach der Entbindung mit ihrem Säugling auf die Straße gejagt (Pfuirufe), weil kein Platz für sie da ist. Die Geburtshilfe muß unentgeltlich sein und in städtische Regie übernommen werden. Und wie sieht es mit der Kinderpflege aus? Man sollte sich weit mehr als bisher mit Kommunalpolitik beschäftigen.

Genossin **Ott**-Frankfurt a. M.: Frankfurt ist die zweitreichste Stadt der Monarchie und hat ihrem Bürgermeister das Gehalt von 30 000 Mark auf 36 000 Mark erhöht, aber die Armenpflege ist ganz unzulänglich. Für ein altes Ehepaar werden wöchentlich im ganzen 10 Mark bewilligt.

Genossin **Seelinger**-Saalfeld: Sie schreien so viel über Ihr Dreiklassenwahlrecht in Preußen; in Saalfeld haben wir ein Zehnklassenwahlrecht für die Gemeinde, das geschaffen wurde, weil unsere Genossen die Mehrheit bekommen haben. Sie protestieren jetzt dagegen, indem sie bei der Wahl Zettel in die Urne werfen: Gewalt geht vor Recht!

Genosse **Weber**-Griesheim: In Frankfurt a. M. versuchten unsere Genossen, wie Genossin Brühne mitteilt, die Genossinnen in die Armenverwaltung hineinzubekommen, aber die Mitarbeit scheiterte daran, daß die Frauen zu wenig Zeit hatten. Eine Schulung der Genossinnen für diese Aufgaben ist dringend nötig.

Genossin **Pollender**-Leipzig: Wir würden wohl eine bessere Fürsorge für die Säuglinge und vieles andere haben, wenn wir nicht das traurige Wahlrecht besäßen, bei welchem 80 Prozent der Wähler nur ein Drittel der Vertreter wählen. In armen Gemeinden fehlt es vielfach an Mitteln; da müßte der Staat und das Reich die Armen- und Schullasten übernehmen.

Genossin **Maurer**-München: Gegenüber den gestrigen Ausführungen der Genossin Zietz, daß unsere Frauenbewegung in München noch weit zurück ist, muß ich doch hervorheben, daß wir eine sehr rege Bewegung haben. In der Waisen- und Armenpflege sind über 100 Genossinnen tätig, die auch gute Erfolge erzielt haben. Die Wohnungsverhältnisse in München sind überaus traurig, wie in jeder Großstadt. Eine Frau nächtigte dreimal in einem Abort und ihre 14jährige Tochter wurde von einem Manne mitgenommen, zu welchem Zweck, können Sie sich wohl denken. Diese traurigen Verhältnisse verdanken wir in erster Linie dem Zentrum.

Vorsitzende **Zietz**: Zur Richtigstellung muß ich bemerken, daß ich gestern ausdrücklich betont habe, daß die Frauenbewegung auch in Süddeutschland in den letzten 3 Jahren gute Fortschritte gemacht hat. In München haben wir sogar eine alte Bewegung. Und es wäre auch in dem übrigen Süddeutschland eine Erweckung der proletarischen Frau zum Klassenbewußtsein früher möglich gewesen, wenn die wirtschaftliche Entwickelung schneller vor sich gegangen wäre. Das habe ich gestern ausdrücklich betont.

Genossin Weyl (Schlußwort): Es ist an mich die Anfrage gerichtet worden, was denn zu tun ist, wenn Kinder verkauft werden. Wir haben leider kein Mittel, dies zu verhindern, und es ist äußerst schwer, nachzuweisen, daß eine Familie einen solchen Kauf zu unlauteren Zwecken vornimmt. Sehr schlimm sind die armen Mädchen daran, die ihre Kinder gegen einmalige Abfindung in Pflege geben. Viele Frauen scheuen sich leider, den Entbindungsschein sich ausstellen zu lassen. Die Tätigkeit in der Säuglingsfürsorge zeigt mancher Genossin erst das furchtbarste Elend. Viel wichtiger als alles andere ist hier, die Mütter den Kindern wiederzugeben. Alles, was wir auf diesem Gebiete erfahren, kommt unserem großen Kampfe zugute. (Lebhafter Beifall.)

Die Referentin empfahl hierauf die Annahme der vorgelegten Resolution.

Die beiden in diesem Punkte vorliegenden Resolutionen werden einstimmig angenommen.

Damit sind die Arbeiten der Konferenz beendet.

Genossin Zietz dankt in ihrem Schlußwort zunächst den Genossen und Genossinnen des Lokalkomitees für ihre liebevolle Mühe und für die genußreichen Stunden, die sie uns durch die Veranstaltung des Konzerts bereitet. Unsere Konferenz, so fährt sie fort, hat gute Arbeit geleistet. Wir haben unsere Erfahrungen ausgetauscht über die wichtigsten und besten Arten der Agitation. Von der Klugheit und dem Takt unserer Genossinnen wird es abhängen, die jeweils beste Methode herauszufinden. Wir alle wünschen lebhaft eine Wiederholung des Frauentages. Wir werden alles tun, damit wir eine noch machtvollere Demonstration für das gleiche Bürgerrecht der Frauen bekommen. Für die Arbeiten der Kinderschutzkommission wurde mancher Fingerzeig gegeben, sie werden weiter dazu beitragen, daß das Gesetz und dessen bessere Verfolgung durch unsere Kritik vorwärts getrieben wird und ein klein wenig mehr Sonne in das Leben der Kinder des Proletariats kommt. Wir haben über die Schulung unserer Genossinnen zu überzeugten Parteimitgliedern, zu revolutionären Klassenkämpferinnen beraten. Die Beschwerdekommissionen wollen wir ausbauen zu Nutz und Frommen der Arbeiterinnen und zum Ausbau der gewerkschaftlichen Organisationen. Das glänzende Referat der Genossin Zetkin hat uns unsere Aufgabe bei den Reichstagswahlen gezeigt, damit der Wahlkampf nicht nur ein Kampf um Mandate, sondern ein großer Klassenkampf zwischen Besitzenden und Besitzlosen werde. Genossin Weyl hat uns in vorzüglicher Weise die Richtlinien für die Tätigkeit der Genossinnen in den Gemeinden gezeigt. Die Schulung unserer Genossinnen auf diesem wichtigen Gebiete wird die Aufgabe der nächsten Jahre sein. Eine Fülle von Anregungen sind in den Mittelpunkt unserer Organisation gerückt worden. Die Konferenz hat Zeugnis abgelegt von dem trefflich blühenden Leben der proletarischen Frauenbewegung. Die Konferenz hat gezeigt, daß der Sozialismus nicht nur eine Kulturbewegung ist im Hinblick auf sein Ziel und durch unsere alles überragende Weltanschauung, sondern auch dadurch, daß er in den Kampf um seine Verwirklichung die Kräfte entwickelt und uns weit über das Alltagsleben hinaushebt. Große Scharen von Frauen haben sich zu uns in diesem Kampfe gesellt in der Erkenntnis, daß nur die Verwirklichung des Sozialismus sie von den Fesseln der Lohn- und Geschlechtssklaverei befreien und ihnen volles Menschentum bringen kann. Und diese Scharen werden größer und größer, die der Wunden nicht achten, die der Kampf ihnen schlägt. Diese Frauen kommen aber nicht allein zu uns, sie werden uns auch ihre Kinder, die jugendkräftigen Träger der Zukunft zuführen. (Lebhafter Beifall.) Und darum kann es gar nichts Besseres für die gesamte Bewegung geben, als wenn wir unsere ganze Kraft in den Dienst der Frauenbewegung stellen. Wir reichen uns im Geiste die Hand und geben das Versprechen ab, die hier empfangenen Anregungen nach besten Kräften zu verwerten und in ihrem Sinne zu wirken. Wenn Sie mit mir einverstanden sind, dann stimmen Sie mit mir ein:

Unser proletarischer Kampf, unsere sozialdemokratische Arbeiterbewegung, die internationale Sozialdemokratie, sie leben hoch!

Die Versammlung hat sich erhoben und stimmt begeistert dreimal in den Hochruf ein.

Nachdem die Hochrufe verklungen sind, dankt Genossin Simon-Brandenburg in warmen Worten dem Frauenbureau und der Leitung der Konferenz für ihre Tätigkeit.

Anträge zur Frauen-Konferenz.

Resolutionen von Groß-Berlin.

Strafgesetzbuch. Der Vorentwurf zum Strafgesetzbuch enthält eine Fülle von Bestimmungen, die den schärfsten Protest der sozialdemokratischen Frauen herausfordern.

Die Konferenz verpflichtet deshalb die Genossinnen, sich eingehend mit der Materie zu beschäftigen und zu gegebener Zeit überall die Agitation anzuregen.

Die Konferenz ersucht das Frauenbureau, den Referentinnen das nötige Material zur Agitation zu übermitteln.

Die Konferenz ersucht die Redaktion der „Gleichheit", die fraglichen Bestimmungen einer Besprechung zu unterziehen und damit den Genossinnen ihr Studium zu erleichtern und die Agitation zu unterstützen.

Kinderschutz und Fortbildungsschule. Die sechste Frauenkonferenz bestätigt die auf der dritten Frauenkonferenz zu Bremen angenommene Kinderschutzresolution, da das am 1. Januar 1904 in Kraft getretene Kinderschutzgesetz nicht im entferntesten den Ansprüchen an den gesetzlichen Schutz der Kinder gegen die vorzeitige Verwüstung ihrer körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte gerecht wird.

Die sechste Frauenkonferenz fordert deshalb aufs neue im Interesse der Zukunft des Proletariats und des gesamten Volkes:

Verbot jeglicher Erwerbstätigkeit schul- und vorschulpflichtiger Kinder im Gewerbe, der Land- und Forstwirtschaft, bei häuslicher Arbeit, im Boten- und Gesindedienst. Ausdehnung der Schulpflicht auf das vollendete 14. Lebensjahr. Herabsetzung der täglichen Maximalarbeitszeit für jugendliche Arbeiter von 14 bis 18 Jahren auf 6 Stunden und Einführung eines obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts für beide Geschlechter.

Des ferneren fordert sie nachdrücklichst die Durchführung einer wirksamen Kontrolle des Kinderschutzes, und um dieselbe zu ermöglichen, die entsprechende Vermehrung der Gewerbeaufsichtsbeamten und die Heranziehung von Aufsichtsbeamten aus den Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Gegenüber den Versuchen der Junker und Pfaffen im preußischen Landtage, die ohnehin ungenügende Fortbildungsschule noch durch Einführung des Religionsunterrichts zu verschlechtern, ruft die sechste Frauenkonferenz alle Genossinnen und Genossen zur energischen Abwehr dieser Bestrebungen auf, die nur dazu dienen sollen, das erwachende Klassenbewußtsein der arbeitenden Jugend zu ersticken und sie zu willfährigen Werkzeugen der herrschenden Klassen gegen ihre eigenen Väter und Mütter zu erziehen.

Mutter- und Säuglingsfürsorge. Die sechste ordentliche Konferenz sozialdemokratischer Frauen verurteilt auf das schärfste die skandalöse Behandlung, welche die Frage des Mutter- und Säuglingsschutzes anläßlich der Beratung der Reichsversicherungsordnung durch die Regierung und die bürgerlichen Parteien erfahren hat.

Die Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge zu dieser Frage bedeutet eine schwere Schädigung von Leben und Gesundheit der Mütter und Säuglinge in den minderbemittelten Schichten des Volkes.

Besonders erbitternd wirkt die Tatsache, daß die Frauen und Mädchen, die den Landkrankenkassen unterstehen, eine noch weit geringere Fürsorge genießen als die übrigen. Die letzte Berufs- und Gewerbezählung hat einen neuen Beweis von der rapid steigenden Teilnahme der Frau am Berufsleben erbracht.

Unter der Herrschaft des Kapitals bringt aber die Vereinigung von Berufs- und Hausarbeit schwere Gefahren mit sich für Leben und Gesundheit der Frauen und Kinder der Arbeiterklasse, des Kleinbürger- und Bauerntums.

Sie führt häufig zu Unterleibserkrankungen, Erschwerungen der Schwangerschaft und der Entbindungen, zu Früh- und Fehlgeburten, zu früher Sterblichkeit, Verkrüppelung und Siechtum der Kinder.

Die soziale Not zeitigt die gleichen Erscheinungen in weiten Kreisen der unbemittelten Volksschichten; auch wenn die Frauen nicht erwerbstätig, aber aus Mangel an Mitteln der Ruhe und Pflege entbehren zur Zeit der Mutterschaft.

Die Konferenz erklärt deshalb, daß sie als Minimum einer Mutter- und Säuglingsfürsorge in der Versicherungsgesetzgebung ansieht:

1. Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle lohnarbeitenden Frauen sowie auf alle Frauen, deren Familieneinkommen 5000 M. nicht übersteigt.
2. Obligatorische Gewährung einer Schwangerenunterstützung auf die Dauer von 8 Wochen.
3. Freie obligatorische Gewährung der Hebammendienste und freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden.
4. Obligatorische Gewährung der Wöchnerinnenunterstützung für 8 Wochen.
5. Die Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung ist den Arbeiterinnen in der Höhe des versicherten Lohnes, den übrigen Frauen in der Höhe des durchschnittlichen Tagelohnes für weibliche Arbeiter zu gewähren.
6. Obligatorische Gewährung eines Stillgeldes für die Dauer von 26 Wochen in der Höhe des Krankengeldes für alle versicherten Mütter, die ihr Kind stillen.
7. Vereinheitlichung der Krankenkassen und volles Selbstverwaltungsrecht der Versicherten.

Die Konferenz verpflichtet die sozialdemokratischen Frauen, den Kampf um die Verwirklichung dieser Forderungen mit aller Schärfe weiterzuführen.

Krankenkassenwahlen. Die sechste ordentliche Frauenkonferenz verpflichtet die Genossinnen, den Vertreterwahlen der Krankenkassen die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Soweit sie selbst Mitglied einer Krankenkasse sind, die noch ein Stück Selbstverwaltungsrecht besitzt, haben sie sich an den Wahlen zu beteiligen und dafür einzutreten, daß auch weibliche Vertreter in entsprechender Anzahl aufgestellt werden. Im übrigen gilt es, rechtzeitig und in umfassender Weise unter den weiblichen Kassenmitgliedern für eine vollzählige Beteiligung zu agitieren.

Nachträglich eingegangene Resolutionen.

Kinderarbeit. Genossinnen Stuttgarts. Die sechste Frauenkonferenz fordert aufs neue: 1. Das gesetzliche Verbot jeder Erwerbstätigkeit schul- und vorschulpflichtiger Kinder im Gewerbe, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Heimarbeit, im Boten- und Gesindedienst.

2. Sie fordert ferner die Parteigenossen in Stadt und Land auf, in der Beseitigung der Kindererwerbsarbeit mit gutem Beispiel voranzugehen, indem sie ihre eigenen Kinder von jeder Erwerbsarbeit fernhalten und beim Austragen der Parteipresse jeder Verwendung von Kindern unter 14 Jahren unnachsichtlich entgegentreten.

3. In der Erkenntnis, daß, so schädlich auch die Erwerbsarbeit durch ihre Einseitigkeit, ihre Tendenz zur Ueberanstrengung, ihre sittlichen Gefahren für die geistige und körperliche Entwicklung der Kinder ist, doch der Handarbeit als solcher ein hoher erzieherischer Wert innewohnt, fordert die Frauenkonferenz unsere Vertreter in Landtagen und Kommunen auf, überall mit aller Energie auf Einführung des obligatorischen Handfertigkeitsunterrichts in den Schulen hinzuwirken.

Mutter- und Säuglingsfürsorge. Genossinnen Stuttgarts. Die gleiche Resolution wie die von Groß-Berlin.

Frauen und Gemeindepolitik. Genossinnen Stuttgarts. In allen Orten, in denen Genossinnen in den Schulkommissionen, beim Mutter- und Säuglingsschutz, in der Armen- und Waisenpflege und sonstigen kommunalen Einrichtungen mitarbeiten, sollen sie das Material über ihre Tätigkeit sammeln und alljährlich in der „Gleichheit" veröffentlichen.

Da die proletarische Frauenbewegung an Breite und Tiefe zunimmt und ihre Aufgaben dementsprechend fortwährend wachsen, da folglich die Tagesordnungen der Frauenkonferenzen bisher immer so reichhaltig waren, daß sie kaum erledigt werden konnten, ist es wünschenswert, daß von nun an die Frauenkonferenz alljährlich stattfindet.

Genossin Klara Weyl, Berlin. Durch die große Ausdehnung der sozialen Tätigkeit der Gemeinden müssen alle verfügbaren Kräfte zur Mitarbeit herangezogen werden. Die in Frage kommenden Gebiete sind für die Frauen von gleicher Wichtigkeit wie für die Männer. Da den Frauen die Verwaltung ihres eigenen Haushaltes anvertraut ist, müssen sie auch an den inneren Gemeindeverwaltungen und Gemeindehaushaltungen teilhaben können. Auf dem Gebiete der Armen- und Waisenfürsorge ist sogar die Frau mit größerem Erfolge tätig wie der Mann. Eine städtische Verwaltung kann heute nicht mehr ohne die Mitarbeit der Frau auskommen. Bisher sind die Frauen, abgesehen von einigen Ausnahmen, nur als Gehilfinnen der Männer tätig.

Die sechste sozialdemokratische Frauenkonferenz fordert von den Gemeindeverwaltungen größere Heranziehung der Frauen zur Selbstverwaltung; insbesondere Zuziehung der Frauen zu den obersten Behörden der Armen- und Waisenverwaltung.

Unsere Genossen in den Gemeindevertretungen haben die Pflicht, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für diese Forderungen einzutreten.

Ferner fordert die Konferenz von der Landesgesetzgebung Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung dem Manne gegenüber benachteiligen. Von diesem Grundsatze ausgehend, fordern wir die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Gemeindewahlrechts ohne Unterschied des Geschlechts.

Die Frauen haben dafür zu sorgen, daß die Teilnahme an der Gemeindeverwaltung nicht nur Recht, sondern auch Pflicht der Frau ist.

Die Konferenz fordert die Genossinnen und Genossen auf, mit aller Energie für Durchführung dieser Forderungen zu wirken.

Frauentag. Klara Zetkin und Genossen. In Würdigung der vorzüglichen Resultate, die der erste sozialdemokratische Frauentag gezeigt hat, beschließt die Frauenkonferenz in Jena, im Jahre 1912 die Veranstaltung zu wiederholen. Die Festsetzung des Termins und der Bedingungen für die Durchführung erfolgen durch den Parteivorstand.

Lebensmittelteuerung. Aus Anlaß der ungeheuer hohen Lebensmittelpreise sind vor Eröffnung des Reichstags öffentliche Frauenversammlungen einzuberufen, um den Frauen Gelegenheit zu geben, einen Massenprotest gegen die Lebensmittelwucherer, Steuer, Zölle und Preistreibereien der Kapitalisten und Agrarier zu erheben und die Aufhebung der Lebensmittelzölle sowie die Oeffnung der Grenzen zu fordern.

Anhang I.

Zur Marokkofrage.

Korrespondenz zwischen dem internationalen Bureau und dem deutschen Parteivorstand.

(Zu Seite 192 des Protokolls).

Berlin, den 31. August 1911.

Werte Genossen!

Die Erörterungen, welche die Veröffentlichung des Briefes des Genossen Molkenbuhr an den Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureaus in Brüssel durch die Genossin Luxemburg in der „Leipziger Volkszeitung" in der Parteipresse und in Parteiversammlungen hervorgerufen hat, veranlassen uns, die Korrespondenz des Internationalen Sozialistischen Bureaus über eine zu berufende Konferenz in der Marokkofrage zu veröffentlichen. Dieselbe wird volle Klarheit über diese Verhandlungen schaffen und eine erwünschte Unterlage für eine Debatte auf dem Jenaer Parteitag bilden.

Soweit diese Korrespondenz vom Sekretariat des Internationalen Sozialistischen Bureaus **zur Kenntnisnahme an die Mitglieder des Bureaus** versendet wurde, hat sie folgenden Wortlaut:

Internationales Sozialistisches Bureau
Volkshaus, Brüssel.

Brüssel, den 6. Juli 1911.

An die Genossen Sekretäre und Delegierten der Soz. Parteien aller Länder.

Der plötzliche Beschluß Deutschlands, einen Kreuzer nach Marokko zu schicken, verschlimmert noch die Spannung der Beziehungen zwischen den interessierten Staaten. Wenn Sie der Meinung sind, daß es Zeit ist, eine Zusammenkunft von Delegierten der Sozialistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Spaniens und selbst auch Großbritanniens einzuberufen, wäre ich Ihnen sehr verbunden, mir postwendenden Bescheid geben zu wollen.

Für den Fall, daß eines der interessierten Länder die Einberufung dieser Sitzung formell verlangen würde, könnte dieselbe, wegen der wünschenswerten Teilnahme Spaniens, in Paris oder Brüssel, am besten ein Montag oder Samstag, stattfinden.

Mit Parteigruß

Camille Huysmans.

* * *

Auf dieses Rundschreiben gingen dem Internationalen Sozialistischen Bureau folgende Antworten zu:

Paris, 8. Juli 1911.

Während die Zeitungen gestern eine Zusammenberufung des Internationalen Bureaus als von Ihnen beschlossen meldeten, hat Ihr Brief von heute morgen nur eine bezügliche Anfrage zum Gegenstand.

Mein vorhergehender Brief hat Ihnen schon im voraus die Antwort gebracht, daß der Parteivorstand und die sozialistische parlamentarische Gruppe den Wunsch ausgesprochen haben, daß jede Verschlimmerung der Lage der Marokkoangelegenheit die Zusammenberufung der Delegierten der in Betracht kommenden Länder: Frankreich und Spanien, unter Mitwirkung des Internationalen Sozialistischen Bureaus zur Folge haben müßte, sobald die spanische Sozialistische Partei ihr Einverständnis dazu erklärt hätte. Unser Parteivorstand müsse sich in dieser Angelegenheit unverzüglich mit der spanischen Sozialdemokratischen Partei in Verbindung setzen.

Die Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach Agadir und die damit verknüpften Weiterungen haben nur zur Folge, daß an dieser Zusammenkunft, sofern sie stattfinden wird, soll sie wirklich erfolgreich sein, auch die Delegierten der deutschen und der englischen Sektion der Internationale teilnehmen müssen; nur eine Einberufung des Internationalen Sozialistischen Bureaus kann dies in wirkungsvoller Weise durchführen.

Andererseits ist die Gefahr nicht so unmittelbar, daß diese Einberufung nach unserem Wunsche ohne Befragung der nationalen Parteien stattfinden müßte; wir beschränken uns daher darauf, auf Ihre Anfrage im zustimmenden Sinne zu antworten, denn die Zusammenberufung und Sitzung wäre ja ganz vergeblich, wenn die Delegierten von Deutschland, England und Spanien nicht ganz bestimmt dabei wären. Sollte aber die Gefahr wachsen und eine drohende Gestalt annehmen, so würde unser Wunsch sofort zu einem förmlichen Antrag: ohne daß neue Befragung und Briefwechsel stattfindet, weder mit unserer Partei noch auch mit irgendeiner anderen, müßte das Internationale Sozialistische Bureau unverzüglich zusammenberufen werden. Wenn die vorliegende Anfrage die Einberufung des Internationalen Sozialistischen Bureaus zur Folge hat, so wäre es gut, wenn sie sofort stattfände, und wäre es auch nur, abgesehen von der Betrachtung der Ereignisse, um die Zusammenkunft der Delegierten vor ihrem Auseinandergehen besser zu ermöglichen.

Mit besten Grüßen

Edouard Vaillant.

8. Juli, mittags. In der Sitzung von heute morgen hat der Parteivorstand diesen Brief mit der darin gegebenen Antwort einstimmig gutgeheißen. Ferner wurde beschlossen, daß je nach dem Verlauf der Ereignisse in Marokko der Parteivorstand mit der englischen, deutschen und spanischen Sektion in Verbindung bleiben müsse. Ed. Vaillant.

* * *

Berlin, den 8. Juli 1911.

Werte Genossen!

In einer Vorstandssitzung habe ich Ihren werten Brief noch nicht vorlegen können. Vorläufig will ich meine persönliche Ansicht mitteilen, die ich auch am Dienstag in einer Versammlung ausgesprochen habe.

Ich sehe in dem ganzen Streich etwas, womit unsere Staatslenker die allgemeine Aufmerksamkeit von den inneren Zuständen ablenken und Stimmung für die Reichstagswahlen machen wollen. Mit der inneren Politik ist unsere Regierung in solche Lage gekommen, daß sie bei einem Hund Mitleid erregen könnte. Sie greift also zu dem beliebten Mittel wie Bismarck 1887 mit Boulanger und Bülow 1906 mit den Hottentotten. Nun traue ich den Herren Bethmann Hollweg und Kiderlen-Waechter jede Dummheit zu, also auch solche, die zu ernsthaften europäischen Konflikten führen können. Bei Marokko glaube ich aber, daß die Herren nicht freie Hand haben, weil dort entgegengesetzte kapitalistische Interessen in Frage kommen, wovon die „französische" Gruppe auch in Deutschland die stärkere ist.

Diesen Minenkrieg haben wir schon seit einigen Jahren. Bekanntlich hat ein Herr Mannesmann dem Sultan von Marokko Geld gegeben und dafür ein Schriftstück erhalten, von dem er und seine Freunde und die kleine Gruppe der Schreier, die sich Alldeutsche nennen, behaupten, daß durch dieses Schriftstück den Gebrüdern Mannesmann ein Minenmonopol für Marokko gegeben ist. Freilich steht der Inhalt mit dem Algeciras-Vertrag im Widerspruch. Mannesmann und seine Freunde behaupten, das schade nichts, denn die Algeciras-Akte könne ältere Verträge nicht beeinflussen.

Trotz des großen Lärms, den Mannesmann und seine Freunde in der Presse machten, war der frühere Staatssekretär des Aeußeren, v. Schön, nicht zu bewegen, nur ein freundliches Wort über den Mannesmann-Vertrag zu sagen, weil er nicht offen Stellung gegen Mannesmann nehmen wollte. Als er doch zur Aeußerung gepreßt wurde, fiel diese sehr zuungunsten des Herrn Mannesmann aus. Der Grund ist folgender: Es ist weniger der unsichere Rechtsboden des Mannesmann, als ein entgegenstehendes kapitalistisches Interesse. Mit Mannesmann konkurriert ein französisches Minensyndikat. Dieses Syndikat hat seinen Sitz in Paris und an demselben ist auch Schneider in Creusot beteiligt. Aber neben Schneider sind Krupp, Thyssen und andere Größen des Deutschen Stahlwerksverbandes darin vertreten. Die sagen: Wenn in Marokko Eisenerze in dem Umfange vorkommen, wie Mannesmann behauptet, dann können wir sie uns selber holen und brauchen uns nicht von Mannesmann ausbeuten zu lassen. Bei der Ausbeutung sind diese Herren viel lieber Subjekt als Objekt. Dieses Gegengewicht wog mehr als alle juristischen und staatsrechtlichen Gründe. — Soweit die Herren Mannesmann durch Bohren Eisenerze aufsuchen, haben sie in der letzten Zeit ihre Tätigkeit nach Agadir verlegt. Von dort kam die Klage, daß die Techniker an ihrer Arbeit gehindert würden. Hier haben also Bethmann Hollweg und Kiderlen-Waechter dem Schreien der Mannesmann und Genossen eine Konzession gemacht. Ich glaube aber nicht, daß sie sich weiter drängen lassen, weil sie sonst die Interessen der Großmächte des Stahlwerksverbandes verletzen würden. Also kurz: Ich traue unseren Leitern der auswärtigen Politik jede Dummheit zu, ich glaube aber nicht, daß sie weitergehen, weil sie sonst die Interessen der größten Kapitalisten verletzen könnten, und da haben diese einen scharfen Blick und gebieten rechtzeitig „Halt".

Würden wir uns vorzeitig so stark engagieren und selbst alle Fragen der inneren Politik hinter die Marokkofrage zurückstellen, so daß daraus eine wirksame Wahlparole gegen uns geschmiedet werden könnte, dann sind die Folgen nicht abzusehen. Denn in Sozialistenhaß und Sozialistenfurcht bleiben Krupp und Thyssen nicht hinter Bethmann Hollweg zurück. Für

uns ist es ein Lebensinteresse, die inneren Vorgänge: Steuerpolitik, Agrarierpribilegien, Versicherungsordnung usw., nicht in der Diskussion zurückdrängen zu lassen. Das könnte aber geschehen, wenn wir selbst in jedem Dorfe über die Marokkofrage reden und damit die Gegenströmung fördern würden. Holen sich die Herren Bethmann und Genossen in dem Spiel eine gehörige Niederlage, was bei ihrem notorischen Ungeschick eine Wahrscheinlichkeit ist, dann haben wir zur Wahl ein Argument mehr.

Ich glaube daher, daß wir vorläufig mit der Besprechung noch warten können.

Mit bestem Gruß

H. Molkenbuhr.

* * *

London, den 10. Juli 1911.

Werter Genosse!

Genosse Macdonald ist der Meinung, daß, wenn die augenblickliche Lage der Marokkoangelegenheit fortdauert, daß die Vorbereitungen zu einer Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus getroffen werden; gleichzeitig soll eine öffentliche Demonstration veranstaltet werden, bei der Vertreter der verschiedenen Nationen als Redner mitwirken. Genosse Macdonald legt Wert darauf, daß diese Zusammenkunft auf neutralem Boden, also in erster Linie in Brüssel, stattfindet.

Mit Parteigruß

J. S. Middleton, Hilfssekretär.

*

London, den 10. Juli 1911.

Werter Genosse!

Die Nachrichten von heute morgen lassen eine friedliche Lösung erwarten, aber da man niemals wissen kann, was hinter den Kulissen vorgeht, so muß, wenn Zweifel hinsichtlich der friedlichen Lösung bestehen könnten, sich das Bureau versammeln, um seinen Einfluß zur Erhaltung des Friedens zu stärken sowie um eine auf Marokko und die Wirksamkeit der in Betracht kommenden Regierungen bezügliche Kundgebung zu erlassen.

Mit Parteigruß

Keir Hardie.

* * *

London, den 11. Juli 1911.

Werter Genosse!

Ich bin der Meinung, daß es unter den obwaltenden Umständen gut wäre, wenn die Bureaudelegierten der in Betracht kommenden Länder sich so bald als möglich versammelten, in Paris oder in Brüssel.

Mit Parteigruß

H. Quelch.

* * *

Madrid, den 8. Juli 1911.

Werter Genosse!

Wir haben vom Parteivorstand der französischen Arbeiterpartei (S. F. I. O.) einen Brief erhalten, in welchem uns der Vorschlag gemacht wird, daß die Vertreter unserer beiden Parteien beim Internationalen Sozialistischen Bureau in dem Falle, daß die Ereignisse in Marokko eine gemeinschaftliche Aktion der Sozialisten beider Länder erforderlich machen, zusammenkommen sollten, um uns dem Ausbrechen eines Krieges zu widersetzen. Wir haben geantwortet, daß wir dieser Anregung zustimmen, die in die Wirklichkeit umgesetzt werden könnte, sobald als eine der beiden Parteien dies für angebracht und an der Zeit halte.

Mit Parteigruß

Pablo Iglesias. Meura.

* * *

Zürich, den 10. Juli 1911.

Werter Genosse!

Wie ich vernehme, soll in Bälde eine Konferenz des Internationalen Sozialistischen Bureaus in Sachen der Marokkoaffäre stattfinden. Ich beabsichtige, wenn irgend möglich, an der Konferenz teilzunehmen.

Mit Parteigruß

A. Bebel.

* * *

Zürich, den 12. Juli 1911.

Werter Genosse!

Die Marokkoaffäre hat neuerdings einen Charakter angenommen, daß mir zunächst eine Konferenz des Internationalen Sozialistischen Bureaus nicht empfehlenswert erscheint.

Wir sollten einstweilen mit der Einberufung der Konferenz warten und unser Pulver nicht zu früh verschießen.

Falls die Konferenz in Paris sein sollte, könnte ich nicht daran teilnehmen, da ich aus Frankreich ausgewiesen bin und keine Neigung habe, bei der französischen Regierung um Aufenthaltsbewilligung einzukommen.

Mit Parteigruß

A. Bebel.

* * *

Folgerung.

In Uebereinstimmung mit der Ansicht des Genossen Bebel scheint es uns unzweckmäßig, das Bureau in diesem Augenblick einzuberufen. Wir schlagen vor, diese Frage auf die Tagesordnung der nächsten Jahressitzung des Bureaus zu stellen.

Für das Exekutivkomitee:

Camille Huysmans, Sekretär.

* * *

Zur Ergänzung der Korrespondenz sei folgendes hinzugefügt:

Sobald der Parteivorstand aus absolut zuverlässiger Quelle aus England Kenntnis erhielt, daß die Marokkofrage im englischen Ministerium einen für Deutschland sehr unfreundlichen Charakter angenommen habe und ernsthaft Schritte gegen Deutschland in Erwägung gezogen worden seien, Nachrichten, die durch die bekannte Rede des englischen Ministers Lloyd George am 21. Juli Bestätigung fanden, teilte der Genosse Molkenbuhr dieses dem um jene Zeit in Holland weilenden Genossen Bebel unverzüglich mit, zugleich mit dem Auftrage, im Namen des Parteivorstandes die weiteren Verhandlungen mit dem Sekretariat des Internationalen Sozialistischen Bureaus in Brüssel zu führen.

Der Genosse Bebel antwortete darauf unverzüglich dem Genossen Molkenbuhr, daß er den Auftrag ausführen werde, und daß er selbst beabsichtigt habe, dem Sekretariat in Brüssel zu schreiben. Was die Nachrichten über einen drohenden Krieg angehe, so sei er allerdings der Ansicht, daß die französische Regierung sich sehr bedenken werde, sich von der englischen Regierung zu einem Kriege mit Deutschland wegen Marokko drängen zu lassen, dessen Kosten zweifellos Frankreich zu tragen haben würde.

Genosse Bebel schrieb in diesem Sinne auch sofort an das Sekretariat des Internationalen Sozialistischen Bureaus. Es werde wohl selbst die mittlerweile eingetretene Verschärfung der Situation erkannt haben. Es solle die Angelegenheit scharf im Auge behalten und, sobald sich die Notwendigkeit einer Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus herausstelle, zu dieser nicht bloß die Mitglieder der an der Marokkofrage zunächst interessierten Staaten — wie bisher verhandelt worden war — einladen, sondern das gesamte Bureau, denn die Frage sei eine internationale und ein Krieg werde gegebenenfalls ein Weltkrieg werden.

Infolge jenes Briefes erfolgte zwischen dem Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureaus, Genossen Huysmans, und dem Genossen Bebel eine Zusammenkunft, in der man sich über die mittlerweile wieder friedlich gewordene Situation aussprach. Man kam überein: solle eine Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus nötig werden — wozu in jenem Augenblick keine Veranlassung vorlag —, dann eine des gesamten Bureaus, und zwar in Brüssel, zu veranstalten, und solle damit zugleich eine große Friedensdemonstration verbunden werden. —

Aus dem hier Dargelegten ersehen die Genossen folgendes:

Erstens, daß diese Korrespondenz unter den Mitgliedern des Internationalen Sozialistischen Bureaus eine Verständigung bezweckte und daher ihrer Natur nach eine streng vertrauliche war.

Zweitens, daß der Ansicht des Genossen Molkenbuhr über die Zweckmäßigkeit einer Konferenz die Ansicht des Genossen Bebel, der bekanntermaßen gleichfalls Mitglied des Parteivorstandes und des Internationalen Sozialistischen Bureaus ist, gegenüberstand. Wobei wir hervorheben wollen, daß der Genosse Molkenbuhr, wie der Inhalt seines Briefes zeigt, kein eigentlicher Gegner einer Demonstration war.

Drittens, daß Genosse Molkenbuhr in der Tat in seinem Briefe nur seine Privatansicht entwickelte, wie er dieses im Eingang seines Briefes an das Internationale Sozialistische Bureau erklärte und gleichzeitig auch dem Genossen Bebel gegenüber hervorhob, der, da er vergessen hatte, dem Internationalen Sozialistischen Bureau seine Züricher

Adresse mitzuteilen, die Mitteilung über die geplante Konferenz erst durch den Genossen Molkenbuhr empfing. —

Aus dieser Darlegung geht auch hervor, daß die Genossin Luxemburg sich einer groben Indiskretion schuldig machte, als sie den Brief des Genossen Molkenbuhr in der „Leipziger Volkszeitung" veröffentlichte.

In jeder Organisation ist der briefliche Austausch von Ansichten über gemeinsame Schritte der leitenden Persönlichkeiten eine Notwendigkeit, wenn dieselben, wie die Mitglieder des Internationalen Sozialistischen Bureaus, in den verschiedensten Orten wohnen. Sollen solche Verhandlungen zu einem gedeihlichen Abschluß führen, so ist Diskretion eine Ehrensache für alle Beteiligten.

Weiter ließ sich die Genossin Luxemburg auch eine grobe Irreführung der Genossen zuschulden kommen, als sie den Brief des Genossen Molkenbuhr mit Weglassung des Anfangssatzes veröffentlichte und berichtete, der Brief enthalte offenbar die Meinung des Parteivorstandes.

Endlich unterschlug die Genossin Luxemburg die Tatsache, daß auch der Genosse Bebel sich zu der Frage der Konferenz geäußert habe, und zwar, wie seine oben abgedruckten Briefe zeigen — die der Genossin Luxemburg bekannt waren —, im zustimmenden Sinne.

Das Verfahren der Genossin Luxemburg war also illoyal, und es würde ein geordnetes Parteileben unmöglich sein, sollte eine solche Kampfmethode üblich werden.

Es ist der Genossin Luxemburg gutes Recht, die Handlungen oder Unterlassungen des Parteivorstandes zu kritisieren; aber es sollte jedes Mitglied der Partei es unter seiner Würde halten, mit illoyalen Waffen und irreführenden Darlegungen einen Kampf zu führen.

Mit Parteigruß

Der Parteivorstand.

Anhang II.

(Zu Seite 215 des Protokolls).

Der „Vorwärts" brachte in Nr. 226 vom 27. September folgende Richtigstellung:

Aus dem Internationalen Sozialistischen Bureau.

Die Genossin Luxemburg stellte in der Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus am 23. September an den Genossen Huysmans die Anfrage, ob er dem Genossen Bebel gegenüber gesagt habe, daß sie sich mehrfach Indiskretionen durch Veröffentlichung von Briefen des Sekretariats des Internationalen Sozialistischen Bureaus habe zuschulden kommen lassen. Der Genosse Huysmans bejahte, daß er sich so dem Genossen Bebel gegenüber ausgesprochen habe. Doch fügte er hinzu, er habe sich durch die Verhandlungen des Jenaer Parteitags davon überzeugt, daß er sich infolge seiner mangelhaften Kenntnis der deutschen Sprache ungenau ausgedrückt habe. Er habe nicht sagen wollen, daß die Genossin Luxemburg mehrfach Indiskretionen begangen habe, sondern, daß solche mehrfach vorgekommen seien, und zwar handle es sich außer um den Fall der Veröffentlichung des Molkenbuhrschen Briefes um einen vertraulichen Brief, den er dem Redakteur einer deutschen Parteizeitung geschrieben und den dieser ohne seine Zustimmung veröffentlicht habe.

Anhang III.

Wortlaut der vom Parteitag angenommenen Anträge.

Maifeier.

Der Parteitag möge beschließen, unsere Delegierten im Internationalen Bureau haben dahin zu wirken, daß die Maifeier auf die Tagesordnung des nächsten Internationalen Sozialistenkongresses gesetzt wird. (Antrag 27.)

Gegen alle diejenigen Mitglieder, die sich weigern, den Beschluß des Nürnberger Parteitages, Antrag 90, nachzukommen, ist das Ausschlußverfahren einzuleiten. (Antrag 30.)

Parlamentarisches.

Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, im Reichstage unverzüglich einen Antrag auf Abänderung und Ergänzung der Reichsverfassung in folgender Richtung einzubringen:

„Unter Aufnahme der bereits gestellten Anträge die konstitutionell-demokratischen Forderungen des Erfurter Programms (Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, Volkswehr, Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung, Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege) in die Reichsverfassung zugleich als Verfassungsbestimmung eine Reichskriegssteuer auf hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften einzuführen, die im Falle eines Krieges mit dem Tage der Mobilmachung in Kraft tritt." (Antrag 48.)

Schnapsboykott.

Der Parteitag ruft den Parteigenossen erneut und auf das dringendste den Beschluß des Leipziger Parteitages in Erinnerung, wonach die organisierten Arbeiter aufgefordert werden, den Schnapsgenuß zu unterlassen. (Antrag 53.)

Ort des nächsten Parteitages.

Den nächsten Parteitag in Chemnitz abzuhalten. (Antrag 61.)

Reichstagswahl.

Der Parteitag erwartet, daß, soweit es noch nicht geschehen sein sollte, die Parteigenossen in allen Wahlkreisen, in denen die Partei Anhänger besitzt, unverzüglich die Vorbereitungen zur Reichstagswahl treffen, um selbständig in die Wahl einzutreten.

Der Parteitag erwartet weiter, daß die Parteigenossen die Wahlagitation gründlich ausnutzen, um sowohl neue Mitglieder für die Parteiorganisation, wie neue Abonnenten für die Parteipresse zu werben.

Insbesondere muß die Wahlagitation auch für Erlangung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts im Sinne des Parteiprogramms für die Wahlen zum Landtag in Preußen wie in den Staaten, die das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht noch nicht besitzen, ausgenutzt werden.

Wo nach dem Ausfall der Hauptwahlen die Parteigenossen bei engeren Wahlen eine Entscheidung zwischen gegnerischen Kandidaten zu treffen haben,

dürfen sie nur demjenigen Kandidaten ihre Stimmen zuwenden, der sich verpflichtet:

1. für Aufrechterhaltung des bestehenden Wahlrechts für den Reichstag;
2. gegen eine Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts und des Koalitionsrechts;
3. gegen eine Verschärfung der sogenannten politischen Paragraphen des Strafrechts;
4. gegen ein wie immer geartetes Ausnahmegesetz;
5. gegen jede Erhöhung oder Neueinführung von Zöllen auf die Verbrauchsartikel der großen Masse;
6. gegen jede Neueinführung oder Erhöhung indirekter Steuern auf Verbrauchsartikel der großen Masse

einzutreten und zu stimmen.

Der betreffende Kandidat ist zu ersuchen, seine Erklärung vor Zeugen oder schriftlich abzugeben.

Stehen in der engeren Wahl zwei Kandidaten, die beide bereit sind, die aufgestellten Bedingungen zu erfüllen, so ist der Liberale dem Nichtliberalen vorzuziehen.

In jedem anderen Falle ist strikte Stimmenthaltung zu proklamieren.
(Antrag 70.)

Marokkoangelegenheit.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Jena erhebt auf das nachdrücklichste Protest gegen jeden Versuch, einen männermordenden Krieg zwischen Kulturvölkern, wie sie das französische, englische und deutsche sind, hervorzurufen, der notwendig ein Weltkrieg werden müßte und mit einer allgemeinen Katastrophe enden würde.

Die Bestrebungen einer großkapitalistischen Clique, in Marokko festen Fuß zu fassen, um es um so wirkungsvoller kolonialpolitisch auszubeuten und dafür Gut und Blut des deutschen Volkes in Anspruch zu nehmen, unter der verlogenen Vorgabe, „daß die Ehre und die Interessen der Nation" dieses erfordern, weist der Parteitag als bewußte Fälschung der Tatsachen und schamlose Heuchelei zurück.

Die einzigen, die hüben und drüben an dieser Verhetzung verschiedener Kulturvölker ein Interesse haben, sind neben den Kolonialpiraten die Chauvinisten zu Wasser und zu Lande, deren Handwerk der Krieg ist, die nach Avancement und Auszeichnung dürsten, und die Fabrikanten und Lieferanten von Kriegsmaterial aller Art, die durch den Krieg ungeheure Gewinne in die Tasche stecken auf die Gefahr hin, daß Hunderttausende von Menschen in diesen Kämpfen zugrunde gehen, Millionen in Not und Unglück gestürzt werden.

Nur den seit vielen Jahren betriebenen Hetzereien der interessierten Kreise ist es zu danken, daß Mittel- und Westeuropa wiederholt in einen Zustand kriegerischer Unruhe versetzt wurden. Diese Beutemacher versuchten dabei die Reichsregierung in die Rolle des gefügigen Handlangers zu drängen, damit sie die Wehr- und Volkskraft der Nation ihren Interessen opfere. Der Grad, in dem ihnen dieses gelang, zeigt, wie sehr die heutigen Regierungen nur der Verwaltungsausschuß für die Interessen der besitzenden Klassen sind.

Der Parteitag weist mit Empörung diese dem Volke gemachten Zumutungen zurück und erwartet, daß insbesondere die deutsche Arbeiterklasse jedes mögliche Mittel anwendet, um einen Weltkrieg zu verhindern.

Der Parteitag fordert die sofortige Einberufung des Reichstags, damit der Volksvertretung Gelegenheit gegeben wird, ihre Meinung zu äußern und den volksfeindlichen Machinationen entgegenzutreten.
(Antrag 71.)

Lebensmittelwucher.

Aus Anlaß der außergewöhnlich hohen Lebensmittelpreise sind zur Zeit der Eröffnung des Reichstages öffentliche Frauenversammlungen einzuberufen, um den Frauen Gelegenheit zu geben, einen Massenprotest gegen den Lebensmittelwucher durch Steuern und Zölle wie durch die Preistreibereien der Großkapitalisten und Agrarier zu erheben und die Aufhebung der Lebensmittelzölle und Oeffnung der Grenzen zu fordern. Diese Massenaktion gibt zugleich Gelegenheit, den Frauen die Ursachen der jetzigen Notlage weiter Kreise des arbeitenden Volkes darzulegen und sie zum organisierten Kampf dagegen aufzurufen.

Die Aktion ist wirksam durch die Presse und durch ein populär gehaltenes Flugblatt vorzubereiten.
(Antrag 72.)

Reorganisation des Parteivorstandes.

Der Parteitag beschließt:

1. zwei weitere Parteisekretäre anzustellen;
2. zwecks Beratung einer Reorganisation des Parteivorstandes und der Kontrollkommission unter Zuziehung des Parteivorstandes eine 21gliedrige Kommission zu wählen, die dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten hat.
(Antrag 73.)

Württembergische Verhältnisse.

Der Parteitag nimmt mit Bedauern Kenntnis von den jüngsten Vorgängen in der württembergischen Landesorganisation. Er beauftragt den Parteivorstand, mit dem württembergischen Landesvorstand und mit der Stuttgarter Parteileitung in Verbindung zu treten, um die Entwickelung der Partei in Württemberg im Sinne und Geiste der Gesamtpartei und ihrer Beschlüsse zu sichern.
(Antrag 74.)

Jugendbewegung.

Der Parteitag protestiert auf das entschiedenste gegen die Verfolgung der proletarischen Jugendbewegung durch Polizei, Schulaufsichtsbehörde und Justiz.

Um so unerhörter sind diese Verfolgungen, als sie angeblich die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen vor der Berührung mit politischen Angelegenheiten bewahren, in Wirklichkeit aber die Arbeiterjugend der bürgerlichen Jugendbewegung zutreiben sollen und damit eine offenbare politische Beeinflussung der Arbeiterjugend im sogenannten staatsfreundlichen Sinne darstellen.

Der Parteitag warnt die Genossen und Genossinnen allerorts vor den heuchlerischen Bestrebungen der bürgerlichen konfessionellen und interkonfessionellen Jugendfreunde, insbesondere vor den mit einer Million Mark unterstützten Maßnahmen der staatlich preußischen „Jugendpflege". In mannigfaltigen und äußerlich harmlosen Formen, besonders im Anschluß an die Fortbildungsschule, sollen nach dem Wunsche der preußischen Regierung „Lehrer, Aerzte, Geistliche, Richter und Anwälte, Landwirte, Gewerbetreibende, Ingenieure und Offiziere", und zwar „ohne nach außen hin irgendwelches Aufsehen davon zu machen", die Erziehung der Jugend im „vaterländischen Geiste" fördern.

Der Parteitag hält es für seine Pflicht, die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen vor dem Eintritt in irgendwelche bürgerliche Jugendvereine und vor der Teilnahme an irgendwelchen bürgerlichen Jugendbestrebungen zu warnen. Er fordert zugleich alle erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen auf, die proletarische Jugendbewegung mit allen Mitteln zu unterstützen.
(Antrag 75.)

Lebensmittelwucher.

Die Reichstagsfraktion wird beim Zusammentritt des Reichstags dem Reichskanzler sofort über die Teuerung interpellieren. Sie unterbreitet dem Parteitage die nachstehende Resolution:

Der Parteitag fordert zur Bekämpfung der verhängnisvollen Teuerung aller Lebensmittel von der Reichsregierung sofortige Suspension der Zölle auf Lebens- und Futtermittel, Oeffnung der Grenzen unter Aufrechterhaltung der notwendigen veterinärpolizeilichen Vorsichtsmaßregeln für den Verkehr ausländischen Viehes und Fleisches, Aufhebung des Systems der Einfuhrscheine.

Der Parteitag fordert von den Landesregierungen Ermäßigungen der Eisenbahntarife für den Verkehr mit Nahrungsmitteln und Futtermitteln aller Art.

Der Parteitag fordert von den Gemeinden Veranstaltungen zur Uebernahme der Produktion und des Verkehrs mit Nahrungsmitteln zunächst in einem solchen Umfange, daß eine Beeinflussung der Preisbildung durch die Gemeinden gesichert ist.

Der Parteitag ruft alle Parteiorganisationen zu energischer Agitations- und Organisationsarbeit auf, um der Sozialdemokratie neue Anhängerscharen zuzuführen und sie für die bevorstehenden Kämpfe, namentlich auch auf dem Gebiete des Zoll- und Steuerwesens, zu stärken. Der Parteitag fordert alle Männer und Frauen auf, sich den politischen Organisationen der sozialdemokratischen Partei anzuschließen. Desgleichen wird eine nachdrückliche Werbearbeit für die aufklärende sozialdemokratische Presse empfohlen.

Der Parteitag mahnt alle Arbeiter, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen, um in dieser Zeit maßloser Preissteigerungen für alle notwendigen Bedarfsartikel die Abwehrkraft der Berufsorganisationen zu stärken und die Gewerkschaften in den Stand zu setzen, die notwendigen Lohnerhöhungen zu erzwingen.

Endlich fordert der Parteitag die Massen des Volkes zum konsumgenossenschaftlichen Zusammenschluß auf. (Antrag 77.)

Internationale Verwickelungen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird ersucht, im Reichstag einen Antrag einzubringen, wonach die Reichsregierung verpflichtet werden kann, in Fällen internationaler Verwickelungen den Reichstag einzuberufen und die gewählte Volksvertretung über die Verhandlungen mit den auswärtigen Regierungen unterrichtet zu halten. (Antrag 79.)

Gegen den Zarismus.

Der Parteitag nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den neuen Attacken des eidbrüchigen Zarismus gegen das finnische Volk. Er brandmarkt die unter dem Vorwande strategischer Notwendigkeiten begonnene Zerstückelung Finnlands als einen Akt unverhüllter Vergewaltigung, durch den die russische Regierung ihre bisherigen Infamien gegen das finnische Volk noch übertrumpft.

Der Parteitag spricht der tapferen finnischen Bruderpartei und dem gepeinigten finnischen Volke im Namen des kämpfenden deutschen Proletariats seine herzlichen Sympathien aus und das Gelöbnis der Unterstützung in den schweren Kämpfen, die das finnische Volk, geführt von dem finnischen Proletariat, gemeinsam mit dem russischen Proletariat zur Niederwerfung des Zarismus durchzukämpfen hat. (Antrag 80.)

Broschüre über die Lage der englischen und deutschen Arbeiter.

Der Parteivorstand möge, wenn möglich noch vor den Reichstagswahlen, die Herausgabe einer Broschüre veranlassen, welche gegenüber den Bestrebungen, England und Deutschland zu verhetzen, die großen gemeinsamen Interessen der arbeitenden Klassen beider Länder an der Erhaltung und Festigung der friedlichen Beziehungen zwischen ihnen darlegt und das Falschspiel der Hetzer aufdeckt. (Antrag 81.)

Zur Mutter- und Säuglingsfürsorge.

Die sechste ordentliche Konferenz sozialdemokratischer Frauen verurteilt auf das schärfste die skandalöse Behandlung, welche die Frage des Mutter- und Säuglingsschutzes anläßlich der Beratung der Reichsversicherungsordnung durch die Regierung und die bürgerlichen Parteien erfahren hat.

Die Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge zu dieser Frage bedeutet eine schwere Schädigung von Leben und Gesundheit der Mütter und Säuglinge in den minderbemittelten Schichten des Volkes.

Besonders erbitternd wirkt die Tatsache, daß die Frauen und Mädchen, die den Landkrankenkassen unterstehen, eine noch weit geringere Fürsorge genießen als die übrigen. Die letzte Berufs- und Gewerbezählung hat einen neuen Beweis von der rapid steigenden Teilnahme der Frau am Berufsleben erbracht.

Unter der Herrschaft des Kapitals bringt aber die Vereinigung von Berufs- und Hausarbeit schwere Gefahren mit sich für Leben und Gesundheit der Frauen und Kinder der Arbeiterklasse, des Kleinbürger- und Bauerntums.

Sie führt häufig zu Unterleibserkrankungen, Erschwerungen der Schwangerschaft und der Entbindungen, zu Früh- und Fehlgeburten, zu früher Sterblichkeit, Verkrüppelung und Siechtum der Kinder.

Die soziale Not zeitigt die gleichen Erscheinungen in weiten Kreisen der unbemittelten Volksschichten; auch wenn die Frauen nicht erwerbstätig, aber aus Mangel an Mitteln der Ruhe und Pflege entbehren zur Zeit der Mutterschaft.

Die Konferenz erklärt deshalb, daß sie als Minimum einer Mutter- und Säuglingsfürsorge in der Versicherungsgesetzgebung ansieht:

1. Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle lohnarbeitenden Frauen sowie auf alle Frauen, deren Familieneinkommen 5000 Mk. nicht übersteigt.
2. Obligatorische Gewährung einer Schwangerenunterstützung auf die Dauer von 8 Wochen.
3. Freie obligatorische Gewährung der Hebammendienste und freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden.
4. Obligatorische Gewährung der Wöchnerinnenunterstützung auf 8 Wochen.
5. Die Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung ist den Arbeiterinnen in der Höhe des versicherten Lohnes, den übrigen Frauen in der Höhe des durchschnittlichen Tagelohnes für weibliche Arbeiter zu gewähren.
6. Obligatorische Gewährung eines Stillgeldes für die Dauer von 26 Wochen in der Höhe des Krankengeldes für alle versicherten Mütter, die ihr Kind stillen.
7. Vereinheitlichung der Krankenkassen und volles Selbstverwaltungsrecht der Versicherten.

Die Konferenz verpflichtet die sozialdemokratischen Frauen, den Kampf um die Verwirklichung dieser Forderungen mit aller Schärfe weiterzuführen.

Präsenzliste des Parteitages.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Agnes, Lore	Düsseldorf	Düsseldorf
Albrecht, Adolf	Halle	Mitglied des Reichstags
Andratschke, Luise	Kiel-Gaarden	7. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Anthes, Wilhelm	Sprendlingen	Offenbach-Dieburg
Apel, Wilhelm	Erfurt	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück
Armbrust, Heinrich	Wilbel	Friedberg-Büdingen
Auer, Erh.	München	Rosenheim
Baader, Ottilie	Berlin	Frauenbureau
Bartels, Fr.	Altona	9. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Barthel, Paul	Lunzenau	Borna-Pegau
Baudert, August	Weimar	Weimar I
Baumann, Linchen	Hamburg	8. u. 10. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Baumgärtel, Curt	Treuen	Reichenbach-Auerbach
Bebel, August	Berlin	Parteivorstand
Beckmann, Georg	Gießen	Hessen 1
Bender, Ferdinand	Elberfeld	Anhalt 2
Bender, Hermann	Preungesheim	Hanau-Bockenheim
Benz, Wilhelm	Heidenheim	14. württembergischer Wahlkreis
Bérard, N.	Hamburg	Auer u. Co., Hamburg
Berger, Fritz	Rummelsburg	Niederbarnim
Bernstein, Eduard	Schöneberg	Teltow-Beeskow-Storkow
Bien, Klara	Berlin	Berlin 4
Binitzkiewicz, Josef	Kattowitz O.-S.	Kattowitz-Zabrze
Bischoff, Claus	Altona	8. u. 10. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Bitkorf, Adam	Berlin	Berlin 6
Blase, Thereje	Mannheim	Mannheim-Schwetzingen
Bock, Wilhelm	Gotha	Kontrollkommission
Böhle B.	Straßburg	Straßburg-Stadt (Mitgl. des Reichstags)
Brandenburg, Helene	Hamburg	Hamburg 3
Braun, Otto	Königsberg	Kontrollkommission
Brey, August	Hannover	Mitglied des Reichstags
Brückner, Eugen	Berlin	Friedeberg-Arnswalde
Brühne, Fritz	Frankfurt	Kontrollkommission
Bülchelt, Berta	Stettin	Stettin
Buchmann, Maria	Kaulsdorf	Niederbarnim
Büchner, Karl	Frankfurt a. O.	Frankfurt-Lebus
Büchner, Otto	Berlin	Mitglied des Reichstags
Budde, Ewald	Lüdenscheid	Altena-Iserlohn
Budde, Rudolf	Berlin	Berlin 3
Buhl, Carl	Leipzig	12. sächsischer Wahlkreis
Bühler, Rudolf	Lichtenberg	Niederbarnim
Busold, Heinrich	Friedberg i. H.	Mitglied des Reichstags
Cohn, Oskar	Berlin	Erfurt 1
Crispien, Arthur	Danzig	Danzig-Stadt
Crohn, M.	Halberstadt	Oschersleben-Halberstadt
Cunow, Heinrich	Berlin	„Vorwärts"-Redaktion
Dams, Wilhelm	Berlin	Berlin 6
David, Eduard	Berlin	Mitglied des Reichstags
David, Ernst	Posen	Posen-Stadt
Deichmann, Karl	Bremen	Hannover 11

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Demmer, Karl	Wiesbaden	Wiesbaden-Bieberich
Dickreiter, G.	Altenburg	Sachsen-Altenburg
Diefenbach, Wilhelm	Güstrow	Güstrow-Riebnitz
Dietz, J. H. W.	Stuttgart	Mitglied des Reichstags
Diez, Ernst	Lübeck	Lübeck
Dißmann, Robert	Hanau	Hanau-Bockenheim
Dittmann, Wilhelm	Solingen	Lennep-Remscheid
Döhring, Marie	Berlin	Berlin 2
Donalies, Franz	Königsberg	Königsberg i. Pr.
Dörnke, Ludwig	Hannover	8. hannoverscher Wahlkreis
Drescher, Reinhold	Halle	Delitzsch-Bitterfeld
Duncker, Käthe	Stuttgart	Stuttgart
Düwell, Wilhelm	Lichtenberg	Berlin 1
Eberle, Hugo	Bremen	Verden-Hoya-Syke
Ebert, Fritz	Berlin	Parteivorstand
Edler, Karl	Kiel-Ellerbeck	7. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Eggen, Wilhelm	Detmold	Fürstentum Lippe
Eichhorn, Emil	Berlin	Mitglied des Reichstags
Eichler, Minna	Eisenberg	Sachsen-Altenburg
Eilken, Emil	Ottensen	6. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Elm, A. v.	Bramfeld	8. u. 10. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Emmel, L.	Mülhausen i. Els.	Mitglied des Reichstags
Engelhard, Urban	Würzburg	Würzburg-Heidingsfeld
Engler, W.	Freiburg	5. badischer Wahlkreis
Ennenbach, Sofie	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Erkrath, Peter	Mühlheim	Offenbach-Dieburg
Ernst, Eugen	Berlin	Kontrollkommission
Ernst, Ludwig	Stettin	Stettin
Evers, Frau	Linden	8. hannoverscher Wahlkreis
Ewald, Ferdinand	Berlin	Zauch-Belzig-Luckenwalde
Faber, Emil	Frankfurt a. O.	Mitglied des Reichstags
Fahrenwald, Agnes	Berlin	Berlin 4
Faißt, Matthäus	Hornberg	2. badischer Wahlkreis
Fauth, Albrecht,	Wetzlar	Wetzlar-Altenkirchen
Feldmann, Franz	Oberlangenbielau	Reichenbach-Neurode
Fischer, Gottlieb	Cannstatt	2. württembergischer Wahlkreis
Fischer, Richard	Berlin	Mitglied des Reichstags
Fliegner, Ernst	Pinneberg	6. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Frank, Dr. Ludwig	Mannheim	Mitglied des Reichstags
Fresino, Heinrich	Magdeburg	Magdeburg
Friedländer, Willy	Berlin	Berlin 5
Fröhlich, Fritz	Berlin	Berlin 6
Frohme, Karl	Hamburg	Mitglied des Reichstags
Fuhrmann, David	Bremen	Bremen
Galke, Otto	Guben	Guben-Lübben
Geck, Adolf	Offenburg	Kontrollkommission
Gehl, Julius	Bromberg	Danzig-Land
Gehrmann, Karl	Zeitz	Naumburg-Weißenfels-Zeitz
Geyer, Friedr.	Leipzig	Mitglied des Reichstags
Giebel, Karl	Berlin	Kottbus-Spremberg
Giermann, Karl	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Gogowsky, Josef	Siegen	Siegen-Wittgenstein-Biedenkopf
Göhre, Paul	Zehlendorf	Mitglied des Reichstags
Göllner, R.	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Gölzer, Heinrich	Kempten	Immenstadt-Kempten
Goltschalk, Alfred	Königsberg	Königsberg (Land)-Fischhausen
Gradnauer, Georg	Dresden	5. sächsischer Wahlkreis
Grauer, Oswald	Lichtenberg	Züllichau-Krossen
Groger, Max	Rixdorf	Teltow-Beeskow-Storkow
Grosse, Berthold	Hamburg	Hamburg 3

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Grumbach, S.	Colmar	3. elsaß-lothringischer Wahlkreis, Colmar
Grümmer, Mathias	Aachen	Aachen (Stadt)
Grünberg, Helene	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Grütz, Willy	Remscheid	Lennep-Remscheid-Mettmann
Grzesinski, Albert	Kassel	Hofgeismar-Rinteln, Wolfhagen
Günther, Oskar	Pulsnitz M. S.	3. sächsischer Wahlkreis
Haas, M. de	Hamburg	Hamburg 1
Haase, Hugo	Königsberg	Königsberg (Stadt)
Hackelbusch, Richard	Berlin	Prenzlau-Angermünde
Häfner, Max	Ebersdorf	Limbach-Mittweida
Hagen, Bapt.	Regensburg	Regensburg
Hartleib, J.	Linden	8. hannoverscher Wahlkreis
Hartmann, Emil	Rudolstadt	Schwarzburg-Rudolstadt
Haupt, Wilhelm	Magdeburg	Jerichow 1 und 2
Häußer, Gustav	Berlin	Berlin 2
Haverkamp, August	Bremerhaven	19. hannoverscher Wahlkreis
Heimann	Stuttgart	
Heinrich, Gustav	Limmer	9. hannoverscher Wahlkreis
Heinrich, O.	Berlin	Revisor
Heinze, Gustav	Großenhain	Meißen-Riesa
Heitmann, Karl	Oldenburg	Oldenburg 1
Heller, Gustav	Velbert	Lennep-Remscheid-Mettmann
Helmstädter, Julius	Edingen	Mannheim
Hengsbach, Clemens	Köln	Mitglied des Reichstags
Henke, Alfred	Bremen	Bremen
Hennig, Auguste	Leipzig-Neustadt	13. sächsischer Wahlkreis
Hennig, Hermann	?	4. sächsischer Wahlkreis
Hennig, Paul	Halle	Halle a. d. S. und Saalkreis
Hense, Karl	Hamburg	Hamburg 3
Hercht, Fritz	Hohenstein	17. sächsischer Wahlkreis
Herzberg, Wilhelm	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Herzfeld, Dr.	Berlin	Rostock-Doberan
Hetzschold, Karl	Berlin	Ost-Priegnitz
Hierl, Michael	Schwabach	Ansbach-Schwabach
Hildebrandt, Julius	Nixdorf	Wittenberg-Schweinitz
Hildenbrand, Karl	Stuttgart	1. württemb. Wahlkreis, Mitgl. d. Reichst.
Hilpert, Karl	Leipzig-Gohlis	13. sächsischer Wahlkreis
Hintze, August	Berlin	Berlin 6
Hitzler, Gotthelf	Heilbronn	Heilbronn-Besigheim
Hoch, Gustav	Hanau	Mitglied des Reichstags
Höllein, Emil	Jena	Weimar 3
Hoffmann, Adolf	Berlin	Mansfeld
Hoffmann, Carl	Bielefeld	Herford-Halle
Hoffmann, Oskar	Elberfeld	Elberfeld-Barmen
Hoffmann, Paul	Berlin	Berlin 4
Hoffmann, Paul	Hamburg	Hamburg 2
Hofrichter, Adolf	Köln	Köln-Stadt und Land
Hopfe, Hermann	Forst	Sorau-Forst
Horlitz, Albert	Adlershof	Teltow-Beeskow-Storkow
Hörsing, Otto	Beuthen O.-S.	Oppeln 3, 4, 7, 8, 9
Huber, Josef	Ludwigshafen	Mitglied des Reichstags
Huber, Josef	Landshut	Landshut-Vilsbiburg-Dingolfing
Hug, Paul	Rüstringen	Rüstringen
Hunsche de, Gustav	Berlin	Berlin 5
Husemann, Fritz	Bochum	Hamm-Soest
Jäckel, Hermann	Berlin	Plauen-Oelsnitz
Jaffke, Otto	Lichtenberg	Niederbarnim
Jakobsen, J. D.	Lockstedt	6. schleswig-holsteinscher Wahlkreis
Jasper, Dr.	Braunschweig	Braunschweig-Blankenburg
Jentzsch, Max	Chemnitz-Altendorf	Chemnitz
Jöchel, Wilhelm	Berlin	Berlin 4

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Jordan, August	Delmenhorst	3. oldenburgischer Wahlkreis
Juchacz, Marie	Nixdorf	Teltow-Beeskow-Storkow
Jungnickel, Max	Annaberg	Zschopau-Marienberg
Kaden, August	Dresden	Kontrollkommission
Kahmann, Hermann	Potschappel	6. sächsischer Wahlkreis
Kaiser, Richard	Dahme	Zauch-Belzig-Jüterbog-Luckenwalde
Kaufmann, Oskar	Niederzwönitz	Stollberg-Schneeberg
Kautsky, Karl	Friedenau	„Neue Zeit“
Keil, Wilh.	Stuttgart	Mitglied des Reichstags
Kinkel, Gottfried	Göppingen	Göppingen-Gmünd
Kitz, Paul	Greiz	Reuß ä. L.
Kleefoot, Paul	Ludwigshafen	Speyer-Ludwigshafen
Kley, Wilhelm	Sieker	Bielefeld-Wiedenbrück
Klose, Adolf	Königshütte	Beuthen-Tarnowitz
Klühs, Franz	Magdeburg	Magdeburg
Klupsch, Franz	Dortmund	Dortmund-Hörde
Knauer, Karl	Sonneberg	Meiningen-Hildburghausen
Knauf, Heinrich	Gera	Reuß j. L.
Knierim, Konrad	München	München 1 und 2
Knoth, August	Grabow	Parchim-Ludwigslust
König, Max	Dortmund	Dortmund-Hörde
Kozur, Th.	Neumünster	7. schleswig-holsteinscher Wahlkreis
Krasemann, L.	Neu-Ruppin	Ruppin-Templin
Krautze, Manilius	Lugau i. S.	Stollberg-Schneeberg
Kröger, Wilhelm	Rostock	1., 4., 7. mecklenburgischer Wahlkreis
Krug, Otto	Werdau	18. sächsischer Wahlkreis
Krüger, Hugo	Dresden	5. sächsischer Wahlkreis
Krüger, Karl	Barmen	Elberfeld-Barmen
Kullmann, Dr. Leo	Karlsruhe	Karlsruhe-Bruchsal
Kunert, Fritz	Berlin	Mitglied des Reichstags
Kuntze, Al.	Stettin	Mitglied des Reichstags
Kupferschmidt, Franz	Berlin	Berlin 4
Kurz, Jakob	Reutlingen	Reutlingen-Tübingen
Landsberg, Otto	Magdeburg	Magdeburg
Lange, Martha	Ottensen	6. schleswig-holsteinscher Wahlkreis
Langer, Paul	Striegau	Schweidnitz-Striegau-Freiburg
Lau, J.	Hannover	8. hannoverscher Wahlkreis
Lauenberg, Dr. H.	Hamburg	Hamburg
Leber, Herm.	Jena	Mitglied des Reichstags
Ledebour, Georg	Berlin	Mitglied des Reichstags
Leese, Julius	Neudamm	Königsberg (Neumark)
Legien, Karl	Berlin	Mitglied des Reichstags
Lehmann, Gustav	Mannheim	Mitglied des Reichstags
Lehmann, Hermann	Dresden	4. sächsischer Wahlkreis
Leinert, Robert	Hannover	13. hannoverscher Wahlkreis
Lementow, Carl	Itzehoe	5. schleswig-holsteinscher Wahlkreis
Lensch, Paul	Leipzig	12. sächsischer Wahlkreis
Lepitz, Wilhelm	Bromberg	Bromberg 1, 2 und 3
Leutert, Paul	Apolda	3. weimarischer Wahlkreis
Leyen, Wilhelm	Gera	Reuß j. L.
Lex, Anna	Dortmund	Dortmund
Liebknecht, Dr. Karl	Berlin	Potsdam-Spandau-Ost-Havelland
Liepmann, Leo	Berlin	Parteivorstand
Linde, Hermann	Königsberg	Labiau-Wehlau
Linder, Ewald	Ohligs	Solingen
Linke, Adolf	Dessau	Anhalt 1
Lipinski, Richard	Leipzig	11. sächsischer Wahlkreis
Lippmann, Karl	Waldheim	10. sächsischer Wahlkreis
Lippold, Julius	Eisenach	Eisenach-Dermbach
Litzinger, K.	Minden	Minden-Lübbecke
Lucke, Wilhelm	Neugersdorf	2. sächsischer Wahlkreis

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Ludwig, Konrad	Hagen	Hagen-Schwelm
Lüth, Heinrich	Hamburg	Hamburg 3
Lutz, Wunibald	Worms	Heppenheim-Wimpfen
Luxemburg, Rosa	Friedenau	Hagen-Schwelm
Maas, Bernhard	Emden	Hannover 1
Mack, Theobald	Hanau a. M.	Hanau-Bockenheim-Gelnhausen
Maier, Emil	Heidelberg	Heidelberg-Eberbach-Mosbach
Matschke, Anna	Berlin	Berlin 6
Mauerer, Emilie	München	München 1 und 2
Meier, Richard	Reichenbach	22. sächsischer Wahlkreis
Menzel, Gust.	Bitterfeld	Torgau-Liebenwerda
Metzger, Wilhelm	Hamburg	Mitglied des Reichstags
Michelsen, Peter	Flensburg	1. und 2. schleswig-holsteinscher Wahlkreis
Mitz, Conrad	Mülheim	Mülheim-Wipperfürth
Molkenbuhr, Hermann	Berlin	Parteivorstand
Möller, Carl	Harburg	17. hannoverscher Wahlkreis
Müller, Adolf	München	Aichach
Müller, Emil	Düsseldorf	Düsseldorf
Müller, Georg	Trier	Trier
Müller, Hermann	Tempelhof	Parteivorstand
Müller, Hermann	Berlin	Berlin 6
Müller, Max	Chemnitz	16. sächsischer Wahlkreis
Müller, Paul	Karlshorst b. Berlin	5. schleswig-holsteinscher Wahlkreis
Müller, Robert	Zwickau	Crimmitschau-Zwickau
Müller, Theodor	Breslau	Breslau 4, 6 und 7
Nimmerfall, Hans	München-Pasing	Traunstein
Nitsch, Richard	Olvenstedt	Wolmirstedt-Neuhaldensleben
Noske, Gustav	Chemnitz	Mitglied des Reichstags
Nowagrotzki, Auguste	Königsberg i. Pr.	Königsberg i. Pr.
Obermeyer, Karl	Essen	Essen-Ruhr
Oertel, Otto	Amendorf	Halle a. S.
Ostmann, Friedrich	Hamburg	Hamburg 2
Oswald, Otto	Görlitz	Görlitz-Lauban
Ott, Frau	Bockenheim	Hanau-Gelnhausen
Pannekoek, Anton	Bremen	Bremen
Panzer, Johann	Bayreuth	Bayreuth-Berneck-Wunsiedel
Pätzel, Wilh.	Berlin	Landsberg-Soldin
Pauling, Frau	Frankfurt a. O.	Frankfurt a. O.-Lebus
Peus, Heinrich	Dessau	Brandenburg-Westhavelland
Pfannkuch, Wilhelm	Berlin	Parteivorstand
Pohl, August	Berlin	Berlin 3
Pohner, Rudolf	Liegnitz	Liegnitz-Goldberg-Haynau
Pollender, Otto	Leipzig	Merseburg-Querfurt
Poller, W.	Kiel	4. schleswig-holsteinscher Wahlkreis
Prehm, Rudolf	Stendal	Stendal-Osterburg
Putz, Alois	München	München 1 und 2
Quarck, Dr. Max	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Quessel, Dr. L.	Darmstadt	Darmstadt-Groß-Gerau
Rapp, W.	Kemnath	1. württembergischer Wahlkreis
Ratz, Carl	Kiel	7. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Rauch, Friedrich	Linden-Limmer	10. hannoverscher Wahlkreis
Raute, Gustav	Eilenburg	Delitzsch-Bitterfeld
Reich, H.	Hamburg	Hamburg 1
Reitzhaus, Paul	Erfurt	Meiningen 2
Reitze, Johanne	Vegesack	18. hannoverscher Wahlkreis
Reiwand, Karl	Halle a. S.	Halle a. S. und Saalkreis
Renz, Chr.	Mühlacker	Böblingen-Leonberg-Maulbronn

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Ritter, Karl	Calbe a. S.	Magdeburg 7
Rollwagen, Hans	Augsburg	Augsburg und Donauwörth
Rosenfeld, Kurt	Berlin	Schwarzburg-Sondershausen
Roth, Johanna	Hamburg	Hamburg 1
Rudolph, Albert	Frankfurt a. M.	Wiesbaden 3, Kassel 5
Rühle, Johanna	Halle a. S.	Halle a. S. und Saalkreis
Rühle, Otto	Halle a. S.	8. sächsischer Wahlkreis
Runge, Paul	Köln	Köln Stadt und Land
Ruppenstein, A.	Erlangen	Erlangen-Fürth
Ryssel, Karl	Leipzig-Thonberg	13. sächsischer Wahlkreis
Sachse, Hermann	Bochum	Waldenburg
Säckler, Jos.	Schweinfurt	Schweinfurt-Haßfurt-Ebern
Sämann, G.	Stuttgart	1. württembergischer Wahlkreis
Sassen, Max	Berlin	Berlin 4
Schadow, Wilh.	Kolkwitz	Kottbus-Spremberg
Schäfer, Otto	Mühlhausen	Mühlhausen-Langensalza
Schallbruch, Carl	Ohligs	Solingen
Schaumburg, Carl	Hamburg	Hamburg 1
Scheib, Joh.	Leipzig-Reudnitz	13. sächsischer Wahlkreis
Scheibe, Linus	Bochum	Bochum
Scheidemann, Philipp	Kassel	Mitglied des Reichstags
Schelz, Albert	Wolfenbüttel	Braunschweig 2
Schiebel, Robert	Leipzig-Plagwitz	13. sächsischer Wahlkreis
Schindhelm, Karl	Eberswalde	Oberbarnim
Schluchtmann, Wilh.	Duisburg	Duisburg-Mülheim-Ruhrort
Schmidt, Richard	Meißen	7. sächsischer Wahlkreis
Schmidt, Robert	Berlin	Mitglied des Reichstags
Schmitt, Franz	München	München 1 und 2
Schneider, Heinrich	Emgelde	Hannover 14
Schneppenhorst, Ernst	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Schnitzler, Albin	Oelsnitz	23. sächsischer Wahlkreis
Schöpflin, G.	Leipzig	Mitglied des Reichstags
Scholich, Gustav	Breslau	Breslau 8 Land und Neumarkt
Schölz, Alfred	Rixdorf	Teltow-Beeskow-Storkow
Schrader, Chr.	Hannover	8. hannoverscher Wahlkreis
Schröder, Heinrich	Berlin	Berlin 2
Schröder, Klara	Wandsbek	8. u. 10. schleswig-holsteinscher Wahlkreis
Schroth, Josef	?	Saarbrücken
Schubert, Emil	Spandau	Potsdam-Spandau-Osthavelland
Schulz, Heinrich	Berlin	Erfurt-Schleusingen
Schumann, Oswald	Berlin	Sorau-Forst
Schüning, Wilhelm	Lichtenberg bei Berlin	Ost- und West-Sternberg
Schuster, Emil	?	4. sächsischer Wahlkreis
Schwartz, Th.	Lübeck	Mitglied des Reichstags
Schwenk, Paul	Friedrichsfelde	Niederbarnim
Seel, Wilhelm	Mainz	Mainz-Oppenheim
Seelmann, Jos.	Kronach	Kronach-Lichtenfels
Seger, Fritz	Leipzig	12. sächsischer Wahlkreis
Seige, Paul	Pößneck	Meiningen
Severing, Karl	Bielefeld	Mitglied des Reichstags
Sidow, Otto	Brandenburg	Brandenburg-Westhavelland
Siering, Willy	Berlin	West-Priegnitz
Silberschmidt, Herm.	Berlin-Rixdorf	Wanzleben
Simmerl, Andreas	München	München 1 und 2
Simon, Anna	Brandenburg	Brandenburg-Westhavelland
Simon, Gretchen	Bremen	Bremen
Simon, Jos.	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf und Hof-Münchberg
Stadthagen, Arthur	Berlin	Mitglied des Reichstags
Staraffon, Fr.	Rostock	Schwerin-Wismar
Stegen, Wilhelm	Göttingen	Hannover 12
Stelling, Johannes	Lübeck	Lübeck
Stengele, Gustav	Hamburg	Hamburg 2

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Steuber, Ida	Barmen	Elberfeld-Barmen
Stockinger, Friedrich	Pforzheim	Pforzheim-Durlach
Stolle	Gefau	Mitglied des Reichstags
Stöter, F.	Hannover	Hannover-Linden
Strobel, Georg	Mannheim	Mannheim-Schwetzingen
Strobl, Henny	Hamburg	Hamburg 2
Struve, Johannes	Kassel	Kassel-Melsungen
Stubbe, Heinr.	Hamburg	Hamburg 3
Stüdlen, Daniel	Berlin	Mitglied des Reichstags
Sturmfels, Otto	Gr.-Umstadt	Erbach-Bensheim
Südekum, Alb.	Nürnberg	Mitglied des Reichstags
Süßheim, Dr. Max	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Teubert, Adolf	Leipzig-Connewitz	13. sächsischer Wahlkreis
Thabor, Johann	Krefeld	Krefeld
Thiele, Adolf	Halle a. S.	Naumburg-Weißenfels-Zeitz
Thierfelder, Paul	Hartau	16. sächsischer Wahlkreis
Thöne, Georg	Kassel	Eschwege-Schmalkalden
Tietze, Gustav	Breslau	Breslau-Ost und West
Timm, Johannes	München	Kontrollkommission
Tönebön, Heinrich	Recklinghausen	Recklinghausen-Borken
Trinks, Oskar	Karlsruhe	8. und 10. badischer Wahlkreis
Trost, Karl	Urach	5. württembergischer Wahlkreis, Eßlingen
Uhlig, Otto	Zittau	1. sächsischer Wahlkreis
Ulrich	Offenbach	Mitglied des Reichstags
Undeutsch, Ida	Magdeburg	Magdeburg
Vesper, Otto	Osnabrück	4. hannoverscher Wahlkreis
Voigt, Otto	Rudolstadt	Schwarzburg-Rudolstadt
Wackwitz, Marie	Dresden	6. sächsischer Wahlkreis
Wagner, C.	Mölln	8. u. 10. schleswig-holsteinscher Wahlkreis
Waller, Anton	Höchst (Main)	Nassau 1
Walther, Max	Laufamholz	Oberpfalz 5, Oberfranken 3
Weber, Andreas	Griesheim	Nassau 1
Weber, Paul	Halberstadt	Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode
Wehle, Franz	Finsterwalde	Kalau-Luckau
Weiß, C.	Eckernförde	3. schleswig-holsteinscher Wahlkreis
Weiß, Karl	Potschappel	6. sächsischer Wahlkreis
Wels, Otto	Berlin	Kalau-Luckau
Wengels, Robert	Berlin	Parteivorstand
Werner, Emil	Rostock	Rostock-Doberan
Weyers, Cäsar	Essen	Essen-Ruhr
Wichelm, Max	Nordhausen	Sangerhausen-Eckartsberga
Woick, Fritz	Köpenick	Teltow-Beeskow-Storkow
Wolf, Edwin	Crimmitschau	18. sächsischer Wahlkreis
Wolf, Heinrich	Dietharz	Gotha
Wolf, Hermann	Döhlen	6. sächsischer Wahlkreis
Zenker, Adolf	Bielefeld	Bielefeld-Wiedenbrück
Zetkin, Klara	Stuttgart	Kontrollkommission
Zietsch, Fritz	Charlottenburg	Mitglied des Reichstags
Zietz, Luise	Berlin	Parteivorstand
Zimmer, Bruno	Deuben	6. sächsischer Wahlkreis
Zimmer, Otto	Johanngeorgenstadt	21. sächsischer Wahlkreis
Zimmermann, Paul	Reichenbrand	16. sächsischer Wahlkreis
Zyliegan, Fritz	Stettin-Grabow	Randow-Greifenhagen

Sprechregister des Parteitages.

Adler 179
Ankersmit 183
Auer 318
Agelrod 181

Barthel 271
Bebel 168, 174, 214, 257, 264, 333, 350, 372, 373, 376, 398, 400, 403
Bérard 273, 276
Bernstein 175, 239, 295, 392
Bien 260
Bischoff 240
Bracke 182
Busold 274

David 255, 265, 319, 349
Dietz 173, 174, 175, 187, 203, 206, 224, 234, 236, 243, 261, 265, 270, 273, 277, 284, 286, 295, 311, 316, 318, 348, 350, 351, 359, 360, 368, 369, 371, 372, 374, 375, 403, 405, 411
Dißmann 233
Dittmann 209, 240, 308, 311, 405
Duncker 312, 375
Düwell 213, 396, 400

Ebert 198, 272, 285, 317, 319, 371
Eichhorn 374
Emmel 369
Engler 402
Ennenbach 363

Fahrenwald 284
Frank 308
Fischer, Berlin 236, 317

Geck 287, 299
Göhre 401
Göllner 245, 365
Gradnauer 274
Grumbach 218
Grünberg 283

Hartleib 396
Haupt 398
Henke 251, 266
Heinse 356, 365
Hildenbrand 317, 319
Hintze 310
Hoch 329
Hoffmann, Adolf, Berlin 242, 275, 277, 318, 368
Hoffmann, Oskar, Elberfeld 211
Hoffmann-Hamburg 299, 310, 312
Höllein 281, 286

Jentzsch 411
Juchacz 294

Kaden 202, 410
Keil 318, 331
Klupsch 364, 393, 399
Krauer 246, 318
König 394
Krüger 369
Kupferschmidt 400

Landsberg 306
Laufenberg 235
Leber 165, 203, 287, 311, 312, 332, 376, 400
Ledebour 212, 249, 263, 265
Legien 225, 371
Lehmann, Dresden 358
Leinert 361, 366
Lensch 207, 264, 265
Liebknecht 243, 283, 303, 311, 350, 405
Linke 411
Lipinski 354, 360, 362, 368, 372, 374, 405
Ludwig 307, 355, 368
Lüth 360
Luxemburg 204, 206, 247, 348

Molkenbuhr 229, 234, 319, 330, 401
Müller 272
Müller, Hermann, Berlin 187, 266
Müller-Berlin VI 409
Müller-Breslau 175, 271
Müller-Düsseldorf 402
Müller-Trier 364

Ostmann 271
Ott 424

Peus 357, 365
Pfannkuch 351, 366

Quarck 224
Quelch 183

Ratz 281
Rauch 408, 409
Reich 400
Rosenfeld 299
Runge 411
Ryssel 276, 405

Sachse 296
Sassen 245
Soukop 176
Südekum 291
Süßheim 222, 270
Simon-Nürnberg 359, **365**, 368
Scheibe 287, 394
Schiebel 311
Schmidt-Berlin 221, **264**
Schubert 284, 365
Schulz 277, 400, 403
Schwenk 271
Stadthagen 297, 305, 309, 311, 369
Stein 178
Stelling 272, 357
Stengele 275
Stubbe 232, 290

Topalovic 185

Ulrich 373

Vandersmissen 185

Walther-Nürnberg 227
Weber-Griesheim 260
Weiß 360
Wels 228
Wolf, Döhlen 296

Zetkin 219, 261, 266, **287**
Zietsch 368
Zietz 253, **276, 327**

Ergebnis der Abstimmungen
über die dem Parteitag vorgelegten Anträge.

(Wortlaut der Anträge Seite 150 bis 163. Zusammenstellung der angenommenen Anträge Seite 471 bis 475. Die Zahlen in Klammern bezeichnen die Seitenzahlen, auf denen die Resultate der Abstimmungen zu finden sind.)

Nicht genügend unterstützte Anträge.

2 5 8 (175) **10 17** (203) **26** (400) **31** (170) **46 50** (290) **51 67** (400)

Durch Abstimmung oder Erklärung erledigte Anträge.

3 (174) **19 20 21 22 29 I** (368) **57** (408) **60** (411) **64 66** (270)

Zurückgezogene Anträge.

1 4 6 7 9 11 (265) **13** (203) **23** (170) **47 49** (290) **55** (269) **56** (407) **59** (411) **62** (175) **65** (399) **69** (375)

Abgelehnte Anträge.

14 16 18 (170) **28 29 II** (368) **54** (401) **63** (270) **82** (350)

Dem Parteivorstand überwiesene Anträge.

12 15 (270) **32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45** (177) **52** (400) **58** (411) **68** (403)

Der Zentralstelle für die arbeitende Jugend überwiesene Anträge.

24 25 69 (286) **76** (286)

Der Kommission zur Reorganisation des Parteivorstandes überwiesene Anträge.

78 (405)

Angenommene Anträge.

27 (368). **30** (369) Maifeier. **48** (299) Parlamentarisches. **53** (401) Schnapsboykott. **61** (411) Ort des Parteitages. **70** (400) Reichstagswahl. **71** (350) Marokko. **72** (299) Protest gegen Lebensmittelwucher. **73** (270) Reorganisation des Parteivorstandes. **74** (319) Württemberg. **75** (286) Jugendbewegung. **77** (299) Interpellation wegen Lebensmittelwucher. **79** (299) Internationale Verwicklungen. **80** (408) Zarismus. **81** (400) Englisch-deutsche Beziehungen. Resolution des Frauentages zur Mutter- und Säuglingsfürsorge (331).

Zuschriften und Telegramme.

Altona. Arbeiterabstinenten. — Amsterdam. Sozialdemokratische Partei Hollands. — Berlin. Leser der „Arbeiter-Jugend". — Berlin. Lese- und Diskutierklub Paul Singer. — Bern. Sozialdemokratische Partei der Schweiz. — Brüssel. Zentralkomitee der Sozialdemokratie Lettlands. — Budapest. Parteileitung der ungarländischen Sozialdemokratie. — Sofia. Sozialdemokratische Arbeiterpartei Bulgariens. — Genf. Auslandskomitee des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Rußland. — Grabowsee. Genossen der Heilstätte. — Haag-Scheveningen. Internationale Konferenz sozialistischer Abstinenten. — Helsingfors. Sozialdemokratische Partei Finnlands. — Kopenhagen. Dänische Sozialdemokratie. — Kristiania. Norwegische Sozialdemokratie. London. Independent Labour Party. — Lüneburg. Beim Kreisfest versammelte Parteigenossen. — Leipzig. Zentralvorstand des Arbeiter-Radfahrbundes. — Nürnberg. Arbeiter-Esperanto-Gruppe. — Paris. „Rabotschaja gazeta", russisches sozialdemokratisches Arbeiterblatt. — Paris. Parti socialiste révolutionäre russe. — Paris. Redaktion „Socialdemokrat", Zentralorgan der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. — Paris. Zentralbureau ausländischer Gruppen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. — Petersburg. Redaktion „Nascha Saria". — Radeberg. Genossen des Genesungsheims Augustusbad. — Stockholm. Schwedische Sozialdemokratie.

Gäste auf dem Parteitag.

Oesterreich: Viktor Adler, Anton Schäfer, Johann Grassinger.
Tschecho-slawische Sozialdemokratie: Soukop.
Tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich: Stein.
Auslandskomitee der russischen Sozialdemokratie: Axelrod.
Französische sozialdemokratische Partei: Bracke.
Englische sozialdemokratische Federation: Quelch.
Holländische sozialdemokratische Partei: Ankersmit.
Belgische sozialdemokratische Partei: Vandersmissen.
Serbische und bosnische sozialdemokratische Parteien: Topalovic.

Sachregister des Parteitages.

Abbe, Prof., Niederlegung von Blumen am Denkmal 175.
Abgeordnetenhaus, Wahl in Oesterreich 59.
Abonnentenversicherung 121.
Abrüstungsfrage 170.
—, Kritik der 207.
Abrüstungsresolution 133.
Abrüstungsverhandlungen 132.
Absolutismus, Interpellation betr. 86.
Agadir, Entsendung des „Panther" 169.
Agitation, Anträge betr 150.
— zur Aufklärung über Marokkokrise 25.
— für die Binnenschiffer 189.
— gegen Dreiklassenwahlrecht 25.
— des Flottenvereins 171.
— auf dem Lande 269.
— unter den Landarbeitern 25.
— betr. Maifeier 25.
— gegen Moabiter Polizei 25.
— gegen Reichsversicherungsordnung 24, 25.
— unter Verwandten auf dem Lande 228.
— gegen das Zentrum 223.
Agitationsbroschüren, Billige Preise der 272.
— Preise der 223.
Agitationsbücher, Umfang der 260.
Agitationsliteratur, Ausbau der 223.
Agitationsmaterial 25.
Agitationsmethoden des Zentrums 223.
Agrarfrage 16.
Aktion, Durchkreuzung einer 256.
Algeciraskonferenz 337.
Alldeutschen, Politik der 340.
Angestellten der Partei, Gehälter der 367.
Anträge betr. Agitation 150.
—, Erledigung der vom Parteitag 1910 angenommenen 16.
Anträge betr. Genossenschaftsfrage 157.
— betr. Jugend-Agitation 152.
— betr. Maifeier 152.
— betr. Marokkorummel 157.
—, Nachträglich eingegangene 160.
— betr. Organisation 151.
— betr. Ort des nächsten Parteitages 158.
— betr. Parlamentarisches 155.
— betr. Partei- und Gewerkschaftsschule 157.
— betr. Presse u. Literatur 153.
— betr. Sammlungen bei Katastrophen 157.
— betr. Schnapsgenuß 157.
— betr. Schnapsinserate 157.
— betr. Tagesordnung des Parteitages 150.
— betr. Tagesordnung des nächsten Parteitages 158.
Arbeiterbewegung, Strafkonto der 59.
Arbeitergenossenschaften, Bekämpfung der 386.
„Arbeiter-Jugend", Abonnenten 23.
—, Abonnentenstand der 197.
—, Ausbeulung der 278.
Arbeiterpolitik des Zentrums 141.
Arbeiterschutz in der Großindustrie 140.
Arbeiterversicherung, Ursprung der 32.
Arbeitskammergesetz 95, 115.
Arbeitslosenfürsorge für vorübergehend Arbeitslose 118.
Arbeitsruhe am 1. Mai 360.
Arbeitszeit in Feuerbetrieben 140.
— in Putzgeschäften 138.
Armee, Schlagfertigkeit der 383.
Ausfuhrprämien 134.
Aushungerungspolitik 292.
Ausländische Beziehungen 392.
Ausländische Gäste, Begrüßung der 175.
Ausnahmegesetze 132.
— gegen soz. Kassenbeamte 142.
— gegen die Sozialdemokratie 13.
Ausschlußanträge 19.
Ausschlußsachen, Berufungen in 19.

Bäckereiverordnung 137.
Bäckergesellen, Wohnungsverhältnisse der 137.
Badische Disklutierklubs 375.
Bayern, Kompromiß mit dem Zentrum 379.
Beerenleselscheine 145.
Beileidskundgebung für Genossin Krey-Craner 376.
Beileidskundgebungen 287.
Beitragspflicht 199.
Bekleidungsämter, Verschwendung in 111.
Berichterstattung vom Parteitag 399.
Berufsvereine, Rechtsfähigkeit der 116.
Beschwerdekommission, Bericht der 409.
—, Wahl der 174.
Betteln, Bestrafung des 97.
Bildungsausschuß 47.
—, Kunstabende 50.
—, Schriftenvertrieb 53.
—, Vortragskurse 50.
—, Wanderkurse, Besucherzahl 53.
—, —, Wissenschaftliche 51.
Binnenschiffer, Agitation für die 189.
Block Schwarz-blauer 84, 289.
Börsenpapiere, Zulassung ausländischer 103.
Bothmann, Hochzeit in 301.
Broschüren, Festsetzung der Preise 224.
—, Herstellung billiger 232.
Brotwucher und Gottesgnadentum, Broschüre betr. 95.
Buchdruckerkonflikt 210, 241, 261.
—, Schimpfartikel des „Korrespondent", 210.
—, Stellungnahme der „Holzarbeiter-Ztg." 210.
Buchdruckerverband, Gauvorsteherkonferenz 226.
—, Polemik gegen 191.
Buchhandlung Vorwärts, Neuerscheinungen 45.
—, Preisfestsetzung 271, 273.
Bund der Landwirte, Versammlungen des 188.
Bürgermeisterwahl Hohscheid bei Solingen 38.
—, Ober-, in Stuttgart 38.
Bureauangestellte, Arbeitsverhältnisse 116.

Casablanca 338.
China und Deutschland 337.

Delegationspflicht der Frauen 240.
Delegierten, Wahl weiblicher 254.
Delegiertenwahl, einheitliche 254.
Demokratie und Kritik 256.
Diäten, Herbstsession 146.
Diätengesetz 146.
Diskutierklubs, Badische 375.
Dreiklassenwahlrecht, Agitation gegen 25.

Einfuhrscheine 134.
—, Aufhebung der 291.
Einführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung 142.
Einkommensteuer 134.
Eisenbahnarbeiter, Bespitzelung der 128.
Eisenbahnbeamte, Dienstzeit der 128.
Eisenbahner, Agitation für die 189.
Elsaß-Lothringen, Verfassung 147.
—, Verfassungskampf in 21.
Erbschaftssteuer 172.
Erpressungsparagraph, Auslegung des 98.
Etat des Auswärtigen 133.
—, dritte Lesung des 140.
—, Generaldebatte zum 9.
— der Marine 103.
— des Reichsamts d. Innern 115.
— des Reichskanzlers und der Reichskanzlei 129.
— für Sozialpolitik 115.
—, zweite Lesung des 103.
Etatsentwurf 1911/12 90.

Fabrik- und Gewerbeinspektion 141.
Feldarbeiterzentrale 146.
Finanzgebarung, Gesamteinnahmen 201.
— der Wahlkreisorganisationen 201.
Finanzreform, Agitationsmaterial gegen 15.
Finanzreform, Erfolg der 381.
—, Handbuch betr. 25.
—, Polemik gegen 191.
—, Totalität der 383.
Finnland, Sympathie für Proletariat 407.
—, Unabhängigkeit 133.
Fischzölle, Einführung der 118.
Fleischnotinterpellation 71.
Fleischteuerung 291.
Fleischzölle 134.
Flottenverein, Agitation des 171.
Flottenvorlage in Frankreich 385.
—, Neue 171, 384.
Flugblatt zur Marokkoaktion 267.
Flugblätter, Illustrierte 396.
Flugblattzentrale 200.
Flugschriften, Preis der 270.
—, Zahl der 270.
Fortbildungsschulzwang 116.
Frauen, Delegationspflicht von 240.
Frauenbewegung 19.
—, Agitation der Parteizeitungen 21.
—, Agitationstouren 21.
—, Aufschwung der 187.
—, Diskussions- und Leseabende 21.
—, Flugblätter 21.
—, Frauen als Vorstandsmitglieder in Wahlvereinen 22.
—, Hausagitation 21.
—, Lehrkurse für Funktionärinnen 22.
—, Zunahme der weiblichen Mitglieder 21.
Frauentag, Sozialdemokratischer 20.
Frauenwahlrecht 21.
Friedensdemonstration in Brüssel 216.
— der französischen Sozialdemokraten 216.
— der Generalkommission 218.
— in London 59.
— im Treptower Park 194.
Friedensidee, Durchsetzung der 228.
Friedenskundgebung der Gewerkschaften 209.
Futtermittel, Ermäßigung der Tarife 292.

Gauvorsteherkonferenz der Buchdrucker 209, 226.
Geflügel, Einfuhr von 387.
Gehälter der Parteiangestellten 367.
Geheimdiplomatie 295.
Geheimzirkular 234, 235.
—, Veröffentlichung des 190.
Gemeindekrankenkassen 321.
Gemeinde, Tätigkeit in der 293.
Gemeindevertreter 270.
Gemeindewahlen 37.
— in Bayern 227.
Gemeindewohnsitzklausel 147.
Generalkommission, Geheimzirkular 227.
Generalstreik 213.
Genossenschaften der Arbeiter, Bekämpfung der 386.
—, Landwirtschaftliche 293.
— und Partei 401.
Genossenschaftsfrage, Anträge betr. 157.
Genossenschaftsresolution, Zurückziehung der 402.
Genossenschaftswesen, Bäuerliches 386.
Gerichtsverfassungsgesetz 98.
Geschäftsbericht des Vorstandes, Diskussion 203.
Geschäftsführerkonferenz 16.
Gesellschaftswissenschaften, Monographien betr. 274.
Geschworenengerichte, Beschränkung der 99.
Gesetzentwurf gegen Tierquälerei 97.
Gewerbe- u. Fabrikinspektion 141.
Gewerkschaften, Anschluß an 293.
Gewerkschaften und Hygieneausstellung 121.
Gewerkschafter, Französische, Friedensdemonstration der 226.
Gewerkschaftskongreß in Köln 168.
Gewerkschaftsschule, Anträge betr. 157.
Gleichheit, Die, Einnahmen und Ausgaben 45.
—, Verbilligung betr. 271, 276.
Gottesgnadentum und Brotwucher, Broschüre betr. 95.
Grenzen, Oeffnung der 291, 294.
Grenzsperren 134.
Gröber, Lex 128.
Großindustrie, Arbeiterschutz in der 140.
Grubenkontrolleure 118.

Handbuch der Reichstagsfraktion 299.
Handbücher 247.
—, Umfang der 260.
Handelsverträge 291.
—, Ablauf der 388.
Handlungsgehilfen, Broschüre für 189.
Handwerkerhilfe, Konservative 94.
Hetzerzulage 104, 141.
Hetzpatrioten 295.

Hilfskassengesetz, Aufhebung des 143.
Hinterbliebenenversicherung 123.
Hottentottenblock 289.
Hottentottenwahlen 377.
Hungersnot 291, 328.
Hüttenarbeiterschutz 141.
Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie 93.
Hygieneausstellung und Gewerkschaften 121.

Jacob, Der wahre, Einnahmen und Ausgaben 44.
Japan, Justizmorde in 140.
—, Uebereinkommen mit 145.
Illustrierte Zeitung, Schaffung einer 276.
Impfrage 16, 137, 297.
Impfgegner 289, 296.
Impfgesetz 137, 289.
Impfzwang 289, 296.
Indiskretion 261.
Inserate betr. Schnapsboykott 401.
—, Verpachtung der 277.
Internationale Pflichten 216.
Internationaler Kongreß Kopenhagen 59.
— — Stuttgart, Militärresolution 376.
Internationales Bureau, Friedensdemonstration 253.
— —, Mitteilungen des 248.
— —, Richtigstellung 471.
Interpellation, betr. Fleischnot und Kaiserreden 84.
Jugendagitation, Anträge betr. 152.
Jugend, Zentralstelle der arbeitenden 277.
Jugendausschüsse 23.
—, Zusammensetzung der 16.
Jugendbewegung, Abonnenten der „Arbeiter-Jugend" 23.
—, Agitationskräfte 281.
—, Aufschwung der 187.
—, Ausgaben der Zentralstelle 24.
—, Bildungsveranstaltungen 23.
—, Korrespondenzblatt 286.
—, Jugendausschüsse 23.
—, Jugendheime 23.
—, Jugendwehr 283.
—, Katholische 282.
—, Korruptionsfonds der Regierung 283.
—, Literatur zur 24.
—, Schulaufsichtsbehörden 283.
—, Sekretär 281.
—, Zentralstelle 24.
Jugendheime 23.
Jugendklubs, Militärische 279.
Jugendliche Arbeiter, Beschäftigung unter Tage 118.
Jugend, Militärische Organisation der 188.
Jugendorganisationen, Bekämpfung der 279.
—, Vernichtung der 105.
Jugend, Schulentlassene 280.
Justizetats-Beratung 105.

Kabinettspolitik 295.
Kaiserl. Politik, Opposition gegen 172.
Kaiserrede in Hamburg 171.
—, Königsberger 83.
Kalender für Binnenschiffer 189.
Kalldebatte 136.
— im Reichstag 113.
Kalifonds 123.
Kalisalze, Löhne der Arbeiter 114.
Kanalamt 122.
Kanalgesetz 88.
Kassenbericht 65.
Kiautschou 104.
Kinderschutzkommissionen, Tätigkeit der 23.
Kindersterblichkeit in Großstädten 291.
Kleinarbeit, Wichtigkeit der 188.
Kleinwohnungen, Forderung der 116.
Koalitionsrecht der Arbeiter in Staatsbetrieben 127.
—, Raub des 388.
— und Strafgesetz, Broschüre betr. 388.
Kohleneinfuhrzölle 118.
Kolonialbeamtengesetz 145.
Kolonialbudget 136.
Kolonialetat 125.
Kolonialfrage, Aufrollung der 350.
Kolonialgesellschaften 335.
Kolonialpolitik 333.
—, Behandlung der Eingeborenen 126.
Kolonialschwindel 233.
Kolonialverbrechen 334.
Kolporteure, Versicherung der 16.
„Kommunale Praxis", Abonnentenstand 46.
—, Einnahmen und Ausgaben 46.
—, Verbilligung der 271, 272, 276.
Kommunalpolitik, Sekretär für 241.
Konferenz sozialdemokratisch. Redakteure 190.
Konkurrenzklausel 116.
Konsumgenossenschaften, Anschluß an 294.
Konsumvereine u. Partei 401.
—, Staatsbetriebe und 117.
Kontrolle der Parteigeschäfte 246.
Kontrollkommission, Orientierung derselben 202.
—, Revision der Parteigeschäfte 203.
—, Tätigkeit der 202.
Kopenhagen, Internationaler Kongreß 59.
Krankenkassenkongreß 143.
Krankenversicherung, Kosten der 115.
Krey-Craner, Genossin, Beileidskundgebung für 376.
Krieg in Deutschland, Deckung der Kosten 382.
—, Kampf gegen den 213.
Kriegshetze der bürgerlichen Parteien 193.
Kriegshetzer, Aktion gegen die 245.
—, Erleichterung ihrer Tätigkeit 255.
Kriegsschiffe, Neubau von 382.
Kritik und Demokratie 256.
Kulturbilder 271.
—, Illustrationen der 272, 275.
—, Verbreitung der 275.
Kulturkampf 378.
Kunstabende 49.
Kurpfuscherei, Gesetzentwurf gegen 88, 89.

Landagitation, Beachtung der 275.
— und Reichsversicherungsordnung 275.
— auf verwandtschaftlicher Grundlage 245.
Landarbeiter, Agitation unter den 25.
Landarbeiterorganisation, Fortschritte der 189.
Landesangelegenheiten, Sekretär für 241.
Landtagswahl in Bayern 227.
—, Nachwahlen in Bayern 34.
—, — in Braunschweig 35.
—, Nachwahl in Gotha 35.
—, — in Meiningen 35.
—, Nachwahlen in Preußen 33.
—, Nachwahl in Sachsen 34.
—, Nachwahlen in Württemberg 35.
Landwirtschaft, Revolutionierung der 387.
— und Sozialdemokratie, Herausgabe einer Schrift 271.
Lebensbedürfnisse, Preissteigerung der 172.
Lebensmittelverteuerung 20.
—, Protestversammlungen gegen 294.
Lebens- und Genußmittel, Preissteigerung der 291.
„Leipziger Volkszeitung", Kritik d. Marokkoflugblatts 207.
Lesesabende, Leitfaden betr. 22.
Liberale, Reaktionäre Haltung 389.
Liebesgaben 134.
Liebesgabenpolitik 20.
Lockspitzeltum 93.

Maifeier 190, 351.
—, Abstimmung der Anträge 368.
—, Agitation betr. 25.
—, Anträge betr. 152.
—, Arbeitsruhe 360.
—, Aufhebung des Nürnberger Beschlusses 352, 357.
—, Aussperrungen 367.
—, Beharrliche Weigerung gegen Nürnberger-Beschluß 366.
—, Berechtigung des Nürnberger Beschlusses 365.
—, Beteiligung an der 40.
—, Buchdruckertarif 367.
—, Flugblatt betr. 15, 366.
—, Fortschritte der 366.
— beim Gewerkschaftskongreß in Köln 168.
—, Initiative der leitenden Instanzen 357.
—, Meinungsverschiedenheiten betr. 352.
—, Nürnberger Beschluß 361.
—, — u. d. Buchdrucker 364.
—, — und Konsumvereinsangestellte 364.
—, Umfang der 351.
—, Unterstützungswesen 351.
—, Zurückziehung von Antrag 30 368.
Mandatsprüfungen 300.
Mandatsprüfungskommission, Wahl der 174.
Mannesmann 246.
Marineetat 108.
„Marine-Rundschau", Wahrheitsliebe der 141.
Marokkoabenteuer 247.
—, Interpellation betr. 288.
— zu Wahlzwecken 262.
Marokkoaffäre 224.
— und Kreisblätter 224.
Marokkoaufruf des Parteivorstandes, Abdruck in der Parteipresse 253.
Marokko, Besetzung von 342.
Marokkodemonstrationen mit Franzosen 226.
—, Flugblatt betr. 393.
Marokkoflugblatt, Kritik am 193.
—, — in der „Leipziger Volkszeitung" 207.
Marokkofrage 169, 333.
—, Aufruf betr. 193.
Marokkofrage, Behandlung in Versammlungen 193.
—, Ernste Bedeutung der 255.
—, Revolution der Kriegshetzer 343.
—, Schweigepolitik 344.
—, Stellungnahme Lloyd Georges 343.
—, Tätigkeit des Parteivorstandes 193.
—, Umfrage betr. 341.
Marokko, Französische Demonstration 267.
—, Handelsaussichten in 336.
Marokkohandel, Situation im 262.
Marokkokonferenz 209, 215.
Marokkokonsilii, Aufruf des „Vorwärts" 237.
—, Bedeutung des 233.
—, Korrespondenz betr. 192.
Marokkokrise 15, 170.
—, Agitation 25.
Marokko, Naturreichtum von 335.
—, „Panther"-Entsendung 340.
Marokkopolitik, Stellung Englands 384.
Marokkorummel, Anträge betr. 157.
Marokko, Stellung der englischen Sozialdemokraten 239.
—, Stellung der Nationalliberalen 341.
—, Tangerreise des Kaisers 336.
—, Temperatur in 387.
—, Unruhen in 338.
Marktfest 411.
—, Benehmen der Studenten 400.
Massenaktion 233.
Massenaktionen 350.
Massenstreik 207, 345.
— in England 172.
— und Friedensdemonstration 244.
— beim Kriegsausbruch 238.
—, Politischer 168.
Meineidsprozeß, Eisener 106.
Militärarbeiterverhältnisse 111.
Militäretatsdebatte 109.
Militärische Jugendklubs 279.
Militarismus, Agitationsmaterial gegen 15.
—, Kampf gegen 108.
Militärmusiker 141.
Militärquinquennat 383.
Militärvorlage, Abstimmung betr. 109.
—, Beratung der neuen 106.
—, Finanzielle Deckung 107.
—, Friedenspräsenzstärke 107.
Mißhandlungsparagraph, Schutzalter betr. 97.
Mitgliederzahl 17.
—, Männliche Mitglieder 17.
—, Polnisch-sozialistische Partei 19.
—, Weibliche Mitglieder 17.
Mitgliederzuwachs 187.
Mittelstand, Retter des 381.
Moabit 59, 84, 93.
—, Hetze der bürgerlichen Presse 84.
Moabiter Krawalle, Kundgebungen gegen 25.
Moabit im Reichstage 92, 132.
—, Unruhen in 13.
— als Wahlparole 13.
Modebeilage zur „Gleichheit" 16.
Modezeitung 16.
Montagsausgabe des „Vorwärts" 16.
Mutterschutz 20.
Mutter- und Säuglingsschutz, Resolution betr. 397.

Nachwahlen zum Reichstag 26, 83.
„Neue Welt", Ausstattung der 271, 273, 276.
—, Inserate 277.
„Neue Zeit", Abonnentenstand 44.
—, Einnahmen und Ausgaben 44.
Niederlassungsvertrag, Schweizerischer 145.
Notstand 288.
—, Bekämpfung durch den Kaiser 386.
—, Beseitigung des 280.

Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart 37.
Organisation 17.
—, Anträge betr. 151.
Organisationen, politische 299.
Organisationsstatut 254.
Ort des nächsten Parteitages, Anträge betr. 158.
Oesterreichische Probleme 178.
Ostmarkenvorlage 114.

Parlamentarischer Bericht 287.
Parlamentarisches, Anträge betreffend 155.
Parlamentarismus, Ueberschätzung des 313.
Partei und Gewerkschaften, Differenzen zwischen 190.
Parteiangestellten, Gehälter der 367.
„Partei-Correspondenz" 25.
—, Ausbau der 198.
—, Erweiterung der 65.
—, Lieferung der 16.

Parteigeschäfte, Kontrolle der 246.
Parteiinstitutionen, Bildungsausschuß 47.
—, Buchhandlung Vorwärts 45.
—, Parteischule 45.
Parteikasse, Ausgaben 66.
—, Bericht über die Einnahmen und Ausgaben 66.
—, Einnahmen 66.
Parteileitung, Reorganisation der 209.
Parteiorganisationen, Zahl der 17.
Parteipresse 41.
—, „Die Gleichheit" 45.
—, Illustrierung der 272.
—, „Die Neue Zeit" 44.
—, Pressebureau 42.
—, Strafkonto 57.
—, Unabhängigkeit der 191.
—, „Vorwärts" 43.
Parteisekretäre, Anstellung neuer 269.
—, Anstellung von Genossinnen 405.
—, Tätigkeit der 404.
—, Ueberlastung der 404.
Parteischule 45.
—, Anträge betr. 157.
—, Besetzung der 400.
—, Unterstützung der 65.
Parteitag, Ergebnis des 412, 442.
Parteitagsreferate, Drucklegung der 17.
Partei, Die Toten des Jahres 60.
Parteivorstand, Aktionsfähigkeit des 232, 209, 236.
—, Angriffe gegen 192.
—, Anschauungen über Weltpolitik 264.
—, Art der Kritik am 224.
—, Aufruf des 220.
—, Bedeutung der internationalen Konferenzen 239.
—, Bericht über die Kasse 198.
—, Kommission zur Reorganisation des 223.
—, Diskussion zur Wahl 372.
—, Gehässige Kampfesweise gegen 222.
—, Geheimzirkular des 234, 235.
—, Imperialistische Politik 222.
—, Internationale Beziehungen des 238.
—, Kritik am 195.
—, Recht der Kritik 219.
—, Reorganisation des 263.
Parteivorstandsbureau, Vereinigung mit Frauenbureau 16.
Parteivorstandssekretäre, Gehalt der 410.
—, Vermehrung der 232.
Parteivorstandssitzungen 195.
Parteivorstandswahl, Gründe für die Kandidatur Haase. 374.
—, Vorschläge zur 372.
—, Unzufriedenheit gegen 179.
—, Vergrößerung des 223.
—, Verhalten zur Chinakrisis 206.
—, Verstärkung des 214.
—, Verspätete Stellungnahme zum Marokkokonflikt 220.
—, Wahl des 410.
Parteizeitungen, Kontrolle der 269
Patentgesetz 146.
Petitionskommission 137.
Petitionsrecht im Reichstage 288.
Pluralwahlrecht in Elsaß-Lothringen 146.
Pockenansteckung 296.
Polnisch-sozialistische Partei 19.
Postverwaltung 113.
Preissteigerung der Lebensbedürfnisse 172.
Pressebureau, Ausgestaltung des 272, 273.
—, Auslandsdienst 197.
—, Einnahmen und Ausgaben 42.
—, Sozialdemokratisches 41, 197.
Presse und Literatur, Anträge betr. 153.
Preßdelikte bei Geschworenengerichten 99.
Preßnebelung 97.
Preßunterstützungen 65.
Privatbeamte und Sozialdemokratie 411.
Privatbeamtengesetz 189.
Privatversicherung, Amt für 143.
Probleme, Oesterreichische 178.
Proletarierkrankheit, Vortrag betr. 119.
Putzgeschäfte, Arbeitszeit in 138.

Rebschädlinge, Winzergesetz gegen 89.
Rechtsfähigkeit der Berufsvereine 116.
Reichsamt des Innern, Etat 115.
Reichsarbeitsamt, Forderung betr. 95.
Reichsberggesetz 118.
Reichseisenbahnen, Verwaltung der 127.
Reichsfinanzreform 14.
—, Handbuch betr. 16.
Reichsgesundheitsamt 119.
Reichshaushalts-Entwurf für 1911/12 90.
Reichskanzlei, Etat der 129.
Reichskanzler, Etat des 129.
—, Verantwortlichkeit 87, 288.
Reichspostetat 112.
Reichspostverwaltung 113.
Reichsrecht, Verletzungen des 145.
Reichsschulmuseum 118.
Reichstag, Auflösung 1906 378.
—, Beratung des Etats 1912 385.
—, Betrieb im 120.
—, Herbstsession des 14.
—, Nachwahlen zum 26.
—, Neueinberufung des 377.
—, Neue Aufgaben des 384.
—, Wahlen von 1907 377.
Reichstagswahl, Urnen zur 139.
Reichstagswahlen, Anforderungen an Zentralkasse 200.
—, Arbeitsruhe am Wahltage 394, 399.
—, Aufmarsch zu den 263.
—, Ausbau der Organisationen 390.
—, Die Bürgerlichen bei den Stichwahlen 391.
—, Illustrierte Flugblätter 396.
— 1907, Jubel der Bürgerlichen 377.
— 1907, Jubel bei den Liberalen 378.
—, Kampf gegen das Zentrum 396.
—, Kritik betr. Stichwahltaktik 398.
—, Optimismus betr. 390.
—, Schwindel der christlichen Führer 396.
—, Stellung der christlichen Gewerkschaften 393.
—, Stichwahlparole 390.
—, Stichwahltaktik 394, 393.
—, Termin der 376.
—, Wahlarbeit 393.
—, Wichtigkeit ausländischer Beziehungen 392.
Reichstheatergesetz 138.
Reichsverfassung, Verletzung der 145.
Reichsversicherungsamt 120.
Reichsversicherungsordnung 14, 84, 115, 142, 149.
—, Agitation gegen 24, 25.
—, Aktion gegen die 233.
—, Arbeit der Fraktion 324:
—, Behandlung d. Mütter 21.
—, Betriebskrankenkassen 330.
Reichsversicherungsordnung, Einführungsgesetz 325.
—, Einschränkung der Rechte der Arbeiter 323.
—, Erhöhung der Versicherungsgrenze 325.
—, Handbuch betr. 16, 25, 228.
—, Herabsetzung der Altersgrenze 324.
—, Invalidenversicherung 323.
—, Kosten der 325, 326.
—, Landkrankenkassen 329.
—, Mißstände in „sozialdemokratischen" Krankenkassen 331.
—, Mutterschutz 323.
—, Rede des Grafen Westarp 324.
—, Selbstverwaltung bei der Krankenversicherung 330.
—, Sozialdemokratische Forderungen 326.
—, Stellung der bürgerlichen Parteien 321.
—, Stillgeld 322.
—, Unfallversicherung 323.
—, Waisenrente 325.
—, Witwenrente 325.
—, Wöchnerinnenschutz 324.
— und Zentrum 322.
Rentenentziehung 120.
Resolution betr. Abrüstung 133.
— des internationalen Kongresses betr. Krieg 345.
Resolutionen der Referenten, Zustellung der 270.
Revolution, Russische 170, 256.
Revolutionen, Zeitalter der 252.
Richter, Unabhängigkeit d. 98.
Richtigstellung Bebels 260.
— des Internationalen Bureaus 471.
Richtungsdebatte 255.
Röthing, Julius, Beileidskundgebung für 360.
Russische Revolution 170, 256.
— —, Unterstützung der 216.
Rüstungsausgaben, Einschränkung der 118.

Säuglingspflege, Verweigerung der 280.
Säuglingsschutz 20.
Säuglings- und Mutterschutz, Resolution betr. 327.
Seeamt 119.
Seebeuterecht, Aufhebung des 103.
Seerecht, Uebereinkommen betr. 145.
Seeschiffskontrolle 118.
Sekretär für Landesangelegenheiten 241.
Selbstverwaltung, Einschränkung der 321.
Singer, Nachruf für 174.
Solderhöhung bei den Gemeinen 383.
Solidarität, Internationale 256.
Sonntagsruhe 115.
Sozialdemokratie, Ausnahmegesetze gegen 93.
— und Privatbeamte 411.
—, Stellung zum Kriege 345.
Sozialpolitik, Etat für 115.
—, Stellung des Zentrums zur 380.
Sozialpolitische Gesetze, Material betr. 15.
Sprachenparagraph 146.
Suezkanal 335.
Syndikalismus 252.
Schiedsgerichtsurteile, Berufungen gegen 158.
Schiffahrtsabgaben, Erhebung von 87.
Schiffsmeldungen bei den Konsulaten 145.
Schnapsblock 289.
Schnapsboykott, Inserate betr. 400.
Schnapsgenuß, Anträge betr. 157.
Schnapsliebesgabe 134.
Schöffengerichte, Zulassung der Frauen 99.
Schule, Trennung von der Kirche 402.
Schwangerenschutz, Verweigerung des 280.
Schwarze Listen der Arbeitgeber 117.
Schweiz, Niederlassungsvertrag mit 145.
Schwindelkassen 144.
Schwindsucht, Vortrag betr. 119.
Staatsbetriebe, Koalitionsrecht in 127.
—, Versicherungsämter für 321.
Stadtverordnetenwahlen 37.
Steuerbewilligungsrecht 87.
Steuerfrage 16.
Steuerfreiheit der Fürsten 142.
Steuern, Zölle, Gebühren, Voranschlag 91.
Steuerpolitik 384.
— des Zentrums 380.
Stichwahlen, Situation der bürgerl. Parteien bei 391.
Stichwahlparole 390.
Stichwahltaktik 394.
—, Kritik betr. 398.
Strafen gegen Arbeiterpresse 57.
Strafgesetzbuch, Kleine Novelle zum 96.
Strafgesetzbuch und Koalitionsrecht, Broschüre betr. 388.
—, Neues deutsches 388.
—, Verschärfung des 290.
Strafgesetzbuchnovelle, Beratung der 297.
Strafkonto der Arbeiterbewegung 57.
Strafvollzug, Folgen des 105.
Streichholzsteuer 94.
Stuttgarter Delegation, Ungültigkeitserklärung der 301.

Tabakarbeiter, Arbeitslohn 135.
Tabaksteuer 135.
Tagesordnung des nächsten Parteitages, Anträge betr. 158.
— des Parteitages, Anträge betreffend 150.
Technische Angestellte 189.
Tempelhofer Feld, Veräußerung des 112.
Teuerung 385.
Tierkadaver, Gesetzentwurf betr. Beseitigung der 145.
Tierquälerei 298.
—, Gesetzentwurf gegen 97.
Toten, Unsere 60.
Trustpolitik, Agitationsmaterial gegen 15.
Tsingtau 104.
Tunis, Schutzherrschaft über 335.
Turnlehrer, Verfolgung sozialdemokratischer 106.

Uebervölkerung 387.
Urnen zur Reichstagswahl 139.

Vereinsgesetz, Interpellation betr. Handhabung des 289.
Verfassung, Aenderung der 288.
— im Elsaß, Altersprivileg 147.
— in Elsaß-Lothringen, Proporz 147.
— —, Sozialdemokratische Erklärung 148.
Verfassungsfrage, Elsaß-Lothringische 289.
Verfassungskampf 21.
Vergiftungen, Gewerbliche 120.
Verhältnisse in Württemberg 375.
Verhetzung der Nationen, Broschüre gegen 393.
Vermögenssteuer 172.
Versammlungen des Bundes der Landwirte 188.
Versicherung der Kolporteure 16.

Versicherungsämter, Beseitigung der 322.
— für Staatsbetriebe 321.

Versicherungsgesellschaften, Verstaatlichung der 122.
Versicherungsgrenze 321.
Vertrauliche Zusammenkünfte, Notwendigkeit der 217.
Veteranenbeihilfe 142.
Volksvertretung in Rußland 170.
„Volkswacht", Breslau, Strafregister der Redaktion 105.
Vorstandswahl, Diskussion zur 371.
Vortragskurse des Bildungsausschusses 49.
„Vorwärts", Abonnentenstand 43.
—, Aufruf zum Marokkokonflikt 237.
—, Einnahmen und Ausgaben 43.
—, Montagsausgabe 16.
—, Ueberschuß 43.
Vorwärts-Buchhandlung, Neuerscheinungen 45.
—, Preisfestsetzung 271, 273.

Wagner, Lex 96.
Wahl der Beschwerdekommission 174.
— der Mandatprüfungskommission 174.
— des Oberbürgermeisters in Stuttgart 37.
Wahlbeeinflussung in Stuttgart 302.
Wahlen zu den Gemeindeparlamenten 37.
Wahlhilfe, Dank der Oesterreicher 179.
Wahlkampf in Rumänien 11.
Wahlkreisorganisationen, Finanzgebarung der 201.
—, Zahl der 198.
Wahlparole durch kriegerische Verwickelungen 132.
Wahlrechtsantrag in Preußen, Verschleppung 30.
Wahlrechtsbewegung 243.
— in Braunschweig 31.
— in Bremen 32.
— in Elsaß-Lothringen 32.
— in Hessen 32.
— in Mecklenburg 31.
— in Preußen 15, 29.
— in Schwarzburg-Rudolstadt 33.
Wahlrechtsfragen 266, 289.
Wahlrechtskampf 21.
Wahlrechtsversammlungen 192.
— und Friedensdemonstrationen 244.
Wahlrechtszeitung der „Gleichheit" 20.
„Wahrer Jacob", Einnahmen und Ausgaben 44.
Waisen- und Witwentrost 122.
Waisen- und Witwenversicherung 94, 108, 122, 134, 292.
Waisenversicherung 20.
Weltkrieg 216.
Wertzuwachssteuer 100.
—, Antr. der Kommission 94.
— und Landesfürsten 100.
— und Standesherren 100.
— und Veteranen 100.
Winzergesetz gegen die Rebschädlinge 89.
Witwen- und Waisentrost 122.
Witwenversicherung 20.
Witwen- und Waisenversicherung 94, 108, 122, 134, 292.
Wöchnerinnenschutz, Verweigerung des 280.
Württemberg, Kündigung der Redakteure 315.
—, Parteiverhältnisse in 313, 375.

Zarentum in Rußland 170.
Zarismus, Kampf gegen 405.
Zehnstundentag 115.
Zentralkasse, Ausgaben der 200.
Zentrum, Arbeiterpolitik des 141.
—, Kompromiß mit dem in Bayern 379.
—, Politik des 379.
—, Reaktionäre Haltung 389.
— und Reichsversicherungsordnung 322.
—, Stellung zum Fortbildungsschulgesetz 389.
—, — zum Leichenverbrennungsgesetz 389.
—, — zur Marokkofrage 380.
—, — zu Militär- und Flottenvorlagen 380.
—, — zum preuß. Wahlgesetz 389.
—, — zur Reichsversicherungsordnung 384.
—, — zur Sozialpolitik 380.
—, — zur Verteuerung der Lebensmittel 379.
—, Steuerpolitik des 380.
—, Versprechungen im Jahre 1907 395.
Zivilliste, Preußische 384.
Zivilmusiker 141.
Zollbeamte, Besserstellung der 142.
Zölle 291.
—, Einnahmen durch 133.
— auf Fleisch und Brot 134.
— — Lebensmittel 291.
— — Pflastersteine 144.
—, Steuern, Gebühren, Voranschlag 91.
Zollkarif, Dauer 388.
Zuchthausgesetz gegen Sozialdemokratie 13.
Zündholzfabriken 135.
Zündholzsteuer 135.
Zündwarengesetz, Novelle zum 145.
Zündwarensteuer, Vorgehen gegen 94.

Bureau der Frauenkonferenz.

Vorsitzende:

Luise Zietz — Ottilie Baader.

Beisitzerinnen:

Agnes Fahrenwald-Berlin — Marie Wackwitz-Dresden
Therese Blase-Mannheim — Emilie Pufe-Jena

Schriftführerinnen:

Ida Undeutsch-Magdeburg — Helene Grünberg-Nürnberg
Minna Bollmann-Halberstadt — Linchen Baumann-Altona

Mandatsprüfungs-Kommission:

Lore Agnes-Düsseldorf — Johanna Rühle-Halle
Johanna Roth-Hamburg — Anna Höfel-Chemnitz
Marie Juchacz-Rixdorf

Präsenzliste der Frauenkonferenz.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Agnes, Lore	Düsseldorf	Düsseldorf
Andratschke, Luise	Kiel-Gaarden	7. schleswig-holsteinscher Wahlkreis
Baader, Ottilie	Berlin	Vertreterin des Frauenbureaus
Baumann, Linchen	Altona	8. und 10. schleswig-holsteinscher Wahlkreis
Bien, Klara	Berlin	Berlin 4
Blase, Therese	Mannheim	Mannheim-Schwetzingen
Bollmann, Minna	Halberstadt	Halberstadt-Wernigerode-Oschersleben
Brandenburg, Helene	Hamburg	Hamburg 3
Buchelt, Berta	Stettin	Stettin
Buchmann, Maria	Kaulsdorf	Niederbarnim
Dittmann, Wilhelm	Solingen	Lennep-Remmscheid-Mettmann
Döhring, Marie	Berlin	Berlin 2
Duncker, Käthe	Stuttgart	Stuttgart
Düwell, Wilhelm	Berlin	Berlin 1
Eberle, Hugo	Bremen	Verden-Hoya-Sehke
Eichler, Minna	Eisenberg	Sachsen-Altenburg
Ennenbach, Sofie	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Erler, Selma	Gera	Reuß j. L.
Evers, Elise	Hannover	8. hannoverscher Wahlkreis
Fahrenwald, Agnes	Berlin	Berlin 4
Fiedler, Ernestine	Meerane	17. sächsischer Wahlkreis
Grünberg, Helene	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Günther, Friederike	Bernburg	Anhalt 1 und 2
Güth, Luise	Erfurt	Erfurt-Schlesingen-Ziegenrück
Hanna, Gertrud	Berlin	Vertreterin des Arbeiterinnensekretariats
Hennig, Auguste	Leipzig	Leipzig-Neustadt
Hoffmann, Oskar	Elberfeld	Elberfeld-Barmen
Hofrichter, Adolf	Köln	Köln-Stadt und Land
Höfel, Anna	Chemnitz	16. sächsischer Wahlkreis
Jäckel, Hermann	Berlin	23. sächsischer Wahlkreis
Juchacz, Marie	Rixdorf	Teltow-Beeskow-Storkow
Klupsch, Franz	Dortmund	Dortmund-Hörde
Klügel, Emma	Görlitz	Görlitz-Lauban
Krauße, Manilius	Lugau i. S.	19. sächsischer Wahlkreis
Lange, Martha	Ottensen	Elmshorn-Pinneberg
Lex, Anna	Dortmund	Dortmund-Hörde
Ludwig, Konrad	Hagen	Hagen-Schwelm
Luxemburg, Rosa	Berlin-Friedenau	Hagen-Schwelm
Matschke, Anna	Berlin	Berlin 6
Mauerer, Emilie	München	München 1 und 2
Meier, Richard	Reichenbach	22. sächsischer Wahlkreis
Michelsen, Peter	Flensburg	1. und 2. schleswig-holsteinscher Wahlkreis
Mitz, Conrad	Mülheim	Mülheim-Wipperfürth
Möller, Curt	Harburg	17. hannoverscher Wahlkreis
Müller, Robert	Werdau	18. sächsischer Wahlkreis
Müller, Theodor	Breslau	Breslau O. und W., Brieg, Namslau
Nowagrotzki, Auguste	Königsberg	Königsberg (Pr.)

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Ott, Frau	Bockenheim	Hanau-Bockenheim-Gelnhausen-Orb
Pauling, Frau	Frankfurt	Frankfurt-Lebus
Pollender, Berta	Leipzig	12. sächsischer Wahlkreis
Poller, Wilhelm	Kiel	Tondern-Husum
Popp, Adelheid	Wien	als Gast
Puse, Emilie	Jena	Jena-Neustadt
Rauhe, Ida	Braunschweig	Braunschweig-Blankenburg
Reitze, Johanna	Vegesack	18. hannoverscher Wahlkreis
Roth, Johanna	Hamburg	Hamburg 1
Rudolph, Albert	Frankfurt a. M.	Wiesbaden 3
Runge, Paul	Köln	Köln-Stadt und Land
Rühle, Johanna	Halle a. S.	Halle a. S. und Saalkreis
Scheibe, Linus	Langendreer	Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen-Witten
Schlomer, Else	Lübeck	Lübeck
Schluchtmann, Wilhelm	Duisburg	Duisburg-Mülheim
Scholich, Gustav	Breslau	Breslau-Land
Schröder, Klara	Wandsbek	Altona-Stormern
Seel, Wilhelm	Mainz	Mainz-Oppenheim
Seelinger, Berta	Saalfeld	Meiningen 1 und 2
Simon, Anna	Brandenburg	Brandenburg
Simon, Gretchen	Bremen	Bremen
Stelling, Joh.	Lübeck	Fürstentum Lübeck
Steuber, Ida	Barmen	Elberfeld-Barmen
Strobl, Henriette	Hamburg	Hamburg 2
Tabor, Johann	Krefeld	Krefeld
Trinks, Oskar	Karlsruhe	Karlsruhe-Bruchsal
Undeutsch, Ida	Magdeburg	Magdeburg
Wackwitz, Marie	Dresden	Dresden-Land
Weber, Andreas	Griesheim	1. nassauischer Wahlkreis
Weyers, Cäsar	Essen-Ruhr	Essen-Ruhr
Weyl, Klara	Berlin	Referentin
Zetkin, Klara	Stuttgart	Redaktion der „Gleichheit"
Zietz, Luise	Berlin	Vertreterin des Parteivorstandes
Zyliegan, Frieda	Greifenhagen	Random-Greifenhagen

Der Parteivorstand ist vertreten durch die Genossen Liepmann, Molkenbuhr, Pfannkuch und Wengels.

Sprechregister der Frauenkonferenz.

Agnes 426, 432
Andratschke 427

Baader 430, 436
Baumann 428, 437
Blase 424
Bollmann 424
Brandenburg 427
Buchmann 435

Dittmann 425
Duncker 422, 434, 436, 437, 438

Ennenbach 423
Evers 420

Fahrenwald 420, 435, 457

Grünberg 422, 428, 433

Hanna 431
Hennig 427, 437

Jäckel 427
Juchacz 435

Matschke 434
Mauerer 457

Ott 424
Otto 457

Pfannkuch 416
Pollender 457
Popp 416
Puse 416

Rauhe 420, 432
Reitze 434
Roth 422

Seelinger 422, 457
Simon-Brandenburg 432
Simon-Bremen 425
Scheibe 424, 429, 437
Schlomer 426

Trinks 424

Wackwitz 423
Weber 457
Weyl 454, 458

Zetkin 421, 425, 429, 433, 438
Zietz 414, 416, 417, 423, 425, 428, 429, 435, 437, 438, 457, 458

Sachregister der Frauenkonferenz.

Absatzgebiete, Ausländische 447.
Agitationstouren 417.
Arbeiterbewegung, Einheit der 416.
Arbeiterinnen, Sittliche Gefahren 432.
Arbeiterschutzgesetzgebung 431.
Armenpflege in München 457.
Armenunterstützung 454.
Armenverwaltung 456.
—, Genossinnen in der 457.

Berufswahl 455.
Bürgerliche Parteien, Bewilligungseifer der 450.

Die Frauen und der politische Kampf, Broschüre 419.

Endziel 444.
—, Sozialdemokratisches 452.

Frauen, Königsberg. Kaiserrede 453.
—, Landwirtschaftl. tätige 451.
—, Organisation der 417.
—, Ueberbürdung der 415.
—, Zahl der berufsmäßigen 451.
Frauenbewegung, Mitarbeit der Frauen 423.
—, Anstellung von Sekretären 417, 420, 422.
Frauenbildungsverein 427.
Frauenbureau 417.
Frauenfrage, Wanderredner 435.
Frauenkonferenz, Bremer 419.
—, Frauen auf 414.
Frauenkonferenzen, Reichs- 438.
Frauenorganisation, Agitation in Kiel 427.
— in Baden 424.
—, Fortschritte der 420.
— in München 417.
— in Schleswig-Holstein 428.
Frauenrechtlerinnen, Bürgerliche 454.
Frauentag 420.
—, Mitgliedergewinn 423.
—, Wiederholung des 458.
Frauenwahlrecht, Eroberung des 414.
—, Kundgebung für 421.
Frauenwahlrechtszeitung, Bedeutung der 425.
Fürsorgeerziehung 456.

Geburtshilfe, Unentgeltlichkeit der 457.
Gemeinde, Kinderfürsorge der 455.
Gemeinden, Forderung an die 419.
—, Mitarbeit der Frauen 456.
Gemeindepolitik 454.
—, Krankenfürsorge 454.
Gewerbeaufsichtsbeamte 431.
Gewerbegerichte 417.
Gewerbeinspektoren 431.
„Gleichheit", Abonnentenstand der 422.
—, Bedeutung der 433.
—, Tendenz der 428.
—, Verständnis der 428.

Handfertigkeitsunterricht 437.
Hauspflege 455.
Hottentottenwahlen 440.
Hungerrevolten 428.

Imperialismus 448.
Jugendfürsorge, Konferenz der Zentrale für 455.

Kaiserrede i. Königsberg 425.
Kapitalistische Wirtschaft und die Frauen 451.
Kaufmannsgericht 417.
Kinderarbeit 419.
Kinderfürsorge 455.
Kinderhandel 458.
Kinderschutzkommission 419.
— in Baden 424.
— in Bremen 425.
— in Frankfurt a. M. 423.
Klassengegensätze, Verschärfung der 446.
Klassenkämpferinnen, Revolutionäre 435.
Klassensklaverei, Soziale 439.
Kochunterricht 456.
Kolonialbesitz, Streben nach 447.
Krankenfürsorge 454.
Krankenkassenwahlen 417.
Kulturaufgaben, Lösung der 450.

Landarbeiterinnenfrage 452.
Landorte, Berücksichtigung der 429.
Lebenshaltung, Verteuerung der 440.
Lebensmittelteuerung 416, 452.
Leseabende, Ausbildung von Rednerinnen 430.
—, Besuch der 434.
—, Gegenstand und Methode 434.
— in Groß-Berlin 430.
—, Leitung der 419.
— in Rixdorf 436.
—, Vortragsthemen 433.
Liberalismus, Zusammenbruch des 442.

Majestätsbeleidigungsparagraph, Reform des 441.
Marinismus 452.
Marokkokonflikt 415.
Militarismus 452.
Modenzeitung 429.
Mutterschutz 452.
Mutter- und Säuglingsfürsorge 436.
Musterleseabende in Rixdorf 435.

Nährmittel, Gewährung der 454.
Normalarbeitstag 432.

Organisationsstatut 416.
Oesterreich, Sozialdemokratie 416.

Parteipresse, Mitarbeit an 419.
Parteisekretäre, Weibliche 433.
Politische Betätigung der Frauen, Flugblatt betr. 417.
Proletariat, Entscheidungsschlacht des 453.

Reichsfinanzreform, 417, 441.
Reichstagswahlen, Begeisterung für 438.

Reichstagswahlen und die Frauen, Broschüre betr. 419.
Reichstagswahlkampf, Situation 450.
Reichsvereinsgesetz 420, 440.
Reichsversicherungsordnung 414, 415, 445, 457.
Rixdorf, Musterleseabende in 435.

Säuglingsfürsorge 436.
Säuglingsschutz 452.
Sozialdemokratie, Oesterreichische 416.
Sozialismus, Ideologie des 444.
Sozialreformerinnen 435.
Schularztfrage 455.
Schuleinrichtungen 455.
Schulnot 452.
Schulreform der Sozialdemokratie 436.
Stillprämien 454.

Teuerungspreise 449.
Tote des letzten Jahres 423.

Ueberbürdung d. Frauen 415.
Unterernährung der Kinder 455.
Unternehmerorganisationen 449.

Wahlvereine, Zahl der weiblichen Mitglieder 415.
Waisenfürsorge 456.
Waisenpflege in München 457.
Waisenverhöhnung 452.
Weltmachtspolitik 447, 448.
Witwenverhöhnung 452.
Wohnungsnot 452.

Zeitungsaustragen durch Kinder 437.
Zentrum, Stellung zu den verschiedenen Fragen 443.

Inhalts-Verzeichnis.

	Seite
Parteiprogramm	3
Organisationsstatut	6
Tagesordnung des Parteitages	11
Bureau des Parteitages	12
Vorlagen an den Parteitag	13
Bericht des Parteivorstandes	13
Bericht des Bildungsausschusses	47
Kassenbericht	65
Bericht der Reichstagsfraktion	83
Anträge an den Parteitag	150
Protokoll des Parteitages	164
Protokoll der Frauenkonferenz	414
Anträge zur Frauenkonferenz	460
Anhang I: Korrespondenz zur Marokkofrage	464
„ II: Richtigstellung des Internationalen Bureaus	470
„ III: Wortlaut der vom Parteitag angenommenen Anträge	471
Präsenzliste des Parteitages	476
Sprechregister des Parteitages	483
Ergebnis der Abstimmungen	484
Zuschriften und Telegramme	485
Ausländische Gäste auf dem Parteitag	485
Sachregister des Parteitages	486
Bureau der Frauenkonferenz	492
Präsenzliste der Frauenkonferenz	493
Sprechregister der Frauenkonferenz	494
Sachregister der Frauenkonferenz	495

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.